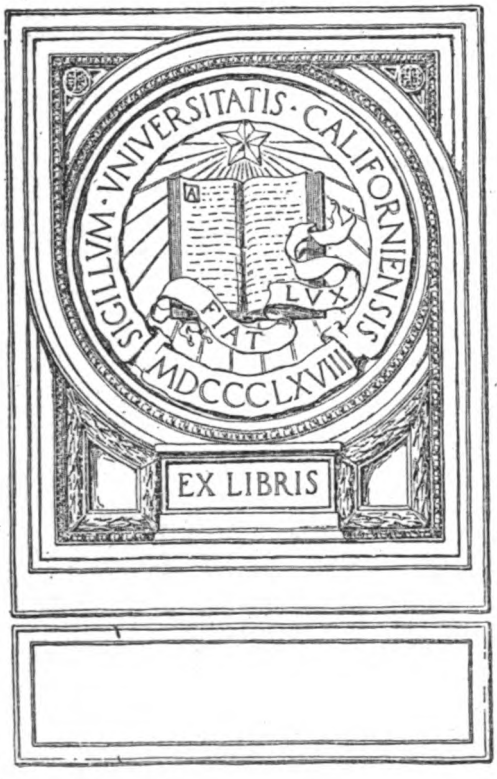

SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

UNIV. OF CALIFORNIA

Die Grenzboten

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgegeben von Georg Cleinow

78. Jahrgang — Jährlich 52 Hefte

Nr. 14

Voraussetzungen der Demokratie. Von Dr. Karl Buchheim . . . 1
Auf den Pfaden der Sozialisierung. Von Professor Wittschewsky . 6
Zur Psychologie des deutschen Bolschewismus. Von Menenius . 15
Unzweifelhaft deutsches Land! Von Dr. Moritz Weiß 19
Maßgebliches und Unmaßgebliches
Verstaatlichung der Krankenhäuser. Von Dr. Artur Schlesinger (S. 22).
Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens
Grundwahrheiten zum deutsch-polnischen Streit (S. 33) — Materialien zur ostdeutschen Frage: Der Notschrei des Ostens (S. 34) — Die Posener Verhandlungen (S. 36) — Pressestimmen (S. 46)

Ausgegeben am 2. April 1919

1 Mark das Heft
2 Mark das Doppelheft

Berlin SW 11
Tempelhofer Ufer 35a

9.— Mark
vierteljährlich

Anzeigen-Annahme durch den Verlag der Grenzboten, Berlin SW 11, und durch alle Annoncenexpeditionen.

Anzeigen

Anzeigenpreis: 60 Pf. die 3 gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum. 25 % Teuerungszuschlag.

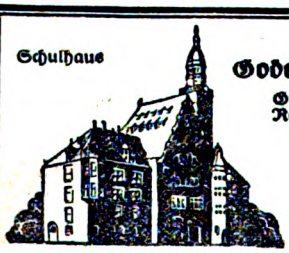
Germania
Lebens-Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Stettin
Sicherheitsfonds 465 Millionen Mark.
Lebensversicherung mit ärztlicher Untersuchung mit und ohne Einschluß der Invaliditätsgefahr
Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung mit durchweg garantierten Leistungen.
Aussteuer-, Leibrenten-, Unfall-, Haftpflicht-, Frauen- und Kinder-Versicherung.
Hervorragend günstige Bedingungen in allen Geschäftszweigen der Gesellschaft. Prospekte und jede weitere Auskunft kostenfrei.

Harry Vosberg:
Till Eulenspiegel.
Komödie in vier Aufzügen.
M. 3.75 geheftet.
Diese prächtige Schöpfung Vosbergs wurde seinerzeit von hervorragenden deutschen Bühnen mit großem Erfolg aufgeführt.
Friedensherstellung:
gutes Papier, guter Druck!
Verlag der Grenzboten
G. m. b. H., Berlin.

Unterrichts-Anstalten

Dr. Fischersche Vorbildungsanstalt
Berlin W 57, Zietenstrasse 22—23 — Leiter Dr. Schünemann — Gegründet 1838
für alle Schulprüfungen, auch für Damen, in Tages- u. Abendkursen. Empfehlungen aus ersten Kreisen, hervorragende Erfolge, Stamm altbewährter Lehrkräfte. Unterricht während der Kriegszeit ohne Einschränkung. Bis 1. Januar 1918 bestanden 5045 Zögl., 1917 u. a. noch 33 Abitur. (5 Damen), 22 Prim., 144 Einjähr. Sonderkurse für Kriegsteilnehmer.

Sächsische Bergakademie Freiberg i. S.
(153. Studienjahr).
Aufnahmen für das am 28. April 1919 beginnende Sommerhalbjahr 1919 erfolgen von diesem Tage an bis zum 24. Mai 1919. Anmeldungen für den bergmännischen Vorbereitungskurs bis zum 26. April 1919. Druckschriften versendet das Sekretariat.

Schulhaus

Ev. Pädagogium
Godesberg a. Rh. und Herchen a. d. Sieg
Gymnasium, Realgymnasium und Realschule mit Einjähr.-Berechtigung.
Internat in 22 Familienhäusern.
Direktor: Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.
Der Unterricht wird in beiden Anstalten, Godesberg im besetzten, Herchen im unbesetzten Gebiet, ohne Störung weitergeführt mit etwa 400 Schülern und 60 Lehrern und Erziehern.

Einjährige Prima Abitur Fähnr.
Dr. Harangs Höhere Lehr-Anstalt
Halle-Saale
Einzelunterricht Pensionat

Technikum Hildburghausen
Programm frei
Höh. Maschb. u. Elektrot.-Schule, Werkmeister-Schule.
Dir. Prof. Zizmann.

Privat-Realschule mit Handelsfächern
Alumnat Unterneubrunn (Thür.)
Gesunde Lage — — — Gediegener Unterricht + Sorgfältige Erziehung Dir.: Dr. phil. Knoll

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg.
Seit 1895: Abitur. Prima. (7/8 Kl.) Ueberleitung in alle Gymnasial- u. Realklassen Familienheim.

v. Hartungsche Anstalt
Cassel-Wilhelmshöhe
Vorbereitung für alle Schul- und Notexamina, besonders Fähnrichexamen. — Prospekt durch den Direktor K. Topf.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrengeräusch, nerv. Ohrschmerz
über unsere tausendfach bewährten ges. gesch. Hörtrommeln „Echo". Bequem u. unsichtbar zu tragen. Ärztl. empf. Glänz. Dankschreiben. Institut Englbrecht, München S. 16, Kapuzinerstraße 9.

Die Grenzboten

77. Jahrgang. Zweites Vierteljahr

UNIV. OF
CALIFORNIA

UNIV. OF CALIFORNIA

Die

Grenzboten

Zeitschrift für

Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber

Georg Cleinow

78. Jahrgang

Zweites Vierteljahr

Berlin

Verlag der Grenzboten G. m. b. H.

1919

UNIV. OF
CALIFORNIA

QC971
T7
v.18:2

Inhaltsverzeichnis

Jahrgang 1919. Zweites Vierteljahr

Heft Seite

Politik, Geschichte, Kolonialwesen, Militär

Adels, Zur Abschaffung des —, von Dr. Sch. 22, 214
Amerika am Scheidewege, von Menenius . . 25, 272
Armenien, Deutschland und —, von Thea v. Puttkamer 26, 300
Bethmann Hollwegs Betrachtungen 26, 285
Bismarck, Ist — durch den Weltkrieg widerlegt worden? von Dr. Karl Keller 15, 25
Böhmen, Die deutschen Volksinseln in —, von Dr. jur. et. phil. Hugo Grothe 15, 86
Bolschewismus, Zur Psychologie des deutschen —, von Menenius 14, 15
Bürgerratsgedankens, Der Irrweg des —, von Dr. Max Hildebert Boehm 17, 75
Bürgerratsgedankens, Der Irrweg des —, Erwiderung von Konsul Marx 22, 215
Demokratie, Voraussetzungen der —, von Dr. Karl Buchheim 14, 1
Demokratischer Parlamentarismus und Rätesystem, von Carl Georg Bruns 18, 101
Deutschen Volkspartei, Der Jenaer Parteitag der —, von Dr. Karl Buchheim 20, 158
Deutsches Land! Unzweifelhaft —, von Dr. Moritz Weiß 14, 19
Deutschland und Armenien, von Thea v. Puttkamer 26, 300
Deutschösterreich nach den Landtagswahlen, von Prof. Dr. Robert Sieger 25, 264
Entente, Die — und der deutsche Volkswille 17, 73
Entente, Die — und Österreich-Ungarn, von Menenius 26, 304
Entente-Lager, Konflikte im —, von Dr. Richard Hennig 15, 89
Französische Weitherzigkeit, von C. D. . . . 17, 77
Friedenslage, Zur —, von Carl Georg Bruns 24, 233
Friedensvertrag, Der — und die öffentliche Meinung Frankreichs, von Menenius . . . 22, 211
Führertum, Vom wahren —. Erinnerungen und Gedanken eines altgedienten Offiziers, von Oberst Heinz v. Hoff 21, 181
Gedanken, Zeitgemäße —, von Heinrich Inheim 24, 252
Glaubensspaltung, Die neue deutsche —, von Dr. Karl Buchheim 23, 221
Hungern —, Laßt deutsche Kinder zu Tode —, um der Gerechtigkeit willen! von Dr. Richard Hennig 25, 279
Italien, Crispi und der Gedanke des Größeren —, von Dr. J. P. Buß 16, 63
Jagows Buch, E. von —, ... 23, 225

Heft Seite

Kleinasiens, Die Aufteilung —, von Menenius 28, 220
Konservativismus, Deutschnationale Volkspartei und Weltrevolution, von Dr. Max Hildebert Boehm 18, 97
Konstantinopeler Herbsterinnerungen, von Fritz Putzer 24, 244
Kriegsschuld, Neues über die — 21, 168
Marokkopolitik, Das Ende und der Bankrott der deutschen —, von Dr. Walter Rochlitz 22, 196
Masurischen Frage, Zur —, von F. Rauch . 17, 89
Mittelmeerprobleme, von Menenius 17, 87
Nationalitätsprinzip und Staatenvergesellschaftung, von Dr. Karl Mehrmann . . . 23, 217
Österreich-Ungarn, Die Entente und —, von Menenius 26, 304
Papstes, Die Frage der Beteiligung des — an den Friedenskonferenzen im Spiegel der öffentlichen Meinung des Auslandes, von Archivrat Dr. J. Lulvès 19, 125
Politisches Heldentum, von Carl Georg Bruns 22, 193
Posen, Soll die Provinz — dem polnischen Staate einverleibt werden? 19, 130
Posen und Westpreußen sind unzweifelhaft deutsches Land 14, 19
Rätefrage, Zur —, von Dipl. cam. O. Lelbrock 26, 294
Revolution, Idee und Ursprung der —, von Dr. Karl Hoffmann 15, 30
Revolutionsliteraten. Eine Abrechnung, von Dr. Moritz Goldstein 19, 121
Schuld am Kriege, Deutschlands angebliche —, 20, 145
Schwarz-Rot-Gold, Das Banner —, von Dr. Karl Hoffmann 25, 257
Sozialdemokratische, Der — Parteitag, von Dr. Karl Buchheim 26, 289
Südwestdeutschen Problem, Zum —, von Studienrat Dr. M Eimer 20, 154
Unterzeichnen? Ein dokumentarischer Rückblick von Dr. Ziemke 20, 147
Wendenland, Im —, von Reinhard Weer . . 17, 79
Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung von Dr. Hans Preiß 16, 57
Zusammenbruch und Aufbau, von Ing. Arthur A. Brandt 16, 49

Volkswirtschaft, Verwaltung, Sozialwesen

Baltischen Landwirtschaft, Die Bedeutung der —, für Deutschland, von Paul von Woedtke 24, 237
Frauenbestrebungen der Gegenwart, Ein Bericht über —, von Dr. Mathilde Reichner 18, 106 19, 133

485427

Heft Seite

Krankenhilfe, Verstaatlichung der —, von Dr. Arthur Schlesinger 14, 22
Rätefrage, Zur —, von Dipl. cam. O. Leibrock 26, 294
Sozialisierung, Auf den Pfaden der —, von Professor Wittschewsky (S. a. I, 11/12, 168) 14, 6
Verwaltungs-Akademie in Berlin, Eine —, von Dr. Otto Jöhlinger 18, 114
Wertzuwachs, Der unverdiente —, das Verkaufsrecht und die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte 19, 142
Zukunftsgedanken, von Arthur A. Brandt . . 22, 200

Rechtsfragen, Bildung und Erziehung, Kirche

Bildungsbegriffe, Aristokratische und demokratische —, von Professor Paul Sickel . . 25, 276
Christentum und Sozialismus, von Geh. Konsistorialrat Prof. D. Dr. Karl Holl . . . 21, 174
Deutschkundlichen Forschung, Ziele und Wege der —, von Prof. Dr. Wilh. Martin Becker 21, 185
Museen, Die Aufgabe der — in der neuen Zeit, von Prof. Dr. Otto Lauffer 24, 241
Pädagogischer Lehrstühle, Zur Schaffung —, von Oberlehrer Dr. Hans Offe 22, 203
Schulgemeinden und Schülerräte, von Prof. Dr. Paul Hildebrandt 16, 68
Verwaltungsakademie in Berlin, Eine —, von Dr. Otto Jöhlinger 18, 114

Kulturgeschichtliches, Länder-, Völker- und Sprachenkunde

Deutschkundliche Forschung, Ziele und Wege der —, von Prof. Dr. Wilh. Martin Becker 21, 185
Grunow Verlag, Hundert Jahre Fr. Wilh. —, von Dr. Hanns Martin Elster 18, 116
Heiligtum, Ein nationales —, in Gefahr! von E. E. 19, 143
Museen, Die Aufgaben der — in der Neuen Zeit, von Prof. Dr. Otto Lauffer 24, 241

Literatur, Kunst, Philosophie

Geistige Typen, von Dr. Julius Schultz . . 20, 162
Konservativismus, von Dr. Oswald Dammann 25, 270
Nonne Beatrix, Die deutsch-flämische Legende von der —, von Dr. Huebner 26, 306
Staatstheater, Das —. Eine Studie zur Geschichte der deutschen Theaterreform von Dr. Oswald Dammann 22, 206

Bücherbesprechung

Ein B anstelle der Seitenzahl bedeutet Bücherliste im Anzeigenteil des betr. Heftes.

Bäumer, Gertrud: Goethes Freundinnen . . 14, B
Belgische Aktenstücke 1905/1914 . . . . . 21, 169
Bethmann Hollweg: Betrachtungen zum Weltkriege. I. Teil: Vor dem Kriege. (Wirkl. Leg.-Rat Trautmann) 26, 285
Charmatz, Richard: Deutsche Demokratie (Dr. Karl Buchheim) 14, 5
Deutschkundliche Bücherei (Prof. Dr. W. M. Becker) 21, 186
Dyhrenfurth, Gertrud: Ergebnisse einer Untersuchung über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Frauen in der Landwirtschaft (Dr. Math. Kelchner) 18, 109
Eltzbacher, Paul: Die Presse als Werkzeug der auswärtigen Politik (M.) 16, 72
Fick, Dr. F.: Deutsche Demokratie (Dr. Karl Buchheim) 14, 8
Friedensbedingungen, vollständige Ausgabe von Reimar Hobbing (Oberlandesgerichtsrat Dr. Sontag) 25, 282
Grothe, Dr. Hugo: Deutschböhmen 15, 36
Naumann, Otto: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges 21, 170
Hanson: Geheimdiplomatie 21, 169

Heft Seite

Hoffmann, Dr. Karl: Das Doppelgesicht der Revolution (Dr. Karl Buchheim) 23, 222
Jagow, G. von: Ursachen und Ausbruch des Weltkriegs 23, 225
Jahrbuch des Bundes deutscher Frauenvereine (Dr. Math. Kelchner) 19, 138
Kemnitz, Dr. med. M. von: Das Weib und seine Bestimmung (Dr. Math. Kelchner) . . 19, 140
Kjellén, Rudolf: Schweden. Eine politische Monographie (Mr.) 21, 190
Kluge, Friedrich: Von Luther bis Lessing (M. K.) 25, 283
Komischke, Prof.: Geschichte der polnischen Literatur (Dr. K.) 21, 191
Königswald, R.: Über die Grundlagen der Pädagogik (Dr. Hans Offe) 22, 203
Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (Dr. Hans Preiß) 16, 57
Lepsius, Dr. Johannes: Deutschland und Armenien (Thea v. Puttkamer) 26, 300
Liebert, Dr. Arthur: Vom Geist der Revolutionen (Dr. Heinrich Levy) 24, 255
Lottmann, Fritz Gerhard: Dat Hus fünner Lücht (M. K.) 24, 256
Michael, W.: Englands Friedensschlüsse (Dr. H. O. Meisner) 20, 168
Müller-Freienfels, Richard: Persönlichkeit und Weltanschauung (Dr. Julius Schultz) . . . 20, 162
Oncken: Das alte und das neue Europa . . 21, 170
Oppenheimer, Dr. Hilde, und Dr. Hilde Radomski: Die Probleme der Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft (Dr. Math. Kelchner) 18, 107
Pfeilschifter, Dr. Georg: Feldbriefe katholischer Soldaten (Dr. Karl Buchheim) . . 14, 6
Pourtalès, Graf: Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden 21, 170
Rathenau, Walther: Gesammelte Schriften (Junius) 15, 44
Rathenau, Dr. Walther: Der Kaiser . . . 21, 170
Reventlow, Graf v.: Deutschlands auswärtige Politik 1888/1913 . . . . . 21, 170
Schallmayer, Wilh.: Vererbung und Auslese (Dr. med. Agnes Bluhm) 17, 89
Scheler, Max: Die Ursachen des Deutschenhasses (Dr. H. O. Meisner) 17, 95
Schwerdtfeger, Bernh.: Zur europäischen Politik 1897/1914 . . . . . 21, 169
Steffen, Gustav: Das Problem der Demokratie (Dr. Karl Buchheim) 14, 2
Storm-Briefe, (Waldemar Mühlner) 17, 94
Suchomlinow 21, 169
Volksbücher zur Deutschkunde (Prof. Dr. Wilh. Max Becker) 21, 186
Vosberg, Harry: Hans Michael Elias Obentraut (M. K.) 18, 120
Wassermann, Jakob: Christian Wahnschaffe (R. Schacht) 25, 283
Wehberg, Dr. Hans: Wilsons Völkerbundplan, die Akte der Pariser Konferenz vom 14. Februar 1919. (Carl Georg Bruns) . . 21, 190
Wehberg, Hans, und Alfred Manes: Der Völkerbundvorschlag der deutschen Regierung mit dem Entwurf für ein Weltarbeiterrecht (Carl Georg Bruns) 21, 190
Walter, Felix: Organische Demokratie (Dr. Karl Buchheim) 14, 4
Wolf, Gustav, Dietrich Schäfer und Hans Delbrück: Nationale Ziele der deutschen Geschichtsschreibung seit der französischen Revolution (H. O. M.) . . . . . 19, B.

Mitarbeiter-Verzeichnis

Becker, Prof. Dr. Wilh. Martin: Ziele und Wege der deutschkundlichen Forschung . . 21, 185
Bluhm, Dr. med. Agnes: „Vererbung und Auslese" von Wilh. Schallmayer 17, 89
Boehm, Dr. Max Hildebert: Der Irrweg des Bürgerratsgedankens 17, 75
—, Konservativismus, Deutschnationale Volkspartei und Weltrevolution 18, 97
Brandt, Ing. Arthur A.: Zusammenbruch und Aufbau 16, 49
—, Zukunftsgedanken 22, 200

	Heft	Seite
Bruns, Carl Georg: „Wilsons Völkerbundplan." „Der Völkerbundsvorschlag der deutschen Regierung" von Dr. Hans Wehberg	21,	190
—, Politisches Heldentum	22,	193
—, Zur Friedenslage	24,	233
Buchheim, Dr. Karl: Voraussetzungen der Demokratie	14,	1
—, Der Jenaer Parteitag der Deutschen Volkspartei	20,	158
—, Die neue deutsche Glaubensspaltung	23,	221
—, Der sozialdemokratische Parteitag	26,	289
Butz, Dr. J. P: Crispi und der Gedanke des Größeren Italien	16,	63
C. D.: Französische Weitherzigkeit	17,	77
Dammann, Dr. Oswald: Das Staatstheater	22,	206
—, Konservativismus	25,	280
E. E.: Ein nationales Heiligtum in Gefahr!	19,	143
Eimer, Studienrat Dr. M: Zum südwestdeutschen Problem	20,	154
Elster, Dr. Hans Martin: Hundert Jahre Fr. Wilh. Grunow Verlag	18,	116
Goldstein, Dr. Moritz: Revolutionsliteraten. Eine Abrechnung	19,	121
Grothe, Dr. Hugo: Die deutschen Volksinseln in Böhmen	15,	86
Hennig, Dr. Richard: Konflikt im Entente-Lager	15,	39
—, Laßt deutsche Kinder zu Tode hungern, — um der Gerechtigkeit willen!	25,	275
Hildebrandt, Prof. Dr. Paul: Schulgemeinden und Schülerräte	16,	68
Hoff, Oberst Heinz von: Vom wahren Führertum	21,	181
Hoffmann, Dr. Karl: Idee und Ursprung der Revolution	15,	30
—, Das Banner Schwarz-Rot-Gold	25,	257
Holl, Geh. Konsistorialrat Prof. D. Dr. Karl: Christentum und Sozialismus	21,	174
H. O. M.: Nationale Ziele der deutschen Geschichtsschreibung von Wolf, Schäfer und Delbrück	19,	B
Huebner, Dr.: Die deutsch-flämische Legende von der Nonne Beatrix	16,	306
Inheim, Heinrich: Zeitgemäße Gedanken	24,	252
Jöhlinger, Dr. Otto: Eine Verwaltungs-Akademie in Berlin	18,	114
Junius: Walther Rathenaus gesammelte Schriften	15,	44
Kelchner, Dr. Mathilde: Ein Bericht über die Frauenbestrebungen der Gegenwart 18, 106	19,	138
Keller, Dr. Karl: Ist Bismarck durch den Weltkrieg widerlegt worden?	15,	25
Lauffer, Prof. Dr. Otto: Die Aufgaben der Museen in der neuen Zeit	24,	241
Leibrock, Dipl. cam., O.: Zur Rätefrage	26,	294
Levy, Dr. Heinrich: „Vom Geist der Revolution" von Dr. A. Liebert	24,	255
Lulvès, Archivrat Dr. J.: Die Frage der Beteiligung des Papstes an den Friedenskonferenzen im Spiegel der öffentlichen Meinung des Auslandes	19,	125
M.: „Die Presse als Werkzeug der auswärtigen Politik" von Paul Elsbacher	16,	72
Marx, Konsul: Erwiderung auf „Der Irrweg des Bürgerratsgedankens" von Dr. M. H. Boehm	22,	211
Mehrmann, Dr. Karl: Nationalitätsprinzip und Staatenvergesellschaftung	23,	217
Meisner, Dr. H. O.: „Die Ursachen des Deutschenhasses" von Max Scheler	17,	95
—, „Englands Friedensschüsse" von W. Michael	20,	168
Menenius: Zur Psychologie des deutschen Bolschewismus	14,	15
—, Mittelmeerprobleme	17,	87
—, Der Friedensvertrag und die öffentliche Meinung Frankreichs	22,	211
—, Die Aufteilung Kleinasiens	23,	230
—, Amerika am Scheidewege	25,	272
—, Die Entente und Österreich-Ungarn	26,	304
M. K. „Hans Michael Elias Obentraut" von Harry Bosberg	18,	120
—, „Das Hus sünner Licht" von Fr. Gerh. Lottmann	24,	256
—, „Von Luther bis Lessing" von Friedrich Kluge	25,	283
Mr: „Schweden", von Rudolf Kjellin	21,	190
Mühlner, Waldemar: „Storm-Briefe"	17,	94
Osse, Oberlehrer Dr. Hans: Zur Schaffung pädagogischer Lehrstühle	22,	203
Preiß, Dr. Hans: Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung	16,	57
Puttkamer, Thea v.: Deutschland und Rumänien	26,	300
Putzer, Fritz: Konstantinopeler Herbsterinnerungen	24,	248
R., Dr.: Geschichte der polnischen Literatur	21,	191
Rauch, F.: Zur masurischen Frage	17,	84
Rochlitz, Dr. Walter: Das Ende und der Bankrott der deutschen Marokkopolitik	22,	196
Sch., Dr: Zur Abschaffung des Adels	22,	214
Schacht, R.: „Christian Wahnschaffe" von Jakob Wassermann	25,	283
Schlesinger, Dr. Artur: Verstaatlichung der Krankenhilfe	14,	22
Schultz, Dr. Julius: Geistige Typen	20,	162
Sickel, Prof. Paul: Aristokratische und demokratische Bildungsbegriffe	25,	276
Sieger, Prof. Dr. Robert: Deutsch-Österreich nach den Landtagswahlen	25,	264
Sontag, Oberlandesgerichtsrat Dr.: „Friedensbedingungen der Entente"	25,	282
Trautmann, Wirkl. Leg.-Rat, Oskar: Bethmann Hollwegs Betrachtungen	26,	285
Woedtke, Paul von: Die Bedeutung der baltischen Landwirtschaft für Deutschland	24,	287
Weer, Reinhard: Im Wendenland	17,	79
Weiß, Dr Moritz: Unzweifelhaft deutsches Land!	14,	19
Wittschewsky, Professor: Auf den Pfaden der Sozialisierung	14,	6
Ziemke, Dr.: Unterzeichnen? Ein dokumentarischer Rückblick	20,	147

UNIV. OF

Voraussetzungen der Demokratie

Von Dr. Karl Buchheim

In einer großen demokratischen Versammlung vor den Nationalwahlen hörte ich einmal einen jungen leidenschaftlichen Vertreter des Bolschewismus als Debatteredner. Er sagte, man spreche immer von den Gewalttaten und Greueln der Bolschewisten und werde ihrer großen Idee nicht gerecht. Dies sei die Idee der Gerechtigkeit. Sie verkläre und rechtfertige alle Taten der Bolschewisten. Es müßte gelingen, die Idee der Gerechtigkeit zu einer Wirklichkeit in dieser bis jetzt so ungerechten Welt zu machen. Die Gerechtigkeit sei es wert, auch mit Feuer und Schwert erzwungen zu werden, wenn es nicht anders gehe. Und wer einmal von der Idee der Gerechtigkeit leidenschaftlich erfüllt sei, dem mache es nichts aus, in ihrem Dienste auch über Leichen zu schreiten.

Daß die Praxis des Bolschewismus wirklich nach diesem Rezept verfährt, bemerken wir ja. Sie scheut selbst vor offener Verbrüderung mit dem gemeinen Verbrechertum nicht zurück. Wem ideologische Besessenheit noch nicht völlig das Gewissen und die kühle Überlegung geraubt hat, der muß sich sagen, daß auf diesem Wege alles andere eher als die Idee der Gerechtigkeit auf Erden verwirklicht wird. Doch finde ich: wenn der Bolschewismus glaubt, nur durch rücksichtslose Zerstörung, durch anarchistisches und verbrecherisches Niederreißen der alten Gesellschaft sein Ziel erreichen zu können, so liegt dieser Handlungsweise sicherlich ein dumpfes Bewußtsein davon zugrunde, wie ungeheuer schwierig das Unterfangen ist, die Idee der Gerechtigkeit in der Welt verwirklichen zu wollen. Vielleicht erfassen die Bolschewisten und Spartakisten diese Schwierigkeit instinktmäßig klarer wie die Sozialdemokraten, die den schönen Glauben aufbringen, die Welt gerecht machen zu können, ohne sie dabei zu zerschlagen. Die Berge sind gewaltig, die dieser Glaube versetzen möchte.

Der Gedanke, eine gerechte Staatsordnung zu schaffen, ist ja auch das Ideal aller Demokraten. Es hat sich aber gezeigt, daß Gerechtigkeit im öffentlichen Leben durch bloße politische Einrichtungen nicht geschaffen werden kann. Es müssen auch schwerwiegende Voraussetzungen wirtschaftlicher, technischer und sittlicher Art erfüllt sein. Daß die wahre Demokratie wirtschaftliche Voraussetzungen hat, erkennen die heutigen Sozialdemokraten klar genug. Das wußte auch schon Rousseau, während es der bürgerliche Radikalismus des 19. Jahrhunderts nicht wahr haben wollte. Rousseau wollte den Kleinbetrieb und das kleine Privateigentum erhalten. Kein Bürger sollte einen wesentlich größeren Besitz haben als sein Nachbar, aber jeder sein Eigen. Im Jahre 1762, als der „Contrat social" erschien, konnte man noch hoffen, sich einem solchen Ideal anzunähern. Seit aber die moderne Industrialisierung eingesetzt hat, seit man auf Großbetrieb und weitverzweigte Arbeitsteilung, auf komplizierte Maschinen und

riesige Kapitalien nicht mehr verzichten kann, ohne den ganzen ungeheuren wirtschaftlichen Fortschritt eines Jahrhunderts preiszugeben, ist die Zusammensetzung des Volkes aus lauter gleichen kleinen Besitzern undenkbar. Läßt man aber die Ansammlung großen überlegenen Reichtums in den Händen einzelner zu, dann ist wieder die Demokratie eine Unmöglichkeit, da die wirtschaftliche Macht die großen Kapialisten stets aus der allgemeinen gleichen Masse der Bürger herausheben muß. Darum ist auf der jetzt erreichten Stufe des Großbetriebes und der Arbeitsteilung der Sozialismus die Konsequenz des demokratischen Gedankens. Wenn es nicht angeht, den Kapitalbesitz annähernd gleichmäßig unter die Bürger aufzuteilen, dann muß man, wenn man am demokratischen Ideal festhält, ihn überhaupt allen privaten Händen entziehen und die ganze Produktion des Volkes der Gesamtheit übertragen. Dann wird jeder Bürger, der überhaupt an der Produktion teilnimmt, auch der industrielle und kommerzielle Unternehmer oder der Leiter eines Rittergutes Angestellter der Gesamtheit. Alle schroffen und der demokratischen Gleichheit abträglichen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen ihm und den übrigen Bürgern, besonders denen, die unter seiner Leitung arbeiten, alle Möglichkeiten, politischen Gegnern die Futterkrippe höher zu hängen, können sehr stark eingeschränkt oder verhindert werden. Die größte volkswirtschaftliche Schattenseite der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist der zu befürchtende Rückgang der Produktion, wenn der Anreiz, reich werden zu können, wegfällt und dazu die Bureaukratisierung der produktiven Arbeit. Aber davon soll hier nicht die Rede sein. Man wird soviel zugeben können, daß im Zeitalter des Großbetriebes und der Arbeitsteilung nur der Sozialismus der wirtschaftlichen Gleichheit der einzelnen Bürger einigermaßen näher bringt, und daß ohne wirtschaftliche Gleichheit auch die politische fragwürdig ist. Darum ist heute der Sozialismus die Konsequenz des demokratischen Ideals. Bei der praktischen Ausführung kann es natürlich dahingestellt bleiben, ob man wirklich alle Wirtschaftszweige sozialisieren muß. Es kann ja ganz gut sein, daß auf einzelnen Produktionsgebieten ein privater Klein- oder Mittelbesitz auch jetzt noch herrscht, der die demokratische Gleichheit der Volksgenossen genügend verbürgt: zum Beispiel unter Bauern oder Handwerkern. Der Sozialismus ist, recht verstanden, kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, nämlich zur Demokratie, zur Abschaffung der schroffen Unterschiede zwischen arm und reich. Es kommt nicht darauf an, erklärt Gustaf Steffen („Das Problem der Demokratie", S. 39) gegenüber den sozialdemokratischen Radikalen, daß unter allen Umständen alles sozialisiert wird, sondern daß die Armut so gründlich wie möglich aus der Welt geschafft wird. Steffen nennt das sozialpolitischen Radikalismus im Gegensatz zum sozialistischen Radikalismus.

Selbst wenn es uns aber gelungen wäre, die nötige wirtschaftliche Gleichheit der Bürger als Voraussetzung der Demokratie zu schaffen, so erhebt sich weiter die Frage, wie es nun möglich sein soll, die Volksherrschaft technisch zu organisieren. Der moderne Nationalstaat eines so großen Volkes, wie es unser deutsches ist, ist ja viel zu groß, als daß es je möglich sein könnte, die Bürger irgendwo alle zusammenzuholen und sie über die Staatsangelegenheiten entscheiden zu lassen. Rousseau hat daraus den Schluß gezogen, daß der Großstaat eben für die Demokratie ungeeignet sei, und daß die freien Bürger sich deswegen lieber in kleinen Kantonen politisch organisieren möchten, wie es ihm aus seiner Heimat Genf vertraut war. Aber die Großstaaten bestehen nun einmal und haben im Zeitalter der Weltwirtschaft und Weltpolitik und des Nationalismus keine Veranlassung, sich um der demokratischen Forderung willen in kleine Kantone aufzulösen. Darum haben schon die Demokraten der französischen Revolution zum Repräsentativsystem gegriffen, obwohl ihr Meister Rousseau dieses Auskunftsmittel ausdrücklich ablehnt. Hier werden die Rechte des Volkes von einer Volksvertretung wahrgenommen. So ist das Vorbild der demokratischen Praxis von den großen Musterstaaten England, Amerika und Frankreich geschaffen worden, und so haben es die übrigen Staaten nachgebildet. Aber die Schaden liegen auf der Hand. In allen diesen Staaten sieht man, daß die Volksvertretung oft gar

nicht den wahren Volkswillen ausführt, daß sie einen eigenen Willen betätigt, Cliquenwirtschaft treibt und womöglich gar das Volk betrügt. Das Volk hat nur am Wahltag ein Mitbestimmungsrecht, dessen Wert durch Korruption und Wahlschwindel auch noch stark beeinträchtigt wird. Sobald die Volksvertretung da ist, hat das Volk nichts mehr zu sagen. Auf die tatsächliche Gesetzgebung und Verwaltung hat es jedenfalls gar keinen Einfluß. Da sagt nun Gustaf Steffen im Gegensatz zu Rousseau, es sei auch gar nicht Prinzip der Demokratie, daß sich das Volk wirklich selber regiere. Das sei völlig unmöglich. „In einem modernen Arbeitsteilungs- und Großindustriestaate mit vielen Dutzend Millionen freier Einwohner ist das Experimentieren mit unmittelbarem Regierungsdemokratismus nicht einmal denkbar" (a. a. O. S. 80). „Demokratie" sei gar nicht Selbstregierung des Volkes, sondern das was Rousseau „Volkssouveränität" nennt, d. h. das Recht jeder Gruppe und Person im Volke zur Geltung zu kommen. Steffen definiert: „Demokratie ist die direkte und indirekte Beteiligung aller mündigen Männer und Frauen an aller politischen und wirtschaftlichen Machtausübung innerhalb der Gesellschaft — jedoch nicht als Selbstzweck, sondern ganz und gar dem allgemeinen Besten untergeordnet." (S. 87.) Die Demokratie kennt keine Regierung ohne Zustimmung der Regierten, heißt es an anderer Stelle. (S. 81.) Mir scheint aber, als sei in den praktisch verwirklichten Demokratien der Großstaaten die Beteiligung der meisten Männer und Frauen lediglich indirekt und als sei ihr Einfluß auf die direkten Regenten oft in einem Maße geringfügig, daß ein wahres Zerrbild der Demokratie entsteht. Der Wille der gewählten Funktionäre ist oft sehr wenig „dem allgemeinen Besten untergeordnet", wohl noch viel weniger, als das schon Rousseau befürchtete. Steffen erkennt die Schwierigkeiten wohl und erörtert deshalb die Korrekturen, die man am Repräsentativsystem anbringen kann, um die Volksvertreter zu veranlassen, auch wirklich nach dem Willen des Volkes zu handeln. Er verwirft das imperative Mandat, das Referendum und die Initiative (Recht jedes Volksgenossen, eigene Gesetzesanträge zu stellen) als untauglich. Er rechnet auf ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen Wähler und Gewähltem (das aber gerade bei der besonders demokratischen Verhältniswahl selten möglich sein wird) und empfiehlt Nachprüfung der Gesetze durch Volksabstimmung nach angemessener Probezeit und einen Senat mit Aufschubrechten in der Gesetzgebung.

Zu einem ganz anderen Standpunkte gelangt demgegenüber eine Broschüre des Schweizers Fick,[1]) die sich auch besonders mit den technischen Voraussetzungen der Demokratie befaßt. Der Verfasser läßt keineswegs das Repräsentativsystem als Form der Demokratie gelten, sondern er macht sogar einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Repräsentativstaaten und Demokratien. Die repräsentative Verfassung sei keine Demokratie; sie entspreche vielmehr dem, was im bekannten Verfassungsschema des Aristoteles (Monarchie, Aristokratie, Demokratie) als Aristokratie bezeichnet werde (S. 18). Artikel 6 der schweizerischen Bundesverfassung stellt ausdrücklich Demokratie und Repräsentativverfassung in Gegensatz, und Fick sagt: „Parlamentarismus ist nicht Demokratie, sondern Gegensatz zur Demokratie" (S. 29). Das Parlament solle nur vorberaten, das Volk entscheiden. Fick erläutert seine Lehre sehr wirkungsvoll an der Verfassung des Kantons Zürich und führt die Grundsätze seiner unparlamentarischen „deutschen" Demokratie bis auf die Germania des Tacitus zurück. Im Gegensatz zu Steffen sieht er das Wesen der Demokratie nicht in der bloßen Volkssouveränität, sondern in der wirklichen Volksentscheidung über die Gesetze, die die repräsentative Versammlung nur vorzubereiten hat. Referendum und Initiative, die Steffen verwirft, werden hier als unbedingt notwendig gefordert. Fick ist auch der Meinung, daß diese Volksentscheidung keineswegs bloß in kleinen Kantonen möglich sei. „Heute — zurzeit der höchsten Blüte der Verkehrstechnik, steht nichts mehr im Wege, den Grundsatz der reinen Demokratie auch in Groß- und Weltstaaten durchzuführen." (S. 26.)

[1]) Dr. F. Fick, Deutsche Demokratie, Verlag J. F. Lehmann, München 1918. Pr. 1,50 M.

Ob da freilich nicht Fick die Schweizer Möglichkeiten allzu rasch verallgemeinert? Zweifellos scheint er mir gegenüber dem Repräsentativsystem den reineren Begriff von Demokratie zu haben. Aber es dürfte nach wie vor sehr schwierig sein, die schwerfällige blinde Masse eines Großstaatsvolkes zum eigenen Gesetzgeber zu machen. Man könnte daran denken, diese Masse erst berufsständisch zu organisieren, damit jeder zunächst über die Fragen urteilen lernt, von denen er wirklich was verstehen kann. Aber es ist bekannt, daß dies sehr leicht zu einer Kasten- und Interessenpolitik führen müßte, die noch schlimmer ist als die Politik der jetzigen Parteien und Cliquen. Da kommt nun ein Vorschlag von Felix Weltsch, der die Masse auf anderem Wege zur politischen Selbstbestimmung fähig machen möchte.[2]) Das Volk soll hier nicht in berufsständische Kasten gegliedert werden, sondern jeder Bürger soll ganz frei mit allen denen zu einer Gruppe zusammentreten, die in irgendeiner Beziehung seine Gesinnungsgenossen sind. Er darf mehreren derartigen Vereinen — „Einzelgruppen" nennt sie der Verfasser — angehören, aber nicht beliebig vielen, sondern etwa fünf, zum Beispiel für Katholizismus, Kapitalismus, Antisemitismus, Freihandel und Denkmalpflege. Jeder wird sich die Gruppen heraussuchen, deren Sache ihm besonders am Herzen liegt, und wird Bestrebungen, die ihm weniger wichtig sind, nicht unterstützen. Ja, es ist möglich, daß er alle fünf Stimmen einer einzigen Gruppe widmet. Auf diese Art „wird erreicht, daß jeder gleichsam bereits in seinem Innern eine Majoritätsentscheidung fällt, und daß die Ziele, welche zum politischen Wettkampf miteinander antreten, auch wirklich die dem einzelnen wichtigsten sind" (a. a. O. S. 21). Innerhalb der Einzelgruppe darf jeder Staatsbürger Anträge stellen und hat gleiches Stimmrecht. Beschlüsse einer Einzelgruppe gehen als Anträge an eine „Mittelgruppe", die aus Abgeordneten solcher Einzelgruppen besteht, die etwas Gemeinsames in ihrem Programm haben. Beschlüsse der Mittelgruppen wiederum gehen als Anträge an die „Fachparlamente", die aus Abgeordneten der Mittelgruppen bestehen. Es gibt drei Fachparlamente: eins für kulturelle, eins für wirtschaftliche Interessen, eins für Staatsnotwendigkeiten (Finanzen, Heerwesen, innere und auswärtige Politik). Von je drei Abgeordneten einer Mittelgruppe muß einer ins Parlament der Staatsnotwendigkeiten; die beiden anderen können beliebig verteilt werden. Die Beschlüsse eines Fachparlaments gelten auf den Gebieten, wofür sie zuständig sind, als Volksbeschlüsse. Für den Wahl- und Abstimmungsmodus macht Weltsch noch besondere Vorschläge, die alle den Zweck haben, brutale Majorisierungen eines Bürgers oder einer Gruppe zu verhindern. Denkt man sich das System ausgeführt, so würde in der Tat das Volk eine vollständig organisierte politische Masse sein, in der der Wille jedes einzelnen an einer Stelle zum Ausdruck käme, die seiner Urteilsfähigkeit und seinen Interessen völlig angepaßt wäre, und in der dieser Wille zweckdienlich weitergeleitet würde in immer größere Kreise der Gesamtheit. Aber freilich ist das System ziemlich kompliziert und setzt zu große Reife bei der Masse voraus. Es dürfte Millionen von Staatsbürgern geben, die nicht urteilsfähig genug sind, die für sie passenden Einzelgruppen herauszufinden, oder die zu denkfaul sind, um Lust zu haben, sich überhaupt irgendwo anzuschließen, oder die selbst dann, wenn sie angeschlossen sind, ihre Bequemlichkeit zu sehr lieben, als daß sie gewillt wären, eine Meinung in der Gruppe zu äußern und zu vertreten. Das Berufs- und Geldsackinteresse veranlaßt die Leute ja zum Zusammenschluß, aber die „Einzelgruppe" soll ja eben nicht durch Berufs- und Geldsackinteressen, sondern durch freie Überzeugung zusammengehalten werden. Schon jetzt gehen viele Wähler nicht einmal an dem einen Wahltag zur Urne. Wieviel schwerer wird es da sein, dauerndes Interesse für die Mitarbeit auch nur in einer dieser „Einzelgruppen" zu erzielen. Beteiligt sich die große Masse aber nicht an den Einzelgruppen, dann ist es wieder nicht gelungen, den wahren Volkswillen zur Äußerung zu bringen. Dann betätigt sich

[2]) Felix Weltsch, Organische Demokratie. Der Neue Geist, Verlag, Leipzig.

wiederum nur eine Minderheit politisch, und auch Weltschs „organische Demokratie" läuft auf eine Aristokratie hinaus.

Alle diese technischen Schwierigkeiten, wie es möglich sein soll, den wirklichen Volkswillen zur Geltung zu bringen, wären sofort beseitigt, wenn der Staat lauter Bürger von der nötigen sittlichen Reife und von wahrem politischen Interesse hätte. Die wichtigsten Voraussetzungen der Demokratie sind allezeit sittlicher Natur gewesen. Eine Demokratie kann nur bestehen, wenn ihre Bürger wahrhaft demokratisch gesinnt sind. In einem kleinen Büchlein über „Deutsche Demokratie" zählt Charmatz sehr hübsch die Grundsätze auf, mit deren Beobachtung jede Volksherrschaft stehe und falle.[1]) Erstens müsse sich der Zweck der staatlichen Gemeinschaft mit dem allgemeinen Besten decken. Zweitens müsse der einzelne bei dem geringsten notwendigen Maß von Einschränkung das höchste mögliche Maß von bürgerlichen Rechten genießen. Drittens dürfe die Staatsautorität der Volksautorität nicht feindlich gegenüberstehen. Und viertens müsse der Mehrheitswille auf die Minderheit schonende Rücksicht nehmen. Wie es aber möglich sein soll, Demokraten von solcher Gesinnung zu erzeugen, daß sie alle diese Grundsätze achten, darüber schweigt sich Charmatz aus. Offenbar ist er Optimist genug, sie dem deutschen Volke zuzutrauen. Wir stehen hier bei der schwierigsten und wichtigsten Voraussetzung der Demokratie.

„Demokratie und Unduldsamkeit," sagt Steffen (S. 105), „Demokratie und rücksichtslose Herrschsucht schließen einander aus. Demokratie und soziale Unwissenheit, Demokratie und soziale Voreingenommenheit, Demokratie und blinde soziale Parteilichkeit sind miteinander unvereinbar." Es gibt nun zweierlei Art, wie man sich die Beseitigung der undemokratischen Gesinnung der Menschen vorstellen kann. Man kann nach dem materialistischen Prinzip glauben, diese Untugenden seien das Erzeugnis des Milieus, der Unterdrückung und Beengtheit, in der die Menschen bisher leben mußten. So reden zum Beispiel die Lobhudler des Proletariats. Die Untugenden, die der Proletarier jetzt zeigt, sind nach Ansicht dieser Leute nur die Folge der elenden Zustände, unter denen er unter der bisherigen Klassenherrschaft vegetieren mußte. Ist erst einmal durch die Revolution der Bann gebrochen, ist der Proletarier zur Freiheit und Herrschaft berufen, dann wird er ganz von selber unter Anleitung seiner genialen Führer sehr bald in allen demokratischen Tugenden leuchten. Aus solchen Gedankengängen folgern radikale Sozialisten und Spartakisten die Theorie von der Diktatur des Proletariats als Übergang zu der allgemeinen Gleichheit und Freiheit aller Menschen. Die Klassenherrschaft des Proletariats soll nach dieser Lehre vermöge der Solidarität und hervorragenden Einsicht der Arbeiterklasse zur Herrschaft der demokratischen Tugenden unter den Menschen überleiten.

Es ist kein Zweifel, daß diese Lehre ein Wahn ist bei denen, die daran glauben, eine gewissenlose Demagogie bei denen, die mit ihr bewußt dem Pöbel schmeicheln. Peccatur intra muros et extra! Das Bürgertum und die bisher herrschenden Schichten bestanden gewiß nicht aus Engeln, aber die sozialdemokratischen Arbeiter sind ebenso gewiß nicht besser und werden nicht tugendhafter werden, wenn sie zur Herrschaft kommen und ihren Dünkel pflegen können. Die sittlichen Qualitäten der Menschen heben sich durchaus nicht automatisch, wenn die äußere Lebensstellung verbessert wird. Vielmehr kann der plötzlich zur Macht Berufene sittlich noch stärker versagen, als der im äußeren Leben Gedrückte. Demokratische Tugend kommt nicht dadurch zur Herrschaft, daß man bisher beherrschte Massen statt der oberen Schichten zur Macht beruft; sondern nur dadurch, daß man in mühevoller Arbeit allen Menschen eine Gesinnung anerzieht, in der sie mehr Liebe zueinander und mehr Ehrfurcht vor der Menschenwürde des andern betätigen. Eine solche Gesinnung wird nicht die Solidarität der Arbeiterklasse erzeugen, — weil sie ihre Kraft zu sehr aus dem nackten Klassenegoismus zieht, — sondern nur das Christentum, von dem die heutigen sozialdemokratischen Machthaber leider wenig wissen wollen.

---

[1]) Richard Charmatz, „Deutsche Demokratie". Bei Ed. Strache, Wien-Warnsdorf-Leipzig. 1918. S. 31 f.

Ich fürchte sehr, daß der Krieg, der jetzt zwischen Staat und Kirche droht, vor allem dem Staat und dem demokratischen Gedanken schweren Schaden bringen wird. Denn ich glaube, ohne die Kirche wird es schwer fallen, die inneren Bedingungen in der Gesinnung der Menschen zu schaffen, die ein demokratisches Gemeinschaftsleben ermöglichen. Nicht als ob ich leugnen wollte, daß auch außerhalb der Kirchen idealistisches Handeln gedeihen könne. Auch unter den Sozialisten und Materialisten gibt es vorzügliche Menschen. Ob diese Weltanschauungen sich aber eignen, auch der breiten Masse die Forderung idealistischen Handelns so als Gewissensmacht erscheinen zu lassen, daß sie wirkt oder bei jeder selbstsüchtigen Tat doch wenigstens das böse Gewissen die Hoffnung auf Besserung nicht ganz vag erscheinen läßt, das darf man füglich bezweifeln. Man mag die Schattenseiten der kirchlichen Erziehung noch so sehr hervorheben, eine solche erschütternde Verwahrlosung des staatsbürgerlichen Pflichtgefühls hat sie nicht zur Folge gehabt wie die sozialistische Agitation. Denn diese ist es, die unterstützt von der Verrohung durch den Krieg, den spartakistischen Terror erzeugt hat. Der sozialdemokratische Glaube, wie ihn die Masse versteht, ist viel zu materialistisch und klassenegoistisch, als daß von ihm eine Erziehung zu demokratischen Tugenden zu erwarten wäre. Die Klassensolidarität der Arbeiter erzieht nicht zu staatsbürgerlichem Solidaritätsgefühl, sondern eher von ihm weg. Das ist der Punkt, wo sich auch sozialdemokratische Führer den bedenklichsten Täuschungen über ihre eigenen Leute hingeben. Jene Ahnung zum wenigsten von praktischem Idealismus, wie sie in demokratischen Gemeinwesen auch die Masse braucht, wird man ohne Christentum nicht erzeugen. Freilich wird man sagen: was soll das Christentum helfen, da es ja eben keinen Einfluß mehr auf die Masse hat? Was die katholische Kirche anlangt, ist das zum mindesten nicht richtig. Ein äußeres Zeichen dafür ist, daß die Macht des Zentrums im katholischen Volke auch während der Revolution nicht erschüttert worden ist. Eine dankenswerte Sammlung innerer Zeugnisse für die Festigkeit der christlichen Weltanschauung in weiten katholischen Volkskreisen liegt vor in drei Bänden Feldpostbriefen, die Professor Pfeilschifter in München herausgegeben hat.[1]) Für diesen Volksteil braucht man noch keine allzu große Sorge zu haben. Die evangelische Kirche aber muß eben noch einmal mit aller Anspannung um den Boden kämpfen, den sie im Volke verloren hat. Unter gebildeten Protestanten gibt es jetzt leider nur wenige, die sich Rechenschaft zu geben vermögen, wie sehr die Erhaltung des christlichen Glaubens im Volke und seine strammere Organisierung Bedingung auch für die vaterländischen und demokratischen Hoffnungen ist, die wir noch haben können. Möchte diese Einsicht bald reifen!

Auf den Pfaden der Sozialisierung

Von Professor Wittschewsky

II

Die revolutionäre Erhebung vom 9. November vorigen Jahres war zunächst aus rein politischen Antrieben hervorgegangen und in ihren Anfängen auf die Lösung schwieriger wirtschaftlicher Probleme nicht unmittelbar gerichtet. Sie mußte aber schon ihres proletarischen Ursprungs wegen alsbald auf das wirtschaftliche und sozialpolitische Gebiet übergreifen. Waren doch in den Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei von jeher politische und wirtschaftliche Zielpunkte eng mit einander verbunden. Man betrieb den Ausbau der

[1]) Feldbriefe katholischer Soldaten, herausgegeben von Dr. Georg Pfeilschifter. 3 Bände. Freiburg i. Br., Herder, 1918.

gewerkschaftlichen Organisationen, um den politischen Forderungen größeren Nachdruck zu geben, und suchte anderseits die Massen in der politischen Bewegung auf dem Alarmfuß zu halten, um wirtschaftliche Fortschritte durchzusetzen. Die Machthaber der provisorischen Regierung betonten auch in ihren Kundgebungen, daß sie ihren sozialistischen Überzeugungen treu bleiben und die Wege zum Sozialismus unbeirrt beschreiten würden. An Beweisen ihres guten Willens, den Arbeitermassen außer der politischen Freiheit eine Erweiterung ihrer politischen Rechte und eine Erleichterung ihrer Arbeitspflichten zuzuwenden, ließen sie es nicht fehlen. Die Verordnungen über die Koalitionsfreiheit, die Rechtsgeltung der Tarifverträge und die Einführung des Achtstundentags, von anderen sozialpolitischen Maßnahmen abgesehen, können hierzu genannt werden. Im übrigen hatten die Führer der neuerstandenen sozialistischen Republik alle Hände voll zu tun, sich ihrer Haut zu wehren und den schwankenden Boden ihrer politischen Existenz zu festigen. Inmitten der sturmgepeitschten Wogen, die infolge des revolutionären Umsturzes die politischen Verhältnisse in ganz Deutschland furchtbar aufwühlten, wäre es frevelhaft gewesen, gleichzeitig auch die schwerkranke Volkswirtschaft in den Strudel hereinzuziehen. Die an keine Verantwortung gebundenen radikalen Elemente freilich wollten die sozialistische Wirtschaft womöglich durch diktatorische Gewalt ohne weiteres einführen. Ihrem Mißfallen begegnete sogar die Niedersetzung einer Sozialisierungskommission, die die Möglichkeiten und Bedingungen einer grundlegenden Umwandlung der bisherigen Wirtschaftsverfassung im Sinne des Sozialismus prüfen und begutachten sollte.

Daß eine Kommission von urteilsfähigen Männern mit der Aufgabe betraut wurde, zunächst einmal Ziele und Methoden der Sozialisierung klarzustellen, war wohl das geringste Erfordernis, ehe die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung gesetzt wurde. Das Schlagwort von der Sozialisierung war zwar in aller Munde, über seine Wesenheit aber bestanden die krausesten Vorstellungen. So war es vor der Revolution und nach ihrem Eintritt bis auf den heutigen Tag. Am bequemsten haben es diejenigen, denen Marx unverändert als der große Prophet gilt, dessen durch die tatsächliche Entwicklung hundertfach ad absurdum geführten Lehrsätze wie eine wirtschaftsgeschichtliche Offenbarung angesehen werden. Für diese Leute gipfelt die „Sozialisierung" auch heute noch in dem für die Sozialdemokratie maßgebenden Erfurter Programm, dessen einschlägige Sätze hier in Erinnerung gebracht werden müssen:

„Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde."

Dieses Paradepferd der Sozialdemokratie ist der Sprößling eines wirklichkeitsfremden und wirtschaftsfeindlichen Doktrinarismus. Wollte man ihn zum Vorspann für die Sozialisierung benutzen, so würde die Volkswirtschaft ehestens in einen klaftertiefen Sumpf versinken. Von den einsichtigeren Köpfen in der sozialdemokratischen Partei ist das schon lange vor dem Kriege unumwunden zugegeben und eine dementsprechende Programmrevision verlangt worden. Nach dem Kriege muß eine sofortige umstürzlerische Aktion gemäß dem Erfurter Manifest erst recht als ein unverzeihliches Attentat auf die Produktion erscheinen. Angesichts der im höchsten Maße zerrütteten und erschöpften Volkswirtschaft ist es die dringlichste Pflicht der Nation, ihre ganze Tatkraft einzusetzen, um aufzubauen, was auseinandergefallen, und aufzurichten, was zu Boden geworfen. Die heilsamen Wirkungen dieser Anspannung werden aber aufgehoben, wenn an den fundamentalen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung willkürlich

gerüttelt wird. Und letzteres geschieht durch die zwangsweise Durchführung der Sozialisierungsthese des Parteiprogramms, ohne dem verantwortlichen Handeln die konkreten Verhältnisse zugrunde zu legen. Wenn jemals, so muß hier das Wort gelten: erst wägen, dann wagen! Es gehört nicht hierher, ein Bild von der grauenvollen Verelendung des deutschen Wirtschaftslebens zu entwerfen; was wir täglich vor uns sehen und an unserem Leibe peinlichst erfahren, wirkt als eine erschütternde Predigt, die Sozialisierungsangelegenheit nicht zu einer verhängnisvollen wirtschaftlichen Umwälzung zuzuspitzen, weil sozialistische Theoretiker sie zu einem Dogmensatz ausgeprägt haben. Von der Regierungsbank in der Nationalversammlung zu Weimar ist das eindrucksvolle Wort vom ruchlosen Optimismus ins Volk hinausgerufen worden, ein Wort, dazu berufen, den verblendeten Sozialisierungsfanatikern das Gewissen zu schärfen, damit sie nicht in trotziger Verkennung der Gegenwartsnöte nach den Sternen einer einstmals vielleicht erreichbaren Zukunftsentwicklung greifen. Der Allgemeinheit erwüchse unabsehbarer Schaden, wenn am Anfang einer verständig eingeleiteten „Gemeinwirtschaft" eine Katastrophenneigung Platz griffe.

Im vorigen Artikel *) ist bereits darauf hingewiesen worden, daß das gegenwärtig im Brennpunkt der wirtschaftlichen Interessen befindliche Sozialisierungsproblem während des Krieges vorwiegend Objekt akademischer Behandlung war. Der bis zum Übermaß ausgebaute Kriegssozialismus fußte allerdings auf gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen, war aber doch nur ein dünner Aufguß auf den Sozialismus im Vergleich zu dem starken Extrakt, mit dem das sozialdemokratische Parteiprogramm die sozialistische Wirtschaft durchtränken wollte. Selbst die Gruppe der Genossen, die im kriegswirtschaftlichen Sozialismus die verheißungsvollen Anfänge einer grundsätzlichen Abwendung vom Individualprinzip begrüßte, gab zu, daß diese Spielart der Sozialisierung überwiegend bürgerliche Prägung hatte. Denn wenngleich ein Wall von Zwangsvorschriften die Ungebundenheit der freien Wirtschaft einengte, so behaupteten die kapitalistischen Kräfte doch nach wie vor ihre Vorherrschaft über Produktion und Güterumlauf. Immerhin schätzten die Genossen es als einen Fortschritt, daß wenigstens durch den verwässerten Sozialismus „aus zahllosen Köpfen das festgefrorene Vorurteil gegen den Sozialismus weggeschmolzen würde".

Aber auch von einem ernsthaften praktischen Standpunkt konnte der „Vergesellschaftung" nicht völlig ausgewichen werden. Je höher die Aufwendungen für die Kriegführung anwuchsen, desto größer mußte die Sorge werden, wie Staaten und Gemeinden die ungeheuern Kriegslasten in Zukunft abzutragen imstande sein würden. Damit trat die Einführung von Reichsmonopolen in den Kreis der Erwägungen. Aus fiskalischen Gründen mußte die Umwandlung von privatwirtschaftlichen Betrieben in staatliche ins Auge gefaßt werden. Daß die Sozialdemokratie früher den Staatssozialismus nicht als vollwertigen Zweig vom Baume des Sozialismus, wie sie ihn auffaßte, gelten ließ, dürfte bekannt sein. Man hat allmählich in dieser Beziehung umgelernt und die Verstaatlichung als eine brauchbare Vorstufe für die radikale Depossedierung des Privatkapitals willkommen geheißen. Es ist einleuchtend, daß der „Staatskapitalismus" für den Sozialismus tüchtige Vorarbeit leistet, indem er die privaten Betriebe enteignet und die staatliche Monopolwirtschaft der parlamentarischen Kontrolle unterstellt. Eine Sozialisierung in dieser Richtung erschien daher dem sozialdemokratischen Schrifttum vor dem Kriege als eine zweckmäßige Minenlegung, um die kapitalistische Produktionsweise abzubauen.

Die Verstaatlichung war unverkennbar bereits ein wesentliches Stück der allgemeinen Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Sie wendete den Kapitalbesitzern durch die Ablösungsrenten zwar große finanzielle Vorteile zu, nahm ihnen aber ihre Betriebe aus der Hand. Diesen Fortschritt konnten mithin auch übereifrige Genossen, die willens waren, aufs ganze zu gehen, als vorläufig allein erreichbare Abschlagszahlung sich gefallen lassen. Aber selbst für die

*) Heft 11 und 12 der Grenzboten.

fiskalischen Verstaatlichungspläne war die Zeit im Kriege noch nicht reif; sie standen in engem Zusammenhange mit der Gesamtheit der Finanzfragen, deren Lösung vom Ausgang des Krieges abhängig war.

Als der Waffenstillstand geschlossen und die politische Umwälzung in Szene gesetzt war, hatte die Demobilmachung vor dem Sozialisierungsthema den Vorrang. Die Unterbringung der in überstürzter Hast aus dem Felde zurückströmenden Truppen und Versorgung der namentlich in den Großstädten sich ansammelnden Scharen von Arbeitslosen verursachten ernste Schwierigkeiten. Ungleich wichtiger als die soziale Neuordnung der Wirtschaftsformen war das Ingangsetzen der Betriebe, um dem müßigen Herumlungern der beschäftigungslosen und teilweise verwilderten Elemente zu steuern. Daß das baldigst geschehe, war zugleich eine Lebensfrage für die Allgemeinheit. Denn die Wiederaufnahme der produktiven Arbeit war die erste und wichtigste Vorbedingung für die Rückkehr zu normalen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die fast flehentlichen Mahnungen aller amtlichen Stellen an die Arbeiter, die reichlich angebotene Arbeitsgelegenheit anzunehmen, stießen leider gar zu häufig auf passiven Widerstand bei den Arbeitsunlustigen, denen die Revolutionspsychose die Neigung zum Faulenzen eingeflößt hatte. Das Wort des Reichspräsidenten Ebert fand wenig Beherzigung: „Arbeit ist die Religion des Sozialismus!" Die in den Arbeiter- und Soldatenräten verankerte wirtschaftliche Demokratie war inzwischen zu einer selbstherrlichen Macht emporgewachsen, die auf die politische Reichsleitung einen steigenden Druck ausübte. In dem erbitterten Ringen der Rechtssozialisten mit den radikalen Gruppen zu ihrer Linken stand bei letzteren die Forderung einer unverzüglichen und durchgreifenden Sozialisierung an erster Stelle. Die ungestümen Wirtschaftsreformer der Unabhängigen hatten während der sozialistischen Übergangszeit mit der Zusicherung sich halbwegs beruhigen lassen, daß der durch Volkswahlen legitimierte Gesetzgebungsapparat alsbald in ihrem Sinne arbeiten werde. Nachdem nun die Nationalversammlung zusammengetreten war, verlangten sie die restlose Einlösung des Sozialisierungsversprechens.

Das der Nationalversammlung vorgelegte Programm des Reichsministeriums nahm zur Sozialisierungsfrage in folgendem Satze Stellung: „Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstande einen privat-monopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind sie in öffentliche oder gemischt-wirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinde zu übernehmen." Die Vorbehalte in dieser programmatischen Erklärung sind leicht erkennbar. Von einer unmittelbaren Anlehnung an das Erfurter Parteiprogramm wird abgesehen. Der Umwandlung von kapitalistischem Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum werden enge Schranken gezogen und „die einheitliche Regelung der reifgewordenen Betriebe durch die Gesamtheit" wird an die Stelle der sozialistischen Warenproduktion gesetzt. Einer Sozialisierung, die die Ausnützung der Privatmonopole, falls die Objekte sich dazu eignen, auf eine staatlich-organisierte Gemeinschaft überträgt, haben auch die im Kabinett Scheidemann vertretenen beiden bürgerlichen Parteien zugestimmt. Bei der vorsichtigen Abfassung dieses ministeriellen Sozialisierungszieles war offenbar der Leitgedanke maßgebend, daß die notleidende Volkswirtschaft mit bedenklichen Experimenten verschont werden und durch die Neuordnung allen Volksklassen gedient sein müßte. Die Sozialisierung sollte im Zeichen der Gemeinnützigkeit, nicht zugunsten einer einzelnen Berufsklasse, also etwa der beteiligten Arbeiterschaft, erfolgen. Dieser Standpunkt trug auch den Anschauungen der besten Theoretiker der Sozialdemokratie, wie Ed. Bernstein und Kautsky, Rechnung. Bernstein hatte in seinen Betrachtungen über die Aussichten des Sozialismus schon vor 20 Jahren darauf hingewiesen, daß die Verantwortung für die Produktion unmöglich in die Hände der Massen gelegt werden dürfe; nur die staatliche Bureaukratie gemeinsam mit den demokratisierten Selbstverwaltungsorganen

wären imstande, die Schwierigkeiten der öffentlichen Bewirtschaftung zu überwinden. Im übrigen wünscht Bernstein, daß störende Eingriffe in die organische Entwicklung der Volkswirtschaft möglichst unterblieben, denn man müsse sich vorhalten, daß der Prozeß der Sozialisierung sich nicht befehlsmäßig vollziehen lasse. Ebenso will Karl Kautsky die Produktivität der Volkswirtschaft nicht behelligt sehen, obgleich er grundsätzlich dafür eintritt, sämtliches Großgrundeigentum an Bergwerken und großen Gütern, sowie sämtlichen städtischen Grundbesitz zu staatlichem Eigentum gegen Entschädigung zu erklären.

Die Urteile Bernsteins und Kautskys sind schon deshalb beachtenswert, weil beide zu den dem Marxismus ergebenen Unabhängigen gehören, trotzdem aber die dogmatischen Lehrsätze des großen Meisters für das gegenwärtige Entwicklungsstadium der deutschen Wirtschaft als nicht verbindlich erachten. Beide sind der Überzeugung, daß das unorganisch-brutale Eingreifen in das Wirtschaftsleben nur schädlich wirken könne, was Bernstein, den Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, zu der Forderung veranlaßte, „daß die Volkswirtschaft so wenig wie möglich in ihrem Gange gestört werde, das heißt, daß die Bedingungen erfüllt werden, unter denen das moderne, so weit verzweigte und feingeäderte volkswirtschaftliche Leben gesund funktionieren könne". Die zur Regierung berufenen sozialdemokratischen Führer pflichteten dieser Auffassung zweifellos bei und hatten demgemäß im Kompromiß mit ihren bürgerlichen Ministerkollegen dem Sozialisierungsvotum jene zurückhaltende und vieldeutige Fassung gegeben. So können die Meinungen weit voneinander abweichen, wann ein Industriezweig oder bestimmte Großbetriebe als „sozialisierungsreif" anzusehen wären. Die überaus wichtige Frage blieb ungeklärt, wurde nur um so verworrener, je mehr Autoritäten zu ihr sich äußerten. Dem (inzwischen wieder beseitigten) Finanzminister Simon erschien eine lange Reihe von Industrien, so die chemische Industrie, Waffenindustrie, Ziegeleien usw., geeignete Objekte für eine Verstaatlichung zu sein, er schob aber zugleich als Schutzwand vor, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Versuchung zum Experimentieren abzuweisen sei. Ferner verriet der (jetzt gestürzte) Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. August Müller eine nicht mißverständliche Abneigung überhaupt gegen die Sozialisierung. Diese habe nicht nur den Stand der eigenen Wirtschaft, sondern auch die Beziehungen zur Weltwirtschaft sorgsam zu beachten. Es sei unsinnig, als Einzelstaat das Sozialisierungsbanner zu ergreifen, während die Welt ringsum die Nachfolge verweigere. Das wäre aber zurzeit die Sachlage. Im jetzigen Zeitmoment dürfe man nicht den Theoretikern zu Gefallen unausgereifte Ideen in Taten umsetzen.

Ähnliche abwehrende Urteile gegen eine übereilte Sozialisierung seitens angesehener sozialdemokratischer Wirtschaftspolitiker ließen sich eine ganze Reihe anführen. Wen es interessiert, mag unter diesem Gesichtspunkt die auf revisionistischem Boden stehenden „Sozialistischen Monatshefte" durchblättern. Die Meinungen stimmten im wesentlichen darin überein, daß allem zuvor die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit in Deutschland gefördert werden müsse, ehe die Verpflanzung sozialistischer Grundsätze auf das Wirtschaftsleben zugelassen werden dürfe. Kurz und nüchtern formuliert beispielsweise Julius Kaliski diese Überzeugung in dem Satze, daß die Sozialisierung gegenwärtig nur dem einen Ziele zustreben dürfe: der Steigerung der Produktivität. Beachtenswert erscheint uns ferner im Hinblick auf die Stellungnahme der Regierung zur Regelung der Kohlenwirtschaft eine Auslassung des bekannten Führers der Bergarbeiter, Otto Hué, der außerdem gemeinsam mit Kautsky der Reichskommission für Sozialisierung angehört. Er unterstreicht besonders die Bedenken gegen eine Verstaatlichung der Produktionsmittel, ehe wir über die Verpflichtungen, die uns von der Entente auferlegt werden sollen, genau unterrichtet wären. In Bezug auf diesen Punkt schreibt er: „Gibt es bei uns vernunftbegabte Menschen, die der Überzeugung sind, die Beauftragten des Ententeimperialismus bei den Friedensverhandlungen würden die Durchführung des proletarischen Sozialismus begünstigen? Das hieße die internationale Solidarität des Privatkapitalismus völlig verkennen." Er warnt

weiterhin vor der unlösbaren Aufgabe, die Arbeitsbeschaffung für Millionen Menschen einer sozialistischen Industrieleitung zuzumuten, und zwar zu einer Zeit, wo nicht wenige Großunternehmer geneigt sind, die Verantwortung für die gewaltige Betriebsumschichtung und Arbeitsbeschaffung auf andere Schultern abzuladen. „Wer die großindustriellen Verhältnisse nicht lediglich theoretisch, sondern aus der Praxis kennt, der weiß, daß der Sozialismus eine unabsehbare Niederlage erleiden würde, wenn wir uns jetzt die Verantwortung für total umwälzende Eingriffe in die komplizierte Verfassung unserer industriellen Produktionsverhältnisse aufhalsen würden." Der Sozialismus müsse sich hüten, die Rolle eines Konkursverwalters in der deutschen Volkswirtschaft zu übernehmen. Der Genosse Hué hat hiermit natürlich seinen Glauben an die Segnungen der sozialistischen Wirtschaft für die Menschheit nicht abschwören wollen, möchte aber die Heilswirkungen des Sozialismus nicht an einer völlig verwüsteten Volkswirtschaft erproben. Man darf wohl annehmen, daß er wie viele andere Genossen infolge des Verlaufs der Dinge auf dem innerpolitischen Kampffelde in raschem Wechsel anderen Sinnes geworden ist.

In den ersten Monaten dieses Jahres folgten bürgerliche und soziale Demokraten in Sachen der Vergesellschaftung von wirtschaftlichen Großbetrieben ungefähr derselben Fahrtrichtung. Gemeinsam war ihnen die Überzeugung, daß zur Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft alle als zweckmäßig erkannten Mittel anzuwenden wären. Daß die Produktions- und Absatzverhältnisse durch die Nutzbarmachung von gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen in vielen Beziehungen verbessert werden könnten, war zu einleuchtend, um durch die Berufung auf die Vorteile individueller Wirtschaftsfreiheit widerlegt zu werden. Auf dem abgegrenzten Boden der Gemeinwirtschaft ließen sich selbst weitgehende Reformen der nationalen Wirtschaftsweise verwirklichen, ohne in das fast uferlose Fahrwasser sozialistischer Träumereien einzulenken. Auch die Mehrheitssozialisten schienen vorläufig nicht geneigt, unter dem Drucke der Gegenwartssorgen für einen Wirtschaftssozialismus sich einzusetzen, bei dem eine ganze Anzahl unbekannter Größen in Rechnung kam.

Der revolutionäre Sturmwind war inzwischen zum Orkan angewachsen und hatte die Geister des Sozialismus zu wilder Leidenschaftlichkeit und ungestümem Begehren hingerissen. Die von gewissenlosen Volksdemagogen angestachelten Arbeitermassen wollten mit den politischen „Errungenschaften" der Revolution sich nicht zufriedengeben und drängten mit unheimlicher Gewalt auf die Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Machtansprüche. Die Lohnbewegung hatte ihren Gipfelpunkt erreicht, verbürgte aber den Arbeitern nicht einen dauernden Anteil am Produktionsertrage. Im Zeichen des Sozialismus und im Kampfe gegen den Kapitalismus sollte dem Faktor Arbeit unverweilt zum mindesten die volle Gleichberechtigung neben den kapitalistischen Kräften erstritten werden. „Sozialisierung" wurde das Losungswort für diese Bestrebungen der von radikalen Trieben erfüllten Arbeiter und die zusammenfassende Formel für den wirtschaftlichen Inhalt des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Was bezweckt wurde, legte der Parteitag der Unabhängigen in folgender Entschließung fest:

> „Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energieerzeugung, der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens; Großgrundbesitz und Forsten sind sofort in gesellschaftliches Eigentum überzuführen. In den Städten ist das private Eigentum an Grund und Boden in Gemeindeeigentum überzuführen. Ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen."

Das in diesen Forderungen aufgefahrene schwere Geschütz, war keine bloße Drohung, die von den verantwortlichen Regierungshäuptern mit der gleichen Entschiedenheit abgefertigt werden konnte wie etwa die kommunistischen Verstiegenheiten der Spartakisten. Die Werbetrommel der Unabhängigen hatte Hundert-

tausende von Arbeitern angelockt, die über das ihres Erachtens allzu laue und zögernde Verhalten der politischen Steuerleute zu den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter unwillig und aufrührerischen Handlungen zugeneigt waren. Diese anschwellenden Scharen von Grollenden und Machtbegierigen hatten in den Arbeiterräten eine starke und rücksichtslose Vertretung, die die Aufgaben von Stoßtrupps der wirtschaftlichen Demokratie ausgezeichnet wahrnahm. Das „Rätesystem" zu einem Parlament der Arbeit auszugestalten und mit der Exekution in allen Angelegenheiten zu betrauen, die den Vormarsch der Sozialisierung fördern konnten, galt den radikalisierten Arbeitern als das Gebot der Stunde. Die Genossen auf dem Kutschbock des Reichswagens aber mußten es an sich selbst erfahren, daß es leichter ist, Revolution zu machen als die zur Mitwirkung aufgerufenen Elemente in den vorgeschriebenen Bahnen festzuhalten. Sie mußten sich denen gegenüber nachgiebig erweisen, die keinen Aufschub in der Sozialisierung dulden wollten und nicht davor zurückschreckten, zu den äußersten Kraftmitteln zu greifen, um das zu erzwingen, was sie als ihr wohlverdientes soziales Recht ansahen. Die bis dahin zur Zurückhaltung mahnenden Bedenken waren ja auch schließlich nicht solche sachlichen Gegensatzes, sondern richteten sich vorwiegend gegen das Tempo der Realisierung. Die Sozialisten zur Rechten wie zur Linken standen in ihren Überzeugungen auf demselben Boden und strebten nach demselben Endziel: die Aufrichtung der sozialistischen Wirtschaft. Ihre Wege schieden sich nach realpolitischen Erwägungen, und diese waren bedingt durch das Maß der Verantwortung für Fehlgriffe und deren Folgen.

Von der Reichsregierung wurden der Nationalversammlung am 4. März zwei Sozialisierungsvorlagen zur schleunigsten Beratung unterbreitet, eine allgemeine grundsätzliche, die vom Recht der Arbeit, dem Schutz der Arbeitskraft und dem Gedanken der Gemeinwirtschaft handelt, und einen besonderen Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft. Die im Rahmengesetz für die Sozialisierung aufgestellten Wegweiser geben nur in zwei Richtungen Auskunft, leider nur allzu knappe. (Wir gehen nachstehend immer von dem Wortlaut der Gesetze aus, wie er aus den Beschlüssen der Nationalversammlung hervorgegangen ist). Erstens also: Das Reich soll befugt sein, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen, in Gemeinwirtschaft überzuführen, sowie im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln. Und zweitens: Die Leitung der Gemeinwirtschaft erfolgt unter Aufsicht des Reichs durch Selbstverwaltungsorgane.

Auf zwei Ecksteinen soll hiernach die Methode der Sozialisierung beruhen: Gemeinwirtschaft und Selbstverwaltung. Erstere bedeutet die Übernahme von bisher privatwirtschaftlich betriebenen Unternehmungen auf eine öffentlich-rechtliche Gemeinschaft (Reich, Staaten, Gemeinden). Das sozialwirtschaftliche Prinzip leitet an sich noch keine Wirtschaftsrevolution ein. Entscheidend ist die praktische Anwendung, die ihm gegeben wird. Mit ihm könnte in der Tat, wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter das offizielle Bekenntnis zur Gemeinwirtschaft auslegte, ein Tor geöffnet werden, durch das das ganze Erfurter Programm einmarschiert. Gegen eine solche verhängnisvolle Entwicklung sind aber einige Torriegel dem Gesetz eingefügt, wie die bedingte Ermächtigung, die Vergesellschaftung nur auf gesetzgeberischem Wege in Angriff zu nehmen, und nur, sofern die betreffenden Unternehmungen als „geeignet" erscheinen, sowie unter der Verpflichtung, die privaten Vorbesitzer angemessen zu entschädigen. Die Ausdehnung ferner der Gemeinwirtschaft auf die Produktion und den Absatz von wirtschaftlichen Gütern findet ihre Grenze im Nachweis dringenden Bedürfnisses, worüber selbstverständlich gleichfalls die gesetzgebende Volksvertretung zu befinden haben würde.

Durch die Übertragung der gemeinwirtschaftlichen Leitung an Selbstverwaltungskörper wird alsdann den beteiligten berufsständischen Organisationen wenigstens ein teilweiser Einfluß auf das Geschäftsgebaren eingeräumt, also ein Mittelweg eingeschlagen, der einerseits eine Vorherrschaft der privatkapitalistischen

Organisationen ausschließt, andererseits aber auch die Verfügungsrechte der bureaukratischen Aufsichts- und Anordnungsorgane einschränkt. Welche Art von Gesellschaftsgebilden aus den allgemeinen Richtlinien herzuleiten wären, wird nicht näher angedeutet, offenbar in der Absicht, die organisatorischen Maßnahmen von Fall zu Fall den praktischen Bedürfnissen anzupassen. So bleibt die Frage beispielsweise offen, ob die monopolistische Zusammenfassung jedesmal für einen ganzen Erwerbszweig und einheitlich für das ganze Reichsgebiet erfolgen oder ob daneben privaten Unternehmungen grundsätzlich die Existenzberechnung zugestanden werden soll. Das im Sozialisierungsgesetz niedergelegte Prinzip soll auf die möglichste Steigerung der Wirtschaftlichkeit hinwirken, ob aber der praktische Erfolg den Erwartungen der Wirtschaftsreformer entsprechen wird, ist allerdings sehr fraglich. Daher ist der temperamentvolle Widerspruch der rechtsstehenden Parteien in der Nationalversammlung gegen ein Gesetz begreiflich, das einer Kriegserklärung an die überlieferten und in Zeiten des Aufblühens unserer Volkswirtschaft bewährten Wirtschaftsformen ähnlich sieht, ohne den wirtschaftlichen Fortschritt verbürgen zu können.

Für die praktische Gestaltung der Sozialisierungspläne bietet das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft einige Anhaltspunkte. In ihm wird im wesentlichen bestimmt, daß die Kohlenproduzenten bezirksweise zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammengeschlossen werden. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht eines zu errichtenden Reichskohlenrats ob, dem die Direktiven von einem durch die Regierung einberufenen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft erteilt werden. In den beratenden und leitenden Zentralorganen sollen Arbeitgeber, Arbeitnehmer, auch Regierungsdelegierte und Kohlenverbraucher zu Worte kommen. — Nach dem zum Gesetz erhobenen Organisationsentwurf wird die privatwirtschaftliche Initiative also nicht ausgeschaltet, jedoch einer so weitgehenden Einschnürung unterworfen, daß für die Bewegungsfreiheit des Unternehmers schwerlich noch viel Raum übrigbleiben dürfte. Jedenfalls geht mit diesem Bewirtschaftungssystem die Hauptlast der Verantwortung für das Gedeihen der deutschen Kohlenindustrie auf eine Gemeinschaft über, auf deren Betätigung in wirklich gemeinnützigem Sinne, wozu auch die Schonung der privatkapitalistischen Interessen gehört, man keine große Hoffnungen bauen darf.

Zur besseren Illustrierung des Sozialisierungswillens empfiehlt es sich, die Vorschläge kennen zu lernen, die von der amtlich niedergesetzten, beratenden Sozialisierungskommission zur Reglementierung der Kohlenwirtschaft gemacht wurden. Der vom Regierungsentwurf abweichende Kommissionsbericht bietet ein drastisches Beispiel, wie unsicher und uneinig das Gelehrtenkonzil in seinen Auffassungen über Ziele und Methoden der Sozialisierung ist. Die Kommission war sich freilich darüber einig, daß ein staatliches Eingreifen in die Verhältnisse der Kohlenindustrie und des Kohlenabsatzes unter allen Umständen geboten sei, weil das bestehende Privatmonopol „mit dem Wesen des modernen Staates, nicht nur des sozialistischen, unvereinbar ist". Das ist — mit Verlaub! — ein Gemeinplatz, mit dessen Hilfe auch gemeinschädliche Neuerungen sich begründen ließen, denn welche Art von Wirtschaftselementen macht das Wesen des modernen Staates aus? Ebensowenig stichhaltig ist das psychologische Motiv, daß das Beharren auf der kapitalistischen Produktion von der Arbeiterschaft als eine unerträgliche Zumutung empfunden werden müsse. In den Köpfen der Arbeitermassen hat sich nun einmal, nach Meinung der Kommissionsmehrheit, die Idee, wenngleich „in verschrobenen Formen", festgesetzt, daß es mit der Vorherrschaft des Privatkapitals für alle Zeiten vorüber sein müsse. Wenn aber diese Voraussetzungen zuträfen, so folge aus ihnen ohne weiteres die Notwendigkeit der Sozialisierung. Wie dieselbe aber zu veranlagen wäre, darüber sind die Herren am grünen Tisch der Kommission nicht einig geworden.

Die Mehrheit der Sozialisierungskommission verwirft die einfache Verstaatlichung des Bergbaus, denn der Staatsbetrieb habe sich als unwirtschaftlich

erwiesen und der Staatskapitalismus könnte aus dem Regen unter die Traufe führen. Es sei daher zweckmäßiger, ohne Winkelzüge sich auf den Boden des sozialistischen Prinzips zu stellen. Die Wünsche der Arbeiter aber gingen dahin, die Betriebe durchgreifend zu demokratisieren, das Kapital als gebietende Macht auszuschalten und die Wirtschaftsfähigkeit auf die schaffenden Persönlichkeiten auszudehnen. Das soll wie folgt geschehen: der gesamte deutsche Kohlenbergbau wird zu einem einheitlichen leistungsfähigen Wirtschaftskörper umgeformt. Die privaten Unternehmungen ebenso wie die des Staates gehen in das Eigentum des Wirtschaftskörpers über. Es entsteht eine große gemeinwirtschaftliche Kohlenorganisation, deren Geschäfte durch Arbeiterschaft, Betriebsleitungen und die Allgemeinheit geführt werden. Sie erwartet von ihrem Vorschlage, „daß der Initiative, der Leistung und der Arbeitsfreudigkeit aller in dem Betriebe Tätigen der weiteste Spielraum gegeben wird". Vor allem rechnet sie mit der „inneren Anteilnahme des letzten Arbeiters am Erfolg des gemeinsamen Werkes". Die „deutsche Kohlengemeinschaft", das leitende Wirtschaftsinstrument, dem auch Verbraucher angehören sollen, würde demnach ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen darstellen, dessen Spitze sich gegen das Privatkapital richtet und insofern dem Sozialismus dienstbar ist, an dessen Fähigkeiten aber, die Kohlenwirtschaft auf eine höhere Stufe der Entwicklung emporzuheben, man füglich zweifeln kann. Um auch der Demokratie zu ihrem Rechte zu verhelfen, wird von der Kommission ein weitläufiger Aufbau von Arbeitervertretungen innerhalb der Bergbaubetriebe vorgeschlagen, doch sollen die Löhne nach den individuellen Leistungen bestimmt werden. — Diese Grundzüge würden dem alten Wirtschaftssystem zwar einen kräftigen Stoß versetzen, zur Sozialisierung aber Neuerungen empfehlen, die weder der Allgemeinheit Vorteile, noch den Sozialisten Erfüllung ihres Begehrens in Aussicht stellen können. Der Abstand dieses Mehrheitsvotums von dem zustande gekommenen Reichskohlengesetz prägt sich im Übergang des Privatbesitzes an die Gemeinschaft aus.

Einer weit größeren Anpassung an die konkreten Verhältnisse hat die Kommissionsminderheit sich befleißigt. Ihr ist in der Hauptsache auch der Gesetzentwurf der Reichsregierung gefolgt. Die Minderheit verzichtet auf die Erwerbung aller Kohlenbergwerke, zumal das eine riesenhafte Entschädigungssumme erfordern würde, und legt das Hauptgewicht auf eine einheitliche Gesamtorganisation, in der die Arbeiter und Angestellten der Werke, der Staat und die Abnehmer einen entscheidenden Einfluß erhalten sollen. Dieses Sondergutachten betont, daß man die Initiative des Privatkapitalisten aus dem Bergbau nicht ausschalten dürfe, um so weniger als die Technik gerade gegenwärtig in einer so bedeutsamen Umgestaltung begriffen sei, daß nur zwingende Gründe es rechtfertigen könnten, den unentbehrlichen Unternehmungsgeist der freien Unternehmer zu unterbinden.

In der Nationalversammlung sind die Sozialisierungsgesetze einem kurzen, aber heftigen Kreuzfeuer von Verteidigern und Angreifern ausgesetzt gewesen. Man wird es verstehen können, daß ihnen von einem Redner der unabhängigen Sozialdemokratie Halbheit und Hohlheit vorgeworfen wurde. Die unter dem Titel der Gemeinwirtschaft sich einführende amtliche Sozialisierung läßt eben die heißen Wünsche der marxistischen Schwärmer nach umgehender Aufrichtung einer Wirtschaftsordnung im Sinne des kommunistischen Manifestes vorerst unerfüllt. Die kapitalistische Produktion in der Kohlenindustrie wird vom Gesetzgeber einigermaßen schonend angefaßt, um eines der stärksten Fundamente unseres Wirtschaftsblühens nicht willkürlich zu zertrümmern. Der bereitgestellte Kontrollapparat wird aber, wie zu befürchten, die Zügel seiner Vollmachten strammer anziehen als mit einer normalen Entwicklung verträglich ist. Die allgemeinen Grundzüge des Mantelgesetzes deuten zur Genüge an, wohin die Reise gehen soll. Von berufenster Seite sind die Gesetze als Meilensteine bezeichnet worden; diese liegen in der Richtung zu den Endzielen der sozialen Revolution. Die Auslegung der Regierung, daß die Sozialisierung nichts anderes als eine gemeinwirtschaftliche Regelung für solche Fälle darstelle, die dazu „geeignet" erscheinen, könnte

beruhigend wirken, wenn wir die Gewißheit hätten, daß die Entscheidung jedesmal nur nach eingehender Beratung mit sachverständigen Autoritäten erfolgt. Die Gutachten der Sozialisierungskommission sind für eine Stellungnahme schlechterdings nicht ausreichend, weil sie von einem Geist akademischer Konstruktionen erfüllt sind und daher den realen Erfordernissen nicht hinreichend gerecht werden. Wir meinen, daß bei der gesetzgeberischen Regelung der Kohlenwirtschaft die Männer, die diesen Industriezweig bisher zu einer glänzenden Entwicklung gebracht haben, nicht in solchem Maße zur Mitwirkung herangezogen worden sind, wie es erwünscht sein muß, um zu verhüten, daß dem Produktionsprozeß aus der Organisation Hemmschuhe erwachsen. Vielleicht aber ist es nicht zu spät, den Möglichkeiten einer Beeinträchtigung vorzubeugen, denn die Wirkungen der im Gesetz skizzierten Richtlinien werden hauptsächlich von den Ausführungsbestimmungen abhängen.

Der Sozialismus marschiert! Die Tatsache steht fest, Genugtuung über sie aber kann man nur dann empfinden, wenn die Gemeinnützigkeit durch sie zweifellos gefördert wird. Daß in dieser Beziehung sehr ernste Bedenken obwalten, haben die eindrucksvollen Darlegungen von Gegnern der Sozialisierungsgesetze in der Weimarer Nationalversammlung bekräftigt. Auch am Regierungstische wird mancher Zweifel aufgestiegen sein. Nachdenklich muß man gestimmt werden, wenn der Reichsminister Wissel in der Sitzung vom 7. März aussprach, daß er nicht wisse, „ob der Sturm (der sozialistischen Ideen) die weiten Lande befruchten und den Boden für reicheres und schöneres Wachstum vorbereiten, oder ob er unsere Heimat in ein Trümmerfeld verwandeln wird, in dessen Chaos jedwedes menschenwürdige Leben unmöglich wird". Als „Kind des Sozialismus" ist die Sozialisierung in die Welt gesetzt worden, mögen wir es nie bereuen, diesem Geschöpf einer von wilden Gärungen durchwehten Zeit zum Leben verholfen zu haben.

Zur Psychologie des deutschen Bolschewismus

Von Menenius

In meinem Tagebuche blätternd finde ich folgende Stelle: „Besuch von K. und v. B., Nachrichten von Offensive in Italien, Hypothesen, was nach Friedensschluß eintreten würde. K. erzählt von verändertem Bild öffentlichen Lebens in Deutschland, Hochkommen der „crapule", passive Resistenz unter Urlaubern und in Etappe. Zunehmende Unehrlichkeit, Unterschlagungen, Verwilderung. Riesige Volksteile haben freiwillige, regelmäßige Arbeit vollkommen verlernt. Niederer und mittlererer Beamtenstand wieder ganz neu zu schaffen, Sicherheitsdienst wird um vielfaches verstärkt werden müssen. Genauestes (aber wahrscheinlich unmögliches) Ineinandergreifen von Demobilisation bei dem Rohstoffmangel erforderlich um Revolten zu vermeiden. Demobilisation bei dem Rohstoffmangel erst bei ausgedehnter Feldarbeitsmöglichkeit angängig. Bis jetzt auf dem Lande nur ungenügend für angemessene Wohnverhältnisse und Siedlungsmöglichkeiten vorgesorgt. Sehr gefährlich der zunehmende, fast mystische Glaube, daß mit Tag des Friedensschlusses goldnes Zeitalter anbreche, teils Leichtsinn, teils einzige Lebenshoffnung."

Diese Stelle stammt nicht etwa aus dem Oktober 1918, sondern aus dem September 1917 und wird hier angeführt wahrlich nicht etwa aus kläglichem

Triumphgefühl heraus, „es damals besser gewußt zu haben", sondern lediglich um zu beweisen, daß der vielseitige Ideen- und Gefühlskomplex, den man jetzt Bolschewismus nennt, im Keim schon lange vor der Revolution bestanden hat und als eine unausbleibliche Begleiterscheinung des Krieges aufgefaßt werden muß. Der Bolschewismus ist keine Theorie, die man in alten Büchern und Manifesten von Marx oder Engel nachschlagen kann, er ist auch alles andere als eine bloße Nachahmung des russischen Bolschewismus, er ist — darüber wird man sich nach der jüngsten Bewegung hoffentlich endlich klar sein — keine künstliche, durch ein paar Agitatoren hervorgerufene Hetze, sondern muß betrachtet werden als die geistige Krankheit eines Volkes, das vier Jahre unter Anspannung und teilweiser Überspannung seiner physischen und moralischen Kräfte Krieg geführt und ihn, was die Krisis der Krankheit allerdings beschleunigt und besonders heftig macht, am Ende verloren hat.

Die beiden Hauptcharakterzüge dieses Krankheitsbildes nun sind unstreitig allgemeine Arbeitunlust und weitgehende Disziplinlosigkeit. Letztere äußert sich vor allem in ungemessener Begehrlichkeit, Unzuverlässigkeit, Untreue, Sensationslust, Hang zu Gewalttaten, ständiger dumpfer Gereiztheit, Widerspruchsgeist und Lust zu tyrannisieren und andere zu unterdrücken.

Will man die Krankheit — falls sie heilbar ist! — heilen, so wird man wohl oder übel der Herkunft dieser Symptome nachspüren müssen. Auch dabei werden wir uns vorteilhaft das sachte und objektive Verfahren des Arztes zum Muster nehmen, der weder über Kranken noch Krankheit in moralische Entrüstung verfällt, sondern klare Erkenntnis sucht und ohne Scheu auch vielleicht unangenehme und peinliche Dinge zur Sprache bringen muß, wenn sie dazu dienen, den Zusammenhang aufzuklären.

Was zunächst die allgemeine Arbeitsunlust betrifft, so resultiert sie einmal gewiß aus der bestehenden Unsicherheit und Ungewißheit aller Verhältnisse. Sodann aber auch aus der Gewöhnung des Krieges. Der Heimgekehrte hat die Gewohnheit angenommen, Dienst zu tun. Dieser Dienst war je nach Lage der Dinge anstrengend, gefährlich, aufreibend, anspruchsvoll, aber er war Dienst und unterschied sich, insofern es sich um Frontdienst handelte, von dem, was man „Arbeit" zu nennen gewohnt war, durch Ungewöhnlichkeit, Unregelmäßigkeit, ständige Veränderung, zeitweises Aussetzen und das absolut Stereotype des dabei erzielten Gewinns und sozusagen Einkommens. Ob man in Gefahr gewesen war oder nicht, ob man am Tage sechzig Zentner Balken geschleppt hatte oder zwei, alle bezogen gleiche Löhnung, gleiche Kleidung, gleiche Unterkunft. Dazu kam die Anonymität der Tätigkeit. Das Blockhaus, das man baute, den Unterstand, den man verschalte, den Graben, den man aufwarf, bezogen nach zwei Wochen vielleicht schon andere, und so sehr an manchen Stellen Kameradschaftlichkeit und Arbeitstrieb das Drückende des Dienstes erleichterten, so unwillig stellte man an anderen Stellen fest, daß von dem Mehr der eigenen Arbeitsleistung nur der Flaue und Drückeberger profitierte und daß auch die beste und tüchtigste Arbeit dem Kriegsleben nichts von seiner Beschwerlichkeit zu nehmen vermöchte. Die Folge war, daß, wo nicht unmittelbare Not, oder den einzelnen ein besonders ungestümes Arbeitstemperament drängte, die Leute sich, mindestens in der zweiten Hälfte des Krieges, auf eine möglichst geringe Arbeitsleistung einstellten. Der Etappen- und Garnisondienst vollends hat unendlich viel Leute verdorben und demoralisiert. Es ist nicht nötig, hier im einzelnen auf die Ursachen dieser Erscheinung einzugehen, jeder, der längere Zeit mit offenen Augen in der Etappe gelebt hat, kennt sie und die anderen werden sie nur schwer begreifen, weil sie sich nicht in das Seelenleben des Etappenmannes hineinzuversetzen imstande sind. Nur das sei hier erörtert, daß, besonders seit dem Erscheinen der gut und reichlich bezahlten Hilfsdienstpflichtigen und Helferinnen, fast jeder auf dem Standpunkt stand, daß für die kümmerlichen 53 oder 77 Pfennig Löhnung am Tage so wenig wie möglich zu leisten gewissermaßen Ehrenpflicht war. Auch hier wurde nicht gearbeitet, sondern nur Dienst getan, ein Dienst, der unvermeidlicherweise nicht dazu an-

getan war, Geist, Körper und Seele frisch zu erhalten. Dazu kam dann noch das ständige neiderweckende Vorbild der Offiziere, die schließlich auch nicht mehr taten als ihre Pflicht und Schuldigkeit, dafür aber alle Vorrechte eines freien, selbständigen und gutbezahlten Zivilmenschen genossen. Ganz gleichgültig, ob diese Ansicht zu Recht oder Unrecht bestand, genug, daß sie bestand und die kindische Wut auf Epauletten und Kokarden ist auf diese Stimmung zurückzuführen.

Dazu kam dann in der Front wie in der Etappe die bei so langer Kriegsdauer und zunehmender Knappheit unvermeidliche Lockerung der Disziplin. Gehorcht wurde vielfach nur dem Buchstaben nach, und was der Soldat nicht bekam oder nicht bekommen konnte, fing er an, sich selbständig zu „besorgen". Es ist auch kein Geheimnis mehr, daß mancher Vorstoß an der Front nur ein Kampf um die Lebensmittel im feindlichen Graben war und daß bei der Offensive auf Amiens zu mehrere Regimenter nur deshalb nicht vorwärts kamen, weil sie die Weinvorräte der feindlichen Etappe zu hastig nutzten.

Endlich bei vielen das vollkommen Abenteuerliche und teilweise Phantastische der Existenz, vier Jahre nur auf Gewalttat, List, Kühnheit, Gewandtheit gestellt zu sein, auf die Lust am Augenblick, ohne Rast, in der Fremde, Leben voll Gefahr, voll Überraschungen, Unerwartetem, Unerhörtem! Hat man wirklich geglaubt, der Mensch, der durch Belgien raste, in Rußland überwinterte, durch den Wardar watete, in Bukarest einzog, nach Saloniki hinüberspähte, Riga eroberte, würde eines Tages auf Kommando wieder ohne weiteres ein braves bürgerliches Leben anfangen wollen, ja auch nur können? Der Mensch, der überall Herr und Eroberer war, dem Belgier schön taten, vor dem polnische Juden dienerten, den Rumänenmädchen umschäkerten, den die Bundesbrüder zu Hilfe riefen, würde wieder ohne weiteres in die Enge eines Diener- oder Angestelltenlebens zurückkriechen? Hat sich wirklich jemand ernsthaft vorgestellt, all diese Leute würden eines Tages mit Gesang aus dem Kriege zurückkommen, um tags darauf wieder an ihre Arbeit zurückzukehren? Vier Jahre, vier Kriegsjahre sind eine lange Zeit und es gibt wenig Menschen, deren Charakter nicht irgendwie durch sie verändert worden wäre. Alle sind sie mehr oder weniger und jeder nach seiner Art und seinen Schicksalen Berufssoldaten geworden und die gewaltsame und plötzliche Umstellung kann naturgemäß nicht ohne heftiges Schwanken vor sich gehen.

Und dann nach all den Müh- und Drangsalen, Sorgen und Ängsten, Gefahren und Hoffnungen die fürchterlichste Enttäuschung: die Gewißheit, daß nun alles, alles umsonst gewesen ist. Und was finden die Zurückgekehrten in der Heimat, die ihnen so oft als Symbol der Hoffnung galt? Eine durch Hunger zermürbte Familie, die ihnen fremd geworden ist, in den Großstädten die traurigsten Wohnverhältnisse mit Sorgen vor Mietssteigerungen und Kündigungen, alles schlechter, enger, kleiner, knapper geworden als vor dem Kriege, alle Sorge, alle Schinderei drückender geworden, Ersparnisse aufgezehrt oder bedroht, Existenz in Frage gestellt, und wofür das alles? Alles, alles umsonst und kein Ausweg sichtbar, dazu Grimm, daß das Unglück doch noch nicht ganz allgemein zu sein scheint, Gerüchte über Kapitalflucht ins Ausland, über Eigennutz und Unfähigkeiten. Und man wundert sich, wenn diese Leute die Verzweiflung packt? Es kann nie die Rede davon sein, diese Verzweiflung oder gar ihre Äußerungen zu rechtfertigen. Aber wie kann man sich darüber wundern? Seit August 1918 mindestens war sie vorauszusehen.

Diese Leute können auch nicht mehr gehorchen, weil sie den Glauben an die Autorität verloren haben. Jahrelang haben sie sich allem, was Achselstücke oder Gehrock trug, unterworfen, und doch wurde der Krieg verloren. Dann machte man die Erfahrung, daß ganze Stäbe vor ein paar Entschlossenen bedingungslos kapitulierten, daß aber die Entschlossenen auch nichts Besseres schafften. „Also zum Teufel doch mit allem, was befehlen will, befehlen ist Unsinn! Kein Mensch kann mehr etwas ändern". So argumentiert der primitive Verstand, und ist es gar so erstaunlich, daß er so argumentiert? Wieviele Bürger benehmen sich bei gewöhnlichen Verkehrslappalien würdiger?

Und nun warten diese Leute auf das Unerhörte, auf das Wunder, das sie retten kann. Das Wunder aber kommt nicht. Keine Hand rührt sich. Die Nationalversammlung tut sich groß in Parteigezänk, in Anklagen herüber und hinüber, die nichts mehr ändern, in Hu-Rufen und ostentativem Lachen, die Regierung fleht, verantwortet sich, proklamiert, theoretisiert, nur keine Tat. Keine Sozialisierung, keine Heimstätten, keine Wuchergesetze. Statt dessen Verfassungsentwürfe, Debatten über Heeresreformen und Landesfarben. Keine Idee, kein Ideal, nichts, kein Ausweg. Es ist dem Arbeiter völlig gleichgültig, ob sein Staat Preußen oder Hannover heißt, schließlich gleichgültig, ob andere schwere Steuern zahlen müssen, er selbst will leben können, gut leben können, würdig leben können, der Krieg soll sich gelohnt haben. Aber was da in der Nationalversammlung vor sich geht, das ist Herrengezänk.

Und in dies Chaos der Verzweiflung, des gänzlichen Verratenseins fallen ein paar Schlagworte wie Sozialisierung, Kommunismus und — Bolschewismus. In jeder Zeitungsspalte ist davon die Rede. Vom Bolschewismus reden immer zwei von drei Plakaten. Hier ist das Unerhörte Bild geworden, das Grausige, Gewalttätige, Zerstörende, Sinnlose, Berauschende, Unerhörte, das straflose Wüten, Mord, Brand, Blut, Rauch, Weltuntergang. Dazu die Atmosphäre, die die Tagespresse schafft. Sechs Getötete auf der Chausseestraße (was waren sechs Tote im Kriege!) nennt man um der Sensation willen ein „Blutbad", jeder neue Streik geschäftstüchtig mit fetter Überschrift aufgemacht wie eine Heldentat, Straßenschlachten geschildert wie homerische Kämpfe, und die durch die Niederlage benommenen, unterernährten Hirne über demoralisierten Mägen sollten nicht in einen Taumel des Wahnsinns geraten?

Endlich die Erwerbsgier besonders der Reklamierten. Es war gewiß ein Unglück, daß die Durchführung des Hindenburg-Programms nur bei unerhörten Löhnen gewährleistet werden konnte, gewiß ein Unglück, daß diese Löhne nicht wenigstens in Naturalien oder Material oder Möglichkeit von Landerwerb oder dergleichen ausgezahlt werden konnten, es widersprach doch aber der Erfahrung des alltäglichen Lebens, daß einmal angenommene Lebenshaltung sich ohne Schwierigkeiten wieder zurückschrauben lassen würde. Niemand läßt sich seine Lebensgewohnheiten ohne Kampf nehmen, und die Begehrlichkeit der Massen, die man rief, wird man sobald nicht wieder los werden. Die Arbeiter haben recht wohl gemerkt, daß es im Kriege nicht auf eine Handvoll Intellektueller ankam, wohl aber auf jeden Handgriff mehr eines Arbeiters, und sie tun das, was jeder Kaufmann vor und — im Kriege tat, sie nutzen die Konjunktur aus. Gewiß sehr verwerflich. Aber ein Volk, das so viele Kriegsgewinnler gesehen hat, daß deren Besteuerung fast als die einzig mögliche Rettung vom Staatsbankerott erscheint, sollte das Verwundern über solche Verwerflichkeiten allmählich verlernt haben.

Wo ist die Rettung aus dieser unheilbar scheinenden Lage? Die Losung muß heißen: Arbeiten und nicht politisieren. Ringt nicht die Hände über die Schlechtigkeiten der Spartakisten, sondern gebt der Masse, statt Moraltraktätchen führende Ideen. Begeisternde Ideen. Verstand ist etwas Individuelles, Vernunft etwas für Philosophen, Massen haben Gefühle. Schafft Taten, die aufs Gefühl wirken, streitet nicht um Vorrechte, sondern schafft Beispiele, die mitreißen, zirkelt nicht Kompetenzen ab und erwägt Verdienstmöglichkeiten, sondern handelt um der Sache willen. Millionen haben sich ins Unvermeidliche fügen müssen, warum sollen nicht auch einmal Hunderttausende sich fügen müssen, auch wo's ohne grobe Ungerechtigkeiten nicht abgeht? Pocht nicht auf Rechte, wo alle nur gleiches Unglück zu tragen haben. Kam die Regierung bereits im Dezember mit den Zugeständnissen heraus, die sie sich jetzt hat abringen lassen, viel Unheil wäre vermieden worden. Es mag durchaus sein, daß dem schwere und gewichtige Bedenken gegenüberstanden (und ganz gewiß auch noch gegenüber stehen!), aber es hätte Begeisterung geschaffen, und die haben wir jetzt nötiger als alles, nötiger noch als Lebensmittel. Schafft so viel Begeisterung, daß keine Agitation mehr dagegen auf kann. Aber vertrödelt nicht die Zeit mit Prinzipienerwägung.

Wie man mit gutem Willen leicht ersehen kann, ist das Vorstehende nicht geschrieben, um den Bolschewismus zu rechtfertigen oder zu entschuldigen,

sondern um ihn erkennen zu lehren. Denn nur wenn man sich über das Elmentare der Bewegung, die auch mit dem letzten Berliner Aufstand noch lange nicht endgültig niedergeworfen sein wird, klar geworden ist, wird man es vermeiden, ihr mit Hausmittelchen beikommen zu wollen, wo es einer methodischen Kur bedarf. Die Notlage der Regierung soll keineswegs verkannt werden, und ebensowenig die Schwierigkeit, die für viele darin liegt, um- oder hinzuzulernen und die endgültigen praktischen Konsequenzen aus dem verlorenen Kriege zu ziehen, aber je entschlossener und klarsichtiger das geschieht, desto rascher werden — nicht vielleicht wir — aber Deutschland die Krisis überwunden haben.

Und kein Kokettieren mehr mit Bürgerstreiks und dergleichen. Das hieße die Berechtigung der Arbeiterstreiks, die ganze niederträchtige Methode, die in ihnen liegt, anerkennen. Und was wird geschehen, wenn der Bürgerstreik wirklich durchgeführt wird? Beim übernächsten Bolschewistenaufstand wird der streikende Bürger erschlagen werden, und da er in der Minderzahl ist, wird das Ende — Rußland sein. Wehe den Unbelehrbaren!

Unzweifelhaft deutsches Land!

Von Dr. Moritz Weiß

Posen und Westpreußen sind im Sinne des Wilsonschen Punktes 13 niemals unzweifelhaft polnisches Land gewesen. Im Gegenteil: Westpreußen verdankt alles, was die Gegenwart aus der Vergangenheit übernommen hat, was es an historischen Erinnerungen und Schätzen besitzt, dem Deutschtum; und auch in Posen ist es in aller Geschichte das Deutschtum gewesen, das die Provinz wirtschaftlich und kulturell vorwärts gebracht hat. Schon der erste selbständige Posener Fürst, Mieszko der Dritte (1142—1202), zog zur Hebung der Landeskultur deutsche Zisterziensermönche aus der Nähe Kölns ins Land; das dreizehnte Jahrhundert sah dann in breitem Strom deutsche Bauern und Bürger nach Posen hineinfluten. Von den polnischen Fürsten, namentlich Wladislaus Lokonicz, Przemisl dem Ersten, Boleslaus dem Frommen und Przemisl dem Zweiten (1202—1296) herbeigerufen und unter Leitung der Kirche, besonders des Zisterzienserordens, kamen die deutschen Bauern scharenweise nach Posen gezogen; sie brachten die technischen Kenntnisse und die Arbeitskraft mit, die zum Austrocknen der Sümpfe und zum Roden der Wälder gehörten; sie waren doppelt so leistungsfähig wie der polnische Bauer. Wenn das Landmaß, nach dem das Land an die deutschen Kolonisten vergeben wurde, die deutsche Hufe, zu 30, die polnische nur zu 15 Morgen gerechnet wurde, so bedeutete das nichts anderes, als daß die deutsche Landwirtschaft mit ihren besseren Geräten und der größeren Erfahrung des Bauern zur selben Zeit das Doppelte leistete als die slawische. Wie gewaltig diese Kolonistenzüge waren, beweisen am besten die zahlreichen Städte, die die polnischen Fürsten mit ihnen gründen konnten. Nach schlesischem Muster wurden diese Städte nach bestimmtem Schema angelegt und ebenso wie übrigens viele Bauernsiedlungen mit deutschem Rechte bewidmet. Damals entstanden die Kolonialstadt Gnesen neben der alten Landeshauptstadt als erste deutsche Kolonialstadt (vor 1243), ferner Powidz, Meseritz, Kostschin, Hohensalza, die Kolonialstadt Posen (auf dem linken Wartheufer, 1253), Fraustadt, Schrimm, etwas später Rogasen, Samter, Gostyn usw. Überall richteten sich die deutschen Bürger dieser Städte nach deutscher Sitte ein: sie wählten Bürgermeister und Rat für die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten; die Rechtsprechung führte ein Schöffenkollegium unter Vorsitz des Erbvogts; die Vertretung der Bürgerschaft übernahmen die Ältesten der Innungen, die sich überall sofort bildeten. Auch deutsche Juden kamen mit den christlichen Kolonisten in die Provinz; sie lockte der Handelsverkehr, der jetzt erst aufblühte; fast in jeder Stadt gab es eine besondere Straße, die Judenstraße, für sie.

Gleichzeitig ging die Kolonisation Westpreußens vor sich. Hier hatte sich die polnische Herrschaft seit dem ersten Viertel des zwölften Jahrhunderts auf das Herzogtum Pommern (das bis an die Weichselmündung reichte) erstreckt; diese Herrschaft über einen Teil der Ostseeküste war jedoch nicht von langer Dauer. 1181 ging Pommern westlich der Persante den Polen verloren und 1227 auch das östliche Pommern mit Pomerellen. Kurz vorher (1225) hatte der polnische Herzog Konrad von Masovien den Deutschen Ritterorden zu Hilfe gegen die heidnischen Preußen gerufen; damit kam der Machtfaktor nach Westpreußen, der den Landen an der unteren Weichsel am tiefsten seinen Charakter aufgeprägt hat; noch heute ist Westpreußen das alte Ordensland. Mit dem deutschen Ritter kam auch nach hier der deutsche Bauer und Bürger; eine große Reihe deutscher Bauerndörfer ist heute noch in der Provinz als Ordensgründungen nachweisbar; und an deutschen Städten entstanden gleich in den ersten zehn Jahren nach Ankunft des Ordens Kulm (1231), Thorn (1232), Marienwerder (1233) und Elbing (1237). Sie alle haben ihren deutschen Charakter dem äußeren Stadtbilde nach, aber auch nach der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung bis zum heutigen Tage bewahrt.

Die Geschichte des deutschen Ordens braucht hier nicht weiter verfolgt zu werden; es ist bekannt, daß er im Thorner Frieden (1466) den größten Teil der heutigen Provinz Westpreußen an Polen abtrat. Hundert Jahre (bis 1569) blieb das Land nur durch Personalunion mit Polen verbunden; dann wurde die preußische Verfassung gewaltsam umgestoßen und Westpreußen staatsrechtlich mit Polen vereinigt. Es ist bis 1772 in dieser Verbindung geblieben. Naturgemäß hat in dieser Zeit das vorher überwiegend deutsche Land einen sehr viel stärkeren polnischen Einschlag erhalten. Aber eins muß betont werden: diese Zeit der polnischen Herrschaft ist für die blühenden Gemeinwesen an der unteren Weichsel eine Zeit absoluten Niedergangs. Danzig erlebt allerdings um die Wende des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts seine Blüte; aber Danzig hatte sich immer seine selbständige Stellung bewahrt; es war in seiner inneren Verfassung und Zusammensetzung ja niemals auch nur eine Spur polnisch und verdankte seine Blüte nicht etwa der Zugehörigkeit zum polnischen Reich, sondern, wenn man so sagen darf, der damaligen weltwirtschaftlichen Konjunktur. Für alle übrigen Städte aber und das ganze Land bedeutete die Zugehörigkeit zu Polen die Verkümmerung; mit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts begann für das polnische Volk überhaupt die Periode des materiellen und moralischen Niedergangs, die bis zu den Teilungen gedauert hat. An diesem Niedergang hat Westpreußen seinen vollen Anteil genommen; als Friedrich der Große 1772 das Land übernahm, war es buchstäblich in Schmutz und Elend verkommen.

In Posen beginnt der Niedergang des Deutschtums schon früher, wenngleich es im vierzehnten Jahrhundert, namentlich unter Kasimir dem Großen (1333—70), der unter anderem Bromberg gründete, eine Nachblüte erlebte. Das fünfzehnte Jahrhundert aber brachte die Austragung des Gegensatzes zwischen Polen und dem Orden. Hand in Hand damit spitzten sich die Gegensätze zwischen den deutschen Städten im Lande und dem polnischen Adel immer mehr zu; die Selbstverwaltungsrechte der Städte wurden eingeschränkt und die königlichen oder grundherrlichen Rechte wuchsen; trotz günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse begann das deutsche Bürgertum der Polonisierung zu unterliegen. Sie machte im sechzehnten Jahrhundert große Fortschritte. Nur im Westen der Provinz, wo auch die Einwanderungen nicht ganz aufhörten, hat sich das Deutschtum behauptet; Städte wie Fraustadt und Meseritz haben den deutschen Charakter ihrer Bevölkerung auch damals nicht verloren. Sehr ungünstig wurde aber bereits überall die Lage des deutschen Bauern; die freiheitlichen Einrichtungen des deutschen Rechts verschwanden im fünfzehnten Jahrhundert unter der ländlichen Bevölkerung völlig, überall sank sie zur völligen Unfreiheit herab. So wäre das Deutschtum in Posen, abgesehen von dem immer deutsch gewesenen West- und Südgürtel, wohl untergegangen, wenn nicht im sechzehnten und namentlich im siebzehnten Jahrhundert, unter Wladislaus dem Vierten

(1632—48), eine zweite deutsche Einwanderung eingesetzt hätte. Die Not des Dreißigjährigen Krieges und religiöse Wirren trieben die Ansiedler nach Polen, wo damals günstige Existenzbedingungen lockten. So wanderten Tausende und Abertausende von deutschen Städtern aus Schlesien in die posenschen Städte des Südens und Westens, die dadurch sämtlich großen Bevölkerungszuwachs erfuhren. Während seit der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts Städtegründungen seltener wurden, entstand jetzt wieder eine Reihe von Städten, zum Beispiel Rawitsch, Schwersenz, Grätz, Schlichtingsheim, Unruhstadt usw.; für ihren Aufbau und ihre Verfassung war das mittelalterliche Beispiel maßgebend. Wieder war diese Einwanderung des städtischen Elements von einer Kolonisation des Landes durch den deutschen Bauern begleitet. Sie kamen hauptsächlich aus Brandenburg und ebenfalls aus Schlesien, daneben aber auch aus dem Osten von Preußen her. Besiedelt wurde zunächst das Netzetal und die Kreise Bromberg und Hohensalza; in dieser Gegend waren es neben den Einwanderern aus Brandenburg auch holländische Kolonisten, die im sechzehnten Jahrhundert die Danziger Werder besiedelt hatten und dann die Weichsel aufwärts vorgedrungen waren, überall mit den Erfahrungen, die sie aus ihrer Heimat mitbrachten, die Flußniederungen urbar machend. Am Ende des sechzehnten Jahrhunderts breiteten sie sich dann auch im Norden der heutigen Provinz Posen aus. Diese Einwanderungen erklären es, daß, wie wir noch sehen werden, das Deutschtum und der deutsche Besitz an Grund und Boden gerade an Weichsel und Netze so stark sind. Übrigens beschränkte sich diese deutsche Einwanderung keineswegs auf die Flußtäler und den Netzedistrikt; namentlich im siebzehnten Jahrhundert vollzog sich aus Schlesien eine große bäuerliche Einwanderung in den Süden und die Mitte des Landes. Bis tief ins siebzehnte Jahrhundert hinein hat diese Einwanderung gedauert. Den Polen entging es nicht, daß fast alles, was an bürgerlicher und bäuerlicher Betriebsamkeit im Lande vorhanden war, nicht der polnischen, sondern der deutschen Bevölkerung angehörte; der Posener Woiwode Stephan Garczynski sprach das 1751 offen aus. Trotzdem hatten die Deutschen und die Juden, die auch in der zweiten Kolonisationsperiode wieder mit ihnen zusammen ins Land gekommen waren, keinen leichten Stand; die Protestanten wurden völlig entrechtet und aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet, ja in Thorn kam es durch den polnischen Fanatismus zum Blutvergießen. Auch die Juden hatten unter zahlreichen Blutprozessen und Justizmorden (so in Gnesen 1722, 1738, Posen 1736) schwer zu leiden. Aber das Deutschtum ist doch nicht wieder, wie nach der ersten Einwanderung, im Polentum aufgegangen; es hat sich namentlich auch auf dem platten Lande behauptet; als Posen preußisch wurde, waren nicht weniger als allein vierhundert deutsche sogenannte Holländer Dörfer vorhanden (die freilich nicht alle von Holländern, sondern zum Teil von anderen deutschen Ansiedlern gegründet sind). So sind die beiden Provinzen durch den Gang der Geschichte zweisprachig geworden, doch so, daß in Westpreußen und im Netzedistrikt das Deutschtum dominiert; wir werden noch sehen, wie sich dieser historisch gewordene national gemischte Charakter des Landes in den neuesten Volkszählungsdaten wiederspiegelt.

1772 ist Westpreußen und der Netzedistrikt, 1793 der südliche, größere Teil der Provinz Posen preußisch geworden. Der Anstoß zu den Teilungen ist von Katharina der Zweiten ausgegangen; Preußen konnte nicht ganz Polen in russische Hände fallen lassen. Aber es brauchte Westpreußen als Verbindung zwischen seinen mittleren Kerngebieten und Ostpreußen; es hatte auch durchaus ein inneres Anrecht auf dieses alte deutsche Land. Und es brauchte Posen zur Verbindung zwischen Ost- und Westpreußen und Schlesien; dazu gehörten geographisch das Warthegebiet und Brandenburg eng zusammen; es ist bezeichnend, daß schon am Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts ein Piasten-Herzog, Wladislaus von Oppeln, den Gedanken hatte, die Wartheebene zu Brandenburg zu schlagen. Seit hundert bis hundertfünfzig Jahren sind Posen und Westpreußen nun deutsch. Was der preußische Staat in dieser Zeit für die beiden Provinzen geleistet hat, läßt sich kaum in wenig Worten sagen; von

Friedrich dem Großen an, der sich in jeder Weise bemühte, Westpreußen baldmöglichst auf das Niveau der übrigen preußischen Provinzen zu heben, ist es vor allem die Arbeit des Staates und des deutschen Beamtentums gewesen, die die beiden Provinzen aus tiefer Armut und Verkommenheit zur heutigen Blüte gebracht hat. Für das polnische Volk ist diese Arbeit von großem Segen gewesen; ihm ist dadurch von Preußen geschaffen worden, was es aus eigener Kraft nie entwickelt hat und zum Beispiel in Galizien bis heute nicht besitzt: ein selbständiger lebensfähiger Bauernstand und ein städtisches Bürgertum. Wenn trotzdem das Polentum sich mit seinem Schicksal, das es doch durch eigene große historische Versäumnisse heraufbeschworen hat, nicht ausgesöhnt hat, so liegt die Schuld nicht am Deutschtum, das überhaupt in seiner Geschichte einen Nationalhaß gegen das polnische Volk nicht kennt, und auch nicht am preußischen Staat. Er hat dem Polentum oft genug, 1815 sowohl wie auch nach den Aufständen von 1830, 1846 und 1848, die Hand zur Versöhnung entgegengestreckt. Die Schuld liegt vielmehr am Polentum, in dem immer trotz allem, was es dem Deutschtum verdankt, eine scharfe Abneigung gegen die Deutschen lebendig war; schon die erste deutsche Kolonisationsepoche löste bei den Polen eine deutschfeindliche Gegenbewegung aus, deren Führer der damalige Erzbischof von Gnesen, Jakob Swinka (1283—1313), war. Und ferner hat das preußische Polentum nie ein Hehl daraus gemacht, daß es sein Bestreben sei, sich wieder von Preußen loszulösen. Dagegen hat sich der preußische Staat zur Wehr gesetzt, und, wie man auch über seine Maßnahmen im einzelnen denken mag, das Recht dazu wird ihm niemand absprechen können. Er hatte dazu ein um so größeres Recht, als er 1815 von den ehemals polnischen Gebietsteilen nur soviel behalten hatte, als unbedingt nötig war, um die Verbindung zwischen Schlesien und Preußen zu sichern. Den Zusammenhang dieser Gebiete aber mit dem Deutschen Reiche zu wahren, war um so mehr seine Pflicht, als in ihnen eine deutsche Bevölkerung wohnt, die im ganzen dem Polentum an Zahl gewachsen, an Grundbesitz, an wirtschaftlicher, finanzieller und kultureller Bedeutung ihm aber überlegen ist.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Verstaatlichung der Krankenhilfe. In einer Zeit, wo Millionen Menschen vom Sozialismus alles Heil der Welt erwarten, kann es nicht überraschen, wenn auch der Ruf nach Verstaatlichung der Krankenhilfe, ein alter Programmpunkt der Sozialdemokratie, wieder von neuem erschallt. „Während der heutige Staat", so lautet die Begründung des Erfurter Programms durch Kautsky, „den Geistlichen besoldet, weil dieser ein Arzt der Seele ist, hat er sich noch nicht dazu bereit gefunden, den für das Wohlergehen des Menschen so wichtigen Arzt des Leibes zum Staatsdiener zu machen. Die Gesundheitspflege ist eine so hervorragende gesellschaftliche Aufgabe, daß die weitgehendsten Maßregeln in diesem Betracht nur zu billigen sind." Nebenbei sei erwähnt, daß die Bezugnahme auf den Geistlichen insofern nicht ganz zutrifft, als einer der ersten Regierungsakte des Sozialismus der Versuch der Trennung von Staat und Kirche, d. h. die Entfernung des Geistlichen aus dem Staatsdienst war.

Für die gesamte Krankenhilfe dagegen verlangen bereits jetzt die Rufer im Streit eine Verstaatlichung; und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man bald versuchen wird, die Theorie in die Praxis umzusetzen. Nach dem Erfurter Programm soll die ärztliche Hilfe vollkommen unentgeltlich sein; die Ärzte werden festbesoldete Beamte, die vom Staat angestellt werden und daher auch vom Staat an beliebige Stellen versetzt werden können. Der Arzt würde danach seine festgesetzte Arbeitszeit haben. Er würde sich nicht wie jetzt Tag und Nacht um seine Kranken plagen müssen. Außerhalb der „Bureaustunden" würde ein Wachtdienst ihn entlasten. Große Institute würden eingerichtet, in denen alle Spezialitäten vertreten wären und in denen die ambulanten Kranken nach dem Stande der modernen Wissenschaft behandelt werden

sollten. Die Besuche in den Wohnungen der Kranken sollen möglichst wegfallen. Bettlägerige Kranke würden in die Krankenhäuser aufgenommen und dort gleichwie die ambulanten auf Kosten des Staates behandelt.

Das ist ungefähr das Programm der Verstaatlichung der Krankenhilfe, die bestimmt sein soll, eine ungeahnte Blüte der Volksgesundheit zu erzeugen.

Eine grundsätzliche Frage müssen wir bei der Diskussion vorwegnehmen: Der Ausgangspunkt der ganzen sozialistischen Idee ist die angeblich fortschreitende Proletarisierung der Arbeitermassen durch eine Verstaatlichung der Produktionsmittel zu beseitigen. Verstaatlichung ist also nur Mittel zum Zwecke (der Abschaffung der Kapitalismus).

Bei der Verstaatlichung der Krankenhilfe bezweckt man erstens soziale Fürsorge für das Proletariat (durch unentgeltliche Krankenhilfe), zweitens Hebung der Volksgesundheit.

Würde diese Absicht erreicht werden?

Es ist zweifelhaft, ob materiell die Arbeiter bei einer Sozialisierung besser dastehen werden als jetzt. Allerdings würden die Kosten für Arzt, Arznei, Krankenhaus usw. ganz aus dem Steuersäckel der Allgemeinheit bestritten werden. Bei der heutigen Krankenkassengesetzgebung bezahlt zwar formell der Arbeiter zwei Drittel der Krankenkassenbeiträge, der Arbeitgeber ein Drittel. In der Praxis aber kann man sagen, daß (durch Anpassung der Lohnverhältnisse) die Arbeitgeber zum mindesten den größten Teil der Kosten tragen. Für das Proletariat würde es sich also nur um eine Verschiebung der Kostenfrage, wahrscheinlich sogar, infolge des ungleich kostspieligeren Beamtenapparates, um eine ganz wesentliche Verteuerung handeln.

Der zweite Grund zur Sozialisierung, die Vervollkommnung der Gesundheitspflege, dürfte noch weniger stichhaltig sein. Ein großer Teil der Krankenpflege ist bereits in den Krankenkassen halb und halb verstaatlicht. Daß nun eine weitere Verstaatlichung, d. h. Verbeamtung des Ärztestandes wirklich im Interesse der Volksgesundheit liegen sollte, darf sehr bezweifelt werden. Wird z. B bei großen Epidemien, wie die letzte Grippeepidemie, wo Anforderungen zwölf-, vierzehn- und mehrstündiger Arbeitszeit an die Ärzte gestellt wurden, der beamtete Arzt wirklich mehr leisten als der freie? Wird das persönliche Interesse am einzelnen, an der Familie des Kranken, beim Beamten größer sein als jetzt? Gewiß, durch die Kassengesetzgebung ist dieses außerordentlich bedeutsame Moment herabgemindert worden, am meisten beim sogenannten fixierten Ärztesystem (bezirksweise mit Fixum angestellte Ärzte), das allgemein als das schlechteste gilt. Sollen wir diesen Übelstand nun weiter verschlimmern oder sollten wir nicht vielmehr Wege einzuschlagen suchen, die das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Kranken zu verbessern suchen, das subjektive Moment wieder mehr zur Geltung bringen?

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß die große sozialethische Idee des Sozialismus, die Beseitigung der Ausbeutung für unseren Fall vollkommen außer Betracht bleibt. Nur das Bestreben schematisch alles zu sozialisieren, erklärt die Aufnahme in das Programm.

Vom rein materiellen Standpunkte aus könnte ein relativ großer Teil der Ärzte mit der Verstaatlichung ganz zufrieden sein. Ist es doch ein ganz erheblicher Prozentsatz, der mit schweren Sorgen kämpft und sich heute im aufreibenden Kampf ums tägliche Brot abmühen muß, dem ein sorgenloses Leben in Aussicht gestellt wird. Trotzdem eine, abgesehen von wenigen sozialdemokratischen Ärzten, so gut wie einstimmige Ablehnung des Projekts in der Ärzteschaft, auch unter denjenigen, die materiell wesentlich besser gestellt sein würden. Warum? — Es handelt sich hier um die grundsätzliche Frage der besten Art der Sorge für die Volksgesundheit, um die Auffassung des ganzen ärztlichen Berufs, der nach der Meisten Ansicht nur in der Freiheit gedeihen kann. Es gibt wohl kaum einen Beruf, der sich weniger in ein Schema zwängen läßt, als der ärztliche. Soll es etwa ein Vorteil für den Kranken sein, wenn er nicht den Arzt seines Vertrauens wählen kann, sondern sich zu dem ihm zugewiesenen Bezirksarzt begeben muß? Denn von dem beamteten Arzt mit festgesetzten Bureaustunden, dem die Kranken seiner Tüchtigkeit wegen zuströmen sollten, wird man nicht erwarten können, daß er sich bis spät in die Nacht abmüht. Nach Ablauf seiner Arbeitszeit wird

er die Praxis dem übergeben, der an seiner Stelle den „Dienst" übernimmt. Das persönliche Interesse, das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient wird auf diese Weise gewaltsam ertötet, das menschliche im ärztlichen Beruf untergraben werden. Weiter: der Staat ist genötigt sparsam, zum mindesten in Anlehnung an einen bestimmten Etat zu wirtschaften. Die strenge Ökonomie der jetzigen Kassenrezeptur, die Kontrolle aller teuren Medikamente, kostspieligen Methoden würde von der Kassenpraxis auf die gesamte Praxis übertragen werden. Dies kann aber keineswegs im Interesse der Volksgesundheit sein. Im Gegenteil ist es doch wünschenswert, die weitherzigste, ja schrankenlose Auffassung in der Aufbringung von Heilmitteln zu fördern. Wenn wir überhaupt die ärztliche Praxis verstaatlichen, müssen wir auch die Wohlhabenden, die es ja vorläufig auch im weitgehend sozialisierten Staat geben wird, in diese Verstaatlichung hineinbeziehen; denn, beschränkten wir uns nur auf die ärmeren und mittleren Kreise, so würden wir dazu beitragen, die sozialen Gegensätze, die zu mildern unsere vornehmste Aufgabe ist, zu verschärfen. Es würde dann Ärzte einerseits für Wohlhabende, andererseits solche (beamtete) für die übrige Bevölkerung geben. Wie kommt auch die Gesamtheit dazu, den Wohlhabenden Arzt und Krankenhaus ohne Entgelt zu verschaffen? Die Bedenken türmen sich aber haushoch, wenn wir die Landpraxis betrachten. Der beschäftigte Landarzt, der Tag und Nacht für seine Kranken unterwegs ist, wird als Beamter zweifellos eine bequemere Berufsauffassung haben, wenn er sich mit seinem gleich oder höher bezahlten Kollegen in der Schreibstube mit streng begrenzter Arbeitszeit vergleicht.

Überhaupt ist das vollkommen regellose der ärztlichen Tätigkeit etwas, das sich schwer in ein Beamtentum einfügen läßt. Wir haben jetzt erst im Kriege gesehen, wie tausende von Ärzten wochen- und monatelang müßig dasaßen, während andere an anderen Stellen sich überarbeiteten. Im Frieden sind ja nun allerdings die Verhältnisse nicht so unregelmäßig, wie im Kriege, immerhin aber doch so veränderlich, daß eine sehr große Anzahl von Ärzten vom Staat besoldet werden müßte, die in der Regel nichts oder wenig zu tun haben, aber für den Fall der Not (Epidemien, Krieg) vorhanden sein müßte. An die Kosten auch nur zu denken, müßte jedem Finanzpolitiker Schwindelgefühle erregen. —

Eine Verstaatlichung wäre eine Prämie auf die Mittelmäßigkeit, eine Lahmlegung aller treibenden Kräfte für den Fortschritt der Wissenschaft. Der materielle Erfolg einer großen Praxis wird nun einmal einen Anreiz zu erhöhter Tätigkeit für viele geben; das zu leugnen bedeutet nicht Idealismus, sondern weltfremde Theorie.

Die sozialistische Idee ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Wenige Wochen haben genügt, um uns das Versagen des ganzen Prinzips darzutun, uns die Vorzüge des Individualismus wieder in helleres Licht zu rücken.

Möglich, daß man jetzt versuchen wird, damit doch wenigstens etwas geschieht, auf dem im Verhältnis zur wirtschaftlichen Gesamtheit relativ kleinem Gebiet der Krankenhilfe Experimente anzustellen.

Diejenigen, die Verständnis für den Wert freier Berufe, freier Menschen überhaupt haben, werden versuchen, es zu verhindern. Vielleicht aber müssen die Menschen erst aus dem Mißerfolg, dem Versagen der Idee lernen; vielleicht müssen wir auch hier durch ein Stadium offensichtlichen Bankerotts hindurch, um zu vervollkommneteren, sozialeren Formen des Individualismus zu gelangen.

Die leidende Menschheit dürfte aber in unserem Falle die Kosten des Experiments bezahlen. Dr. Artur Schlesinger

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.

Ist Bismarck durch den Weltkrieg widerlegt worden?

Von Dr. Karl Keller

Der Verlust des Krieges und die Revolution hat zu einer Umwertung aller Werte geführt. Auch Bismarcks Heldengestalt ist hiervon nicht verschont geblieben. Er, der bisher als einer der größten Staatenbildner aller Zeiten galt, wird jetzt in Ministerreden und amtlichen Denkschriften als politischer Stümper geschildert, der Pfuschwerk geliefert habe. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er das Deutsche Reich unter Ausschluß von Österreich als einen Bund der Fürsten und freien Städte unter preußischer Hegemonie, nicht als Volksstaat, gegründet auf die freie Selbstbestimmung der ganzen Nation, errichtet habe. Seine Behandlung der elsaß-lothringischen und nordschleswigschen Frage wird als verfehlt bezeichnet. Es wird vollständige Abwendung von der Bismarckschen Machtpolitik gefordert. Diese neue Bewertung Bismarcks kommt zum Beispiel in einer Unterredung zum Ausdruck, die Ministerpräsident Scheidemann kürzlich einem Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag“ (Nummer vom 12. Februar) gewährt hat. Ferner findet sie sich in der Denkschrift des Reichsministers Preuß zum vorläufigen Entwurf der Reichsverfassung. Auch die Rede von Professor Heikner in der Hochschule für Musik in Berlin am 17. November v. Js. (abgedruckt in der Flugschrift „Großdeutschland oder Kleindeutschland?“) ist hier zu erwähnen. Wesentlich höher als diese Ausführungen steht die bereits vor der Revolution veröffentlichte Studie des konservativen Politikers Dr. Grabowsky „Geist und Politik“ im „Neuen Deutschland“ vom 1. August 1918.

Wenn Scheidemann behauptet, die besten Geister der klassischen Periode unserer Politik seien für ein Großdeutschland auf breiter demokratischer Basis gewesen, so übersieht er, daß die Frankfurter Nationalversammlung, indem sie am 28. März 1849 mit 290 Stimmen bei 248 Stimmenthaltungen den König Friedrich Wilhelm den Vierten von Preußen zum erblichen Kaiser der Deutschen wählte, sich für ein Kleindeutschland mit monarchischer Spitze und unter preußischer Hegemonie entschied, das mit Österreich ein enges völkerrechtliches Bündnis schließen sollte. Also genau das, was Bismarck 1866, 1870/71 und 1879 geschaffen hat. Bismarck steht also gar nicht in schroffem Gegensatz zu den Gedanken von 1848, wie Scheidemann glauben machen will; er hat vielmehr vollendet, was im Jahre 1848 die Mehrheit des deutschen Volkes erstrebt hat. So empfanden es auch die alten Demokraten der Revolutionszeit, wie der Brief Fritz Reuters vom 4. September 1866 beweist, in dem er Bismarck dafür dankt, daß er die Träume seiner Jugend und die Hoffnungen des gereiften Alters zur faßbaren und im Sonnenschein glänzenden Wahrheit verwirklicht habe. Ein Gegensatz besteht nur insofern, als die Demokraten von 1848 glaubten, auf friedliche Weise erreichen zu können, was, wie Bismarcks Scharfsinn erkannte, nur durch „Blut und Eisen“ zu gewinnen war. Im Hauptpunkte, dem Ausschluß

Österreichs, stimmte man überein. Und in der Tat war, solange Deutschösterreich mit den slawischen Gebieten und Ungarn ein Reich bildete, das eine eigene, den deutschen Interessen oft widersprechende Politik trieb, ein deutscher Nationalstaat nur ohne Österreich denkbar. Jetzt ist durch den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie glücklicherweise das größte Hindernis für den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich weggefallen. Es ist unverständlich, wie Scheidemann das übersehen konnte.

Der Vorwurf, daß Bismarck das Deutsche Reich als Obrigkeitsstaat und nicht als Volksstaat begründet habe, ist ebenso unberechtigt. Im Jahre 1866 war das ganze deutsche Volk gegen den Bruderkrieg mit Österreich, der doch, wie die Erfahrungen des Jahres 1848 gezeigt hatten, das unvermeidliche Mittel zur Einigung Deutschlands war. Wie hätte da Bismarck seine Politik im Einvernehmen mit dem preußischen Abgeordnetenhause oder einem deutschen Parlament machen können? Im übrigen scheinen Scheidemann und Preuß nicht zu wissen, daß Bismarck im April 1866 tatsächlich ein Bundesparlament mit allgemeinem Wahlrecht vorgeschlagen hat, daß aber der Hohn des ganzen Volkes dem „Reaktionär" antwortete. Wenn Bismarck die militärische Überlegenheit Preußens 1866 und die Volksstimmung 1870 dazu benutzt hätte, um Deutschland unter stärkerer Beschneidung der Rechte der Einzelstaaten einheitlicher zu gestalten, so hätte er bei den Dynastien und den dynastisch gesinnten Volksteilen der kleineren Staaten viel unnötige Erbitterung erregt, die er vermeiden wollte. Bismarck war eben ein viel behutsamerer und vorsichtigerer Politiker als unsere heutigen Demokraten wie Scheidemann und Preuß. Daß es 1877 nicht zum Eintritt Bennigsens und seiner Freunde in die Regierung kam, wodurch eine Art Übergang zum parlamentarischen System vollzogen worden wäre, mag uns heute als Unglück erscheinen. Aber das wäre beim alten Kaiser nicht durchzusetzen gewesen, und man kann auch dem Manne, der 1862 an die Spitze des Staates getreten war, um Preußen vor dem Parlamentarismus zu bewahren, keinen Vorwurf daraus machen, daß er 1877 der Einführung des parlamentarischen Regiments nicht die Hand bieten wollte. Als treuer Diener seines Königs konnte Bismarck eine solche Minderung der Machtvollkommenheit der Krone nicht in Kauf nehmen. Wäre er aber nicht dieser treue Diener gewesen, dann hätte er nicht der Einiger Deutschlands werden können. Hier zeigt sich eben die historische Bedingtheit dieser gewaltigen Erscheinung. Kann man also Bismarck selbst billigerweise nicht einen Vorwurf aus seinem mangelnden Entgegenkommen gegen die Demokratie machen, so liegt hier eine schwere Versäumnis seiner Nachfolger vor. Sie, die von den historischen Bindungen Bismarcks frei waren, hätten durch rechtzeitige und gründliche Reform des preußischen Landtags- und Gemeindewahlrechtes und die Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung die gefährliche Spannung zwischen der monarchischen Gewalt und der immer stärker anwachsenden demokratischen Strömung zu mildern suchen müssen. Hier wäre Abweichung von den Bismarckschen Methoden mehr im Geiste echt Bismarckscher Politik gewesen als starres Festhalten. Insbesondere ist es unser Unglück gewesen, daß Bismarcks Nachfolger zu der modernen Arbeiterbewegung nicht das richtige Verhältnis zu finden wußten. Sie hätten erkennen müssen, daß mit patriarchalischer Fürsorge allein, mit Arbeiterversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung, dieser Bewegung nicht beizukommen war, daß man die Sozialdemokratie vielmehr zur positiven Mitarbeit in Staat und Gemeinde heranziehen mußte, wenn man sie aus einer revolutionären in eine Reformpartei umwandeln wollte.

Ich will auf die elsaß-lothringische, polnische und dänische Frage nicht eingehen, da dies den Rahmen meines Aufsatzes sprengen würde. Dagegen möchte ich Bismarcks auswärtiger Politik nach 1871 und der auswärtigen Politik von Bismarcks Nachfolgern noch einige Betrachtungen widmen.

Haben wir der Bismarckschen Machtpolitik unser Unglück zuzuschreiben? Eine Bejahung dieser Frage ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil die Politik der Nachfolger Bismarcks sich wesentlich von der Bismarckschen Politik unter-

scheidet. Das ist schon oft dargelegt worden.[1]) Bismarck ging in seiner Politik nach 1871 von der Ansicht aus, daß Deutschland „saturiert" sei. Nur zögernd ist er an den Erwerb von Kolonien herangetreten und deren Verwaltung durch kaufmännische Gesellschaften, denen der Staat lediglich seinen Schutz lieh, war sein Ideal.[2]) Die Politik Wilhelms des Zweiten war im Gegensatz hierzu eine Expansionspolitik, eine Politik des „größeren Deutschlands". Von 1895 bis zum Ausbruch des Krieges war diese Politik lediglich auf Pflege unserer überseeischen Beziehungen, Schutz unseres Handels durch eine starke Flotte, Vergrößerung und Ausbau unseres Kolonialreiches gerichtet (Weltpolitik). Erst während des Krieges ist der Gedanke der kontinentalen Expansion (Angliederung des Baltikums und Litauens) aufgetaucht. Trotz ihres expansiven Charakters war jedoch die Politik Wilhelms des Zweiten im Gegensatz zu derjenigen der anderen Weltmächte durchaus friedfertig.

Lag nun der Fehler unserer auswärtigen Politik darin, daß wir Bismarcks Ansicht von Deutschlands „Saturiertheit" aufgegeben haben? Sicherlich nicht. Vielmehr war der Übergang Deutschlands zu einer expansiven Politik eine Naturnotwendigkeit; falsch waren nur die Methoden unserer Politik.

Bismarck wußte wohl, daß wir infolge unserer geographischen Lage stets von der Gefahr einer übermächtigen Koalition bedroht sind. Er suchte daher durch ein kunstvolles Bündnissystem Deutschland nach allen Seiten zu sichern und das revanchelüsterne Frankreich zu isolieren. Mit Österreich und Italien schloß er den Dreibund, mit Rußland und Rumänien einen Rückversicherungsvertrag; aber auch den Engländern hat er sich anzunähern versucht. Schon in den Jahren 1875 bis 1878 fanden Verhandlungen statt, 1879 wünschte Bismarck eine Ergänzung des Dreibundes durch den Anschluß Englands, und nur der Sturz von Beaconsfield durch Gladstone brachte den Plan zum Scheitern. Trotzdem gab Bismarck seine Bemühungen nicht auf, wie sein Brief vom 22. November 1887 an Lord Salisbury beweist.[3]) Bismarck wußte wohl, daß wir auf die Bundestreue Italiens nur rechnen konnten, solange wir England zum Freunde hatten.[4]) Wenn das A und O Bismarcks nach seiner Entlassung die Rückkehr zu Rußland war, so wäre es falsch, hieraus den Schluß zu ziehen, daß er ein Bündnis mit England abgelehnt hatte. Hammann hat nachgewiesen, daß Bismarcks Ermahnungen viel mehr an den Erlebnissen der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als an denen der letzten zehn Jahre seiner Amtstätigkeit hafteten.[5])

Es fragt sich nun, ob nicht Bismarcks Nachfolger insofern einen schweren Fehler begangen haben, als sie das Bismarcksche Bündnissystem durch Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland und Lockerung des Bündnisses mit Italien verfallen ließen, ohne die sich ihnen bietende Gelegenheit zu anderen Bündnissen (England) zu benutzen. Vielleicht hat Hoetzsch recht, wenn er sagt, der Bülows Zeit charakterisierende Grundsatz, nach allen Seiten unbedingt freie Hand zu behalten, mußte, wenn sich die Gegensätze unversöhnbar verschärften, zu einer Isolierung Deutschlands führen.[6]) Gewiß lag die Möglichkeit vor, daß Deutschland, wenn es eine feste Anlehnung nach Westen oder

[1]) Vgl. z. B. Rohrbach „Deutschland unter den Weltvölkern", Delbrück „Bismarcks Erbe", Fürst Bülow, „Deutsche Politik", S. 12 ff., und Hammann, „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges", S. 43.

[2]) Vgl. Herrfurth, „Fürst Bismarck und die Kolonialpolitik", S. 84 ff.

[3]) Vgl. Freiherr von Eckardstein, „Diplomatische Enthüllungen zum Ursprung des Weltkrieges", S. 8/9; Oncken, „Das alte und das neue Mitteleuropa", S. 26/7; Hammann, a. a. O. S. 39 ff.

[4]) Vgl. Hoffmann, „Fürst Bismarck 1890—1897", Band I S. 256/57 und 325 und Band II S. 69.

[5]) Vgl. a. a. O. S. 65.

[6]) Vgl. „Politik im Weltkriege", S. 149. Vgl. auch Hammann, a. a. O. S. 144.

Osten suchte, in Abhängigkeit von der betreffenden Macht geriet, aber die Gefahr der Isolierung war doch noch größer. Und wenn man gegen das Bündnis mit England die Gefahr des kriegerischen Zusammenstoßes mit Rußland angeführt hat, [7]) so hat uns die Erfahrung gezeigt, daß unsere Politik der „freien Hand" die Kriegsgefahr erst recht heraufbeschworen hat. Den Grund für den verhängnisvollen Entschluß, jede Bindung England oder Rußland gegenüber abzulehnen, erblickt Hammann darin, daß der einflußreichste Mann des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Holstein, in der von Bismarck als Wahnsinn bezeichneten Vorstellung lebte, der Antagonismus zwischen diesen beiden Mächten sei eine unabänderliche Tatsache. [8]) Der Irrglaube Holsteins ist umso unverständlicher, als der englische Ministerpräsident Salisbury bereits in seinen Reden vom 15. August und 19. November 1896 den Russen Konstantinopel angeboten und als Chamberlain im Januar 1901 ganz offen erklärt hat, England werde, wenn sich der Anschluß an den Dreibund als unmöglich erweise, ein Zusammengehen mit dem Zweibund, selbst unter schweren Opfern, ins Auge fassen müssen. [9]) Statt in Bündnissen, glaubte unsere Regierung allzu einseitig in einer immer weiteren Verstärkung der Rüstung die beste Sicherung Deutschlands zu finden; nur zu oft mußten Wehrvorlagen die Fehler der Diplomaten ausgleichen. Das ist das Berechtigte in den Angriffen auf den Militarismus. Die Sorge für ein großes und tüchtiges Heer war richtig; aber der Glaube, uns allein auf unser Heer verlassen und der Bundesgenossen entraten zu können, war falsch.

Entschieden wir uns für Aufgabe der Politik der freien Hand, so lag es am nächsten, die englischen Bündnisangebote anzunehmen. [10]) Wenn die letzten Verhandlungen über ein Bündnis auch erst in der Zeit vom Januar bis Mai 1901, also nach den beiden deutschen Flottengesetzen vom 24. März 1898 und 12. Juni 1900 stattfanden, woraus man den Schluß ziehen könnte, daß unser Flottenbau kein Hindernis der deutsch-englischen Annäherung war, so spricht doch vieles dafür, daß die deutsch-englische Freundschaft nur Bestand haben konnte, wenn wir auf den Bau unserer Schlachtflotte verzichteten. Aber war dieser nicht überhaupt, wie Delbrück meint, ein Fehler? Unsere Flotte war gerade groß genug, um uns die tödliche Feindschaft Englands zuzuziehen, aber nicht groß genug, um uns vor der Aushungerung zu bewahren. Der Grundgedanke unserer Politik, daß zum Schutze unseres Handels eine Flotte genügen werde, welche die Feinde aus Furcht vor allzu großen Verlusten nicht anzugreifen wagen würden, hat sich als falsch erwiesen; wir hätten hierzu eine Flotte haben müssen, die uns ermöglicht hätte, den Feind anzugreifen und zu schlagen. Bülow selbst hat einmal an Hammann geschrieben, wenn wir bei unseren Flottenrüstungen den Nachdruck mehr auf die Defensive (Unterseeboote, Minen, Küstenbefestigungen) legen würden, fiele der Hauptgrund der Spannung mit England weg, und vielleicht wäre es auch für unsere eigene militärische Sicherheit besser. [11]) Leider ist nicht nach diesen Worten gehandelt worden. Während Heer und Flotte vernünftigerweise im Dienste der Politik stehen müssen, stand, wie Bülow selbst zugibt, umgekehrt unsere Politik im Dienste des Flottenbaues. Wie Frankreichs Beispiel zeigt, hätte die Anlehnung an England durchaus nicht den Verzicht auf eine Fortführung unserer Kolonialpolitik zu bedeuten brauchen. Auch in der Türkei wäre eine Abgrenzung der Arbeitsgebiete möglich gewesen. Hat doch Salisbury be-

[7]) Fürst Bülow, „Deutsche Politik", S. 37/38.

[8]) A. a. O. S. 61/62 und S. 140. Selbst Oncken, der im übrigen die deutsche Politik verteidigt, gibt zu, daß man diese Gegensätze „vielleicht allzulange als schwer vereinbar einschätzte". A. a. O. S. 70.

[9]) Oncken, a. a. O. S. 67, Anmerkung. Hammann, a. a. O. S. 124, und „Der neue Kurs", S. 191.

[10]) Vgl. Haller, „Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow", Süddeutsche Monatshefte, Januar 1917. Eckardstein, a. a. O.

[11]) Vgl. Hammann, a. a. O. S. 224.

bereits 1895 dem Deutschen Kaiser eine Teilung der Türkei angeboten.[12]) Hätten wir durch eine viel großzügigere innere Kolonisation die Abwanderung nach den Städten eingedämmt und die treibhausartige Entwicklung der Exportindustrie verlangsamt, so wäre das für unser Volk durchaus kein Unglück gewesen.

Wenn endlich gegen das deutsch-englische Bündnis die Volksstimmung angeführt wird, so ist darauf zu erwidern, daß diese Volksstimmung durch das Krüger-Telegramm genährt worden ist, und daß die Regierung, weil sie eine englandfeindliche Stimmung für die Durchsetzung ihrer Flottenpläne gut gebrauchen konnte, diese nicht mit der nötigen Entschiedenheit bekämpft hat. Unter Benutzung der alten liberalen Sympathien für England hätte es sonst nicht schwer fallen können, die Volksstimmung umzuwerfen. Leider haben wir nicht bloß die englischen Bündnisangebote abgelehnt, wir haben sogar dreimal eine Verständigung mit England über Marokko zurückgewiesen. (1898, Januar und August 1901)[13])

Erstrebten wir umgekehrt eine Anlehnung an Rußland, so mußten wir darauf verzichten, als Schutzherren der Türkei aufzutreten.[14]) Wir mußten einen Ausgleich zwischen den russischen und österreichischen Balkaninteressen anstreben, vielleicht in der Weise, daß Österreich den maßgebenden Einfluß im Westen mit Saloniki, Rußland den im Osten mit Konstantinopel erhielt. Hat nicht Bismarck gesagt, Deutschland habe geradezu eine Interesse daran, daß sich Rußland in Konstantinopel festsetze?[15]) Nachdem die mit der Thronbesteigung Nikolaus des Zweiten (1894) einsetzende ostasiatische Politik Rußlands, die übrigens niemals populär gewesen ist, 1905 zusammengebrochen war, mußten wir damit rechnen, daß Rußland sich den Balkanfragen wieder mit erhöhter Tatkraft zuwenden werde, und wenn wir dann unsere Hand über die Türkei hielten, so trieben wir Rußland geradezu in die Arme Englands, das nach der entscheidenden Wendung der Jahre 1902/1903 die Türkei dem Gedanken einer deutsch-feindlichen Koalition zu opfern bereit war. Siegte in der russischen Regierung der auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns gerichtete Panslavismus, so konnte allerdings auch die vorsichtigste Politik Deutschland nicht vor dem Zusammenstoße mit dem Osten bewahren. Um so sorgfältiger hätten wir daher unsere Beziehungen zu England pflegen müssen. In Wirklichkeit taten wir das verkehrteste, was überhaupt möglich war. Wir schufen gleichzeitig gegen England und Rußland neue Reibungsflächen. Aus der Politik der „zwei Eisen im Feuer" wurde eine Politik „zwischen zwei Stühlen."

Aber nicht nur die Ziele unserer auswärtigen Politik waren zum Teil falsch, unsere Politik war auch zu inkonsequent. Nachdem wir durch Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages, den Umschwung in der Polenpolitik und den Helgoland-Sansibar-Vertrag eine scharfe Wendung von Rußland nach England gemacht hatten, verscherzten wir die neu gewonnene Freundschaft wieder durch unseren Einspruch gegen den Versuch Englands, mittelst eines Stückes des Kongostaates eine Verbindung zwischen seinen Kolonien im Nord-Osten und Süden Afrikas herzustellen, durch unser Zusammengehen mit Rußland und Frankreich gegen England und Japan in Ostasien, durch den törichten Bluff des Krügertelegrammes, durch den Bau der Schlachtflotte und die Zurückweisung englischer Annäherungsversuche. Die dauernde Freundschaft Rußlands gewannen wir aber trotzdem nicht wieder zurück. So halfen wir selbst die feindliche Koalition zusammenschmieden.

Vergleicht man unsere Politik vor und nach 1890 miteinander, so erkennt man, wieviel vorsichtiger Bismarck war, als die Politiker des Zeitalters Wilhelms des Zweiten. Die Vorstellung von dem Kürassier, der mit brutaler Gewalt

---

[12]) Vgl. Eckardstein, a. a. O. S. 18.

[13]) Vgl. Hammann a. a. O. S. 140.

[14]) Vgl. Meinicke, „Probleme des Weltkrieges". S. 79 ff.

[15]) „Gedanken und Erinnerungen", Volksausgabe, Stuttgart und Berlin 1911, II. Band, S. 291, 292.

gearbeitet habe, iſt völlig falſch. Richtig iſt die Feſtſtellung von Grabowsky, daß Bismarcks Politik der Syſtematik entbehrte. Grabowsky glaubt das darauf zurückführen zu müſſen, daß in Bismarcks Seele die ethiſch-religiöſe und die politiſche Welt unverbunden nebeneinander ſtanden. Doch fehlte den großen Zielen der Bismarckſchen Politik (der Einigung Deutſchlands, ſeiner Sicherung gegen Angriffe und ſeiner Beteiligung am Kolonialbeſitz) nicht die ethiſche Berechtigung. Ebenſowenig kann man die friedliche Expanſionspolitik Wilhelms des Zweiten moraliſch verurteilen. Selbſt ein ſo ſcharfer Gegner der Alldeutſchen wie Erzberger betont in ſeiner Schrift über den Völkerbund, daß Deutſchland bei der Verteilung der Welt zu kurz gekommen ſei. Er weiſt nach, daß vor dem Krieg zehn Engländer über 7½ Quadratkilometer, zehn Portugieſen über 3 Quadratkilometer, zehn Belgier und Franzoſen über 2½ Quadratkilometer, dagegen zehn Deutſche nur über 0,3 Quadratkilometer Kolonialland verfügten, ſo daß die Engländer fünfundzwanzigmal, die Portugieſen zehnmal und die Franzoſen achtmal ſo gut geſtellt waren wie die Deutſchen.[16]) Es iſt ſonderbar, daß diejenige Partei, welche die Beſitzungleichheit im bürgerlichen Leben ſo ſcharf bekämpft, die Sozialdemokratie, die Beſitzungleichheit zwiſchen den Völkern ſo ruhig hinnimmt, ja jeden Verſuch zur Beſeitigung dieſes Zuſtandes als „fluchwürdigen Imperialismus“ brandmarkt. Das iſt doch höchſt unlogiſch. Unſere Machtpolitik diente tatſächlich der Gerechtigkeit. Sie war unanfechtbar in dem Ziele des „größeren Deutſchland“, aber falſch in ihren Mitteln. Auch im Frieden von Breſt-Litowſk haben wir den Ruſſen keine ruſſiſche Erde weggenommen, während uns die Feinde uralt deutſches Land rauben wollen, wir haben nur von den Ruſſen unterjochte Fremdvölker befreit. Die Entgegenſetzung von Imperialismus und Idealismus, die Ebert in ſeiner Rede zur Eröffnung der Nationalverſammlung vorgenommen hat, iſt alſo durchaus unberechtigt.

Nicht Bismarck, ſondern Goethe, nicht Potsdam, ſondern Weimar ſind jetzt beliebte Schlagworte. Sie ſind wohl auch bei der Wahl des Ortes für die Nationalverſammlung nicht ohne Einfluß geblieben. Ich bin der Anſicht, daß wir gar keinen Grund haben, jetzt Bismarck zu verleugnen. Wir brauchen beide, Bismarck und Goethe, und noch ein dritter Großer mag uns jetzt leuchtendes Vorbild ſein: der Freiherr vom Stein. Vielleicht das Furchtbarſte, was uns die letzten Monate gebracht haben, iſt die Zerreißung aller hiſtoriſchen Zuſammenhänge, die brutale und ſinnloſe Vernichtung unendlicher Gefühle der Ehrfurcht und Liebe, die ſich an die alten Einrichtungen hefteten. Um ſo mehr müſſen wir beſtrebt ſein, in unſeren Nachkommen das Verſtändnis und die Bewunderung für die großen Männer unſerer Vergangenheit zu wecken und zu ſtärken.

Idee und Urſprung der Revolution

Von Dr. Karl Hoffmann[1])

Das bisherige Deutſche Reich Bismarckſcher Prägung iſt wohl eine nationale Daſeinsform, doch im Grunde genommen keine nationale Leiſtung geweſen. Zwar das alte Reich aus der mittelalterlichen Zeit war in ſeiner Idee ebenfalls nicht national, ſondern univerſell-theokratiſch begründet. Aber als geſchichtliche Leiſtung ging es nichtsdeſtoweniger aus der Dumpfheit ſpontaner Kräfte, aus der Schöpfertat unbewußt ſelbſtändiger Energien im Volke der Deutſchen hervor, ſo daß die perſönliche Verkörperung jener univerſell-theokratiſchen Idee

[16]) S. 149/50.

[1]) Dieſer Aufſatz iſt mit Genehmigung des Verlages einer Schrift desſelben Verfaſſers entnommen, die unter dem Titel „Das Doppelgeſicht der Revolution“ in Kürze bei Fr. Wilh. Grunow in Leipzig erſcheint.

zum ewigen Sinnbild des nationalen Kraft- und Gemeinschaftsgedankens wurde, von heiligen Dämpfen umwittert: der Kaiser.

Mit seinem Zerfall hatte das alte Deutsche Reich in den deutschen Landen eine vielfältige Anzahl dynastisch zusammengehaltener Territorialstaaten zurückgelassen. Da es eben diese territorialen Sondergewalten und dynastischen Eigenbestrebungen gewesen waren, die Jahrhunderte lang im Innern des Reichsgefüges gewühlt hatten, um es endlich zu sprengen, so mußte es eine geschichtliche Notwendigkeit sein, daß der wiedergeborene, volkstümlich eigenmächtige Selbstschöpfungsdrang der Nation sich in einem bewußten und gewollten Gegensatz zu den bestehenden dynastischen Staatswesen befand. So lag das Verhältnis der deutschen Einheitsbewegung um 1848. Und es ist nun das Seltsame, daß dennoch die neue deutsche Reichseinheit sich nicht aus der Wirkung von Kollektivkräften des nationalen Willens ergab, sondern daß sie das Werk eines einzelnen Mannes war, eines Mannes, dessen Staatsgefühl hauptsächlich im „Royalismus", wie er selber gern sagte, seinen Grund hatte: in der Monarchie, die er vorfand, d. h. im dynastischen Staat. In den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist die „deutsche Sache" für Bismarck ein sehr wichtiger Teilbezirk, wahrscheinlich der wichtigste, aber immerhin doch nur ein Teilbezirk der preußischen auswärtigen Politik gewesen und nichts anderes. Er hat in dieser Hinsicht das Wort von Preußens „Beziehungen zum deutschen und außerdeutschen Auslande" gebraucht.[2]) Die Frage der deutschen Einheit war für ihn in demselben Augenblick zu einer Lebensfrage seiner Politik geworden, da er erkannte, daß sie sich am einfachsten lösen ließ durch eine entsprechende Machterweiterung Preußens, die sie sozusagen indirekt aufhob. Die Gewalt der preußischen Krone sollte mittelbar das kleindeutsche Gesamtgebiet und das Gesamtvolk umfassen. Freilich war er nicht unbedeutend genug, um den ethischen Wert, den die alte Volksbewegung für sein Ziel haben mußte, zu übersehen oder außer acht zu lassen. Er kam ihr entgegen und nahm sie bereitwillig auf. Er hob sie teilweise in seine eigenen Bestrebungen hinein, um sie gleichzeitig unschädlich zu machen. Aber er hat sie nicht bloß benutzt. Denn er ist ein Mann von ehrlicher Gesinnung und patriotischem Gewissen gewesen, der aufrichtig daran gearbeitet hat, zwischen dem Monarchismus und dem nationalen Gedanken eine Synthese zustande zu bringen, d. h. letzten Endes: zwischen den beiden Kräften des Kollektivbewußtseins in der Nation mit ihrem Ideal eines Volkskaisertums und dem dynastischen Herrschaftsprinzip über Untertanen und Territorien, — Kräften, die ihrem Ursprunge nach ein Gegensatz waren. Und auf jeden Fall sollte immer der überlieferte Rechtszustand der monarchischen „Autorität" den Vorrang haben und das Entscheidende sein, und nicht etwa „die Barrikade." Das Produkt dieser Staatskunst war naturgemäß nicht eine Schöpfung der selbsttätigen Kräfte in der Nation, die von innen nach außen ihre Form gestaltet, um sich in ihr darzustellen, sondern es war mehr eine oberhalb geschehende Zusammenfügung dynastischer Machtflächen unter der Kuppel einer dynastischen Vormacht. Darum könnte man sagen, in seiner Struktur sei das bisherige Deutsche Reich eine vorwiegend dynastisch geartete Leistung gewesen. Daß es sich so verhielt, trat unter Wilhelm dem Zweiten ganz besonders in die Erscheinung.

Bismarck hatte gewissermaßen in dem Skelett des Reichsgefüges eine Lücke für das Rückgrat gelassen, die nur er ausfüllen konnte. Nach seinem Abgang stand die Lücke leer. Die nachfolgenden Kanzler versagten und mußten versagen; denn die von der neuen Tradition ihnen auferlegte Pflicht war zu schwer für Männer, die keine Genies waren. Und der Reichstag ist neben Bismarck und unter dem Druck der genialen Stärke dieses großen Einzelnen nicht fähig gewesen, sich zu entwickeln und die von ihm getragene volkstümliche Kraft des erneuerten Kaisertums wirklich wachsen zu lassen. So blieb zunächst nur das Gesetz mit seinen behördlichen Umständlichkeiten, es blieben nur die verfassungs-

[2]) Vgl. Gedanken und Erinnerungen. II. Band. S. 51.

mäßige Anlage und ihre im Bundesrat ausgedrückte dynastische Basis. Nun wollte der junge Kaiser in die Lücke einspringen. Es ist zweifellos, daß er den besten Willen gehabt hat, den Kaisergedanken ganz zu ergreifen und in der Reinheit seiner nationalen Idee zu verwirklichen. Es wäre seine Aufgabe gewesen, das Selbstschöpferische an Volksenergie, das in diesem Gedanken enthalten ist, sich anzueignen, um es zu entbinden, mit Lebendigkeit anzufüllen und über die dynastischen Geltungen der höfischen Überlieferung und der geschriebenen Reichsverfassung zu heben. Aber er gelangte nicht zu dieser Erkenntnis. Am Ende ist es gleichgültig, woran es lag, daß es so kam, ob mehr an einer verfassungsmäßig-legitim vorherbestimmten Befangenheit in dynastischer Denkweise oder mehr an den höfischen Antrieben seines Temperaments: jedenfalls kam es so, daß er die nationale, in der geschichtlich gewordenen Selbsttätigkeit des Volkstums wurzelnde Geltung der kaiserlichen Gewalt mit einer rein dynastischen Gewalt immer wieder verwechselt hat. Beides schob sich ihm ineinander, und das letztere Moment behielt für ihn, den überbewußten Inhaber erblicher Kronen, fortwährend das Übergewicht und verzehrte das andere. Anstatt das alte Volkskaisertum von neuem zu schaffen, schuf er nun erst recht ein dynastisches Kaisertum. Er schuf es so sehr, daß seine Regierungsart den Eindruck erweckte, als ob sie die höchste Zuspitzung der dynastisch gehaltenen Staatsidee, den Absolutismus, wieder heraufbringen solle. Dieser dynastisch bewußte Charakter bestimmte die Politik unter seiner Regierung nach innen und außen. Selbst die See- und Weltpolitik, die er zum größeren Ruhme des Reiches ins Werk gesetzt hat, war in ihren letzten Motiven eine Aufführung dynastischen Glanzes. Wilhelm der Zweite trieb Übersee- und Kolonialpolitik nach denselben Gesichtspunkten, wie die alten portugiesischen und spanischen Könige des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts Kolonialpolitik getrieben hatten. Sie blieb keine organische, aus innerer Notwendigkeit geschehende Entfaltung, sondern er wollte hastig und bei jeder nur möglichen Gelegenheit eine pomphafte Macht in die weiten Welten hinaussetzen.

Als es offenkundig wurde, daß diese Macht sich mit ihren militärischen Mitteln übernommen hatte, fühlte das Volk sich mißbraucht. Es wehrte sich, keineswegs gegen das Kaisertum an und für sich, dessen innerliche Bedeutung der Kern der Nation nicht im geringsten anzutasten gedachte, sondern gegen die dynastische Zurichtung der kaiserlichen Gewalt. Man wollte überhaupt die dynastisch geartete Schichtung der ganzen Reichsanlage abschaffen. Das Schwergewicht in den tragenden Kräften der Reichssouveränität und Reichseinheit sollte sich verschieben auf die Mittelpunktsenergie der Nation und in das Volk selbst hineinverlegt werden, indem es sich verfassungsrechtlich im Reichstage festsetzte, in der gegebenen Darstellungsform dieses Volkes. Dies bezweckte vermutlich der echtere Sinn im geschichtlichen Willen der sogenannten Parlamentarisierung während der kurzen Ära des Prinzen Max von Baden, die eigentlich schon eine innere Umwälzung war und eine friedliche Revolution.

Aber bevor diese friedliche Umwälzung noch richtig fertig sein konnte, fuhr die Klassenrevolution der Novembertage in sie hinein, wodurch auch jene erst zur wirklichen „Revolution" wurde. Der glühende Fieberatem der revolutionären Stimmung fegte hinauf bis in die mittleren Lagerungen der bürgerlich genannten Volksklassen und wirbelte sie durcheinander. Viele von ihnen empfanden das Aufflackern einer unklaren Freude, weil sie das dunkle Gefühl hatten, daß sie nun all den Plunder, der vom Wiener Kongreß, vom Reichsdeputationshauptschluß von 1803 und vom Westfälischen Frieden von 1648 her noch übrig geblieben war, mit einem Male los werden konnten. Und in der Tat, die dynastisch-territorialen Gebilde, deren Gestänge das Leben der Nation seit Jahrhunderten umklammert hielten, fielen wie tote Gehäuse von dem zuckenden Leibe herunter. Der Körper des Volkslebens bäumte sich und warf sie ab.

Im praktischen Verlauf wurde aber die politisch-nationale Umwälzung von der sozialen Klassenrevolution in brutaler Weise hinweggeschnellt oder zum

wenigsten daran gehindert, sich ab- und auszuwickeln und mit ruhiger Folgerichtigkeit zu dem zu werden, was man eine organische Evolution nennt. Woher bezog die Klassenrevolution diese breite Kraft und Gewalt, so daß sie die andere umfließ? Die innere Plötzlichkeit des ganz Unmittelbaren und unwiderstehlich Notwendigen hat ihr gefehlt. Sie war kein geistiger Aufstand und kein seelischer Aufruhr voll schwerfälliger Inbrunst, wie zum Beispiel die religiöse Reformation unseres Volkes im sechzehnten Jahrhundert. Ihr revolutionäres Prinzip beruhte, bloß auf der theoretisch aufgespeicherten Entwicklungs- und Machtbegier eines Standes. Wahrscheinlich ist der Antrieb in diesem Prinzip vor einigen Jahrzehnten sogar viel lebensvoller gewesen, als in der jüngeren Vergangenheit. Er hatte inzwischen seine erste Heftigkeit verloren, und das Prinzip selbst war zu einem Lehrbegriff geworden, der sich in verschiedene Theorien spaltete, so daß man in Büchern und mit Worten darüber herumstritt, was nun eigentlich „Revolution" sei. Und es ist vorderhand nicht zu begreifen, aus welchem Grunde sie gerade in dem Zeitpunkt, als sie ausbrach, zur Wirklichkeit werden mußte. Denn es verhält sich keinesfalls so, wie es der Bolschewik Sobelsohn, genannt Radek, immer darzustellen pflegt: daß der Druck der Diktatur des Kapitals auf das Proletariat infolge des Krieges so unerträglich geworden sei, daß das Proletariat durch die hiermit eingetretene Entwicklungskonstellation einfach gezwungen worden wäre, sich zu empören und dagegen seine eigene Diktatur aufzustellen als ein notwendiges Durchgangsstadium für höhere Lebensformen der Menschheitsgemeinschaft. Wir wissen aber, daß bei uns in Deutschland die „Diktatur" des Kapitals eher die Lebenshaltung des Standes der Industriearbeiter nach oben hob und daß dieser im Vergleich zu anderen Ständen während des Krieges durchaus nicht unter schweren wirtschaftlichen Lasten zu leiden hatte. Wie kam es, daß er sich trotzdem empörte? Kurz gesagt: die Erklärung geht am besten daraus hervor, daß sich die Revolution als Militärrevolte vollzog. In Fehlern der Heeresorganisation und vornehmlich des Heeresersatzes lagen die hebenden Kräfte.

In den langen Jahrzehnten vor dem Kriege ist es stets eine große Fürsorge der Heeresverwaltung gewesen, keine sozialdemokratische Propaganda in die Armee eindringen zu lassen. Nur so konnte die Kaiserliche Regierung die Armee nach ihrem aus dem Preußentum entstandenen Charakter voll in der Hand behalten. Dieser Grundsatz wurde mitten im Kriege durch das System der Landsturmrekrutierung ohne Übergang unmöglich gemacht und beseitigt, und dem Anschein nach war man sich dessen an den leitenden Stellen in seiner ganzen Bedeutung nicht einmal bewußt. Unmengen von älteren Leuten, die seit langem innerlich selbständig fühlende Berufsangehörige, parteipolitisch erfahrene Staatsbürger und zu einem sehr wesentlichen Teile organisierte Sozialdemokraten waren, hat man in das Heer eingestellt und zu Rekruten gemacht. Damit wurde gleichsam die Armee von selber sozialdemokratisiert. Während man vordem die Einflüsse dieser Bewegung vom Heere sorgfältig fernhalten konnte, hat man jetzt ihre Anhängerschaft durch eine einzige Maßregel in das Heer hineinversetzt. Oder von der anderen Seite gesehen: Man hat die besten Altersreihen unter den Wählermassen der sozialdemokratischen Partei zu Soldaten ausgebildet und ihnen Waffen gegeben. Auf jeden Fall wurde so für die sozialdemokratische Partei eine Armee geschaffen oder ihr die Armee überhaupt ausgeliefert.

Hierzu trat noch etwas mehr Äußerliches. Diese klassenbewußten und parteistolzen Familienväter mit ihrem großstädtischen Dünkel wurden nach einer Methode ausgebildet und in Zucht gehalten, deren sozialpsychische Voraussetzungen in der ganzen Erziehungsmanier mit ihren Ursprungen bis auf die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückverfolgt werden müssen und die, indem es so ist, anfänglich auf den frischen Nachwuchs des platten Landes berechnet gewesen sind. Die Landsturmmannschaften wurden so behandelt und konnten bei allem guten Willen der Vorgesetzten nach den unverrückbaren Grundsätzen des Reglements auch nur so behandelt werden, als ob sie ländliche Jüng-

linge im Alter von ungefähr 20 Jahren wären. Aus diesem Mißverhältnis ergaben sich ethische Reibungen, die eben deshalb, weil sie im Innern verhalten blieben, umso erbitternder wirkten. Gewiß erging es älteren und meinetwegen auch gebildeteren Landsturmleuten, die keine Sozialdemokraten waren, genau so. Aber das hat das Gefährliche der ganzen Lage noch eher verschärft. Denn die inneren Reibungen waren dort nicht geringer, und die heimlich gezüchtete Widerwilligkeit in der Erbitterung fraß um sich und pflanzte sich fort. Durch die kläglichen Löhnungsverhältnisse und das Familienunterstützungssystem für die Angehörigen fühlte sich ohnehin die Masse des älteren Landsturms gewaltsam proletarisiert. Es entstand in den Gemütern ein empfänglicher Boden für die sozialistische Werbung. Das ging Jahre hindurch, und die Männer von Offiziersrang hatten meistens keine Ahnung davon. Sie können auch kaum eine Vorstellung davon haben, welche seelische Pein beispielsweise die Leute in gesetzteren Jahren aus geistigen Berufen, die ein halbes Menschenleben am Schreibtisch hinter sich hatten und zuweilen mit wirklich jungen Rekrutenjahrgängen in dieselben Formationen gerieten, im Mannschaftsstande mit seiner künstlichen Deklassierung, ganz abgesehen von den dienstlichen Anforderungen, oft durchmachen mußten. Es mag nicht selten vorgekommen sein, daß die Charakterschwachen unter ihnen, und sei es auch nur vorübergehend, den geschickten Einflüsterungen von Kameraden erlagen. Bei Leuten kleinbürgerlicher Schichten mit „sozial gehobenen" Lebensgewohnheiten von Zuhause gelang das natürlich viel leichter. Denn sie empfanden nur das Drückende und waren nicht imstande, eine gesetzliche Nötigkeit darin zu verstehen. Das Wahlergebnis zur Nationalversammlung in den altpreußischen Provinzen des Ostens hat es an einem durchschlagenden Beispiel deutlich gemacht, wie stark die sozialdemokratische Wählerschaft während der Kriegsjahre selbst unter der bäuerlichen Bevölkerung gewachsen sein muß.

Mit einem Heere aus solchem Ersatz kann man wohl einen großen, aber keinen langen Krieg führen. Denn zweierlei ergibt sich daraus. Die Zahl der sozialdemokratisch gesonnenen oder beeinflußten Mannschaften nahm überhand, und dieser sozialistischen Masse in der Armee wurden aus den Kreisen verstörter, zermürbter oder hysterisch veranlagter Intellektueller geistige Fähigkeiten zugeführt, die sie vorher nicht in demselben Maße besaß. Damit waren die inneren Vorbedingungen einer Umkehrung der tatsächlichen Macht in der Heeresangehörigkeit schon gegeben. Die Mängel im Gefolge der langen Dauer des Krieges: die Schwächen des Offiziersersatzes und im Zusammenhange damit die zum Teil immer falscher werdende Behandlung der Leute, eine Materialisierung und innere Verwahrlosung des Herrengefühls in den Etappen und, wieder im Zusammenhange damit und mit der wirtschaftlichen Not des Landes, die unzureichende und schlechte Verpflegung, — alle diese Mängel halfen nur nach, um die vorhandene Disposition zur Meuterstimmung in die sichtbare Erscheinung zu heben. Was zu verderben noch übrig geblieben war, verdarb dann der jüngste Rekrutenjahrgang 1918, mit dem die bekannte, vom Kriege herbeigeführte erzieherische Entartung des großstädtischen Nachwuchses zu einer verhängnisvollen militärischen Unbrauchbarkeit wurde.

Diese Durchsetzung des Heeres mit unwilligen und aufrührerischen Instinkten und den Lockungen sozialistischer Gedanken, diese ganze Bewaffnung sozialdemokratisch geschulter Massen mußte für das revolutionäre Prinzip im Parteidogma eines Tages ein starker Anreiz sein, die leibhaftige Revolution zu versuchen. Es wäre im höchsten Grade merkwürdig gewesen, wenn diejenigen unter den sozialdemokratischen Führern oder Parteigruppen, die unverbrüchlich daran festhielten, den revolutionären Gedanken handgreiflich zu nehmen, diese so überaus günstige, einmalige und nie wiederkehrende Gelegenheit hätten ungenutzt vorbeigehen lassen. Nicht die Nervenzerrüttung des Heimatvolkes unter dem Eindruck der amerikanischen Propaganda, verkehrter Handhabungen des Zivildienstpflichtgesetzes und endlich der hereinbrechenden Niederlage, vielleicht nicht einmal der Hunger war das Entscheidende für den Ausbruch der Revolution, sondern das Entscheidende war, daß

sie seit langem, seit Monaten und wahrscheinlich seit Jahren, im Heere vorbereitet und organisiert worden ist und dort überhaupt organisiert werden konnte. Es steht einstweilen offen, ob dies mit Wissen und Willen der Leiter des Mehrheitssozialismus geschah oder ob diese Männer nur im letzten Augenblick der Bewegung nachgaben und mittaten, um ihre für das Gesamtdasein der Nation lebensgefährliche Stoßkraft auffangen und abschwächen zu können. Immerhin: die Klassenrevolution fand nicht statt als elementare Willenshandlung der ausschlaggebenden Kräfte im Volksganzen, sondern sie fand nur deshalb statt, weil es für die erfolgreiche Anwendung ihres früher entstandenen und theoretisch aufbewahrten Prinzips eine unwiderbringliche Gelegenheit gab. Deshalb ging sie auch nicht mit einem rauschenden Brausen voller Urgewalt vor sich, sondern in den unerquicklichen Formen eines halb schleichenden und halb theatralischen Verschwörertums, und ihr Losbruch und ihr Ergebnis trafen miteinander überein als „fertige Tatsache." Ihre wirkliche Ursache war nicht ein innerer Grund aus der Notwendigkeit von Entwicklungsgesetzen heraus, sondern diese Ursache kam nur aus einem äußeren, mit dem Kriegsheer gegebenen und durch den Krieg vermittelten, sozusagen von der Außenpolitik des Reichs hervorgerufenen Anlaß. Sie war eine Gelegenheitsrevolution, für die der Erfolg sprach.

Weil es aber so liegt und dieser Revolution die innere geschichtliche Notwendigkeit abgeht, darum fehlt ihr auch eine eigentümliche, selbständige Idee. Sie ist, wenn man es auf eine Formel bringen will, aus einer negativen Erscheinung des militärischen Lebens hervorgegangen. Somit war ihre erste Idee, unter der sie in ihren Anfängen auftrat, militärisch gerichtet und negativ. Sie lautete nur gegen und nicht für etwas, nämlich gegen das System des „imperialistischen Militarismus". Das konnte aber höchstens ein Schlagwort sein und keine Idee. Denn soweit in der Redensart vom System des Militarismus etwas Wahres steckt, handelt es sich — neben bloßen Organisationsfehlern — um die Übertragung militärischer Lebensformen auf nichtmilitärische Lebenserscheinungen, d. h. es handelt sich um sogenannte Auswüchse, zu deren Beseitigung keine Revolution nötig war. Und der Imperialismus ist überhaupt kein „System", sondern ein staatliches Entwicklungsstadium, das dem Wesen der fortwährenden Geschichte einwohnt und sich nie aus der Welt schaffen läßt. Er ist ein überzeitliches Gesetz, dessen Geltung immer wiederkehrt und mit „Eroberungssucht" an sich nichts zu tun hat. Der einfache Mensch begreift dergleichen nicht und vergißt es, sobald er die unmittelbaren Anforderungen an sein Dasein nicht mehr verspürt. Deswegen brachte die vermeintliche Idee „gegen" den militaristischen Imperialismus keine dauernde Lebens- und Wirkungskraft auf, und sie konnte von vornherein, da sie sich bloß verneinend verhält, keine schaffende Bedeutung aufbringen.

Nachträglich, als das Ergebnis und der Erfolg der Revolution bereits klar vor aller Augen lagen, besann sich ihre soziale Klassenbewegung auf den Wortlaut des Erfurter Programms. Man dürfte hier vielleicht einwerfen, sie habe es nur nicht vorher enthüllt. Aber Tatsache bleibt doch, daß diese Parteilehre auf die lebendige Treibkraft des revolutionären Vorgangs und die Beschaffenheit seiner aktuellen Bedingungen und Entstehungsursachen nicht in einer ausschlaggebend bestimmenden Weise gewirkt hat. Eben erst nachträglich wurde das längst historisch gewordene Erfurter Programm wieder eingesetzt und als Ziel und „Idee" aufgestellt. Das hat zu bedeuten: die Klassenrevolution entnahm ihre revolutionäre Idee der Geschichte; ihr geistiges Bewußtsein wurde historisch orientiert. Allerdings konnte es kaum anders zugehen, da gerade die revolutionäre Willensabsicht in der Klassenbewegung bereits etwas Historisches, ein von der Geschichte aufbewahrtes Moment war. Aber nun kommt das eigentlich Interessante: dieses historische Orientiertsein übertrug sich auf die politisch-nationale Richtung, die sich im Flusse einer gewaltlosen Verfassungsumwälzung befand, mit derselben Schnelligkeit, mit der sich der revolutionäre Bewegungscharakter auf sie übertrug. Die politisch-nationale Richtung in der Revolution vergaß mit einem Male die Anforderungen der Gegenwart; sie holte

ebenfalls schleunigst aus der Geschichte, und zwar aus einer weit älteren Vergangenheit, ihre besondere Idee hervor, den alten großdeutschen Gedanken von 1848 mit der bürgerlichen Republik, und ihre parteipolitischen Kernbestandteile, die bis vor kurzem noch ihre königlich preußische Kaisertreue beteuert hatten, verblüfften plötzlich durch die Gewandtheit, mit der sie die alte Demokratenfahne der Märzbarrikaden, frisch gebürstet, schön abgestaubt und ausgemottet, zu schwenken verstanden.

Die deutsche Revolution ist nicht ideenlos. Doch entsprechend dem Zwiespalt in ihrer Gesinnung hat sie eine Vielheit statt einer, die durch die Kraft ihrer Einzigartigkeit das gesetzlos gewordene Geschehen zur Zielgewißheit hinzwingen könnte. Und es fällt ihr sehr schwer, an eine schöpferische, neues staatliches Leben gebärende Macht ihres Wesens glauben zu lassen, da ihr Ideenbewußtsein durch seine Abhängigkeit von politischen Begriffsbildungen aus der gewesenen Geschichte keine innere Freiheit hat und nicht selbsttätig ist.

Die deutschen Volksinseln in Böhmen

Von Dr. jur. et. phil. Hugo Grothe[1])

Eine besondere Betrachtung für Erfassung des territorialen Aufbaues von Deutschböhmen verlangt die Frage der deutschen Sprachinseln. Die logische Folge eines demokratisch durchgeführten Nationalitätenprinzips, wie es der Völkerbund bringen soll, wäre für die Sprachinseln volle Zubilligung und Sicherung des Selbstbestimmungsrechts. Anerkennung einer geheiligten Herrschaft über die Heimat, eines Hoheitsrechts über den völkischen Boden hätte die Errichtung selbständiger Enklaven zu verbürgen. Keine Gründe politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Natur sollten nach den Regeln der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts, die ein Friedensvertrag nach dem Geiste Wilsons zu achten hat, Territorialprinzip zum Falle bringen können. Gerade aber die jungen Nationalstaaten, die auf den Trümmern des alten Österreich-Ungarn entstehen, sträuben sich, solche Beschränkungen der Souveränität, wie sie nach jenen Grundsätzen eine Sprachinsel unter fremder Gebietshoheit verlangen darf, ihrerseits anzuerkennen. Sie empfinden eine derartige Enklave als lästigen Fremdkörper, der ihre durch historische Grenzen umschriebene Herrschaft beeinträchtigt und ihnen die Macht entzieht, das „widerfahrene Unrecht" an dem Boden wieder gut zu machen, der nach ihrer Auffassung — ohne Achtung wohlerworbener fremder Rechte — ursprünglich ihrem Volke gegeben war. So kann es geschehen, daß den

[1]) Der Verfasser dieses Aufsatzes bringt eben als Sonderheft der von ihm seit 1914 herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Kultur in der Welt", des Organs der „Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft" (Leipzig-Gohlis) und ihres „Instituts für Auslandkunde und Auslanddeutschtum" eine bemerkenswerte größere Veröffentlichung über „Deutschböhmen" heraus. Auf 22 Bogen kommen an 30 angesehene Politiker und Gelehrte, und zwar ausschließlich Deutschböhmen über Natur, Volkstum, Geistesleben und Wirtschaft des Landes zum Worte. Die eigentümliche Tatsache findet wohl allgemeines Interesse, daß dieses Sonderheft, in einer Wiesbadener Druckerei bereits im Dezember fertig gestellt, durch die französische Besatzung in der Versendung verhindert wurde, so daß sich eine abermalige Drucklegung der Veröffentlichung notwendig machte. Wir wünschen daher dem Werke eine möglichst weite Verbreitung, damit sein Ziel erreicht werde, im Deutschen Reiche über Deutschböhmens politische Lage und die Werte seines Volkstums, die noch nötige allseitige Aufklärung zu schaffen.

deutschböhmischen Sprachinseln keine Enklavestellung, sondern lediglich völkische Gebietskörperschaft im Rahmen von Bezirken, Kreisen oder Gemeinden und somit nur nationale Selbstverwaltung zugebilligt wird.

Es heißt, der Völkerbundesvertrag wird für die Sprachinseln besondere Bestimmungen treffen. Von welcher Volkszahl diese nationalen territorialen Befugnisse abhängig gemacht werden, ist äußerst unsicher; sowohl die Abgrenzung nach oben, wie solche nach unten wird noch Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen bilden. In Wien selbst kamen leider schon Bedenklichkeiten zutage (so in der Sitzung der Nationalversammlung vom 14. November 1918), ob eine Enklavebildung der deutschen Sprachinseln im tschecho-slowakischen Staate unter Anschluß derselben an Oesterreich überhaupt ausführbar sein dürfte. Wie auch die Entscheidung fällt, für größere Sprachinseln mit territorial leidlich durchführbarer Abrundung muß vor dem Friedenskongreß das Selbstbestimmungsrecht mit allen Folgerungen als Forderung aufrecht erhalten bleiben. Dem Friedenskongreß und dem Völkerbundsvertrage mag im Falle der Ablehnung das Odium zufallen, daß es — dem Nationalprinzip zuwider — Teile eines Volkes gegen seinen Willen unter fremde Oberherrschaft zwingt. Daß für die meisten deutschböhmischen Sprachinseln geographische Lage und Angliederungsverhältnisse besonderer und verschiedener Natur sind, sollen nachstehende Betrachtungen darlegen.

Auf flüchtigem Blick erscheint es eine kaum zu bewältigende Aufgabe, den inmitten fremden Volkstums gelegenen völkischen Gemeinschaften gesicherten staatlichen Anschluß an ihre Volksgenossen zu schaffen. Doch die Durchführung sorgfältig umgrenzter Enklaven, die zu ihrem nationalen Schutze unter deutschböhmische Gebietshoheit zu stellen wären, gehört nicht zu den Unmöglichkeiten, wenn es sich nicht um gar zu kleine und abgelegene, völlig in der fremden Volksmasse verlorene Siedlungsherde handelt.

Räumlich vom Hauptlande getrennte kleinere Landesteile sind bei einigem organisatorischen Geschick wohl mit einem mehr oder minder fern gelegenen Staate in wohlgefügtem Verbande zu erhalten. Das lehrt ein Blick auf die Rheinpfalz oder Hohenzollern, mehr noch auf — über weite Räume versprengte — thüringische, oldenburgische, waldeckische und andere kleinstaatliche Gebietsteile. Die Kleinstaaterei, die in ihren den Gesamtstaat lähmenden Miniaturformen durch den neuen deutschen republikanischen Staatenverband ohne Zweifel weggefegt wird, baut man heute sicher nicht gern an anderen Stellen wieder auf. Für Deutschböhmen aber steht die Bewahrung deutschen Volkstums im Spiele und regiert keine historische Reminiszenz oder ein dynastisches Wohl. So spricht nichts gegen den technisch durchführbaren Weg, dem Verwaltungsapparate des Mutterlandes versprengte Volksteile anzufügen, alles für die Notwendigkeit, für gangbare Mittel des Anschlusses nichts unversucht zu lassen. Gerade da in der Darbietung einer wohlgefügten Verbindung mit der völkischen geistigen Nährquelle die richtige Abwehr gegen Aufsaugung gefährdeter isolierter Punkte zu suchen ist, wird es Aufgabe der führenden politischen Kreise sein müssen, jene Sprachinseln unter keinen Umständen politisch aufzugeben und somit der Tschechisierung zu überlassen.

Die Reichstagswahlordnung von 1907 und die Kreiseinteilung von 1918 hatten auch die deutschböhmischen Enklaven territorial fest umgrenzt und an die nächstgelegenen deutschen Bezirke für die Wahlen und Aufgaben der Verwaltungsgeschäfte anzugliedern gewußt. So war im Südosten Stecken, der nördliche Teil der Iglauer Sprachinseln, gleich der von Neubistritz, mit dem östlichen Wahlkreise des schmalen, aber zusammenhängenden deutschen Siedlungsbandes Neuern—Gratzen (als Bezirk 126) verbunden, während im Nordosten Rokitnitz mit dem Landeskroner Streifen Verknüpfung gefunden hatte.

Wir haben im einzelnen bei Deutschböhmen folgende Sprachinseln ins Auge zu fassen. Beginnen wir im Süden, so liegt zunächst die schwächste vor uns: die der zwölf deutschen Gemeinden von Budweis. Ursprünglich rein deutsch, sind sie von tschechischen Schwärmen mehr und mehr überzogen worden,

so daß in ihnen heute Tschechen (4081) und Deutsche (4108) an Zahl gleich stehen. Diese nicht unbedeutende halbkreisartig um Budweis sich legenden Gemeinden wie Rudolstadt und andere würden sich ohne unnatürlichen Zwang dem nur zehn Kilometer westlich entfernten geschlossenen deutschen Besitzstande anfügen. Daß die Tschechen bei ihrer stark in diesen Dörfern angewachsenen Zahl die einer solchen Lösung günstige Abstimmung zu beeinflussen vermögen, liegt auf der Hand, so daß nicht grundlos neutrale Aufsicht der Plebiszitvorgänge herbeigewünscht wird.

Tschechischen Angriffen weniger ausgesetzt ist die halbinselartig in tschechisches Gebiet ragende deutsche Zone von Neubistritz. Dreißig Kilometer Luftlinie trennen es von den letzten Gemeinden des südwestböhmischen abgeschlossenen deutschen Volksstreifens. Da südlich eine Rückendeckung in dem Deutschen Niederösterreich gegeben ist, vermag der Neubistritzer Bezirk genügende völkische Widerstandsfähigkeit zu entwickeln. Seine Verknüpfungen mit Niederösterreich, als dessen Anhängsel es praktisch mehr zu werten ist, denn als Teil Deutschböhmens, wurde von den Bewohnern bereits selbst zum Wunsch erhoben.

Das klar zu umgrenzende Iglauer Revier ist eine geschlossene Fläche von 398 Kilometer, auf der 78 deutsche Siedlungen stehen. Es handelt sich um alteingesessene Bauern, die im zwölften und dreizehnten Jahrhundert durch zugewanderte deutsche Bergleute und später auch durch deutsche Kaufleute verstärkt wurden. Es wohnen hier 43 198 Deutsche, denen nur 5173 Tschechen gegenüber stehen, die fast allein in der Stadt Iglau sitzen. Mitten durch das Iglauer Gebiet läuft die Grenze der ehemaligen Kronländer Böhmen und Mähren. Die deutschen Dörfer gruppieren sich um eine autonome Stadt (Iglau) und zwei Marktflecken (Stannern und Stecken). Geistige wie materielle Kultur: ein wohlentwickeltes Schulwesen, mannige Einrichtungen für Bildung und Wohlfahrt, vor allem aber eine von waldreichem Hügelland begünstigte Land- und Forstwirtschaft, desgleichen eine blühende Industrie, an deren Spitze Tuch- und Wirkwaren stehen, lassen uns diese Nachkommen deutscher Bauern und Bürger als einen Volkssplitter schätzen, dessen Vernichtung mit allen Kräften abgewehrt werden muß. Sie nahmen beherzt ihr Selbstbestimmungsrecht schon am 3. November 1918 in Anspruch und erhoben feierlich die Forderung ihres Anschlusses an Deutschösterreich, dessen Grenzen ihm auf der Route Iglau—Znaim in nur 1¾ Stunden erreichbar sind. Den deutschböhmischen Kreis Stecken des Iglauer Bezirkes von dem gegebenen natürlichen Zusammenhange zu lösen und als Sonderstück Deutschböhmens aus Gründen historischer Zugehörigkeit aufzubauen, wäre keine glückliche territoriale Regelung.

Auch der fest umrahmte Schönhengstler Sprachgau, den wir im Osten Böhmens in Augenschein zu nehmen haben, darf als Sprachinsel gelten. Dies nachdem die Verbindung mit den Volksgenossen im Osten gegen Deutschschlesien durch das Vordringen der Tschechen ins obere Marchtal zwischen Hohenstadt und Aussee zerriß, auch die Verbindung nach Norden mit dem Grulicher Gebiet durch tschechisches Vordringen seit der Hussitenzeit mehr und mehr lahm gelegt wurde. Die Dinge liegen ähnlich wie beim Iglauer Gebiet, indem wir ebenfalls einen böhmischen und einen mährischen Teil finden; auch hat die Bevölkerung dieser Böhmen bisher angehörigen Striche (deutscher Gerichtsbezirk Landskron und die deutschen Gemeinden der tschechischen Gerichtsbezirke Wildenschwert, Leitomischl und Politschka) sich, wie die Iglauer dies taten, zusammen mit allen Volksgenossen des Schönhengstlergaus durch öffentliche Meinungsabgabe dem nächstliegenden größeren geschlossenen deutschen Sprachgebieten angelehnt. Diese erscheinen heute geeint als eine Provinz Deutschösterreichs mit der Bezeichnung „Sudetenland"; außer den von Böhmen zugeschlagenen deutschen Sprachherden setzt sich dies Sudetenland in der Hauptsache aus dem nördlichen Deutschmähren und aus Deutschschlesien zusammen und birgt die ansehnliche Zahl von 642 810 Deutschen (94.8 Prozent) neben nur 25 048 Tschechen (3.7 Prozent). Der ganze Schönhengstler Sprachgau stellt hierzu fast ein Sechstel der Bevölkerung (105 348 Deutsche und 3307 Tschechen). Die sonstigen kleinen isoliert gelegenen

deutschen Sprachinseln, so Deutschbrodek (5253 Deutsche und 26 Tschechen), einige Dörfer bei Pardubitz an der Oberelbe und andere kommen lediglich als Austauschobjekte gegen in ähnlicher Lage befindliche tschechische Siedlungen in Betracht.

Im Zusammenhange mit diesem Schönhengstler Gaue wäre noch des deutschen Gebietsstreifens Nordostböhmens zu gedenken, der mit den Mittelpunkten Grlich und Rokitnitz (beides deutsche Gerichtsbezirke) am Südfluß des Adlergebirges sich erstreckt. Von dem breiteren Rande deutscher Siedlung in Nordostböhmen, den der Riesengebirgsgaue, ist derselbe durch tschechisches, hier (nördlich von Nachod) die preußisch-schlesische Grenze berührendes Volkstum auf zwanzig Kilometer geschieden, auch nach Süden durch eine tschechische Welle auf der Strecke Senftenberg—Hohenstadt von dem Schönhengstler deutschen Volksgebiete getrennt. Er wird eine Teilnahme an dem politischen Eigenleben eines Deutschböhmen in engerem Sinne in Erkenntnis der geographischen Lage also ebenso für überflüssig erachten wie die Schönhengstler Iglauer und Neubistritzer Gaue. Mit den Deutschösterreichern hat er auf seiner schmalen Ostflanke (25 bis 30 Kilometer) Berührung, gravitiert also nach dem neuen „Sudetenlande": Wie der Riesengebirgsgau lehnt dieses Gebiet in seiner breiten Nordfront sich an das ihm stammverwandte schlesische Volk an und erfährt durch die Neissetalbahn von Deutschland her reiche wirtschaftliche und kulturelle Berührungen.

Was für ein Deutschböhmen keinesfalls zu retten ist und außerhalb desselben den Kampf um sein deutsches Volkstum aus eigener Kraft auszufechten haben wird, das sind außer den kleinen Volksinseln die Deutschen der größeren Städte Tschechischböhmens: Prag (37 406), Pilsen (10 036 neben 69 882 Tschechen) und Budweis (16 903 neben 27 309 Tschechen). Nur Vereinbarungen über gegenseitig zu verbürgenden Schutz der völkischen Minoritäten, die im Interesse beider Völker liegen müssen, vermögen diese auf schwerem Posten stehenden Deutschen künftig zu stärken. Eine autonome Gesetzgebung nach Art der kürzlich erlassenen ungarischen, dessen Paragraph 3 den Deutschen in innerer Verwaltung, Rechtspflege, Unterrichts-, Kultur- und Kirchenangelegenheiten freie Verfügung läßt, wäre zur Wahrung der Volksrechte aller in den tschechoslowakischen Staatsverband tretenden Deutschen ein unbedingtes Erfordernis.

Konflikte im Entente-Lager

Von Dr. Richard Hennig

Immer deutlicher geht aus den dürftigen Auszügen über die Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz hervor, daß die Luft im Verhandlungssaal mit Elektrizität geladen ist, daß die Konflikte sich von Woche zu Woche häufen. Italiens Drohung vom 21. März, sich ganz von den Verhandlungen zurückzuziehen und die Konferenz zu sprengen, wenn nicht eine bestimmte Forderung wegen Fiumes bewilligt würde, beleuchtete die Lage wie ein greller Blitz. Seither sind weitere sehr bemerkenswerte Anzeichen hinzugekommen. Bevor die Konferenz begann, versprach Wilson Öffentlichkeit der Verhandlungen, wie sie Anfang 1918 in Brest-Litowsk tatsächlich durchgeführt worden war. Statt dessen tagen die Entente-Staatsmänner seit Mitte Januar in Paris hinter ängstlich verschlossenen Türen, so daß die Geheimniskrämerei schon den Spott der neutralen Presse hervorgerufen hat. Die einzige Ursache hierfür ist natürlich in der mangelnden Einigkeit zu suchen, von der die Welt draußen nichts erfahren soll. Am 14. Februar hat man zwar den „Völkerbund" aus der Taufe gehoben,

der das Zeitalter der ewigen Harmonie der Menschheit einleiten sollte, aber selbst in der kleinen Aktiengesellschaft der Kriegsgewinner, die heute allein den Völkerbund bildet, muß es um diese Harmonie mehr als merkwürdig bestellt sein, wenn man sich die Bedeutung der jüngsten Maßnahmen vergegenwärtigt. Die schon zehnmal durchgesiebten Informationen für die Presse sind neuerdings ganz eingestellt worden, die Vertreter der vier europäischen Hauptmächte tagen jetzt im engeren geschlossenen Kreis und haben die Delegierten der kleineren verbündeten Staaten aus den Sitzungen zunächst hinauskomplimentiert — alles immer mit der Begründung, es seien noch zu viel Indiskretionen in die Öffentlichkeit gesickert. Das läßt tief blicken! Beim Waschen der schmutzigen Wäsche scheint es mehr als lebhaft zuzugehen. Man erfährt zwar immer nur von Gegensätzen, die zwischen Wilson und Clémenceau bestehen, den Männern, die tatsächlich die politischen Gegenpole der Konferenz darstellen. Daß aber auch sonst noch allerhand Reibungen bestehen müssen, erkennt man, wenn man die Plänkeleien der feindlichen Presse bezüglich gewisser Probleme etwas genauer verfolgt.

Versuchen wir nun einmal, von dem Rattenkönig der Konfliktstoffe uns ein Bild zu machen, indem wir einige Offenheiten der Entente-Presse aus den letzten Monaten belauschen. Ausdrücklich sei bemerkt, daß es sich dabei nur um eine kleine, beliebig zu vermehrende Auswahl von Äußerungen handelt:

1. Französisch-englische Reibungen:

„Die Kommission hat als Grundlage ihrer Arbeiten die von England vorgeschlagene Formel (wegen der Kriegsentschädigungen) angenommen, das heißt Frankreich und Belgien sind den egoistischen Absichten der britischen Regierung geopfert worden. Selbstverständlich hat dieser Beschluß den denkbar peinlichsten Eindruck in unserem Lande hervorgerufen, obgleich man nicht gleich folgern soll, daß die englische Formel in ihrer ganzen Brutalität zugelassen sein wird. Immerhin bleibt es ein starkes Stück, daß das Vorrecht von Schuldforderungen, das durch Verwüstungen und Plünderungen des Feindes begründet ist, bestritten werden konnte" („Nouvelliste", 18. Februar 1919).

„Unter dem Vorwand einer internationalen Organisation richten sich die Engländer als Herren am Bosporus ein. Lassen wir uns durch diesen Vorwand nicht dumm machen. . . Wahrheit ist, daß wir einem waghalsigen Versuch, die Türkei verschwinden zu lassen und den Beschlüssen der Friedenskonferenz vorzugreifen, gegenüberstehen" („Libre Parole", 23. Januar).

„Wenn man alle Ursache hatte, das was Zar Alexander als Schlüssel seines Hauses bezeichnete (das heißt Konstantinopel), nicht den Russen auszuliefern, so sprechen noch stärkere Gründe dafür, daß dieser Schlüssel sich nicht in andere Hände verlieren darf" („Temps", 21. Januar).

„Wir treten im Namen Syriens den gesamten Handel des Südens an England ab, indem wir es sich in Haifa einrichten lassen, während wir auch den Handel des Nordens dem fremden Wettbewerb ausliefern, da wir den Freihafen Alexandrette jedem Ankömmling öffnen. . . Man braucht nicht mehr, um das Land durch Haifa und Akka England tributpflichtig zu machen" (Charles Albert in „Action française").

Aus den Verhandlungen der Pariser Kammer vom 11., 13. und 14. Februar: „Die Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens wird durch die englische Besatzung besonders erschwert. Die Engländer geben die von ihnen belegten Fabriken nicht frei" (Senator Debierre). „Die englischen Tommys sind große Kinder, sogar enfants terribles, die mehr oder minder marodieren, besonders seitdem die Disziplin nachläßt. . . Sie verbrennen die Möbel und die Fußböden, in Carvin und Arras ist es das gleiche. . . Die Abneigung (um es milde auszudrücken) ist groß" (Senator Bondenort).

(Notabene: Das heikelste aller englisch-französischen Problem, die Calais-Frage, hat neuerdings überhaupt noch niemand wieder anzuschneiden gewagt!)

2. Belgisch-englische Reibungen:

„Das englische Volk trat in den Krieg, weil dies im Interesse unsres Landes lag. Die englische Regierung aber erklärte den Krieg, weil dies im Interesse ihres Landes (!) lag. Während das englische Volk unsre Flüchtlinge wie eigne Kinder behandelte, trachtete die Regierung danach, unsre Industrie in ihr Land zu überführen. Unsre Glasindustrie z. B. ist bereits teilweise in England eingebürgert, und das (britische) Ministerium will mit allen Mitteln verhindern, daß unsre Diamantarbeiter nach Antwerpen zurückkehren. ... Wir dürfen nicht vergessen, daß diejenigen Länder, die im Kriege unsre Bundesgenossen waren, im Frieden unsre Konkurrenten sind" („Stem uit België", 31. Januar).

„England verkauft uns gern so viel Meter Stoffe, wie es entbehren kann, sendet uns aber kein Kilo Wolle oder Baumwolle, damit unsre Spinnereien und Webereien arbeiten können" („Gazette de Bruxelles").

„Die Deutschen sind glücklicherweise fort; wir erhielten dafür sehr viele Poilus und Tommys, Schotten mit nackten Beinen und Filz-Amerikaner und — man vernimmt aufatmend, daß sie bald wieder abreisen werden, denn die öffentliche Sittlichkeit ist nicht besser geworden, und wir haben durch ihre Anwesenheit nicht viel mehr als einige peinliche Straßenszenen gewonnen" (Belgischer Bericht im „Nieuwe Rotterdamsche Courant", 6. Februar).

„Die guten Leute, die glaubten, daß alles besser würde, wenn nur erst die Deutschen Belgien geräumt hätten, sind aufs tiefste enttäuscht. Sie hofften, daß das Leben billiger werden würde. . . Die Rohstoffe sind unauffindbar, die Transporte kostspielig und schwierig, und das versprochene Glück verschwindet im Nebel" („Belge Indépendant", 7. Januar).

3. Französisch-amerikanische Reibungen:

Sie sind zahlreicher als alle andren und betreffen ziemlich jeden einzelnen Punkt der Verhandlungen. Hier sei nur festgestellt, daß auch die privaten Beziehungen zwischen Franzosen und Amerikanern wenig nach dem neuen Völkerbund schmecken:

„Die amerikanischen Soldaten sind über die Art, wie sie in Frankreich übervorteilt werden, sehr erregt. Es herrscht bei ihnen die Ansicht vor, daß sie gerupft werden, und viele von ihnen stellen, sehr zu Ungunsten Frankreichs, die Erpressungen, deren Opfer sie sind, der liberalen Behandlung gegenüber, die ihnen in der Rheinzone von seiten der „Hunnen" zuteil wird. . . Die amerikanischen Soldaten sind angesichts der Tatsache, daß sie für Frankreich kämpften, mit Recht erstaunt und verärgert durch die Wahrnehmung, daß der feindliche Kaufmann anständig, der alliierte Kaufmann oft nicht einmal ehrlich ist" („New York Herald", 3. Februar).

„In der „New York World" schreibt Ralph Pulitzer einen bemerkenswerten Artikel, daß das amerikanische Besatzungsheer in Deutschland das deutsche Volk sympathisch findet und das französische Volk im Vergleich mit jenem wenig günstig beurteilt. Dieser Eindruck war bei den amerikanischen Soldaten sehr stark. Man hatte Pulitzer gefragt, warum man den amerikanischen Soldaten ‚in den Vereinigten Staaten nicht gesagt hätte, gegen wen sie abgesandt worden wären'" („Nieuwe Rotterdamsche Courant", 4. Februar).

4. Englisch-amerikanische Reibungen:

Annahme einer Resolution des Repräsentantenhauses des amerikanischen Kongresses auf Antrag des Abgeordneten Carey, vom 28. April 1917:

„Da die Alliierten wiederholt erklärt haben, daß sie für die Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Nationen kämpfen, da die Vereinigten Staaten jetzt mit dem gleichen Endziel in den Krieg eingetreten und die Burenrepubliken in Südafrika von Großbritannien annektiert worden sind, wodurch ihre Nationalität und Demokratie vernichtet wurde, beschließt das Repräsentantenhaus der U. S. A., daß die Vertreter der U. S. A. bei den Friedensverhandlungen hier-

durch angewiesen werden, ihren Einfluß für die Wiederherstellung der Burenrepubliken geltend zu machen."

Annahme einer Resolution des Repräsentantenhauses des amerikanischen Kongresses auf Antrag des Abgeordneten Gattagher, von Anfang Februar 1919:

„Die bevollmächtigten Vertreter der U. S. A. zur Versailler Friedenskonferenz werden hiermit dringend ersucht, die Ansprüche Irlands auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung im Sinne Wilsons warm zu befürworten."

„In voriger Woche hat das amerikanische Haus der Gemeinen dem vom Ausschuß für auswärtige Beziehungen gegebenen Bericht zugunsten der Selbstbestimmung Irlands bei der Friedenskonferenz beigestimmt. Unter gewöhnlichen Umständen mag man das eine Einmischung in unsre Privatangelegenheiten nennen" („Common Sense", 15. Februar 1919).

„Wenig Mitleid erwecken bei uns die heftigen Klagen amerikanischer Senatoren, die behaupten, Großbritannien wolle durch solche Maßnahmen (Einfuhrbeschränkungen) das amerikanische Ausfuhrgeschäft schädigen. Senator Lewis warnt uns, den Geist von 1812 zu erwecken, und Senator Weeks jammert über den angeblichen Versuch, den englischen Handel auf Kosten des amerikanischen aufzubauen" („Birmingham Post", 7. Februar).

„Vertrauliche Dokumente, die sich im Besitz der Regierung befinden, zeigen, daß Großbritannien zu Methoden greift, welche in unserem Lande, das doch Großbritannien den Krieg gewinnen half, schwer verstanden werden. Sorgfältige Erhebungen, die von Regierungsvertretern angestellt wurden, ergeben die folgenden Tatsachen: 1. Britische Schiffe verlassen den Hafen von New York lieber mit halber Ladung oder in Ballast, als daß sie amerikanische Erzeugnisse befördern (!) . . . . 3. Von New York geht seit mehreren Monaten eine üble Propaganda gegen die amerikanischen Handelsschiffe aus, die vom amerikanischen Schiffahrtsamt gebaut sind und unter seiner Kontrolle stehen. Diese Propaganda sucht zu beweisen, daß die genannten Schiffe „Blechdampfer" seien, obwohl jedes Schiff vor der Abnahme durch Lloyds besichtigt worden ist. Daniels, der hier im Lande als Wilsons Sprachrohr in Fragen der Kriegs- und Handelsmarine angesehen wird, ist in den letzten Tagen Gegenstand von Angriffen mehrerer britischer Journalisten gewesen" („New York American", 11. Februar).

„Der bolschewistische Konsul Mac Lean sagt einen großen Krieg zwischen Amerika und England voraus, der aus wirtschaftlichen Gründen in fünf Jahren ausbrechen dürfte" („Morning Post", 25. Januar).

„Es ist selbstverständlich, daß Amerika nicht gegen die Mittelmächte rüstet, sondern gegen seine jetzigen Verbündeten England und Japan" („Göteborgs Aftonbladet", 21. November 1918).

„Die Beunruhigung muß in England verfängliche Fortschritte gemacht haben. . . Wird man, wenn die „deutsche Gefahr" beschworen ist, die „amerikanische Gefahr" heraufkommen sehen? . . . Auf einen Vergleich mit England ist nicht zu rechnen. Es fehlte nur noch, daß uns im Anschluß an den Weltkrieg ein englisch-amerikanischer Krieg um die Herrschaft der Meere auferlegt würde" („Feuille", Genf, 29. August 1918).

5. Italienisch-englische Reibungen:

„Die internationale Verwaltung (der deutschen Kolonien) durch den Völkerbund wird nur zu bald einer rein britischen das Feld räumen müssen. . . Der Vorschlag Englands ist nichts als eitel Spiegelfechterei und unter der Maske der Selbstlosigkeit nur darauf berechnet, bei der Verteilung den Gleichgewichtsfaktor auszuschalten" („Perseveranza", 28. Januar).

„Die geplanten Mandate des Völkerbunds sind eine Maskerade, die die Einverleibung verhüllen soll" (Tittoni in der italienischen Kammer, 11. März).

Zu allen diesen lehrreichen Kundgebungen rechne man noch die äußerst scharfen Konflikte, in die Italien mit den Südslawen verwickelt ist, und die so

bedeutend sind, daß man schon fast von einem neuen Kriegszustand sprechen kann. Diese Differenzen bestehen auch zwischen Italien, Frankreich und England, da Italien wie der Jude Shylock auf seinem Pfund Fleisch beharrt, das in diesem Falle das Londoner Abkommen vom 26. April 1915 ist. Frankreich und England aber wollen zugunsten der Südslawen von diesem Abkommen nichts mehr wissen. Die Folge ist eine überaus gereizte Stimmung der imperialistischen Kreise in Italien gegen Frankreich, mit dem man sowohl über die Frage der östlichen Adria wie über den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland grundverschiedener Meinung ist. Während in Italien selbst die revolutionäre Arbeiterschaft scharf Front macht gegen alle imperialistischen und kapitalistischen Pläne im eignen Lande, läßt die Regierung es über die Fiume-Frage fast zur Sprengung des Kongresses kommen. Dazu ist Italien auch wegen der geplanten Lösung der syrischen Frage sehr unzufrieden mit Frankreich und England, und liegt um Kleinasien, den Dodekanes und den Epirus mit Griechenland im Konflikt. Nur kurz sei erwähnt, daß auch zwischen Japan einerseits, den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland andrerseits recht scharfe Gegensätze über eine ganze Reihe von Fragen bestehen, um zu erkennen, welche wundervollen Fortschritte die Harmonie der ganzen Welt seit der Begründung des Völkerbundes gemacht hat.

Auf der Friedenskonferenz sind ja bislang die allerbedenklichsten Streitfragen, wie Irland, Burenstaaten, Ägypten, Konstantinopel, Calais, Freiheit der Meere usw. überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen. Schon bei Erörterung der harmloseren Probleme aber hat sich eine „Einigkeit" ergeben, die am charakteristischsten wohl von der englischen Zeitschrift „Statist" geschildert wurde, als sie am 8. Februar schrieb:

„So weit sich die Konferenz bis jetzt abgespielt hat, stellt sie nichts weniger als einen Erfolg dar. Wir empfinden, daß wir in vielen Punkten nachgegeben haben, die uns wirklich recht sehr gegen den Strich gingen. . . . Frankreich wiederum ist keineswegs mit der Auffassung bezüglich des Rheines zufrieden. Vielleicht ist es überempfindlich. . . Frankreich ist enttäuscht und peinlich berührt, weil seine eignen Verbündeten ihm gegenüber Argwohn hegen. . . Zu alledem kommt dann noch eine starke Erregung der Serben und Kroaten einerseits, der Polen andrerseits. Für den Augenblick werden sie in Schranken gehalten. Aber jeden Augenblick können sie die Schranken durchbrechen. . . Soweit wir urteilen können, hat es die Konferenz bisher niemandem recht gemacht."

Diese interessante Übersicht wird ergänzt durch eine Auslassung der „Times" vom 28. Januar über die kolonialen Differenzen:

„Deutsch-Ostafrika wird wahrscheinlich an Großbritannien als Beauftragten des Völkerbundes übergeben werden. Freilich sind hier auch die Ansprüche Belgiens zu berücksichtigen. Über Kamerun und Togo gibt es fast (!) nur eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England. . . Die Zukunft der Inseln des Stillen Ozeans macht Schwierigkeiten. Nach dem englisch-japanischen Vertrag sollte der Äquator die Südgrenze des japanischen Machtbereichs darstellen. Dies würde den Japanern den Besitz der Marschall-Inseln und der Karolinen lassen. Die Australier sind aber mit einer solchen Annäherung der Japaner an ihr Gebiet keineswegs zufrieden. Sie fragen, warum die Japaner den Besitz jener Inselgruppen anstreben, die wirtschaftlich fast wertlos sind, aber strategisch eine erhebliche Bedeutung haben."

Die Bilanz von zweieinhalb Monaten Friedenskonferenz ist also trotz der Gründung des Wilsonschen Völkerbundes, über den die lieben Bundesgenossen arg boshafte Glossen machen, allgemeine Enttäuschung, Unzufriedenheit, Unsicherheit und Unfriede. Wilsons in der letzten Märzwoche ausgesprochene Drohung, die Friedenskonferenz in ein neutrales Land zu verlegen, wenn Frankreich von seinen Überspanntheiten nicht lassen will, beleuchtete die Situationen nicht minder grell als Italiens Drohung mit der Boykottierung der ganzen Konferenz. Wohin werden wir da erst ein Vierteljahr später geraten, wenn die wirklich ernsten und drohenden Konfliktstoffe inzwischen wohl oder übel am Beratungstisch zum Vorschein gekommen sind?

Walther Rathenaus gesammelte Schriften

Vor langen Jahren hat einmal ein witziger Kritiker gesagt, er wette darauf, der Verfasser von Auerbachs Dorfgeschichten trage eine Perücke. Darüber belehrt, daß der Autor eine wohlausgesprochene Glatze zur Schau trage, erwiderte er: „Dann ist's sicher eine falsche!"

Die gesammelten Schriften Rathenaus drängen mir die Überzeugung auf, daß der Autor Junggeselle ist, nicht Weib noch Kind hat. Ich wette. Bitte sehr! Man hat Schopenhauers Junggesellentum mit seiner Philosophie in Beziehung gesetzt, weshalb soll dies nicht auch Rathenau sich geschehen lassen? Sollte Rathenau nicht wie Schiller eine Lotte oder wie Varnhagen van Ense eine Rahel haben? Einfach ausgeschlossen! Ich wette.

Der Junggeselle kennt das Leben nur halb. Des Daseins stärkste Erhebungen und Hemmungen erfährt er nicht im Innern und nicht am Außern. Er versagt dem Gemeinwesen die Hauptpflicht des Bürgers, eine Familie zu gründen. Es fehlt ihm an Ergänzung. Er verliert Maßstäbe, und für vieles, das rein menschlich ist, gewinnt er kein Verständnis.

Alle Probleme dieser Erde hat Rathenau gestreift und einige mehr, nur dieses nicht. Irgendwo hat er Malthus' Lehre verrucht genannt. „Das Wort ist wie im Meer ein Pfad, doch tiefe Wegspur läßt die Tat!" Geistiger Führer der Nation dürfte nur ein Mann sein, der mindestens drei Kinder sein nennt. Vielleicht kommt es einmal so weit, daß man einen Geheimbden Rat, so in Zukunft diese interessante Spezies nicht ausstirbt, einen wüsten Streber nennt, weil er neun Kinder erzeugt hat.

Auch folgendes ist deutlich erkennbar: der Weg seiner Gedanken führt nicht aus dem Kopf durch die Hand aufs Papier, sondern über die Zunge zum Stenographen, Maschinenschreiber, Diktaphon.

Die technischen Fortschritte der Gedankenübertragung verwässern unsere Literatur bös. Was leise rieseln sollte, wird oratorisch zu Bächen angeschwellt. Der Redner lebt sich aus und berauscht sich am Klang seiner Worte. Das Stauwehr ist geöffnet, mag es dahinströmen von 10 Uhr bis Mittag und von 5 bis 7 Uhr abends. Sind es nicht Worte, so doch wenigstens Wörter. In den Atempausen regt der bewundernde Augenaufschlag des Schreibers zu neuem Aufschwung an, und es plätschert weiter.

Auch im öffentlichen Dienst und im Geschäftsleben dieselbe Verdünnung. Es ist so bequem, sich nicht konzentrieren zu müssen. Man nimmt sich keine Zeit mehr zur Kürze. Die Kurzschrift wird langatmig. Phrase und Schwulst stellen sich ein.

So diktiert auch unser Philosoph seine tiefgründigen Gedanken mit einem Aufwand unnötiger Kraftentfaltung, den er als Verehrer Taylors und oberster Einsteller unserer Wirtschaft zu verwerfen der erste sein müßte. Er bedarf einhundertsieben Worte, die genau eine halbe Buchseite füllen, um den folgenden Gedanken auszudrücken: Tradition ist als Trägheitsmoment berechtigt zur Erhaltung einer labilen Gemeinschaft; ihr zum Altersstillstand führendes Überwuchern kann nur durch Idealismus und Schwungkraft verhütet werden.

Aufs lebhafteste erinnert Rathenaus oratorisches Schrifttum an die Künste jener Improvisatoren seligen Angedenkens, die noch vor vierzig Jahren die Vortragssäle zum Schaudern unsicher machten, sich aus allen Ecken des Saales Worte wie Aurora, Maikäfer, Seelenfrieden, Piefke, Heringssalat, Nihilismus als Rosinen aufs Podium in den wohlvorbereiteten Teig schleudern ließen, um dann das Schnellgebäck als hochpoetisches, gedankenreiches, formvollendetes Sonett, gepriesen von der gesamten Tagespresse, dem vor Entzücken wiehernden Publiko an den brettreichen Kopf zu werfen.

Auch eine andere Erinnerung wird wach an den längst verschollenen Stammtisch, allwo ein rühriges Mitglied der jetzo von Rathenau mit Vertilgung bedrohten

kundschaftbesuchenden Gilde, von vorschmeckenden Freunden den Tischgenossen als Redegewaltiger gerühmt, nach Aufziehen des Räderwerkes je nach Wunsch und Begehr über Seidenraupenzucht, Monroedoktrin, Arabische Kultur, Raffael, Prohibitivzölle, Prager Frieden oder Schinken, Abfuhr und Kanalisation gedankenschwere Vorträge hielt. Sotane Polyhistoren geboten über einen erstaunlichen Wortschatz und verstanden es, ihre Hörer durch tiefe Sprüche zu fesseln, etwa so: „Die Schritte der Menschheit sind nicht bezeichnet durch die ausgebrannten Schlacken negativer Wahrheit, sondern durch die Monumente des schönen organischen Irrtums, der in der Tiefe seiner Notwendigkeit lebendige Wahrheit birgt" oder „Des Lebens Unverstand mit Wehmut zu genießen, ist Tugend und Begriff".

Im Hange zum Geistigen klettert der mindestens zweiseelige Rathenau zu den Schultern Gerharts empor, im Drange zum Wirklichen rankt er sich an Emil dem Vater hinauf. Als ob er nicht Mannes genug wäre, auf eigenen Füßen zu stehen! Pietät in Ehren! Doch zur Widmung an Gerhart bringt die Grabrede auf den Vater einen zweiten falschen Ton in die Symphonie. Diese Rede hätte nicht gehalten werden und, wenn gehalten, nicht in die Schriften aufgenommen werden dürfen. Der Sohn mag des Vaters Andenken im stillen Herzen ehren, nicht aber in der Trauerversammlung mit tönenden Worten. Denn er ist der Hauptleidtragende und geistige Erbe, dem das Lob des Vaters, selbst aus berufenstem Munde, die Scham der Seele verletzen müßte, ihm, der als Opfertier der Konvention geduldig stillzuhalten hat. Statt dessen aus Sohnesmund ein mit ciceronianischen Floskeln ausgestatteter, wohlgegründeter, in breiten Schwaden dahinrauschender, mit Jesus beginnender und mit Moses endender, in priesterliche Segnung ausklingender schmalziger Sermon. Ach, unter dem ärmlich kurzen Philosophenmäntelchen kommt bei jedem Schritt das goldbordierte weichgefütterte Wams des Herrn Präsidenten zum Vorschein, dem sein königliches Schloß nur Wert hatte, wenn es „Königlich" blieb. Vanitas vanitatum vanitas! Die vom Autor unterdrückten „Impressionen" und „Reflexionen" hätten höheres Anrecht darauf gehabt, an dem Reigen teilzunehmen als diese eitle Grabrede und die wieder aufgetischte abgeschmackte, abstoßende, hölzerne, humorlose Erzählung von der Resurrection Company, die uns zeigt, wie stilecht Rathenau den Yankee doodle zu singen versteht.

Rathenau widmet sein Buch „Zur Kritik der Zeit", das die gesammelten Schriften eröffnet, Dir, Gerhart, dem Dichter unseres Zeitalters. Es mag manchen urteilsfähigen Kopf unter uns geben, der den Dichter etwas weniger hoch einschätzt. Was Rathenau in dieser snobbischen Widmung von Ausführlichkeit und „Überredungskunst des dialektischen Beweises" spricht, die beide seinem Buche fehlten, kann er dies ernsthaft denen ins Gesicht sagen, die sich im Schweiße des Angesichts durch das Gestrüpp Rathenauischer Dialektik und Rhetorik hindurcharbeiten und den Weizen aus der Spreu suchen? Diese Bescheidenheit ist ein schlechter Witz des Autors, vielleicht der einzige gute Witz, Witz überhaupt, in dem einförmig unaufhaltsam dahin quellenden, gluckernden, plätschernden Strom üppiger Beredsamkeit. Hauptmann und Rathenau haben ein gemeinsames: sie sind zuweilen stärker als die deutsche Sprache. Sie sündigen. Wie Gerhart sündigt, davon ein einziges Beispiel. Wir beugen das gute deutsche Grundzahlwort „zwei" im Hochdeutschen schon lange nicht mehr. In der Heimat Hebels geschieht es wohl noch und mutet uns herzlich an. „Der arme Heinrich" spielt im Schwarzwald, da soll altertümelnde Beugung Zeit- und Ortfarbe geben. Aber wie? Hauptmann sagt „zween Jahre", „zween Opferkerzen", „zween Gestirne", „zwei Nächte". Da lachen die Quartaner der deutschen Gymnasien und die Hühner auf den Bauernhöfen um Lörrach. Sie wissen: es heißt „zwei Jahre", „zwo Opferkerzen", „zwei Gestirne", „zwo Nächte". Wie unus, una, unum und duo, duae, duo beugt sich zween Jünger, zwo Frauen, zwei Kinder. Anders ist falsch und doppelt falsch, wenn Hauptmann zwischen „zween Jahren" und „zwei Jahren" willkürlich abwechselt.

Übelste Sprachspreizerei, die der dramatischen Ballade Hauptmanns Gepräge gibt und feinerem Empfinden das ganze Werk verleidet. Verstimmte Saiten

begleiten die Widmung an den Dichter und tönen durch die Schriften Rathenaus. „Lassen Sie sich ein Schälchen des duftenden Trankes der Levante gefallen!" so boten in der guten alten Zeit die Hausfrauen Gustav Freytags den Gästen eine Tasse Kaffee an. Solche preziöse Umschreibungen mögen noch vor dreißig Jahren erträglich gewesen sein, heute sind sie es nur im Lichte der Literaturgeschichte; dieser aber gehört Rathenau noch nicht an.

Stammtischtöner, Festredner, Heilsarmeesendlinge, Hohepriester, Propheten tragen ihren Schwulst und Glanz in Rathenaus Schriften zusammen. „Steigen wir hinab in die Schächte unseres unberührbaren innersten Bewußtseins, so finden wir die dunklen Tiefen nicht leer; wir kehren heim mit der Gewißheit des Unendlichen, der Gottseite der Schöpfung, mit der Verkündung des Berufes unserer Seele, unserer überintellektualen Mächte und mit dem Geheimnis des Seelenreiches", — „daß alles irdische Handeln und Zielen in dem einen Sinne seine Rechtfertigung findet, in der Entfaltung der Seele und ihres Reiches", — „die schwere Erkenntnis, daß wir nicht zum Glücke streben, sondern zur Erfüllung, daß wir nicht um unserwillen leben, sondern um des Gottes willen". — „Wage es, ihn (den heißen Drang der Seele) und nicht das erdachte Absolute zur temporären Achse unseres Erlebens zu erwählen, so gewinnt das Dasein seinen Sinn zurück". — „Der Mensch selber, ungeläutert durch Fall, Bewußtheit und Aufstieg, bleibt im Seelenhaften ungeboren". —

Das schwirrt und blubbert und blaggert so von Seele, Verkündung, Erfüllung, Erlösung, innerm Erleben, Gottesreich, Schöpferkraft, daß mir für die Verstandeskräfte der Direktion einer Gesellschaft bang wird, der der Herr Präsident die Ausschüttung einer Dividende von 25 % und die Verteilung eines Bonus von 20 % in adäquatem Stil gebietet.

Neben dem Schwulst zahlreiche sprachliche Nachlässigkeiten und Gewaltsamkeiten. Statt „betäuben" sagt Rathenau „täuben" („täubt die Ohren"); „starren" braucht er als transitivum im Sinne von „zur Erstarrung bringen" („die Kälte des Elends starrt alle Keime"); statt „geistig" sagt er „geistlich" („die heiligen Quellen geistlicher Erhebung"); für „Verschiedenartigkeit" setzt er „Vieldeutigkeit". Der Feldgraue führt nicht Handgranaten sondern „Wurfgeschosse" (Schälchen des duftenden Trankes der Levante). Was mag „Wirkung der Meereskettung" sein? Dies ist nur auf gewundenen Wegen zu ermitteln. „Vergangenheit" klingt dem Rhetor zu trivial; daher spricht er vom „Reiche der Gewesenheit". In der feierlichen Stunde des Abschiedes wendet er sich nicht an die Jugend sondern an die Jugend er sich (kurial: an Euere Exzellenz ich mich). Dem falschen Pathos wird der Sinn geopfert: „Dem Feinde ziemt uns ins Auge zu blicken". Wem ziemt, was zu tun? Umgekehrt wird ein Schuh daraus. „Es ist Zeit, daß die Kleinen und Geringen reden, bevor die Steine und die Gräber ihren Mund auftun. Und da ich unter den Geringen ein Geringster bin, so will auch ich meine Stimme erheben, so schwach sie ist". Wer kann diese Bescheidenheit eines Mannes für echt halten, dem nach seinem eigenen Zeugnis „die bewußte Schöpfung einer neuen Wirtschaftsordnung" gelungen ist, „die nicht vergehen kann und alle künftigen Wirtschaftsreformen in ihrem Schoße trägt"? Und dies alles, wie Rathenau in chinesischer Selbstverkleinerung hinzufügt, „durch das geringe Werkzeug meines Kopfes". Also sprach Walther und unterschätzte sich und uns, seine Leser, denn in jeder Perspektive werden wir der Kürze seines Mäntelchens gewahr. —

Sollte ich dem Schriftsteller unserer Zeit mit schneidender Kritik nicht bitter Unrecht tun? Klebe ich nicht an der Oberfläche statt in der Tiefe zu schürfen? In des Wesens Kern einzudringen? Zeugen nicht zahlreiche Auflagen von Bedeutung und Bedeutsamkeit des epochalen Autors? Ist es recht, anständig und geschmackvoll, als hinkender Thersites polternd hinter dem hohen Agamemnon herzulaufen?

Gemach! Ich bin noch nicht zu Ende. Nachdem menschliches — allzumenschliches abgetan ist, wünsche ich auch den Vorzügen des Schriftstellers gerecht zu werden, den ich für eine hervorragende, die markanteste Erscheinung unserer

Zeit halte, für eine Intelligenz, der unter uns Lebenden in Deutschland ein Gegenbild kaum zur Seite gestellt werden kann.

Der Erfolg seiner Schriften kann mir nicht imponieren. Wir kennen ja unsere lieben „Leser" und ihre Bibliotheken. Gekauft — doch auch gelesen? Daran liegt's. Wer wird nicht einen Klopstock loben usw. Rathenau ist Mode für gewisse große Kreise, vielleicht heute schon die Mode von gestern. Mein Tadel galt dem Prangen mit Worten, dem Klingeln mit Wörtern, dem in verstiegener Romantik reale Ziele umnebelnden Ästhetentum, der hemmungslos ins Kraut schießenden betäubenden Beredsamkeit.

Doch Rathenau kann es auch anders, ganz anders. Es klingt wie ein Wunder, ist aber keines. Rathenau als Industriegewaltiger, Bankmann, Organisator, Ingenieur, Naturwissenschaftler, Realpolitiker, Volkswirt, Soziologe, Philanthrop, Philosoph, Ethiker, Ästhet, Dichter — welche Seite seines Daseins wird zum Vorschein kommen, welches Metall oder welche Legierung wird er einschmelzen, wenn ihn in glücklich-unglückseliger Stunde geheimnisvolle Kraft zum Schöpfen zwingt, oder wenn er sich kühlen Herzens daran begibt, zu bearbeiten, was ihm ins Haus geschafft wurde, Wachs zu kneten oder Stein zu behauen, geschäftsmäßig, mit mehr oder weniger innerm Anteil? Wer den holden Wahnsinn des Schaffens an sich selber erfahren hat, der kennt diese Unterschiede und ihre Auswirkung. Der weiß auch, daß oft ein einziger Satz, dem Hirn eingebrannt in einsamer Nacht oder in wogender Versammlung, mit mathematischer Schärfe oder mit Blüten und Ranken eingeformt und obenan gestellt, bestimmend sein kann für Gestaltung, Ausdruck und Inhalt bis zum letzten Schlußpunkt. Und da dem Künstler niemals mehr dieselbe Stimmung gedeiht, so mutet ihn schon bald nach Vollendung sein eigenes Werk fremd an; nach Jahren betrachtet er es vielleicht mit lächelndem Mißbehagen wie Goethe seinen Elpenor, Rathenau seine Impressionen und Reflexionen.

Geschöpftes und Emporgepumptes! Daran liegt's. Rathenau ist ein Former und Seher, ein Dichter. Er unterliegt dem Gesetz: für Gedanken von innerer Notwendigkeit findet er straffen, manchmal lessingischen Ausdruck; wo der elementare Drang, die tiefste Überzeugung fehlt, da schöngeistert, schönredet, schwulstet er, da wird er ein Opfer der Proteusnatur, die Geburt, Erziehung und Leben seinem überschwellenden Können und Wollen zugeteilt haben. Da kann er einem Größeren nachsprechen: „ich schleppe noch so vieles mit, das ich nicht loswerden und kaum verarbeiten kann. Indessen bleibt mir nichts übrig als auf diesem Strom mein Fahrzeug so gut zu lenken als es nur gehen will." Schiller sagt irgendwo, daß die Reinheit des Silbenmaßes zu einer sinnlichen Darstellung der innern Notwendigkeit des Gedankens diene, während eine Lizenz gegen das Silbenmaß eine gewisse Willkürlichkeit fühlbar mache. Ob dies Kunstgesetz von damals heute noch Geltung hat, mag dahin gestellt bleiben; für Prosa gilt als ewige Regel, daß Klarheit und Prägnanz glaubhaft wirkt, rhetorischer Schwall unglaubhaft, so unglaubhaft wie die Verteidigungsreden jenes vor einigen Jahrzehnten bekannten Berliner Rechtsanwaltes, der seine stärksten Register nur ziehen konnte, wenn ihm die Schuld des Klienten offenbar war.

Unvergleichlich in seiner Einfachheit und Überzeugungskraft ist der kurze Aufsatz „Schule und Bildung". Besser kann man das „Lehren" nicht charakterisieren als mit den Worten Rathenaus; es bestand (und besteht heute noch) aus drei Teilen: 1. dem, was man durchnehmen nannte, 2. dem, was der Schüler für sich zu Hause zu besorgen hatte, 3. dem Überhören und Kontrollieren. Der Aufsatz „Geschäftliche Lehren" enthält Goldkörner. Die Leitsätze sind geradezu klassisch. So zum Beispiel: Verlange, daß jeder deiner Leute einen Stellvertreter, keiner einen Adjutanten halte. — Bei Streitigkeiten deiner Leute haben beide Unrecht. — Der Mann, den du an die Spitze eines Geschäftes stellst, mag sein, was er will, Jurist oder Techniker: bewährt er sich, so ist er Kaufmann. — Ein Direktor, der konstruiert, ist unbrauchbar; als Direktor sicher, meist auch als

Konstrukteur. — Wer sich beklagt, daß er zuviel zu tun hat, beweist, daß er nicht organisieren kann; wer dagegen zu wenig zu tun hat, beweist, daß er überflüssig ist.

Am echtesten ist Rathenau da, wo er sich eine Larve vorbindet, in dem Aufsatz „Zur Physiologie der Geschäfte". Wie Goethe als Tasso und Antonio, als Clavigo und Carlos sich selbst manifestierte, so erscheint Rathenau als Neffe und Onkel. Der Regierungsassessor Dr. F. W. Schulze von der Mühl gibt Aufzeichnungen seines verstorbenen Oheims, des russischen Etatsrates Nikolaus von der Mühl heraus, nicht ohne zum Ausdruck zu bringen, daß er, aus den Voraussetzungen seines Berufes, sich mit einer Anzahl der Theoreme nicht zu identifizieren vermöge. Im Jahre 1901, als die kleine Schrift zum erstenmale veröffentlicht wurde, hat Rathenau die Zeit noch nicht für gekommen erachtet, seine Gedanken mit dem eigenen Namen zu decken. Und um sich doppelt zu salvieren, wandte er den in der Literatur nicht selten geübten Trick des doppelten Pseudonyms an. Sicherlich mit erhöhender Wirkung auf den Leser. Noch eine andere Beziehung kommt zum Vorschein: der Etatsrat ist nicht nur Walther, er ist auch der auf den Sohn überstrahlende Emil Rathenau. Die Kralle des alten und die des jungen Löwen: Die Tüchtigen, Fähigsten und Gewissenhaftesten sollen auch die Begüterten sein. — Es gibt nichts Betrübenderes als die Erkenntnis, daß wir der Plutokratie rettungslos verfallen sind. — Große Vermögen entstehen weder durch Spiel noch durch Arbeit, sondern durch tausend und tausend unfreiwillige Hände, di dem Fronherrn Goldhaufen türmen. — Bedürfnisse erkennen und, Bedürfnisse schaffen, ist das Geheimnis alles wirtschaftlichen Handelns. — Alles, was wir emit dem Blick auf ein bestimmtes Ziel beginnen, Roman, Bild, Arie Diner, ist ein Geschäft.

Diese kleine Blütenlese der Prägnanz des Geschäftsmannes und Ingenieurs im Gegensatze zu dem Wortgetöse, das der Rhetor und Philosoph glaubt erheben zu müssen. Mit den Schriften Rathenaus im ganzen, namentlich mit seinen Wirtschaftslehren sich auseinanderzusetzen, die durch ihre erquickende Einseitigkeit den Autor uns menschlich näher bringen, das überlasse ich anderen. Es ist hierin schon genug geschehen. Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt — —

Mit kostbaren Gütern und Mittelwaren, sperrenden und dichten durcheinander, von hohen und geringen spezifischen Gewichten, ist Rathenaus Schiff befrachtet und schwimmt auf der mangelhaft verstauten Ladung. Zum Unsegen wird Universalität, die in die Arena hinabsteigt, Ewigkeits-, Menschheits- und Tagesfragen zu lösen, zu allem ihren Senf zu geben. Wie sagt doch von der Mühl-Rathenau? „Gefährlich ist allgemeine Bildung; ich kenne nur wenige, die über den Schatz ihrer Kenntnisse nicht gestrauchelt sind."

Nichts ist Rathenaus ringendem, zum Lichte empordrängenden Geiste versagt geblieben. Blut, Erziehung, Vorbild, Verkehr, Macht, Reichtum, Weltbürgertum, jüdische und germanische Kultur wirken in diesem weisen Zweckmenschen zusammen und formten aus dem Manne der exakten Wissenschaften einen Romantiker und Eklektiker, aus dem wir nicht klug werden können, weil wir, ebensowenig wie er selber, Gefäße genug haben, die Fülle seines Reichtums an Gedanken, Wahrheiten und Irrtümern sortierend zu bergen.

Junius.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 5	Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	9. April 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Der deutsche Charakter der Städte Posens und Westpreußens. Bentschen eine deutsche Stadt — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Der deutsche Charakter der Städte Posens und Westpreußens

Das wiederholt erwähnte polnische Sammelwerk „Polen" stellt am Beginn seiner statistischen Darlegungen fest (S. 63), daß „die qualitative Bedeutung der einzelnen Nationalitäten keineswegs immer der numerischen proportional" sei. Dieser Satz verdient ungeteilte Zustimmung. Er trifft besonders auf die Industrie und das Gewerbe zu; denn hier ist nicht die bloße Zahl der gewerblich Tätigen, sondern in ungleich höherem Maße ihre wirtschaftliche Stellung und Kraft von Bedeutung.

Der Sitz von Industrie, Handel und Verkehr sind überwiegend die Städte. 1905 waren in der Provinz Posen 44640 industrielle und gewerbliche Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter, überhaupt Personen in leitender Stellung vorhanden; davon saßen nur 15338, also etwas mehr als $^1/_3$ auf dem Lande. Das wirtschaftliche Leben in der Provinz, soweit es gewerblicher Natur ist, konzentriert sich also durchaus in den Städten. — Die Städte in Posen und Westpreußen sind überwiegend deutsch. Das Sammelwerk „Polen" erkennt für Westpreußen an, daß „die Städte und Seehäfen schon zur Zeit der polnischen Herrschaft in ziemlich hohem Grade deutschen Charakter" trugen, meint aber kurz darauf, daß „die Städte bei der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Provinz nicht so sehr Lebenszentren des ganzen Landes als vielmehr künstlich aufgepfropfte Beamtensiedlungen" seien. (S. 71 und 73) Diese letzte Behauptung namentlich schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Der deutsche Charakter der Städte ist historisch begründet. Polen hat in seiner Geschichte ja nie ein eigenes Bürgertum hervorgebracht; Deutsche und Juden waren stets die Träger städtischen Lebens in Polen; erst in den letzten Jahrzehnten ist ein polnisches Bürgertum in Preußisch-Polen allmählich entstanden. Gerade die westpreußischen Städte haben in der Tat immer „in ziemlich hohem Grade deutschen Charakter" gehabt, zum Teil, wie etwa Danzig, sind sie stets rein deutsch gewesen; gerade dies ist eine der Hauptfolgen der langen deutschen Vergangenheit, die Westpreußen gehabt hat. So hatte 1910 Danzig 97 Prozent Deutsche und nur 2,5 Prozent Polen, Thorn 67 Prozent Deutsche, Graudenz 86 Prozent, Marienwerder 96 Prozent; die bedeutenderen Weichselstädte sind sämtlich überwiegend deutsch. Für die Städte im ganzen zeigt sich dasselbe: 498000 Deutschen (83 Prozent) standen nur 94000 Polen in den Städten gegenüber. Auch in der

Provinz Posen liegen die Verhältnisse ähnlich, obwohl die geographischen Verhältnisse hier der städtischen Entwicklung weniger günstig sind, und auch die historischen Grundlagen, wie die deutsche Ordenszeit sie in Westpreußen legte, dafür fehlen. Aber auch hier wohnen in den Städten 369000 Deutsche und 351000 Polen. Namentlich in den Städten des Regierungsbezirks Bromberg überwiegt das deutsche Element; denn hier sind 158000 Deutsche neben 105000 Polen vorhanden. Wie wir sehen, ist im Regierungsbezirk Bromberg das Deutschtum der Zahl nach im ganzen mindestens ebenso stark wie das Polentum, in den Städten und Landgemeinden ihm überlegen; nur in den Gutsbezirken bleibt es hinter ihm zurück. In den Städten des Regierungsbezirks Posen haben dagegen die Polen die Mehrzahl, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße wie auf dem platten Lande (247000 Polen gegen 212000 Deutsche). Unter den vielen Städten der Provinz Posen haben nur 8 über 10000 Einwohner; davon sind 5 überwiegend deutsch, so vor allem Bromberg (82 Prozent), dann Schneidemühl, Lissa, Rawitsch und Krotoschin, die bis auf Krotoschin sämtlich über 80 Prozent Deutsche haben. Eine polnische Mehrheit, aber eine wesentlich kleinere, haben Posen (57 Prozent Polen), Ostrowo (54 Prozent) und Gnesen (61 Prozent).

Selbst bei den posenschen Städten handelt es sich keineswegs um „künstlich aufgepropfte Beamtensiedlungen". Will man sie schon künstlich nennen, so sind sie großenteils künstliche königliche und grundherrliche Schöpfungen aus der polnischen Zeit; aber das Beamtentum spielt in ihrer Einwohnerschaft nicht die entscheidende Rolle. Bei den Berufszählungen ist das Militär- und Beamtentum in einer besonderen Berufsabteilung („Militär-, Hof-, Staats-, Kommunal-, Kirchendienst und freie Berufe") gezählt. In dieser Berufsabteilung, deren Angehörige zu $^4/_5$ in den Städten wohnen, waren 1905 in den Städten der ganzen Provinz Posen nur 35390 männliche deutsche Erwerbstätige vorhanden, daneben 3508 Polen. Im ganzen aber waren 1905 in den Städten der Provinz Posen von der über 15 Jahre alten männlichen Bevölkerung erwerbstätig: 121320 Deutsche und 86222 Polen. Abzüglich jener Berufsabteilung, die das Militär und die Beamten umfaßt, bleiben also 85930 männliche deutsche Erwerbstätige und 82714 polnische Also auch ohne Militär und Beamtentum ist selbst in den Städten der Provinz Posen das erwerbstätige deutsche Element dem polnischen überlegen. Für die Provinz Westpreußen ist es gar nicht nötig, diesen Nachweis zu erbringen; denn dort stehen in allen Städten zusammen nach Abzug des Militärs, des Beamtentums und der freien Berufe 120000 deutschen Erwerbstätigen nur 22000 polnische Erwerbstätige gegenüber.

Bentschen, eine deutsche Stadt

Wir wollen im Folgenden mit sicheren Gründen, vor allem mit Zahlen[1]) nachweisen, daß die Stadt Bentschen im Sinne von Punkt 13 des Wilson'schen Programms unzweifelhaft deutsch ist. Wir führen diesen Nachweis mit Rücksicht auf die Friedensverhandlungen, durch welche die staatlichen Verhältnisse unseres Ostens nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker geregelt werden soll.

---

[1]) Die zahlenmäßigen Angaben der Denkschrift beruhen auf amtlichem Material, nämlich

1. auf den Ergebnissen der Volkszählungen,
2. der Berufs- und Betriebszählung von 1907,
3. der Grundsteuerkatastern der Stadt Bentschen,
4. den Steuerrollen der Stadt Bentschen,
5. den Akten der Stadt Bentschen.

I. Unser zahlenmäßiges Übergewicht.

1. Wir Deutschen bilden in Bentschen die starke Mehrheit.

Es wohnten in Bentschen:

Im Jahre	insgesamt	Davon		Deutsch also Proz.
		Deutsche	Polen	
1859	1813	1466	347	80,86
1870	2299	1944	355	84,56
. . . . . [2]				
1895	3358	1873	1485	55,78
1900	3787	2547	1240	67,26
1905	3905	2654	1251	68,00
1910	4473	2961[3]	1512	66,17
1914	5097	3427	1670	67,25

Die Verschlechterung von 1870 ab wird erklärt

1. durch den Bau der Bahn Berlin—Posen (68—70) und die infolgedessen entstandene Großindustrie — Zuzug und Ansiedlung polnischer Arbeiter —,
2. durch die Versuche der Bank Ludowy und des Marcinkowski-Vereins, einen bodenständigen polnischen Mittelstand zu schaffen.

2. Wir Deutsche haben die Stadt Bentschen gegründet.

Wir Deutsche sind in Bentschen die Bodenständigen und Eingesessenen; die Polen sind die Zugewanderten.

Von den Bentschener Familien sind ununterbrochen in Bentschen ansässig:

	Deutsche Familien	Polnische Familien
seit mehr als 150 Jahren	12	—
„ „ „ 100 „	12	3
„ „ „ 80 „	8	4

Die 1755 begonnenen Protokollbücher der Tischler-, Schmiede-, Schlosser- und Stellmacherinnungen sind in deutscher Sprache geführt. Die Meister waren sämtlich deutsch. — Die Bäckerinnung hatte unter 13 Meistern, die Müllerinnung unter 12 Meistern je einen Polen. Die Schneiderinnung zählte unter 13 Mitgliedern 2 Polen.

Bentschen ist demnach keine „künstlich aufgepfropfte Beamtensiedlung", sondern seit Jahrhunderten urdeutsch.

3. Das Deutschtum Bentschens liegt nicht isoliert, ist nicht Diaspora, sondern ist Teil einer zusammenhängenden Masse rein deutscher Bevölkerung.

Bentschen gehört zu dem fast ganz deutschen Kreise Meseritz, der nach der Volkszählung von 1910 umfaßt:

41 059 Deutsche, 12 207 Polen, d. h. 77 Proz. Deutsche.

Aus der beigefügten Karte 1 : 200 000 geht hervor, daß auch der Landpolizeibezirk (Distrikt Bentschen) nicht nur westlich der Stadt, sondern ganz besonders auch nach Osten hin einen überwiegend deutschen Charakter trägt. Nach der Volkszählung von 1910 hat der Landpolizeibezirk Bentschen (ausschließlich Stadt) 5520 Deutsche, 4223 Polen, d. h. 57 Proz. Deutsche.

Noch stärker betont ist der deutsche Charakter der nördlich, östlich und südlich anschließenden Landpolizeibezirke. Nach der Volkszählung von 1910 hat der nördliche Landpolizeibezirk (Tirschtiegel) einschließlich Stadt Tirschtiegel: 7307 Deutsche, 837 Polen, d. h. 90 Proz. Deutsche; der südliche (Unruhstadt) einschließlich der Städte Unruhstadt, Kopnitz und Bomst 7646 Deutsche, 3975 Polen, d. h. 66 Proz. Deutsche.

---

[2]) Statistisches Material über die Zwischenzeit fehlt.
[3]) Davon 107 Juden.

Für die Gegend südöstlich Bentschen kann der Demarkationslinie wegen Material nicht beigebracht werden. Weiter nach Osten zu nimmt der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung nicht etwa ab, sondern im Gegenteil zu. Denn bei Friedenhorst beginnt ein rein deutsches Bevölkerungsmasiv, welches die ganze Südhälfte des Kreises Neutomischel mit der reindeutschen Stadt Neutomischel und dem Nordteil des Kreises Bomst umfaßt. Es sind die um 1712 gegründeten Hauländereien.

Bentschen ist also nicht ethnographisch strittiges Randgebiet, sondern unlösbarer Bestandteil altdeutschen Landes.

II. Unser wirtschaftliches Übergewicht.

1. Der städtische Grundbesitz ist überwiegend deutsch.

a) An Privatbesitz war vorhanden:

1910	überhaupt	davon deutsch	davon polnisch	deutsch Proz.
	830 ha	690 ha	140 ha[4])	82 Proz.

b) An Wohnhäusern waren vorhanden:

1910	überhaupt	davon deutsch	davon polnisch	deutsch Proz.
	447	357	90[5])	73 Proz.

Das Verhältnis ist früher — vor dem Eisenbahnbau (1870) und vor dem Einsetzen der Polonisierungsbestrebungen der Bank Ludowy und des Marcinkowski-Vereins noch günstiger für uns Deutsche gewesen.

a) An Privatbesitz war vorhanden:

1870	überhaupt	davon deutsch	davon polnisch	deutsch Proz.
	830 ha	716 ha	114 ha	87 Proz.

b) An Wohnhäusern waren vorhanden:

1870	überhaupt	davon deutsch	davon polnisch	deutsch Proz.
	287	219	68	77 Proz.

2. Wir Deutschen sind in allen Berufen die Herrschenden.

Das beweisen die Feststellungen der Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907. Es waren 325 Hauptbetriebe vorhanden, davon waren 283 in deutschen, 42 in polnischen Händen. Von diesen 325 Hauptbetrieben waren Alleinbetriebe (d. h. allein vom Inhaber und ohne Motor betrieben) 119, davon waren 83 deutsch, 36 polnisch.

Die wirtschaftlich wichtigere 2. Gruppe, die der Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorbetriebe, ist fast ausschließlich deutsch.

Es waren vorhanden:

	Betriebe mit		Besitzer davon: deutsch	Besitzer davon: polnisch	deutsch Proz.
1.	1 Person	1	1	—	100 Proz.
2.	2 Personen	48	38	10	80 „
3.	3 „	47	32	15	68 „
4.	4—5 „	33	30	3	91 „
5.	6—10 „	13	13	—	100 „
6.	11—20 „	4	4	—	100 „
7.	21—50 „	2	2	—	100 „
8.	51—100 „	2	2	—	100 „
9.	101—500 „	1	1	—	100 „

[4]) Davon 125 ha Ackerland in den 1—2 Kilometer entfernten Abbauten.
[5]) Davon 58 in den 1—2 Kilometer entfernten Abbauten.

III. Unsere überlegenen steuerlichen Leistungen.

1. Steuerverhältnisse in Bentschen im allgemeinen.

Von den Steuern brachten auf:

im Jahre	die Deutschen Proz.	die Polen Proz.
1890	89	11
1900	84	16
1905	87	13
1910	85	15

2. im einzelnen

Von den Gebäudesteuern zahlten:

im Jahre	die Deutschen Proz.	die Polen Proz.
1890	91	9
1900	89	11
1905	88	12
1910	86	14[6])

Von den Einkommensteuern zahlten:

im Jahre	die Deutschen Proz.	die Polen Proz.
1890	90	10
1900	85	15
1905	94	6
1910	93	7

Von den staatlichen Ergänzungssteuern zahlten:

im Jahre	die Deutschen Proz.	die Polen Proz.
1890	95	5
1900	96	4
1905	95	5
1910	92	8

Von den Gewerbesteuern zahlten:

im Jahre	die Deutschen Proz.				die Polen Proz.			
Klasse	I	II	III	IV	I	II	III	IV
1900	100	100	100	81	—	—	—	19
1905	100	100	100	80	—	—	—	20
1910	100	100	100	76	—	—	—	24

IV. Unser kulturelles Übergewicht.

Von unseren Ärzten sind 4 deutsch, einer polnisch; der Rechtsanwalt, Apotheker, die Direktoren der Großunternehmen (Überlandzentrale, Stärkefabrik) sind deutsch.[7]) Eine polnische Intelligenz ist nicht vorhanden.

Von den Kindern, welche die städtische höhere Schule besuchten, waren:

im Jahre	deutsch	polnisch
1914	96 Proz.	4 Proz.
1916	99 „	1 „
1918	95 „	5 „

Für den ganz deutschen Charakter der Stadt und ihrer Umgegend spricht auch folgende Tatsache:

In Bentschen wurden in den Jahren 1883 bis 1914 20736 Notariatsakte aufgenommen. Darunter befanden sich 1028 Akte, bei denen es der Zuziehung eines Dolmetschers der polnischen Sprache bedurfte. Das entspricht einem Prozentsatz von 5. Von den polnischen Notariatsakten entfielen nur 37 auf Beteiligte der Stadt Bentschen, was einen Prozentsatz von 0,18 ergibt.

---

[6]) Auch diese Verschlechterung des deutschen Anteils wird erklärt durch die Tätigkeit der Bank Ludowy und des Marcinkowski-Vereins.

[7]) Die Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbeamten sind hier nicht berücksichtigt.

V. Wir fühlen deutsch und wollen bei Deutschland bleiben.

Bei den Reichstagswahlen 1912 (allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahl) wurden im Stimmbezirk Stadt Bentschen abgegeben:

Wahlberechtigte	deutsche Stimmen	polnische Stimmen
896	531	289

Die Ergebnisse der Nationalversammlungswahlen können nicht herangezogen werden, da die Gefechtsleitung des Abschnitts Bentschen die Abhaltung der Wahl im südlichen Stadtteil untersagte. Aber daß unser völkisches Bewußtsein heute lebendiger ist denn je, beweist die Tatsache, daß die Petition der Männer und Frauen des Kreises Meseritz vom Dezember vorigen Jahres um Verbleiben im deutschen Reiche in Bentschen allein trotz der Abwesenheit vieler Feldgrauer über 1600 Unterschriften fand. Und als der deutsche Volksrat Westposens die Deutschen Ende Dezember 1918 zur Wahl von Abgeordneten für einen deutschen Volkstag aufforderte (die Wahl fand nach dem freiesten Wahlrecht der Welt, dem zur Nationalversammlung, statt), da haben sich an dieser Wahl von 1842 deutschen Wahlberechtigten aus Bentschen (Männer und Frauen über 20 Jahr) 1231 an der Wahl beteiligt.

Bentschen ist deutsch und will bei Deutschland bleiben!

Aus den Deutschen Volksräten

Neuerliche Kreis-Volksratswahlen.

Bromberg-Stadt: Obmann Prorektor Dr. Hille.

Wirsitz: Obmann noch nicht gewählt.

Filehne: Obmann Kreisschulinspektor Lawin.

Thorn-Stadt: Obmann Fabrikant Krause.

Briesen: Obmann Pfarrer Müller.

Culm a. W.: Obmann Rechtsanwalt Baer.

Karthaus: Obmann Raschert.

Wongrowitz: Obmann Stubenrauch.

Ein Südgau der deutschen Volksräte Westpreußens wurde in einer Vertreterversammlung gegründet, die am 15. März in Thorn im Artushof unter Vorsitz des Amtsrichters Thieme-Culm stattfand. Der Südgau umfaßt die Kreise Thorn Stadt und Land, Culm, Schwetz, Briesen, Strasburg und Löbau und hat seinen Sitz in Thorn. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus den Herren Kreisbaumeister Krause, Fabrikbesitzer Adolf Krause-Thorn und Stadtsekretär Kriebel-Culmsee. Der weitere Vorstand setzt sich aus Delegierten der einzelnen Kreise zusammen. Zum Schluß wurde ein Telegramm an die Reichsregierung abgesandt, in dem unter Hinweis darauf, daß bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Posen die Abtretung einzelner Kreise der Provinz Posen zur Erörterung stehen soll, gegen die Preisgabe ostmärkischen Grund und Bodens engergisch protestiert wird.

Bromberg. Im Zeichen der Aufklärungs- und Festigungsarbeit am deutschen Wesen stand der Lichtbildervortrag, den Sonntag nachmittag der Deutsche Volksrat in der Hindenburg-Oberrealschule veranstaltete. Vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft unternahm es der Kunstschriftsteller Karl Meißner aus Berlin, vom Vorsitzenden Prorektor Dr. Hille, als ehemaliger Schriftführer des Dürerbundes und als derzeitiger Mitarbeiter der Deutschen Vereinigung in ihrer Geschäftsstelle Bromberg begrüßt, „Deutsche Art in deutscher Kunst" zu zeigen. Der Redner führte seine Hörerschaft zu Höhepunkten deutscher Malerei im 19. Jahrhundert, in dessen Welt die Gegenwart sich noch wie Mensch zu Mensch einzufühlen vermag, zu Schwind, Richter und Rethel. Was Redner im Anfang des Vortrages versprochen hatte, den Herbeigekommenen eine stille Stunde zu bereiten, die für den harten Kampf draußen stärken soll, hat er redlich erfüllt. Gestärkten Herzens und, wie der Vorsitzende Dr. Hille im Schlußwort betonte, mit dem Willen zum Leben

und Sichdurchsetzen als Deutsche, ging die Versammlung auseinander.

Die überaus bedeutsame Rede, die der Vorsitzende des **Bromberger Vollzugsausausschusses Stößel** in dessen Sitzung vom 25. März gehalten hat und die auszugsweise in der gesamten Reichspresse größte Beachtung gefunden hat, enthielt nach dem ausführlichen Bericht der Bromberger sozialdemokratischen **„Volksstimme"** vom 27. März folgende Ausführungen:

Der Redner erinnerte daran, daß die polnische Frage nicht vom innerpolitischen, sondern vom außerpolitischen Standpunkt aus beurteilt werden muß. Erzberger hat leider bei den letzten Waffenstillstandsverhandlungen die polnische Frage in den Waffenstillstand mit aufnehmen lassen und die in unserem eigenen Lande befindliche polnische Bevölkerung ist uns als feindliche Macht oktroyiert worden. Frankreich fühlt sich mit unseren polnischen Mitbürgern als verbündete Macht, die Frage muß jetzt also von internationalen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Foch hat den Polen die Provinzen Posen und Westpreußen versprochen. Er hat weiter die völlige Zerrüttung unseres Reiches im Auge. Nicht nur hier im Osten, auch im Westen Deutschlands unterstützt er Absonderungsbestrebungen. Deutschland soll eben unter allen Umständen geschwächt werden. Wir haben erklärt, daß unsere militärische Macht zusammengebrochen ist und wir nicht daran denken, den Kampf gegen die Entente wieder aufzunehmen. Frankreich scheint uns das aber nicht glauben zu wollen. Es fragt sich nun, ob ein solcher Frieden, wie ihn die Entente uns vorzuschreiben gedenkt, überhaupt abgeschlossen werden kann. Erfreulicherweise ist sich die Bevölkerung darüber klar, daß ein Wiederaufbau Deutschlands in 40 bis 50 Jahren nicht stattfinden kann, wenn die drückende Hand Frankreichs auf uns lastet. Auch die Arbeiterklasse will nicht, daß sie 40 bis 50 Jahre arbeiten soll, um die Sieger zu befriedigen. Es greift eine tiefe Bewegung um sich, die sich von Tag zu Tag zuspitzt. Unsere Vertreter haben erklärt, ehe wir einen solchen Frieden akzeptieren, wollen wir lieber gar keinen Frieden haben. Das ist auch der Standpunkt aller Arbeiter, auch der hiesigen. Die besitzenden Klassen werden in diesen Dingen freilich anderer Ansicht sein. Die arbeitende Klasse bildet aber das Gros des deutschen Volkes und sie wird zusammenstehen gegen ihre Bedrücker. (Beifall.) Will die Entente uns die schärfsten Bedingungen aufhalsen und die Arbeiter 50 Jahre Frondienste leisten lassen, so wird diese die Arbeit niederlegen und dann sollen sie kommen und sich selber die Werte schaffen. (Lebhaftes Bravo!) — Die 30 000 Mann, die in Danzig gelandet werden sollen, um angeblich nach Polen weiterbefördert zu werden, sie sollen nur Danzig besetzen. Dadurch würde der Bürgerkrieg in Westpreußen ausbrechen und mit Recht hat sich die Bevölkerung dagegen aufgelehnt. Wenn die Entente zu Zwangsmaßnahmen greifen will, so soll sie das tun. In Ungarn hat sie das auch getan und wir erleben das Schauspiel, daß die Regierung die Räterepublik ausgerufen hat. Dadurch sind die Abmachungen mit der Entente erledigt. Man verbündet sich also mit Rußland, um sich der Bedrücker zu erwehren. Diese Tatsachen können an uns nicht vorübergehen. Wir haben im Vollzugsausschuß dazu Stellung genommen und sind zu dem Schluß gekommen, daß wir gegebenenfalls keine andere Politik treiben könnten. — Czarnecki hat uns vorgeworfen, wir treiben antipolnische Politik. Es berührt eigentümlich, daß die polnischen Arbeiterführer ihre Politik mit der der polnischen Chauvinisten auf gleichen Boden stellen. Dadurch sprechen sie aus, daß sie Arbeiterinteressen nicht vertreten. — Wenn die Polen ihre jetzt beliebte Sprache gegen die frühere Regierung gerichtet hätten, so hätte man das verstehen können. Wenn man das aber unserer heutigen sozialistischen Regierung gegenüber tut, so ist das nur so zu verstehen, daß die polnischen Schlachzizen mit unseren sozialistischen Neuerungen nicht einverstanden sind; sie wollen für Polen keine demokratische Staatsform. Das muß ausgesprochen werden. Der polnische Arbeiter weiß nicht, wie die Dinge liegen. Er hätte sonst keinen Grund, für diejenigen die Hand ins Feuer zu legen, die ihn weiter bedrücken wollen. — Die Aussichten, ein selbständiges polnisches Reich zu werden, werden von Tag

zu Tag geringer. Die Polen können ihre Wünsche nicht durchführen, denn wir bieten ihnen Widerstand. Wenn die Entente uns Bedingungen aufzwingen wolle, können auch wir uns mit dem russischen Reich verbünden. Die Situation wird von Tag zu Tag klarer. Wir haben nichts gegen den polnischen Arbeiter und bekämpfen den polnischen Reaktionär wie den deutschen. Wenn die polnische Arbeiterschaft es will, werden wir gemeinsam arbeiten können. Treibt sie aber die Sache so weiter, so wird der Bolschewismus die Folge sein und dann wird sie nichts mehr retten. Die russische Welle ist nicht aufzuhalten. Wenn Frankreich seine Rachsucht weiter so zum Ausdruck bringt, so wird es an seiner Niederträchtigkeit zugrunde gehen. Wir richten an alle die Mahnung, daß sie einig bleiben in jeder Beziehung. Sollte es dahin kommen, daß wir es halten müssen wie Ungarn, auch dann wollen wir zusammenstehen. Ein so hochintelligentes Volk wie es das deutsche ist, ist nicht gewillt, sich dauernd in Knechtschaft zu begeben. (Beifall und Händeklatschen.) —

Gegen jede Zerstückelung des Reiches und gegen jede Abtrennung von Gebietsteilen im Osten wandte sich am 30. März eine **Bromberger Kundgebung**, die hinsichtlich der Zusammensetzung ihrer Teilnehmer wie des in den Reden zum Ausdruck gekommenen unbeugsamen Willens ein Ereignis von größter Tragweite bedeutet. Erschienen waren die Vertreter der deutschen Volksräte aus der Provinz Posen und Westpreußen gemeinsam mit den Arbeiter- und Soldatenräten aus den Orten des unbesetzten Teiles der **Provinz Posen und aus Westpreußen.**

Die Hauptrede hielt der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates Bromberg Stößel (Mehrheitssoz.). Er brachte in seiner groß angelegten Rede dieselben Gedanken mit Wucht zum Ausdruck, die er in seiner (oben wiedergegebenen) Ansprache an die ostmärkischen Arbeiterräte bekanntgegeben hatte.

Geheimrat Cleinow von der Deutschen Vereinigung wandte sich an die deutschen Volksräte, die Mahnungen Stößels zur Einigkeit des ganzen Volkes ins Land hinauszutragen und forderte die Schaffung einer kriegstüchtigen Armee (Bravo und Händeklatschen). Die Rekruten müßten moralisch auf den Kampf vorbereitet werden. Alle übrigen Redner, darunter die Vertreter der Soldatenräte, gaben Erklärungen ab, die Truppen des Grenzschutzes und die Bevölkerung brennen darauf, die geraubten Gebietsteile wiederzunehmen. Aber sie dürfen nicht, da sie von oben daran gehindert werden, obwohl die Polen überall den Waffenstillstand gebrochen haben. Der Vertreter Kolmars schlug vor, nur bis zu einem bestimmten Tag zu warten mit der Wiedereinnahme der von den Polen geraubten Gebietsteile. Mit tosendem Beifall wurde nachstehende Entschließung angenommen:

Der am 30. März 1919 zusammengetretene Kongreß von Arbeiter- und Soldatenräten und deutschen Volksräten von Stadt und Land des unbesetzten Teiles der Provinz Posen und Vertretern Westpreußens für über $1^1/_2$ Millionen Einwohner aller Städte erhebt einmütigen Protest gegen die Abtretung deutscher Gebietsteile, insbesondere hinsichtlich der Ostgrenze. Durch Zulassung der Einbeziehung des Polenaufstandes in die Waffenstillstandsverhandlungen ist dem Deutschen Reich ein neuer Feind geschaffen worden, der das gesamte Wirtschaftsinteresse des Deutschen Reiches gefährdet, als offizieller Verbündeter mit den Ententemächten den Vernichtungskampf gegen Deutschland unter Bruch des Waffenstillstandes vom 1. November vom Osten des Deutschen Reiches her wieder aufgenommen hat. Als Beweis dafür gilt auch das Ansinnen der beabsichtigten Landung der polnischen Truppen in Danzig. Der Kongreß protestiert mit aller Entschiedenheit gegen derartige Vergewaltigungen und die Absicht der Entente, innerhalb unserer Landesgrenzen ein polnisches Reich zu errichten, welches die schwersten Gefahren für das Lebensinteresse des gesamten Deutschen Reiches nach sich ziehen muß. Der Kongreß fordert die sofortige Aufhebung der Demarkationslinie, um das durch die Kämpfe zerschlagene Wirtschaftsleben und den Verkehr wiederherzustellen.

In einer **gemeinsamen Kundgebung aller deutschen Vereinigungen und Verbände**

Brombergs am 31. März führte u. a. der Mehrheitssozialist **Wolff** folgendes aus: Die Drohungen der Entente haben wir als Vorboten dessen anzusehen, was über uns kommen soll. Die Polenlandungen in Danzig geschehen nur aus dem Grunde, um Westpreußen und Teile von Posen zu besetzen. Die Landung in Danzig würde auch den Polenaufstand in Bromberg bedeuten. Das müssen wir verhindern. Wir müssen uns die Frage vorlegen, ob wir den Dingen, die kommen, gewachsen sind, oder ob wir uns gefallen lassen, was die Entente verlangt. Da können wir nur sagen: Unmöglich, die Forderungen der Entente zu erfüllen. Wir müssen als Deutsche noch einmal alle Kräfte zusammenfassen, um dem Gegner zu sagen: Bis hierher und nicht weiter.

Nakel. Zur Erledigung der jetzt sovielen ernsten und wichtigen Fragen sind regelmäßige wöchentliche Sitzungen anberaumt worden. Jeden Montag tagt die Vertretung abends 8 Uhr bei Heller.

Ein Vortrag für die Flüchtlinge aus Steinburg und Brückenkopf übernimmt Herr Nakel.

Der Nakler Volksrat legt besonderen Wert darauf, daß Mitglieder regelmäßig den Stadtverordnetensitzungen beiwohnen. Zu Vertretern werden 4 Personen dahin entsandt.

Die Werbearbeit schreitet rüstig vorwärts, auch unter den Arbeiterständen, so unter den Bahnarbeitern der Zuckerfabrik. Dauernd mehrt sich die Zahl der Mitglieder. Elsenort hat 176, Suchary 110, Altlinden 93 und Erlau 136 Mitglieder.

Lobsens. Durch den Zusammenschluß aller hiesigen Deutschen im Deutschen Volksrat hat das anmaßende Verhalten der Polen merklich nachgelassen. Zu Neujahr war unsere Stadt einem pol ischen Ortskommandanten mit polnischer Bürgerwehr unterstellt. Durch fortgesetztes Drängen des deutschen Volksrats kam es zu einem Uebereinkommen mit den Polen, es wurde eine paritätische Bürgerwehr mit 11 deutschen und polnischen bezahlten Wachtleuten unter einem deutschen Kommandanten gebildet. Zwischen den deutschen und den polnischen Mitgliedern der Wehr bestanden dauernd Streitigkeiten, so daß wir beschlossen, eine deutsche Wehr zu bilden im Anschluß an den deutschen Volksrat. Diese Wehr besteht aus etwa 200 Mann und ist dem Militärkommando Schneidemühl unterstellt. Mittellose Mitglieder erhalten Bezahlung. Die gemischte Wehr wurde entwaffnet. Da der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates Glowacki, die Seele des handelnden Polentums, verhaftet wurde, ist es bisher zu neuen Unruhen nicht gekommen. Angesichts der Tätigkeit des Deutschen Volksrats wagen es die Polen nicht mehr, agressiv vorzugehen. Unsere Wehr würde jeden Putsch niederschlagen.

Güntergost. Der Deutsche Volksrat Güntergost hielt Mitte März eine gut besuchte Sitzung ab, in der den Mitgliedern über die Lage der Ostmark und über die Tätigkeit der Deutschen Vereinigung Bericht erstattet wurde. Zur Verlesung kamen verschiedene Rundschreiben sowie der Pressebericht der Deutschen Vereinigung. Das Verhalten der Polen im hiesigen Bezirk kann als ruhig bezeichnet werden. Bei verschiedenen beabsichtigten Verkäufen von Grundstücken scheint die Angst vor den Polen der Grund zu sein oder doch stark dabei mitzusprechen.

Der Deutsche Volksrat Güntergost sandte an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung in Weimar ein Protesttelegramm.

Deutscher Volksrat Fordon und Umgebung. Zu der am 15. März einberufenen Versammlung des Deutschen Volksrates, die Herr Lehrer Glander leitete, war Herr Carl Meißner aus Bromberg erschienen. Die Ausführungen dieses Herrn über die bereits geleistete Arbeit der Deutschen Vereinigung, seine Mitteilungen über die augenblickliche Lage in der Ostmark und seine anfeuernden Worte für das Deutschtum erfüllten alle Teilnehmer, zu denen auch die Lehrer und Lehrerinnen des hiesigen Lehrervereins gehörten, mit neuem Mut. — Wie in anderen Orten, so tritt auch hier die Gefahr auf, daß deutscher Besitz in polnische Hände übergeht. Durch das Eingreifen einiger Volksräte auf dem Lande konnte mehrmals der Verkauf von Grundstücken an Polen verhindert werden. In den meisten Fällen ist es aber sehr

schwer, die gefährdeten Grundstücke für das Deutschtum zu retten.

Die Sitzung des Volksrates beschloß einstimmig ein Protesttelegramm gegen polnische Ansprüche auf das Weichselgebiet an den Ministerpräsidenten Scheidemann, an den Minister Graf Brockdorff-Rantzau und an das Ministerium des Innern zu senden.

Der Volksrat besteht aus zehn Vertretern der Mitglieder, und zwar sind aus den Kreisen der Beamten, des größeren und kleineren Grundbesitzes, der Handwerker und der Arbeiter je zwei Vertreter entnommen.

Filehne. Die deutsche Volksratsbewegung ist einen erfreulichen Schritt vorwärts gekommen durch den Zusammenschluß des Deutschtums im Kreise Filehne. Dort haben sich im Deutschen Volksrat die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei und die Christliche Volkspartei, ebenso die Ortsgruppen des Ostmarkenvereins in Filehne und in Krenz und Umgegend zusammengetan.

Die Deutschen Volksräte in Schöndorf, Klein-Bartelsee, Neu-Beelitz und Schönhagen hielten am 16. März in der Aula des Evangelischen Seminars eine Mitgliederversammlung ab. In dieser sprach der Hauptschriftführer der Deutschen Vereinigung, Herr Kuhlwein über die politische Gesamtlage und die Tätigkeit der Deutschen Vereinigung. Der Redner betonte hierbei besonders, daß die Bestrebungen der Vereinigung und der ihr angegliederten Deutschen Volksräte nur dann weiteren Erfolg haben könnten, wenn der Aufbau auf breitester demokratischer Grundlage beruhe, und forderte daher die Mitglieder zu kräftigster Kleinarbeit in ihren engeren Bezirken auf. Diesen Anregungen wurde in der folgenden Aussprache allseitig zugestimmt und demgemäß beschlossen, in den nächsten Tagen in den einzelnen Ortschaften Versammlungen zu veranstalten. Am Freitag 21. und Sonntag, 23. d. Mts. sollen diese Versammlungen in Schönhagen, zugleich für Bartelsee und in Schöndorf, zugleich für Neu-Beelitz, stattfinden.

Kolmar i. P. Zum 3. März hatte der deutsche Volksrat eine Volksversammlung ins Hindenburg-Hotel einberufen. Herr Justizrat Raphael eröffnete die gut besuchte Versammlung und erteilte Herrn Rektor Fratzke das Wort. Dieser beleuchtete zunächst kurz die Ereignisse seit der Revolution, kam auf die Vorgänge im Kreise Kolmar zu sprechen und gedachte in warmen Worten derer, die in treuer Pflichterfüllung für die Heimat ihr Leben gelassen, gelitten und gestritten haben. Die Versammelten ehrten das Gedächtnis der Gefallenen durch Erheben von den Plätzen. Hierauf beleuchtete Frau Professor Hübinger die Tätigkeit der deutschen Frauenräte in der Provinz, betonte, daß die Frau unter den durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnissen sich im öffentlichen Leben betätigen müsse und forderte zum Schluß die Arbeitnehmerinnen auf, dem Frauenrat beizutreten, damit dieser die Interessen aller Schichten wirksam vertreten könne. Herr Fratzke berichtete sodann über das Wirken der deutschen Volksräte und des hiesigen Volksrates im besonderen. Redner erging sich über die Waffenstillstandsverhandlungen, hob hervor, daß die deuschen Volksräte in den von den Polen besetzten Gebieten weiterhin bestehen, dankte Herrn Vikar Westphal, der als Vertreter des abwesenden Vorsitzenden der hiesigen Rada Ludowa sich große Verdienste um den bürgerlichen Frieden durch tatkräftige Unterstützung der dahingehenden Bestrebungen des deutschen Volksrates erworben hat, gab bekannt, welche Forderungen die Vertreter Kolmars auf der am 3. Februar in Schneidemühl stattgefundenen Ministerkonferenz erhoben haben, um die hier herrschende Arbeitsnot zu lindern, teilte ferner mit, daß auf die Bemühungen des deutschen Volksrates hin Inhaftierungen von Polen unterlassen wurden und sprach den Militärbehörden für dieses Entgegenkommen seinen Dank aus. Hiermit war der erste Punkt der Tagesordnung erschöpft. Zu Punkt 2 referierte ebenfalls Herr Rektor Fratzke. Er führte aus, daß die Deutschen den Polen gegenüber den bürgerlichen Frieden wahren wollen, aber alles für das Verbleiben des Kreises Kolmar beim Deutschen Reich tun müssen, verlas dann eine Denkschrift, in der die Entwicklung des Deutschtums im Kreise Kolmar geschildert wird, die

samt dem Ergebnis der im Dezember stattgefundenen nationalen Abstimmung dem Protest beigefügt werden soll. Außerdem wurde in einem besonderen Protest dagegen Stellung genommen, daß die Polen in den besetzten Gebieten des Kreises Steuern beitreiben. Herr Justizrat Raphael legte hierauf die unten folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde.

1. An die Waffenstillstandskommission in Trier.
2. An die deutsche Nationalversammlung in Weimar.
3. An die deutsche Reichsregierung.

Es wird überreicht:

1. Das Ergebnis einer nationalen Abstimmung über die zukünftige Zugehörigkeit des Kreises Kolmar i. P.;

2. Eine kurze Darstellung der Geschichte des Kreises Kolmar i. P. nach seiner deutschnationalen Entwicklung;

3. Ein Protest des deutschen Volksrats des Kreises Kolmar i. P. gegen eine Einverleibung des Kreises in den polnischen Staatsverband, den eine am 2. März 1919 abgehaltene Volksversammlung einstimmig wie folgt beschlossen hat:

Wir stehen nach wie vor auf dem Wilsonschen Programm des Selbstbestimmungsrechts der Völker und haben in diesem Sinne eine Abstimmung herbeigeführt, deren Ergebnis als Material unter Nr. 1 überreicht wird. Der Kreis hat 45000 Einwohner. Hiervon haben mehr als 11000 Erwachsene, über zwanzig Jahre, sich unbedingt für das Verbleiben im deutschen Reichsverband erklärt. Da die Abstimmung in den von den Polen besetzten Gebieten unterbunden wurde, entspricht das Ergebnis der Gesamtzahl der deutschen Eingesessenen von 36000 Seelen. Nach allen früheren Volkszählungen sind stets über 80 Prozent der Bevölkerung als deutsch ermittelt worden. Über 80 Prozent des Grund und Bodens befinden sich in deutschen Händen. Die gesamte Industrie ist deutsch.

Wie aus Anlage 2 ersichtlich, besitzt der Kreis eine alte deutsche Kultur.

Wir können das Streben der Polen, die Nega als strategische Grenze zu gewinnen, nicht anerkennen, da wir auf dem Boden des Wilsonschen Vorschlages des Völkerbundes stehen, wonach von Natur befestigte Grenzen in Zukunft keine Bedeutung haben werden. Wir müßten es als eine schwere Vergewaltigung ansehen, wenn durch den Friedenskongreß 80 Prozent Deutscher 20 Prozent Polen untergeordnet würden. Damit würden Zustände geschaffen werden, die den Keim zu ewigen Unruhen in sich tragen und zu unabsehbaren Folgen führen und insofern auch den heißersehnten Weltfrieden dauernd gefährden würden.

Danzig. Nachdem in Marienburg am 2. März die Gründung des Deutschen Volksrats von Westpreußen unter dem Vorsitz des Archivrats Dr. Kaufmann-Danzig als Vorsitzenden und Amtsgerichtsrat Hoffmann-Neuenburg, Fabrikant Krause-Thorn und Pfarrer Müller-Schönsee als Beisitzer erfolgt war, fand am 23. März in Danzig eine zweite Tagung statt. Nachdem die Teilnehmer sich bereits am Vorabend im Danziger Hof zu einer zwanglosen Zusammenkunft vereinigt hatten, wurde die Hauptsitzung am Sonntag früh im Artushof durch eine Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Archivrat Kaufmann eröffnet, der sich noch die Begrüßungsreden des Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen v. Jagow und des Oberbürgermeisters von Danzig Dr. Sahm anschlossen. Alsdann ergriff Archivrat Dr. Kaufmann das Wort zu einem interessanten wissenschaftlichen Vortrag, der die historischen Ansprüche der Polen auf Westpreußen schlagkräftig widerlegte. Die anschließenden Berichte der Obmänner der einzelnen Deutschen Volksräte brachten ein interessantes Material über die Stimmung in der Provinz zusammen. Nach Schluß der Vormittagssitzung fand eine von 60000 Personen besuchte eindrucksvolle Kundgebung unter Beteiligung aller Parteien bis zur äußersten Linken statt, in der Danzigs deutsche Einwohnerschaft gegen die drohende Vergewaltigung durch den polnischen Imperialismus protestierte. Unter den zahlreichen Tischreden, die bei dem gemeinsamen Mittagessen der Volksratsvertreter gehalten wurden, lösten insbesondere die warmen Worte des Arbeitervertreters Ewert-Danzig lebhaften Beifall aus, der den Zusammen-

sturz der chinesischen Mauer des Kastengeistes und Standesdünkels begrüßte. In der nachfolgenden geschäftlichen Sitzung kam die Entschlossenheit aller Kreise der deutschen Bevölkerung Westpreußens zu entschiedenem Ausdruck, den Vergewaltigungsabsichten der Polen, insbesondere der Landung polnischer Truppen den äußersten Widerstand mit den letzten Mitteln entgegenzusetzen.

Culm. Unser Deutscher Volksrat wurde im Anschluß an zwei große, gut besuchte Versammlungen am 21. Dezember v. J. gegründet. In unserem Bezirk liegen die Verhältnisse für Culm selbst verhältnismäßig einfach, doch ist gerade in unseren Kreisen die Arbeit auf dem Lande ungemein erschwert. Die Arbeit in unserem Kreise vollzieht sich folgendermaßen: Zunächst werden die Vertrauensmänner mit Listen herumgeschickt, um festzustellen, wieviel Leute dem Deutschen Volksbunde beitreten wollen, da diese Listen bei der dem Friedensschluß wahrscheinlich vorausgehenden Volksabstimmung oder direkt beim Auswärtigen Amt für die Friedensverhandlungen gebraucht werden dürften. Bisher sind bei uns etwa 5000—6000 Deutsche auf dem Lande festgestellt worden. Außerdem wird durch diese Listen auch für die Zeichnung von Beiträgen geworben, und da haben wir die betrübende Erfahrung machen müssen, daß die sogenannten „kleinen Leute" ihr letztes Scherflein zeichnen, die Vermögenden aber zu Zeichnungen nur schwer zu bewegen sind.

Da Culm selbst für die Landbewohner unseres Kreises nur schwer zu erreichen ist, haben wir für jede Gemeinde einen Gemeindevolksrat gegründet, der in der Gemeinde dieselben Aufgaben zu erfüllen hat, wie ein Volksrat für größere Verbände.

Culmsee. Der deutsche Volksrat in Culmsee veranstaltete am Sonntag eine stark besuchte Volksversammlung, in der Männer und Frauen aller Parteien den Gedanken des Zusammenschlusses zum Schutze der deutschen Kultur nach den eindrucksvollen Ausführungen des Schriftstellers Karl Arthur Vollrath begeistert aufgriffen.

Thorn. Das Deutschtum vereinigen, nicht gegen die Polen, mit denen wir in Zukunft paritätisch leben werden, sondern für uns arbeiten, die guten Kräfte im Volke wieder wecken, das deutsche Selbstbewußtsein stärken, eine „Sozialisierung der Politik" in der Selbstverwaltung erstreben — das waren einige der Leitsätze, die Geheimer Regierungsrat Cleinow in der Aula des Thorner Gymnasiums vor geladenen Gästen entwickelte. Unsere im Krieg verwilderte Jugend, aber auch die älteren Jahrgänge müssen wir wieder zur Arbeit erziehen. Nur durch die „Moralität der Arbeit" könne unser um sein Alles kämpfendes Volk gesunden. Um der drohenden Auswanderung zuvorzukommen, sei es nötig, das Kleinsiedelungswesen auf dem Lande rasch zu entwickeln und zwar in Hausbau- und Dorfanlage unter wesentlich schlichteren Formen als früher. In der Stadt aber müßten vor allem Kastengeist und Parteiclique fallen und die Deutschen aller Stände zusammenrücken, um zunächst einmal über die gemeinsamen Nöte der engeren Heimat sich auszusprechen. Der Vorschlag des Redners, die Arbeit in der engeren Heimat aufzubauen und auch in Thorn statt des einen großen Volksrates eine Anzahl kleinere Volksräte — etwa acht — für Stadt und Vorstädte zu bilden, fand die Beistimmung der Versammelten und aller Redner. Eine zweite Versammlung im Stadtverordnetensaal, am Tage darauf, zu der auch Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erschienen waren, übertrug die Neuorganisation, die rasche Fortschritte machen dürfte, dem Vollzugsausschuß des bisherigen Volksrates. Zustimmende Erklärungen der deutschen Arbeitervertreter verhießen zwar naturgemäß nicht korporativen Beitritt der Organisation, aber doch bereitwillige Mitarbeit.

Am folgenden Tage fand eine Besprechung mit Großgrundbesitzern des Landkreises Thorn statt, in der die Bildung von Volksräten auf dem Lande unter Beteiligung der Arbeiter und die Siedelungsfragen besprochen wurde. Ein Ausschuß wurde gebildet, der die weitere Arbeit zu leisten haben wird.

Zu einer kraftvollen Kundgebung gestaltete sich die am 20. März vom Deutschen Volksrat Thorn in den Viktoriapark von allen Parteien einberufene Volksversammlung, in

der Geheimrat Cleinow von der Deutschen Vereinigung und der Sozialdemokrat Vollrath die Hauptreden hielten. Es waren annähernd achttausend Personen in den Sälen und Anlagen versammelt, die zwei Stunden trotz der fünf Grad Kälte aushielten. Cleinow gab ein Bild über die Lage und die drohenden Gefahren. Er bezeichnete besonders die Anarchie, die nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern in allen Kreisen der Bevölkerung Platz gegriffen habe, als die größte Gefahr, und neben ihr die inkonsequente Haltung der Regierung in den Friedensfragen. Bei Besprechung der Polenfrage hob der Redner besonders nachdrücklich hervor, daß keine Macht und kein Friedensspruch die Tatsache aus der Welt schaffen könne, daß Polen und Deutsche seit Jahrhunderten aufeinander angewiesen sind und Jahrhunderte aufeinander angewiesen bleiben werden. Es müsse daher unbedingt auf einen Ausgleich der widerstrebenden nationalen Interessen hingewirkt werden. Diese mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Ausführungen erzeugten aus der Versammlung heraus einen Beschluß, der als Ultimatum an die polnischen Volksverführer und deren französischen Freunde angesehen werden muß. Es heißt darin, das Maß der polnischen Übergriffe sei voll. Sollte die Absicht, polnische Truppen in Westpreußen einrücken zu lassen, durchgeführt werden, so müßte eine blutige Katastrophe eintreten, hinter der selbst die Schrecken des Weltkrieges verblassen würden. Nur mit Mühe könne die bäuerliche Bevölkerung durch die Regierungsorgane zurückgehalten werden, zur Selbsthilfe zu greifen. Die Thorner Arbeiterschaft denke nicht daran, sich durch polnische Machtansprüche aus ihren Arbeitsstellen drängen zu lassen, sie werde sie mit allen Mitteln verteidigen. Als Graf Brockdorff-Rantzau aus der Versammlung heraus kritisiert wurde und Cleinow darauf hinwies, daß dieser tatkräftig und zäh an den Grundlagen, auf denen die Friedensverhandlungen eingeleitet worden sind, festgehalten habe, also im Sinne der Wilsonnote arbeite, erhob sich brausende Zustimmung. Es herrschte Einigkeit darüber, daß die Regierung nur solche Friedensunterhändler bezeichnen dürfe, die tatsächlich auf dem Boden der Wilsonschen Leitsätze stehen, in deren Geist eingedrungen sind und die moralischen und geistigen Fähigkeiten und Kräfte besitzen, sie zu verteidigen. In diesem Sinne wurde eine Entschließung an die Regierung und an die Waffenstillstandskommission gerichtet, ferner wurde einstimmig der Zusammenschluß aller Deutschen zur Deutschen Vereinigung nicht mit der Spitze gegen die Polen, sondern zum Zwecke des inneren Wiederaufbaues des deutschen Volkstums, sowie die Einrichtung deutscher örtlicher Volksräte nach den Vorschlägen Cleinows beschlossen. Die unter tosendem Beifall gefaßte Entschließung lautet:

„Annähernd achttausend deutsche Männer und Frauen Thorns aller Parteien haben mit Befremden von dem Verlaufe der Verhandlungen in Posen Kenntnis genommen und daraus ersehen, daß Wilsons Noten, die doch die Grundlage unserer ganzen Friedenspolitik bilden, bei gewissen Unterhändlern in Vergessenheit geraten sind. Wir fordern von der Regierung, daß sie nur solche Personen mit der verantwortungsvollen Arbeit am Frieden betraue, die befähigt sind, die Abweichung von Wilsons Grundsätzen bei Polen und Franzosen zu verhindern. Wir werden mit Gut und Blut hinter der Regierung stehen, die treu an Wilsons Grundsätzen festhält, und damit das Deutschtum der Ostmark am kräftigsten verteidigen. Für Katastrophen, die jede Abkehr von Wilsons Grundsätzen nach sich ziehen muß, lehnen wir die Verantwortung ab."

Als wichtigsten Erfolg der großen Volksversammlung in Thorn vom 20. März können wir mitteilen, daß sich im Landkreise Thorn etwa fünfzehn Arbeitsausschüsse zur Gründung Deutscher Volksräte gebildet haben. Außerdem hat die Arbeiterschaft von Podgorz die Gründung eines Deutschen Volksrates in die Hand genommen.

Pressestimmen

1. Polnische Presse

Ein für alle Teilnehmer der machtvollen Danziger Kundgebung vom 23. März außerordentlich belustigender Bericht in der Danziger „Gazeta Gdańska" vom 26. März verdient es um deswillen, was er widerwillig oder unbewußt zugibt, als Dokument einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden:

„Die Beerdigung des deutschen Danzigs fand am Sonntag bei sehr zahlreicher Teilnahme der rechtgläubigen Deutschen statt. Auf dem Heumarkt hatten sich ein paar tausend! aller derjenigen versammelt, die „kerndeutsch" sind. Es wurde gleichzeitig eine ganze Reihe von Reden gehalten. Der ungemeine Frost hatte die Nasen rot gefärbt, und der unerträgliche Wind war so ungeneigt zu diesem Begräbnis aller deutschen Hoffnungen auf Danzig, daß er blies, als wäre er dazu angestellt, und deshalb könnte man schon auf zwanzig Schritte nichts mehr von dem hören, was jeder einzelne Redner von der Zugehörigkeit zu Deutschland sprach. Jeder konnte nur erraten, daß Danzig eine urdeutsche Stadt ist und in Ewigkeit bleibt. Amen! Es war auch kein außerordentliches Interesse vorhanden.

Nach der wahrhaft amerikanischen Reklame der letzten Tage, die hier in Danzig von deutscher Seite veranstaltet wurde, konnte man glauben, daß der arme Heumarkt von der deutschen Demonstration zerspringen würde, weil er nicht alle Deutschen fassen wird. Indessen sammelten sich auf dem Heumarkt von den 200 000 Deutschen, die hier in Danzig nach der deutschen Statistik sein müssen, nur ein paar tausend. Darunter befanden sich auch noch sehr viele neugierige Polen, auch Amerikaner und Franzosen von den hier weilenden Kommissionen. Das meiste Interesse zeigten die Amerikaner; sie kauften Broschüren und nahmen die deutschen Aufrufe entgegen, die bei dieser Gelegenheit trotz des großen Papiermangels verkauft und reichlich verteilt wurden.

Die Stimmung war traurig, geradezu bedrückt, und was am wichtigsten ist: die Teilnehmer an dem Protest schienen meistens auf dem Markt zu stehen wie Leute, die dazu gezwungen worden sind, denen es schon ganz gleich ist, ob es so oder anders werden wird. Es war nicht zu ersehen, daß dieser unbedingte Protest ihre Ansicht sei. Es ließen sich auch Stimmen hören: „Hauptsache, daß wir was zu fressen bekommen!" — als die Rede von neuem weiteren „Durchhalten" war. Dieses Durchhalten hat das Volk schon satt. Denn es hat genug Beweise, wie oft und lange, nämlich während aller Kriegsjahre, es betrogen wurde.

Übrigens: Wenn nicht die Sozialisten wären, die ihre Leute amtlich aufgefordert hatten, wären sehr wenige dagewesen; denn die Sozialisten fanden sich massenweise, wie auf Kommando, ein.

Schade, daß ihre Politik mit einemmale so schwarz-weiß-rot geworden ist! Ohne sie hätten sich alle alldeutschen Kropftauben ausdrücklich überzeugt, wie wenig sie in Danzig bedeuten.

Aber auch in den Sozialisten scheint diese patriotische Stimmung nicht tief zu sitzen. Denn ein deutscher Patriot kroch auf das Denkmal des Kaisers Wilhelm und wollte ihm das Haupt bekränzen. Er hatte aber seine Kräfte nur nach seiner Absicht gemessen: denn er konnte nicht hinaufklettern und hing deshalb den Kranz dem Denkmalsroß des Kaisers an die Füße. Als man zuletzt anfing, das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" zu singen, da klang das Lied etwas elendiglich trotz des Orchesters, das vorbereitet war, wie zum Zeichen, daß Deutschland schon nicht mehr über alles ist, denn nach den prophetischen Worten der „Rotte" von Maria Konopnicka ist der Ritterkopf von den hochmütigen Höhen in Staub und Asche herabgestürzt.

Augenzeugen versichern uns, daß nur Kinder und alte Weiber sangen, und jener Sozialist hat es sich so überlegt, daß er auf

das Denkmal kroch und den Kranz dem Pferd von den Füßen herunternahm.

Diejenigen Deutschen, die es für passender hielten, während der Feier in den Restaurants zu sitzen, sagten: „Das ist ja alles umsonst! Heute protestiert man, morgen landen die polnischen Truppen und übermorgen haben wir in aller Ruhe den von den polnischen Truppen über Danzig verhängten Belagerungszustand." Diese Deutschen haben sichtlich die richtige Erkenntnis und sind deshalb der Wahrheit am nächsten."

2. Auslandpresse

Der liberale **„Manchester Guardian"** schreibt: Die Erfahrung zeigt, daß ungerechte Gebietsregelungen letzten Endes demjenigen, von dem sie ausgehen, weder Schutz noch Nutzen bringen. Die deutsche Republik der Zukunft wird, wenn sie gerecht und mit Mäßigung behandelt wird, noch ein friedliches und versöhnendes Mitglied der europäischen Staatenfamilie werden. Wir sollen es uns doppelt und dreifach überlegen, ob wir eine solche Entwicklung unmöglich machen sollten.

Die englische Arbeiterwochenschrift **„The Herald"** vom 29. März schreibt: Danzig bleibt noch immer der Schlüssel zur Lage. Wenn Danzig den Polen gegeben wird, wird Deutschland den Frieden nicht unterzeichnen, und es wird in Mitteleuropa auf unbestimmte Zeit ein chaotischer Zustand herrschen. Die Reaktionäre und Imperialisten in ganz Europa mögen noch so sehr über die bolschewistische Gefahr klagen, die Rettung Ungarns von der Schreckensherrschaft, die Befreiung der Zivilisation predigen, und einen großen Vernichtungsfeldzug gegen das Sowjet-System fordern, der Zehnerrat möge „Schritte tun", Pläne entwerfen und sich über Maßregeln einigen, schließlich werden doch die Arbeiter entscheiden müssen. Werden sie zugeben, daß sie noch einmal unter die Waffen gerufen werden? Werden sie sich dazu hergeben, sich zu Tausenden umbringen zu lassen, damit Danzig eine polnische Stadt und eine Basis der Alliierten gegen die Bolschewisten wird? Oder werden sie sich ein für alle Mal für die Selbstbestimmung, gegen Annexion und Plünderung und für den Frieden in Europa erklären? An anderer Stelle schreibt das Blatt: Bei den Alliierten dämmert jetzt endlich die Erkenntnis auf, daß sie bei dem Wiederaufbau Europas die Hilfe Deutschlands nötig haben.

Der Pariser Korrespondent des **„Herald"** berichtet, er sei in der Lage mitzuteilen, daß Lloyd George weder für die Lostrennung von fast zwei Millionen Deutschen von ihrem Vaterlande ist, um den Polen einen Korridor zur See zu verschaffen, noch für die Annexion des Saarbeckens. Lloyd George, schreibt der Korrespondent, sei sich völlig bewußt, daß das Saarbecken mehr deutsch ist, als Großbritannien britisch, und daß die Auslieferung an die Franzosen den vollständigen Verzicht auf die ausgesprochenen Ideale der Alliierten bedeuten würde.

Die französische Presse vom 31. März bringt den Text des Notenwechsels wegen Danzig und stellt mit Sorge fest, daß Deutschlands Trotz wiederum die Stellung von Sieger und Besiegten verschoben habe. Das deutsche Angebot, Stettin, Königsberg oder Memel als Landungsplatz für die polnischen Truppen anzunehmen, sei so geschickt, daß man die Angelegenheit nicht auf die Spitze treiben könne. Je länger der Friede hinausgeschoben werde, desto weniger werde Deutschland zur Nachgiebigkeit bereit sein.

Die Pariser Ausgabe der stets sehr gut über amerikanische Auffassung unterrichteten **„Chikagoer Tribune"** vom 30. März teilt mit, daß Wilson die Berechtigung des deutschen Standpunktes in der Danziger Frage voll anerkenne. Die Truppen werden daher in anderen Häfen landen. 30 Schiffe von je etwa 5000 Tonnen und weniger als 18 Fuß Tiefgang werden bereits zusammengestellt, da die tieferen Fahrtrinnen in Stettin und Königsberg noch minenverseucht sind und daher nur flache Seitenkanäle benutzt werden können.

Kleine Nachrichten

Entrechtung deutscher Beamten in Posen. Auf Anordnung des Kommissariats des Obersten polnischen Volksrats gibt der Oberpostdirektor in Posen bekannt, daß diejenigen Beamten und Unterbeamten, welche im Grenzschutz Dienst getan haben, unter keiner Bedingung wieder eingestellt werden, und daß deren Angehörigen sämtliche Unterstützungen entzogen werden. Das gleiche gilt für dienigen Beamten, deren Söhne das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten und ebenfalls im Grenzschutz Dienst getan oder noch Dienst tun.

(Tgl. Rundschau Nr. 160 vom 31. März.)

Den Polen fehlt es an Lehrkräften. Der oberste polnische Volksrat hat sich gezwungen gesehen, seinen Erlaß über Absetzung aller deutschen Oberlehrer und Studienassessoren aufzuheben. Der Grund ist auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß es den Polen nach dem 1. April derart an Lehrkräften fehlen würde, daß der Schulbetrieb vollständig eingestellt werden müßte.

(Voss. Ztg. Nr. 166 vom 31. März.)

Polnische Amtssprache. Auf Anordnung des Kreis- und Stadtkommandanten zu Hohensalza ist in der Stadt und Kreis Hohensalza die Amtssprache polnisch. Sie kann deshalb bei sämtlichen Behörden schriftlich wie mündlich angewendet werden. Beamte, die sich dieser Verfügung widersetzen, werden mit Verweisung aus dem Amte bzw. mit Geldstrafe bis 500 Mark oder mit einer und der anderen Strafe bestraft.

(Lokalanz. Nr. 141 vom 31. März.)

Stadtverordnetenwahlen in Posen. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Posen erhielten die Deutschen 23 780 Stimmen, die Nationaljuden 1692, die Polen 55 594, die Sozialdemokraten 2650, ein Wilder 557. Die Deutschen erhielten also 28 Prozent, die Nationaljuden 2 Prozent, zusammen also 30 Prozent. An Mandaten erhalten durch diese Wahlen die Polen 41, die Deutschen 17, die Sozialdemokraten 1, die Juden 1. Unter den in Polen herrschenden politischen Zwangszuständen muß dieses Ergebnis für die Deutschen als recht günstig angesehen werden, da zweifellos viele von ihnen aus begreiflichen Gründen nicht zur Wahl gegangen sind bzw. nicht zur Wahl gehen konnten.

(Dtsch. Tagesztg. Nr. 155 vom 27. März.)

Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 6	Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm** Schriftleitung: **Bromberg, Welhienplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	16. April 1919

Inhalt: Glossen zum Tage — Materialien zur ostdeutschen Frage: Die zahlenmäßige Stärke der deutschen Bevölkerung in Posen und Westpreußen. Das Deutschtum und der ländliche Grundbesitz in Posen und Westpreußen. Zur Geschichte der Stadt und des Kreises Kolmar in Posen. Danzigs Handel. Richtigstellungen der Denisschen Denkschrift. — Aus den deutschen Volksräten — Kleine Nachrichten.

Glossen zum Tage

Feldmarschall von Hindenburg gab einmal vor Jahren einem jungen Offizier, der sich bei ihm als dem Kommandierenden des 4. Armeekorps zu melden hatte, folgendes mit auf den Lebensweg: „Schenken Sie Beachtung jedem, der es im Leben zu etwas gebracht hat. Möge Ihnen auch mancher Zug im Charakterbilde eines solchen Mannes unsympathisch erscheinen, Sie müssen sich dessen bewußt bleiben, daß nur gewisse starke Eigenschaften ihn emporgebracht haben können."

Sollte dieser Gedanke nicht heute eine ganz besonders gründliche Beachtung verdienen? Heute, wo alles um uns geborsten erscheint? Sehen wir nicht allerorten auf der politischen Arena Männer mit uns fremden und vielfach unsympathischen Zügen an den höchsten Stellen, die menschlichem Streben erreichbar sind? Sind diese Männer alle wirklich nur vom revolutionären Zufall emporgehoben? Dazu verdammt, durch ebensolchen Zufall beseitigt zu werden?

Wenn wir ehrlich sind, so müssen wir uns eingestehen, daß die meisten von denen, die heute am Reichssteuer stehen, langsam in mühevoller, harter und selbstloser Arbeit den steilen Fels zur Macht emporgeklommen sind, und daß sie sich als unerschrockene Kämpfer erwiesen haben. Hat sie auch die revolutionäre Welle zuletzt hochgetragen, so doch nicht als Treibholz, sondern als starke zielbewußte Schwimmer, die ihr Element, die Revolution, zu meistern verstehen.

Wie oft ging der Ruf nach starken Persönlichkeiten ins Land!

Seien wir klug und weisen wir die Starken unseres Volkes nicht zurück, lediglich weil ihre Züge verzerrt erscheinen und erst allgemeiner Zusammenbruch sie uns sichtbar machen konnte! Sie sind im Augenblick die stärksten Schößlinge unseres Volksbaumes.

Die Lehre Hindenburgs führt uns zum Verstehen und zeigt uns Wege zum Aufstieg für das ganze Volk. Denn:

„Kraft ist die Parole des Lebens!"

Georg Cleinow

„Nationale Bestrebungen müssen Beachtung finden! Die Völker sollen fortan nur mit ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Das Selbstbestimmungsrecht ist keine Phrase. Alles, was den Frieden berührt, berührt die Menschheit, und nichts ist als feststehend anzusehen, was durch militärische Macht festgesetzt ist, wenn es unrecht festgesetzt war."

Wilson an den Kongreß am 11. Februar 1918.

„Durch das ganze von mir dargelegte Programm läuft ein in die Augen springender Grundsatz. Es ist der Grundsatz der Gerechtigkeit gegen alle Völker und Nationalitäten und gegenüber ihrem Recht, unter den gleichen Bedingungen der Freiheit und Sicherheit miteinander zu leben, seien sie stark oder schwach. Wenn dieser Grundsatz nicht die Unterlage bildet, kann kein Bau des internationalen Rechtes bestehen." Wilson, am 8. Januar 1918.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die zahlenmäßige Stärke der deutschen Bevölkerung in Posen und Westpreußen

Den folgenden Ausführungen sind die Ergebnisse der Volkszählung von 1910 zugrunde gelegt. Die preußische Nationalitätenstatistik ist von den Polen vielfach angefochten worden, zuletzt von J. Frejlich, La Structure nationale de la Pologne, Neuchâtel 1918. Die Vorwürfe lassen sich in der Hauptsache in drei Punkte zusammenfassen. Zunächst sei es nicht berechtigt, die Kaschuben — von den Masuren sehen wir hier ab — als besonderen Volksstamm zu zählen. Aber auch Frejlich kann nicht bestreiten, daß vom philologischen Standpunkte das Kaschubische allerdings als besonderes Idiom betrachtet werden kann; man ist deshalb auch berechtigt, es gesondert statistisch zu erfassen. Politisch ist es allerdings schwer, Polen und Kaschuben voneinander zu scheiden; eine langjährige politische Beeinflussung, die Gemeinsamkeit der Konfession (auch die Kaschuben sind römisch-katholisch), die polnische Kirchensprache hat die dialektischen Unterschiede überbrückt und die Kaschuben größtenteils politisch an die Seite der Polen geführt. Immerhin ist es wichtig zu betonen, daß lediglich das Kaschubische in den Kreisen Putzig und Neustadt an die Küste stößt, daß die polnische Sprache aber nirgends die See erreicht. Dabei sind die Kaschuben das ärmlichste und rückständigste Bevölkerungselement in ganz Posen und Westpreußen; und der Umstand, daß dieser zurückgebliebene Volksstamm bei dem entlegenen Putzig auf 50 Kilometer Länge ans Meer grenzt, reicht jedenfalls nicht aus, politische Ansprüche auf die im übrigen rein deutsche Meeresküste zu begründen. Da es aber, wie gesagt, politisch schwer ist, Polen und Kaschuben zu sondern, sind die Kaschuben im Folgenden stets ausnahmslos den Polen zugezählt. Damit ist zugleich in einem der wesentlichsten Punkte der zweite Vorwurf beseitigt, der gegen die preußische Nationalitätenstatistik erhoben wird: nämlich, daß die Zählung durch politische Einflüsse gefälscht werde. Frejlich geht so weit, zu behaupten, die Zahlen der preußischen Nationalitätenstatistik seien „absolut falsch". Den Beweis dafür tritt er aber nicht an; er würde ihm auch nicht gelingen; im Gegenteil, wir werden sehen, daß alle Parallelzahlen die Richtigkeit der deutschen Volkszählung bestätigen. Frejlich beschränkt sich darauf, zu wiederholen, was schon vor dem Kriege von deutscher Seite, von Professor L. Bernhard (im Vorwort zu dem Buche: Die Polen in Oberschlesien, Berlin 1914) ausgesprochen ist, daß politische Einflüsse das Zählungsergebnis färben können, indem der einzelne Zähler nach seinem subjektiven Ermessen die Eintragungen auf der Zählkarte zu beeinflussen oder abzuändern sucht. Nun ist die Zählung aber eine „Selbstzählung" der Bevölkerung, und die Bevölkerung wird auch nachdrücklich darauf hingewiesen. So heißt es z. B. auf dem Umschlag des Zählbriefes, den die Haushaltungsvorstände vor der Zählung erhalten: „die Zählpapiere sind möglichst stets vom Haushaltsvorstande selbst auszufüllen." Und der Minister des Innern sagt in der Anweisung für die Behörden: „Als oberster Grundsatz gilt, die Haushaltsvorstände zu verpflichten, die über die

Personen ihrer Haushaltung verlangten Angaben auf den Zählpapieren tunlichst selbst zu liefern." Immerhin kommen Fälle, in denen der Zähler auf die Eintragungen des Haushaltsvorstandes unerlaubten Einfluß zu nehmen sucht, zweifellos vor; und sie kommen dort am leichtesten vor, wo, wie bei Polen und Kaschuben, die Grenzen außerordentlich flüssig sind und der Einwirkung des Zählers ein verhältnismäßig großer Spielraum bleibt. Daraus erklärt sich das Schwanken in den Angaben über die Zahl der Kaschuben, das Bernhard zum Ausgangspunkt seiner Kritik macht. Durch Addition von Polen und Kaschuben wird aber, wie gesagt, im Folgenden diese Fehlerquelle ausgeschaltet. Im übrigen aber spielt der Einfluß einzelner Zähler gerade in Posen und Westpreußen eine nennenswerte Rolle sicher nicht. Dazu ist der Nationalitätenkampf dort viel zu scharf; jeder weiß genau, auf welche Seite er gehört, und die polnische Agitation, die vor jeder Volkszählung alle Volksgenossen aufs eindringlichste auffordert, nur polnisch als Muttersprache anzugeben, rüttelt auch die Säumigen mit Erfolg wach. Das beweisen — und damit kommen wir zum dritten Hauptvorwurf, der gegen die preußische Volkszählung erhoben wird — die niedrigen Zahlen der „Zweisprachigen" in Posen und auch in Westpreußen. In Posen sind 1910 nur 11796 Zweisprachige oder 0,56 Prozent gezählt, in Westpreußen 19192 oder 1,13 Prozent. Daß die Zahl der Zweisprachigen in Westpreußen höher ist als in Posen, erklärt sich ohne weiteres aus der weniger scharfen Zuspitzung der nationalen Gegensätze; je schärfer die Gegensätze, um so mehr wird jeder zur klaren Stellungnahme gezwungen; aus demselben Grunde sind die Zahlen der Zweisprachigen in Oberschlesien und Ostpreußen wiederum erheblich höher als in Westpreußen. Freilich nennt die Zahl, die sich im ganzen an Zweisprachigen im preußischen Osten ergibt (ca. 140000), eine „philologische und statistische Ungeheuerlichkeit". Aber er übersieht dabei, daß die Zweisprachigkeit der gemischtsprachigen Gegenden etwas sehr häufiges ist, daß dort viele Personen von Jugend auf zwei — oder wie es etwa in Litauen nicht selten vorkommt — auch drei Sprachen gleich gut beherrschen und einfach nicht imstande sind, eine bestimmte Sprache als Muttersprache zu bezeichnen. Deshalb haben die Zahlen der Zweisprachigen in Preußen durchaus nichts Auffälliges, um so weniger, als sie im Einklang mit den tatsächlichen Verhältnissen dort am höchsten sind, wo, wie in Oberschlesien und Ostpreußen, die nationalen Gegensätze am schwächsten und die Grenzen zwischen Deutschtum und Polentum oder Masurentum infolgedessen am flüssigsten sind. Wenn Freilich schließlich meint, daß auch die Polen den Zweisprachigen zugerechnet seien, die bei der Zählung angegeben hätten, das Deutsche zu beherrschen, so ist das eine bewußt falsche Behauptung; denn auch Bernhard stellt ausdrücklich fest, daß die Zusatzfrage, die 1910 an die polnischen Einsprachigen gerichtet wurde („ob sie der deutschen Sprache mächtig seien"), mit der Zweisprachigkeit nichts zu tun hat. Das beweist vor allem der Umstand, daß die Zählung von 1910 für die Zweisprachigen und für die, welche diese Frage mit „ja" beantwortet haben, ganz verschiedene Zahlen ergeben hat. Es waren 1910 vorhanden:

	Westpreußen	Posen	Oberschlesien
Personen mit deutscher und polnischer Muttersprache (Zweisprachige) . . .	19192	11796	88798
Personen mit polnischer Muttersprache, die der deutschen Sprache mächtig waren	306714	586688	766963

Wollte also die preußische Statistik die Zahl der Zweisprachigen durch jene Zusatzfrage erhöhen, so könnte sie für die Zweisprachigen mit ganz anderen Zahlen aufwarten!

Wohin sind nun die Zweisprachigen zu rechnen? Die Polen wollen sie ausschließlich sich zuzählen. Das geht nicht an; denn einmal sind die Zweisprachigen nicht ausschließlich polnischer Herkunft; nach den Familiennamen zu urteilen, stammen etwa 70 Prozent der Doppelsprachigen von Polen ab. Dann aber wollen diese Zweisprachigen auch nicht als Polen gerechnet sein; denn

wer trotz der lebhaften polnischen Agitation, nur das Polnische als Muttersprache anzugeben, ausdrücklich polnisch und deutsch als Muttersprache bezeichnet, bekundet damit, aus welchen Motiven auch immer, daß er sich nicht mehr bloß als Pole, sondern ebensosehr als Deutscher fühlt. Die Zweisprachigen befinden sich guten Teils in einem Germanisierungsprozeß: das niedriger stehende Polentum nimmt mit dem sozialen Aufstieg zum Teil die deutsche Kultur an, insbesondere in Oberschlesien geht dieser Prozeß, durch den Nationalitätenkampf erst wenig gehemmt, noch in großem Umfange vor sich. Das erklärt wieder, daß dort die Zahl der Zweisprachigen wesentlich größer ist als in Posen und Westpreußen. So könnte man diese Zweisprachigen, die sich vom Polentum losgelöst haben und im Begriffe sind, im Deutschtum aufzugehen, mit vollem Recht den Deutschen zuzählen. Nur um ganz objektiv zu sein und das Bild nicht etwa zugunsten der Deutschen zu verschieben, ist das im Folgenden nicht geschehen, sondern die Zweisprachigen sind je zur Hälfte Deutschen und Polen zugeteilt.

Nun wird von polnischen Statistikern meist auf die preußische „Schulstatistik" von 1911 Bezug genommen, um die Unrichtigkeit der Volkszählung von 1910 zu beweisen. Danach seien z. B. in der Provinz Posen 70 Prozent der Schulkinder polnisch, woraus dann weiter gefolgert wird, daß nicht 61 Prozent der Bevölkerung, wie die Volkszählung ergeben habe, polnisch sei, sondern 70 Prozent. In zahlreichen Artikeln sind polnischerseits diese Zahlen der preußischen „Schulstatistik" benutzt, um den höheren Anteil des polnischen Elements an der Bevölkerung nachzuweisen. Aber es ist völlig irreführend, die Zahlen der „Schulstatistik" in dieser Weise zu verallgemeinern. Zunächst handelt es sich bei der fraglichen preußischen Erhebung vom 24. Mai 1911 gar nicht um eine „Schulstatistik", sondern nur um eine Volksschulstatistik. Das ist ein erheblicher Unterschied; denn da die Polen, wie später noch näher gezeigt werden soll, überwiegend die Unterschicht in den gemischtsprachigen Bezirken bilden ist der Prozentsatz ihrer Kinder in den Volksschulen allein naturgemäß größer als in allen Schulen zusammen. Umgekehrt machen die deutschen Kinder 78 Prozent der Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten aus. Es wäre ebenso falsch, diese Zahl zu verallgemeinern und zu sagen, 78 Prozent der Bevölkerung sind deutsch. Es kommt aber noch ein Weiteres hinzu. Da die Polen durchschnittlich mehr Kinder als die Deutschen haben, sind sie in den jüngeren Altersklassen stärker vertreten. 1905 standen im Alter von sechs bis vierzehn Jahren 18,6 Prozent der deutschen Bevölkerung, dagegen 21,7 Prozent der Polen. Eine Statistik, die nur diese Altersklasse berücksichtigt, ist also immer um etwa 3 Prozent günstiger für die Polen als Zahlen, die die gesamte Bevölkerung umfassen. Das geben auch polnische Statistiker zu. z. B. Professor v. Romer, der in seinem „Statistischen Jahrbuch Polens", Krakau 1917, S. 33 auch darauf hinweist, daß der Prozentsatz der Schulkinder bei den Polen aus dem angeführten Grunde stets um etwa 3 Prozent höher ist. Will man also aus den Zahlen für die Volksschulkinder Schlüsse auf die Bevölkerung im ganzen ziehen, so muß man zunächst diese 3 Prozent absetzen. Berücksichtigt man dann weiter, daß es sich bei der Erhebung von 1911, wie gesagt, nicht um sämtliche Schulen, sondern nur um die Volksschulen gehandelt hat, so schmilzt die Differenz zwischen der Volkszählung, die in der Provinz Posen 61 Prozent Polen ergab, und der Volksschulstatistik, nach der 70 Prozent polnische Schulkinder vorhanden waren, sehr zusammen. Die beiden Zählungen führen vielmehr im wesentlichen zu demselben Ergebnis. Die Volksschulstatistik bestätigt somit die Richtigkeit der Volkszählung von 1910. Die folgenden Zahlen können es deshalb für sich in Anspruch nehmen, daß sie die zahlenmäßige Stärke der beiden Nationalitäten in Posen und Westpreußen richtig wiedergeben.

Das Deutschtum und der ländliche Grundbesitz in Posen und Westpreußen

Die Polen begründen ihre Ansprüche auf Litauen und Ostgalizien vor allem damit, daß sie im Grundbesitz in jenen Gebieten eine große Überlegenheit hätten; denn der Bevölkerung nach haben sie ja weder in Litauen noch in Ostgalizien die Majorität. Dem Grundbesitz kommt also in ihren Augen entscheidende Bedeutung zu. In Posen nun soll nach polnischer Behauptung mindestens die Hälfte des Grund und Bodens in der Hand der Polen sein „Von dem gesamten Privatbesitz", sagt das polnische Sammelwerk „Polen" Seite 522, gehört den Polen 1 284 000 ha, den Deutschen 917 000 ha, den Polen also 58,4 Prozent. Rechne man zum deutschen Besitzstand noch den Besitz des Staates und der Ansiedlungskommission, zum polnischen Besitzstand hingegen den Besitz der Kirche hinzu, so erhalten wir 1 402 000 ha deutschen und 1 346 000 ha (49 Prozent) polnischen Besitzes. Mit anderen Worten: Trotz der Anstrengungen des Staates haben die Polen die Hälfte des gesamten Bodens im Großherzogtum Posen behalten." Diese Behauptung trifft nicht zu, im Gegenteil, der deutsche Besitz ist in Posen und erst recht in Westpreußen erheblich umfangreicher als der polnische. Das läßt sich sowohl für den Besitz der gesamten deutschen Hand wie für den deutschen Privatbesitz allein nachweisen.

Gegenüber den falsch aufgemachten Statistiken des Sammelwerks „Posen", das für Posen ein Übergewicht polnischen Besitzes herausrechnet, sei festgestellt, daß in der Provinz Posen der gesamte deutsche ländliche Grundbesitz 58,71 Prozent, in Westpreußen 75,94 Prozent beträgt. Für die vier Regierungsbezirke ergibt sich folgendes Bild:

Regierungsbezirk	Posen	deutsch	54,06	Prozent,	polnisch	45,94	Prozent
„	Bromberg	„	65 81	„	„	34 19	„
„	Danzig	„	72,72	„	„	27,28	„
„	Marienwerder	„	77,45	„	„	22,55	„

Im Weichseltal von Thorn bis Danzig ist in den Landkreisen durchschnittlich mehr als 75 Prozent deutsch. Einzeln gerechnet haben die Kreise Bromberg und Hohensalza fast 75 Prozent deutschen Besitz, in den Kreisen Danziger Niederung und Elbing gibt es überhaupt keinen polnischen Besitz, im Danziger Höhe nur 3,18 Prozent! Erweist sich also schon nach der Zahl, wie wir neulich sahen, die polnische Brücke zum Meer als eine schwache Konstruktion: dem Besitzverhältnis nach, auf Grund dessen die Polen doch in Littauen und Ostgalizien ihr Recht verlangen, ist sie überhaupt nicht vorhanden.

Der deutsche Privatbesitz, natürlich einschließlich der von der deutschen Ansiedelungskommission erworbenen Rentengüter, beträgt in Posen 53,7 Prozent, in Westpreußen 69,6 Prozent des gesamten Privatbesitzes. Vom ländlichen Grundbesitz überhaupt gehört in Posen deutscher Privathand 47,8 Prozent, den Polen 41,3 Prozent. In Westpreußen aber ist 55 Prozent des ganzen Landes deutscher und nur 24,1 Prozent polnischer Privatbesitz. Auch in den Kreisen des Netzedistriktes ist vom Privatbesitz reichlich zwei Drittel deutsch. (Wir stützen uns in diesen Angaben im wesentlichen auf die treffliche Schrift von Dr. Moritz Weiß, „Die Stellung der Deutschen in Posen und Westpreußen". Verlag von Wilhelm Greve, Berlin 1919.)

Wo ist hierbei auch nur eine Zahl, die den Polen ein Vorrecht gäbe? Die deutschen Zahlen sind in Posen 10 Prozent, in Westpreußen 26 Prozent höher als der Privatbesitzanteil, auf Grund dessen der Pole in Ostgalizien und Littauen landesherrliche Rechte geltend macht. In den drei littauischen Gouvernements Kowno, Grodno und Wilna rechnet das Sammelwerk „Polen" 42,1 Prozent polnischen Privatbesitz heraus! Und auch das nur dadurch, daß es nicht nur den littauischen und weißrutheniſchen Landadel, sondern sogar den weißrutheniſchen Bauern, soweit

er römisch-katholisch ist, einfach „polonisiert". In Ostgalizien ist der Pole mit 43,9 Prozent Privatbesitz dem Ruthenen, der 46 Prozent hat, unterlegen, und trotzdem scheint ihm dort recht, was ihm bei so viel günstigeren Zahlen für den Deutschen in Posen nicht billig scheint.

Ja, die Sache geht noch weiter! In Ostgalizien hat nämlich der Pole vom bauerlichen Kleinbesitz nur 21 9 Prozent. In der Provinz Posen aber ist der Kleinbesitz, der doch dem Lande wesentlich stärker den Charakter gibt, als der Großgrundbesitz, überwiegend in deutscher Hand. 53,8 Prozent sind deutsches, nur 46,2 Prozent polnisches Bauernland.

Die Stadt Posen

Die Provinzialhauptstadt Posen zählte nach der Volkszählung von 1910 156 691 Einwohner. Davon waren 65 319 deutsch, 89 351 polnisch, 1 333 zweisprachig, 688 fremdsprachig. Verteilt man die zweisprachigen je zur Hälfte auf die Deutschen und Polen, so waren 65 985 deutsch und 90 018 polnisch, oder 42 1 Prozent deutsch, 57,4 Prozent polnisch. Das Verhältnis der deutschen zur polnischen Bevölkerung ist wie 3 : 4. Seiner Einwohnerzahl nach ist also die Stadt Posen anscheinend polnisch. Der nationale Charakter wird aber nicht allein durch die rohe Kopfzahl der Nationalitäten, sondern in höherem Grade durch die Kulturverhältnisse, das wirtschaftliche Leben und den Besitzstand bestimmt. Posen ist aber in seiner Kultur und seinen wirtschaftlichen Verhältnissen nach rein deutsch. Seit Wochen, d. h. nach dem Beginn des polnischen Aufstandes ist die Stadt mit einem gewissen polnischen Firnis überzogen durch die Entfernung der deutschen Hoheitszeichen, der preußischen und deutschen Adler und der deutschen Aufschriften und ihre Ersetzung durch polnische. Posen ist als deutsche Stadt im Jahre 1253 von Deutschen aus Guben nach Magdeburgischem Rechte gegründet worden und hat den Charakter als deutsche Stadt bis zum heutigen Tage bewahrt. 1793 wurde es preußische Stadt und zählte damals 12 599 Einwohner. Handel und Gewerbe hat stets in deutschen Händen gelegen. Die alteingesessene, bodenständige Bürgerschaft ist stets deutsch gewesen und ist es noch heute. Die polnische Warschauer Zeitung schrieb 1862 aus Posen: „Das polnische Publikum wendet seit länger als einem Jahrzehnt seine ganze Kundschaft nach Möglichkeit nur den Kaufleuten, Gewerbsmeistern und Handwerkern seiner eigenen Nationalität zu, um das fremde Element nicht zu bereichern. Unglücklicherweise ist jene Möglichkeit noch sehr unvollständig und beschränkt, weil es viele der alltäglichsten, unumgänglichsten Lebensbedürfnisse gibt, für deren Befriedigung keine polnischen Handwerker und Gewerksleute vorhanden sind. Man findet in der Stadt Posen auch keinen einzigen polnischen Namen, keinen einzigen Polen unter den Gerbern, Schleifern, Kammachern, Kürschnern, Mechanikern, Möbelhändlern, Mützenmachern, Nadlern, Posamentierern, Seilern, Tuchmachern und Uhrmachern; nur 1 Seifensieder, 1 Handschuhmacher, 1 Glaser, 1 Färber und 1 Gelbgießer polnischer Nationalität ist zu finden, von solchen Gewerbsanstalten, welche für die Befriedigung des Bedarfs und Geschmacks des reicheren und anspruchsvolleren Publikums arbeiten, wie z. B. von photographischen Anstalten, Spiegel- und Pianofortofabriken und -Niederlagen und Galanteriewarenhandlungen zu geschweigen.

Die Vermögensverhältnisse waren damals so ungleich, daß Einkommensteuer nur 89 Polen, dagegen 537 Deutsche zahlten. Posen hatte im Jahre 1861 51 253 Einwohner. Nach der amtlichen Bevölkerungsaufnahme waren 34 580 Deutsche und 16 673 Polen; beider Landessprachen waren 22 390, bloß des Deutschen 21 108, bloß des Polnischen 7755 mächtig. 1890 waren 49 Prozent deutsch und 50 Prozent polnisch, der Rest andere. 1900 waren 44 Prozent deutsch und 55,8 Prozent polnisch.

So ist Posen seiner Entstehung und Geschichte nach eine deutsche Stadt. In der Geschichte und der Nationalität der Einwohnerzahl wurzelt auch die Kultur.

Das alte deutsche Posen umfaßte die Gegend von der Wilhelmstraße bis zur Warthe mit dem alten Markt, als Mittelpunkt die Altstadt. Das Posen der preußischen Zeit bis 1871 hat den Wilhelmsplatz zum Zentrum und reichte bis zu dem ehemaligen Festungsgelände. Das moderne Posen seit Gründung des Deutschen Reiches sind seine ehemaligen Vorstädte Jersitz und St. Lazarus und das Entfestigungsgelände mit dem Kaiserschloß. Je jünger die Stadtteile, desto deutscher sind sie. Das Polentum ist von den alten polnischen Vorstädten Dominsel und Schrodke langsam in die Altstadt eingedrungen und bildet heute dort den größeren Teil der Bevölkerung. Das Anwachsen zu einer Stadt von über 100 000 Einwohnern verdankt Posen erst den Eingemeindungen und der Deutschtumspolitik der Staatsregierung. Damit setzte die großartige Epoche der Entwickelung der Stadt ein. Die zielbewußte Pflege der geistigen und kulturellen Interessen der Einwohnerschaft lag schon seit 1837 in den Händen der zahlreichen deutschen wissenschaftlichen und künstlerischen Vereine, während auf polnischer Seite die Gründung des polnischen Museums und des „Vereins der Freunde der Wissenschaften", der einzigen wissenschaftlichen polnischen Institute, erst viele Jahrzehnte später erfolgte. 1896 nahm die Provinzialverwaltung und die Staatsregierung die Leitung dieser wissenschaftlichen und künstlerischen Bewegungen in die Hand. Das führte 1899 zur Gründung des Hygienischen Institutes; es folgte 1902 die Kaiser Wilhelm-Bibliothek, 1904 das Kaiser Friedrich-Provinzialmuseum, das ebenfalls dem Zusammenwirken von Staat, Provinz und Stadt seine Entstehung verdankt. Die interessanteste der neuen Einrichtungen, die Akademie, die als eine Hochschule der ganzen gebildeten Bevölkerung eine Art Volkshochschule der Stadt, ja der Provinz gedacht war, trat bereits November 1903 ins Leben, nachdem die zahlreichen wissenschaftlichen und künstlerischen Vereine zur „Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft" zusammengeschlossen worden waren. Auch das neue Stadttheater auf dem Entfestigungsgelände verdankt seine Gründung dem Zusammenwirken von Staat und Stadt. Nach der Niederlegung der alten Festungswälle, die 1902 begann, wurde durch die Erschließung des Festungsgeländes neues Bauland geschaffen, auf dem heute Posens schönster und rein deutscher Stadtteil steht. Gleichzeitig erfolgte durch den Staat die Trockenlegung und Erschließung der Gemarkung Solatsch, auf der in wenigen Jahren ein neuer rein deutscher Stadtteil entstanden ist. Das prächtige Kaiserschloß auf dem Entfestigungsgebiet wurde ebenfalls vom preußischen Staate geschaffen.

Auch die Schulen, Gymnasien und die vier Lyceen und Oberlyceen, welch letztere Schöpfungen privater Initiative sind, und andere Bildungsanstalten, wie die Maschinenbauschule und Baugewerkschule sind deutsche Gründungen. Besteht doch nur eine einzige polnische höhere Töchterschule. Es ist bezeichnend, daß die Schüler aller höheren Lehranstalten Posens schätzungsweise zum mindestens 75 Prozent deutsch sind, während die Schüler der Volksschulen bereits 1878 zu 63 Prozent polnisch waren.

Aber nicht bloß seiner alten Kultur nach ist Posen eine deutsche Stadt, sondern auch nach den wirtschaftlichen Leistungen seiner Einwohnerschaft. Von 2693 Wohnhäusern gehören 1619 den Deutschen (54,6 Prozent) und die Gebäudesteuer beweist, daß die wertvolleren Grundstücke deutscher Besitz sind; von den Gebäudesteuererträgnissen vor dem Kriege brachten die Deutschen 460 126 Mark (60 Prozent), die Polen nur 309 903 Mark (40 Prozent) auf. Noch deutlicher tritt die wirtschaftliche Überlegenheit der Deutschen in den Gewerbesteuerleistungen zu Tage. Es zahlten

In Klasse	Deutsche		Polen	
	Zahl	Steueraufkommen	Zahl	Steueraufkommen.
I	79	134 069 Mark	9	12 060 Mark
II	84	25 977 „	15	4 922 „
III	539	45 057 „	243	19 204 „
IV	960	16 600 „	1 062	16 484 „
	1662	221 703 Mark	1 329	52 670 Mark

Der deutsche Gewerbestand überwiegt also den polnischen nicht bloß der Kopfzahl nach, er übertrifft ihn in seinen Leistungen um mehr als das Vierfache. 1885/86 war der Anteil am Gewerbesteueraufkommen bei den Deutschen 86,3 Prozent, bei den Polen 13,6 Prozent; 1896/97 war der deutsche Anteil 86,8 Prozent, der polnische 13,1 Prozent. Von eingetragenen Firmen waren bereits 1894 760 deutsch und nur 115 polnisch. Ähnlich liegen und lagen die Verhältnisse bei den Einkommen- und den übrigen Steuern. Schon 1880 brachten die Deutschen an Gemeindesteuern 376 394 Mark, die Polen nur 96 775 Mark auf. (Vgl. Jaffe, Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft, S. 310). Aus diesen Steuerverhältnissen ergibt sich ohne weiteres, daß die deutsche Einwohnerschaft die Oberschicht und den größeren Teil der Mittelschicht bildet, während die polnische Bevölkerung leistungsunfähig ist und in der Hauptsache die Unterschicht bildet. Daraus ergab sich von selbst, daß die Stadtverordnetenversammlung sich die längste Zeit aus 48 Deutschen und 12 Polen zusammensetzte. Alle polnischen Stadtverordneten sind Mandantaren der III. Wahlklasse. Es fehlt in der Stadt Posen vollständig ein polnisches Patriziat. Von den größeren industriellen Unternehmungen ist nur eine Maschinenfabrik, eine Zigarettenfabrik und eine Düngemittelfabrik in polnischer Hand, alle anderen, insbesondere z. B. alle Großmühlen in deutscher Hand. Ebenso ist es im Handel. Alle bedeutenden Geschäfte des Groß- und Detailhandels sind deutsch.

So liegt auf deutscher Seite das wirtschaftliche und kulturelle Übergewicht. Berücksichtigt man aber nicht nur die bloße Bevölkerungszahl, sondern auch die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Bevölkerung, so ist ohne weiteres der Schluß berechtigt: Posen ist eine deutsche Stadt.

In der kurzen Zeit der polnischen Besetzung der Provinz versuchten die Polen wie das Land, so erst recht die Stadt Posen rasch und gewaltsam zu polonisieren. Sie haben die deutsche Bevölkerung eingeschüchtert, drangsaliert und boykottiert und so viele deutsche Gewerbetreibende zum Verkauf ihrer Grundstücke und Geschäfte an Polen gedrängt. So ist das erste Speditionsgeschäft Carl Hartig mit einem bedeutenden Grundstückskomplex in die Hände einer polnischen Aktien-Gesellschaft übergegangen. Das erste Konfektionsgeschäft von Petersdorf ist ebenfalls von einer polnischen Gesellschaft gekauft worden. Der wohlhabende Bäcker Lemke hat Geschäft und Grundstück an Polen verkaufen müssen, ebenso der Goldschmied Rehfeld und viele andere. Wie die eingangs angeführten Bevölkerungsziffern ergaben, hat sich die polnische Bevölkerung der Stadt Posen im Laufe der Jahre beträchtlich vermehrt. Das ist ein Beweis, daß die Politik der preußischen Regierung die Entwicklung der polnischen Bevölkerung nicht hintenangehalten hat, während das Polentum sofort zu Gewaltmaßnahmen greift, so bald es die Macht in der Hand hat.

Sollte die Stadt Posen mit einem Teile der Provinz an den polnischen Staat fallen, dann ist der Rückgang der Stadt besiegelt. Das kapitalkräftige und leistungsfähige Deutschtum wird ihr den Rücken kehren. Die Grundstücke müssen im Werte sinken, da die Stadt ihre natürlichen Verkehrsverbindungen verliert. Sie wird auf die Bedeutung etwa von Kalisch herabsinken, eine polnische Provinzialstadt werden, die nicht einmal eine direkte Verbindung mit der Hauptstadt Warschau hat. Die Loslösung der Provinz Posen von Preußen bedeutet so nicht bloß für diese, sondern erst recht für die Stadt Posen eine wirtschaftliche Katastrophe.

Zur Geschichte der Stadt und des Kreises Kolmar in Posen

Aus dem Berichte Ottos von Bamberg, des Apostels der Pommern über eine Reise nach Gnesen — um das Jahr 1100 — erhellt, daß Usch als einzige Siedelung im Kreise Kolmar bestand. Auch um 1200 ist es trotz der Privilegien, die Odonicz den Zisterzienser-Klöstern Leubus und Heinrichau für die Kolonisation

des Landes zu beiden Seiten der Netze gab, zu keiner Besiedelung gekommen. Um 1233 erklärte Erzbischof Vizentius von Gnesen, kein Mensch wisse sich zu erinnern, daß in dieser Gegend — gemeint ist das Land zu beiden Seiten der Netze — je ein Bodenbau stattgefunden habe. Erst im Jahre 1288 wurde Jaktorowo und Pros-Kowoermühle — beides unweit Samotschin — von Bogislaus von Usch gegründet und mit Deutschen besiedelt. Alles andere Land des Kreises bleibt „Maurunga", d. h. Land der ungebrochenen Grasnarbe. Und wenn heute das Deutschtum südlich der Netze im Umfange des Kreises Kolmar weiter vorgreift, als irgend wo anders auf der ganzen Linie, so ist es hauptsächlich dem Umstande zu verdanken, daß das Land gänzlich unbesiedelt war.

1434 wurde Kolmar „zu Magdeburgisch", d. h. deutschem Recht gegründet. Das Magdeburgische Recht wurde, wie geschichtlich erwiesen, nur Städten mit ganz oder doch überwiegend deutscher Bevölkerung gewährt.

Ende des 16. Jahrhunderts setzte eine durchgreifende Besiedelung des Landes ein; es entstanden die im weiten Halbkreise nach Süden und Westen hin liegenden Holländer und Schulzendörfer. 1597 gründeten die ehrbaren Johann Borth und Martin Schwenke als Holländerdorf Usch-Hauland. Um dieselbe Zeit entstanden auf die Veranlassung des Starosten Stanislaus von Gorka aus Usch die Schulzendörfer Erpel und Schönfeld, auf Veranlassung seines Nachfolgers Potulicki Stöwen und Stüffelsdorf. Um das Jahr 1600 wurden ferner die Schulzendörfer Kahlstädt, Jankendorf und Gramsdorf ins Leben gerufen. 1637 grüdeten Daniel und Paul Arndt Podanin, wo drei Jahre später schon eine evangelische Kirche bestand. In größeren Zwischenräumen entstanden Rattaj (1674), Hermstal (1730), Knarrhütte (1730), Strelitz (1753), Podstolitz (1700), Strosewo (1750) und Braknitz.

Seit 1656 besteht in der Stadt Kolmar eine blühende deutsche Tuchmacherindustrie. Im Tuchmacherinnungsbuch von 1665 werden 31 deutsche Namen, im folgenden Buch 1772 203 deutsche Tuchweber genannt. 1671 findet sich die erste deutsche Eintragung in das Innungsbuch und im folgenden Jahre (1672) setzt ein starker Zuzug deutscher Tuchweber ein, in corpore vom Grundherrn herbeigerufen.

Im Jahre 1718 ist ein Deutscher Besitzer der Stadtmühle.

Um 1726 verkehrt der Grundherr Matthias von Grudzinski mit den Bürgern der Stadt Kolmar in deutscher Sprache und erläßt seine Verfügungen deutsch (Urkunde von 1726).

1754 Gründung der Schützengilde (Urkunde deutsch).

Man kann wohl mit Recht behaupten, daß Kolmar im Jahre 1772 zu den Städten mit überwiegend deutscher Bevölkerung gehörte, zum mindesten, daß das öffentliche Leben in Stadt und Kreis durch das Deutschtum beherrscht wurde. Daran hat auch die starke polnische Kolonisation bis heute nichts ändern können. Über 80 Prozent der Bevölkerung sind deutsch!

Danzigs Handel

Danzig, die „Königin der Weichsel", hat im Laufe seiner bis tief in das dreizehnte Jahrhundert zurückreichenden Geschichte eine Reihe von Blütezeiten erlebt. Diese Blütezeiten verdankt die Stadt dem Gedeihen seines weitaus wichtigsten Erwerbszweiges, des Handels. An der Mündung der großen Wasserstraße gelegen, die, aus dem westlichen Galizien kommend, Polen und Westpreußen durchströmt, hat es Jahrhunderte hindurch die Ein- und Ausfuhr eines weiten bis tief nach Rußland und Ungarn reichenden Hinterlandes beherrscht.

Freilich ist die Bedeutung der großen Ströme für die Verkehrsbeziehungen sehr zurückgegangen, seit ihnen die Schienenwege als Wettbewerber an die Seite getreten sind, und für Danzig mußte sich dieser Wettbewerb besonders stark geltend machen, weil für die Verbesserung des Fahrwassers der Weichsel auf russischer

Seite so gut wie nichts getan wurde, während die ganz oder wenigstens in ihrem schiffbaren Mittel- und Unterlaufe deutschen Ströme der Oder, der Elbe, der Weser und des Rheins sich der eingehenden Fürsorge des Staates erfreuten.

Begünstigt wird der Verkehr Danzigs durch die überaus glückliche Gestaltung seines Hafens. Die Danziger Bucht liegt unter dem Schutze der Halbinsel Hela und dadurch ist der Ansegelung eine Sicherheit gewährleistet, wie sie nicht leicht wieder zu finden ist. Der Hafen ist, weil an einem 27 Kilometer oberhalb Neufahrwasser durch Schleusen abgesperrten Mündungsarm der Weichsel gelegen, frei von jeder Strömung. Diese ganze 27 Kilometer lange Wasserfläche, die „Tote Weichsel", mit ihren Abzweigungen bietet ebenso für den Seeschiffsverkehr wie für den Binnenschiffahrtsverkehr, wie schließlich auch für den Holzverkehr, und zwar sowohl für die Lagerung wie für die Verladung von Holz, die denkbar geeignetesten Bedingungen dar.

Von wesentlicher Bedeutung ist ferner die nahe Lage Danzigs zur See. Man denke an den mehr als 40 Kilometer langen Weg der Schiffe von Pillau durch das Frische Haff nach Königsberg, an die noch größeren Entfernungen zwischen Swinemünde und Stettin, zwischen Kuxhaven und Hamburg, zwischen Bremerhaven und Bremen usw. und vergleiche damit die Kürze des Hafenreviers in Danzig. Wie schwierig ist es für Königsberg und Stettin im Winter den Hafenverkehr von Eishindernissen freizuhalten, während für Danzig ebenso wegen seines kurzen Reviers die Frage sich so einfach löst, daß praktisch Danzig als völlig eisfreier Hafen angesehen werden kann.

Von großer Bedeutung ist für den Handelsverkehr Danzigs der Umstand, daß sich die Stadt eines Freibezirks erfreut. Hier kann ohne jede zollamtliche Aufsicht der Umschlag von Waren besorgt werden. Die Forderung Polens einen freien Zugang zum Meere zu erhalten, ist durch das Bestehen dieses Freibezirks zum größten Teil bereits erfüllt. Denn wie jeder andere Verkehr, so kann sich in ihm auch der polnische in völlig freier Weise abspielen. In Frage könnte allerdings kommen, ob der Freibezirk dem nach Friedensschluß zu erwartenden größeren Verkehr gewachsen ist. Von Rußland wurde seit je eine bewußt verkehrsfeindliche Politik betrieben. Von dem polnischen Staat darf wohl angenommen werden, daß er mit dieser Politik brechen wird, und dann würde allerdings der Danziger Freibezirk, über den sich doch ein großer Teil der polnischen Ein- und Ausfuhr bewegen wird, nicht genügen. Hier werden sich aber Mittel und Wege finden, um dem Danziger Freibezirk die erforderliche Leistungsfähigkeit zu geben. Schafft man dann noch nach dem Vorbild der Rheinakte eine Weichselakte, die die freie Schiffahrt auf der Weichsel gewährleistet — tatsächlich hat sie auf deutscher Seite schon von jeher bestanden — und werden entsprechende Bestimmungen auch für den Eisenbahnverkehr getroffen, so läßt sich die Wilsonsche Forderung, daß Polen einen freien und gesicherten Zugang zum Meere erhalten soll, erfüllen, ohne das ebenfalls von Wilson anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker den Deutschen in Westpreußen gegenüber in gröblichster Weise dadurch zu verletzen, daß man Westpreußen und insbesondere Danzig zwangsweise und gegen ihren ausgesprochenen Willen polnisch macht.

Danzigs Ausfuhr bestand — jetzt ruht der Seeverkehr so gut wie ganz — vorzugsweise aus den Bodenerzeugnissen seines Hinterlandes und aus Fabrikaten, die aus den Urprodukten unmittelbar gewonnen werden. Sie gilt daher namentlich den Artikeln Getreide, Ölsaaten, Mehl, Zucker, Melasse und Holz. Ziel der Ausfuhr waren vorzugsweise die westeuropäischen Häfen, vornehmlich die englischen und die niederländischen und belgischen.

Die Zahlen des Danziger Ausfuhrhandels haben von je ein starkes Auf und Ab gezeigt. Es liegt das in der Natur dieses Teiles seines Handels begründet: er war groß oder klein, je nachdem die Getreide- und Zuckerrübenernte in seinem Hinterlande und je nachdem der Holzeinschlag im Winter und die Waldabfuhr zu den Verflößungsstellen groß oder klein waren.

Ganz anders der Einfuhrhandel. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit den Gütern des täglichen Verbrauchs in Stadt und Hinterland, und die Zunahme der Bevölkerung, die sich vor dem Kriege in unserm Hinterlande allenthalben zeigte, drückte sich u. a. in den stetig steigenden Ziffern unseres Einfuhrhandels aus.

Seinem Umfange nach war der bedeutendste Seeeinfuhrartikel englische Steinkohle. Sie beherrschte früher den Danziger Markt ausschließlich. Dann fing Oberschlesien an, sich in einem von Jahr zu Jahr wachsenden Maße an der Kohlenversorgung Danzigs und unserer Küstengegend zu beteiligen, und bei Ausbruch des Krieges teilten sich England und Oberschlesien fast zu gleichen Teilen in unsere Kohlenversorgung. Bedeutend ist die Einfuhr von Heringen. Auch in diesem Artikel hat England von jeher den hervorragendsten Platz eingenommen und ihn unmittelbar bis zum Kriege behauptet. Namentlich das polnische Industriegebiet bezog englische Heringe in großen Mengen über Danzig. Die Versorgung unseres Hinterlandes mit Kolonialwaren vollzog sich in der Hauptsache über See von Hamburg aus. In zweiter Reihe kam Bremen in Betracht, und einen starken Anteil an der Einfuhr hatten auch London, Kopenhagen und Rotterdam. Wichtig waren ferner der Eigenhandel Danzigs mit Wein, Petroleum, Salz und Eisenwaren. Den größten Raum in der Einfuhr Danzigs nahm aber der Speditionshandel ein. Ihm gehörte ein großer Teil der umfangreichen Einfuhr von Drogen, Gerbstoffen, Chemikalien und künstlichen Düngemitteln und rohen Rindhäuten. Ein Teil dieser Einfuhr kam unmittelbar von Südamerika, ein anderer als Teilladung von Hamburg hierher.

Häufig freilich ist schwer festzustellen, was Eigenhandel ist und was Speditionshandel. Diese Frage ist aber auch von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist die Gesamtgüterbewegung: wenn viel eingeführt wird, so entsteht Angebot von Schiffsraum zur Ausfuhr, und ein großer Schiffsverkehr bringt immer die günstigsten Ladungsverhältnisse.

Die obige kurze Übersicht über Danzigs Handel hat gezeigt, daß er sich seewärts zwar in der Hauptsache mit europäischen Häfen abspielt, daß er aber auch über transozeanische Beziehungen verfügt und binnenwärts seine Fäden über sein provinzielles Hinterland hinaus nach Polen und den weiten Gebieten Rußlands, sowie nach Galizien, Ungarn und den Balkanländern spinnt. Der Danziger Kaufmann selbst aber wurzelt, wie eine am 28. Februar d. J. im altehrwürdigen Artushof abgehaltene, von der Danziger Kaufmannschaft fast restlos besuchte Versammlung erklärte, unentreißbar im Boden der deutschen Kultur und weist daher jeden Gedanken der politischen Abtrennung Danzigs von Deutschland und des Übertritts zu einer anderen staatlichen Gemeinschaft als unerträglich und von schwerer Zukunftsgefahren zurück. Danzigs Handel gehört der gewerbsfleißigen Welt, Danzigs Boden dem deutschen Vaterlande."

Richtigstellungen der Denisschen Denkschrift

Zu der in Nr. 3 der „Mitteilungen" wiedergegebenen **Denkschrift von Denis** veröffentlicht die **Deutsche Allg. Zeitung** Nr. 155 vom 31. März folgende wertvollen Ausführungen aus der Feder des **Bromberger Oberbürgermeisters Dr. Mitzlaff**, die sich im besonderen mit den Entstellungen der Verhältnisse des Netzedistrikts befassen.

Über die Verhältnisse im Osten herrscht soviel Unklarheit, daß man nicht genug tun kann, die tatsächlichen Verhältnisse ins rechte Licht zu stellen, auch auf die Gefahr hin, daß man bekannte Sachen nochmals wiederholt. Einen besonderen Anlaß zu einigen Bemerkungen über den Netzedistrikt, der sich im wesentlichen mit dem Regierungsbezirk Bromberg deckt, gibt wieder einmal die in Nr. 126 dieser Zeitung veröffentlichte Denkschrift des Herrn Denis, Referent für Polen in der dem französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zugeteilten polnischen Kommission. Über Posen, „1815

aus den beiden Bezirken des Großherzogtums Warschau, Posen und Bromberg gebildet," heißt es in der Denkschrift:

„Das Großherzogtum Posen umfaßt 27 Kreise; von diesen haben 18 polnische Bevölkerung in Höhe von 75 Prozent, während in den übrigen 6 Kreisen die polnische Bevölkerung mehr als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht und in den drei letzten Kreisen weniger als 50 Prozent beträgt. Das Großherzogtum Posen kann demnach mit vollem Recht als ein überwiegend polnisches Gebiet angesehen und in seiner Gesamtheit Großpolen zugeteilt werden."

Die in dieser Darstellung liegende Irreführung des unbefangenen Lesers übersteigt denn doch das Erlaubte. Der nicht die Einzelheiten beherrschende Leser muß natürlich glauben, daß die Anführungen über die 27 Kreise und deren Nationalität die ganze Provinz Posen umfassen, und er muß zu der Auffassung kommen, daß das über den nationalen Charakter der Provinz Posen ausgesprochene Urteil, rein zahlenmäßig betrachtet, eine gewisse Berechtigung habe. In Wirklichkeit sind aber nur diejenigen Kreise, die zum Regierungsbezirk Posen gehören, berücksichtigt, die den Polen ungünstigen Nationalitätsverhältnisse des Bezirks Bromberg werden einfach verschwiegen, weil deren Miteinbeziehung den schönen Schluß „daß das Großherzogtum Posen mit vollem Recht als überwiegend polnisches Gebiet angesehen und in seiner Gesamtheit Großpolen zugeteilt werden müsse," sehr unangenehm stört.

Der Netzedistrikt war schon während des Bestehens des polnischen Reiches dank der ganz besonders intensiven Besiedelung seiner Städte und Dorffluren durch deutsche Kolonisten der deutschen Kultur gewonnen. Es war daher auch innerlich begründet, daß, als Preußen 1772 bei der ersten Teilung Polens Westpreußen erwarb, auch der Netzedistrikt gleichzeitig mit Westpreußen zu Preußen kam, während der Posener Bezirk zu „Südpreußen" erst bei der zweiten Teilung Polens, 1793, also erst 21 Jahre später, von Preußen hinzuerworben wurde. Und diesen deutschen Charakter hat der Netzedistrikt auch weiter immer behalten. Das deutsche Bürgertum und Bauerntum im Netzedistrikt durfte sich dabei von den ersten Jahren seiner Zugehörigkeit zu Preußen an, wo Friedrich der Große mit der ungeheuren Tatkraft seiner Staatskunst binnen weniger als 2 Jahren durch den Bromberger Kanal die Wasserverbindung zwischen Oder und Weichsel schuf, bis in die Gegenwart hinein der besonderen Unterstützung des preußischen Staates erfreuen. Der Bromberger Bezirk war und blieb so bis in die Gegenwart stets der Hort des Deutschtums in der Provinz Posen. Vor allem war die schöne Stadt Bromberg mit ihren 85 Prozent Deutschen stets ein besonderes Kleinod des Deutschtums.

Aber auch der ganze übrige Netzedistrikt ist ganz und gar deutsch geblieben, und zwar selbst nach den reinen Einwohnerzahlen, in denen sich natürlich das kulturelle Übergewicht der deutschen Kultur gegenüber den die unterste Bevölkerungsschicht bildenden Polen nicht ausdrückt.

Man muß dabei zur richtigen Beurteilung zurückgehen auf die alten Grenzen des Netzedistrikts, die sich mit dem Regierungsbezirk Bromberg nicht ganz decken. Die einzelnen Kreise des Netzedistrikts — die nur mit einem kleineren Teile ihres Gebietes zum alten Netzedistrikt gehörenden Kreise sind dabei nicht berücksichtigt — enthielten 1910:

Bromberg Stadt	82,3	Proz. Deutsche
Bromberg Land	62,2	„ „
Wirsitz	51,3	„ „
Charnikau	71,2	„ „
Filchne	70,2	„ „
Kolmar	81,3	„ „
Hohensalza	36,9	„ „
Strelno	19,9	„ „
Schubin	44,0	„ „
Deutsch-Krone	98,5	„ „
Flatow	72,8	„ „

und der Gesamtbezirk 63,4 Proz. Deutsche.

Dadurch, daß aus Gründen der Verwaltung der Regierungsbezirk Bromberg anders abgegrenzt wurde, indem im Norden die jetzt westpreußischen Kreise Deutsch-Krone und Flatow, die fast ganz deutsch sind, abgezweigt und im Süden eine ganze Reihe

stark polnischer Kreise, vor allem die ganz überwiegend polnischen Kreise Wongrowitz, Gnesen, Witkowo, hinzukamen, ist das Zahlenverhältnis zwischen Deutschen und Polen zuungunsten der Deutschen verschoben. Aber auch selbst in der verordnungsmäßigen Abgrenzung hat der Bezirk Bromberg immer noch über 50 Prozent Deutsche.

Mehr noch als die Zahlen wiegen aber schließlich die Kulturwerte. Wem, der je im Osten war, sollten jemals Zweifel darüber gekommen sein, daß der Netzedistrikt und seine Hauptstadt Bromberg rein deutsche Gebiete sind? Die blühenden Städte, in denen Gewerbefleiß und reges geistiges Leben miteinander wetteifern und die hinter den Städten in den anderen Teilen des Reichs in nichts nachstehen, zeugen von frischer, vorwärtsstrebender Bürgerkraft, und ebenso zeugt die blühende Landeskultur von der zähen Kraft des deutschen Bauern, der in unablässigem Kampf mit der Natur aus der wilden Wasserwildnis an Netze und Brahe weithin fruchtbare Flächen der Kultur gewonnen hat.

Wenn Herr Denis also berichtete: „daß das Großherzogtum Posen nach dem von ihm angeführten Zahlen mit Recht als ein überwiegend polnisches Gebiet angesehen werden könne", so schlägt das den Tatsachen kraß ins Gesicht. Hier ist deutsches Land und deutsche Kultur, und Deutschland hat ein Recht, dies Land, das es nicht durch das Schwert des Eroberers, sondern ausschließlich durch die überlegene Kraft deutscher Arbeit sich gewonnen hat, auch in Zukunft sein eigen zu nennen. Mag Wilson den Polen polnisches Land zusprechen, auf der anderen Seite gilt der Satz: Was deutsch ist, muß unter allen Umständen deutsch bleiben.

Zur Richtigstellung der Problemlage in **Oberschlesien** bringt die **D. Allg. Ztg.** Nr. 137 vom 21. März folgendes **Eingesandt:**

Der Einsender bezieht sich auf das amtliche Quellenmaterial der Volkszählung von 1910 und stellt die beträchtlichen Abweichungen zugunsten der polnischen Ansprüche fest. Danach ergibt sich folgendes:

Kreise	Anteil der poln. Bevölkerung nach der französischen Denkschrift	Anteil der poln. Bevölkerung nach den amtlichen Quellen	
Pleß	87,6 Proz.	86,0 Proz.	
Lublinitz . . .	85,0 „	79,3 „	
Rosenberg . .	83,6 „	80,7 „	
Großstrehlitz .	81,6 „	79,2 „	
Rybnik . . .	80,6 „	77,8 „	
Tost-Gleiwitz .	79,5 „	76,4 „	
Gleiwitz-Stadt.	25,9 „	14,7 „	!
Oppeln-Land .	78,2 „	75,8 „	
Oppeln-Stadt .	19,9 „	15,8 „	
Kosel	78,1 „	75,1 „	
Tarnowitz . .	73,0 „	66,8 „	
Beuthen-Land .	68,8 „	62,8 „	
Beuthen-Stadt	38,2 „	33,1 „	
Kattowitz Stadt	14,2 „	13,4 „	
Kattowitz-Land	63,3 „	64,8 „	
Zabrze	59,8 „	51,0 „	
Kreuzburg . .	53,0 „	47,2 „	!
Königshütte .	45,5 „	34,0 „	!

Der Einsender schreibt dazu:

„Da diese Abweichungen sich fast alle in einer Richtung bewegen, nämlich zugunsten der polnischen Ansprüche, so fällt es schwer, nicht an einen absichtlichen „Irrtum" zu glauben. Auch darauf möchte ich noch hinweisen, daß von den 1 169 340 Einwohnern Oberschlesiens, welche 1910 das Polnische als Muttersprache angaben, 767 000 des Deutschen mächtig waren." Wir möchten noch hinzufügen, daß die Angabe der polnischen Muttersprache in vielen Fällen, wie hier wiederholt hervorgehoben wurde, durchaus nicht immer mit einem Bekenntnis zum Polentum identisch ist.

Über die **Lage in Westpreußen** erhalten wir folgende Darstellung:

In der Denkschrift, die Ernest Denis, der Referent für Polen, in der dem Ministerium des Auswärtigen in Paris zugeteilten polnischen Kommission verfaßt hat (vgl. Mitteilungen Nr. 3 S. 28 ff.), sind Angaben über die völkischen Verhältnisse in Westpreußen enthalten, die infolge ihrer Unvollständigkeit irreführend sind. Er spricht von zwölf Kreisen mit polnischer Mehrheit und von zehn Kreisen mit deutscher Mehrheit. Diese letztere Zahl ist falsch. Sieben Kreise, in denen die Deutschen die Mehrheit haben,

fehlen in der Zusammenstellung. Tatsächlich haben von den neunundzwanzig Kreisen der Provinz Westpreußen siebzehn eine deutsche Mehrheit und nur zwölf eine slavische, d. h. eine aus Polen und Kaschuben bestehende. Die Polen machen diesen Unterschied nicht, obwohl sich die Kaschuben völkisch und sprachlich deutlich von ihnen unterscheiden. Die Kaschuben stehen den Wenden näher als den Polen, und das Kaschubische ist eine mit dem Polnischen zwar verwandte, aber deutlich von ihm unterschiedene Sprache.

Da die Denkschrift die polnischen Forderungen auf weite Gebiete Westpreußens mit völkischen Beweisen nicht erhärten kann, verzichtet der Verfasser darauf, verläßt den Rechtsstandpunkt und erhebt seine Ansprüche lediglich mit der Gebärde des Eroberers. Als dürftige Begründung nennt er die Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung Polens und auf die Einfuhr der französischen Industrieerzeugnisse. Als ob diese Einfuhr über einen deutschen Hafen nicht ebenso gut erfolgen kann! Und die wirtschaftliche Stärke der Polen hat sich in Westpreußen der der Deutschen stark unterlegen gezeigt, wie die Zahlen des „Statistischen Jahrbuches Polens" (Krakau 1917) ergeben.

Während auf 100 Einwohner in Westpreußen 35 Slaven entfallen, sind unter 100 Berufstätigen nur 29,5 Slaven. Die überwiegende Zahl aller Betriebe ist in deutschen Händen (82,36 Prozent deutsche, 14,55 Prozent polnische). Auch nach den auf den Kopf der Bevölkerung berechneten Beträgen der Gemeindesteuer stellen die Deutschen in Westpreußen die den Polen weit überlegenen wirtschaftlichen Kräfte. In den Landkreisen mit deutscher Mehrheit ergibt sich ein Durchschnitt von 14,12 Mark (in den Stadtkreisen ist er noch erheblich höher), in den Landkreisen mit polnischer Mehrheit dagegen nur ein Durchschnitt von 9,38 Mark. Besonders zu beachten sind die Ergebnisse der Kreise Pr. Stargard und Konitz; in ihnen finden wir folgende Sätze:

Stadt Preußisch Stargard mit 54 Prozent Deutschen 26,12 Mark,

Landkreis Pr. Stargard mit 21 Prozent Deutschen 6,60 Mark,

Stadt. Konitz mit 98 Prozent Deutschen 23,72 Mark,

Landkreis Konitz mit 38 Prozent Deutschen 6,55 Mark.

Diese zahlenmäßigen Verhältnisse beweisen die wirtschaftliche Überlegenheit der Deutschen über die Polen. Eine Polonisierung des Landes würde seinen wirtschaftlichen Rückgang unabweisbar zur Folge haben.

Zu den geschichtlichen und kulturellen Gründen treten die völkischen und wirtschaftlichen, aus denen Danzig und Westpreußen deutsch bleiben müssen.

Aus den Deutschen Volksräten

Die politischen Kurse der Deutschen Vereinigung in Bromberg. Im Anfang war das Wort, das planvolle, lichtschaffende Wort, das der Tat vorhergeht und ihr den Weg zeigt. Wir stehen an einem Anfang, vor dem Neuaufbau Deutschlands. Es ist Zeit an die Arbeit zu gehen, deshalb ist das wegweisende Wort am Platze. Dies und nichts anderes war die Bedeutung der politischen Kurse, die die deutsche Vereinigung in Bromberg vom 25. bis 29. März abgehalten hat. Die Hörer dieser Kurse sind Männer aller Parteirichtungen gewesen, die ihre Kraft der Mitarbeit am gemeinsamen Besten widmen wollen. Männer des Arbeiterstandes und des Bürgertums traten als Redner und Lehrer auf. Gerade aus diesem Zusammenklang hat sich der größte Gewinn des weitschauenden Unternehmens ergeben. Es ist ein Boden gefunden für die Zusammenarbeit aller Deutschen. Nicht eine Klasse oder eine Partei kann uns aus dem jetzigen Elend herausführen, das ganze Volk muß zusammenstehen, Mann für Mann. In diesem Gedanken fanden sich die Ausführungen des Begründers der Kurse, des Geh. Regierungsrats Cleinows, des Superintendenten Brinckmann, des Rektor Hille, des Herrn

Boehm, des Vorsitzenden des Vollzugsausschusses der Bromberger A.- und S.-Räte, Stoeßel und vieler anderer.

Herr Cleinow sprach über des Deutschen Reiches auswärtige Politik, von 1871 bis zum Zusammenbruch 1919. Er legte dar, wie nach der Reichsgründung 1871 die Reichsleitung es nicht vermochte eine gemeinsame Parole für das ganze Volk — auch in den Tagen Bismarcks nicht — auszugeben, wie sich vielmehr dessen Bestrebungen und Kräfte in wirtschaftlichen und politischen Sonderbestrebungen zersplittert hätten, so daß bei Kriegsausbruch das deutsche Volk wohl gefühlsmäßig vereint dastand, seine auseinanderstrebenden Kräfte aber dem furchtbaren Druck der Feinde nicht auf die Dauer widerstehen konnten. Nur die Vereinigung aller Volkskräfte kann helfen. Aufbauen müssen wir dabei auf der Grundlage der Arbeitsgemeinschaft, die sich als die breiteste und tragfähigste bisher erwiesen hat. Es sind dies die Gewerkschaften, sowohl die freien, wie die christlichen.

Herr Stoeßel hob diesen Einigungsgedanken in seiner Betrachtung „Wohin gehört Polen?" besonders für die Ostmark hervor, und gab seiner Zuversicht mit folgenden Worten Ausdruck: „Die großpolnischen, nationalistischen Ziele müssen dann, wenn wir deutschen Kreise zusammenstehen, einig bleiben und Schulter an Schulter zu den Waffen greifen, an dem geeinten deutschen Geist zerschellen!" Immer wieder betonte er in seinen Worten, daß wir mit dem polnischen Volke in Frieden und Freundschaft leben wollen und daß sich unsere Abwehr nur gegen die Hetzer und Chauvinisten richtete, die das Volk in den Aufstand hineingepeitscht hätten. Superintendent Brinckmanns Vortrag über das Parteiwesen zeigte den Weg zu neuem Aufstieg in politischer Schulung im Kampf gegen den faulen Pessimismus und die Wiedererweckung des Glaubens an die Kräfte des deutschen Volkstums. Von den Schwächen des immer noch allzu unpolitischen Deutschen sprach auch Prorektor Dr. Hille in seinem Vortrag über Volkstum und Staat, wies aber auf die Fortschrittlichen Errungenschaften Preußens im 19. Jahrhundert hin.

Die staatsrechtliche, naturrechtliche, kulturelle und wirtschaftliche Zugehörigkeit Posens zu Deutschland beleuchtete Professor Adamek mit überzeugender Klarheit.

Dr. Max Hildebert Boehm entwickelte das Verhältnis des sozialdemokratischen Parteilebens zum Gesamtsystem des Sozialismus und des Sozialismus zum liberalen Individualismus.

So sind diese Kurse eine gute Schmiede geistiger Waffen und deutscher Willenshärtung gewesen. Die Männer, die mit dem Rüstzeug dieser Gedanken an die Arbeit in der Ostmark gehen, sind Pioniere eines neuen geeinigten Deutschlands. In ihrem Lager sind Deutschlands Fahnen. Möge die Tat halten, was das Wort verheißt.

Kleine Nachrichten

Deutsche Männer zum polnischen Kriegsdienst gezwungen. Es geht ein Sturm durch die Ostmark und fegt allen feigen Kleinmut fort, wie in alter Zeit verkünden Flammenstöße durch das ganze Land das Nahen der Gefahr. So flammen jetzt Stadt um Stadt die Protestkundgebungen der Posener Deutschen auf. Die Augen auf! Posen ist in Gefahr! Wir alle hier sind in Gefahr, polnisch zu werden. — Und doch gibt es noch Leute, die gottergeben und gemütlich die Augen zumachen und sich mit ihrer Lieblingslitanei trösten, „es wird schon nicht so schlimm werden". Die unausrottbaren Mieser wollen nicht aus ihrem Behagen gerissen werden und beschwichtigen sich mit spärlichem Trost: „Leben müssen uns die Polen doch schließlich auch lassen" — leben ja, aber wie! Es gibt viele, die sich noch gar nicht bis in die letzten Konsequenzen hinein vorgestellt haben, was es heißt, Polen zu werden, Bürger eines Staates, der Deutschland nicht nur fremd, sondern schlechthin feindlich ist. Wird deutsches Land polnisch, so ist damit Feind,

schaft gesetzt zwischen beiden Ländern, und der neue Krieg, in dem Deutschland sich das Geraubte zurückholen wird, ist unvermeidlich. Und was wird mit den Posener Deutschen in einem solchen Kriege geschehen? Schon jetzt haben die Polen sich nicht gescheut, die Deutschen im Aufruhrgebiet, die doch deutsche Staatsbürger sind, als polnische Wehrpflichtige zu erklären. Eine Verordnung des Obersten polnischen Volksrates aus den ersten Tagen des Februar stempelt sämtliche wehrfähige Männer, Deutsche wie Polen, zu Angehörigen der polnischen Straz-Ludowa, die gleichzeitig den Charakter einer Truppe erhielt und dem polnischen Heere eingegliedert wurde. Von jeder Person wurde außerdem eine Wehrsteuer in Höhe der Hälfte der Staatseinkommensteuer erhoben. Es laufen jetzt aus verschiedenen Kreisen des Aufstandsgebietes Meldungen ein, daß tatsächlich die wehrfähigen Deutschen die Gestellungsbefehle erhalten. Vielleicht will man sie an der windigen Lemberger oder Bolschewistenfront verwenden. Wer ist aber noch so harmlos, anzunehmen, daß die Polen, wenn sie erst ihre Herrschaft jahrelang befestigt haben sollten, sich die Deutschen, zu Soldaten geborenen jungen Männern, für ihr Heer entgehen lassen werden. Ein Heer werden sie brauchen, und zwar ein starkes Heer, denn weder Deutschland noch Rußland werden Verlust größerer Gebiete verschmerzen noch verzeihen. So würden in einem solchen Kriege die Posener Deutschen gegen ihr Mutterland stehen müssen. Manche, die in der Lage hierzu sind, werden sich vielleicht durch erdrückende Wehrsteuern davon freikaufen können. Sie würden aber beargwohnt, drangsaliert und interniert werden. Es sind dies keine Phantasiebilder, sondern unausweichliche Wirklichkeit, auf die die Posener Deutschen zutreiben, wenn sie zu Polen geschlagen werden sollten.

Noch kann ein großer Teil der Ostmärker die Waffen für Deutschland erheben. Stehen wir einheitlich Mann für Mann, so retten wir uns und die heranwachsende Jugend der Provinz vor dem Schicksal, vielleicht einmal die Waffen gegen Deutschland in die Hand gedrückt zu bekommen.

* * *

Vor uns liegende untrügliche Beweise, nämlich die polnisch-deutschen Aufforderungen im Original und im besetzten Gebiet erscheinende polnische Kreisblätter (wie „Wongrowitzer Kreisblatt" Nr. 23 vom 22. März 1919) bestätigen, daß die Polen in diesen Tagen alle deutschen Männer des besetzten Gebietes im Alter von 18—50 Jahren zum sofortigen Eintritt in die polnische Militärformation „Straz-Ludowa" gezwungen haben. Wer den Aufforderungen der Polen nicht sofort nachkommt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder bis zu 6 Wochen Gefängnis bestraft. Das bedeutet, die Polen zwingen deutsche Männer, die Waffe gegen ihr Vaterland zu erheben! Zur Bestreitung der Kosten der genannten militärischen Formation wird durch eine Verordnung von allen Personen ein einmaliger Beitrag in Höhe der Hälfte der jährlichen Staatseinkommensteuer und der Hälfte der durch die Staatsbehörde festgesetzten Gewerbesteuer erhoben. Da die Deutschen bekanntlich den Hauptanteil der Steuerleistung in der Provinz Polen tragen, so sind sie jetzt dazu verurteilt, den Polen die Kosten ihrer militärischen Einrichtungen zu decken.

Wir können gegen das infame Vorgehen der Polen einstweilen nur protestieren. Aber der Ruf der deutschen Männer im besetzten Gebiet um Schutz und Hilfe darf nicht ungehört verhallen. Die Regierung muß tun, was in ihren Kräften steht, um diesem nichtswürdigen Verfahren der Polen gegenüber entsprechende Maßnahmen sofort zu treffen und ungesäumt Vergeltung zu üben.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 7	Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	23. April 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Die wirtschaftliche Bedeutung der Provinz Posen für das Reich. Das deutsche Birnbaum. Das Deutschtum in Stadt und Kreis Rawitsch. Die Armee Haller und die Danziger Frage. Königsberger Kundgebung gegen Abtretung deutschen Landes an Polen.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die wirtschaftliche Bedeutung der Provinz Posen für das Reich

Einst klang es durch die deutschen Lande: „Nach Ostland wollen wir reiten" — es waren die Jahrhunderte, in denen deutsche Bauern, deutsche Bürger in dichten Scharen ihre Wohnstätten, die ihnen zu eng geworden waren, verließen und diesseits der Elbe sich eine neue Heimat suchten. Im zwölften Jahrhundert setzte diese Wanderung ein. Ende des vierzehnten Jahrhunderts war das Land bis zur Oder im wesentlichen besetzt und in den wehrhaften Weichselstädten eine Vorpostenlinie deutscher Wesensart bis in die Weichselgegend vorgeschoben. Zu jener Zeit entstanden im Lande Posen die meisten der jetzt noch vorhandenen Städte, voran Gnesen (vor 1243), Powidz, Meseritz, Kostschin, Hohensalza, die deutsche Stadt Posen (1253), Fraustadt, Schrimm, Rogasen, Samter, Gostyn usw., später Bromberg (1348) u. a., denen polnische Herrscher deutsches (Magdeburger) Stadtrecht verliehen. Diese vielleicht großartigste Kolonisation aller Zeiten war eine vom einheitlichen Willen und Gefühl des ganzen deutschen Volkes getragene Bewegung. Ritter und Mönch, Bauer und Städter gleichmäßig umfassend, steckte sie sich sowohl ideale wie wirtschaftliche Ziele und fand in beiden ihre Rechnung. Nicht nur gewann damals das deutsche Volk den Raum in Mitteleuropa, dessen es bedurfte, um zu seiner jetzigen Größe und Geltung zu gelangen. Es zog auch reiche Vorteile aus den kolonisierten Gebieten, deren Erträgnisse es verdoppelte und im Austausch mit den eigenen Erzeugnissen und denen der übrigen Welt sich nutzbar machte.

Die Verschiebung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse durch die Entdeckung des Seeweges nach Indien und von Amerika änderte die Stellung der deutschen Wirtschaft zum Osten. Handel und Gewerbe verfielen und damit lockerten sich auch die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der deutschen Städte in Posen zum deutschen Kernlande. Die Bauern, ihres Rückhalts an den Städten beraubt, gerieten unter die Hörigkeit des polnischen Adels. Der Friede von Thorn (1466) war der äußere Ausdruck des deutschen Niedergangs. Seit dieser Zeit hört der Nordosten auf, eine Rolle im Gesamtleben des deutschen Volkes zu spielen. Zwar erlebte die Provinz Posen nach dem Dreißigjährigen Kriege eine zweite deutsche Einwanderung in die allmählicher Polonisierung anheimfallenden Städte und in ihrem Gefolge auch den Zuzug zahlreicher bäuerlicher Ansiedler,

zumal in das Netzetal und in die Kreise Bromberg und Hohensalza. Rawitsch, Schwersenz, Grätz, Schlichtingsheim, Unruhstadt und andere Städte, an vierhundert Dörfer wurden gegründet. Aber diese neue Welle deutscher Einwanderung war keine Lebensäußerung der Gesamtnation. Sie kam aus den angrenzenden Provinzen Schlesien und Brandenburg und aus Holland. Sie wurde in das Land getragen, fast ohne daß die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit davon Notiz nahm. So ist es im großen und ganzen bis heute geblieben. Wohl zog die Netzekolonisierung des großen Königs in ihrer Genialität die Aufmerksamkeit des zeitgenössischen Europas auf sich, aber das innere Verhältnis Deutschlands zu seinem Osten wurde dadurch nicht geändert, auch nicht durch das Werk der Ansiedelungskommission, die bis zum Jahre 1909 zehntausend neue Bauernstellen schuf, dazu aber nur ein starkes Drittel aus dem Westen des Reiches herbeizuziehen vermochte.

Erst der Weltkrieg mit seinen wirtschaftlichen Erfahrungen hat hier Wandel geschaffen. Er hat gezeigt, welch wichtige Rolle der Osten im Haushalt der Nation spielt. Posen ist mit den übrigen östlichen Provinzen vorwiegend ein Agrarland. 54,1 Prozent seiner Bevölkerung nähren sich von der Landwirtschaft und den ihr verwandten Berufen. Während aber von der Bevölkerung Deutschlands in Posen nur 3,23 Prozent auf 5,36 Prozent der Fläche des Deutschen Reiches leben, erzeugt die Provinz von der Gesamtproduktion des Reiches an Weizen 4 Prozent, an Roggen 11,3 Prozent, an Gerste 8,4 Prozent, an Hafer 3,8 Prozent, an Kartoffeln 10,4 Prozent, an Zucker 13,6 Prozent. Aus dem Vergleich dieser Ziffern ergibt sich die große Bedeutung Posens als Überschußgebiet für das Deutsche Reich. Dieser Überschuß steigert sich in einzelnen Kreisen bis zu zwei Dritteln ihrer gesamten Brotkornernte. Bei den Kartoffeln und Zuckerrüben ist er noch größer. Dieser ganze Überschuß kommt bisher ausschließlich dem industriellen und stark bevölkerten Mittel- und Westdeutschland zugute, dessen agrarische Ergänzung die wie eine Spitze sich an ihr Gebiet heranschiebende und durch westwärts laufende Wasserwege mit der Oder in Verbindung stehende Provinz Posen bildet. 1913 gingen aus der Provinz Posen auf der Eisenbahn etwa 870000 Tonnen, daneben bereits 1908 auf den Binnenwasserstraßen 150000 Tonnen Agrarprodukte nach den übrigen Teilen Deutschlands. Auch nach den westpreußischen Häfen werden viele tausend Tonnen Posenscher Agrarprodukte jährlich zur Verschiffung nach Deutschland gebracht. Von der Ernte 1917 wurden nicht weniger als 331521 Tonnen Brotgetreide, 45719 Tonnen Gerste und Hafer und 18141528 Zentner Kartoffeln = 15 Prozent der Gesamtlieferung an das Deutsche Reich abgegeben. Ebenso bedeutend ist die Ausfuhr von Saatgut. Allein an Saatkartoffeln sind von der Ernte 1918 bisher 3,3—3,4 Millionen Zentner nach West- und Süddeutschland befördert worden. Auch an Schlachtvieh hat die Provinz in der Zeit vom 1. September 1917 bis 31. August 1918 335340 Stück = 7,6 Prozent der gesamten in Preußen abgelieferten Menge aufgebracht. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie zeigen aber auch deutlich, welch ungeheure Wichtigkeit der Provinz Posen beim Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft zukommt. Um seine Hauptindustrie wieder in Gang und auf die Höhe zu bringen, bedarf Deutschland Baumwolle, Erze, Fette und andere Rohmaterialien in ungeheurer Menge, die es in der Hauptsache nur von Übersee beziehen kann. Je weniger es auf die Einfuhr von Brotgetreide und Futtermitteln angewiesen ist, desto mehr Schiffsraum wird ihm zur Verfügung stehen. Daß es die erforderlichen Rohmaterialien gleich im Beginn des Wiederaufbaues in ausreichender Menge erhält, ist entscheidend dafür, ob Deutschland jemals wieder seine alte Selbständigkeit im Wirtschaftsverkehr der Völker erringen wird. Es muß schon um seiner Zukunft willen darauf bedacht sein, seinen Bedarf an Nahrungsmitteln, soweit als irgend angängig, aus dem eigenen Lande zu befriedigen. Posen ist die Provinz, die vor allem diese Aufgabe im Reich zu erfüllen hat. Ihr Verlust müßte die dauernde Verkümmerung des deutschen Wirtschaftslebens zur Folge haben.

Das deutsche Birnbaum

Der Kreis Birnbaum im nordwestlichen Teile der Provinz Posen enthält die beiden Städte Birnbaum und Zirke, 31 Güter und 59 Landgemeinden. Die Einwohnerzahl beträgt etwa 21 000—29 000 Seelen.

Der preußischen Verwaltung und dem preußischen Staat verdanken Stadt und Kreis Birnbaum ausschließlich ihre gegenwärtige hohe Kultur und wirtschaftliche Blüte. Beim Übergang an Preußen 1793 befand sich der Kreis in einem jammervollen Zustande von Unkultur und Mißwirtschaft. Nur die deutschen Tuchmacher in den beiden Städten Birnbaum und Zirke lebten in Wohlstand. Alle damals in Birnbaum bestehenden Innungen haben in ihren Stiftungsurkunden deutschen Wortlaut. Schlimm sah es auf dem flachen Lande aus, über das polnische Gutsherren geboten. Die Häuser waren nur Hütten, der Viehbestand in schlechtester Beschaffenheit, die Wege in größter Unordnung, die Wälder verwüstet. Nur der westliche Teil des Kreises Birnbaum machte eine rühmliche Ausnahme. Diesen Teil mit Einschluß der Stadt Birnbaum, den Vororten Lindenstadt und Großdorf und mehreren Dörfern hatte bereits im Jahre 1597 der deutsche und evangelische Christoph von Unruh erworben. Er und seine Nachkommen hatten die Herrschaft Birnbaum zu einem ganz deutschen Besitztum gemacht.

Den nordöstlichen Teil des Kreises Birnbaum bildet die Herrschaft Zirke. Diese Herrschaft, von der die Stadt Zirke schon damals überwiegend deutsch und die Dörfer Neuzattum, Eichberg, Schönwald, Treuenwalde, Tucholle, Katschlin und Grabitz rein deutsch waren, erwarb im Jahre 1832 der preußische Fiskus, der sie noch heute besitzt.

In den letzten hundert Jahren entwickelte sich der Kreis Birnbaum zu großer Blüte, wovon der zuletzt für die Jahre 1888 bis 1904 erstattete Verwaltungsbericht des Landratsamts ein deutliches Bild abgibt. Auf Seite 4 dieses Verwaltungsberichts ist ausdrücklich anerkannt: „Der Muttersprache nach besteht die Mehrzahl aus Deutschen. Im Osten und Süden wohnen Polen, die jedoch fast ausnahmslos auch der deutschen Sprache mächtig sind."

Auch heute noch ist der Kreis Birnbaum ganz überwiegend ein deutscher Kreis.

Die Stadt Birnbaum ist seit urdenklichen Zeiten deutsch, von Deutschen gegründet und bis heute eine deutsche Stadt geblieben. Dr. Werner Reinhold sagt in seiner 1848 erschienenen Chronik: „Die Stadt Birnbaum bekam um 1200 deutsche Einwohner." Radtke schreibt in seiner 1910 erschienenen Jubiläumsschrift: „Im Jahre 1400 ist der Ort sicherlich schon eine Stadt. Er heißt „oppidum Mézichod" — also Stadt Mezichod in Ter. Posn. 1400 Blatt 3 (Staatsarchiv zu Polen). Dieser Umstand läßt darauf schließen, daß das Deutschtum sich in dem polnischen Orte damals schon eine angesehene, ja führende Stellung zu erringen gewußt hatte. Und das machte sich besonders auch darin geltend, daß die Deutschen dem polnischen Orte Miedzychod bald nach jener Zeit — also um das Jahr 1400 — den deutschen Namen Birnbaum, welcher in gar keiner sachlichen Beziehung zu „Miedzychod" steht, — Miedzychod heißt Zwischenweg — aufzuprägen vermocht haben. Der Ort ist zu einer deutschen Stadt gemacht worden durch einen der großen Ansiedlungszüge, welche schon vom 11. und 12. Jahrhundert an ins Polenreich kamen, um sich hier eine neue Heimat zu gründen.

Birnbaum und seine Umgebung ist noch heute weit überwiegend, fast ausschließlich deutsch.

Birnbaum Stadt und die westlich der Demarkationslinie gelegenen Orte zählen nach der amtlichen Volkszählung 9989 Personen, davon 8437 mit deutscher, 1552 mit polnischer Muttersprache, davon in der Stadt Birnbaum 5274 Personen, und zwar 4525 deutscher und 749 polnischer Zunge. Die Einwohner-

zahl des gesamten Kreises einschließlich des besetzten Gebietes betrug am 1. Dezember 1910: 28 887, davon haben als Muttersprache angegeben: a) die deutsche 14 333, b) die polnische 14 513, c. andere 41.

Diese Zahlen der deutschen und polnischen Bevölkerung halten sich die Wage, wobei jedoch zu berücksichtigen bleibt, daß noch im Jahre 1904 in dem Verwaltungsbericht des Kreises Birnbaum gesagt werden konnte, daß die Zahl der Deutschen im Kreise die überwiegende sei. Erst in den letzten Jahren ist durch Abwanderung deutscher Arbeiterbevölkerung nach den westlichen Industrieorten und durch polnischen Nachzug das jetzige Zahlenverhältnis entstanden. Das Schwergewicht schlägt jedoch sofort erheblich zugunsten des Deutschtums über, wenn Besitz, steuerliche Leistungen und kulturelle Verhältnisse zum Vergleich herangezogen werden, wie die nachfolgenden Angaben überzeugend beweisen:

1. Stadt Birnbaum. Überwiegend deutscher Grundbesitz. Die Zahl der Wohnhäuser der Stadt Birnbaum beträgt 488; davon sind 453 = 92,8 Prozent mit 11 052 Mark Gebäudesteuer in deutschem Besitz. Von dem unbebauten Grundbesitz der Stadt sind 1421 Hektar = 99,8 Prozent in deutschem und nur 3 Hektar = 0,2 Prozent in polnischem Eigentum.

2. Unbesetzter Teil des Kreises Birnbaum. Hier stellt sich das Verhältnis so, daß sämtlicher Grundbesitz, nämlich 23 813 Hektar = 99,99 Prozent in deutschem und nur 3 Hektar = 0,01 Prozent in polnischem Besitz sich befinden.

3. Ganzer Kreis Birnbaum. Von 64 378 Hektar Gesamtareal befinden sich 52 057 Hektar in deutschem und nur 12 231 Hektar in polnischem Besitz. Also über 80 Prozent in deutschem Besitz.

Das Deutschtum ist in Industrie und Gewerbe in führender Stellung, sowohl in Zahl als in Bedeutung. Von 533 Hauptbetrieben der Stadt Birnbaum waren 482 = 90,4 Prozent in deutschem und nur 51 = 9,6 Prozent in polnischen Händen. Die polnischen Betriebe sind nur solche kleiner Handwerker und Krämer, die erst in den letzten Jahren eingewandert sind.

Die Deutschen brachten fast allein die Steuern auf. An Einkommensteuer zahlten die Deutschen in der Stadt Birnbaum 98,6 Prozent, die Polen 1,4 Prozent; im Kreise Birnbaum die Deutschen 84,8 Prozent, die Polen 15,2 Prozent; an Gewerbesteuern in Stadt- und Landkreis Birnbaum die Deutschen 95,9 Prozent, die Polen 4,1 Prozent. Die Deutschen haben das kulturelle Übergewicht. Wohlfahrtseinrichtungen, ein hochentwickeltes Schulwesen, die Anlage von Straßen und Bahnnetzen, Regulierung der Warthe, soziale und industrielle Einrichtungen aller Art — all das ist die Arbeit der Deutschen.

Aus all dem Angeführten ergibt sich, daß

der ganze Kreis Birnbaum überwiegend deutsch ist:

Sein Besitz und seine Bildung, sein Handel und sein Verkehr, seine Kultur und seine Steuerkraft sind fast ausschließlich deutsch. Auch die polnischen Bewohner des Kreises Birnbaum sind der Ansicht, daß der Kreis unzweifelhaft deutsches Land ist. Sie verlangen in ihrer Mehrzahl keine Loslösung vom Reich. Zahlreiche polnische Bauern und Arbeiter haben die Segnungen unserer Kultur erkannt und wiederholt erklärt, daß sie lieber beim Deutschen Reiche verbleiben, als einem polnischen Staatswesen angehören wollen.

Birnbaum ist deutsch und will deutsch bleiben!

Das Deutschtum in Stadt und Kreis Rawitsch

Der Kreis Rawitsch bildet einen nach Süden in die Provinz Schlesien hineinspringenden Zipfel der Provinz Posen. Der ganze Charakter dieses Landstriches ist schlesisch und nicht polnisch. Die deutschen Bewohner sprechen den schlesischen Dialekt und neigen in Sitte und Kultur ausschließlich zu Schlesien.

Die Kreisstadt Rawitsch in der südwestlichen Ecke des Kreises, $2^1/_2$ Kilometer von der schlesischen Grenze gelegen, war von jeher eine kerndeutsche Stadt und will es bleiben.

Die Stadt Rawitsch wurde zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges im Jahre 1639 gegründet von protestantischen Ansiedlern aus Schlesien, die ihres Glaubens wegen verfolgt aus der Heimat abgewandert waren. Im Laufe der Jahrhunderte hat sie trotz schwerer Heimsuchungen sich ihr Deutschtum treu bewahrt. Mehrere Male im Verlauf der Geschichte standen die Bürger, gedrängt durch die Not der Zeit, vor dem Entschluß, die Stadt aufzugeben und wieder nach Schlesien zurückzuwandern. Doch die Liebe zu dem ererbten oder erarbeiteten Besitz ließ sie jedesmal diesen Gedanken wieder aufgeben. Sie hielten aus und blieben; und auch das heutige Geschlecht wird allen Stürmen Trotz bieten und treu zu seiner Scholle halten.

Bürgermeister, Ratsherren und Schöffen in Rawitsch waren stets Deutsche. Die noch vorhandene Bürgerrolle, die vom Gründungsjahr bis zur zweiten polnischen Teilung, durch die Rawitsch an Preußen kam, fortgeführt ist, enthält nur deutsche Namen.

Unter den polnischen Grundherren hat die Stadt, abgesehen von den ersten Jahrzehnten, keine glücklichen Zeiten verlebt, da diese Herren die Stadt als ein Ausbeutungsobjekt betrachteten und die Ursache wurden, daß sie sich in ungeheure Schulden zu stürzen gezwungen war. Besonders der letzte Grundherr Graf Mycielski zog Rawitsch in schwere finanzielle Bedrängnisse hinein, in dem er es im Jahre 1776 zwang, Bürgschaft für seine ungeheuren Schulden zu übernehmen. Infolgedessen kam es späterhin soweit, daß die Stadt für die Schulden ihres Grundherrn gepfändet werden sollte. Rawitsch hat dann einen regelrechten Bankerott erlebt und als im Jahre 1839 die Konkursmasse ausgeschüttet wurde, erlitten die Gläubiger einen Ausfall von 335000 Talern. Die Folge davon war, daß die Stadt Rawitsch bis zur Verjährungsfrist — 50 Jahre lang bis 1890 — kein Eigentum erwerben konnte, was für sie ein unermeßlicher Schaden war.

Das war die Folge der polnischen Wirtschaft. Unter Preußens Herrschaft ist Rawitsch kräftig emporgeblüht.

Erst in den letzten Jahrzehnten haben sich in Rawitsch auch Polen niedergelassen, so daß die Stadt jetzt nicht mehr so rein deutsch ist, wie in den verflossenen Jahrhunderten. Immerhin sind von den 11525 Einwohnern, die die Stadt nach der Volkszählung von 1910 hatte, nur 1661 polnischer Nationalität.

Rawitsch ist also zu 86 Prozent deutsch.

Der deutsche Charakter der Stadt prägt sich am besten in folgenden Zahlen aus:

Von 973 Wohngrundstücken sind nur 95 in polnischer Hand, das ist weniger als 10 Prozent. Von 1097 Hektar unbebauter Grundfläche sind nur 100 Hektar in polnischem Besitz, das ist etwa 9 Prozent.

An Gebäudesteuern wurden gezahlt 24 339 Mark von deutschen, 1776 Mark von Polen; also noch nicht 7 Prozent.

Gewaltig ist der Unterschied bei der Einkommensteuer. An Einkommen über 3000 Mark wurden gezahlt:

von 308 Deutschen 64 987 Mark,
von 14 Polen 1 788 „ — 2,6 Prozent.

An Einkommen unter 3000 Mark;

von 969 Deutschen 19 625 Mark,
von 123 Polen 1 747 „ — 9 Prozent.

Im deutschen Besitz befinden sich 55 industrielle Anlagen, in polnischem Besitz eine einzige. Deutsche Handwerker sind 272 vorhanden, polnische 43; das ist $12^1/_2$ Prozent. Von Angestellten und Arbeitern sind deutsch 804, polnisch 133, das ist 14 Prozent.

Am Jahresschluß 1918 hatte das Rawitscher Gymnasium 234 Schüler; davon waren 34 polnisch, das ist 14 Prozent. Die höhere Mädchenschule wird von 237 Schülerinnen besucht, wovon 11 polnischer Muttersprache sind, das ist 4½ Prozent. Ebenso sind von den Rawitscher Knaben, die die Bürgerschule besuchen, nur 7 Prozent polnischer Nationalität.

Bemerkt sei noch, daß das Wasserwerk der Stadt Rawitsch auf schlesischem Boden liegt, was bei einer Änderung der Landesgrenze verhängnisvoll wäre.

Fast rein deutsch, wie die Kreisstadt Rawitsch, sind auch die Städte Bojanowo und Sarne.

Von den 2290 Einwohnern der Stadt Bojanowo sind nur 257 polnisch, also knapp 11 Prozent. Die Stadt Sarne hatte nach der Volkszählung von 1910 von 1293 Einwohnern nur 245 Polen, das ist 19 Prozent. In den beiden östlich gelegenen Städtchen Görchen und Jutroschin überwiegt zwar das polnische Bevölkerungselement, doch hat Görchen immerhin 34 Prozent und Jutroschin 42 Prozent deutsche Einwohner. Ebenso wie in Rawitsch, handelt es sich hier um ein bodenständiges, nicht um ein zugewandertes Deutschtum, denn alle diese Städte sind in früheren Jahrhunderten von deutschen Kolonisten gegründet worden. Das Deutschtum ist mithin ebenso alt wie diese Städte selbst. Die Polen dagegen sind zugewandert, was auch schon aus der Tatsache hervorgeht, daß es im alten Polenreiche ein selbständiges polnisches Bürgertum gar nicht gegeben hat.

Von den 50 240 Einwohnern des Kreises sind zwar nur 21 260 deutscher Nationalität, das ist 42 Prozent, doch wohnen die Deutschen durchweg in geschlossenen Siedelungsgebieten längs der Westgrenze des Kreises in Fühlung mit dem Kreise Guhrau, oder im Osten um Jutroschin in Fühlung mit dem Kreise Militsch. Der ganze Westen des Kreises ist bis zu der Linie Zawada-Gußwitz-Altguhle-Gerlach-Konarzewo-Karolinental-Dombrocznafluß-Wiesenbach-Neudorf bis auf den Bezirk des Rittergutes Laszczyn rein deutsch. Dieses Gebiet ist auch von den Deutschen in schwersten Kämpfen gegen den Ansturm der Polen gehalten worden. Nur Zawada und Karolinental sind augenblicklich von den Polen besetzt.

Was wir Deutsche mit Einsatz unseres Lebens um den Preis blutiger Opfer verteidigt haben, kann uns keine Macht der Welt wieder absprechen.

Die deutschen Einwohner dieses Westteils des Kreises haben, abgesperrt von der Landeshauptstadt, am 3. und 4. Januar dieses Jahres ihren Anschluß an die Provinz Schlesien erklärt.

Es geschah dies sowohl in öffentlichen Versammlungen, die von tausenden deutscher Männer und Frauen besucht waren, als auch durch Beschluß der Stadtverordnetenkollegien oder der Gemeindevertretungen. Dieser Anschluß an Schlesien ist vom Oberpräsidium und Zentralrat in Breslau anerkannt worden.

Durch Volksbeschluß hat sich also dieser Teil des Kreises Rawitsch von Posen losgesagt; doch auch die Deutschen im östlichen Teile des Kreises wünschen zur Provinz Schlesien geschlagen zu werden.

Stehen sie auch an Zahl gegenüber den dort seßhaften Polen zurück, so ist doch auch dieser Teil des Kreises, wenn man neben den Bevölkerungsverhältnissen den städtischen und ländlichen Grundbesitz, die Steuererträge, die wirtschaftlichen und kulturellen Werte zugrunde legt, als deutsch anzusprechen.

Folgende Zahlen beweisen dies:

a) Einkommensteuer:
die 2567 dazu veranlagten Deutschen zahlten . . . 201 622 Mark,
die 1521 dazu veranlagten Polen zahlten . . . . . 93 408 „ ;

b) Ergänzungssteuer:
die 1380 dazu veranlagten Deutschen zahlten . . . 28 337 Mark,
die 995 dazu veranlagten Polen zahlten . . . . . 19 472 „ ;

c) Gewerbesteuer:
die 459 dazu veranlagten Deutschen zahlten . . . 20 806 Mark,
die 136 dazu veranlagten Polen zahlten . . . . . 3 074 „ .

Im Kreise Rawitsch gibt es 194 gerichtlich eingetragene Handelsfirmen, davon sind 159 deutsch und nur 35 polnisch.

Die Geldinstitute von Bedeutung befinden sich außer der polnischen Genossenschaftsbank Ludowy alle in deutscher Hand, ebenso wie sämtliche Aktien der Liegnitz-Rawitscher Eisenbahn, die als Kreisbahn mit den Flügelstrecken Görchen-Pakoswalde und Görchen-Gostyn von außerordentlicher Bedeutung ist.

Das wirtschaftliche Leben des Kreises beruht auf dieser Bahn, die augenblicklich unterbrochen ist. Die Betriebsleitung hat ihr rollendes Material vor Ausbruch der Kämpfe zurückgeholt und wird es nicht eher wieder in Dienst stellen, bis die polnischen Truppen aus dem Kreise zurückgezogen sind, so daß sie die Sicherheit hat, ihr Material nicht zu verlieren.

Auch sonst ist das Wirtschaftsleben des Kreises völlig abhängig von dem Westteil mit seinen Städten, von der Breslauer Bahn und dem schlesischen Hinterland. Dies zeigt sich auch bei der Genossenschaftszuckerfabrik Görchen, deren Anteile zum weitaus größten Teil in deutschem Besitz sind, und deren Genossenschafter teilweise in Schlesien wohnen.

Die kulturelle Überlegenheit der Deutschen braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

Es ist daher voll berechtigt, wenn die Deutschen des Kreises Rawitsch als natürlichste Demarkationslinie die Nordgrenze des Kreises verlangen, zumal diese Linie die geradeste Verbindung nach Zduny-Krotoschin ist und den durch den Kreis Rawitsch gebildeten keilförmigen Vorsprung abschneidet.

Es sei noch hervorgehoben, daß im Kreise Listen gesammelt und an das Auswärtige Amt in Berlin geschickt wurden, mit etwa 10 000 Unterschriften von deutschen Kreisinsassen im wahlfähigen Alter, worin die Unterzeichneten erklären, daß sie bei Preußen und beim Deutschen Reiche bleiben wollen.

Diese Forderung wurde wiederholt in Volksversammlungen und Massenkundgebungen bekräftigt und der deutschen Reichsregierung durch Telegramme übermittelt, so am 8. Dezember 1918, am 3. Januar 1919, am 26. Februar 1919.

In Anbetracht aller dieser Tatsachen halten die Deutschen im Kreise Rawitsch es für selbstverständlich, daß sie beim Deutschen Reiche bleiben und fordern von der Reichsregierung, daß sie energisch dafür eintritt.

Die Armee Haller und die Danziger Frage

Wir geben nachstehend einen kurzen Überblick über die kritischen Wochen, in denen die Frage des Durchzugs der Truppen des Generals Haller zur Entscheidung gekommen ist. Die Entente stützte sich bei ihrem Verlangen, die Armee Haller in Danzig landen zu lassen, auf den Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages. Dieser Artikel lautet:

„Die Alliierten sollen freien Zugang zu den von den Deutschen an ihren Ostgrenzen geräumten Gebieten haben, sowohl über Danzig als auch über die Weichsel, um die Bevölkerungen dieser Gebiete verpflegen zu können und zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ordnung."

Aus dem Wortlaut des Artikels geht hervor, daß ein Recht auf Landung in Danzig aus ihm nicht hergeleitet werden kann. Die deutsche Regierung und die Waffenstillstandskommission vertraten von Anfang an diesen Standpunkt, wiesen aber außerdem in steigendem Maße unter dem überwältigenden Druck der Meldungen und Kundgebungen aus der bedrohten Ostmark auf die Gefahren hin, die eine Landung der Truppen in Danzig haben müßten. In ihr akutes Stadium trat die Frage in der ersten Märzwoche.

Die Warschauer interalliierte Kommission hatte am 5. März in Kreuz bei ihrem ersten Zusammentreffen mit der deutschen Kommission zur Regelung der Ostfragen unter Hinweis auf die vorgesehene Landung polnischer Truppen in Danzig die Zulassung einer größeren alliierten Kommission zur

Vorbereitung der Ausschiffung und des Weitertransportes der Truppen verlangt:

Auf diese Forderung hin machte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa in der Sitzung vom 7. März in einer Note die Alliierten nochmals dringlich darauf aufmerksam, daß die Landung stärkerer polnischer Kräfte in Danzig zweifellos den Anlaß zu neuem Blutvergießen geben würde. Auch die Lebensmitteltransporte von Danzig nach Polen würden durch die gleichzeitigen Truppentransporte erheblich beeinträchtigt werden. Mit besonderem Nachdruck betonte der deutsche Vorsitzende in der Note, welch schwere Gefährdung der deutschen Ostfront gegenüber den russischen Bolschewisten eintreten würde, wenn die rückwärtigen Verbindungen der deutschen Truppen im Osten gestört würden. Er schlug daher vor, etwaige Transporte polnischer Truppen in erster Linie über Libau zu leiten. In zweiter Linie kämen die ostpreußischen Häfen Memel und Pillau in Betracht. General Nudant versprach, die deutsche Note sofort nach Paris weiterzugeben.

Bei der Fortsetzung der Posener Verhandlungen am 15. März verlangten die alliierten Vertreter rascheste Entscheidung über die Landung der polnischen Division in Danzig und deren Transport nach Polen; andernfalls würde Danzig besetzt werden. Der Vorsitzende der deutschen Kommission protestierte dagegen und erklärte in einer Note, die Danziger Frage gehöre nicht zur Zuständigkeit der Kommissionsverhandlungen und könne nach dem Standpunkt der deutschen Regierung nur in Spaa entschieden werden. Hierauf verlas Botschafter Noulens einen Auftrag der alliierten Regierungen, in Posen über diese Frage zu verhandeln.

In der Vollsitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 19. März teilte Nudant mit, daß die Entente den deutschen Vorschlag ablehne, die polnischen Truppen statt in Danzig, in Königsberg, Memel oder Libau zu landen. Die interalliierte Kommission in Warschau sei vielmehr beauftragt worden, alle Vorbereitungen für die Landung der Truppen in Danzig zu treffen. Die deutsche Regierung werde zu diesem Zweck ersucht, den Mitgliedern der Kommission die dazu nötige Verkehrsfreiheit einzuräumen.

General v. Hammerstein wies darauf hin, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in vorliegender Frage wiederholt kundgegeben hat. Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 gebe der Entente nicht das Recht, die Landung der polnischen Truppen in Danzig zu fordern. Aber abgesehen von der Auslegung dieses Artikels würde die Landung der polnischen Truppen Unruhe unter der Bevölkerung östlich der Weichsel hervorrufen, was dem Geist dieser Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages widerspreche. Aus zahlreichen Mitteilungen gehe hervor, daß die dortige polnische Minderheit die Landung als Signal betrachten werde, um mit Unruhen und Agitationen zu beginnen. v. Hammerstein fuhr fort:

„Die deutsche Regierung hat mich offiziell ermächtigt, zu erklären, daß sie eine Landung polnischer Trnppen in Danzig nicht wünscht. Demgemäß ist es auch nicht erforderlich, daß alliierte Offiziere die Frage dieser Landung in Danzig prüfen. Das Anerbieten der Häfen Memel, Libau, Königsberg bleibt bestehen."

Nudant erwiderte, die vorgebrachten Gründe für die Ausschaltung Danzigs könnten von den Alliierten nicht angenommen werden. Im übrigen könne diese Frage nicht gleichzeitig in Spaa und Posen behandelt werden. Die interalliierte Kommission in Posen besitze die notwendigen Vollmachten zu ihrer Erledigung, und seine soeben gemachte Mitteilung sei nur die Wiedergabe des Befehls, den die Posener Kommission erhalten habe.

General v. Hammerstein betonte, daß gegenwärtig in Danzig und Westpreußen Ruhe herrsche. Eine Notwendigkeit, in Danzig Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu landen, könne also nicht anerkannt werden. Die deutsche Regierung habe angeordnet, daß sämtliche Fragen betreffend die Landung polnischer Truppen in Danzig durch die Waffenstillstandskommission in Spaa erledigt werden, wie dies Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 vorsieht.

In der Sitzung der Waffenstillstandskommission vom 20. März überreichte Nudant General von Hammerstein eine Note, in der er seine am 19. März mündlich abgegebenen Erklärungen über die Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig schriftlich bestätigte und ergänzte.

Die deutsche Regierung bestehe, wie es in der Note u. a. heißt, auf ihrem Recht, die Angelegenheit nicht von der interalliierten Kommission in Warschau, sondern von der internationalen Waffenstillstandskommission in Spaa behandeln zu lassen. Die deutsche Regierung könne keinesfalls die Landung in Danzig und den Durchzug der polnischen Truppen durch das national gemischte Land zulassen. Nicht nur die Rechtslage spreche in diesem Fall unbedingt zugunsten der deutschen Auffassung, sondern die von den Alliierten geforderte Landung in Danzig würde auch außerdem zu Ergebnissen führen, die zu den von der Entente wiederholt abgegebenen Versicherungen im Gegensatze stehen. Die Entente behauptet, sie wolle in den östlich der Weichsel gelegenen Gebieten ausschließlich die Ordnung erhalten und neues Blutvergießen vermeiden. Die von ihr geforderte Maßnahme würde aber die in diesen Landstrichen jetzt herrschende Ruhe stören, indem das Auftreten der polnischen Truppen zum Versuch gewaltsamer blutiger Unterdrückung der unzweifelhaft deutschen Mehrheit in Westpreußen führen würde.

Unter diesen Umständen könne die deutsche Regierung der Forderung nicht zustimmen, alliierte und polnische Offiziere in den Gebieten östlich der Weichsel unbeschränkt und unbeaufsichtigt reisen zu lassen. Es gebe keinen Paragraphen, der Deutschland dazu verpflichtet. Nach den Erfahrungen, welche die deutsche Regierung bei ihrem früheren Entgegenkommen in einem ähnlichen Falle mit Herrn Paderewski und Oberst Wade gemacht habe, müsse sie jetzt doppelt vorsichtig sein. Die deutsche Regierung sei jedoch bereit, daß Äußerste zu tun. Sie werde jeden Einzelfall bereitwillig prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Reisen zu bestimmten begrenzten Zwecken ohne Gefahr für die öffentliche Ordnung zugelassen werden können.

Nudant nahm die Note mit der Bemerkung entgegen, er werde sie sofort Foch übermitteln. Die Note habe den Vorzug, klar zu sein, indem sie die deutliche kategorische Ablehnung aller Vorschläge und Forderungen der alliierten und assoziierten Regierungen enthalte. Sie schaffe somit eine tatsächliche Lage, die in entsprechender Weise behandelt werden würde.

Am 26. März abends ging dem Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa folgende Note des französischen Vorsitzenden, des Generals Nudant, zu:

In Übereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Kriegsrates der alliierten und assoziierten Regierungen wird General Nudant in Ausführung der Klausel 16 des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 fordern, daß die Deutschen gestatten, daß die Armee des Generals Haller, welche ein Teil der alliierten Armeen ist, durch Danzig in Richtung auf Polen frei durchmaschiere mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Deutschen werden sich weiterhin verpflichten, alle Erleichterungen für die vorübergehenden Einrichtungen jeder Art zu geben, die für die durch diesen Hafenplatz marschierenden Truppen notwendig sind. Jede Weigerung, diesen Forderungen zu entsprechen, wird als ein Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen angesehen werden. Infolgedessen bitte ich Sie, von der deutschen Regierung die Vollmachten zu verlangen, die nötig sind, um die Art und Weise der Ausführung dringendst und auf Grund gegenseitigen Übereinkommens zu regeln.

gez Nudant.

Die Antwortnote der deutschen Regierung wurde nach eingehender Beratung im Kabinett und unter Zuziehung der Parteiführer der Nationalversammlung fertiggestellt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, den Alliierten freien Zugang über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches zu gewähren. Bei Abschluß

dieses Vertrages gingen wir jedenfalls davon aus, daß es sich nur um freien Durchzug für alliierte Truppen handeln könne, nicht aber um polnische. Die deutsche Regierung hat sich nicht verpflichtet, freien Zugang für eine polnische Armee über Danzig durch Westpreußen zu geben. In dieser Auffassung sieht die deutsche Regierung sich bestärkt durch die bekannten Vorkommnisse bei der Gewährung freien Geleits für den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski. Herr Paderewski hat unter grober Verletzung der gewährten Gastfreundschaft auf deutschem Boden in Posen das Zeichen zum Aufruhr und Bürgerkrieg gegeben. Bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 sagte er:

„Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden."

In der gesamten polnischen Öffentlichkeit wird auch die Armee Haller als polnische Armee bezeichnet. Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 hat sich zudem die Gesamtlage in Posen, Westpreußen und Danzig völlig verändert. Es würde nach den bekannten Vorgängen in Posen durch eine Landung polnischer Truppen in Danzig die Ordnung in Westpreußen aufs schwerste gefährdet werden. Niemand kann die Verantwortung übernehmen, daß die polnische Minderheit in Westpreußen ruhig bleibt, wenn die Armee Haller in Danzig landet. Nach den der deutschen Regierung täglich zugehenden zahlreichen Kundgebungen der deutschen Mehrheit in Westpreußen muß aber auch damit gerechnet werden, daß die deutsche Mehrheit gegenüber polnischen Angriffen gewaltsamen Widerstand leisten wird. Heute herrscht in diesen Gebieten Ruhe und Sicherheit, wenn aber die geforderte Landung nach dem heutigen Stand der Dinge zum blutigen Kampf in diesen Gebieten führt, so wird außerdem die deutsche Ostfront gegen den russischen Bolschewismus gefährdet. Die geringen deutschen Kräfte, welche die Sowjettruppen zurückhalten, hätten dann im Rücken gleichfalls den Feind und würden zwischen zwei Feuer geraten. Dem Bolschewismus ist dann der Weg nach Westpreußen und Polen frei. Die deutsche Regierung kann nach eingehender Prüfung eine Maßnahme nicht verantworten, die ohne Schaffung ausreichender Garantien den Bürgerkrieg im eigenen Land hervorrufen muß. Dagegen ist die deutsche Regierung nach wie vor bereit, die Landung der Armee Haller in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau mit allen Mitteln zu erleichtern und dadurch die Absicht der Alliierten, die Ordnung in Polen aufrecht zu erhalten, mit allen Kräften zu unterstützen. Die deutsche Regierung erklärt sich ausdrücklich bereit, alle Einrichtungen für die rascheste Landung und die Durchreise der Armee Haller nach Polen zu gewährleisten. Diese Wege führen auch eisenbahntechnisch schneller und ohne jede Störung der Lebensmittelzufuhr nach Polen zum Ziele. Um die in der Note von Marschall Foch gewünschten Vollmachten zur Regelung der Art und Weise der Ausführung der Landung auf Grund gegenseitigen Übereinkommens erteilen zu können, ersucht die deutsche Regierung um alsbaldige Mitteilung über folgende Punkte:

1. Zusammensetzung der Armee des Generals Haller und Stärke derselben.

2. Zeitpunkt der Landung der Armee Haller.

3. Angabe der Zeitdauer der Durchbeförderung der Armee Haller bis nach Polen.

4. Welche Gewähr könnten die alliierten und assoziierten Mächte dafür bieten, daß nicht die Armee des Generals Haller oder ein Teil derselben sich an politischen Kundgebungen oder an etwaigen Aufständen der polnischen Minderheit nach dem Vorgang bei der Anwesenheit des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in Posen beteiligt oder solche mit Sicherheit zu erwartenden bedauerlichen Ereignisse hervorruft?

gez. Reichsminister Erzberger.

Unterdessen war an die deutsche Reichsregierung eine Aufforderung gelangt, einen Bevollmächtigten zu persönlichen Verhandlungen über die Streitfrage nach Spaa zu entsenden. Von der deutschen Regierung wurde der Reichsminister Erzberger bevollmächtigt.

Reichsminister Erzberger traf am 2. April gegen 5 Uhr nachmittags in Spaa ein. In

seiner Begleitung befanden sich als Vertreter des Auswärtigen Amtes der Unterstaatssekretär Freiherr Langwerth von Simmern, ferner als Leiter der Zentralstelle des deutschen Grenzschutzes Ost der Major im Generalstabe Freiherr von Willisen, dann der Vorsitzende der Unterkommission für Transportwesen bei der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa Major im Generalstabe von Boettischer, der Oberbürgermeister der Stadt Danzig Sahm, sowie als Vertreter der Waffenstillstandskommission Berlin die Referenten Dr. Hemmer und Dr. Driesen.

Die Verhandlungen fanden am 3. und 4. April statt. Ihr Ergebnis war folgendes Abkommen:

I. Aus dem Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 ergibt sich für Deutschland die Verpflichtung, den Durchmarsch alliierter Streitkräfte über Danzig zuzulassen, und infolgedessen nach der Auffassung der Alliierten auch der Truppen des Generals Haller.

II. die deutsche Regierung hat folgende neue Transportwege vorgeschlagen:

1. von Stettin über Kreuz, Richtung Posen—Warschau,

2. von Pillau—Königsberg und Memel über Korschen—Lyck—Grajewo,

3. über Koblenz—Gießen—Cassel—Halle—Eilenburg, und über

Frankfurt-Main—Bebra—Erfurt—Leipzig—Eilenburg, dann weiter über Cottbus—Lissa—Kalisch.

III. Die deutsche Regierung gewährleistet die vollkommene Sicherheit dieser Transportwege. Auf der Gegenseite werden Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen könnte.

Die Transporte werden gegen den 15. April beginnen und ungefähr zwei Monate dauern.

Die beförderten polnischen Truppen sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung gemäß Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 bestimmt.

IV. Die Durchführung der Transporte wird durch einen Zusatzvertrag zu diesem Protokoll geregelt.

V. Sollten bei dem Transport über die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Verkehrswege ernste Schwierigkeiten entstehen, welche die deutsche Regierung, nachdem sie von den alliierten und assoziierten Regierungen benachrichtigt ist, nicht zu beseitigen vermag, so behält sich Marschall Foch, der Höchstkommandierende der alliierten Armeen, das Recht vor, auf die Transporte zurückzukommen, die im Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November vorgesehen sind, und zwar nach Ausführungsbestimmungen und mit Garantien, die durch die Internationale Permanente Waffenstillstandskommission festgesetzt sind.

Zu diesem Hauptabkommen wurde folgendes Zusatzabkommen getroffen, das die Einzelheiten des Durchzugs regelt (auszugsweise):

I. Die Transporte werden stattfinden auf einem der folgenden Wege:

a) Koblenz—Kassel—Halle—Frankfurt—Leipzig
Eilenburg—Kottbus—Lissa—Kalisch
b) Stettin—Kalisch
c) Pillau — Königsberg — Korschen — Lyck—Grajewo.

Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen wird zunächst die Linie a beanspruchen.

Der Beginn der Bewegung wird so bald als möglich, wenigstens 4 Tage vorher, den deutschen Behörden durch Vermittlung der ständigen interalliierten Waffenstillstandskommission im Falle der Verwendung der einen oder der anderen Linie mitgeteilt. Die Transporte können vom 15. April ab beginnen und werden ungefähr zwei Monate dauern.

II. Die Organisation der Transporte im einzelnen wird durch eine gemischte Kommission in Spaa geregelt. Für die Transporte b und c werden Generalstabsoffiziere der alliierten Armeen in Stettin und Königsberg gemeinsam mit den zuständigen deutschen Behörden die Bewegungen regeln.

III. Militärische Maßnahmen: Die Truppen werden in geschlossenen Zügen mit ihrer Munition und ihren Lebensmitteln befördert. Die Soldaten werden ihre Munition nicht bei sich tragen; diese wird viel-

mehr in einem Waggon des Zuges befördert; der Wagen wird plombiert. Die Verbindung zwischen dem technischen Eisenbahnpersonal, dem allein die Wahrnehmung des technischen Dienstes auf den Transportstrecken obliegt, und den Transportführern erfolgt durch Vermittlung von Offizieren der alliierten Armeen, die gleichzeitig die Verbindung zwischen den Truppen und den deutschen Militärbehörden herzustellen haben.

Alle Maßnahmen werden durch das alliierte Oberkommando getroffen werden, um Zwischenfälle zwischen der Truppe und der Bevölkerung zu vermeiden. Die deutschen Behörden werden ihrerseits gegenüber der Bevölkerung alle erforderlichen Polizeimaßnahmen treffen, die geeignet sind, Kundgebungen und Unordnung aller Art zu vermeiden. Aufenthalte von längerer Dauer werden während der ganzen Fahrt eingerichtet. Die Truppen dürfen nicht die durch besondere Anweisung befohlenen Grenzen verlassen. In den Häfen Stettin und Pillau-Königsberg wird auf den Kais ein Platz abgegrenzt werden, von dem sich die Ausladekommandos nicht entfernen dürfen. Die dem Lebensmittel- und Munitionsnachschub dienenden Transporte laufen über Stettin.

IV. Technische Maßnahmen: Die Transporte werden grundsätzlich durch Züge in der einheitlichen Zusammensetzung von 50 Wagen (100 Achsen) ausgeführt. Das rollende Material wird auf der Linie a von den Alliierten, auf den Linien b und c von Deutschland gestellt. Die zur Verladung in die Eisenbahn in den Häfen erforderlichen Materialien werden von Deutschland geliefert. Die nötigen Lokomotiven werden auf den von deutschem Personal betriebenen Strecken von Deutschland geliefert; Kohlen und Schmiermittel werden von Deutschland geliefert. Das Zugpersonal wird auf den von deutschem Personal betriebenen Strecken von Deutschland gestellt.

V. Bezahlung: Deutschland werden die Transportkosten entsprechend den in Kraft befindlichen Militärtarifen der deutschen Eisenbahnen, die Gesamtsumme der auf ausdrückliche Forderung der Alliierten wirklich erfolgten Ausgaben aus Anlaß des von Deutschland durchgeführten Transports, der Wert der von den Truppen verursachten Schäden vergütet.

Damit wurde die erste dringende Gefahr behoben. An diesem Ergebnis hat das einmütige Zusammenstehen aller Deutschen der Ostmark den Hauptanteil. Größte Wachsamkeit ist aber weiter vonnöten, da in dem Artikel 5 des Abkommens der Entente eine höchst gefährliche Waffe zur Verfügung steht.

Über die Fülle der deutschen Kundgebungen auch nur auszugsweise zu berichten, ist unmöglich. Pressestimmen zur Danziger Frage, insbesondere polnische, bringen wir in der nächsten Nummer der „Mitteilungen".

Königsberger Kundgebung gegen Abtretung deutschen Landes an Polen

Auch die ostpreußische Nachbarprovinz, deren südlicher Teil ebenfalls durch polnischen Gebietshunger bedroht ist, hat in einer machtvollen Kundgebung am 30. März sich mit dem Deutschtum Westpreußens und Posens solidarisch erklärt und gegen die Abtretung Danzigs, des Weichseltales und überhaupt deutschen Landes an Polen entschiedensten Einspruch erhoben. Aus den zahlreichen Reden, die unter freiem Himmel vor einer vieltausendköpfigen Menge gehalten wurden, geben wir die folgenden wieder.

Nach einleitenden Worten sprach der Reichskommissar für die besetzten Gebiete des Ostens, August Winnig, etwa das folgende:

All die Tausende, die heute hier zusammengekommen sind, beseelt ein Gedanke. Sonst gehen sie alle mit ihrem Denken und Meinen auseinander: Der eine denkt trauernd an das alte Reich in seiner Macht und seinem Reichtum, mit seiner Gebundenheit und seinen Standesunterschieden, mit seinen weitausschauenden Plänen und seinen weltpolitischen

Hoffnungen. Der andere blickt stolz trotz aller Not des Augenblicks auf das Ergebnis der großen Umwandlung, die sich in Deutschland vollzogen hat und fiebert danach, den Geist der neuen Ordnung weiter zu bilden und wirksam zu machen, und ist willens, abseits aller Machtgedanken eine neue Lebensform für Land und Volk zu finden. Ja, wenn alle, die hier versammelt sind, ihre Ansichten und Wünsche für die deutsche Zukunft aussprechen wollten — es würde wahrlich keinen Einklang ergeben. Wir würden finden, daß wir uns darin zu weit von einander entfernen, daß die äußersten Flügel sich kaum noch sehen können. Und doch sind wir heute, so viele unser sind, in einem Gedanken einig und in diesem einen Gedanken hier zusammen gekommen: Es soll kein deutsches Land polnisch werden!

Wir haben uns zusammengefunden, weil die Not der Stunde zu groß ist, um weiter unseren kleinen Hader auszutragen. Was nützt uns aller Streit der Meinungen über die Ausgestaltung und Ausschmückung unseres Hauses, wenn wir die große Gefahr nicht abwenden können, daß der wahnsinnige Übermut der Sieger ganze Flügel dieses Hauses uns entreißt — daß er uns den Grund nimmt, auf dem wir wieder aufbauen müssen?

Wie furchtbar hat das Schicksal uns geschlagen! Unsere Waffen, unsere Eisenbahnen, unsere Pflüge, unsere Schiffe hat man uns genommen. Unser Gold hat man unserer Verfügung entzogen. Unsere gefangenen Brüder quält man, und wir können ihnen nicht helfen. Im Westen will man uns altes deutsches Land entreißen. Schwarze Banden vom Senegal bevormunden dort deutsches Volk. Nun will man uns auch im Osten alte, längst mit dem Reichskörper verwachsene Glieder abtrennen. Was in Jahrhunderten durch deutschen Geist und deutsche Arbeit deutsch geworden ist, das will uns wahnsinniger Übermut nehmen. Uns will man es nehmen und es einem Volke geben, das bisher nur das bewiesen hat, daß es nicht staatenbildend ist. Millionen deutscher Bürger sollen der Herrschaft eines unerzogenen übermütigen Volkes ausgeliefert werden. Blühende, durch deutsche Arbeit blühend gemachte Gefilde und Städte sollen im polnischen Schmutz ersticken, durch polnisches Unvermögen zugrunde gehen. Ich spreche hier und heute nicht von dem künftigen Verhältnis unseres Landes zu Polen. Aber das ist gewiß, es kann nie etwas anderes als tiefste Feindschaft zwischen uns und einem polnischen Staate herrschen, dem deutsche Gebiete zugesprochen worden sind. Ich spreche auch nicht von dem Rechte, das wir im Frieden haben wollen. Wir haben im Herbst die Waffen niedergelegt, vertrauend auf das Wort Wilsons, der uns einen Frieden der Gerechtigkeit verhieß. Wir mögen nach dem, was man uns bisher angetan hat, nicht mehr an dies Wort denken. Es wird für alle andern Völker Gerechtigkeit geben, aber nicht für uns. Uns will und wird man so tief herabdrücken, wie man kann, wie es die Gegensätze der Sieger und unser Widerstand zulassen. Aber ich spreche von der Hoffnung der Völker, daß jetzt allendlich das blutige Vernichten beendet sein soll — daß die Menschheit nun den Frieden erhält, der ihr Gelegenheit geben soll, ihre zerrüttete Kultur wieder aufzurichten. Von dieser Hoffnung will ich sprechen und sagen: Es gibt keinen Dauerfrieden, wenn deutsches Land polnisch wird!

Nie, nie, nie werden wir uns mit der Wegnahme deutschen Landes abfinden, und stets kann es für uns nur das eine Ziel geben: Es wieder zu gewinnen.

Wir müssen aber wissen, daß die Dinge für uns ungünstig stehen. Fehler, begangen von einem Manne, den der liebe Gott in seinem Zorn einmal für einige Wochen in die preußische Regierung geschickt hatte, haben Tatsachen geschaffen, die uns heute in der Provinz Posen im Wege liegen. Jene charakterlose Nachgiebigkeit hat den Übermut der Polen so wachsen lassen, daß sie jetzt die Hand nach Danzig und

Westpreußen ausstrecken. Wir können den Polen nur sagen: Hände weg von Danzig! Das wollen wir so laut und deutlich sagen, daß man es auch in Paris hört. Dies „Hände weg!" rufe ich den Polen und Polenfreunden zu, nicht nur als einen Protest, sondern als eine Warnung. Ich bin gestern und vorgestern in Danzig gewesen und bin gewiß — es herrscht dort ein Geist, der eine Landung polnischer Scharen zu einem recht gefährlichen Experiment machen würde. Und dieser Geist wird zur Tat werden, wenn man es trotz aller Warnungen wagen würde.

Seien auch wir in Ostpreußen einig in diesem Geiste. Wir wollen keinen Frieden, der deutsches Land polnisch macht. Die deutsche Hand sollte verdorren, die einen solchen Frieden unterschreibt. Und das schöne ostpreußische Land, dieser uralte, felsenfeste, sturmerprobte und doch letzte Damm einer Kultur, die nicht nur, was deutscher Zunge ist, sondern überhaupt was Menschenantlitz trägt, zur Ehre gereichen sollte, dieser stets opferwillige Vorposten der europäischen Zivilisation soll vom Mutterlande abgeschnürt werden. Das soll geschehen gerade in dem Augenblicke, in dem das gemeinsame europäische Kulturwerk von einer neuen ungeheuren Gefahr bedroht wird, von der Gefahr durch den Drachen des Socialismus asiaticus verschlungen zu werden.

In dieser tragischen Stunde seiner an Zeiten der Nöte und Opfer, aber auch an Zeiten des erhebenden Ruhmes überreichen Geschichte blickt das deutsche Volk geschlossen und entschlossen ins Antlitz seiner Feinde und in die Zukunft. Das jetzige Geschlecht wird sich seiner Vorahnen würdig zeigen, jener Menschen germanischen Blutes, die die frech gewordenen Römer bezwangen, die den mongolischen Horden die Stirn boten, die die Leiden des dreißigjährigen Krieges überwanden, und die noch vor einem Jahrhundert aus dem Nichts der napoleonischen Herrschaft schon einmal die übermenschliche Probe der Selbstbefreiung vor der Welt und der Geschichte geliefert haben.

Nein, Vorposten wollen wir bleiben, aber verlorener Posten wollen wir nicht werden! Und deshalb bitte ich Sie, mit mir in den Ruf einzustimmen: „Das einige, freie deutsche Vaterland, es lebe hoch!"

Hoch! Hoch! Viele tausend Stimmen gaben begeistert Antwort.

Oberpräsident v. Batocki, den ebenfalls eine mehrtausendköpfige Menge umstand, führte folgendes aus:

In Schicksalstagen, wie solche die deutsche Ostmark jetzt durchlebt, soll man immer bestrebt sein, die Gefahren, die uns bedrohen, nicht als Einzelerscheinungen, sondern als Teile des ganzen Weltgeschehens zu betrachten. Ostpreußens deutsches Schicksal ist von jeher von den Beziehungen zu dem uns an einer langen, ungeschützten Landgrenze berührenden Slawentum abhängig gewesen. Das russische Riesenreich war nach der Einverleibung des größten Teils von Polen zur Vormacht des gesamten Slawentums geworden. Wie jede im Innern unter dem starken Druck eines absoluten Herrschers stehende Großmacht wurde Rußland auf den Weg ständiger Ausdehnung seines Riesengebietes, ständiger Unterwerfung neuer Stämme gedrängt. Rußland war, ebenso wie in etwas anderer Art England und Frankreich, ein Staat imperialistischer, auf gewaltsame Eroberung ausgehender Expansionspolitik, also der Politik, die das im Frieden jahrelang vorbereitete, und im Kriege bis zur Vollendung ausgebaute Lügensystem unserer Feinde dem deutschen Volke wahrheitswidrig angedichtet hatte.

Unser deutsches, vor allem unser ostpreußisches Schicksal, hing davon ab, ob die russische Ausdehnungssucht sich mehr nach Europa gegen uns und unsere österreichischen Verbündeten oder nach Asien gegen Indien und Japan richtete. Der meisterhafte Schachzug Englands, die russische Eroberungslust nach Nordosten in das Interessengebiet Japans abzulenken, und dort durch Japan Heer und Flotte gründlich niederschlagen zu lassen, lenkte

die russische Ausdehnungssucht endgültig nach Westen. Der Gedanke des Panslawismus, der Bildung eines vom russischen Zarentum geführten, alle mit den Slawen im Gemenge lebenden fremden Volksteile rücksichtslos unterdrückenden slawischen Weltreiches verbreitete sich durch russische Schlauheit und den russischen Rubel über ganz Osteuropa. Im Bunde mit den rachedürstenden französischen Imperialisten, und wohlwollend unterstützt durch die machtlüsternen, klugen Weltpolitiker in London, rüstete sich das russische Zarentum zum Entscheidungskampf. Mit Bangigkeit sahen wir Ostpreußen, wie Rußland mit französischem Gelde und unter französischer Aufsicht immer neue Waffenplätze und neue Kriegseisenbahnen an unsere Grenze trug, wie es immer gewaltiger, immer besser ausgerüstete Heeresmassen an unserer Grenze versammelte. Wir ahnten, daß es zum Entscheidungskampf um unsere Existenz kommen würde. Der Krieg kam. In vierjährigem Heldentum des Kämpfens und Leidens haben wir die slawischen Völker vom Joche des Zarentums befreit, bis wir der Übermacht unserer Feinde erlagen. Nach jener Befreiung ist von uns der Versuch gemacht worden, mit der nach Westen hinneigenden Minderheit des Polenvolkes ein Bündnis anzubahnen, das uns vom Alp des Panslawismus befreien sollte. Der Versuch ist gescheitert. Er mußte scheitern, weil er auf den Gedanken der Dankbarkeit der Völker gegründet war und weil nur deutsche Harmlosigkeit im Weltgeschehen auf die Dankbarkeit der Völker bauen konnte. Alle schönen Worte vom Kampf nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die deutschen Herrscher, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit denen die Führer unserer Feinde während des Krieges unsere innere Geschlossenheit zu zermürben gewußt haben, sind vergessen, nachdem ihr Zweck erreicht ist. Glatte Macht- und Herrschbegier, rücksichtslose Unterdrückungssucht gegen alles, was deutsch ist, tritt uns entgegen. Das Deutschtum unserer Ostmark vor allem soll zerstückelt, unterworfen und vernichtet werden. Gerade wir in Ostpreußen müssen, wenn wir als Glied des Deutschen Reiches lebensfähig bleiben wollen, auf ein gut nachbarliches Verhältnis ebenso zu Rußland, Litauen und dem Baltenlande, wie auch zu dem durch uns zur Selbständigkeit gelangten polnischen Staatswesen entscheidenden Wert legen. Die augenblickliche Gemeinsamkeit unserer Front mit den Polen gegen den russischen Bolschewismus sollte verständigerweise ein Symbol der in dem beiderseitigen Interesse liegenden guten Nachbarschaft sein. Wir müssen unsererseits alles daran setzen, um durch Entgegenkommen zu erreichen, daß die Einsicht auch in Polen über die jetzt alles beherrschende Glut nationaler Leidenschaft einmal siegt.

Aber gerade weil ein künftiges, gutnachbarliches Verhältnis auch unser Lebensbedürfnis ist, müssen wir jene Entscheidung verhindern, die zurzeit irregeleitete polnische Ländergier fordert und die das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen für ewig vergiften müßte.

Die Absplitterung von Teilen unserer Provinz, die trotz fremder Muttersprache eines Teiles ihrer Bewohner seit Jahrhunderten deutsch gewesen sind, die deutsch fühlen und erklärt haben, deutsch bleiben zu wollen für Kinder und Kindeskinder, die Abschneidung Ostpreußens vom Reich durch Polnischwerden Danzigs und eines Gebiets von dort bis nach Posen, die Unterwerfung von Hunderttausenden, ja von Millionen Deutscher unter polnische Herrschaft, alles das wären Eingriffe, die unseren Lebensnerv treffen, unsere Lebensfähigkeit vernichten und denen wir uns deshalb mit der letzten Kraft einmütig und geschlossen entgegenstellen müssen und werden. Unsere westpreußischen Brüder haben den Entschluß bekundet, ihr Letztes daran zu setzen, um dies Unheil von sich abzuwenden. In dieser Stunde vereinigen sich Ostpreußen in allen Kreisen und Gemeinden, Männer und Frauen aller Parteien und aller Be-

rufsstände zur Kundgabe des gleichen unverbrüchlichen Entschlusses. Unsere Kundgebung soll den Männern, die für die Zukunft Deutschlands in dieser Schicksalsstunde verantwortlich sind, die Entschlußkraft stärken. Sie soll über die Grenzen dringen zu den Machthabern und zu den Völkern unserer Feinde und der Polen selbst, und soll ihnen klar machen, daß sie Verderben säen für alle Zukunft, wenn sie die nationale Existenz von Millionen Deutscher vernichten wollen. Sie sollen empfinden, daß die Deutschen in der Ostmark auch nach allem Furchtbaren, was sie gelitten haben, entschlossen sind, lieber unterzugehen als in ewiger Knechtschaft zu leben.

Ein Jubelruf waren die diese Rede endendmachenden Hochrufe.

Ähnlich diesen Reden klangen auch die der anderen Herren aus; ihnen allen aber war das eine gemein: schmerzbitterster Groll, der, herausempfunden aus zutiefst erschrecktem Herzen, brennenden Zorn in die Lager all derer wirft, die einem bis in möglichste Not geratenen Volke auch noch das Letzte, die allschützende Heimat, nehmen wollen. Mütter, die um die Zukunft ihres Hauses und der ihrer Kinder bebten, hörte man, aufgehend in den Reden, verhalten schluchzen. — Und wieder war's die rechte Faust, die wie um einen Halt suchend, sich zuckend ballte! —

Als Wiuenakt, der hier im Innersten empörten versammelten Menschenmassen, wurde dann von allen Rednern folgende Entschließung verlesen, die unter Zustimmung der Protestversammlung an Wilson und die Regierungen und Völker aller zivilisierten Staaten der Welt mittels Funkspruch übermittelt wurde:

An den Präsidenten Wilson und die Regierungen und Völker aller zivilisierten Regierungen und Völker der Welt!

Die Entente beabsichtigt den Polen das zu 97 Prozent deutsche Danzig und einen 100 Kilometer breiten Streifen beiderseits der Weichsel von Thorn bis Danzig zu überlassen. Dies bedeutet wiederum grobe Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das vom Präsidenten Wilson als Grundbedingung für den Frieden verkündet worden war. 4½ Jahre lang ist von der Entente dieses Selbstbestimmungsrecht der Welt als Kriegsziel verkündet worden. Allein im Vertrauen auf dieses Recht hat das deutsche Volk sich zum Frieden bereit erklärt. Durch die Abtretung des deutschen Danzig und der Weichselufer oder auch nur durch die Schaffung einer polnischen Etappenstraße würde Ostpreußen vom Deutschen Reiche abgeschnitten und dem russischen Bolschewismus in die Arme getrieben werden. Das erste Stück der alten zivilisierten Welt würde damit der russischen Roten Armee zum Opfer fallen.

Dieser Riesenerfolg Lenins und Trotzkis, der den Untergang unserer Heimat bedeutete, würde dem Gedanken der bolschewistischen Weltrevolution in erhöhter Weise vorwärts helfen und damit alle zivilisierten Staaten der Erde in den Grundfesten ihrer Kultur erschüttern.

Ostpreußen fordert daher im eigenen und allgemeinen Interesse aller Kulturstaaten der Erde, daß Danzig und das Weichseltal bei Deutschland verbleiben, und daß Ostpreußen niemals zum Gegenstand polnischer Annektionsforderungen gemacht werde. Deshalb Hände weg von Ostpreußen. Ostpreußen ist deutsch durch 700jährige Kultur und soll es auch bleiben. Eine Besitznahme westpreußischer Gebietsteile oder eine Abtretung ostpreußischen Bodens wäre ein maßloser Eingriff in die Reichseinheit, gegen den wir ebenso scharf Verwahrung einlegen, wie gegen eine Landung polnischer Truppen.

Auch die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatten im Gewerkschaftshause eine Versammlung anberaumt, die sehr gut besucht war. Deren Protest fand seine Spitze ebenfalls in der Auflehnung gegen polnische Anmaßung, führte dann allerdings noch aus, daß, um den Ententeimperialismus erfolgreich abdämmen und ihn letzten Endes ganz vernichten zu können, ein Bündnis mit dem Sowjet-Rußland Verbindung wäre.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Konservativismus, Deutschnationale Volkspartei und Weltrevolution

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Als nach der Revolution die Erschütterung des gesamten politischen Lebens auf das Parteiwesen übergriff, mußten auch die Rechtsparteien in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Mode der neuen Firmenschilder griff in allen bürgerlichen Parteien um sich, das Bedürfnis nach taktischer Zusammenfassung war allgemein, und so schlossen sich die beiden konservativen Parteien in einer neuen Partei zusammen, die den nationalen Gedanken in den Vordergrund schob, hinter dem in der Tat die Parteidifferenzen im Augenblick stark zurücktreten mußten. Das Losungswort zog noch weitere Kreise an sich, so daß in der Tat ein neues Parteibild entstand, das nicht als eine einfache Fortsetzung des alten Konservativismus angesprochen werden konnte.

Schon von vornherein machte die Deutschkonservative Partei bei ihrem Anschluß an die Deutschnationale Volkspartei den Vorbehalt, daß sie ein völliges Aufgehen vermeiden wolle. Jetzt nach über ein viertel Jahr Deutschnationaler Volkspartei haben die Konservativen die Tagung des Hauptvorstandes der neuen Partei zum Anlaß genommen, um jenen Vorbehalt noch einmal zu unterstreichen, und die Kreuzzeitung bringt einen längeren Osterartikel des Grafen Westarp, der nicht sowohl von taktischem als von ideellem Gesichtspunkt aus die innere Selbständigkeit und den Fortbestand des reinen Konservativismus fordert. Man darf annehmen, daß der bekannte konservative Parteiführer damit nicht sowohl ein persönliches Bekenntnis ablegen daß er vielmehr dem Grundempfinden breiter Kreise seiner engeren Fraktionsfreunde einen sichtbaren dokumentarischen Ausdruck geben wollte. Es scheint damit nicht unangebracht, die von konservativer Seite selber angeschnittene Diskussion aufzunehmen und sich aufs neue die Frage vorzulegen: in welchem Sinne und in welchem Ausmaße hat der Konservativismus auch heute noch das Recht auf selbständige Existenz?

Es ist eine durchgängige Erscheinung, daß politische Parteibezeichnungen nur unvollkommen den Ideenbestand decken, der unter ihrer Flagge segelt. Es ist aber mit einem solchen Auseinanderklaffen von Parteiname und Parteiidee die Gefahr verknüpft, daß es nicht nur von der gegnerischen Polemik ausgenutzt wird, sondern daß es darüber hinaus die Partei um diejenige Werbekraft bringt, die sie haben könnte, wenn schon in ihrem Namen ihr Wille und ihre Wegrichtung klar zum Ausdruck kämen. Es steht außer jedem Zweifel, daß die politische Mentalität, die sich konservativ nennt, nur zu einem Teil durch den Willen zur Erhaltung des Bestehenden gekennzeichnet ist. Es wäre in der Tat traurig um eine politische Gruppe bestellt, die in diesem engen Sinne lediglich festhalten

wollte und auf das Weiterführen gänzlich verzichtete. Und selbst ein Partei, die bloß erhalten wollte, mußte sich über Unterscheidungsmerkmale schlüssig werden, die es ihr möglich machen, nun auch in jedem einzelnen Falle zwischen dem zu wählen, was es zu erhalten, und zwischen dem vielen anderen, was es zu überwinden gilt. Aber der Konservativismus ist nicht nur negative Erhaltungspartei, sondern es ist mit Recht in den letzten Jahren von einem konservativen Fortschritt gesprochen worden, und zwar in einem doppelten Sinne. Konservativer Fortschritt: das bezeichnet einmal das Tempo der Entwicklung, bevorzugt den Rhythmus langsamer Entfaltung vor der überstürzten Hast des Umsturzes. Konservativer Fortschritt: das umgreift aber auch ein Ziel der Entwicklung, bedeutet den Glauben an den organischen Charakter des Staates und der Gesellschaft, an die unveräußerliche Rolle der Autorität im öffentlichen Leben, an die Geltung und Leistung der Person, an Schichtung und Stufung des Gesellschaftsbaues, an das sittliche Gebot der Einordnung des einzelnen in das übergreifende Ganze. Eigenschaften dieser Art waren es auch zum großen Teil, die Graf Westarp in seinem erwähnten Artikel als unveräußerliches konservatives Erbgut gepriesen hat. Unverständlich bleibt bloß, warum zu ihrer Aufrechterhaltung das unzulängliche Stichwort des Konservativismus gewahrt bleiben soll, das den konkreten Ideenbestand ebenso wenig deckt, wie die neue Flagge des Nationalismus. Die ganze Diskussion nimmt an diesem Punkte eine Wendung ins Taktische, und gerade von der politischen Reife der alten konservativen Partei sollte man erwarten können, daß sie für taktische Gesichtspunkte das nötige Verständnis müßte aufbringen können.

Es ist in der Tat nicht zu leugnen, daß die revolutionäre Zeit, in der wir leben, allerdings dazu verführen könnte, nun gerade die konservative Parole auszugeben. Denn in einer Zeit, wo alles wankt, wo insbesondere der Bourgeois um seine Renten, der Geheimrat um seinen Posten, der Bauer um seine Scholle zittert, kann in der Tat diejenige Partei auf starken Zulauf rechnen, die diesen viel zu vielen die Rettung ihres Ruhekissens verbürgt. Aber es wird nicht eine sehr heldenhafte Armee sein, die sich um dieses konservative Banner gerade jetzt sammelt, es besteht im Gegenteil die Gefahr, daß es eine Auslese der Ängstlichen, vor allem aber eine Auslese derer wird, denen vor neuen, vor jungen, vor starken Ideen als solchen bange ist, die sich ängstlich an die Vergangenheit klammern, und denen daher der Weg zur Zukunft versperrt ist. Also: die Parole glänzt verführerisch, aber sie führt die Partei nicht weiter, sondern stempelt sie zu dem, was ihr bisher zu Unrecht nachgesagt wurde: zu einem Horte der Reaktion.

Wer hat denn heute vor allen Dingen Grund, in diesem Sinne „konservativ" zu sein? Etwa der Landedelmann, der durch die kapitalistischen Interessenverflechtungen des bourgeoisen Zeitalters, das hinter uns liegt, seiner urtümlichen Wesensart entfremdet wurde? Etwa der Beamte, dem von den westlichen Demokratien her die Gefahr amerikanischer Korruption droht? Gewiß ist für sie, ist für das ganze Bürgertum durch die Revolution die bisherige Lebensgrundlage erschüttert worden. Den Grund dazu hat aber nicht der Sozialismus gelegt, der eigentliche Grund ist beim Kapitalismus der demokratischen Bourgeoisie nach westlichem Muster zu suchen. Die Blüte derjenigen Kreise, in denen der konservative Gedanke, die Idee organischer Gemeinschaftspolitik zu Hause ist, lag nicht in der letzten Gegenwart, lag vielmehr in jenen Zeiten, als der Kapitalismus noch nicht das strenge und herbe Pathos altpreußischer Einfachheit aufgebläht und auf eine gefährliche Weise von innen her gefälscht hatte. Nicht der Fortbestand der altpreußischen Atmosphäre, deren Hauch die Ausführungen des Grafen Westarp beherrscht, steht heute zur Diskussion, sondern die Frage ist, ob sich der Kapitalismus in Deutschland behaupten oder ob er durch ein neues System ersetzt werden soll, das an Stelle der Zersetzung im Klassenkampf, der Atomisierung im westlichen Demokratismus den neuen Aufbau des Volksgedankens aus der Idee der Arbeitsgemeinschaft setzen soll.

Die Welt scheidet sich heute in zwei große Lager. Im einen will man bewahren und festhalten, glaubt oder gibt vor zu glauben an die Ideen der Revo-

lution von 1789, verteidigt den individualistischen Staatsgedanken mit seiner zerbröckelten Wählermasse als Volk und seinem mechanischen Parlamentarismus als Regierungssystem. Unter dieser Flagge hat die Entente gekämpft und unter Führung des Präsidenten Wilson gesiegt. Das geistige Band dieser Parteien sind Ideen, in denen sich die Weisheit vergangener Zeiten auskristallisiert hat. Im andern Lager stehen die Völker, die nicht ihre Vergangenheit verteidigen, sondern ihre Zukunft suchen. Moeller van den Bruck hat für diesen Gegensatz die glückliche Formel der alten und der jungen Völker gefunden. Die alten Völker haben Ideen, die jungen Probleme. Und eben an der Tatsache, ob ein Volk noch Probleme kennt, ob es noch imstande ist, sich als Anfang statt als Ende zu sehen, eben daran entscheidet sich seine Fähigkeit, ob es noch jung ist oder doch wieder jung zu werden vermag. Alte Völker sind konservativ im Sinne der Reaktion, junge Völker sind revolutionär, wie die Blüte revolutionär ist, wenn sie die Knospe, wie die Raupe revolutionär ist, wenn sie die Verpuppung sprengt. Auch das organische Leben kennt seine Revolutionen, auch die gesunde Entfaltung kann nicht immer den schroffen Bruch vermeiden. Entscheidend ist, ob nur Schranken gesprengt werden, um neues starkes Leben zu entbinden, oder ob der Kern selber sich in Fäulnis zersetzt. Konservativismus in jenem Sinne, der von aller Reaktion weit ab liegt, Konservativismus, den auch die Jugend mitmachen kann, Konservativismus im Sinne einer wahrhaft gesunden Politik ist die Fortentwicklung des bestandhaften Alten zu neuer Kraft und Stärke. Hier wird nicht der hoffnungslose Versuch gemacht, Überständiges und Todgeweihtes zu kurzfristigem Fortbestande zu retten, hier herrscht der Mut, selbst liebgewohnte Formen preiszugeben, um dem Wesentlichen die Wiedererstarkung zu gewährleisten.

An diesem Scheidewege stehen heute die Deutschkonservativen. Und alles hängt an der Entscheidung, ob sie es in den Fingerspitzen haben, daß Liberalismus und Kapitalismus heute im Begriff sind reaktionär zu werden, daß der Sozialismus die Idee der Zukunft ist, daß die Ideen der Weltrevolution von uns nicht niederkartätscht, sondern aufgefangen und in die Bahnen unserer nationalen Ideenentwicklung geleitet werden müssen, wenn wir uns überhaupt noch in der Welt behaupten, wenn wir nicht auch im geistigen Sinne zu Sklaven des niedergehenden Westens werden wollen. Welche parteitaktischen Forderungen sind damit an die bisherige konservative Partei gestellt?

In erster Linie muß das alte irreführende Stichwort des Konservativismus verlassen werden. In welcher Weise die bestehenden Organisationen taktisch einzugliedern sind, ist eine Frage für sich. Ihre Vergangenheit brauchen sie nicht zu leugnen, und die bloße Namensänderung ist ein Mummenschanz, der aus der Aufregung der Revolutionstage erklärlich ist, im übrigen aber nach seiner politischen Tragweite nicht überschätzt werden sollte. Ein relatives Recht zu halb selbstständigem Fortbestande behält die Deutschkonservative Fraktion nur dann, wenn es gelingt, die Deutschnationale Volkspartei zu dem auszugestalten, was sie ihrem Namen nach sein kann und ihrer taktischen Bestimmung nach sein müßte: zur Blockpartei der größeren Rechten, die nicht nur die beiden konservativen Fraktionen, sondern auch die nationalliberale und die klerikale Rechte mit umfaßt. Eine Deutschkonservative Fraktion innerhalb einer Deutschnationalen Fraktion neben einer Deutschen Volkspartei ist hingegen ein Unding. Hier muß endlich ganze Arbeit gemacht werden.

Eine taktische Frage zweiten Ranges ist es dann, ob die zu schaffende Blockpartei der größeren Rechten gut daran tut, den Sammelnamen deutschnational beizubehalten, oder ob sie der Linken die taktische Annäherung dadurch erleichtern kann, daß sie nicht nur wesentliche sozialistische Programmpunkte aufnimmt und sich damit scharf unter Durchbrechung der „bürgerlichen Einheitsfront" von den kapitalistischen Deutschdemokraten scheidet, sondern daß sie darüber hinaus auch in ihrer Namengebung den Gedanken anklingen läßt, daß es ihr auf etwas wirklich Neues, nämlich auf die Schaffung und Vertiefung einer echten

Volksgemeinschaft ankommt, die entschlossen auf den alten obrigkeitsstaatlichen Dualismus verzichtet und die horizontale, geburtsständische Stufung durch vertikale Angrenzung neuer Berufsstände ersetzt. Eine solche große Rechtspartei der organischen Volksgemeinschaft würde dann die Kraft haben, dem von links angefochtenen westlichen Parlamentarismus ihrerseits von rechts her den Boden zu entziehen und den neuen revolutionären Verfassungsgedanken des Rätesystems in eine Richtung zu lenken, wo er nicht dem reaktionären marxistischen Klassenkampfgedanken, sondern einer neuen Idee der nationalen und sozialen Solidarität Ausdruck gibt. Wie der Freiherr vom Stein von rechts her die französische, so könnte diese große Rechtspartei der Volksgemeinschaft die Idee der russischen Revolution auffangen und damit einen fruchtbaren Gedanken der Weltrevolution, der durch den Bolschewismus diskreditiert ist, auf deutschem Boden zu Ehren bringen. Nur eine solche größere Rechte, die in ihren konservativen Bestandteilen mannhafte und entschlossene ideelle Opfer zu bringen imstande wäre, könnte auch jenen überaus erfreulichen Elementen des Sozialismus eine Heimat bieten, die gegenwärtig von der Mehrheitssozialdemokratie nach rechts hin sozusagen ins Leere abgedrängt werden, weil ihre Gegnerschaft gegen den westlichen Liberalismus, die bei Scheidemann und Ebert schon gänzlich verblaßt ist, gerade ihre Sonderstellung innerhalb ihrer Partei bedingt. Es gibt schon heute nicht unbeträchtliche Kreise unter der sozialistischen und konservativen Jugend, die sich in den Ideen merkwürdig nahe gekommen sind. Diese Elemente allein können unsere Rechtspartei davor bewahren, endgültig aufs tote Geleise geschoben zu werden. Von ihnen allein auch kann jene starke Initiative von rechts her ausgehen, auf die wir nun schon so lange mit Schmerzen warten, nachdem wir Jahre hindurch in allzuweitem Maße nur eine Bremspolitik von rechts her erlebt haben.

Und hier allein ist auch der Punkt zu suchen, wo echtes und unverwüstliches Preußentum sich dadurch aufs schönste zu seinen besten Überlieferungen bekennen kann, daß es den Mut hat, auch einmal mit seinen Überlieferungen zu brechen. Wodurch wir den westlichen Völkern so unheimlich waren, das war ja das enge Nebeneinander, in dem Treue zum Überkommenen bei uns mit dem Mute zum gänzlich Fortschrittlichen standen. Preußen und Preußen-Deutschland ist in der Welt mindestens im selben Maße als revolutionär wie als konservativ oder reaktionär empfunden worden. Das Aufkommen des jungen Preußenstaates im zerbröckelnden heiligen römischen Reiche, der Einbruch des jungen deutschen Reichs in das erstarrende europäische Staatensystem: beides wurde von der Welt als Revolution empfunden und ist uns nunmehr mit brutalen Machtmitteln einer Weltgegenrevolution in diesem Weltkriege heimgezahlt worden. Unser Grundfehler war, daß romantische Formen der Welt und vor allem uns selber den weltrevolutionären Charakter jener Entwicklungslinie verbarg, die vom Großen Kurfürsten über Friedrich den Großen zu Bismarck führte. Gerade wir, die wir uns auch heute noch zu dieser Linie bekennen, sollten nicht nur außenpolitisch, sondern auch von innen heraus die entschlossene Folgerung ziehen, daß der echte deutsche Konservativismus, mit dem Preußen und Deutschland groß geworden sind, nur dann Zukunft hat, wenn er sich als das erkennt, was er im verwestlichten Europa ist: als treibenden Faktor der Weltrevolution.

Demokratischer Parlamentarismus und Rätesystem

Von Carl Georg Bruns

Während von radikaler sozialistischer Seite offen die Ersetzung der parlamentarischen Demokratie durch eine Räteverfassung erstrebt wird, glaubt der größere Teil der Sozialisten eine Art Räteverfassung mit dem demokratischen Parlamentarismus vereinbaren zu können. In letzter Zeit haben sich die Ansichten dieser zweiten Gruppe zu näheren Vorschlägen verdichtet, etwa in dem Aufsatz von Kaliski im sechsten und siebenten Heft der sozialistischen Monatshefte in einigen Aufsätzen von Mehrheitssozialisten in der Wochenschrift „Der Arbeiterrat" und zuletzt in dem vom Rätekongreß angenommenen Antrag Cohen-Reuß.

Der vorherrschende Gedanke bei diesen Vorschlägen ist, daß neben das durch das allgemeine gleiche Wahlrecht auf Grund von territorialen Wahlen zustande gekommene Parlament eine auf Grund von Berufswahlen gebildete Kammer der Berufsräte tritt. Der naheliegende Vergleich mit den bisher bekannten Zweikammersystem ist bei näherer Betrachtung nur ein äußerlicher. Bei den bisherigen Zweikammersystemen war die erste Kammer, soweit sie auf berufsständischer Grundlage aufgebaut war, ein Ausdruck der Auffassung, daß jeder Beruf seine bestimmte Bedeutung für den Aufbau des Gesamtstaates und der Gesamtvolkswirtschaft hatte, wobei diese Bedeutung nicht bestimmt war durch die Anzahl der einem Beruf angehörigen Berufsgenossen. So sah z. B. ein Entwurf für die Zusammensetzung der preußischen ersten Kammer, der in den Monaten vor der Revolution den preußischen gesetzgebenden Körperschaften vorlag, eine Vertretung der Arbeiterschaft vor, die in keiner Weise die starke, zahlenmäßige Überlegenheit der Arbeiterschaft zum Ausdruck brachte. Die Kammer der Berufsräte, wie sie aber jetzt von sozialdemokratischer Seite geplant wird, würde sich auf dem Grundsatz aufbauen, daß jeder Beruf die der Zahl seiner Berufsgenossen entsprechende Anzahl von Vertretern in die Kammer der Berufsräte entsenden würde. Teilweise wird sogar nicht an eine Kammer der Berufsräte, sondern lediglich an eine in einen Zentralkongreß zusammengefaßte Vertretung der eigentlichen Arbeiterräte gedacht, so daß sich ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gebildetes Parlament und ein reines Arbeiterparlament gegenüberstehen würden. Muß nun auch ein solches reines Arbeiterparlament schärfsten Widerspruch hervorrufen, so darf man doch nicht verkennen, daß der praktische Unterschied gegenüber einer Kammer der Berufsräte, in der alle Berufe nach der Zahl ihrer Berufsgenossen vertreten sind, nicht allzugroß ist. Denn abgesehen von der starken zahlenmäßigen Überlegenheit der Arbeiterbevölkerung, fehlt allen anderen Berufen die starke Geschlossenheit der Arbeiterberufe. Hier sind vielmehr die einzelnen Berufe so mannigfaltig differenziert, daß vielfach, sollen einzelne Berufe nicht überhaupt unberücksichtigt bleiben, eine Zusammenfassung zu Berufsgruppen für die Wahlen zur Kammer der Berufsräte erforderlich sein wird. Diese starke Differenziertheit der Nichtarbeiterberufe schwächt nun zunächst bereits die Stoßkraft dieser Berufsgruppen bei der Wahl selbst. Während die Arbeitergruppen stets in der Lage sein werden, Vertreter verschiedener Richtungen in das Parlament zu entsenden, und dadurch alle Berufsgenossen an der Wahl zu interessieren, wird bei den kleineren Berufsgruppen die Aussichtslosigkeit, Kandidaten von stark nuanciertem Standpunkt durchzubringen, die Beteiligung einmal an der Wahl und auch an den Vorbereitungen zur Wahl beeinträchtigen, und es wird ferner durch die Notwendigkeit, Kompromisse innerhalb der für die Wahl zusammengeschlossenen Gruppen zu schließen, vielfach verhindert werden, daß stark ausgeprägte Persönlichkeiten in die Kammer der Berufsräte hineinkommen. Es wird also die Qualität der Vertreter der Nichtarbeiterberufe hinter der Qualität der Arbeitervertreter zurückbleiben.

Das gleiche wird aber in noch stärkerem Maße beim praktischen Arbeiten in der Berufskammer zum Ausdruck kommen. Während die Arbeitervertreter

stets in der Lage sind, einheitlich aufzutreten, und bei der in ihren Kreisen vorhandenen Solidarität Meinungsverschiedenheiten sich innerhalb des Vertreterkreises leichter werden ausgleichen lassen, laufen bei den Gruppen der Nichtarbeitervertreter Interessen und Ansichten so mannigfaltig durcheinander, und gehen mit den Interessen der Arbeitervertreter vielfach zusammen, daß wohl nur in Ausnahmefällen diese Gruppen mit ähnlicher Stoßkraft wie die Gruppen der Arbeitervertreter auftreten werden.

Wie ist nun das gemeinsame Arbeiten der Kammer der Berufsräte mit dem eigentlichen Parlament — ich nenne im folgenden der Kürze halber die Kammer der Berufsräte zweite Kammer und das auf Grund der allgemeinen Wahl gebildete Parlament erste Kammer — zu denken? Es scheint zwei Möglichkeiten zu geben. Entweder es wird, wie dies bei den bisherigen Zweikammersystemen der Fall war, für das Zustandekommen eines jeden Gesetzes eine Übereinstimmung beider Kammern erfordert, oder aber es werden jeder Kammer getrennte Arbeitsgebiete zugewiesen, bei denen der Mehrheitsbeschluß der betreffenden zuständigen Kammer für das Zustandekommen eines Gesetzes ausreichend ist. Im ersten Falle entsteht das Problem, wie bei einem Konflikt der beiden Kammern eine Entscheidung herbeigeführt werden kann; denn es ist klar, daß nur in wenigen Fällen man sich wird damit beruhigen können, daß bei Nichtzustandekommen einer Übereinstimmung beider Kammern eine Gesetzgebung über den in Frage stehenden Punkt unterbleibt. Man könnte ja vielleicht für die Etatgesetzgebung die zweite Kammer ausschalten oder ihr nur eine beratende Funktion geben. Aber in einer Zeit wie der heutigen, wo die Probleme, die gelöst werden müssen, drängen, muß auch für andere Gebiete der Gesetzgebung die Möglichkeit bestehen, Konflikte der beiden Kammern positiv zu lösen. Es ist der Vorschlag gemacht worden, in diesem Falle das Referendum endgültig entscheiden zu lassen. Dieser Weg wäre gangbar, wenn die politische Geistesverfassung des deutschen Volkes die nötige Majoritätsgläubigkeit besäße. Tatsächlich ist dies aber nie der Fall gewesen und ist heute weniger der Fall denn je. Bekanntlich stehen die Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß, solange die ökonomischen Abhängigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestehen, von einer wahren Demokratie keine Rede sein kann. Gerade dieser Gedanke führt ja auf sozialistischer Seite zu der Forderung besonderer Berufskammern, da man der Ansicht ist, daß bei den Wahlen zum allgemeinen Parlament eine Unmenge zwar überlebter und unberechtigter aber doch noch vorhandener Ideologien politischer und kultureller Art das Zustandekommen eines unbestechlichen Ergebnisses der wahren — gemeint ist damit die nach Ansicht der betreffenden Sozialdemokraten als richtig so sein sollenden — Volksmeinung verhindern könnte. Man muß aus diesem Grunde mit der Möglichkeit, ja man darf sagen, mit der Sicherheit rechnen, daß entweder Entscheidungen, die der Ansicht der zweiten Kammer oder einer starken Gruppe in ihr zuwiderlaufen, auch wenn sie durch ein Referendum getroffen sind, nicht anerkannt werden, oder daß das Referendum gar nicht erst abgewartet, sondern sofort der Versuch gemacht wird, durch Ausnützung der wirtschaftlichen Macht, die in der Berufsvertretung der zweiten Kammer zu gewaltiger einheitlicher Stoßkraft zusammengefaßt ist, einen Druck auf Regierung und erste Kammer zugunsten der Durchsetzung der eigenen Ziele auszuüben.

Diese Sachlage wird noch dadurch verschärft, daß, wie wohl ernstlich heute nur noch von wenigen Seiten bestritten wird, sich das auf Grund der allgemeinen Wahl zustande gekommene Parlament eines äußerst geringen Grades von Vertrauen, einer Miß- oder Nichtachtung erfreut, die den Beschlüssen dieser ersten Kammer ein sehr schwaches Maß von Widerhall in breiteren Kreisen des Volkes verschafft. Demgegenüber werden die Vertretungen der Berufe mit den durch sie vertretenen Kreisen in fester, lebendiger Fühlung und Wechselwirkung stehen, so daß in der zweiten Kammer ein äußerst handliches Instrument zur Beeinflussung und Lenkung der Volksstimmung und von Volksbewegungen gegeben ist.

Der zweite Weg, die Kompetenzen zwischen den beiden Kammern scharf abzugrenzen, der ersten Kammer zugunsten der zweiten die rein wirtschaftlichen Auf-

gaben zu nehmen und ihr nur die allgemein politischen und kulturellen Aufgaben zu lassen, hat bei erster Betrachtung viel Bestechendes. Die Absorbierung des eigentlichen Parlaments durch die Beschäftigung mit der Fülle wirtschaftlicher Probleme würde aufhören und Zeit und Kraft zur Beschäftigung besonders auch mit den Fragen der auswärtigen Politik frei machen. Die Trennung ist aber praktisch undurchführbar. Steuerbewilligungs- und Etatrecht der ersten Kammer nehmen, hieße ihr das Blut abzapfen, denn hier ist auch beim reinen Parlamentarismus der Punkt, bei dem Abhängigkeit und Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament in erster Linie praktisch werden. Hier muß jede Regierung Farbe bekennen und über ihre Tätigkeit Rechenschaft legen, was bei andern Gesetzen mit einigem Geschick vermieden werden kann. Umgekehrt stehen aber Steuer- und Ausgabepolitik in so engem Verhältnis zur Wirtschaftspolitik, daß es der zweiten Kammer gar nicht verwehrt werden kann, sich damit zu beschäftigen. Je mehr Fortschritte staatliche Monopolisierung und Sozialisierung machen, in um so größere Abhängigkeit kommt die Durchführung kultureller Aufgaben von der Wirtschaftspolitik. Auch die staatliche Rechtspflege, die Gesetzgebung auf dem Gebiet des bürgerlichen, des Prozeß- und des Strafrechts, sowie die Verwaltungsorganisation steht mit der staatlichen Wirtschaft in unlöslicher Wechselwirkung. Es läßt sich kaum ein einziges noch so kleines Sondergebiet finden, auf dem eine radikale Trennung denkbar wäre.

Die allergrößten Bedenken muß aber die Stellung der Regierung zur zweiten Kammer erwecken. Das Wesen der parlamentarischen Demokratie besteht darin, daß die Regierung in schärfster Abhängigkeit vom Parlament steht, ja, daß sie eigentlich nicht mehr als der Vollzugsausschuß des Parlaments ist. An diesem Verhältnis kann man nichts ändern, ohne den Parlamentarismus zu begraben. Was tritt aber ein, wenn die zweite Kammer mit der Amtsführung der Regierung unzufrieden ist? Da es gesetzliche Mittel der Beeinflussung nicht gibt, bleibt wieder nur der wirtschaftliche Machtkampf. Man könnte vielleicht daran denken, daß gewisse Ressortminister aus dem Berufsparlament entnommen werden müssen, und daß bei der Besetzung der Ministerposten die zweite Kammer gehört werden muß. Das ändert aber grundsätzlich nichts, da der einzelne Ressortminister immer nur die vom Gesamtministerium gebilligte Politik treiben kann.

Die besonderen Probleme, die sich aus dem Charakter des deutschen Reichs als Bundesstaat ergeben, können hier nur gestreift werden. Es ist klar, daß das Nebeneinanderbestehen von zwei Kammern und einem Reichsrat oder Staatenhaus den Konfliktsstoff noch vermehren muß. Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Berufsräte in den Reichsrat einzubauen. Eine Vermischung zweier so völlig verschiedener Organisationsprinzipien sollte ernsthaft gar nicht zur Diskussion gestellt werden.

Theoretisch denkbar wäre die Vertretung der Räte in einem Staatenhaus. Wenn das Prinzip des Staatenhauses darin besteht, an Stelle von Vertretern der Regierungen durch Parlaments- oder Volkswahlen entsandte Vertreter der Staaten oder Landschaften zu einer besonderen die Interessen der Gliedstaaten vertretenden Körperschaft zusammenzufügen, kann man hier an die Möglichkeit denken, einen Teil dieser Vertreter durch die einzelstaatlichen Kammern der Berufsräte entsenden zu lassen. Würde nun aber ein anderer Teil der Vertreter aus den einzelstaatlichen ersten Kammern genommen werden, so würde der oben geschilderte Konflikt zwischen Räte- und politischem Parlament bereits in das Staatenhaus verlegt. Gangbarer erscheint deshalb der Weg, das Staatenhaus lediglich aus Vertretern der einzelstaatlichen Berufsparlamente zu bilden. Damit würde dann natürlich die Notwendigkeit einer zweiten Kammer entfallen, da das Staatenhaus dann die zweite Kammer, die Kammer der Berufsräte, wäre. Es wäre damit immerhin erreicht, daß zu dem Konflikt zwischen erster und zweiter Kammer nicht auch noch ein Konflikt zwischen Kammer und Reichsrat hinzuträte. Aussicht auf Verwirklichung hat dieser Gedanke bei der derzeitigen Zusammensetzung und Stimmung der einzelstaatlichen Regierungen allerdings kaum. Der Kernpunkt der

Frage muß sein: welchen Einfluß ein Einbau der Räte in die Reichsverfassung auf den Zusammenhalt des Reiches haben wird. Und in diesem Punkte bestehen keine allzugroßen Bedenken. Denn die Anhänger des Rätegedankens in den Gliedstaaten haben sich im allgemeinen als Verfechter der Reichseinheit erwiesen. Wo Absonderungsbestrebungen zutage getreten sind, halten sie ihren Grund in der Unzufriedenheit mit der zu wenig radikalen Politik der Reichsregierung. Auch in den Rheinlanden, in denen die Selbständigkeitsbestrebungen noch am ehestens reaktionären Charakter tragen, wird ein Durchbruch des Rätegedankens im Reich die reaktionären Tendenzen überwinden können.

Bildet schon die Verkoppelung des Rätegedankens mit dem Parlamentarismus in der obersten Instanz so viel Reibungsstoff für die Staatsmaschine, daß diese zu Bruch kommen muß, so gilt das in noch viel stärkerem Maße, wenn auch in den unteren Zellen des staatlichen Organismus diese Koppelung eintreten soll. Auch hier ist eine Trennung der wirtschaftlichen von den politischen Aufgaben ein Unding. Städte, Kreise und Provinzen sind schon heute so stark durch ihnen gesetzlich zugewiesene Aufgaben belastet, daß der Umfang der Verwirklichung von Sonderplänen völlig von der Finanzlage abhängt. Das wird sich bei dem starken Zug nach Ausbau der Selbstverwaltung in Zukunft noch steigern. Schon bislang waren in den Städten, aber auch in Kreisen und Provinzen — man denke an die Überlandzentralen — die eigenen Betriebe das Rückgrat der Finanzgebarung. In Zukunft werden die Selbstverwaltungskörper noch viel mehr auf diese Geldquelle angewiesen sein, da einmal die staatliche Steuerschraube so stark angezogen werden wird, daß Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer von 300 bis über 400 Prozent, wie sie bisher vorgekommen sind, sich von selbst verbieten, andererseits gerade hier Sozialisierungen in größtem Umfang in sicherer Aussicht stehen. Die größere Unmittelbarkeit des kommunalen Lebens wird aber hier den Widerstreit zwischen dem Wunsch der Gesamtheit, möglichst viel aus den Betrieben herauszuwirtschaften, um die Mittel für kulturelle Pläne aller Art zu gewinnen oder um die Bedürfnisse der Allgemeinheit billig zu befriedigen, und dem begreiflichen Bestreben der zahlreichen Interessenten, ihren Anteil an dem Unternehmen zu vergrößern, noch viel lebhafter werden lassen, als dies in der Reichs- oder Staatsinstanz der Fall ist, wo die Tragweite gefaßter Beschlüsse den unmittelbar Betroffenen nicht sofort zum vollen Bewußtsein kommt.

Dazu tritt ein weiteres. Nicht nur das Mißtrauen, daß die lokalen Parlamente die „wahre" Stimme des Volkes nicht zum Ausdruck bringen, führt zu dem Wunsch der Schaffung besonderer Räteorganisationen in den unteren Instanzen, sondern viel mehr noch das Mißtrauen gegen den Geist der Beamtenschaft sowohl des Staats wie auch der Selbstverwaltungskörper. Man fürchtet, daß auch die eigenen Berufsgenossen, wenn sie erst in den Parlamenten der Selbstverwaltungskörper sitzen, die Interessen ihres Standes nicht hinreichend vertreten. Es fehlen eben bei dem allgemeinen Wahlrecht die starken Verantwortungsverhältnisse, wie sie bei einem berufsständischen Wahlrecht naturgemäß auch nach der Wahl zwischen Wählern und Gewählten bestehen. Deshalb sollen die eigenen Berufsvertreter in die Lage gesetzt werden, über die Behörden eine Kontrolle auszuüben, wie sie nach der Revolution überall den lokalen Arbeiterräten zugestanden werden mußte und wie sie mehr oder weniger auch noch jetzt ausgeübt wird. Das führt zu einer doppelten Schwierigkeit. Verantwortlich können aus den oben für die Reichsinstanz und die Minister angeführten Gründen die Beamten der Selbstverwaltung nur der ersten Kammer des Selbstverwaltungskörpers sein. Es fehlen also dem Räteparlament die Mittel, die Kontrolle zu einem unmittelbaren Einfluß auf die Beamten auszuwerten. Denn das Wesentliche ist ja nicht die formell gesetzmäßige Amtsführung, sondern der rechtlich nicht faßbare Geist, in dem die Verwaltung geführt wird. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse dienen zur Verstärkung rechtlich bereits bestehender Verantwortlichkeiten, sie schaffen keine Reibungsmöglichkeiten, sondern sind geeignet, reibungsloses Zusammenarbeiten zu fördern. Untersuchungsausschüsse der Berufsräte

müssen, da die Möglichkeit zu gesetzmäßigem Einfluß nicht besteht, soweit es sich nicht um formelle Gesetzwidrigkeiten handelt, gegen die natürlich ordentliche oder Verwaltungsgerichte angerufen werden können, zu Konflikten zwischen Berufsparlament und Verwaltung führen, die das Berufsparlament zu dem Versuch drängen werden, eine Lösung durch den wirtschaftlichen Machtkampf herbeizuführen.

Anders liegen die Verhältnisse bei der Kontrolle staatlicher Lokalbehörden durch die lokalen Berufsparlamente. Der große Vorteil der Räteverfassung liegt in dem lebendigen Zusammenhang innerhalb ihres hierarchischen Aufbaus. Der Kitt der gemeinsamen Berufsinteressen würde diesen Zusammenhang auch gewährleisten, wenn die Wahlen zu dem Staats- und Reichsräteparlament innerhalb der einzelnen Berufe direkt stattfinden würde. Und zwar handelt es sich um eine Wechselwirkung, bei der der Einfluß der höheren Parlamente auf die niederen voraussichtlich noch stärker sein würde als der umgekehrte. So würde also die Kontrolle über die staatlichen Behörden nach von oben einheitlich gegebenen Richtlinien erfolgen und nach diesen Richtlinien auch die Beeinflussung der Behörden versucht werden. Gegensätze zwischen erster und zweiter Kammer im Reich und Staat müssen zu Zusammenstößen zwischen nach verschiedenen Grundsätzen arbeitenden Behörden und lokalen Berufsparlamenten führen. Umgekehrt verschärft jeder Konflikt in einer unteren Instanz den Gegensatz in der Zentrale. So entstehen durch das ganze Reich hindurch zwei unverbundene Organisationen, die schon entsprechend ihrem gegensätzlichen Organisationsprinzip zu Konflikten neigen und deren tatsächliche gemeinsame Verflechtung ins Staats- und Wirtschaftsleben auf jeder Stufe zu Gegensätzen führt, die ihrerseits wieder dazu beitragen, den Gesamtgegensatz zwischen den beiden Organisationen zu verstärken.

Also keine „Verankerung" der Räte in der Verfassung? Die Entwicklung ist bereits zu weit fortgeschritten, als daß ein radikales Zurück noch möglich wäre. Das mindeste, was kommen wird, ist die Anerkennung der Räte als wirtschaftliche Interessenvertretung mit starker gesetzlicher Privilegierung; Betriebsräte als notwendige Mittler zwischen dem einzelnen Arbeiter oder Angestellten und dem Unternehmer, Arbeiterkammern als gesetzlich allein zugelassene Vertragspartei für den Abschluß von Tarifverträgen verbunden etwa mit Tarifzwang. Weiter muß der Gedanke, der zu den Handwerker- und Handelskammern geführt hat, dahin ausgebaut werden, daß jeder Beruf seine gesetzlich geregelte und anerkannte Vertretung zur Beratung aller Berufsfragen erhält. Die zentrale Zusammenfassung der einen gleichen Beruf vertretenden Kammern für das Reich läßt sich ebensowenig verhindern, wie die Fühlungnahme der zentralen Kammern miteinander, sei es zwischen verwandten Berufen zur Beratung gleichlaufender Interessen, sei es zwischen mehr heterogenen Berufen zum Ausgleich entgegengesetzter Interessen. Damit werden die Berufskammern aber zu einer wirtschaftlichen Macht, mit der jede Regierung und jedes Parlament rechnen muß, ob es will oder nicht. Ob man verfassungsmäßig das Recht der Kammern anerkennt, bei ihre Interessen berührenden Gesetzentwürfen gehört zu werden, ob man ihnen ein Initiativrecht verleiht, ob man ihnen schließlich die Möglichkeit verschafft, gegen Beschlüsse des Parlaments ein Referendum herbeizuführen, bleibt tatsächlich völlig belanglos. Vor der Revolution bestand vielleicht die Möglichkeit, durch den Ausbau des Gedankens der rein wirtschaftlichen Kammern einen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessengegensätze herbeizuführen; jetzt ist es dazu zu spät. Man will die Räte, damit sie die wirtschaftliche Revolution vollenden. Dieser Geist wird auch in den Rätekammern herrschen, und keine formelle Gesetzesbestimmung wird die Kammern verhindern, über jeden Parlamentsbeschluß und über jedes Referendum hinweg ihre wirtschaftliche Macht zur Durchsetzung der eigenen Ziele rücksichtslos auszunutzen. Ja, man darf sogar annehmen, daß ein verfassungsmäßiger Anteil an der Gesetzgebung mit dem darin liegenden rechtlichen Zwang zur Verständigung mit der ersten Kammer noch eher geeignet ist, Gefühle der Verantwortung zu wecken; gewisse Hemmungen auszulösen, nicht allzu leichtfertig mit der Ausnützung der wirtschaftlichen Macht umzuspringen. Aber immer kann es sich doch nur um ein

Hinausschieben des Endkampfes um die politische Macht handeln. Vielleicht könnte eine kräftige Demokratie, ein Parlament, dessen Parteien in lebendiger Wechselwirkung mit der Nation ständen, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen; ein verkalktes Parlament, das nicht nur keinen öffentlichen Kredit mehr besitzt, sondern dessen Leben außerhalb der täglich zusammenschrumpfenden Parteikliquen überhaupt keine Beachtung mehr findet, kann das nicht.

Eine über Parteien und Berufen stehende, Autorität genießende, oberste Reichsspitze, ein Monarch oder ein aus allgemeinen direkten Volkswahlen hervorgehender Präsident könnte zwischen demokratischen und Berufsparlament vielleicht das Gleichgewicht herstellen. Beides haben wir nicht und werden wir nicht haben. Gewiß braucht auch der freieste Volksstaat staatliche Autoritäten. Da die alten zerfallen sind, hängt unsere Zukunft davon ab, ob es gelingt von unten herauf neue zu bilden. Ist überhaupt noch staatenbildende Kraft in unserm Volk, dann wird diese Aufgabe irgendwie und irgendeinmal auch gelingen. Der Versuch, den Rätegedanken mit dem demokratischen Parlamentarismus zu verkoppeln, kann den Gesundungsprozeß nur aufhalten oder zu so schweren Erschütterungen führen, daß er unmöglich wird.

Ein Bericht über Frauenbestrebungen der Gegenwart

Von Dr. Mathilde Kelchner

Die Zeiten, da die Frauen ihre Forderungen an die Gesellschaft bezüglich einer ungehemmten Betätigung auf mannigfachen Gebieten des wirtschaftlichen und geistigen Lebens lediglich vom Standpunkt ihrer Subjektivität dialektisch begründeten, indem sie im Sinne des Liberalismus auf ihre Menschenrechte hinwiesen, sind längst vorüber. Tatsachen, mit allen Mitteln wissenschaftlicher Methodik festgestellte Tatsachen geben nunmehr der Frauenbewegung Grundlage und Zielstrebigkeit. Dieses objektive Material ist gegeben einerseits in der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensvorgänge nach der ihnen immanenten Gesetzlichkeit, andererseits in der psychischen und physischen Beschaffenheit der Frau. Wenn es offensichtlich geworden ist, daß die Gesellschaft der Mitarbeit der Frau im weitesten Umfang bedarf, so kann auch nicht übersehen werden, daß die Frau sich nicht ohne weiteres in den ursprünglich vom Manne bestimmten und ihm angepaßten Arbeitsprozeß einfügen läßt. Das Grundproblem der Frauenbewegung lautet demnach: wie sind der Frau diejenigen Stützen und Sicherungen zu gewähren, die im Hinblick auf ihre Organisation, insbesondere auf ihre Gattungsfunktionen, eine ökonomische Nutzung ihrer Arbeitskraft im Interesse der Volksgemeinschaft und eine kulturelle Förderung derselben ermöglichen? Auf der Grundlage objektiver Feststellungen über die wirtschaftliche und soziale Lage sowie über die naturgegebenen Schranken des Weibes ersteht also das eigentliche Arbeitsgebiet der Frauenbewegung, das in seinen Hauptlinien bevölkerungspolitisch, sozialpolitisch, insbesondere sozialhygienisch, rechtlich-politisch und kulturpolitisch bestimmt ist. Bei jeder Frauenfrage kommen alle diese Gesichtspunkte in Betracht, aber in der Weise, daß je nach der sozialen Schichtung der eine oder der andere in den Vordergrund tritt. Zum Beispiel lassen die Probleme, die die Fabrikarbeiterin uns aufgibt, den bevölkerungspolitischen, sozialpolitischen und sozialhygienischen Gesichtspunkt von besonderer Wichtigkeit erscheinen, während etwa die Berufsfragen der akademisch gebildeten Frau im wesentlichen kulturpolitisch zu beurteilen sind.

Aus den Erfahrungen der letzten Kriegsjahre lassen sich immer nur mit großer Vorsicht Richtlinien für die Gestaltung des Frauenlebens in der bevorstehenden

Friedenszeit entnehmen. Ungewisser denn je liegen die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Deutschlands vor uns und die Macht, sie im Interesse einer gesunden völkischen Entfaltung zu beeinflussen, wird oft genug ihre Grenzen finden. Wurde die Frau schon vor dem Kriege in der Zwangsläufigkeit der sozialen Entwicklung in immer steigendem Maße in den Wirtschaftsprozeß einbezogen, so bewirkte der Krieg, daß neue ungeheuere Massen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt erschienen. Wie groß dieses weibliche Arbeiterheer war und in welchem Ausmaße es über den Friedensstand emporwuchs, läßt sich leider ziffermäßig nicht feststellen. Ein beträchtlicher Teil der Frauen hat wenig bemerkt von der Öffentlichkeit und für die Statistik nicht erfaßbar gearbeitet, nämlich dort, wo sie im Handel und Gewerbe an die Stelle heerespflichtiger Angehöriger traten und deren Unternehmungen selbständig fortführten. Es gibt wohl nur ganz wenige Gebiete, auf denen sich die Frauen während des Krieges nicht betätigt haben. Sie arbeiteten alle unter besonders ungünstigen Verhältnissen, waren sie doch meistens überlastet, oft durch Beruf und Hauswesen gleichzeitig in Anspruch genommen, dazu unterernährt und von seelischen Kümmernissen und Sorgen bedrückt. Nichts wäre verkehrter als etwa ein Verdikt über weibliche Leistungen auf einen Vergleich zwischen den Kriegsleistungen der Frau und den Friedensleistungen des Mannes zu gründen. Wo ein Vergleich der Frauenarbeit vor und im Kriege möglich war, hat sich tatsächlich herausgestellt, daß die Arbeitsfähigkeit der Frau in den Kriegsjahren beeinträchtigt gewesen ist. Ferner muß bei der Beurteilung der weiblichen Leistungen berücksichtigt werden, daß viele arbeitsungewohnte und völlig unausgebildete Frauen zur Arbeit drängten und daß sie eingestellt werden mußten, weil die Männer fehlten. In der Industrie ergab sich die Möglichkeit ihrer Verwendung dadurch, daß der Unterhalt eines Riesenheeres die Herstellung von Massenartikeln erforderte und eine weitgehende Arbeitsteilung innerhalb der einzelnen Industrien vorgenommen werden konnte. Wo Grenzen erreicht wurden, entschloß man sich sowohl in der Industrie als auch in höheren Berufen zu einer kurzfristigen Ausbildung der Frauen, deren Oberflächlichkeit sich freilich in der Praxis rächen mußte. Die eigentliche Fachausbildung der Frauen hat auf manchen Arbeitsgebieten während des Krieges erhebliche Rückschritte gemacht, weil ein sicheres Vorwärtsschreiten in der Zukunft auf Grund gediegener Vorbereitung der Aussicht auf einen schnell zu erreichenden lohnenden Verdienst geopfert wurde, ja leider häufig geopfert werden mußte. Wenn man die zukünftige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Frauen auf ihre Bewährung im Kriege aufbauen will, müssen gerechterweise jene Mißstände in Rechnung gestellt werden. Aber damit nicht genug. Sehr kritisch muß man sich den Aussagen der interessierten Kreise, insbesondere der Arbeitgeber gegenüber verhalten. Ein anerkennendes Urteil über die Leistungsfähigkeit der Frau ist oft das Ergebnis einer Berechnung der Rentabilität ihrer Verwendung. Die ungleiche Entlohnung von Mann und Frau spielt hier eine verhängnisvolle Rolle. Aus allen diesen Gründen lassen sich vorläufig, da monographische Untersuchungen noch nicht vorliegen, nur die allgemeinen Grundzüge der Bewährung erkennen, aus denen vom Standpunkt der Frauenbewegung Forderungen ableitbar sind.

Die körperlich arbeitenden Frauen haben sich während des Krieges nicht nur in weit größerer Zahl in solchen Gewerben betätigt, in denen sie schon in Friedenszeiten Verwendung gefunden hatten, sondern sie mußten vielerorts zugreifen, wo früher lediglich männliche Arbeitskräfte beansprucht wurden, so z. B. in einigen Zweigen der Brauerei, ferner im Baugewerbe, im Bergbau, im Hüttenwesen, in der Glasfabrikation usw., wo die im Frieden für sie geltenden Schutzbestimmungen aufgehoben waren. Nach Oppenheimer[1]) erwiesen sich die

[1]) Dr. Hilde Oppenheimer und Dr. Hilde Radomski, Die Probleme der Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft. Im Auftrage des Bundes Deutscher Frauenvereine und des Ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinneninteressen bearbeitet. Verlag J. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig 1918 — eine außerordentlich gründliche und mit viel Scharfsinn durchgeführte Untersuchung, der sich die obige Darstellung vielfach anschließt.

Frauen vom Standpunkt der Produktivität als ungeeignet für alle körperlich sehr schweren Verrichtungen, z. B. für Transportarbeiten, ferner für schwere Arbeiten, die bei sehr hohen Temperaturen ausgeführt werden müssen, auch zeigten sie einen stärkeren, ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigenden Widerwillen gegen unangenehme Gerüche und unsaubere Tätigkeiten als die Männer, so daß ihre Verwendbarkeit in gewissen Zweigen der chemischen Industrie nicht aussichtsreich erscheint. Aus ähnlichen Gründen wird die Frauenarbeit in der Lederindustrie, wenigstens in der Gerberei, wo körperlich schwere und schmutzige Verrichtungen erforderlich sind, nicht sehr günstig beurteilt. Auch hat sich die Eignung der Frau für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie als verhältnismäßig gering erwiesen, selbst der weibliche Bäcker hat sich nicht sehr bewährt. In der Textilindustrie wird die Frauenarbeit aus demselben Grunde wieder in starkem Maße durch Männerarbeit ersetzt werden. Dagegen werden in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, wo die fabrikmäßige Herstellung die handwerksmäßige immer mehr zurückdrängt, die Leistungen der Frau als durchaus befriedigend bezeichnet. In der Metall-, Maschinen- und elektrischen Industrie hat sich die Frau überall dort vor den Männern hervorgetan, wo Handgeschicklichkeit und feine Tastempfindlichkeit der Finger in Betracht kamen, in gröberen Arbeiten erwies sie sich als gleichwertig, doch gibt es auch hier Verrichtungen, die als Männersache zu betrachten sind. Es steht zu erwarten, daß die Frauen aus alle den erwähnten Industriezweigen, in die sie eindrangen, nicht wieder völlig ausscheiden werden. Die Friedenswirtschaft sieht sich aber einer neu gearteten weiblichen Arbeiterschaft gegenüber: über die niedrigste Stufe der ungelernten Arbeiterin erhebt sich die geübte und über diese die unter dem Zwange der Kriegszeit in gewissen Handgriffen und zusammengehörigen Teilarbeiten angelernte Arbeiterin. Die letzteren beiden Gruppen treten in den Vordergrund gegenüber der ungelernten und der handwerklich ausgebildeten Arbeiterin — eine Entwicklung, die im Hinblick auf den Rückgang der qualitativen Höchstleistung der Frau nicht durchaus zu begrüßen ist. Wird einerseits die Volkswirtschaft für den Wiederaufbau Qualitätsarbeiter bedürfen, so gilt andererseits zu bedenken, daß gerade eine gediegene fachliche Ausbildung das Mittel ist, die Frau in ihrem Beruf heimisch werden zu lassen. Wenn die Interesselosigkeit, Disziplinlosigkeit, Verständnislosigkeit und mangelnde Ausdauer, über die vielfach geklagt wird, Unzulänglichkeiten sind, die ihren tiefsten Grund wohl in der Auffassung der meisten Frauen haben, daß ihre Berufstätigkeit doch nur ein vorübergehendes Stadium ihres Lebens ist, das mit der Heirat seinen Abschluß finden wird, so muß unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse, da die Heiratsaussichten gesunken sind, für viele Frauen eine dauernde Berufstätigkeit ins Auge gefaßt und mithin die Voraussetzung einer inneren Anteilnahme an der Arbeit geschaffen werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft liegt somit zweifellos in der Beseitigung der Mängel, die der Frauenarbeit anhaften, um das subjektive Wertgefühl zu erhöhen. Sie wird am besten dadurch gelöst, daß die obligatorische Fortbildungsschulpflicht für gewerbliche Arbeiterinnen bis zum achtzehnten Jahre allgemein eingeführt und die handwerksmäßige oder fachgewerbliche Ausbildung gefördert wird. Dann aber ist der Arbeiterin der Weg zu ebnen: durch Schaffung von Organisationen ist das Zusammengehörigkeitsgefühl zu beleben und dem Grundsatz, daß für die der Männerarbeit gleichwertige Leistung gleicher Lohn gezahlt wird, Geltung zu verschaffen, da nur unter dieser Voraussetzung die Eignung der Frau für bestimmte Tätigkeiten einwandfreie Berücksichtigung finden kann; schließlich ist durch den Ausbau der Arbeitsvermittlung der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage anzustreben, so daß die vorgebildeten und bewährten Kräfte in erster Reihe Verwendung finden. Nur so ist die schlichte Frau aus dem Volke einerseits zum eigenen Wohlbefinden zu erziehen, andererseits zum Wohle der Gesamtheit zu nutzen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Frauenarbeit grundsätzlich nur dort zu dulden ist, wo sozialhygienisch und bevölkerungspolitisch keine Bedenken gegen sie geltend gemacht werden können. Im Bergbau, Hüttenwesen und Baugewerbe muß die schon vor dem Kriege

abgeschaffte Frauenarbeit aufs neue verboten werden, im übrigen verdichten sich die Erfahrungen zu folgenden Forderungen: verstärkter Arbeiterinnenschutz, insbesondere der Wöchnerinnen[2]), Ausbau der Sozialversicherung und vermehrte soziale Fürsorge. Letztere hat besonders wichtige Aufgaben zu lösen, wo die Last des doppelten Berufs auf Frauenschultern liegt. Niemand, dem das körperliche und geistige Gedeihen des Volkes am Herzen liegt, wünscht die Betätigung der Mutter in der Fabrik. Die Möglichkeiten eines kulturellen Aufstiegs des mit der Hand arbeitenden Volkes hängen in hohem Maße vom Pflichtbewußtsein ab, das die Frau ihrer Familie gegenüber aufzubringen vermag. Einer verständigen Volkserziehung sind somit die Wege gewiesen. Sie hat bei der Frau den Hebel anzusetzen, ihr die ungeheure Verantwortung, die auf ihr als Mittelpunkt der Familie, als Hüterin des Nachwuchses ruht, vor Augen zu führen und sie mit Ernst und Nachdruck anzuweisen, wie sie zu pflegen und zu erziehen hat. Es muß aber auch, wo es irgend angeht, dahin gewirkt werden, daß namentlich Mütter minderjähriger Kinder in erster Reihe an diesen ihre Pflichten tatsächlich zu erfüllen imstande sind. Die fürsorgliche Tätigkeit wird dort, wo sie in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Frau Aufgaben übernimmt, die in den Händen der Hausfrau und Mutter liegen sollten, stets dessen eingedenk sein, daß sie Notstandsarbeit leistet. Eine einsichtige Sozialpolitik wird die Entlastung der Mutter von Berufsarbeit fördern und die Maßnahmen der Fürsorge unterstützen, um über sie hinauszuweisen. Das Los der Industriearbeiterin wird auch in Zukunft nicht beneidenswert sein. In der ganzen industriellen Entwicklung liegt soviel Unnatur, daß ein gesunder froher Menschenschlag auf dem von ihr bereiteten Boden nicht gedeihen kann. Im letzten Grunde liegen hier die Wurzeln der Katastrophe, die den Erdball mehr als vier Jahre lang erschüttert hat und deren Wahnsinn die Menschheit zur Besinnung führen sollte[3]).

Unwillkürlich wendet sich unser Blick dorthin, wo das Leben in einfacheren, gesünderen Formen abläuft, wo vor allen Dingen auch das Problem des doppelten Berufs der Frau in so einfacher Weise gelöst werden kann — auf das Land. Warum mußten wir aber schon seit vielen Jahren vor Ausbruch des Krieges die Landflucht erleben, die in weitem Ausmaße auch die Frau ergriff, und wie ist sie zu bannen, ja in ihr Gegenteil zu verkehren? Hier stehen wir am Schnittpunkt agrarpolitischer und frauenrechtlerischer Probleme. Wenn die Emanzipation der Töchter auf dem Lande sich stark geltend machen konnte, so liegt das sicher nicht lediglich in ihrer Genußsucht begründet, sondern auch in durchaus berechtigten, von der allgemeinen Entwicklung getragenen Wandlungen der Frauenseele, denen die ländlichen Verhältnisse nicht angepaßt wurden. Eine eingehende Untersuchung von Gertrud Dyhrenfurth[4]) ergab, daß innerhalb der verschiedenen Gruppen der auf dem Lande arbeitenden Frauen ganz allgemein Unzulänglichkeiten der Lebensverhältnisse nachweisbar sind, die notwendig unerwünschte Folgeerscheinungen zeitigen müssen. So wird die Bauernmagd durch ein Übermaß an Arbeit erdrückt, die zum Teil, wie etwa die Stallarbeit, sehr unsauber ist und sie abstößt, umsomehr, als sie ihre äußere Erscheinung beeinträchtigt und wenn auch nicht schlecht bezahlt, so doch nicht hoch geschätzt wird. Jugendfreuden werden ihr nicht viel geboten und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und zum Weiterkommen sieht sie auf dem Lande nicht. Die Hofgängerin oder Scharwerkerin ist dadurch vor

---

[2]) Vergleiche den Aufsatz von Dr. med. Agnes Bluhm „Der Wöchnerinnenschutz in dem neuen Entwurf eines internationalen Arbeiterrechtes" in Heft 7/8 der Grenzboten dieses Jahres.

[3]) Vergl. den Aufsatz „Zusammenbruch und Aufbau" von Arthur A. Brandt in Heft 16 der Grenzboten dieses Jahres.

[4]) Gertrud Dyhrenfurth, Ergebnisse einer Untersuchung über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Frauen in der Landwirtschaft. Schriften des ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinneninteressen, Heft 7, Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1916. Auch diese Untersuchung ist mit Sachkenntnis und großem Fleiß durchgeführt worden und stellt eine sehr wertvolle Bereicherung der Frauenliteratur dar.

ihr begünstigt, daß sie im Schutze des Elternhauses bleibt, aber auch sie strebt wie die Magd hinaus, weil sie zu wenig Selbständigkeit genießt. Ihr Lohn wird vom Vater, dem Instmann, der verpflichtet ist, dem Arbeitgeber eine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, in Empfang genommen. Daß aber das schulentlassene Mädchen selbständig sparen und verfügen will, ist ihr gewiß nicht zu verargen. Überdies ist die Arbeitsdauer auch für sie zu reichlich bemessen. Die Tochter des Kleinbauern ist im Grunde noch schlimmer dran als sie, weil sie die unbezahlte Magd im Elternhause ist, ohne daß die Vorteile der Sozialgesetzgebung für sie gelten. Deshalb will sie fort, um sich bei eigenem Verdienst eine eigene Sparkasse anlegen zu können und auch um etwas zu lernen, denn die Mutter auf dem Lande versteht es meistens ebenso wenig wie die städtische Mutter, die Tochter systematisch anzulernen, das Nähen vermag sie ihr oft überhaupt nicht beizubringen und gerade hiernach steht der Sinn vieler Mädchen. Zudem sehen diese, daß das Los ihrer Mütter kein beneidenswertes ist und es wird daher nicht zur Richtschnur für ihre Zukunftsträume. Die Kleinbäuerin muß nämlich von allen Landarbeiterinnen am längsten und am schärfsten arbeiten, sie wird nach der Niederkunft am wenigsten geschont, ihr bleibt am wenigsten Zeit für die Pflege des Kindes. Da ersteht denn in der Tochter naturgemäß der Wunsch, in ein Hauswesen ohne Landwirtschaft zu heiraten, wenn auch nur die Frau eines abhängigen Lohnarbeiters zu werden. Als solche sind ihre Lebensverhältnisse nicht ungünstig. Die Gepflogenheit, die Ehefrau durch den Arbeitsvertrag des Mannes zu binden, tritt immer mehr zurück, wie denn überhaupt der Umfang der eheweiblichen Lohnarbeit abgenommen hat, freilich unter zeitweiser Verstärkung der Intensität. Familien ohne Besitz, wie sie sich ja auch vielfach unter den Taglöhnern finden, fühlen sich aber am wenigsten an die Scholle gefesselt und so stoßen wir auch hier wieder auf Zugänglichkeit für Anreize zur Abwanderung in die Stadt. Die Frau macht sich nicht klar, was eine Übersiedelung in die Stadt für sie bedeutet, daß schon ihre Stellung als Frau dort eine weniger gesicherte und im Grunde auch niedrigere ist. Als städtische Frau lebt sie in größerer Abhängigkeit vom Manne, denn sie erhält nunmehr nach seinem Ermessen ein bestimmtes Haushaltungsgeld, während sie auf dem Lande die Einnahmen verwaltet — eine Gepflogenheit, die aus der Zeit der Naturalwirtschaft stammt. Sie macht sich auch nicht klar, daß in dem Falle, daß sie mitverdienen muß, ihre außerhäusliche Tätigkeit auf dem Lande lange nicht so zersetzend auf die Familie wirkt, wie etwa die Fabrikarbeit der Frau in der Stadt. Natürlich geschieht auch auf dem Lande die Lohnarbeit der Frau zum Nachteil der eigenen Häuslichkeit, zumal wenn Eigenwirtschaft betrieben wird, aber die Interessengemeinschaft der Familie bleibt erhalten, die Mitglieder haben die gleichen Arbeitspausen und bleiben in den langen, freien Winterabenden beieinander. Wenn sich Beruf und Mutterschaft somit selbst für die Lohnarbeiterin auf dem Lande immerhin vereinigen lassen, so erst recht für die Frau, die landwirtschaftliche Arbeit lediglich in eigener Wirtschaft leistet. Eine tüchtige Bäuerin kann ihren Hof für ihre Kinder zur „vollkommensten Bildungsstätte der Welt" gestalten, als die ihn Friedrich Paulsen, der friesische Bauernsohn, einst bezeichnet hat. Soll nun der, insbesondere auch bei der weiblichen ländlichen Bevölkerung durchaus unerwünschten Neigung, die angestammte Umgebung zu verlassen, die nicht nur der Landwirtschaft notwendige Kräfte entzieht, sondern auch die städtischen Arbeitsverhältnisse drückt und verwirrt, letzten Endes aber die körperliche und seelische Volksgesundheit untergräbt, entgegengetreten werden, so muß man sich entschließen, die ländlichen Verhältnisse im Geiste moderner Kulturerrungenschaften zu gestalten und die Frau sowohl in ihrem individuellen Berufsverhältnis als auch als Mutter so zu fördern, daß sie für die Bedeutung und Größe ihrer Aufgaben Verständnis gewinnt. Der Frau auf dem Lande fehlte bisher beinahe alles, worüber der Mann, wenn auch noch nicht in ausreichendem Maße, bereits verfügte: Ausbildungsmöglichkeiten für ihren Beruf, Eingliederung in den Berufsstand, Vertretung ihrer Interessen. Wenn für die Frau derartiges verlangt wird,

so geschieht es nicht um emanzipierter, frauenrechtlerischer Zielsetzungen willen, sondern um der Emanzipation entgegenzuwirken. Die Fortbildungsschule, die berufliche Bildung der Frau, wird auch von männlicher Seite gewünscht. Erst kürzlich hat der während des Krieges als stellvertretender Präsident des Kriegsernährungsamtes tätige Friedrich Edler von Braun in seinen einleitenden Worten zu dem von ihm und Professor Dr. H. Dade herausgegebenen ausgezeichneten Werk „Die Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege“ [5]) betont, daß im Kriege trotz aller bewundernswerten Leistungen der Landfrauen ihre unzulängliche Vorbildung sich unliebsam bemerkbar machte. Wenn nun gewiß nicht die Ausbildung der Frau im Hinblick auf einen möglichen Krieg erfolgen soll, so ist doch die Bauernwirtschaft auch in Friedenszeiten so sehr auf die ständige Mitarbeit der Frau, ja häufig auch auf selbständige Betriebsleitung seitens der Frau angewiesen, daß eine berufliche Ausbildung der Frau, insbesondere auch in Anbetracht der mißlichen Lage der Landwirtschaft nach den schweren Kriegsjahren, durchaus zweckmäßig erscheint. v. Braun fordert dementsprechend landwirtschaftliche Berufsschulen, deren Besuch nicht nur der männlichen, sondern auch der weiblichen Jugend zur Pflicht gemacht werden muß. Man kann hier ferner neben anderen bereits bestehenden Bildungsmöglichkeiten für die Jugend an eine Vermehrung der ländlichen Volkshochschulen denken, die in Skandinavien zu hoher Blüte gelangt sind und bei uns hier und da Eingang gefunden haben. Für die Ehefrauen kommen kurzfristige Lehrkurse und Vorträge in Betracht. Als Grundlage aller dieser Bildungsgelegenheiten wäre aber für die Kinder eine Ausgestaltung der Dorfschule nach Gesichtspunkten zu wünschen, die der ländlichen Umgebung entnommen und geeignet sind, ihnen für die Natur und die Arbeit an ihr die Augen zu öffnen. Aber damit sind die Forderungen für die weibliche Landbevölkerung nicht erschöpft. Abgesehen davon, daß sie von schwerer, sehr ausgedehnter, unsauberer Arbeit befreit werden sollte, wie dies schon in einigen Gegenden Deutschlands üblich ist, ist sie, soweit sie nicht selbständig ist, in ein festes Lehr- und Arbeitsverhältnis mit geregelter Beschäftigungszeit zu bringen und in einer aufsteigenden Reihe von Spiel- und Sportvereinen über Jugend- und Gehilfinnenvereine bis zu landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen zu organisieren, um Berufsgesinnung zu wecken. Es liegt auf der Hand, daß ein Zusammenschluß der Hausfrauen, der möglichst weite Kreise umfaßt, einen gewissen Höhepunkt der Entwicklung bedeutet, wenn er in Anlehnung an die landwirtschaftlichen Vereine erfolgt, denn von hieraus führt der Weg zum genossenschaftlichen Zusammenschluß und zur Standesvertretung, die ja heute im Rätesystem ihre Krönung findet. Ist die kulturelle und berufständige Hebung der weiblichen Landbewohner ein Mittel zur Überwindung der Landflucht, so ist eine psychische Bindung an die Scholle durch Eigenbesitz ein anderes, noch wirksameres. Neben Erziehung und Organisation muß demnach die Gelegenheit zum landwirtschaftlichen Eigenbetrieb und zur Betätigung auf eigener Erde gefördert werden. Daß schließlich auch eine gesunde Wohnungspolitik und Wohlfahrtspflege empfehlenswerte Maßnahmen sind, die namentlich auf reife Frauen Eindruck machen, bedarf kaum der Erwähnung.

Wie ersichtlich, wird das Heilmittel gegen die verbreitete Unzufriedenheit wie bei der Industriearbeiterin, so auch bei der Landarbeiterin in einer vertieften Auffassung von Beruf und Leben gesucht, aber die notwendige Voraussetzung ist eine materielle und ideelle Gestaltung des Lebens, die eine freiere Entfaltung der Persönlichkeit ermöglicht, als sie bisher für den Durchschnitt zu erreichen war. Beseitigung der Mängel der Frauenarbeit, die im wesentlichen durch unzulängliche Ausbildung bedingt sind, und der Hemmungen aller Art, mit denen die Frau zu kämpfen hat, ist auch hier die Forderung, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als die Landwirtschaft der Frau dringend bedarf, und diese auch tatsächlich die absolut größte Zahl der arbeitenden Frauen aufnimmt.

[5]) Verlag von Paul Parey, Berlin. 1918. Geb. 17 M.

Die gleiche Forderung kehrt nun wieder, wenn wir den Kreis der mit der Hand arbeitenden Frauen verlassen und uns den mechanischen Geistesarbeiterinnen zuwenden, zu denen ein großer Teil der Privatangestellten und Beamtinnen zu rechnen ist. Die Mechanisierung der Arbeit hat nicht nur die Industrie ergriffen, sie zieht vielmehr überall in Handel und Wandel immer weitere Kreise, und mit der Zunahme der Mechanisierung läuft die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft parallel. Bekanntlich können selbst weite Gebiete der wissenschaftlichen Forschung die mehr oder weniger mechanisch arbeitende Hilfskraft nicht mehr entbehren. Wir haben deshalb ein großes Heer von Bakteriologinnen, Chemotechnikerinnen, Röntgenassistentinnen und sonstigen „wissenschaftlichen Hilfsarbeiterinnen", das sich während des Krieges erheblich vergrößert hat, dessen qualitative Leistungen aber wohl infolge allzu flüchtiger Ausbildung im großen und ganzen gesunken sind. Im Handel hat die Mechanisierung der Arbeit durch Verwendung der Schreibmaschine und der Kurzschrift und die durch den Großbetrieb ermöglichte Arbeitsteilung die Nutzung weiblicher Arbeitskräfte in großem Maßstab bewirkt. Während des Krieges hat sie noch erheblich zugenommen, doch ist als Neuerung lediglich die ausgiebige Beanspruchung von Frauen durch die Banken zu verzeichnen. Vor dem Kriege waren sie dort seltene Erscheinungen. Trotzdem die männlichen Kollegen ihren Eintritt ungern sahen, werden sie nicht wieder verschwinden, um so weniger als mit der Einstellung von ordnungsmäßigen weiblichen Banklehrlingen begonnen worden ist, denen nach dreijähriger Lehrzeit grundsätzlich alle Aufstiegsmöglichkeiten offen stehen. Ist hierdurch die gediegene Vorbildung als Voraussetzung einer zweckmäßigen Auswertung der Frauenkraft anerkannt worden, so muß die Forderung nach einer Reform der Berufsvorbildung und zwar nach gleicher Ausbildung beider Geschlechter und entsprechendem Aufstieg ganz allgemein für alle Zweige der kaufmännischen Berufe erhoben werden, woraus dann die Folgerungen in betreff der Entlohnung zu ziehen sind. Leider kämpft der Mann gegen die Frauenarbeit als solche, statt gegen die für die Gesamtheit der Angestellten schädlichen Bedingungen, unter denen sie erfolgt. Deshalb ist es die Hauptaufgabe der Zukunft, hier Abhilfe zu schaffen, gegen die etwa sozialhygienische und fürsorgliche Maßnahmen der Sachlage gemäß zurücktreten können. Die Überfüllung des kaufmännischen Berufs ist groß, dennoch werden ihm immer neue Scharen junger Mädchen zustreben, denn es ist nicht jeder gegeben, sich in einem der sogenannten „weiblichen" Berufe, als Kindergärtnerin, Hortnerin, Jugendleiterin, Elementarlehrerin, Krankenpflegerin, Sozialbeamtin usw. mit innerer Anteilnahme zu betätigen. Wer aber keine Neigung zu diesen Berufen hat, soll sie um der hilfsbedürftigen und leidenden Menschheit willen meiden. An und für sich stößt die Frau hier naturgemäß am wenigsten auf Hindernisse, wenn schon in bezug auf Ausbildung, soziale Stellung, Entlohnung u. a. m. berechtigte Ansprüche auf Besserung erhoben werden, insbesondere auch gegen die während der Kriegszeit um des dringenden Bedarfs willen allzu schnell und demgemäß ungenügend vorgebildeten Kräfte protestiert wird, deren ungehemmte Betätigung geeignet ist, das Vertrauen des Publikums zu den Angehörigen dieser wichtigen Berufe zu untergraben.

Es sind jedoch nicht jene in den erwähnten und ähnlichen mittleren Berufen wirkenden mehr oder weniger gebildeten Frauen, die ein soziales Problem unserer Zeit bedeuten. Für sie handelt es sich zum großen Teil um berufsständische Fragen, die freilich mit der Konkurrenz der Geschlechter und damit dem Heiratsproblem in engem Zusammenhang stehen, aber nicht unmittelbar an die tiefsten Nöte des Volkslebens greifen. Steht ihre Tätigkeit einerseits unter zum Teil ganz anderen wirtschaftlichen und sozialen Gesetzen als das der Industriearbeiterin und Landarbeiterin und ist daher in ihrer Rückwirkung auf die Lebensbedingungen der Gesamtheit weniger folgenschwer, so erreicht sie anderseits nicht das kulturelle Gewicht, das dem Wollen und Wirken der in höheren geistigen Berufen arbeitenden Frauen eigen ist. Deshalb wird erst die höhere Frauenberufsarbeit wieder zum bevorzugten Gegenstand der Erörterung von Politikern und Ärzten, aber auch von Philosophen und Psychologen, kurz von allen, die an der Kulturentwicklung bewußten Anteil nehmen.

Während des Krieges hat die Zahl der in höheren Berufen tätigen Frauen in Verfolg der bereits vor dem Kriege bestehenden Tendenz stark zugenommen.[*]) Bereits im Jahre 1917 gab es in Deutschland 416 Ärztinnen — gegenwärtig soll die Zahl 500 erreicht worden sein — von denen 34 Prozent in Städten unter 100000 Einwohnern tätig waren, ja in den mittleren Städten hat in den letzten Jahren das stärkste Vordringen der Ärztin stattgefunden, doch ist nicht zu übersehen, daß sie auch in ganz kleinen Städten und auf dem Lande Fuß faßt. Eine Ärztin wurde von der Regierung nach Ostpreußen geschickt, wo sie Landpraxis ausübt. Neben praktischen Ärztinnen gibt es Spezialärztinnen auf allen Gebieten. Als Kassenärztinnen sind sie fast überall zugelassen. Auch als Assistenzärztinnen an Universitätskliniken und Krankenhäusern haben sie während des Krieges in großer Zahl gewirkt, überdies waren Säuglingsheime, Waisenhäuser, Lungenheilanstalten, hygienische Institute usw. die Stätten ihrer Arbeit zum Teil in leitender Stellung. Die Zahl der in städtischen Diensten stehenden Schulärztinnen nimmt langsam zu — es gibt zurzeit deren 25 —, in Berlin war eine Ärztin als Polizeiärztin tätig.

Der Kreis der Frauen, die den zahnärztlichen Beruf ergreifen, erweitert sich ebenfalls allmählich: 1917 gab es etwa 100 Zahnärztinnen. Wenn sie sich vorwiegend in Großstädten niedergelassen haben, so fehlen sie auch nicht in kleinen Städten unter 10000 Einwohnern. Vereinzelt sind sie in der Schulzahnpflege beschäftigt.

Eine starke Entwicklung wies vor dem Kriege der Beruf der Oberlehrerin auf, der sich organisch auf dem bereits fest eingebürgerten Lehrerinberuf aufbaute und durch Zulassung der seminaristisch gebildeten Lehrerin zum Universitätsstudium weiten Kreisen offen stand. Im Kriege erstreckte sich die Tätigkeit der Oberlehrerin auch auf Knabenschulen. Bereits 1916 waren an preußischen höheren Knabenschulen 411 weibliche Lehrkräfte eingestellt, davon 90 an den staatlichen und städtischen Gymnasien und Realgymnasien von Groß-Berlin. In Bayern waren drei Lehrerinnen Mitglieder der Kgl. Prüfungskommission für das Abiturientenexamen. Der weibliche Schuldirektor ist nicht nur in privaten, sondern auch in öffentlichen Anstalten zu finden. Eine Oberlehrerin in Leipzig erhielt vom sächsischen Kultusministerium den Auftrag, eine Vorlesung in französischer Sprache und Übungen im Neufranzösischen am Romanischen Seminar der Universität abzuhalten.

Eine beachtenswerte Erweiterung hat während des Krieges das Arbeitsgebiet der Juristinnen erfahren. Waren sie vor dem Kriege hauptsächlich volkswirtschaftlich und sozial beschäftigt, so haben sie während desselben auch rein juristische Stellungen eingenommen. Es arbeiteten Juristinnen beim Rechtsanwalt und Notar, in Rechtsauskunfts- und Rechtsschutzstellen, bei den Kommunalverwaltungen, an Kriegsamtstellen, außerdem in industriellen und kaufmännischen Betrieben, in Kriegsgesellschaften usw., auch unterrichteten sie an Frauen-, Fortbildungs- und privaten Hochschulen. Vier Juristinnen in Berlin, Hamburg, Cottbus und Bonn haben bei Anwälten die volle Anwaltspraxis einschließlich Sprechstunde erledigt. Zu beachten ist, daß es der Juristin bis jetzt verwehrt war, die systematische praktische Ausbildung der männlichen Kollegen zu genießen und Staatsprüfungen abzulegen. Ihre Leistungen sind daher, wo sie befriedigten, um so höher zu bewerten.

Sowohl quantitativ als auch qualitativ erweitert hat sich in den letzten Jahren auch der Wirkungskreis der Nationalökonomin. Neben mannigfacher sozialer Berufstätigkeit und wissenschaftlicher Arbeit haben die Nationalökonominnen wie die Juristinnen bei Kommunalverwaltungen und staatlichen Behörden, in Kriegsorganisationen, in der Industrie und bei Banken Verwendung für ihre Fachkenntnisse gefunden und sind auch vielfach im Lehramt tätig gewesen. Be-

[*]) Die folgenden Angaben stützen sich auf die Untersuchung von Dr. Hilde Radomski in dem bereits erwähnten Buch „Die Probleme der Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft".

sonders wichtig erscheint, daß die staatlichen und städtischen Behörden ihre Scheu vor der weiblichen Arbeitskraft in gehobener Stellung überwunden haben, da somit zu hoffen steht, daß sie nunmehr solche im Dienst bewährte Frauen in ein festes Beamtenverhältnis bringen werden.

Ein erst sehr wenig von der Frau bearbeitetes Gebiet ist das der Theologie. Einer Theologin in Heidelberg, die zu den theologischen Prüfungen zugelassen worden war, ist die Seelsorge in den Frauenkliniken und an den weiblichen Gefangenen anvertraut worden und auch anderwärts wurde ins Auge gefaßt, theologisch geschulte weibliche Kräfte besonders in der Fürsorge für die weibliche Jugend heranzuziehen.

Nicht erheblich ist vorläufig die Zahl der weiblichen Apothekerinnen, Chemikerinnen und Physikerinnen, immerhin ist auch hier eine Zunahme deutlich erkennbar. Die Nachfrage nach Pharmazeutinnen und Chemikerinnen war während des Krieges groß. Letztere fanden meistens in der chemischen Industrie Anstellungen, doch waren Chemikerinnen auch als Assistentinnen an Universitätsinstituten und auch in öffentlichen Untersuchungsämtern tätig. Drei Physikerinnen waren bei der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie angestellt.

Wenig bekannt dürfte es sein, daß es in Deutschland etwa zwanzig Architektinnen gibt. Schon vor dem Kriege waren drei mit großem Erfolg selbständig tätig, die übrigen waren in privaten Baubureaus angestellt. Während des Krieges hat die Militärbehörde sowohl in der Heimat als auch in der Etappe weibliche Architekten beschäftigt, beim Wiederaufbau Ostpreußens sind drei Architektinnen herangezogen worden. (Schluß folgt.)

Eine Verwaltungs-Akademie in Berlin

Von Dr. Otto Jöhlinger

Trotz der guten Eigenschaften unseres Beamtentums und trotz der hohen gesellschaftlichen Stellung, die es in unserem Leben einnahm, läßt sich doch nicht verkennen, daß die Ausbildung zahlreicher Beamtenkategorien nicht den Erfordernissen der Neuzeit entsprach. Natürlich hat es in allen Beamtenschichten Persönlichkeiten gegeben, die über außerordentliches Wissen und umfangreiche Kenntnisse verfügten. Aber das war doch nicht immer die Regel. Vielfach konnte man Beamte finden, die über die einfachsten politischen Dinge nicht Bescheid wußten, die nicht imstande waren, die inneren Zusammenhänge der politischen Vorgänge zu erfassen, oder die an Bildung sich auf ihr eng begrenztes Fach beschränkten. Hier muß Abhilfe geschaffen werden! Der Beamte muß, wenn er die schwierigen Aufgaben, die jetzt an ihn herantreten, befriedigend erfüllen soll, über ein ganz anderes Wissen verfügen als bisher. Er darf nicht mehr auf sein Ressort beschränkt sein, sondern er muß wirklich eine gediegene theoretische Ausbildung haben, die ihn befähigt, über die enge Mauer seines Handwerks hinauszublicken.

Die bestehenden Mängel der Ausbildung der Beamtenschaft sind unseren Beamten keineswegs verborgen geblieben. Sie haben es selbst mehr als einmal mit Bedauern festgestellt, und es ist ein sehr erfreuliches Zeichen, daß sie selbst die Hand zur Verbesserung bieten. Denn in Berlin wird jetzt ein Institut errichtet, das den vorhandenen Mangel beseitigen soll, eine „Verwaltungs-Akademie", deren Grundlage die in Berlin bestehende Beamtenorganisation ist. Die verschiedenen Vereine, die die Interessen der Beamten vertreten, haben sich nämlich bereit erklärt, laufende Zuschüsse zur Errichtung eines Fortbildungs-

instituts zu geben, dessen Aufgabe es sein soll, in enger Anlehnung an die Praxis das allgemeine Wissen zu vertiefen, und gründliche Kenntnisse für Beruf und Leben zu vermitteln. Die neue Verwaltungsakademie darf nicht im Dienste einer bestimmten Parteirichtung oder Schule stehen, sie will in streng wissenschaftlicher Weise das Wissen der Beamten vervollkommnen, namentlich das allgemeine Wissen, darüber hinaus aber auch Fachkenntnisse und vor allem staatsbürgerliche Erziehung. Die wesentlichsten Lehrfächer sind: Staatsbürgerkunde, Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik, Statistik, Finanz- und Steuerwesen, Staats- und Verwaltungsrecht, Handelswissenschaft, Kommunalwissenschaft und Kommunalpolitik. Daneben sollen auch Vorlesungen abgehalten werden über Berufskunde, Beamtenpolitik, Beamtenrecht, Etats-, Kassen- und Rechnungswesen und schließlich die so außerordentlich wichtigen fremdsprachlichen Kurse.

Der Gedanke zur Schaffung einer solchen Anstalt kam aus den Beamtenkreisen selbst, ihr Vorkämpfer ist selbst ein Beamter, der Geheime expedierende Sekretär im Reichseisenbahnamt Walter Pietsch, der in unermüdlicher Tätigkeit die nicht geringen Schwierigkeiten, die sich dem Plane entgegenstellten, beseitigte. Pietsch war es, der zuerst den Gedanken vertrat, daß ein solches Institut, wenn es wirklich den Bedürfnissen der Beamtenschaft entsprechen soll, auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Beamtenschaft unter Mitwirkung der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden geschaffen werden soll. Deshalb ist auch nach langen Verhandlungen beschlossen worden, das neue Institut nicht an eins der bestehenden Berliner Institute anzugliedern, sondern als selbständige Anstalt zu errichten. Wie in der Natur der Sache liegt, werden sich aber enge Beziehungen zur Berliner Universität bilden, was schon daraus hervorgeht, daß ein sehr erheblicher Teil des Lehrerkollegiums sich aus Dozenten der Berliner Universität zusammensetzt. Neben diesen berufsmäßigen Lehrern sollen aber auch vor allem — und darin liegt der besondere Nutzen der Anstalt — Praktiker herangezogen werden. Wir haben in Deutschland zahlreiche befähigte Verwaltungsbeamte, die auf ihrem Gebiete sehr erhebliches geleistet haben, und die im Laufe der Jahre in langer Tätigkeit einen großen Schatz von Wissen gesammelt haben. Bisher kamen die Kenntnisse dieser Männer nur einem engen Kreise zugute, denn nur wenige dieser Herren waren akademisch tätig. In Zukunft aber sollen hervorragende Beamte an der neuen Anstalt als Lehrer mitwirken, ihre Kenntnisse sollen der Gesamtheit der Beamtenschaft zugute kommen. Schon jetzt haben sich mehrere dieser Herren erfreulicherweise zur Verfügung gestellt.

Gerade Berlin ist besonders geeignet für ein solches Institut, denn einerseits ist Berlin Sitz sowohl der Zentralbehörden des Reiches als auch von Preußen, und wird es voraussichtlich auch bleiben. Infolgedessen ist Berlin diejenige Stadt im Deutschen Reiche, in der die meisten Beamten ihren Wohnsitz haben. Aber nicht nur das. Die Beamten in den Zentralbehörden setzen sich, wie noch nicht allgemein bekannt ist, aus besonderem auserlesenen Material zusammen, denn es werden in der Regel nur solche Beamte in die Zentralbehörden berufen, die vorher bei einer andern Behörde sich bewährt haben. Dieses Beamtenmaterial weiter zu bilden, ist eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Einrichtung.

Die Berliner Verwaltungsakademie unterscheidet sich dadurch von ähnlichen Veranstaltungen im Reiche — denen sie im übrigen keine Konkurrenz machen wird —, daß sie auf die Tätigkeit und Arbeitszeit der Beamten Rücksicht nimmt. Sie will dem Beamten, der im Berufe steht, nicht ein kostspieliges Studium aufnötigen, während welcher Zeit er seinen Beruf aufgeben muß, sie will vielmehr ihm im Anschluß an seine Arbeitstätigkeit ein weiteres Studium ermöglichen. Eine Unterbrechung des Berufes soll für die Berliner Beamten nicht eintreten, deshalb werden die Vorlesungsstunden in der Regel so gelegt, daß sie außerhalb der Dienstzeit liegen. Nur einige wenige Vorlesungen sollen in den Vormittagsstunden sein, die Hauptzahl der Vorlesungen ist nachmittags und abends. In der Hauptsache wird also auf die Berliner Beamtenschaft Rücksicht

genommen werden, darüber hinaus aber kommt die Anstalt auch für die Beamten des Reiches in Betracht. Hier ist in Aussicht gestellt, daß Beurlaubungen nach Berlin auf ein Jahr erfolgen, ähnlich, wie es jetzt bereits bei den Lehrern geschieht. Diesen Beamten wird alsdann Gelegenheit geboten, in den Vormittagsstunden das in der Verwaltungsakademie Gebotene durch Anhören von Vorlesungen an der Universität zu ergänzen.

Die Verwaltungsakademie wird sich nicht auf Beamtenvereine beschränken, der Zutritt steht jedem offen, der den erforderlichen Grad sittlicher und geistiger Reife nachweisen kann, und dessen Vorbildung ausreicht, um dem Gebotenen mit dem nötigen Verständnis zu folgen. Denn zahlreiche Vorlesungen interessieren ja nicht nur Beamte, sondern darüber hinaus weite Kreise unserer Bevölkerung, namentlich die Kaufleute, Bankbeamten, Rechtsanwälte und dergleichen. Wer interessiert sich zum Beispiel nicht alles für den geplanten Vorlesungszyklus „Wie liest man einen Etat?". Hier kommen als Hörer nicht nur die oben erwähnten Kategorien in Betracht, sondern darüber hinaus wird mancher unter den jungen Parlamentariern und namentlich auch Parlamentarierinnen dankbar sein, wenn ihm hier die Möglichkeit geboten wird, einen Einblick in ein Gebiet zu tun, auf dem bisher nur wenige Nichtbeamte bewandert waren. Ebenso kommt der geplante Kursus über Steuerwesen für zahlreiche kaufmännische Angestellte, namentlich solche von Aktiengesellschaften, in Frage. Die Leitung der Verwaltugsakademie wird die Zulassung weiten Kreisen ohne Engherzigkeit ermöglichen.

Ein sehr wichtiges Problem ist die Finanzierung. Man hat von vornherein Wert darauf gelegt, daß die Anstalt mit einem möglichst niedrigen Etat auskommt, wozu, abgesehen von allem andern, ja auch die jetzige Zeit uns zwingt. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die Unterrichtsverwaltung kostenfrei die Hörsäle zur Verfügung stellt. Daneben wird Wert darauf gelegt, daß die Verwaltung so billig wie möglich ist. Sämtliche Mitarbeiter von der Direktion bis zu den Dozenten sind im Nebenamte tätig. Die Haupteinnahmen werden die — im übrigen sehr mäßig zu haltenden — Hörgebühren sein. Hinzu kommen die regelmäßigen Zuschüsse der Beamtenorganisation in Berlin, die Zuschüsse der Behörden und die Zinsen eines Stiftungsfonds, den Freunde der Anstalt zur Verfügung stellen. Von vornherein ist darauf verzichtet worden, etwa ein eigenes Gebäude oder eine prunkhafte Ausstattung zu haben. Es wird nicht Wert auf das Äußere gelegt, sondern nur auf das, was im Innern geleistet wird.

Die neue Anstalt bildet eine erfreuliche Bereicherung der wissenschaftlichen Institute, über die Berlin verfügt. Sie entspringt einem dringenden Bedürfnis der Neuzeit und der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn sie der Forderung getreu bleibt, der sie entsprechen muß: daß sie stets nur auf allen Gebieten das Beste leisten muß, daß sie keine halbe Arbeit bringen darf, sondern überall Qualitätsarbeit.

Hundert Jahre Fr. Wilh. Grunow Verlag

Von Dr. Hanns Martin Elster

Hundert Jahre Verlagsgeschichte bedeuten hundert Jahre Kulturgeschichte, wenn der betreffende Verlag seiner vornehmsten, seiner geistigen Pflicht gegen sein Volk und seine Zeit nachgekommen ist und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten seine ideelle Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt hat. Nur wenigen deutschen Verlägen kann man diese Charakteristik geben. Zu ihnen tritt in diesen Tagen der Leipziger Verlag Fr. Wilh. Grunow. Ein Bild seines Wirkens gewährt in die geistige, politische, künstlerische Entwicklung Deutschlands seltene Einblicke, denn dieses festgegründete Haus ließ und läßt kein

Gebiet deutschen Kulturlebens unberücksichtigt. Dabei war es sein Verdienst, von Anfang an nicht in eine nur geschäftstüchtige, gegenwartgewandte Vielverlegerei zu geraten, sondern von vornherein nur Büchern einer bestimmten Wesensart den Weg in das Publikum, in die Welt zu bereiten, Diener am deutschen Geiste gemäß einer festen Überzeugung und Weltanschauung zu sein. Wer zu Büchern dieses Verlages griff, wer sich zu seiner Zeitschrift, den „Grenzboten" gesellte, wer heute zu den Käufern seiner Neuerscheinungen gehört, bekennt sich damit sogleich zu einer Gemeinde, zu einer Stellungnahme zu der Welt und ihrem Gehalt, für die Gesundheit aller Seienden und Werdenden hauptentscheidendes Urteil jeder Wertung bleibt.

Der Verlag Fr. Wilh. Grunow in Leipzig ist keine Gründung der Familie Grunow unmittelbar. Er ist hervorgegangen aus dem noch heute blühenden Kommissionsgeschäft Friedr. Ludwig Herbig, dem ein mehr und mehr aufstrebender Verlag sofort bei seiner Gründung am 1. Mai 1819 angegliedert worden war. Der Begründer Friedrich Ludwig Eusebius Herbig (1781—1839) legte in zwanzigjähriger solider Arbeit den Grundstein für den heute hundert Jahre bestehenden Bau. Als er nach einem einsamen Junggesellenleben, dessen Freuden neben seiner verlegerischen Tätigkeit die Natur und die Jagdliebhaberei gewesen waren, am 1. April 1839 seinem Schwestersohne Friedrich Wilhelm Grunow sein Werk hinterließ, hatte es bereits respektablen Umfang. Leider fehlen alte Kataloge, Journale, Geschäftspapiere gänzlich. Aber die Reihe Bücher, die die Verlagsbibliothek noch aus jenen ersten zwanzig Jahren des Bestehens aufweist, tun doch dar, daß kein Lebensgebiet unberücksichtigt geblieben war.

Das Gesicht des Verlages wurde sofort anders, als der junge Erbe, der erst nach damaligem sächsischem Gesetze mit 24 Jahren volljährig, ein Jahr nach dem Tode des Onkels, dessen Lehrling und Hausgenosse er als Sohn eines Güstener Kaufmanns gewesen war, zum gesetzlichen Inhaber wurde, die Leitung in die Hand nahm. Wenn auch noch nicht der pommerscher Herkunft entsprechende Familiencharakter im Geschäft vorherrschend wurde, so kam doch nun durch die Übernahme der „Grenzboten" und der mit ihnen zusammenhängenden Arbeiten eine bestimmte Farbe in den Verlag. Fr. Wilh. Grunow, von dem der Verlag fortan seinen Namen erhielt, indes das ihm auch ferner verbleibende Kommissionsgeschäft weiter nach Fr. Ludw. Herbig firmierte, wirkte bis an seinen frühen Tod 1877 achtunddreißig Jahre lang in Leipzig; er schuf sich als Verleger wie als Kommissionär den Ruf eines streng soliden Geschäftsmannes, dem alles Vertrauen seiner Freunde und Interessenten zulief. Er strebte nicht nach Glanz und äußeren Ehren; seine Arbeit, der Ruf und die Stellung seiner Firma waren seine Befriedigung, sein Glück, füllten sein Leben aus.

Die ganze Liebe und Sorge des treuen, ernstesten Grundsätzen unerschütterlich folgenden Mannes gehörten den „Grenzboten". Sie standen vom Tage ihrer Übernahme an bis zu ihrem Ausscheiden im Jahre 1909 im Mittelpunkte des Verlages, achtundsechzig Jahre lang. Dank der qualitativ wertvollen Arbeit des Herausgebers Kuranda, der, meist auf Reisen in Wien, Berlin, Brüssel, Paris, Stuttgart unermüdlich tätig, seinen Freund J. Kaufmann als Mitredakteur in Leipzig zur Seite hatte, und dank der zähen Tatkraft des Verlegers, der oft als Redakteur und Korrektor einspringen mußte, drang die Zeitschrift bald durch und erzielte besonders in dem Revolutionsjahre 1848 einen großen Abonnentenkreis. Vor allem aber: die „Grenzboten" konnten im politischen Leben Norddeutschlands und Österreichs fortan nicht mehr übersehen werden. Dem ruhigen, gesetzlichen Fortschritt dienend, nach dem Vorbilde französischer Revuen, ohne Lückenlosigkeit anzustreben oder zu einer Rezensionsanstalt auszuarten, erwarben sie sich schon damals den Ruf wirklicher Sachlichkeit. Dadurch, daß Kuranda immer mehr den österreichischen Interessen anheimfiel, wurde der Anlaß gegeben, einen neuen Herausgeber anzunehmen. Er fand sich in Julian Schmidt, dem nachmals berühmten Literarhistoriker, der sich mit Gustav Freytag zusammentat. Beide Schriftsteller machten durch die „Grenzboten", die sie seit Herbst

1848 leiteten, und mit ihnen ihren Weg. Anfangs gingen die „Grenzboten" unter ihnen zurück. Als sie sich aber infolge preußischen Regierungseinflusses von der Politik abwandten und besonders nur noch das Gebiet der Literatur, Kunst und Kulturgeschichte pflegten, schufen sie sich wieder einen großen Ruf. Julian Schmidt focht in ihnen seine auf mehr ethische als aesthetische Prinzipien gegründeten Kämpfe gegen das junge Deutschland für die romantische Schule durch. Seine Aufsätze und Kritiken erregten Aufsehen. Auch Gustav Freytags Arbeiten, die damals besonders „die Bilder aus der deutschen Vergangenheit" entwarfen, konnten nicht übersehen werden. In der Politik hielten die „Grenzboten" sich weiter zu den oppositionellen Altliberalen gegen Bismarck, auch als an Stelle Julian Schmidts 1865 Dr. Max Jordan, der spätere Direktor der Nationalgalerie, getreten war. In jenen Jahren kam infolge Gustav Freytags starrem Festhalten auch am religiösen Liberalismus eine zeitweise Entfremdung zwischen Verlag und Redaktion auf, denn Fr. Wilh. Grunow war ein strenggläubiger Mann, dessen Ansichten denen der „Zeitschrift" widersprachen. Das führte, nach der vorübergehenden redaktionellen Mitarbeit von Dr. Moritz Busch und Dr. Julius Eckart im Jahre 1870, schließlich zum Bruch zwischen Gustav Freytag und Fr. Wilh. Grunow. Dieser wurde alleiniger Inhaber und suchte nun mit dem nationalliberalen Sohne Robert Blums, Dr. Hans Blum, die Wochenschrift auf eigene Faust gegen das von Gustav Freytag bei S. Hirzel sofort gegründete Konkurrenzunternehmen „Im neuen Reich" fortzuführen. Es waren die schwersten Jahre, die die „Grenzboten" und mit ihnen der Verlag damals bis zum Tode Fr. Wilh. Grunows durchmachten. Gustav Freytag wollte beiden schon das Ende voraussagen.

Aber Verlag wie Zeitschrift waren zu solid aufgebaut und festgewurzelt, als daß ein vorübergehender Rückgang sie hätte zu Fall bringen können. Der Buchverlag stand nach wie vor in voller Blüte. Fr. Wilh. Grunow hatte ihn systematisch ausgebaut für das politisch-historische und belletristische Gebiet.

Als Fr. Wilhelms 1845 geborener Sohn Johannes Grunow den Verlag 1877 übernahm, war seine Aufgabe der Wiederaufbau der „Grenzboten" und der Ausbau der Buchabteilung. Mit wahrem Feuereifer machte Johannes Grunow sich an die Umgestaltung und Hebung der „Grenzboten". Indem er die Leitung in die Hand nahm — für die nächsten achtundzwanzig Jahre — gab er ihnen Ziel und Richtung. Er wollte sie zu einem führenden Organ der nationalen Presse machen, zu einem Organ aller unabhängigen Geister, die etwas eigen Gedachtes und Erlebtes, Selbständiges und Führendes zu sagen hatten. Das gelang ihm völlig; sein Freund Dr. G. Wustmann war ihm dabei vom 1. Januar 1879 an, da Dr. Hans Blum ausschied, ein treuer Redakteur und Mitarbeiter. Die älteren Leser der „Grenzboten" erinnern sich des Wirkens jenes unvergleichlichen, mit ungeheurer Arbeitskraft begabten Mannes, der es in seiner Liebe zur deutschen Sprache sich nicht nehmen ließ, jeden Aufsatz der „Grenzboten", jeden Roman- und Novellenband seines Verlages stilistisch durchzuackern, gewiß noch auf die lebendigste Weise. Denn unvergeßlich war in der Tat sein Weg als „Grenzboten"-Herausgeber und Verleger.

Der Buchverlag hing nun enger denn je mit den „Grenzboten" zusammen. Was an nationalökonomischen Werken, wie die von Carl Jentsch, darunter dessen heute in fast fünfzigtausend Exemplaren verbreitete, unübertreffliche „Volkswirtschaftslehre", was an kulturhistorischen Arbeiten wie von M. Busch, A. Philippi, O. Kaemmel, O. E. Schmidt u. a., aus der Sprachwissenschaft — G. Wustmanns berühmte „Allerhand Sprachdummheiten", E. Meyers „Schöpfung der Sprache", Philippis „Kunst der Rede" usw. — an Kunstwissenschaft — Rosenbergs große Kunstgeschichte, Kretzschmars musikalische Aufsätze u. a. m. hervortrat, was die Politik des Tages von ihren sozialen Fragen an bis zu den Judenproblemen, Wahlrechtsnöten, was die Rechtssprechung, Kirche, Schule, Theologie und Philosophie an Bedeutendem in jenen Kaiserreichjahren erscheinen ließen, Johannes Grunows Wirken machte sich überall bemerkbar, seitdem er mit der Herausgabe von Dr. M. Buschs Charakterbilde „Unser Reichskanzler", „Graf Bismarck und seine Leute" (1878), „Tagebuch-

blättern" (3 Bände 1899) großes politisch-publizistisches Aufsehen erregt hatte. Standard-Werke aller Wissensgebiete gingen aus seinem Verlage hervor: In der Medizin Prof. Dr. Fr. Ahlfelds „Lehrbuch der Geburtshilfe", in der Kunstwissenschaft Paul Eudels „Fälscherkünste", in der Geschichte Eyssenhardt-Winters „Denkwürdigkeiten Friedrichs des Großen", in der sozialen Bewegung Paul Goehres Erinnerungen „Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche", die bekannte Sammlung der Dichtungen vom besten Staate „Schlaraffia politica", Wustmanns Sprach- und Kulturgeschichtswerke, um nur einige zu nennen.

Seine besondere Liebe brachte er der deutschen Dichtung, der „Belletristik", entgegen. Nicht nur regte er mit seinen Klassikerausgaben in den achtziger Jahren unter Mithilfe von Dr. A. F. Krais und besonders Adolf Sterns, mit seiner bekannten Otto-Ludwig-Ausgabe von A. Stern und Erich Schmidt einen deutschen Verlagszweig entscheidend hinsichtlich Bearbeitung und Ausstattung an, sondern er schuf für die zeitgenössische Dichtung der Gegenwart in seinem Verlage einen Mittelpunkt gediegendsten, gesunden, anmutigen Schaffens.

Als ihm am 1. April 1906 ein Nierenleiden dahinraffte, hinterließ er nur einen eben erst zwanzigjährigen Sohn Wolfgang, der noch keineswegs den Aufgaben des riesenhaft angewachsenen Verlages genügen konnte. Johs. Grunows alter Mitarbeiter Karl Weißer führte den Verlag weiter, bis der Erbe die Arbeit übernahm: 1909. Damals entschieden Organisations- und Finanzfragen das Schicksal der Gemeinschaft der „Grenzboten" und des Verlages. Das Schwergewicht der Zeitschrift lag, seit dem 1. Januar 1909 von Georg Cleinow und Dr. Paul Mahn geleitet, in Berlin, und so siedelte das Blatt denn auch in einen eigenen Verlag nach der Reichshauptstadt über. Wolfgang Grunow war bemüht, der alten Firma neuen Glanz und Ruhm zu verleihen. Ein Vorurteil hatte sich durch die modernen Literaturströmungen, denen Johs. Grunow ablehnend gegenübergestanden hatte, gegen den Verlag ausgebreitet: er galt für altmodisch, ja für langweilig. Dies völlig zu Unrecht bestehende Vorurteil war zu beseitigen! Wolfgang Grunow beging nicht den Fehler, nun einfach umzuschwenken und der „Moderne" zu folgen; er hatte bei seinem Vater gesehen, daß nur die Persönlichkeit ausschlaggebend sein darf in der Wahl der Bücher, die man verlegt. Seine sonnige Natur neigte zum Humor. Und so war er bemüht, den gediegenen humoristischen Unterhaltungsroman zu pflegen: Fritz Gantzer, Ernst Clausen, Victor Fleischer, Chr. Ratzel, W. Poeck u. a. traten herzu. Der Krieg machte es Wolfgang Grunow unmöglich, seine Ideen ins Große zu verwirklichen. Schon am 29. Oktober 1914 erlag der letzte Verleger aus der Familie Grunow, 29 Jahre alt, seinen bei Aguilcourt am 16. September erhaltenen Verletzungen.

Verwaist stand die Firma da. Ihr hätte das Geschick so manchen alten Verlages werden können: Auflösung. Aber ein guter Stern waltete über ihr. Von Wolfgang Grunows Witwe und Söhnchen erwarb ein junger Verleger, Bernhard Schulze, zu Weihnachten 1914 den Verlag, festen Willens, nach dem Vorbilde von Johannes Grunow den einstigen Ruf des Fr. Wilh. Grunow Verlages zurückzuerobern, dem Geschäft eine neue kulturelle Wirksamkeit, eine Zukunft zum Segen des deutschen Volkes und der deutschen Kunst zu bereiten. Den Anforderungen der modernen Zeit entsprechend werden die politisch-nationalökonomische und die belletristische Abteilung weiter ausgebaut, modernisiert. In der Politik herrscht die freiheitlich-nationale Anschauung des jetzigen Inhabers vor, in der Richtung soll vor allem der gesunde, lebensvolle Roman Hilfe und Verbreitung finden. Neue Namen im Verlage erwecken Erwartungen, die hoffen lassen können, daß hier ein zweites Säkulum Kulturarbeit beginnt, ebenso reich und wertvoll für Deutschlands Seele, wie die vergangenen ersten hundert Jahre Fr. Wilh. Grunow Verlag.

Neue Bücher

Harry Vosberg, Hans Michael Elias Obentraut. Roman. Verlag von Eugen Salzer. Heilbronn. 1918. Preis brosch. 6 M., geb. 8 M.

Aus uns überkommenen, kargen Angaben über die Persönlichkeit des Hans Michael Obentraut, der zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts am Oberrhein unter dem Namen „Der deutsche Michel" bei den Völkerschaften, die damals deutsches Land verwüsteten, gekannt und gefürchtet war, hat Vosberg den Brennpunkt eines historischen Romans mit allegorischem Unterton gewonnen. Die Kriegswirren jener Zeit finden ihre Bewertung als Kindheitsphase des deutschen Volkes, das unter dem Zwang unabänderlicher Gegebenheiten in fortschreitender Entwicklung sich selbst gleich bleibt und sein Schicksal schmiedet — umlagerten doch schon vor dreihundert Jahren dieselben Feinde wie heute Deutschlands Grenzen, selbst der Handelsneid Englands war damals bereits lebendig und die Zerfahrenheit unserer politischen Zustände, die Machtlosigkeit des Reichs Gewinn und Zielpunkt unserer Gegner —, Hans Michael Obentraut aber, der deutsche Michel, der Gott und Satan gleichermaßen im Leibe trägt, erscheint in der Verquickung von wetterhartem Draufgängertum mit romantischer Treue und Heimatliebe als das in hellen, frischen Farben leuchtende Sinnbild der trotz aller Sonderheiten gemeinsamen Art deutschen Wesens. Und diesem deutschen Michel entringt sich nach sturmbewegten, erfahrungsreichen Jahren der Angstschrei: Die deutsche Art! Sie frißt uns und unserer Kinder Zukunft! Im Kampf gegen Tilly zu Tode getroffen, steht ihm vor Augen, daß die inneren Feindschaften uns zugrunde richten und er weiß nur einen Rat: sie einzustellen — er, der protestantische Pfälzer, der gegen das Reich gekämpft hat und der doch letzten Endes mit ganzer Seele am Reiche hing. „Einigkeit! Wie könnten wir dastehen bei Einigkeit in der Welt!" So klingt die Klage über die Jahrhunderte, und ihr entgegen dringt das Licht, das sich vom gegenwärtigen Geschehen über Vergangenes breitet. Vosbergs Schilderung ist übersponnen vom Hauch der Gegenwärtigkeit. Bild auf Bild des großen Krieges rückt uns kraft der Gleichartigkeit des Erlebens in greifbare Nähe. In der epischen Dynamik liegt Vosbergs Stärke. Nicht daß seiner Dichternatur der lyrische Einschlag fehlt, im Gegenteil, er weiß sehr gut auch jene Töne anzuschlagen, die nur im Bannkreis des Subjektiven, dem Mutterboden jeder wahren Lyrik, geboren werden. Aber dies ist zartes Gerank um den festen Stamm seines durchaus aufs Objektive gestellten Wollens — der Darstellung einer Massenbewegung, die das Schicksal des deutschen Michel trägt. In der Zeichnung des Helden hätte freilich die Wucht des Symbols einer Volksindividualität mit Hilfe einer eindringenden psychologischen Analyse stärker zum Ausdruck kommen sollen. Immerhin überragt die geistige Erfassung der Gestalt des Michael Obentraut die der anderen Personen, die um ihn gruppiert sind. Diese sind im Umriß, wenn auch durchaus nicht in Farblosigkeit geschaffen.

Vosberg ist den Lesern der „Grenzboten" kein Fremder. Schon 1911 brachte diese Zeitschrift sein Drama „Till Eulenspiegel" und seine Ballade „Astrid". Wer damals am jungen Dichter Gefallen fand, wird seinen Vorstoß auf einem neuen Gebiet mit Freude begrüßen. Mit reicher Begabung zur künstlerischen Gestaltung verbindet sich bei ihm die Fähigkeit und der Wille zu gründlichen Studien auf kulturgeschichtlichem Gebiet. So wirkt er mit der Überzeugungskraft der Wahrhaftigkeit. M. K.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Revolutionsliteraten

Eine Abrechnung

Von Dr. Moritz Goldstein

Jüngst geriet ich in einen Disput mit einem jungen Studenten. Er erwies sich, mit Temperament und vielen Worten, als Parteigänger — ja, wessen eigentlich? Nun, sagen wir: der Revolution. Für die Regierung, für die Nationalversammlung, für die Versuche, Ordnung ins Chaos zu bringen, und vollends für alles, was bürgerlich heißt, hatte er nichts als Hohn und Spott, allenfalls ein Lächeln des Mitleids. Zuletzt versuchte ich es mit folgendem Einwand: „Gesetzt, man übertrüge Ihnen von Staats wegen die Sorge für die Arbeitslosen. Sie ordnen eine auskömmliche Unterstützung für jeden Feiernden an. Binnen kurzem stellen Sie fest, daß daraufhin der größte Teil die Annahme von Arbeit glatt verweigert, weil er es ja, um zu existieren, nicht nötig hat, so daß zwischen dem steigenden Bedarf an Arbeitern und der steigenden Arbeitslosigkeit kein Ausgleich stattfindet. (Das Beispiel ist bekanntlich nicht aus den Fingern gesogen.) Was würden Sie, als Volksbeauftragter der Arbeitslosenfürsorge, in dieser Lage tun?"

Mein Partner erwiderte: „Ich würde sagen, man muß sozialisieren."

Ich bemerkte: „Sie würden also gar nichts tun, sondern etwas sagen."

Er verbesserte sich: „Ich würde sozialisieren."

Darüber war er nicht hinauszubringen, und das Gespräch hatte den toten Punkt erreicht.

Diese Debatte hätte ich mit jedem von euch führen können; sie ist humorvolles Symbol eurer Art von Politik.

Worauf kommt es in diesem Augenblick an? Sind wir uns darüber einig, daß uns eine feindliche Übermacht mit brutalem Griff bei der Kehle gepackt hält? Daß wir hungern? Daß wir verhungern, wenn es der Übermacht gefällt, unsere Gurgel nicht loszulassen? Worauf also kommt es an? Zum Beispiel darauf, daß Kohle gefördert wird. Denn Kohle gehört zu den paar Dingen, die wir haben und die anderen brauchen, und die sie als Zahlungsmittel von uns erpressen wollen. Sind wir uns darüber wenigstens einig?

Gut. Also müssen die Bergleute arbeiten. Alles andere ist Nebensache. Dies eine ist die Hauptforderung. Wohlverstanden: Kohle fördern, in den Schächten sich plagen ist kein Zeichen von Kultur, ist kein ethisches Ideal, ist nicht, was wir unser Ziel nennen. Nicht in diesem Sinne meine ich es, wenn ich sage, Kohlenproduktion sei die Hauptsache. Kohlenproduktion ist bloß Mittel zum Zweck, Vordergrundinteresse — mit Kant zu reden: ein hypothetischer Imperativ;

nämlich sofern unser Volk leben soll, ist Kohle notwendig. Daß das deutsche Volk leben soll, darüber freilich müssen wir uns einig sein, sonst können wir nicht disputieren. Aber wenn es also leben soll, so ist die Arbeit der Bergleute, und der Eisenbahner, die das Produkt transportieren, und der Handwerker, die die Waggons reparieren, unbedingt notwendig. Rätesystem? Lohnerhöhungen? Verkürzte Schichten? In Gottes Namen, wenn die Bergleute dadurch arbeitswilliger werden; unter gar keinen Umständen, wenn die Leistungen darüber zurückgehen!

Auch das mit der Kohlenproduktion ist nur ein Gleichnis. Genau ebenso verhält es sich mit der Politik überhaupt. Auch in der Politik handelt es sich nicht um Kultur, Ethik und Ziel, trotz den Aktivisten. Politik bezieht sich auf Vordergrundsinteressen, auf hypothetische Imperative, auf Maschinerie und Apparat. Alles Wesentliche liegt jenseits oder außerhalb der Politik. Politik meint nicht das, was zu allerletzt nottut, und kann es nicht erledigen; sie vermag nur das Körperliche, das Äußere, das Zufällige zu arrangieren und einigermaßen im Zaume zu halten, damit das Wertvolle ungestört, aber immer noch kümmerlich genug, sich entfalten kann. Politik ist daher niemals im letzten Sinne wertvoll, und ihre Hilfsmittel sind es auch nicht; nicht Parlamente noch Konstitutionen, noch Wahlen, noch Demokratie, noch Rätesystem; und auch nicht Revolution.

Mir scheint, das ist es, was ihr nicht begreift. Ihr nehmt das alles zu wichtig, ihr haltet für Sinn und Zweck, was nur Mittel des Mittels ist. Und infolgedessen begreift ihr auch das andere nicht: daß man diese Mittel wollen muß, daß man den Apparat in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten hat, und daß über diese kahle Forderung des Tages und nüchterne Pflichterfüllung einem keine hohen Gefühle, keine schönen Gesinnungen, kein revolutionäres Pathos hinweghelfen. Schätzt ihr Politik im ganzen zu hoch, so schätzt ihr die politischen Notwendigkeiten zu gering. Ihr seid, um es kurz zu sagen, zu fein, um ganz einfach Politik zu machen, wie ihr euch zu vornehm dünken würdet, die Stellung eines Hotelportiers anzunehmen, um euer Brot zu verdienen. Und weil ihr euch nicht überwinden könnt, Politik zu treiben, als was sie getrieben werden muß, nämlich als die ungeistige und stimmungslose Erledigung dessen, was der Tag fordert, darum versucht ihr, sie mit Geist und Stimmung zu vermengen und euch mit radikalem Faltenwurf eine Haltung zu geben. Ich nehme es keinem übel, der sich vom politischen Handwerk rein halten will; aber dann heißt es für ihn: Hände weg! In die politische Praxis hinabzusteigen, ist für die Geistigen und Produktiven Entsagung und Demütigung, wie sie sich haben demütigen und entsagen müssen, als ihnen der Staat 1914 Gewehr oder Spaten in die Hand drückte; unter Umständen ist es auch Abfall von ihrer eingeborenen Aufgabe. Aber mit euren literarischen Negationen helft ihr keinen einzigen Güterwagen ins Rollen bringen, keinen Acker pflügen und keinen Hunger stillen.

Von „Realpolitikern", die ihr bekämpft, weil ihr „in neuen Abzeichen kein Heil" seht, lese ich irgendwo in einer programmatischen Rechtfertigung. Bei dieser Wendung will ich euch festhalten. Wer hat denn behauptet, daß die neuen Abzeichen das Heil bringen? Welcher halbwegs disziplinierte Kopf begreift denn nicht, daß ob die Abzeichen als Achselstücke auf der Schulter oder als Streifen am Ärmel getragen werden, gehupft wie gesprungen ist? Aber eben weil nichts darauf ankommt, und weil nun einmal eine kompakte Vielheit an Tressen und Schnüren der alten Zeit Anstoß nimmt, warum soll man ihr den Gefallen nicht tun und ihrem kindlichen Eigensinn nicht nachgeben? Jedoch auf etwas anderes kommt es an, und das ist's, was ihr mit dieser Wendung und vielen ähnlichen diskreditiert: ob es überhaupt militärische Vorgesetzte geben soll oder nicht, und ob wir also eine bewaffnete Macht haben werden oder nicht. Sich entsetzen vor vergossenem Bruderblut, sich entrüsten über Ausschreitungen und Roheiten derer, die im Namen der Ordnung bewaffnet worden sind, ist furchtbar billig. Wenn Betriebe sabotiert, Zufuhren unterbunden, Magazine geplündert werden: wollt ihr, daß man die Schädlinge, sie seien nun Verbrecher oder Phantasten, gewähren

lasse, oder wollt ihr es nicht? Wenn ihr es nicht wollt; wenn ihr die Verschärfung der Not, den wachsenden Hunger, Ruin, Verzweiflung und Chaos begreift und euch vorzustellen vermögt, so habt auch den Mut, das Mittel zur Bändigung zu wollen! Vorläufig scheint mir, daß jeder Freiwillige sogenannter weißer Garden, der mit seiner Kompagnie dahin geht, wo Spartakisten hinter Barrikaden Maschinengewehre verflucht sachgemäß bedienen, mehr Männlichkeit beweist als ihr, die ihr mit der Feder gegen den Reichswehrminister zu Felde zieht.

Aber der Kapitalismus? Aber die Bourgeoisie? Es ist dasselbe Schauspiel! Wer wäre denn nicht gegen die parasitische Sattheit geschützter Philister? Wer fühlte sich denn nicht Todfeind jedem Ausbeuter und Bundesgenossen den Ausgebeuteten? Die Tyrannei des Kapitals wird gebrochen werden, darüber bedarf es keiner Worte (obwohl einiger darüber, ob der Weg des Erfurter Programmes der einzige, oder auch nur der rechte ist; und einiger auch darüber, daß die Menschheit vom Dämon des Kapitalismus ahnungslos überlistet worden, nicht ihm von ein paar Ruchlosen mit hämischer Absichtlichkeit zugeführt worden ist). Nur das soll man uns nicht weiß machen wollen, daß es der Bürger, als Bürger, ist, der ausbeutet, der unterdrückt, der schlemmt, der sich fürchtet, der zusammenrafft, der gemein ist und gemein macht, während ganz im Gegenteil der Proletarier, als Proletarier, den fleißigen, redlichen, genügsamen, menschlichen, gerechten und selbstlosen Bruder seiner Brüder verkörpert. Die Fabel von dem braven Proletariat und der schlimmen Bourgeoisie ist eine demagogische Phrase, zu taktischen Zwecken in die Massen geworfen und mit endlosen Wiederholungen eingehämmert; sie macht der Geschicklichkeit sozialdemokratischer Führer ebensoviel Ehre, wie sie die Leichtgläubigkeit des großen Haufens, der sich geschmeichelt fühlt, an den Pranger stellt. Literaten bürgerlicher Abstammung, Erziehung und Lebenshaltung sollten sich schämen, sie nachzusprechen. Ich wenigstens kenne weder den verdorbenen Bourgeois, noch den gerechten Proletarier; sondern was ich erlebt habe, ist die Erbärmlichkeit der Menschen von oben bis unten, und von Osten bis Westen; und woran ich glaube, das ist die Reinheit und Güte und Weisheit von ein paar ganz Seltenen, die über den Erdball zerstreut und in den Jahrtausenden verloren sind. Und ihr könnt es unmöglich anders erfahren haben.

Endlich aber die Schuld Deutschlands!

Ich bin so wenig kriegsbegeistert gewesen wie nur irgendein Pazifist, von denen es jetzt plötzlich auf allen Gassen wimmelt. Wer es nicht glaubt, und wem damit gedient ist, dem kann ich die Zeugnisse vorweisen. Ich wünschte, daß ich meine Klinge schlagen dürfte gegen deutsche Imperialisten und Militaristen. Euer Treiben zwingt mich in die vertrackte Lage, die Partei der anderen Seite zu nehmen.

Es sind Fehler gemacht worden bei uns. Heute weiß das jedes Kind, und es ist keine Kunst mehr, sie anzukreiden, seitdem wir die Folgen zu tragen haben. Ohne diese Fehler wäre der Krieg zu vermeiden gewesen, aber auch die Katastrophe dieser Niederlage. Ohne die immer wiederholten und zu Bergen aufgehäuften Fehler hätte der Krieg, einmal begonnen, zu einem halbwegs glücklichen Ende geführt werden können. Und wie anders sähe dann alles aus, mitsamt euren Rückwärtsprophezeiungen, daß es so kommen mußte!

Die Schuld Deutschlands! Was läßt sich aus Archiven und mit Dokumenten beweisen? Daß der Krieg zu verhüten war, wenn an irgendeiner Stelle der kritischen Tage Deutschland anders gehandelt hätte. Jetzt wissen wir das. Damals, im Sturz der Ereignisse, in der Verzauberung des allgemeinen Mißtrauens, unter dem Druck aufgespeicherter Leidenschaften, wer übersah damals den Zusammenhang? Aber ich mache mich anheischig, genau denselben Beweis für jede der anderen Mächte mit gleicher Bündigkeit zu führen. Deutschlands Schuld? Ich und du und Millionen andere, wir waren nicht schuldig, wir sind in den Krieg gezogen und haben unsere Haut zu Markte getragen, weil wir unser Vaterland bedroht sahen. Zum Teufel mit denen, die sich selbst die Treue nicht halten

können und sich ihrer Aufschwünge schämen. Und wenn es Leute gegeben hat, die, an entscheidender Stelle, den Krieg mit bewußter Absicht herbeizuführen wagten: diese Handvoll Desperados sind nicht Deutschland — und es müßte erst noch bewiesen werden, daß sie nicht recht hatten.

Daß sie nicht recht hatten! Jawohl, so steht es. Denn, meine Herren Pazifisten und Negativisten, was erleben wir denn jetzt? Macht euch nicht lächerlich mit eurer Schuld Deutschlands! Was die Entente uns Wehrlosen und Zusammengebrochenen antut, das, genau das ist es, wovor uns unsere Kriegshetzer gewarnt haben. Was jene sich erlauben an Machtdelirien und Siegerbrutalitäten, da sie uns, sechs Monate nach Einstellung der Kämpfe, weiter hungern lassen, da sie die Gefangenen einbehalten, da sie uns das rollende Material, Kriegsflotte, Handelsflotte, Heeresgerät abpressen, und das bitterste dem gefesselten Gegner noch aufsparen, dagegen war das papierene Gezeter unserer Kriegsfanatiker Spielerei von Kindern. Auch unsere Faust lag brutal auf den Bevölkerungen der besetzten Gebiete; aber es war Krieg, es ging auf Tod oder Leben. Seit dem 9. November ist kein Krieg mehr, und keine Möglichkeit des Krieges. Wenn ihr euch so entrüstet über Gewaltpolitik, warum nicht über die, die ihr von unseren Feinden, und die ihr seit sechs Monaten erlebt?

Eines Tages müssen sie Frieden machen, neue Ernten werden reifen, über Jahr und Tag werden die Arbeiter zu ihrer Pflicht zurückkehren, auch diese Not wird ein Ende nehmen. Aber was nicht wieder zu gewinnen, was endgültig verloren bleibt, das ist der Glaube an die Macht des Rechts im Völkerleben. Die da drüben haben den Krieg verewigt. Die da drüben haben gemacht, daß unser Krieg, wenn er ungerecht war, gerecht geworden ist durch sein Ende. Ich glaube mit Schopenhauer an die Unveränderlichkeit des menschlichen Charakters. Ich glaube noch viel fester an die Unveränderlichkeit der Volkscharaktere. Was uns jetzt angetan wird, erträgt kein Volk. Spätestens in zehn Jahren sind wir moralisch bereit zum Revanchekrieg — mag es auch faktisch hundert Jahre dauern, bis wir stark genug sind, aufzustehen. Und ich frage jeden einzelnen von euch: Wenn du Schmach und Not und Demütigung und Beraubung und Zerstückelung dieser Tage abwenden könntest dadurch, daß du dich selbst und dein ganz persönliches Glück zum Opfer brächtest, würdest du es tun? Nicht wahr, du würdest es tun.

Und also sage ich euch, daß ihr besser seid, als ihr euch stellt. Besinnt euch! Es gehört kein Mut mehr dazu, das zu schelten, was ihr zu schelten liebt, und das zu preisen, was ihr zu preisen euch angelegen sein lasset. Diese Erwägung allein sollte euch bewegen, fortan mindestens zu schweigen. Und da ist noch etwas, woran ihr wahrscheinlich nicht gedacht habt: Das Proletariat ist jetzt an der Macht, und die Entente ist jetzt an der Macht. Wie nannte man es doch ehedem, wenn die Beflissenen sich vor der Macht beugten? Nicht alle Byzantiner waren Lügner und Heuchler, nicht alle dienten mit Rückenkrümmen und Speichellecken. Sie hatten das Glück, daß ihre ehrlichen Überzeugungen nach der Macht wuchsen, wie Blumen nach der Sonne.

Ein Mann des Geistes sei ein Ritter des Geistes. Ritterlich aber ist es, die Partei des Schwachen zu nehmen. Deutschland in seinem Glanze war würdig eurer Feindschaft, eures tödlichen Witzes, eures eifernden Fluches. Von dem am Boden liegenden Deutschland ist für eure Waffen weder Ruhm noch Ehre zu holen.

Die Frage der Beteiligung des Papſtes an den Friedenskonferenzen im Spiegel der öffentlichen Meinung des Auslands

Von Archivrat Dr. J. Lulvès

Bei den Vorbereitungen zu den Friedensverhandlungen iſt bisher auf keiner Seite eine wichtige Frage offiziell berückſichtigt worden, trotzdem ſie früher bereits zu wiederholten Erörterungen Anlaß gegeben hat: Die Frage der Teilnahme des Papſtes! Der Entſendung eines päpſtlichen Vertreters zu den Friedenskonferenzen ſteht hindernd im Wege die Befürchtung der italieniſchen Regierung, die ihr peinliche „Römiſche Frage", der Anſpruch des Oberhauptes der katholiſchen Kirche auf Wiederherſtellung ſeiner Souveränität und auf Wiedererlangung eines beträchtlichen Teiles des Territoriums, das er bis 1870 beſeſſen habe, könne bei der Gelegenheit wieder aufgerollt werden und eine Italien und ſeinen Landesintereſſen nicht zuſagende Löſung finden.*)

Um das zu verhüten, hatte der italieniſche Außenminiſter Sidney Sonnino bei Abſchluß des Londoner Geheimabkommens vom 26. April 1915 die Einſchiebung des Artikels 15 durchzuſetzen gewußt, durch welchen ſich Frankreich, Großbritannien und Rußland verpflichteten:

> Italien in ſeinem Widerſtande gegen die Zulaſſung von Vertretern des Heiligen Stuhles bei irgendwelchen diplomatiſchen Schritten über den Friedensſchluß oder über die Regelung der mit dem gegenwärtigen Kriege zuſammenhängenden Fragen ihren Beiſtand zu leiſten.

Inwieweit und gegebenenfalls ob überhaupt die unterzeichnenden Mächte, aus deren Zahl Rußland inzwiſchen ſo gut wie ausgeſchieden iſt, ſich an dieſe ihnen aufgedrängte Vertragsbeſtimmung halten werden, iſt mindeſtens fraglich.

Von durchaus nicht zu unterſchätzendem Werte iſt jedenfalls die Stellung der öffentlichen Meinung, die Stellung der Preſſe, beſonders im nicht deutſchen Auslande, zu jener Frage der Beteiligung des Papſtes an der Friedenskonferenz.

Nach dem eben Geſagten würde die erſte Vorausſetzung für eine derartige Beteiligung eine Verſtändigung zwiſchen Vatikan und Quirinal ſein. Nachdrücklich haben auf eine ſolche bereits am 12. Dezember 1918 die engliſch-liberalen „Daily News" mit der Mitteilung hingedeutet:

Es beſtehe aller Grund zu der Annahme, daß die geheimen Verhandlungen zwiſchen dem Papſt und der italieniſchen Regierung auf der Grundlage des Verzichtes des Papſtes auf weltliche Macht erfolgreich geweſen ſind. Es heißt, daß die von der italieniſchen Regierung gemachten Konzeſſionen mit der territorialen Unverſehrtheit Italiens vereinbar ſind, woraus angenommen werden kann, daß ſie nicht die Bildung eines die apoſtoliſchen Paläſte mit der See verbindenden Landſtreifens — des vielerörterten „Korridors" — in ſich ſchließen. Der Papſt habe Wilſon gebeten, von dem vorgeſchlagenen Abkommen Kenntnis zu geben.

Das Gerücht über derartige geheime Verhandlungen veranlaßte in jenen Tagen das Pariſer „Journal" zu der Meldung, daß der Papſt auf der Friedenskonferenz vertreten ſein müſſe, um dort ſeinen Verzicht auf ſeine territorialen Anſprüche auf Rom ausſprechen zu können, wobei er ſich nur die Souveränität über die apoſtoliſchen Paläſte und über jenen Landſtreifen zum Meere vorbehalte; — hinſichtlich des letzten Punktes wohl verſtanden ein Gegenſatz zu der Meldung der „Daily News"!

*) Vgl. meine Ausführungen in den Grenzboten, Jahrg. 78, Nr. 9/10 (4. März 1919) „Papſt Benedikt der Fünfzehnte und die Friedenskonferenz".

Hatten etwa diese Mitteilungen der beiden angesehenen Presseorgane Londons und Paris' den Zweck, Wünsche ihrer Regierungen zu Ausdruck zum bringen, daß dem Papste die Möglichkeit einer Vertretung auf dem Friedenskongreß gewährt werde? Daß italienische Presseorgane dagegen Widerspruch erheben würden, war zu erwarten. Die „Perseveranza" vom 13. Dezember verwies auf das „Garantiegesetz" vom 13. Mai 1871, welches das äußerste Entgegenkommen an Zugeständnissen von seiten Italiens gegenüber dem Apostolischen Stuhle darstelle und seinen Zweck während 47 Jahren vollauf erfüllt habe. Die „Perseveranza" gab dabei zu bedenken, daß eine extreme antiklerikale Richtung in Italien auf die Beseitigung des Garantiegesetzes und auf die Unterstellung des Oberhauptes der katholischen Kirche unter das italienische Landesgesetz hinarbeite. Das Blatt stellte auch bei der Kurie die Absicht in Abrede, auf ihren Widerspruch in der römischen Frage zu verzichten, und nahm als sicher an, daß auf dem Friedenskongreß kein Vertreter des Papstes erscheinen werde.

Während hier die „Perseveranza" eine Aktion des Vatikans auf der Friedenskonferenz, die Möglichkeit einer dortigen Teilnahme überhaupt als unwahrscheinlich darstellte, sah sie sich zwölf Tage später doch veranlaßt, auf jenen Gegenstand zurückzukommen und wenigstens ein Zugeständnis zu machen:

Was an dem Gerücht wahres ist, daß der Vatikan auf der Friedenskonferenz versuchen werde, die römische Frage zu lösen, ist schwer zu sagen. Fest steht wohl nur, daß unbeschadet der Rechte Italiens, auf dem Friedenskongresse die juridische Seite der Frage ihre Regelung finden wird.

Die „Perseveranza" hätte sich zu weit bedeutenderen Zugeständnissen verstehen dürfen, angesichts eines inzwischen erschienenen Artikels des offiziösen Regierungsorgans, des „Giornale d'Italia" vom 17. Dezember, in welchem dargelegt wurde, daß die Verwandlung des Garantiegesetzes in ein Konkordat erwogen werde. Auch der Vatikan sei dieser auf einen Friedensschluß mit dem Königreich Italien hinauslaufenden Lösung geneigt. Nur wünsche er gewisse kleine Änderungen in den ihm zugestandenen Rechten und Befugnissen, darunter eine größere Freiheit bei der Ernennung der Bischöfe, das Eigentumsrecht an den vatikanischen Palästen, statt ihrer bloßen Nutznießung, nicht zuletzt eine Modifizierung der ihm reservierten finanziellen Bezüge, damit sie nicht wie eine Besoldung von seiten Italiens erschienen. Dabei soll sogar die Aufhebung der selbstgewählten Gefangenschaft des Papstes in Erwägung gezogen werden, gemäß dringenden Wünschen, die in katholischen Kreisen mehr und mehr an Boden gewinnen. Hingegen gehöre die territoriale Forderung eines Seehafens und des zu ihm reichenden Korridors in das Reich der Fabel.

Diese Ausführungen des „Giornale d'Italia" und ähnlicher anderer Blätter hinsichtlich einer Neuorientierung des Vatikans lehnte das Organ des letzteren, der „Osservatore Romano", in Bausch und Bogen, als phantastisch und nicht ernst zu nehmen, ab. Das gleiche Schicksal, nur in schärferen Formen, hatte auch die Anregung jenes Sonnino-Blattes, die diplomatischen Vertretungen beim Heiligen Stuhle mit denen beim Quirinal zu vereinigen; um die damals befürchtete Errichtung einer amerikanischen Vertretung beim Vatikan zu hintertreiben, wäre diesem ein wertvolles Souveränitätsrecht entzogen worden!

Zu weitgehend und augenscheinlich unberechtigt waren die Auslassungen der „l'Information" vom 28. Dezember über einen Verzicht des Heiligen Stuhles, an der Friedenskonferenz teilzunehmen, der den Zweck habe, den katholischen Gruppen in Italien völlige Aktionsfreiheit bei ihren politischen Handlungen zu lassen.

Da ward der Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Woodrow Wilson, bei Papst Benedikt dem Fünfzehnten am 4. Januar 1919 Ereignis. Daß der angeblich vom Papst gewünschte Besuch, auf Grund der offiziellen Ankündigung von seiten der amerikanischen Botschaft, im Vatikan mit großer Spannung erwartet werde, verriet der „Secolo" vom 3. Januar. Denn nach guten Infor-

mationen wolle der Papst ihn benutzen, um einen von ihm entworfenen Lösungsplan für die römische Frage zu erörtern.

Waren diese Informationen wirklich zutreffend, so scheint Benedikt der Fünfzehnte von jenem Vorhaben, vermutlich auf Grund der Vorverhandlungen seines Abgesandten, Erzbischofs Monsignore Bonaventura Ceretti, mit Wilson in Paris, abgekommen sein. Denn nach einer Meldung des „Secolo" vom 5. Januar muß jede Anspielung auf die römische Frage in der am gleichen Tage stattgefundenen Unterredung zwischen dem Papste, dessen italienischer Patriotismus übrigens außer Frage steht, und dem amerikanischen Präsidenten unterblieben sein.

Das wäre eine Analogie gewesen zu dem ersten Besuche Kaiser Wilhelm des Zweiten bei Papst Leo dem Dreizehnten am 11. Oktober 1888. Die Berührung der römischen Frage wurde beim ersten Versuche des Papstes damals durch Graf Herbert Bismarck hintertrieben, der durch Hineinführung des Prinzen Heinrich das Gespräch gewaltsam unterbrach.

In bezug auf eine Teilnahme des Papstes an den Friedensverhandlungen dürfte Wilson, falls sie wirklich in jener denkwürdigen Unterredung berührt worden ist, auf den formalen Einwand hingewiesen haben, daß nur die Vertreter der kriegführenden Nationen das Zutrittsrecht zur Konferenz hätten. Nach Meldungen Pariser Blätter aus jenen Tagen war besagte Bestimmung als Zusatzartikel in das Londoner Abkommen aufgenommen worden.

Über die hier vorgelegten Nachrichten, vornehmlich der italienischen Presse aus dem vergangenen Herbst und Winter, in bezug auf Unterhandlungen zwischen Vatikan und italienischer Regierung, wobei letztere erst durch den Direktor des Kultusfonds, Baron Monti, dann durch den Exminister Nitti vertreten worden sei, äußerte sich am 28. März 1919 das Organ der bayerischen Zentrumspartei, die „Augsburger Postzeitung" recht absprechend; sie bezeichnete das Ganze als Komödie, Italiens scheinbares Entgegenkommen gegenüber dem Vatikan als Heuchelei, lediglich bestimmt, einem schlechten Eindruck bei Wilson vorzubeugen, damit bei ihm nicht der Papst ein machtvolles Organ für seine Pläne und Wünsche gewinne. Genau am Tage nach der Abreise des Präsidenten aus Rom seien die Verhandlungen abgebrochen worden und zwar wegen der von Benedikt verlangten Anerkennung seiner absoluten Souveränität durch den Völkerbund, die Italien natürlich ablehne; — bekanntlich wolle es in der Römischen Frage keine Sanktionierung durch fremde Mächte dulden! —

Ist die „Augsburger Postzeitung" wirklich so gut unterrichtet, daß sie mit ihrem Pessimismus, mit ihrem Mißtrauen gegen Italiens Absichten Recht hätte? Unleugbar haben sehr beachtenswerte Verhandlungen zwischen Vatikan und Quirinal in den letzten Monaten stattgefunden, die zweifellos die Grundlage zu weiteren wichtigeren bilden können. Man denke nur an die gerade jetzt immer schwieriger werdende Position Italiens bei den Friedensverhandlungen! —

In den Vordergrund ist jedenfalls die Teilnahme des Papstes am Völkerbund getreten. Bereits am 28. Dezember hatte der „Secolo" die derzeitigen Absichten der vatikanischen Politik, — nach dem Ausbleiben einer Einladung zur Friedenskonferenz, die der Heilige Stuhl nur in bedingungsloser Form angenommen hätte, — dahin deuten zu dürfen geglaubt, daß die Mächte der Entente zur Übertragung des Schiedsgerichts an den Papst bei internationalen Streitigkeiten im Völkerbund veranlaßt werden sollten; in einer solchen hervorragenden Stellung hätte er dann, auch ohne Beteiligung am Kongreß, die Möglichkeit die von ihm gewünschten internationalen Garantien für seine Souveränität zu verlangen, welche ihm Italien bis jetzt im Garantiegesetz nicht gewährt habe. In den Unterredungen mit Wilson ist dementsprechend, gemäß den Mitteilungen der italienisch-katholischen Trustpresse, schon in der Vorsprechung mit Monsignore Ceretti die Frage des Völkerbundes, als Ausgangspunkts aller gegenwärtigen und zukünftigen diplomatischen Verhandlungen des Heiligen Stuhls, als Hauptmittels zur Sicherstellung des zukünftigen Friedens, behandelt worden.

Nicht ein italienisches Blatt, sondern das führende Organ der englischen Liberalen, die „Daily News", brachte am 17. März die Notiz, daß, nach zuverlässiger Quelle, die Großmächte wahrscheinlich den Beitritt des Papstes zum Völkerbund anregen werden, und, da diese Tatsache die Anerkennung der Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles in sich schlösse, dürfte eine Lösung der römischen Frage die nötige Folge sein. In Verbindung mit dieser Nachricht gewänne der kurz zuvor stattgehabte Besuch des Kardinals Amette, Erzbischofs von Paris, nach dessen Unterredung mit Clemenceau, beim Papst erhöhte Bedeutung. Dieser Besuch erweckte in diplomatischen Kreisen die Vermutung, es handele sich um Besprechungen zwecks Wiederaufnahme der früheren Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan in dem alten Umfange, wobei die Form noch unentschieden bliebe, ob durch einen ständigen Gesandten oder durch gelegentliche Beauftragung eines hohen Prälaten. Daß der letztere Modus von der italienischen Regierung seit längerer Zeit beobachtet werde, berichtete dabei das „Giornale d'Italia". Der Vorschlag dieses offiziösen Organs, dem Papste im Völkerbunde eine Aufnahme mit nur beratender Stimme zu bewilligen, — wodurch die von ihm bezweckten Bürgschaften für die Ausübung seiner Souveränitätsrechte natürlich hinfällig geworden wären — erweckte im Vatikan einen umgehenden Protest. —

Doch kehren wir noch einmal zur Stellung Benedikts des Fünfzehnten gegenüber der Friedenskonferenz zurück! Er selbst hat in seiner Weihnachtsansprache an das Kardinalskolleg (1918) vor allem den Wunsch ausgesprochen, daß über der Konferenz jener Geist schweben möge, dessen Hüter der Papst ist, und hat die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß ihre Beschlüsse nicht allein die Wiederherstellung der Ordnung, sondern auch das Wiederaufblühen der gegenseitigen Menschen- und Bruderliebe zwischen den Völkern herbeiführen werde. Den gerechten Beschlüssen des Weltkongresses sichere er die Unterstützung seines Einflusses auf die Gläubigen zu; sie sollen der Welt einen wirklichen und dauerhaften Frieden bringen.

Die Tätigkeit des Papstes werde sich künftighin hauptsächlich folgenden Gebieten zuwenden: Pflege und Unterricht der Kinder, Schutz und weise Leitung der Arbeiter, geeignete Beratung und Aufmunterung der wohlhabenden Klassen über gute Verwendungen von Reichtümern und Macht („Köln. Volkszeitung" vom 31. Dezember 1918).

Die 14 Punkte des Wilsonschen Programms sind, nach einer Genfer Mitteilung vom 1. Januar, des vollen Beifalls Benedikts sicher; im besonderen bestehe der Papst auf vier Punkte: 1. Gewalt müsse dem Rechte weichen; 2. Keine Nation dürfe von einer anderen unterdrückt werden; 3. Eine allgemeine Abrüstung müsse stattfinden; 4. Ein internationaler Gerichtshof eingerichtet werden.

Demgemäß proklamierte die „Italia", das Organ der lombardischen Klerikalen, am Tage nach Wilsons Vatikanbesuch, den Gedanken: Wie heute Wilson am Vorabend des Friedenskongresses bei seinem Besuch in Italien nicht den heiligen Vater ignoriert, sondern ihm mit seinem Besuch eine Huldigung erwiesen hat, so darf auch der Papst bei der Ausführung des großen Friedenswerkes nicht ignoriert werden. Aber — argumentiert das Blatt weiter — des Papstes Beteiligung darf nicht auf eine Vertretung bei der Konferenz beschränkt werden. Vor allem muß der christliche Gedanke, den der Papst verkörpert, bei der Begründung der neuen Weltordnung zur Geltung kommen; und an früherer Stelle betont das Blatt: der Heilige Stuhl habe keine eigenen politischen Vorteile zu vertreten, er werde seine ganze Aufmerksamkeit der unparteiischen Wahrung der Grundsätze höchster Gerechtigkeit bei der Neuordnung der Staaten zuwenden und dementsprechend eine Vorzugsstellung einnehmen. Der Gesichtspunkt des Vatikans könne nie dahin verdächtigt werden, daß er sich von politischen Vorteilen beteiligter Kreise beeinflussen lasse: Sein Leitgedanke würde die bereits im August 1917 in der Friedensnote mitgeteilte Losung sein, daß die moralische Kraft des Rechts an Stelle der materiellen Kraft der Waffen treten muß. Er werde die allgemeine Abrüstung, die Abschaffung der regulären Dienstpflicht befürworten.

Unter derartigen Voraussetzungen werde die Teilnahme des Papstes an der Friedenskonferenz eine Bestätigung und eine Wahrung des Rechts aller bedeuten!

Außerhalb Italiens waren bereits im November 1918 die Kardinäle Gibbons und Mercier beim Präsidenten Wilson wegen Teilnahme des Papstes an der Friedenskonferenz durch einen Vertreter, laut Rotterdamer Meldungen, vorstellig geworden. Eine entschiedene Kundgebung für die Vertretung des Papstes beim Kongreß kann auch Spanien aufweisen! Dort hat nach dem „Universo Madrid" vom 11. Februar die Vereinigung der Familienväter und Familienvorstände sich mit der Bitte an ihre Regierung gewandt, in diesem Sinne ihren Einfluß geltend zu machen.

Anläßlich des Kongreßbeginns soll der Pariser Erzbischof Kardinal Amette dem französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau, als Vorsitzendem, eine Denkschrift des Heiligen Stuhls über die Notwendigkeit der Freiheit der katholischen Kirche und wegen einzelner besonderer Fragen überreichen.

Im übrigen ergibt sich aus den angeführten hauptsächlichsten Presseäußerungen, daß im Auslande die Diskussion über die Teilnahme des Papstes an der Friedenskonferenz und über ihren moralischen Wert für diese noch lange nicht abgeschlossen ist! Die Stimmen zu deren Gunsten mehren sich!

Dem eben gekennzeichneten Standpunkt leidenschaftsloser Unparteilichkeit und christlicher Nächstenliebe Papst Benedikt des Fünfzehnten entspricht jedenfalls seine Stellung zu einer etwaigen Einladung zur Friedenskonferenz, wie sie Mitte März sowohl vom „Corriere d'Italia", als auch vom „Osservatore Romano", den beiden dem Vatikan nächststehenden Organen, präzisiert worden ist, nämlich eine Einladung nur im Falle eines Vergleichsfriedens anzunehmen; die Vermittlertätigkeit des Papstes sei nicht zu haben bei einem Diktatfrieden! Dieser Entschluß sei schon zu Anfang des Krieges gefaßt gewesen.

Demselben Geiste christlicher Nächstenliebe, wie er aus Benedikt des Fünfzehnten Friedenserlassen, aus seiner Fürsorge für die unglücklichen Gefangenen, besonders für die kriegsuntauglich gewordenen, aus seinen vielen anderen menschenfreundlichen Bemühungen während des Weltkrieges hervorgeht, entspringt sein Eintreten für die besiegten Nationen.

Daß sich, gemäß einem Bescheide, den der Münchener Erzbischof Faulhaber vom Kardinal-Staatssekretär Gasparri erhalten hat, Benedikt wegen Aufhebung der Blockierung Deutschlands und Erwirkung von Lebensmittelsendungen für die dem Hungertode nahen Nationen an den Präsidenten Wilson, an den französischen und an den amerikanischen Episkopat, sowie an die englische Regierung gewandt habe, berichtete schon am 3. Dezember das französische Blatt „Le Journal". Hingegen wurde, laut „Petit Journal" vom 7. Dezember, die Nachricht, daß der Papst bei den Verbündeten für eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen eingetreten sei und die Bischöfe gebeten habe, ihren Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen, wenigstens von Monsignore Chapon, Bischof von Nizza, in Abrede gestellt.

Jedenfalls ist die erstgenannte Nachricht zutreffend, und mit Recht hat am 10. April in Weimar der deutsche Reichsminister des Äußern, Graf Brockdorff-Rantzau, dem Papste, der auch noch in jüngster Zeit seinen Einfluß für eine schleunige Hilfe gegen die Hungersnot eingesetzt hat, seinen besonderen Dank unter lebhaftem Beifall der Nationalversammlung ausgesprochen!

Soll die Provinz Posen dem Polnischen Staate einverleibt werden?

nter den vielen wichtigen Fragen, die die Friedenskonferenz zu entscheiden haben wird, wird ohne Zweifel die „polnische“ eine der kompliziertesten sein; denn für den Außenstehenden bezw. denjenigen, der sich nicht jahrelang mit den einschlägigen Verhältnissen befaßt und diese an Ort und Stelle studiert hat, ist es nicht leicht, sich ein maßgebendes Urteil zu bilden.

Bei der Schaffung eines Polnischen Staates handelt es sich um ein Problem, das wohl in seiner Art ein vollständiges Novum bildet. Handelt es sich doch um die Wiedererschaffung eines großen Staatengebildes, das seit etwa 125 Jahren aufgehört hat zu existieren. Überdies gehen die Bestrebungen der Polen dahin, daß ihrem Staate nicht bloß das ehemalige Kongreßpolen mit den angrenzenden Gebieten, sowie Galizien, sondern auch diejenigen Bezirke zugesprochen werden sollen, die ebenfalls schon im achtzehnten (!) Jahrhundert preußisch geworden und mit einer starken deutschen Bevölkerung und mit deutscher Kultur durchsetzt sind. Wenn dieser Fall eintritt, dann würden sich in dem neuen polnischen Staate drei ganz heterogene, in ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen Kultur grundverschiedene Länder zusammenfinden. Galizien ist bekanntlich, obwohl dort die Polen völlige Autonomie hatten, ein in jeder Beziehung sehr schlecht bewirtschaftetes Gebiet, rückständig und verarmt, trotzdem es mit Bodenschätzen aller Art reichlich ausgestattet ist. Kongreßpolen, von dessen Verwaltung die Polen seitens der Russen dauernd und vollständig ausgeschlossen waren, ist von Rußland aus politischen Gründen, um es wirtschaftlich nicht zu sehr erstarken zu lassen, und aus strategischen Gründen, welche Rußland veranlaßt haben, in Polen möglichst wenig Bahnen und Chausseen zu bauen, absichtlich niedergehalten worden. Und da die wirtschaftliche Kultur Rußlands bekanntlich an sich schon gegenüber der europäischen sehr rückständig ist, so kann man sich ungefähr vorstellen, wie grundverschieden die Kultur Kongreßpolens in jeder Beziehung von derjenigen der Provinz Posen ist. Besonders wenn man in Betracht zieht, daß die Provinz Posen vom Preußischen Staate stets eine weitgehende Förderung erfahren hat.

Eine Komplikation erfährt das Problem der Neugründung des Polnischen Staates in der von den Polen gewünschten Form noch durch die ungeheuer große Anzahl der dort befindlichen Juden. Die Zahl der Juden war in Kongreßpolen an und für sich schon eine sehr hohe, wurde aber dadurch noch erheblich vergrößert, daß Rußland vor einer Reihe von Jahren sich veranlaßt gesehen hat, eine weitere große Anzahl russischer Juden (Litwaken) gewaltsam auf administrativem Wege aus gewissen russischen Bezirken nach Polen zu drängen, so daß jetzt die Zahl der Juden in Kongreßpolen und Galizien auf annähernd etwa drei Millionen geschätzt werden kann. Das hätte an sich nichts zu sagen, wenn diese Juden, wie in den mittel- und westeuropäischen Ländern, sich von der Bevölkerung nur durch die Religion unterscheiden würden. Diese drei Millionen Juden sind aber nicht bloß von Rußland, sondern auch schon früher von Polen durch gesetzgeberische Maßregeln und durch in der Praxis ausgeübten Druck sowohl in materieller als in kultureller Hinsicht zu Parias gestempelt worden. Sie stehen infolgedessen heute noch auf einem — man könnte sagen — mittelalterlichen Standpunkte.

Aus vorstehendem erhellt, daß wohl noch niemals, solange die Welt existiert, ein Volksbestandteil einer Entscheidung von so ungeheuer einschneidender Bedeutung gegenübergestellt war, wie die Bewohner der Provinz Posen, falls diese Provinz ein Bestandteil des neuen Polnischen Staates werden würde. Dieser Fall ist beispielsweise mit demjenigen von Elsaß-Lothringen auch nicht im entferntesten zu vergleichen. Die Elsaß-Lothringer kämen, wenn ihr Land wieder Frankreich einverleibt wird, in eine, wenn auch etwas anders geartete, so doch gleich hohe Kultur. Hier aber würde eine in jeder Beziehung kulturell hochstehende Provinz

von etwa 29000 Quadratkilometern und etwa zwei Millionen Einwohnern mit einem großen, etwa 400000 Quadratkilometer umfassenden Staate zusammengeschmolzen werden, der in bezug auf administrative, wirtschaftliche, soziale und sonstige Kultur klaftertief unter der Provinz Posen steht. Wie groß der Unterschied ist, kann nur derjenige beurteilen, der einmal — besonders zu normaler Zeit, d. h. vor Beginn des Weltkrieges — von Posen aus über die Grenze gefahren ist.

Während an den meisten anderen Stellen unserer Erde, wenn man über eine Landesgrenze, ja selbst, wenn man von einem Erdteil nach dem andern fährt, der Übergang von einer höheren in eine niedrigere Kultur ein allmählicher ist, glaubt sich derjenige, der von Posen aus nach Russisch-Polen fährt, sobald er die Grenze überschritten hat, in eine ganz andere Welt versetzt! Das wird selbst demjenigen sofort klar, der sonst weder gewöhnt noch fähig ist, derartige Dinge zu beobachten. Posen ist eine agrarische Provinz, die infolge ihrer Zugehörigkeit zu der hochentwickelten Volkswirtschaft Deutschlands durchweg eine intensive Bewirtschaftung des Bodens aufweist. Die Provinz steht in bezug auf Verbrauch von künstlichen Düngemitteln, also von Kali, Phosphorsäure und Stickstoff mit an der Spitze aller preußischen Provinzen, und es wird überall dem Boden an Erträgnissen soviel entlockt, als es nach dem heutigen Stande der landwirtschaftlichen Technik möglich ist. Überschreitet man aber die deutsch-russische Grenze, so sieht der Kundige sofort, daß es sich dort um eine durchweg extensive Wirtschaftsweise handelt. Das bedingt auch schon der große Mangel an Eisenbahnen, Chausseen usw. Dementsprechend verschieden sind auch die Bodenerträgnisse. Während beispielsweise in der Provinz Posen, obwohl die Böden zu einem reichlichen Drittel Sandböden sind, vom Hektar im Jahre 1918 geerntet wurden:

an Roggen	etwa	18,3	Doppelzentner
„ Weizen	„	22	„
„ Gerste	„	23,4	„
„ Hafer	„	22,6	„
„ Kartoffeln . . .	„	155,8	„

stellen sich diese Zahlen für Polen nach polnischer Angabe (nach der russischen Statistik stellt sich die Produktion Polens im Vergleich zu der Posens noch ungünstiger dar) ungefähr wie folgt:

an Roggen	etwa	10,0	Doppelzentner
„ Weizen	„	11,3	„
„ Gerste	„	10,7	„
„ Hafer	„	11,4	„
„ Kartoffeln . . .	„	95,8	„

Analog sind die Unterschiede in der Viehhaltung, in bezug auf das maschinelle Inventar usw. Ebenso sind die Unterschiede in bezug auf Schulwesen, Hygiene, soziale Fürsorge geradezu ungeheuere. Für das Schulwesen in der Provinz Posen hat der preußische Staat seit vielen Jahrzehnten enorme Aufwendungen gemacht, so daß es in dieser Provinz selbstverständlich ebensowenig wie in anderen Bezirken Deutschlands Analphabeten gibt. In Polen aber ist ihr Prozentsatz bekanntlich ein ganz besonders hoher. Auch in hygienischer Beziehung ist für die Provinz alles geschehen, was nach dem heutigen Stande der Wissenschaft möglich ist. Hingegen sind in Polen, besonders in den kleinen Städten und auf dem Lande, kaum embryonale Anfänge davon vorhanden. Gänzlich aber fehlen die Maßnahmen sozialer Fürsorge (Invaliditäts-, Alters-, Krankenversicherung usw.). Kurzum, der Unterschied ist ein so augenfälliger, daß, wie schon oben erwähnt, selbst der in volkswirtschaftlichen Dingen absolut laienhafte Reisende, sobald er die Grenze überschreitet, das Gefühl hat, in einer andern Welt zu sein. Hier Europa — dort Asien!!!

Kann es unter solchen Umständen ein Friedenskongreß, auf dem eine auserlesene Schar von Männern über das Schicksal der europäischen Völker zu entscheiden hat, verantworten, eine in jeder Beziehung so hochstehende Provinz,

wie sie Posen ist, nur deshalb gewaltsam aus ihrer Kultur herauszureißen und mit einer weit rückständigeren zu verbinden, weil sie vor 125 Jahren zu dem jetzt neu zu bildenden polnischen Staate gehört hat und weil drei Fünftel ihrer Bewohner Polen sind, während zwei Fünftel dem Deutschtum angehören? Es liegt hier, wie schon oben erwähnt, ein ganz besonderer Fall vor, und darum ist es schwer, ein analoges Beispiel zu nennen. Man könnte sich allenfalls Beispiele künstlich konstruieren. Würde wohl, wenn die Grafschaft Suffolk an Serbien grenzte und die Bewohner von Suffolk zu zwei Fünftel aus Engländern und drei Fünftel aus Serben bestünden, der Friedenskongreß entscheiden, daß Suffolk dem serbischen Staate einverleibt werden müßte, oder würde es nicht vielmehr heißen, daß man in einem solchen Fall die Stimmen nicht „zählen", sondern „wägen" müsse? Und daß es zum Besten der Gesamtbevölkerung der betreffenden Provinz und auch in weltwirtschaftlicher Beziehung das Richtige ist, in solchem Falle nicht bloß mit der Anzahl der Menschen zu rechnen, sondern auch Kulturwerte aller Art mit einzuschätzen? Es ist wohl kaum anzunehmen, daß, um ein zweites Beispiel anzuführen, wenn das Departement Dordogne Portugal benachbart wäre, bei einer Einwohnerschaft, die zu zwei Fünfteln aus Franzosen und drei Fünfteln aus Portugiesen bestünde, nur deshalb das Departement dem portugiesischen Staate zugesprochen werden würde. Oder würden die Vereinigten Staaten damit einverstanden sein, Texas an Mexiko abzutreten, wenn Texas zu ein Fünftel mehr von den Mexikanern als von Yankees bewohnt wäre? Hat Preußen, abgesehen von allen andern Momenten, nicht das wohlbegründete unantastbare Recht auf eine Provinz, die schon mehr als 125 Jahre zu ihm gehört, die bei ihrer Aufnahme in den preußischen Staat aus verunkrauteten Äckern, Sümpfen und schlecht gehaltenen Wäldern, elenden Dörfern und Marktflecken bestand, und die unter einem ungeheueren Aufwand von deutscher Arbeit, deutschem Geiste und von Milliarden in einen Bezirk verwandelt wurde, dessen blühende Fluren und wohlgeordnete Gemeinwesen jedem Besucher auffallen? Weshalb soll der deutsche Staat schlechter gestellt werden, als der geringste Arbeiter, der heute das Recht für sich beansprucht, den Erfolg seiner Arbeit für sich zu behalten?

Als es in den letzten Tagen des Dezember nach dem mit einem die deutsche Bevölkerung geradezu verhöhnenden Pomp inszenierten Einzuge Paderewskis in Posen zu einem Zusammenstoß zwischen Polen und Deutschen gekommen war, weil die Stadt nicht bloß mit polnischen, sondern auch mit französischen und amerikanischen Flaggen geschmückt wurde, was die Empfindungen der frisch aus dem Felde zurückkehrenden deutschen Soldaten naturgemäß verletzte, bemächtigten sich die Polen bekanntlich der Stadt und des größten Teiles der Provinz Posen. Sie motivierten dies damit, daß die Deutschen mit der „Schießerei" angefangen hätten. In Wahrheit — dafür gibt es Dutzende von sicheren Beweisen — hatten die Polen den Putsch längst und systematisch vorbereitet. Im übrigen versicherten sie, daß sie mit der Besetzung von Stadt und Provinz Posen der Entscheidung der Friedenskonferenz nicht „vorgreifen" wollten, daß sie vielmehr die Gewalt nur an sich genommen hatten, um „Ruhe und Ordnung" zu schaffen, daß aber die Provinz Posen auf der Friedenskonferenz „sowieso" den Polen zugesprochen werden würde. Das bloße Auftauchen dieser Möglichkeit allein genügte schon, die deutschen Bewohner aller Schichten und aller Konfessionen in größte Aufregung zu versetzen und dies, obwohl vielfach angenommen wird, daß die Lasten der Staatsbürger Polens auch nicht annähernd so groß sein werden, wie diejenigen, die die Bürger Deutschlands nach dem Kriege zu tragen haben werden. Die deutschen Einwohner der Provinz Posen — übrigens auch diejenigen Polens —, die seit Jahrhunderten mit den Polen zusammenleben, kennen eben die einschlägigen Verhältnisse zu genau, um nicht zu wissen, daß die Aufrichtung eines polnischen Staates und die Einverleibung der Provinz Posen in denselben für alle Bewohner — auch für die polnischen — die nachteiligsten wirtschaftlichen Folgen und für die nichtpolnischen Bürger auch noch sonstige schwerwiegende Nachteile, um nicht zu sagen Gefahren, mit sich bringen würde. Denn jeder, der den polnischen Volkscharakter kennt, weiß, daß

es den Polen trotz der unfraglich vorhandenen Intelligenz und Gelehrigkeit an Organisationstalent mangelt, und gerade diese Eigenschaft ist, wie wohl nicht erst des näheren begründet zu werden braucht, für die Errichtung eines neuen Staatswesens von allergrößter Wichtigkeit. Hierzu kommt der schwerwiegende Umstand, daß den Polen jede Erfahrung in der Verwaltungstechnik fehlt. Die staatliche Verwaltungstechnik ist nun aber heutzutage — im zwanzigsten Jahrhundert und überdies nach einem viereinhalbjährigen Weltkriege — unfraglich komplizierter als vor eineinhalb Jahrhunderten, und schon damals reichte die Verwaltungstechnik der Polen für die Erhaltung des Staates nicht aus. Deshalb dürfte diese Frage nicht so leicht zu lösen sein. Dies wiegt um so schwerer, als die Polen gar nicht daran denken, nichtpolnische Elemente in die Verwaltung zu nehmen. Schon jetzt, da ihnen die Provinz Posen von der Friedenskonferenz noch gar nicht zugesprochen ist, da sie sie vielmehr erst seit wenigen Wochen provisorisch verwalten, hatten sie nichts eiligeres zu tun, als die Deutschen — besonders aber die Juden — überall aus der Provinzial- und Kommunalverwaltung herauszudrängen. Obwohl die Juden einen hervorragenden Anteil an dem Lebensmittelhandel der Provinz Posen haben, ist weder in das von den Polen geschaffene Haupternährungsamt, noch als Leiter eines der diesem unterstellten Ämter, ein Jude berufen worden. Der von den Polen eingesetzte neue Oberbürgermeister erklärte, ein jüdischer Name würde bei der polnischen Bevölkerung den Anschein erwecken, „daß es da was zu verdienen gäbe"!!! Ebenso sind im Kreise Schrimm sämtliche jüdischen Viehkommissionäre ausgeschaltet worden. Diese Beispiele ließen sich noch vermehren, denn die Polen sind bestrebt, den gesamten Verwaltungsapparat im „Schnellzugstempo" zu polonisieren, ohne jede Rücksicht auf die 800 000 Deutschen, von denen — mit dieser Tatsache muß nun einmal gerechnet werden — noch nicht ein Prozent polnisch spricht! — Man weiß, daß die Deutschen — wenigstens für die nächsten Jahrzehnte — in der Verwaltung schwer zu entbehren sind, aber der blinde Fanatismus setzt sich darüber hinweg. Man verzichtet lieber von vornherein auf eine gute Verwaltung, nur „polnisch" soll sie sein!

Typisch für die Polen ist auch außer ihrem Mangel an Organisationstalent eine geradezu kindliche Naivität und Leichtfertigkeit in wirtschaftlichen Dingen, die sie, wie das jeder Eingeweihte aus unzähligen Beispielen kennt, Unternehmungen mit unzulänglichen Mitteln und nicht genügender Vorbereitung in Szene setzen läßt. Hierzu kommt ein Mangel an Ausdauer und eine Abneigung gegen wirklich intensive Arbeit, wie sie hier im Osten besonders notwendig ist. Deshalb gibt es unter den Polen selbst sehr viel Elemente, welche trotz des brennenden Wunsches, wieder einen eigenen polnischen Staat zu haben, den kommenden Dingen mit großer Skepsis entgegensehen. Natürlich wagen sie es nicht, diese Meinung öffentlich oder in größerem Kreise zu äußern, tun es vielmehr nur in vertrautester Unterhaltung. Diese besonnenen polnischen Elemente wissen eben, daß man auf die Dauer von Patriotismus allein nicht leben kann, daß vielmehr in erster Reihe die wirtschaftlichen Momente in Betracht gezogen werden müssen. Sie fürchten aber, daß in dem jetzt zu gründenden polnischen Staate die Verwaltungs- und Wirtschaftstechnik in jeder Beziehung zu wünschen übrig lassen wird. Besonders peinlich ist dieser Gedanke den seit fast eineinhalb Jahrhunderten an die preußische Verwaltung gewöhnten und durch diese verwöhnten posenschen Polen. Die Verwaltung war, abgesehen von den ebenso törichten wie intoleranten Ausnahmegesetzen gegen die Polen, eine vorzügliche und hat die posenschen Polen zu einem von ihnen selbst ungeahnten Wohlstand gebracht. Die radikalen Elemente der posenschen Polen, welche trotz alledem eine Einverleibung der Provinz Posen in Polen wünschen, setzen sich vorwiegend zusammen aus den Kreisen des polnischen Klerus und der Presse, die bei der geringen politischen Reife und der naiven Gläubigkeit des Volkes einen entscheidenden Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben, ferner der polnischen Juristen, welche in dem neuen polnischen Staate mit Recht auf große Karriere hoffen, und den polnischen Kaufleuten und Gewerbetreibenden, die große materielle Vorteile infolge Boykotts der nichtpolnischen Konkurrenz und auf Grund von Protektionswirtschaft erwarten.

Für die Nichtpolen, also die Deutschen aller Schattierungen und aller Konfessionen, kommen noch andere Momente hinzu, die sie geradezu mit Schrecken an ein polnisches Regime denken lassen. Sie wissen, daß sie von dem übertriebenen, unausgereiften Nationalismus der Polen nichts Gutes zu erwarten haben. Kennen sie doch nur zur gut die Intoleranz oder richtiger gesagt Rigorosität, mit der die Polen die galizischen Ruthenen behandeln.

Daß der Nationalismus der Polen ein so extravaganter ist, ist ja bis zu einem gewissen Grade begreiflich, weil er sich über hundert Jahre lang nicht ausleben konnte. Er ist aber nun einmal vorhanden und ist übrigens in dem Temperament der Polen begründet, wie diese selbst zugeben. Und gerade das wurde immer von den sogenannten Hakatisten, also von denjenigen Deutschen ins Feld geführt, die für die Ausnahmegesetze gegen die Polen stimmten und deren Kreis übrigens bei weitem nicht so groß war, wie es die Polen annehmen, bezw. wie sie es den andern Völkern geflissentlich glauben machen wollen. Die Befürworter einer scharfen Polenpolitik, die von den besonnenen, weitaus in der Mehrzahl befindlichen deutschen Elementen Posens am allerwenigsten gutgeheißen wurde, beriefen sich immer wieder auf die durch die Geschichte bestätigte Erfahrung, daß auch die gerechteste Behandlung der Polen diese niemals zufriedengestellt hat, weil sie einen unauslöschlichen Haß gegen alles Deutsche hegen. Ein übertriebener Nationalismus zeitigt bekanntlich immer Haß, und das polnische Sprichwort: „Poki swiat swiatem Niemiec nie bedzie polakowi bratem“ (solange die Welt bestehen wird, wird der Deutsche den Polen kein Bruder sein) beweist, daß der Deutschenhaß in der polnischen Volksseele seit Jahrhunderten unausrottbar wurzelt. Selbst jetzt vor der Entscheidung der Friedenskonferenz, wo doch den Polen daran liegen müßte, die Deutschen möglichst für sich zu gewinnen, haben sie aus dieser ihrer Gesinnung keinen Hehl gemacht. Sobald sie Stadt und Provinz Posen in ihren Besitz genommen, das deutsche Militär verjagt und die Behörden besetzt hatten, haben sie die polnische Sprache rücksichtslos in den Vordergrund gedrängt, obwohl sie wissen, daß die deutsche Bevölkerung dank der ungeschickten Politik der Regierung zu 99 Prozent einsprachig ist, während fast sämtliche Polen ebensogut deutsch wie polnisch sprechen. Der deutschsprechende Bewohner der Provinz Posen ist bei der Erteilung von Reisepässen, sonstigen Erlaubnisscheinen und tausend anderen Dingen nicht bloß gegenüber den Polen im Nachteil, sondern auch gegenüber dem — allerdings seltenen — polnischsprechenden Deutschen. Den Deutschen wird nahegelegt, Eingaben an den obersten polnischen Volksrat in polnischer Sprache zu verfassen. Ebenso beantwortet der polnische Volksrat die deutschen Eingaben deutscher Firmen in polnischer Sprache. Wenn das schon jetzt der Fall ist, wie soll es dann später werden?

Noch trauriger gestaltet sich die Zukunft für die in Stadt und Provinz Posen lebenden Deutschen jüdischer Konfession, die genau wissen, was ihnen blüht, wenn die Provinz Posen dem Polnischen Staate zugeschlagen wird. Sie wissen, daß ihre Gleichberechtigung nur auf dem Papier stehen wird und daß sie in der Praxis auf der ganzen Linie unter einem brutalen Antisemitismus zu leiden haben werden, wie ihn nur der Pole, allenfalls noch der Rumäne, zuwege bringt. Rumänien hat bekanntlich im Jahre 1878 auf dem Berliner Kongreß die Emanzipation und Gleichberechtigung der Juden feierlich versprochen, und trotzdem seufzen noch heute die rumänischen Juden unter schweren Ausnahmegesetzen. So wird es auch hier sein. Die Polen werden auf dem Friedenskongreß alles mögliche in der Beziehung versprechen, aber halten werden sie nichts. Leider aber scheuen sich die Juden und selbst diejenigen, die für den Fall, daß die Provinz Posen polnisch würde, fest entschlossen sind, ihre Heimat zu verlassen, wegen der jetzt von den Polen rücksichtslos ausgeübten Gewaltherrschaft ihre Meinung den maßgebenden Stellen gegenüber offen zu äußern. Und diejenigen Juden, die ihrer Fortexistenz wegen auf alle Fälle in der Provinz Posen bleiben müssen, haben erst recht Veranlassung, mit ihrer Meinung zurückzuhalten, weil sie andernfalls alles Mögliche von den Polen zu befürchten haben. Der Pole ist

nun einmal, mit ganz geringen Ausnahmen, Antisemit. In Russisch-Polen leben seit Jahrhunderten Polen und Juden zusammen. Die Polen waren die Herren, die Juden stets die Parias, die dauernd unter Druck gehalten wurden, so daß sie sich weder wirtschaftlich noch kulturell fortentwickeln konnten. Und da Hochmut und Stolz eine bekannte Nationaleigenschaft der Polen ist, ist den Polen der Antisemitismus in succum et sanguinem übergegangen. Das hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten. Besonders judenfeindlich ist der polnische Mittelstand, Rechtsanwälte, Kaufleute, Gewerbetreibende, Ärzte, weil für diese der rührige jüdische Mittelstand eine unbequeme Konkurrenz ist. Der polnische Antisemitismus äußert sich in besonders brutaler Form. Hierfür könnten viele tausend Einzelbeispiele angeführt werden. Einen besonderen charakteristischen Beweis, der auch die Eigenart der polnischen Judenfeindschaft grell beleuchtet und die Kampfmethoden kennzeichnet, bieten die Warschauer Vorgänge des Jahres 1912. Damals wurden zum erstenmal Abgeordnete für die russische Duma gewählt. In Warschau war neben den national-polnischen Kandidaten stark antisemitischer Färbung ein sozialistischer aufgestellt, und da die Juden im wohlverstandenen eigenen Interesse für den Sozialisten stimmten und diesen dadurch zum Siege verhalfen, bemächtigte sich der Polen ob dieser ganz selbstverständlichen Taktik eine ungeheuere Wut. Sie beschlossen sofort gegen die Juden ganz Russisch-Polens den wirtschaftlichen Boykott, um sie durch Hunger zur Verelendung zu bringen und zur Auswanderung zu zwingen. Und dieser Boykott wurde so systematisch und so brutal durchgeführt, daß jedem, der noch einen Rest menschlichen Empfindens hat, das Herz blutete. Der Boykott ging so weit, daß selbst viele arme jüdische Droschkenführer, deren ganzes Hab und Gut in einem elenden Pferdchen und gebrechlichem Wagen bestand, diesen Beruf aufgeben mußten, weil sie keine Fahrgäste mehr bekamen. Sie versuchten Pferd und Wagen für wenige Rubel an den Mann zu bringen und mit ihrer Familie auszuwandern, um dem Hungertode zu entgehen. Selbstverständlich werden die Polen, wie schon oben erwähnt, auf der Friedenskonferenz beteuern, daß sie gar nicht daran denken, die Juden unter Ausnahmegesetze zu stellen, daß sie vielmehr bereit sind, ihnen völlige Parität zuzubilligen, aber wer die Polen kennt und weiß, daß fast jeder Pole dem Grundsatz huldigt, daß die Sprache dazu da ist, um die Gedanken zu verbergen, weiß, was er von diesen Versprechungen zu halten hat. Der Eingeweihte kennt den unausrottbaren Antisemitismus der Polen, der das Wort „Zyd“ (Jude) selten anders als in verächtlichem Sinne und fast immer im Zusammenhange „Psia krew zyd“ (frei übersetzt: verfluchter Jude) braucht. Wie schon oben angeführt, sind für jedes Volk charakteristisch die Sprichworte, die es hat, und deshalb dürfte es angebracht sein, an dieser Stelle an das polnische Sprichwort zu erinnern: „Kiedy bieda do zyda, kiedy po biedzie Zay mnie dupe zydzie.“ (Bin ich in Not, dann geh' ich zum Juden, bin ich über die Not hinweg, dann rutsch mir den Buckel entlang, verfluchter Jude.) Selten kennzeichnet ein Sprichwort in so charakteristischer, wenn auch derber Art, die Verhältnisse, wie das hier angeführte. Der Pole braucht die jüdische Intelligenz und das jüdische Kapital, aber er ist in seinem übertriebenen, fanatischen Nationalismus so antisemitisch, daß er gegen seinen eigenen Vorteil blind ist.

Der polnische Jude weiß das sehr genau, und darum konnte man schon bei Beginn des Weltkrieges tausendfach von ihm den im tiefsten Herzen empfundenen Wunsch hören: „Wenn wir nicht zu Deutschland kommen können, dann lieber wieder zu Rußland, aber um Gotteswillen nicht unter polnische Herrschaft. Das sagen Leute, die die russische Herrschaft in ihrer ganzen Schwere jahrhundertelang kennengelernt und gefühlt haben!

In einer noch viel schlimmeren Situation sind die Juden der Provinz Posen. Diese Juden, die sich von den Deutschen genau so wenig unterscheiden, wie der moderne englische Jude von dem Engländer, also selbstverständlich nur als Deutsche jüdischer Konfession bezeichnet werden können, sind in einer gefahrvollen Situation. Sie sind nicht allein wie jeder posensche Deutsche christlicher

Konfession in der fürchterlichen Gefahr, mit einem Lande verbunden zu werden, das kulturell ungeheuer rückständig ist, vielmehr fürchten sie mit Recht zu einer Art von Ghetto-Juden herabgedrückt zu werden. Sollen sie doch zu einem Lande kommen, das die ungeheuere Zahl von zirka drei Millionen Ostjuden beherbergt. Und dieses Land denkt nicht etwa daran, wie es in einem analogen Falle etwa England oder Amerika tun würde, die drei Millionen Ostjuden, in denen eine ungeheuere intellektuelle Kraft steckt, durch nicht bloß auf dem Papier stehende, sondern auch in der Praxis ausgeübte paritätische Behandlung möglichst schnell zu gleichwertigen Staatsbürgern zu machen! Vielmehr haben schon wiederholt die politischen Führer der Polen in vertrautem Kreise erklärt, daß sie selbstverständlich keine Ausnahmegesetze für die Juden schaffen werden, schon allein aus dem Grunde nicht, weil das ja die Entente nicht zulassen würde, daß sie aber durch einen wohlorganisierten Boykott den größten Teil der Juden zwingen würden, das Land, das sie schon seit Jahrhunderten bewohnen, möglichst schnell zu verlassen. Und wie systematisch die Polen gerade in bezug auf wirtschaftlichen Boykott vorgehen, haben sie schon wiederholt bewiesen. Es könnte sein, daß der eine oder andere die hier gemachten Ausführungen für übertrieben ansieht, aber daß sie keineswegs übertrieben sind, kann durch die Tatsache erhärtet werden, daß die bloße Möglichkeit, die Provinz Posen könnte zu Polen kommen, zahlreiche Deutsche, besonders solche jüdischer Konfession, veranlaßt hat, ihre Grundstücke, ihre Geschäfte und Handlungshäuser, an deren Verkauf sie sonst nie gedacht haben würden, schleunigst den Polen zum Kauf anzubieten, damit sie in der Lage sind, die Provinz Posen schnellstens verlassen zu können. Eine ganze Anzahl Verkäufe haben bereits stattgefunden, und wegen weiterer Objekte ist man in Unterhandlung. Sollte aber der Fall eintreten, daß die Provinz Posen oder ein Teil von ihr zu Polen kommt, so würden sich diese Verkäufe derartig vermehren, daß man von einer Flucht der Deutschen, besonders der jüdischen Deutschen, sprechen können wird. Man hat in eingeweihten Kreisen eben kein Vertrauen zu den Polen, weder zu ihrer Wirtschaftsweise (weshalb das deutsche Publikum jetzt seine Gelder von den Sparkassen zurückfordert) noch zu ihrem Rechtsempfinden (siehe Freispruch der Mörder des Herrn v. Haza-Radlitz), noch zu ihrer „Toleranz". Deshalb steht schon bei vielen deutschen Rechtsanwälten, Ärzten, Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Handwerkern der unabänderliche Entschluß fest, die Provinz Posen für den Fall, daß sie polnisch wird, zu verlassen. Das wird natürlich ein ungeheuerer wirtschaftlicher Schaden für die Provinz Posen sein, denn es handelt sich gerade um diejenigen Elemente, die in Handel, Industrie, Landwirtschaft, den akademischen Berufen usw. die erste Rolle spielen und die steuerkräftigsten Elemente sind. Auch ein großer Teil der deutschen Landwirte ist darunter. Wie oben erwähnt, sehen sogar viele polnische Landwirte einer eventuellen Zuteilung der Provinz Posen zum polnischen Staate mit großer Betrübnis entgegen, denn es ist ihnen ohne weiteres klar, daß auch die landwirtschaftliche Kultur sofort zurückgehen wird, wenn die Provinz durch eine Landesgrenze bezw. Zollgrenze vom Deutschen Reiche abgeschnitten wird. Schon allein der Umstand, daß sie für Getreide, Vieh usw. billigere Preise haben würden als bisher bezw. ihre deutschen Nachbarn, daß sie andererseits Düngemittel und Maschinen usw. teurer bezahlen müßten, verheißt den Rückgang der landwirtschaftlichen Kultur.

Sollte es unter den hier geschilderten Verhältnissen für die Mitglieder der Friedenskonferenz nicht ganz indiskutabel sein, die Provinz Posen dem polnischen Staate zuzusprechen? Will man eine in jeder Hinsicht kulturell hochstehende Provinz mit einem Staatengebilde verschmelzen, das in seiner ganzen kulturellen Struktur gegenüber dieser Provinz ungeheuer rückständig ist, und will man dadurch zwei Fünftel der Bewohner dieser Provinz — es handelt sich um etwa 850 000 Menschen — unglücklich machen? So unglücklich, daß ein nicht geringer Teil von ihnen den Entschluß fassen würde, die alte Existenz lieber aufzugeben und sich in alle Winde zu zerstreuen und eine neue, unsichere Existenz zu suchen. Ja noch mehr. Es würde auch, wie oben erwähnt, ein wesentlicher Teil der

polnischen Bevölkerung im Innern über eine derartige Entscheidung untröstlich sein. Freilich, die radikalen Elemente verschließen die Augen vor den wirtschaftlichen Nachteilen, aber auch bei diesen dürfte, wenn erst der Rausch vorüber ist, die Katzenjammerstimmung nachkommen. Geben doch selbst diese, in bezug auf Patriotismus fanatischen Polen zu, daß es „zunächst" für die Provinz Posen einen wirtschaftlichen Rückschritt bedeutet, wenn sie zu Polen kommen sollte. Sie glauben aber, daß dieser Rückschritt in etwa zwanzig bis dreißig Jahren eingeholt sein dürfte. Wenn schon derartige Elemente, die doch nach dieser Richtung naturgemäß Optimisten sind, diesen Zeitraum auf zwanzig bis dreißig Jahre bemessen, so kann man ungefähr ahnen, wie lang er sich in Wirklichkeit stellen wird. Aber Realpolitiker sind sich keineswegs im Zweifel darüber, daß die Provinz Posen überhaupt nicht wieder auf den jetzigen hohen Standpunkt kommen wird. Ebenso wie es für sie klar ist, daß der polnische Staat kein Kulturstaat in westeuropäischem Sinne werden wird. Mißwirtschaft, Nepotismus, Zank und Streit untereinander und mit den nichtpolnischen Mitbürgern, sind schon jetzt an der Tagesordnung, und der wirtschaftliche Fortschritt, der zu immer größerem Wohlstand einer Bevölkerung führt, würde gehemmt werden. Liegt es aber heute im weltwirtschaftlichen Interesse, einen mitten in Europa liegenden Bezirk von etwa 29 000 Quadratkilometer mit etwa zwei Millionen Einwohnern in der Kultur um ein Jahrhundert zurückzuwerfen? Ist es nicht vielmehr, nachdem sich ganz Europa, man könnte sagen die ganze Welt, viereinhalb Jahre zerfleischt, nachdem sie Millionen von Menschen verloren und sich um Milliarden an Werten geschädigt hat, geboten, den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt in jeder Beziehung zu fördern, damit die Schäden des Krieges so schnell wie möglich wett gemacht werden können?

Ebensowenig liegt es im Interesse der Gläubiger Deutschlands, dieses durch Lostrennung der Provinz Posen, nachdem es schon durch die Abtrennung Elsaß-Lothringens eine ungeheure Schwächung erfährt, noch weiter zu schwächen und eventuell zahlungsunfähig zu machen. Die Provinz Posen ist ein für das übervölkerte deutsche Industrieland überaus wichtiger Faktor, denn sie produziert von Roggen, Gerste und Kartoffeln je zirka 15 bis 16 Prozent der Gesamternte Preußens, von der Weizenernte zirka 7 Prozent und von der Haferernte zirka 6 Prozent. Die Provinz ist imstande, durch weitere Besiedelung noch eine ansehnliche Anzahl von Bauern aufzunehmen. Durch Abtrennung der Provinz Posen würde die polnische Grenze bis auf zirka 180 Kilometer an Berlin herangerückt werden, womit allein schon ein Keim für zukünftige Reibereien geschaffen werden würde. Die Deutschen haben, wie schon oben erwähnt, während 125 Jahren durch intensive Arbeit, durch Fleiß und Tüchtigkeit, Posen, das seinerzeit von Preußen in geradezu erbärmlichem Zustande übernommen wurde, zu einer der blühendsten Provinzen gemacht. Die polnische Bevölkerung hat daraus ihren vollen Nutzen gezogen. Die deutschen Landwirte sind ihr zu Lehrmeistern geworden, und die sogenannte „polnische Wirtschaft" hat fast vollständig aufgehört. Gibt das nicht ein volles Recht auf den Besitz der Provinz, zumal eine Lostrennung derselben für alle Schichten der Bevölkerung — der deutschen sowohl wie der polnischen — die oben gekennzeichneten wirtschaftlichen Nachteile und unhaltbare nationale Zustände zur Folge haben würde?

Ein Bericht über Frauenbestrebungen der Gegenwart

Von Dr. Mathilde Kelchner

(Schluß)

Die ganze Entwicklung drängt offenbar dahin, daß die akademisch gebildete Frau immer stärker ins öffentliche Leben eingreift und in Zukunft, auf welchem Gebiet es auch sei, Verwendung finden wird. Sie hat in schwerer Zeit den Nachweis ihrer Brauchbarkeit führen können und auch tatsächlich geführt. Die Tätigkeit der Ärztinnen, Zahnärztinnen, Juristinnen, Architektinnen findet im Publikum viel Anklang. Die Ärztin ist auch als Assistentin im allgemeinen hoch bewehrtet worden, desgleichen liegen günstige Urteile über die Chemikerin und Apothekerin vor. Über die Theologin läßt sich nach den vorliegenden beschränkten Erfahrungen noch kein Urteil fällen. Falls sie sich bewährt, dürfte sie gerade jetzt, da die Kirche, zum mindesten die evangelische, um ihrer Selbsterhaltung willen auf ein regeres Gemeindeleben angewiesen ist, das nur mit Hilfe der Frau zu erreichen sein wird, sehr bedeutsam werden. Der weiblichen Seelsorge scheint in weiten Kreisen des Volkes kein Vorurteil entgegen zu stehen.

Den in sozialen Berufen wirkenden Frauen, Juristinnen, Volkswirtschaftlerinnen, auch praktisch gut geschulten Kräften ohne akademische Vorbildung ist größte Anerkennung gezollt worden. Sie haben sich in der Gewerbeinspektion, als Fabrikpflegerinnen, Fürsorgerinnen auf mannigfachen Gebieten bewährt, insbesondere haben sie sich im Dienste der Kriegsämter so sehr hervorgetan, daß sie in leitende Stellungen berufen wurden.[7])

Als Lehrerin wird die Frau, obgleich sie in allen Schulgattungen sehr anerkennungswerte Leistungen aufzuweisen hat, seit Jahrzehnten unentbehrlich geworden ist und es im Kriege ermöglicht hat, daß der Unterricht in den Schulen im wesentlichen aufrecht erhalten werden konnte, viel mehr angefeindet, als man für möglich halten sollte. Die Feindschaft geht hier wie auch anderwärts hauptsächlich von den Kollegen aus und entspringt nicht einwandfreien Motiven. Die zuständigen Behörden haben durch ihre Maßnahmen im Laufe der letzten Jahre bewiesen, daß sie der Lehrerin um ihrer Leistungen willen durchaus nicht unfreundlich gesinnt sind. Vor einer „Verweiblichung" der Schule bestand dort keine Furcht, ebensowenig bei breiten Schichten der Bevölkerung, die sich in der Mädchenerziehung gern von Frauen beraten und leiten läßt. Daß die mütterliche Art gebildeter Frauen auch in der Schulerziehung der Knaben einen segensreichen Einfluß auszuüben vermag, sollte eigentlich selbstverständlich sein in einer Zeit, da die Schule vom warmen Hauch des Lebens durchweht werden soll und nicht Bücherweisheit, sondern Charakterbildung die Parole ist.

Die Gesundheit der normalen Frau nimmt durch die Betätigung in höheren Berufen im allgemeinen keinen Schaden, jedenfalls erscheint es durchaus unzulässig, ohne eingehende Begründung sozialhygienische Bedenken zu erheben. Wenn sogenannte Berufsschädigungen vorkommen, muß zunächst einmal festgestellt werden, wo die wahren Ursachen des Versagens liegen. Oft genug wird man sie in der von Seiten des Mannes erzwungenen Kampfstellung der Frau finden. Daher ist sowohl aus sozialhygienischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen auch hier die Beseitigung der zahllosen Hemmnisse anzustreben, die die geistig arbeitende

---

[7]) Ich verweise an dieser Stelle ausdrücklich auf das Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine für 1919, das als Handbuch der kommunal-sozialen Frauenarbeit gedacht ist, mit dem Zweck, Aufklärung und Anregung zu gewähren. Die verschiedenen Gebiete der kommunalen Frauenarbeit werden in knappen Aufsätzen von sachkundigen Verfasserinnen, deren Namen zum großen Teil bereits vorteilhaft bekannt sind, dargestellt. Bei der ungeheuren Bedeutung, die gerade die Gemeindearbeit für unser daniederliegendes Volk gewinnen wird, sollten die hier gebotenen Erörterungen in weite Kreise dringen. Das Jahrbuch erscheint bei B. G. Teubner in Leipzig. Der vorliegende Band kostet 5,50 M. nebst den üblichen Teuerungszuschlägen.

Frau in ihrem Beruf zu überwinden hat. Um im Wettbewerb bestehen zu können, muß die Frau zunächst einmal eine tüchtige Ausbildung genossen haben und diese Forderung muß doch letzten Endes auch um der Sache willen, der sie dient, erhoben werden. Unzulänglichkeit, Dilettantismus dürfen sich unter keinen Umständen breit machen — jetzt, da unser Volk alle Kräfte anspannen muß, um aus dem seelischen und materiellen Elend unserer Tage herauszukommen, schon ganz und gar nicht. Lediglich gediegene Fachkenntnisse vermögen dem Volkswohle zu nützen, aber auch nur sie allein gewähren die Berufsfreudigkeit, die das Gelingen verbürgt. Es entspricht dem Geist und den Bedürfnissen der Gegenwart, daß der Frau die Staatsprüfungen und die hierzu notwendigen praktischen Ausbildungsmöglichkeiten in der Rechtswissenschaft und in der Theologie freigegeben werden, gleich wie sie den Studentinnen der medizinischen und philosophischen Fakultät bereits seit Jahren offenstehen. Die natürliche Folge ist die Freigabe aller akademischen Berufe. Der Einzelpersönlichkeit muß es überlassen bleiben, ob sie sich auf Grund qualifizierter Leistungen durchzusetzen vermag. Im Staat und in der Gemeindeverwaltung, insbesondere in der sozialen Arbeit müssen bewährten Frauen auch leitende Posten übertragen werden, wobei auch Nichtakademikerinnen bei zweckmäßiger Vorbildung und praktischer Begabung zu berücksichtigen sind.

Eine weitere Folge gleicher Ausbildung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte ist die Forderung gleicher Entlohnung bei gleichwertiger Leistung. Hier hat der Staat durch gutes, statt wie bisher durch schlechtes Beispiel voranzugehen. Die zur Rechtfertigung seiner Praktiken vorgebrachten Argumentationen, die von den Privaten gern übernommen wurden, sind oft genug nicht stichhaltig, worauf seitens der Frauen immer wieder hingewiesen wurde. So wird zum Beispiel in der Besoldung verheirateter und unverheirateter Lehrer kein Unterschied gemacht und die geringere Bezahlung der Lehrerin damit begründet, daß ja der Mann Ernährer einer Familie sei. Den Schutz gegen ungerechtfertigte materielle Beeinträchtigung und unterbietende Konkurrenz wird die Frau naturgemäß in Organisationen suchen, zu deren Ausgestaltung neuerdings die geeigneten Handhaben gegeben sind. Überdies wird sie mittels des ihr nunmehr zustehenden aktiven und passiven Wahlrechts ihren Einfluß auf die Gesetzgebung geltend machen, wo diese Härten für die Frau aufweist.

Was auf dem Wege der Gesetzgebung erreicht werden kann, muß ergänzt werden durch Überwindung des Vorurteils gegen die Frauenarbeit durch einen Akt der Selbsterziehung sowohl bei Männern als auch bei einer gewissen Gruppe von Frauen, die vom Schicksal begünstigt, von den Lebensnotwendigkeiten der erwerbenden Frau keinen Begriff haben, und sich bemüßigt fühlen, vom sicheren Hafen aus durch unsachliche Krittelei und Herabwürdigung des eigenen Geschlechts den schweren Gang durch ein auf persönliche Tüchtigkeit gestelltes Leben zu verbittern. Der Kampf der Frauen gegen die Suggestion ihrer tatsächlich unbewiesenen geistigen Minderwertigkeit hat in ihren Reihen schwere Opfer gefordert und zum Schaden der Gesamtheit gerade viele wertvolle, kritisch begabte Kräfte lahmgelegt, indem diese ihre Waffe allzu sehr gegen sich selbst richteten und Ansprüche an sich stellten, denen auch der Mann nur in seltenen Fällen zu genügen vermag.

Immer wieder wird auf die bevölkerungspolitischen Gefahren der Emanzipation des Weibes hingewiesen. Die Gründe der Ehelosigkeit zahlreicher Frauen — nur ein Drittel ist verheiratet — und des Geburtenrückgangs sind offenbar ganz wo anders zu suchen als in dem durchaus gesunden Willen der gebildeten Frau, ein durch ihre persönlichen Leistungen wertvolles und zufriedenes Glied der menschlichen Gesellschaft zu sein, auch wenn es ihr nicht vergönnt ist, Kinder zu zeugen und das Glück zukunftsfrohen Wirkens aus den gütigen Händen der Natur entgegenzunehmen. Es wird von Studentinnen und in wissenschaftlichen Berufen stehenden Frauen — von den Angehörigen mittlerer Berufe ganz zu schweigen — ausdrücklich bestritten, daß die geistige Tätigkeit den Wunsch, das Menschentum in der Gesamtheit seiner natürlichen Anlagen zu entfalten, eindämmt, und wer Ge-

legenheit hat, in das Leben dieser Frauen tiefer zu blicken als der Statistiker vom grünen Tisch, wird an der Wahrheit dieser Behauptung nicht zweifeln. Der Wunsch nach Beibehaltung des Berufs in der Ehe, sofern er nicht durch wirtschaftlichen Zwang eingegeben wird, besteht mit wenigen Ausnahmen wohl nur bei Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen. Der doppelte Beruf ist für diese Frauen sehr viel weniger schädigend und unzweckmäßig als für die Fabrikarbeiterin. Schon die in höheren Berufen wenigstens innerhalb gewisser Grenzen erreichbare selbständige Gestaltung der Tätigkeit schafft gute Lebensmöglichkeiten für die als Gattin und Mutter beanspruchte berufstätige Frau. Was eine berufstätige Frau als Hausfrau und Mutter leistet, wird stets von der geistigen Geschmeidigkeit der Persönlichkeit abhängen. Der Ausschluß vom Beruf um der Ehe willen, vermag für letztere keinen Gewinn zu gewährleisten; nur um des Berufs willen kann das Zölibat gefordert werden. Wo aber eine solche Forderung, wie zum Beispiel für die Lehrerin, besteht, wird ihre Beseitigung erstrebt, zunächst einmal, weil mütterliche Erfahrung in der Schulerziehung nur erwünscht sein können; sind aber die Leistungen infolge zu großer Belastung unzulänglich, so kann die Schule sie ablehnen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Möglichkeiten der Eheschließung durch die Forderung des Zölibats der Lehrerin verringert werden, was doch durchaus nicht im Interesse der Gesamtheit liegt. Die Ehefrau ist heutzutage oft genug zum Miterwerb gezwungen. Es erscheint aber in jeder Hinsicht unökonomisch, Persönlichkeiten, die für die Lehrtätigkeit vorgebildet und geeignet sind, von ihr auszuschließen und sie eine anders geartete Beschäftigung suchen zu lassen. Während des Krieges haben zahlreiche verheiratete Lehrerinnen Vertretungen in Schulen übernommen und den Beweis erbracht, daß, rein sachlich betrachtet, gegen die Verbindung von Lehrberuf und Ehe nichts einzuwenden ist. Auf eine Auslese der Tüchtigen kommt alles an. Wo seitens des Staates ausgleichende Gerechtigkeit in Versorgungsfragen geltend gemacht wird, wird jener Gesichtspunkt allzu leicht aus den Augen verloren.[8])

Berufsübung vor der Ehe ist in jedem Falle sehr wünschenswert. Es ist durchaus nicht notwendig, daß junge Mädchen gebildeter Stände lediglich auf Betätigungsmöglichkeiten verwiesen werden, die in den Pflichtenkreis einer Hausfrau und Mutter fallen. Es können nicht sämtliche weibliche Individualitäten über einen Kamm geschoren werden und die Begeisterung junger Mädchen für kleine Kinder hat mit ihrer Befähigung für den Mutterberuf nichts zu tun. Dieser erschöpft sich ja auch nicht in praktischen Verrichtungen. Wir erleben es tausendfach, daß „weiblich" erzogene Frauen als Mütter völlig versagen. Sie können zwar kochen, flicken und Säuglinge wickeln, aber nicht erziehen, weil ihnen die Selbstzucht fehlt. Es ist erstaunlich, wie leichtfertig der Frau die Eignung zum Mutterberuf zugesprochen wird und mit wieviel naivem Selbstgefühl die Frau an die Erziehung ihrer Kinder geht. Die Frau als Typus genommen, verfügt aller-

---

[8]) Vergleiche hierzu und zum Folgenden das Buch von Dr. med. M. von Kemnitz „Das Weib und seine Bestimmung. Ein Beitrag zur Psychologie der Frau und zur Neuorientierung ihrer Pflichten". Verlag von Ernst Reinhardt in München. 1917. Preis 4,80 Mark. Dieses Buch sollte jeder zur Hand nehmen, der sich mit den Ergebnissen der anatomischen, physiologischen und exakten psychologischen Forschung über die weibliche Eigenart bekannt machen will. Die Verfasserin versucht auf Grund dieser Ergebnisse die Frage der Zweckmäßigkeit der Verwendung der Frau auf mannigfachen Arbeitsgebieten in geistvoller Weise zu lösen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß es sich nicht darum handelt, ob die Frau irgend etwas ebenso gut leisten kann wie der Mann, sondern darum, ob sie es ganz anders, aber ebenso wertvoll für die Menschen ausführt. Die Leistungen der Frau, die genau ebenso von Männern vollbracht werden können, sind ziemlich unwichtig für die menschliche Gesellschaft. Dies mag theoretisch richtig sein. In der Praxis entscheidet die Leistung als solche, gleichviel ob sie vom Manne oder von der Frau vollbracht wird, sofern nicht Nebenwirkungen den Wert in Unwert verkehren. Auch wenn man der Verfasserin nicht in allen ihren Schlußfolgerungen beipflichten kann, so bieten doch ihre geschickten Darstellungen den Bestrebungen der Frauenbewegung wertvolle Stützen.

dings über Gaben, die sie zur Pflegerin und Erzieherin ihrer Kinder empfehlen: ihre Gefühle sind leicht erregbar und dauerhaft, wodurch die Fähigkeit bedingt ist, sich in andere Menschen hineinzuversetzen, das eigene Wohlbefinden von dem anderer abhängig zu machen, ja es anderen zu opfern, aber diese Gaben erschöpfen ja nicht die Voraussetzungen einer guten Mutter, aus ihnen selbst erwachsen sogar Gefahren für die Erziehung, sofern die Frau ihre Gefühle nicht zu beherrschen vermag. Zu einem Erzieher, der sich selbst nicht im Zaum halten kann, hat ein Kind kein Vertrauen und zollt ihm keinen Respekt. Daher kommt es zunächst für die Frau nicht auf den Erwerb gewisser, an und für sich natürlich wertvoller Kenntnisse in der Haushaltung, Säuglings- und Kinderpflege an, zumal für deren Aneignung kein jahrelanges Studium benötigt wird, sondern auf die Charakterbildung, die ja in der Schule lange nicht vollendet wird, und dazu vermag jede ernste Arbeit zu dienen, sofern sie zur Selbstbeherrschung, Zielstrebigkeit, Ordnung und zu guter Zeiteinteilung anleitet und das Gefühl für Pflicht und Verantwortung weckt.

Durch die Berufsarbeit wird das Individuum offensichtlich in hohem Maße mit der Gesamtheit verkettet und aus dem Erfassen der sozialen Zusammenhänge erstarkt in der Frau auch das Gefühl für die Pflichten und die Verantwortung, denen sie ihrem Volke und dem Staat gegenüber als Einzel- und als Gattungswesen zu genügen hat. Dieses Pflicht- und Verantwortungsgefühl wird durch die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen in jeder Hinsicht unbedingt gehoben. Darin liegt die weitgreifende ideelle Bedeutung dieser politischen Maßnahme, zu der das wirtschaftliche Schwergewicht von mehr als zehn Millionen erwerbstätigen Frauen ohnehin drängte. Wer in den Tagen des Wahlkampfes unter den Frauen Umschau gehalten hat, muß bemerkt haben, daß er von ihnen mit Ernst und Begeisterung aufgenommen wurde und daß in weitesten Kreisen ein ehrlicher wägender Wille nach richtiger Entscheidung suchte. Freilich konnte er die politische Einsicht nicht ohne weiteres ersetzen, aber das politische Selbstgefühl wird auch fernerhin die Voraussetzung sein, Einsicht zu erstreben und das unverantwortliche, durchaus nicht harmlose Drauflosreden, das wir im Kriege in so reichem Maße erlebt haben, einzudämmen. Es wird schließlich auch zum bestimmenden Moment praktischer Lebensgestaltung werden.

Wenn die Frauenbewegung durch die Gewährung des politischen Wahlrechts für die Verwirklichung ihrer Kulturideale eine neue Grundlage gewonnen hat, so erheben sich naturgemäß mit um so stärkerer Wucht die Stimmen derer, die von dieser Gestaltung der Dinge einerseits eine Entweiblichung der Frau, andererseits eine Verweiblichung des Geistes des öffentlichen Lebens befürchten. Was die Entweiblichung der Frau betrifft, so kann sie als Naturwesen in ihrem tiefsten Wesen überhaupt nicht umgemodelt, wohl aber durch äußere Umstände in ihren Strebungen irregeleitet werden. Verhängnisvoll kann ihr daher unsere hohle, auf seichten Genuß gestellte Zivilisation werden, durch die in der Frauenbewegung wirksamen Tendenzen, wie sie hier dargestellt wurden, erscheint sie am wenigsten bedroht. Gefährdet ist aber durch den Lauf der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung die uns von unseren Eltern und Großeltern überkommene Lebensform der Frau. Es hat keinen Zweck, sich darüber zu grämen. Besser ist es, unsere Begriffe von wahrer Weiblichkeit zu vertiefen. Es gab eine Zeit, die Ideale für Weib und Mann kannte, wie wir sie brauchen — die Zeit der Romantik. Die Frau streckte die Hand aus nach des Mannes Art, ohne sich selbst zu verlieren, und der Mann nahm vom Weibe und blieb doch Mann. „Man muß den Charakter des Geschlechts keineswegs noch mehr übertreiben, sondern vielmehr durch starke Gegengewichte zu mildern suchen ...“ „nur sanfte Männlichkeit, nur selbständige Weiblichkeit ist rechte, wahre und schöne“ — so predigte einst Friedrich Schlegel und fand nichts häßlicher, als überladene Weiblichkeit, und nichts ekelhafter, als übertriebene Männlichkeit. Der „Ganzmensch“ leuchtete auf den Wegen der Romantik. Er mag bei uns den öffentlichen Geist bestimmen. Die Alleinherrschaft männlicher Auffassungen im öffentlichen Leben hat keine Zustände zu

schaffen vermocht, deren Verewigung wünschenswert wäre, wir haben im Gegenteil einen ungeheuren moralischen Bankerott erlebt. Beim Neuaufbau unserer Gesellschaft müssen die im Wesen der Frau verankerten ethischen Eigenschaften, insbesondere ihre altruistischen Anlagen zur gebührenden Geltung kommen, überdies aber auch ihr Sinn für die Gefälligkeit der Lebensführung und die Formen des menschlichen Verkehrs. Mit dem Aufstieg des „Tüchtigen" darf nicht der rauhe Ton des kleinen Mannes, seine völlige Bedürfnislosigkeit in Fragen des Geschmacks herrschend werden. Wir erleben jetzt täglich die Äußerung naturhafter Triebe robuster Selbstbehauptung und Selbstgeltung auf der Straße, im Laden — im Parlament. Die Verpöbelung darf aber unter keinen Umständen zu einer dauernden Kennzeichnung unseres Volkes werden. Vermag daher die sich ihrer Verantwortung bewußte Frau schon durch ihr Wirken in der Kinderstube eine Saat zu streuen, die im öffentlichen Leben Früchte trägt, so sollte sie selbst im öffentlichen Leben nur dann hervortreten, wenn sie neben Vorzügen des Gemüts und der Erziehung über geistige Gaben verfügt, die hohen Anforderungen genügen. Gilt diese Forderung für die Inhaberinnen aller leitenden Posten, so erst recht für die offiziellen Vertreterinnen der deutschen Frauen. Es ist sehr bedenklich, daß die Aufstellung der Kandidatinnen für die mannigfachen Wahlen dieses Jahres zum Teil mit ungeheurer Leichtfertigkeit sowohl seitens der Männer als auch seitens der Frauen erfolgt ist. Es hat sich gerächt, daß die politisch arbeitenden Männer des Bürgertums im großen und ganzen mit der schaffenden Frauenwelt sehr geringe Fühlung und infolgedessen gar keinen Maßstab für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Frau hatten. Wir brauchen aber mehr denn je eine scharfe Auslese unter den Frauen. Nur solche Frauen, die sich auf einem der Gebiete des praktischen Lebens mit Erfolg betätigen, mit breiten Schichten der Bevölkerung in Verbindung stehen und die harte Wirklichkeit kennen — Lehrerinnen, nicht zuletzt Volksschullehrerinnen, Ärztinnen, die nicht so sehr in der pflegerischen oder medizinisch-wissenschaftlichen, als vielmehr in der sozialen Komponente ihres Berufs den Schwerpunkt ihres Wirkens sehen, Hygienikerinnen, Rassenbiologinnen, Juristinnen, Sozialbeamtinnen der verschiedensten Kategorien, Frauen, die sich in politische und verwaltungstechnische Probleme hineinzudenken vermögen, die aber auch den Pulsschlag des deutschen Volkstums fühlen, Frauenpersönlichkeiten mit hellem Kopf und weitem Herzen sollen unsere Führerinnen und Vertreterinnen sein!

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Der unverdiente Wertzuwachs, das Vorkaufsrecht und die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte. In Nr. 3 und 4 der „Grenzboten" macht Herr Dr. Dollinger den Vorschlag, ein Vorkaufsrecht des Staates am Grund und Boden zu dem vor Kriegsbeginn angemessenen Preise einzuführen. Er hält dies für erforderlich, um den unverdienten Wertzuwachs am Boden zu verhindern. Die Zuwachssteuer genüge dazu nicht.

Ich möchte noch weiter gehen und sagen, auch der Vorschlag des Herrn Dr. Dollinger genügt dazu nicht. Man wird sich fragen müssen, wo in der Kette der Wirtschaftsbeziehungen das bedingende ursächliche Moment steckt. Da ist nun das eine klar, daß weniger der Preis des landwirtschaftlich genutzten Bodens den Preis der Erzeugnisse desselben, als umgekehrt der Preis der Erzeugnisse den Bodenpreis bestimmt. Natürlich wird zwar der Landwirt seine Erzeugnisse nicht unter dem Gestehungspreise verkaufen wollen und wird insofern der Bodenpreis ein mitbestimmendes Moment sein. Aber er wird unter Umständen dazu gezwungen werden, wenn z. B. die Erzeugung über den

Inlandsbedarf steigt, was allerdings praktisch nicht zu befürchten ist, oder, wenn billige Auslandsware in ausreichender Menge angeboten wird. Für den Preis der Bodenerzeugnisse und damit indirekt auch des Bodens selbst ist Angebot und Nachfrage auf dem Markt der Erzeugnisse bestimmend. Wir haben schaudernd miterlebt, daß selbst eine behördliche Preisregelung in Verbindung mit behördlicher Verteilung der Lebensmittel dieses Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht aus der Welt schaffen kann, daß vielmehr trotz Androhung höchster Strafen der Schleichhandel zu blühen begann und Preise herbeiführte, wie sie in dieser Höhe im freien Verkehr kaum erzielt worden wären.

Es verspricht deshalb keinen Erfolg, wenn man durch Senkung der Güterpreise auf den Preis der Erzeugnisse einwirken will. Dieser Erfolg würde nicht erreicht werden und es würde nicht verhindert werden können, daß ein Güterschleichhandel einsetzen würde, das heißt, es würden trotz aller Strafandrohungen neben dem offiziellen niedrigen Preise heimlich Vergütungen gewährt werden, welche voraussichtlich nicht allzuviel hinter dem freien Preise zurückbleiben würden. Es erscheint außerdem nicht gerechtfertigt, dem Käufer eines Gutes (angenommen, er zahle nur den Preis von 1914) die ganz erheblichen Vorteile zuzuwenden, welche aus dem allgemeinen Sinken des Geldwertes während der Kriegszeit, der Steigerung des Preises aller Bodenerzeugnisse, hervorgehen.

Danach wäre der Hebel bei dem Preise der Bodenerzeugnisse anzusetzen. Leider steht es aber nicht in unserer Macht, hier eine erhebliche Senkung zu erzielen, solange unser Bedarf an solchen Erzeugnissen nicht im eigenen Lande gedeckt werden kann und der Stand unserer Valuta, auch die Höhe der Frachtkosten, die Preise ausländischer Erzeugnisse gleicher Art, welche etwa eingeführt werden können, auf einem hohen Stande erhalten.

Stehen wir nun der Entwicklung ganz machtlos gegenüber? Ich möchte es nicht annehmen. Die hohen Preise und Bodenerzeugnisse haben eine entsprechende Erhöhung der Bodenrente, das heißt des Anteiles an den Einnahmen aus dem Boden, welche dem Besitzer ohne eigene Aufwendung von Arbeit und Kapital zufällt, zur Folge gehabt. Die Kapitalisierung dieser Bodenrente, welche teilweise im Wege der Spekulation sogar noch übertrieben wird (in Voraussicht weiterer Preissteigerung), führt zur Erhöhung der Bodenpreise. Der Verkäufer läßt sich den kapitalisierten Betrag der Bodenrente im Kaufpreise mit auszahlen. Nimmt man nun diese Bodenrente ganz oder teilweise im Wege der Grundsteuer dem Besitzer ab, so tritt ganz von selbst die erstrebte Senkung des Bodenpreises ein. Hier ist der Hebel anzusetzen. Daneben kann ein Vorkaufsrecht zum Preise von 1914 bestehen, oder besser zu dem durch die Selbsteinschätzung zum Wehrbeitrag von 1913 festgestellten Werte. Doch ist diese Frage, zu welchem Werte das Vorkaufsrecht zu gewähren ist, wenigstens für Preußen nicht mehr von Bedeutung, da durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 bestimmt ist, daß der durch Schätzung bestimmte gemeine Wert maßgebend ist, jedoch ohne Berücksichtigung vorübergehender Wertsteigerungen, die auf die außerordentlichen Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind.

Diese Grundsteuer wäre zunächst so zu gestalten, daß sie der Erhöhung der Bodenrente durch die Steigerung der Preise aller Produkte während des Krieges unter Berücksichtigung der zu erwartenden höheren Aufwendungen an Kapital (Löhnen usw.) entsprechen würde. Sie wäre veränderlich zu gestalten, so daß sie den in der nächsten Zukunft zu erwartenden Schwankungen folgen könnte. Der Steuersatz könnte vielleicht für jährliche oder längere Zeiträume von Sachverständigen oder auf deren Vorschlag von der in Zukunft etwa dem früheren Bundesrat entsprechenden Behörde festgesetzt werden.

Die leichte Beweglichkeit der Höhe dieser Steuer ist erforderlich, um den erstrebten Zweck zu erreichen, die Steigerung der Bodenpreise zu verhindern, ohne doch die Gestehungskosten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dauernd für alle Zukunft zu erhöhen. Ist die Zeit für den Abbau der Zwangswirtschaft gekommen, die Deckung des Bedarfs an Nahrungsmitteln wieder möglich, so wäre durch Minderung des Steuersatzes der Senkung der Preise der Erzeugnisse Vorschub zu leisten.

Als Ideal müßte freilich eine vollständige Wegsteuerung der Bodenrente erscheinen. Sie würde aber, auf einmal eingeführt, ein zu harter Eingriff in die bestehenden Besitzverhältnisse sein. In Verbindung mit einer großzügigen Reform des Hypothekenwesens, der Überführung der kündbaren Privathypotheken in unkündbare Tilgungshypotheken des Staates oder öffentlichrechtlicher Anstalten und mit Einführung der Verschuldungsgrenze ließe sich dieses Ideal wohl ohne Schädigung der Besitzer erreichen.

Als Maßstab für diese Grundsteuer könnte grundsätzlich die Selbsteinschätzung zur Wehrsteuer von 1913 dienen, wobei jedoch sowohl dem Steuerpflichtigen als auch der Einschätzungskommission das Recht zustehen müßte, im einzelnen Falle eine Abschätzung durch Sachverständige zu verlangen.

Würde diese Selbsteinschätzung auch dem staatlichen Vorkaufsrechte zugrunde gelegt und dem Besitzer Berichtigung seiner Einschätzung gestattet, so würde damit eine gute Grundlage zu einer gerechten Einschätzung gegeben sein.

Ein nationales Heiligtum in Gefahr! Nordwestlich von Weimar dehnt sich in westöstlicher Richtung der etwa 8 km lange Ettersberg aus, dessen höchste Erhebung 486 m hoch ist. Seine herrlichen Waldungen, die einzigen größeren in der näheren Umgebung der Stadt, sind heute Staatsforsten. Am westlichen Rande liegt Ort und Schloß Ettersburg. Der Forst war das Lieblingsjagdrevier Karl Augusts, der in jungen Jahren im Verein mit Goethe hier das edle Weidwerk pflegte, wobei es geschah, daß im Kampf gegen einen anrennenden Eber ein Freund dem anderen das Leben rettete. Nachdem 1786 die Herzogin Anna Amalia nach Niederlegung der Regentschaft ihren Witwensitz nach Ettersburg verlegt hat, wurde Schloß und Wald und Park der Schauplatz fröhlichen Treibens „mit allerlei Mutwillen und Tollheiten, fratzenhaften Ständchen, extemporierten Komödien und theatralischen Spielen". Herder dehnte seine einsamen Spaziergänge gern an den Ettersberg aus, woran das schöne Plätzchen „Herdersruh" erinnert. Später, 1800, hat Schiller in Ettersburg geweilt, um an der Vollendung seiner Maria Stuart zu arbeiten. Jetzt, nach der Revolution, hatte die provisorische Regierung gestattet, daß unbemittelte Einwohner im Ettersburger Walde gemäß behördlicher Anweisung unter Aufsicht eines Militärpostens Holz fällen, an Ort und Stelle zerkleinern und für ihren eigenen Bedarf fortschaffen durften. Diese Wohltat ist leider in schlimmer Weise mißbraucht, indem der Verkauf des so gewonnenen Holzes zu horrenden Preisen betrieben wurde und die von dem Militärposten erteilte Anweisung von einzelnen nach Belieben mißachtet wurden. Es wurde, drauflos abgeholzt, so daß schmerzliche Bestandsverwüstungen in dem wohlgepflegten Walde entstanden sind. Hoffentlich wird rechtzeitig eingegriffen, damit der dem Natur- und Kunstfreunde gleich wertvolle Wald vor weiterem Schaden geschützt wird. E. E.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.

Deutschlands angebliche Schuld am Kriege

Unsere Gegner lehnen es ab, vor einem unparteiischen Gerichtshof die Frage zu diskutieren, wer die Schuld an der furchtbaren Katastrophe trägt, die im Sommer 1914 über die Welt hineingebrochen ist. Sie wollen Kläger und Richter zugleich sein, und mit einer pharisäischen Selbstgerechtigkeit, die helle Empörung bei allen Rechtschaffenen erwecken muß, bürden sie alle Schuld den Deutschen auf. Da ist es doppelt notwendig, immer aufs neue darauf hinzuweisen, wie in Wahrheit die Dinge stehen.

Sie stehen so, daß der Krieg schon lange vor seinem Ausbruch, zum mindesten bei Rußland und seinen Balkanfreunden, eine festbeschlossene Sache war. Die zahlreichen Beweise für diese Tatsache sollen hier um einen weiteren und besonders wichtigen vermehrt werden.

Herr von Massow, der im Jahre 1912 als Vertreter des deutschen Heeres im bulgarischen Hauptquartier den Balkankrieg mitmachte, berichtet:

Als ich im Oktober 1912 nach Sofia reiste, stieg in Belgrad Herr Spalaikovitch in den Zug. Er war damals serbischer Gesandter am bulgarischen Hofe, und ich kannte ihn bereits seit mehreren Jahren, wußte auch, daß er in den intimsten Beziehungen zu dem inzwischen verstorbenen russischen Gesandten in Belgrad Herrn von Hartwig, dem bekannten Vorkämpfer des Panslavismus, stand. Auch Herr Spalaikovitch war ein fanatischer Gegner der Mittelmächte, und zwar ein besonders gefährlicher, da er außerordentlich gewandt war und seinen Haß gegen uns hinter der Maske der persönlichen Liebenswürdigkeit zu verbergen verstand.

Während der Eisenbahnfahrt nach Sofia entwickelte mir Herr Spalaikovitch mit erstaunlicher Offenheit die Ziele des unter russischer Patronanz stehenden Balkanbundes. Die Niederwerfung der Türkei ist, so sagte er, nur der vorbereitende Akt, durch den Rußlands Vorherrschaft in Südosteuropa gesichert werden soll. Die Hauptaufgabe ist, die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Befreiung der zu ihr gehörigen slawischen Völker. Ein glühender Haß sprach aus seinen Äußerungen über Österreich-Ungarn. Er bezeichnete diesen Staat als reif zum Untergang, und weil sein Untergang unabwendbar sei, müsse Deutschland sich von diesem lebenden Leichnam trennen und sich Rußland zuwenden. „Deutschland", so meinte er, „darf nicht das Opfer einer verfehlten Balkanpolitik der Wiener Regierung werden, es darf sich nicht an einem sterbenden Staat ketten, sondern kluge Voraussicht muß es an die Seite Rußlands führen, auf der seine Zukunft liegt. Hält Deutschland an Österreich-Ungarn fest, so wird es mit seinen Verbündeten ins Verderben hineingezogen werden. Und, so fügte Herr Spalaikovitch ausdrücklich hinzu, auch auf diesen Fall haben wir uns sorgfältig vorbereitet. Deutschland kann der Macht des politisch geschlossenen Ostens nicht widerstehen."

Wie weit in der Tat damals schon die Machinationen Serbiens gediehen waren, hat inzwischen der Friedjungprozeß bewiesen. Er hat uns tiefe Einblicke gewährt in das von der serbischen Regierung geduldete kriegshetzerische Treiben der „Narodna Odbrana", und Herr Spalaikovitch wußte, was ja auch allen Eingeweihten bekannt war, nämlich daß der Krieg gegen Österreich-Ungarn seit 1908 systematisch vorbereitet worden ist.

Herrn Spalaikovitch waren meine Beziehungen zu unserem damaligen Staatssekretär von Kiderlen-Wächter genau bekannt, und er ließ mich nicht darüber im Zweifel, daß er seine Ausführungen zur Kenntnis des deutschen Staatssekretärs gebracht wissen wollte. In der Tat berichtete ich denn auch sofort nach meiner Ankunft in Sofia über mein Gespräch mit Spalaikovitch an das Auswärtige Amt und an den Generalstab.

Der Balkankrieg hat nicht den für Rußland und seine Balkanfreunde erwünschten Verlauf genommen, denn der Balkanbund, der gegen Österreich-Ungarn mobil gemacht werden sollte, ging infolge des Abschwenkens Bulgariens in die Brüche. Diese Tatsache verursachte bei den diplomatischen Vertretern unserer späteren Gegner in Sofia eine tiefe Depression, und ihre Unruhe wuchs, als wir in der Erkenntnis der Gefahren, die uns vom Osten her drohten, im Verein mit unseren österreichisch-ungarischen Verbündeten daran gingen, unsere Wehrkraft zu verstärken. Bulgarien mußten damals schon unsere Gegner endgültig verloren geben, aber alsbald machten sie sich mit allen Kräften an die Arbeit, um einen Ersatz für das verlorene Bulgarien in Rumänien zu gewinnen. Bukarest wurde damals neben Belgrad zur südosteuropäischen Zentrale der feindlichen Treibereien gegen uns und unsere Bundesgenossen.

Als ich im November 1913 zum letztenmal dem König Carol an seinem Schreibtisch gegenübersaß, äußerte er sich sehr besorgt über die Entwicklung der Dinge, und er gab damals schon seinen Zweifeln darüber Ausdruck, ob er seinen Verpflichtungen uns gegenüber werde nachkommen können. Das Bündnis mit uns galt ihm immer noch als die Grundlage seiner Politik, aber er klagte über den Widerstand seiner Minister, die er so charakterisierte, wie sie es verdienten, und betonte, daß auch sein Offizierkorps infolge der französisch-russischen Wühlarbeit gegen Deutschland nicht mehr zuverlässig sei. „Wenn ich nicht," so sagte König Carol, „dem Drängen Rußlands nachgeben und mein Heer Bulgarien in den Rücken hätte fallen lassen, so wären die Gewehre meiner Soldaten gegen mich, den Hohenzollern, losgegangen." Es herrschte eben damals schon in Bukarest die Atmosphäre des Hasses gegen uns. Dieser Haß war von Rußland und Frankreich entzündet und geschürt worden, und mit dem Tode König Carols konnte er sich gegen uns entladen. Auch dieser Punkt gehört zu dem Kapitel von der Vorbereitung des Krieges durch unsere Gegner.

Als ich kurz vor Weihnachten 1913 Sofia verließ, sagte mir König Ferdinand von Bulgarien, der als früherer Teilnehmer am Balkanbunde natürlich über alle russisch-französischen Zettelungen und Machenschaften auf das beste unterrichtet war, den baldigen Ausbruch des Weltkrieges voraus und bezeichnete diesen Weltkrieg ausdrücklich als das Ergebnis der diplomatischen Einkreisung Deutschlands. Warnend wies er auf die offenbare Unzuverlässigkeit Italiens und Rumäniens hin, und auch Belgien werde, so meinte er, seine Neutralität nicht wahren können, da es sich durch feste Abmachungen an Frankreich gebunden habe.

Sieben Monate später lag der fürchterliche Beweis dafür vor, daß die Warnungen König Ferdinands nur allzu begründet waren. Im Südosten Europas geschah die Explosion, für die man den Sprengstoff seit langem zusammengetragen hatte.

Unterzeichnen?

Ein dokumentarischer Rückblick

Von Dr. Ziemke

Die tiefe Überzeugung, daß Deutschland die Unterschrift unter einen Friedensvertrag, der mit dem Wilsonprogramm nicht übereinstimmt, verweigern müßte, hat sich erst allmählich in amtlichen Kreisen sowie in der öffentlichen Meinung durchgedrückt. Die inneren Wirren entzogen diesem Problem nicht allein die wünschenswerte Aufmerksamkeit, sondern trübten auch das außenpolitische Verständnis der maßgebenden Faktoren, die sich von Anfang an zu vertrauensselig auf die unfehlbare Durchsetzbarkeit der vierzehn Wilsonschen Punkte und ihre leichte und hemmungslose Verwirklichung verließen. Erst in Verfolg der weiteren Verhandlung, die die amtlichen und offiziösen Kreise des Auslandes bei den Waffenstillstandsverhandlungen, den Vorbereitungen zur Friedenskonferenz der Alliierten, bei dieser selbst und bei allen anderen geeigneten Anlässen der Entwicklung der Friedensfrage angedeihen ließen, fing das allgemeine Nachdenken darüber an, ob das wehrlose Deutschland nicht in der Verweigerung der Unterschrift das einzige und wirksame Mittel zum Schutze gegen einen Vernichtungsfrieden besäße. Man kann ruhig sagen, daß bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung diese Argumentation — wenn sie auch sozusagen im stillen schon vorher erwogen worden sein mag — nach außen hin nicht zur öffentlichen Diskussion gestellt wurde. Am 21. Dezember v. J. meinte der „Vorwärts", das auftauchende Gerücht über eine drohende Kriegsentschädigungsforderung von seiten Frankreichs leichthin mit der kurzen Gegenfrage abfertigen zu können, ob Frankreich denn glaube, daß Deutschland hierzu überhaupt in der Lage sei!

Die englische und amerikanische Presse las jedoch schon geraume Zeit tiefer in dem Innern des deutschen Volkes. Schon bevor die Eröffnung der Nationalversammlung erst die Möglichkeit schuf, einigermaßen verbindliche Regierungserklärungen vor dem Forum der öffentlichen Weltmeinung abgeben zu können, schien sich die englische Presse im Klaren zu sein, daß sich in Deutschland Strömungen Geltung zu verschaffen suchten, die nur einen Frieden auf der unantastbaren Basis der Wilsonschen Prinzipien annehmen wollten. Die Meinung brach sich daselbst Bahn, daß Deutschland mit den vierzehn Punkten stehen und fallen wolle, gegebenenfalls „streiken" d. h. nicht unterzeichnen würde. Auffinder dieser Ideen ist — nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Nr. 184 vom 16. April — der langjährige frühere Wiener Korrespondent des „Daily Telegraph", Dr. Dillon. Seine anfänglich in dieser Beziehung noch gehegten Zweifel formulierte er späterhin in dem Satze: „Meine Anschauung ist die, daß, wenn man die feindlichen Delegierten vor Bedingungen stellt, die das deutsche Volk schwächer und unfreier machen als Montenegro vor dem Kriege, sie mit einer kategorischen Weigerung zu unterzeichnen, antworten müssen. Sie werden nach Berlin zurückkehren und mit passiver Resistenz Schwierigkeit machen."

Auch bei Gelegenheit der Demission des Generals von Winterfeldt aus der deutschen Waffenstillstandskommission Anfang Februar wollte ein holländischer Korrespondent der „New-York Times" Anzeichen dafür sehen, daß die Deutschen mit dem Gedanken einer Nichtunterzeichnung spielten.

Innerhalb Deutschlands nahm diese Auffassung aber greifbare Formen erst nach Eröffnung der Nationalversammlung an. Den charakteristischen Auftakt gab die Rede des — damals noch nicht Reichspräsidenten — Volksbeauftragten Ebert vom 6. Februar in der ersten Sitzung, in der es heißt:

„Wir warnen die Gegner, uns nicht zum äußersten zu treiben, wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und dem Gegner die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: Lieber ärgste Entbehrung als Entehrung!" (Lebhafte Zustimmung.) Richtete sich diese Rede nach ihrem Anlasse eigentlich mehr auf die erschreckenden Forderungen der Franzosen für die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens, so spielte sie doch schon auf die Stellungnahme der Regierung zu dem kommenden endgültigen Frieden an.

Die Programmrede des Außenministers Grafen Brockdorff-Rantzau vom 14. Februar greift diesen Standpunkt auf, allerdings ohne ihn nach bestimmten Punkten hin scharf zu formulieren. Die Rede geht zwar nicht nur auf Allgemeines, sondern auch auf Einzelheiten wie die polnische Frage ein. Man vermißt jedoch den großzügigen inneren Zusammenhang, den die Lösung oder Nichtlösung einer einzelnen Frage mit dem großen Ganzen haben könnte. Der Schluß der Rede ferner, der die Folgen eines Gewaltfriedens behandelt, ist nicht kategorisch, sondern hypothetisch. Brockdorff-Rantzau führte (in einzelnen aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen) aus:

„Nicht dem Spruch des Siegers, nur dem Urteil des Unparteiischen können wir uns innerlich beugen. Deshalb werde ich mich von den Punkten des Wilsonschen Friedensprogramms, wie es von beiden Seiten anerkannt ist, nicht abdrängen lassen. Sind wir hiernach entschlossen, ringsumher zugunsten deutscher Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Wir haben uns bereit erklärt, alle unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete unseres Reichs mit dem polnischen Staat verbinden zu lassen. Wir wollen das Versprechen halten. Welche Gebiete unter den dreizehnten Punkt von Wilsons Programm fallen, ist strittig. Eine unparteiische Instanz mag darüber entscheiden.

Wenn ich Ihre Zeit so lange für Fragen auswärtiger Politik in Anspruch genommen habe, so leite ich das Recht dazu aus dem Umstande her, daß diese Nationalversammlung auch die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen muß, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Die Verfassung, die Sie dem neuen Reiche geben, wird der feste Grund sein, auf dem die deutschen Vertreter ihre Verhandlungen mit den Feinden führen werden. Der Geist, der Ihre Gedanken leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zwingen werden, lieber die äußersten Folgen zu ertragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Gewiß, wir haben nach innen und außen manches gutzumachen, besonders gegenüber Belgien, und daher haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu führen. Aber wir haben auch unschätzbare wertvolle innere und äußere Güter zu verteidigen und deshalb die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbstständigkeit auch den Siegern gegenüber zu behaupten. Wir sind besiegt, aber nicht entehrt. Der größte Dichter deutscher Freiheit sagt: ‚Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre.' Die Freudigkeit mag manchen von uns vergangen sein, aber der Wille, der unerschütterliche Wille bleibt bestehen. Zu einem Teil ist des deutschen Volkes Würde in meine Hand gegeben, ich gelobe, daß ich sie bewahren will."

Mit diesen beiden Reden setzte die öffentliche Diskussion in Deutschland über die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit und Notwendigkeit einer eventuellen Unterschriftsverweigerung ein. Die Regierungen (Reichs- und preußische Regierung), Regierungsvertreter, Abgeordnete und Presseleute nahmen hierzu Stellung. Der Wille des Volkes verlangte gebieterisch Gehör. Die Zeit war vorbei, wo Diktate der Feinde ohne Rücksicht auf die allgemeine Stimmung im Lande angenommen werden konnten. Die Erfolge sah man in der Revision der mit dem Lebensmittelabkommen in Verbindung stehenden Frage der Auslieferung unserer Handelsflotte und dem letzten Abkommen in Spaa betreffend die Landung der Hallerarmee.

Während die feindliche Presse, insbesondere die englische, zu Anfang geneigt sein mochte, alle Gegenstöße der öffentlichen Meinung als leere Drohungen und Bluff aufzufassen, änderte sie diese ihre Stellungnahme erheblich. Auch in maßgebenden britischen Kreisen erwog man ernstlich die Gefahr einer möglichen Unterschriftverweigerung und in einem Pariser Exchange-Telegramm hieß es: Man glaubt, daß eine ernsthafte Gefahr besteht, wenn die Deutschen „Hände hoch" machen und uns sagen: „macht was ihr wollt!"

Geht man jedoch der Frage auf den Grund, welche konkreten Bedingungen die Ablehnung des Friedensvertrages hervorrufen würden, so erhält man kein klares Bild, weil die Regierung noch überhaupt kein einheitliches Programm aufgestellt hat, wie sie sich die Umsetzung der Wilsonschen Forderungen in die Wirklichkeit denkt. Es bleibt in der Regel bei dem allgemeinen Festhalten an dem Wilsonprogramm, sofern nicht ein Einzelfall, wie die von Frankreich geplante Regelung der Saargebietsfrage, Veranlassung gibt, die Stellungnahme zu diesem einzelnen Punkte zu präzisieren. Ganz besonders gilt dies hinsichtlich der polnischen Frage, oder besser ausgedrückt, hinsichtlich des Schicksals der Ostmark. Nur ganz allmählich brachen sich hier bestimmte Anschauungen Bahn, die ihrerseits aber nur in Allgemeinheiten schwebten, ohne in bestimmt abgegrenzten Vorschlägen zu endigen. Gänzlich verschwommen war ja noch die diesbezügliche Wendung in der Programmrede des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 14. Februar. Auf die Frage, sollen wir die Ostmark behalten oder welchen Teil sollen wir abtreten, ist noch keine Antwort erfolgt, so daß aus diesem Grunde dem Volke die Möglichkeit der Beurteilung fehlt, wann der Grenzpunkt erreicht werden wird, der die Regierung und die Nationalversammlung zur Ablehnung der Unterschrift zwingen muß.

Die bekannte und berüchtigte Stelle in der Rede Erzbergers vom 24. März vor dem Reichsverband Ostschutz, in der es heißt „Das deutsche Volk kann und wird einen Frieden, der mit der Annexion von Danzig, Westpreußen und eines Teiles Oberschlesiens belastet wird, nicht unterzeichnen", läßt Posen gänzlich außer acht und ist vor dem dadurch hervorgerufenen Entrüstungssturm für die weitere Bewertung dieser Frage gegenstandslos geworden.

In folgendem wird eine aus der Presse geschöpfte Übersicht gegeben:

1. Allgemeine Regierungserklärungen:

Ministerpräsident Scheidemann in der Rede vom 10. April vor der Nationalversammlung:

„..... die Treue zu uns selbst. Ihr Gebot zwingt uns zur unerschütterlichen Wahrung derjenigen deutschen Lebensinteressen, ohne die weder ein nationales noch ein staatliches Dasein möglich ist. Jede Verpflichtung, die dagegen verstieße, wäre von uns unerfüllbar."

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, ebenda am 10. April, bei dem Hinweis darauf, daß das Wilsonprogramm die Grundlage des Friedens bilden müsse:

„Einen Frieden, der sich von dieser Grundlage in einem wesentlichen Punkte entfernt, können wir nicht unterzeichnen."

Der Präsident der Preußischen Landesversammlung am 11. April, Leinert: „Daher ist der Friede auf unserer Seite nicht zu schließen mit Vertretern irgendwelcher Interessen, die dem Volke fremd sind, sondern der Friede ist zu schließen mit dem ganzen deutschen Volke. Darum wollen wir unserer Volksregierung sagen, daß sie nur einen Frieden schließen darf, der uns die Sicherheit bietet, daß alle Hindernisse der Volksversöhnung beseitigt werden. Stellen wir aber dies Verlangen, so verpflichtet uns das auch, die Regierung aufzufordern, keiner Bedingung des Friedens zuzustimmen, die unser Dasein, unser Leben gefährdet ... Unsere Regierung darf niemals ihre Zustimmung zu einem Gewaltfrieden geben, der Deutsche unter die Fremdherrschaft anderer bringt."

Der Reichspräsident Ebert in der Osterbotschaft am 15. April: „Ich begrüße diese Kundgebung" — der Nationalversammlung vom 10. April — „als das Be-

kenntnis des unbeugsamen Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Friede ein Friede dauernder Verständigung und Versöhnung sein soll."

Zu beachten ist der Ausdruck „ich begrüße". Eine bestimmte Festlegung der Reichsregierung ist damit vermieden.

Reichsminister Erzberger vor dem Friedensausschuß der Nationalversammlung am 22. April:

„Die Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, wie er in dem Notenwechsel mit Wilson dargelegt ist."

Der Reichspräsident zu einem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse":

„Weder die jetzige noch irgend eine deutsche Regierung würde ein Frieden unterzeichnen können, der den vierzehn Punkten wiederspräche."

Die Regierungserklärungen gehen über Allgemeinheiten nicht hinaus.

2. Der von dem sozialdemokratischen Flügel der Koalitionsregierung inspirierte „Vorwärts":

Nr. 193 vom 15. April, bei dem Bekanntwerden der französischen Wünsche hinsichtlich des Saargebietes und der enormen Kriegsentschädigung:

„Nein!

Die Entente ist im Irrtum, wenn sie glaubt, daß es irgend eine deutsche Regierung gäbe, die solche Friedensbedingungen unterschreiben könnte. Wollen die gegenwärtigen Machthaber von drüben sie durchführen, so werden sie die Sache selber in die Hand nehmen müssen. Sie müssen sehen, wie sie mit den Bewohnern des Saargebiets fertig werden, die deutsch sind und deutsch bleiben wollen, und sie mögen selber erfahren, daß die in Vorschlag gebrachten Beträge von uns nicht hereinzubekommen sind, selbst wenn man uns das letzte zerrissene Bettuch unter dem Leibe und die letzten Stiefel von den Füßen zieht.

Die Entente kann diese Friedensbedingungen durchführen, wie gesagt, wenn sie es kann. Aber keiner deutschen Regierung würde man zumuten zu erklären, daß dies ein Rechtsfrieden sei, auf den sich Europas dauernde Ruhe gründen könne, und daß dies überhaupt ein durchführbarer Vertrag sei. Denn das wäre eine Erklärung wider besseres Wissen, und man soll die deutsche Politik, von der man vor der Revolution sagte, daß sie unehrlich sei, nicht nach der Revolution zu einer Erklärung zwingen wollen. die nicht ehrlich sein könnte. Wenn wir schon ganz zugrunde gehen sollen, so wollen wir es lieber in Aufrichtigkeit und Ehre als in Lüge und Schande tun."

Bezieht sich dieser Artikel nur auf einen bestimmten Ausschnitt aus dem Friedensprogramm, so ist nachstehender Auszug aus dem Artikel vom 22. April Nr. 203 allgemeiner:

„Wenn die deutsche Regierung ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erkennen läßt, so tut sie das in dem Bewußtsein, daß der Frieden ohne schwere Opfer für das deutsche Volk nicht zu erreichen ist. Sie ist bereit, Gebiete aufzugeben, deren Bevölkerung ein Verbleiben im politischen Machtbereich des alten Reiches nicht wünscht, und sie ist bereit, finanzielle Verpflichtungen zur Wiederherstellung der kriegsverwüsteten Gebiete im Westen zu übernehmen.

Was wir Sozialdemokraten vom Frieden verlangen, läßt sich kurz so ausdrücken: Wir verlangen einen Frieden, der es uns ermöglicht, künftige Revanchegelüste erfolgreich zu bekämpfen. Das wird aber nur der Fall sein, wenn nicht deutsches Gebiet wider seinen Willen unter fremde Herrschaft gebracht wird, und wenn dem deutschen Volk nicht Lasten auferlegt werden, unter denen es zusammenbrechen muß. Ein Frieden, der das Selbstbestimmungsrecht achtet und die Grenzen physischer Leistungsfähigkeit respektiert, muß das Verhandlungsziel sein. Ob es erreicht werden kann, muß sich erst bei den Verhandlungen zeigen. Daß es ohne sie unerreichbar bleibt, ist von vornherein gewiß."

Hier wird auch auf die Frage der Ostmark, wenn auch nicht den Worten nach, eingegangen, jedoch ohne eine bestimmte Lösung zu zeigen, zumal nicht der Weg gewiesen wird, den Umfang des Verzichtes mit der Forderung auf Erhaltung deutscher Gebiete zu vereinigen.

3. Äußerungen von Staatsmännern, auch Regierungsvertretern, Abgeordneten, in der Presse:

Freiherr von Richthofen, Mitglied der Nationalversammlung, in seinem Artikel „Die letzte Entscheidung", „Berliner Tageblatt" vom 16. März:

„Nach wie vor sind wir bereit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker den fremdsprachigen Elementen in unserem Vaterlande im weitesten Umfange zu gewähren. Eine Vergewaltigung Deutscher, sei es im Osten oder Westen, ist aber damit unvereinbar. Die Entente kann sie vielleicht militärisch erzwingen, unsere Zustimmung zu einem solchen Verbrechen an der lebendigen Menschheit wie an der Zukunft der Völker Europas wird sie nicht erhalten. . . .

Stehen aber die Forderungen der Entente mit den von ihnen selbst beim Waffenstillstand übernommenen Verpflichtungen im Widerspruch, so wird sich die Regierung zu Fortsetzung der Verhandlungen für nicht kompetent erklären müssen. Sie wird hiervon der Nationalversammlung Mitteilung zu machen haben und die Nationalversammlung kann entweder den von der Entente vorgeschriebenen Frieden als unannehmbar bezeichnen oder ihn einer Volksabstimmung unterbreiten. Das Volk selbst muß dann entscheiden, welches das schwere Schicksal sein soll, das es sich wählt. Es wäre vielleicht gut, wenn die deutsche Regierung die Ententestaaten über diesen Sachverhalt nicht im unklaren lassen würde."

Reichsminister Dernburg, „Berliner Tageblatt" vom 23. März, Artikel „Was wir nicht unterschreiben!"

„Das deutsche Volk wird sich die Mimicry, die jede Eingebung der Furcht, jedes Gelüst nach Macht und Rache den Wilsonschen Punkten anfärbt, nicht gefallen lassen, und es wird keinen Frieden unterschreiben, der nicht jene unparteiische Gerechtigkeit, Versöhnung und Aussicht auf Dauer verspricht, wie es uns unterm 27. September 1918 von Wilson zugesichert worden ist. Insbesondere werden wir nicht unterschreiben einen Frieden, der nicht als Haupt- und Schlußstück einen Völkerbund enthält, und zwar einen Völkerbund, in den Deutschland von vornherein als ein gleichberechtigtes Glied aufgenommen ist, (Punkt 3 und 4 vom 27. September 1918), einen Völkerbund, der die Regelung der internationalen Beziehungen unter die Garantie der friedenschließenden Völker stellt, und sie loslöst von Geheimdiplomatie und Kabinettspolitik, die die Pariser Verhandlungen heute beherrschen. Die Sicherung des Friedens der Welt muß in diesem Völkerbund verankert sein, dem Deutschland aufrichtig und ernsthaft angehören will. Dann bedarf es weder militärischer noch territorialer Sicherungen, und so werden wir auch keinen Frieden unterschreiben, der deutsches Land annektiert und deutsche Gebietsteile unter Sonderrecht stellt. Wir können keinen Frieden unterschreiben, der die Frage des Gebietsstandes „anders als auf der Grundlage freier Zustimmung der unmittelbar beteiligten Völker, nicht aber auf der Grundlage des nationalen Interesses der anderen Staaten erstrebt." (Punkt 2 vom 4. Juli 1918.) Was das Saargebiet anbetrifft, sind die dortigen Deutschen, was die Provinzen Posen und Westpreußen anbetrifft, deren Einwohnerschaft die unmittelbar beteiligten Völker und nicht etwa die Franzosen und Polen. Einen Frieden, der anders bestimmt, werden wir nicht unterschreiben."

Reichsschatzminister Gothein, „Berliner Tageblatt" vom 23. April, Artikel: „Welchen Frieden können wir annehmen?"

„Keine deutsche Regierung kann einem Frieden zustimmen, der nicht eine loyale Auslegung der Wilsonschen Friedenspunkte bringt. Zu ihnen haben sich die Gegner und haben wir uns verpflichtet. Nur im Vertrauen auf sie haben wir uns den furchtbar harten Waffenstillstandsbedingungen unterworfen. Das

deutsche Volk müsse sich belogen und betrogen fühlen, wenn man ihm jetzt weiteres zumutete. In den sieben Monaten seit dem Waffenstillstandsangebot hat Deutschland Unsagbares gelitten. Aber es kann keinen Frieden auf sich nehmen, der ihm Unmögliches zumutet. Ein solcher würde der Regierung, würde der Nationalversammlung den Rückhalt im Volke nehmen, würde den Sieg des Bolschewismus, den Untergang der europäischen Kultur bedeuten."

Bezüglich Posens wurde vorher gesagt: „Nirgends im Osten Deutschlands gibt es Gebiete, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind. Deutsche Kultur herrscht in ihnen; was dort geschaffen ist, ist deutscher Geistesarbeit zu danken. Auch die jetzt außerhalb der Demarkationslinie liegenden Teile Posens sind zum guten Teil überwiegend deutsch. Aus dem Zusammenhang mit Deutschland gerissen, würden sie aufs schwerste leiden, würden sie in jenen Zustand der Unkultur zurücksinken, in dem sich die weitesten Teile Polens und Galiziens befinden."

4. Öffentliche Reden:

Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau am 12. März:

„Die Reichsregierung stellt sich strikt auf den Standpunkt, daß für die kommenden Friedensverhandlungen lediglich die vierzehn Punkte Wilsons die Richtschnur zu bilden haben."

Fehrenbach, Präsident der Nationalversammlung, am 25. April:

„Wir werden auch nicht einen Frieden unterzeichnen, der das Saargebiet den Feinden ausliefert und Danzig den Polen zuspricht!"

(Und wir fügen hinzu: auch Posen!)

Minister des Innern Heine, Versammlung des Reichsverbandes Ostschutz am 27. April: „Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 203 vom 28. April:

„Unsere Friedensunterhändler sind nach Paris bestellt. Sie müssen wissen, daß der Wille des Volkes hinter ihnen steht. Deshalb ist es gut, wenn jetzt überall im deutschen Lande man sich klar macht, was man tut und was für Pflichten man übernehmen kann, was möglich und was unmöglich ist. Wenn wir heute gegen die bekannten Pläne der Feinde protestieren, so wollen wir bei ihnen nicht um Gnade betteln. Wir sind geschlagene Männer, wollen uns aber nicht betragen wie verprügelte Kinder. Auch wir Deutschen haben unser nationales Recht. Darum protestieren wir, daß Danzig und Westpreußen den Polen zugeteilt werden soll, daß man das Saargebiet abreißen und das linksrheinische Gebiet unter französische Herrschaft bringen will. Was Posen betrifft, so ist es die deutsche Arbeit, die die Grenze zu ziehen hat, nicht alte Dokumente, weder die von der dritten Teilung Polens noch von der ersten Schlacht bei Tannenberg. Wo deutsche Kultur und Arbeit den Ausschlag gibt, ist das Land deutsch."

Der Reichsverband Ostschutz nahm darauf folgende Entschließung an:

„Die heutige vom Reichsverband Ostschutz nach dem Palasttheater in Berlin einberufene von Tausenden von Personen ohne Unterschied der Partei besuchte Versammlung protestiert angesichts der bevorstehenden Friedensverhandlungen mit größter Entschiedenheit gegen jede Zerstückelung Deutschlands. Sie fordert einen Frieden der Gerechtigkeit und Verständigung gemäß den Richtlinien des Präsidenten Wilson und verlangt das Selbstbestimmungsrecht in unseren zweisprachigen Grenzmarken auch für die Deutschen. Die Versammlung weist mit Entrüstung besonders die übertriebenen Ansprüche des Polentums auf die deutschen Ostgrenzen zurück, da ihre Verwirklichung etwa drei Millionen deutscher Kulturpioniere unter das Joch der Fremdherrschaft beugen und sie kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Verelendung preisgeben würden. Wie Danzig eine rein deutsche Stadt und Westpreußen überwiegend deutsch ist, so sind auch in Posen und Oberschlesien deutscher Besitz, deutsche Bildung und deutsche Schaffenskraft von überwiegender Bedeutung. Deutschland könnte den Verlust von Gebieten, in denen das deutsche

Volk nach kultureller und wirtschaftlicher Leistung das Übergewicht besitzt, niemals verschmerzen. Darum erheben wir im Interesse nicht nur Deutschlands, sondern auch zum Heile der Menschheit, das einen Dauerfrieden erfordert, unsere Stimme gegen jede Zerstückelung Deutschlands und für einen gerechten Verständigungsfrieden."

Schlußfolgerung:

Volk und Regierung sind sich darin einig, daß die Verweigerung der Unterschrift als letztes Mittel in ernsthafte Erwägung gezogen werden muß, um das deutsche Volk vor sicherem Untergang zu bewahren.

Besteht die Entente auf einem Diktatfrieden, so hat die Ablehnung schon aus rein formalen Gründen allein durch die Regierung zu erfolgen. — („Preußische Zeitung" vom 28. April.) — Soll ein Gewaltfriede nach Wahrung der Verhandlungsform aufgezwungen werden, so trifft die Nationalversammlung die Pflicht, die Unterschrift der Delegierten zu verweigern oder aber die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung unmittelbar dem Volke selbst (Volksabstimmung, Referendum) zu überlassen. Das Volk soll sich dabei nicht durch bange Rücksicht auf nahe Gefahren und noch weniger durch Zuflüsterungen von der Gegenseite irremachen lassen. Wenn der englische Arbeiterführer Henderson jetzt das deutsche Volk dringlichst ersucht, rasch einen Frieden um jeden Preis zu schließen, um sich erstens vor der Selbstvernichtung durch den Bolschewismus zu retten und um zweitens sich eine spätere Revision des Friedens durch die internationale Demokratie zu sichern, so ist das bestellte Arbeit.

Siehe seine Ausführungen: Die Unterzeichnung des Pariser Friedens würde von selbst die Aufhebung der Blockade mit sich bringen. Wenn der Friede von den Deutschen nicht unterzeichnet würde und in Deutschland der Bolschewismus mit seinen unvermeidlichen Folgen käme, so würde das für Deutschland selbst und für die ganze Welt ein Verhängnis sein. Es sei für die Deutschen besser, einen unbefriedigenden Frieden anzunehmen, als durch Ablehnung der Friedensbedingungen einen Zustand heraufzubeschwören, dessen Wirkung sich nicht absehen lassen würde. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages würden die Deutschen den Arbeitern in den Ententeländern eine wirkliche Waffe für eine energische Aktion zugunsten Deutschlands in die Hände geben, und sie würde als der beste Beweis dafür betrachtet werden, daß man in Deutschland wirklich radikal mit der Vergangenheit gebrochen hat und entschlossen ist, sich ehrlich an der Neugestaltung der Welt zu beteiligen. Ein rascher Friede sei augenblicklich von so überragender Bedeutung, daß daneben alle anderen Erwägungen in den Hintergrund treten müßten.

Der „Vorwärts" Nr. 214 vom 28. April, Artikel „Die Suche nach dem Frieden" hat sich von diesen Argumenten schon halb gewinnen lassen, wie sich aus nachstehendem Auszug ergibt:

„Ein Frieden der Gewalt, mag er unterzeichnet werden oder nicht, wird aber auf keinen Fall der Frieden sein, den die Welt haben will. Auch er wird nichts anderes sein als Krieg, in dem gerade nur nicht oder noch nicht geschossen wird. Der wirkliche Frieden liegt erst weit hinter diesem unheilvollen Zustand, wer weiß wo?

Wir wollen einen ehrlichen Frieden unterzeichnen, und sind bereit, tragbare Lasten, die aus ihm entspringen, auf uns zu nehmen, wir wollen nur nicht gezwungen werden, einen Scheinfrieden, einen unerfüllbaren Vertrag zu unterschreiben, handeln zu müssen, wie leichtsinnige Kavaliere, die alles versprechen, was sie nicht halten können.

Möge es der deutschen Delegation gelingen, für diesen Standpunkt in der Welt Verständnis zu werben.

Die Frage, ob es zur Unterzeichnung kommen wird oder nicht, ist die große Frage eines tragischen Augenblicks. Wert und Haltbarkeit des abzuschließenden Vertrages werden aber nicht davon abhängen, was unter ihn geschrieben, sondern

was in ihn hineingeschrieben wird. Verträge, die gegen Vernunft und Möglichkeit verstoßen, werden durch die Macht der Tatsachen wieder umgestoßen werden. Unterschriften, durch die sich ein Volk zur Selbstvernichtung verpflichtet, wird die Geschichte auslöschen und das Volk wird weiter leben. Unterzeichnen? nicht unterzeichnen? Den kürzesten, schmerzlosesten Weg zum wirklichen Frieden zu suchen, der ja doch kommen muß, weil die Menschheit ohne ihn nicht mehr leben kann, daß ist die verantwortungsvolle Aufgabe der deutschen Friedensdelegation und der deutschen Regierung in den kommenden entscheidungsschweren Tagen."

Die Wiedergabe der Hendersonschen Äußerungen und der anscheinend völlig davon unabhängige soeben zitierte Vorwärtsartikel finden sich in der gleichen Nummer auf der gleichen Seite. Unmerklich schwenkt der „Vorwärts" um und verbirgt in der äußeren Verschiedenheit der Beweisführung die Absicht, für den Hendersonschen Gedanken zu werben. Beide drücken, nur mit anderen Worten, denselben Gedanken aus: Unterzeichnen! Es ist kein endgültiger Friede (Scheinfriede), die Arbeiterschaft in den Ententeländern (die Macht der Tatsachen) hätte eine energische Waffe zugunsten Deutschlands (stößt Verträge gegen Vernunft und Möglichkeit um)! Ein gefährliches Spiel, bei dem ein unsicherer Wechsel auf ungewisse Möglichkeiten gegen die ganze Zukunft der Nation eingesetzt wird! Die mögliche Revision eines einmal unterzeichneten Friedens durch die „Macht der Tatsachen" (eine andere Ausdrucksweise als der Einflüsterer Henderson anwandte) liegt in so nebelweiter Ferne, daß das deutsche Volk sich doch lieber die Frage vorlegen wird, ob unter den Vertrag die Unterschrift gesetzt werden soll oder nicht.

Den Kern der Sache trifft die „Frankfurter Zeitung" — Nr. 238 vom 22. April — die jede Rücksichtnahme auf etwaige Druckmittel der Entente bei Unterschriftsverweigerung zurückweist und erklärt: „Aber unsere Auffassung vom Frieden darf durch solche Erwägungen nicht bestimmt werden. Wir haben nur zu überlegen, ob der uns zugedachte Friede uns nicht in eine noch schlimmere Versklavung bringen wird und ob die Ablehnung nicht doch das kleinere von zwei Übeln ist. Es stehen in der Tat die größten Dinge für uns auf dem Spiel. Ob wir so oder so zugrunde gehen, kann uns gleichgültig sein. Es gibt Dinge, die ein großes Volk einfach nicht annimmt. Auf Verhandlungen sich einlassen, heißt dann schon von Anfang an sich auf den abschüssigen Weg begeben!"

Zum südwestdeutschen Problem

Von Studienrat Dr. M. Eimer

In der zweiten Hälfte des April haben in fünf Ländern und Landschaften — in Württemberg, Baden, Hohenzollern, dem bayrischen Schwaben und Vorarlberg — bedeutsame Kundgebungen stattgefunden, die sich mit einer politischen Neugestaltung im alten schwäbischen Lande, das den Bodensee in nördlich gerichtetem Bogen umschließt, befassen. Es handelt sich um die Wiedervereinigung der im Laufe der Zeit politisch von einander getrennten Bestandteile des alten Herzogtums Schwaben, nun, wo die durch dynastische Gegebenheiten gestalteten Grenzen der süddeutschen Länder nicht mehr die Berechtigung und die Bedeutung haben, welche sie besaßen, solange jene von Fürstenkronen überstrahlt waren.

Der Name Schwaben und die Bezeichnung schwäbisch ist von allen den genannten Gebieten besonders von Württemberg mit Beschlag belegt worden, seitdem zu dem altwürttembergischen Besitzstand unter Napoleons Schützling, König Friedrich, die zahlreichen Reichsstädte, unmittelbaren Klöster, reichsfreien Grafschaften und Ritterstände hinzugekommen waren, die noch heute als Ober-

schwaben bezeichnet werden, während der Begriff „Niederschwaben" nicht geläufig ist. Der Name Schwaben besteht ferner fort in dem bayrischen Kreise „Schwaben und Neuburg" mit den Städten Augsburg, Nördlingen, Memmingen, Kempten, Lindau. Die Hohenzollern dagegen bezeichnen sich, obschon sie „schwäbisch" sprechen, jedenfalls politisch als Hohenzollern, und in Baden ist der Begriff des Schwäbischen vollkommen verschwunden, bzw. gänzlich dem Württembergischen überlassen worden. Der Schwarzwälder und der Bewohner der oberbadischen Rheinebene bezeichnet sich im Gegensatz dazu als Alemannen. In Vorarlberg vollends denkt kein Mensch daran, ein Schwabe sein zu sollen.

Trotzdem hat, wie gesagt, der Gedanke Wurzel geschlagen, die altschwäbische Gemeinsamkeit wiederaufleben zu lassen; ja, es gibt sogar in der alemannischen Schweiz Leute, welche ihm Interesse entgegenbringen.

Ausgegangen ist die Propaganda von Württemberg und hat dort auch schon wiederholt in der Landesversammlung warme Befürwortung gefunden. Baden folgte zögernd; aber trotz mehrfacher Einsprüche (z. B. von seiten der Freiburger Handelskammer) hat das Regierungsorgan, die „Karlsruher Zeitung", Stellung dazu genommen, mit der Bemerkung, daß die Sache „eine gewisse Aufmerksamkeit verdiene" und daß die Behandlung in der Öffentlichkeit „nützlich" erscheine. In Hohenzollern ist der Kommunallandtag zu einem förmlichen Beschluß in der Frage gekommen, unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Grafen Brühl. Man stimmte zu, daß Hohenzollern „sich dem Zustandekommen einer Republik Schwaben" nicht werde „entziehen" können; daß „an sich kein Anlaß" vorliege, sich von Preußen zu trennen; daß „das Volk gehört werden" solle. In Bayrisch Schwaben hat die Stadt Memmingen offen den Wunsch ausgesprochen, an Württemberg zu kommen; ebenso ist Neu-Ulm für den Anschluß an den Nachbarn. Vorarlberg ist zunächst für Anschluß an die Schweiz. Die Schweiz hat sich jedoch wenig „eroberungslustig" gezeigt und bestimmte Bedingungen gestellt. Sollte es nicht zur Einigung kommen, so steht auch Vorarlberg dem Gedanken, sich einem neuen Schwaben anzuschließen, geneigt gegenüber.

So liegen die Dinge heute (Ende April). Man scheint sie in Norddeutschland mit einem gewissen Mißtrauen zu betrachten und in diesem Stammeserwachen eine separatistische Bewegung sehen zu wollen, wie sie leider im Rheinland und, was den Bestand Preußens betrifft, in Hannover vorliegt. Von Separatismus kann man im alten Schwaben aber nur im Hinblick auf den bayrischen Kreis und auf Hohenzollern sprechen, indem dadurch Bayern und Preußen angetastet werden. Im Ganzen genommen handelt es sich um eine Einheitsbewegung, die das Reich als solches nicht absichtlich schädigend berührt, sondern im Gegenteil den Zielen derjenigen entspricht, die auch eine Zusammenlegung der thüringischen Kleinstaaten unter Einschluß von Erfurt oder die Schaffung eines rheinfränkischen und mainfränkischen Staatsgebildes befürworten.

Freilich hat die Gründung eines südwestlichen Freistaats Schwaben einen Haken. Das ist die stammliche Gestaltung Badens, das aus zwei ziemlich gleich großen Hälften besteht, von denen die eine fränkisch, die andere alemannisch (= schwäbisch) ist. Die fränkische Hälfte mit Mannheim und Heidelberg empfindet ihre Stammesart ebenso deutlich, wie man sie seinerseits in Württemberg verspürt. Aber die fränkische Stammesart neigt nicht nach Süden, sondern in die Rheinpfalz hinüber. Daher wird der Plan, Württemberg und Baden, so wie sie sind einfach mit einander zu vereinigen, hier empfindlich durchkreuzt, und andererseits läßt das badische Staatsgefühl den Gedanken einer Teilung nicht zu. Man ist deshalb auch auf den Gedanken gekommen, dem eigentlichen Schwaben nebst Nordbaden auch die Pfalz anzugliedern. Dies geht über das Stammesproblem natürlich weit hinaus und kann nur mit wirtschaftlicher Begründung empfohlen werden, um es überhaupt zur Besprechung zu bringen.

Es ist aber interessant, daß dies gerade von württembergischer Seite geschehen ist. Denn damit fallen alle Gründe, die sonst gegen eine politische „Gleichmacherei" in Deutschland (im einheitlichen Sinne) erhoben werden, plötzlich

in Nichts zusammen: Der Rheinpfälzer ist „ein ganz anderer Mensch" als der Schwabe, und doch liebäugelt man gerade in Stuttgart, wo man so stark wie sonst nirgends auf die Eigenart bedacht ist, damit, auch diese so ganz anders geartete Bevölkerung in das neue „Schwaben" einzubeziehen. Freilich müßte dann der Name „Schwaben" fallen, und es droht in diesem Falle die höchst ungünstige Bezeichnung „südwestdeutsche Republik", — eine Bezeichnung, die namentlich für die adjektivische Anwendung sehr vom Übel wäre und sich niemals im Winkel am Ofen einbürgern würde. Und das ist doch sehr wünschenswert für eine vaterländische Bezeichnung.

Auf alle Fälle sieht man aus dem Gesagten wohl zweierlei: erstens, daß der Stein ins Rollen gekommen ist, daß er aber noch etwas stark hin und her springt; und zweitens, daß sogar hartnäckig partikularistisch veranlagte Länder in Deutschland ihre sonst so zäh festgehaltenen Grenzen und Grundsätze leicht preisgeben, wenn neuzeitliche Interessen auf dem Spiele stehen.

Das eigentümliche an der Sache ist nämlich, daß die private Bewegung, die den Gedanken in die Presse brachte, und die von Ulm ausgeht, ein so stark romantisches und gefühlsmäßiges Gepräge hat, daß man ursprünglich einen „Reichsstand" Schwaben (jetzt: „Reichsland") schaffen wollte und ein „Schwabenkapitel" begründet hat, dem die Anhänger der Idee beitreten; daß aber aus dieser romantischen Bewegung eine selbständige wirtschaftliche geworden ist, die dann auch allein praktisch werbend weiterwirken kann.

Wenn Memmingen für Anschluß an Württemberg ist, so kommt es daher, daß der Kreis Schwaben und Neuburg von Bayern, namentlich verkehrstechnisch, sehr stiefmütterlich behandelt worden ist. Wenn Vorarlberg, nächst den Anschluß an die Schweiz, den an Schwaben (nicht aber an Bayern) plant, so ist das im Absatz seiner Alpenwirtschafts- und Stickereiprodukte begründet, für welche Schwaben — aus eigenem Mangel an dergleichen — günstig liegt. Wenn man im nördlichen Baden nicht flammenden Einspruch gegen den Gedanken, schwäbisch werden zu sollen, erhebt, so ist es der Neckarfluß mit seiner Mündung bei Mannheim, der das Wunder zuwege bringt; und wenn man in Württemberg ganz besonders den Badenern „flattiert" — die man sonst nicht gerade sehr dringend umwarb —, so sind es neben dem Neckar auch der Rhein und die Donau (bei Tuttlingen), und die damit zusammenhängenden sehr wichtigen materiellen Interessen, die den Wunsch beflügeln helfen — abgesehen natürlich von dem schmeichelhaften Moment, dem lieben Namen Schwaben weitere Grenzen und aufs neue einen guten Klang in der Welt geben zu können und Stuttgart als Hauptstadt eines so viel größeren Landes zu besitzen. Die Einbußen, die Karlsruhe erleiden würde, sind denn auch ein besonderer Gegengrund für Baden, während die beiden Grenzstädte Rottweil (Württemberg) und Pforzheim (Baden) sich bezeichnenderweise für den Zusammenschluß einsetzen.

Sehr interessant aber ist es, ebenfalls aus wirtschaftlichen Gründen erkennen zu dürfen, daß die viel bedauerten „Mußpreußen" im Hohenzollernschen gar nicht so eifrig dabei sind, das preußische „Joch" abzuschütteln und sich den württembergischen Stammesbrüdern anzuschließen, wie man das in und um Stuttgart anfangs angenommen hatte. Auch hier sind wirtschaftliche Gründe maßgebend: der Kommunallandtag hat erklärt — ein Unikum in unserem Deutschland von heute! — daß die Finanzlage des Ländchens „vorzüglich" sei. Preußen kann stolz hierauf sein. Dies Zeugnis widerlegt vieles von dem, was man sonst gegen die „Unfähigkeit" Preußens zur Kolonisation und gegen seine moralische Werbefähigkeit zu sagen pflegt. Das Geheimnis ist nämlich, daß Hohenzollern sehr reichlich von Preußen bedacht wird, so daß sogar die Steuern in diesem Gebiet nicht so drückend sind, wie sie es z. B. dann wären, wenn Hohenzollern an Württemberg käme!

Die ganze Bewegung ist also lehrreich insofern, als wirtschaftliche Interessen angefangen haben, einen ganz ungemeinen politischen Wert in Deutschland zu bekommen. Dies ist für die Zukunftsentwicklung Deutschlands vielver-

sprechend. Die alten Grenzpfähle werden ganz von selbst fallen. Eisenbahnen, Flußläufe, Industriebezirke, Elektrizitätsquellen, Kanäle, Kohlenlager werden über alle die kleinlichen Bedenken schließlich siegen, die es heute noch bei so vielen für ausgeschlossen erscheinen lassen, daß die jetzt bestehenden, geschichtlich gewordenen Grenzen, die uns soviel Übles im Innern bereiten, verschwinden könnten und jeder dennoch seine Eigenart behält.

Trotzdem aber kommt man um eine politische Erwägung bei der Betrachtung des südwestlichen Problems nicht herum. Ich sagte schon, daß es sich keineswegs um eine „separatistische" Bewegung handelt. Aber eine andere Frage ist es, ob die Wirkung eines neuen südwestdeutschen Staatsgebildes nicht Separatismus erzeugen könnte. Zwischen Bayern und Württemberg bestehen leider so überaus wenig sympathisierende Fühlungs- und Berührungspunkte, daß man, zumal wenn das neue Schwaben sich auf Kosten Bayerns begründen sollte, von einem engeren Anschluß und damit von einer süddeutschen Koalition nicht mehr zu befürchten hätte, als man heute schon davon zu verspüren hat, wenn die Minister der süddeutschen Staaten sich zusammensetzen und gegen die Zentralisation konspirieren und protestieren. Überdies liegt es durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß Bayern in seiner heutigen Gestalt nicht mehr lange besteht, daß sich vielmehr ein mainfränkisches Gebilde davon ablöst.

Aber wenn neben einem großen Bayern auch ein großes Schwaben bestände, so läge gerade hierin an und für sich wohl weniger etwas Bedenkliches im gesamtdeutschen Interesse, als wenn sich ein solches Schwaben, entlang der französischen Grenze, bis gegen die Saar hin erstrecken sollte, d h., wenn auch die Rheinpfalz mit einbezogen würde. Dann wäre die ursprüngliche Parole: Vereinigung alles in Deutschland gelegenen Altschwäbischen hinfällig, diese Parole, der man gewiß sympathisch gegenüberstehen darf, da sie Gefühlswerte hat, die alle Förderung verdienen.

Geht man aber allzuweit darüber hinaus, so bekommt die Sache ein anderes Gesicht. Mit dem Fallenlassen des Stammesgedankens entsteht ein süddeutsches Problem gegen alles übrige Deutsche, und — es sei wiederholt — entlang der französischen Grenze. Erst dieser Tage hat sich das „badische Volksheer" konstituiert; erst dieser Tage wieder ist in Württemberg von den A.- und S.-Räten verlangt worden, daß die militärischen Sondervorrechte Württembergs in vollem Umfange gewahrt bleiben sollen. Wird sich ein neues Schwaben herbeilassen, diesen Partikularismus aufzugeben? Wird nicht eine Regierung, die in Stuttgart über ein erheblich größeres Gebiet verfügt als heute, noch weit partikularistischer sein? Wird sie nicht erst recht vom Größenwahn erfaßt werden und glauben, nun erst recht gegen alles „Norddeutsche", was der Inbegriff des Unheils und des Übels ist, Front machen zu müssen? Wird die Bevölkerung hierdurch nicht immer aufs neue mißerzogen, von der deutschen Sache weggeleitet und auf unüberlegtes Sympathisieren mit anderen Nachbarn hingelenkt werden? Man sage nicht, daß diese Bemerkung beleidigende Schwarzseherei sei! Im Jahre 1918 war im Südwesten in breiten Schichten das alte, verdammenswerte Wort: „Lieber französisch als preußisch!" wieder so geläufig wie je.

Es soll nicht behauptet werden, daß diejenigen, welche das Problem staatsmännisch durchdenken, bewußt darauf abzielen, ein süddeutsches Gegengewicht gegen „Preußen" zu schaffen. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß eine solche Lagerung entstehen möchte, die noch weit betrüblichere Ergebnisse haben könnte, als die Ministerkonferenzen der süddeutschen Staaten sie im gesamtdeutschen Sinne und im Sinne des Fortschritts zur wahren Einheit zu haben pflegen. Freilich ist ja eine Überschätzung der Bedeutung eines solchen „Schwabens" vom Arlberg bis zur Saar eben nur eine Überschätzung. Aber Bescheidenheit lehren, ist eine schwierige Sache: man denkt auch heute in Württemberg und Baden nie daran, daß diese Länder doch nur den kleinsten preußischen Provinzen an Umfang gleichkommen; man beansprucht völlige Gleichberechtigung mit dem so viel größeren Großstaat Preußen. Das neue Schwaben käme — ohne Vorarlberg und die

Pfalz — an Umfang doch immer nur etwa den beiden Provinzen Rheinland und Hessen-Nassau gleich; Preußen wäre immer noch um rund 300 000 Quadratkilometer größer!! Mit Vorarlberg und der Pfalz wäre das neue Land etwa so groß wie Posen und Westpreußen zusammengenommen. Also für Größenwahn noch kein Grund! Dennoch aber läge die Gefahr nahe, daß eine mächtige Überschätzung der eigenen Bedeutung einsetzte. Und hier gleitet unser Problem in das andere hinüber: ob die Schaffung größerer Staatsverbände in Deutschland überhaupt ratsam ist, oder ob nicht eine allgemeine Aufteilung in etwa gleich große Kulturprovinzen mit Selbstverwaltung — aber ohne Staatshoheit — die beste Lösung wäre, um die alten Übelstände und die dauernden Verstimmungen im Reich zu beseitigen. Schwaben könnte dann als Kulturprovinz ebenso blühen und befruchten, wie als Staat, und mit der durch diese Kulturprovinzen gegeschaffenen Homogenität der einzelnen Reichsbestandteile wäre der sonst nimmermehr auszugleichende und zu verwischende Übelstand beseitigt, der sich aus der Verschiedenheit der Größe und Machtmittel Preußens gegenüber den ihm verfassungsgemäß „gleichberechtigten" Kleineren ergibt und der auch in dem neuen Deutschland bei den Ansprüchen dieser Kleineren in ihrer Gesamtheit nun einmal nur Schwächung unserer Lebenskraft bedeutet.

Sollte es also zur Bildung eines größeren Schwabens kommen, so wäre damit abermals eine Gelegenheit gegeben, ernstlich an die Neugestaltung Deutschlands zu gehen, was durch Kurzsichtigkeit und Eigennutz bisher in Weimar leider vereitelt und hintertrieben worden ist.

Der Jenaer Parteitag der Deutschen Volkspartei

Von Dr. Karl Buchheim

Die Novemberrevolution hat das alte Parteiwesen Deutschlands zwar nicht völlig aufgelöst, aber doch stark erschüttert. Vor allem ist mit dem Bismarckschen Reichsbau auch die „Partei der Reichsgründung", die Nationalliberale Partei verschwunden. Als die demokratische Sammeltrompete in Berlin geblasen wurde, haben sich viele Nationalliberale der Deutschen demokratischen Partei angeschlossen und den heterogenen Elementen dieses Lagers, das Dreiviertelssozialisten neben Manchestermännern und den Stimmführern des Börsenliberalismus umfaßt, noch ein neues hinzugefügt Ein noch größerer Teil der alten Nationalliberalen ist aber zu der ziemlich verspätet gegründeten Deutschen Volkspartei gegangen, die zwischen den größeren Parteien in Weimar und im Preußenparlament ja etwas über zwanzig Sitze errungen hat und außerdem in den Landesvertretungen wenigstens einiger Bundesstaaten kleine Fraktionen hat bilden können. Es ist kein Zweifel, daß die Erfolge dort errungen wurden, wo die alten nationalliberalen Organisationen zur Volkspartei übergegangen sind. Was die Volkspartei augenblicklich hat, verdankt sie größtenteils dem nationalliberalen Erbe. Und so hat dann auch der erste Parteitag, der am 12. und 13. April in Jena stattgefunden hat, deutlich genug betont, daß man sich als Nachfolger der Nationalliberalen fühle. Es lagen sogar Anträge vor, die den alten Namen wieder hergestellt wissen wollten. Aber sie sind mit gutem Grunde abgelehnt worden. Daß trotzdem einige Redner mit einer gewissen Absichtlichkeit ihre nationalliberale Farbe hervorhoben, wird man alten Parteiveteranen nicht allzusehr verdenken. Auch Professor Kahl betonte in seiner Eröffnungsansprache, die Partei habe nur ein neues Gewand übergezogen; der Geist sei der alte geblieben. Kahl dachte dabei, wie aus seinen Worten hervorging, hauptsächlich an den Geist der Pietät gegen das Kaisertum und den Bismarck-

schen Reichsgedanken, weit weniger an den spezifisch nationalliberalen Parteigeist. Dieser kann nicht erhalten bleiben, sonst müßte die Volkspartei unrettbar in den Sumpf geraten. Denn der nationalliberale Geist hat abgewirtschaftet, so gründlich, daß er nicht wieder kommen kann. Wir können nicht an die abgerissenen, zerzausten Fäden von gestern anknüpfen.

Abgewirtschaftet hat der Geist der nationalliberalen Fraktion des ehemaligen preußischen Dreiklassenlandtags, der gerade vor einem Jahre, am 1. Mai 1918, durch den Mund des Abgeordneten Dr. Lohmann der Angst vor dem gleichen Wahlrecht Ausdruck gab. Diese Leute haben damals den Namen Nationalliberal für unsere heutige nachrevolutionäre Zeit unheilbar kompromittiert, nicht weil es an sich ein Verbrechen wäre, nicht für das gleiche Wahlrecht zu schwärmen, sondern weil es eine böse staatsmännische Blamage ist, ein halbes Jahr vor einer Revolution, deren größtes Übel das gleiche Wahlrecht gewiß nicht ist, die Schrecken dieses Wahlrechts derart an die Wand zu malen. Ach hätten wir doch weiter keine Schrecken erlebt, als sie damals Herr Dr. Lohmann glaubte bannen zu müssen! Was nun ferner die eigentliche Kriegspolitik der Nationalliberalen anlangt, so wird man gewiß gern zugestehen, daß sie patriotisch war. Aber ein richtiges Urteil über die uns zur Verfügung stehenden Kräfte, besonders wieviel unsere moralischen Kräfte noch auszuhalten vermochten, hat sie nicht gehabt. Diese so recht eigentlich staatsmännische Gabe, die die Deutsche Volkspartei mit Recht sowohl an den Vertretern der alten Regierung wie an den Führern der Revolution vermißt, die hat Herr Dr. Stresemann bis jetzt auch nicht bewiesen, der früher der Führer der Nationalliberalen war, und den die Volkspartei jetzt wieder auf den Schild erhoben hat. Herr Dr. Stresemann hat auf dem Jenaer Parteitag eine wirklich glänzende Programmrede gehalten. Doch braucht der glänzende Redner noch kein Staatsmann zu sein, wie unter anderm Scheidemann beweist. Staatsmännische Fähigkeiten hat Herr Stresemann erst noch kundzutun. Nur wenn er sie besitzt, hat die Deutsche Volkspartei Aussicht, unter seiner Führung eine große Partei zu werden. Herr Stresemann gab in Jena seiner Bewunderung für Clemenceau Ausdruck. So wie der französische Ministerpräsident mit rücksichtsloser Faust alle Defaitisten niedergehalten, und wie er, als die deutschen Kanonen gegen Paris donnerten und die französisch-englische Front bei Amiens wankte, mit eiserner Stirn in der französischen Kammer gesagt habe, es stehe alles gut, so hätte auch der deutsche Politiker noch vierundzwanzig Stunden vor dem Zusammenbruch behaupten müssen, der Sieg sei sicher. Aber Stresemann irrt, wenn er glaubt, der deutsche Politiker sei in derselben Lage gewesen, wie Clemenceau. Dieser wußte, daß die amerikanischen Reserven nahe waren. Er wußte, daß seine Suggestion nur über einen schwierigen Augenblick hinwegzuhelfen brauchte. Das deutsche Volk aber hatte keine fremde Hilfe zu erwarten, es hätte die Kräfte zum weiteren Widerstande ganz aus sich allein nehmen müssen. Solche Kräfte aber erzeugt man nicht durch Suggestion und eiserne Stirn, sondern allein durch die sittliche Macht der Wahrheit. Im Sommer 1918 war der Augenblick da, wo alle gefärbten Berichte über unsere Lage endgültig aufhörten, staatsmännisch zu sein, wo man dem Volke den Abgrund hätte zeigen müssen, vor dem es stand, im festen Vertrauen darauf, daß die Wahrheit allein unsere Kraft noch einmal stählen konnte, wenn das Volk wirklich noch sittliche Qualitäten besaß. Dergleichen hat Herr Stresemann auf der Tribüne des Reichstags nicht gesagt, und in der Lage Clemenceaus, wie er anscheinend glaubte, war der deutsche Politiker nicht.

Stresemann hat in Jena versucht, die unmittelbare Schuld am Zusammenbruch in erster Linie der unverzeihlichen Schwäche des Prinzen Max von Baden aufzubürden. Ich glaube aber nicht, daß die Geschichte einst, wenn sie Schuldige im fürstlichen Purpur suchen sollte, gerade diesen Erben der Zähringer Krone allein verantwortlich machen wird, weil er als letzter Reichskanzler an der formell verantwortlichen Stelle stand. Die Verantwortung verteilt sich auf viel zahlreichere Schultern. Auch der Nationalliberalismus hat sie mit zu tragen. Stresemann sagte in Jena mit Recht, der Liberalismus hätte selbst rechtzeitig die Führung bei

der Durchsetzung der demokratischen Reformen übernehmen müssen. Ein Sturm der Entrüstung im nationalliberalen Bürgertum hätte Herrn Dr. Lohmann seine kurzsichtige Politik im preußischen Abgeordnetenhaus unmöglich machen müssen. Diesen Sturm der Entrüstung hat Herr Dr. Stresemann nicht entfacht Viel hat der Nationalliberalismus versäumt in der politischen Erziehung des Bürgertums und vor allem der gebildeten Jugend. Mit Recht konnte Stresemann unter dem Beifall des Parteitags feststellen, daß vor der Revolution der Arbeiter in der Sozialdemokratie wahrhaftig weit besser politisch geschult gewesen sei, als der bürgerliche Akademiker. Man kann die Deutsche Volkspartei von Herzen dazu beglückwünschen, wenn sie entschlossen ist, auf diesem Gebiete ganz andere Arbeit zu leisten, als vordem die Nationalliberalen. Die Kleinarbeit von Mund zu Mund bringt die besten Erfolge. Es gilt also, jedes einzelne Parteimitglied so zu disziplinieren und mit Kenntnissen auszurüsten, daß es überall zum freiwilligen Propagandisten der Parteisache wird. Diese Schulung ist die Hauptarbeit der Ortsgruppen.

So hätte der Parteitag der Volkspartei meines Erachtens guten Grund gehabt, etwas stärker von der alten nationalliberalen Politik abzurücken, als er es getan hat. Aber man darf eben nicht verkennen, daß die Partei heute noch fast ausschließlich auf den Resten der nationalliberalen Organisation ruht. Noch stehen meistens altnationalliberale Politiker an der Spitze und haben natürlich das begreifliche Bedürfnis, ihre Sache zu rechtfertigen. Dem Tieferblickenden wurde auch auf diesem Parteitag klar, daß die Volkspartei doch jetzt schon weit breitere Kreise umfaßt als die Reste der alten Nationalliberalen. Mit dem Ausbau der neuen Parteiorganisation werden sie immer stärker zur Geltung kommen. Auch der großen Programmrede Stresemanns muß man nachrühmen, daß sie nicht lediglich rückwärts schaute, sondern auch neue Bahnen zu weisen verstand.

Was die Frage der Staatsform anlangt, so gibt die Deutsche Volkspartei zweifellos der Monarchie vor der Republik den Vorzug. Professor Kahl sprach das Wort von der „Partei der Kaisertreuen" und meinte damit, daß man entschlossen sei, sich zu den großen Überlieferungen des Kaiserlichen Deutschland zu bekennen. Dr. Stresemann rechtfertigte die Monarchie aus historischen Gründen, und um der Sozialpolitik willen. Kein republikanischer Präsident wird die Möglichkeit haben, so unparteiisch über den Klassen und Wirtschaftsverbänden zu stehen, wie das ein Monarch kann, wenn er will. Dazu kommen nun alle die Gefühlsgründe, die dem deutschen Volke bisher die Monarchie teuer gemacht haben. Trotzdem sprach sich Stresemann für die Republik aus. Die Wiedereinführung der Monarchie würde nur durch neuen Umsturz möglich sein, meinte er, und dieser müßte auf alle Fälle vermieden werden. Diese Begründung des Republikanertums mutet freilich etwas schwächlich an. Eine starke Partei muß rücksichtslos sagen, welche Staatsform sie für die richtige hält. Auf gewaltsamen Umsturz braucht sie deswegen nicht hinzuarbeiten. Sie wird glauben, daß ihre Zeit reif werden wird. Die Volkspartei sollte also dieses Argument für die Republik lieber zu Hause lassen. Imponieren wird sie damit niemandem. Ganz anderes Gewicht hat das zweite: Großdeutschland, die Vereinigung mit unsern österreichischen Brüdern ist, wie die Geschichte gezeigt hat, nur unter republikanischer Staatsform möglich. Jede Wiederherstellung der deutschen Monarchien müßte auch die Rivalität zwischen Hohenzollern und Habsburg wieder herstellen. Gerade die nationalistischen Kreise in Österreich wünschen die Wiederkehr der Monarchie nicht, weil sie die dynastische Politik der Habsburger, die das deutsche Volk verraten hat, nicht wiederhaben wollen. Auch vom reichsdeutschen Standpunkte darf man hinzufügen, daß es ein Segen ist, wenn die Republik endlich mit der Kleinstaaterei aufräumt, was unter den Dynastien nie möglich gewesen wäre.

Am allererfreulichsten ist es, daß man von dem Parteitag den Eindruck mitnehmen konnte, daß die Deutsche Volkspartei nicht lediglich eine Schutztruppe der Schlotbarone und Kapitalisten sein will. Alles Manchestertum hat Stresemann mit klaren Worten abgelehnt. Man müsse die Individual- und Staatswirtschaft

in gesunder Weise mischen. Gegenwärtig, wo wir so notwendig die Initiative des Unternehmers brauchen, führe der Staatsbetrieb nicht aus dem Zusammenbruch heraus. Der Staat solle froh sein, wenn er im Arbeitskampfe jetzt nicht Partei zu sein brauche, sondern Schiedsrichter sein könne. Das Reich soll zum Mitbesitzer an allen Unternehmungen gemacht werden. Der bolschewistische Gedanke der Räte könne für unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik fruchtbar gemacht werden. In der Tat hat man ja auch auf konservativer Seite bereits entdeckt, daß der Gedanke der Räte alte konservative ständische Prinzipien wieder erneuert. Aus den Räten, meinte Stresemann, könne leicht ein Wirtschafts- und Sozialparlament aufgebaut werden, das die politischen Parteien von der Tyrannien der Interessengruppen ein gut Stück befreie und dem gesetzgebenden politischen Parlament entscheidende Vorarbeit leisten könne. Und der Abgeordnete Dr. Heinze fügte hinzu: man dürfe sich vor dem Rätegedanken nicht deswegen bekreuzigen, weil er von den Bolschewisten stamme, sondern man müsse das Brauchbare nehmen, woher es auch komme. Das ist ein Grundsatz, den die Volkspartei unserem doktrinären gebildeten Bürgertum nur ja recht einschärfen soll! Ein Debatteredner trat sogar für die Übertragung der politischen Macht an ein aus Räten zusammengesetztes ständisches Parlament ein. Er blieb mit dieser Meinung vereinzelt. Aber man merkt, wie der ständische Gedanke von rechts her wieder das Haupt erhebt, sobald, wie wir es jetzt erleben, die parlamentarische Demokratie von links her leidenschaftlich angefochten wird.

Nach alledem hat die Deutsche Volkspartei sehr wohl das Zeug dazu, dahin zu wirken, daß der bürgerliche Liberalismus nicht bei reaktionären kapitalistischen Anschauungen stehen bleibt, sondern daß sie ihm ein neues Programm schafft, das Werbekraft für die Zukunft hat. Es gilt aus dem kapitalistischen Zeitalter zu retten das Gute, was es gebracht hat, vor allem die Initiative des Unternehmers und die Energie der Produktion. Bald werden die weitesten Volkskreise nach einer Partei rufen, die gewillt ist, dem sozialdemokratischen Ansturm auf diese Güter entgegenzutreten. Es gilt aber weiter auch, die Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen, Formen zu finden, in denen das werktätige Volk ein Mitbestimmungsrecht über die Ausnutzung des deutschen Bodens und seiner Schätze wie über die Erzeugnisse der industriellen Verarbeitung bekommt. Hier muß die Volkspartei sozialistischen Gedanken weiten Raum geben. Wahrscheinlich werden in den nächsten Jahren Hunderttausende oder Millionen Hände in der industriellen Produktion überflüssig werden, weil uns die Rohstoffzufuhr stark beschnitten bleiben wird. Wenn diese Millionen nicht zur Auswanderung getrieben werden sollen, müssen sie auf dem Lande untergebracht werden. Der Jenaer Parteitag hat sich in richtiger Erkenntnis, daß schnelles Eingreifen hier nottut, für energische Siedelungspolitik und Bodenreform erklärt.

Leider ist die Aussicht äußerst gering, daß es gelingen wird, wirkliche Massen aus den überfüllten Städten hinaus aufs Land zu bringen. Die Massen haben keine Lust; die sittlichen Voraussetzungen für die Freude am bäuerlichen Dasein, das auf die Genüsse der Großstadt verzichten muß, fehlen ihnen. Aber wenn auch jetzt von den Erwachsenen Hunderttausende ins Ausland abwanderten, so könnte man doch wenigstens die heranwachsende Generation zu einer erneuerten Sittlichkeit zu erziehen suchen. Das wird freilich nur möglich sein bei einer gleichzeitigen Erneuerung der religiösen Weltanschauung in den städtischen Massen, und diese wieder ist solange unmöglich, als nicht die Gebildeten sich entschließen, die religiöse Bedeutung ihres eigenen Verhältnisses zur Kirche viel ernster zu nehmen. Die kirchliche Autorität bei den Massen muß versagen, wenn die Gebildeten sie für sich nicht gelten lassen. Wie will man aber ohne religiöse und sittliche Autorität die Massen erziehen! Das Kulturprogramm der Deutschen Volkspartei ist schön und gut. Aber wenn man die verhältnismäßig gleichgültige Zustimmung, die diese Programmpunkte fanden, mit dem stürmischen Beifall vergleicht, der sonstigen Kraftstellen der Redner zuteil wurde, dann muß man fürchten, daß der materialistische Geist der Zeit auch in der Volkspartei noch

manchmal sein Wesen treiben wird. In diesem Geiste wird sich aber die erhoffte Erneuerung Deutschlands nicht vollziehen können. Die Deutsche Volkspartei sollte christlich-soziale Gedanken in ihr Programm aufnehmen. Ein Aufsatz der „Deutschen Stimmen“ (1919 Nr. 12) aus den Kreisen badischer Parteifreunde, der ein Weltanschauungs- und Grundsatzprogramm für die Volkspartei verlangt, weist der Partei die Vertretung der liberalen Prinzipien zu, trennt aber von diesen ausdrücklich die christlichen ab. Ich würde vielmehr der Meinung sein, daß das Programm die liberalen mit den christlich-sozialen Grundsätzen verbinden müßte. Liberalismus und Christentum teilen gegenüber der Lehre von der Omnipotenz des objektiven Geistes, wie sie der extreme Nationalismus und Sozialismus gemein haben, die Überzeugung, daß die Persönlichkeit und die Menschenseele mehr wert sind als alle Kollektiva des sozialen Lebens. Der Liberalismus sollte sich nur vom christlichen Geiste seine kapitalistische Selbstsucht und seine individualistische Kälte kurieren lassen.

Geistige Typen

Von Dr. Julius Schultz

In seinem reichen und feinen Buche „Persönlichkeit und Weltanschauung“ [1]) stellt Richard Müller-Freienfels zwei Gemälde nebeneinander: Millets Sämann und dessen Nachbildung von Van Gogh: eine Nachbildung bis in die letzte Einzelheit; und dennoch in jeder Linie verschieden vom Urbild! „Die stillen, unbewegten Farbflächen, durch die Millet den Acker wiedergibt, werden bei Van Gogh zu einer in flackernder Unruhe schräg hinlodernden Flucht. Der Himmel wird zum unruhigen Tanz von Strichen um das Haupt des schreitenden Mannes. Der Körnersack, bei Millet wenig gegliedert, löst sich in durcheinanderquirlende Linien. Alles bis zu den Umrissen des Hutes und der Kleidung wird Bewegung, Unruhe, Hast“. Das Auge dreht sich, die Nase verzieht sich, der Mund krampft sich, der Arm wirbelt, die Finger krallen sich, die Beine werden leicht.

Zwei Denker haben dieselbe Erscheinung vor sich: das Wunder des Lebendigen. Was erklärt das tiefste Rätsel der Körperwelt? Ein besonderer Bauplan im kleinsten, antwortet der eine; jedes winzigste Teilchen der organischen Substanz ist ein künstliches Maschinchen; aus dem naturgesetzlichen Zusammenspiel der vielen Dauerarchitekturen ergeben sich die Lebensphänomene als Zusammensetzungen unsagbar vieler mechanischer Elemente. — Nein!, so antwortet der andere. Vielmehr arbeitet eine eigenartige Macht auf einen formlosen Stoff los; nicht auf den Bau kommt es an: in der Aktivität steckt das Geheimnis! Nicht das Sein einer Gestalt, sondern das Wirken einer Kraft erzeugt die lebendigen Prozesse. Nicht Maschinentheorie, sondern Vitalismus!

Wer von beiden hat recht? Die Tatsachen lassen sich mit beiden Ansichten gleich wohl vereinigen. Die innerste Neigung hat entschieden. Der Vitalist ist wie sein malerischer Bruder Van Gogh „dynamisch“, der Mechanist „statisch“ beanlagt. „Es handelt sich bei diesem Gegensatz um den Grad der Bewegtheit des Erlebens. Manchen Menschen erscheinen alle Wahrnehmungen als ruhend, ihre Vorstellungen fügen sich zu festen Bildern, ihr Denken läßt sie die Welt als

[1]) Leipzig, Teubner 1919, XII. u. 274 S., geh. 6 M., geb. 7,50 M. nebst Teuerungszuschlag.

etwas Substantielles begreifen; das ist der Typus der Statiker. Ihm gegenüber finden wir Menschen, die jede Wahrnehmung als belebt, bewegt, handelnd erleben; selbst tatsächlich ruhende Gegenstände erscheinen ihnen in potentieller . . . Bewegung; ihre Fantasie und ihr Denken lassen ihnen die ganze Welt wie ein stürmisches Drama erscheinen. . . . Ich bezeichne diesen Typus als Dynamiker." Ein Gegensatz, der die ganze Weltentwicklung illustriert! Denn das antike und mittelalterliche Ahnen und Sinnen war überwiegend statisch; im sechzehnten und siebenzehnten Jahrhundert aber setzte die ungeheure dynamische Flut ein, die noch unser heutiges Wesen und Treiben mitspült. Die Werkzeugkultur lebt statisch, die Maschinenkultur dynamisch: so darf man's ausdrücken. Der Kapitalismus begann; das Geld, vor der Zeit der Amsterdamer Bank ein in Truhen schlafender, in Bauschönheit und Genuß umgesetzter Hort, wird zum Mittel unbegrenzter Selbstvermehrung; es wird „angelegt", es bekommt raffende Arme, es gewinnt verstandeswache Kräfte: aus der Wirtschaft statischer Zirkulation wird eine solche schrankenloser Steigerung; erst ein sozialistischer Zukunftsstaat könnte uns zu neuer Statik der Produktion und Verteilung führen. — Gleichzeitig aber gerät die Kunst und Poesie in den Wirbel vorher unerhörter Bewegung. Das flackernde Lichtgeflimmer Rembrandts und Rubens blutpulsende Muskeln: wie ferne lag das sogar noch dem hellenistischen Altertum! Die barocke Architektur läßt Fassaden sich schwingen, biegt Giebel, rollt fließende Voluten, rüttelt die Pfeilerrahmen durch Liniendoppelung in Vibration! — Bei Shakespeare zum ersten Male bricht jener moderne Lebenssturm in die Poesie herein, der jeden Nerv der dramatischen Gestalten zittern macht und uns jedes Raunen in ihren Herzkammern hören läßt: gegenüber Hamlet und Kleopatra, Falstaff und Prinz Heinz erscheinen noch die wärmsten Menschen des Aeschylos und Euripides maskenhaft, starr, eben „statisch" gesehen. — Abermals gleichzeitig beginnt die Erde sich zu bewegen; und die Mathematik führt den Begriff der Fluxion ins stille Reich der Linien und Zahlen ein; damit ermöglicht sie die moderne dynamische Physik. Und während die griechische Philosophie die „Ideen" ewigen Seins zum Kanon der Wahrheit sich wählte, zielt die neue Wissenschaft nach den „Gesetzen" des Geschehens. — Wie steht es nun? Sind die dynamischen Naturen immer die späten? Also daß Hellas, wenn es lange genug gelebt hätte, auch noch seiner statischen Art entwachsen wäre? Oder ist die Dynamik vielmehr Germanenart? Wer die wildverschlungene Ornamentik unsrer frühen Vorfahren mit den stillen Mäandern und Eierstäben der Griechen vergleicht, die zackentolle, himmelstürmende Gotik mit den heiteren Tempeln der Olympier: möchte eher für die zweite Annahme sich entscheiden.

* * *

Kurt Breysig zeigt, daß seit dem Beginne germanischer Bautätigkeit die verhältnismäßige Höhe der Kirchenschiffe beständig zunahm, bis in der großen Gotik das Maximum erreicht wurde. So reckt der Deutsche auch seine Domtürme und Burgen in die Wolken. Das ist der Drang ins abgründige Blau, ins Grenzenlose. Er drückt sich mathematisch in der Infinitesimalrechnung der Germanen Newton und Leibniz aus, philosophisch in Leibniz' Monadenlehre; in seinen Phantasien von Weltunendlichkeiten noch im Atom. Derselbe Sturm braust im Faust und im Peer Gynt — nie hätte griechische oder romanische Phantasie solche Segler ins Unbegrenzte ersonnen! Aber auch in den zahllosen Lichtübergängen der Niederländer und der modernen Impressionisten lebt dieser Zug, der uns deutsche Wanderer nach weiten Meeren, nach endlosen Heiden, nach öden Gletscherwüsten reißt. Sehnsucht, jeden Bezirk zu überspringen! — Auch im alten Orient häufte man enorme Massen und rechnete mit ungeheuerlichen Zeiträumen. Aber während der Nordländer als Dynamiker über alle Schranken drängt und von ewigem Fortschritt träumt, liebt der Mensch des Ostens die ewige Ruhe; seine Pyramiden und Kolossaltempel streben nicht in Lüfte, sondern lagern sich breit und tot in statischer Starrheit. — Im Gegensatz nun zu jenem bewegten und diesem stummen Größenüberschwang umzirken Hellenen und Romanen all

ihre Gestaltungen mit bewußten Griffen; den ins Grenzlose verdämmernden treten die formenden Naturen zur Seite, den rein malerischen die bildenden. Worauf beruht der Unterschied?

Man pflegt optische, akustische und motorische Menschen zu unterscheiden — nach der Rolle, die im Geistesleben die drei Sinnesgebiete spielen. Nun entspringt alle Auffassung von Räumlichkeit, Gestalt, Rhythmus der Motorik der Sinnes- und Stimmorgane; insofern hat Müller-Freienfels völlig recht, wenn er die Formseher im Gegensatz zu den „rein visuellen" Farbengenießern als „visuell-motorisch", die Rhythmenhörer im Gegensatz zu den „rein auditorischen" Schwelgern in Klängen als „auditorisch-motorisch" bezeichnet. Doch möchte ich seine Darstellung durch die Hypothese ergänzen, daß das Bewegungsleben des Rumpfes, der Gliedmaßen, zumal aber des Adersystems selbständige Wichtigkeit für die Konstitution der Seele hat und daß die ihm entstammenden Vorstellungen bei schwächerer optischer und akustischer Anlage das Gedächtnis beherrschen können. Diesen Typ würde ich als fünften, als „rein motorischen" den vier Typen unsres Verfassers beiordnen und nun annehmen: bei starkem Vortreten der Leibesmotorik im geistigen Getriebe entwickelt sich die dynamische, bei ihrem Zurücktreten die statische Art. (Vgl. die zweifelnden Bemerkungen bei Müller-Freienfels, S. 163 f.) Bei dem statischen Schwimmer im Unendlichen spielt also die Motorik überhaupt eine geringe Rolle (Ägypter und Inder); beim statischen Formmenschen überwiegt die Motorik der Sinnes- oder Stimmorgane die des übrigen Leibes an Wichtigkeit für den Gesamtintellekt (Griechen und Romanen; Cartesius und Kant; Platen und C. F. Meyer; Marées und Hildebrand); beim dynamischen Formmenschen ist jede Art von Motorik energisch entwickelt (Shakespeare, Rubens); beim formensprengenden Dynamiker ist die Bedeutsamkeit der Ader- und sonstigen Leibesinnervationen fürs seelische Geschehen größer als die der Bewegungen der Sinnes- und Stimmorgane; diese stehen gegenüber den Eindrücken auf Netzhaut und Cortiorgan im Schatten (der eigentlich germanische Typ).

* * *

Das Trachten über alle Grenzen hinaus, äußere sich's nun in dynamisch gefühlten Kathedralen oder in der statischen Wucht von Sphinxen und Pyramiden, ist dem Sinn fürs Erhabene verwandt. Der eignet einem besonderen Typus: Müller-Freienfels charakterisiert ihn durch das Vorwalten leidender Stimmungen. Auch die Entstehung der Tragödie leitet er — im Gegensatze zu Nietzsche — aus finstern und gedrückten Seelenzuständen her. Wobei er freilich nicht leugnet, daß sich im tragischen Genuß wie im Erlebnis des Erhabenen der Geist gegen die Schwere seiner Bedrängnisse aufbäumt. Ist aber die Grundauffassung richtig?

Unser Leib mag die Probe machen. Zu einer Alpenwand emporblickend oder unter den Donnern des Rheinfalles zitternd: fühlen wir unsere Brust sich verengen, als laste ein Gewicht auf den Schulterbeinen? Oder weitet sie sich vielmehr wie in reinerer Luft? Sie weitet, sie hebt sich, die Adern klopfen stürmisch froh. Das macht, uns ist, als beginne unser eigenes schmales Ich jene Himmelhöhen zu überspannen, in dieser wilden Naturkraft mitzubrausen. So lernen wir in der Sophienkuppel schweben, in den Gewölben des Kölner Doms emporfliegen: alles Erhabene beseligt uns, indem es uns über die Kleinheit unseres Alltags und unsrer Körperlichkeit hinaushebt. Unser Irdisches verachten wir wohl angesichts des Großen, das vor uns hintritt; „wir" aber sind dann eben schon nicht mehr unser Irdisches; „wir" sind in der Phantasie dem Großen eingeschmolzen und im Gefühl der neuen Größe beglückt. Und dieser Triumph hochgemutester Einfühlung sollte einem depressiven Affekt entspringen? — Ganz ähnlich aber steht's mit dem Genuß des Tragischen, das dem Erhabenen verschwistert ist. Wir sehnen uns aus den Beschränkungen unserer Bürgerlichkeit hinweg — in ein Treiben, wo alle Leidenschaften sich austoben und alle unbändigen Knospen ihre unbändigsten Früchte bringen dürfen; anderseits fürchten die Meisten von uns sich freilich vor Folgen allzu gewagter Abenteuer (es gibt auch solche, die sich nicht

fürchten). Aber einen Tag lang freier König seines Tuns, Heros, Verbrecher, glorreicher Besiegter sein — eine Nacht lang Antonius oder Romeo — und dann käme der Morgen, und alles wäre wie sonst: reingebadet stände man wieder in seinem vertrauten, geliebten, vielgeschmähten Lebenswinkel und trüge nur die Erinnerung an das bunte Spiel mit sich herum: wer fände solche Aussicht nicht götterwürdig und köstlicher als alle Köstlichkeiten der hegenden Kultur? Gut: einen ahnungsvollen Abglanz solches Glücks schenkt uns die Bühne. Man mordet und läßt sich morden — „zum Spaß", wie Hamlet sagt. Ein Rausch der Einfühlung in das größte und vollste Erleben, das ohne den Tod undenkbar bleibt. Als der atheniſche Spießbürger anfing, grauſelnd Gelüſte nach der ſchaurigen Gottähnlichkeit des Oedipus und dem Empörertrotz des Prometheus zu ſpüren, wurde die Tragödie geboren. Ein Bocksgeſang überſchwellender Naturkraft wurde die, und wahrlich kein „Trauerſpiel". Ja! Wir Älteren ſitzen als artiſtiſch geſtimmte Kritiker im Parkett; aber denken wir an unſere Frühjugend! Wie mächtig atmeten wir da, wie ſpannten ſich unſere Sehnen, wie glühten unſere Wangen, wenn wir nach „Wallenſteins Tod" oder Lears Sturmnächten heimwärts ſchritten, von unſren Süchten und Kulturplagen „gereinigt"! — Nein, es verhält ſich eher ſo. Die Düſterniſſe des Lebens, die den Menſchen des gedrückten Typs traurig ſtimmen, ſtimmen den des gehobenen Typs trotzig; und wenn er obendrein äſthetiſch fühlt, „tragiſch"; und die übergewaltigen Eindrücke der Natur und der Kunſt, die den Zaghaften niederpreſſen, geben dem Hochfliegenden den Genuß des Erhabenen. Das ſchließt gar nicht aus, daß ein Pyramidenerbauer Erhabenes türmen konnte mit der Abſicht, das Gewimmel der Verängſteten in den Staub zu drücken; aber denen waren dann die ſteinernen Berge nicht „erhaben", ſondern nur ſchreckhaft; „erhaben" wirken ſie auf uns. Und daß auch Verſchüchterte ſich der Kunſtform der Tragödie bedienen, iſt natürlich; aber dann kommen jene quälenden Werke peinlicher Zerrung und müder Reſignation heraus, die eben den echten „tragiſchen" Eindruck nicht hinterlaſſen. „Einſame Menſchen" oder „Monna Vanna"!

* * *

Da hätten wir drei gegenſätzliche Paare von Perſönlichkeit-Typen: den gedrückten und den gehobenen, den auditiven und den optiſchen (und wiederum: den rein auditiven oder optiſchen und den ſenſomotoriſchen), endlich den ſtatiſchen und den dynamiſchen (oder allgemein motoriſchen) Menſchen. Müller-Freienfels gibt ſolcher Gegenſätze noch mehr: da ſteht dem Aggreſſiven der Sympathiſchfühlende, dem Erotiker der Frigide, dem Objektiven der Subjektive, dem Spezielldenker der Typendenker gegenüber; als einen beſonders wichtigen Kontraſt möchte ich den des Schauenden und des Tätigen anreihen. Aber worauf läuft die ganze Typik hinaus?

Auf einen allen philoſophiſchen Streit ſchlichtenden Relativismus. Den zu begründen, hat Müller-Freienfels ſein geiſtvolles und geiſtaufregendes Buch geſchrieben.

Jedermann weiß, daß über alle Probleme der Metaphyſik, Ethik, Äſthetik ohne Entſcheidung von Thales Zeit bis auf die unſre diskutiert worden iſt. Wie ſtellen wir uns zu dieſer ſeltſamen Tatſache! — Die einen erklären, ihre eigne Meinung ſei dennoch die endgültig richtige; wer dagegen anzubellen wage, ſei einfach auf veralteten Standpunkten zurückgeblieben und verſtocke ſich in längſtwiderlegten Irrtümern. Sonderbar nur: nach einem Weilchen, ſagen wir zehn Jahren oder ſo etwas, iſt die „veraltete" Meinung wieder modern und die „endgültig richtige" gilt als „veraltet". So hat der „Vitalismus" in der erſten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts geherrſcht und iſt jetzt wieder beliebt; die Mechaniſtik machte in der Zwiſchenzeit allein ſelig. Hegels Geſchichtsauffaſſung und die naturwiſſenſchaftliche löſten einander etwa in den gleichen Zeiträumen ab. In der Metaphyſik folgten einander als Regenten: Kant, Fichte, Hegel, Schopenhauer; dann fing es in den ſechziger oder ſiebenziger Jahren wieder mit dem echten Kant an; bei Hegel ſtehen wir heute glücklich wieder; und ich zweifle nicht, daß wir bald einen neuen Sturz der neuen Hegelei erleben werden. In Poeſie und

Kunst wechseln Perioden des Idealismus mit naturalistischen ab; ja, der rohe Expressionismus der Wilden kommt heute wieder zu Ehren. Und jede Richtung hält sich für die allein privilegierte. Also nun: woher nimmt noch ein Dogmatiker den Mut zu dem fröhlichen Glauben, er, gerade er habe den Stein der Weisen gefunden? — Somit ist überhaupt keine Weltanschauung berechtigt, schließt ein Skeptiker. Der belächelt alle Philosophie als leere Träumerei und wirft sich ausschließlich auf die strenge Wissenschaft; bei der Beurteilung von Kunstwerken lehnt er jeden kritischen Maßstab ab, der nicht technisches Können mißt; im übrigen gilt alles, was gefällt! Man gibt seinen Eindruck wieder — und fertig! Ein Gesetzbuch irgendwelcher Art erkennt solch ein Richter nicht an. — Diese Stellungnahme jedoch befriedigt beschauliche Gemüter nicht; an denen nagt der Wunsch, irgendwelche Ergebnisse ihres Sinnens zu finden; und vielleicht beruhigt sie der Dritte, der Eklektiker. Wenn man's in der Philosophie machte wie in der Politik? Man vermittele doch die Extreme! Man rühre sich aus Energetik und Mechanistik, aus Fortschrittsglauben und materialistischer Geschichtsauffassung, aus Freiheitslehre und Determinismus, ein halbdeutliches Gemisch zusammen und taufe dieses Einerseits-Anderseits-Ragout „endgültige Wahrheit"! — Aber das sind allezeit die Matten, Lahmen, Schiefen, die den Geistesfrieden auf mittleren Linien herstellen wollen; klare und tiefe Denker verabscheuen halbe Lösungen.

Was bleibt übrig? Müller-Freienfels sagt es uns.

Die Gegensätze der Weltanschauung werden dauern, solange über die Welt gedacht wird; darin hat der Skeptiker recht. Aber es gibt nicht beliebig viele mögliche Weltanschauungen, sondern eine beschränkte Anzahl; jede von ihnen ist einem besonderen Naturell auf den Leib geschnitten und wurzelt in den Tiefen der besonderen Persönlichkeiten. Gelingt es nun, die Fülle der Persönlichkeiten unter bestimmte Typen zu ordnen, so ordnen sich damit automatisch auch die ersinnlichen Weltanschauungen. Sie zu mengen, hat keinen Wert; wohl aber behält es Wichtigkeit, eine jede von ihnen immer wieder neu auszusinnen und in ihren Tiefen zu durchdenken. Denn für jede bleibt das Bedürfnis wach, solange es Vertreter des ihr entsprechenden Temperamentes gibt. Und da die Wissenschaft fortschreitet und jede Durchführung eines Systems also bald veraltet, muß jedes alle Menschenalter einmal aufs neue wohnlich gemacht werden. Leibniz hätte um 1850 nicht mehr vertreten können, was er um 1700 schrieb; da goß Lotze den Leibnizianismus um und schuf so den für seine Zeit überaus bedeutsamen „Mikrokosmus". Die leibnizische Auffassung von den Dingen lebt auch heute weiter; aber der „Mikrokosmus" genügt nicht mehr ganz unseren Forderungen; es ist vielleicht Zeit, von der Warte unserer Tage her eine abermals veränderte Vedute aufzunehmen. So will Spinoza gegenwärtig in junger Form auferstehen; Kant läßt sich als Platoniker betrachten, Hegel als Plotiniker; und so weiter. Nicht daß alle Persönlichkeiten zu einer Ansicht sich vereinigen, sondern daß für jeden Typ von Denkern eine festumrissene, restlos klare, sauber modellierte Philosophie immer wieder geschaffen werde: das ist unser Verlangen. Die Gesamtheit der reinlichen Systeme gibt dann, sich ergänzend, die menschliche „Wahrheit" — wie die farbigen Strahlen zusammen das Weiß geben, das auch kein Mittellicht zwischen Rot und Grün und Blau darstellt. So sollen auch die Künstler nicht ihr Eigenstes brechen lassen, um die Vorzüge von wer weiß wie vielen Schulen zu vereinigen; sondern jeder male, meißle, dichte in seiner besonderst Manier; dann hängt neben Raffael Rembrandt, neben Böcklin Liebermann; und daß wir Fritz Reuter neben Friedrich Hebbel haben und Liliencron neben Eichendorff, macht uns reich. Nicht Versöhnung, sondern Überspannung der Gegensätze: das ist Müller-Freienfels' „Relativismus".

* * *

Dieser Relativismus lehrt Toleranz und weist uns an, durch Genuß gegensätzlicher Wahrheiten und Schönheiten unsre Seele zu bereichern; zugleich aber läßt er uns ein tiefstes psychisches Geheimnis ahnen.

Jeder von uns hegt, sich selber unbewußt, vererbte oder anerzogene Gewohnheiten auf Eindrücke zu reagieren; sie äußern sich in Bewegungen und Mienen, im Atemholen und im Lachen, in der Art, wie wir unsre Kleider tragen und wie wir unsre Geräte anfassen, aber ebensogut im Schauen und im Lauschen, im Träumen und im Denken, im Konstruieren und im künstlerischen Gestalten. Es ist derselbe Wesenszug, der dem gebildeten Hellenen jene ruhige Haltung des Leibes zur Pflicht machte, wie wir sie in den Bildwerken der hohen Kunst gespiegelt finden, den schlichten Händedruck, den ernsten Mantelwurf, den stillen Blick — und der die Dichtung malerisch machte und so das „Lehrgedicht" ermöglichte, das nichts wollte, als schimmernde Bilder aufrollen, ohne Ansprüche an Handlung oder Spannung zu stellen; abermals derselbe Zug, der die Architrave feierlich auf dorischen Säulen lasten läßt und der den Schauspielern starre Larven vors zuckende Gesicht bindet; und wiederum derselbe, der das tiefste und vollste Sein in jenem gefrorenen Himmel platonischer Ideen sucht. Auf der anderen Seite gehört die flackernde Hast unserer Heinrich Mann und Max Slevogt mit unserer sausenden Vielgeschäftigkeit, mit unsren wechselnden Moden, mit unserm Gliedergezappel — und mit unsren Tangonächten zusammen. Wenn der Gott der Kunst eine gemessen sich drehende griechische Tänzerin — wie die Berliner Stele eine zeigt — mit einer heutigen Ratte vergliche, oder die „statisch" schlichte Frisur einer Tanagräerin mit dem „dynamischen" Lockengewickel einer von unsren Weltdamen: er könnte die Kunst dieser Praxiteles und Polyklet ohne weiteres in die unsrer Koryphäen „übersetzen" — wie denn der Gott der Philosophie Platons System in das des Giordano Bruno hätte verwandeln können, indem er dem Urheber die Seele eines Gotikers eingoß, oder in das Kants, indem er preußischen Drill und die nationale Gesinnung des achtzehnten Jahrhunderts an den Ilissos verpflanzte. Die Gegensätze in der Linienführung eines Karikaturenzeichners wie Daumier und eines Verklärers lenzlicher Kinderlust wie Ludwig Richter entspringen in den gleichen Schichten der Persönlichkeit wie die zwischen dem Ketzerrichter Dominicus und dem liebeatmenden heiligen Franz, der Sonne und Vögel mit dem gleichen Feuer poetisch grüßt, mit dem der deutsche Künstler seine Blümchen und Tierchen um sein unschuldiges Ringelreihengejauchze verteilt. — Daher wehen denn auch in bestimmten Zeitaltern bestimmte Winde durch alle Gebiete menschlicher Produktion. Den gotischen oder den Barockstil wird ein helles Ohr in jeder Hervorbringung ihrer Zeiten klingen hören, ganz einerlei, ob es sich um Verfassungs- oder um Palastbauten, um den Rhythmus im Wirtschaftsleben oder in der Musik, um philosophische Bilder von der Welt oder um gemalte eines kleinsten Weltausschnittes handelt.

Das Gemeinsame innerhalb eines Zeitstils, das wir alle empfinden, kann nur etwas ganz Elementares sein: denn in allem Zusammengesetzten sind ja die verschiedenen Produkte unsäglich verschieden, völlig unvergleichbar. Dem Allwissenden, Allerrechnenden würde dieses Einfachste und Entscheidende an der Bewegung irgend eines kleinen Fingers auf irgend einen Reiz hin kund; die Art, wie der Mensch sich in Bereitschaft setzt, in die Umwelt zu schreiten und zu greifen, auf ihre Griffe zu erwidern und seine Gefühle in Gesten umzusetzen: die entscheidet über seine Persönlichkeit — die macht seine Weltanschauung.

Ich habe keinen Bericht über das Buch von Müller-Freienfels gegeben; ich habe Gedanken frei ausgesponnen, die die Lektüre in mir angeregt hat. Wenn der Leser den Eindruck gewonnen hat, daß die Schrift auch in ihm Gedanken anregen wird, so schlage er sie auf und lasse sich von ihr fesseln; er wird reicher aufstehen, als er niedersaß.

Neue Bücher

Michael, W., Englands Friedensschlüsse. W. Rothschild, Berlin 1918.

Der Freiburger Historiker hat sich wohl die Nutzanwendung seiner Untersuchung anders vorgestellt, als er Mitte Oktober das Vorwort zu ihr schrieb. Trotzdem bleibt sie nach der Umwälzung — und wieder gerade in der jüngsten Gegenwart — wertvoll genug, wenn wir auch wahrscheinlich ihre Lehren nur theoretisch ad notam nehmen und trübselig bestätigen werden. Was hier ein Kenner der Materie — soeben erscheint seine groß angelegte englische Geschichte des 18. Jahrhunderts — in knappem Rahmen bietet, ist beileibe nicht etwa eine Zusammenstellung der unzähligen Friedenstraktate mit ihrem Länderschacher, dessen Varitations- und Kombinationsrechnung uns in der Schule Pein verursachte, kein nüchternerer Auszug aus Martens nüchternem „Recueil", sondern eine Geschichte des europäischen Staatensystems der neueren Zeit, zwar in engster Kompression, aber mit der günstigen Blickeinstellung vom Standpunkte der englischen Politik aus, wo man ja bekanntlich seinen Stolz darin setzte, das Zünglein an der Wage zu sein. Eine Fülle von historischen Beziehungen und Verpflechtungen, Persönlichkeiten und Situationen leuchten im Fluge durch die Jahrhunderte auf. Und die Moral? „Die Zähigkeit in der Weiterführung des Krieges, die erbarmungslose Ausnutzung des Sieges über einen völlig geschlagenen Feind, die kühle Preisgabe der Bundesgenossen, die Neigung einen oder den anderen aus dem Ring der Gegner herauszulocken, um ihn zur Sonderverhandlung oder zum Friedensschlusse zu vermögen," diese Züge treten „nirgends so oft, unverhüllt, so selbstverständlich" auf wie bei der englischen Politik. Nach einem Naturgesetz, sagt Chamberlain, wird England stets zuerst geschlagen, um am Ende um so vollständiger zu triumphieren. Dann aber soll der Gegner nicht nur überwunden werden, sondern seine Demütigung wird zum Selbstzweck. Wahrlich ein prophetisches Wort. Werden die anderen historischen Erfahrungen sich auch „naturgesetzlich" wiederholen? Der Streich von 1762, die „abscheuliche, ich kann wohl sagen niederträchtige Art", wie es der damals im Stich gelassene Preußenkönig nannte, hatte „Präzedentien": so 1674 gegenüber Frankreich, 1713 und 1748 gegenüber Österreich; was werden wir im 20. Jahrhundert erleben?

Dr. Heinrich Otto Meisner

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 30/37.

Neues über die Kriegsschuld

Die Frage der Schuld am Kriege, so sehr sie vielen im In- und Auslande schon seit dem Herbst 1914 in einem oder anderem Sinn als erledigt galt, ist in Wahrheit nie zur Ruhe gekommen, und es hat nicht den Anschein, als ob sie sobald zur Ruhe kommen sollte. Es ist nicht ohne Interesse, die Wandlungen der öffentlichen Meinung im Verhältnis zu dieser Frage sich kurz zu vergegenwärtigen. Was das Ausland betrifft, so bewirkten zu Beginn des Krieges die von Deutschland ausgehenden Kriegserklärungen, die blitzartige Schnelligkeit der deutschen Offensive und vor allem der Eindruck des Einfalles in Belgien, daß die Welt fast einstimmig Deutschland allein schuldig sprach. Die überlegene Pressetaktik der Entente hat es verstanden, dieses gefühlsmäßig entstandene Urteil durch das bekannte Mittel des „Einhämmerns" zu befestigen, und die als Kriegswerkzeug gehandhabte Propaganda hat in einem geschickt abgefaßten und verbreiteten Buche (J'accuse) die Meinung, an die die Welt glauben sollte, mit allem tatsächlichen Beweismaterial und allen logischen und dialektischen Beweismitteln eines gerissenen Advokaten so fest untermauert, daß dieser Block unzerstörbar schien. Aber alles nutzt sich ab. Die im Laufe der Jahre sich einstellende ruhigere Überlegung mußte zu der Fragestellung führen, ob denn in den Jahren vor dem Krieg bei der Entente alles so herrlich war, als sie es vorgab; die Auffindung der Berichte der belgischen Gesandten an den europäischen Höfen[1]), einige für die Entente unliebsame Enthüllungen, wie der Suchomlinowprozeß[2]) und die Veröffentlichung der Geheimverträge[3]) mußten den Köhlerglauben an den schwarzen Wolf und das weiße Schaf erschüttern. Auch das Verhalten der Entente während des Krieges hat dazu beigetragen. Heute gibt es weite Kreise in den neutralen, wie auch in den feindlichen Ländern, deren Meinung darauf hinausläuft, daß alle mehr oder weniger im gleichen Maße schuldig sind. Zwar dürfte die große Masse auch der Gebildeten, namentlich in den uns feindlichen Ländern, noch immer an eine zum mindesten überwiegende Schuld Deutschlands glauben. Bei uns in Deutschland ist die Erörterung auf der Suche nach dem eigentlichen Ausgangspunkt derjenigen außenpolitischen Entwicklung, die zum Kriege geführt hat, immer weiter in die Vergangenheit zurückgeglitten und hat erst beim Jahre 1890 Halt gemacht. Die Kündigung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland sollte an allem Unglück

[1]) Belgische Aktenstücke 1905—1914, Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, vgl. hierzu auch die neuere Veröffentlichung von Bernhard Schwertfeger, „Zur europäischen Politik 1897. 1914". Unveröffentl. Dokumente, 4 Bde. Berlin, Reimar Hobbing.

[2]) Am vollständigsten wiedergegeben in der Broschüre „Suchomlinow", Bern Ferd. Wyß.

[3]) Am vollständigsten wiedergegeben in der Broschüre „Geheimdiplomatie" von Hanson, Bern, Ferdinand Wyß.

schuld sein.[4]) Erst durch die Bücher von Otto Hamann[5]), denen sich dann Raschdau und Onken[6]) anschlossen, ist die Überschätzung des Rückversicherungsvertrages aufgedeckt und jener Anfangstermin energisch bis zu den Jahren 1896 und 1902, den Jahren der „verpaßten Gelegenheiten" einer Verständigung mit England vorgeschoben worden. Im ganzen jedenfalls zeigte die Erörterung die Neigung von der Durchforschung der verwickelten Vorgänge der eigentlichen Krise, d. h. der Zeit vom österreichischen Ultimatum bis zum Kriegsausbruch und von dem Streit um die Priorität der Mobilmachungen sich abzuwenden und den tieferen Ursachen in der Gesamtanlage der deutschen Außenpolitik nachzuspüren. Diese Tendenz ist über das eigentliche politische Gebiet hinaus zur äußersten Konsequenz getrieben in der Auffassung Walther Rathenaus, der den allgemeinen Geisteszustand Europas verantwortlich macht und den Krieg schon vor seinem Ausbruch als in Latenz tatsächlich vorhanden ansieht.[7])

So sehr diese Forderung nach den eigentlichen Ursachen der Konflagration und in ihrem Gefolge die sorgfältige Analyse der Gesamteinstellung des politischen Kurses aller am Krieg beteiligten Staaten ebenso wie der allgemeinen Geistesbeschaffenheit der Völker, die Grundlage jeder ernsthaften Behandlung der Schuldfrage sein muß, so wird die Erörterung doch immer wieder auch zur Durchquerung des dornigen Gestrüpps der Krisenzeit sich bequemen müssen. Wenn auch festgestellt sein mag, daß das System der Bündnisse und die besondere Haltung der einzelnen Staaten zum Kriege drängte, ja ihn unausbleiblich machte, daß der allgemeine Geisteszustand in Europa, besonders aber in Frankreich und Rußland seinen Ausbruch erleichterte und beschleunigte, immer wieder wird sich die Frage erheben: war nicht sein Ausbruch noch in der letzten Minute zu verhindern, hinauszuschieben, wenn auch nur für kurze Zeit, konnte nicht inzwischen eine andere Kombination oder das Wunder einer Umkehr des Weltgeistes eintreten, der die Menschheit vor diesem Fegefeuer bewahrt hätte?[8]) Zu dieser Geschichte der letzten Krisenzeit, der twelve days, wie sie in der englischen politischen Literatur genannt wird, ist nun ein dem Umfange nach knapper, aber bedeutsamer Beitrag erschienen: Die Tagebuchaufzeichnungen des deutschen Botschafters in Petersburg, Grafen Pourtalès.[9])

Das kleine Büchlein gibt sich schlicht und anspruchslos. Es wird weder eine geschlossene historische Darstellung versucht, noch die Problematik der Situationen auf-

---

[4]) Hauptsächlich vertreten von Reventlow in „Deutschlands ausw. Politik 1888 bis 1913". 8. Auflage 1917.

[5]) Zur Vorgeschichte d. Weltkrieges. Erinnerungen. 2 Bde. Berlin, Hobbing 1918.

[6]) Das alte und das neue Europa. Gotha 1917. Perthes.

[7]) Dr. Walther Rathenau, „Der Kaiser", Berlin, S. Fischer.

[8]) Zu den Gläubigen an dieses Wunder gehört selbst Sir Edward Grey, was kein unwesentliches Schlaglicht auf seinen Charakter wirft. Vgl. engl. Blaubuch Nr. 101. Sir Edward Grey an den englischen Botschafter in Berlin, Sir E. Goschen, 30. Juli . . . . . Und ich will noch dieses sagen: Wenn der europäische Friede gewahrt werden kann und die jetzige Krisis gefahrlos vorbeigeht, so wird es mein eigenes Bemühen sein, irgendein Übereinkommen hervorzurufen, an dem Deutschland teilhaben kann, durch welches es gesichert ist, daß keine aggressive oder feindliche Politik gegen Deutschland und seine Verbündeten durch Frankreich, Rußland und uns gemeinsam oder einzeln verfolgt werde. Ich habe dies gewünscht und dafür, so gut ich es konnte, während der letzten Balkankrisis gearbeitet, und da Deutschland ein entsprechendes Ziel verfolgte, sind unsere Beziehungen fühlbar bessere geworden. Der Gedanke ist bisher zu utopistisch gewesen, um den Gegenstand endgültiger Vorschläge zu bilden, aber wenn die gegenwärtige Krisis, die schärfer ist als jede, die Europa seit Generationen gekannt hat, gefahrlos vorüber ist, hoffe ich, daß die Erleichterung und die Reaktion, die darauf folgen wird, eine endgültigere Annäherung der Mächte ermöglichen wird, als es bisher möglich war.

[9]) Graf Pourtalès, „Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden". Meine letzten Verhandlungen in Petersburg, Ende Juli 1914. Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte. M. b. H. Berlin 1919.

gerollt. In aller Kürze einer nach arbeitsreichem Tag niedergeschriebenen Notiz werden lediglich die Ereignisse festgehalten und unter Verzicht auf jeden Schmuck stilistischer Aufmachung und auf jede absichtsvolle „Komposition" gesagt, was der Verfasser selbst getan hat, um den Gang der Ereignisse von seiner Seite zu beeinflussen. In dieser Schlichtheit und Sachlichkeit, die nicht anders als unbedingt ehrlich sein kann, liegt der literarische Reiz sowohl, wie der historische Wert dieser Aufzeichnungen. Sie geben die frischen, unmittelbaren Eindrücke eines Mannes, der an einem Angelpunkte stand und berufen war, handelnd einzugreifen. Sie geben deshalb so sehr viel mehr, als die meisten dicken Bücher über den behandelten Gegenstand geben können, weil sie nicht das tote Material der Noten und Telegramme reproduzieren, sondern das Leben zu fixieren suchen. Das Moment, das fast bei allen Darstellungen jener Krisis vernachlässigt wird und doch so wichtig ist, das persönliche, tritt hier in seine Rechte. Es wird fast zum ersten Male deutlich, daß es Menschen sind, die handeln, Menschen mit persönlichem Charakter, persönlichen Eigentümlichkeiten und Schwächen.

Die Figur Sasonows vor allem tritt in feiner, klarer Zeichnung hervor. Es ist das Bild eines hypernervösen, Stimmungen und Gefühlswallungen stark unterworfenen, im Grunde schwächlichen, aber gerade deshalb halsstarrigen Menschen. Schon vor der Überreichung des österreichischen Ultimatums am 21. Juli ist Sasonow „sehr erregt" über die Bedrohung Serbiens durch Österreich und lehnt den Gedanken, daß Österreich ein Recht habe, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen, „schroff" ab. Als am 24. Juli der österreichische Botschafter Sasonow das Ultimatum übergibt, nimmt er es „verhältnismäßig ruhig" entgegen. Am selben Abend aber findet ihn der deutsche Botschafter in der größten Erregung. „Seine Anklagen gegen Österreich überschritten jedes Maß". Alle Einwendungen des deutschen Botschafters tragen nur dazu bei, seine Erregung zu steigern, in die er sich immer mehr hineinredet. Am 26. findet der deutsche Botschafter Sasonow in viel versöhnlicherer Stimmung. „Herr Sasonow floß über von Beteuerungen seiner freundlichen Gesinnung und versicherte, daß er nur nach Mitteln suche, um Österreich-Ungarn die berechtigte Genugtuung zu verschaffen...." Am 27. findet der Botschafter bei Herrn Sasonow die gleiche versöhnliche Stimmung wie am vorhergehenden Tage. Er verspricht in seinem Entgegenkommen, gegen Österreich bis zur äußersten Grenze gehen und alle Mittel erschöpfen zu wollen, um die Krisis auf friedlichem Wege zu lösen. Aber schon vom nächsten Tag, dem 28. Juli, berichtet Pourtalès: „Bei Sasonow war die Stimmung plötzlich wieder ganz umgeschlagen. Ich fand ihn nachmittags in höchster Erregung, und es kam zwischen uns zu einem heftigen Auftritt. Der Minister empfing mich gleich mit den Worten, daß er jetzt unsere ganze hinterlistige Politik durchschaue, es bestehe nunmehr für ihn nicht der geringste Zweifel, daß wir die Pläne Österreich-Ungarns genau gekannt hätten, und daß man es mit einem zwischen uns und dem Wiener Kabinett abgekarteten Spiel zu tun habe." Als der deutsche Botschafter gegen dieses Benehmen entschieden Einspruch erhebt, die Unterredung abbricht und sich bei dem Unterstaatssekretär über den Zwischenfall beschwert, wird er zurückgerufen und Sasonow empfängt ihn, indem er ihm um den Hals fällt und um Entschuldigung bittet, daß er sich zu heftigen Worten hätte hinreißen lassen.

So schwankt das Barometer immer zwischen Extremen. Schroffheit und hochgradige Erregung wechseln unvermittelt und ohne wirklich sachliche Begründung in den Ereignissen mit Gefühlsweichheit. Noch bei der letzten Unterredung zwischen dem Grafen Pourtalès und Sasonow nach der Kriegserklärung fällt, als Graf Pourtalès sich von ihm verabschiedet, Sasonow ihm gerührt um den Hals und sagt: „Glauben Sie mir, wir werden Sie wiedersehen." Graf Pourtalès macht dazu die bezeichnende Bemerkung, „Herr Sasonow machte mir bei dieser letzten Unterredung einen geradezu hilflosen Eindruck, der mich in der Auffassung bestärkte, daß er in der letzten Phase der Krisis sich ganz vom Strome treiben ließ und sich zum willenlosen Werkzeug der Kriegshetzer gemacht hat."

Der ganze Kampf zwischen Pourtalès und Sasonow, der sich vom 24. Juli ab Tag für Tag und fast jedesmal mit den gleichen Argumenten und Gegenargumenten abspielt, dreht sich darum, daß Sasonow an der Forderung eines europäischen Verdikts über die serbische Angelegenheit mit absoluter Starrheit festhält, in dem Glauben, durch eine auch vor der Mobilmachung nicht zurückschreckende Festigkeit die Gegenpartei zum Nachgeben zu veranlassen, während Graf Pourtalès die verhängnisvollen Folgen einer russischen Mobilmachung voraussieht und abzuwenden versucht. Die inneren psychologischen Gründe für dieses Verhalten Sasonows gibt Graf Pourtalès in folgenden Worten wieder: „Der von diesen (den Nationalisten und Deutschenhetzern) gegen ihn gerichtete Vorwurf, daß er während des Balkankrieges Österreich-Ungarn gegenüber zu nachgiebig gewesen sei und daß ihn ein großer Teil der Schuld treffe, wenn das Schlußergebnis dieses Krieges die wahren Freunde des Slawentums enttäuscht habe, lastete sichtlich auf ihm." Auch hier das Bild eines schwachen Charakters, eines Menschen, der unter Vorwurf und Kritik seelisch leidet, weil sie seinen Ehrgeiz verletzen, und der nicht die Selbstsicherheit hat, sich darüber hinwegzusetzen. Und einige Seiten später heißt es: „Er (Sasonow) gab sich der verhängnisvollen Täuschung hin, daß Deutschland, wenn es einsehen würde, daß Rußland entschlossen sei, es dieses Mal zum äußersten kommen zu lassen, seine Verbündeten im Stiche lassen und daß auf diese Weise Rußland mit der Triple-Entente einen diplomatischen Erfolg erringen werde, der zugleich eine Vergeltung für die diplomatische Niederlage in der bosnischen Frage im Jahre 1909 sein würde." Also eine Politik des Bluffs, eines Draufgängertums, das nur auf Einschüchterung berechnet ist und keine wirkliche Kraft hinter sich hat. Vor allem aber eine Politik, der der Ernst eines starken Verantwortungsgefühls abgeht.

Sasonow erscheint somit als der Mann, der, wie man zu sagen pflegt, sich festgeblufft hat und aus der Sackgasse, in die er gerannt ist, nicht wieder heraus kann und infolgedessen in die Gewalt der Militärs und der Kriegspartei gerät. Welche Argumente bei den damit maßgebend gewordenen Persönlichkeiten durchschlagend waren, erhellt aus den folgenden Sätzen der Pourtalèsschen Broschüre: „Graf Frederickſz gab darauf zu verstehen, der Kriegsminister Suchomlinow und der Minister des Innern Maklakow hätten die Mobilmachungsorder durchgesetzt. Ersterer sei von der Angst vor Überraschungen beherrscht gewesen, während der letztere den Kaiser zu überzeugen verstanden habe, daß die innere Lage Rußlands auf eine Entscheidung dränge." Dieses Motiv der inneren Lage Rußlands ist auch in den Unterhaltungen Sasonows und Pourtalès' zweimal angeschlagen. Unter dem 29. Juli heißt es: „Er fügte hinzu: ‚Keine Regierung würde eine andere Politik führen können, ohne die Dynastie in ernste Gefahr zu bringen.'"; unter dem 30. Juli: „Bemerkenswert erscheint es, daß Sasonow bei dieser Unterredung zum zweiten Mal auf die Gefahren hinwies, die der russischen Dynastie erwachsen würden, wenn die Regierung Österreich-Ungarn gegenüber nicht festbleibe." Die alte Lehre der Geschichte, daß die innere Schwäche der Staaten die Hauptursache äußerer Kriege ist, findet sich bestätigt.

Was die tatsächlichen Vorgänge betrifft, so sind die Pourtalèsschen Aufzeichnungen besonders bedeutsam hinsichtlich dessen, was über die Entstehungsgeschichte der sogenannten Sasonowschen Formel gesagt ist. Diese Formel wird ja von der gesamten, den Standpunkt der Entente vertretenden Literatur als ein versöhnlicher Schritt Rußlands, als eine von Sasonow ausgestreckte Friedenshand hingestellt, die deutscherseits zurückgestoßen worden sei. Graf Pourtalès schildert nun seine Audienz bei Sasonow am 30. Juli, in deren Verlauf die Unterhaltung wie an allen vorangegangenen Tagen infolge der Starrheit Sasonows wieder völlig auf den toten Punkt gekommen war. Graf Pourtalès erklärte Sasonow, daß auf diese Weise Europa in den Krieg hineintreibe und fährt fort: „Mit bewegten Worten redete ich auf den Minister ein, indem ich ihm schilderte, wie fürchterlich dieser Krieg, dessen Umfang gar nicht abzusehen sei, werden würde. Es dürfe, erklärte ich, kein Mittel unversucht gelassen werden, um, wenn irgend

möglich, den bereits im Rollen befindlichen Stein noch aufzuhalten. Solange beide Seiten starr an ihrem Standpunkt festhielten, erscheine die Lage allerdings verzweifelt. Nur ein Kompromiß könne aus dieser Lage heraushelfen. Rußland habe durch die österreichisch-ungarische Erklärung die wichtige Garantie erhalten, daß das Gleichgewicht auf dem Balkan nicht gestört werden würde. In der Hauptsache sei somit auf seine berechtigten Wünsche Rücksicht genommen. Die jetzt noch vorhandene Meinungsverschiedenheit scheine mir nicht so groß, daß es deswegen zum Kriege kommen müßte. Mit einigem guten Willen beiderseits müsse sich eine Formel finden lassen, um beide Standpunkte miteinander zu versöhnen. Ich bat den Minister dringend, zu versuchen, eine solche Formel ausfindig zu machen, dabei aber nicht zu vergessen, daß er auch seinerseits Entgegenkommen zeigen müsse. Der Minister schrieb darauf folgendes auf: „Si 'Autriche en reconnaissant que son conflit avec la Serbie a assumé le caractère d'une question d'intérêt européen, se déclare prête à éliminer de son ultimatum les points qui portent atteinte aux droits souverains de la Serbie, la Russie s'engage à cesser tout préparatif militaire." [10])

Das den Tagebuchaufzeichnungen beigefügte Faksimile zeigt, daß die Formel auf einem gewöhnlichen Notizblock geschrieben worden war. Wie bekannt, enthielt die Formel selbst keinerlei Konzession von russischer Seite, sondern verharrte starr auf der Forderung eines Rückzuges Österreichs gegenüber Serbien und war daher, wie Pourtalès Sasonow sofort erklärte und Sasonow schon ohne dies selbst wissen mußte, für Österreich unannehmbar. Es ergibt sich also als historische Wahrheit, daß am 30. Juli der deutsche Botschafter in Petersburg mit allem Nachdruck auf die Formulierung eines beiderseits gangbaren Kompromisses drängte, daß die russische Regierung diesem Drängen auswich, indem sie eine Formel vorschlug, die kein Kompromiß darstelle, sondern eine einfache Wiederholung der russischen Forderungen war und daß nachträglich diese Formel zu einem Kompromiß umgedeutet wurde. Die Stufen dieses Umdeutungsprozesses sind aus den verschiedentlichen Veröffentlichungen des Aktenmaterials deutlich erkennbar. Die Anweisung Sasonows an den russischen Botschafter in Berlin vom 30. Juli (russisches Orangebuch Nr. 60), in der er ihm die Formel mitteilt, enthält in ihrem zweiten Absatz bereits den Wink, daß sie auszulegen sei als „neuer Beweis unseres Wunsches, das Menschenmögliche für eine friedliche Lösung der Frage zu tun". In dem Telegramm des französischen Botschafters an seine Regierung vom 30. Juli (französisches Gelbbuch Nr. 103) wird die Sasonowsche Formel bereits mit den Worten eingeführt, daß sie einen neuen Vorschlag des russischen Ministers darstelle, den dieser dem deutschen Botschafter im Namen des Kaiser Nikolaus gemacht habe, der so dringend wünsche, den Krieg zu beschwören. Bei dem engen Verhältnis Frankreichs und Rußlands und dem intimen Zusammenarbeiten Paléologues' und Sasonows vom Beginn der Krise an ist es unmöglich, diese starke Abweichung von dem tatsächlichen Hergang als zufällige Ungenauigkeit anzusehen. Die geschickte Zurichtung für die öffentliche Meinung ist unverkennbar. Die Pourtalèsschen Aufzeichnungen entlarven diese französische Mache und beweisen, daß die Sasonowsche Formel nichts anderes als die russische Ablehnung eines deutschen Friedensschrittes war. Wenn von englischer Seite (J. W. Headlam, „12 Tage Weltgeschichte", Verlag Payot) dem Grafen Pourtalès die ehrliche Absicht einer Beilegung des Konfliktes zugebilligt, aber behauptet wird, daß er auf eigene Faust gehandelt habe und daß sein Vorgehen der Reichsregierung unbequem gewesen sei, so wird auch diese Behauptung durch die Tagebuchaufzeichnung widerlegt. Denn die in Rede stehende Unterhaltung mit Sasonow

[10]) „Wenn Österreich anerkennt, daß sein Streit mit Serbien den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, und sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum die Gründe auszuscheiden, die die Souveränitätsrechte Serbiens antasten, so verpflichtet sich Rußland, alle militärischen Maßnahmen einzustellen."

war veranlaßt durch eine telegraphische Weisung, die Graf Pourtalès aus Berlin erhalten hatte und entwickelte sich logisch aus der Besprechung dieses Berliner Telegramms.

Solange die lückenlose Aktenveröffentlichung, zu der sich die neue deutsche Regierung bekanntlich unter der Voraussetzung gleichzeitiger Veröffentlichung der Ententeakten bereit erklärt hat, noch nicht vorliegt, werden die Pourtalèsschen Aufzeichnungen einer der wichtigsten Beiträge zur Geschichte der Krisetage bleiben und auch nachher werden sie ihrer besonderen Bedeutung nicht verlustig gehen.

Christentum und Sozialismus

Von Geheimen Konsistorialrat Professor D. Dr. Karl Holl

Wenn man heute das Verhältnis von Christentum und Sozialismus zur Erörterung stellt, so geschieht dies von einem andern Boden aus, als vor dem 9. November 1918. Man möchte meinen, die Frage hätte jetzt viel von ihrer früheren Schärfe verloren. Was vordem bei uns in Deutschland das schwerste Hindernis für eine Verständigung bildete, die Stellung der Sozialdemokratie zur Monarchie, ist dahingefallen. Die Sozialdemokratie ist selbst Regierung, ist selbst „Obrigkeit“ geworden und kann nunmehr das Wort: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit“, ihrerseits in Anspruch nehmen. So bliebe, sollte man denken, als Gegenstand der Auseinandersetzung mit ihr nur noch das rein Wirtschaftliche übrig, und hier hätte das Christentum nicht mitzureden. Denn ob es möglich oder wünschenswert ist, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel unter gleichzeitiger Beibehaltung der Technik des Kapitalismus durchzuführen, ob das persönliche Eigentum sorgsamer geschont werden muß oder man darüber hinaus zum Bolschewismus, zum Kommunismus fortschreiten soll, das erscheint zuletzt nur als eine Frage der Zweckmäßigkeit, der Rücksicht auf den größeren Vorteil für das allgemeine Wohl. Das Christentum würde gut tun, sich dabei zurückzuhalten. Dem käme auch auf der andern Seite die entsprechende Stimmung entgegen. Denn wenn nach dem Erfurter Programm die Religion Privatsache ist, so wünscht man auch dort keine Vermengung der Religion mit den wirtschaftlichen Bestrebungen.

Allein die Entspannung ist doch nur eine scheinbare. Denn tatsächlich will die Sozialdemokratie mehr sein als eine bloß wirtschaftliche Bewegung. Sie fühlt sich zugleich als Vertreterin eines sittlichen Hochziels, einer Weltanschauung. Kautsky hat soeben (Die Diktatur des Proletariats S. 4) mit der ihm eigenen Peinlichkeit aus dem Wortlaut des Erfurter Programms festgestellt, daß genau genommen nicht der Sozialismus das Endziel der Sozialdemokratie sei; der sei nur Mittel zum Zweck. Das wahre Endziel sei die Befreiung des Proletariats, und damit der Menschheit überhaupt. Kautsky hat gewiß insofern Recht, als erst der von ihr verkündete Menschheitsgedanke der sozialdemokratischen Bewegung ihre Schwungkraft verleiht. Und es ist wohl nicht zufällig, daß gerade jetzt, wo die entscheidende Stunde für den Sozialismus gekommen ist, das Eintreten für dieses höchste Ziel so oft geradezu als Religion bezeichnet wird. „Arbeit ist die Religion des Sozialismus“ hieß es in Eberts Neujahrsansprache, nud noch deutlicher hat Clara Zietz in Weimar geredet: „Wir stellen der Religion die hohe herrliche Welt-

anschauung des Sozialismus entgegen." Hier ist rundweg ausgesprochen, daß der Sozialismus als eine höhere Form der Weltanschauung das Christentum ersetzen will.

Aber auch von der andern Seite her ist der Standpunkt, daß das Christentum sich in wirtschaftliche Fragen nicht zu mischen habe, gerade in diesem Augenblick lebhaft umstritten. Was Tolstoi im Ton des Propheten gefordert hat, das wird heute — wenn auch in abgeschwächter Form — von den Religiös-Sozialen in der Schweiz mit steigendem Nachdruck geltend gemacht. Die christliche Predigt der allgemeinen Menschenliebe bleibt eine bloße Redensart, wenn nicht die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechend umgestaltet werden. Der Sozialismus allein stellt den geeigneten Boden für die christliche Predigt her. Der Kampf gegen den Kapitalismus ist daher Christenpflicht. Luther ist auf halbem Wege stehen geblieben, ja er hat das Christentum geschädigt, indem er diese Seite verkannte.

So sehen wir in Deutschland uns jetzt zwischen die Doppelfrage eingeklemmt: Besteht zwischen Christentum und Sozialismus ein so scharfer Gegensatz, daß sie sich nebeneinander ausschließen, oder vielmehr eine so nahe Verwandtschaft, daß sie sich gegenseitig fordern?

Wenn zwei so widersprechende Sätze über das Verhältnis der beiden Größen aufgestellt werden können, so deutet das an sich schon darauf hin, daß zwischen beiden einmal eine geschichtliche Beziehung, eine Befruchtung stattgefunden haben muß. Tatsächlich ist jenes höchste Wunschziel des Sozialismus, die Befreiung der ganzen Menschheit, nicht ohne einen starken Einfluß des Christentums entstanden. Es ist zunächst herausgewachsen aus dem Menschheitsgedanken der Aufklärung, der seinerseits wieder auf das Christentum zurückweist. Denn der christliche Gedanke des Reiches Gottes war es, an den die führenden Geister der Aufklärung seit Leibniz bewußt angeknüpft haben. Blut vom Blut des Christentums fließt darum in der Sozialdemokratie, mag sie selbst dies auch noch so lebhaft bestreiten. Aber sie ist allerdings — noch entschiedener als die Aufklärung — des Glaubens, daß heute der Menschheitsgedanke in sich selbst so lebenskräftig, so anziehungsmächtig geworden sei, um der Stütze durch religiöse Vorstellungen nicht mehr zu bedürfen, und sie fühlt sich berufen, diesen Gedanken in seinem ganzen Umfang zu vollstrecken. Was im Christentum nur ein Traum war, wird von ihr verwirklicht. — Umgekehrt hat aber auch das Christentum je und je kommunistische Gesellschaftsziele aus sich hervorgetrieben: von der Urgemeinde an bis herab zu den mährischen Täufern und den Labadisten. Der christliche Kommunismus hat dabei alle Wandlungen durchlaufen, deren diese Form fähig ist. War er in der Urgemeinde ein bloßer Kommunismus des Teilens, so stellten die Gemeinden der mährischen Brüder und der Labadisten regelrechte Produktivgenossenschaften dar.

Demnach möchte man sagen, die Frage, die die Aufklärung unter dem Titel der Perfektibilität des Christentums verhandelte, sei in neuer Gestalt unter uns aufgetaucht. Das eine Mal soll das Christentum als Religion durch eine entwickeltere Form abgelöst, das andere Mal nach der sittlichen Seite hin weitergeführt werden.

Inwiefern hat der Sozialismus ein Recht, sich selbst als Religion oder wenigstens als einen Ersatz für die Religion hinzustellen? Es ist auffallend, wie wenig sich die Sozialdemokratie in all ihrer Begeisterung darum bemüht, diesen Anspruch nach seiner bejahenden Seite hin zu begründen. Sie begnügt sich zumeist mit dem Herauskehren der Verneinung gegenüber der geschichtlichen Religion. Immer noch geht es ihr nach, daß ihr geistiger Vater in einer Zeit gelebt hat, in der mit dem deutschen Idealismus zusammen auch die Religion einen Niederbruch litt. Feuerbachs Auffassung der Religion als einer bloßen Widerspiegelung menschlicher Triebe ist ja für die ganze Weltanschauung von Karl Marx — nicht bloß für seine Stellung zur Religion selbst — bestimmend geworden; sie hat ihm den Grundgedanken geliefert, von dem aus er den ganzen geistigen Inhalt der Geschichte in das Licht eines bloßen „ideologischen Oberbaus" über der wirtschaft-

lichen Entwicklung rückte. Nietzsches Einfluß hat den ablehnenden Standpunkt gegenüber aller Metaphysik bei der Sozialdemokratie dann noch verstärkt. Dessen Redensarten über den gestorbenen Gott, sein Spott über die Hinterweltlichen haben nirgends so viel Eindruck gemacht wie in jenen Kreisen. Es gibt nur eine einzige Wirklichkeit: die, die wir mit unsren Sinnen wahrnehmen. Sie versteht sich aus sich selbst, aus den Kräften und Trieben, die ewig in ihr walten. Es ist Rückständigkeit, eine überweltliche Ursache für sie und das Geschehen in ihr zu fordern.

Trotzdem steckt auch in der sozialdemokratischen Weltanschauung als Erbe aus dem idealistischen Zeitalter noch vieles, was eine Stimmung religiöser Art hervorzurufen vermag. Es lebt als dumpfer Drang in den Massen und ist tatsächlich dasjenige, was die sozialdemokratische Bewegung über eine bloße Lohnbewegung erhebt.

Zuvörderst ist klar, daß auch die sozialdemokratische Weltanschauung auf einem Glauben beruht; auf dem Glauben an einen stetigen Fortschritt der Menschheit und an den endlichen Sieg des Guten. Karl Marx hat ihm, wie man dort meint, die wissenschaftliche Unterlage gegeben. Der Drang, das Leben zu fristen und es womöglich zu erhöhen, treibt die Menschen ständig nach vorwärts, und im genauen Verhältnis dazu wandeln sich zugleich nicht nur die Formen ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens, sondern auch ihr ganzes Bewußtsein. Die Steigerung der Produktivkräfte bedeutet zwar für die Mehrzahl der Menschen eine zunehmende Unterdrückung. Und doch führt der Weg nach aufwärts. Denn selbst das, was man innerhalb dieser Betrachtungsweise das Böse nennen möchte, selbst der Kapitalismus muß schließlich zum Besten wirken. Er schafft die für die Höherhebung der Menschheit unentbehrlichen Produktionsformen, er erdenkt die Maschine, die die herrliche Aufgabe hat, die Menschen von der niederdrückenden Last der Arbeit zu befreien, und er stellt als die über die Grenzen der Völker und Staaten hinübergreifende, bis in den letzten Winkel der Erde vordringende Vereinigung der Gewinnhungrigen, ohne es zu wollen, den Zusammenschluß der Menschheit zu einem Ganzen erst wirklich her. Aber gleichzeitig ruft er selbst mit innerer Notwendigkeit die Gegenkräfte hervor, die über ihn hinausführen und der unerträglich gewordenen Trennung der Mehrheit von den Produktionsmitteln ein Ende machen. Wenn die Herrschaft des Kapitalismus auf ihren Gipfel gelangt ist, wird die Masse der Ausgebeuteten sich gegen ihre Peiniger erheben. Dann wird das wirkliche Recht siegen über das bloß vermeintliche und der Menschheitsgedanke in seiner ganzen Größe und Reinheit erstrahlen.

Dieser mit der Kraft einer messianischen Hoffnung wirkende Glaube wird auf den einzelnen übertragen dadurch, daß er innerhalb der großen sozialdemokratischen Bewegung in Reih und Glied mitmarschieren lernt. Jede Massenbewegung wirkt schon durch die ihr als solcher eigene Wucht umbildend, begeisternd auf die von ihr Erfaßten. Denn die Masse ist mehr als eine Summe von einzelnen und der einzelne ist in ihr ein anderer, als wenn er auf sich gestellt ist. Der abgenutzte Ausdruck „sich gehoben fühlen" sagt doch etwas vollkommen Richtiges. Als Glied der Gemeinschaft sieht der einzelne weiter, und er kann tatsächlich mehr denn zuvor. Doppelt gilt das bei einer sich gedrückt fühlenden Schicht. In diesem Falle legt sich der ganze Lebens- und Freiheitsdrang mit in das Massengefühl hinein. Der Hoffnungslose wird stark und selbstbewußt, weil er die vereinigte Kraft der andern als ihn selbst mittragend verspürt; er fühlt sich als Vollstrecker eines Weltwillens, wenn ihm seine Not zugleich als die Not der ganzen Menschheit gezeigt wird. Unwillkürlich geht dann die Empfindung ins Religiöse über. Nicht er selbst ist es ja, der will. Ein Mächtigeres ist es, das ihn fortreißt und dem er doch freudig gehorcht. Etwas wie Andacht, wie ein heiliger Schauer überkommt gerade den Einfachen, wenn er auf diesen Höhepunkt seines Selbstbewußtseins gelangt ist.

Ist das nun Religion? Wenn man die Religion auf das bloße Gefühl der Ehrfurcht oder auf die Überzeugung von dem schließlichen Sieg der guten Sache

zurückführt, dann ist die Frage unbedingt zu bejahen. Hier ist Beugung unter ein Übergreifendes und Vertrauen zu einer in den Dingen selbst wirkenden gerechten Notwendigkeit.

Aber eine andere Frage ist, ob in dieser Religion auch das Beste und Tiefste, was die Religion dem Menschen zu geben hat, zu seinem Recht gelangt.

Die Sozialdemokratie ist mit Nietzsche stolz darauf, daß sie im Gegensatz zur christlichen Religion ganz auf dem Boden der Wirklichkeit steht. In Wahrheit ist auch ihre Weltanschauung, wie jede andere, nicht eine einfache Nachzeichnung, sondern schon eine Deutung des Seienden. Und zwar bei ihr in dem Sinn, daß eine Seite der Wirklichkeit zurückgeschoben, ja unterschlagen wird. Das Geistige wird als selbständige, schöpferische Macht überall mit Bewußtsein ausgeschaltet. Das fängt bereits an bei den wirtschaftlichen Grundbegriffen. Dort tritt es vielleicht am grellsten hervor in der Marxistischen Lehre vom Mehrwert, die ja das vorzüglichste Werbemittel der Sozialdemokratie bildet. Von Rechts wegen hätte der Arbeiter den Anspruch auf das ganze Erzeugnis seiner Arbeit; denn er erzeugt es durch seine Arbeit. Aber der Kapitalist betrügt ihn, indem er ihm statt des ihm gebührenden Ganzen nur den kärglichen Lohn gewährt, der höchstens zur Fristung des Lebens hinreicht. Aber „erzeugt" denn der Arbeiter wirklich das, was er herstellt? Gewiß nicht. Er hat nicht einmal den Gedanken gehabt, daß man ein solches Ding, wie er es verfertigt, überhaupt machen könnte. Geschweige, daß er die Werkzeuge und die Maschinen ersonnen, die Arbeitsteilung und Arbeitsverbindung geplant und alles, was sonst noch nötig ist, geordnet hätte. Der wahre Erzeuger ist nicht der Arbeiter — der führt nur aus —, sondern derjenige, in dessen Kopf der Gedanke hierzu entsprungen ist. Denn schöpferisch ist auch auf dem Gebiet des Wirtschaftlichen einzig und allein der Gedanke, und es gehört für mich zum Unverständlichen, daß unsere Volkswirtschaftslehrer dies gegenüber Marx nicht kräftiger betonen. Aber allerdings, dann wäre der Begriff des Wertes nicht mehr so einfach aufzulösen, wie dies bei Marx der Fall ist. Jedenfalls, was Marx im Namen der Gerechtigkeit fordert, ist in Wahrheit die schreiendste Ungerechtigkeit gegen den geistigen Urheber und Leiter.

Erst recht zeigt sich die Einseitigkeit des sozialdemokratischen Weltbilds in ihrer Auffassung der Geschichte. Daß die wirtschaftlichen Vorgänge auch das höhere, geistige Bewußtsein der Menschen beeinflussen, wird heute wohl von niemand bestritten werden; aber daraus folgt nicht, daß sie die alleinbestimmenden oder auch nur die zuletztbestimmenden in der Geschichte wären. Schon das bleibt für Marx ein Rätsel, wie die Menschheit überhaupt darauf kommt, einen „Oberbau" von Rechts-, Sittlichkeits- und Religionsbegriffen zu errichten, der sie doch in ihrem wirtschaftlichen Streben ebensoviel hindert wie fördert. Nur der Voreingenommene kann nicht sehen, daß das Gewissen der Menschheit neben und über dem wirtschaftlichen Schaffen die entscheidende Rolle in der Geschichte spielt. Das Gewissen mag entstanden sein, wann und wie es will, es mag seinen Inhalt noch so viel gewechselt haben, es mag noch so oft verleugnet und mit Füßen getreten worden sein — nachdem es einmal da ist, ist es doch ein Block, an dem sich die Wogen brechen. Auch die stärkste wirtschaftliche Bewegung vermöchte sich nicht durchzusetzen, wenn nicht das Gewissen der Menschheit dem von ihr Gewollten zustimmte. Unfreiwillig räumt das die Sozialdemokratie selbst ein, indem sie ihren Sieg zugleich als einen Sieg der Gerechtigkeit feiert.

„Wissenschaftlich" läßt sich dies freilich nicht beweisen, so wenig als sich wissenschaftlich feststellen läßt, was im höchsten Sinn „wirklich" ist. Es handelt sich hier vielmehr um eine persönliche Entscheidung. An der Frage, wie man die Gewissenstatsache bewertet, trennen sich die Weltanschauungen und die Auffassungen der Religion.

Für wen das Gewissen das Grundlegende in seinem Bewußtsein, das Wirklichste des Wirklichen ist, der wird nie anders können, als Gott persönlich denken. Kautsky hat in seinem Büchlein „Ethik und materialistische Weltanschauung" es versucht, durch eine Verbindung darwinistischer und marxistischer

Gedanken die Höherentwicklung der Menschheit aus sich selbst heraus begreiflich zu machen. Immer „mußte" ein bestimmtes Neues kommen, wenn die Gattung sich erhalten oder weiter kommen sollte. Warum „mußte"? Warum blieb die Menschheit nicht bei ihren tierischen Anfängen stehen? Es fällt Kautsky niemals ein, diese Frage auch nur aufzuwerfen. Es „mußte" so sein, weil es eben so geworden ist, weil die „Entwicklung" es so wollte. Der Leugner des persönlichen Gottes wird hier zum Begriffsgläubigen strengster Observanz. Die „Entwicklung" gilt ihm selbst als etwas Wirkliches, als etwas selbst Treibendes. Es ist der nämliche Aberglaube, wie wenn gewisse Mathematiker ihre Formeln, die doch nur eine Beschreibung, nur ein Versuch zur Erfassung der Wirklichkeit sind, für die Wirklichkeit selbst halten.

Das Gewissen wird aber zugleich die „Unruhe", die den Menschen unweigerlich in seinem Gottesverhältnis weitertreibt. Sein Eingreifen bewirkt, daß neben der bloßen unwiderstehlichen Macht das Heilige im Gottesbild hervortritt. Die Religion wird persönlich, innerlich; es offenbart sich der von Kautsky allerdings verspottete Zwiespalt zwischen dem „Engel und dem Tier" im Menschen, und dies führt zu einem Ringen, bei dem es sich nicht um die von der Sozialdemokratie allein geschätzten Güter, nicht um Glück und Lebensbehaglichkeit, sondern um das Dasein der Seele vor Gott handelt. Gegenüber dieser im Christentum gewonnenen Höhe erscheint die Religion des Sozialismus als eine ungeheure Verflachung, als bloße „ideologische" Verklärung eines Massengefühls, als ein Zukunftsglaube, dem selbst, wenn er sein Ziel, die Befreiung des Proletariats, erreicht, doch der Segen der inneren Bereicherung fehlt.

Aber ist es dann nicht möglich, den umgekehrten Standpunkt zu vertreten, daß das Christentum unbeschadet all seines Drängens auf Innerlichkeit doch dem Gläubigen zugleich die Pflicht auferlege, Welt und Wirtschaft im Sinn des Sozialismus umzugestalten? Dem Gebot der unbedingten Nächstenliebe scheint doch nur eine Vereinigung der äußeren Verhältnisse zu entsprechen, die aufs Ganze geht; die mit dem Kapitalismus zugleich auch die Wurzeln des Mammonismus, der sittlichen Verelendung der Massen und des Kriegs zwischen den Völkern beseitigt.

Unleugbar steckt darin eine Wahrheit. Wir sind heute hinausgewachsen über den Standpunkt des Urchristentums, auch über die Zurückhaltung, die Luther sich auferlegte. Wohl bewährt sich der christliche Gottesglaube in seiner Heldenhaftigkeit inmitten der drückendsten Armut und Entbehrung. Aber wir haben kein Recht, jemand in diese Versuchung hineinzuführen. Wir müssen uns gegenwärtig halten, wie unendlich schwer es für den mit des Lebens Not Ringenden ist, auch nur die Zeit und die körperliche Kraft für die innere Sammlung zu erschwingen. Für uns ist es Pflicht, dem Nebenmenschen die Lasten abzunehmen, um deretwillen er auch in der Richtung auf Gott nur „übel aufsehen" kann. Dazu genügt die Wohltätigkeit im einzelnen nicht; die Verhältnisse müssen im Großen gebessert werden: in den Wohnungsverhältnissen muß Wandel geschafft, für Arbeitsruhe muß gesorgt, die ganze Rechtsordnung muß so weitergebildet werden, daß überall die Rücksicht auf die Menschenwürde zu ihrer Anerkennung gelangt.

Der Punkt, um den es sich handelt, ist somit nur der, ob erst mit dem Sozialismus diese Absichten voll erreicht oder ob sie auch nur damit am besten erreicht würden.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel unter gleichzeitiger Einführung einer vernünftigen Arbeitslosenunterstützung unsäglich viel Druck von dem einzelnen genommen, sein ganzes Leben auf einen festeren Boden gestellt wäre. Aber daneben muß doch sofort betont werden: das, worauf es uns eigentlich ankommt, daß die Menschen sich als Menschen innerlich näherrücken, ist damit noch in keiner Weise erreicht, ja es ist eher dadurch verhindert.

Ich sehe ganz davon ab, daß die sozialdemokratische Partei sich auf den Grundsatz des Klassenkampfes gestellt hat. Man rühmt es ja heute K. Marx als

ein großes Verdienst nach, daß er im Unterschied von seinen französischen Vorgängern im Klassenkampf das unentbehrliche Mittel für die Befreiung des Proletariats erkannt habe. Aber wer den Klassenkampf führt, haßt damit notwendig auch den Angehörigen der andern Klasse, und diesen Haß im christlichen Sinn abzudämpfen, erscheint kaum als möglich. Immerhin ließe sich sagen, daß der Klassenkampf und mit ihm der Klassenhaß nur eine Durchgangserscheinung sei, die von selbst verschwindet, sobald das Ziel erreicht ist. Ist das Proletariat zum Sieg gelangt, so sind damit auch alle Klassenunterschiede beseitigt und der allgemeinen Menschenliebe das Tor geöffnet.

Jedoch, es ist schwer einzusehen, inwiefern gerade dieses Letzte als Folge eintreten soll. Mit dem Aufhören des Kampfes lösen sich auch alle die Antriebe auf, die die jetzt maßgebende Schicht bisher enger zusammengeschlossen haben. Es löst sich das Kameradschaftsgefühl, das die Kämpfenden als Genossen vereinigte; es löst sich der Ehrbegriff, der den Streikbrecher verurteilte. Die ganze Gesellschaft ist nach Einebnung der Klassenunterschiede nichts weniger als sofort ein Bruderverein, wie die Sozialdemokratie meint, sondern zunächst nur ein großer Zweckverband, dessen Angehörige sich als Menschen so wenig zu schätzen brauchen wie die Arbeiter in derselben Fabrik. Der einzelne steht dem andern wieder rein als einzelner gegenüber. Er ist ihm nichts schuldig, wenn er nicht etwas Entsprechendes dafür empfängt. So hat es neulich Scheidemann als das große Ziel verkündigt, daß künftig „kein Volksgenosse mehr für den andern ohne Gegenseitigkeit arbeitet, sondern daß jede Arbeit von jedem für sich und gleichzeitig für die Allgemeinheit getan wird". Damit ist die zu erwartende Lage durchaus treffend gekennzeichnet. Aber das heißt auch soviel: man hat seine Pflicht gegen den Nebenmenschen getan, indem man die eigene, für das Gemeinwohl nützliche Arbeit verrichtet. Geht es dem andern übel, so mag der Staat für ihn sorgen.

Ja, man muß noch mehr sagen: der Sozialismus entfesselt, wenn er sein Ziel erreicht hat, selbst wieder Kräfte, die das Verhältnis des Menschen zum Menschen stören. Es wird auch im Zukunftsstaat den Unterschied geben zwischen schwerer und leichter, gefährlicher und gefahrloser, geisttötender und geistanregender Arbeit; es wird auch dort den Unterschied geben zwischen dem Begabten und dem Unbegabten, dem Fleißigen und dem Faulen, dem Harmlosen und dem Gerissenen. Sind nun, wie das doch die Absicht des Sozialismus ist, alle unter die gleichen Bedingungen gestellt, so wird das bedeuten, daß ein heißer Wettkampf um die leitenden Stellen, um die leichtere und schönere Arbeit entbrennen wird. Der sozialistische Staat muß diesen Wettkampf wollen; denn er braucht Leute, die zu regieren verstehen. Hänisch hat mit Recht davon geredet, daß eine Arbeiteraristokratie sich herausbilden müsse, die imstande sei, auch den höheren Aufgaben des Staats zu genügen. Aber der Kampf um das Emporsteigen zu dieser Aristokratie wird dann in viel rücksichtsloserer Weise geführt werden als bisher. Das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen" könnte einen Klang bekommen, der uns übel in den Ohren gellt. Denn alle die Hemmungen und Verpflichtungen, die früher das noblesse oblige dem durch Geburt und Stand Bevorzugten auferlegte, bestehen nun nicht mehr. Und es ist sehr zu bezweifeln, ob in diesem Ringen wirklich der Tüchtige an die ihm gebührende Stelle gelangt. In einem Wettstreit, bei dem kein unparteiischer Schiedsrichter da ist, geben vielfach die minderwertigen Eigenschaften den Ausschlag: die Zungenfertigkeit, die Kunst sich hervorzudrängen und andere beiseite zu schieben, die Unbedenklichkeit in der Wahl der Mittel, um von noch Gemeinerem zu schweigen. Nordamerika mag uns ein Bild davon geben, wie es in Zukunft auch bei uns zugehen kann. An einer Stelle ist der Kampf auch bereits leidenschaftlich unter uns entbrannt, da wo er nach der Voraussage aller Einsichtigen zuerst kommen mußte. In der Frankfurter Zeitung hat Margarete Zündorff einen Notschrei ausgestoßen: „Der Kampf gegen die Frauenarbeit wird von den Männern mit einer Schärfe geführt, die alle vor den Wahlen gehörten Beteuerungen der Gleichberechtigung der Frau als Staatsbürgerin zu Phrasen stempelt." Was im Verhältnis der beiden Geschlechter begonnen hat, wird sich gewiß anderswo fortsetzen.

Es wird sich auch im Verhältnis der Völker zueinander wiederholen. Denn es gibt auch da die Gegensätze zwischen fleißigen und trägen, stärker sich vermehrenden und unfruchtbar werdenden, erfinderischen und träumerischen, zuverlässigen und verlogenen Völkern. Der Völkerbund, selbst wenn er noch so mustergültig festgesetzt wäre, kann diese Unterschiede nicht beseitigen. Der Kampf wird fortdauern. Er wird nur andere — hinterlistigere — Formen annehmen.

Aber der Sozialismus begünstigt neben dem ehrgeizigen auch den entgegengesetzten Trieb. Die Vorwärtsdrängenden sind immer nur eine Minderheit, der gegenüber die Masse unwillkürlich eine abwehrende Haltung einnimmt. Sie hat nicht das Bedürfnis, sich durch die lebhaften Geister in ihrer Behaglichkeit stören zu lassen, sondern umgekehrt, jene zu zwingen, sich ihrem trägen Schritt anzupassen. Die Fahrt soll sich nach dem langsamsten Schiff richten. Und da mit dem allgemeinen Wahlrecht die Zahl den Ausschlag gibt, so ist diese Stimmung auch in der Lage, sich durchzusetzen. Es handelt sich auch hier nicht nur um ausgedachte Möglichkeiten. Ich erinnere an das englische Ca'canny-System, jenen Druck, den die Menge der Bequemen auf die Arbeitslustigen ausübt, an den Widerwillen gegen die Akkordlöhne und an die Erfahrungen, die wir eben in diesen Monaten machen: vom Achtstundentag sind wir im einzelnen Fall bereits zum Siebenstundentag gekommen; aber auch über den Sechs- und sogar über den Vierstundentag wird bereits gesprochen.

Ist nun wohl der sozialistische Staat imstande, Gegengewichte zu schaffen, die diese üblen Folgen aufheben? Die Sozialdemokratie selbst ist dieser Überzeugung. Sie steht, so weit sie auch über die Aufklärung hinausgeschritten zu sein meint, immer noch auf deren Standpunkt, daß man den Menschen nur in bessere äußere Verhältnisse zu versetzen braucht, dann würden von selbst die guten Eigenschaften hervortreten. So hat es Owen unermüdlich gepredigt und so verkündigt es auch das Erfurter Programm: Die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum würde bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde. Im sozialistischen Staat würde, so hofft man, ein Gemeingefühl entstehen, das den Eigennutz des einzelnen bändigte, und gleichzeitig eine Arbeitsfreudigkeit, die alle Trägheit zur Schande stempelte. Es gehört ein starker Glaube dazu, um dies wie etwas Selbstverständliches zu erwarten. Wenn die Technik des Kapitalismus beibehalten werden soll — und sie muß wohl beibehalten werden, wenn wir nicht in wirkliches Elend versinken sollen, — dann besteht auch dasjenige fort, was man bisher den Tod aller Lebens- und Arbeitsfreudigkeit genannt hat: die mit jener Technik notwendig verbundene, immer weiter fortschreitende Arbeitsteilung. Der Arbeiter wird auch künftighin niemals ein Ganzes, sondern nur ein Stück verfertigen dürfen, er wird auch dann noch ewig denselben kleinen Handgriff verrichten müssen. Wieso soll er nun auf einmal dieses Werk mit Freuden tun, wenn es ihm vorher Überdruß einflößte? Kann man dieses Gefühl etwa dadurch besiegen, daß man für die niedrigste und ermüdendste Arbeit die höchsten Löhne bezahlt? Also einem Grubenarbeiter ein Ministergehalt zuweist? Und wenn es als Grundsatz in der Technik gilt, mit möglichst wenig Arbeit möglichst viel zu verdienen, wird das künftig anfeuernd wirken und den einzelnen zur Selbstlosigkeit erziehen? Tagtäglich sehen wir in Berlin neue Plakate angeschlagen, eins immer greller als das andere, in denen auf den Arbeiter eingeredet wird. Sie sind ein Beweis dafür, daß unsere Regierung sich bewußt wird, wo der eigentliche Haken sitzt. Es handelt sich um die Frage: wie bringt man den Arbeiter wieder an die Arbeit, wie gibt man ihm Arbeitsfreudigkeit und wie erzeugt man bei ihm Gemeinsinn? Aber die eintönige Wiederholung desselben Mittels beweist auch die Ratlosigkeit der Regierung und die Erfolglosigkeit dieser Maßnahmen. Aus sich selbst kann der sozialistische Staat die ihm erwünschten Antriebe nicht hervorbringen. Sie müssen aus tieferen Quellen, sie können nur aus der Religion fließen.

Es läßt sich heute noch nicht übersehen, in welchem Umfang die Gedanken des Sozialismus unter uns zur Verwirklichung kommen werden. Aber soviel müßte jedermann klar sein, daß der sozialistische Staat, wenn er überhaupt bestehen soll, das Christentum noch viel nötiger hat, als der alte Obrigkeitsstaat. Und auch das dürfte deutlich geworden sein, daß der sozialistische Staat weit davon entfernt ist, wie es die Religiös-Sozialen träumen, etwas wie eine Vorhalle zum Reiche Gottes zu bilden. Das Christentum wird in ihm nicht leichtere, sondern schwerere Arbeit finden. Es wird alle seine Kräfte aufbieten müssen, um die Mächte der Selbstsucht und der Diesseitigkeit, die gerade der Sozialismus wachruft, zu überwinden.

Vom wahren Führertum

Erinnerungen und Gedanken eines altgedienten Offiziers

Wie war uns wahres Führertum nötiger als heute, auf allen Gebieten, nicht nur dem militärischen. Auf diesem freilich ganz besonders, nachdem wir uns bis auf weiteres auf ein Freiwilligenheer beschränken sollen. Aus fast vierzigjähriger Diensterfahrung im Frieden und vor dem Feind möchten die nachfolgenden Ausführungen einige Anregungen geben, was wir vom Führer fordern müssen.

Welche Grundbedingungen muß wahres Führertum erfüllen? Der Führer sei Vorbild und Gefährte, das umschließt alles. Er stehe über den ihm Anvertrauten und dennoch mitten unter ihnen, er muß sie alle verstehen und erkennen, sich selbst erkennen und sich von jenen erkennen lassen; er gebe sein ganzes Sein und Können ihnen und nehme ihr Innenleben warmempfindend in sich auf. Daraus allein entspringt Treue um Treue, wahre Führer- und Gefolgschaft. Über völlige Beherrschung aller Aufgaben, vorbildliche, persönliche Haltung und Leistung, unermüdliche Fürsorge und opferbereite Selbstlosigkeit, unerschütterliche Gerechtigkeit und warmes Mitgefühl weit über den Dienstbereich hinaus führt der dornenvolle und doch so schöne Weg zu echter Führerschaft. Er war dem Offizier des alten Heeres vorgezeichnet. Wenn unter vielen Tausenden der und jener ihn nicht fand, so war das menschlich. Die Mehrzahl folgte ihm, leistete Großes und starb oder führte unsere Truppen unbesiegt in die Heimat zurück. Doch lohnte Undank auch den bewährten Führer. Man jagt ihn von Amt und Beruf und nimmt ihm sein feldgraues Ehrenkleid. Und aus der führerlosen, der schrecklichen Zeit soll nun eine neue Führerschaft erstehen.

Im Drang nach Umschwung und neuzeitlicher Gestaltung wird allzusehr vergessen, aus der Erfahrung gewaltiger Vergangenheit das Beste als Baustein zum neuen herüberzuretten. Mögen die folgenden Ausführungen, als vereinzeltes Beispiel an Stelle von tausenden, wie wir Führer wurden, dazu beitragen.

Alles selbst von sich verlangen, selbst erproben und selbst leisten, was man vom Untergebenen fordert, war und bleibt erste Voraussetzung für anerkanntes Führertum. Von der Pike auf zu dienen ist Erfordernis für jeden Führer. Mich ließ mit siebzehneinhalb Jahren mein Hauptmann alle, auch die geringsten Dienstverrichtungen des Soldaten mitmachen, dasselbe schwere Gepäck tragen, wie die Kameraden, ein Halbjahr die Menage mit ihnen teilen und zu fünfundzwanzig in einer Stube mit ihnen schlafen. Ich danke es ihm heute noch, so schwer es mir damals schien. Dann kam für den jugendlichen Unteroffizier die Schule

der Verantwortung und der Fürsorge und schuf die Grundlage für alles Spätere. Im inneren Dienst immer mitten drin, im äußeren stets voraus war Parole und blieb Wegweiser bis ans Ende. Mochte dann der junge Leutnant knabenhaft vor den damals oft recht schwer zu behandelnden „Dreijährigen" stehen, er hatte gelernt für sie zu sorgen und führte damit. Was er falsch aus Unerfahrenheit anordnete, sie machten es von selbst richtig, weil sie ihn achteten. Bei allen Körperübungen gab er das Beispiel; er kannte, was er forderte und unterschätzte keine Leistung. Das blieb ihm unvergessen. Der ergraute Mann freut sich noch heute, wenn er seinen ehemaligen Leutnant wiedersieht. So gingen im Lauf der langen Jahre Tausende um Tausende durch die Hand des einen, Millionen durch die Hände von Tausenden seiner Führer-Kameraden. Man verlangte von uns nicht nur Namenskenntnis; Herkunft und Beruf, Lebenslauf, Familien- und Einkommensverhältnisse mußte man von jedem Untergebenen wissen. Wie leicht wurde dies zum Schema! Doch wo das Herz, das Führerherz schlug, da wurzelte in solch gegenseitigem Kennen die Hingabe an Führer und Pflicht zum Wohl des Ganzen; Mannszucht und Kameradschaft lebten auf und die Vorschrift bekam Seele und Sinn. Nicht im Unterricht allein, überall auf Schritt und Tritt suchten Herz und Gemüt, Interesse und Anteilnahme des werdenden Führers enge innere Fühlung mit den ihm anvertrauten Leuten, nicht eintönig lehrend, sondern aus ihrem Gedankengang und Empfinden schöpfend und fragend und derart sie immer tiefer in die neue, ihnen fremde Gedankenwelt militärischen Wesens führend. Undenkbar ist ein rechter Führer ohne pädagogisches Geschick. Dies zu wecken und zu pflegen, gilt es heute mehr als je, sei vornehmste Aufgabe künftiger Führerschulen.

Nach fast anderthalb Jahrzehnten folgte die Kompagniechefszeit. Jahre schwerer, kräftezerreibender Arbeit und doch die schönsten der Laufbahn. Der sorgende Vater seiner Leute zu sein, verantwortlicher als jeder andere, und Vertrauensmann aller, das schuf ein hohes Glücksgefühl. Alljährlich sich steigernde dienstliche Anforderungen, die der Laie nicht ahnt, die auch dem Soldaten in Reih und Glied so leicht unverständlich blieben, förderten die dauernde Weckung und Belebung des Verständnisses für so mancherlei starr und leblos erscheinendes Wesen. Es galt zugleich nervösen Tadel zu mildern, die Dienstfreudigkeit zu erhalten, ohne Unterlaß für gute Unterkunft, saubere Bekleidung, Ordnung und reichliche Verpflegung zu sorgen, gerechte Behandlung zu überwachen, Schutz gegen vorschriftswidrige Behandlung zu bieten und den Unteroffizierstand zur Denkweise wahrer Führerschaft emporzuheben. Als der erste und der letzte im Dienst weckte der Hauptmann das Vertrauen der Seinen, gab und nahm mehr als jeder andere, was der Führer braucht. Sagten die Leute unter sich: „Mein Hauptmann weiß um alles, denkt an alles und sorgt für alles, er fordert viel, aber gerecht und er lobt, wo er kann," — dann war es gut bestellt. Das Loben und Anerkennen freilich, seien wir ehrlich, war leider in der Armee, wohl auch sonst, allzusehr außer Gebrauch gekommen, das war ein gewaltiger Fehler. Lob und Tadel standen im Mißverhältnis zu einander, zu viel treue Pflichterfüllung wurde als selbstverständlich betrachtet. Gewaltige Kräfte wurden durch Tadel gelähmt, statt durch Lob zur Höchstleistung beflügelt. Wie aber, wenn die Kompagnie für vortreffliche Leistung bei der Übung unter Abbruch des Programms zur Belohnung um Stunden früher als andere singend heimkehrte? Wenn der Turner für erstmalige Selbstüberwindung durch Befreiung von der Fortsetzung des Turnunterrichts ausgezeichnet wurde? Wenn man den aufmerksamen Zuhörer vorzeitig von der Instruktion entließ, und bei der Austeilung des Urlaubes den Willigen, nicht nur den Tüchtigen gerecht bedachte? Kleine Anlässe, große Wirkungen: in der Tiefe all der schlichten Menschenherzen sproßten der freudige, freiwillige Gehorsam, Dankbarkeit, Treue und Gerechtigkeitsgefühl, da wurde in der Kleinarbeit des Alltags und der Fürsorge die Truppe zur treuen Gefolgschaft für ihren Führer, in ihren Reihen wuchs, von den Kameraden selbst bewacht und immer mehr von den Zwangsmitteln der Rüge und Strafe befreit, die überzeugte Manneszucht empor. Über ihre Unentbehrlichkeit zum Erfolg bedurfte

es keiner Redensarten, keiner Phrasen mehr. Schlichte Tatsachen sprachen beweiskräftig von oben nach unten und umgekehrt in schöner Wechselwirkung und zeitigten für den Führer das herzerfreuende Gefühl, seine Leute nicht knechtisch unter sich, sondern als Waffengefährten neben und um sich zu haben, wo es um gemeinsame Leistung ging. Solches Zusammengehörigkeitsgefühl aber reichte weit hinaus über die Truppe und Dienstzeit in die Heimat der Entlassenen, in das Herz des Volkes hinein. Wie der Besuch der kranken Mannschaft in den Lazaretten, so war die Fürsorge für Arbeit und die berechtigte Empfehlung im Berufe für die Entlassenen dem wahren Führer liebe und selbstverständliche Pflicht. Freundlicher Gruß und Zwiesprache bei späterer Begegnung, belauschte Gespräche alter Anhänglichkeit auf Arbeitsplätzen und in Werkstätten, rührende Briefe mit ungelenken Schriftzügen, doch von dankbaren Herzen diktiert, vertrauensvolle Bitten und Fragen von längst Entlassenen, das war unser Führerlohn, höher und schöner als jede Anerkennung von oben.

Wer das Kommando eines Bataillons übernahm, hatte zu solchem Wirken vierfache Gelegenheit, und wer es zum Regimentskommandeur brachte, noch mehr; für ihn ging zudem ein neues herrliches Arbeitsgebiet auf, sein Offizierkorps in echtem Führergeist zu bilden. Mancher, der in die höheren Stellen hineinwuchs, fühlte sich mehr und mehr vereinsamt. Er trug die Schuld in sich selbst. Denn wer mitten in der Truppe stand, ob noch so hoch, und zu ihrem Herzen den Weg fand, ohne Sorge, er könne damit an seinem Ansehen Einbuße leiden, niemals stellte solchen Führer die Truppe außerhalb ihres Empfindens, solange sie Mannentreue und Ehrgefühl kannte, die goldenen Früchte unserer alten Heeres- und Führerschule.

Da kam der Krieg, urplötzlich, von uns ungeahnt. Bis in die stillsten Täler hinein riefen seine Fanfaren nach den Wehrtüchtigen. Viele von uns zogen mit Reservetruppen und Neuformationen hinaus, die ihnen fremd waren und ihren Führer nicht kannten. Da und dort aber strahlten ihm altbekannte Gesichter entgegen, klang ein erfreuter Gruß aus der Masse. Jeden einzelnen, den er ausgebildet hat, kennt der wahre Führer noch nach Jahrzehnten beim Namen. Das wirkt Wunder. Das alte Band knüpft in Sekunden des Wiedersehens sich neu, jener fühlt den Herzschlag des Führers, fühlt sich als Person, nicht als Nummer, und unter den Kameraden wird durch ihn der neue Führer in kurzem mit allen Einzelzügen seines Wesens charakterisiert. Unser Volk in Waffen war bisher bei solchem Urteil von feinem Empfinden und gerechtem Sinn, und auf fremdem Boden selbst erntete der Führer, was er einst an guter Saat in seiner Stammtruppe ausgestreut, errang im Fluge neues Vertrauen und treue Gefolgschaft.

Wie nötig waren diese angesichts der ungeheuren Anforderungen des Riesenkampfes! Aber es ging trotz gewaltiger feindlicher Übermacht gut, solange wir uns Treue um Treue gaben. Wahre Führertugenden weckten schlummerndes Heldentum und förderten Riesenleistungen zutage, wie die Welt sie niemals gesehen, wie das deutsche Volk sie sich selbst nicht zugetraut hatte. Wer es erlebt hat, wie Junge und Alte im Truppenverband dem beliebten Führer an den Augen absahen, was er von ihnen erwartete, wie sich alle für seine Gedanken einsetzten, um dem Ganzen zu dienen, wie die Getreuesten in heißen Kampfestagen nicht von seiner Seite wichen, wer der Tage gedenkt, wo Schwerverwundete sterbend sich zu ihrem Führer tragen ließen, um ihm zum Abschied die Hand zu drücken, wer in den Anfangskämpfen in vorderster Linie mitten unter den Seinen im rasenden Feuer dem Feind entgegenstürmte und in der Schützenkette die Anfrage auffing: „Ist unser Kommandeur noch bei uns? — weiterfragen!" — wem auf dem Kampffeld verwundet und krank die Wackersten seiner Truppe der Mannschaft Bitte überbrachten, das Bataillon nicht allein zu lassen, solange es irgend noch gehe — ja, der kennt des Rätsels unerhörter Leistungen Lösung, der spürte, daß wir gute Saat gesät. Beglückender als Sieg, hoch über Anerkennung, Orden und Ehrenzeichen stehend, war das Bewußtsein, als Führer verehrt und

geliebt zu sein. Wo die Truppe das Abbild ihres Führers war, wo dieser seine von unten stammende Qualifikation höher wertete, als die von oben erteilte, wo unerläßliche Strenge neben sorgendem Wohlwollen, höchste Anforderung neben kraftvollem Eintreten für die Truppe das offene Verständnis richtig Erzogener und Geführter fand, da reihte sich Erfolg an Erfolg, da reiften in der Stille die Siege, die uns vorwärts trugen und die Heimat im Ausharren stärkten.

Aber die Übermacht einer feindlichen Welt gebot uns Halt, der unselige Stellungskrieg begann; an das feldgraue Volk und seine Führer stellte er in unsagbarem Dulden erhöhte Forderungen zwischen Drahtverhau und Graben, indes mit dem Stocken des Siegeslaufes mancherlei Schwächen daheim ihr Haupt erhoben, wo nicht richtig geführt und regiert wurde. Auch vordem erschwerte die Eigenart des Kampfes die enge Fühlung zwischen Führer und Truppe; aber wo warmherzige Fürsorge sich nunmehr verdoppelte, Lob und Anerkennung auch bei kleinstem Anlaß die lähmende Eintönigkeit, das nervenzerreibende Dasein im Graben belebten, der Führer jede Gelegenheit nützte, die Ersatzleute für Verlustausfall kennen zu lernen, persönlich mit ihnen zu sprechen, da lebte der gute Geist auch in jenen Jahren passiven Ausharrens, da blieb der Führer dem feldgrauen Volke trotz allem innerlich nahe. Doch galt es für ihn, überall zu sein, des Morgens in den Gräben, des Mittags auf der Kommandostelle, des Abends und auf nächtlichen Gängen bei der Prüfung der Unterkunft und Ruhe zurückgezogener Kompagnien, ohne zu stören, ohne zu nörgeln, sorgend und plaudernd, lobend und doch prüfend und wo nötig rügend und mahnend. Geschah dies alles in echtem Führergeist, trat dazu noch das leider nicht überall herrschende Verständnis für das steigende Ruhebedürfnis der Truppe, dann blieb diese fest in Führers Hand und das Band innerer Zusammengehörigkeit riß auch unter schwierigsten Verhältnissen des Stellungskampfes nicht ab.

Dort, wo es so war, entstiegen die Kämpfer im Vertrauen auf Gott und ihre Führer kraftbewußt und siegesfreudig dem verruchten Graben, als es erneuten gewaltigen Ansturm galt. So war es vor Jahresfrist, so im Hochsommer des entschwundenen Jahres. Was mußte abermals gefordert und geleistet werden, um dem ersehnten Ende des Ringens näher zu kommen, wie schwer fiel oft dem warmen Herzen des Führers der Sturmbefehl! Mit ihren Getreuen sanken diese Führer wie 1914 in Scharen in den Staub durchwühlter Kampfgefilde.

Die Führer der alterprobten Schule deckte in der Mehrzahl der kühle Rasen. Neue, rasch gebildete, wohl gutwillige und meist auch begeisterte, aber wenig erfahrene Führerschaft trat an ihre Stelle. Zufolge des vielfachen Wechsels, der neuen Kampfesweise und oft wochenlang lähmenden Kampfeslage, der nachlassenden Spannkraft und Leistungsfähigkeit der Truppe, des da und dort naturgemäß mangelnden Verständnisses für wahres Führertum ward das Band innerer Zusammengehörigkeit lockerer. Bei aller Hingabe und gutem Willen des Führerersatzes fragte man sich damals oft, ob alle im Laufe des Krieges zur Führerschaft Berufenen dem Volke im Frieden innerlich so nahe getreten waren, wie die Aufgaben es erforderten, die wir nun lösen mußten. Mancher war wohl, ob aus gehobenem Stande, oder aus schlichtem Bürger- und Bauernhaus stammend, bisher allzu achtlos an dem schlichten Mann, am Seelenleben und der Gedankenwelt des einfachen Volkes vorübergegangen, hatte nicht jede Gelegenheit genützt, mit ihm enge innere Fühlung zu gewinnen, war abseits gestanden. Und nun galt es alles, bis zum Opfertod, tagtäglich zu fordern.

In jenen Wochen der kritischen Wendung, der Nervenerschöpfung durch die lange Kriegsdauer, der gesteigerten Sorge um Heim und Beruf und hungernde Lieben zu Hause kroch der giftige Lindwurm der Verhetzung und Zersetzung durch die Kämpferreihen. Die Waffe, die allein ihn sieghaft bezwingen konnte, wäre Vertrauen gegen Vertrauen gewesen. In der Heimat wurde sie stumpf gemacht, und daß sie versagte, dafür wird heute in zielbewußter Irreführung dem „Militarismus" und seinen Trägern, den Berufsoffizieren allein

die Schuld zugeschoben. Man wirft sie wahllos auf die Straße, aus den Lebensberuf, man ächtet und beschimpft sie, — kein größerer Undank ward je gesehen. Man vergißt, daß tausend und aber tausend Männer aller Volksschichten und Berufsstände in der Mehrzahl Führer waren. Im Fieberwahn bolschewistischer Hetze besudelt man das eigene Nest und vergißt, was Volk und Führer gemeinsam vor den staunenden Augen der Welt geleistet haben.

Nun soll auf den Trümmern neuzeitlich aufgebaut werden. Möge uns klar werden, daß dies erfolgreich nur auf dem Fundamente wahren Führertums möglich ist. Ohne dieses wird jeder Neubau in sich zusammenstürzen. Müssen wir im Zukunftsheer mit Freiwilligkeit arbeiten, so sind die starken Säulen einer mustergültigen Führerschaft um so unerläßlicher. Wie wir sie errichten müssen, sollten diese Ausführungen der Allgemeinheit vor Augen führen, die wahrlich am wahren Führertum das höchste Interesse hat und mithelfen muß, es neu zu schaffen. Die beliebten Schlagwörter von Militarismus, Kastengeist, Kommandogewalt und Reaktion zielen darauf hinaus, alle Grundlagen für ein brauchbares Führertum zu untergraben. Leben sie auch in den geplanten Führerschulen fort, statt daß dort dem Gedankengange gefolgt wird, wie er hier entwickelt wurde, so bleibt all unser Mühen um Neuordnung ein leerer Wahn. Daß wahres Führertum keinen Gegensatz zu berechtigten Forderungen der neuen Zeit bildet, das klarzulegen war der Zweck dieser Zeilen. Und wer klaren Blickes rückwärts und vorwärts schaut, muß zu dem Schluß kommen: Nur am wahren Führerwesen kann das deutsche Volk genesen.

Oberst Heinz v. Hoff

Ziele und Wege der deutschkundlichen Forschung

Von Professor Dr. Wilhelm Martin Becker

Seitdem ich mich vor zwei Jahren über die Frage, wie der Unterricht und demgemäß die Vorbildung der höheren Lehrer unter dem Gesichtspunkte der Deutschkunde gestaltet werden könnte, in diesen Blättern (1917 II Seite 137 bis 146) geäußert habe, ist der Gedanke auch weiterhin wirksam gewesen. In weiten Kreisen der Gebildeten ist die Überzeugung durchgedrungen, daß uns in dieser entscheidenden Periode unseres völkischen Daseins eine Wendung nach der nationalen Selbstbesinnung und Selbsterkenntnis nottue. Auch während unser Wirtschaftsleben unter dem Druck der Blockade ächzt und der Unverstand der fanatisierten Masse die Grundfesten unseres materiellen Daseins untergräbt, ist es Aufgabe der Denkenden, dem deutschen Geiste zum Selbstbewußtsein zu verhelfen.

Die Schulregierungen stehen mitten in einem Kampfe um die Einheitsschule, und man wird scharf darauf sehen müssen, daß unserem Volke nicht infolge einer populären Bewegung Kulturgrundlagen und Kulturwerte entzogen werden, auf denen die Tüchtigkeit der Führer unseres Volkes bisher beruht hat. Aber es ist doch kein Zweifel, daß die Schule durch diesen Kampf von der fremdländischen Orientierung abgedrängt und auf unseren eigenen Kulturbesitz hingewiesen wird. Hieraus erwächst unsere Verpflichtung, diese Werte nun auch so klar herauszustellen und zu entwickeln, daß sie in erzieherischer Hinsicht nicht nur ein Ersatz des Fremdländischen, sondern das unserem Volke gemäße Substrat der Bildung werden. Schon beginnt der deutsche Buchverlag, ein zuverlässiges Barometer für

die geistigen Buchdruckverhältnisse, sich auf deutschkundliche Dinge einzustellen, wovon einige vielversprechende Neuerscheinungen zeugen.[1])

Ich habe in dem erwähnten Aufsatz versucht, den Kreis der Wissenschaften zu bezeichnen, die einem künftigen Deutschkundelehrer zu kennen Erfordernis sein wird, und ich habe damit auch ungefähr den Kreis der deutschkundlichen Wissenschaften überhaupt umschrieben. Dabei durfte ich nicht unerwähnt lassen, daß mehrere der für notwendig gehaltenen Lehrfächer auf unseren Hochschulen fehlen oder doch nicht hinreichend gepflegt werden, so daß der Student auf privates Studium angewiesen ist, wenn er den ganzen Kreis des hierher gehörigen Wissens sich aneignen will.

Aber bei weiterem Durchdenken der Frage scheint es mir jetzt, als ob man dies von dem Studenten nicht verlangen könne. Eine Synthese all dieser Wissenschaften setzt das Vorhandensein der gemeinsamen Idee voraus. Das hieße nichts anderes, als daß der Mulus bereits die Idee der deutschkundlichen Einheit in seinem Geiste trüge, wenn er zur Universität käme, also eine Idee, die doch erst als Krönung aus der Kenntnis der Einzelwissenschaften erwachsen kann. Es ist also erforderlich, daß der Zusammenschluß aller Wissenszweige vorher ideell erreicht wird. Denn ist es eine Synthese, so darf es kein Konglomerat sein. Es kann also nicht dabei bleiben, daß die zahlreichen Einzelwissenschaften, die in der bisherigen Facheinteilung ganz verschiedenen Zweigen angehören, jede um ihrer selbst willen getrieben werden, sondern ein Gemeinsames muß es sein, auf das wie auf einen Brennpunkt die Strahlen aller Einzelfächer zusammenlaufen: die Selbsterkenntnis des Deutschen. Wie das „Erkenne dich selbst" dem einzelnen Menschen erst den Weg erleuchtet, den er seinem Wesen gemäß gehen muß, so wird die Erkenntnis der eigenen Volksart jedem Volksgenossen die Wegemarken geben, denen er zu folgen hat, wenn er im Aufbau und der Ausgestaltung seiner persönlichen Angelegenheiten und der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Zustände seines Volkes nicht von der ihm gemäßen Straße abweichen will; mit anderen Worten: wenn er sich fernhalten will von unersprießlichem Experimentieren mit fremden Vorbildern.

Also kein Nebeneinander der vorhandenen Wissenschaften mit ihren Zielen und Methoden, sondern entsprechend dem veränderten Ziel eigene Methode.

Die wissenschaftliche Forschung und Lehre stand bisher unter dem Gesichtspunkt der Ermittelung und Fortpflanzung der objektiven Wahrheit; davon darf auch die Deutschkunde nicht abweichen. Aber sie wird sich nicht darauf beschränken, die Tatsächlichkeiten im großen wie im kleinen zu erarbeiten, sie zu rein sachlichen

[1]) Ich verweise hier auf die beiden Sammlungen „Deutschkundliche Bücherei" (Quelle u. Meyer, Leipzig, seit 1917, Preis 60 Pf. bis 1,20 Mark) und „Volksbücher zur Deutschkunde" (Schulwissenschaftlicher Verlag A. Haase, Leipzig, seit 1918, je 1,10 Mark). Während die erstere Reihe, soweit sie bis jetzt vorliegt, sich auf den Kreis der bisherigen Germanistik beschränkt und dort eine Anzahl durch erste Fachleute bearbeiteter kleiner Hand- und Elementarbücher aufweist, hat der Herausgeber der zweiten, Walther Hofstätter (über sein Buch vgl. „Grenzboten" 1917 II, 140) den Begriff Deutschkunde wesentlich tiefer erfaßt. „Sie behandelt ein Gebiet nur, sofern es beiträgt, die Gesamtentwicklung des deutschen Geistes und Charakters zu erkennen." Bisher lagen mir sieben Bändchen der ersten, fünf der zweiten Sammlung vor. Zur ersten gehören: Deutsche Namenkunde von F. Kluge, Lautkunde von Brenner, Verslehre und Einführung in das Mhd. von Blümel, Heldensage von Mogk, Volkslied von Böckel, Märchen von von der Leyen (letzteres auch im Sinne Hofstätters bedeutsam). In der Sammlung „Volksbücher" behandelt A. Götze in anregender Weise „Wege des Geistes in der Sprache", A. Bernt die jetzt vielumstrittene Frage von „Humanismus und Deutschtum" mit anerkennenswerter Unparteilichkeit, H. Schmid-Kugelbach spürt der Eigenart „deutscher Frömmigkeit" nach, W. Ganzenmöller zeichnet auf knappem Raum die Grundlinien des deutschen Wesens im ersten Jahrtausend, E. Lehmann läßt uns, wenn auch nur in Stichproben, Einblick nehmen in „Deutsches Volkstum auf Vorposten", indem er von elf verschiedenen Sprachinseln bald Sprache, bald Sitte, Sage oder Siedlung behandelt. Beide Sammlungen bieten mannigfache Förderung und lassen uns wünschen, daß bald die in Aussicht genommenen weiteren Hefte folgen möchten.

Gruppen zusammenzufassen und den Schülern vorzutragen. Sie muß vielmehr alle Tatsächlichkeiten unter den Gesichtspunkt rücken, ob und inwiefern sie dazu angetan sind, die Wesensart des deutschen Menschen erkennen zu lassen. Sie muß ihre Zusammenfassungen danach orientieren, daß Teilbilder der so beschaffenen deutschen Volksart gewonnen werden. Sie muß danach streben, daß aus diesen Teilbildern ein Gesamtbild, vielleicht ein Gesamtbegriff des Deutschtums erhalten wird. Sie wird daher die bisherigen Abgrenzungen der Einzelwissenschaften grundsätzlich verneinen. Denn es geht nicht an, aus Literatur allein, aus Kunst, aus Philosophie, aus Wirtschaftsgeschichte allein, natürlich auch nicht aus Rassenphysiologie und Biologie allein ein irgendwie zureichendes Verständnis für den deutschen Menschen einer bestimmten Zeit oder gar der gesamten Vergangenheit bis zum heutigen Tag erschließen zu wollen. Hierzu erweist sich die Arbeitsteilung der Forschung und Lehre — so fruchtbar sie für die Heuristik bisher gewesen ist — als ganz unzureichend. Eine synthetische Arbeitsweise unter dem Gesichtspunkt des Deutschen ist es, was uns heut frommt. Sie ist möglich, nachdem die Einzelwissenschaften im letzten Jahrhundert an Stofferschließung und Analyse so viel vorgearbeitet haben.

Nur auf diese Weise kann auch unser Wissen in höherem Maße fruchtbar werden. Der bisherige Betrieb der Geisteswissenschaften ist nicht umsonst von der Übermacht der Naturwissenschaften in den Hintergrund gedrängt worden. Die Gegenwart hat die Neigung, alle Arbeit, deren Ertrag nicht unmittelbar ersichtlich ist, als unnütze Spielerei zu verwerfen. Die Naturwissenschaften zeigten in ihrer Anwendbarkeit in Technik und Medizin den unmittelbaren Ertrag. Die Menschen der Gegenwart haben den Geisteswissenschaften damit freilich Unrecht getan. Die grobschlächtige Betrachtungsweise des durchschnittlichen Materialisten der letzten Jahrzehnte hatte gar kein Organ für die geistesbildende und verfeinernde Wirkung der Beschäftigung mit Kunst, Geschichte und Philosphie. Aber in rein ideeller Bildung und Erkenntnis liegt doch die Gefahr, daß über dem geistreichen Spiel der Gedanken die diesseitigen Ziele des Menschen, der doch nun einmal auch ein Erdenmensch ist, verloren gehen, eine Gefahr, der „das Volk der Dichter und Denker" je länger je mehr ausgesetzt ist. Mir scheint, daß selbst die Romantik, die nach der zeitlosen und gewissermaßen raumlosen Größe Kants und Goethes zuerst wieder fühlen lernte, daß Beschränkung auf das Nationale nicht Beschränktheit bedeute, doch dieser Gefahr erlag, und daß erst von der Staatspolitik her, der am wenigsten sublimen Geistesbetätigung, der Volksgedanke aus der Sphäre des Gefühls in den Bereich der Greifbarkeit gerückt wurde. Und auf dem Gebiete der Politik — im höchsten und weitesten Sinne verstanden — ist die Kenntnis vom deutschen Menschen am meisten anwendbar.

Es ist nun ein Versäumnis der Geisteswissenschaften gewesen, daß sie nicht längst dem Deutschbewußtsein, das doch erwacht war, für den Bereich seines Wissenschaftskomplexes die Rolle des Richtbegriffes zugewiesen haben, zumal sie hier eine Brücke zu den Naturwissenschaften hätten schlagen können. Der Mensch ist Naturwesen und Geistwesen, und der deutsche Mensch muß von beiden Seiten her betrachtet werden. Beide Seiten ergänzen und erklären einander.

Aus der Neuorientierung der Wissenschaften unter dem Gesichtspunkt des Deutschtums werden neue Ergebnisse erwartet werden dürfen. Wir werden den körperlichen Habitus und das geistige Leben des deutschen Menschen von der Urzeit bis zur Gegenwart und insbesondere des Menschen in verschiedenen sozialen und Bildungsschichten, und auch des Angehörigen jedes Einzelstammes studieren. Wir werden aus dem Vergleich mit der Wesensart der Nachbarvölker wertvolle Aufschlüsse erhalten. Wir werden insbesondere bedeutsame Beobachtungen darüber anstellen, wie sich der Deutsche fremden Einflüssen gegenüber verhält, die früh von Christentum und Kirche, von Römerzügen und Kreuzzügen, von Slawenkämpfen und kolonialer Betätigung, von französischen höfischen Vorbildern und gotisch-künstlerischen Anregungen in Deutschland eindringen. Das Bettelmönchtum wird nicht weniger wie das römische Recht, die Pariser Scholastik nicht weniger wie

der italienische Humanismus, die Renaissanceeinflüsse wie der Kalvinismus, spanische Moden und französisches Alamodetum, englische Schauspielkunst und spanische Militärorganisation, englischer Deismus und französischer Rokoko — die ganze Fülle der Rezeptionen, von denen die letzten Jahrhunderte voll sind — sie alle werden mit der Frage betrachtet werden müssen: was hat der deutsche Mensch davon angenommen, wie hat er das Angenommene umgestaltet, umgedreht, eingedeutscht; wie sah die deutsche Kraft aus, die sich an dem Fremden bewährte, welche Tendenzen in den neugebildeten Denk-, Kunst- und Lebensformen haben wir also als spezifisch deutsch anzusprechen? Hand in Hand damit müßte eine Betrachtung der Körperlichkeit des deutschen Menschen gehen wie sie sich umgestaltete, degenerierte oder sich regenerierte unter dem Einfluß der Stammes- und Rassenmischung. Ich darf darauf hinweisen, wie Materialien und Anfänge zur Lösung all dieser Fragen schon vielfach, besonders in der neueren Kulturgeschichtsschreibung, vorliegen. Auch hat z. B. die Kunstgeschichte bereits begonnen, selbst in den konventionellen Plastiken der frühen Gotik den Stammestypus und die Rassigkeit der dargestellten Schicht zu beachten. Aber was bisher nur gelegentlich oder für ein einzelnes Gebiet festgestellt worden ist, wäre jetzt systematisch in Bearbeitung zu nehmen. Es muß gelingen — und damit ist angedeutet, worin ich den beschreitbaren Weg für diese ganze Untersuchungsweise sehe — eine psychische und physische Typik der Deutschen in der Vergangenheit zu entwickeln.

Auf beiden Gebieten, dem körperlichen und dem geistig-seelischen, muß dieses aufwachsende Wissen auslaufen in eine vorstehende Betrachtung der Gegenwart. Der heutige deutsche Mensch wird ein ungeahnte Beleuchtung erfahren, wenn erst der Deutsche der Vergangenheit uns greifbar nahesteht. Wir verstehen die Ereignisse der Gegenwart und des Menschen der Gegenwart in ihrem bisher oft unbegreiflichen Tun und Denken, wenn wir ihre rassenmäßige und ihre seelische Erbschaft aufgehellt sehen. Hier muß der familiengeschichtlichen Forschung ihr Platz im Organismus der deutschkundlichen Wissenschaft angewiesen werden; nicht aus eitlem Ahnenstolz, sondern um endlich aus dem bisher zerstreuten Material der körperlich, geistig und sozial auf- und absteigenden Geschlechterfolgen Schlüsse zu ziehen auf die Deutschen der Gegenwart.

Die heutigen Zustände: politische und soziale Verhältnisse, Stände- und Stammesmischung, Binnenwanderung, bevölkerungshygienische und berufspolitische Fragen, aber auch Parteidoktrinen, die öffentliche Meinung in ihren instinktiven Unterlagen — alles wird bis zu einem gewissen Grade seinen wissenschaftlich erklärenden Unterbau finden. Ihn wollen wir suchen, aber nicht um sagen zu können: alles verstehen heißt alles verzeihen — sondern um die Möglichkeit zu gewinnen, lenkend und regelnd einzugreifen, ohne den herrschenden Meinungen oder der Überredung durch die einseitig beeinflußte Presse zu unterliegen. Wir erlangen so eine wohlgegründete Überzeugung von dem, was dem deutschen Volke nottut, und sie in die Jugend, in die Zukunft hineinzutragen, sie mit der Waffe der Presse und erzieherischer Volksbildung, durch Schrifttum und Schaubühne zu vertreten zum Heile des deutschen Gedankens, das ist eine Aufgabe, an der sich die Edelsten unseres Volkes versuchen sollten.

Ein unübersehbares Arbeitsfeld für diese und die folgende Generation! Aber diese Arbeit muß, soll sie bald fruchtbar werden und nicht in tausend Spezialismen zerflattern, einen Mittelpunkt haben, an dem alles, was auf dem gesamten Gebiet geleistet wird, gesichtet, die Fäden verknüpft, Hinweise gegeben und wichtige Untersuchungen angestellt werden. Die Gründung eines Forschungsinstituts für die Wissenschaft vom Deutschtum erscheint dringend erforderlich. Es wird die wichtige Aufgabe haben, die vielleicht im Anfang schwer herzustellende Einheit in der Mannigfaltigkeit zu gewährleisten, das Zusammenwachsen des neuen wissenschaftlichen Organismus zu fördern und zu überwachen.

Auf einige Aufgaben für die deutschkundliche Forschung mag zum Schlusse noch hingewiesen sein. Die unbedingt nötige Bibliographie und Museographie zur Deutschkunde kann wohl nur von dem vorgeschlagenen Institut geschaffen und

dauernd weitergeführt werden. Sodann gilt es alles zu sammeln, was zur Klärung des Begriffes „Deutsch" bereits ermittelt und ausgesprochen worden ist: — in letzter Zeit nicht wenig! — der Begriff ist in all seiner Vielseitigkeit als Einheit herauszuarbeiten — nach seiner physischen und psychischen Seite — und dabei der gegenwärtigen und früheren Auffassungen des eigenen Volkes und fremder Völker, das im Innern des deutschen Menschen empfundene Ideal seiner selbst und des von ihm als undeutsch Empfundenen zu werten. Gefördert wird im gleichen Sinne unser Erkennen, wenn systematisch das Verhalten der Deutschen zu Fremdströmungen in ihrer Mitte und ihr Leben inmitten eines fremden Volkes, auf Reisen oder als Auswanderer, beobachtet wird. In der spezielleren Untersuchung wird stets der Vergleich mit dem Fremdvolk richtunggebend und aufklärend wirken. Wie schon oben angedeutet, wird die Frage: wie reagiert der deutsche Geist auf die fremden Kultureinflüsse? reichen Aufschluß bringen. Man wird ferner nicht nur aus dem Geist der Gotik und des deutschen Rechtes schöpfen, sondern man wird den deutschen Einschlag in der Weltanschauung des Mittelalters (die deutsche Variante) wie in der Philosophie der Neuzeit suchen, im Staatsideal des Mittelalters, im Persönlichkeitsideal der Renaissance, die deutsche Ausprägung in der lateinischen Literatur des Mittelalters wie der deutschen Humanisten den deutschen Faktor, und diesen wird man auch unter der Herrschaft des römischen Rechtes und unter der Beeinflussung des Christentums durch humanistische Rhetorik nicht vergessen dürfen. Der immer deutlicher im Laufe der Jahrhunderte heraustretende deutsche Hochschultyp erscheint dann als äußere Form, die sich die deutsche Geistesarbeit geschaffen hat. Für jede Kunst gesondert wird zu fragen sein: was ist hieran deutsch, d. h.: was würde in Inhalt und Form dem Wesen des Franzosen, Engländers, Italieners ungemäß sein? So wird man schließlich dahin kommen, Charakter und Tempo deutscher Kulturentwicklung, gemessen an der fremden, zu erkennen und daraus Schlüsse auf unseren kulturellen Stand in Gegenwart und Zukunft zu gewinnen. Nicht anders bezüglich der Staats- und Sozialentwicklung. Denn auch eine Betrachtung der Eigenart der sozialen Verhältnisse wird dem Ziele, deutsche Wesensart zu erkennen, näher führen. Werden und Wandlungen des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, Bevölkerungsdichte, Aus- und Binnenwanderung, die Differenzierung der Deutschen nach Beruf und Bildung — all dies wird geschichtlich betrachtet Aufschlüsse für das hineinverwobene deutsche Wesen und den Volkscharakter geben. Vor allem verspreche ich mir viel von der Herausarbeitung des Typischen im sozialen Auf- und Abstieg nach Stammbäumen und Ahnentafeln deutscher Familien. Hier berührt sich die Untersuchung des Sozialen eng mit der physischen Beschaffenheit und hierdurch mit der Rassenforschung, die für unser Volk nunmehr auf möglichst sicheren Grundlagen weiterzuführen wäre. Eine Aufgabe des Forschungsinstituts wäre die Anlage eines Codex imaginum deutscher Köpfe aus allen Zeiten zur Ermittlung des Kopf- und Gesichtstyps. Auch die Frage nach dem Zusammenhang von Rassenmischung und Sprachentwicklung wäre zu klären; vielleicht könnte auf die Entstehung und Wandlung der Stammes- und Landschaftsdialekte hierbei noch neues Licht geworfen werden. Denn was für das Gesamtvolk ermittelt werden kann, sollte auch für die einzelnen Stämme spezialisiert werden; die Forschung müßte Hand in Hand mit der Volkskunde gehen, die ja bereits ein massenhaftes nur zum Teil systematisch verarbeitetes Material besitzt. Was wissen wir über die physischen und psychischen Charaktere der Stämme in Vergangenheit und Gegenwart? Inwiefern stehen Stammespsyche und Landschaft in Beziehung? (Eine Sammlung von Nachrichten und Bildern über die Landschaften früherer Zeiten und ihre Abwandlung wäre als Vorarbeit erwünscht!). Auch der Zusammenhang zwischen Stammeszugehörigkeit und künstlerischer Produktion muß stärker beleuchtet werden. Im übrigen halte ich es für geboten, sämtliche deutsche Stämme und Landschaften monographisch zu behandeln, nach Art von Riehls klassischem Buch über die Pfälzer. Diese Arbeiten über Stammesart sind eilig, da die fortschreitende Mischung der Stämme die Eigenart immer mehr verwischt.

Auch die Dialekte, Trachten und Gebräuche der Auslanddeutschen sollten systematisch gesammelt und monographiert werden.

Die Fülle und Vielseitigkeit der Aufgaben, die der Forschung hier erwachsen, wird aus diesen Andeutungen bereits erkennbar. Sie von möglichst vielen Stellen her in Angriff zu nehmen, liegt im Interesse unseres Volkes und seiner Führer. Den Schwierigkeiten ihrer Lösung wird man sich nicht verschließen, aber wann wäre die deutsche Wissenschaft vor Schwierigkeiten zurückgewichen? Beharrlichkeit und immer neuer Angriff haben noch stets zum Ziel geführt. Und hier handelt es sich um unseren eigensten und tiefsten Besitz und um das Erbe der kommenden Geschlechter.

Neue Bücher

Das praktische Interesse an Völkerbundsfragen dürfte seit dem Herauskommen der Friedensbedingungen nicht allzu groß sein. Aber der Gedanke des Völkerbundes wird aus der politischen Öffentlichkeit nicht mehr verschwinden können. So ist es dankenswert, daß die „Deutsche Liga für Völkerbund" die beiden bisher vorliegenden amtlichen Entwürfe in ihren Flugschriften veröffentlicht. („Wilsons Völkerbundplan, die Akte der Pariser Konferenz vom 14. Februar 1919 mit einem Interview vom Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau und einer kritischen Einleitung von Dr. Hans Wehberg," Verlag von Reimar Hobbing, Berlin; „Der Völkerbundsvorschlag der deutschen Regierung mit dem Entwurf für ein Weltarbeiterrecht eingeleitet von Hans Wehberg und Alfred Manes." Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin.)

In der Einleitung zum Völkerbundentwurf der Entente gibt Dr. Hans Wehberg zunächst die historische Entwicklung, die von den Haager Konferenzen zum Wilsonschen Gedanken des Völkerbundes führt, ohne hierbei auf die grundsätzliche, theoretische und politische Stellungnahme, die gegen das Haager Werk eingenommen wurde, einzugehen. Er bemüht sich sodann, die wichtigsten Punkte des Entwurfes hervorzuheben und kritische zu beleuchten. Bemerkt sei noch, daß der französische Text des Entwurfes neben der deutschen Übersetzung veröffentlicht wird.

In der Einleitung zum deutschen Entwurf versucht Wehberg die Punkte herauszuarbeiten, in denen die beiden Entwürfe zusammenfallen oder auseinandergehen.

Zu dem Entwurf für ein Weltarbeiterrecht gibt Prof. Manes eine Einleitung, die kurz auf die sozialrechtliche Bedeutung einer internationalen Regelung des Arbeiterrechts hinweist. Carl Georg Bruns

Schweden. Eine politische Monographie. Von Rudolf Kjellén. Deutsch von E. Koch. München und Berlin, R. Oldenbourg, 1917. — Nachbarvölker Deutschlands. Monographien ihres politischen und kulturellen Lebens. Herausgegeben von Friedrich Meinecke. Bd. 1. 174 S.

Vor hundert Jahren etwa hatte E. M. Arndt, zu seiner Zeit einer der besten Kenner Schwedens, in verschiedenen Schriften und Aufsätzen den Blick der Deutschen auf dieses Land gelenkt und zwar nach seiner eigenen Methode, die von ihm in den Vorlesungen über historische Charakterschilderungen und später in dem Versuch in vergleichender Völkergeschichte angewandt worden war. Dann kam der Historiker Arndt über den neuen Systemen der Geschichtsschreibung, den Darstellungen der politischen Veränderungen durch Kriege und Revolutionen, durch Erschließung neuer Länder und Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen in

Vergessenheit. Nun zeigt uns wieder einer der ersten jetzt lebenden Historiker Schwedens, Rudolf Kjellén, Professor an der Universität Upsala, sein Land in ähnlicher Betrachtung, und es flammen Schlaglichter auf, die uns an den älteren deutschen Meister erinnern.

Bei der Stoffordnung zu dieser „politischen Monographie" war Kjellén sein eigenes Muster. Hat er doch in seinem kurz vorher erschienenen Buche: „Der Staat als Lebensform" ausführlich die diesbezüglichen Grundsätze entwickelt (vgl. über sie Grenzboten 1917, Heft 48). Jedes der Hauptkapitel könnte als besondere Monographie gelten. Zuerst wird das schwedische Reich als solches — äußere Orientierung, Individualität, Territorium und Dominium, worunter die Hilfsquellen des staatlichen Lebens im Lande verstanden sind — geschildert. Sodann die Entwicklung des Reichshaushaltes, d. h. die Verwertung der natürlichen Hilfsquellen selber. Die Trennung dieser beiden Abschnitte ergibt nicht immer eine Abrundung des Stoffs und führt zu unvermeidlichen Wiederholungen und Hinweisen. Gerade hier erscheint die unüberbrückte Lücke zwischen der Geschichte und Geographie in der Methode Kjelléns am deutlichsten. Es folgen die großen Abschnitte über das „Volk" — Entwicklung, Nationalitätsproblem, Volkskörper, Volksseele —, die „Gesellschaft" und das „Staatsregiment", die hier eben nur genannt werden können. Vieles darin greift uns Deutschen ans Herz. Der männliche, urgermanische Charakter des Volkes, seine Abkehr von abstrakten und schematischen Linien zu reinem persönlichen und vertieften Individualismus, der religiöse Sinn, der aus der Natur des Landes seine Nahrung zieht, die ritterlichen Tugenden, die den Schweden mehr zum Helden als zum Händler machen, das stolze Bewußtsein, nie unter der Botmäßigkeit eines anderen Volkes gestanden zu haben, und das unbestrittene Recht, das älteste Kulturvolk Europas hinsichtlich der staatlichen Einheit zu sein, das alles läßt uns nicht ohne stillen Neid, mit Bewunderung und Wünschen auf unsern nördlichen Nachbar blicken. Klar in der knappen Fassung seiner Sätze, unbeirrt durch anderer Meinung, die wohl in manchen Einzelheiten durchaus Geltung haben könnte, setzt Kjellén auseinander, wie Ausbildung und Verwaltung des schwedischen Staates keine Schöpfung von Doktrinen, keine Nachahmung fremder Muster, sondern aus eigenen nationalen Wurzeln emporgewachsen ist, wie in dem Kampfe zwischen König und Reichstag zugunsten des letzteren entschieden wurde, und wie die Rechte desselben in Gesetz und Praxis begründet sind. Mr.

Geschichte der polnischen Literatur von Professor Komischke. — Priebatschs Verlagsbuchhandlung, Breslau 1919.

Die deutsche gebildete Welt kennt von polnischen Dichtern zumeist nur einen: Sienkiewicz, und diese Bekanntschaft ist dem national-deutsch Empfindenden nicht ganz sympathisch. Dennoch, meine ich, sollten wir gerade in diesem Augenblick Antipathien überwinden und energisch uns vertiefen in die Psyche des Polen. Hätten wir es früher getan, vieles — alles wäre anders. Verloren ist nun freilich verloren. Nachtrauern hat keinen Zweck. Im Blick auf die Zukunft aber tut es not, sich vor Augen zu halten, daß Polen und wir nolens volens aufeinander angewiesen sind, freilich die ersteren stärker auf uns als wir auf sie. Es ist unbedingt nötig, daß nicht nur die leitenden Stellen, sondern die Öffentlichkeit im weitesten Maße sich besser informiert über unsere östlichen Nachbarn als bisher, nicht allein volkswirtschaftlich, sondern vor allem völkerpsychologisch. Die Politik hat allgemein den psychischen Faktor viel zu wenig berücksichtigt. Nun kann nicht jeder an Ort und Stelle seine Studien machen. Er muß sich beraten lassen von Sachkundigen. Die Grenzboten sind seit langem vornehmlich bezüglich Polens eifrige und wohlinformierte Berater. Wer aber selbst sich Urteilsgrundlagen bilden will, bleibt angewiesen auf die polnische Literatur und Geschichte. Wir besitzen in H. Brückners Geschichte der polnischen Literatur (Leipzig. 1909) eine tiefschürfende Arbeit, die des Polentums intimste Wesenszüge darzutun weiß. Für weitere Kreise, für die hastige, zeitknappe Gegenwart ist solches Werk freilich

zu umfänglich. Im Interesse möglichster Verbreitung von Sachkenntnissen darf darum Komischkes kleines Kompendium besonders willkommen geheißen werden, um so mehr, als es auf Brückner fußend dessen hauptsächlichste Erkenntnisse vermittelt. Der Verfasser will — nach seinem Vorwort — die „Fülle von Mißverständnissen", einen „Berg von Rassenüberhebung und Völkerhaß" Frieden bringend überbrücken helfen. Man könnte danach eine gewisse Einseitigkeit der Darstellung befürchten. Der Verfasser befleißigt sich jedoch erfreulicherweise möglichster Objektivität und gibt sehr interessante Charakteristiken von den Dichtern, ihren Werken und den Zeitumständen und stellt den nationalen Charakter der polnischen Literatur ins rechte, hellste Licht, daraus sich für deutsche Dichter der Gegenwart gewisse Lehren ziehen lassen, wie etwa aus dem Urteil über Kraszewski (S. 218): „... er machte das polnische Buch heimisch im Salon wie im Kämmerchen; er überschwemmte das Publikum mit leicht und lose gemachten, aber stets interessanten Sachen, und wenn nationale Literatur nationaler Apathie am wirksamsten entgegen zu arbeiten hat, so ist seine Leistung unschätzbar. Hatte Mickiewicz die polnische Poesie geschaffen, so schuf er die Prosa, die hausbackene, alltägliche, die für das nationale Leben fast wichtiger ist, als das poetische Pracht- und Prunkkleid der Festtage. Für seine entmutigte, verzagende, schlaffe Zeit hat er mehr gewirkt als der größte Genius, dessen Fluge nicht alle folgen können." —

Dr. K.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

den Bezug zum III. Vierteljahr 1919 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 9.— M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW 11

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37.

Politiſches Heldentum

Von Carl Georg Bruns

Als der deutſche Zuſammenbruch im Oktober und November 1918 die von langer Hand angeſammelten Krankheitsſtoffe im deutſchen Volkskörper zum akuten Ausbruch brachte, da war eins der hervorſtechenden Krankheitsſymptome der Ruf nach dem Schuldigen. Von ganz verſchwindenden Ausnahmen abgeſehen war ſich damals die geſamte deutſche Öffentlichkeit über die Schuld der alten deutſchen Regierung einig. Man ſah die Schuld verſchieden. Die einen ſprachen der alten deutſchen Regierung die Schuld für die Herbeiführung des Krieges zu, andere glaubten zwar an eine noch größere Schuld des Auslandes, ſahen aber doch in dem Verlauf des Krieges den Beweis dafür, daß eine weitſichtige deutſche Regierung einen, wie man meinte, ausſichtsloſen Krieg um jeden Preis hätte verhindern müſſen, jedenfalls aber ſah man eine ſchwere Schuld darin, daß der Krieg nicht längſt zum Abſchluß gebracht worden war.

Als im Verlauf des Krieges der erbitterte Kampf im öffentlichen Leben Deutſchlands um die Kriegsziele und die Anwendung der militäriſchen und politiſchen Mittel der Kriegführung tobte, da ging durch alle Meinungsverſchiedenheiten ein großer Gegenſatz hindurch. Nicht zum Vorteil einer ſachlichen Klärung der Gegenſätze, die gegeneinander ausgekämpft wurden, iſt dieſe Tatſache durch allgemeine Schlagworte wie Verſtändigungs- und Verzichtfrieden auf der einen, Gewaltfrieden auf der anderen Seite verdunkelt worden. Zum gleichen Schaden glaubten im allgemeinen auch bei dem Kampf um den deutſchen U-Boot-Krieg die Verfechter der verſchiedenen Anſichten, daß ſie lediglich in Fragen der Zweckmäßigkeit und der Taktik auseinandergingen. In Wahrheit ſtand bei allen dieſen Kämpfen derſelbe große Gegenſatz im Hintergrunde. Auf der einen Seite ſtanden die Männer, die an eine Beendigung des Krieges durch Verſtändigung glaubten, die es für möglich hielten, durch ein Mehr oder Weniger von Zugeſtändniſſen die Baſis für einen Friedensſchluß herſtellen zu können; die Männer, die glaubten, es gälte nur Mißverſtändniſſe aus dem Wege zu räumen, und die deshalb logiſcherweiſe zu der Folgerung kamen, daß man auch dem Gegner die politiſche bona fides zubilligen müſſe. Auf der anderen Seite ſtanden alle die, die beim Gegner den rückſichtsloſen Vernichtungswillen erkannt zu haben glaubten, die Deutſchland an einem welthiſtoriſchen Scheidewege angelangt ſahen, wo der eine Weg das Bismarckſche Werk der Aufrichtung eines einheitlichen ſtarken deutſchen Reiches zum endgültigen Abſchluß führte, und der andere Weg das Ringen der letzten Jahrhunderte mit einem Schlage zunichte machen mußte. Je nach dieſer verſchiedenen Einſtellung gegenüber den Kräften, die zum Kriege

geführt hatten und die das Lebensprinzip für die Fortführung des Krieges bildeten, mußte auch die Stellungnahme zu den praktischen Fragen der Politik und der Kriegführung während des Krieges sein.

Auch wenn man über die Aufrichtigkeit der verschiedentlichen deutschen Friedensschritte verschiedener Ansicht sein sollte, und wenn man der Auffassung huldigt, daß bei größerer Geschicklichkeit eine Annäherung an den Gegner sich hätte erreichen lassen, ist doch eins sicher: die Entente, und bei ihr gab bis ins Frühjahr 1918 England den Ausschlag, hätte den Frieden oft haben können, wenn sie ihn ernstlich gewollt hätte. Daß die deutsche Regierung um sogenannter alldeutscher Kriegsziele willen, wie flandrische Küste, Longwy, Briey und dergleichen den Krieg fortgesetzt hätte, wenn sie wirklich auf einen ernsthaften englischen Verständigungswillen gestoßen wäre, wenn sie ohne die Möglichkeit, um die Sache herum zu reden, klar hätte Farbe bekennen müssen, ob Verständigungsfriede oder Fortsetzung des Krieges für imperialistische Ziele, kann als ausgeschlossen gelten. Und dabei wäre das Ergebnis für England immer ein recht erfreuliches gewesen. Der russischen Gefahr wäre es für absehbare Zeit ledig gewesen. Auf dem Weltmarkt hätte es durch die lange Abschließung Deutschlands infolge des Krieges einen Vorsprung vorausgehabt, den Deutschland schwer hätte einholen können, und das Ziel der Landbrücke Indien-Ägypten hätte es bei der türkischen Kriegsmüdigkeit wohl in etwas verklausulierterer Form aber sachlich kaum weniger vollständig als jetzt selbst mit türkischer Einwilligung erreichen können.

Warum hat England bei dieser Sachlage den Krieg fortgesetzt? Wenn England wirklich die händlerische Nation ist, für die wir es noch jetzt im allgemeinen halten, warum hat es dann Hunderttausende seiner eigenen Söhne auf die Schlachtfelder geschickt, hat es Amerika einen Einfluß auf seine Politik eingeräumt, der vor dem Kriege nie für möglich gehalten wäre, hat es im fernen Osten Japan die unbestreitbare Vorherrschaft erringen lassen, und hat es Japan und Amerika zusammen zu einem wirtschaftlichen Wettbewerber werden lassen, wie es vorher nicht so bald zu befürchten gewesen wäre? Churchill hat vor mehreren Wochen eine Rede gehalten, aus der hier folgende Sätze entnommen seien: „Während wir über die Art, wie unsere Angelegenheiten geführt werden, murren, ist der übrige Teil der Welt und fast alle unsere Feinde von Bewunderung für das britische System erfüllt. Kann ich es wohl sagen, wir sind gerade noch durchgekommen? Je mehr man unterrichtet ist, um so mehr weiß man, auf was für einem schmalen, engen und gefährlichen Wege der Erfolg sich uns zuwandte. Beim ersten Ansturm war Frankreich nahe daran, zerstört zu werden, noch etwas länger, und die Unterseebootskriegführung anstatt Amerika uns zu Hilfe zu rufen, hätte uns durch Hunger zur Übergabe gezwungen. Sogar nach dem 21. März war die Gefahr außerordentlich groß, wie für Paris so auch für die Kanalhäfen. Aber weil die ganze Nation zusammenarbeitete ohne zurückzuweichen, weil wir gesund waren, erfüllt von allen männlichen tapferen Eigenschaften, und weil wir das Recht auf unserer Seite hatten, sind wir durchgekommen." Oft während des Krieges, darüber kann ein Zweifel gar nicht bestehen, hätte ernsthafter englischer Friedenswille zu einem Ergebnis führen können, daß der englischen Weltgeltung zum mindesten die gleichen Aussichten ließ, wie sie vor dem Kriege bestanden. Auf der anderen Seite drohte die Gefahr der Niederlage. Warum hat die englische Regierung das schwere Risiko der Fortführung des Krieges auf sich genommen, und wie konnte sie bei dieser Politik den nötigen Rückhalt im englischen Volke finden?

Es ist oft darauf aufmerksam gemacht worden, daß fast alle von England geführten Kriege anfangs nur schwächlich, ja mit einer gewissen Leichtfertigkeit geführt worden sind, daß aber im Verlauf der Kämpfe und in dem Maße, in dem die Gefahren eines unglücklichen Ausganges wuchsen, die Kraftanspannung des englischen Volkes zur Erreichung des Endsieges gewachsen sind. Wenn man die englische Politik und die englische Kriegführung schon als eine auf die Verwirklichung von Geschäftsinteressen gerichtete auffassen will, so handelt es sich doch

jedenfalls um Geschäfte auf sehr lange Sicht. Wenn dieser Tatsache gegenüber die öffentliche Meinung in Deutschland die geschichtliche Entwicklung vor und während des Krieges nur unter dem Gesichtspunkte ansieht, daß der Krieg hätte vermieden werden oder rechtzeitig hätte abgebrochen werden müssen und können, und den hier vertretenen Gedanken, dessen Richtigkeit, wie stets bei historischen Beweisführungen, sich selbstverständlich auch nicht zwingend dartun läßt, fast von jeder Erwägung ausschließt, so liegt dies daran, daß es unserer politischen Grundstimmung fast unmöglich ist, sich in eine heldische Auffassung der politischen Aufgaben eines Staates hineinzufinden, die das Schicksal des ganzen Staates oder doch die Wohlfahrt und das Glück der lebenden Generation auf das Spiel setzt, um eine größere Zukunft herbeizuführen. Die großen Führer in der Geschichte unseres Volkes haben diesen Geist besessen. Friedrich der Große, Bismarck und auch Wilhelm der Erste haben stets gewußt, daß bei den großen Würfen ihrer Politik alles verloren werden konnte. Gemeingut des deutschen Volkes ist dieser Geist, vielleicht mitbedingt durch die innerpolitische Entwicklung in den Bahnen des Obrigkeitstaates, nicht geworden.

Das Wort des Reichsministerpräsidenten Scheidemann von dem Hazardeur des Weltkrieges, das er Ludendorff gegenüber gebrauchte, hat bei uns in weitesten Kreisen die von Scheidemann beabsichtigte Resonanz gefunden, daß nämlich damit das politische Verdammungsurteil über Ludendorff gesprochen sei. Demgegenüber darf mit vollem Recht darauf hingewiesen werden, daß die gesamte englische Politik während des Weltkrieges ebenso eine Spielerpolitik gewesen ist, und es darf angenommen werden, daß das englische Volk sich dieses Charakters der englischen Politik sehr viel mehr klar gewesen ist, als das deutsche Volk hinsichtlich der Politik Ludendorffs. Man darf den Grund für diese verschiedene Einstellung gegenüber dem möglichen Ausgang des Krieges nicht einfach darin suchen, daß die deutsche Regierung ihre Aufgabe für die Beeinflussung der deutschen Stimmung darin gesehen hat, die drohenden Gefahren zu verkleinern und stets nur das Vertrauen auf den siegreichen Ausgang des Krieges zu befestigen. Den tieferen Grund hat diese Stimmungspolitik doch in der Sinnesart des deutschen Volkes, das nicht seelisch einem kühlen den brutalen Tatsachen Ins-Auge-Sehen gewachsen gewesen wäre. Und die Art in der von weiten Kreisen, von Kreisen, die beim siegreichen Ausgang des Krieges die seelische Größe der Führer bewundert hätten, die das Riesenmaß von Verantwortung durch die langen Jahre getragen haben, jetzt nach dem Verlust des Krieges lediglich nach dem Schuldigen zu suchen, der Versuch, durch Selbstbezichtigung eine mildere Behandlung durch die Gegner herbeizuführen, ist kein Zeichen einer heldischen Auffassung von Politik und Geschichte. Bringt man es doch sogar bei uns fertig, den Verlauf der deutschen Geschichte, soweit sie von der Entwicklung Preußens zum Machtstaate und durch die Führung Bismarcks bestimmt wurde, zu bedauern, da hierdurch allein die jetzige Katastrophe verschuldet sei. Es ist das eine feminine Geschichtsauffassung, die mit heldischem Geist nichts zu tun hat, sondern die einem händlerischem Geist entspringt, der verlorenen Pfennigen nachweint; nicht ein Geist vom Typ des königlichen Kaufmannes, sondern ein kleinlicher Krämersinn, der nichts von den starken männlichen Eigenschaften spüren läßt, die allein das Leben und in Sonderheit das politische Leben meistern können.

Man kann das Wort Bismarcks, daß der militärische Mut ein Gemeingut des deutschen Volkes sei, Zivilcourage aber höchst selten bei uns zu finden sei, auch auf das politische Leben übertragen. Unser militärisches Heldentum und auch das Duldertum von vielen Millionen in der Heimat kann uns nach dem Weltkriege auch trotz seines Verlustes niemand bestreiten; auch werden sich für alle Zeiten die Taten der deutschen Heere vor denen der Gegner, denen dies Heldentum damit nicht bestritten wird, leuchtend abheben. Aber politisches Heldentum besitzen wir nicht. Uns fehlt das Schicksalsgefühl gegenüber dem großen Walten der Mächte, die das Leben der Völker bestimmen, während wir dies Gefühl losgelöst von nationaler Bedingtheit besitzen. Man mag meinen,

wozu diese Feststellung? Die Zeiten, in denen politischer Heldengeist vom deutschen Volke hätte verlangt werden müssen, sind vorüber. Die politische Zukunft des deutschen Volkes wird sich in kleinen Niederungen unberührt von den Stürmen der großen politischen Geschichte abspielen müssen, und wir werden zufrieden sein können, wenn es uns gelingen wird, in kleinbürgerlicher Enge unser Leben zu fristen. Das, wenn nicht Schlimmeres, wird allerdings unser Schicksal sein, wenn nicht aus den Wehen der Weltrevolution dem deutschen Volke ein neuer politischer Geist erwächst. In diesen Wochen wird unser Volk vor die Frage gestellt werden, deren schicksalsschwere Größe nur von wenigen in ihrem vollen Umfange erkannt wird. Nie ist dem deutschen Volke eine heldische Auffassung von der Politik mehr vonnöten gewesen, als in diesen Wochen, in denen nach dem Willen unserer Feinde in Versailles unter das Ende des Weltkrieges die Worte: „Finis Germaniae" gesetzt werden sollen. Jetzt muß es sich zeigen, ob wir gewillt sind, für das Linsengericht einer kärglichen Lebensmittelversorgung durch die Gnade der Engländer und der Vereinigten Staaten von Amerika unseren Willen auf eine deutsche Zukunft preiszugeben. Bei der Erwägung der Schicksalsfrage, wie wir uns zu den Friedensbedingungen verhalten sollen, müssen wir uns ganz nüchtern darüber klar sein, daß es unmöglich ist, mit mathematischer Sicherheit vorauszusehen, welche Folgen diese oder jene Entscheidung haben wird. Aber wie es im Leben des einzelnen Menschen Schicksalsstunden gibt, in denen eine zu starke Berücksichtigung von Nützlichkeitsgesichtspunkten Verrat am Heiligsten bedeutet, so müssen auch wir jetzt von den taktischen Gegenwartsfragen absehen können. Wir dürfen uns unseren Willen auf eine große Zukunft unseres Volkes nicht verweichlichen lassen in der Sorge um die Nöte der Gegenwart. Wir müssen einsehen, daß es Dinge gibt, die ein Volk, das an sich glaubt, einfach nicht tun kann. Politik ist kein Rechenexempel. Politisches Heldentum kann zum Untergang, aber nur politisches Heldentum kann auch den Weg zu großer politischer Zukunft führen.

Das Ende und der Bankrott der deutschen Marokkopolitik

Von Dr. Walter Rochlitz

Der Entente-Friedensentwurf besiegelt auch das Schicksal der deutschen Marokkopolitik. Unter den Bestimmungen, die die auswärtigen Staaten betreffen und die auswärtigen Verträge, findet sich auch eine Reihe von solchen, die sich auf Marokko beziehen. Mit diabolischem Raffinement hat die Entente die ganze Welt auf Reste deutscher Handelsinteressen durchsucht. Die vierjährige Absperrung Deutschlands von Übersee, der Handelskrieg, die schwarzen Listen usw. dürften zwar kaum noch etwas zurückgelassen haben, was auf den Namen deutsche Handelsinteressen im Ausland Anspruch erheben kann. Aber es könnten doch noch irgendwelche Verträge bestehen, die die deutschen Interessen schützen. Darum mußte tabula rasa gemacht werden. So werden denn auch die deutschen Handelsbelange in Marokko mit einem kühnen Strich radikal ausgelöscht und Deutschland in Zukunft von der freien Betätigung im Lande des Scherifen ausgeschlossen.

Mit großen Lettern steht auch über dem Kapitel „Marokko" für Deutschland das Wort: Verzichten. Deutschland verzichtet auf alle Rechte aus der Algeciras-Akte, sowie aus den Abkommen vom 3. Februar 1909 und vom 4. November 1911.

Alle deutschen Verträge — heißt es weiter — mit der scherifischen Regierung sind abgeschafft. Eine Teilnahme Deutschlands an den Verhandlungen bzw. der Neuregelung der Verhältnisse in Marokko findet nicht statt, es erkennt das französische Protektorat endgültig und ohne Vorbehalt an und verzichtet auf die Kapitulationen. Die deutschen Bergwerksrechte werden abgelöst, desgleichen der deutsche Anteil an der Staatsbank von Marokko. Das alte Sultansland gilt fortan als französische Kolonie, denn das deutsche Reich verpflichtet sich, die marokkanischen Waren bei der Einfuhr in Zukunft als französische zu behandeln.

Damit sind alle Errungenschaften der deutsch-französischen Marokko-Abmachungen für absehbare Zeit aus der Welt getilgt — wenn der Friedensentwurf Gesetz wird. Die Deutschen sind wieder vogelfrei, wie sie es während der marokkanischen Unruhen im Anfang des Jahrhunderts waren, eine offene Tür im Lande des Scherifen wird es nicht mehr geben, Frankreich wird dort herrschen, wie es in Tunis und Algier herrscht, und es wird weder deutsche Handels- noch deutsche Finanzinteressen mehr dort geben. Die einzigen und bedeutsamsten Ausbeutungsgegenstände, die Bergwerke, deren Erzvorräte einmal für die deutsche Industrie etwas hätten bedeuten können, gehen restlos in französische Hände über. Bahn- und Chaussee- und alle sonstigen Kulturarbeiten wird der französische Staat selbst ausführen und eifrig darüber wachen, daß kein anderer Staat eine darauf bezügliche Konzession bewilligt erhält. Keine Macht der Welt wird das unglückliche Land mehr vor der Tunisierung retten. Denn Deutschland erkennt ja im voraus alle Abmachungen seiner Feinde, jede Neuregelung durch Frankreich an.

Dieses Ende ist zugleich der Bankrott der deutschen Marokkopolitik. Die Geschichte dieser Politik ist eine Geschichte der Irrungen und Wirrungen, Eifersüchteleien, Streitereien, Fanfaren, Trompetenstöße, Siege, Rückzüge und Niederlagen. Säbelrasseln, Friedensschalmeien, Rückzüge, das war nach diplomatischem Urteil das Kennzeichen dieser unglückseligen politischen Kampagne. Sie hat uns kein Ansehen in der Welt verschafft, wohl aber uns den unauslöschlichen Haß Frankreichs und die verschärfte Gegnerschaft Englands zugezogen. Sie hat uns in der Welt isoliert und doch den deutschen Interessen nur geringe Erfolge eingetragen. Ein großer Aufwand ward umsonst vertan, kann man über die Geschichte dieser Händel schreiben. Sie war in ihrer ganzen Inaugurierung und Entwicklung ein typisches Beispiel für die Ziel- und Systemlosigkeit der nachbismarckschen Politik. War man tatsächlich im Auswärtigen Amte entschlossen, die deutschen Interessen in Marokko zu schützen und Garantien für diesen Schutz zu schaffen, dann durfte man auch vor nichts zurückschrecken und mußte bis zum Ende gehen. Wollte man das nicht, dann mußte man die Finger von Marokko lassen und jede Einmischung unterlassen. Statt dessen erhob man zuerst mit großer Geste politische und kommerzielle Ansprüche und betonte den internationalen Charakter der Frage mit nicht geringer Deutlichkeit. Man beharrte auf diesem Standpunkte auch noch, als es sich gezeigt hatte, daß von den übrigen Mächten außer Österreich-Ungarn niemand die Frage vom internationalen Gesichtspunkt aus ansah und Widerstand von allen Seiten sich geltend machte. Als dann trotz Algeciras die Provokationen von französischer Seite nicht aufhörten, gab man Schritt für Schritt nach und räumte den Franzosen in dem Februarabkommen von 1909 eine Reihe von Konzessionen ein, die den Konflikt wohl vorübergehend beschwichtigten, aber weit entfernt davon waren, dauernd Ruhe zu schaffen. Mit dem „Pantherſprung" nach Agadir (1911) kam wieder ein aufreizendes Element und die Geste in die Affäre hinein. Wieder Säbelrasseln ohne entsprechende Machtentfaltung und politisch-diplomatischen Nachdruck. Das Resultat ein neuer Rückzug. Verzicht auf die deutschen Wirtschaftsbelange in Marokko und Ausgleich bezw. Entschädigung in zweifelhaftem Landerwerb im Kongo. Von der Wahrnehmung der internationalen wirtschaftlichen Interessen im Algeciras-Vertrag blieb nur ein Torso zurück, der Anteil Deutschlands an der marokkanischen Staatsbank und an den Bergwerken des Landes. Die Überwachung der Okkupationsmacht

durch internationale Polizeiorgane wurde preisgegeben, damit aber auch das Recht der politischen Kontrolle zur Sicherung der wirtschaftlichen Belange. Der Erfolg war trotz aller Nachgiebigkeit für Deutschland gleich Null. Auf der anderen Seite war das französische Nationalgefühl empfindlich gereizt und das Selbstbewußtsein Frankreichs im Vollgefühl der Unterstützung durch Großbritannien gewaltig gesteigert worden. Frankreich mußte mit Recht aus dem ewigen Schwanken der deutschen Politik und dem fortgesetzten Nachgeben den Schluß ziehen, daß Deutschland auf seine innere Kraft nicht vertraue und nur bluffe, jedenfalls nicht die nötige militärische Stärke besitze, um sich den westlichen Mächten gegenüber durchzusetzen. Der Ratschlag des Fürsten Bismarck, Frankreich in Nordafrika zu beschäftigen und dadurch seinen Blick von dem krampfhaften Hinstarren nach dem Vogesenloch abzulenken, war in verhängnisvoller Weise verlassen worden. Gerade das, was man hätte vermeiden müssen, war eingetreten. Das Revanchegefühl in der französischen Volksseele war wieder geweckt und drängte nach Betätigung und Auswirkung.

Niemand, der heute unvoreingenommen die Geschichte des Marokkostreites rückblickend betrachtet, wird behaupten können, daß diese Affäre unbedingt zu einer Verfeindung zwischen Deutschland, Frankreich und England hätte führen müssen. Es ist heute durch die Hammannschen Erinnerungen („Zur Vorgeschichte des Weltkrieges") zur Evidenz festgestellt, daß England mehrmals dem deutschen Reiche eine Verständigung über das Scherifenreich angetragen hat. Beide Gelegenheiten, die von 1898 und die von 1901, ließ die deutsche Reichsregierung unbegreiflicherweise vorübergehen, weil sie in ihrer Kurzsichtigkeit die Tragweite der Anerbietungen nicht abzuschätzen vermochte. Dieselben Verhältnisse, die die Ablehnung des englischen Bündnisangebots um die Jahrhundertwende veranlaßt haben, scheinen auch die rechtzeitige Verständigung über Marokko verhindert zu haben. Diese Politik der verpaßten Gelegenheiten hat letzten Endes zum Weltkrieg geführt. Im vorliegenden Falle führte sie zunächst zur Annäherung zwischen England und Frankreich, zur Entente cordiale um das Jahr 1903. Die ersten Früchte des „herzlichen Einvernehmens" hatte man in dem englisch-französischen Kolonialabkommen vom 8. April 1904 zu sehen, in welchem Frankreich das englische Protektorat in Ägypten, und England dasjenige Frankreichs über Marokko anerkannte und sich außerdem zu jeder Unterstützung der französischen Ansprüche dritten Mächten gegenüber verpflichtete. Ein Teilungsvertrag zwischen Italien und Frankreich über die Aufteilung von Nordafrika und die Überlassung von Tripolis an Italien war vorangegangen, ein ebensolcher über die Beteiligung Spaniens an dem marokkanischen Raube folgte im Sommer 1904. — Freilich war die ganze Aufteilung von Marokko ein offenkundiger Raub, alles Reden von der Wahrung der Souveränität des Maghzen eitles Gerede und Phrase, dritte Mächte wurden in dem spanisch-französischen Vertrage ausdrücklich von territorialer Beteiligung ausgeschlossen, aber die Mächtegruppierung war unter diesen Verhältnissen eine derartige, daß Deutschland, von der schwachen österreichischen Unterstützung abgesehen, vollständig isoliert war und mit dem aktiven oder passiven Widerstand von vier Großmächten zu rechnen hatte. Diese Lage verkannt zu haben, ist das Verhängnis und die Tragik des deutschen Kurses in der Marokkopolitik. Vielleicht wäre es vor dem formellen Abschluß des englisch-französischen Kolonialabkommens noch möglich gewesen, Garantien für den Schutz von Deutschlands wirtschaftlichen Interessen in Marokko zu schaffen und für die Aufrechterhaltung der offenen Tür zu sorgen. Es wäre Pflicht der deutschen Regierung gewesen, beim Auftauchen der ersten Nachrichten von einer beginnenden englisch-französischen Verständigung über Marokko in vorsichtiger Weise bei diesen beiden Mächten zu sondieren und von ihnen rechtzeitig die erforderlichen Zugeständnisse für den Schutz der deutschen Interessen zu erwirken. Statt dessen zog man im Auswärtigen Amte vor, zunächst zu schweigen, Reserve zu beobachten. War es da ein Wunder, daß bei den Feinden, insbesondere bei Delcassé, dem damaligen französischen Minister des Auswärtigen der Eindruck entstehen mußte, Deutschland habe keine Ansprüche anzumelden. Um so größer

mußte das Erstaunen sein, als dieses Land plötzlich mit einer Gegenaktion hervortrat, nachdem der Vertrag abgeschlossen war und die „Durchdringung" Marokkos im Wege der bekannten französischen Methoden eingesetzt hatte. Gewiß war diese „Pénetration pacifique" nicht ideal, sie bedeutete praktisch den Ausschluß aller nichtfranzösischen Bewerber bei Vergebung von Regierungsaufträgen und wirtschaftlichen Konzessionen, aber gegen sie mit der ganzen Machtfülle einer Großmacht zu protestieren, ging nur an, wenn man entschlossen war, um der deutschen Interessen willen das Äußerste zu wagen und auch vor einem Kriege nicht zurückzuschrecken. Ob ein solcher den Einsatz gelohnt hätte, diese Frage ist eine Frage für sich und soll hier nicht untersucht werden. Diese Entschlossenheit fehlte aber und so blieb die ganze Aktion in Halbheiten stecken.

Die theatralische Geste, die Deutschland für sein Auftreten wählte, nämlich die Fahrt des Kaisers nach Tanger, die leider nach den neueren Enthüllungen auf das Konto des Fürsten Bülow selbst zu setzen ist, trug natürlich auch nicht dazu bei, eine ruhige Entwicklung und Auseinandersetzung zu fördern. England und Frankreich reagierten mit leidenschaftlichen, zum Teil gehässigen Äußerungen und schreckten selbst vor Kriegsdrohungen nicht zurück. Indessen bewahrte der französische Ministerpräsident Rouvier kaltes Blut und ließ den hitzigen Delcassé, nachdem dessen Unmöglichkeit sich herausgestellt hatte, fallen. Deutschland forderte nunmehr eine Konferenz, und lud dazu sämtliche Signatarmächte des Madrider Vertrages ein, um die marokkanische Angelegenheit international zu regeln. Diese scharfe Betonung der internationalen Seite war ein Kardinalfehler und verhinderte ein Sonderabkommen zwischen Frankreich und Deutschland, welches bei der damaligen versöhnlichen Stimmung von Rouvier mit Leichtigkeit zu erreichen gewesen wäre und den ganzen großen diplomatischen Apparat von Algeciras überflüssig gemacht hätte. Rouvier nahm die Konferenz nur mit Widerstreben an. Die einfachste Vorsicht gebot, vor dem Beginn der Verhandlungen eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Hauptpunkte herbeizuführen; dazu konnte man sich im Berliner Auswärtigen Amt nicht aufraffen, und so begann denn jener langwierige Prozeß, der uns ja wohl in den wesentlichsten Punkten Befriedigung brachte, aber die Gegnerschaft und den Haß der halben Welt gegen uns wachrief und vor allem das französische Mißtrauen gegen Deutschland verschärfte. Gute Kenner der französischen Volksseele behaupten, daß von jener Zeit ab (1905/6) das Wiederaufflammen des französischen Revanchegefühls datierte, weil die Konferenz von Algeciras in Frankreich als ein Tribunal und daher als Demütigung empfunden wurde. Das Ergebnis mit seiner Regelung der Bank-, Polizei- und Konzessionsfrage trug dabei keineswegs die Gewähr der Dauer in sich. Die Generalakte vom 3. April 1906 schloß ein für Deutschland wenig erfreuliches Kapitel ab, in welchem es keine Lorbeeren geerntet hatte. Wohl war der Grundsatz der offenen Tür gerettet, aber um den Preis der unversöhnlichen und unaustilgbaren Feindschaft mit Frankreich. Niemand dankte uns unser Eintreten für die internationalen Grundsätze. An dieser Vorliebe für das Internationale ist Deutschland ja denn auch zugrunde gegangen. Der Erfolg der ganzen Aktion konnte nicht mehr als ein Waffenstillstand sein. Er wurde es auch.

Es dauerte nicht lange, so erfolgten neue Herausforderungen durch die französischen Agenten in Marokko. Die Verletzungen der Algeciras-Akte häuften sich. Der Notenwechsel zwischen Berlin und Paris riß nicht ab. Der Widerstand gegen die französischen Anmaßungen erlahmte in der Berliner Wilhelmstraße, und so entschloß man sich, in dem Februarabkommen des Jahres 1909, um den ewigen Streitereien ein Ende zu machen, Frankreichs politische Vorrechte in Marokko anzuerkennen und selbst einige der wirtschaftlichen Vorrechte Deutschlands preiszugeben. Das war ein offenkundiger Rückzug Deutschlands, das erste Loch in die Algeciras-Akte. Scheinbar war der Frieden infolge der deutschen Nachgiebigkeit gerettet. Aber an der Seine legte man das als deutsche Schwäche aus und entnahm daraus das Recht zu neuen Provokationen. Die deutsche Friedfertigkeit erzielte wieder einmal das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung. Und so kam es

schon 1911 zu einer neuen Marokkokrisis, die in dem bekannten Marokko-Kongo-Abkommen ihre Lösung fand. Praktisch wurde damals die Algeciras-Akte aufgehoben. Die letzten formellen Reste beseitigt heute Frankreich mit rauher Hand, ohne mit uns darüber zu verhandeln. Schon Algeciras war ein diplomatisches Fiasko, der Vertrag von 1909 und der von 1911 war eine Halbheit, das Ende ist ein Debâcle und ein Trauerspiel. Eine Schicksalstragödie mehr in dem großen Weltendrama, welches heute Deutschlands Vernichtung heißt.

Zukunftsgedanken

Von Arthur A. Brandt

Die Mechanisierung des Weltwirtschaftslebens wird von jetzt an noch weit schneller fortschreiten als bisher. Die ungemein gesteigerten Löhne, Unkosten und Steuern zwingen dazu, den Menschen, wo es immer geht, durch die Maschine zu ersetzen, und das Massenfabrikat an Stelle der Einzelanfertigung zu verwenden. Zum Teil bestanden diese Verhältnisse schon in den Vereinigten Staaten. Jeder Haushalt verwendet dort elektrische Hilfsapparate in reicher Fülle, fabrikmäßig hergestellte Schuhe und Kleider waren preiswert, solche nach Maß gefertigt nur für die oberen Fünfhundert bezahlbar.

Man glaube auch nicht, daß andere Länder nach dem Kriege hierin viel günstiger daran sein werden als Deutschland. Der Achtstunden-Arbeitstag frißt sich durch, so sehr sich auch die Staaten sträuben werden. Er ist da und wird nicht mehr verschwinden. Mit dieser Tatsache muß man rechnen. Die hohen Löhne haben die anderen Länder auch schon mehr oder weniger, und die sozialen Einrichtungen und Sozialisierungen folgen ebenfalls jenseits der Grenzen mehr oder weniger schnell nach. Es gibt Dinge, die nicht mehr aufzuhalten sind, sobald sie sich an einem Ende durchgesetzt haben.

Also der Krieg hinterläßt allenthalben eine starke Teuerung sowie starkes Anwachsen der Ansprüche der unteren Klassen. Dies sind aber Vorgänge, welche zur beschleunigten Mechanisierung führen müssen.

Die Vereinigten Staaten sind auf diesem Wege am weitesten vorgeschritten und können daher in gewissem Sinne als Beispiel dafür dienen, was in anderen Ländern erwartet werden kann. Daß hierbei in der Union ein gewisser Mechanisierungswahnsinn beobachtet werden kann, und daß es den anderen Ländern nur zu wünschen ist, diese Übertreibungen nicht mitzumachen, sei nur nebenbei erwähnt.

Drüben hat z. B. praktisch genommen jede Familie ihr Auto, und für jeden zwanzigsten Menschen, ob Kind oder Greis, wird im Jahre ein neuer Kraftwagen gebaut. Ein solcher Luxus und solche Benzinverschwendung stinken gen Himmel.

In Amerika ist man bei einem Kraftbedarf von annähernd 1,5 Pferdestärken auf den Kopf der Bevölkerung angelangt. Wie wird sich nun unsere Energiewirtschaft gestalten, wenn die übrige Erde ebenfalls einen so hohen Stand an Bedarf mechanischer Arbeit erreicht haben wird? Solche Ausblicke sind nicht nur interessant, sondern sie lassen auch die Grenzen des Verbrauches erkennen und können zur Einschränkung oder Umkehr ermahnen. Wann dieser Zeitpunkt der Sättigung erreicht sein wird, ist gleichgültig, ebenso gleichgültig ist es, ob die Annahmen ganz zutreffend sind, es kommt nur darauf an, daß die Größenordnung richtig ist.

Nehmen wir also an, im Zeitalter der Sättigung betrüge die Bevölkerung der Erde zwei Milliarden Menschen (gegen 1,7 Milliarden jetzt), und unter Berücksichtigung, daß der Tropenbewohner und die unkultivierten Völker keinen so hohen Verbrauch an Maschinenkraft haben, sei ein Bedarf von einer Pferdestärke auf den Kopf zugrunde gelegt. Dann ergibt sich ein Weltmaximum von zwei Milliarden Pferdestärken, welche in Maschinen und Fahrzeugen aller Art vorhanden sein müssen. Sollen diese Maschinen alle mit Kohlen betrieben werden, und rechnet man nur 1500 Betriebsstunden im Jahr, so entspricht dies einem Kohlenverbrauch von drei Milliarden Tonnen. Die Weltförderung dürfte zurzeit eine Milliarde Tonnen sein, müßte also verdreifacht werden! Nun haben aber die Fachleute ausgerechnet, daß schon beim heutigen Verbrauch die Kohlenvorräte in absehbarer Zeit erschöpft werden. Frankreich, Österreich und Belgien werden schon in 100—150 Jahren keine Kohlen mehr haben, England folgt nach, und in Deutschland reichen sie noch etwa 800 Jahre, vorausgesetzt, daß uns mit dem Frieden nicht wichtige Kohlenvorkommen genommen werden. Verdreifacht man nun den Verbrauch, so vermindert sich die Zeit, in welcher wir noch über Brennstoffe verfügen, auf ein Drittel.

Sehr große Läger haben die Vereinigten Staaten und vor allen Dingen China, außerdem bringt die nähere Erforschung fremder Länder Kunde von immer neuen Kohlenvorkommen. Also so groß ist die Gefahr der Erschöpfung nicht, doch müssen wir immer daran denken, daß wir vom Kapital unserer Enkel leben und äußerste Sparsamkeit geboten ist. Wichtig ist nun, zu überlegen, was die Folge dieser Erkenntnis sein wird. Sei es nun, daß die Kohlenlager dem Staate oder Privaten gehören, man wird in Europa und wenn man vernünftig ist, auch in Amerika die Ausfuhr zu verhindern suchen und einschränken. Die überseeischen und kohlenarmen Länder sind also auf den Bezug aus anderen Quellen angewiesen, so daß in China und anderenorts neue Zechen eröffnet werden und an Umfang zunehmen. Den Kohlen folgt die Eisenindustrie nach, und bald wird eine Abwanderung eines erheblichen Teiles der Industrie in neue Gebiete eintreten. Die Verschiebung wird für Europa sehr bald fühlbar werden und wird die unerquicklichen Verhältnisse der Industrie verschärfen.

Die wichtigste Aufgabe bleibt es jedoch, den Raubbau an der Kohle einzuschränken und auf Mittel und Wege zu sinnen, die benötigte Energie auf andere Weise zu erzeugen. Bisher haben wir noch kein anderes Mittel, als die Ausnutzung der Wasserkräfte. Nach Schätzungen können auf der ganzen Erde 200 Millionen Pferdestärken an Wasserkräften ausgebaut werden. Wir benötigen aber das Zehnfache! Nun sind bei den Wasserkräften allerdings Jahres-Pferdestärken gerechnet, während wir 1500 Stunden Betriebsdauer zugrunde gelegt haben; durch Aufspeicherung und bessere Ausnutzung würden also die 200 Millionen Pferdestärken etwa 400 Millionen Pferdestärken unserer Rechnung entsprechen. Bleiben immerhin noch 1600 Millionen Pferdestärken durch Kohlen zu erzeugen.

Theoretisch müßten, nach der Niederschlagsmenge auf den Ländern der Erde gemessen, mindestens eine Milliarde Pferdestärken vorhanden sein. Die Rechnung, daß nur ein Fünftel davon nutzbar sei, ist daher sehr ungünstig; sie ist wohl auch zu einer Zeit gemacht, da man in der Ausnutzung geringer Gefälle noch nicht so weit war und noch mit der Konkurrenz billiger Kohle gerechnet werden mußte. Wenn heute die Kohle wohl überall das Doppelte bis Dreifache des früheren Friedenspreises kosten wird, kann natürlich manche Wasserkraft noch ausgebaut werden, an welche man früher der hohen Kosten wegen nicht herangehen wollte. Man kann also wohl damit rechnen, daß statt der 200 Millionen Perdestärken, 400—500 mit der Zeit ausgebaut werden. Was bedeutet dies aber? Wiederum ein Wandern der Industrie! Siedelte sich diese bisher in der Ebene und an den Küsten an, so wird sie nunmehr in die Bergländer hinaufsteigen. Länder, welche früher arm waren, und außer ihrer Landwirtschaft kaum Einnahmen hatten, sind zu reichen Industrieländern geworden. Schweden, Norwegen und die Schweiz, auch Japan seien als Beispiele genannt.

Europa ist nicht reich an Wasserkräften, ganz besonders arm daran sind aber Deutschland und Rußland.

Genau wie mit der Kohle werden die Staaten versuchen die Wasserkräfte als völkisches Kapital zu werten, und nur eine Ausnutzung bis zum Fertigprodukt im Inlande gestatten. Je stärker die Ausnutzung der Wasserkräfte fortschreitet, desto mehr leiden wieder die Altindustrieländer England und Deutschland. Frankreich und Italien sind mit Wasserkräften verhältnismäßig günstig daran, zum Teil auch Österreich und der Balkan.

Amerika wird sich nicht mehr lange gestatten können den Niagarrafall als Naturschauspiel zu genießen. Fünfzehn Millionen Pferdestärken stürzen hier jahrein, jahraus in tosendem Falle den Felsen hinunter. Kapitalisiert stellt der Fall einen Wert von 6 Milliarden Mark dar, dessen Zinsen man zum größten Teile ungenutzt läßt. Die Viktoriafälle in Afrika werden an 30 Millionen Pferdestärken ergeben. Welche gewaltige Industrie in deren Nähe entstehen wird, kann sich heut kaum ein Mensch vorstellen, und doch werden die Jungen unter uns die Anfänge noch erleben. Erster Grundsatz muß also sein, alle Industrien, welche viel Energie verbrauchen und deren Erzeugnisse längeren Transport vertragen, von den Kohlen weg, zur Wasserkraft hin zu verpflanzen. Wenn wir z. B. in den Reichsstickstoffwerken unter Verbrauch von Kohlen Luftstickstoff erzeugen, so ist dies vom nationalen Zukunftsstandpunkt aus Verschwendung des Kapitals zukünftiger Geschlechter. Man sollte also suchen bald Wasserkräfte für diese Industrie zu finden.

Auch noch eine andere Erkenntnis muß Deutschland erwachsen, nämlich, daß wir in vielen Fällen mit Dampfkraft überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig sind, und nur, wenn wir Wasserkräfte und Wasserstraßen mächtig ausbauen, uns noch einigermaßen werden halten können.

Die Zeiten sind gewandelt. Bisher haben wir mit Eisen, Kohlen und Kraft unseren Weg gewonnen. Das Eisen und die Kohlen nimmt man uns, und die Kraft ist gebrochen. Geist, Arbeit und Berechnung müssen wir an Stelle der alten Machtmittel setzen, wenn wir nicht untergehen wollen, und um dies zu erreichen, gehört an erster Stelle Erkenntnis, sowohl des eigenen Könnens, wie der Möglichkeiten und Beschränkungen, die in den Verhältnissen liegen. Je früher wir also begreifen, daß Industrien mit Gewalt nicht zu halten sind, sondern mit den Zeiten wandern wie Völker, desto leichter werden wir uns den neuen Verhältnissen anpassen und fügen.

Etwas anderes täte Not: daß es in der Welt erkannt und gewürdigt würde! Industrie ist nicht nur Reichtum und Segen, sondern auch Fluch! Noch immer ist der agrarische Staat und der Bauer der Glücklichere gewesen. Industrie bringt nur Versklavung der Massen und Zusammenballung der Menschen in Großstädten, aber keine Freiheit und gesundes Leben. Hieran kann auch der soziale Staat nichts ändern, denn ob für den Staat oder den Unternehmer 20000 Menschen im Gleichtritt zur Arbeitsstelle stampfen ist vollkommen gleichgültig.

Wir können von der Industrie nicht mehr zurück, aber wir sollten sehen, sie zu beherrschen und nicht, daß die Mechanisierung uns regiert. Der einzelne, wie der Staat, sollte sich davon leiten lassen, daß die Industrie ein notwendiges Übel ist, welches wir gern unserem Nachbar überlassen sollten, sobald alle Volksgenossen ohne das Übermaß derselben ihr Auskommen auf andere Weise finden. Jede Zollgesetzgebung, welche bezweckt, neue Industrien heranzuziehen und zu schützen, ist verfehlt. Wenn rein landwirtschaftliche Länder, wie Ungarn, Rußland und andere, mit aller Gewalt sich zu Industrieländern umwandeln wollten, so haben sie damit den kommenden Geschlechtern nur Fluch aufgeladen, und die Staatsmänner haben bewiesen, daß sie augenblicklichen Reichtum mit Glück und Zukunft verwechseln.

Am unverständlichsten sind in dieser Beziehung die Vereinigten Staaten. Ein Riesenland, dünn bevölkert, überreichlich mit allen Naturschätzen versehen, könnte es in sich ruhig und glücklich leben. Statt dessen gellt der Schrei nach Industrie durch das ganze Reich. Bodenschätze und Nationalreichtümer werden

in Raubbau vergeudet, nur um Export und wiederum Export an Industrieerzeugnissen auf den Weltmarkt werfen zu können.

Jetzt hat es Amerika erreicht! Es ist das mächtigste, reichste Land mit dem größten Handel und Export. Und was hat es dafür eingetauscht? Einige Multimillionäre mehr, Steuern, hohe Preise, Hast, Arbeit und Elend für einen großen Teil des Volkes. Da der Arbeiter, der das Leben als Massenteil unerträglich empfindet, noch verhältnismäßig leicht als Farmer auf das Land gehen kann, so spielen sich die sozialen Kämpfe drüben noch nicht so ab, wie in Europa, wo es keinen freien Boden mehr gibt. Aber auch diese Zeit wird drüben kommen, und zu spät wird der Yankee erkennen, daß auch er sein Volksglück um einiger Dollar willen verspielt hat.

Wandlungen werden kommen und Verschiebungen in der Macht werden eintreten nach den Gesetzen der natürlichen Entwicklung, nicht aber nach politischen Überlegungen. Was unsere Feinde jetzt zusammenkitten, wird nur dann Bestand haben, wenn es wirtschaftlich zusammen gehört, und was sie trennen, wird sich wieder schließen, wenn Naturnotwendigkeit hierfür spricht. Die Aussichten für Europa sind dunkel, und wir sollten suchen uns zu finden, oder wenigstens zu dulden, anstatt uns zu zerfleischen.

Zur Schaffung pädagogischer Lehrstühle

Von Oberlehrer Dr. Hans Offe

In einer Zeit wie der unsrigen, die nachgerade alles Erdenkliche zu verwissenschaftlichen beginnt, stellt der unbefangene Beobachter nicht ganz ohne Kopfschütteln einige Forschungsgebiete fest, die ungeachtet ihrer hervorragenden Bedeutung für Staat, Gesellschaft und allgemeines Bildungsinteresse von unsern zweiundzwanzig reichsdeutschen almae matres bisher fast durchweg mehr als stiefmütterlich behandelt wurden, als da sind: Soziologie (der neuerdings jedoch günstigere Aussichten eröffnet werden), Anthropologie, Völkerkunde, Ur- und Vorgeschichte, Kulturgeschichte, experimentelle Psychologie. Ihnen reiht sich in „würdiger" Weise die Pädagogik an.

Es kann aber keinem ernstlichen Zweifel unterliegen, daß die Erziehungslehre ihrer theoretischen Aufgabe nach ein durchaus vollwertiger Bestandteil der Kulturwissenschaft ist[1]); sicherlich steht die Geschichte und die Theorie der Pädagogik dem Gehalt wie der Bedeutung nach in keiner Weise hinter der Wirtschaftslehre oder der Rechtsgeschichte zurück. Ja, man darf weitergehen und behaupten, daß allein in nationaler Hinsicht das Ganze der Erziehung und Bildung von Urteilsfähigen geradezu unter die in erster Linie für den Bestand und das Wachstum deutschen Wesens entscheidenden Umstände zu rechnen ist. Nicht ohne Neid noch tiefere Berechtigung sind seitens des feindlichen Auslandes Stimmen herübergedrungen, des Inhalts: der deutsche Handel verdanke seine hervorragenden Erfolge nicht zum letzten seiner wissenschaftlich begründeten Organisation; für andere Gebiete, wie z. B. die chemische Industrie, würde ein entsprechender Hinweis längst zu den Binsenweisheiten gehören. Aber man höre und staune: die vielgeschmähte deutsche höhere Schule, ist von beachtens-

[1]) In tiefgründiger Weise erörtert diese Frage, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, die Schrift von R. Hönigswald: Über die Grundlagen der Pädagogik. Ein Beitrag zur Frage des pädagogischen Universitätsunterrichts. Verlag E. Reinhardt, München 1918. (110 S.)

werter Stelle des feindlichen Auslandes als Ideal wirksamer Geistesschulung hingestellt worden. Man mag sich zu letzterer Auffassung stellen, wie man will. Von unmittelbarem Belang bleibt die Nutzanwendung: könnten die Gesamtergebnisse der deutschen Schule in ihren verschiedenen Stufen und Gestalten nicht gleichfalls erheblich gewinnen durch eine entsprechend vertiefte und planmäßige Wechselbeziehung zwischen wissenschaftlicher Theorie und Praxis?

Anfänge dazu sind bekanntlich seit langem gemacht. Wenn man von dem Geschlecht der in deutschen Landen nie aussterbenden Nur-Theoretiker absieht, bewegten sich jene Ansätze — bezeichnend genug für den Geist der Zeit — bislang ganz vorzugsweise in den Bahnen einer einseitig-exakten Psychologie. Nicht unwahrscheinlich ist, daß dieses Teilgebiet uns später einmal wertvolle Fingerzeige zur Lösung verschiedenster Einzelfragen des Unterrichts- und Erziehungswesens bieten wird. Aber nur ein gänzlich unphilosophischer Kopf kann dauernd der Überzeugung leben, die letzten Ziele und Zwecke der Pädagogik könnten „mit Hebeln und mit Schrauben" gefunden werden. Dazu bedarf es vielmehr ethischer, sozialer u. a. Gesichtspunkte. Wie in der geschichtlichen Entwicklung Pädagogik und Philosophie durch enge Bande miteinander verknüpft sind, so soll und muß es in Zukunft bleiben. Wegweisend für die Zukunft sollte Fichtes Wort bleiben, daß ohne die Pädagogik „die Philosophie nie ausgedehnte Verständlichkeit, viel weniger noch allgemeine Anwendbarkeit im Leben finden, sowie hinwiederum ohne die Philosophie die Erziehungskunst niemals zu vollständiger Klarheit in sich selbst gelangen kann".

Wie von vornherein kaum anders zu erwarten war, hat sich unsere deutsche Universitätsgelehrsamkeit — bis auf wenige rühmliche Ausnahmen — dem Eintritt der Pädagogik in die Reihe der akademischen Lehrfächer, wo nicht schroff ablehnend, so zum mindesten mit der abwartenden Miene kühler Vornehmheit gegenübergestellt. Von ihrem Standpunkt nicht ganz mit Unrecht: geht doch bis in die jüngste Zeit der Glaube in den Kreisen der philosophischen Fakultäten zumeist dahin, daß „alle diejenigen, die sich dem Lehrfach widmen wollen, wenigstens in Preußen, von dem Eigentümlichen dieses Berufes während ihrer Studienzeit wie von einem Geheimnis ferngehalten werden müssen". (Eduard Spranger.) Irre ich nicht völlig, so ist mit diesem Worte etwa der Punkt gekennzeichnet, wo die an sich berechtigte, d. h. recht zu verstehende Losung „Wissenschaft um der Wissenschaft willen", ins Groteske verzerrt, die Schranken der theoretischen Vernunft überschreitet und sich dem praktischen Unsinn erbarmungslos ausliefert. Zum Zeichen dessen aber, daß die praktische Vernunft in Sachen der Pädagogik selbst außerhalb der engen Fachkreise auf deutschen Universitäten eine Stätte hat, folge ein Wort des Greifswalder Historikers Bernheim: „In der Tat, welch ein Widersinn ist es, dem Studierenden das, was sein künftiges Lebensinteresse sein soll, in der ganzen Studienzeit, die für die Entwicklung der geistigen Persönlichkeit so maßgebend ist, gewissermaßen zu verheimlichen!" Spranger fordert mit Nachdruck, daß Pädagogik als Berufskunde im Studienplan eine Stelle erhalte, und daß dabei die ganze Kulturbedeutung des Lehrens und Erziehens zur Darstellung gelangen müsse, als Geschichte der Pädagogik, als Jugendkunde, als Lehre von den Bildungsgütern und vom Bildungswesen. Wir werden dem lebhaft zustimmen, aber wir müssen zudem fordern, daß die Dozenten aller in Betracht kommenden Fächer sich der Aufgabe bewußt seien, „den rechten Berufsgeist und das spezifische Berufsethos zu bilden und zu pflegen", und daß sie daher wissen müssen, was die Anwendung ihres Faches im Schulunterricht verlangt, vertraut sein müssen mit den Fragen und Problemen der Praxis. Es ist ein eingebildetes Vorurteil zu meinen, darunter leide die Wissenschaftlichkeit: im Gegenteil, sie erhält dadurch fruchtbarste Anregung; ich habe das in meiner Schrift: „Das akademische Studium der Geschichtswissenschaft" 1907 für mein Fach nachgewiesen, der „Verband deutscher Geschichtslehrer" vertritt mit der Zeitschrift „Vergangenheit und Gegenwart" diese Ansicht, und es kann in anderen Fächern nicht anders sein, weil es in der Natur der Sache liegt. Denn Wissenschaft und Unterricht hängen innerlichst zusammen.

Gründlicher Wandel kann unter diesen Umständen nur geschaffen werden durch Errichtung selbständiger pädagogischer Lehrstühle an allen Universitäten. Die wenigen haupt- bzw. nebenamtlichen akademischen Vertretungen der Pädagogik, über die gegenwärtig das deutsche Hochschulwesen verfügt, genügen dem Bedürfnis bei weitem nicht. Diese von berufener Seite wiederholt aufgestellte Forderung bekräftigen, heißt, auf einige der häufigsten Einwände und Bedenken eingehen, die dagegen erhoben worden sind.

In unsrer Zeit des übertriebenen und einseitigen Spezialistentums wird namentlich gerügt, daß die Pädagogik keine „einheitliche" Wissenschaft sei, da sie, wie angedeutet, sehr verschiedenartigen kultur- wie naturwissenschaftlichen Gebieten Tatsachen und Methoden entnehme; jedenfalls sei sie nicht von einem einzelnen lehrbar. Schon Kant sah diese Schwierigkeit voraus, war indes weit entfernt, nach Art der „Heroen von heut" falsche Schlüsse daraus zu ziehen: persönliches Unvermögen des einzelnen, allen Anforderungen der Wissenschaft gleichmäßig gerecht zu werden, ist ein anderes, und ein anderes, die Wissenschaftlichkeit der Pädagogik überhaupt anzweifeln. Folgefalsch weiter denkend, hat man sich in akademischen Kreisen sogar zu der seltsamen Behauptung verstiegen, die Pädagogik müsse als Universitätslehrfach, um überhaupt wirksam zu sein, eine selbständige Fakultät für sich bilden. Dies sei bereits deswegen nötig, weil die Einführung in die verschiedenen Lehrmethoden der Schullehrfächer, jedes für sich, eine gründliche fachwissenschaftliche Ausbildung voraussetze. Dabei wird übersehen, daß die Einzelheiten der Schulmethodik der verschiedenen Fächer keineswegs das Entscheidende sind. Im Gegenteil: sie sollen gerade aus den wissenschaftlichen Grundlagen der allgemeinen Pädagogik und ihrer Hilfswissenschaften mit innerer Notwendigkeit hervorwachsen. Zudem ist das Ganze des gegenwärtigen schulmäßigen Unterrichts und seiner Methoden nur ein verhältnismäßig kleiner Teil dessen, was wir uns künftig unter wissenschaftlicher Pädagogik vorzustellen haben.

Nach einer weitverbreiteten Ansicht soll ferner die Pädagogik „keine Wissenschaft, sondern eine Kunst" sein. Die Unklarheit des Denkens, die dieser Auffassung zugrunde liegt, erhellt ohne weiteres, wenn wir — als berechtigten Vergleich — die Kunst des Arztes oder gar die Kunst des Malers, Musikers u. ä. m. daneben stellen. Schließt das eine etwa das andere aus? Nein, sondern je fester begründet die Wissenschaft bezw. die theoretische Grundlage ist, desto sicherer, freier und erfolgreicher wird sich die eigentlich künstlerische Tätigkeit auf allen genannten Berufsgebieten entfalten können (daß mancher tüchtige Theoretiker ein schlechter Praktiker ist und umgekehrt, ist kein Gegenbeweis). Im Grunde steht es mit der praktischen Pädagogik nicht wesentlich anders als mit der Kunst oder der Technik: Theorie und Praxis haben beide ihre notwendige Stelle. Theorie ohne Praxis ist leer; Praxis ohne Theorie ist blind. „Die meisten Praktiker," sagt ein hervorragend Urteilsfähiger wie Rudolf Lehmann-Posen, „sehen über die nächstliegenden Bedürfnisse der Praxis nicht hinaus, oder sie halten sich an einzelne Bücher, die ihnen der Zufall in die Hand gespielt hat."

Es würde zu weit gehen, auf die bestechenden Einwände derer einzugehen, die in den an einzelnen höheren Schulen eingerichteten pädagogischen Seminaren einen vollwertigen Ersatz für Universitäts-Übungsschulen erblicken und folgerichtig der Universität ausschließlich die theoretische Seite der Pädagogik zuweisen wollen [2]). Soviel ist unumstößlich: Soll ein Mittelpunkt für pädagogische Studien ernstester wissenschaftlicher Art geschaffen werden, der dem Bildungs- und Erziehungswesen in allen Teilen zugute kommt, so kann das unter den gegebenen Verhältnissen nur die höchste, die akademische Bildungsstätte sein. Im übrigen darf man von einer zeitgemäßen Vertretung der pädagogischen Wissenschaft an den Universitäten, ohne allzu optimistisch zu sein, in näherer oder fernerer Zukunft eine nicht un-

[2]) Näheres über diese vielumstrittene und grundsätzlich bedeutsame Frage in der von J. Rein herausgegebenen Zeitschrift für philosophische Pädagogik, 1917/18, S. 229 ff. und S. 293 ff.

wichtige Rückwirkung gerade auch auf die Universitäten selbst erhoffen. Mehren sich doch seit Jahren die Stimmen derer, die unsere Hochschulen — und in deren Bereich im besonderen die philosophischen Fakultäten — und ihre Unterrichtsweise im großen wie im kleinen für hochgradig reformbedürftig erklären. Ein Blick in die von der Gesellschaft für Hochschulpädagogik herausgegebene „Zeitschrift für Hochschulpädagogik“ [8]) mag Zweifelnde von der Fülle der ihrer Lösung harrenden Probleme und den vielen offenbaren Rückständigkeiten des Hochschulwesens überzeugen. Weiterhin wird man wohl kaum fehlgehen in der Annahme, daß eine in wahrhaft wissenschaftlichem Geist forschende und lehrende Pädagogik den heute meist so unerquicklichen Streit um Schul- und Erziehungsfragen mit der Zeit aus dem Tummelplatz persönlicher Ansichten und zumeist zufälliger Erfahrungen befreien und pädagogische Erörterungen gerade auch in der breiteren Öffentlichkeit sich auf einer durchschnittlich höheren Ebene bewegen werden, als das leider bisher fast durchweg der Fall war.

Besonders beachtenswert erscheint darum die von der neuen Regierung gegenüber Vertretern der Schulfachkreise abgegebene Erklärung, man wolle sich die Schaffung eigener pädagogischer Lehrstühle angelegen sein lassen. Wie die Wahl der dazu Berufenen jeweils auch ausfallen mag: einer grundsätzlichen Wandlung zum Bessern im Vergleich zu der in unserer Sache nicht immer glücklich beratenen noch auch recht entschlußkräftigen alten Leitung dürfte zum mindesten die Bahn geebnet sein. Nun sorge man beizeiten dafür, daß jeder Anschein allzuprofessoralen Nur-Theoretisierens vermieden und lebenspendendes Hinüber und Herüber zwischen Praxis und Theorie die Mühen und Kosten, die nun einmal unvermeidlich sind, reichlich lohne. Allen denen aber, die auf diesem Gebiete vor lauter Vorurteilen, Einwänden und Bedenken jeder Schritt vorwärts vom Übel scheint, möge durch Tatsachen der Blick für eine unbefangene Würdigung des nunmehr amtlich Angestrebten frei werden! —

Wahre Wissenschaft achte einzig und allein auf den Wahrspruch der Tatsachen und zeige sich völlig unparteiisch im Widerstreit der Lehrmeinungen. So hörten wir je und je akademische Lehrer sich über das sicherste Kennzeichen höchster Geistesbildung äußern. Wer von diesem Standpunkt aus das Verhalten vieler deutscher Hochschulprofessoren gegenüber unserer Frage betrachtet, wird sich sein eigenes Urteil nach dieser Richtung bilden dürfen. Dies um so mehr, als es sich im vorliegenden Falle nicht um eine beliebige der unzähligen wohlgepflegten Spezialgebiete wissenschaftlichen Unterrichts handelt; es gilt vielmehr die Weckung, Förderung und Pflege nationaler Kulturwerte von fast unübersehbarer Tragweite. Ja, Kant spricht sogar von der Erziehung als „dem größten und dem schwersten Problem, was dem Menschen kann aufgegeben werden“.

Das Staatstheater

Eine Studie zur Geschichte der deutschen Theaterreform

Von Dr. Oswald Dammann

„Das Theater soll keine andere Aufgabe haben, als auf die Veredelung des Geschmacks und der Sitten zu wirken.“
Joseph der Zweite.

Es ist kein Zufall, daß gerade in unseren Tagen der Ruf nach Erneuerung des gesamten Kunstlebens, insbesondere nach Reform des Theaters, lebhafter als je ertönt. Noch jedesmal sind bei großen sozialen Krisen Propheten aufgestanden, die die hohe Kulturmission der Kunst verkündeten. Schiller zeichnete in glühenden Farben auf dem Hintergrunde der französischen Revolution das Bild seines Vernunftstaates, in dem die Schönheit alle Gegensätze des menschlichen Lebens zu harmonischer Einheit verschmilzt; nicht anders Richard Wagner, wenn er 1848

[8]) Verlag K. F. Köhler, Leipzig.

beim Neuaufbau der menschlichen Gesellschaft der lebensgestaltenden Macht der Kunst den entscheidenden Anteil zuwies. Daß bei dieser Neugestaltung dem Theater eine hervorragende Rolle zufallen müsse, war beiden als den geborenen Dramatikern selbstverständlich. Denn die Schauspielkunst hat mehr als alle anderen Künste einen sozialen Charakter, keine ist von so umfassender und volkstümlicher Bedeutung wie sie. Aber weder Schiller noch Wagner konnten sich verhehlen, daß das Theater ihrer Tage weit hinter seiner Bestimmung zurückblieb. Ein unglücklicher Stern hat von jeher über ihm gestanden und verhindert, daß es seine kulturelle Funktion ganz rein auswirken konnte. In den unwürdigen Fesseln industrieller Spekulation hatte es seinen schöpferischen Wert verloren und war herabgesunken zu einer Stätte wohlfeiler Unterhaltung. Ohne Zweifel, sollte die Schaubühne ihre bildende Kraft und ihre nationale Bedeutung bewähren, so mußten ihre Existenzbedingungen von Grund aus geändert werden.

Die Geschichte des deutschen Theaters zählt eine glänzende Reihe von Namen, die diese Notwendigkeit voll erkannten. Von der Neuberin bis auf Heinrich Laube eine leuchtende Kette viel versprechender Ansätze, momentaner Erfolge, aber auch eine Kette bitterer Erfahrungen, zerstörter Hoffnungen. Das Schicksal der Neuberin, deren imponierende Gestalt auch heute noch unvergessen lebt, wurde typisch für alle folgenden Versuche willensstarker Geister, das deutsche Theater nach dem Bilde zu formen, das sie als hohes Ideal in ihrer Brust trugen. Sie war die erste, die unerschrocken der Geschmacksverwirrung des Publikums ihre geläuterte Kunstauffassung entgegensetzte, die im Kampf mit pedantischer Nützlichkeitspolitik die großen nationalen Aufgaben der Kunst im Auge behielt, um doch zuletzt gebrochen und verbittert aus dem ungleichen Kampfe auszuscheiden. Es ist dieselbe Enttäuschung, die später Lessing erlebte und die ihm das unwillige Wort abnötigte: „Aber den gutherzigen Einfall, den Deutschen ein Nationaltheater zu verschaffen, da wir Deutsche noch keine Nation sind!" Von der Neuberin und Lessing über Goethe, Tieck und Immermann bis in unsere Tage immer wieder der Versuch, der allgemeinen Teilnahmslosigkeit und niedrigen Spekulationssucht in Sachen der Kunst Herr zu werden, dem dann früher oder später die erschreckende Erkenntnis folgte, wohin das deutsche Theater trotz alledem gelangen mußte, wenn ihm der Rückhalt weitgespannter nationaler Interessen fehlte. Selbst Goethe, unter dessen Leitung das Weimarer Theater zweitweise eine unerreichte Kulturbedeutung gewann, blieb von dieser schlimmen Erfahrung nicht verschont.

Was die Nationalbildung verlangte, konnte nur von der Nation geleistet werden. Wollte man also das Theater nicht als eine leichtfertige Vergnügungsanstalt sich selbst und der geschäftlichen Ausbeutung überlassen, wollte man in der dramatischen Kunst einen mächtigen Faktor zur Veredelung der menschlichen Gesellschaft anerkennen, so mußte auch die Gesamtheit der Nation, die dabei dringend beteiligt war, der Staat mußte sich der Bühne annehmen, sie schützen, fördern und beaufsichtigen, so gut wie die anderen Bildungsstätten, Schule und Kirche. Auch hier war es wieder Schiller, welcher zum ersten Male mit Nachdruck diesen Gedanken betonte, der seitdem ein immer wiederkehrender Programmpunkt aller Theaterreformbestrebungen blieb. Gleichzeitig einsetzende Versuche, die so glücklich begriffene Aufgabe nun auch in die Tat umzusetzen, schienen dem deutschen Theater ganz neue zukunftsreiche Aussichten zu eröffnen. Da der Staat in Deutschland damals keine anderen Repräsentanten besaß als seine Fürsten, so war die Entscheidung in ihre Hand gelegt. Und wirklich war es ein Fürst, der diesen bedeutungsvollen Schritt tat, der den höheren Staatszweck der Bühne verkündete. Das derzeitige Reichsoberhaupt selbst, der ideal gesinnte Kaiser Joseph der Zweite, gab seiner Hofbühne 1776 den Namen und die Grundsätze eines Nationaltheaters. Der Hof behielt sich nur Schutz und Oberaufsicht über das Theater vor, die künstlerische Verwaltung wurde ganz Künstlerhänden anvertraut, die aller wirtschaftlichen Sorge bar und ohne alle Einmischung nicht kompetenter Kreise nun das ihnen überlassene Institut seiner höchsten Bestimmung entgegenführen konnten.

Es zeugt von der tiefsten Einsicht in das Wesen der Schauspielkunst und greift weit in die Zukunft hinaus, wenn der Kaiser die Notwendigkeit der Selbstregierung der Künstler so weit erkannte, daß er dem Wiener Nationaltheater nach französischem Vorbilde eine republikanische Verfassung gab, deren Prinzipien dann später von Dalberg in Mannheim, Schröder in Hamburg u. a. aufgenommen wurden. Vielerorts folgten die Hof- und Stadttheater dem Beispiel Josephs. Die Nationaltheater wurden allgemein, und die Schauspielkunst nahm, geführt von Meistern wie Ekhof, Schröder, Iffland, dank ihrer gesunden Organisation eine rasche und nationale Entwicklung

Von jeher waren die Errungenschaften der Schauspielkunst wieder in Frage gestellt, wenn die Männer, denen sie zu danken waren, ausschieden; denn dem Theater hatten Einrichtungen gefehlt, welche die Weiterbildung des Erworbenen von den Persönlichkeiten unabhängig machten. Als die eigentliche Ursache des schnellen Aufschwungs, den es jetzt genommen hatte, muß man deshalb seine Organisation betrachten. Organisation war es, die das Theater nötig hatte; sein weiterer gedeihlicher Fortschritt hing daher von der konsequenten Fortbildung dessen ab, was Joseph der Zweite begonnen hatte, um die Kunst in sich selbst ihren Schwerpunkt und die Kraft zu fortwährender Erneuerung finden zu lassen, um sie fähig zu machen, die erreichte Entwicklung den höheren Kulturzwecken der menschlichen Gesellschaft anzuschließen. Es galt, die erfolgreich beschrittene Reform als höhere Notwendigkeit zu erkennen und zu behaupten. Je lebhafter sich die Schwingen des Staatslebens regten, je einsichtsvoller sich der Staat seiner Verpflichtungen gegen die Nation erinnerte, um so mehr traten auch die Theaterreformfragen in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Ein verheißungsvoller Schritt, der das deutsche Nationaltheater seiner höchsten Idee näher gebracht hätte, geschah in Preußen zur Zeit seiner Erniedrigung. Angeregt von W. v. Humboldt erging am 16. Dezember 1808 von Königsberg ein königliches Publikandum, das das Theater den Anstalten zuzählte, die Einfluß auf die allgemeine Bildung haben und sie deshalb gleich den Akademien der Wissenschaften und Künste der Sektion des Ministeriums für den öffentlichen Unterricht und Kultus unterordnete. Das Schicksal dieser Verordnung, die, wenn sie ins Leben getreten wäre, der dramatischen Kunst ein organisches Gedeihen gewährleistet hätte, ist bezeichnend für den weiteren Verlauf der so hoffnungsvoll begonnenen Entwicklung. Wie so manche andere tüchtige Maßregel aus der preußischen Reformzeit war auch die geplante künstlerische Reorganisation in dem Maße zur Unfruchtbarkeit verurteilt, als der preußische Staat seine weitgesteckten Ziele wieder vergaß. Schon nach zwei Jahren reihte die veränderte Bestimmung über die Verfassung der Behörden das Theater unter die öffentlichen Anstalten „zur Bequemlichkeit und zum Vergnügen".

„Zur Bequemlichkeit und zum Vergnügen!" Damit war der Weg vorgezeichnet, den das deutsche Theater nun wieder betrat. Daran wurde auch dadurch nichts geändert, daß seit dem Wiener Kongreß die Fürsten Deutschlands es für ihre gemeinsame Aufgabe hielten, in ihren Residenzen das Theater unter ihren unmittelbaren Schutz zu stellen. Indem auch in den konstitutionell regierten Staaten die Nation die Verfügung über das Theater dem Hofe überließ, begab sie sich stillschweigend des Anspruchs, den sie bisher daran zu haben glaubte. Aus dem „Nationaltheater" wurde folgerichtig das „Hoftheater", das die Grundsätze Josephs des Zweiten wieder aufgab. Was bei der Neuordnung einzig und allein gedieh, war in Anbetracht der hohen fürstlichen Subvention nur die materielle Seite der Kunst. Die entscheidende Tatsache aber, daß an die Spitze der Theaterverwaltung künstlerisch nicht gebildete Hofbeamte traten, mußte den Geist der von ihnen geleiteten Institute aufs Empfindlichste beeinträchtigen. Die höhere geistige Mitarbeit der Nation mußte von einem Theater ausgeschlossen bleiben, dessen Verwaltung der Nation nicht verantwortlich war. Der Intendant war nur dem Fürsten verantwortlich; in dem persönlichen Geschmack des Fürsten, nicht zuletzt aber auch in dem Maße seiner Anteilnahme für das Theater lag die einzige

Garantie für den Geist der Leitung einer Anstalt, die, wie keine andere, der Ausdruck der höheren geistigen Tätigkeit der gesamten Nation zu sein beansprucht. Die nachteiligen Folgen traten denn auch nur zu bald in die Erscheinung. Nach dem kurzen, überraschenden Aufblühen des deutschen Theaters stellten sich in erhöhtem Maße alle jene Symptome einer künstlerischen Demoralisation ein, die man soeben noch überwunden zu haben glaubte und die nun dem modernen Theaterwesen das charakteristische Gepräge verliehen.

Die Zukunft des deutschen Theaters schien verloren, wenn nicht die Nation sich im gegebenen Moment ihres höchsten Anrechts entsann, auf das sie in so unverantwortlicher Weise verzichtet hatte, ihrer Rechte, die hier wie nirgends zugleich ihre höchsten Pflichten waren. Ganz offenbar, die Lebenskraft des deutschen Theaters stand und fiel mit dem Lebenswillen der Nation. Und eben jetzt regte sich dieser Lebenswille, der so lange geschlummert hatte, in einer Stärke, die keinen Zweifel darüber ließ, daß sie sich reif dünkte, ihr Schicksal selbst zu schmieden. Die Nation schien gewillt zu sein, sich die volle, freie Beteiligung aller ihrer geistigen und sittlichen Kräfte auf allen Lebensgebieten nicht mehr verkümmern zu lassen, sie schien auch gewillt, diese freie Beteiligung in die Organisation des Theaters miteinzuschließen. Es war deshalb von größter Tragweite, als 1848 im Frankfurter Parlament der preußische Kultusminister von Ladenberg den Gesetzentwurf einbrachte, „den Einfluß aller Künste auf das Volksleben in Übereinstimmung zu setzen und zu organisieren", und wenn er zu diesem Zweck eine öffentliche Aufforderung an Theatersachverständige erließ, ihm Vorschläge zu unterbreiten, die geeignet seien, dem Theater eine seiner sozialen Bedeutung entsprechende Gestaltung zu geben.

Aus der großen Zahl von Schriften, die dieser Anregung ihre Entstehung verdankten, ragt das Reformprogramm hervor, welches Eduard Devrient unter dem Titel: „Das Nationaltheater des neuen Deutschlands" 1849 veröffentlichte. Devrient zieht in diesem Entwurf das Fazit aus seiner Geschichte der deutschen Schauspielkunst und kommt zu folgender Überzeugung: Die Bühne übt einen gewaltigen Einfluß auf die Bildung der Nation aus, sie muß deshalb eine der wichtigsten Bildungsanstalten des neuen Staates werden. Überall wo die Existenz des Theaters von dem Geschmack und den Launen des Publikums abgehangen hat, ist die Kunst in tötlicher Gefahr gewesen, zum Handwerk herabzusinken, der Spekulation zu dienen, sich und das Publikum zu verderben. Daher müssen alle Haupttheater Nationaltheater werden, Staatsinstitute, dem Ministerium der Volksbildung untergeordnet, mit bestimmtem Zuschuß aus den Staatskassen. Die Verfassung des Theaters muß eine künstlerische Selbstregierung durch Vertretung und unter Vorständen sein, welche aus freiem Vertrauen gewählt und der Landesregierung für das künstlerische Niveau des ihnen anvertrauten Instituts verantwortlich sind. Nur durch solche Konstitution kann die künstlerische Gesinnung, der Gesamtgeist, gekräftigt und das selbstsüchtige Sonderinteresse einzelner Talente unterdrückt werden. Die Direktion wird stark sein, weil sie sich auf das Vertrauen der künstlerischen Genossenschaft stützt und dem Ministerium nur die Bestätigung des Etats bleiben darf. „Bei jedem, wenn nur irgend gesicherten, hohen oder niedrigen Einnahmeetat ist ein Theater herzustellen, in dem der Geist lebendig ist." Aber auch die verschiedenen Theater desselben Staates, mit Einschluß der Stadttheater bis hinab zu der kleinsten Wanderbühne, dürfen nach Devrients Ansicht nicht mehr isoliert stehen, sondern müssen in der Leitung durch das Gesamtministerium eine organische Verbindung finden, aus welcher sich für das künstlerische Leben der einzelnen Institute unberechenbare Vorteile ergeben.

Das sind die Hauptrichtlinien des Reformplanes, der den Vorzug hat, von einem Manne herzurühren, der aus eigener Praxis und gründlicher Kenntnis der deutschen Theatergeschichte das Notwendige und Mögliche erkannt hatte. Seine Vorschläge fanden denn auch in weiten Kreisen lebhaften Anklang. Die „Grenzboten" mit Gustav Freytag an der Spitze erklärten sich mit allen wesentlichen Punkten des Entwurfs einverstanden und empfahlen ihn den Regierungen dringend

zur Beachtung. Richard Wagner verteidigte ihn eifrig gegen die Angriffe von seiten der Vertreter der Theatergewerbefreiheit. Hatte er doch selbst, von ähnlichen Ideen erfüllt, fast gleichzeitig seinen bekannten „Entwurf zur Organisation eines deutschen Nationaltheaters für das Königreich Sachsen" ausgearbeitet, der sich in den prinzipiellen Gedanken ganz mit dem Devrientschen Programm deckte. Der Verwirklichung der Reform im angedeuteten Sinne schien nichts mehr im Wege zu stehen. Schon war es gelungen, Friedrich Wilhelm den Vierten dafür zu gewinnen, als die einsetzende politische Reaktion mit so mancher segensreichen Neuerung auch die beabsichtigte Theaterreform vereitelte. Die allmählige Stagnation des öffentlichen Lebens trieb auch das Theater wieder in die gewohnten Bahnen. Wie ein Hohn auf das Fehlschlagen der großen nationalen Hoffnungen mochte es erscheinen, als sich Devrient bald darauf Gelegenheit bot, die Lebenskraft seiner viel gescholtenen „Utopie" praktisch zu erweisen. Unter dem Schutze eines hochsinnigen Fürsten gelang es ihm, seine Grundsätze zu williger Anerkennung zu bringen und das Karlsruher Hoftheater zu einer Musterbühne und einer Hochschule des guten Geschmacks zu erheben.

Das Staatstheater ist bis auf den heutigen Tag Gedanke und Anregung geblieben. Ein und der andere Versuch, das Projekt Devrients wieder aufzunehmen, wie er im Zusammenhang mit der Begründung der deutschen Einheit in den siebziger Jahren von Georg Köberle und anderen unternommen wurde, traf auf unfruchtbaren Boden. Als Eduard Devrient und Richard Wagner ihre Reformentwürfe begruben, konnten sie nicht ahnen, daß siebzig Jahre später dieselbe Konstellation sich noch einmal wiederholen würde, die sie so freudig als den Morgen einer neuen Zeit begrüßten, und daß Ideen, für die sie so tapfer, aber sieglos gekämpft hatten, noch einmal zu frischem Leben erwachen und von „zeitgemäßem und allgemein deutschem Interesse" sein würden. Wieder und eindringlicher als je bieten sich heute alle Kräfte und Fähigkeiten der Nation zu einem erhöhten Kulturleben an, wieder soll das neue Deutschland Wirklichkeit werden. Ob dabei auch das Nationaltheater auf seine Rechnung kommt? Wir hoffen es sehnlichst und sind dabei mit Immermann des Glaubens, „daß die Palingenesie der deutschen Bühne, wenn sie noch einmal erfolgen soll, keineswegs von einer zu entdeckenden neuen Weisheit, sondern von Entschließungen moralischer Art abhängig sein möchte." Reformen, wie die hier gemeinten, setzen auf jeden Fall ein Maß von Verständnis für nationale Kulturaufgaben voraus, das uns bis jetzt noch immer fehlt. Wir sind heute, so wenig wie in Lessings Tagen eine Nation, die diesen Namen führt als den Ausdruck ihrer höchsten Freiheit. Noch immer stehen weite Kreise unseres Volkes abseits von den verantwortungsvollen Aufgaben des Gemeinschaftslebens. Die Kunst hat jederzeit am meisten darunter zu leiden gehabt. Die atomistische Verfassung der modernen Gesellschaft war ihrem Gedeihen nicht günstig. Schillers Wort, daß die Beschäftigung mit ästhetischen Problemen mehr dem Geschmack als dem Bedürfnis seiner Zeit fremd sei, gilt auch heute noch uneingeschränkt. Der Weg, den wir zu gehen haben, ist uns klar genug gezeichnet. Wieder wird an einem entscheidenden Einschnitt der geschichtlichen Entwicklung das Heilmittel gereicht, durch das der moderne Mensch hoffen darf, einer unheilvollen Dienstbarkeit entzogen zu werden, die alle seine Lebensverhältnisse durchsetzt hat. Der Kunst, und nicht zum wenigsten der theatralischen Kunst, ist die Aufgabe gewiesen, den sozialen Drang seine edelste Bedeutung erkennen zu lassen, ihm seine wahre Richtung zu zeigen. Kunst und soziale Bewegung haben das gleiche Ziel, den Staat der Not mit dem Vernunftstaat zu vertauschen, in dem sich die Totalität der menschlichen Kräfte vollendet. Der Staat, der sich gründet auf den Sieg der Revolutionsidee, hat, wenn er sich durchsetzen und behaupten will, die „moralische Entschließung" zu fassen, die Kunst und ganz besonders das Theater als moralische Anstalt in den Kreis seiner Aufgaben einzuschließen.

Der Friedensvertrag und die öffentliche Meinung Frankreichs

Noch jeder erinnert sich der Sensationsmeldungen aus den ersten Tagen der deutschen Revolution, daß nämlich auch die englische Flotte, auch das französische Heer Matrosen- und Soldatenräte gebildet hätten, daß Foch abgesetzt sei und an der gesamten Front Verbrüderung herrsche. Ein von Wilhelmshaven kommender Matrose, der im übrigen den Eindruck eines besonnenen und durchaus disziplinierten Mannes machte und sich über den mannigfachen Unfug der frisch gebildeten Soldatenräte nicht genug entrüsten konnte, versicherte mir am 8. November tiefernst, all diese Meldungen entsprächen den Tatsachen, sie hätten das so mit den Engländern verabredet. Inzwischen hat sich wohl auch der starrsinnigste Völkerverbrüderungsfanatiker überzeugen können, daß diese Verabredungen lediglich ein von englischen Agenten schön hingestrichener Leim gewesen sind. Aber klüger sind wir anscheinend durch diese Erkenntnis doch wieder nicht geworden. Denn jetzt gibt es wieder Idealisten in Menge, die uns predigen: Unterzeichnet ruhig, denn dann kommt die Weltrevolution. Die andern sind auch drauf und dran zu revolutionieren. Und zum Beweis werden uns dann meist wahllos und auf Grund von aus dem Zusammenhang herausgerissenen Berichterstattertelegrammen Pressestimmen vorgesetzt, die das beweisen sollen. Der deutsche Leser, der diese zitierten Zeitungen nie auch nur gesehen hat, geschweige, daß er über ihre Verbreitung und ihren Leserkreis etwas wüßte, wiegt sich dann, wie er es während des Krieges auf Grund von Zitaten aus englischen Pazifisten- und Oppositionsblättern getan hat, in neuen Illusionen und hofft auf Zeiten, die dadurch besser werden sollen, daß bei den andern „etwas passiert."

Diese Illusion geht von der falschen Voraussetzung aus, daß in den Nachbarländern die Zensur ähnlich gehandhabt worden ist wie bei uns und also alles schlechtweg unterdrückte, was den leitenden Stellen nicht in den Kram paßte. Die englische Regierung aber hat mit der Zensur ganz anders gearbeitet wie die unsrige, sie hat eine Oppositionsagitation soweit wie möglich zu unterbinden gesucht, im übrigen aber immer auf zwei Pferde gesetzt und rein sachliche Erörterungen ohne Rücksicht aufs Ausland immer zugelassen, wenn es die Rücksicht auf die militärische Sicherheit nur irgend gestattete. Eine englische Presseäußerung, die wir gern hören, ist aber, besonders jetzt nach Aufhebung der Zensur keinerlei Anzeichen dafür, daß es drüben schon „so schlimm steht, daß . . ." sondern lediglich, daß man durch eine freie Diskussion das natürliche Interesse des Engländers an der Politik wachzuhalten bestrebt ist.

Anders liegt der Fall in Frankreich. Hier herrscht nach wie vor die rigoroseste auch unsere frühere an Tyrannei weit übertreffende Zensur, die sich nicht nur um das Nachrichtenmaterial und Indiskretionen kümmert, sondern auch Erörterungen und Besprechungen, die der Regierung nicht passen, unnachsichtig beschneidet oder unterdrückt. Eine wirkliche Opposition, besonders auf außerpolitischem Gebiet ist zurzeit also in Frankreich unmöglich. Desto interessanter ist es aber, sich einmal genauer anzusehen, was denn in Frankreich an Opposition geduldet wird, weil es verrät, weniger welche Widerstände sich gegen die offizielle Politik geltend machen, als vielmehr welche Widerstände die Regierung augenblicklich für klug hält, zu dulden und laut werden zu lassen. Nichts lehrreicher als von diesem Gesichtspunkte aus, die Erörterung des Friedensvertrags in der französischen Presse zu beobachten.

Mit allen Mitteln war die Presse Frankreichs vor der Veröffentlichung der Friedensbedingungen für einen „starken" Frieden mit allen militärischen Bürgschaften für die Zukunft und völliger Wiedergutmachung aller durch den Krieg entstandenen Schäden eingetreten. Und je mehr sich die Trunkenheit des ersten

Siegestaumels legte, je klarer die enormen Verluste, die der Krieg Frankreichs Bevölkerung und Wirtschaftskraft gebracht hatte, hervortraten, je mehr Einzelheiten über die Wüstenei der Kampfzone, über die beabsichtigten neuen Steuergesetze, über wirtschaftliche Ambitionen der Engländer und Amerikaner bekannt wurden, je deutlicher, kurz gesagt, die Erkenntnis wurde, daß dieser Ententesieg, für Frankreich allein genommen, ein Pyrrhussieg geworden war, desto energischer trat die Notwendigkeit hervor, für Frankreich zu retten, was irgend zu retten war. Man wollte nicht nur gesiegt haben, sondern der Sieg sollte auch speziell für Frankreich auf die Dauer sichergestellt werden und möglichst wenig kosten. Eine Regierung, die ohne solchen Frieden von der Konferenz käme, würde vom allgemeinen Unwillen des ganzen Landes ohne weiteres weggefegt werden, und der durch Besichtigungsfahrten in die befreiten Gebiete, durch Veröffentlichung der Annexionsprogramme deutscher Politiker und Wirtschaftsverbände, durch den lange widerwillig ertragenen wirtschaftlichen Druck und durch die drohenden neuen Steuerlasten ständig wachgehaltene Haß gegen Deutschland hat, wie man aus den Schilderungen von der Ankunft der deutschen Friedensdelegation entnehmen kann, noch nichts von seiner Schärfe eingebüßt.

In diese Stimmung nun fiel die Veröffentlichung des Friedensvertrages. Es war klar, daß dabei von Regierungsseite der Eindruck angestrebt werden mußte, als brächte er Frankreich alles, was es sich gerechter- und vernünftigerweise wünschen konnte. Tatsächlich äußerten sich denn in den ersten Tagen auch die großen Boulevardblätter befriedigt. Aber in den Kreisen der Parlamentarier und Sachverständigen muß rasch eine gewisse Enttäuschung laut geworden sein, denn sehr bald fügte man tröstend hinzu: wen etwa der Vertrag nicht voll befriedige, der möchte nur bedenken, daß er in dieser Form ja nur Gültigkeit hätte, wenn Deutschland alle Bedingungen restlos und ständig erfülle, und daß er sich leicht verschärfen ließe, wenn das nicht der Fall sein sollte. Aus andern Stimmen gewann man dann den Eindruck, als ob der Vertrag allerdings als ein tüchtiger Schritt vorwärts angesehen wurde, daß aber die militärischen und finanziellen Bedingungen die Sachverständigen mit Besorgnis erfüllen und namentlich die ausgesprochen angelsächsische Färbung des Friedens von verschiedenen Seiten mit Mißbehagen bemerkt wurde.

Im einzelnen ist die Opposition viel stärker als man bei uns glaubt. Die Regelung der Saarbeckenfrage wird allgemein als ungenügend, weil unklar und nach fünfzehn Jahren mit neuen Verwicklungen drohend, besprochen. Viele Bestimmungen seien undurchführbar, die zugesicherten Garantien lediglich vom guten Willen Englands und Amerikas abhängig. Der Wortführer der neugegründeten demokratischen Partei schreibt, der Vertrag rechtfertige die schlimmsten seit Wochen ausgesprochenen Befürchtungen und lasse die ängstliche Überwachung durch die Zensur begreiflich erscheinen. Er verurteile Frankreich zum finanziellen Ruin und lasse es ohne jede reale Sicherheit. Er bedeute, schreibt „Libre Parole", ein Unrecht gegen Frankreich. Die rechtsstehenden Chauvinistenblätter sind unwillig darüber, daß der Friede nicht mit den deutschen Einzelstaaten geschlossen werde und die Einheit Deutschlands bestehen lasse. Nur vereinzelt taucht dagegen die Bemerkung auf, daß der Friede doch immerhin mehr bringe, als man vor einem Jahr zu hoffen gewagt hätte.

Der allgemeine Eindruck ist also der, daß der Friede im einzelnen den an ihn gestellten Anforderungen nicht entspricht. Man muß sich, um dies verstehen zu können, nur einmal vergegenwärtigen, was man in Frankreich unter einem „gerechten" Frieden versteht. Jeder Franzose, die Sozialisten nicht ausgenommen, ist fest davon überzeugt, daß dieser Krieg Frankreich aufgezwungen wurde und wird in dieser Überzeugung, sofern das nötig sein sollte, noch allwöchentlich mindestens einmal durch entsprechende Artikel der Presse der deutschen Unabhängigen, die bereitwillig abgedruckt wird, bestärkt. Es scheint ihm also nur recht und billig, wenn ihm jeder Kriegsschaden und Verlust restlos ersetzt wird. Ob und wieweit Deutschland darunter leidet, ist ihm völlig gleichgültig. Da Deutschland

ja nach seiner Meinung den Krieg angefangen hat, ist es nur gerecht, wenn es die Konsequenzen auf sich nehmen muß. Aus diesem Grunde macht er sich auch keinerlei Gedanken darüber, ob der Friede mit den Wilsonschen Punkten vereinbar ist oder nicht, oder wenn er es tut, wie etwa Hervé in der „Victoire", so behilft er sich mit Sophismen wie, die deutschen Kolonien seien ja von Fremdvölkern bewohnt und keine Auswanderungskolonien, und wenn es, wie „Progrès de Lyon" schreibt, vielleicht ratsamer gewesen wäre, sich auf die Ausbeutung der Saarbergwerke zu beschränken, so sei ja eine zwangsweise Annexion der Bevölkerung auch keineswegs beabsichtigt.

Und die Sozialistenpresse? Wird sie nicht aufstehen wie ein Mann und gegen diese Verdrehung der Wilsonschen Punkte protestieren? Ach nein. Wohl gibt die „Humanité", die nebenbei bemerkt, kaum mehr als 120000 Leser hat, während die Boulevardblätter in Millionen von Exemplaren verbreitet sind, ihrer Enttäuschung über Wilsons Zurückweichen Ausdruck, aber sie tut das in sehr zahmer, fast akademischer Weise, sozusagen anstandshalber und der Parteipolitik zuliebe, und wenn sie gegen die finanziellen oder territorialen Bestimmungen des Vertrages opponiert, so geschieht das nur, weil sie darin den Keim zu großer Enttäuschung im Innern und zu neuen Verwicklungen nach außen, nicht weil sie darin eine Ungerechtigkeit erblickt. Wenn sich in Frankreich sozialistische Stimmen gegen den Vertrag erheben, so tun sie es überhaupt nicht um der Weltgerechtigkeit willen, sondern um gegen ihren eigenen Militarismus und Kapitalismus Opposition zu machen. Denn das weiß auch der französische Arbeiter, daß es besser ist, von Deutschland so viel herauszupressen wie irgend mit einer weitsichtigen Politik vereinbar ist, als selber in irgendeiner Weise einen Teil der Kriegslasten übernehmen zu müssen. Und was z. B. Elsaß-Lothringen betrifft, so ist nach „Humanité" das ganze französische Proletariat darin einig, daß „das Verbrechen von 1871" wieder gutgemacht werden muß. Einzig der „Populaire" und der „Populaire du Centre" erheben mutig und kräftig ihre Stimmen gegen die Vergewaltigung des Rechts, die dieser Friede bringt. Aber der „Populaire" ist ein ganz kleines Blatt ohne Einfluß und Verbreitung und „Populaire du Centre" ist lediglich ein Informationsblatt für organisierte Arbeiter. „Populaire" spricht auch keineswegs aus Deutschfreundlichkeit so, ein derartiges Blatt wäre in Frankreich heute schon nach drei Tagen unmöglich, sondern aus Humanität und um einer ehrlich angestrebten abstrakten Gerechtigkeit willen, und wir erweisen ihm einen schlechten Dienst, wenn wir ihn durch fortwährendes Zitieren den eigenen Landsleuten verdächtig machen; die äußerste Linke gilt sowieso schon in Frankreich als deutschfreundlich und bolschewistisch. Gerade deshalb aber werden ihre Äußerungen offenbar geduldet, nicht als ob die hinter ihnen stehenden Kreise zu mächtig wären, sondern weil Clemenceau jeden Gedanken daran, daß der Friede etwa gewalttätig sei, durch den von der gesamten übrigen Presse denn auch eifrig gehandhabten Hinweis auf diese wenigen Verworfenen und Abtrünnigen verdächtig machen und entkräftigen kann.

Die Hauptfrage der Presse aber lautet gegenwärtig: „Signeront-ils?" Werden sie unterzeichnen? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Frage nicht ohne Unbehagen aufgeworfen wird. Die in der deutschen Presse zutage getretene Entrüstung über den Friedensvertrag hält man freilich für leere Komödie (Revanchedrohungen benutzt man zur Befestigung der eigenen Forderungen nach größter militärischer Sicherheit!), aber so ganz sicher, wie man sich geben möchte, ist man offenbar nicht, und daß neben der Drohung mit Verschärfung der Blockade die Forderung sofortigen Einrückens nur vereinzelt erhoben wird, deutet darauf hin, daß man an eine Verlängerung des Übergangszustandes nur ungern, an eine Wiedermobilmachung aber nur mit Schrecken denkt. Darüber, daß beim wirklichen Scheitern der Verhandlungen die Ententetruppen sofort weiter einrücken, kann kein Zweifel bestehen. Die Frage drüben ist nur, ob man sich stark genug fühlt, die mit einer Remobilisierung verbundene Abkühlung des Siegeswillens auf sich zu nehmen. Wie wenig dabei aber auf die Einwirkung der Internationalen zu rechnen ist, geht aus der Äußerung Roziers in „France

libre" vom 5. Mai hervor, daß die rauhe Wirklichkeit die Notwendigkeit, gewisse politische und soziale Bedingungen zu verwirklichen, damit das internationalistische Ideal gedeihen könne, erwiesen habe. Kein Sozialist könnte vergessen, daß die französischen Arbeiterklassen in dem bevorstehenden Frieden die Sicherheiten ihrer freien Entwicklung und die Möglichkeiten sozialer Umwandlung finden müßten, welche die Doppellast des Militarismus und der Steuern ihr für lange Zeit noch versagen würde.

Menenius

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zur Abschaffung des Adels. Nach Zeitungsberichten hat man in Bayern nunmehr die Abschaffung des Adelstitels beschlossen und zwar, wie der Bericht hinzufügt, binnen 23 Sekunden.

Mag diese Zeitspanne wirklich genau zutreffen oder nicht: auf alle Fälle zeigt sich, wie wenig Nachdenken man sich um die Existenz einer Institution gemacht, die in ihren Grundlagen älter ist als der bayerische Staat und die diesen zum Teil mitbegründet hat. Da sich indes trotz aller Mängel des Verfahrens aus dem Beschlusse Folgen ergeben werden, die nicht nur für Bayern, sondern als erster praktischer Schritt in solcher Richtung auch für das ganze Reich Bedeutung gewinnen können, so scheint es angezeigt, sich mit seiner Rechtsmäßigkeit und Rechtsbeständigkeit zu befassen.

Bekanntlich zerfällt der Adel nach seiner Entstehung in Uradel, Briefadel und persönlichen Adel, in Reichs- und Landesadel. Gleichviel welchen Ursprungs, ist seine Existenz als die eines wohlerworbenen subjektiv persönlichen Rechtes jedes Inhabers unbestritten.

Die aus ihm fließenden Rechte sind entweder rein politischer oder individueller Natur. Die ersteren, z. B. besondere Gerichtsbarkeit, Fideikommißrechte oder dergl., können, soweit heutzutage überhaupt noch vorhanden, vom Staate bei berechtigten Gründen in verfassungsmäßiger Form ohne Gewähr einer Entschädigung aufgehoben werden. Insoweit kann der Beschluß Bayerns also, falls genügend begründet, rechtsbeständig sein.

Insoweit jedoch die Adelsvorrechte in erster Linie dem Individuum als solchem zugute kommen, also ihm einen aus historischer Tradition geborenen gesellschaftlichen Rang geben, kann der Staat sie nur dann entziehen, wenn dies aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt unumgänglich ist. Daß dies hier der Fall wäre, wird kein klar denkender, von Parteileidenschaft freier Mensch behaupten können; denn weder haben die geringen Schutzmaßnahmen, die der Staat in öffentlichem oder privatem Rechte zugunsten der Adelstitulatur zu treffen hatte, diesen jemals übermäßig in Anspruch genommen, noch hat die bloße Titulatur in der ganzen Weltgeschichte irgendeinem Staate Schaden zugefügt, und politische Einflüsse aristokratischer Natur werden mit der Abschaffung des Titels überhaupt nicht getroffen. Auch ist es zweifelhaft, ob überhaupt ein Staat originäre oder von fremden Quellen, z. B./dem alten Deutschen Reiche, abgeleitete und von ihm selbst anerkannte Rechte einseitig aufheben darf.

Übrigens ist es nicht ganz uninteressant, bei dieser Gelegenheit an die Worte Napoleons des Ersten, also immerhin eines der Zuneigung zur Aristokratie unverdächtigen und außerdem nicht ganz unerfahrenen Staatsmannes, zu erinnern: „Der Staat ohne Aristokratie ist ein Schiff ohne Steuer, ein Luftballon von den Winden geschaukelt. . . . Die vernünftige Demokratie begnügt sich, für alle die Gleichheit des Strebens und die Erreichbarkeit des Zieles zu erhalten." Mém. de St. Hél. Las Cases V 36. — Bekanntlich versuchte Na-

poleon selbst noch kurz vor seinem Sturze eine Rekonstruktion des durch die Revolution dezimierten Adels. Auch das Urteil eines modernen Staatsrechtslehrers, eines geborenen Republikaners und Jahrzehnte hindurch einer Zierde gerade der Münchener Universität, sei hier erwähnt: „Die demokratische Einseitigkeit sieht nur die Gleichheit und gefährdet die Freiheit, indem sie die Mannigfaltigkeit erdrückt und jede höhere Kultur, indem sie die Auszeichnung als unerlaubte Ungleichheit mit ihrem Neide und ihrem Hasse verfolgt". (Bluntschli Politik S. 58.)

Wenn man aber trotz allem die rechtlichen Voraussetzungen als vorhanden ansehen will, so gibt jede Aufhebung von Individualrechten den Anspruch auf angemessene Entschädigung. In welcher Weise nun soll man Tradition und gesellschaftlichen Rang entschädigen? Wenn in Geld, nach welchem Maßstabe soll man einschätzen? In welcher Höhe entschädigen? Wo soll heutzutage das Geld herkommen?

Aus alledem folgt, daß eine Aufhebung von Adelstitulaturen durch Staatsakt ebenso unberechtigt wie undurchführbar ist. Über die persönlichen Rechte der Individuen kann sich der Staat nicht hinwegsetzen. Der moderne Staat und gar die Demokratie wissen nichts von einer absoluten Staatsgewalt. Eine schrankenlose Souveränität verträgt sich vor allem in der sozialen Republik nicht mit der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers; selbst dem Staate als Ganzem kommt solche Allmacht nicht zu.

Sollte der Staat trotzdem versuchen, seinen Willen mit Gewalt durchzusetzen, so müssen die Gerichte die Betroffenen schützen. Sie haben das Recht und die Pflicht, formell zu prüfen, ob überhaupt ein gültiges, also verfassungsmäßig entstandenes Gesetz vorhanden ist und, falls sie diese Frage bejahen, materiell festzustellen, ob das Gesetz mit der Landes- und Reichsverfassung sowie der Reichsgesetzgebung und mit den wohlerworbenen und unverletzlichen Rechten der Staatsbürger im Einklang steht. Fehlt es auch nur an einer dieser Voraussetzungen, so haben sie dem Gesetze die Anerkennung zu versagen und eine Vollziehung zu verhindern.

Es wird sich nun zeigen, ob die bayerischen Richter den Mut und die Kraft haben werden, auch in sturmbewegter Zeit das Steuer der immanenten Gerechtigkeit festzuhalten und ohne Furcht auch vor der staatlich geheiligten Straße den geraden Weg ihrer inneren Überzeugung zu gehen, „niemand zu Lieb' und niemand zu Leide, streng nach Recht und Gesetz, wie es einem Doctor juris geziemt". Dr. Sch.

„Der Irrweg des Bürgerratsgedankens." Unter dieser Überschrift spricht Herr Dr. Max Hildebert Boehm in Nr. 17 „Der Grenzboten" vom 23. April 1919 dem Bürgerratsgedanken jede Berechtigung ab. Wenn man sich auf den Standpunkt des Verfassers stellt und mit ihm davon ausgeht, daß die Bürgerratsbewegung lediglich eine Zusammenfassung des „Bürgertums im alten Sinne des Wortes" zum Kampf gegen die nach oben drängenden Arbeitermassen bedeute, so würden die Schlußfolgerungen des Herrn Boehm richtig sein. Es würde dann in der Tat die Bürgerratsbewegung nichts weiter sein als „Reaktion" im treffendsten Sinne des Wortes.

Aber die Voraussetzungen des Herrn Dr. Boehm sind falsch, und damit zerfallen seine Schlußfolgerungen logischerweise von selbst.

Die Bürgerratsbewegung hat nicht die von Herrn Dr. Boehm ihr unterstellten Zwecke und Ziele, sondern sie stellt nur die Zusammenfassung derjenigen Teile des Volkes dar, die prinzipiell auf der Basis individualistischer Wirtschaftsanschauung stehen gegenüber denjenigen Teilen des Volkes, welche durch Phrasen und Versprechungen benebelt, das wirtschaftliche Heil in der Durchführung des programmatischen Sozialismus erblicken. Das Wort „programmatisch" hierbei ausdrücklich unterstrichen, denn Individualismus und Sozialismus an und für sich sind keine unüberbrückbaren Gegensätze, sondern es lassen sich zwischen beiden Brücken bauen, aber Individualismus und programmatischer Sozialismus bleiben unüberbrückbare Gegensätze, und die Existenz des einen muß die des anderen ausschließen.

Es soll hier nicht untersucht werden, wo die Brücken zwischen Individualismus und Sozialismus liegen, das sind Aufgaben, die an anderer Stelle gelöst werden müssen und gelöst werden sollen. Es soll hier nur die Berechtigung des Kernes der Bürgerratsbewegung kurz nachgewiesen werden.

Der Name „Bürgerrat" hat mit der Sache und den Aufgaben nichts zu tun, er ist lediglich rein mechanisch, äußerlich entstanden dadurch, daß Arbeiter-Vereinigungen, Soldaten-Vereinigungen usw. sich ebenfalls den Namen „Rat" beigelegt haben. Von dem Standpunkt wirklicher Leistungs- und wirklicher Arbeits-Aufgaben gesehen, ist das Wort „Rat" sowohl bei der einen wie bei der anderen Kategorie nicht vertretbar. Es ist eben eine dem vulgären Sprachgebrauch des Volkes entliehene Revolutionsbezeichnung. Man könnte ebensowohl die einzelnen korporativen Zusammenfassungen mit „Ausschüssen" oder mit dem Worte „Bund" bezeichnen.

Marx,
Vorsitzender des Bürgerrats von Groß-Berlin.

Die Ausführungen, durch die der Herr Vorsitzende des Bürgerats von Groß-Berlin meine kritischen Einwendungen gegen den Bürgerratsgedanken entkräften zu können glaubt, sind in mehrfacher Hinsicht überaus aufhellend. So ist es entschieden ein wertvolles Eingeständnis, daß von autorisierter Seite zugegeben wird, der Name „Bürgerrat" ginge auf rein mechanischen Ursprung zurück. Besser als damit hätte gar nicht bekräftigt werden können, daß die Bewegung reaktionären Charakter trägt, da sie noch nicht einmal zum Verständnis und zur Würdigung des Rätegedankens als solchen vorgeschritten ist. Und wenn als gleichwertige Ersatzbezeichnungen „Ausschuß" und „Bund", Gebilde also, vorgeschlagen werden, die formal in durchaus verschiedener Ebene liegen, so ist damit der ungewollte Beweis erbracht, daß leitende Stellen der Bürgerratsbewegung sich über die grundlegenden, formal-organisatorischen Probleme der Zeit in bedauerlicher Unkenntnis befinden.

Aber auch die Wendung gegen den „programmatischen", will sagen Parteisozialismus, die nicht im Namen einer anderen Partei, sondern im Namen einer Standesorganisation vollzogen wird, widerlegt nicht, sondern begründet vielmehr meine Anschauung, wonach die Bürgerratsbewegung eine organisatorische Sackgasse darstellt. Die Abgrenzung, die hiermit dem Bürgertum zuteil wird, ist künstlich erklügelt und unhaltbar. Bürgertum war, ist und bleibt bis zu einem gewissen Grade etwas völlig anderes als die geschlossene Gegnerschaft des „programmatischen Sozialismus". Ein „Bürgerrat" aber, der es weder mit Bürgern zu tun hat, noch selber ein Rat ist, ist offenbar ein Monstrum und kein lebensfähiges, zukunftsträchtiges Gebilde.

Dr. Max Hildebert Boehm.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 1510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Nationalitätsprinzip und Staatenvergesellschaftung

Von Dr. Karl Mehrmann

Es ist der Fehler Wilsons, und es war der aller Weltbeglücker vor ihm, daß sie glaubten, sie könnten einen politischen Zustand von ewiger Dauer schaffen. So vom grünen Tisch her. Wir hören das Lied vom ewigen Frieden ja nicht zum ersten Mal aus dem diplomatischen Instrument, das Wilson seine Völkerbundsakte nennt. Dieselbe Melodie klingt ebenso aus dem Friedensvertrag, der in Münster und Osnabrück geschlossen wurde. Sie tönt aus der Urkunde, die Alexander der Erste die „heilige Allianz" nennen ließ. Fragt man aber, wie lange die Ewigkeit solcher heilig gesprochener Verträge und Bündnisse dauert, so erstreckt sie sich meist noch nicht über ein Menschenalter. Der westfälische Friede fing schon nach 20 Jahren in Aachen an zu zerbröckeln und setzte seinen Auflösungsprozeß in zehnjährigen Perioden zu Nimwegen und Rijswyk fort, bis er in Utrecht und Rastatt gänzlich in die Brüche ging und einem neuen Zustand in der west- und mitteleuropäischen Staatengesellschaft Platz machte. Auch dieser Stand der Dinge hielt keine 40 Jahre und zerrieb sich in den friderizianischen Kriegen, bis sich die gesamteuropäische Welt mit dem Hubertusburger Vertrage wiederum auf die Hoffnung auf einen ewigen Frieden einrichtete; eine Hoffnung, die in Kants Schrift ihren klassischen Ausdruck fand zu einer Zeit, als schon die politische Ordnung unseres Erdteils unter den Schlägen der französischen Revolution erzitterte. Unter den Stößen der napoleonischen Siege ging diese Ordnung völlig in die Brüche, um erst auf dem Wiener Kongreß notdürftig wieder zusammengeflickt zu werden. Die Flickarbeit hielt rund 40 bis 50 Jahre; aber schon um die zwanziger Jahre rüttelten die Aufstände in Spanien, in Italien und in Griechenland an ihrem Bestand. Schlimmer noch zerrten an ihr die Juli- und die März-Revolutionen und stellten ihre Dauerhaftigkeit auf die Probe, bis dann die außenpolitischen Revolutionäre Cavour und Bismarck in mächtigen Hieben das Wiener Kongreßwerk in Trümmer schlugen und auf diesen ihren Nationalstaaten den Raum zur Entfaltung gaben. Die nationale Idee, der sie für Mitteleuropa die Form durch die Errichtung des italienischen Einheitsstaates und des deutschen Reiches gegeben hatten, setzte ihre Bewegung nach dem Osten fort und flackerte hier in den Aufständen und Kriegen am Balkan auf, ohne zu einer endgültigen Lösung der slawischen Frage zu führen. Der Berliner Kongreß schuf zwar aufs neue eine europäische Staatengesellschaft, aber er schob die endgültige Antwort auf die nationale Problemstellung im Orient beiseite. Die europäische Welt hat seit ihrer Neuordnung in Berlin fast 30 Jahre Frieden gehabt, aber doch nur einen Frieden, der von fortwährenden Unruhen und Kleinkriegen am Balkan durchzittert war. Der Slawismus vermochte den in Berlin geschaffenen

Status als ewigen Zustand der europäischen Staatengesellschaft nicht anzuerkennen, ebensowenig wie sich Italien mit der 1866 erreichten Abgrenzung seines Staatsgebietes und Frankreich mit der 1871 getroffenen Regelung zufrieden gab. Am 1. August 1914 sank die europäische Staatengesellschaft in den Abgrund, wo sie zerschmettert liegen blieb. Der Verlauf des Weltkrieges stellte den Kriegführenden dann die Aufgabe, neben der Errichtung neuer Nationalstaaten und der Neuabgrenzung der bisherigen auf dem alten Kulturboden unseres Festlandes darüber hinaus einen Weltstaatenbund zu schaffen. Die alliierten und assoziierten Mächte glauben die erste Aufgabe, die der Neuordnung Europas, in dem Versailler Friedenswerk, Wilson die zweite in dem von ihm betreuten Völkerbund erfüllt zu haben.

Aber sieht man sich nun den Versailler Friedensvertrag und den Völkerbund, den der Präsident der Vereinigten Staaten bevormundet, an, so muß selbst ein Neutraler, auch wenn er während des Krieges mit unseren Gegnern sympathisiert hat, zugeben, daß von dem Gedanken in keiner Weise die Rede ist, der normalerweise einem Kriege folgen soll, dem Gedanken der Staatenvergesellschaftung. Wenn sonst zwei Parteien die Feindseligkeiten beendeten, so taten sie es doch, um wieder gemeinsam auf neuem Vertragsboden zusammenzuarbeiten. Eine für unsere Generation unvergeßliche Ausnahme machten die Franzosen, indem sie 1871 den Frankfurter Frieden mit dem Vorbehalt der Revanche schlossen; eine zweite der Panslawismus, der vom Berliner Kongreß unbefriedigt mit dem Wunsch nach Rache zurückkehrte; eine letzte die Bulgaren, die nach dem Bukarester Frieden 1913 ihre Fahnen mit der Hoffnung auf den Tag der Vergeltung zusammenrollten. Der jetzige Versailler Friede aber bedeutet die Ausnutzung zufälliger und augenblicklicher Überlegenheitsmomente, durch die die Franzosen uns Deutsche sich in respektvoller Ferne vom Leibe halten wollen. Und der Wilsonsche Völkerbund enthält nicht den Zusammenschluß aller Nationen, sondern die Gegenüberstellung einer Herrenorganisation und eines zusammenhanglosen Haufens geknechteter Staaten. Man hat den Bismarckschen Friedensschlüssen, die doch ausdrücklich die Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen Gleichberechtigten, wie der von Nikolsburg sogar die Freundschaft und das Bündnis mit dem Besiegten im Auge hatten, vorgeworfen, daß sie das Machtmoment ausgenutzt hätten. Man wird den sogenannten Friedensverträgen des Dreigestirns Clemenceau, Lloyd George und Wilson mit mehr Recht den gleichen Vorwurf machen müssen. Entweder also: die heutige Welt, soweit sie von ein paar Diktatoren regiert wird, hat aus den Erfahrungen eines $4\frac{1}{2}$jährigen Krieges immer noch nichts gelernt, oder es ist überhaupt nicht möglich, die Staatenpolitik von dem Gesetz des Machtgedankens zu befreien.

Oder — und das scheint mir das richtige zu sein — der nationale Machtwille ist nicht umzubringen; aber er wird und muß beeinflußt werden von der Theorie und Praxis des Zusammenschlusses der Völker.

Daß Wilson das Verhältnis dieser beiden Gedanken nicht gefunden und nicht durch einen vernunftgemäßen Friedensvertrag auszudrücken verstanden hat, das bleibt die ungeheure Schuld dieses Mannes, der sich die Aufgabe zugetraut hat, Richter zwischen der alten und der neuen Welt zu werden. Sein Ruhm geht an dieser Unfähigkeit, ein von ihm verkündetes Ideal zu verwirklichen, elend zugrunde.

So müssen wir nach dem Scheitern der Wilsonschen Absicht, einen dauernden Frieden für die gesamte Welt zu errichten, zu dem Gedanken zurückkehren, ein Verhältnis zwischen dem Nationalitätsprinzip und dem Bestreben nach Vergesellschaftung der Staaten zu finden, das für eine Reihe von Jahren Dauer verspricht. Ein Ewigkeitsgesetz, wie es Wilson durch seinen Völkerbund zu stabilisieren versucht, gibt es nicht. Also schließen wir Kompromisse auf Zeit.

Und welcher Art sind diese Kompromisse?

Wilsons Völkerliga geht von dem staatspolitischen Gedanken aus. Der Präsident der Vereinigten Staaten spricht zwar dauernd von dem Selbst-

bestimmungsrecht der Nationen. In der Tat aber läßt er die Nationalidee verkümmern. Nicht nur dadurch, daß er ganz einseitig bestimmte Völkerschaften, die seinem Herzen nahe zu stehen scheinen, allein mit dem Selbstbestimmungsrecht begnadet, es uns aber vorenthält, sondern auch dadurch, daß er den Friedensvertrag und den Völkerbund ganz einseitig als Schutzwaffe oder als Machtmittel ihm befreundeter Staaten hat ausgestalten lassen. Es ist der staatliche Egoismus, der überall unter Wilsons Segen da üppig ins Kraut schießt, wo Wilsons Staat und dessen Schutzgenossen stehen. Es kommt dem Begründer des Völkerbundes in der Tat nicht darauf an, daß die Gemeinschaft aller Erdvölker den Organismus gefunden hat, durch den sie sich nach dem ihr innewohnenden Gesetz entfalten kann, sondern daß die Völkergemeinschaft einer beschränkten Staatengruppe als Mittel dienen muß, durch daß sich diese in ihrer beherrschenden Stellung behaupten will. Diese staatsegoistische Politik, die dem Gedanken der Völkergemeinschaft widerstreitet, ist der Wurm, der schließlich die Wilsonsche Völkerliga aushöhlen wird.

Wir haben auf beschränktem Raum schon einmal und zwar auf deutscher Erde ähnliches erlebt: als der deutsche Staatenbund auf dem Wiener Kongreß gegründet wurde. Der deutsche Bund von Anno 1815 sollte nach Metternichs und seiner Interessengenossen Wunsch nicht die wirkliche Einigung der deutschen Stämme bringen, sondern Österreich das Instrument liefern, durch das es sich über die Grenzen des habsburgischen Staates hinaus als die Vormacht in Deutschland behauptete. Die Wiener Politik hat auf die Dauer diese Absicht nicht durchsetzen können. Es bildete sich unter preußischer Grundlage auf deutschem Boden ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der deutschen Stammesstaaten, und während der österreichische Staatsegoismus den deutschen Bund hinderte, zu einem wirklichen Bundesstaat zu werden, und so sein Dasein unterwühlte, bereitete der deutsche Zollverein langsam die Einigung der Einzelstaaten zum Deutschen Reiche vor.

Ein ähnlicher Prozeß, so hoffe ich, wird sich im Wilsonschen Völkerbund vollziehen. Allerdings verkennt der Versailler Friedensvertrag keineswegs die Bedeutung der Macht, die die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander besitzen. Im Gegenteil, der Versailler Vertrag sieht eine Unmenge Bestimmungen vor, die Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse regeln sollen. Er stellt die mitteleuropäischen Stromsysteme unter internationale Kontrolle; er nimmt uns unsere Handelsflotte; er errichtet eine dauernde Finanzbevormundung; er raubt uns unsere Kabel; er hindert uns in der Entwicklung des Luftverkehrs usw. Aber wie schon diese kurze Aufzählung beweist, der Versailler Friede ist nicht verkehrsentwickelnd, sondern verkehrshemmend. Und hier liegt die Todsünde wider den Geist des Völkerbundgedankens.

Oder ist es nicht eine Ungeheuerlichkeit, die allem modernen Empfinden widerstreitet, wenn uns auf einem großen Flächenraum die Einrichtung von Landplätzen für Flugzeuge und Luftschiffe untersagt wird? Ist es denkbar, daß ein derartiges Verbot gehalten werden kann in einer Zeit, die gerade mit den Mitteln des Luftverkehrs alle staatlichen Grenzen überfliegt? Dampf, Elektrizität und Gas sind die Kraft, die auf Geleisen, zu Wasser und durch den Himmelsraum Fahrzeuge von immer wachsender Größe durch den engen Raum tragen und die Staatengrenzen beständig näher zusammenrücken. Es ist ein Wahnsinn, ein oder mehrere Völker ihres Anteils an dieser Verkehrsentfaltung, an diesem Zusammenrücken der Nationen berauben zu wollen. Und ebenso ist es ein Grundirrtum zu glauben, die Entente könne auf die Dauer die Staaten, die mit ihr im Kriege gelegen haben, durch Vertragsbestimmungen von dem Handel mit der Übersee ausschließen.

Es ist der Verkehr, der die wahre Weltstaatengemeinschaft bildet. Wir sehen, daß diese Kraft schon am Werke war, als es politisch nur erst eine europäische Staatengesellschaft und jenseits des großen Wassers ein durch die Monroedoktrin geschütztes amerikanisches Staatensystem gab. Der Weltpostverein war der sichtbarste Ausdruck der Kraft, mit der der Verkehr an der Herausarbeitung

der Interessengemeinschaft der Weltvölker arbeitete. Es sind mit und nach ihm eine solche Fülle von Vertragsverhältnissen internationaler Art entstanden, die der Weltverkehr nötig gemacht hat, daß für ihre Aufzählung hier der Raum fehlt. Wer sich genauer unterrichten will, lese in Liszts Völkerrecht nach. Auf die Bedeutung des Weltpostvereins als Ausgangspunkt der Weltstaatenorganisation hat zuerst und immer wieder der Kieler Völkerrechtslehrer Niemeyer hingewiesen.

Der Verkehr ist die treibende Kraft, die sich den Organismus des Völkerbundes baut. Wenn heute, auch die Wilsonsche Verfassung berücksichtigt das, der internationalen Arbeitergesetzgebung ein bedeutender Spielraum im Rechtszustand des Völkerbundes eingeräumt wird, so ist es doch nicht die soziale Idee, die an der Weltstaatenordnung mitbaut, sondern es ist auch hier der Verkehr, der in diesem Fall auf dem Spezialgebiet der sozialen Beziehungen wirkt. Er selber, der Verkehr, bleibt die einzige Triebkraft, die die Staatengesellschaft entstehen und sich entfalten läßt. Also gilt es, vom Verkehr auszugehen, wenn nun für die Weltstaatengemeinschaft die politische Form gefunden werden soll.

Es handelt sich also um die Zusammenarbeit des Verkehrs- und des nationalstaatlichen Interesses.

Der Nationalstaat erhebt den Anspruch, daß sein Recht auf Selbstbestimmung, auf eigene Ordnung seiner Angelegenheiten möglichst wenig beschränkt sei. Die ständige Ausdehnung des Verkehrs hingegen bringt ihn mit immer mehr Völkern und Staaten der Erde zusammen, auf die er Rücksicht zu nehmen hat, wenn er überhaupt Wert darauf legt, mit ihnen in möglichst reibungslosem und daher am meisten fruchtbringendem Verkehr zu stehen. Rücksicht aber heißt Selbstbeschränkung. Der Nationalstaat, der in den Weltverkehr eintritt und an dessen Vorteilen teilnehmen will, muß daher erhebliche Stücke seiner Selbständigkeit opfern. Aber nicht mehr, als für den möglichst friedlichen Verkehr und dessen ständige Verbesserung nötig ist. Vor allem kann jeder Staat verlangen, daß dieses Opfer ein gegenseitiges sei.

Es gilt eine Weltverkehrsorganisation umfassendster Art zu schaffen. Daß diese dann vom wirtschaftlichen und finanziellen sowie sozialen Gebiet schließlich auch aufs reinpolitische übergreift, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber die politische Ordnung dieser Weltverkehrsorganisation, die dann den Charakter einer Weltstaatengesellschaft erhält, ist der Schlußstein des ganzen Baues. Wilsons Völkerbund hingegen fängt mit der Errichtung des politischen Giebels an, weil er seinen Ursprung von den Kriegsereignissen nimmt. Sicherlich gehört die Erfindung einer Methode, die die Kriege möglichst verhütet, auch zu den Aufgaben einer Organisation, die den Verkehr der Weltvölker von groben Störungen freihalten will. Aber schließlich ist der Krieg doch glücklicherweise immer noch ein Ausnahmezustand gewesen. Wer in erster Linie an Einrichtungen denkt, die ihn für immer unmöglich machen sollen, zäumt das Pferd beim Schwanze auf.

Es dürfte sich also empfehlen: Für alle irgendwie internationalen Charakter tragenden Verkehrszweige werden von allen Staaten beschickte Kommissionen eingesetzt. Diese haben allgemeine Verkehrsregeln auszuarbeiten und deren gleichmäßige Beobachtung bei allen Staaten der Weltverkehrsgesellschaft zu überwachen. Es werden also internationale Eisenbahnkommissionen, ebensolche Kommissionen für Fluß-, Kanal- und Seeschiffahrt, für Außenhandel, für den Austausch geistiger Güter, für Arbeiterschutz, für internationale Rechtspflege, für den Ausbau des Völkerrechts und zum Ausgleich zwischen staatlicher Machtgegensätze eingesetzt. Diese Vielheit von Kommissionen entsenden Sachverständige zur Bildung eines Weltschiedsgerichtshofes, der so für jeden Streitfall auf Grund der besten Fachkenntnisse ein Urteil fällen mag, das meinetwegen Zwangscharakter haben kann. Daß hinter der Durchführung eines solchen Urteils dann auch ein Machtmittel der Weltstaatenorganisation stehe, ist eine Naturnotwendigkeit, die sich aus dem Charakter dieser Organisation als einer Weltverkehrsordnung ergibt. Dieses Machtmittel wäre der Abbruch des internationalen Verkehrs gegen den das Urteil nicht anerkennenden Staat. Leider wird es gegenüber einem Weltstaat versagen,

der nach seiner Ausdehnung über alle Zonen der Erde und deshalb, weil er in sich über alle zum Leben und zur Entfaltung seines Volkstums notwendigen Lebensmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte wie Arbeitsmethoden verfügt, die Verkehrsunterbrechung ohne Schaden ertragen kann.

Umgekehrt aber wird für den Staat, der durch ein Urteil in seiner nationalen Lebensfähigkeit bedroht ist, nach wie vor der Spruch gelten: das letzte Heil, das höchste liegt im Schwerte. Er wird dann der Hecht im Karpfenteich der Weltstaatengesellschaft sein, dessen Selbstwille eine weitere Ausgestaltung der Weltstaatenordnung herbeiführen wird.

Die neue deutsche Glaubensspaltung

Von Dr. Karl Buchheim

Wenn der Deutsche heute gebeugt am Grabe seiner nationalen Hoffnungen steht, so klagt er mit Recht nicht nur die übermächtige Gewalt der auswärtigen Feinde an. Sie haben uns längst nicht allein zu Boden gedrückt. Sicherlich würden sie es niemals allein vermocht haben. Es ist vielmehr der innere Zwiespalt, der uns vernichtet hat. Kein andres Volk ist so zerrissen in seiner Seele, wie unser deutsches. Franzosen, Engländer, Italiener, Amerikaner haben ihre nationalen Ideale, an die sie alle glauben: Kapitalisten wie Arbeiter, Gelehrte und Bauern. Sie haben ihre großen Männer, die sie alle verehren. Wir Deutschen aber sind in unsrer Weltanschauung, in unsern geschichtlichen und politischen Wertbegriffen rettungslos gespalten, seit Jahrhunderten schon. Paul Nikolaus Coßmann in den Süddeutschen Monatsheften (März 1919) geht soweit, dem deutschen Volke angeborene nationale Perversität vorzuwerfen, für die er bereits den byzantinischen Geschichtsschreiber Prokop (Gotenkrieg) als Zeugen anführt. Aber auch wenn man sich dem nicht anschließen will, so muß man doch feststellen, daß die nationalen Wertbegriffe unseres Volkes mindestens bereits seit der Reformation, oder vielmehr seitdem die Reformation nicht allgemein in Deutschland durchdrang, heillos gespalten sind. Seit Jahrhunderten wird ein Teil unseres Volkes dazu erzogen, darin die Wurzel aller möglichen Übel zu erblicken, worin der andere eine nationale Heldentat ersten Ranges sieht. So geht doch in der Tat das Urteil unseres Volkes über den Wittenberger Thesenanschlag und seine Folgen auseinander. Luther ist in den Augen der Protestanten einer der größten Deutschen aller Zeiten, während der Katholik doch allerhöchstens seinen guten Willen zugestehen kann, sein Werk aber immer mit Trauer betrachten muß. Seit der Kirchenspaltung ist die seelische Einheit unseres Volkes zerrissen, seitdem geht auch unser nationaler Instinkt in der Irre. Im dreißigjährigen Kriege erscheint Katholiken wie Protestanten der ausländische Glaubensgenosse näher verwandt als der andersgläubige Deutsche, und so geht das Urteil auseinander bis in die jüngste Zeit. Auch Bismarck kann der überzeugte Katholik nicht leicht die Verehrung eines Nationalhelden widmen, denn er ist ja der Verfolger der Kirche im Kulturkampf gewesen. Aber das furchtbare Unglück unseres Volkes hat man mit dieser Erkenntnis noch lange nicht ganz umfaßt. Es wird immer deutlicher, daß die sozialdemokratische Bewegung die deutsche Seele zum zweiten Male zerspalten hat, und daß auch dieser Spalt unheilbar zu werden droht. Ist es nicht, als ob Bürgerliche und Sozialdemokraten in ganz verschiedenen Welten wohnten, in denen ganz verschiedene Werte gelten? Was die einen anbeten, das verbrennen die andern. Große Männer verehrt die Sozialdemokratie auch. Aber sie tragen ganz andere Namen als unsere Helden. Unsere Geschichte hat für sie keinen Wert. Sie möchte, daß die Kinder in der Schule eine ganz

andere Geschichte gelehrt bekommen. Auch ein gemäßigtes Blatt, wie der „Vorwärts", redet über die Hohenzollern in einem Tone, der für uns ganz unmöglich ist. Der Bürgerliche kann einen Mann wie Liebknecht nur in den Abgrund der Hölle wünschen und — seien wir offen! — bringt es nicht fertig, seinen gewaltsamen Tod zu bedauern. Der Sozialdemokrat verehrt ihn, auch wenn er seine Politik zuletzt nicht mehr gebilligt hat, und nennt die Männer Mörder, die ihn als flüchtigen Rebellen niedergeschossen haben. Die Kluft wird immer breiter, der Haß immer glühender. Die Gefahr ist groß, daß auch dieser Spalt sich verewigt, so wie die Kirchenspaltung von uns durch die Jahrhunderte weiter geschleppt werden muß. Schon heute hört man oft von Männern, die die Arbeiter kennen, die resignierte Klage: die werden wir nie für unsern nationalen Gedanken gewinnen. Ist das so, dann sieht die nationale Zukunft des deutschen Volkes traurig aus. Denn alle äußere nationale Größe und Blüte muß erst in der Seele des Volkes vorbereitet sein. Sie kann sich nicht entfalten, wenn das Volk in seiner Welt- und Wertanschauung, in allem, was ihm heilig ist, in seinem Glauben tief gespalten ist. Wir haben viel geredet vom deutschen Glauben und haben deutsches Wesen hochgepriesen. Aber die Gefahr ist groß, daß es drei Arten deutschen Glaubens und deutschen Wesens geben wird, von denen jede den echten Ring zu beseitigen meint. Man sehe doch endlich mal jetzt im tiefsten Elend, was ist! Die Zeit der Phrasen ist vorbei. Man darf nicht mehr verkennen, daß es eine neue Glaubensspaltung, eine Spaltung der Wertbegriffe und Weltanschauung ist, die zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie hereinzubrechen droht, daß wir im Begriffe sind, das nationale Unglück des sechzehnten Jahrhunderts zu wiederholen. Setzt sie sich durch, diese Glaubensspaltung, dann wird unsere nationale Zukunft für alle Zeiten noch mehr gelähmt, als uns einst die Gegenreformation des sechzehnten Jahrhunderts gelähmt hat. Ich weiß nicht, ob es noch eine Rettung vor diesem Verhängnis gibt. Sie könnte nur darin liegen, daß unsere Öffentlichkeit wenigstens klar erkennt, wohin die Dinge treiben.

Eine Revolution ist immer für das Volkstum, das sie durchmachen muß, eine Operation auf Leben und Tod. Es besteht eben stets die Gefahr, daß die Seele des Volkes sich darüber spaltet. Aber die Sache kann glücklicher ablaufen, als es mit unserer Reformation im sechzehnten Jahrhundert gegangen ist (die auch eine richtige Revolution war). Die große französische Revolution z. B. hat die Nation trotz der Emigranten und trotz der Restaurationsversuche der Bourbonen nicht in der Seele gespalten. Es dürfte heute kaum noch einen Franzosen geben, dem die Trikolore, die Fahne der Revolution, noch ein Gegenstand des Abscheus und nicht ein Symbol der glorreichsten Nationalerinnerungen wäre. Es dürfte auch nicht viel Leute in Frankreich geben, die den 14. Juli, den Tag des Bastillesturmes, nicht für einen nationalen Feiertag, sondern für einen Tag der Trauer ansehen. Ob der 9. November je Aussicht hat, einmal auch nur annähernd verwandte Gefühle im Herzen des ganzen deutschen Volkes zu wecken? Ob nicht die Gefahr groß ist, daß das Volk den Tag immer mit völlig gespaltener Gesinnung begehen wird? Man möchte es schon als böses Omen betrachten, daß der Gedenktag der deutschen Revolution im spätherbstlichen November liegt, statt im sonnigen Juli. Ungefähr so groß wird der Unterschied zwischen der deutschen und der großen französischen Revolution sein, fürchte ich, wie zwischen Juli und November!

Eine Tatsache, wie sie die Revolution nun einmal ist, kann man noch so sehr bedauern, aber man kann sie nicht aus der Welt schaffen. Es erhebt sich die Frage, ob auch der nichtsozialdemokratische Teil des deutschen Volkes ein positives Verhältnis zu ihr gewinnen kann. Wir können für die Beantwortung dieser Frage eine kleine Broschüre zu Hilfe nehmen, die von Dr. Karl Hoffmann erschienen ist: „Das Doppelgesicht der Revolution" (Leipzig, Fr. Wilh. Grunow, 1919). Die Revolution ist einmal eine nationalpolitische Umwälzung und dann die gewaltsame Erhebung der Arbeiterklasse, also die vielberufene soziale Revolution. Nationalpolitisch bedeutet die Revolution einen Ansatz, den deutschen

Nationalstaatsgedanken entscheidend über die Bismarcksche Lösung hinaus zu fördern. Der Untergang des Deutschen Reiches im Mittelalter war von innen heraus durch die Ausbildung der territorialen Sondergewalten erfolgt. Demnach hätte die Erfüllung des Nationalstaatsgedankens folgerichtig gegen die territorialen Dynastien durchgesetzt werden müssen. Die Revolution von 1848 hat das versucht und ist gescheitert. Durch Bismarcks unvergleichliche Staatskunst ist es vielmehr möglich geworden, daß das neue Deutsche Reich gerade auf dynastischer Grundlage gebaut worden ist. Es gelang wirklich, den territorialen Monarchismus mit dem nationalen Gedanken zu versöhnen und beide kunstreich zusammenzuschmieden. Aber freilich war Bismarcks geniale Persönlichkeit allzusehr notwendig, um diesen Bau zu tragen. „Gewissermaßen", sagt Hoffmann, „hat Bismarck in dem Skelett des Reichsgefüges eine Lücke für das Rückgrat gelassen, die nur er ausfüllen konnte. Nach seinem Abgang stand die Lücke leer." Kaiser Wilhelm der Zweite wollte den Platz ausfüllen, aber er brachte es nur dazu, daß das „persönliche Regiment" bald eine der mächtigsten Ursachen der sogenannten Reichsverdrossenheit wurde. Gerade zehn Jahre vor der Revolution, im November 1908, mußte der Reichskanzler Fürst Bülow im Auftrag des Reichstags den Kaiser bitten, seinem persönlichen Eingreifen in die Politik stärkere Beschränkung aufzuerlegen. Auf dieses Ereignis hinzuweisen, unterläßt Hoffmann. Damals war bereits offenbar, daß niemand den Platz Bismarcks im Reichsbau auszufüllen vermochte. Darum wäre damals die rechte Zeit gewesen, den Schwerpunkt des Reiches aus der Sphäre des dynastisch-territorialen Bundes auf eine breite demokratische Grundlage zu rücken. Damals hätte die friedliche Revolution vollzogen werden müssen, die im Oktober 1918 leider zu spät die Regierung des Prinzen Max anbahnte. Man hätte damals schon versuchen müssen, möglichst auch die Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen. Dann hätte man wahrscheinlich die furchtbare Glaubensspaltung im Kriege und das satanisch gescheite Unternehmen unserer Feinde, die Gläubigen der demokratisch-internationalen Idee in Deutschland selbst wider den eigenen Staat zu hetzen, unmöglich gemacht. Leider folgte aber auf das persönliche Regiment 1908 nicht der Übergang zur nationalen Demokratie, sondern um den beherrschenden Einfluß auf die Politik des Reiches zankten sich seitdem eine zünftige Diplomatie von sehr zweifelhaften Fähigkeiten, eine völlig in den Anschauungen eines überlebten Obrigkeitsstaates befangene Bureaukratie und jene Leute, die man gern unter dem Sammelnamen „Alldeutsche" zusammenfaßt, hinter denen eine Anzahl nationalistischer Vereine und die großen Interessengruppen der Schwerindustrie und des Außenhandels standen. Der Zank zwischen diesen Richtungen erreichte während des Krieges seinen Höhepunkt. Alle waren unzulänglich, und nicht zum wenigsten deshalb würden während des Kampfes mehrfach schwere Fehler begangen, so daß die Hoffnung auf Sieg schließlich aufgegeben werden mußte. Jetzt fühlte, wie Hoffmann richtig bemerkt, daß Volk sich mißbraucht, die Reformen des Prinzen Max kamen zu spät, die Revolution warf den ganzen Reichsbau über den Haufen.

Einen Augenblick schien es, als ob die Revolution sich vielleicht doch um die schwarzrotgoldene Fahne sammeln würde, und das Wort „Nationalversammlung", das Ebert gleich in den ersten Tagen aussprach, klang wie eine Fanfare im Stile von 1848. Aber sehr bald mußte man erkennen, daß es doch eigentlich eine rote Revolution war, keine nationalpolitische, sondern der Sklavenaufstand des Proletariats, dessen radikale Führer bereits vorher den antiken Sklavennamen Spartakus als Symbol hervorgesucht hatten. Eine innere Notwendigkeit für diesen Aufstand bestand nicht. Weder ging es den Industriearbeitern in Deutschland mit seiner fortgeschrittenen Sozialpolitik an sich schlecht, noch litten sie im Kriege etwa mehr als andere Volksklassen, z. B. das Kleinbürgertum. Hoffmann hat gewiß recht, wenn er sagt, daß die Arbeiterklasse hauptsächlich deshalb Revolution machte, weil sich ihr eine einzigartige unwiederbringliche Gelegenheit bot, ihre seit Jahrzehnten gehegte Umsturztheorie in die Tat umzusetzen. Denn durch die Aushebung des zum Teil längst sozialdemokratisch organisierten Landsturms

war das Heer sozialdemokratisch geworden, wie nie zuvor. Der Heeresverband erleichterte zudem die weitere Agitation wie nie zuvor. Damit hatte der Staat sein Heer selbst an die Sozialdemokratie geradezu ausgeliefert. Sobald die Unabhängigen dies merkten, organisierten sie die Revolution, um einen alten Programmpunkt wahr zu machen. Es war „eine Gelegenheitsrevolution, für die der Erfolg sprach".

Die Unabhängigen und noch mehr die Spartakisten sind die Vertreter der reinen Klassenrevolution. Für sie kommt es nur darauf an, daß die „Arbeiterklasse" zur Herrschaft kommt; ob durch das demokratische Stimmrecht oder mit Gewalt, ist gleichgültig. Es kommt auch nichts darauf, ob das Deutsche Reich darüber in Trümmer geht, wenn es nur gelingt, in irgendeinem „Freistaat" Bayern oder Braunschweig, Leipzig oder Bremen die politische Macht zu behaupten. Der älteste und verbohrteste Partikularismus wird wieder aufgewärmt, wenn er der Klassenherrschaft augenblicklich günstig erscheint. Es dürfte kaum irgendwo früher einen deutschen Duodezfürsten gegeben haben, der an nationalpolitischer Gleichgültigkeit und hausmächtlicher Engherzigkeit die heutigen Spartakistenführer überboten hätte. Dagegen hat die mehrheitssozialistische Regierung die nationalpolitischen Aufgaben nie außer acht gelassen. Aber auch sie wird geängstigt von den Geistern ihrer ebenfalls klassenrevolutionären Vergangenheit. Sie schwankt zwischen dem Gefühl, Dienerin des „Volkes" im Sinne von Proletariat und dem im Sinne von Nation zu sein. Sie will die Souveränität der Nationalversammlung und muß doch immer nach dem „Rätesystem" hinüberschielen, mit dem die Klassenkämpfer des Proletariats ihre Macht begründen wollen.

Inzwischen hat man von rechts her im „Rätesystem" eine Wiederaufnahme altkonservativer berufsständischer Forderungen erkannt und schickt sich an, den Gedanken zu einem neuen Prinzip organischer Volksvertretung auszubauen. Sollte das einmal zur Zufriedenheit breiter Volksmassen in allen Schichten gelingen, so so hätte uns damit die Revolution wirklich eine „Errungenschaft" gebracht, um derentwillen sie der nationale Politiker vielleicht später segnen möchte. Jedenfalls muß es gelingen, den nationalpolitischen Charakter der Revolution völlig in den Vordergrund zu rücken und den Geist der Klassenrevolution zurückzudrängen, wenn überhaupt aus dieser Umwälzung etwas Gutes kommen soll. Bei dem Versuche, wieder eine nationale Politik in Deutschland zur Herrschaft zu bringen, können zwei Fehler gemacht werden. Den einen erwähnt Hoffmann. Er besteht darin, daß man siebzig Jahre deutscher Entwicklung einfach zu überspringen sucht und wieder an die nationalen Bestrebungen der achtundvierziger Demokratie anknüpft, gerade als ob diese erst gestern gewesen wären. Bismarck, die Einigung durch Blut und Eisen und der kleindeutsche Gedanke sind durch die jüngsten Ereignisse nicht „widerlegt", wie insbesondere viele Deutschdemokraten und national fühlende Sozialdemokraten jetzt glauben machen wollen. Allerdings wird der zukünftige Nationalgedanke wieder großdeutsch sein, weil Österreich-Ungarn nicht mehr besteht. Aber dieser großdeutsche Gedanke der Zukunft steht auf den Schultern des kleindeutschen, und die Wahrheit des Spruches von Blut und Eisen wird er vermutlich noch schätzen lernen. Denn wenn die Entente jetzt mehr als eine deutsche Irredenta schafft, dann werden wir eben für den großdeutschen Gedanken wieder kämpfen müssen, wenn nötig auch mit Blut und Eisen. Der großdeutsche Nationalgedanke von heute wird alle großen Traditionen Bismarcks und des kleindeutschen Reiches sorgfältig pflegen und in sich verarbeiten, um seiner Erfüllung entgegenzureifen. Der wahrhaft Nationale darf den Geist des Bismarckschen Reiches nicht verleugnen, denn der großdeutsche Gedanke wird selbst von diesem Geist durchweht sein müssen.

Der nationale Gedanke in Deutschland kann aber heute noch den andern Fehler machen, daß er umgekehrt die Revolution vollkommen negiert und einfach die Zustände des untergegangenen Kaisertums zurücksehnt. Das ist die Art, in der jetzt die Deutschnationalen die Idee der Nation pflegen. Auch vor der Revolution darf man nicht in bequemem Widerwillen die Augen schließen, man darf nicht ver-

kennen, daß sie uns nationalpolitisch vorwärts bringen kann, wenn wir sie zu benutzen verstehen. Sie kann der Kleinstaaterei in Deutschland endlich ein Ende machen und auch das Verhältnis der großen Bundesstaaten zum Reiche gesünder gestalten. Sie kann die Eisenbahnrivalitäten, die Kompetenzkonflikte der Steuerhoheit endlich beseitigen, sie kann die Preußen vom Hochmut gegen die andern Stämme und diese vom Haß gegen die Preußen heilen. Sie kann den Mittelpunkt unserer Staatlichkeit so in das Reich verlegen, daß man kein Bedenken mehr zu haben braucht, das Rheinland und Niedersachsen aus dem preußischen Staatsverband herauszulassen, wenn sie wirklich heraus wollen. Das ganze ostelbische Preußen ist freilich längst eine solche innere Einheit geworden, daß es beisammen bleiben muß. Eine nationale Partei, die jetzt Deutschland wirklich helfen soll, darf die Revolution nicht negieren, sondern sie muß sie nationalpolitisch ausbauen. Diese Partei dürfte z. B. ruhig monarchisch sein, aber sie dürfte nicht sämtliche Bundesfürsten zurückwünschen, sondern nur einen Kaiser oder höchstens noch Staatsoberhäupter für die bestehenbleibenden großen Bundesstaaten, die aber dann die neue Reichsverfassung fertig hinnehmen müßten. Doch sollte man lieber bei der Republik bleiben, wenn sich nicht echt königliche Männer als Monarchen darbieten. Die scheinen aber in den deutschen Dynastien ausgestorben zu sein, wie auch Hoffmann mit Recht sagt. Nur eine große nationale Partei mit solchen Zielen, die weder das Bismarckiche Reich verleugnet noch die nationalpolitischen Entwicklungsmöglichkeiten der Revolion verkennt, wird imstande sein, den tiefen Riß zu überbrücken, der heute zwischen den Gesinnungen der Bürgerlichen und der revolutionären Sozialisten klafft. Nur sie wird fähig sein, vielleicht doch Töne zu finden, bei denen Herzen aus beiden Lagern mitschwingen, damit die Glaubens- und Gesinnungsspaltung, die seit der Revolution gefährlich unser Volk bedroht, nicht verewigt wird.

Eine Besprechung der Hoffmannschen Broschüre in den „Deutschen Stimmen" (Nr. 21), der Zeitschrift Stresemanns, erhebt für die Deutsche Volkspartei den Anspruch, diese Partei der nationalpolitischen Fortentwicklung der Revolution zu sein. Man darf von Herzen hoffen, daß hier wirklich die zukünftige Partei des einigenden nationalen Gedankens ihre Kerntruppe bereits gefunden hat. Freilich die Gleise der alten nationalliberalen Politik reichen nicht aus, um den Anforderungen der Zukunft zu genügen. Da bedarf es neuer kühner Gedanken und einer entschlossenen Werbung in allen Volksschichten. Eine Partei aus der Altgläubigen des nationalen Gedankens nützt uns nichts. Wir brauchen eine Partei, die ihre Tore nicht nur für die alten Reichstreuen, sondern auch für die Neugläubigen weit öffnet, die die bittere Not der Zeit dem deutschen Reichs- und Volksgedanken schaffen wird, wenn sich Führer finden, die dem Suchenden Wege zu zeigen verstehen.

G. von Jagow's Buch

Der Deutsche pflegt den Splitter im eigenen Auge, nicht aber den Balken im fremden Auge zu bemerken. Der Mißerfolg unserer Politik hat dazu geführt, Anklagen gegen sie zu häufen und ihr gar die Schuld am Kriege aufzubürden. Wem das Gefühl für nationale Würde abgeht, dem ist nicht zu helfen. Wer sich in der Selbstherrlichkeit des Besserwissers zum Henker der deutschen Zukunft hergibt, mag seiner Wege gehen: auch ihm ist nicht zu helfen. Anders steht es um den, der dem Schlagwort und der Legendenbildung schwachmütig und kritiklos unterliegt. Für ihn hat G. von Jagow sein Buch „Ursachen und Ausbruch des

Weltkrieges" geschrieben.[1]) Wie der Weber, dem die Fäden von jedem Punkt des weitgespannten Rahmens in die Hände laufen, entwirft er mit der Ruhe und Sicherheit des Kenners und Könners das bunte Muster der europäischen Politik vor der Welttragödie. Er greift weit aus. Der Krieg ist eben nicht das Ergebnis weniger Tage. Ganz allmählich ist das Unwetter von allen Seiten zusammengezogen.

Die russische Politik, die letzten Endes zum Weltkriege führte, bedeutet kein schroffes Abbiegen von Jahrzehnte lang begangenen Pfaden. Sie wurzelt vielmehr in einer Zeit, auf der in den Augen vieler Deutscher noch der ungetrübte Sonnenglanz russischer Freundschaft liegt. Kein anderer als Bismarck hat sie, wie sie sich bis zum Jahr 1870 darstellte, in einer Instruktion vom 27. Februar 1879 an Busch zu einem Artikel für „Die Grenzboten" folgendermaßen gekennzeichnet: „1813 hat uns Rußland geholfen. aber in seinem Interesse. 1815 war die russische Politik im allgemeinen schädlich für uns: sie hintertrieb eine bessere Gestaltung Deutschlands, die nicht zu den Plänen paßte, nach denen Kaiser Alexander die Welt ordnen wollte, und dann wurden unsere Entschädigungsansprüche von den Russen nur lau unterstützt. Zuletzt war ihr Gewinn größer als der unsere, und wir hatten doch mehr eingesetzt, geopfert und geleistet. 1828, da wissen Sie, daß wir ihnen während des Türkenkrieges gute Dienste geleistet haben, Müfflings Sendung z. B., die ihnen aus einer großen Verlegenheit half. 1830 wollten sie uns in Gemeinschaft mit Frankreich anfallen, dem sie das linke Rheinufer verschaffen wollten, und die Sache kam nur nicht zustande, weil die Juli-Revolution ausbrach. Kurz vor der Februar-Revolution war ein ähnlicher Plan in der Entwicklung. 1847 schlugen wir auch im russischen Interesse den Aufstand im Polnischen nieder. Während des ersten Krieges mit Dänemark traten sie uns in den Weg. Was dann 1850 in Warschau geschah, als die Union ins Auge gefaßt war, wissen Sie ja. Den Gang nach Olmütz verdanken wir zum großen Teil dem Kaiser Nikolaus. 1854, während des Krim-Krieges, beobachteten wir, die kurz vorher schlecht behandelten, Neutralität, während das gut behandelte Österreich sich den Westmächten anschloß, und 1863, wo in Polen die große Insurrektion ausbrach, und Österreich sie mit den Westmächten durch Noten unterstützte, stellten wir uns auf die russische Seite, und die diplomatische Intervention mißlang — 1866 und 1870 hat uns Rußland nicht angegriffen, im Gegenteil. Aber das war doch auch im russischen Interesse. Preußen war 1866 der Exekutor des russischen Zornes auf Österreich und 1870 war's auch nur gesunde Politik, wenn sie für uns waren; denn es war auch für die Russen nicht wünschenswert, daß Österreich sich am Kriege gegen uns beteiligte, und daß ein siegreiches österreichisch-französisches Heer sich den Grenzen Polens näherte, das von Paris her traditionell, von Wien aus, wenigstens in den letzten Jahren, auf Kosten Rußlands unterstützt worden war. Und wenn wir ihnen dennoch Dank schuldeten, so haben wir ihn 1870 abgetragen, in London. Wir haben ihnen die Freiheit des Schwarzen Meeres verschafft, ohne uns hätten sie das von Frankreich und England nicht erlangt."

Im deutsch französischen Kriege war die öffentliche Meinung in Rußland gegen uns und schon in den siebziger Jahren bahnte Gortschakow die Freundschaft mit Frankreich an. Bismarck rechnete mit der Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit Rußland und schloß das Bündnis mit Österreich. Dadurch erweiterte sich die Kluft zwischen uns und Rußland, umsomehr als das Anschwellen des Panslawismus den Gegensatz zu Österreich verschärfte. Unsere eigenen Interessen im Orient wuchsen, was neue Keime der Zwietracht säte. Der Rückversicherungsvertrag deckte nur zeitweilig einen Riß zwischen Petersburg und Berlin und erfuhr auf dem Berliner Kongreß eine schwere Belastungsprobe. Rußland glaubte sich von Deutschland um die Früchte seines Sieges betrogen. Die antideutsche Welle steigt. 1893 kennt der Jubel über das Bündnis mit Frankreich keine

[1]) Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1919. Preis 8.— M.

Grenzen. Kaiser Wilhelm der Zweite sucht sich mit den Verbündeten zu verständigen, wahrt während des russisch-japanischen Krieges wohlwollende Neutralität, schließt das Potsdamer Abkommen, vermittelt im bosnischen Konflikt und gibt Iswolski die Möglichkeit, sich aus der Sackgasse zu ziehen, in die er geraten war: „Das war ein großer Dienst, den Deutschland Rußland geleistet hat" sagte damals Tscharykow, der Adjoint des Ministers. Alles umsonst! Unser freundschaftliches Verhältnis zur Türkei, das unsere Bagdadpolitik trägt, durchkreuzt den Wunsch Rußlands, sich Konstantinopels zu bemächtigen. Die Entsendung einer deutschen Militärmission zur Reorganisation der türkischen Armee namentlich die Übertragung des Oberbefehls über das in Konstantinopel garnisonierende I. Armeekorps an Liman von Sanders ruft in Rußland ungeheure Erregung hervor, während die Übertragung einer Reorganisation der Flotte an eine englische Marinemission nicht beanstandet wird. Die russische Presse hetzt gegen Deutschland und wird offenbar amtlich gespeist. Den deutschen Unternehmern werden Regierungsbestellungen entzogen, eine neue französische Anleihe wird abgeschlossen, bei der sich Frankreich ausbedingt, daß die Gelder hauptsächlich zum Bau strategischer Bahnen gegen Deutschland und Österreich verwendet werden sollen. Am 21. Februar 1914 spricht Sasonow in einer Sitzung, an der der Marineminister, der Chef des Generalstabs, der Botschafter in Konstantinopel usw. teilnehmen, von der Möglichkeit, daß vielleicht schon in naher Zukunft Ereignisse ins Auge gefaßt werden müssen, die die Lage der Meerengen von Konstantinopel von Grund aus verändern könnten. Die Herrschaft über die Meerengen wird als die historische Aufgabe Rußlands bezeichnet. Einen günstigen politischen Boden für den Kampf um Konstantinopel, der aller Wahrscheinlichkeit nach nur während eines europäischen Krieges möglich sein werde, bilde gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Äußeren. Sasonow nimmt an, daß Serbien sich im Kriegsfalle mit seiner ganzen Macht gegen Österreich-Ungarn werfen werde und bezweifelt, daß Rumänien gegen Rußland kämpfen werde, trotz seines gegen Rußland gerichteten Militärbündnisses. Wenige Monate später reist der Zar nach Rumänien und noch vor Kriegsausbruch finden Verhandlungen mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu über eine Militärkonvention für den Krieg gegen Österreich statt. Die militärischen Maßnahmen der russischen Regierung in den letzten Jahren vor dem Kriege, besonders seit dem Frühling 1914, sind augenfällig. „Planmäßige Steigerung der Bestellungen auf kurzfristige Lieferung, großzügige Materialbeschaffung im Auslande, sowie Erhöhung der Kohlenbestände ist während des Frühjahrs 1913 und bis ins Frühjahr 1914 deutlich zu verfolgen. Die Arsenale arbeiten mit Hochdruck, der Ausbau der Festungen wurde mit allen Kräften beschleunigt. Pferdeausfuhrverbote 1912 und 1914 (einen Monat vor Kriegsausbruch) gingen mit umfangreichen Pferdeeinkäufen im Ausland Hand in Hand. Im Frühjahr 1914 genehmigte die Duma in geheimer Sitzung — im Anschluß an ähnliche Vorlagen der Vorjahre — große Mittel zur Vervollständigung der Heeresrüstung. Daneben wurde die gewaltige Heeresvermehrung durch Mehreinstellung von jährlich 135000 Rekruten genehmigt. Der noch unlängst von Kokowzow als ‚unversehrter Schatz für den Kriegsfall' bezeichnete Barbestand von 500 Millionen Rubel wurde für diese Zwecke ausgeschüttet. Aber schon vorher war es durch geheime Erhöhung des Rekrutenkontingents 1913 ermöglicht worden, gewisse Hilfsformationen, besonders für die Kavallerie, zu bilden und mit der verschleierten Aufstellung von Neuformationen den Ausbau neuer Korps einzuleiten, sowie Etatserhöhungen der an der Westgrenze stehenden Korps vorzunehmen. In besonders bedrohlicher Form wurde während der Winterhalbjahre 1912/13 und 1913/14 die Kriegsbereitschaft des Heeres durch Zurückhaltung des ältesten gesetzlich zur Entlassung bestimmten Jahrgangs erhöht. Nach und trotz seiner Entlassung im Frühjahr 1914 wurde der erhöhte Mannschaftsbestand durch Einziehung zahlreicher Reservisten und Reichswehrleute erhalten. Diese Tatsache ist durch zahlreiche Gefangenenaussagen bestätigt worden. Man war bestrebt, durch besondere Maßnahmen die Schlag-

fertigkeit des Heeres im Mobilmachungsfalle erheblich zu beschleunigen, indem bereits im Frühjahr 1913 eine ‚Kriegsvorbereitungsperiode' eingeführt wurde. Sie sollte ‚in der der Eröffnung der Feindseligkeiten vorausgehenden Episode diplomatischer Verwicklungen einsetzen und zahlreiche Arbeiten der Mobilmachung bereits vor deren offizieller Erklärung vorwegnehmen.' Die volle Tragweite dieser Maßnahmen ist erst durch erbeutetes Aktenmaterial während des Krieges bekannt geworden. Offiziell ist der Beginn dieser ‚Periode' am 26. Juli 1914 eingetreten, wie durch die Aussage des Generals Januschewitsch im Suchomlinow-Prozeß bekannt wurde. Weiteres Beutematerial läßt aber erkennen, daß ganz wesentliche Arbeiten, die dieser Periode bestimmungsgemäß vorbehalten waren, schon früher in Angriff genommen worden sind. Auch lassen zahlreiche Gefangenenaussagen und Beobachtungen von Reisenden den Schluß zu, daß anscheinend Teile der — auch in Friedenszeit fast auf vollem Kriegsetat befindlichen — sibirischen Korps schon vor dem Kriegsausbruch in westlicher Richtung in Bewegung gesetzt worden sind.

Auch für die Flotte wurden große Geldmittel aufgewandt; im Winter 1913/14 hatte Rußland — allerdings vergeblich — versucht, im Bau befindliche (chilenische) Kriegsschiffe zu kaufen."

Im Juni 1914 fällt der österreichische Thronfolger von Mörderhand. Er galt für einen Freund der föderativen Lösung des österreichischen Problems. Wie groß die Schwierigkeiten waren, die ihr entgegenstanden, ist bekannt. Immerhin hätte sie im Falle ihrer Verwirklichung die ehrgeizigen Pläne Serbiens erschwert. Wie der russische Gesandte in Belgrad diese Pläne begünstigt hat, liegt vor aller Augen. Es ist nicht das erste Mal, daß ein Abgesandter Rußlands sich in einer Weise betätigt, wie es Hartwig getan hat: Im Jahre 1866 begünstigte der russische Botschafter in Konstantinopel Ignatiew den Wunsch der Griechen nach der Vereinigung Kretas mit Griechenland. Der Aufstand in Kreta wurde von der griechischen Regierung offen unterstützt. 1868 riß der Türkei die Geduld, und sie stellte Griechenland ein Ultimatum, das seinen Treibereien ein Ende machen sollte. Im Vertrauen auf russische Hilfe lehnte Griechenland ab, aber Gortschakow gab sich nicht dazu her, einen europäischen Konflikt heraufzubeschwören. Ignatiew wurde desavouiert und der Brand im Keime erstickt. Sasonow hätte, wenn er den europäischen Krieg wirklich vermeiden wollte, dem Beispiel Gortschakows folgen können. Die Verhältnisse in Serbien lagen nicht anders wie in Griechenland, aber er erklärte dem österreichischen Botschafter, daß in diesem Falle die serbischen Interessen eben „russische" seien. So kam der Stein ins Rollen. Es erübrigt sich, die Einzelheiten der kritischen Hochsommertage noch einmal ins Gedächtnis zu rufen.[2]) Der Kriegsminister Suchomlinow und der Generalstabschef Januschewitsch haben selbst zugegeben, daß der Krieg in der Umgebung Nikolaus des Zweiten gewollt worden ist. Die verhängnisvolle Gesamtmobilmachung, die uns zur Kriegserklärung zwang, wurde befohlen. Den Mut zum letzten Entschluß schöpften die Kriegstreiber aus der Zusicherung Englands, sich am Kriege zu beteiligen. Als das Spiel verloren war und die Revolution ausbrach, war Januschewitsch völlig gebrochen und wurde von schweren Gewissensbissen geplagt. Er gab zu, sich verrechnet zu haben.

England aber hat sich nicht verrechnet. Das außenpolitische Ergebnis seiner Berechnung ist so günstig wie möglich ausgefallen. Rußland, der Bundesgenosse und verhaßte Rivale, ist für lange Zeit erledigt, und der deutsche Gegner ist tot.

Am 1. August 1914 schrieb die „Daily News": „Tatsächlich hält der Zar die Wage in der Hand, aber wir halten unsererseits den Zaren in der Hand. Daher hängt es schließlich von uns ab, ob Europa von Blut überfließen soll". An dieser Stelle soll nicht den Schachzügen unserer Politik, die sich durch den Mißerfolg als fehlerhaft erwiesen haben, namentlich hinsichtlich der verpaßten Ge-

[2]) Vergleiche hierzu den Aufsatz „Neues über die Kriegsschuld" in Heft 21 d. J.

legenheiten einer Möglichkeit und der Notwendigkeit einer Verständigung mit England nachgegangen werden. Tatsache ist, daß England, als es erst durch unser Ungeschick Frankreich und Rußland in die Arme getrieben war, das Netz in dem wir uns gefangen haben, im geheimen mit List und mit dem Aufgebot aller nur erdenklichen politischen Sophistereien gesponnen hat. Schon 1912 schreibt der Londoner Botschafter Graf Benckendorf an Sasonow in bezug auf die geplante „Umgestaltung" der Entente in einen neuen Dreibund, man würde damit „die Hauptsache erreicht haben, nämlich wie bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbares zu ersetzen." Aber „ein öffentliches Bündnis würde in England nur ein günstigeres Feld für die Agitation zugunsten Deutschlands bieten". Im freien England ist die Volksvertretung weder über die Verständigung und militärischen Abreden Englands mit dem revanchelüsternen Frankreich noch über die Marinekonventionen mit Rußland unterrichtet worden. Ewig denkwürdig ist die wunderbare Erklärung Greys auf die Anfrage des Liberalen King im Parlament kurz vor Kriegsausbruch, bezüglich eines Marineabkommens mit Rußland, daß es „keine unveröffentlichten Abmachungen gäbe, welche im Falle eines europäischen Krieges die Freiheit der Regierung oder des Parlaments über die Teilnahme Englands an demselben einschränken oder behindern würden. Keine derartigen Verhandlungen sind im Gange und es werden, soweit ich das beurteilen kann, keine eingeleitet werden". Dem Grafen Benckendorf gegenüber bedauerte Grey, das „ungelegene Indiskretionen" vorgekommen seien und skizzierte ihm die Antwort, die er im Unterhaus geben würde, um die Sache zu „verschleiern". Grey wußte, daß es in England zwei Strömungen gab. Eine ententefreundliche, nationalistisch-imperialistische, die den deutschen Konkurrenten nach altbewährter englischer Methode beseitigen wollte, und eine pazifistische, die eine Verständigung mit uns für wünschenswert hielt. Er selbst war, obgleich er zu den imperialistischen Liberalen zählte, in der Theorie Pazifist, geriet aber in immer größere Abhängigkeit von der Entente und wurde schließlich zum Förderer der aggressiven Politik Frankreichs und Rußlands, die zu Taten schritt, als in Sicht des Bagdadabkommens eine neue Möglichkeit der Annäherung zwischen Deutschland und England auftauchte. Als wir aus der Wirrnis der Fußangel, in die unsere auswärtige Politik geraten war, einen Ausweg suchten und schließlich in der Notwehr zum Schwert griffen, hat Grey die Verletzung der belgischen Neutralität klug benutzt, um die öffentliche Meinung in England gegen uns aufzupeitschen. Der tiefere Grund für die Teilnahme Englands am Kriege war sie nicht. Trotz aller Verschleierungen war die englische Politik durchsichtig genug. Es wollte unseren Tod! Heute zweifelt wohl unter uns keiner mehr daran, auch die nicht, die sich von der Schalmei des Rattenfängers von Washington betören ließen. Wenn die verblendeten Völker des feindlichen Auslandes auch nur einen Schimmer von Kritik besäßen, müßte sich ihnen die zwingende Logik der Erkenntnis offenbaren, daß Deutschland den Krieg nie hat wollen können. Die Ungunst seiner geographischen Lage, die auf fortschreitender Überalterung hindeutenden Zustände in Österreich-Ungarn, Italiens Gegensatz zu Österreich, das schon lange vor dem österreichischen Ultimatum an Serbien zu erkennen gab, daß es im Falle eines Konflikts nicht an der Seite Österreichs zu finden sein würde, seine seelische Harmonie und sorgfältig vor dem Bundesgenossen verheimlichten Abmachungen mit Frankreich, dem es schon 1902 versprochen hat, nicht gegen Frankreich das Schwert zu ziehen, Rumäniens höchst unsichere Bundesgenossenschaft, die durch einen Krieg unvermeidliche Preisgabe der deutschen Kolonien samt der Handelsflotte und vor allen Dingen die ungeheuer schwierigen Probleme, die selbst ein siegreich beendeter Krieg auf dem europäischen Kontinent aufrollen mußte, so vor allem die schier unlösbare polnische Frage, mußten Deutschland friedfertig stimmen. Das Kriegsziel Deutschlands, die von Rußland seit Jahrhunderten betriebene Randstaatenpolitik, sicher zum Heile der Kultur, mitteleuropäisch zu wenden und damit einen Kristallisationspunkt für einen wahren Völkerbund zu schaffen, ist erst aus den überraschenden Waffenerfolgen erwachsen. Versailles Brest-Litowsk entgegenzustellen, vermag nur

politische Kurzsichtigkeit und Verblendung. Der Vorstoß Rußlands gegen den Balkan, der zum Kriege führte, war infolge des drohenden Zusammenschlusses der slawischen Länder, also auch lebenswichtiger Teile Österreichs, unmittelbar für Österreich-Ungarn, mittelbar für Deutschland eine Frage, die über Sein und Nichtsein entscheiden mußte. Man mag die Fassung des österreichischen Ultimatums an Serbien bemängeln, wie es auch unsere Regierung getan hat, entscheidend war schließlich die Erklärung Österreichs, daß es keine Eroberungen in Serbien anstrebe und die Souveränität des Reiches nicht antasten werde, da die Forderung betreffs der Zulassung von k. u. k. Organen bei der Unterdrückung der großserbischen Agitationen lediglich die Errichtung eines geheimen Bureau de sûreté in Belgrad, analog der russischen Einrichtung in Paris, zum Ziele habe. Mit Recht ist bei uns die Frage aufgeworfen worden, was England tun würde, wenn ein kleiner Nachbarstaat dauernd versuchte, Irland zu revolutionieren und den Prinz von Wales abgeschossen hätte? Deutschland konnte die Niederwerfung Österreichs nicht dulden, wenn es nicht einer völligen Isolierung verfallen wollte. Überdies mußte die Vormachtstellung Rußlands auf dem Balkan, abgesehen von den daraus entstehenden Gefahren für die österreichisch-ungarische Monarchie, jede wirtschaftliche Betätigung Deutschland bis hinunter nach Bagdad in den ersten Ansätzen vernichten. Reichte aber der slawische Block von der Ostsee bis zur Adria, so mußte er uns im gegebenen Augenblick unter sich begraben. Gegen den Untergang haben wir uns gewehrt. Die Kriegserklärung Deutschlands war ein rein formaler Akt, der durch strategische Notwendigkeiten bedingt war. Diese aber waren unsererseits Reaktion, nicht Aktion. Nur die Wölfe im Schafspelz zu Versailles vermögen die Dinge auf den Kopf zu stellen. Heute sucht uns das Slawentum Stück um Stück deutsche Arbeits- und Kulturstätten zu entreißen und die Zeit ist nicht fern, da der Deutsche, dem Juden gleich, über die Erde wandern, als Parasit am Marke nationaler Staaten zehren, und an der Trümmerstätte des deutschen Reiches die große Vergangenheit seines Volkes beweinen wird.

Die Aufteilung Kleinasiens

Wenn irgendetwas beweist, daß die Entente selber am allermeisten über Umfang und Tragweite ihres Sieges überrascht worden ist, so sind es die Vorgänge in Klein- und Vorderasien. Zwar existierten über Syrien, Kleinasien, Arabien, Mesopotamien ein paar schöne Geheimverträge, aber was bedeuten den Ententemächten Verträge, wenn sich infolge veränderter Voraussetzungen an ihnen rütteln läßt, und so erweist sich denn, gestützt auf den ungeheuerlichsten aller Siege, der Appetit aller beteiligten Staaten als ständig im Wachsen begriffen. Am 16. Mai ist dann die bereits seit langem sich vorbereitende Krise zum Ausbruch gekommen: unter dem durchsichtigen Vorwande, die Einwohner gegen Übergriffe der Türken schützen zu müssen, haben Streitkräfte der, wie es im Friedensvertrage so schön heißt, „alliierten und assoziierten" Mächte Smyrna besetzt und zwar so, daß eine amerikanische Flottenabteilung im Verein mit einer englischen und französischen die Landung sicherte, französische Truppen die Forts, griechische die Stadt, englische und italienische die Umgegend besetzten. Wer die mannigfachen Schwierigkeiten einer gemeinsamen Aktion verschiedensprachiger Truppenkontingente kennt, zumal bei einer Operation, die, wie eine Havas-Meldung und Zensurlücken in der französischen Presse ahnen lassen, nicht ganz ohne auf Widerstand zu stoßen verlaufen sein muß, fragt sich wohl oder übel: wozu diese Musterkarte von Truppen auf einem Punkte? Die Proklamation des griechischen Kommandanten

hilft uns weiter. „Es besteht nicht die Absicht", heißt es darin, „den Entscheidungen des Friedensvertrages über das Schicksal eines Landes vorzugreifen, das seit Jahrtausenden zu Griechenland gehört." Nehmen wir dazu die schlecht verhehlte Überraschung der französischen Presse sowie das in Paris kolportierte Gerücht, die Italiener hätten zunächst nicht bei der Besetzung mitwirken sollen, doch hätten die Griechen ihre Befriedigung und Erwartung nicht geheim halten können, so wird die Lage klar: die Griechen, die nicht umsonst den vielgewandten und beliebten Venizelos als Vertreter auf der Friedenskonferenz haben, erhielten gegen den Verzicht auf Cypern von den Engländern Smyrna als Besitz zugebilligt und, damit die Sache doch ein Ansehen bekäme und um das so schrecklich komplizierende Selbstbestimmungsrecht der Völker zu umgehen, das Hinterland als Mandat des Völkerbundes. Es bestand nur die eine kleine Schwierigkeit, daß Smyrna, samt den Wilajets von Aidin und Konia durch die Abmachungen von St. Jean de Maurienne von 1917 bereits Italien zugestanden worden war. Damit man nun an dieser Kleinigkeit nicht wieder haken blieb, besonders da die Italiener, die von der Sache Wind gekriegt zu haben schienen, schon im März Adalia, Anfang Mai das an der Bagdadbahn gelegene Konia besetzt hatten und noch eben wegen Fiume auf das heftigste verstimmt waren, beschloß man, gleich reinen Tisch zu machen und die Türkei einfach aufzuteilen.

Leider erweist sich das nun doch nicht als so einfach, wie es sich aussprach, denn es handelt sich dabei nicht nur um Kleinasien, sondern auch um Syrien und Arabien und, letzten Endes, um die ganze Bagdadbahn. Ein infolge des scharfen Vorrückens der Russen in Ostanatolien im April 1916 geschlossener russisch-französischer Vertrag räumte gegen Anerkennung russischer Annexionsabsichten in den bereits siegreich besetzten Gebieten Frankreich Eigentumsrechte an dem ganzen Bezirk zwischen Nordsyrien und einer von Charput und Egin (am oberen Euphrat) über den Yildiz Dagh bis zur Nordküste Kleinasiens verlaufenden Linie ein. Ein französisch-englisches Abkommen vom Mai 1916 erkannte diese Einflußsphäre samt Rechten Frankreichs auf Mossul und auf die Wilajets Adana und Siwas (am Halys) an. England erhielt dafür Anerkennung seiner Rechte auf Südmesopotamien mit Bagdad, sowie auf Haïffa und Akkon. In den arabischen Staaten waren außerdem sorgfältig abgegrenzte französische und englische Einflußzonen vorgesehen mit gegenseitiger Verpflichtung, keinen anderen als arabischen Staaten in diesen Zonen Einfluß zu verschaffen. Palästina sollte internationalisiert werden. Dieser Vertrag nun wurde zwar am 21. August 1917 von Italien gebilligt, das dafür außer Beteiligung am englisch-französischen Abkommen bezüglich Arabiens und des Roten Meers seinerseits Einflußzonen in der Gegend von Smyrna, Aidin, Konia zugestanden bekam, aber daß die Regierung Kerenskis dieses Abkommen nicht mehr, wie ausdrücklich vorausgesetzt, ratifizieren konnte, wird jetzt als Vorwand benutzt, um die Italiener, die an Smyrna als Endpunkt der zukunftsreichen Seestrecke Triest—Smyrna das größte Interesse haben, beiseite zu schieben.

Nun wird aber die Türkei durch die Wegnahme Smyrnas derartig erschüttert, daß man sich von seiten Englands, das nicht nur in Turkestan, sondern auch am Kaspischen Meer, in Batum und Baku die günstige Konjunktur eines zurzeit ohnmächtigen Rußlands mit Riesenschritten ausnutzt, entschloß, mit dem „kranken Mann" vollends aufzuräumen. Da man aber dabei die Empfindlichkeit Frankreichs, das ohnehin die stetige Schwächung seines traditionellen Orienteinflusses mit argwöhnischen Augen überwachte, schonen mußte, griff man zu jenem Universalmittel, das die Friedenskonferenz augenscheinlich in allen Territorialverlegenheiten anzuwenden liebt: dem Mandat im Namen des Völkerbundes, und damit nur ja kein Streit entstände, einigte man sich darüber, dieses Mandat über Konstantinopel, Nordanatolien sowie Armenien Amerika zu erteilen. Indessen muß die Bereitwilligkeit der Amerikaner zur Übernahme des Mandats, verbunden mit ihrer auffälligen kommerziellen Rührigkeit in Kaukasien und Rußland, den Engländern doch wieder unheimlich geworden sein, denn alsbald ließ man, vielleicht auch durch die weiterwirkenden ägyptischen Unruhen erschreckt, durch den

Maharadscha von Bikanir im Namen von 60 Millionen Muselmanen erklären, daß eine Verlegung des Kalifats nach Mekka in Indien ungern gesehen werden würde. Schon vorher hatte man vermöge des Selbstbestimmungsrechts der Völker das Reich des Hedschaskönigs über Mossul und Damaskus ausgedehnt, wodurch Frankreich von Persien und Klein-Armenien abgedrängt und Syrien konsequent auf einen schmalen Küstenstreifen beschränkt wurde. Als Ersatz wurde dann neuerdings vorgeschlagen, die nordanatolischen Wilajets Brussa, Kastamuni und Angora mit Trapezunt unter französischen Schutz zu stellen. Die Türkei soll dann mit Konstantinopel, etwas Hinterland, den Meerengen und einem Zipfel Kleinasien lieber noch einstweilen, da man sich doch nicht einigen kann, als neutraler Staat bestehen bleiben.

Man sieht aus diesem notgedrungen summarischen, in den Einzelheiten noch durch vorläufig nicht zu erlangende bestimmtere Nachrichten sehr ergänzungsbedürftigen Überblick, daß Marcel Sembat dieser Tage mit Recht schreiben konnte, hier sei der Gesellschaft der Nationen ein Betätigungsfeld geboten. an dem sie sich zu erproben reichliche Gelegenheit haben würde. Im Grunde hat man einen neuen Balkan nur mit ungleich bedeutenderen und wegen der Unzuverlässigkeit der verschiedenen Volksstämme, namentlich der Araber, noch schwieriger zu behandelnden Reibungsflächen geschaffen. Über Konstantinopel ist wegen der Rivalität Englands zu Frankreich, dessen mögliches Zusammenarbeiten mit einem gestärkten Griechenland immerhin in Betracht gezogen werden muß, auch nach Ausschaltung des Jahrhunderte alten Wettbewerbers Rußland noch immer keine endgültige Entscheidung erzielt. Auf Palästina, dessen Wert als Aufmarschgebiet gegen den Suezkanal der Krieg zu erkennen gelehrt hat, will man in England jetzt, nachdem man es in nicht genügender Erwägung der durch die großen militärischen Erfolge des Generals Allenby gegebenen Möglichkeiten, etwas voreilig den Zionisten zugesprochen hat, zum Mißbehagen der Franzosen ungern verzichten. Frankreich grollt wegen zu starker Beschneidung Syriens, widersetzt sich zur Wahrung seines Einflusses der gänzlichen Auflösung des Ottomanen-Reiches, fürchtet durch die auf amerikanisches Andringen nach Vorderasien entsandte Untersuchungskommission entstehende Intrigen und betrachtet die offenkundigen Bestrebungen Englands maßgebende Kräfte des Islam unter seine Gewalt zu bekommen mit kaum verhohlenem Mißtrauen. Die Übertragung des armenischen Mandats an Amerika schafft entweder nur neue Reibungen oder einen scharfen Konkurrenten; am meisten verstimmt aber sind die Italiener, die Auswanderungskolonien brauchen, und neuerdings (Piazza, La nostra pace coloniale) nicht nur Konstantinopel und Armenien für Rußland (!), sondern Smyrna, Konia, Adana, nebst den Bergwerken von Heraklea, Yan und Argune, aber auch Alexandrette und vor allem den strikten Ausschluß des bereits um Epirus und den Dodekanes konkurrierenden Griechenlands fordern. Wie die zu einem wirklich erfolgreichen, die gerade glücklich in die Wege geleiteten deutschen Bestrebungen in für das Land selbst geeigneter Weise fortsetzenden Aufschließen erforderlichen Kapitalien von den durch Tilgung der Kriegslasten zum Teil schon überreichlich in Anspruch genommenen Ländern aufgebracht, wie künftige Konflikte bezüglich der Bahnen und Häfen usw. vermieden werden sollen, bleibt rätselhaft, es hat aber den Anschein, als ob sich mehr als einer der eiligen Esser an seinen Bissen übernehmen wird. Die Völker Anatoliens aber werden fürs erste wenig Freude an ihren neuen Herren erleben.

Menenius

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Mathilde Kelchner in Berlin-Halensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.

Zur Friedenslage

Von Carl Georg Bruns

Wenn nicht alles trügt, so ist die Entwicklung des Friedensproblems vor einschneidenden Entscheidungen angelangt. Nicht in dem Sinne, daß die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, die endgültige Liquidation des Krieges und die Einleitung der Friedensperiode bedeuten müssen. Aber doch in dem Sinne, daß der drängende Fluß der gesamten für die Weltlage maßgebenden Kräfte, der seit dem 9. November gewissermaßen in einem großen Staubecken zusammengepreßt war, durch irgend eine Öffnung sich Bahn brechen muß. Wo diese Öffnung gefunden wird, und ob es gelingt, den Fluß der Ereignisse in ein geregeltes Bett sich ergießen zu lassen, oder er planlos mit naturwilder Gewalt Deutschland unter sich begraben wird, das ist die schicksalsschwere Frage, vor der wir heute stehen.

Über die schwere seelische Erschütterung, die die Einsicht, daß die Durchsetzung des Friedens aus eigener Kraft dem deutschen Volke nicht mehr möglich war, eigentlich hätte zur Folge haben müssen, ist das deutsche Volk dank einer Illusion verhältnismäßig leicht hinweggekommen. Die Illusion bestand in der Annahme, daß die Festlegung auf die von Wilson proklamierten Grundlagen des Friedens dem deutschen Volke ein erträgliches Minimum von Existenzmöglichkeiten lassen würde. Diese Anschauung wurde erstaunlicherweise in großem Umfange auch von solchen Kreisen geteilt, die vorher der Anschauung gewesen waren, daß die Möglichkeit eines sogenannten Verständigungsfriedens nicht bestände, sondern daß es sich nur um das grausame Entweder Oder, Sieg oder Niederlage, handeln könne. Trotzdem hat auch noch nach dem 5. Oktober die Möglichkeit bestanden, auf der Wilsonschen Grundlage zu einem Frieden zu kommen. Nimmt man einmal an — und für diese Annahme sprechen noch immer gewichtige Gründe — daß Wilson nicht ein zynischer Heuchler ist, der seine Friedensideen ausschließlich zur Übertölpelung des deutschen Volkes proklamiert hat, so muß man sich fragen, unter welchen Umständen die Wilsonsche Friedenspolitik zum Ziel hätte führen können. Sie hätte es können, wenn Wilson auch nach dem Umschwung der militärischen Lage und dem Abfall unserer Bundesgenossen mit einer ins Gewicht fallenden deutschen Widerstandskraft hätte rechnen können. Der Zusammenbruch Deutschlands raubte Wilson seinen besten Bundesgenossen. Von diesem Augenblick an wäre er nur noch durch positive Einsetzung amerikanischer Machtmittel in der Lage gewesen, einen fühlbaren Druck auf die Entente auszuüben. Daß er das nicht wollte und bei der inneramerikanischen Grundlage für seine Politik auch gar nicht konnte, hätte jedem nüchternen Beobachter klar sein müssen.

Für die weitere Entwicklung der Dinge schied Deutschland mit der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen als realer Faktor aus. Es war nur noch Gegen-

stand, nicht mehr handelnde Persönlichkeit in dem Gesamtspiel der Weltpolitik. Die deutsche Revolutionsregierung sah sich vor eine Aufgabe gestellt, deren Schwierigkeit zu schildern, die Worte und Bilder fehlen. So war denn auch ihr erstes Verhalten, auch wenn man von der Revolution und dem Waffenstillstandsabschluß, Ereignisse, über die ein Urteil zu fällen, verfrüht ist, absieht, ein Fehler. Die Regierung tat nichts, sie wartete ab und gab sich der Illusion hin, in der Annahme der Wilsonschen Punkte durch die Entente eine sichere Grundlage für ihre äußere Politik zu haben. Nun darf man aber annehmen, daß auch die Gegenseite damals noch nicht dazu gekommen war, zu dem die kühnsten Erwartungen übersteigenden Umschwung der Dinge eine klare innere Stellung zu gewinnen. Auch hier herrschte Ratlosigkeit. Ratlosigkeit zwar, die in dem alles betäubenden Gefühle des Sieges noch nicht als Qual empfunden wurde. Ratlosigkeit aber doch in der Unmöglichkeit, eine klare und besonders gemeinsame Stellung zu den Schritten zu gewinnen, die in der nächsten Zukunft zu tun waren. In diesem Augenblick bestand für die deutsche Regierung eine Möglichkeit, durch das rasche Auftreten mit positiven Vorschlägen einen entscheidenden Einfluß auf den Gang der Pariser interalliierten Verhandlungen zu gewinnen. Gewiß nur eine Möglichkeit. Aber sie hätte versucht werden müssen. Und es scheint keine ganz utopische Annahme zu sein, daß eigene Vorschläge der deutschen Regierung, die auch nur annähernd so weit wie die jetzigen Vorschläge gegangen wären, das Ergebnis der Pariser Beschlüsse stark beeinflußt hätten.

Der Versuch unterblieb. Und so blieb den Alliierten Zeit genug, in voller Ruhe zur Lage Stellung zu nehmen. Die deutsche Waffenstillstandskommission verstand es nicht, diese Ruhe dadurch zu stören, daß sie den Gegner vor die Notwendigkeit neuer entscheidender Entschlüsse stellte. So warteten wir ab, und wir ertrugen die Lage, soweit uns die innerpolitischen Ereignisse in Deutschland überhaupt Zeit ließen, uns mit der Weltlage zu beschäftigen, in der Hoffnung auf gegnerische Vertragstreue. Unterdessen kam es in Paris allmählich zum Kompromiß zwischen den Alliierten. Bruchstückweise erfuhren wir in Deutschland die einzelnen Forderungen, aus denen der Kompromiß geschlossen werden mußte. Wir lebten der Illusion, daß jeder Kompromiß in der Herabmilderung der sich kreuzenden Forderungen bestehen müsse. Aber als uns die Bedingungen vorgelegt wurden, da mußten wir erkennen, daß der Kompromiß darin bestand, daß die Gesamtheit der gegnerischen Forderungen in kunstvollem Aufbau zusammengetragen war. Es ist nun durchaus richtig, daß gerade die Art, wie der Kompromiß zustande gekommen ist, einen Beweis für die innere Schwäche des Zusammenhalts unter den Alliierten bildet. Es war eben nicht möglich, von den einzelnen Forderungen zugunsten einheitlicher Ziele Abstriche zu machen, ohne daß sich tiefe Risse im Bau gezeigt hätten. Aber wenn diese Schwäche im konstruktiven Gesamtbau der uns gegenüberstehenden verbündeten Gruppe nachträglich die Vermutung rechtfertigt, daß es möglich gewesen wäre, auf die Art des Baues einen Einfluß zu gewinnen, so muß gerade die Einsicht in diese Schwäche den Zweifel erheblich stärken, ob es gelingen kann, jetzt einzelne Teile aus dem Bau herauszulösen.

Die Stellungnahme zu den Friedensbedingungen war und ist in der öffentlichen Meinung Deutschlands im wesentlichen einheitlich, was die sachliche Beurteilung seines Inhalts anbelangt. Versuche, die Bedingungen als erträglich hinzustellen, sind bald aufgegeben, nachdem ihr Inhalt in allen Einzelheiten bekannt wurde. Und die Stellungnahme würde noch einheitlicher sein, wenn die Kenntnis der Bedingungen wirklich Allgemeingut wäre. Keine Einheitlichkeit herrscht aber in der Stellungnahme, was zu tun ist. Für die deutsche Regierung mußte es von vornherein ein völlig einwandsfreies Ziel geben. Das Ziel nämlich, unter allen Umständen zu verhindern, daß irgendein Friede, den wir innerlich nicht anerkennen können, so abgeschlossen wird, daß es den Anschein erwecken kann, als handle es sich um einen Frieden, der im Wege der Verständigung zustande gekommen sei. Daß das bisherige Verhalten der Regierung

auf einen solchen Verständigungsfrieden geradezu hingewirkt habe, kann man nicht sagen. Man darf aber auch nicht verkennen, daß nicht alle Fäden, die unmerklich zu dieser Gefahr hinführen können, sorgsam abgeschnitten wären. Das Verfahren, den Frieden, weichend der Gewalt unter innerem Protest sofort anzunehmen, wäre das einfachste gewesen, um diese Klippe zu umschiffen. Diesen Weg nachträglich eingehender zu erörtern, führt zu keiner neuen Beleuchtung der Lage. Man wird aber auch zugeben müssen, daß die Regierung den Versuch, zu einem Friedensschluß zu kommen, unter allen Umständen ehrlich machen mußte. Ließ die Regierung sich aber auf Verhandlungen ein, dann durfte man sich unter keinen Umständen zu einer Überstürzung so einschneidender Beschlüsse drängen lassen, wie sie die Abfassung der deutschen Gegenvorschläge bilden. Genau so wenig, wie seinerzeit die Entente deshalb den Waffenstillstand gekündigt hätte, weil Erzberger erklärt hätte, in so kurzer Zeit eine Entscheidung nicht fassen zu können, genau so wenig hätten die Alliierten eine Erklärung Brockdorff-Rantzaus, erst in vier Wochen die eingehende Antwort der deutschen Friedensdelegation überreichen zu können, zum Anlaß des Abbruchs der Verhandlungen gemacht. Aber der Fehler ist leider gemacht. Und er ist nicht ohne Einfluß auf die innere Geschlossenheit der deutschen Gegenvorschläge geblieben. Will man den deutschen Gegenvorschlägen gerecht werden, so muß man von folgender Erwägung ausgehen: Zweifellos wäre für die deutsche Regierung der Weg gangbar gewesen, zu erklären, die Friedensbedingungen stellten einen Bruch des feierlichen Abkommens, durch das sich beide Parteien auf die Einhaltung der Wilsonschen Friedensgrundlage geeinigt haben, dar; dieses Abkommen sei daher auch für die deutsche Regierung nicht mehr maßgebend; die deutsche Regierung könne also für ihre weiteren Entscheidungen die Wilsonsche Friedensgrundlage, die den deutschen Lebensinteressen schon an sich nicht gerecht würde, nicht mehr zum Ausgangspunkt nehmen. Die Regierung hat die Verantwortung für die Folgen eines solchen Verhaltens nicht tragen wollen und meines Erachtens mit Recht. Dann blieben zwei Möglichkeiten. Entweder man kam nach alter Diplomatenart mit Vorschlägen heraus, die von den Bedingungen der Entente so weit entfernt waren, daß man hoffen konnte, die Mitte würde für Deutschland erträgliche Bedingungen ergeben. Gerade ein solches Verhalten schloß eine ganz gewaltige Gefahr in sich, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, der innerlich von Deutschland nicht anerkannt werden kann, aber doch eben den Charakter des Verständigungsfriedens trägt. Der Weg, den die Regierung gewählt hat, ist — wir hoffen es jedenfalls — der andere. Man hat sich gesagt: Wir stellen uns auf den Boden der vierzehn Punkte, und wir sind bereit, alles zu tun, um zu einem Ergebnis zu kommen. Wir machen deshalb auf der Grundlage der vierzehn Punkte alle nur irgend möglichen Zugeständnisse. Damit ist aber die äußerste Grenze unseres Entgegenkommens erreicht. Ihr habt die Wahl, durch die Annahme dieser unserer Bedingungen den Weltkrieg zu liquidieren oder dadurch, daß ihr uns zur Ablehnung eures unannehmbaren Friedensvertrages zwingt, eine weltgeschichtliche Entwicklung einzuleiten, deren Ziel ihr so wenig kennt, wie wir. Jede andere Politik ist innerlich erlogen und bringt uns um den letzten Rest von Vertrauen und um den letzten Rest eigenen Glaubens an uns. Der Versuch, das „Unannehmbar", das die Regierung und in der überwältigenden Mehrheit das Volk mit allem Aufwand von Entschlossenheit aufgestellt hat, nachträglich dahin umzudeuten, daß nur diese Friedensbedingungen, nicht aber andere mehr oder weniger nicht jedoch in allen Grundlagen gemilderte unannehmbar seien, würde unserer moralischen Stellung innerlich und äußerlich den letzten Stoß geben.

Was bedeutet es nun aber, wenn wir jetzt nicht zum Friedensschluß kommen? Die Vertreter des Unterzeichnens um jeden Preis haben damit ganz recht, daß es ruchlos ist, einer Ablehnung das Wort zu reden, ohne sich über die Folgen ganz nüchtern klar zu werden. Wir müssen uns da in erster Linie vor der weitverbreiteten Illusion hüten, als liege es im Interesse und in der Absicht der Entente, uns lebensfähig zu erhalten. Daß auch solche Ansichten innerhalb der

Alliierten verfochten werden, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Ebensosehr ist es aber zweifellos, daß bei dem Abschluß der uns überreichten Friedensbedingungen diejenigen Stimmen im feindlichen Lager durchgedrungen sind, die die dauernde Unschädlichmachung, die dauernde Ausschaltung Deutschlands zum Ziele haben. Man muß sich eins klar machen. Ein Friede, der Deutschland als Ganzes lebensfähig erhält, muß sich in jedem Hauptpunkte von der Grundlage der gegenwärtigen Bedingungen entfernen. Man kann direkt sagen, er darf allerhöchstens so weit gehen, wie die deutschen Gegenvorschläge. Gerade wenn man sich aber klar macht, daß der Zusammenhalt unter den Alliierten auf durchaus schmaler Grundlage beruht, erscheint es wenig wahrscheinlich, daß bei unseren Gegnern die Stimmen den Ausschlag geben werden, die auf die Erhaltung der deutschen Lebensfähigkeit abzielen.

Walter Rathenau hat jüngst in der „Zukunft" die Forderung aufgestellt, wenn es nicht gelänge mit den Versailler Verhandlungen zum Ziele zu kommen, dann müsse den alliierten Regierungen sofort das Auflösungsdekret der deutschen Nationalversammlung und die Rücktrittserklärungen des deutschen Reichspräsidenten und sämtlicher Minister überreicht, die Erklärung abgegeben werden, Deutschland verzichte auf jeden aktiven oder passiven Widerstand, der gesamte Behördenapparat stelle sich der Entente zur Verfügung, aber keine deutsche Regierung könne für die Leitung der deutschen Geschicke jetzt noch die Verantwortung übernehmen. Diese Verantwortung läge jetzt der Entente ob. Das weitere müsse man der klar voraussehbaren Entwicklung der Dinge überlassen. Es ist bedauerlich, daß Rathenau verschwiegen hat, wie diese klar voraussehbare Entwicklung aussieht. Meines Erachtens müssen wir uns immer wieder sagen, wenn wir versuchen, eine klare innere Stellung zu gewinnen, daß es völlig ausgeschlossen ist, bei den tausendfachen ineinanderverwickelten Kräften, die zurzeit in der Welt teils schon sichtbar sind, teils erst schwer erkennbar unter der Oberfläche gären, mit auch nur annähernder Sicherheit den Lauf der Dinge vorauszuberechnen, den diese oder jene Entscheidung zur Folge haben wird. Man kann nur gewisse Möglichkeiten sehen, und das einzige, was man tun kann, ist zu versuchen, die allerschlimmsten Möglichkeiten abzuschneiden. Eine starke Möglichkeit ist, daß die Entente im Falle des Nichtzustandekommens eines Friedensabschlusses auf den Zerfall Deutschlands hinarbeiten wird. Die starken Begünstigungen, die die westlichen Absonderungsbestrebungen finden, sind doch kaum zufällig. Und ob die Art und das Ausmaß eines etwaigen militärischen Vorgehens gegen Deutschland nicht auch unter diesem Gesichtspunkt erfolgen wird, ist zum mindesten zweifelhaft.

Können wir dieser Gefahr gegenüber etwas tun? Wir können es jedenfalls nicht durch die Annahme von Friedensbedingungen, die in den Grundzügen mit den uns jetzt vorliegenden übereinstimmen. Denn daß die Ausführung dieser Bedingungen eine völlige wirtschaftliche und seelische Verelendung Deutschlands zur Folge haben wird, darüber besteht ein Zweifel nicht. Nun sagen die Verfechter der Annahme um jeden Preis, ein solcher Friede sei auf die Dauer innerlich unhaltbar, und er werde einmal einer grundlegenden Revision unterzogen werden müssen. Vielleicht ist das richtig. Aber auch der Zustand, der durch eine planmäßige Zerstücklung Deutschlands herbeigeführt wird, kann Dauer nicht besitzen. Und es kann sehr wohl die Frage gestellt werden, ob nicht die Krankheitskeime, die im letzteren Falle dem Weltorganismus eingeführt werden, die stärkeren sind. Daß allgemein menschlich betrachtet und für das Schicksal des einzelnen Menschen das Elend in Deutschland bei der Annahme der unsere Zukunft vernichtenden Bedingungen auf die Dauer größer sein wird, als bei der Ablehnung, diese Annahme ist durch nichts gerechtfertigt. Entscheidend für die Frage, ob es eine deutsche Zukunft geben wird oder nicht, bleibt in beiden Fällen allein der Wille des deutschen Volkes. Gegen den starken Willen eines in seinen Grundanlagen jugendstarken Volkes und den unerschütterlichen Einheitswillen eines Volkes ist auf die Dauer jede gegnerische Koalition machtlos. Die Frage kann nur sein, unter welchen Bedingungen dieser Wille die relativ günstigen Entwicklungsmöglichkeiten

findet. Daß gerade die Kreise, die einem Friedensschluß in jedem Falle das Wort reden, ihrer grundsätzlichen Weltanschauung gemäß ein eigentliches Nationalgefühl und damit auch einen spezifischen Nationalwillen nicht besitzen können, läßt es doppelt zweifelhaft erscheinen, ob ihr Rezept geeignet ist, für einen neuen Aufbau Deutschlands die Grundlage zu schaffen.

Die bloße Hoffnung auf die innere Haltlosigkeit der kommenden Zustände und auf die kommende Weltrevolution allein tut es nicht. Noch immer ist das deutsche Volk selbst der letztlich entscheidende Faktor für die deutsche Zukunft. Vor welche Entscheidungen die deutsche Regierung in den kommenden Tagen oder Wochen gestellt werden wird, kann niemand voraussagen. Ob sie vor klare, unabweisbare Alternativen gestellt wird, oder ob sie auch weiterhin die Möglichkeit behalten wird, durch die Art ihres Verhaltens die Entwicklung der nächsten Zeit in, wenn auch geringem Maße, mit zu beeinflussen, kann nur die Entwicklung selbst zeigen. Eins aber ist klar. Die Regierung begeht Verrat an der deutschen Zukunft, die sich vom Druck äußerer oder innerer Gegenwartsströmungen davon abhalten läßt, nur das eine Ziel zu verfolgen, dem Zukunftswillen des deutschen Volkes die besten erreichbaren Wachstumsbedingungen zu verschaffen.

Die Bedeutung der baltischen Landwirtschaft für Deutschland

Von Paul von Woedtke,
zweiter Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft[1])

Bei der Bedeutung der baltischen Provinzen, die diese Gebiete in Zukunft für Deutschland als Nahrungsmittelquelle und als Zufuhrländer, unabhängig von der gegenwärtigen Lage haben können, erscheint es zweckmäßig, die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Baltikums vor Ausbruch und während des Krieges, sowie ihre Entwicklungsmöglichkeit sich vor Augen zu halten.

Infolge der ungünstigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse des Landes stand die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens im allgemeinen auf einer tieferen Entwicklungsstufe als die Landwirtschaft der Ostprovinzen des Deutschen Reiches. Während hier rund 50 Prozent der gesamten Bodenfläche beackert sind, umfaßt das Ackerland im Baltikum nur etwa 24 Prozent der Bodenfläche. Starker Hackfruchtbau und intensive Milchviehhaltung gaben der Landwirtschaft des nördlichen Teiles das Gepräge verhältnismäßig fortgeschrittener Betriebe, während die Landwirtschaft des südlicheren Teiles auf einer extensiveren Stufe stehen geblieben war.

Der Kornbau war infolge der niedrigen Kornpreise seit Jahrzehnten unrentabel. Handel mit Getreide im größeren Maßstabe war ausgeschlossen, da das Land durch keine Agrarzölle geschützt war und durch das Differenzialprinzip, das auf den russischen Eisenbahnen herrschte, Getreideausfuhr nicht in Betracht kam. Die gesamten Erträge hierin blieben im Lande und dienten zum Nutzen der Viehzucht. Ebenso wurde der besonders im Norden stark ausgedehnte Kartoffelbau außer der Spirituserzeugung für die gleichen Zwecke wie das Getreide verwandt. In etwa 240 Brennereien wurden gegen 36 Millionen Liter Spiritus, d. h.

[1]) Verfasser ist ein guter Kenner des Baltikums in Friedenszeiten. Während des Krieges war er u. a. Wirtschaftsbeirat beim Gouvernement Riga und Abteilungsleiter der Landwirtschaftlichen Abteilung bei der Zivilverwaltung der baltischen Lande in Riga. Die Schriftleitung.

nahezu ein Zehntel der Menge der deutschen Spirituserzeugung gewonnen. So befaßte sich die Landwirtschaft im Baltikum in erster Linie mit Futtergewinnung und Viehhaltung.

Die in früheren Jahren nicht unbedeutende Mast war aufgegeben, weil ihr zahlungsfähige Märkte verschlossen waren, im Westen wegen der Seuchenschutzgesetze, im Osten wegen der starken Überschwemmung mit Erzeugnissen aus Südrußland und Sibirien. Die Erzeugung an Milch war daher das Hauptziel der Rindviehzucht. Diese Milch wurde zum geringen Teil an Ort und Stelle zu Butter, Käse und anderen Molkereierzeugnissen verarbeitet. Der größere Teil wurde als frische Vollmilch nach den Städten wie Libau, Riga, Petersburg abgeführt. Es kamen daher für die baltische Landwirtschaft, außer den gut im Preise stehenden Erzeugnissen des Waldes, Milch, Spiritus und stellenweise noch Flachs und Leinsaat als Einnahmequellen in Frage.

Die Rindviehhaltung im Jahre 1910 bezifferte sich auf rund 1 137 891 Stück, von denen man den Bestand an Milchkühen auf mindestens 600 000 Stück annehmen muß. Reinzuchten von Angler- und Holländerschlägen, die trotz Blutreinheit mit der Zeit einen gewissen baltischen Typ erhielten, gaben der Rindviehzucht des Landes den erwünschten züchterischen Einschlag. Zahlreiche Kontrollvereine wirkten dahin, die Zucht nach Leistung zu entwickeln.

Wie auch in anderen Ländern konnte die Schafzucht die Konkurrenz der vom Ausland kommenden Wolle nicht bestehen. Die um 1841 auf verhältnismäßig hoher Stufe stehende Zucht (Merino) wurde daher bald nach dieser Zeit wieder aufgegeben. Das Hauptarbeitsgebiet wandte sich seitdem der Rindviehzucht, dem Meiereiwesen und dem erforderlichen Futterbau zu.

Die eigene Pferdezucht, die ein ausgesprochenes Zuchtziel noch nicht erkennen ließ, genügte in den letzten Jahren nicht, um den fortschreitenden Eigenbedarf zu decken. Es wurden immer mehr Pferde aus dem Innern Rußlands angekauft.

Sowohl auf dem Gebiet der Schweine-, wie Geflügel-, Fisch- und Bienenzucht waren Anfänge zu züchterischem Aufbau und der damit verbundenen wirtschaftlichen Hebung der betreffenden Zweige vorhanden. Alle Versuche und Arbeiten blieben jedoch meist in den Anfängen stecken, da eine systematische Förderung der Landwirtschaft durch den Staat fehlte.

Die Bedeutung der Wiesen und Weiden war den dortigen Landwirten durch die von ihnen in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges mit Erfolg vorgenommene Kultivierung von Hoch- und Niederungsmoor, sowie Unland hinlänglich bekannt.

Vielfache Förderung erfuhr die baltische Landwirtschaft durch das Polytechnikum in Riga und die damit verbundenen Versuchsanstalten, durch die Landesuniversität und das Veterinärinstitut in Dorpat sowie durch die Ritterschaft und die Kreditsozietäten der drei Provinzen, die die einzelnen ökonomischen Sozietäten zur technischen Beratung aus ihren Reineinnahmen mit Geldmitteln versahen.

In ständigem Wachstum befand sich auch das landwirtschaftliche Vereinswesen, in das aber nach Einsetzen der Russifizierung bald ein nationaler Zwiespalt getragen wurde, so daß sich überall Parallelgesellschaften und Vereine in den lettischen und estnischen Kreisen bildeten. Bei der Eigenheit der Besitzverhältnisse im Baltikum waren in dem letztgegründeten vornehmlich der Mittel- und Kleingrundbesitz vertreten.

Zwischen dem Stande der Guts- und Bauernwirtschaften bestand ein wesentlicher Unterschied im Ackerbau nicht; daß die besser geführten und kapitalkräftigeren Gutswirtschaften allen anderen voraus waren, lag in der Natur der Sache.

* * *

Wie überall, wurde auch die baltische Landwirtschaft während des Krieges vor besonders schwere Aufgaben gestellt. Während es zunächst galt, dem russischen Staate landwirtschaftliche Erzeugnisse und Kriegsmaterial zuzuführen, änderte sich die Lage wesentlich im Herbst 1915 durch die deutsche Besetzung Kurlands und die dadurch bedingte Stärkung der russischen Front zum Schutze Petersburgs.

Besonders bedauerlich gestalteten sich die Verhältnisse für Kurland. Durch die systematisch betriebene Evakuierung der kurländischen Viehbestände, des toten Inventars und der bäuerlichen Bewohner wurde Kurland in einem landwirtschaftlich wenig leistungsfähigen Zustande damals von uns übernommen. Nur den planmäßigen und zielbewußten Maßnahmen der deutschen Verwaltungsbehörden ist es zu danken, daß die kurländische Landwirtschaft nicht zugrunde ging. Die großen und dauernden Aufwendungen unserer Verwaltung zur Hebung der Landwirtschaft legen beredtes Zeugnis dafür ab. Sind doch für Kurland an Saaten für etwa 2 Millionen, an Vieh für etwa 3 Millionen, an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten für 4,2 Millionen Mark, für Liv- und Estland für mehrere Millionen Mark Getreide, vor allem Gemüsesämereien und für beinahe 2 Millionen Mark landwirtschaftliche Maschinen und Geräte eingeführt worden, ganz abgesehen von den großen Aufwendungen für Feld- und Förderbahnen und für sonstige landwirtschaftliche Erfordernisse.

Günstiger gestalteten sich die Verhältnisse für Liv- und Estland. Selbst die nach der russischen Revolution 1917 über die Provinzen brausende bolschewistische Welle im Januar-Februar 1918 schädigten die Landwirtschaft bis auf die durch die Kampfhandlungen um Riga zerstörte sogenannte tote Zone im allgemeinen nur örtlich. Wäre nicht der plötzliche Umschwung in der gesamten Kriegslage eingetreten, so wären die verderblichen Einwirkungen der Zeit kurz vor der Befreiung Liv- und Estlands wohl bald überwunden gewesen.

Die politische Entwicklung der Dinge wurde aber allmählich für die baltische Landwirtschaft verhängnisvoll. Die Selbständigmachung Estlands und Lettlands und der Zusammenbruch Deutschlands führten fast zu ihrer Vernichtung. Durch die Ohnmacht der neuen Staaten angestachelt, überflutete der Bolschewismus das Land. Was sich an verwertbaren Vorräten und Erzeugnissen noch im Lande befand, mußte durch Willkürakte den plündernden Banden preisgegeben werden. Bis auf geringe Teile Kurlands und des Nordens konnten die Provinzen und selbst die vorgelagerten Inseln, Ösel, Dagö und Moon nicht vor der Zerrüttung bewahrt werden. Wie sich die Gesamtlage der baltischen Landwirtschaft nach einer evtl. Befreiung vom bolschewistischen Joche tatsächlich darstellen wird, ist, auch nur annähernd zu sagen, heute noch nicht möglich. Das eine aber steht zweifelsfrei fest, daß sie in ihren Grundfesten auf das allerbedenklichste und gefährlichste erschüttert worden ist.

Wie sich aus diesen Zuständen nach Eintritt normaler Verhältnisse ein Wiederaufbau der baltischen Landwirtschaft gestalten wird, ist heute noch unklar. Andererseits ist es aber klar, daß eine Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens im Baltikum nur durch die Land- und Forstwirtschaft vor sich gehen kann, da dies die umfassendsten und grundlegendsten Zweige des gesamten baltischen Wirtschaftslebens sind. Wenngleich die Landwirtschaft sich dort vor Ausbruch des Krieges teilweise erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklungsmöglichkeiten befand, so sind für sie doch eine Fülle von Möglichkeiten gegeben. Der im großen und ganzen fruchtbare Boden bietet in Verbindung mit dem dortigen Klima die Grundlage für eine namentlich in der Viehzucht und Viehhaltung entwicklungsfähige Landwirtschaft. Die großen Moore und die bisher noch ungepflegten Buschgrasländereien harren noch der Aufschließung und der Umwandlung in ertragreiche Äcker, Wiesen und Weiden. Ebenso können die zahlreichen Seen und Flüsse, sowie die Küsten und Hochseefischerei zu ertragreichsten Betrieben ausgebaut werden. Entsprechend sind auch alle anderen landwirtschaftlichen Zweige — insbesondere der Flachsbau — erheblich zu steigern.

Trotz aller Schwierigkeiten, die zweifellos in schier erdrückendem Maße vorhanden sein werden, gibt es einen Weg, nämlich da wieder anzufangen, wo sich fester Grund in den einzelnen Wirtschaftszweigen vorfinden wird.

Daß die Landwirtschaft im Baltikum im höchsten Grade entwicklungsfähig ist, haben auf allen ihren Gebieten die führenden Männer der baltischen Landwirtschaft in überzeugender Weise in der Praxis und in ihrer wissenschaftlichen

Arbeit dargetan. Es gibt keinen Zweig der Landwirtschaft, der bei zielbewußter Arbeit hier nicht zum Erfolge führen könnte; braucht man doch nur zu erinnern an die Namen, wie z. B. v. Knieriem, George Thoms, v. Oettingen, v. Blankenhagen, v. der Ropp, v. zur Mühlen, v. Grünewaldt, Dr. Stegemann, v. Middendorf, v. Seydlitz, Karl Schmidt, v. Hunnius, Semmer und dergleichen mehr. Aufgabe der kommenden Staatengefüge wird es daher sein, das Hauptaugenmerk auf die Hebung dieses ersten und bedeutungsvollsten Wirtschaftsgebietes zu lenken.

* * *

Bei der eigentümlichen geographischen, politischen und wirtschaftlichen Lage des Baltikums werden der lettische und estnische Staat gezwungen sein, Anlehnung an größere Staatsgebilde zu suchen. Eine solche bei Deutschland zu finden, wird selbst unter den heutigen Verhältnissen für beide Teile von Vorteil sein.

Da uns der Westen als gleichberechtigter Erzeuger und Abnehmer auf lange Jahre hinaus versperrt sein wird, ist unser zukünftiges Arbeitsgebiet der Osten. Ihn zu erreichen, wird voraussichtlich nur möglich sein, den Weg über das Baltikum zu nehmen.

Einen wirtschaftlichen Aufschwung können Lett- und Estland nur nehmen durch großzügige Ausgestaltung ihres Verkehrswesens, der Landesmelioration und der Besiedelung. Es liegt auf der Hand, daß sie allein hierzu nicht imstande sind. Für deutsche Ingenieure, Land- und Forstwirte, Kulturingenieure, Baumeister und Kaufleute wird sich daher dauernd dort ein großes Feld der Tätigkeit bieten. Bei der Erschließung der ungeheuren Flächen unmeliorierten Moor- und Unlandes werden der lettische und estnische Staat auf deutsche Gelehrte, Praktiker und Erfahrungen deutscher Fachorganisationen angewiesen sein.

Vor dem Kriege teilten sich Deutschland, Schweden und Amerika — allerdings unter starkem Übergewicht von Amerika — in die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Mit Ausnahme des Chilesalpeters und des Ammoniaks wurden fast alle Düngemittel aus Deutschland bezogen.

Durch den Krieg ist in den weitesten Kreisen unseres Vaterlandes das Interesse für das Baltikum geweckt worden. Von unserer Verwaltung ist das baltische Genossenschaftswesen neu ins Leben gerufen und zum Teil noch heute tätig. Zahlreiche wirtschaftliche Anlagen sind während des Krieges erbaut und dem Lande belassen. Tausende von Beziehungen sind durch unsere Truppen während der Zeit unserer Besetzung im Baltikum angeknüpft.

Es heißt also nur an altes oder neues wieder anknüpfen und unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse entsprechend um- bzw. auszubauen, um im beiderseitigen Interesse mit Vorteil dauernd gute Beziehungen zu erhalten.

Zahlenmäßige Berechnungen irgendwelcher Art unter den augenblicklichen Umständen anzustellen, ist zweckloses Unternehmen. Für Kulturarbeit ist aber das Baltikum ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Das steht einwandfrei fest und ist wohl jedem klar geworden, der einmal Gelegenheit gehabt hat, sich persönlich vom Stand der Dinge zu überzeugen.

Die Aufgaben der Museen in der neuen Zeit

Von Professor Dr. Otto Lauffer

as Alte stürzt, es ändert sich die Zeit! Vieles, was wir früher für durchweg lebensfähig hielten, wird heute gewogen und zu leicht befunden. Noch viel mehr aber wird vieles, was an sich durchaus lebensfähig bleibt, heute von einem veränderten Gesichtspunkte aus betrachtet und beurteilt. Wünsche nach Veränderung und Verbesserung werden von allen Seiten laut, und wer in der neuen Zeit leben und erfolgreich schaffen will, muß sich diesen Wünschen anzupassen suchen. Gerade in dieser Fähigkeit, sich anzupassen, zeigt sich erst recht die Lebenskraft und die Jugendlichkeit von Einrichtungen ebensowohl wie von Einzelpersönlichkeiten.

So erwächst allen denen, die für den Ausbau öffentlicher Einrichtungen die Verantwortung tragen, die unabweisliche Pflicht, mit sich selbst zu Rate zu gehen, wie weit sie das ihnen anvertraute Gut bisher richtig verwaltet haben, wie weit sie etwa künftig neue Wege einschlagen müssen, oder endlich wie weit sie sich von früheren Gewohnheiten, die heute ganz oder doch wenigstens teilweise überholt erscheinen, frei machen müssen.

Dabei stehen unter allen den Einrichtungen, die den Ansprüchen der geistigen Kultur zu dienen haben, neben Kirche und Schule, neben Universitäten und Akademien mit in erster Reihe die Museen. Von ihnen soll hier kurz die Rede sein, von dem, was sie bisher geleistet haben, und von dem, was das deutsche Volk für die Zukunft von ihnen erwarten muß.

Die Tätigkeit der Museen hat sich nach drei verschiedenen Richtungen zu erstrecken. Sie besteht einmal im Sammeln, sodann in der wissenschaftlichen Verarbeitung, endlich in der volkstümlichen Nutzbarmachung. Diese drei Aufgaben greifen überall ineinander über, eine kann nicht sein ohne die andere, wenn sie den berechtigten Anforderungen entsprechend ausgeübt werden sollen. Will man sich aber ein näheres Bild von ihnen machen, oder will man die Aufgaben untersuchen, die ihnen für die kommende Zeit erwachsen, so muß man sie eine nach der anderen, also jede für sich allein besprechen.

Was die Sammeltätigkeit angeht, so haben die verschiedenen Museumsgattungen eine sehr verschiedene Wesensart, je nachdem sie ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf das durchschnittlich Gültige, auf das Typische der Erscheinungen richten, oder nachdem sie gerade das Ungewöhnliche, das über den Durchschnitt Hervorragende, ins Auge fassen, oder endlich nachdem sie sich auf örtliche Sondererscheinungen beschränken. Diese verschiedenen Rücksichten treten bei den verschiedenen Sammlungen teilweise ganz rein in die Erscheinung, teilweise zeigen sie sich nebeneinander wirksam, und im letzteren Falle erklärt es sich, wenn die Grenzgebiete mancher Museen ineinander überfließen, und wenn sich in Einzelfällen für den Fernerstehenden der unzutreffende Anschein ergibt, als ständen nicht nur die gleichartigen, sondern auch die verschiedenartigen Museen untereinander in einem dauernden Wettbewerb.

Von den erwähnten Sammlungsformen ist diejenige wohl am reinsten ausgebildet, die auf das Außergewöhnliche, das Überragende ausgeht. Sie wird vertreten durch die Kunstmuseen, die Galerien und die Skulpturensammlungen. Auch die Kunstgewerbemuseen gehören in diesen Kreis, denn auch diese werden ihren Aufgaben nur dann am meisten gerecht, wenn sie sich freihalten von der Durchschnittsware, wenn sie nur künstlerisch erstklassige Stücke in ihren Rahmen ziehen. Andere Grenzen ihrer Sammelarbeit als diejenigen, die durch die Abstufung der formalen Werte gezogen werden, kennen die Kunstsammlungen nicht, also vor allem auch keine örtlichen Grenzen.

Die zweite Gattung, die in erster Linie das Typische der Erscheinungen zeigen will, erscheint am reinsten in der Form der naturwissenschaftlichen Samm-

lungen. Sie zeigen zunächst die verschiedenen Spielarten der Naturerscheinungen in ihren typischen Formen. Daneben aber ziehen sie auch die Abweichungen von diesen typischen Formen mit bewußtem Nachdruck in ihren Kreis. Ähnlich steht es mit den Völkerkundemuseen, die zunächst die für die einzelnen Völker charakteristischen Lebensformen zusammenstellen, daneben aber auch gerade diejenigen Stücke eifrig begehren, die durch die besondere Kunst ihrer Verfertiger über das Durchschnittliche erhoben sind, und die demnach auch in das Sammelgebiet der Kunstmuseen fallen.

Die historischen Museen beschränken sich auf ein Sammelgebiet, das örtlich oder — bei den vorgeschichtlichen Sammlungen — zeitlich oder endlich — bei den neuentstandenen technologischen Sammlungen — sachlich begrenzt ist. Innerhalb dieser Beschränkung wollen sie, ähnlich wie die Völkerkundemuseen, einerseits das Typische, andererseits aber auch das Ungewöhnliche, das Außerordentliche zur Anschauung bringen.

Der Einfluß, den die Verhältnisse der kommenden Zeit auf die Sammelarbeit dieser verschiedenen Museumsarten ausüben müssen, wird nun nicht in jeder Beziehung gleichartig sein. Nach einer Richtung werden sie freilich alle in gleicher Weise betroffen. So reiche Mittel, wie ihnen vor dem Kriege aus öffentlichen und privaten Zuweisungen zuflossen, werden ihnen in den kommenden Jahrzehnten nicht zur Verfügung stehen. Ihre Kaufkraft wird geringer, und das zu einer Zeit, in der infolge der allgemeinen Preissteigerung und des vermehrten Wettbewerbes des Auslandes die Anforderungen des Handels immer größer werden.

Die Museen werden dadurch — nicht immer zu ihrem Schaden — gezwungen werden, ihre Sammeltätigkeit, die vor dem Kriege vielfach bis über die gesunden Grenzen ausgedehnt war, in engerem Rahmen zu halten und sich auf das für die jeweiligen Zwecke Wesentliche zu beschränken. Nach einer Richtung bedeutet dieser äußere Zwang natürlich eine starke Behinderung. Das kann aber nach einer anderen Richtung zum guten Teil wieder ausgeglichen werden, wenn aus der Not eine Tugend gemacht wird, wenn man besonders bei den Kunstsammlungen, den völkerkundlichen und den historischen Museen auf die vergangene große Zeit des Sammelns nunmehr eine neue große Zeit des Sichtens und der Wohlordnung folgen läßt.

Hier liegen in der Tat große Aufgaben, die den Museen für die kommenden Jahrzehnte gestellt sind. Die auch heute noch oft erdrückende Überfülle der Schausammlungen muß gelichtet werden, womit man übrigens schon vor dem Kriege vielfach begonnen hatte. Nur das wirklich Wertvolle darf ausgestellt bleiben, und es muß so ausgestellt werden, daß es in seiner Bedeutung möglichst stark zur Geltung kommt. Was nur in zweiter Linie von Belang ist, was nur für die Spezialstudien des Fachmannes in Betracht kommt, das gehört in die Magazine, und die Museumsverwaltungen werden lernen müssen, was ihnen in vielen Fällen bisher kaum zum Bewußtsein gekommen ist, daß sie auch ihre Magazine für die Benutzung in Sonderfällen herzurichten und bereit zu stellen haben.

Bei dieser Bearbeitung der Magazine wird sich zweierlei ergeben. Einmal wird es möglich sein, sie — mit der nötigen Vorsicht — von allerlei wertlosen Dingen zu befreien, die sich bei jedem Museum im Laufe der Jahre anzusammeln pflegen, die ohne eine Museumsbedeutung zu haben, doch einen gewissen Handelswert besitzen, und deren Erlös den Sammlungen zugute kommen kann. Viel wichtiger aber ist ein Zweites. Die Museen müssen endlich den früher nicht selten befolgten Standpunkt aufgeben, bei dem sie nur an sich selbst, nicht aber an die Nachbarsammlungen dachten. Dieser frühere starke gegenseitige Wettbewerb hat zwar das eine Gute gehabt, daß er das Abwandern von sammlungswürdigen Gegenständen in das Ausland zum Teil verhindert hat. Daneben aber hat er auch dazu geführt, daß er in kaufkräftige Sammlungen eine große Reihe von Stücken gebracht hat, die dort zuerst sehr willkommen schienen, die dann aber vor besseren Stücken zurücktraten und wohl gar in die Magazine wanderten, während ihnen in ihrem engeren heimatlichen Kreise eine sehr viel höhere Bedeutung zu-

gemessen wird. Solche Stücke gilt es jetzt wieder hervorzuholen und sie so auszutauschen, daß sie ihrer heimatlichen Umgebung wieder zugeführt werden. Auf diesem Wege des Tausches läßt sich zum Nutzen für beide Teile manches wieder gut machen, was die Vergangenheit falsch gemacht hat.

Die Museen werden diesen Weg in viel stärkerem Maße, als es bisher geschehen ist, zu beschreiten haben. Sie werden dabei wohl alle mit den Magazinen anfangen, aber sie werden dabei nicht stehen bleiben. Auch die Schausammlungen werden sie durch gegenseitigen Austausch sicherer orientieren. Das innere Schwergewicht der Gegenstände drängt notwendigerweise dahin, und die geräumigere Aufstellung, zu der man sich entschließen muß, wird den Museumsverwaltungen diesen Austausch erleichtern. Darin stimmen wir durchaus mit der von W. Valentiner verfaßten Denkschrift überein, die unter dem Titel „Umgestaltung der Museen im Sinne der neuen Zeit" (Berlin 1919) vor kurzem erschienen ist. Nur muß der Austausch auf einem gegenseitigen Verständnis der Aufgaben der verschiedenen Museumsarten beruhen. Er darf nicht erzwungen werden dadurch, daß man die Maßstäbe nur von einer einzigen Museumsart nimmt und diese allen anderen überordnet. Valentiner ist diesem Fehler nicht entgangen. Für ihn ist die Rücksicht auf die Kunstsammlungen von vornherein das Entscheidende und Übergeordnete, und wenn er zu deren Gunsten allerhand Abgaben von den Völkerkundemuseen und den Antikensammlungen fordert, so handelt es sich dabei überhaupt nicht mehr um einen Tausch, sondern um eine zwangsweise Entnahme, die den Aufgaben der davon betroffenen Museumsarten nicht gerecht wird.

Einen besonderen Abschnitt in diesem Zusammenhange bildet das von Valentiner eingehend besprochene Verhältnis der Kunstsammlungen unter sich, der Galerien, Skulpturensammlungen und Kunstgewerbemuseen. Hier hat man schon seit Jahren mit gutem Erfolg angefangen zu mischen. Man hat zunächst stilgleiche Bilder und Skulpturen zusammen ausgestellt, man hat dann Möbel aller Art dazu getan, und es ist durchaus folgerichtig, wenn man dem nun auch noch Silber, Porzellan, Fayencen, Gläser usw. in entsprechender Auswahl angliedern und damit noch entschiedener auf das bisherige Arbeitsgebiet der Kunstgewerbemuseen übergreifen will. Freilich kann das, wenn es geschieht, nur mit sehr, sehr großer Zurückhaltung geschehen. Andererseits haben auch die Kunstgewerbemuseen schon seit Jahren die Neigung gezeigt, ihre Sammlungen künstlerisch vorbildlicher Gebrauchsgegenstände in Zusammenhang mit guten Bildern und Plastiken zu bringen. Es ist jetzt schon etwa ein Jahrzehnt her, da sagte mir Justus Brinckmann, daß er es nur von seinen Anschaffungsmitteln abhängig mache, eines schönen Tages z. B. einen Franz Hals in sein Kunstgewerbemuseum zu hängen, und daß er sich auch Lichtwark gegenüber bereits in diesem Sinne ausgesprochen habe.

Die früher mehr getrennt marschierenden Arten der Kunstsammlungen haben sich demnach auf einem weiten Gebiete zu ähnlichen Absichten entwickelt, und es wird die Aufgabe der Zukunft sein, in dieser Hinsicht endgültige Entscheidungen zu treffen. Valentiner geht in seinen Vorschlägen in dieser Beziehung so weit, daß er geradezu eine Verschmelzung der Werke der freien und der angewandten Künste in einer einzigen Gattung von Kunstsammlungen fordert und daraus den Schluß zieht, das Kunstgewerbemuseum müsse ein für allemal den Anspruch aufgeben, als Qualitätsmuseum gelten zu wollen. Es müsse wieder zu dem gemacht werden, was in seiner Linie von Anfang an liege, zu einer Typensammlung für das Kunsthandwerk. Höchstens könne es daneben noch für gewisse Gebiete als wissenschaftliches Studienmuseum gelten. Aber schon die hieraus sich ergebende Mischung hält er nicht mehr für glücklich.

Man sieht, wie weit hier die Forderungen gehen. Dennoch brauchte man auch vor ihnen nicht zurückzuschrecken, wenn sie wirklich eine unanfechtbare Lösung der hier angeschnittenen Fragen brächten. Letzteres ist aber mehr als zweifelhaft, denn die von Valentiner geforderte Verschmelzung müßte entweder zu einer — von ihm selbst abgelehnten — ungeheuren Ausdehnung der Kunstmuseen führen,

oder sie müßte weite Gebiete, auf denen sich die Kunstgewerbemuseen mit Erfolg betätigt haben, wenigstens in ihren Schausammlungen — dem wichtigsten Teile aller Museen — unberücksichtigt lassen. Andererseits liegt es auf der Hand, daß es die Aufgabe der Zukunft sein wird, sich mit diesen Fragen gründlich auseinander zu setzen. Das Endergebnis wird unzweifelhaft dahin führen, daß man an den verschiedenen Stellen je nach der Größe des Sammlungsbesitzes verschiedene Wege einschlagen wird. So hat K. Schäfer in Lübeck sich mit vorbildlichem Erfolge zu der Lösung entschlossen, daß er die früher getrennt aufgestellten kunstgewerblichen und ortsgeschichtlichen Sammlungen miteinander verschmolzen hat, und dieser Weg dürfte sich auch für andere mittelgroße Städte dringend empfehlen, während er für die ausgedehnten Sammlungen der Großstädte weder empfehlenswert noch erreichbar sein würde.

Ähnlich wie die Kunstsammlungen werden auch die übrigen Museumsarten durch die Beschränkung ihrer Ankaufsmittel in ihrer Sammeltätigkeit betroffen, insofern auch sie auf die Erwerbung besonders hervorragender Stücke bedacht sind. Weniger stark ist die Behinderung auf demjenigen Teile ihres Arbeitsgebietes, der die Sammlung der typischen Formen, d. h. des durchschnittlich üblichen, betrifft. Die Auswahl ist hier größer, und dementsprechend sind die Preise niedriger. Nach dieser Richtung bleibt also die Sammeltätigkeit verhältnismäßig wenig behindert. Aber das kommt im Durchschnitt doch nur den kleineren Sammlungen, die noch im Anfange ihrer Tätigkeit stehen, zugute. Je mehr ein historisches, ein völkerkundliches, ein naturhistorisches Museum bereits reich ausgebaute alte Sammlungen besitzt, um so mehr wird es auch auf seinem Gebiet besonders hervorragende Stücke zu erwerben suchen. So wird auch hier die Wechselwirkung des gesteigerten Wettbewerbs und der verminderten Kaufkraft in zunehmendem Maße mit ihren Hindernissen einsetzen, und hier wie bei den Kunstsammlungen wird die Folge sein, daß die Museumskräfte mehr auf innere Ordnungsarbeiten gerichtet werden müssen.

Hand in Hand mit einer Vertiefung der inneren Museumsarbeiten wird nun bei allen Museumsarten auch eine weitere Stärkung der wissenschaftlichen Arbeiten eintreten. In dieser Richtung werden die veränderten Verhältnisse den Museen nicht schaden. Sie werden ihnen nur förderlich sein. Eine zunehmende Verankerung des Sammlungswesens auf wissenschaftlichem Boden wird den Museen im Kreise der wissenschaftlichen Anstalten, in den sie als eines seiner jüngsten Glieder eingetreten sind, erst die volle Gleichberechtigung gewährleisten. Das Publikum wird dann endlich lernen, was es heute meist noch nicht weiß, daß der Museumsbeamte nicht in erster Linie als Sammler sondern als Gelehrter zu gelten hat, daß das Wissen die Voraussetzung für das Sammeln ist. Darin liegt eben der Unterschied zwischen dem Museumsbeamten und dem Privatsammler, denn bei dem letzteren bilden in den meisten Fällen nur die Sammlererfahrungen die Voraussetzung für das jeweilige Maß der einschlägigen Kenntnisse. Auf dieser Einsicht des Publikums wird dann endlich auch insofern eine höhere Wertschätzung der Museumsarbeit sich aufbauen, als die bisher noch so oft begegnende Auffassung gründlich beseitigt wird, nach der so ziemlich jeder interessierte Laie, mag er nun Künstler, Sammler, Schriftsteller oder Offizier sein, ohne vorhergehendes Studium in der Lage wäre, in die Museumslaufbahn, ja sogar in die Leitung eines Museums einzutreten.

Überblickt man die bisherigen wissenschaftlichen Leistungen der Museen in ihrer Gesamtheit, so zeigt sich dabei der reichste Ertrag auf seiten der Kunstmuseen und der naturwissenschaftlichen Sammlungen. Das ist nicht verwunderlich, denn sie sind auf einem jahrhundertalten wissenschaftlichen Boden verankert. Die jüngeren Völkerkundemuseen sind ihrem Beispiele planmäßig und mit guten Ergebnissen gefolgt. Am meisten im Hintertreffen befinden sich die historischen Museen. Diese haben zwar in den letzten Jahrzehnten hinsichtlich der Gebiete der vorgeschichtlichen und der römisch-germanischen Forschung auf den von den Geschichts- und Altertumsvereinen gelegten Grundlagen die erheblichsten Fort-

schritte erzielt, aber die systematische Behandlung der Altertümer des Mittelalters und der neueren Zeit steckt trotz vieler ortsgeschichtlichen Vorarbeiten noch ganz in den Anfängen. Hier eröffnet sich der wissenschaftlichen Arbeit noch ein weites Gebiet, dessen ernstliche Inangriffnahme eine dringende Verpflichtung der historischen Museen ist.

Mit diesen wissenschaftlichen Aufgaben ist die Nutzbarmachung der Sammlungen für das große Publikum — wenigstens zu einem bestimmten Teile — unmittelbar verbunden. Die wissenschaftliche Verarbeitung der Sammlungen ist die Voraussetzung für die volkstümliche Behandlung, die allein auf die weiteren Kreise der Bevölkerung einzuwirken vermag. In dieser Beziehung haben die Kunstsammlungen und die naturhistorischen Museen insofern mit den günstigsten Voraussetzungen zu rechnen, als den von ihnen vertretenen Interessen schon durch die Schule der Boden bereitet wird. Auf diesen Gebieten ist daher von seiten des Publikums eine starke Nachfrage, und die Museen haben sich mit anerkennenswertem Eifer und vielfach mit gutem Erfolg bemüht, dieser Nachfrage gerecht zu werden. In der gleichen Richtung ist — wenn auch nicht mit gleich günstigen Voraussetzungen in bezug auf die Schule — in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung bei den Völkerkundemuseen gegangen. Von ihnen ist fast die gesamte populäre völkerkundliche Literatur, über die wir heute verfügen, ausgegangen. Dennoch muß nach dieser Richtung noch erheblich mehr geschehen. Die zunehmende Erstarkung der Überseeinteressen im deutschen Publikum verlangt dringend danach.

Was die Kunstgewerbemuseen angeht, so kann man nicht sagen, daß mit ihrer stark entwickelten Fachliteratur auch die populäre Darstellung gleichen Schritt gehalten hätte. Vielleicht zeigt sich hier am deutlichsten, daß die stilgeschichtlich-technologische Betrachtungsweise, auch dann, wenn es sich dabei um Qualitätsstücke handelt, in den breiten Schichten der Bevölkerung einen starken Widerhall nicht findet, und daß infolgedessen auch eine populäre Behandlung keiner großen Nachfrage begegnet. Aber die Kunstgewerbemuseen müssen nach dieser Richtung in Zukunft sehr viel stärkere Versuche machen. Ihre ganze Stellung wird, wie wir gesehen haben, zwischen den berechtigten Ansprüchen der Kunstsammlungen und der historischen Museen vielfach in starke Bedrängnis kommen, und ob sie sich in der alten Form werden behaupten können, das wird in erster Linie von dem abhängen, was sie für die Allgemeinheit leisten, von dem Widerhall, den ihre Arbeit in den weiten Kreisen der Bevölkerung findet.

Fast am unbegreiflichsten liegen die Verhältnisse bei den historischen Museen. Ihre Arbeitsgebiete verlangen schon seit langer Zeit nach volkstümlichen Darstellungen für Schule und Haus. Aber statt nach dieser Richtung die ihnen gewiesenen eigenen Wege zu gehen, haben die historischen Museen sich — wenn man von der Vorgeschichte absieht — ein halbes Jahrhundert lang so gut wie vollständig in die Gefolgschaft der Kunstgewerbemuseen begeben und die altertumskundliche Arbeit fast ganz den Geschichtsvereinen mit ihrer örtlichen Arbeitsbegrenzung überlassen. Zusammenfassende Darstellungen altertumskundlicher Art fehlen deshalb wie in wissenschaftlicher so auch in populärer Form fast gänzlich. Hier muß also so bald wie möglich Abhilfe geschaffen werden. Das deutsche Volk hat einen Anspruch darauf, in leicht faßlicher Form über die Kulturerscheinungen seiner eigenen Vergangenheit belehrt zu werden, und es bleibt die unweigerliche Aufgabe der historischen Museen, diesen Anspruch zu erfüllen.

Die schriftliche Behandlung, von der hier die Rede war, ist aber nicht das einzige Mittel, das die Museen zur Popularisierung ihrer Sammlungen anzuwenden haben. Vor der schriftlichen Behandlung stehen auch hier die Sammlungsgegenstände. Der Aufbau der Museumssammlungen selbst ist es, der sich am unmittelbarsten an das Publikum wendet, der selbst da, wo ursprünglich das Interesse noch gering ist, die Aufmerksamkeit zu wecken und zu wiederholter Betrachtung zu erziehen vermag. Alle Museen, die überhaupt Anspruch auf diesen Namen haben, sind schon längst zu dieser Erkenntnis gekommen. Fragen der

Raumgestaltung, der Beleuchtung, der Schaukästen und der Hintergründe sind nach allen Richtungen durchgesprochen und ausprobiert worden. Die Museen, wenigstens alle größeren, sind dadurch schauwürdig geworden. Aber eine der wichtigsten Rücksichten ist bei alledem doch bisher viel zu wenig beachtet. Sie betrifft die schon erwähnte und oft bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Überfülle der Schauräume. Sie zu beseitigen sind bis jetzt eigentlich nur die Galerien und die Skulpturensammlungen mit dem guten Beispiel vorangegangen. Die kunstgewerblichen, die ethnographischen, die naturwissenschaftlichen und die historischen Museen müssen dem folgen. Das Publikum hat ein unbedingtes Anrecht darauf, und es wird nicht fehlgehen, wenn es die richtige und maßvolle Auswahl der Schausammlungen geradezu zum Prüfstein für die Fähigkeiten der Museumsleitung nimmt.

Bei einer lockeren Aufstellung sprechen die Gegenstände am besten für sich selbst zum Beschauer. Was außerdem noch durch notwendige kurze Erklärungen, durch einen knappen „Führer" und durch eingehendere Kataloge für das Verständnis beigetragen werden kann, das ist seit Jahren von vielen Seiten erprobt, und es bedarf nur einer planmäßigen allgemeinen Durchführung. An dieser freilich muß auf allen Seiten mit Ernst festgehalten werden.

Eindringlicher aber als das geschriebene bleibt das gesprochene Wort, das in den Museumsführungen zur Geltung kommt. Nach dieser Richtung werden alle Museumsarten ihre Tätigkeit noch erheblich ausdehnen müssen. Für die Ausführung aber bleibt nur ein Weg. Selber können die wenigen Beamten, über die ein Museum in der Regel verfügt, die Führungen nur zum kleinen Teile übernehmen. Es müssen also Hilfskräfte gewonnen werden. Die Erfahrung zeigt aber, daß das bei einigem guten Willen nicht schwer ist. Lehrer, Studenten, Sammler und sonstige Liebhaber finden hier eine überaus dankbare Möglichkeit, sich zum Nutzen des Publikums und zum Vorteil der Museen zu betätigen. Die Museumsleitung muß sie in besonderen Führerkursen heranbilden und ihnen dann ihre Tätigkeit selbständig überlassen. Die Nutzbarmachung der Sammlungen für die Allgemeinheit wird dadurch den größten Gewinn erzielen, und es wird dadurch der noch immer nicht überall beseitigte geradezu beschämende Zustand aufgehoben, bei dem das Publikum sich immer wieder darauf angewiesen sah, sich bei den für ganz andere Zwecke eingestellten Museumsaufsehern Auskunft zu holen.

Viel erörtert wird heute in dem Zusammenhange einer erweiterten Nutzbarmachung schließlich noch die Frage einer Verlängerung der Besuchszeiten der Museen. Daß sie berechtigt ist, wird niemand bezweifeln. Das Publikum hat einen Anspruch darauf, die öffentlichen Sammlungen so lange wie möglich zugänglich zu finden. Nach der wechselnden Tageslänge darf man daher fordern, daß die Museen im Winter von 10 bis 4 Uhr, im Sommer von 10 bis 6 Uhr ununterbrochen geöffnet sind. Eine Schließung in den Mittagsstunden ist ganz unzulässig. Anders aber steht es mit der Frage, ob und wieweit es sich empfiehlt, die Museen auch des Abends bei künstlicher Beleuchtung zugänglich zu machen. Auch nach dieser Richtung sind schon wiederholt Forderungen laut geworden. Man kann sie aber weder vom Standpunkte der Museen noch im wohlverstandenen Interesse des Publikums befürworten.

Man brauchte dabei allerdings nicht vor der Tatsache zurückzuschrecken, daß die Museen bis jetzt nicht auf Abendbeleuchtung eingerichtet sind und daß die nachträgliche Anbringung der Beleuchtungskörper und der Leitungen nur zum Teil in befriedigender Weise erfolgen könnte. Man müßte das in Kauf nehmen, wenn etwas Gutes damit erreicht würde, und ebenso müßte man auch die vermehrten Kosten für Beleuchtung und Aufsichtspersonal ohne Bedenken auf sich nehmen.

Nun aber ist es schon sehr zweifelhaft, ob diesen Aufwendungen ein entsprechendes Ergebnis gegenüberstehen würde. Der Abendbesuch würde ja gerade für denjenigen Teil der Bevölkerung eingerichtet, der in der Woche Tags über nicht in der Lage ist, die Sammlungen besichtigen zu können. Dieser würde aber

auch des Abends auf die Dauer ausbleiben. Wer den Tag über gearbeitet hat, der ist des Abends wohl in der Lage, einen Vortrag zu sich zu nehmen, und solche Abendvorträge wird er in jedem Museum reichlich finden müssen. Er ist aber nicht mehr frisch genug, um selber die geistige Arbeit zu leisten, die jeder Museumsbesuch, wenn er überhaupt einen Sinn haben soll, unbedingt verlangen muß.

Bei dem Abendbesuch der Museen können also schon von seiten des Beschauers die unentbehrlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt werden. Noch viel mehr entscheidend ist aber die Tatsache, daß dabei auch eine zweite Voraussetzung unerfüllt bleiben muß, und diese betrifft die richtige Beleuchtung der Schaustücke. Dabei kommt zunächst in Betracht, daß alle Farben, sowohl bei den Sammlungsgegenständen wie bei der Museumseinrichtung, auf das Tageslicht berechnet sein müssen. Bei künstlichem Licht können sie in der beabsichtigten Weise nicht zur Geltung kommen. Dazu kommt dann aber vor allen Dingen noch, daß bei jeder Museumsaufstellung die Rücksicht auf die möglichst richtige und auf die günstigste Beleuchtung, das heißt also die Rücksicht auf die gegebenen Tageslichtquellen des Museumsbaues, in erster Linie den Ausschlag gibt. Eine eingebildete Abendbeleuchtung hebt, auch wenn sie noch so geschickt angebracht ist, diese Rücksicht vollständig auf. Die Beleuchtung der Schaustücke erfolgt dann von der falschen Seite. Alle Schatten fallen dahin, wohin sie gerade nicht fallen sollen. Alle die Teile, die im hellsten Licht stehen sollen, liegen im Dunkel, ganz abgesehen davon, daß der Gegensatz zwischen Licht und Schatten überhaupt viel zu stark sein würde. Eine künstliche Abendbeleuchtung stellt alle künstlerischen Absichten der Museumsaufstellung geradezu auf den Kopf. Man kann sie darum von einsichtiger Seite niemals befürworten.

Was die neue Zeit nach alledem von den Museen verlangen muß, läßt sich in folgender Weise kurz zusammenfassen. Was die verminderte Kaufkraft der äußeren Vermehrung an Eintrag tut, das muß durch gesteigerte innere Arbeit ersetzt werden. Die Schausammlungen müssen von geordneten Magazinen getrennt werden. Ein vernünftiger Austausch der Museen untereinander muß die einzelnen Gegenstände des öffentlichen Besitzes an die Stelle führen, an die sie nach ihrer inneren Bedeutung am meisten gehören. Die Museen müssen sich überhaupt gewöhnen, mehr Rücksicht auf die besonderen Aufgaben der Nachbaranstalten zu nehmen als bisher. In der wissenschaftlichen Arbeit müssen vor allem die historischen Museen den Vorsprung, den die übrigen Sammlungsarten vor ihnen gewonnen haben, baldigst wieder auszugleichen suchen. Ebenso müssen sie eine populäre Behandlung ihrer Sondergebiete in gleicher Weise wie die Kunstgewerbemuseen stärker in Angriff nehmen. Die Schausammlungen müssen bei allen Museen lockerer und mit strengerer Beschränkung auf das wichtige aufgestellt werden. Sie müssen länger als bisher geöffnet sein. Sie müssen dem Publikum noch mehr, als es früher geschehen ist, durch Führungen und durch Vorträge in eigenen Vortragsräumen erschlossen werden.

Das alles sind große und vielseitige Aussprüche, die eine gewaltige Arbeit erfordern. Überblickt man sie aber insgesamt, so sieht man, daß sie alle kaum etwas grundsätzlich Neues bedeuten. Sie liegen alle durchaus in der Richtung, die die Museumsarbeit auch früher schon genommen hat. Ihr Gesamtcharakter läuft im wesentlichen darauf hinaus, daß sie die Museen in noch engere Fühlung mit dem großen Publikum bringen. Darin aber wird für beide Teile nur ein großer Gewinn liegen. So werden sich die deutschen Museen auch weiterhin als Volksbildungsstätten der schönsten und edelsten Art bewähren. Das deutsche Volk aber wird mit immer verstärkter Dankbarkeit erkennen, welch reicher Schatz der Anregung, der Belehrung und der inneren Erhebung ihm in seinen öffentlichen Sammlungen zur Verfügung gestellt ist.

Ein Museum, das für das Volk nicht verständlich und genießbar gemacht wird, ist wie ein vergrabener Schatz. Ein Volk, das seine reichen und wohlgeordneten öffentlichen Sammlungen nicht für sich selber ausnutzt, ist wie ein hungernder und dürstender Mann, der blind an wohlbesetzter Tafel vorübergeht.

Konstantinopeler Herbsterinnerungen

Von Fritz Putzer

In diesen schicksalsschweren Wochen gestaltet sich unter der „sorgenden Hand" der Ententevertreter ein neues Weltbild. —

Beim Durchblättern der Erinnerungen schöner Konstantinopeler Herbsttage aus dem tragisch geendeten Jahre 1918 fiel mir ein kleines Heft in die Hand: „Rundblick vom Seraskerturm"; so hatte ich einst an der Wende der Geschicke Deutschlands und seiner Verbündeten über diese Blätter geschrieben.

Fast mutete mich jetzt das damals in kurze Striche Gefaßte an, als sei es Jahrhunderte zurückliegende Geschichte; so sehr haben sich die Ereignisse überstürzt seit jenen herrlichen Sonnentagen, die in ihrem Farbenrausch an den ewig jungschönen Ufern des Bosporus auf Minuten die harte, ach, so harte Wirklichkeit vergessen ließen.

Und doch zog schon damals, wenn der Muezzin in der schwülen Mondnacht vom Minaret der Hagia Sophia in demütigem Sang den Herrn des Alls grüßte, ein dumpfer Schicksalston über die schlafenden Wasser, als sei es eine Warnung vor dem Grausen der Zukunft. —

„Rundblick vom Seraskerturm!" Oft stand ich da oben auf dem höchsten Punkt Stambuls, von wo einst Moltke seinen heute noch maßgeblichen ersten Stadtplan Konstantinopels aufnahm, schaute hinüber zu den menschenwimmelnden Gassen Peras, zu den bootbevölkerten Wassern des Goldnen Horns und des Bosporus, schaute auch hinüber zu den blauen Wogen der Marmara, zu den Bergriesen Kleinasiens! Fern schimmerte der Olymp. — Und ich wandte mich ab und blickte gen Westen, dorthin, wo unsere Sorge lag.

* * *

Bulgarien.

Am 26. September richtete der bulgarische Ministerpräsident Malinoff im Einverständnis mit den bulgarischen Blockparteien völlig überraschend ein Waffenstillstandsangebot an die Entente, nachdem schon acht Tage vorher die Bulgaren in den bisher als uneinnehmbar gehaltenen Doiranstellungen eine schwere Niederlage erlitten und sich von dort fluchtartig zurückgezogen hatten.

Am 29. September finden wir die 11. bulgarische Armee im Rückzug, die Serben in Üstüb, Radomir von Aufständischen geplündert und damit die Verpflegung der I. Armee ernstlich gefährdet. Die Ententepresse verhält sich dem Waffenstillstandsangebot gegenüber ziemlich ablehnend, verlangte bedingungslose Übergabe und sofortige Friedensverhandlungen. Am 2. Oktober wurden die Bedingungen der Entente betr. Waffenstillstand von Malinoff angenommen. Im wesentlichen handelt es sich um folgende Punkte: Wiederherstellung der Grenzen von 1915, Ententekontrollkommission über sämtliche Verkehrsmittel, freier Durchzug, Entfernung aller Deutschen aus Bulgarien innerhalb vier Wochen, Demobilisation bis auf ganz geringe Verbände. Es tritt damit die Lage auf dem Balkankriegsschauplatz, besonders auch für Konstantinopel, in eine bedenkliche Phase, umsomehr als mit einer Landung von Ententetruppen bei Dedeagatsch, Anmarsch auf die Hauptstadt und Forcierung der Dardanellen gerechnet werden muß. Da zugleich die türkischen Streitkräfte auf dem syrisch-palästinensischen Kriegsgebiet nach schweren Niederlagen bei Nablus—Haifa in ständigem Rückzug begriffen sind und unsere Widerstandskraft an der Westfront erschüttert erscheint, sind Sonderfriedensgelüste der Türkei stark zu befürchten.

Zunächst wird angesichts der noch ungewissen Haltung Bulgariens — Radoslawoff und der König, sowie loyale Kreise Bulgariens erklären sich offiziell gegen den Treubruch — versucht durch militärische Gegenmaßnahmen das Vordringen der Ententetruppen gegen die altbulgarische Grenze aufzuhalten. Deutsche

Formationen aus Drama, Xanthi werden zurückgezogen, deutsche und österreichische Truppen nach Sofia gelegt, Vorbereitung zum Abtransport der Zivilbevölkerungen werden getroffen. Bei Nisch marschieren die deutschen Truppen aus Altbulgarien auf. In Deutschland wird die Wendung der Dinge mit Ruhe aufgenommen, der Reichstag erklärt sich einmütig für entschlossene Fortsetzung des Krieges. Am 6. Oktober ist durch Besetzung Wranjas Nisch direkt bedroht. Der von den bulgarischen Deputierten und dem französischen General Franchet d'Espey unterzeichnete Waffenstillstand wird von der Sobranje gebilligt. König Ferdinand dankt zugunsten des Kronprinzen Boris ab, das Kabinett demissioniert; eine Ententekontrollkommission übernimmt sämtliche Verkehrsmittel in Bulgarien; Besetzung der wichtigsten strategischen Punkte. Am 7. Oktober ging der letzte Balkanzug nach der Heimat. Durch Einrichtung eines regelmäßigen Seeverkehrs zwischen Braila und Konstantinopel ist die Gefahr einer völligen Abtrennung von Europa zunächst vermieden. Bulgarien sucht nunmehr den Abtransport der Truppen und Zivilisten direkt zu verhindern; am 12. Oktober läßt es keine Truppentransportzüge mehr über die Grenze, deren Schutz Ententetruppen übernehmen. Am 13. Oktober stehen französische Truppen bei Küstendil. Es stellt sich heraus, daß Bulgarien schon seit dem Frühjahr in geheimen Verhandlungen mit der Entente gestanden hat — via amerikanische Botschafter Murphy (Sofia) — und für den Ausfall an serbisch-griechischem Gebiet durch türkisches Gebiet bis zur Tschadaltschalinie entschädigt werden soll. Nunmehr erscheinen Konstantinopel und die Meerengen ernstlich bedroht. Zur Verteidigung der Hauptstadt werden alle verfügbaren Armeestreitkräfte herangezogen: die für Thrazien bestimmten Truppen und die durch Einstellung der Kaukasusoperation freiwerdende Armee. Die Marine zieht ihre Formationen aus Bulgarien und Syrien zurück. Es wird zunächst versucht werden, Konstantinopel und die Meerengen unter allen Umständen zu halten. Sultan Jawus Selim — ex Goeben — soll im Fall eines Sonderfriedensschlusses der Türkei zunächst nach dem Schwarzen Meer gehen, um Sebastopol, den einzigen noch verbleibenden Stützpunkt, solange als möglich zu halten und den Kampf gegen die Entente fortzusetzen. In Konstantinopel werden umfassende Maßnahmen zu einer eventuellen Räumung der Stadt getroffen. Die österreichische Donauflottille sichert Schiffahrt Braila, Turne-Severin. Da in Warna fünf Torpedoboote und ein U-Boot liegen, die gegebenenfalls unsere Schwarzmeertransporte stören könnten, ist vor Hafen und längs Küste zur Einschüchterung bulgarischer Flotte Zeichen deutscher Kriegsflagge beabsichtigt.

Türkei.

Die türkische Regierung hat seit Ausbruch der Krise sich Deutschland gegenüber loyal verhalten, wohl weil man hoffte, im Falle eines gemeinsamen Friedens mit Deutschland günstigere Bedingungen zu erlangen. Am 6. Oktober erfolgte gesondert die türkische Friedensnote an Wilson. Man sagt, die Türkei habe bereits geheim mit der Entente verhandelt (Wali von Smyrna). Wilson habe jedoch Bedingungen gestellt, u. a. Auslieferung von 120 Hauptschuldigen der Armenierverfolgung, auf die selbst die Türkei nicht habe eingehen können. Ein großer Teil der Presse polemisierte anfangs scharf gegen das alte Kabinett, versteckt gegen den deutschen Bundesgenossen. „Wir wollen Frieden; es ist klar, daß dasselbe Kabinett, welches Krieg geführt hat, nicht am Friedensschluß beteiligt sein darf." Das war der Tenor sämtlicher Presseäußerungen. Am 7. Oktober demissionierte das Kabinett. Talaat Pascha, Tewfik Pascha, dann Izzet Pascha werden vom Sultan mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Zugleich wurde die Partei „Union et Progrès" einer durchgreifenden Umbildung unterzogen. Die Kabinettsbildung stößt zunächst auf Schwierigkeiten; Tewfik tritt zurück und Izzet übernimmt allein diese Aufgabe, die nach längerer Verzögerung am 13. Oktober durch Einsetzen des neuen Kabinetts gelöst wird. In einer Programmrede betont Halil, der Kammerpräsident, das Mitwirken der Türkei in diesem Kriege und die Hoffnungen auf einen ehrenvollen Frieden. Einzelne Blätter polemisieren gegen dieses Kabinett

und prophezeien baldigen neuen Wechsel. Sie hätten Tewfik vorgezogen, der eine der Entente genehme Persönlichkeit gewesen wäre und die lange Pause bis zur Bildung eines neuen Kabinetts besser zur Anbahnung eines Sonderfriedens hätte benützen können. Izzet, der in Deutschland studiert hat, erscheint ihnen nicht geeignet, baldigen Frieden zu garantieren.

Am 9. Oktober wurde von einem gewissen Mustafa Sabyt, einem offiziell Unbekannten, in Stambul ein umfangreiches Pamphlet unter dem Titel „Was ist unsere Pflicht?" verbreitet, das in heftigen Ausfällen gegen die Regierung, das alte Kabinett, besonders Enwer, Stellung nahm und Abrücken von Deutschland verlangte. „Die Deutschen sind so gescheit gewesen und haben sich daheim vom preußischen Militarismus befreit, warum sollen wir es hier nicht ebenso machen." Die Regierung schritt sofort ein, das Flugblatt wurde verboten, der Autor eingesperrt, seine Zeitung „Wassifet" nach der ersten Nummer suspendiert und eine politische Studentenversammlung in Tokatlian gesprengt. Es kam an wenigen Stellen der Stadt zu kleineren Krawallen mit bedeutungslosen Schießereien. Nach Abgang unserer Note an Wilson teilte Izzet Pascha dem Militärbevollmächtigten mit, der Sultan fürchte zwar sehr für Konstantinopel, die Türkei werde zunächst aber bei Deutschland aushalten, mache indes ihr Verhalten nach eventueller Ablehnung der Note von unserer Lage an der Westfront abhängig. In türkischen Militärkreisen herrscht teilweise starke Erbitterung gegen uns, als angebliche Urheber des Unglücks der Türkei.

Balkan und Türkei.

19.—28. Oktober. Balkan und Türkei stehen im Zeichen der Loslösung der deutschen Streitkräfte. Nach Sofioter Meldungen vom 16. d. Mts. sind Teile des 54. französischen Kolonialregiments in Sofia und Küstendil eingetroffen. Über Fortgang der Kämpfe in Bulgarien kommen nur ganz spärliche Nachrichten. Funkentelegraphenstation Franza bei Warna wird von Franzosen besetzt und in Betrieb genommen. Die Marineabteilung Konstanza erhält Auftrag, den Verbleib der bulgarischen Seestreitkräfte durch Aufklärungsdienst festzustellen; mit Anwesenheit von Ententeoffizieren usw. in den bulgarischen Schwarzmeerhäfen ist fortan zu rechnen. Konstantinopel und Stenia erhalten zweimal feindlichen Fliegerbesuch. Aufgefallen ist namentlich in mohammedanischen Kreisen die Wahl des Angriffstages: in beiden Fällen Freitage[1]), Zwecke der Fliegerbesuche — zur Zeit der beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen recht deplaziert — sind Bomben- und Flugblätterabwürfe, sowie Aufklärungsdienst. Beim ersten Besuch wurden zahlreiche Zivilpersonen verletzt und getötet und eine ziemliche Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Die Flieger wurden bei Besuchen durch Abwehrfeuer vertrieben. Beim zweiten Besuch (25. Oktober) fand ein Luftkampf zwischen sechs feindlichen und drei eigenen Fliegern statt.

In der Thronrede des neuen Sultans hieß es noch vor kurzem, „die Türkei werde an Seite ihrer Bundesgenossen einen ihrer Würde und Ehre entsprechenden Frieden schließen". Seitdem hat die türkische Politik ihren Kurs erheblich geändert. Die Presse, voran der „Aty", der in einem Artikel sogar einen Krieg der Türken an Seiten der Entente ins Bereich der Möglichkeit zog, hetzt in maßloser und unverantwortlicher Weise gegen den Verbündeten und gegen das Kabinett. In der Kammer hat sich eine neue Partei „Hurict Perweran" gebildet, die demokratische Ziele und Absonderung der Türkei von Deutschland auf ihre Fahne schreibt. Im „Journal d'Orient", dem Leiborgan des Walis von Smyrna, erschien eine Veröffentlichung des Inhalts, der Wali, Rahmi Bey, stehe bereits mit Ententevertretern zwecks Waffenstillstand und Sonderfrieden in Verhandlungen. Diese Alarmnachricht wurde von der deutschen Botschaft energisch dementiert, und auch der Regierung nahestehende Blätter, wie „Tanin", nahmen eine zurück-

[1]) Türkischer Sonntag.

weisende Haltung ein. Das obige Blatt blieb indes bei seiner Behauptung bestehen. Der „Taswir-i-Efkiar" nannte sogar schon die Waffenstillstandsbedingungen:

1. Abzug aller deutschen und österreichischen Truppen,
2. Öffnung der Dardanellen,
3. Einsetzung einer Ententekommission in Konstantinopel.

Besonders erregte die Gemüter die in griechischen Kreisen verlautbarte Behauptung, Venizelos hätte bei der Entente die Teilnahme griechischer Truppen am Einzug verlangt. Inzwischen hat, dem Hilal zufolge, der auf Prinkipo internierte englische General Townshend seinen bisherigen Aufenthaltsort verlassen und sich zu Verhandlungen nach Smyrna begeben. Auch der Prinz Abdurrachmen Effendi soll an den Waffenstillstandsverhandlungen teilnehmen. Der Wali von Smyrna wurde seiner Stellung enthoben, angeblich, weil er bei den Verhandlungen seine eigenen Interessen über diejenigen des Staates gesetzt hatte. Noch am 25. dementierte „Tanin" offiziell alle auf Waffenstillstand und Sonderfrieden bezüglichen Vermutungen; am 26. Oktober erklärte indessen der Großwesir, die Waffenstillstandsverhandlungen seien eingeleitet und nehmen einen günstigen Verlauf. Nach offizieller Mitteilung der Milli-Agentur vom 26. Oktober abends sind am 24. Oktober abends in Ergänzung der bisher in verschiedenen Formen von der Regierung angeknüpften Verhandlungen der Marineminister Rauf Bey, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen und der Generalstabschef der VIII. Armee auf dem Seeweg nach dem Verhandlungsort abgereist. Der unter der Hand bereits eingeleitete Abtransport deutschen und österreichischen Personals und Materials wird nach der erfolgten offiziellen Verlautbarung offenkundig mit Beschleunigung fortgesetzt.

Das Resultat der in Smyrna stattfindenden Verhandlungen über den Sonderwaffenstillstand ist für den 28. Oktober oder 29. Oktober zu erwarten.

29. Oktober bis 3. November. Die Verhältnisse trieben unaufhaltsam der Katastrophe zu. Nachdem die türkische Regierung bis zuletzt die bereits der Straße bekannte Tatsache von Sonderfriedensverhandlungen geleugnet hatte, konnte sie nun das Spiel nicht länger in dieser Art weiter betreiben. Der Ministerrat entschloß sich, Farbe zu bekennen. Auffallend ist, daß sich bereits die englischen Kriegsgefangenen frei in der Stadt bewegen; die Straßen der besonders von Griechen und Levantinerpack bewohnten Stadtteile in Pera tragen reichsten Flaggenschmuck in den Ententefarben. In den öffentlichen Konzertgärten drängt sich das Straßengesindel, es „feiert den Waffenstillstand", ein widerliches Bild!

Die Lokalpresse, insbesondere die griechische, die sich eines nie versiegenden von der Entente gespeisten Geldborns erfreut, schreibt in schamloser Tonart gegen alles, was deutsch ist. Die illustrierten Winkelblätter sprotzen gleich Unkraut aus der Erde und überbieten sich gegenseitig in gehässigen Deutschenschmähungen, oft in so niedriger, gemeiner Weise die Person des Kaisers beschmutzend, daß es nicht wiederzugeben ist.

Über die Bedingungen des inzwischen tatsächlich abgeschlossenen Waffenstillstandes gehen die verschiedensten Berichte um: in der Hauptsache interessiert den Soldaten natürlich das Militärische —: Auslieferung der deutschen Fahrzeuge in türkischen Häfen, Öffnung der Dardanellen, Evakuierung aller deutschen Militär- und Zivilpersonen. Damit war das Schicksal besiegelt. Zugleich versiegten durch den Ausbruch der Revolution in Ungarn die spärlichen Nachrichtenquellen, die uns bisher noch zuweilen Kunde über die Verhältnisse in Bulgarien, Österreich-Ungarn und vor allem in Deutschland gebracht hatten.

Wir stehen allein. Die Abschiedsstunde naht mit Riesenschritten! Obwohl zunächst beabsichtigt war, wie oben erwähnt, Goeben mit den vorhandenen fahrbereiten Unterseebooten nach Sewastopol zu schicken, muß dieser Gedanke jetzt vor dem Druck seitens der türkischen Regierung fallen gelassen werden.

England sieht Goeben als ein rein türkisches Kriegsschiff an und droht, falls das Schiff auslaufen würde, die Verhandlungen abzubrechen, bezw. im

Waffenstillstand die Gefangensetzung sämtlicher Deutscher zu verlangen. Da Sewastopol bei den beschränkten Verteidigungsmitteln doch nur wenige Tage gegen die Riesenflotte der Entente zu halten sein würde, mit dem Fall dieses Platzes aber das Schicksal der deutschen Schiffe auch besiegelt wäre, wird Goeben auf das Drängen der türkischen Regierung unter feierlichem Ceremoniell an die türkische Marine übergeben. Gleichzeitig läuft in Konstantinopel die Meldung ein, daß die Flotte des Gegners mit dem — natürlich ungestörten — Wegräumen der Minen in den Dardanellen begonnen hat. Sämtliche deutsche Truppen, soweit noch vorhanden und soweit nicht für den Abtransport der aus Palästina heimkehrenden Truppen derzeit unentbehrlich, wurden sofort eingeschifft und über das Schwarze Meer nach Odessa und Nikolajeff abtransportiert, von wo die mühe- und sorgenvolle Heimreise in die zerrüttete Heimat begann.

Als die Truppenschiffe ausliefen, klang ein letzter Scheidegruß beim Passieren von Therapia den auf dem herrlichen Ehrenfriedhof gebetteten Kameraden, die in fremder Erde den letzten Heldenschlaf halten, mitten unter ihnen Goltz-Pascha! Wohl ihm, er mußte den Zusammenbruch des Volkes, dem er in harter Lebensarbeit ein gefeierter Lehrer und Lenker, ein Freund und Bruder geworden war, nicht mehr schauen!

* * *

Als der Morgen des 3. November seine ersten Strahlen zum Seraskerturm sandte, ankerten dunkle Stahlkolosse, Torpedoboote und Minensucher der gewaltigen Ententeflotte vor dem Sultanpalast am Bosporus. — — —

Zu gleicher Zeit flüchtete ein landfremd gewordenes Heer auf schnellen Schiffen über das Schwarze Meer der armen Heimat zu — und hatte doch sein Bestes für den im Feuer erprobten Bundesgenossen hingegeben! — — Kismet!

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zeitgemäße Gedanken. Ein Dichter sang einst: „Hoch klingt das Lied vom braven Mann!" Solche Worte sind uns einigermaßen fremd geworden. Wir singen heute keine hohen Lieder mehr auf brave Männer, unsere Seelen sind mit Bitterkeit erfüllt. Erregung zittert in uns, da wir tagtäglich zusehen müssen, wie der Unverstand an den Wurzeln des Baumes der deutschen Arbeit nagt. Wohin wir blicken, sehen wir mit Blindheit geschlagene Menschen, vor ohnmächtiger Wut geballte Fäuste. Haß und Chaos, Ziellosigkeit und Gier überall. Ein widerliches Schiebertum bläht sich auf, in nächtlichen Spielklubs macht sich ein ekles Prassertum breit. Wir singen heute keine hohen Lieder mehr von braven Männern. Auf Kapitalismus und Unternehmertum schimpfen die einen, auf den Arbeiter, der nicht arbeiten will, die anderen. Haben wir wirklich keinen Grund mehr zur Freude, ist nirgends ein braver Mann zu finden? Auf der Versammlung des Bundes deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker sagte der Bundessekretär Vallenthin: „Wir sind mit dem Resultat der Verhandlungen nicht zufrieden, aber im Interesse des deutschen Volkes verzichten wir in dieser schweren Stunde auf den Streik!" Wie etwas Unerhörtes, lang Entwohntes klingt dieser Satz in unseren Ohren. Hier hat endlich wieder einmal einer gesprochen, der des Vaterlandes Not am eigenen Herzen gespürt hat. Die Telegraphenarbeiter sind mit den ihnen zugebilligten Lohnerhöhungen nicht zufrieden, sie lehnen den Schiedsspruch ab, verzichten nicht auf die Bezahlung der Feiertage, aber sie streiken nicht. Sie wissen, daß, wenn sie es tun würden, in zwei Stunden der Draht zwischen Versailles und

Berlin nicht mehr arbeiten würde. Und sie wollen dem schwergeprüften deutschen Volke nicht den letzten Hoffnungsschimmer rauben, daß aus den Verhandlungen um den Frieden doch noch ein einigermaßen lebensfähiger Friedensengel geboren wird.

Die Worte Vallenthins müssen mit goldenen Lettern in das Buch der deutschen, in diesem Augenblick so überaus traurigen Weltgeschichte geschrieben werden. Die deutsche Regierung betreibt eine ungeheure Plakatpropaganda. Auf tausenden Plakaten verkündet sie „Sozialismus ist Arbeit". Aber soviel Plakate, soviel Streiktage. Wäre es nicht angebracht, die Worte des Telegraphenarbeiters mit riesigen Buchstaben auf aberhunderte von Plakaten zu schreiben? Vielleicht helfen sie, vielleicht auch nicht. Aber auf jeden Fall würden sie von Männern künden, die den Mut gefunden haben, ihre eigenen Wünsche der Not des Vaterlandes hintanzusetzen.

* * *

Auf dem Parteitag der U. S. P. D. sagte Ernst Däumig: „Der Kapitalismus ist sehr stark, das ist keine Frage, es kann nicht angezweifelt werden. Wir alle sind überrascht gewesen von seiner Anpassungsfähigkeit während des Krieges. Kein Mensch hat geglaubt, daß die kapitalistische Wirtschaftsform während so langer Erschütterungen hätte aufrechterhalten werden können." Aber Däumig, der so die Bedeutung des Kapitalismus für die Fortführung der Wirtschaft anerkennt, denkt gar nicht daran, einzugestehen, daß es auch in Zukunft ohne den Kapitalismus nicht gehen wird. Er ist, wie alle radikalen Führer der Arbeiter, der Meinung, daß die sozialistische Wirtschaft sehr wohl das Amt des Kapitalismus übernehmen könne, ja, er vertritt sogar den Gedanken, daß nur der Sozialismus zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft befähigt sei. So ist er päpstlicher als der Papst, d. h. er übertrumpft seinen Freund Lenin, der schon längst erkannt hat, daß große wirtschaftliche Aufgaben ohne die kapitalistische Führung — wenn auch die ausländische — einfach nicht zu bewältigen sind. Aber Däumigs ungewollte Anerkennung des Kapitalismus beweist doch, daß den Unentwegten, die dem Kapitalismus den Garaus machen wollen, ein wenig die Angst vor der eigenen Courage kommt. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" hat kürzlich in sehr freimütigen Ausführungen sich mit dem Kapitalismus beschäftigt und gesagt, daß zwar dieser nicht selbst, aber dessen Auswüchse beseitigt werden müssen. Es hat den Geist des Kapitalismus verurteilt, den es als den Geist des Materialismus bezeichnet, aber es hat doch im Interesse einer Erfassung der Wirklichkeit vor allzu weitgehenden Verallgemeinerungen gewarnt. „Kriege hat es zu allen Zeiten gegeben", schrieb das Zentralblatt, „solange Menschen auf der Erdoberfläche um bessere Daseinsmöglichkeiten ringen, sie sind also kein Erzeugnis des Kapitalismus." Eine solche Gesinnung, die offen ausspricht, daß der Kapitalismus wohl Auswüchse besitzt, daß aber sein Kern, nämlich seine wirtschaftliche Bedeutung, gesund und unentbehrlich ist, wirkt heute ebenfalls wie eine Stimme der Vernunft. Auswüchse des Kapitalismus wird es wohl in der Zukunft der deutschen Arbeit nicht mehr geben. Was das deutsche Unternehmertum zuerst in dem Abkommen vom 15. November 1918 und sodann in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Arbeiterschaft zugestanden hat, hat unserer auf dem Kapitalismus beruhenden Volkswirtschaft eine ganz neue Grundlage gegeben. Hier haben die Arbeiter weitgehende Sicherungen dagegen erhalten, daß der Kapitalismus jemals wieder sein Bestreben auf eine Ausbeutung und Entrechtung des Proletariats richten kann. Das Räteproblem ist noch nicht gelöst, aber auch hier wird eine Lösung gefunden werden müssen, die dem Arbeiter die Mitverantwortung im Wirtschaftsleben überträgt. Will man das wahre Gesicht des Kapitalismus erkennen, dann muß man die Tatsachen in Betracht ziehen, daß die Mehrzahl der kapitalistischen Betriebe heute das alleinige Bestreben hat, die Produktion trotz der hohen Lohnforderungen, trotz der Aussichtslosigkeit auf Gewinn aufrechtzuerhalten. Sollte den Arbeitern dieses wahre Gesicht des Kapita-

lismus unbekannt sein? Damit ist auch die Frage beantwortet, die das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften aufgeworfen hat: „Wie können wir das Gute an der kapitalistischen Bewegung zum Besten der Menschheit nutzbar machen, ohne uns der Gefahr der Knechtung durch diese Errungenschaften auszusetzen?“ Die neue Wirtschaft, wie sie das Blatt verlangt, ist bereits da, oder besser, sie könnte bereits da sein, wenn die Arbeiterschaft nicht mehr den leeren agitatorischen Schlagworten folgen würde. Sie ruht und sie hat zu beruhen auf der Erkenntnis, daß Kapitalismus und Arbeit produktive Teile der Gesamtwirtschaft sind, und daß diese Wirtschaft nur durch ein Zusammenarbeiten dieser beiden Teile gedeihen kann.

* * *

In Versailles hat sich die Friedenspalme in eine über dem deutschen Volke geschwungene Geißel verwandelt. Aus dem dickleibigen Friedensvertrage, der uns vorgelegt worden ist, greife man nur das heraus, was in Abschnitt I des achten Teils über die Wiedergutmachungen steht. Da wird eine „Kommission für Wiedergutmachung“ eingesetzt, die zum wahren Beherrscher Deutschlands wird. Da muß sich Deutschland verpflichten, alle Gesetze, Verordnungen und Verfügungen zu veröffentlichen, die für die vollständige Durchführung obiger Bestimmungen, d. h. für die Regelung der Wiedergutmachungen nötig sein könnten. Die deutsche Regierung muß der Kommission alle Auskünfte geben, deren sie bedürfen könnte, bezüglich der finanziellen Lage und finanziellen Operationen, bezüglich des Eigentums, der Produktionskraft, der Vorräte und laufenden Erzeugung von Rohstoffen und gewerblichen Erzeugnissen Deutschlands und seiner Staatsangehörigen. Die Kommission hat das Recht in periodischen Schätzungen der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, das deutsche Steuersystem zu prüfen, damit alle Einkünfte Deutschlands einschließlich der für den Zinsendienst und die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmten in erster Linie für Zahlung der zur Wiedergutmachung geschuldeten Summen haften. Die Kommission darf sich ferner Gewißheit darüber verschaffen, daß das deutsche Steuersystem im allgemeinen im Verhältnis ganz eben so schwer ist, als dasjenige irgendeines der Staaten, die in der Kommission vertreten sind. Damit wird dieser Kommission, welche die weitgehendsten Kontroll- und Vollstreckungsbefugnisse besitzen soll, die an keine Gesetzgebung noch an bestimmte Gesetzbücher gebunden sein soll, das Recht eingeräumt, die Steuergesetzgebung Deutschlands zu regeln. Auch kann die Kommission, sofern sie der Meinung ist, daß es der Wiedergutmachung schadet, die sozialen Pläne des deutschen Reiches zuschanden machen. Das ist gewiß keine Stimme der Vernunft, aber noch viel größere Unvernunft wäre es, wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht endlich einsehen würde, daß angesichts der ungeheuerlichen Zumutnngen unsere Feinde ein Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens nur durch Einigkeit und vom Verständigungswillen getragene Arbeit möglich ist. Was aus dem Friedensentwurf herausschaut, ist der Kapitalismus in seiner schlimmsten, verderblichsten Form. Niemals hat es einen größeren Feind des deutschen Arbeiters gegeben, als die imperialistischen Kapitalisten unserer Feinde. Es wäre das einzige Gute, das diese Friedensbedingungen mit sich bringen würden, wenn wir in Deutschland endlich zur Einsicht kommen und einsehen, daß die gegenwärtigen Zustände unrettbar zum Zusammenbruch treiben. Man sage aber dem Arbeiter nicht nur: „Deshalb mußt du arbeiten“, sondern man sage ihm auch, daß sich in Deutschland ganz anders als in den Ententeländern ein sozialer Geist durchgerungen hat, der ihm das Bewußtsein gibt, wofür er arbeitet: Für seine und der Seinen Zukunft. Dann möge der Tag nicht mehr fern sein, wo die Stimme der Vernunft nicht mehr die Stimme des Predigers in der Wüste ist. Heinrich Inheim

Neue Bücher

Dr. Arthur Liebert. „Vom Geist der Revolutionen." Berlin, Verlag Arthur Collignon. 74 S. 3,50 M.

Man könnte wohl heute versucht sein, zu der alten Lehre zurückzukehren, die, an dem Sinn und der Erkennbarkeit des disharmonischen, verworrenen Menschengetriebes verzweifelnd, Ordnung und Gesetz nur in dem großen, ruhigen Gang der Gestirne sieht. Indessen wir leben in jenem, es bedrängt und erregt uns durch seine Gegenwart, und so müssen wir mit ihm fertig zu werden, dazu aber es geistig zu bewältigen suchen. Dies jedoch ist nur möglich, wenn wir es nach Ideen beurteilen, d. h. trotz allem einen Sinn der Menschengeschichte voraussetzen. Solcher Sinn, solche Vernunft in der Geschichte war schon vor hundert Jahren in großartigen Werken der deutschen Philosophie, besonders Fichtes und Hegels, gelehrt worden; von ihnen befruchtet, entwickelt Lieberts Schrift die Grundzüge einer Geschichtsphilosophie, um durch sie das Problem der Revolution zu verstehen. Das durch Gedankenreichtum wie durch bildhaften, schwungvollen Stil packende Büchlein bekennt sich auch wie jene Nachfolger Kants zur Metaphysik; es erhält sein besonderes Gepräge durch Verarbeitung einer wohlbegreiflichen Stimmung, indem es, von der Zwiespältigkeit und Tragik alles Menschlichen durchdrungen, (mit Ed. v. Hartmann sich berührend) selbst im Urgrund alles Seins einen Widerstreit der Vernunft und des Willens gründet.

Den „Geist der Revolutionen" erfassen, kann hiernach nicht bedeuten: die jüngst von uns erlebte oder sonst eine Revolution geschichtlich ableiten, sondern ein Verständnis des Sinns der Revolution überhaupt (auch jeder nichtpolitischen) vermitteln und zwar durch eine Metaphysik, die man Pantragismus nennen könnte. Demgemäß werden unversöhnliche Gegensätze im Wesen des geschichtlichen Lebens wie in dem der Revolution herausgearbeitet und in kunst- und wirkungsvollster Verschlingung vorgeführt: so, daß jenes bei unerträglicher Steigerung des ihm inwohnenden Widerstreits durch die Revolution zerrissen wird, diese aber sowohl durch ihre eigenen Kräfte als durch ihre Auflehnung gegen jenes sich selbst zerstört. Das geschichtliche Leben ist in seinem Wesen ein unaufhebbarer Kampf zwischen Relativem, Endlichem und Absolutem, Unendlichem, das in ihm wirkt, erscheint und ihm erst Sinn verleiht. Das Relative, verkörpert in Überlieferungen, Vereinbarungen, Einrichtungen und Bindungen aller Art, „deren Recht lediglich in dem Umstand ihres Vorhandenseins und ihres Gebrauchs liegt", maßt sich mehr und mehr absolute Geltung an und verdrängt so mit unentrinnbarer Dialektik allmählich die ewigen Werte und das ursprüngliche Leben. Gegen diesen widersinnigen Zustand stürmen die Wogen der Revolution, die aber aus zwei wesenhaften, in aller Geschichte wirksamen, jeweils in ganz verschiedenem Stärkeverhältnis sich mischenden „Urquellen" im Absoluten entspringen: aus dem noch ungeistigen, an sich nicht werthaften Willen zum Leben oder zur Macht, der nun als elementare, bald Bewunderung, bald Entsetzen erregende Naturkraft dahinbraust, und der Selbstgesetzgebung der Vernunft als der Einheit der Kulturwerte, die, als absoluter Wert, nach ihren geistigen, insbesondere sittlichen Normen das Leben erneuern, die Kultur neu erbauen will. In zweierlei Gestalt wiederum waltet diese absolute Vernunft, jeden Menschen im Kleinsten wie im Größten beherrschend, in der Geschichte: als Weltanschauung und als schicksalsmäßige Macht. Beide beherrschen und leiten den einzelnen wie die Gesamtheit auf Schritt und Tritt. Jede Revolution aber ist hinsichtlich ihrer Leistung gemäß diesen beiden Formen nach ihrem Gehalte an Vernunft zu beurteilen.

Allein das Unternehmen der Revolution, das Unbedingte, Vollendete an die Stelle des Relativen, Unzulänglichen zu setzen, ist zum Scheitern verurteilt; es führt mit unentrinnbarer Notwendigkeit zur „Krisis der Revolution": der Widerstreit des geschichtlichen Lebens vervielfältigt und steigert sich in ihr so, daß sie sich selbst in ihrem Wesen zerstören muß. Zersetzung droht ihr von der Ausartung ihrer naturhaften Triebkräfte in Zügellosigkeit, durch deren Folgen alle Ordnung zer-

trümmert wird, Zersetzung aber auch von seiten ihrer im Namen der Vernunft erhobenen Forderungen; denn diese richten sich — an das Geschichtliche, und damit an Relatives, welches allein sie formen, d. h. in neue und immer zu erneuernde Formen bringen können und müssen. So vermag die Revolution nur dadurch ihren absoluten Sinn zu wahren, wirklich wertschaffend und gestaltend zu wirken, daß sie ihre Forderungen in das geschichtliche Leben verflicht, zu einer „Stufe in dem ununterbrochenen und undurchbrechbaren Gang der Vernunft der Geschichte", zur Evolution wird.

Dies im großen der Gedankengang. Philosophische Kritik daran zu üben, wäre hier weder möglich noch förderlich. Wie das Büchlein aus dem metaphysischen Bedürfnis der Zeit geboren ist, so ist es auch für die Zeit geschrieben. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß es vielen Lesern in den erschütternden Ereignissen, die wir erleben müssen, Trost gewähre dadurch, daß es sie in die reine Höhe überparteilicher Betrachtung erhebt und hierbei, trotz ungewöhnlich scharfem Erfassen des Widersinnigen und Tragischen im geschichtlichen Leben, doch an dem Fortschritt der Vernunft in der Geschichte festhält, dem aller Kampf und Zwiespalt schließlich als „fruchtbares" Mittel dienen soll. **Dr. Heinrich Levy**

Fritz Gerhard Lottmann, „Dat Hus sünner Lücht". Nedderdütsche Böker. 58. Band. Richard Hermes Verlag, Hamburg 1919. Preis geh. 6 Mark, geb. 10 Mark.

Fritz Lottmann war es nicht beschieden, seinen dichterischen Aufstieg zu vollenden. Im letzten Herbst ist er, achtunddreißigjährig, aus dem Leben geschieden, betrauert von allen, denen die niederdeutsche Dichtung am Herzen liegt. Schon in früher Jugend hat Lottmann Erzählungen, Gedichte und Aufsätze verfaßt, ja sogar einen Roman geschrieben, aber mit seinem letzten Werk, dem ostfriesischen Roman „Dat Hus sünner Lücht" hoffte er sich einen Ehrenplatz unter seinen Fachgenossen zu erringen. Tatsächlich ist diese Dichtung von ganz besonderem Reiz. Sie führt uns in das verträumte Kleinstadtleben um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und findet ihren Mittelpunkt in einem lebenshungrigen, derbfrohen Manne, dem trotz reicher Begabung der Untergang droht, weil die Sonne ihm nicht leuchten will. Ein tragisches Verhängnis entreißt ihm zweimal das Glück, das er in Händen hält und verurteilt ihn zur Einsamkeit, die er nicht erträgt. Dies ist der einfache Vorwurf der Erzählung, für die die Bausteine ungezwungen aus den Erlebnissen des Alltags gewonnen werden. Aber fein ist der Kitt, der sie zusammenhält: zwar nur schlichte Schilderung, die in aller Selbstverständlichkeit zu nachdenklichen Betrachtungen über Nahes und Fernes drängt, aber getragen von tiefem Verständnis für die Eigenart des kernigen ostfriesischen Menschentums, das uns in seiner erstaunlich bildhaften Mundart greifbar nahe tritt. Lottmann selbst ist ein Kämpfer gewesen und dieses letzte Werk, dessen Erscheinen er nicht erlebte, bedeutete einen Sieg. Wenn es nicht sein Teil war, sich dessen zu freuen, so mögen alle Freunde volkstümlicher Dichtung das Erbe in ihre Hut nehmen und dafür sorgen, daß viele Hände danach greifen. Der nur Hochdeutschsprechende wird nicht allzu große Mühe haben, sich in das ostfriesische Platt einzulesen. Ein kleines Wörterverzeichnis, das dem Buche beigefügt ist, erleichtert das Verständnis. **M. K.**

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: Dr. Mathilde Reichmer in Berlin-Halensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lützow 4998, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29.

Das Banner Schwarz-Rot-Gold

Von Dr. Karl Hoffmann

Es ist bekannt, daß der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung sich mit einer knappen Mehrheit für die Vorlage der Reichsregierung erklärt hat, die bisherigen Farben Schwarz-weiß-rot aufzugeben, um statt dessen die alte nationale Fahne Schwarz-rot-gold einzuführen. Diese Farben waren nicht nur das Sinnbild unserer volkstümlichen Nationalbewegung in den früheren Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts, und zwar bis zu den sechziger Jahren, sondern sie galten ebenso als revolutionäres Symbol der deutschen Demokratie und als das geschichtliche Banner unserer vollkommenen Volkseinheit im ehemaligen heiligen römischen Reiche deutscher Nation. Ihre feierliche Erhebung zur Reichsfahne der neuen Volksrepublik hätte zum Ausdruck zu bringen, wie die drei Geschichts- und Entwicklungsgedanken, die in diesen Bedeutungen liegen, zu dem bisherigen deutschen Reiche im Gegensatz stehen und durch diesen gemeinsamen Gegensatz sich selber zu einer tieferen Einheit verschmelzen. Denn man meint, die politische Gestalt der inneren Volksgemeinschaft, so wie man aus der Vergangenheit hervor sie einstens sich wünschte, sei durch die Form des von Bismarck geschaffenen Reiches in der Art eines „verlängerten Preußen" nicht wahrhaft erfüllt, sondern nur vorgetäuscht worden: was den inneren Charakter dieser Volksgemeinschaft angehe, ihre eigentätige Selbstbestimmung in Freiheit oder „Demokratie", so habe sich das Bismarcksche Reich darum überhaupt nicht gekümmert, und für ihre Ausführung und politische Darstellung sei die kleindeutsche Form ein Irrtum gewesen. Man geht dabei halb unbewußt von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß im großdeutschen Gedanken, der nicht allein aus ethnischen Notwendigkeiten herkomme, die demokratische Zusammenfassung und Selbstgestaltung der gesamten Nation durch die moderne Republik nichtsdestoweniger zusammentreffe mit unterirdisch weiterwirkenden Geschichtskräften aus der Zeit der heiligen Kaiser. Oder man bildet sich ein, es wäre so. Während das kleindeutsche Reich in nationaler Hinsicht geschichtslos und unzulänglich und im übrigen undemokratisch gewesen sei, soll die schwarz-rot-goldene Fahne jene Ineinswirkung von nationaler Geschichte, demokratischer „Volkssouveränität" und nationaler Vollständigkeit in der angestrebten Einheit als Sinnbild darstellen.

Nun weiß aber der nüchterne Kenner der Dinge, daß die schwarz-rot-goldenen Farben nicht von einer nationalen Fahne des alten Reiches herstammen, sondern daß sie ihrer anfänglichen Entstehung nach nichts anderes gewesen sind, als studentische Farben. Sie entstanden aus der sogenannten Couleur der Burschen-

schaft vom Jahre 1815 und später. Das alte deutsche Reich hat gar keine Farben gehabt, es kannte nur das kaiserliche Banner mit dem Reichsadler, der selbst wieder — man denke an die Bezeichnung „Römisches Kaisertum" — von dem Kaiseradler der römischen Legionen herrührte. Ganz ohne mittelbaren Einfluß auf die Bildung jener Trikolore blieb das kaiserliche Banner mit dem Reichsadler allerdings nicht. Denn im Laufe der Jahrhunderte war es üblich geworden, den schwarzen Adler im gelben (goldenen) Felde darzustellen und ihn zuweilen mit roter Wehr (Schnabel und Klauen) zu zieren.

Die Trikolore Schwarz-rot-gold wurde von der Burschenschaft als etwas Neues geschaffen. Dies geschah nicht gerade in absichtlicher Erfindung, sondern durch eine Ausgestaltung bereits vorhandener Farbenkombinationen, die von der burschenschaftlichen Bewegung angetroffen und aufgenommen wurden. Es ist zunächst festzuhalten, daß die ursprüngliche Fassung der Couleur der jenaischen Burschenschaft eigentlich nicht schwarz-rot-gold gewesen ist; sie war schwarz-rot mit goldener Stickerei und Perkussion. Daraus hat sich das dreifarbige Schwarz-rot-gold erst mit den nächsten Jahren der Ausbreitung des burschenschaftlichen Geistes auf den Universitäten entwickelt. Die Urfarbe Schwarz-rot mit Gold wurde nun entweder der Uniform des Lützowschen Freikorps entnommen (schwarzes Tuch mit roten Schnüren und gelben Knöpfen) oder der Couleur einer Landsmannschaft Vandalia in Jena (schwarz-rot mit goldener Einfassung), die kurze Zeit vor der Gründung der Burschenschaft bestanden und sich mit dieser Gründung aufgelöst hatte. Diese Vandalenfarben stammen aus dem mecklenburgischen Wappen: schwarzer Stierkopf mit roter Krone auf goldenem Felde. Damals war es nämlich in den studentischen Kreisen allgemein Sitte, beim Vandalennamen eine landsmannschaftliche Beziehung zu Mecklenburg anzunehmen, die immerhin etwas komisch ist und offenbar auf einem ethnologischen Irrtum beruht. Nebenbei bemerkt läßt sich dieser Irrtum bis in die Zeit um 1500 zurückführen, und vermutlich hat ihm eine Verwechslung von „Wandalen" mit „Wenden" zugrunde gelegen. Auf der andern Seite ist es nichts weiter als eine Sage, wenn man früher geglaubt hat, der Turnvater Jahn habe die Farbe Schwarz mit rotem und goldenen Schmuck in einer schönen Erleuchtung seines patriotischen Gefühls frei entdeckt, um sie dem Lützowschen Korps und damit mittelbar auch der Burschenschaft als vaterländisches Kennzeichen zu übergeben. Denn es steht nachweisbar fest, daß man die schwarze Hauptfarbe der Lützowschen Uniform aus rein praktischen Gründen der Billigkeit und militärischen Brauchbarkeit wählte, und die roten Schnüre und gelben Knöpfe entsprachen ohne weiteres dem Herkommen in der preußischen Armee.

Nun ist, von außen betrachtet, die Entstehung der Burschenschaft zu Jena in folgender Weise vor sich gegangen.[1]) Der altburschenschaftliche Gedanke, d. h. der Gedanke eines allgemeinen Studentenbundes von korporativem Charakter, der durch seine Kraft der Vereinheitlichung und Überwindung landsmannschaftlicher Sonderarten gleichzeitig die Einheit des Volkstums, die nationale Idee, widerspiegelt und überhaupt diese Idee in die Studentenschaft hineintragen und in ihr zur Entfaltung bringen möchte, war bereits in den Jahren der Fremdherrschaft, mit seinen Keimen etwa seit 1808, in der akademischen Welt lebendig oder wenigstens vorhanden gewesen. Am lebendigsten war er in Berlin unter dem Einfluß der Kreise um Fichte und Jahn. Dieser Einfluß hat sodann in entschiedener Weise auf die Gesinnung einer Landsmannschaft Vandalia an der

[1]) Die alte Keilsche Darstellung ist subjektiv empfindsam und von der Forschung längst überholt. Näheres vgl. in folgenden Abhandlungen: Gustav Heinrich Schneider, Die Gründung der deutschen Burschenschaft. (Burschenschaftliche Blätter, VIII. Jahrg., Sommerhalbjahr 1894. Nr. 1—5) Dr. W. Fabricius, Die Gründung der jenaischen Burschenschaft (ebenda, Nr. 6—9). Heinrich Bender, Die Farben der jenaischen Urburschenschaft (B. Bl., XI Jahrg., Sommerhalbjahr 1897, Nr. 10—11). Dr. W. Fabricius, Die Farben der jenaischen Urburschenschaft, (ebenda Nr. 12). Dr. Dietz, Zu der Frage der Farben der Urburschenschaft, (ebenda Nr. 12).

neuen Universität eingewirkt, der Mutterverbindung der jenenser Vandalen, deren Gründung im Jahre 1811 von Berlin aus geschah. So wurde dieser gleichsam vorburschenschaftliche Burschenschaftsgeist von Berlin nach Jena verpflanzt und erfreute sich dort bald der Förderung von Professoren wie Luden und Oken, während innerhalb der Studentenschaft die Vandalen seine Träger und Vorkämpfer blieben. Beim Ausbruch der Freiheitskriege zogen die jungen Leute ins Feld, auch die Vandalen gingen fast durchweg (mit zwei Ausnahmen) zum Lützowschen Korps. Nach dem Kriege kehrten sie wieder nach Jena zurück, neu und stark ergriffen von der ganzen Frische und damaligen Heftigkeit des nationalen Gedankens, der ihnen inzwischen zum unmittelbarsten Erlebnis geworden war, und ihre früheren Stimmungen verdichteten sich zu dem festen Willen, die Burschenschaft zu verwirklichen. Man kann sagen, daß die jenaische Urburschenschaft im Jahre 1815 aus den jenenser Vandalen „hervorgegangen" oder von ihnen direkt gegründet worden ist. Denn diese Gründung war nicht bloß der Niederschlag eines extatischen Aufloderns unter dem Eindruck der Vorgänge am Wiener Kongreß, wie von der Legende erzählt wird, sondern sie war ein Ergebnis organisatorischer Leistungen. Schon 1814 wurden die vorbereitenden Maßnahmen durch einen vertraulichen Ausschuß in die Wege geleitet, den sogenannten Elferverein, dessen Einsetzung die Vandalen herbeigeführt hatten und von dessen elf Mitgliedschaften sie neun Stellen für sich selber behielten. Zwei Vandalen, Kaffenberger und Heinrichs, arbeiteten still die Verfassung aus, und der letzte Vandalensenior, Karl Horn, wurde zum ersten „Sprecher", d. i. Führer oder Vorstand der Burschenschaft.

Hiernach würde es wohl einleuchtend sein, wenn man die ursprünglichen Burschenschaftsfarben glattweg als Fortsetzung der ehemaligen Vandalenfarben ansieht. Aber es steht zu bedenken, daß diese Couleur für die breite Menge der Studentenschaft und die übrigen Verbindungen, auf deren Mitarbeit man doch angewiesen war, ohne jede Wirkung sein mußte. Mit einer solchen Wirkung war hingegen bei den Lützowschen Farben zu rechnen; denn alle anderen und gerade auch die Vandalen selbst hatten mit ihrem Willen und Plan, den sie schnell ausführten, eine treue Liebe zum Lützowschen Freikorps und zu seiner Uniform in Schwarz und Rot mit nach Hause genommen. Gewiß verlief es so, daß sich den maßgebenden Leuten in der Vandalia die Weiterführung ihrer bisherigen Couleur wie von selber nahegelegt haben mag, daß sie aber nach außen, um diesen unwillkürlichen psychologischen Vorgang zu entschuldigen und ihm propagandistische Kräfte zu geben, die zufällige Übereinstimmung mit den Kennzeichen des Lützowschen Korps klug benützten und daraus eine öffentliche Berufung auf die Lützowsche Uniform machten. Für das Bewußtseinsleben der burschenschaftlichen Gründungstage zu Jena hat jedenfalls die teure Erinnerung an das Freikorps im Vordergrunde gestanden, wenngleich mit dieser Couleur, die man annahm, durchaus noch keine wesentlich bedeutungsvollen und allgemeingültigen Ideen- oder Geschichtswerte empfunden wurden. Sie blieb eben eine Studentencouleur von örtlicher Geltung, und die Burschenschaftsverbindungen an anderen Universitäten trugen anfangs ganz andere Farben, in Tübingen z. B. hellblau und schwarz. Nach etlichen Jahren wurde alsdann die mittlerweile entstandene Dreifarbigkeit Schwarz-rot-gold auch offiziell ihrer jenaischen Bedeutung enthoben und unter der nachhaltigen Wirkung des Wartburgfestes auf dem allgemeinen Burschentage vom Oktober 1818 für allgemein geltend erklärt.

Es mag sein und ist sogar mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß bei diesem Beschluß des allgemeinen Burschentages von 1818 die Erinnerung an die koloristische Wirkung des alten Reichsbanners (schwarz in gold oder gelb und manchmal mit roter Verzierung) etwas mitgesprochen hat. Diese Erinnerung kam den nationalpolitischen Zielen der Burschenschaft, ihren Zielen zur Erreichung einer staatlichen Einheit des Volkslebens entgegen und half sie tragen. Aber einen irgendwie entscheidenden Einfluß hat der Gedanke an die kaiserliche Fahne nicht mehr gehabt und kann er nicht gehabt haben. Denn längst hatte sich die heraldische

Zweifarbigkeit des alten Reichsbanners, genauer gesagt, der ehemaligen Kaiserstandarte des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, in die beiden Farben Österreichs verwandelt, Schwarz und gelb.

Erst nachträglich erhielt das Schwarz-rot-gold seinen nationalpolitischen und nationalgeschichtlichen Sinn — einen Sinn von schwerer programmhafter Bedeutung —, nachdem es auf die gesamte Einheitsbewegung in den bürgerlichen und geistig erzeugenden Ständen des deutschen Volkes übergegangen und von ihr übernommen worden war; und es war auf sie übergegangen, weil die erste Burschenschaft darin eine anreizende und bis zu gewissem Grade vorbildliche Rolle gespielt hat. Aus der burschenschaftlichen Bewegung hervor wurden diese drei Farben in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Sinnbild jedweder nationalen Gesinnung, und die nationale Gesinnung konnte sich am Ende ihre staatliche Form und Wirklichkeit nicht mehr anders vorstellen, als unter diesen drei Farben. Durch eine politische Umdeutung mittels historischer Annahmen und Klügeleien hat man das hinterher nationalgeschichtlich rechtfertigen wollen. So entstand die Legende, als seien Schwarz, Rot und Gold die alten deutschen Reichsfarben gewesen und als habe unter anderem auch die Burschenschaft ihr Symbol davon hergeleitet. In Wirklichkeit war es umgekehrt. Die alte Burschenschaft hat ihre Couleur nicht von den „deutschen Farben" bezogen, sondern diese studentische Couleur hatte in dem nationalen Aufruhr der Gemüter während der Zeit der Restauration eine solche scharfe und hervorstechende Bedeutung gewonnen, daß man sie für die deutschen Farben hielt und schließlich dazu machte.

Wie verlief dieser Aufruhr? Die auf dynastisch-territorialen Grundlagen beruhenden Staatswesen des damaligen Deutschland verhielten sich in jenen Jahrzehnten zu der volkstümlichen Einheitsbewegung in einer kühlen Verständnislosigkeit und ablehnenden Fremdheit, sie verharrten in mißtrauischer und feindseliger Gegnerschaft, so daß sie diese nationale Bewegung auch gegen deren eigenen Willen in die Opposition drängen mußten. Die nationale Bewegung gewöhnte sich daran, von den machthabenden Regierungen als unrechtmäßig oder illoyal angesehen und behandelt zu werden, und wurde dadurch zu der Auffassung gezwungen, daß sie die Verwirklichung ihrer Ideen nur von einer inneren Umwandlung der grundlegenden politischen Rechtsbegriffe erhoffen konnte. Sie geriet in eine notwendige Verschwisterung mit Strömungen, die sich selbst liberal nannten, die aber von den Regierungen, weil nicht mehr der bloße Untertanengehorsam, sondern eine selbsttätige Entwicklungskraft der Nation darin steckte, als „revolutionär" gekennzeichnet wurden. Für die Regierungsautoritäten der dynastischen Territorialstaaten galt der nationale Wille zur Einheit als Auflehnung wider die obrigkeitliche Macht.

In dieses oppositionelle Stimmungsverhältnis schlug dann plötzlich die Wirkung der Juli-Revolution ein. Damit verschob sich das Ziel. Die aufgereizte Verbitterung über die Verfolgungssucht kurzsichtiger Behörden fühlte sich überboten von den Anstachelungen des französischen Beispiels, das mit der „Legitimität" der dynastiestaatlichen Grundsätze sehr kurzen Prozeß gemacht hatte, und aus einer Art von Nachahmungstrieb verkehrte man das Ziel jetzt in eine radikale Durchführung der Demokratie um ihrer selbst willen mit ihren Endergebnissen der republikanischen Staatsform. War sonst die Opposition, unter Umständen auch die revolutionäre Opposition, nur ein notgedrungenes Mittel zum Zwecke der nationalen Einheit gewesen, so wurde nun diese revolutionäre Unterströmung ganz an die Oberfläche gezerrt und zum Selbstzweck. Es entstand ein Rausch der „Revolution überhaupt", und das Streben nach nationaler Einheit des staatlichen Lebens blieb als bloßes Mittel zurück, in der Form eines Programms zur Ausführung der deutschen Republik (weil man eben in Deutschland lebte), wobei aber der Hauptton auf der Allgemeingültigkeit der „Republik" lag und nicht auf dem deutschen Gedanken. Jedoch ergab sich hieraus keineswegs eine vollkommene Umänderung und Abirrung der volkstümlichen Einheitsbewegung, sondern bloß eine Spaltung. Denn die ursprüngliche Linie blieb in ihrer Echtheit

bestehen und lief selbständig weiter, und die neue radikale Linie lief nur nebenher, nachdem sie sich abgezweigt und losgelöst hatte. Es gab jetzt einfach zwei verschiedene Oppositionsrichtungen gegenüber dem dynastisch verhafteten und territorial gebundenen Staatsbegriffe der Überlieferung: eine „gemäßigte" und national bestimmte mit ihrem fortwährenden Glauben an den Kaisergedanken, und eine demokratisch-revolutionäre mit ihrer Überzeugung von den kosmopolitischen Werten der Republik. Neben die charakterfesten Professoren und philosophisch folgernden Reichspolitiker, neben die romantischen Hohenstaufenschwärmer und jugendlich Gläubigen, die von der Geschichtsherrlichkeit der Nation fast religiös erfüllt waren, trat nun auf der anderen Seite der Typus der „Verfassungskiller", wie man sie nach 48 im Jargon der ausgewanderten Deutschamerikaner genannt hat.

In den praktischen Angelegenheiten der politischen Taktik und den Schichtungen der Parteigruppen gab es gewiß Zwischenstufen oder Mischungszustände. Aber es handelte sich bei diesen Mischungszuständen nur um ein Verschwimmen der Grenze zwischen zwei andersartigen Bewegungskräften, die ein wesentlicher und grundsätzlicher Unterschied trennte. Wie leicht dieser Unterschied für oberflächliche Eindrücke verschwamm und wie scharf er gerade im Wesenhaften, in dem eigentümlichen Erlebnis politischer Bedeutungen dennoch bestand, geht aus dem wechselnden Sinn der schwarz-rot-goldenen Fahne hervor, die alle diese Verschiebungen mitzumachen hatte. Ihr Sinn wurde zweideutig. Allenthalben daran gewöhnt, in den schwarz-rot-goldenen Farben das Wahrzeichen einer oppositionell gestimmten Gesinnungsweise zu sehen, blieben die Radikalen bei der lieben alten Gewohnheit, diese Farben auch weiterhin für sich in Anspruch zu nehmen. Daß aber die angeblich nationalhistorische und auf jeden Fall nationalpolitisch geartete Urbedeutung der „deutschen" Fahne für sie ihre Geltung verlor, daß sie überhaupt diese nationale Bedeutung vergaßen oder zum mindesten außer acht ließen, dies zeigt sich unverhohlen in ihrem Bedürfnis, die drei Farben durch eine neue und ganz revolutionär durchhauchte Symbolik selbständig aufzufassen und noch einmal zu erklären. Es gibt aus den vierziger Jahren etliche derartige Sprüche: „Aus schwarzer Nacht durch blut'gen Tod zur goldenen Freiheit", und: „Schwarz ist das Pulver, rot ist das Blut, golden flackert die Flamme!" In den Jahren um 1848 hatte das schwarz-rot-goldene Banner einen von Grund auf gespaltenen, einen verschiedenartigen und zwiefachen Sinn, auf der einen Seite einen nationalpolitischen und auf der anderen einen demokratisch-revolutionären. Beide Sinnbedeutungen hatten im Kern ebensowenig etwas miteinander zu tun, wie in der Nationalversammlung der Paulskirche die „Kaiserpartei" der alten Einheitsbewegung mit dem radikalen Republikanismus der äußersten Linken noch ein gemeinsames Ziel kannte.

Die urtümliche Herkunft des alten deutschen Banners verflüchtigt sich in einen Schatten oder bestenfalls in die Illusion sehr dunkler Erinnerungen. Sie kann nicht mehr durch ihre historische Kraft die Zwiespältigkeit im Charakter dieser Fahne zu einem in sich geschlossenen Sinnbilde machen. Auch auf dem Umwege über die großdeutsche Denkart, die vermeintlich beiden Bedeutungen oder Bewegungskräften eigen gewesen sei, würde das niemals glücken. Dergleichen beruht, mit Verlaub zu sagen, auf glatter Unbildung oder auf einer nackten Geschichtsfälschung. Denn die doktrinäre Demokratie des neunzehnten Jahrhunderts hat seit ihrer Entstehung die kosmopolitischen Orientierungen und Endzwecke ihres Republikanismus grundsätzlich immer über das Nationale gestellt, und die Kaiserpartei unter Heinrich von Gagern, die dahin gelangte, daß sie Friedrich Wilhelm dem Vierten die Krone anbot, hatte eigentlich schon in der Idee die kleindeutsche Reichsform geschaffen. Der kleindeutsche Gedanke ist keine Bismarcksche Entdeckung gewesen, die mit der Erfindung der schwarz-weiß-roten Farben zusammenfiel. Dieser Gedanke war älter als die Bismarcksche Politik, er hatte sich wie von selber aus den Zielrichtungen der Nationalbewegung des neunzehnten Jahrhunderts ergeben und wurde ebenfalls unter dem Zeichen der schwarz-rot-goldenen Fahne geboren. Umgekehrt haben beispielsweise in den

neueren Jahrzehnten nach 1871 die Deutschradikalen in Österreich, diese einseitigsten Fortsetzer der großdeutschen Idee, ihre Wünsche stets in die Form einer etwas geräuschvollen Sehnsucht nach einer Versetzung und weiter ausgreifenden Absteckung der „schwarz-weiß-roten Grenzpfähle", ausdrücklich der schwarz-weiß-roten, gekleidet. Nach rein nationalen Gesichtspunkten, für die Kleindeutsch und Großdeutsch zuletzt nur geschichtlich bedingte Spielarten eines und desselben politischen Entwicklungswillens sind, gibt es überhaupt keinen Unterschied oder Gegensatz zwischen schwarz-rot-gold und schwarz-weiß-rot.

Wenn es aber so ist und es keinen solchen Unterschied gibt, dann muß man sich um so mehr fragen, was für einen Sinn und Verstand nun heute ein Wechsel der Reichsfarben haben könnte. Er hat unter nationalen Gesichtspunkten eben gar keinen Sinn und Verstand. Man kann freilich darüber hinweggehen und meinen, daß die Farben der Reichsrepublik etwas rein äußerliches und somit belanglos seien und daß es darauf nicht ankomme. Bekanntlich hatte Bismarck selber, sozusagen als Mensch, im Herbst 1870 diese Frage mit einer leicht amüsierten Gleichgültigkeit angesehen. Er sagte damals, ihm sei das Farbenspiel ganz einerlei: „Meinethalben grün und gelb und Tanzvergnügen, oder auch die Fahne von Mecklenburg-Strelitz".[2]) Und weiterhin könnte man nochmals die volkstümlich-nationalen Gefühlstraditionen im schwarz-rot-goldenen Banner gegen das Ungeschichtliche der frei erfundenen schwarz-weiß-roten Farben vorbringen.[3]) Aber so verständlich oder berechtigt eine derartige Betonung in den Jahren von 1870/71 gewesen sein mag, genau so lächerlich wäre sie in heutiger Zeit. Denn das Schwarz-weiß-rot ist seitdem zur Geschichte geworden und hat Geschichte gemacht, und diese Geschichte ist durchaus eine solche der wirklichen Handlungen und Leistungen und voll von politischer Tatsächlichkeit, während der Geschichtswert der schwarz-rot-goldenen Fahne nur ein Streben blieb, Gefühl, Sehnsucht und Wunsch. Man hat wegen der international eingeführten Geltung der Handelsflagge schon wiederholt darauf hingewiesen, wie es in nationaler Hinsicht unpraktisch sein würde, das äußere Wahrzeichen des bisherigen Reiches gesetzmäßig auszulöschen, weil damit gleichzeitig der Zusammenhang mit dessen fortdauernden mittelbaren Außenwirkungen zertrennt wird. Obwohl ein Wechsel der Reichsfarben dem Grundsatze nach nationalpolitisch bedeutungslos wäre, müßte er trotzdem praktischen Schaden anrichten.

Am Ende handelt es sich aber bei diesem ganzen Wechsel darum, daß die neue Reichsrepublik gerade eben die bisherige Reichsgeschichte mit Absicht verleugnet. Es kommt ihr überhaupt nicht auf die altnationale Bedeutung der schwarz-rot-goldenen Fahne an, sondern auf ihre andere, ihre demokratisch-revolutionäre Bedeutung. Worauf es nämlich ankommt, ist dies: die Wiederaufnahme dieser Fahne drückt das Bekenntnis zu einer ganz bestimmten Regierungs- und Verfassungsform aus, zu einer Regierungsform in republikanisch-demokratischem, also parteipolitischem Sinne.

In der Wirkung dieser Farben auf die weiteren Schichten des Volkes findet psychologisch ein ständiges Vertauschen ihrer zwei verschiedenen sinnbildlichen Bedeutungen statt, und als Folge davon tritt ein, daß die unwillkürliche Übereinstimmung mit einem althergebrachten und volkstümlich-nationalen Empfinden, gegen das in der Gegenwart niemand mehr etwas Rechtes einwenden

[2]) Vgl. Tagebuchblätter von Moritz Busch, I. Bd., S. 227.

[3]) Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Deutschen Industrie- und Handelstages Dr. Soetbeer in Nr. 160 der „Täglichen Rundschau" vom 31. März 1919 hat Bismarck in einem an Dr. Soetbeer gerichteten Briefe vom 9. Februar 1893 die Konstruktion der schwarz-weiß-roten Flagge des Norddeutschen Bundes, der Vorgängerin der späteren Reichsfarben, folgendermaßen erläutert. Für den Kanzler persönlich ist der Einfall einer Aneinanderfügung der schwarz-weißen Preußenfahne und der alten kurbrandenburgischen Farben Weiß-rot der wirkliche Anlaß gewesen. Daneben hat aber, besonders für die öffentliche Meinung, das Rot und Weiß in den hansischen und anderen deutschen Stadtflaggen eine mitentscheidende Bedeutung gehabt.

kann, zugleich als Zustimmung zu einer ganz bestimmten Regierungsform gilt. Das ist, rund heraus gesagt, mag es nun mit klarem Bewußtsein beabsichtigt sein oder nicht, schlankweg ein Mißbrauch, der in rein parteipolitischer Richtung mit guten deutschen Überlieferungs- und Gefühlswerten getrieben wird. Besonders für Kreise, die durch ihre eigentümliche Vergangenheit mit diesen Gefühlswerten und Überlieferungen auf das engste verbunden sind und an ihnen innerlich hängen, die aber andererseits weder demokratisch-revolutionäre Neigungen haben, noch gegen die jüngere schwarz-weiß-rote Geschichte auch nur die geringste Spur eines Gegensatzes empfinden, für solche Kreise liegt darin etwas hinterhältiges. Denn es steigt der Verdacht auf, als ob durch ihr Einverständnis mit der schwarz-rot-goldenen Tradition, — das sich im Grunde von selber versteht, da ihre eigenen Traditionen darin enthalten sind, — der Anschein eines Einverständnisses mit demokratisch-revolutionären Parteistandpunkten erschlichen werden könnte. Zum mindesten sehr beträchtliche Teile von ihnen und vermutlich sogar ihre schwer überwiegenden Mehrheiten würden das glatt von der Hand weisen. Man mag dabei an die burschenschaftlichen Kreise denken oder an andere, die ihnen von früher verwandt sind.

Es wäre einigermaßen voreilig, wollte man diese Angelegenheit so obenhin damit abtun, daß der Geschmack von Studenten in den Fragen der Politik denn doch kaum ins Gewicht falle. Zunächst handelt es sich nicht bloß um Studenten. Diese alten studentischen Verbände, deren Eigenarten von der Kulturentwicklung eines ganzen Jahrhunderts angefüllt sind oder daraus hervorgingen, reichen mit ihrer Organisation tief in das sogenannte bürgerliche Leben hinein und umfassen Zehntausende und immer wieder Zehntausende akademisch gebildeter Männer. Sie bieten dem Leben des einzelnen eine äußere und innere Sicherung dar, die zu unterschätzen ein großer Fehler sein würde. Und was schließlich die jungen Studenten selbst anbetrifft, so ist es schlechtweg unmöglich, sie in den Dingen der Politik auf die Dauer ganz zu übersehen in einer Zeit, wo die jugendlichen Ladenmädchen, Packer und Laufburschen der großstädtischen Kaufhäuser, um irgend ein Beispiel zu nennen, mit den Wahlen zu ihren Betriebs- und Vollzugsräten eine unerhörte Wichtigkeit bekommen haben. Die studentischen Verbände sind durch die gesamte politische Sachlage, in die sie sich hineingestellt finden, notwendig gezwungen, sich zu politisieren, und fühlen bereits, daß sie dazu gezwungen sind. Es mag sein, daß mancherlei von der einstmaligen Studentenromantik darüber verloren geht und in den Lebensäußerungen der alten Verbände, in ihrer Organisationsart und Betätigungsweise, Verschiedenes sich ändert. Aber während ihrer langen Geschichte haben sie sich schon öfter geändert, und die Gemeinschaftskraft ihres Daseins blieb lebendig und wuchs. Sie werden zwar nicht damit anfangen, daß sie ein bestimmtes Parteiprogramm heraussuchen, dem sie sich unterjochen, um dann auch „Räte" zu bilden und mit lautem Geschrei sich in den Trubel der agitatorischen Kämpfe zu stürzen. Aber wer Gelegenheit hatte, in diese Dinge einen Einblick zu tun, weiß darüber Bescheid, wie sehr sie sich anschicken, eine langsame und zähe Innenarbeit politischer Selbsterziehung zu leisten. Vielleicht machen sich die Ergebnisse davon erst in ein paar Jahren nach außen bemerkbar. Aber sie werden zu merken sein.

Bei den Burschenschaftern insbesondere dürfte man schwerlich damit rechnen, daß sie von der Frage der schwarz-rot-goldenen Farben irgendwie beirrt werden. Unmöglich können sie sich von diesen Farben lossagen. Denn wollten sie es tun, so müßten sie ihre eigene Geschichte, ihren Ursprung und ihr eigentümliches Wesen preisgeben. Das wäre wider die Natur. In der neuen Reichsfahne liegt eine gewisse Verführung, da sie indirekt eine Anerkennung des burschenschaftlichen Gedankens enthält. Diese vielleicht widerwillige Huldigung kann die Burschenschaft indessen unbesorgt hinnehmen, ohne daß sie damit die Sinnesart ihres eigenen Wesens verfälscht. Denn mit Sicherheit bleibt sie sich der einwandfreien nationalen Haltung des burschenschaftlichen Gedankens bewußt und ist längst inne geworden, wie ihre Liebe für die schwarz-rot-goldenen Farben ein

Bekenntnis zu den gleichsam schwarz-weiß-roten Werten der Nationalpolitik nicht nur nicht ausschloß, sondern verlangte.

Man ist noch lange nicht demokratisch-revolutionär oder Republikaner im innersten Herzen, wenn man sich zu den schwarz-rot-goldenen Farben bekennt. Und wer sich zu ihnen bekennt und ihrem Banner immer die Treue bewahrt hat, muß nun keineswegs dafür stimmen, daß dieses Banner die schwarz-weiß-rote Fahne verdrängt. Es war endlich an der Zeit, dies einmal klarzustellen.

Deutschösterreich nach den Landtagswahlen

Von Professor Dr. Robert Sieger

Anknüpfend an meine Darlegungen in den Grenzboten vom 14. März, die sich mit denen eines Aufsatzes in der Deutschen Politik vom 14. Februar wechselseitig ergänzen, möchte ich in Kürze berichten über die Gestaltung der Parteiverhältnisse in der verfassunggebenden Nationalversammlung Deutschösterreichs und in dem Wahlkampf für die Landesvertretungen. Diese waren durch den Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung keineswegs unzweideutig vorgezeichnet und bald sind Verschiebungen eingetreten, die sie beeinflussen mußten.

Ich hob damals hervor, daß der Wahlkampf einerseits den großen wirtschaftlichen (nicht, wie der Druckfehlerkobold wollte, wissenschaftlichen) Weltanschauungen, andererseits den Gruppen- und Klasseninteressen diente, also vor allem im Zeichen des Kampfes für und gegen die Sozialdemokratie stand. Diesem ordnete sich auch die „Bekämpfung des jüdischen Einflusses" unter, die diesmal stärker als je in den christlichsozialen und deutschnationalen Programmen betont wurde. Sie war lediglich ein Hilfsmittel der Agitation gegen die Sozialdemokratie, da nur kleinere Gruppen — die nationaldemokratische und die engere deutschnationale (deutschradikale und alldeutsche) — bestimmte Vorschläge für Art und Mittel dieses Kampfes brachten. Diese Parteien erklären die Juden für eine eigene Nation, die nicht im deutschen Nationalstaat, sondern im künftigen Zionsstaat ihre politische Heimat hat, und fordern daher eine dementsprechende Rechtsstellung dieser „Ausländer". Daß das keineswegs den Anschauungen aller Juden widerspricht, zeigte schon am 16. Februar die Wahl eines Zionisten in Wien — sie fiel um so schwerer ins Gewicht, als hier selbst die Tschechen, die mit allen Mitteln arbeiteten und sich mehrere Mandate versprachen, ein einziges erzielen konnten. Bei den Landtags- und Gemeindewahlen kamen dann von diesen beiden nichtdeutschen nationalen Parteien die Tschechen stärker zur Geltung. Sie machten alsbald in diesen Körperschaften, wie schon vorher durch die Rede Dworschaks in der Nationalversammlung, weitgehende nationale Ansprüche geltend. Man sieht nun ein, welchen Fehler man damit gemacht hat, daß der deutsche Charakter des Staates gesetzlich nicht genügend gesichert wurde, wie jener von Wien es schon länger ist. Aber es wird schwer halten, das Versäumte nachzuholen, da die Tschechen unter Berufung auf diese Wahlergebnisse den „Schutz" der niederösterreichischen Tschechen auf völkerrechtlichem Wege anstreben. In den anderen Ländern spielen weder sie noch die Zionisten eine Rolle.

Spitzte sich so bis zum 16. Februar alles auf den einen Gegensatz zu, so ließen doch die inneren Spannungen zwischen den nichtsozialistischen Parteien schon unmittelbar nach den Wahlen es sehr fraglich erscheinen, ob sich ein bürgerlicher Mehrheitsblock bilden werde. Dies wäre die selbstverständliche Folge einer Listenkoppelung zwischen den Christlichsozialen und der „dritten Partei" gewesen, aber

auch ohne sie möglich geblieben. Jedenfalls waren die Voraussetzungen dazu günstiger als in Deutschland, wo eine starke demokratische Partei den Sozialisten nahe steht und auch das Zentrum leichter nach links als nach rechts Anschluß fand. Aber auch in Deutschösterreich fanden sich die beiden starken Parteien rasch zu einer Arbeitsmehrheit und gemeinsamer Regierung zusammen. Die dritte, die sich den Namen der großdeutschen beilegte, mußte es bei ihrer numerischen Schwäche ablehnen, die Verantwortung mit zu übernehmen und daher schieden auch einige sehr tüchtige Männer von leitenden Stellen. Das wiederholte sich nach den Landtagswahlen. Ein Vorteil für diese nunmehrige Opposition lag darin, daß sich die Bauernpartei, mit Einschluß und unter Führung der steirischen Gruppe, zwar als selbständiger Verband, aber innerhalb der großdeutschen Partei konstituierte. Die Werbekraft dieser Gruppe, die sehr geschickt auch in den Städten Anhänger sucht, kam also den Großdeutschen zugute. Für die Landtagswahlen, die in einzelnen Ländern schon im Gange sind, hatte gerade diese antiklerikale Partei gute Aussichten. Aber ihr Erfolg blieb hinter den Erwartungen zurück. Selbst der nachdrückliche Hinweis darauf, daß die sozialdemokratisch-christlichsoziale Regierung in den Ernährungsfragen keine neuen erfolgreichen Wege weisen konnte — und ebenso jener auf die Unnatur des Bündnisses zwischen „Michel Schwarz und Isidor Roth" wirkte nicht im erhofften Maße. Auch die antisemitische nationalsozialistische Partei teilte das Schicksal der bürgerlichen Parteien, mit denen sie sich vielfach unter nationalem Banner zusammenfand. Unter diesen schnitten die Nationaldemokraten, deren Programm ich in dem früheren Aufsatz darlegte (Seite 175 soll es heißen: Volksabstimmung und Vorschlagsrecht in allen wichtigen Fragen) verhältnismäßig gut ab. Gegen die Mehrheitsparteien erhoben sich aber auch die Kommunisten. Diese wissen, wie wir in Graz sehen konnten, sehr geschickt zu arbeiten. Sie lassen ihre Umsturzideen stark in den Hintergrund treten und betonen alles, was ihnen mit der Sozialdemokratie gemeinsam ist, so daß deren Anhänger sich fragen mögen, warum eigentlich ihre Führer sie zu so entschiedenem Kampf gegen die Kommunisten aufrufen. Und mancher mag die Antwort in der Richtung finden, in welche die antisemitischen Parteien weisen. Sind doch in Graz die sozialdemokratischen Führer, die in einer großen Kommunistenversammlung sprachen, durch wenig liebenswürdige vielstimmige Zurufe an ihre Rassenangehörigkeit erinnert worden!

Die Mehrheitsparteien führten den Kampf gegen beide Gruppen von Gegnern mit recht verschiedenen Waffen. Die Nationalen mit ihrer Parteizersplitterung suchten sie dadurch zu treffen, daß für die Landtagswahlen mancher Länder die Koppelung der Listen verboten wurde, ferner dadurch, daß Landtags- und Gemeindewahlen (wo es Bezirksvertretungen gibt, auch die Wahlen in diese) zugleich und mit derselben Liste stattfanden. Das verwirrte die weniger geschlossenen Wähler der „dritten Partei" und verhinderte zugleich, daß bei den Landtags- und Gemeindewahlen andere als parteipolitische Gesichtspunkte zur Geltung kommen. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte und das Streben, in der Verwaltung und Wirtschaft erprobte Personen ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung zu wählen, also auch die Aufstellung „unpolitischer" Listen kämen naturgemäß den Nationalen zugute — und das sollte verhindert werden. Die nationalen Parteien wußten aber diese Lehre nicht genug zu beherzigen und versäumten es vielfach, die verbotene Koppelung durch das allein übrig bleibende Hilfsmittel, gemeinsame Kandidatenlisten, zu ersetzen.

Die Forderung der Kommunisten nach einer Räteregierung und nach Diktatur des Proletariats, die durch die Nachrichten aus Ungarn und aus Bayern und die verbreiteten verführerischen Schilderungen der in Ungarn angeblich entstehenden Musterordnung natürlich an Kraft gewann, hat in den Massen Anklang gefunden. Demgegenüber bringen die sozialdemokratischen Führer den folgenden Gedankengang vor. Ihre Ideale seien dieselben wie die der Kommunisten. Aber sie ließen sich nicht im Fluge verwirklichen und die Einführung einer Räteregierung würde zurzeit diese Verwirklichung sogar verzögern.

Bei den Wahlen für die Räte würden zwar die Bürgerlichen verschwinden, aber die Mehrheit fiele nicht den Arbeitern, sondern den Bauern zu. Das sei in Rußland (und nunmehr auch in Ungarn) dadurch verhindert worden, daß die Bauern im Verhältnis zur Kopfzahl viel weniger Mandate erhielten, als die Arbeiter. Unsere Bauern aber seien zu vorgeschritten und zu gut organisiert, um sich das gefallen zu lassen. In den Räten stünde also eine sozialdemokratische und kommunistische Minderheit der bäuerlich-christlichsozialen Mehrheit gegenüber. Da sei die Nationalversammlung noch besser, da in ihr die Sozialdemokratie von Fall zu Fall mit Hilfe der dritten Partei wichtiges erreichen oder doch vieles verhindern könne. Man solle sich also vorläufig mit ihr bescheiden. Die Entwicklung werde schon weiterführen.

Solche Darlegungen können die Christlichsozialen nicht eben in ihrer Bundestreue bestärken. Wenn sie gleichwohl, auch in den Landtagen, weiter mit den Sozialdemokraten zusammengehen, so erwarten sie offenbar, daß die Zeit für sie und vor allem gegen die Sozialdemokraten arbeiten werde. Sie haben allen Grund, das zu glauben. Der gleichen Meinung sind aber auch die Kommunisten. Allerdings haben diese, was man vielfach nicht erwartete, auf eine Wahlbeteiligung verzichtet und sich sehr ruhig verhalten. Diejenigen, welche meinten, sie würden die Wahlen oder den Zusammentritt der Landtage gewaltsam verhindern, und unter diesem Vorwande selbst den Wahlen fernblieben, sind im Irrtum gewesen. Man sagt, die Kommunisten legen sich vorläufig Zurückhaltung auf, um die Nahrungszufuhr durch die Entente nicht zu gefährden, und würden nach der Ernte entschiedener auftreten. Sicher ist, daß sie auf die wachsende Unzufriedenheit rechnen, die ihnen immer mehr Anhang aus sozialdemokratischen, aber auch kleinbürgerlichen Kreisen verspricht, auch wenn die auswärtigen Verhältnisse ihnen nicht zugute kommen. Die Sozialdemokraten sind also gezwungen, möglichst viel von ihren Parteiforderungen zu verwirklichen, um sich die bisherigen Anhänger zu erhalten. Das wird ihnen aber dadurch erschwert, daß sie dem Zusammengehen mit den Christlichsozialen zuliebe manche laut erhobene Forderung zurückstellen müssen, z. B. die der Trennung der Kirche vom Staat. Um so rascher lassen sie die Gesetzgebungsmaschine auf anderen Gebieten arbeiten, so in der formellen Ausgestaltung der republikanischen Staatsform durch Verbannung des bisherigen Herrscherhauses, Beschlagnahme seiner Güter, Abschaffung des Adels und der Orden und andere Wiederholungen aus der französischen Revolution und in der Vorbereitung der „Sozialisierung". Dabei halten die anderen Parteien, selbst als Antragsteller, mit — teils wohl aus parteitaktischen Gründen, um den Augenblicksstimmungen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, teils auch, weil die bisherigen Anregungen noch innerhalb ihrer Parteiprogramme liegen, zum Teil wohl auch, um die gegenwärtigen Führer der Sozialdemokratie gegenüber weniger gebildeten aber radikaleren Parteigenossen im Sattel zu erhalten. Es ist ja kein Zweifel, daß die Sozialdemokratie ihre einsichtigsten, weitestblickenden und sittlich besten Männer, zugleich ihre reinsten Idealisten und Doktrinäre, um nicht zu sagen Ideologen, an die Spitze der Regierung gebracht hat. Männer wie Renner, Bauer, Hartmann streben weder vorschnelle Zerstörung, noch ungerechte Gewaltherrschaft an. Wie sie an Wilson und den Weltvölkerbund glauben, so meinen sie im Innern durch besonnene, aber durchgreifende Verwirklichung der Parteigrundsätze dauernde gesunde Zustände schaffen, einen Idealstaat aufbauen zu können. Sie sind politisch und historisch gebildet genug, um nichts überstürzen zu wollen, andererseits aber sind die meisten von ihnen, wie alle echten Revolutionäre, geneigt, die Bedeutung und Wirksamkeit programmatischer Erklärungen zu überschätzen. So werden vielfach nach dem Muster der Menschenrechte oder der österreichischen Staatsgrundgesetze allgemeine Grundsätze gesetzlich formuliert. Das muß manchen herrschsüchtigen Parteigenossen, die möglichst rasch die Früchte des Machtgewinns ernten wollen, wider den Strich gehen. Aber es ist für die Nichtsozialisten leichter möglich, mit solchen Idealisten zusammenzugehen, als mit gänzlich unhistorisch denkenden und minder gebildeten „Realpolitikern". Ihr Mithalten er-

leichtert seinerseits wieder das Vorschreiten in der Richtung gegen die Sozialisierung. Nicht übersehen werden darf endlich, daß allen Parteien, die Dauerndes schaffen wollen, die Regelung der Finanzfragen, Valuta, Steuern, Zinsendienst und wie sie heißen mögen, die dringendste Sorge ist. Das hält die Parteien zusammen und hat die Mehrheitsparteien auch veranlaßt, Beamte und Gelehrte in die Regierung aufzunehmen, die ihnen selbst nicht angehören.

Es ist zweifellos ein Beweis politischer Fähigkeit, den man in Österreich kaum erhofft hätte, daß bisher — wenn auch um hohen Preis, auch im strengsten Sinne dieses Wortes — die Ruhe und Ordnung erhalten blieb und daß die radikale Flut aus Ungarn bisher nur sehr kleine Wellen in Deutschösterreich aufwarf. Auf der anderen Seite ist die nervöse Hast, mit der man die Gesetzgebungsmaschine arbeiten läßt, gegenüber der Zeit der provisorischen Nationalversammlung noch gestiegen. Vielverordnerei und eilige, zu nachträglicher Verbesserung nötigende Arbeit fehlt nicht. Weniger wäre manchmal mehr. Aber daß viel und fleißig gearbeitet und viel Gutes geschaffen wird, kann man nicht leugnen. Immerhin wird der Freund ruhiger Entwicklung nicht wünschen, daß die endgültige Verfassung solche Formen erhält, die eine langsamere und überlegtere Gesetzgebungsarbeit erschweren. Gerade solche aber sind festgelegt worden: weder ein vom Volk gewählter Präsident, noch eine zweite Kammer haben die Macht, der Nationalversammlung Bedenkzeiten aufzunötigen. Wieweit die Volksabstimmung ihre Allmacht beschränken wird, muß die Erfahrung lehren. Der Präsident ist nur das Organ der Nationalversammlung; mehr Einfluß hat der Staatskanzler, wenigstens solange diese Stelle ein Mann wie Karl Renner bekleidet, aber auch seine Macht ist von der alleinherrschenden Versammlung nicht unabhängig. So muß man es beinahe begrüßen, daß die Regierung, um den Kommunisten entgegenzukommen, an eine organische Einfügung des Rätesystems in die Verfassung und Verwaltung denkt. Im alten Österreich waren die fachlichen Beiräte — neben dem Herrenhause, wie ich trotz aller Schmähreden über diese Einrichtung der Vergangenheit auch heute meine, und vor ihm — diejenigen Körperschaften, in denen am sachlichsten gearbeitet wurde — und in ihren Protokollen wäre auch für die republikanische Verwaltung und Gesetzgebung viel wertvolles zu finden. Aber sie waren als bloße Beiräte praktisch machtlos. Von den künftigen Räten ist eher zu besorgen, daß sie zu viel Macht erlangen und sie zu einseitig ausüben werden. Aber wenn das vermieden wird, wenn sie alle Gruppen der Bevölkerung umfassen, wenn sie in gerechter Verteilung als Berufsvertretung gleichsam an Stelle der so oft schon geforderten berufsmäßig aufgebauten zweiten Kammer ins Leben treten, so müssen sie auch den Bürgerlichen willkommen sein. Schon stellt man hier und da zu der Forderung nach Arbeiter- und Bauernräten die nach Bürgerräten auf und hat gelegentlich solche ins Leben gerufen. Aber im Wahlkampfe selbst trat die Frage der künftigen Verfassung ebenso in den Hintergrund, wie bisher. Daß die Verfassungsfragen, wie ich auch hervorgehoben habe, durch den Anschluß an Deutschland ein „anderes Gesicht" erhalten, hätte kein Grund sein dürfen, sie außer Erörterung zu lassen — um so mehr, je unsicherer sich die Aussichten dieses Anschlusses noch während der Wahlzeit, auch durch die Tätigkeit Allizés und die Einwirkung seiner Gehilfen auf die christlichsozialen Parteimänner, gestalteten. Die ungerechte und undemokratische Wahlordnung für Staat und Länder bietet so viel Angriffspunkte, daß die Parteien, die durch sie benachteiligt sind, mit der Forderung nach einer besseren viel Anklang hätten finden müssen, wenn sie es gewagt hätten, damit aufzutreten. Aber hinter dem Wahlkampf standen unausgesprochen noch viel weitertragende Fragen der künftigen Staatsgestaltung. Wären sie der Bevölkerung und den untergeordneten Parteiführern bewußt geworden, so sähe vielleicht das Wahlergebnis, jedenfalls die Wahlbeteiligung anders aus.

Sprechen wir zunächst von diesen! Die Zahl der nutzlos abgegebenen und zersplitterten Stimmen war geringer, als bei der Wahl in die Nationalversammlung. Diese hatte kein treues Bild der wirklichen Kräfteverteilung ergeben. Die Zahl

der bürgerlichen Mandate entsprach nicht jener der bürgerlichen Stimmen. Die Sozialdemokratie hatte, als die schon bisher führende Partei, den Zulauf jener, die immer mit dem Erfolg gehen, und vieler Unzufriedener von Beruf, die leicht auch mit ihr unzufrieden werden können. Von den Christlichsozialen waren viele „Heimkehrer" und andere abgefallen, die von ihrem Wahlsieg die Wiederkehr der „alten Zustände" und der Dynastie besorgt hatten. Diese Besorgnis ist nun im Schwinden. So mußte nunmehr der christlichsoziale Anhang auf dem Lande steigen, während in den meisten Städten die Sozialdemokratie noch gewann. Ausnahmsweise hielt ihr bei großstädtischen Gemeindewahlen ein mühselig geschaffenes Wahlbündnis der Christlichsozialen und der Nationalen stand, wie in Graz. Auch die starke Betonung des Landespatriotismus durch die Christlichsozialen, die ein Teil der Freiheitlichen darin fast noch überbot, mußte vorwiegend jenen zugute kommen. Vor allem aber war nach dem 16. Februar die Meinung verbreitet, daß an diesem Tage schon über die Machtverteilung in Land und Gemeinde entschieden sei, daß nur die zwei großen Parteien Erfolg versprechen. Das erklärt die Niederlage, welche die nationalbürgerlichen Parteien fast überall erlitten; aber zum Teil auch die allgemeine Wahlmüdigkeit. Am 16. Februar war die Wahlbeteiligung, namentlich auch von Seite der Frauen, überaus stark, auch in den Ländern ohne Wahlpflicht — ganz so wie bei den Reichsratswahlen 1907 im Vergleich zu 1911. Der Reiz des Neuen und Ungewohnten für die neuen Wähler, sowie die neue Wählerzahl und Wahlkreiseinteilung, die bei allen Parteien Hoffnungen erregte, aber keiner eine sichere Voraussicht erlaubte, erklären das zum großen Teil; 1911, als diese Antriebe fehlten und viele Bezirke für die eine oder andere Partei als uneinnehmbar erkannt waren, flaute die Wahlbeteiligung ab. Genau so heute. In Wien erschien z. B. nur etwa die Hälfte der Wähler an der Urne. So spielte sich der Wahlkampf wesentlich zwischen den beiden Mehrheitsparteien ab.

Was bedeutet nun das Ergebnis, daß die Gemeindevertretung der wichtigsten Städte in die Hand der Sozialdemokraten gelangt ist, wie man erwartet hatte, daß dagegen nicht erwarteterweise die Mehrheit in allen Landtagen in den Händen der Christlichsozialen allein ist oder doch ihnen im Vereine mit den meist um die Bauernpartei gescharten Nationalen zukommt?[1]) Es hat — was im Wahlkampf selbst spät und selten hervorgehoben wurde — nach drei Seiten eine bedeutsame Rückwirkung, in der Frage der Anschlußpolitik, in jener der künftigen Staatsverfassung und in der nach der künftigen Regierung in Staat und Land, wie auch in den meisten Großgemeinden.

Wenn die Wahlen vom 16. Februar als ein Bekenntnis der überwiegenden Mehrzahl des Volks für den Anschluß an Deutschland angesehen werden mußten, so kann das nach dem Gesagten von den Landtags- und Gemeindewahlen nicht in demselben Grade gelten. Sie sollten aber auch Gelegenheit geben, gegen die Besetzung deutschösterreichischen Bodens durch Slawen und Italiener neuerlich feierliche Verwahrung einzulegen. Man hatte die Frage aufgeworfen, ob die gegenwärtige Nationalversammlung berufen ist, für ganz Deutschösterreich zu sprechen und ob Gesetze verbindlich sind, die ohne die Vertreter Deutschböhmens, des Sudetenlandes, Südtirols und der Untersteiermark gegeben werden. Zweifellos fehlten diese bei der Grundlegung der Verfassung und man hat die Frage ihrer Zuziehung erst in letzter Zeit entschieden. Von dem Notwahlrecht, das schon die vorläufige Verfassung vorsah, wurde nur für Südtirol und Untersteiermark Gebrauch gemacht. Für jenes wurden Vertreter nach Vereinbarung der Parteien ernannt, die aus Deutschsüdtirol stammen. Für Steiermark aber hat man diejenigen drei Wahlbewerber einberufen, die auf den Wahlwerberlisten jeder der drei Parteien im Wahlkreis „Mittel- und Untersteiermark" unmittelbar auf die Gewählten folgen.

[1]) Da ich dies, in St. Germain am 2. Juni, schreibe, stehen die Wahlen in Tirol und Kärnten noch aus. In diesem letzteren ergibt sich vielleicht eine relative Mehrheit der Bauernbündler und Nationalen.

Unter diesen ist aber kein Untersteirer. Das hat man bei der Landtagswahl dadurch gutgemacht, daß Sozialdemokraten und Bauernpartei an bevorzugter Stelle ihrer mittelsteirischen Liste namhafte Vertreter Untersteiermarks kandidierten und durchbrachten. Dagegen bleiben Deutschböhmen und Sudetenland ganz unvertreten, da die Sozialdemokraten nach längerem Schwanken und Verhandeln die Ernennung von Abgeordneten für sie ablehnten. Darin spiegelt sich wohl die Erwägung, daß diese Gebiete nach ihrer geographischen Lage und ihren wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu dem übrigen Deutschösterreich, sondern zu den Nachbarstaaten im Deutschen Reich gehören und in deren Volksvertretung ihre Abgeordneten entsenden sollten. Trotzdem ist es bedauerlich, daß eine Gelegenheit versäumt wurde, ihre Zugehörigkeit zum Deutschtum feierlich zu bekunden und durch eine symbolische Handlung gegen die tschechische Vergewaltigung Verwahrung einzulegen. So kann man nicht sagen, daß die Wahlen eine besonders lebhafte Bekundung des nationalen Empfindens bedeuten.

Ist der Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und Deutschnationalen als unbedingten Anschlußfreunden auf der einen, den Christlichsozialen als vorsichtigen Rechnern auf der andern Seite nicht einmal der Masse der Wähler während der Wahlen vollbewußt geworden, so wurde auch ein anderer, instinktiv empfundener, erst nach dem Großteil der Wahlen allgemein klar. Die christlichsoziale Partei hat einen föderalistischen Verfassungsentwurf eingebracht. Die Sozialdemokratie hat also die Aufgabe, den Einheitsstaat zu vertreten. So sind die Rufe: „Los von Wien!“ und „Los von der sozialdemokratischen Regierung!“ miteinander in parteipolitischen Zusammenhang gebracht worden. Indem die Christlichsozialen den ersten erhoben, suchten sie der Verwirklichung des zweiten vorzuarbeiten und mancher hat erst nachträglich erkannt, daß er unabsichtlich diesen ihren Zweck gefördert hat. War es für die „dritte Partei“ schon bei den Wahlen nachteilig, daß sie in dieser Grundfrage ihre einheitliche Haltung verloren hatte, daß sie in immer zahlreicheren Vertretern den Ländereqoismus anerkannte und verfocht, während andere ihn bekämpften, so ist das für ihre künftige politische Stellung geradezu verhängnisvoll. Sie wird weder das Zünglein an der Wage in der Grundfrage unserer Verfassung, noch ein wichtiger, mitbestimmender Teil der Mehrheit, sondern verliert weiter an Kraft und Geschlossenheit.

Damit ist aber auch gesagt, daß die beiden großen Parteien weiter miteinander auskommen, daß sie Kompromisse suchen müssen, um gemeinsam regieren zu können, solange der Gegensatz nicht zu groß wird oder die Macht im Lande sich nicht auffällig nach einer Seite verschiebt. Deshalb werden sie auch die Landesregierungen in der Hauptsache gemeinsam übernehmen, wie sich auch schon mehreren Ortes gezeigt hat. Immerhin verschiebt sich das Gewicht nach rechts. Die Zeit ist noch ferne, in der aus der „Synthese“ der sozialdemokratischen und der christlichsozialen Einseitigkeiten sich jene wahre nationale Demokratie ergibt, für welche heute nur ein kleiner Kreis Deutschgesinnter kämpft. Aber sie muß kommen, wenn das Zweiparteiensystem in seiner ganzen Schädlichkeit erkannt sein wird.

Konservativismus

Von Dr. Oswald Dammann

Paul de Lagarde sagt einmal, daß es nie eine deutsche Geschichte gegeben habe, wenn nicht etwa der regelrecht fortschreitende Verlust deutschen Wesens deutsche Geschichte sein solle. In der Tat hat der beständige Widerstreit einheimischer und fremder Kulturtendenzen, der recht eigentlich die Grundmelodie deutscher Geschichte bildet, das ruhige Reifen einer nationalen Reinkultur gestört und an dessen Stelle innere Haltlosigkeit und Gebrochenheit zutage gefördert, als deren charakteristisches Merkzeichen sich jener Mangel an erhaltendem, geschichtlichem Sinn offenbart, der als eine der bedauerlichsten Tatsachen der deutschen Kulturentwicklung seine verhängnisvollen Folgen bis in die Gegenwart hinein geäußert hat. Der damit Hand in Hand gehende politische Zersetzungsprozeß ist nur eine Spielart dieser allgemeinen Vergiftungserscheinung im deutschen Blut. Die Aufnahme fremder Bestandteile mag von Nutzen sein, solange die kräftige Natur der Nation die Quelle der Erneuerung immer wieder in sich selbst findet. Aber nicht jedes Volk besitzt die robuste Gesundheit, die ihm über die schmerzhaften Wehen seines wechselvollen Werdegangs zur festen Ausprägung seines Wesens verhilft. In seiner Not sucht es dann wohl stärkenden Trost im reinen Abbild seines Lebens, im mächtigen Zauberhort seiner Kunst. In sie flüchtet der konservative Geist, der historische Sinn, ohne den die Menschheit nun einmal nicht gedeihen kann, um von hier aus seine volks- und staatserhaltenden Kräfte walten zu lassen. So entsteht, zusammengekittet durch das gemeinsame Erlebnis großer Kunst, jene höhere Einheit, die die Volksgemeinschaft emporhebt über alle Zufälligkeiten nationaler Wesensgestaltung. So erklärt sich die wunderbare Erscheinung, daß beim äußersten Radikalismus des Griechenvolkes seine Kunst, vor allem seine Poesie, auffallend konservativ blieb, daß während der radikalen demokratischen Republik in Athen sich ganze Dichtergenerationen der Aufgabe widmeten, die nationalen Traditionen des attischen Mutterlandes im Spiegel der Dichtung lebendig zu erhalten. Ihren Bemühungen verdankte denn auch der athenische Staat trotz aller Erschütterungen seine Erhaltung. Und von hier aus gewinnt die Anekdote ihren tiefen, weltgeschichtlichen Sinn, die erzählt, der spartanische Feldherr Lysander habe, ergriffen durch die Wirkung eines Euripideischen Chorliedes, von der Zerstörung Athens abgesehen. Wenden wir den Blick auf unsere eigene Geschichte, die sich in so mannigfacher Hinsicht mit der griechischen berührt, so vermissen wir in ihrem ganzen krisenhaften Verlauf jene durch eine konservative Geisteskultur aufgespeicherte Lebenskraft, die als unentbehrliches Schwergewicht gegen Auflösung und Entartung hätte dienen können, und sehen statt dessen mit fast gesetzmäßiger Regelmäßigkeit in allen Perioden den Abbruch der Tradition wiederkehren, der noch immer die Ausbildung unserer nationalen Eigenart verhindert hat. Die deutsche Kultur der Völkerwanderungszeit ist, trotz der Fürsorge Karls des Großen, spurlos verschwunden. Die nicht minder hohe Kultur des dreizehnten Jahrhunderts, mühsam aus Trümmern aufgebaut, eine Kultur, die auf der Überlieferung beruhte und mit allem, was sie Großes an Epischem, Lyrischem, Dramatischem, an Musik und bildender Kunst geleistet hat, getrost neben die griechische Blütezeit gestellt werden darf, versank in den nächsten Jahrhunderten wieder in Humanismus und Ausländerei. Noch einmal raffte sich dann der ermüdete Volksgeist aus dem allgemeinen Chaos, unter vielfachen Unterbrechungen und Störungen, zu einer entscheidenden Kraftanspannung empor. Man hat mit Recht die Geschichte der deutschen Literatur seit 1750 eine Entdeckungsgeschichte des eigenen, nationalen Altertums genannt. In stufenweisem, mächtigem Emporklimmen gewinnt der deutsche Geist wieder einen Gipfel und weiten Ausblick über das altererbte Herrschaftsgebiet. In Klopstock erwacht die Poesie der Skalden und des Heliand, in Bodmer, Hölty, Gleim die der Minne-

sänger, in Goethe kommt Hans Sachs, das Volkslied, das Volksbuch, das alte Puppenspiel zur Wiedergeburt. Bewußt wird diese Richtung von den Romantikern, von Novalis, Tieck, Brentano, Görres, von den Brüdern Grimm aufgenommen und mit dem ganzen Ernst der neu erwachten Wissenschaft zum systematischen Abschluß gebracht. Freilich läßt sich nicht leugnen, daß diese Anknüpfungsversuche in ihrer noch unbestimmt tastenden Art kaum ausreichten, und daß der alte Goethe recht hatte, wenn er feststellte, daß es allen edlen Anstrengungen noch nicht gelungen sei, einen nationalen Stil zu finden, oder, wie er sich ausdrückte, ein Repertoir zu schaffen.

Ein solcher Stilbegründer erwuchs erst in Richard Wagner. Er erst war es, der nach diesen schüchternen Ansätzen alle Zweifel an der Möglichkeit einer nationalen Kunst siegreich niederschlug. Man kann über das Wagnersche Gesamtkunstwerk verschiedener Meinung sein. Soviel ist gewiß, daß keiner vor ihm mit überzeugenderer Klarheit auf die Bedeutung des nationalen, des mythischen und des religiösen Stoffes für die Kunst hingewiesen hat. Und kaum je hat ein deutscher dramatischer Dichter verantwortungsvoller seine Kunst als ein soziales, ein nationales Amt ausgeübt als er, von dem das Wort stammt, daß die Kunst zur Zeit ihrer Blüte konservativ gewesen sei und es wieder werden müsse. Sein Werk allein darf als würdige Kulturergänzung zur Erhebung der deutschen Nation seit 1870 angesehen werden.

Es ist bekannt, daß der Schatz, den Richard Wagner dem deutschen Volke schuf, nicht ausgemünzt worden ist; daß die Bahn, in die die Entwicklung unserer Kultur einlenkte, mehr und mehr abseits führte, und daß wir heute ratlos vor dem drohenden Chaos stehen. Zweifel tauchen auf, ob die so oft angespannte Regenerationskraft unseres Volkes angesichts eines neuen radikalen Kulturbruchs sich noch einmal bewähren wird. Wir wissen es, Kunst und Wissenschaft, nicht zuletzt die Wissenschaft vom Deutschtum, haben wieder den innigen Zusammenhang mit dem Herzen der Nation verloren. Das ethische Bewußtsein, von dem die Romantiker und mit ihnen die Brüder Grimm durchdrungen waren, das Bewußtsein, daß jede Betätigung, auch die wissenschaftliche, von der künstlerischen ganz zu schweigen, dem Volke zur lebendigen Bereicherung dienen müsse, ist vielfach ganz verloren gegangen. Enges, hartes Spezialistentum, von falschem, subjektivem Radikalismus geleitet, treibt seine unfruchtbaren Blüten. Und nicht anders steht es mit der Kunst. Im beständigen Suchen nach neuen, immer unerhörteren Standpunkten, ohne Rücksicht auf die großen Zusammenhänge, in denen er steht, ohne Rücksicht auf seine hohe sittliche Verpflichtung, die ihm vorschreibt, der getreue Eckart der nationalen Güter zu sein und seine eigensinnige Willkür dem Vorteil des Ganzen unterzuordnen, wirkt der Künstler unserer Tage als Parteigänger jener verblendeten antikonservativen Elemente, die schon so oft im Verlaufe unserer Geschichte die organische Entwicklung einer nationalen Kultur unmöglich gemacht haben. —

Es ist nicht Reaktion, der hier das Wort geredet wird. Es ist nur in einer Zeit, die allzu ausschließlich dem Radikalismus huldigt, ein Bekenntnis zu den ewig frischen Quellen unseres Volkstums, aus denen unerschöpfliche Energien, wahrhaft aufbauende Kräfte und der Fortschritt im höchsten Sinne herausfließen, ein Bekenntnis zugleich zu jenen großen Deutschen, die, indem sie, wie die Griechen, die konservative Bedeutung aller echten Kunst erkannten und ergriffen, uns uns selber zurückgegeben, unser Volk, das sich so oft zur Vergeudung seines heiligsten Erbes verleiten ließ, wieder reich gemacht haben.

Amerika am Scheidewege

Wilson hat bekanntlich in seiner großen Rede in der Metropolitan Opera behauptet, die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes hinter sich zu haben. Aber jeder Massenpsychologe weiß, daß derlei Versicherungen, mögen sie noch so sehr von ehrlicher Überzeugung getragen sein, immer sehr gewagt sind. Läßt man Zeitungsäußerungen als Dokumente für die öffentliche Meinung oder den Ausdruck des Volkswillens gelten, so scheint es mit der Behauptung des Präsidenten bedenklich zu stehen. Wenigstens ergab eine Umfrage der „Morning Post" bei 1377 amerikanischen Zeitungen 718 Stimmen für, 478 bedingungsweise für, 181 gegen den Völkerbund. Als Kontrolle kann eine Umfrage des „Literary Digest" dienen, die bei republikanischen Zeitungen 114 Stimmen für, 306 bedingungsweise, 107 gegen, bei demokratischen 379 für, 18 bedingungsweise für, 47 gegen, bei der unabhängigen Presse 16 für, 51 bedingungsweise für, 8 gegen, also ein Verhältnis von 509 : 375 : 162 ergab. Danach erscheint die hinter Wilson stehende Mehrheit keineswegs so überwältigend und offenbar kommt alles darauf an, was man unter „bedingungsweise" zu verstehen hat. Verschiedenen dieser Bedingungen hat Wilson allerdings inzwischen durch Bestehen auf der Monroe-Doktrin und durch Ausschluß der Gleichberechtigung der gelben Rasse Rechnung zu tragen versucht, andererseits scheint jedoch die Opposition der Republikaner und des Senats im Wachsen zu sein. Und selbst wenn man zugibt, daß Zeitungsäußerungen nicht unbedingt den Volkswillen repräsentieren, ja von ihm beeinflußt werden können, so ist doch gerade dieser Volkswille selbst so leicht beeinflußbar und, wie gerade von genauen Kennern Amerikas immer wieder mit Nachdruck versichert wird, so schwer bestimmbar, daß, nach ihrer Versicherung, Vorhersagen darüber, ob Amerika für oder gegen den Völkerbund sein wird, keinerlei wirkliche Bedeutung zugesprochen werden kann.

Daraus ergibt sich also mit Sicherheit nur das eine, daß die öffentliche Meinung Amerikas von Grund aus gespalten ist und schwankt, daß seine Politik an einem Kreuzwege angelangt ist. Es muß sich entscheiden zwischen amerikanischer und Weltpolitik. Amerikanische Politik, das heißt Beschränkung auf Amerika unter Sicherung nach außen und Saturierung im inneren. Weltpolitik heißt Wettbewerb in erster Linie mit England (samt seinen Dominions), aber auch mit Rußland, Japan, und Europa überhaupt. Beide Wege sind gangbar und denkbar. Die wirtschaftliche und politische Durchdringung Mexikos, Südamerikas und Canadas scheint die natürliche Verwirklichung des in der Monroedoktrin ausgesprochenen Ideals zu bilden und würde den gesamten Kräften der Vereinigten Staaten aller Voraussicht nach noch für mindestens ein Jahrhundert reichliche und genügende Betätigung erlauben. Aber die sehr wirkliche wirtschaftliche Entwicklung des amerikanischen Volkes folgte schon vor dem Kriege keineswegs diesen durch die Theorie klar vorgezeichneten Bahnen, sondern realistischen und praktischen Gesetzen. Industrieller Export läßt sich in seiner Richtung bekanntlich nicht willkürlich bestimmen, sondern greift automatisch dahin über, wo sich ihm bei möglichst gesteigerter Gedeihungsmöglichkeit der geringste äußere Widerstand entgegenstellt. Ersterer ist zum Beispiel in Mexiko bei der Unsicherheit der dort herrschenden politischen Lage, seiner mangelhaften Zivilisation und der infolge des amerikanischen Widerstrebens gegen Militärdienst sich ergebenden Unmöglichkeit, Mexiko tatkräftig zu einer nordamerikanischen Kolonie zu machen, nicht gegeben. Kanada konkurrierte durch seine enge Verbindung mit England selbst zu stark, um eine wirtschaftliche Durchdringung von seiten der Union als nutzbringend erscheinen zu lassen, und zu einer kräftigeren Erfassung Südamerikas, der sich überdies immer Mexiko als Riegel vorschob, fehlte es an einer ausreichenden Handelsflotte. Die Folge war, daß sich der Export gestützt auf eine natürliche Wohlfeilheit der Rohprodukte, Lebensmittel und eine aus den Verhältnissen sich ergebende besondere Art der Produktion (Maschinen!) Absatzgebiete in Übersee, Europa und Asien

suchte. Handel aber nach Übersee im Wettbewerb mit andern Großmächten der Welt ist bereits Weltpolitik und zieht einen gewissen Imperialismus geradezu logisch nach sich.

Die Bahn dieses Überseehandels war nun bereits vor dem Kriege so ausgefahren und selbstverständlich, daß Amerika nicht einfach die Zeit lediglich zur Eroberung des heimischen und südamerikanischen Marktes benutzen konnte, sondern auch infolge des Nachlassens des äußeren Widerstandes in Europa durch Verminderung des dortigen Wettbewerbs, gleichsam automatisch zur Steigerung der Entwicklung nach Übersee getrieben wurde, ja diese Steigerung infolge des langdauernden europäischen Riesenbedarfes ein so maßgebender Faktor für den amerikanischen Gesamtorganismus wurde, daß eine Behinderung dieser Entwicklung, wie sie der deutsche U-Bootkrieg bedeutete, geradezu als Eingriff in das innere Leben Amerikas empfunden werden mußte. Und so sehr vielleicht auch, abgesehen von persönlichen Sympathien oder Antipathien und Propagandawirkung, die Kriegserklärung an Deutschland von der Mehrheit des Volkes als reine Verteidigungsmaßregel einer konsequenten Amerikapolitik angesehen wurde, in Wirklichkeit bedeutete diese Kriegserklärung, da sie das Prinzip ungehinderten Überseehandels verfocht, ein Bekenntnis zur Weltpolitik.

Weite amerikanische Kreise wollen allerdings diese Entwicklung nicht zugeben, schrecken jedenfalls vor den damit verbundenen Konsequenzen zurück. Zieht man von den Widerständen gegen Wilsons Völkerbundspolitik alles ab, was sich auf Parteitaktik, Parteiintrigen, persönliche Widerstände, innerpolitische Bedenken gegen des Präsidenten autokratische Manieren, gegen seine Steuerpolitik, was sich ferner auf die Widerstände der Deutsch-Amerikaner und Iren, auf die Skepsis von Realpolitikern, die den Bund für unmöglich oder ohnmächtig halten, und die Enttäuschung einiger klar sehender Idealisten (der frühere Sozialistenvertreter Meyer-London z. B., der gegen den Krieg gestimmt hat, hat sich in einer Rede im New Era Club auch gegen die Liga der Nationen ausgesprochen, weil eine solche mit Vertretern selbstsüchtiger Nationen, die dasselbe Hunnentum und die gleiche Barbarei offenbarten, die sie bekämpft hatten, nicht geschlossen werden könnte) zurückführen läßt, so bleibt als Hauptbedenken immer noch die Monroedoktrin. Die Monroedoktrin aber hat ein Doppelgesicht. Einmal schaltet sie grundsätzlich jeden außeramerikanischen Einfluß auf amerikanisches Territorium aus. Und in diesem Punkte wird kein politisch erzogener Amerikaner ernsthaft nachgeben. Man fürchtet demnach, daß vermittelst des Völkerbundes europäische Mächte (wohl gar Monarchen!) Einfluß auf Angelegenheiten gewinnen könnten, die man als rein amerikanisch anzusehen gewohnt ist, daß insbesondere England durch seine sonderstimmberechtigten Dominions Amerika in gewissen Fällen in bedrohlicher Weise zu überstimmen in der Lage wäre. Man überlegt auch, daß z. B. Artikel X des Wilsonschen Völkerbundentwurfs, der zur Aufrechterhaltung des territorialen Zustandes bestehender Staaten verpflichtet (und somit jedes Werden und jede Entwicklung im Grunde zu unterbinden trachtet) Amerika im spanisch-amerikanischen Kriege zur Ohnmacht verurteilt und von Cuba ferngehalten haben würde, und gerade ausgesprochene amerikanische Imperialistenkreise machen geltend, daß eine im nordamerikanischen Sinne ersprießliche Regelung der Konflikte mit Mexiko, die einmal ja doch zum Austrag werden kommen müssen, durch den Völkerbund nahezu unmöglich gemacht sind. Auf der andern Seite aber fürchtet man sich, die bewährten Beschränkungen der Monroedoktrin nach außen hin aufzugeben. Das weiß der Tatsachensinn der Amerikaner recht wohl zu erkennen, daß eine absolut ausschlaggebende Vormachtstellung Amerikas in diesem Völkerbunde, von der durch Wilsons Arbiter mundi-Rolle begeisterte, heute jedoch kaum noch ganz überzeugte Idealisten vielleicht träumen, in Wirklichkeit noch lange nicht möglich sein wird und daß der Völkerbund Amerika zwar Einfluß an vielen Punkten der Erde verleihen, es aber auch verpflichten würde, in vielen Fällen z. B. eines irischen Aufstandes oder jedes kleinen Balkankonfliktes einzugreifen, in denen Amerika absolut interesselos ist und von seinem Standpunkt aus nur

kleinliche Kirchturmsinteressen erblicken kann. Daher sträubt man sich auch gegen die Idee des amerikanischen Armenienprotektorates. Da ein solches Mandat dem Handel anderer Nationen offene Tür läßt, so vermag man nicht einzusehen, weshalb man die Lasten der Ausübung einer Polizeigewalt auf sich nehmen soll, nur weil England und Frankreich sich den Besitz Armeniens oder der Meerengen gegenseitig nicht gönnen wollen. Schon hat der „Sun" es unwillig ausgesprochen, Europa bezwecke mit dem Völkerbund nur, sich Amerikas Hilfsquellen zu sichern. Aber gerade Frankreichs Erfahrung mit Rußland hat die Gefahren, die sich aus zu weitgehender und zu langfristiger Kreditgewährung an fremde Mächte in zu starker Bindung der eigenen Außenpolitik ergeben, schlagend vor Augen geführt.

Soweit über die aus realpolitischen Erwägungen entspringenden Widerstände. Aber es fragt sich, ob sich die imperialistischen Überseetendenzen heute noch wieder zurückschrauben lassen. Man macht sich jetzt in Europa selten klar, wie weit Amerika während des Krieges, vielleicht unbewußt und lediglich der Logik wirtschaftlicher Interessen folgend, tatsächlich die ersten Schritte getan hat, Europa und Ostasien zu amerikanischen Kolonien zu machen. Schon im Mai 1918 hatten die Amerikaner die Betriebskontrolle und bei der herrschenden Unsicherheit auch die Polizeiaufsicht über die ostsibirische Bahn, für die weitere Instandsetzung und den Ausbau sind amerikanische Kräfte in Aussicht genommen, und die Zahlung der Lohnrückstände an der Bahn, die im Februar 1919 bereits 60 Millionen Rubel betrugen, wird Amerika gleichfalls übernehmen wollen. Dazu kommt dann der z. B. durch die Lahmlegung der Polnischen und Moskauer Textilfabriken und durch die Dezentralisierung des asiatischen Rußlands an sich bereits gegebene bevorstehende ungeheure wirtschaftliche Aufschwung, der bei Japans starker Bindung in Korea und China und seinen starken Tendenzen nach Süden und nach Indien hin gewiß zum größten Teil der amerikanischen Industrie zugute kommen kann. Ja, es ist nicht ausgeschlossen, daß die Befürworter des amerikanischen Mandatprojektes über Armenien und Konstantinopel auch bereits an eine amerikanische Bevormundung der ganzen sibirischen Bahn gedacht haben. Wie weit die in jüngster Zeit von französischen Zeitungen erhobene Anklage, die angelsächsische Neigung mit den Bolschewisten zu verhandeln, stände im Zusammenhang mit der Beteiligung englischen und amerikanischen Kapitals an der neu konzessionierten Bahn Ob—Kotlas—Seroka—Kotlas—Swanka in Verbindung, auf Tatsachen beruht, muß einstweilen dahingestellt bleiben. Noch bedrohlicher aber nimmt sich die Lage in Frankreich aus. Nicht umsonst haben die Amerikaner Wilgus, den Vizepräsidenten der New York Central Lines, zur Organisierung des amerikanischen Bahnbetriebes nach Frankreich geschickt: im September 1918 rollten laut „Chicago Daily Tribune" in Frankreich auf 1400 Kilometer neuer Bahnen 400 Lokomotiven, 8000 Güterwagen mit 40—50000 Mann Personal, und da die Amerikaner ganze Arbeit machten und auch gleich den dazu gehörigen Grund und Boden besonders auch im Departement Doubs erwarben, den das von Finanznöten heimgesuchte Land in absehbarer Zeit kaum wird zurückkaufen können, die Bahnen auch völlig in eigene Verwaltung nahmen und auf Grund wahrscheinlich abgeschlossener Kontrakte noch weiter ausbauen werden (geplant wurde z. B. eine Bahn Nantes—Genf, während als Ausgangspunkt für den Handel nach der Schweiz Cette durch Bordeaux ersetzt werden soll), so ist keine Aussicht vorhanden, daß die Amerikaner so bald das Feld räumen werden, um so weniger als zum Wiederaufbau der zerstörten Bergwerke, Kanäle, Straßen usw. bereits im Dezember 1918 eine Delegation amerikanischer Ingenieure und Industrieller nach Frankreich abgegangen ist, die St. Nazaire zum Hauptzufuhrhafen für das Wiederaufbaumaterial ausbauen will. Was die Amerikaner in dieser Hinsicht zu leisten in der Lage sind, haben sie beim Ausbau von La Rochelle während des Krieges bewiesen, wo mit Hilfe riesiger Löschanlagen in kurzer Zeit täglich so viel gelöscht wurde, wie früher in Monaten. Schon während des Krieges haben endlich die Amerikaner, die bekanntlich auch viele der infolge Leutemangels geschlossenen Fabriken in Pau, Lyon und Bordeaux wieder in Gang gebracht haben, Vorbereitungen getroffen, nach Friedensschluß einen Teil der französischen Munitions-

industrie zu übernehmen und in Eisen- und Lokomotivfabriken umzuwandeln, wobei ein alsbald gebildetes amerikanisches Syndikat die Mitwirkung französischer Firmen nachdrücklich abgelehnt hat. Überall hat Amerika, wie Albert Thomas dem New York Sun gegenüber bewegliche Klage führte, Geschäftsverbindungen angeknüpft und gewaltige Aufträge erhalten, so daß Frankreich tatsächlich zu einem Ausbeutungsobjekt des amerikanischen Handels herabzusinken drohe. Endlich ist es kein Geheimnis mehr, daß sogleich nach Friedensschluß auch Deutschland eine Überschwemmung mit Waren Amerikas, das sich nicht umsonst zum lauten Jammer des französischen Verbündeten, den Löwenanteil an der deutschen Handelsflotte gesichert hat, bevorsteht, die wir voraussichtlich keinerlei Möglichkeit haben werden, abzuwehren. Auch in Belgien, und bis ins Rheinland hinein, sind die Amerikaner in Ausnützung ihrer finanziellen Überlegenheit, eifrig daran, Fabriken zu kaufen und in Kopenhagen macht man sich bereits ernstlich Sorgen darüber, ob man nicht die Sugrematie des Ostseehandels an Amerika werde abgeben müssen. Das einzige, was eine Kolonisierung Europas durch Amerikaner noch hinausschieben kann, ist der Umstand, daß Nordamerika bis zur inneren Saturierung noch eine riesige Bevölkerungsvermehrung ertragen kann, daß noch heute drüben in weiten Kreisen als Erbteil der Auswandererscharen eine gewisse Europascheu besteht, die durch das, was der Amerikaner während des Krieges von Europa gesehen hat, alles andere als widerlegt ist, und (wie lange noch?) die englische Konkurrenz. Sonst aber unterscheidet sich, was jetzt in Frankreich geschieht, in nichts von beginnender Kolonialpolitik europäischer Länder in fremden Kontinenten, maßt sich doch Amerika bereits eine Art Kontrolle der europäischen Lebensmittelankäufe an. Europa soll z. B. seine Lebensmittelbedürfnisse nicht in dem billigeren Südamerika decken dürfen, da Amerika, um während des Krieges seine Landwirtschaft zu heben, dieser Mindestpreise garantierte, die die Käufer eben, da Amerika sich nicht mit Verlusten belasten könne, tragen müßten. Und das, obgleich ganz Frankreich über die Teuerung die Hände ringt.

All diese Tatsachen lassen es kaum glaublich erscheinen, daß Amerika von der imperialistischen Bahn, in die es der Krieg und seine Folgen gerissen haben, noch einmal wieder ablenken können wird. Die natürlichen Entwicklungstendenzen gehen, besonders wenn es, wie es den Anschein hat, tatsächlich zur weitgehenden Demobilisierung des eben geschaffenen Heeres kommt, durchaus auf eine Überwindung der Monroedoktrin, sofern sie sich auf Amerikas äußere Politik bezieht. Ist das aber der Fall, so liegt es nicht im Charakter des Amerikaners, sich dabei auf lange die Hände durch den Völkerbund binden zu lassen. Er wird anfangen, praktischen Imperialismus zu treiben, und nicht einigen Idealisten zuliebe den Umweg über einen Völkerbund nehmen, der ihm selbst bei der Wahrnehmung der eigensten Interessen trotz aller vorsichtigen Klauseln die Hände binden würde. Mag sein, daß der Völkerbund in irgendeiner Form dennoch zustande kommt, die erste Kraftprobe wird er in Amerika kaum überstehen. Man muß nur sehen, wie unbestimmt die Bündnisversprechungen an das sich immer noch durch Deutschland bedroht fühlende Frankreich gehalten sind, um zu begreifen, daß Amerika niemals für Interessen, die nicht amerikanische sind, zu Felde ziehen wird.

Menenius

Aristokratische und demokratische Bildungsbegriffe

Von Professor Paul Sickel

Übergebrachte Worte zwingen uns noch lange in den Bann veralteter Begriffe, wenn schon die Verhältnisse sich längst geändert haben. Was die Worte Aristokratie und Demokratie ursprünglich bedeuteten, paßt nicht mehr auf unsere Zeit. Weder kann heute von einer Herrschaft des Demos, des ganzen Volkes die Rede sein, noch auch von einer schrankenlosen Gewalt der Aristoi, der Tüchtigsten. Nur allgemeine Richtungen des politischen Lebens geben diese Ausdrücke noch wieder. Aber sie bezeichnen auch keine sich ausschließenden Gegensätze mehr. Demokratie besagt im Grunde nur die Anteilnahme des Volkes an der Leitung des Staates, und dem wird auch der aristokratisch Gesinnte, ist er nicht ganz weltfremd und doktrinär, zustimmen; Aristokratie wiederum kann nur die Bedeutung der Aristagie haben, d. h. der Führung und des überwiegenden Einflusses der Tüchtigsten und Fähigsten, und das ist schließlich das, was der vernünftige und gemäßigte Demokrat wünscht. Die geschichtliche Entwicklung scheint auch nicht so zu verlaufen, daß eine schroff aristokratische Verfassung allmählich durch eine ebenso schroff demokratische ersetzt würde, vielmehr in der Richtung, daß eine Versöhnung beider Gegensätze eintritt. Der Kampf zwischen ihnen wird zwar nie aufhören, da sie auf ursprünglichen typischen Anlagen der Menschennatur beruhen; aber er wird auf eine immer höhere Stufe erhoben.

Die Wandlung der Begriffe aristokratisch und demokratisch spiegelt sich auch in der Geschichte der Bildung wieder. Das Mittelalter zeigt uns den rein aristokratischen Bildungsbegriff. Nur ein Stand, die Geistlichkeit, war der Gebildete. Höheres Wissen war sein Vorrecht und verlieh ihm Macht. Die Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten war tief; sie zu überbrücken lag nicht im Interesse der oberen Schicht. Seit der Renaissance und der Reformation sind dann nach und nach andere Stände und Berufe in den Kreis der Gebildeten eingetreten, bis heutzutage auch der vierte Stand Anteil an der Bildung erstrebt, so daß sich das Ideal der allgemeinen Volksbildung immer mehr zu erfüllen scheint. Trotz der Demokratisierung der Bildung wirkt aber das aristokratische Ideal bis heute noch stark nach. In seiner reinsten Ausprägung knüpfte es Bildung an einen bestimmten Kreis von Kenntnissen, die nur einer sozial ausgezeichneten Gruppe zugänglich waren, so bei dem Kleriker des Mittelalters, bei dem höfisch erzogenen Weltmann und Kavalier des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, der französisch sprechen mußte, und dem akademisch Gebildeten des neunzehnten Jahrhunderts, dessen Bildung wesentlich durch die Kenntnis der klassischen Sprachen bedingt war. Dieses letzte vorwiegend intellektualistische Bildungsideal hat dann noch eine „aristokratische" Verschärfung durch das Berechtigungswesen der höheren Schulen erfahren, weil dadurch Schranken errichtet wurden, die im allgemeinen nur den Bemittelten leicht zu überschreiten waren. Der Fehler dieses falschen Bildungsbegriffes liegt darin, daß er Bildung und Besitz zusammenkoppelt und letzten Endes beide als Mittel des Machtstrebens benutzt. Bildung erscheint von diesem Standpunkt aus als ein Vorrecht der besitzenden Klassen, und diese klassenegoistische und unsoziale Gesinnung führt in ihrer äußersten Zuspitzung zu dem Bestreben, dem Volke Wissen und Bildung vorzuenthalten, um sein Emporkommen zu hemmen. Solche Anschauungen dürfen heute im großen und ganzen als überwunden gelten. Wie sie antisozial sind, so auch im tieferen Sinne antiliberal.

Im scharfen Gegensatze zu diesem Begriffe, der Bildung einseitig mit der gesellschaftlichen Stellung des einzelnen verknüpft, weist das streng demokratische Bildungsideal auf die ursprüngliche und natürliche Gleichheit der Menschen hin und verlangt daher gleiche Bildung für alle. Marat hätte während der französischen Revolution am liebsten die ganze Intelligenz Frankreichs auf die Guillotine gebracht, um diese Idee durchzuführen. Aber sie ist womöglich noch unsinniger

als die Forderung gleichen Besitzes aller Menschen. Sie findet daher heute auch bei Demokraten kaum noch Verteidiger.

Dringen wir nun durch solche Entstellungen bis auf den Kern der aristokratischen und demokratischen Bildungsbegriffe, so enthüllt sich in beiden ein Wahrheitsgehalt, der durchaus der Verschmelzung fähig ist. Finden sich doch beide Triebe ursprünglich in jedem Geiste angelegt. Jeder Mensch hat insofern etwas Aristokratisches, als er sich als einzig in seiner Art empfindet und sich von andern unterscheiden und abheben möchte: aristokratisches Wesen kennzeichnet sich durch das Gefühl des Abstandes von andern, durch das „Pathos der Distanz". Die Wurzel demokratischer Gesinnung liegt dagegen in dem Bewußtsein der Übereinstimmung und der Gemeinsamkeit. Es ist klar, daß demokratische Triebe und Masseninstinkte solange das Übergewicht über die aristokratischen behalten müssen, als gleiche Bedürfnisse und gemeinsame Not das Gefühl der Besonderheit und des Abstandes übertönen. Doch scheint das gleichzeitige Vorhandensein beider Triebe nicht auf gegenseitige Hemmung angelegt zu sein, sondern auf ein ethisches Ziel hinzudeuten; und das gilt wie für die Einzelpersönlichkeit so auch für die Gemeinschaft, die Volkspersönlichkeit. Wir können daher den einseitigen aristokratischen und demokratischen Bildungsbegriffen richtige gegenüberstellen, die sich gegenseitig ergänzen und uns die Wege weisen, auf denen künftige Kulturarbeit fortzuschreiten hat. Die demokratische Anschauung vertritt nun mit Recht die Forderung, daß allen die Möglichkeit gegeben wird, sich ihren Anlagen entsprechend zu bilden, d. h. sie verlangt, daß die Bildungsmittel möglichst allen gleichmäßig zugänglich sind. Der aristokratische Begriff aber betont mit gleichem Rechte, daß alle Bildung den Menschen über den Durchschnitt emporhebt und daß die so emporgestiegenen die Führer der anderen sein sollen.

Eine Vermittelung zwischen beiden Gegensätzen stellt auch der relative Bildungsbegriff her, den schon Hebbel vertreten hat: „Gebildet ist jeder, der das hat, was er für seinen Lebenskreis braucht. Was darüber ist, ist vom Übel." Danach kann es in jedem, auch dem geringsten Stande gebildete Menschen geben, wie es andererseits unter den sogenannten „Gebildeten" sehr viel Unbildung gibt. Der „gebildete" Arbeiter steht nach diesem Maßstabe höher als der einseitige, weltfremde Fachgelehrte. Denn Bildung hat nichts mit der Menge des angeeigneten Wissens oder mit der gesellschaftlichen Stellung zu tun. Sie verlangt nur, daß der Mensch in seinem Lebenskreise zuhause ist und sein Verhältnis zu Gesellschaft und Welt erkennt. Streng genommen kann dann von höherer Bildung gar nicht die Rede sein, da ein Mehr von Bildung leicht ein Zuviel wird und die innere und äußere Harmonie des Menschen stört. Offenbar hat dieser Bildungsbegriff demokratischen Charakter, da er einen relativ gleichen Bildungsgrad aller Menschen annimmt. Trotzdem schließt er die „höhere" Bildung nicht aus. Denn selbst wenn alle Menschen die ihnen zukommende Stufe erreicht hätten, so umfaßt doch eben der im Leben höhergestellte geistig eine viel weitere Welt als der in bescheidenen Verhältnissen lebende. Er kann daher diesem zum Führer werden. Und diese Führerschaft des höher Gebildeten ist eben der sittliche Kerngehalt des aristokratischen Bildungsideals. Übrigens läßt sich der dem einzelnen oder einem Stande angemessene Bildungsgrad schwerlich genau festsetzen; und ein über diese relative „Normalbildung" hinausgehendes Streben ist gewiß nicht schlechthin zu verwerfen, da es durchaus nicht notwendig zur Verbildung führen wird.

Daß eine Leitung durch überlegene Bildung notwendig ist, zeigt sich besonders an Erfahrungen im Kunstleben, wo sich das gute gegen den Geschmack der Menge durchsetzen muß. Wie stände es um unser Konzert- und Theaterleben, wenn die Auswahl der aufgeführten Werke von den Wünschen des Publikums abhängig gemacht würde, das hier doch durchweg den „gebildeten" Kreisen angehört? Strauß, Reger, Mahler, Pfitzner oder Gerhard Hauptmann wären nie zu Gehör gekommen. Das schlagendste Beispiel einer Kunst von unten aber bietet das Lichtspieltheater, das ganz im Banne der Masseninstinkte steht und bisher allen Bemühungen, es auf eine höhere Stufe emporzuheben, widerstanden hat. Auch die sogenannte Kunstkarte, die Ansichtskarte mit Nachbildungen von Gemälden,

die zweifellos der Verbreitung guter Kunst dienen kann, bringt die Gefahr mit sich, den kaum erwachten Kunstsinn wieder zu verderben. Ja selbst eine gewisse Verrohung in unserer gegenwärtigen Malerei dürfte man auf „demokratische" Einflüsse zurückführen. Man denke etwa an Pechstein. Nicht jedem ist es wie Hans Thoma gegeben, den Mangel ererbter Kultur durch ernstes Streben bis auf einen Erdenrest zu überwinden. Zwar nicht wie ein huldvolles Geschenk von oben soll Kunst und Bildung dem einfachen Manne geboten werden. Das Volk hat ein Recht auf Bildung. Aber gerade wer das anerkennt, übernimmt die Pflicht als Bildungsträger zugleich auch Führer und Erzieher zu werden. Die demokratische Bewegung der letzten Jahrzehnte hat allgemein zu einer Überschätzung der Institutionen und Organisationen, zu einer Unterschätzung der Persönlichkeiten und einer übertriebenen Bewertung des gesunden Durchschnitts gegenüber der hervorragenden Leistung geführt. „Bildung ist nichts, was als Massenartikel erzeugt und auf dem Wege der Organisation vertrieben werden könnte; Bildung ist das eigenste, das tiefste Geschäft eines jeden mit sich selbst, und es führt kein anderer Weg zu ihr als Arbeit und Selbstbesinnung." (Fr. Jodl.) Bildungsvereine können wohl den Zugang zur Bildung erleichtern; aber sie selbst vermögen sich gegen die herabziehenden Triebe der Masse nur zu halten, wenn in ihnen der Einfluß und das Beispiel wahrhaft gebildeter Persönlichkeiten maßgebend ist. „Vor allem ist es für jeden kulturellen Fortschritt der Gesamtheit nötig, daß Individuen sich geistig aus dem Banne der Gesamtheit lösen, sich darüber erheben, ihrerseits vordringen, um dann vielleicht die Gesamtheit nach sich zu ziehen . . . Die Gesamtheit ihrerseits droht immer, die einzelnen herabzuziehen. „Mit der Menge" darf nicht die Losung bleiben für alle diejenigen, die sich über die Menge zu erheben vermögen. Losung aber muß bleiben: „Für die Gemeinschaft!" (Wilh. Münch.) Bei allem Bildungsstreben, sofern es von sittlicher Gesinnung durchdrungen ist, kommen sich zwei Triebe, von unten und von oben, entgegen. Denn echte Vollbildung hat, wie überhaupt der geistige Besitz, in sich den Drang, andere an ihrem Gute teilnehmen zu lassen; sie hat sozusagen eine demokratische Neigung. Das richtige Bildungsstreben der Masse aber muß von selbst zur Entwicklung einzelner hervorragender Persönlichkeiten führen, so daß sich hier ein aristokratisches Gefühl des Vorranges bildet, das als „Führerrecht" auch innerhalb demokratischer Gesinnung statt des unhaltbaren Gedankens der Gleichheit mehr und mehr zur Anerkennung gekommen ist.

Daraus ergibt sich nun aber eine unbeweisbare Forderung an unsere Schule, die höhere wie die Volksschule. Sie hat unter dem Einfluß der Kantischen Ethik, die letzthin nur schlichte Pflichterfüllung, aber keine sittlich hervorragende Leistung kennt, über den Bemühungen um einen möglichst hohen Durchschnitt die Entwicklung außergewöhnlicher Begabungen und damit die Ausbildung führender Persönlichkeiten vernachlässigt. Wir wünschen beileibe keine künstliche Züchtung des Ehrgeizes, wie sie in den französischen Schulen vielfach üblich ist. Aber daß bei unserem Unterrichtsverfahren den größten Gewinn die Mittelmäßigkeit hat und wirkliche Begabung nicht hinreichend gefördert wird, ist von Schulmännern selbst anerkannt worden. Da bedeutende Anlagen meist einseitig sind, so sieht sich der befähigte Schüler durch seine Gesamtleistung in der Klasse oft hinter den sehr mittelmäßigen Geist zurückgesetzt. Auch weist es auf einen schwachen Punkt in unserem Schulerziehungssystem hin, daß außergewöhnliche Leistungen einzelner Schüler im Urteil der Klasse nicht hoch bewertet werden, sondern der Höherstrebende unverdienterweise leicht in den häßlichen Ruf des „Strebers" kommt. Hier Wandel zu schaffen, bedarf es der taktvollen Einwirkung der Schulerzieher, vor allem aber auch größerer Freiheit im Unterrichtsbetriebe. Denn nur wenn man der Betätigung des einzelnen Schülers weiteren Spielraum gewährt, wird sich Eigenart und besondere Begabung entwickeln können. Die Höhe des Durchschnitts kann doch niemals den Mangel führender Geister ersetzen. Wie oft haben wir das in der jüngsten Vergangenheit empfunden!

Maßgebliches und Unmaßgebliches

„Laßt deutsche Kinder zu Tode hungern — um der Gerechtigkeit willen!" Wenn irgend etwas die neutrale Welt von ihrem weitverbreiteten Wahn geheilt hat, daß die Entente den Krieg wirklich für die hohen und idealen Ziele geführt habe, die sie vier Jahre lang mit Erfolg als Aushängeschild benutzt hat, so hat neben dem Friedensvertrag selbst (der selbst die verbissensten Ideologen, in Deutschland wie in neutralen Ländern, bekehrt zu haben scheint) die Fortführung der Blockade über den Abschluß des Waffenstillstandes hinaus den Menschen die Augen geöffnet. Englands Kriegführung gegen die Magen und Nerven der Zivilbevölkerung Mitteleuropas war schon im Kriege eine völkerrechtliche Ungeheuerlichkeit, die in neutralen Ländern viel böses Blut gemacht hat. Man glaubte aber schließlich den täglich fortgesetzten Versicherungen, daß es sich nur um ein Mittel handle, „dem Recht" und „der Menschlichkeit" und allem Edlen und Guten zum Siege zu verhelfen. Nun hat England den Krieg gewonnen und setzt trotzdem noch den Blockadekrieg gegen die verhungernde Zivilbevölkerung aus keinem anderen Motiv als aus gemeiner Rachsucht fort. Da bäumt sich auch bei den Neutralen, die bisher zu dieser Scheußlichkeit schwiegen, das menschliche Empfinden auf, und man erkennt ohne weiteres aus den neutralen Pressestimmen, daß Englands moralisches Ansehen seit dem 11. November einen gewaltigen und kaum wieder gut zu machenden Abbruch erlitten hat.

Die furchtbaren Folgen der Hungerblockade sind heute allenthalben feststehend. Man weiß da draußen, daß ihr 800 000 Menschen, rund der achtzigste Teil der Bevölkerung Deutschlands, schon Anfang 1919 zum Opfer gefallen waren, daß diese Zahl seither noch gewaltig gestiegen ist und daß sie auch die verhängnisvollsten Folgen gezeitigt hat, die ein Engländer selbst, H. J. Greenwall, nach fünfmonatlichem persönlichen Aufenthalt in Deutschland, im „Daily Expreß" vom 5. Mai 1919 folgendermaßen beschrieb:

„Ich stellte genaue Nachforschungen über die Geburtsziffern in den ärmeren Klassen Berlins an und meine Angaben beruhen auf Wahrheit. 70 Prozent der schwangeren Frauen sind unterernährt, und wenn sie in Hospitäler gebracht werden, sind sie in halbverhungertem Zustand. Infolge ihrer häuslichen Verhältnisse ist es ihnen oft unmöglich, selbst die geringste Ration zu ergattern, die ihnen gewährt wird, und haben sie die nötige Zeit, so stehen sie stundenlang vor den Läden, ehe sie an die Reihe kommen. Natürlich stehlen diese Frauen für ihre Kinder alles, was sie nur können; selbst Kartoffelschalen sind ihnen nicht zu wertlos. Sie haben für die Neugeborenen keine Kleidungsstücke. Man sieht die Kleinen in halbe Säcke gehüllt. 80 Prozent der Frauen sterben im Wochenbett, 30 Prozent eheliche und 50 Prozent uneheliche Neugeborene sterben. In Berlin habe ich Dutzende von Kindern gesehen, die im Alter von zwei Jahren noch nie Milch gekostet haben. Die vor dem Kriege geborenen Kinder sehen leidlich aus, die nachher Geborenen aber sind armselige Geschöpfe."

Diese schaurige Schilderung eines englischen, also unvoreingenommenen Augenzeugen hat in England offenbar tiefen Eindruck gemacht, selbstverständlich nicht bei der Lloyd Georgeschen Regierung, die die Blockade unverändert weiter bestehen läßt und sogar ihre äußerste Verschärfung ankündigt, wenn die deutschen Friedensunterhändler dem Gebot der Ehre folgen und nicht unterzeichnen sollten. Aber im englischen Volk mehren sich die Stimmen, daß der Krieg gegen Frauen und Kinder ein Fleck auf der britischen Ehre und eine Schmach unseres Jahrhunderts sei. Folgende englische Presseäußerungen seien als besonders charakteristisch hervorgehoben:

„Ein Plakat, das in 7000 Exemplaren gedruckt worden war, trägt die Überschrift: ‚Wofür tritt England jetzt ein?' Darunter heißt es: „Dafür, daß Säuglinge hungern, Frauen gequält und Greise getötet werden. Solche Dinge geschehen heute in Englands Namen überall in

Europa. Millionen sterben Hungers. Soll das so weiter gehen." (Times, 16 Mai 1919.)

„Was versicht Britannien? Kinder verhungern lassen, Frauen foltern, alte Menschen töten!" Dieser der Zensur nicht vorgelegte Wortlaut solcher durch „National Labour Preß" verbreiteten Plakate und Flugblätter brachte der Zeitung in der Gerichtsverhandlung im Mansion House am 15. Mai 1919 eine Geldstrafe von 80 Pfund ein". (Daily Expreß, 16. Mai.)

„Die kaltherzige Blockade mit dem endlosen Sterben Unschuldiger." (Nation [London], 10. Mai).

„Das englische Volk ist durch das Getöse betäubt. Nirgends wird ihm gesagt, daß wir die Zusagen des Waffenstillstandes brechen, der auf Grund der vierzehn Punkte angenommen wurde; daß wir dadurch unsere Ehre ebenso schwer gefährden, wie unsere ganze Stellung in den Augen sämtlicher Neutralen und aller rechtlich denkender Menschen geschädigt wird." (Daily Herald, 15. Mai.)

„Jetzt, wo das Verbrechen und der kolossale Fehler der Aufrechterhaltung der Blockade gegen Deutschland seit dem Waffenstillstand anerkannt wird, beginnt der Prozeß der Selbstreinigung von Schuld. Der dabei gemachte Versuch, die Schuld auf die Vereinigten Staaten abzuwälzen, wird sicher als das böswilligste Verbrechen in der Erinnerung haften, das auf Zivilisation Anspruch machende Völker je begangen haben. Es bleibt Tatsache, daß Hoover (der amerikanische Ernährungsminister) gleich nach Abschluß des Waffenstillstands erklärte, die Ernährung Europas sei eine dringende Notwendigkeit, gleichviel ob es sich um Feind oder Freund handle. Wilson, durch dessen Vermittlung und auf Grund von dessen Punkten der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, hatte sich dafür verbürgt, daß Deutschland die nötigen Lebensmittel bekommen solle. Der Verband verhinderte jedoch Woche auf Woche die Ernährung Deutschlands. Die englischen Behörden unterdrückten den wesentlichen Teil von Hoovers ursprünglichen Äußerungen . . . Der Ursprung der Verhinderung der rechtzeitigen Lieferung muß in Europa, nicht in den Vereinigten Staaten gesucht werden." (Nation [London], 22. März.)

Wenn schon in England, das sonst anderen Völkern gegenüber nicht eben leicht von Gewissensskrupeln und Gemütsaufwallungen belastet wird, so entrüstete Urteile über die Unmenschlichkeit der fortgesetzten Blockade erklingen, so kann man sich nicht wundern, daß in neutralen Ländern die Kritik z. T. noch wesentlich schärfer erklingt Zumal in Skandinavien hat England sich durch die fortgesetzte Blockade und die wahnwitzigen Friedensbedingungen einen sehr großen Teil der Sympathien, die es im Kriege, vornehmlich in Norwegen besaß, gründlich verscherzt. Heut hört man in Schweden und Norwegen manche einstige Ententefreunde versichern, daß sie sich ihrer bisherigen Sympathien für England und Frankreich zu schämen beginnen. Zweifellos das vernichtendste Urteil hat der Norweger Herman Aall schon am 28. März in dem in Christiania erscheinenden Blatt „Ukens Revy" ausgesprochen:

„Lloyd George erklärt: Wir können die Blockade nicht aufheben, wir können auf dies Mittel nicht verzichten, wenn wir der Welt einen gerechten Frieden sichern wollen. Das ist nicht wahr, Herr Lloyd George! Sie selber haben am 14. Dezember 1917 (unrichtig; muß heißen: 1916) die Aufforderung der Mittelmächte, des Papstes und der Neutralen, einen gerechten Frieden zu schließen, abgelehnt . . . Sie haben abgelehnt, weil England die Macht anstelle des Rechts setzen wollte... Deshalb waren sie genötigt, die Bitte der Menschheit um Frieden abzuschlagen. Deshalb noch weiteres Blutvergießen! Deshalb beschlossen Sie, daß noch einige weitere Millionen sterben müßten. Deshalb müssen Sie das deutsche Volk noch weiter auf die Folterbank spannen, bis es unter dem Druck der Hungersnot alles annimmt. Die englischen Herren haben eine lange und nützliche Erfahrung in dieser Aushungerungspolitik von Irland, Indien und den Burenrepubliken her, ja, vom englischen Proletariat selbst her. Sie wissen: wer lange genug gehungert hat, wird

ungefährlich ... Man darf aber nicht einmal einen Verbrecher zu Tode hungern; noch weniger darf man die Kinder, Frauen und Eltern des Verbrechers bestrafen. Wenn wir Ihre eigenen Kinder, Herr Lloyd George, Ihre Frau oder Ihre Eltern für Ihre Verbrechen verhungern ließen — wäre das gerecht? Welch milder Büttel war gegen Sie nicht Herodes! Er glaubte das römische Reich durch den Kindermord von Bethlehem zu sichern und tötete vielleicht 800 Kinder. So viele morden Sie seit Jahren Tag für Tag! Und die Kinder von Bethlehem starben wenigstens einen schnellen Tod; aber Sie lassen die deutschen Kinder langsam Hungers sterben ... ‚Laßt deutsche Kinder zu Tode hungern — um der Gerechtigkeit willen', das möge Ihr Kennwort in der Geschichte sein!"

Diese furchtbare Anklage von geradezu zermalmender Wucht, die hier ein Neutraler gegen den englischen Premierminister erhebt, ist einige Wochen später im gleichen norwegischen Blatt noch näher begründet worden, anscheinend wohl von demselben Verfasser, und zwar unter Bezugnahme auf eine besonders gemütsrohe Auslassung eines englischen Wochenblattes aus den letzten Wochen des Krieges. „Weekly Dispatch" hatte nämlich am 8. September 1918 ohne ein Wort des Protestes oder Mitgefühls folgende Wirkungen der Blockade festgestellt:

„Wenn die Deutschen bisher keinen Geburtenrückgang feststellen können (??), so kommt es uns auch nicht darauf an, wieviele Kinder geboren werden, sondern darauf, ob die Geborenen lebenskräftig sind. Zehntausende noch ungeborener Deutscher sind für ein physisch minderwertiges Leben vorherbestimmt ... Die Seuche, die man bei den Deutschen am häufigsten antrifft, wird die englische Krankheit sein ... Die tatsächlichen Folgen der Blockade wird die verbrecherische deutsche Nation erst in Zukunft erfahren. Deutschland ist heut ein verseuchtes Land. Die Tuberkulose tritt epidemisch auf. Der Hungertyphus rast in zahlreichen Gegenden. Hautkrankheiten nehmen dauernd zu. Der Mangel an Milch hat furchtbare Zustände unter jungen Müttern, Kindern und Kranken hervorgerufen."

Auf den grauenhaften Doppelsinn, den der Ausdruck „Englische Krankheit" in Zukunft haben wird, sei im Anschluß an diese Darlegungen am Rande hingewiesen. Das norwegische Blatt „Ukens Revy" schrieb nun am 2. Mai unter Zitierung der obigen Äußerungen im „Weekly Dispatch":

„Man beklagt also nicht, daß die völkerrechtswidrige Waffe der Hungerblockade unvermeidlich auch die Kinder treffen muß. Im Gegenteil, man stellt mit Genugtuung fest, daß die Kinder besonders hart betroffen werden, und nicht nur die lebenden Kinder, sondern auch die noch ungeborenen im Mutterleib und die in den nächsten Jahren zur Welt kommenden. Die Rasse wird verkrüppelt: sie hat als Konkurrent ausgespielt. Da es bei Kriegsende, zwei Monate nach dem Erscheinen dieses Artikels im ‚Weekly Dispatch' noch zweifelhaft war, ob die Blockade ihren eigentlichen Zweck erreicht hatte, setzte man sie auf unbestimmte Zeit fort, bis man seiner Sache sicher sein konnte und hungerte das waffenlose Volk noch ein halbes Jahr aus."

Lediglich der Hungerblockade, neben der amerikanischen Hilfe seit 1914, dankt England, daß es den Krieg der 1100 gegen 150 Millionen nicht verloren hat. Ob dies ein Ruhm für die britische Nation ist, glossiert „Ukens Revy" im selben Aufsatz folgendermaßen:

„Kein strahlender Sieg — ein Sieg, dessen man sich hinterher schämen muß, nicht einmal so strahlend wie der Sieg der Russen über Napoleon, als ihnen der ‚Marschall Winter' zu Hilfe kam, ein Sieg, gewonnen durch den gröbsten Bruch des Völkerrechts, durch Verletzung nicht nur des Buchstabens, sondern vor allem des Geistes des Völkerrechts, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Interessen, zumal das Leben der Nichtkämpfer zu schützen. Hier aber besiegte man die Kämpfenden, indem man den Nichtkämpfern das Leben raubte.... Während der deutsche U-Boot-Krieg nur ein kriegspolitischer Gegenzug gegen die Hunger-

blockade war, verfolgte England mit der Hungerblockade viel weitergehende Ziele: es galt nicht nur den Krieg zu gewinnen, die Hungerblockade konnte auch dazu dienen, die deutsche Rasse auf unabsehbare Zukunft hinaus zu verkrüppeln."

Ähnlich äußerte sich ein schwedisches Blatt, „Nya Dagligt Allehanda", am 16. Mai über die Blockade:

„Dank dieser Methode sind Hunderttausende von Menschen Hungers gestorben oder an den Folgekrankheiten des Hungers zugrunde gegangen. Aber das Ziel wurde erreicht: ein höchst unbequemer Konkurrent und verhaßter Feind wurde vernichtet. Sogar nach der Vernichtung des Feindes und nachdem der Krieg schon völlig entschieden war, ist die menschenmordende Blockade noch mehrere Monate fortgesetzt worden."

Und eine schweizerische Zeitung: „Die Ostschweiz" schrieb am 14. Mai:

„Erschütternd erhebt sich wieder das gräßliche Bild Ugolinos von der schwarzen Wand der heutigen Geschichte. . . . Ein solches Bild hat, auch Dantes gewaltige Phantasie nicht auszuhecken vermocht, daß ein ganzes Volk unschuldig täglich verderben soll. Wie mag Nero sich schämen ob seiner Stümperarbeit!"

Das etwa ist heute der Grundton in den neutralen Kritiken über die Fortdauer der Blockadepolitik über den 11. November hinaus. Im Kriege hatte England durch seine tägliche Betonung, daß es für Recht und Menschlichkeit uneigennützig streite, die Sympathie des weitaus größten (wenn auch nicht verständigsten) Teils der neutralen Welt auf seiner Seite. Durch die bis heute fortgesetzte Blockade und durch den Versailler Friedensentwurf vom 7. Mai sind die Dunstwolken der Suggestion verflogen, ist der Krieg schließlich doch noch (das sieht man heute auch in England ein) durch das „größte Verbrechen der Weltgeschichte" (englisches Urteil) moralisch von England verloren worden. — —

Dr. Richard Hennig

Neue Bücher

Das Buch der Gewalt und des Betruges. Aus der Flut von Büchern, welche jahraus jahrein gedruckt werden und welche eine Generation der anderen überliefert, ragen wie Inseln aus einem Meere wenige Bücher hervor, welche auch noch nach Jahrhunderten unvergessen sind. Die meisten dieser unsterblichen Bücher sind Segensbringer der Menschheit gewesen. Was an fluchwürdigen Büchern und Pasquillen geschrieben worden ist, ist meist rasch der wohlverdienten Vergessenheit anheimgefallen. Die deutsche Literatur kannte bisher nur ein berüchtigtes unvergessenes Buch, das ist der „Malleus malificorum", auf deutsch: der Hexenhammer. Nun wird künftig für alle Zeiten, solange deutsche Zunge redet, ein zweites fluchwürdiges Buch genannt werden: das sind die Friedensbedingungen, welche die Entente gewagt hat, dem deutschen Volke zur Annahme vorzulegen.

Man darf wohl zuversichtlich hoffen, daß diese Bedingungen nie angenommen, daß sie nie Gesetz des deutschen Lebens werden werden. Aber daß sie in Deutschland möglichst weit verbreitet und bekannt werden, der jetzigen Zeit zum Protest, künftigen Zeiten zu Lehre und Mahnung und notfalls zur Vergeltung, das ist eine dringende Forderung nationalen Empfindens. Es sei deshalb hier auf die im Verlage von Reimar Hobbing erschienene vollständige Ausgabe der Friedensbedingungen (Preis 3,20 Mark) hingewiesen. Dies Buch, dem eine wertvolle politische Einleitung — leider von einem ungenannten Verfasser — vorausgeschickt ist, und dem als geschicktes Gegenbild die 14 Wilsonschen Punkte und die

wichtigsten Leitsätze aus seinen markantesten Reden beigefügt sind, hat einen Umfang von 254 Seiten. Wer es aufmerksam liest, wird aus dem Zusammenhange der einzelnen Abschnitte und aus ihrem Ineinandergreifen noch einen viel erschreckenderen Begriff von dem Erdrückenden dieser Friedensbestimmungen bekommen, als es uns die Zeitungsberichte gegeben haben.

Als Trost aber möchte ich diesen Friedensbedingungen der Entente ein Wort Mommsens entgegensetzen, welches er an die Niederlage der Römer in den kaudinischen Pässen und an den kaudinischen Frieden anknüpft:

„Kein großes Volk gibt, was es besitzt, anders hin als unter dem Drucke der äußersten Notwendigkeit; alle Abtretungsverträge sind Anerkenntnisse einer solchen, nicht sittliche Verpflichtungen. Wenn jede Nation mit Recht ihre Ehre darein setzt, schimpfliche Verträge mit Waffen zu zerreißen, wie kann ihr dann die Ehre gebieten, an einem Vertrage gleich dem kaudinischen, zu dem ein unglücklicher Feldherr moralisch genötigt worden ist, geduldig festzuhalten, wenn die frische Schande brennt und die Kraft ungebrochen dasteht?"

Oberlandesgerichtsrat Dr. Sontag

Friedrich Kluge, Von Luther bis Lessing. Aufsätze und Vorträge zur Geschichte unserer Schriftsprache. Fünfte durchgesehene Auflage. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig. 1918. Preis geh. 7 M., geb. 8 M.

Wenn das vorliegende Buch vor beinahe einem Menschenalter zum ersten Mal niedergeschrieben wurde und nunmehr in fünfter Auflage erscheint, so ist damit das starke Verlangen weiter Volkskreise nach einer vertieften Betrachtung der deutschen Muttersprache erwiesen, denn was Kluge hier bietet ist jedem Gebildeten zugänglich. Kluge schildert den Kampf der Kirchensprache gegen die Volkssprache im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit, bis Luther durch den Bruch mit der Kirche die Herrschaft des Lateins überwandt und der Muttersprache für ihre fernere Entwicklung den Boden bereitete. Hand in Hand mit der Verbreitung der neuen Lehre geht die deutschsprachliche Bewegung. Jakob Grimms Kennzeichnung unserer Schriftsprache als „protestantischer Dialekt" begründet Kluge mit umfassenden Beweisen. Mit Luther beginnt unsere neue Sprachgeschichte. Unsere jetzige Schriftsprache ist im wesentlichen die Sprache des Reformators. Er hat auch den sprachlichen Ausdruck unabläßig und mit feinem Verständnis gepflegt, wofür Kluge zahlreiche Beispiele anführt. Es ist zweckmäßig, gerade jetzt, da man die durch das Leben der Kirche bedingten kulturellen Zusammenhänge zu übersehen bereit ist, an diese Dinge zu erinnern.

Die Schwierigkeiten, die unsere Schriftsprache durch die mundartliche Zerrissenheit Deutschlands zu überwinden hatte, schildert Kluge ebenfalls in fesselnder Weise, wobei sowohl der Freund, als auch der Jünger der Sprachforschung zu seinem Rechte kommt. Wenn unsere Schriftsprache an Luther anknüpft, so ist sie doch erst mit unserer klassischen Literatur auch für Oberdeutschland und die katholischen Kreise zur Richtschnur und zum Gesetz geworden. Die Befreiung des deutschen Volkes von der Herrschaft der Fremdsprachen, sowohl des Lateinischen als auch des Französischen, wird erst durch die deutsche Dichtung im Zeitalter Goethes erreicht. Es ist daher mit Freude zu begrüßen, daß Kluge die neue Auflage mit zwei prächtigen Aufsätzen abschließt, die Goethe und Schiller in ihrem Verhältnis zur deutschen Sprache behandeln. Hierdurch erhält das Buch die letzte Weihe. Sein Titel ist wegen dieser Nachträge nicht geändert worden und es ist somit seinen alten Freunden ohne weiteres kenntlich. Denjenigen, die es noch nicht zur Hand nahmen, sei gesagt, daß die warme Begeisterung für den Gegenstand und seine meisterhafte Beherrschung der Darstellung eine wunderbare Frische und Anschaulichkeit verleihen, so daß der Leser neben eines großen Gewinnes eines hohen Genusses sicher ist. M. K.

Jakob Wassermann. Christian Wahnschaffe. Roman. S. Fischer Verlag, Berlin.

Als Savonarola im Dom zu Florenz seine gewissenaufgeißelnden Predigten hielt, trieb es die munteren Weltleute und fröhlich-leichtsinnigen Künstler seiner

Stadt, aus all den schönen und heiteren Dingen, die ihr Leben bis dahin zu einem anmutigen Genuß, einem naiven Sonnendasein gemacht hatten, eine gewaltige Pyramide aufzuhäufen, und alles, Lauten und Bilder, Sonette und Statuen, Prunkgewänder und edles Geräte, alles was Heiterkeit erdacht und Schönsinn geformt hatte, erbarmungslos zu verbrennen, weil es nicht taugte zum „wahren" Leben und abzog den Sinn von dem, was das wahre Leben war. Solch ein Autodafé ist auch das neue Buch von Wassermann. Seine Keimzelle, sein Grunderlebnis ist die gewissensbang gestellte Frage: wie kann so viel Genuß und Genußfreudigkeit in der Welt sein neben so vielem abgrundtiefem Elend? Christian Wahnschaffe lebt das schönheitserfüllte, mühsalentladene, staubenthobene Leben des „reichen Jünglings", ein schönes edles Tier, gedankenlos, ohne Ziel und zweckgelöst, bis er infolge verschiedener Erlebnisse dieses menschlichkeits- und leidfernen Lebens überdrüssig wird und, biblisch ausgedrückt, „hingeht und alles verkauft, was er hatte". Also eine seelische Entwicklung, wie wir sie aus den großen Tolstoischen Romanen kennen. Aber Tolstoi war ein Mensch, Wassermann ist nur ein Poet. Tolstoi glaubte an die Erlösung durch die werktägliche Tat. Wassermann hat auch für diese nur leidvolle Skepsis, seinem Helden ist es vorderhand nur ums „Wissen" zu tun und um Erkenntnis dessen, was das Leben sei. Die Schwierigkeit für den Reichen, an dieses Leben überhaupt heranzukommen, ist sehr richtig erkannt worden, das Ergebnis dieser Erkenntnis unterschlägt uns jedoch der Dichter, er gibt uns lediglich eine Welt von Menschen, deren Schicksal ihr Charakter ist. Kein Sinn des Lebens sonst und es sieht aus, als sei dieser Roman mit dem Herzblut des Dichters geschrieben und als sei Christian Wahnschaffe der suchende Dichter selber. Künstlerisch hat das Werk leider bedenkliche Mängel. Wohl sind die Gestalten, die in reichster Fülle den Helden als Folien umstehen, die leichtsinnigen und leidenschaftlichen, leidenden und zynischen, die Elenden und Glücklichen, Genüßlinge und Eroberer, Künstler und Verbrecher, Emporkömmlinge und Entartete, unter einer Sonne erschaffen, aber sie sind mit verschiedenen Mitteln gestaltet. Wassermann hat hier alle Seiten seiner reichbegabten Künstlerschaft angewandt, aber er hat sie bei den einzelnen Figuren isoliert angewandt. An der einen hat der typisierende Fabulierer gearbeitet, an der anderen der sorgfältig feilende Anekdotiker, hier der notizenreihende Naturalist, dort der analysierende Psychologe und an vielen Stellen der schwermütige Lyriker, es ist, als wollte jemand in ein Fresko mit Öl und Pastell hineinmalen und Plastiken und Wandteppiche einfügen. Daher mag es kommen, daß auch der Aufbau des Werkes nur oberflächlichen Zusammenhalt hat, und im einzelnen neben vielem Wunderschönen, tief Empfundenen, sinnlich Erdachten und anmutig Gestalteten, viel Flüchtiges, Komödiantenhaftes, Phrasenhaft-Geschwollenes stehengeblieben ist. Dennoch steht das Buch mit Recht in der Sammlung „Der große Roman", denn für die Zeit ist es überaus bedeutsam. Alle Tendenzen des Zeitalters sind darin, seine Hast und seine Spielerei, seine Genußsucht und sein Egoismus, seine Sensationslust und seine Müdigkeit, seine Leidenschaftlichkeit und Skepsis, seine Zerrissenheit und seine Sehnsucht nach Frieden. R. Schacht

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: Dr. Mathilde Kelchner in Berlin-Halensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.

Bethmann Hollwegs Betrachtungen

Von Wirkl. Leg.-Rat Oskar Trautmann

In dem Augenblick, wo Deutschlands Schicksal von finsterster Nacht des Unheils umgeben ist, sprechen die zu uns, „die das Unheil nicht abzuwenden vermochten“. Alle Gedanken tauchen noch einmal auf, die wir Jahre lang mit uns herumgewälzt haben, und die uns, solange wir leben, beschäftigen werden.

Die ungeheure Frage, „warum mußte es so kommen?“ kann keinen denkenden Deutschen — sie kann auch keinen denkenden Europäer in Ruhe lassen, wenn anders aus dem Trümmerhaufen, vor dem wir jetzt stehen, etwas neues, eine Hoffnung erwachsen soll. Und wir müssen diese Hoffnung haben, sollen wir nicht für immer an Gott und der Welt verzweifeln.

Nur eines vermag den Menschen wie die Nation im größten Unglück wirklich zu trösten und ihnen die Möglichkeit seelischer Erneuerung und Heldentums zu geben, das Bewußtsein trotz allem das Rechte gewollt zu haben. Bethmanns Betrachtungen verdanken wir, daß wir dieses Gefühl haben können. Auch für den Verbrecher sieht allerdings die christliche Religion eine Erlösung und Absolution vor, wenn er vor der gerechten Strafe vor Gott Buße tut, seine Sünden bekennt und die verdiente Strafe auf sich nimmt. Raskolnikow findet erst dann Ruhe, als er im sibirischen Zuchthaus sitzt und dadurch, daß er sich vor Gott und vor Menschen demütigt, vor aller Welt bekennt, daß seine Gedanken, die abseits von dem der Menschheitsstruktur zugrundeliegenden göttlichen Gesetz einen neuen Weg für sich zu finden vermaßen und seine Handlungen größte Sünde und größtes Unrecht vor Gott waren.

In dieser Raskolnikowpose wünschen unsere Feinde das deutsche Volk zu sehen — nicht weil eigene hohe christliche Menschheitswürde im heiligen Gottestempel nur den sich demütigenden Bruder ertragen kann, sondern weil man das unmenschliche Verhalten gegenüber dem geschlagenen Feinde vor den eigenen Völkern nur rechtfertigen kann, wenn man diesen Feind durch eigenes Bekenntnis als Frevler wider Gott und die Menschheit erscheinen läßt.

Dostojewskis großer Roman hat uns neben Raskolnikow auch Menschen gezeigt, die Schuld und Tat bekennen, ohne diese Tat selbst begangen zu haben. Sie können die Gewissensfoltern, denen ihre christlichen Mitpeiniger sie unterwerfen, nicht mehr ertragen. Sie wollen lieber hingehen und allem ein Ende machen, fremde Schuld auf sich nehmen und, wenn es sein muß, für andere büßen, für andere ihr Leben verlieren oder in den sibirischen Bergwerken schmachten — denn schuldig sind wir alle, schuldig am Verbrechen des Nächsten, jeder, der die unvollkommene soziale Ordnung mitverschuldet, die schließlich das Verbrechen unseres Nächsten hervorruft.

Solcher Gedankengang ist tief im ostchristlichen religiösen Empfinden begründet. Er ist als Flucht aus der unendlichen seelischen Qual in die körperliche und seelische Ruhe der für andere übernommenen Strafe verständlich, oder psychologisch einfacher erklärlich aus den schwachen Nerven des zu Unrecht Beschuldigten, der auf die Dauer den seelischen Anstrengungen der Untersuchungshaft und der Quälereien seines Peinigers, des Untersuchungsrichters, nicht gewachsen ist. Trotzdem billigt ihn der große slawische Dichter auch nicht für den Einzelmenschen.

Deutschlands Seele befindet sich in einem ähnlichen Zustande. Wir sind durch die geistigen und körperlichen Anstrengungen der Kriegsjahre und der Hungerblockade bis zum äußersten erschöpft. Die Niederlage, die plötzlich die Nation ohne Übergang aus der Höhe in die Tiefe riß — die Revolution, die uns die letzte Waffe aus der Hand schlug, der Waffenstillstand, den ein der letzten Grausamkeit fähiger Feind benutzte, um die in seiner Gewalt befindlichen Gebiete dem Reiche zu entfremden und Hunderttausende unserer Kinder unter der Devise: „fewer little Huns" zugrunde zu richten und unsere Kriegsgefangenen weiter schmachten zu lassen, die Friedenstragödie in Versailles, wo die deutschen Delegierten als gefangene Bestien behandelt und mit Steinen beworfen wurden, die Quertreibereien gewisser politischer Parteien, ideologischer Schwärmer und berufsmäßiger Krittler, welche vorgaben oder glaubten, durch ein „offenes Schuldbekenntnis" eine Milderung der unfaßbar harten Bedingungen des uns zugedachten Friedens zu erhalten, — alles das hat uns beinahe dahin gebracht, wo sich der Anstreicher bei Dostojewski befand, der Raskolnikows Schuld öffentlich als die seine bekannte.

Jedenfalls haben unsere Feinde es erreicht, daß ein großer Teil unseres eigenen Volkes in der Schuldfrage „skeptisch" geworden ist, wie neulich noch die „Frankfurter Zeitung" sich ausdrückte — und Skepsis ist nicht der Boden, auf dem Erhebung und neue Hoffnung gedeihen kann.

Die alten Griechen, die ein großes Gefühl für das hatten, was die Seelen der Menschen erschüttert, haben in ihren großen Tragödien über die Schuld des Menschen das ungeheure tragische Walten des unerbittlichen Schicksals gestellt. Auch unsere großen Dichter und Philosophen haben es ausgesprochen, daß jeder Mensch schließlich mit eiserner Notwendigkeit den Weg zu vollenden hat, den er angetreten hat. — So auch die Nationen.

Es heißt einen zu kleinen Maßstab an die gewaltigen Geschicke der Menschheit legen, wenn man sich einbildet, daß durch das zu späte Absenden einer Note der Gang dieser Weltrevolution, die kommen mußte, hätte beeinflußt oder anders gestaltet werden können.

Tragisch wie sein Ausgang, ist auch der Ursprung dieses Krieges. Ebensowenig wie ein etwaiges Unterschreiben dieses Schmachfriedens, den uns die Entente anbietet, die gewaltige Umentwicklung der Welt, in der wir uns augenblicklich befinden, zur Ruhe bringen kann, ebensowenig ist es von ausschlaggebender Bedeutung, aus dem Notenwechsel der in das tragische Verhängnis bereits hineingezwungenen Regierungen der Großmächte die „Schuld" dieses oder jenes Staatsmannes konstruieren zu wollen.

Es gibt, wie Bethmann Hollweg dies im Schlußkapitel des ersten Bandes seiner Betrachtungen[1]) uns zeigt, eine Gesamtschuld aller am Kriege beteiligten Nationen. Diese Gesamtschuld besteht in dem Wahn, mit den Mitteln der alten Staatskunst „die Verwirklichung eigenen Machtbegehrens durch Koalitionen und Rüstungen zu sichern", um der Menschheitsaufgabe der Politik gerecht zu werden.

Diese Menschheitsaufgaben der Politik hat vor dem Kriege kein einziges Volk, kein einziger Staatslenker verstanden — sie wurden nicht einmal als bestehend, als vorhanden anerkannt — man fühlte es, griff es, konnte es erjagen; daß die Politik der Macht, der Koalitionen, Gegenkoalitionen zu der großen Katastrophe führen mußte — aber es erschien kein geistiger Führer der durch Kapitalismus, Industrialismus, Materialismus verdorbenen und sich unglücklich

[1]) Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, I. Teil: Vor dem Kriege. Verlag von Reimar Hobbing. Berlin 1919.

fühlenden Menschheit, der fähig und groß genug gewesen wäre, um den Völkern einen Ausweg aus dem Engpaß zu zeigen, in dem sie sich befanden. Klinger hat einmal dieses Schicksal klargestellt, als großes gewaltiges Raubtier, das am Ende zweier ungeheuer steil in die Höhe starrenden Felswände hart und notwendig die zwischen diesen Wänden Eingeklemmten erwartet.

So mag Bethmann, als er seine Regierung übernahm, den Alp der Lage bisweilen erfunden haben, in dem das Land sich befand. Er ist keiner von den Staatsmännern gewesen, die wie Bülow durch eine Politik des Opportunismus und der politischen kleinen Mittel sich selbst über den Ernst der Lage getäuscht hätte, in der sich Deutschland befand. Bethmann war ein Mann, der Tag und Nacht mit dem Schicksal rang — der wirklich große politische Gedanken hatte und sie auch auszuführen suchte. Er sagt es einmal in seinem Buche, daß niemandem so wie ihm „die Gefahr des Landes auf Herz und Seele lag". Man braucht solche Worte nur zu lesen, um den tiefen sittlichen Ernst zu erkennen, von dem ihr Urheber erfüllt war.

Er hat versucht und ist dabei vom Kaiser unterstützt worden, durch eine Verständigung mit England der drohenden Weltlage diejenige Schärfe zu nehmen, die zum Kriege führen mußte. Mit aller Energie arbeitete er an dem Gedanken, der schließlich, trotzdem er zeitweise eine Entspannung der Lage brachte, doch im ganzen nicht ausgeführt werden konnte. Bethmann glaubte an seine Mission, den Frieden der Welt auf diese Weise zu sichern, er gesteht auch jetzt noch dem Gegner guten Willen zu — aber bei seiner Abschätzung der Weltlage schon während der Zeit der Unterhandlungen mit England ist der tragische Unterton seiner Gedanken unverkennbar. „Es verschlangen sich von Anfang an in den Wunsch nach Annäherung doch zugleich von beiden Seiten Fäden, die schwer zu entwirren waren."

Bethman Hollweg erkennt, daß er so wenig wie die englischen Staatsmänner der Mann gewesen ist, die erlösende Tat für die Menschheit zu tun. „Der Zusammenhang ist wohl der, daß die Staatskunst in beiden Ländern nicht stark genug oder nicht willens war, die Welt durch eine große Tat vor einem Schicksal zu bewahren, das als gewaltiges Unwetter sichtbar am Himmel stand."

Das eben war die Tragik im Leben der beiden Völker, daß die großen neuen Weltideen, wie sie jetzt am Horizont der Menschheit schwach erscheinen, weder gekannt noch durchdacht noch gar zum Gemeingut der Nation geworden waren. Woher hätte ein einzelner Mann die Kraft schöpfen sollen, um gegen sein Volk, gegen alle überlieferten Macht- und Staatsbegriffe den Ausweg und Ausgleich zu finden? Jede Nation suchte ihre Weltgeltung, ihren Anspruch auf die Aufrechterhaltung ihres Imperiums bis zum äußersten zu verteidigen. Da alle mächtig und blühend und groß waren und anderseits die beiden Gruppen, die zum Teil durch alte Gegensätze (Elsaß) und neue Begierden (Rußlands Anspruch auf Konstantinopel, serbische Gelüste auf österreich-ungarische Gebietsteile) sich gegenüberstanden, so wuchsen die Gegensätze. „Grenzenloses wechselseitiges Mißtrauen, imperialistischer Ideenzwang und auf materiellen Nationalinstinkt beschränkter Patriotismus haben einander gegenseitig in die Höhe geschraubt, ohne daß erkennbar wäre, welche Nation der allgemeinen Weltstimmung am lautesten nachgegeben hätte."

Aber eine Überzeugung wird man aus der Lektüre des Bethmann Hollwegschen Buches mitnehmen, daß dieser Kanzler ebenso wie sein Kaiser reines Herzens gewesen sind — ebenso wie das deutsche Volk trotz allem in seinen gesunden Schichten auch heute noch für sich in Anspruch nimmt, das Gute gewollt zu haben. Daran soll uns kein Tam-Tam feindlicher Propaganda, kein würdeloser Lärm eigener „Bekenner" irremachen.

Bethmann Hollweg hat den Frieden gewollt bis zuletzt. Kaiser Wilhelm hat alle seine Anstrengungen bis zuletzt diesem Ziele gewidmet. Rußlands Entschlossenheit, den Krieg zu entfesseln, Frankreichs Geneigtheit den Krieg zu akzeptieren, Englands Wille, bei einem ausbrechenden Streite dem Kriege nicht fern zu bleiben, sondern an die Seite des Zweibundes zu treten, machten Deutschlands Anstrengungen einer Vermittlung in dem Momente hinfällig, wo die

größte Aussicht dazu vorhanden war, daß sie zum Ziele geführt hätten. Das zeigt Bethmann Hollweg deutlich. Es blieb nur ein Weg für Deutschland übrig, der der „Kapitulation" und den wollte der Kanzler nicht beschreiten. Bethmann Hollweg erscheint uns in diesem Buche, ebenso wie in seinen großen Reichstagsreden, als ein leidenschaftlicher Mensch, als ein treuer Exponent des Stolzes und der Überlieferung eines großen Volkes. Der Erfolg ist für einen Staatsmann entscheidend, der Erfolg hat gegen Bethmann Hollweg und gegen uns gesprochen. Bethmann Hollweg wird nicht als großer Staatsmann in der Geschichte weiter fortleben — aber fragen wir uns heute alle, ob es das deutsche Volk verwunden hätte, wenn auf Kosten seiner Weltstellung und seiner „Ehre (im alten imperialistischen Sinne) damals eine Kapitulation vollzogen worden wäre und damit vielleicht vorübergehend der Friede erhalten geblieben wäre — ich glaube, wir werden mit „nein" antworten. Wenn Bethmann in diesem Sinne schuldig ist, so sind wir es alle. Kapitulation bedeutete Untergang Österreich-Ungarns und Verlust unserer Weltmachtstellung. Wir hätten alle sicher nicht ohne Kampf diesen Weg betreten oder wir wären seelisch gebrochen gewesen. Jetzt sind wir es seelisch und körperlich — und daß wir es sind, ist das tragische Ergebnis der Weltkonstellation, aus der es keinen Ausweg gab.

Jeder Deutsche sollte dieses Buch lesen. Ist Bethmann Hollweg auch kein großer Staatsmann gewesen, so soll sich trotz allem das deutsche Volk dieses Mannes stolzer deutscher Eigenart, lautersten Pflichtgefühls, leidenschaftlichen und guten Wollens nicht schämen. Er ist ein echter deutscher Mann. Er packte die Probleme groß an und kämpfte für seine Überzeugung. Nur eins war ihm schädlich, die allzu große Erkenntnis der Grenzen seines eigenen Wesens.

Erfolg kann Staatsmännern nur beschieden sein, wenn sie der eigenen Kraft das höchste zutrauen. Bethmann Hollweg war dazu zu ehrlich gegen sich selber. Seine eigenen Mängel erkennt und bespricht er offen. Ihm liegt Heuchelei und die Kunst der diplomatischen Regie fern. Er erkennt das Schädliche gewisser seiner Politik entgegengesetzten Strömungen (vgl Tirpitz), man spürt aber nicht, daß er durch Entfaltung seines ganzen Willens das Äußerste getan hätte, um das ihm Richtigscheinende durchzusetzen. Gewiß ist Politik die Kunst des Kompromisses, es gibt aber Momente im Leben der Völker, wo es besser ist, der Nation die ganze Wahrheit zu sagen, und sie selbst vor die große Entscheidung zu stellen, als ein zunächst erträgliches aber auf die Dauer gefährliches Kompromiß zu schließen. Ich meine damit auch das Bethmann Hollwegsche Verhalten während des Krieges.

Die Bethmann Hollwegsche Regie der öffentlichen Meinung hat gefehlt, genau wie die Bülowsche. Die Nation war sich nicht klar über die Schicksalslage, in der sie sich befand. Vielleicht hätte eine solche Klarheit politische Aufregung und große Schwierigkeiten gebracht — aber die Wahrheit wäre schließlich doch heilsam und gut gewesen.

Etwas können wir und sollen wir von Bethmann Hollweg in seinem Buche lernen: Würde auch im Unglück

„Wer an dem Glauben festhält, daß die Menschheit, wenn auch in vielleicht später Zukunft, sich noch einmal der ethischen Überzeugungen erinnern wird, die das Werk von Jahrtausenden sind, der wird summarische und pharisäerhafte Schuldigsprechung des Gegners ebenso abweisen, wie eigenes unwahres und würdeloses Schuldbekenntnis."

Diese Mahnung ist berechtigt in einer Zeit, wo die Buben auf der Straße die Würde der Nation verhandeln und sich selbst bespeien. Jeder Lehrer der Nation, jeder Führer ist jetzt willkommen, der zur Selbstbesinnung und zum Maßhalten aufruft.

Wir wollen uns hüten, daß nicht wahr werde, was neulich ein englischer Publizist gesagt hat, daß die deutsche Nation roh war im Siege und würdelos in der Niederlage.

Wir wollen unseren Kindern und Enkeln ein fleckenloses Schild überliefern, wenn sie uns einst fragen, wie wir in dieser Zeit gefühlt und gehandelt haben.

Dann wird die Tragik unserer Lage auch dereinst von ihnen verstanden werden und dann werden sie aus dieser Haltung die Kraft zu neuem Leben schöpfen.

Der sozialdemokratische Parteitag

Von Dr. Karl Buchheim

or zwanzig Jahren knüpften sich an den Namen Eduard Bernsteins mancherlei Hoffnungen auf eine Mauserung der Sozialdemokratie. Denn er war der Vorkämpfer des sogenannten Revisionismus, einer Richtung, die über Auslegung und Fortbildung der Lehre von Karl Marx und über das Erfurter Programm etwas anderer Ansicht war, als die von Kautsky geführte Parteiorthodoxie. Die Revisionisten wollten stärker die Mitarbeit der Partei am Ausbau des Gegenwartsstaates betonen, sie glaubten nicht mehr an die Revolutionsromantik und die schier chiliastischen Hoffnungen auf die zukünftige soziale Republik. Vielleicht glaubten sie überhaupt nicht mehr, daß diese Republik in Deutschland je kommen würde. In dieser Beziehung haben sie unrecht behalten, aber von romantischem Glanz zeigt die Republik keine Spur, und die Sozialdemokratie brauchte heute weite Arbeiterkreise weniger zu enttäuschen, wenn sie ihre Anhänger schon früher mehr an Gegenwartspolitik im Sinne der Revisionisten gewöhnt hätte. Aber damals auf dem Dresdener Parteitag wurden die Revisionisten „an die Wand gedrückt", ein Mann wie Bernstein wurde in der Folgezeit in der Partei mannigfach schikaniert; man machte ihm sogar seinen Broterwerb als Schriftsteller nach Kräften sauer. Heute haben sich die Zeiten gründlich gewandelt: die Sozialdemokratie muß praktische Gegenwartsarbeit in der schwersten politischen Lage unseres Reiches leisten, sie muß regieren, darf nicht mehr schimpfen und vertrösten. Heute sitzen die Führer der Partei in den maßgebenden Reichsstellen; die Not der Zeit schreibt ihnen Gesetze vor, um das Programm können sie sich nicht viel kümmern Heute kann auf dem Weimarer Parteitag der Sprecher des Parteivorstandes selber, Otto Wels, ohne Widerspruch zu finden, erklären, man stände zwar noch auf dem Boden des Erfurter Programms, aber man verschließe sich der Reformbedürftigkeit dieses Programms nicht. Dafür tritt Eduard Bernstein als Anwalt einer auswärtigen Politik auf, die mit beiden Füßen in Wolkenkuckucksheim steht, und die der Parteitag nicht nur als unpraktisch, sondern geradezu als reichs- und volksschädlich ablehnen muß.

In der Tat bedeutet der Parteitag einen weiteren Schritt auf dem Wege zur positiven aufbauenden Arbeit in der politischen Gegenwart, auf dem sich die Sozialdemokratie seit dem 4. August 1914 befindet. Was die wohlerwogenen Gründe der Revisionisten nicht vermochten, das brachte damals die Überzeugungskraft der Tatsache des Weltkrieges zuwege: die Bekehrung der Partei von der Revolutionspredigt zur politischen Arbeit. Freilich läßt sich eine fünfzigjährige Vergangenheit nicht ohne weiteres verleugnen: die „Unabhängigen" machten die Bekehrung nicht mit und spalteten sich ab. Doch ließ sich Scheidemann von der verbleibenden Parteimehrheit auf dem Würzburger Parteitag die Politik des 4. August ausdrücklich bestätigen. Aber nun kam die Revolution und die Berufung zur Regierung. Jetzt muß die Sozialdemokratie die Polizei handhaben, muß Aufstände militärisch niederwerfen, muß nationale Töne anschlagen und sogar auf Arbeitgeberinteressen Rücksicht nehmen. Das sind die Genossen im Volke nicht gewöhnt. Die paradiesischen Zustände des Zukunftsstaates, wo der Arbeiter ein freier Herr ist, wollen nicht kommen. Die eben erst zur Partei gelaufenen Landproletarier verstehen nicht, weshalb in den Besitzverhältnissen auf dem Lande einstweilen alles beim alten bleibt. Die Volksschullehrer, die ihre Angelegenheiten gern für besonders wichtig halten, sind entrüstet, wenn nicht alles gleich nach ihrem Kopfe geht. Es besteht Gefahr, daß alle diese Anhänger zu den Radikalen der äußersten Linken überlaufen. Darum fühlt sich die Partei in ihrer verantwortlichen Rolle gar nicht recht wohl. Es sammelt sich Zündstoff an gegen die Parteiführer in den Regierungssesseln. Man kritisiert, nur um die Vergangenheit nicht zu verleugnen, man macht bange vor der Gegenrevolution,

nur um die eigene Gesinnungstüchtigkeit zu demonstrieren. Wenn der Arbeiter die herkömmlichen Redensarten nur noch in der unabhängigen Presse zu lesen bekäme, würde er es ja nicht glauben, daß die S. P. D. die echte Nachfolgerin der Partei Bebels wäre.

Die Gefahr war nicht gering, daß der Parteitag der populären Stimmung einige Genossen, die besonders im Geruche stehen, daß die Ministerherrlichkeit bei ihnen der Gesinnungsfestigkeit geschadet habe, zum Opfer gebracht hätte. Es lagen Anträge vor, die der Regierung ein Mißtrauensvotum aussprachen. Insbesondere Noske sollte zur Niederlegung seines Amtes gezwungen werden, die Genossen von Münster wollten ihn sogar aus der Partei ausschließen. Aber der Parteitag hat den Mut gehabt, die Regierung nicht fallen zu lassen, sondern sich mit sehr großer Mehrheit ausdrücklich zu ihr zu bekennen. Er sichert ihr „kräftigste Unterstützung zu bei der Durchführung aller Maßnahmen, die zur Verwirklichung unserer Parteiziele und damit zum Wohle des gesamten Volkes ergriffen werden". Er gibt zwar den Kritikern recht, daß viele Fehlgriffe und Unterlassungen „berechtigten Unmut" erweckt hätten, — das ist die kleine Libation, die statt der erhofften Hekatombe den zürnenden Göttern der Unterwelt gebracht wird! —, ermahnt aber die Parteigenossen dringend, „den Unwert von Kritiken zu erkennen, die von verantwortungslosen Leuten nur zu dem Zweck geübt werden, unsere Partei und unsere Vertreter in der Regierung in den Augen des Volkes als unwürdig des Vertrauens erscheinen zu lassen". Nur werden die Minister ausdrücklich angewiesen, auf den Gebieten der Verwaltung, der Schule und Kirche, des Heerwesens und des Wirtschaftslebens möglichst für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Programms zu sorgen. Gerade Noske, der Vielgehaßte, hat es verstanden, dem Parteitag diese Haltung besonders zu erleichtern durch seine Enthüllungen über die Versuche der Unabhängigen, die Freiwilligentruppen heimlich für sich zu gewinnen, die sie öffentlich als Bluthunde und Schergen der Gegenrevolution beschimpfen. Noske, der ohne Zweifel der Retter und die eigentliche Stütze der gegenwärtigen Regierung ist, hat durch seine Rede in Weimar auch die Partei vor ihrer eigenen Feigheit, vor der Angst, von der linksradikalen Konkurrenz überholt zu werden, vor den Gespenstern der eigenen allzu negativen Vergangenheit, die man jetzt verleugnen muß, gerettet. Er durfte mit Recht die Parteigenossen auffordern, endlich einmal einen Funken von der Courage zu zeigen, die er gehabt habe, und sich nicht von jedem Spektakel der Unabhängigen ins Bockshorn jagen zu lassen. Diesmal hat, wie gesagt, Noskes Geschick, die Enthüllung über die Unabhängigen zur rechten Zeit zu bringen, dem Parteitag das Bekenntnis zur Regierungspolitik leicht gemacht. Er hat damit bekundet, daß die Politik des 4. August fortgesetzt werden soll, die Politik, die zwar das Programm und die Internationale hochhalten will, aber doch in erster Linie im Guten wie im Bösen zum eigenen Volke stehen will. Als Eduard Bernstein den 4. August 1914 als den schwärzesten Tag seines Lebens bezeichnete und behauptete, Millionen von Menschen wären weniger gefallen oder verkrüppelt, wenn die Sozialdemokratie die deutschen Kriegskredite verweigert hätte, antwortete ihm stürmischer Widerspruch und lautes Lachen. Bernstein hat eine ganz unglaubliche Rede gehalten. Er ist von der Kriegsschuld Deutschlands überzeugt, aber Lloyd George und Poincaré haben seiner Meinung nach alles getan, um den Krieg zu verhindern. Neun Zehntel der feindlichen Friedensbedingungen hält er zwar nicht für berechtigt, wie er nachträglich feststellte, aber für notwendig. Mit Belgien und Frankreich, die durch den Krieg furchtbar mitgenommen seien, hat er tiefes Mitleid. Hier rief ihm Noske zu: „Für Ostpreußen habt Ihr nicht ein Wort gehabt, Deutschland ist Euch nichts!" Als er darauf erwiderte, der deutsche Generalstab habe Ostpreußen gegen guten Rat preisgegeben, quittierte ihm Noske unter lebhaftem Beifall mit dem Zuruf: „Ist das ein dummes Geschwätz!" Bernstein, der in der inneren Politik einst dem Revisionismus das Wort redete, war in auswärtigen Fragen schon vor dem Kriege ein gläubiger Apostel der Sorte von Pazifismus, den besonders die Engländer in andere

Völker exportieren, um sie für die britische Weltherrschaft innerlich reif zu machen. Dieser Internationalismus dient einseitig den Interessen der Westmächte und ist leider fanatisch genug, auf die Interessen des eigenen deutschen Volkes gar keine Rücksicht zu nehmen. Der Parteitag hat aber Bernsteins Anschauungen völlig abgelehnt. Er will auch in der auswärtigen Politik den Internationalismus sans phrase revidieren. Scheidemann hat in seiner großen Programmrede ein Bekenntnis zum praktischen, das deutsche Volk wirklich fördernden Sozialismus abgelegt, das auch für die auswärtige Politik Geltung gewinnen muß: „Wir müssen in Zukunft jede Maßnahme darauf ansehen, nicht nur ob sie sozialistisch, sondern auch darauf, ob sie praktisch ist, und wir dürfen uns nur für solche Maßnahmen entscheiden, von denen wir mit ruhiger Zuversicht eine Förderung des Volkes, des arbeitenden Volkes erwarten dürfen." Damit ist zweifellos auch der Internationalismus Bernsteinscher Art abgelehnt.

Auch Scheidemann wünscht eine auswärtige Politik nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit: Macht vergeht, Recht besteht! Die Regierung wolle nicht um den Frieden feilschen, um ein paar Nachteile weniger in Kauf nehmen zu müssen. Sie mache nicht Zugeständnisse, weil sich Deutschland als der Schwache vor den Starken ducken müsse, sondern weil sie sich zu der Überzeugung durchgerungen habe, daß nicht alle Forderungen der Gegner unberechtigt sind. Wären wir die Sieger und lägen die Gegner am Boden, dann müßten wir seiner Ansicht nach erst recht das zerstörte Frankreich und Belgien auf unsere Kosten aufbauen. Man kann natürlich auch hier wieder sagen, mit solchen Äußerungen liefere der Reichsministerpräsident den Feinden Argumente. Doch wird man damit nie Eindruck auf Scheidemann machen und wird ihm auch nicht gerecht. Der rechtsstehenden Presse ist die Politik gut, die Deutschland Vorteil bringt. Nach Meinung der Alldeutschen kann man in der Politik nur Hammer oder Amboß sein. Scheidemann dagegen hofft, die Völker für das Ideal der Gerechtigkeit zu begeistern, sie zu der Einsicht zu überreden, daß bei gegenseitiger Rücksichtnahme und Gerechtigkeit der Weltfriede allein gesichert und dem wahren Vorteil jedes einzelnen Volkes, auch wenn es im Augenblick benachteiligt erscheint, am besten gedient sei. Unsere gegenwärtige Regierung will prinzipiell zugestehen, daß Belgien und zum Teil auch Frankreich, auf dessen Boden der Krieg geführt worden ist, von uns Unrecht geschehen ist. Auch der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg hält in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg" (I Seite 168) seinen vielbefehdeten Ausspruch vom 4. August 1914 vom „Unrecht" gegen Belgien ausdrücklich aufrecht. Die Regierung handelt in dieser Beziehung in ihrer auswärtigen Politik nach einem Grundsatz, der allerdings unerprobt ist, der aber doch gradlinig ein Ziel verfolgt, nämlich das Ziel, durch das Beispiel einer Gerechtigkeit auch auf eigene Kosten, wenn es sein muß, die andern Völker zur Achtung und durch moralischen Zwang schließlich zur Nachahmung zu zwingen. Diese Politik enthält immerhin einen einheitlichen großen Grundgedanken, und ich möchte hier nur feststellen, daß sie auf so völlig anderen Grundlagen beruht, als die nationalistische auswärtige Politik, wie sie zum Beispiel die Alldeutschen empfohlen haben, daß es keinen Zweck hat, vom nationalistischen Standpunkte immer wieder über Scheidemann und seine Gesinnungsgenossen abzuurteilen. Die Sozialdemokratie greift ein großes Unternehmen an: sie will das Beispiel einer moralischen, unegoistischen auswärtigen Politik geben. Sie wird dieses Beispiel schwerlich durchführen können, weil die materialistische Gesinnung, in der sie ja selber die Arbeiterklasse bestärkt hat, immer wieder bald eine egoistische Politik erzwingen wird. Noch spüren die Arbeiter nicht die Fremdherrschaft der Westmächte am eigenen Leibe. Wenn sie sie spüren werden, dann wird die Hinwendung zum Nationalismus sehr bald erfolgen. Auch der Bolschewismus in Rußland und Ungarn ist nationalistisch geworden. Nur eine religiöse Erziehung der Völker wird die Welt allmählich für eine Politik internationaler Gerechtigkeit reifer machen. Die Sozialdemokratie, die das Christentum haßt und ersetzen möchte, wird dadurch gestraft werden, daß ihre internationalen Ideale durch die Klassenhaßpropaganda, durch die Erziehung zum

Egoismus, die von ihr selber ausgeht, zersetzt werden. Diesmal hat der Parteitag Scheidemanns auswärtige Politik, der ich, wie gesagt, den großen Grundgedanken nicht absprechen möchte, begeistert gut geheißen. Die sogenannte „Kontinentalpolitik", die Cohen-Reuß empfiehlt, und die eine Spitze gegen die Angelsachsen enthalt, hat er abgelehnt, weil sie in der Tat jetzt ganz unmöglich in ihren Voraussetzungen ist. Aber die Zeit wird vielleicht kommen, wo die Arbeiterklasse selber die Partei zu einer nationalistischen Politik zwingen wird. Denn den Egoismus der Menschennatur wird die Sozialdemokratie nicht mildern. Dazu gehören ganz andere Kräfte.

In der inneren Politik hat sich Scheidemann erneut zu den Grundsätzen der Demokratie bekannt und die Diktatur des Proletariats verworfen. Die sozialdemokratische Partei soll nicht mehr eine Partei der Lohnarbeiter in erster Linie sein, sondern die „praktische Interessenvertretung aller körperlich und geistig arbeitenden". Das ist ein Zeichen dafür, wie gern die Partei innerhalb der bürgerlichen Klassen Boden gewinnen möchte. Eine reine Lohnarbeiterpartei ist eben für die Regierung unzulänglich. Noske hat auf dem Parteitag die geringen Gehälter akademisch gebildeter Beamter wirkungsvoll den unverschämten Lohnforderungen mancher Arbeiter gegenübergestellt. Wann hätte früher ein Sozialdemokrat so gesprochen! Sogar der Sozialismus selbst ist für Scheidemann kein absolutes Heiligtum mehr. Er ist nicht Zweck an sich, sondern er soll ein Mittel sein, der leidenden Menschheit zu helfen, erklärt er ganz im Sinne von Gustav Steffen.[1]) Das kann doch nur so verstanden werden: da, wo es für die leidende Menschheit zuträglicher ist, nicht sozialistische Politik zu treiben, soll auch von den sozialistischen Grundsätzen einmal abgewichen werden. Der preußische Minister Heine hat scharfe Worte gegen jede schluderige Gesetzgebungsarbeit gesprochen, die man macht, um radikalen Schreiern schnell den Mund zu stopfen. Aus alledem sieht man, daß die Sozialdemokratie viel lernt, seit sie an der Regierung ist. Auch patriotische Töne sucht man im Munde der Parteiredner nicht mehr vergebens. Der Parteivorsitzende Hermann Müller feierte Großdeutschland und die nationale Treue der Arbeiter an der Saar, am Rhein, an der Memel und an der Weichsel. Die schönsten patriotischen Worte fand Otto Wels: „Kein Franzose oder Engländer hätte jemals die alleinige Schuld auf sein Land genommen. Auch der nationale Stolz ist etwas Großes und Gewaltiges, und wir Deutschen können ihn lernen von den Franzosen, von den Engländern und allen freien Völkern (Stürmischer Beifall). Von ihnen müssen wir lernen, deutsch zu fühlen auch gegenüber einem Clemenceau, diesem Manne von Blut und Eisen im zwanzigsten Jahrhundert, gegen den Bismarck nur ein elender Stümper gewesen ist." Wels beginnt sogar, am dem sonst immer verdammten Kriege gute Seiten zu finden. Er stelle die Nationen auf die Probe und lasse bei ihnen zerfallen, was nicht lebenskräftig sei. Man könnte danach beinahe hoffen, daß auch die Sozialdemokratie noch einmal die Bedeutung des Krieges für die menschlichen Ordnungen begreifen lernen wird, und auch sie vielleicht dem Wort des alten Heraklit, daß der Krieg aller Dinge Vater sei, mehr Verständnis entgegenbringen wird.

Was die Wirtschaftspolitik anlangt, so hat der Parteitag gezeigt, daß die jetzt viel besprochenen Vorschläge des Reichsministers Wissell über eine „geordnete Planwirtschaft": Einrichtung von Zwangssyndikaten in den einzelnen Erwerbszweigen, Aufbau einer Pyramide von Unternehmerkammern und Arbeiterräten bis hinauf zu einem Reichswirtschaftsrat, Überleitung eines großen Teils des Aktienkapitals in Reichsbesitz in der Form der Besteuerung, durchaus nicht bloß bei bürgerlichen Mitgliedern der Regierung Bedenken erregen. Denn die Reichsminister Dr. David und Robert Schmidt sind den Ausführungen Wissells auf dem Parteitag zum Teil scharf entgegengetreten. Die Sozialisierungsfrage bleibt weiter in der Schwebe und ist eine der schlimmsten Klippen, die die Sozialdemokratie zu umsegeln haben wird.

[1]) Vergl. meinen Aufsatz „Voraussetzungen der Demokratie" Grenzboten 1919 Nr. 14.

Großes Interesse brachte die Weimarer Tagung der Parteipolitik entgegen. Man stellte mit Befriedigung fest, daß der Mitgliederbestand der Partei ungefähr wieder die Höhe erreicht habe, die er vor dem Kriege und vor der Abspliterung der Unabhängigen hatte. Man verhehlte sich aber nicht, daß in den Gegenden, wo ganze Organisationen zu den Unabhängigen gegangen sind, der Stand von 1914 noch lange nicht wieder erreicht sei und daß der Zuwachs der Partei großenteils aus völlig ungeschulten, utopistisch gesinnten Mitläufern bestehe, die bei der ersten Enttäuschung leicht untreu werden könnten. Vor solchen Enttäuschungen hat man offenbar große Angst. Selber in der Kritik groß geworden, fühlt man sich jetzt, wo man regieren soll, der Kritik der Unabhängigen und Kommunisten nicht gewachsen. Seit längerer Zeit sind Bestrebungen im Gange, die drei sozialistischen Parteien wieder zu einigen. Diese Bestrebungen fanden auf dem Parteitage warme Fürsprache, und die Sozialdemokratie hat sich auch grundsätzlich bereit erklärt, sich mit allen Elementen der radikalen Linken zu einigen, die auf dem Boden der Demokratie stehen. Eine Einigung mit den Kommunisten erklärte der Parteivorsitzende Müller für ausgeschlossen. Die Einigungsverhandlungen mit den Unabhängigen sollen nur zentral von Parteivorstand zu Parteivorstand geführt werden. Eine besondere Einigungskommission wurde abgelehnt. Diese Ablehnung bedeutet eine Niederlage des linken Parteiflügels, der sich von einer Einigungskommission, in der vielleicht Leute wie Bernstein und Davidsohn sitzen könnten, mehr Entgegenkommen gegen die Unabhängigen verspricht als vom Parteivorstand. Die Einigung der sozialistischen Parteien hat wenig Aussicht auf Erfolg. Es scheint in der Tat, als wollte die proletarische Politik Deutschlands endgültig in drei Richtungen auseinandergehen. Die eine will positive nationale Politik in demokratischem und so weit als möglich sozialistischem Sinne treiben. Sie will, wie Scheidemann sagte, alle Maßnahmen nicht nur darauf ansehen, ob sie sozialistisch sind, sondern auch darauf ob sie praktisch sind. Für sie soll der Sozialismus nicht mehr Selbstzweck, sondern Mittel zur sozialpolitischen Wohlfahrt der Nation sein. In der inneren Politik will sie streng demokratisch sein, in der auswärtigen unbedingt das Prinzip der internationalen Verständigung befolgen, auch wo Deutschland Nachteil davon hat. Der zweiten Richtung ist eine unter allen Umständen sozialistische Staats- und Wirtschaftsordnung die Hauptsache. In auswärtigen Fragen hofft sie auf den Sieg der Weltrevolution in den Ententeländern. Zu dieser Richtung gehört der linke Flügel der heutigen Sozialdemokratie und der rechte der Unabhängigen mit Ströbel, Kautsky Hage, die noch am demokratischen Prinzip festhalten. Der linke Flügel der Unabhängigen (Ledebour Däumig) gehört mit den Kommunisten zusammen. Hier ist man für Diktatur des Proletariats, rücksichtslose Propaganda des proletarischen Weltimperialismus und sogar schon für einen äußerst gewaltsam auftretenden proletarisierten Nationalismus. Die Grenzen der drei Parteien untereinander dürften sich also noch verschieben, aber die Parteien selber werden vermutlich bleiben.

Die Hauptsorge der Sozialdemokratie in dieser Lage muß sein: werden ihr die Massen weiter folgen, oder werden sie nach links abschwenken? Darüber kann heute niemand etwas Endgültiges sagen. Die Sozialdemokratie will sich eifrig der Jugendbildung annehmen, um die künftige Generation in ihrem Sinne zu erziehen. Im übrigen hofft der Referent über die Bildungs- und Jugendfragen, Heinrich Schulz, daß die Partei Deutschland nach seinem tiefen Fall durch die große Freiheit des Sozialismus als wirtschaftliches, der Demokratie als politisches Prinzip und bedeutender geistiger Leistungen auf dem Gebiete der Kultur wird erlösen können.

Man darf zugestehen, daß die Sozialdemokratie es in ihrer Weise gut mit dem deutschen Vaterlande meint, und daß viel politischer Idealismus bei ihr Raum findet. Gewiß wird Politik immer etwas zu tun haben mit Interessenvertretung und wird immer die Kunst des Möglichen sein. Aber sie wird überall da verdorren, wo nicht selbstlose Arbeit für die Verwirklichung großer Gedanken in ihr geleistet wird. Solche Arbeit tut den bürgerlichen Parteien not. In dieser

Beziehung sind sie, vom Zentrum abgesehen, der Sozialdemokratie heute unterlegen. Ohne selbstlose Arbeit im Dienste großer Gedanken können Parteien zwar Interessengruppen gewinnen, aber nicht für breite Volksschichten Objekte des Glaubens und dauernden Vertrauens werden, wie es die Sozialdemokratie und das Zentrum erreicht haben; ohne sie kann man auch die Jugend nicht begeistern. Mögen die bürgerlichen Parteien sich Weltanschauungen schaffen, die sich mit den philosophischen Grundlagen des Sozialismus ernst auseinandersetzen, mögen sie es wieder lernen, politische Prinzipien konsequent zu durchdenken und an politische Ideale zu glauben! Dann wird das Bürgertum sehr wohl wieder politische Kräfte in Bewegung setzen können, die sich mit den proletarischen messen können. Unüberwindlich ist die Sozialdemokratie nicht: das zeigt der Weimarer Parteitag!

Zur Rätefrage

Von Dipl. cam. O. Leibrock

Die Frage des Rätesystems, die uns die Revolution als wichtigstes neues Moment gebracht hat, ist heute schon mächtig in die Halme geschossen und unausrottbar populär geworden. In ihm drückt sich ein Gewirr von himmelstürmenden Hoffnungen, von Enttäuschungen, von Verlangen und Abscheu aus. Im Werdegang des Gedankens in Deutschland lassen sich vier Epochen unterscheiden. Die erste umfaßt die Zeit vor dem 9. November 1918, in der sich im geheimen in den Kasernen und in den Betrieben räteähnliche Organisationen revolutionärer Persönlichkeiten zur Herbeiführung des Umsturzes gebildet haben; die Anfänge sollen schon vor die Zeit des Streiks im Jahre 1918 zurückreichen. — Die zweite Phase dauerte vom 9. November bis zum ersten Rätekongreß im Dezember 1918. Aus der ursprünglichen Forderung der Unabhängigen und Kommunisten: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten" ist während dieser anderthalb Monate die Forderung nach Einberufung der Nationalversammlung geworden, die der erste Rätekongreß ausgesprochen hat. In der dritten Phase — bis zum zweiten Rätekongreß — hat dann der Rätegedanke unter der Arbeiterschaft wieder an Einfluß gewonnen. Noch am 26. Februar erklärte die Regierung amtlich: „Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran, das Rätesystem in die Verwaltung oder in die Verfassung aufzunehmen." Am 5. März zeigte sie sich jedoch bereit, die Arbeiterräte als Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse anzuerkennen und in der Verfassung zu verankern. Der Schlüssel zu der schnellen Wandlung lag allein auf den Straßen Berlins. Die nach Weimar delegierten Mitglieder des Arbeiterkongresses willigten ein, als Preis für dieses Regierungsversprechen den Generalstreik zu beenden. Somit war die Schaffung der Arbeiterräte endgültig anerkannt.

Der Zusage auf Erfüllung dieser Forderung ist schnell die Tat gefolgt. Die Beratungen innerhalb der Reichsregierung haben zur Annahme eines Artikels 34a der Reichsverfassung geführt, in dem die Forderungen als ewige Grundgesetze des deutschen Volkes enthalten sind. Danach bleibt die politische Einflußnahme ausgeschaltet. Zwei Systeme werden eingeführt, neben dem System des Betriebs-, Bezirks- und Reichs-Arbeiterrats, das der gemischten Wirtschaftsräte (Bezirkswirtschaftsrat, Reichswirtschaftsrat). Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftsgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs-

räten, Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von Bedeutung sollen vor ihrer Einbringung beim Reichstage dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Wie sich diese neuen Rechte der Arbeiterklasse innerhalb der Betriebe gestalten werden, welche technischen Grenzen ihnen gezogen werden sollen, welche Rechte den Betriebsleitern zugestanden werden, — die Regelung all dieser Fragen hat man einem besonderen Reichsgesetz vorbehalten. Zu diesem Gesetz, welches bereits im Entwurf vorliegt, wird später Stellung genommen.

Diesem Artikel 34a war von der Regierung eine Begründung beigegeben, in der u. a. darauf hingewiesen wurde, daß das Rätesystem von einer doppelten Grundanschauung getragen ist: „Der Arbeiter (Arbeiter und Angestellte) strebt als solcher nach unmittelbar initiativer Geltendmachung seiner Interessen bei den Betrieben und der Öffentlichkeit; zugleich strebt er über die Arbeitnehmersphäre hinaus nach Mitwirkung im Produktionsprozeß selbst, der bisher einseitig von dem Unternehmer geleitet worden ist. Er fühlt sich nicht mehr nur als Arbeiter an der Arbeitsstelle in gebundener Arbeitsaufgabe, ohne Ausblick auf das wirtschaftliche ganze Leben und Streben. Es drängt ihn, über die Arbeitsstelle hinaus das wirtschaftliche Ganze zu sehen, seine Sachkunde und Erfahrungen dafür fruchtbar zu machen und an der produktiven Entwicklung mitzuschaffen. Alle Bestrebungen mischen sich mit neuen Lebenstrieben und führen eine die gesamte Arbeiterschaft aufwühlende Bewegung herbei, deren Fruchtbarkeit von der Gesetzgebung anerkannt werden muß. Würde die Gesetzgebung ihre Aufgabe nicht erkennen, so ist zu befürchten, daß sich die Bewegung über alle Form hinaus gewalttätig und chaotisch Bahn brechen würde. Auf diesem Grundgedanken, daß der Arbeiter nicht nur Arbeiter, sondern auch Produzent ist, bauen sich die beiden sozialen Rechtsformen auf, welche die Gesetze der neuen Bewegung zur Verfügung stellen wollen: „erstens die Arbeiterräte, zweitens die Wirtschaftsräte."

Man muß nun sagen, daß diese Politik verhängnisvoll gewirkt hat. Die deutschen Wirtschaftskreise, die in allen Angelegenheiten nach sachlichen Gesichtspunkten zu entscheiden gewohnt sind, blickten angesichts des plötzlichen Stimmungs- und Meinungswechsels der Regierung mit den ernstesten Besorgnissen in die Zukunft, zumal auch die Meinungen über den Inhalt des Wortes „Rätesystem" in der Öffentlichkeit klaffend auseinandergingen. Die einen (Berliner Vollzugsrat und Spartakusbund) dachten sich die Räte als Organe, die „innerhalb jedes Großbetriebes der Direktion und dem Aufsichtsrat mit Sitz und Stimme bei allen zu erledigenden kaufmännischen und technischen Angelegenheiten gleichberechtigt beigeordnet sein sollten", welche die „Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen hätten". Die Voraussetzung der gesunden Wirtschaftsführung, nämlich die beiden Faktoren: rasche Entschlußkraft, frische Initiative und ungeteilte Verantwortung kümmerten diese Kreise nicht. Nicht hineingewachsen in das wirklich Unternehmerhafte, welches Arbeit als Selbstzweck bedeutet, sehen sie das Unternehmertum nur als die von Profitgier und Erwerbssucht beherrschte und dem Streben zu einer behaglichen Lebenshaltung geleitete Gesellschaftsschicht an, die auszurotten ist. Die Mehrheitssozialisten dagegen verlangten, daß die Räte „bei der Regelung der allgemeinen Arbeiterverhältnisse gleichberechtigt mitzureden hätten". Diese Auffassung ging von etwas schon Bestehendem, den Arbeiterausschüssen, aus.

In demselben Augenblick nun, in dem die Regierung das Programm für die Einordnung der Arbeiterräte in die Verfassung bekannt gab, nahm der „Vorwärts", das Organ der führenden Regierungspartei, in unzweideutiger Weise dagegen Stellung. Was er ausführte, ist alles andere als rückhaltlose Zu-

stimmung zu Art. 34a. „Ob in dem vorstehenden Antrag (Art. 34a) das Problem richtig gelöst ist, darüber kann man allerdings verschiedener Meinung sein. — Etwa später erforderlich werdende Änderungen des Charakters der Arbeiterratsgesetzgebung sollten nicht durch den Zwang, die Verfassung zu ändern, erschwert werden." Das heißt also mit anderen Worten: Die Regelung der Arbeiterratsfrage gehört überhaupt nicht in die Verfassung. Diese entschiedene Absage über die Regierungshäupter hinweg ist von Bedeutung. Weiter wurde im „Vorwärts" über die Erfahrungen, welche die Sowjetregierung mit dem Rätesystem gemacht hat, berichtet. Danach stellte Trotzki fest, daß viele Mitglieder der Arbeiterräte sich zu einer organischen, schöpferischen und nachdrücklichen Arbeit unfähig gezeigt haben; er sagt: „Fabrikräte, Betriebsräte und dergleichen sind der Tod der Initiative des allein zuständigen Fachmannes. Die Arbeiterklasse muß genug gesunden Menschenverstand besitzen, um das anzuerkennen." Man wird, so sagt der Bericht des „Vorwärts", zugeben müssen, daß über die wirtschaftliche Seite des Rätesystems kaum härtere und strengere Worte zu finden sind.

Durch die Bekleidung des Rätesystems mit der Würde einer Staatseinrichtung ist die dritte Epoche abgeschlossen. Die vierte Phase wurde eingeleitet von dem zweiten Rätekongreß. Hier haben beide sozialdemokratische Parteien, die ihre Räteforderungen schon in der Vollsitzung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 24. März ungefähr begrenzt hatten, ein ausgesprochenes Räteprogramm mit politischer Macht für die Räte vorgelegt. Auch die Demokraten legten einen Antrag vor. Das Programm der U. S. P. D. — Antrag Däumig — ist nichts anderes als die russische Räteverfassung; es schließt alle Produzentenkreise von einer Mitwirkung in ihren Angelegenheiten aus. Nur die Arbeitervertreter sollen die alleinige politische Vertretung in Händen haben, was nichts anderes bedeutet, als die krasse Diktatur des Proletariats. Die S. P. D. akzeptierte den Antrag Cohen-Reuß—Kaliski, der eine Kombination von paritätisch zusammengesetzten Wirtschaftsräten zur Durchführung der Sozialisierung und von berufsständischen zweiten Kammern empfiehlt, die im wesentlichen gleichberechtigt neben den allgemeinen Volksparlamenten stehen sollen.

Der Wortlaut des Mehrheitsantrages und des Antrages der Demokraten ist im wesentlichen folgender:

Der Mehrheitsantrag. Der Rätegedanke muß auf dem Boden der Demokratie seine Verwirklichung finden. Das demokratische Rätesystem muß in der Verfassung verankert werden. Es stellt die Vertretung der Arbeitskraft des Volkes dar. Während das Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts die Vertretung der Bevölkerung nach ihrer besonderen Zahl darstellt, stellt die Kammer der Arbeit, die sich auf dem Rätesystem aufbaut, die Vertretung der Produktivkraft und der Leistung des Volkes dar. In dem Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre besondere Funktion vertreten, es repräsentiert die formale Demokratie. Die Kammer der Arbeit repräsentiert die schaffenden Kräfte der einzelnen Klassen nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft, also den Aufbau des Sozialismus. Jede aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Körperschaft erhält eine Kammer der Arbeit. Die deutsche Einheitsrepublik wird von unten aufgebaut durch selbstverwaltende Gemeinden, Kreise, Provinzen, Länder, die Zusammenfassung ist das Reich. In jeder dieser genannten politischen Einheiten herrscht das Parlament, ergänzt durch die Kammer der Arbeit.

Die Aufgaben der Kammer der Arbeit sind: Ausarbeitung und Prüfung aller Gesetze wirtschaftlichen Charakters; dauernde Untersuchung der Wirtschaftsentwicklung mit dem Recht der Initiative bei der Sozialisierung einzelner Produktionszweige. In dem Zustandekommen eines Gesetzes bedarf es der Zustimmung beider Häuser. Beide Kammern haben das Recht, ein Referendum zu verlangen.

Ferner bilden die Arbeiterräte die Vertretung der Arbeiter für die Fragen der Produktion in den Arbeitsgemeinschaften, die für alle Gewerbe errichtet werden müssen. Die bisher errichteten Arbeitsgemeinschaften, in denen die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, sind Vertretungen zur Regelung der Berufsfragen. Sie müssen nun auch zu Vertretungen der Produktion werden, die von den Unternehmern und Arbeitern gemeinsam getragen werden. Die Arbeiter werden hierbei durch die Arbeiterräte vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft ist der Unterbau der Sozialisierung.

Der demokratische Antrag. Die freie demokratische Fraktion der Arbeiterräte bezeichnet in ihrem Antrag die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessenvertreter und wünscht die Regelung der Frage durch ein Rätegesetz. Sie fordert die bezirksweise Wahl gesondert nach Berufsständen, mit Einschluß der arbeitleistenden Unternehmer unter Aufstellung besonderer Grundsätze für die Kopfarbeiter. Das passive Wahlrecht soll erst vom 25. Lebensjahr gewährt werden. Die Bezirksarbeiterräte haben nur eine überwachende Tätigkeit. Sie wählen aus ihrer Mitte die Delegierten zum Reichsarbeiterrat, dessen laufende Geschäfte von einem Reichsvollzugsrat geführt werden.

Der Reichsarbeiterrat ist für alle sozialpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung zuständig, besonders für Arbeiter-, Angestellten-, Beamten- und Agrarrecht, für die Vorbereitung der Sozialisierung geeigneter Betriebe und Berufszweige. Der Reichsarbeiterrat ist berechtigt, der Reichsregierung innerhalb seiner Zuständigkeit Vorschläge und Gesetzentwürfe zu unterbreiten. Die Reichsregierung hat den Reichsarbeiterrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze zu hören. Der Reichsarbeiterrat hat das Recht, zur Beratung innerhalb der Reichsregierung sowie in der Nationalversammlung und den zuständigen Kommissionen Vertreter aus seiner Mitte mit beratender Stimme zu entsenden.

Der Reichsarbeiterrat hat das Recht, gegen Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches, die seine Zuständigkeit berühren, mit drei Viertel Majorität der abgegebenen Stimmen Widerspruch mit aufschiebender Wirkung zu erheben. Gegen den erneuten Beschluß der Deutschen Nationalversammlung kann — sofern dieser nicht mit drei Viertel Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt worden ist — der Reichsarbeiterrat mit der gleichen Majorität eine allgemeine Volksabstimmung verlangen. Die Volksabstimmung bedarf der Zustimmung des Reichspräsidenten.

Das deutsche arbeitende Volk ist berufsständisch zu organisieren. Die Organisationen bedürfen der Anerkennung durch den Reichsvollzugsrat.

Im einzelnen weichen diese Vorschläge voneinander ab; alle aber verfolgen den Grundgedanken einer Organisierung der Produktion unter Mitwirkung der Arbeitnehmer. Diesem Grundgedanken kann man die Zustimmung nicht versagen.

Wie stellen sich nun die Gewerkschaften zum Rätesystem? Zur Beantwortung dieser Frage ist eine kleine Rückschweifung notwendig. Mit dem 15. November hatten die Gewerkschaften einen machtvollen Einfluß auf unser gesamtes Wirtschaftsleben erlangt. Man hätte deshalb annehmen müssen, daß diese Stellung durch die Arbeiterschaft befestigt worden wäre. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Auf der Spartakistentagung am 30. Dezember wurden die Organisationen des Verrates an der Sache des revolutionären Proletariats bezichtigt. Allenthalben propagierte man im Laufe der Zeit den Austritt, diskreditierte namhafte Führer als „Bannerträger der Unternehmer" und schloß gewaltsam Gewerkschaftsbureaus, wobei die oppositionellen Massen, überall dort, wo sie den überwiegenden Einfluß hatten, mißliebige Führer durch Gesinnungsgenossen ersetzten. Das Rätesystem sollte als legitimer Erbe an die Stelle der Gewerkschaften treten. Noch am 24. April gab der unabhängige Sozialist Däumig auf dem Reichskongreß der Eisenbahnarbeiterräte Deutschlands deutlich

zu verstehen, daß er die Gewerkschaften ebenso vollständig beseitig wissen will wie die Unternehmer. Beide sollen in der Kammer der Arbeit nicht vertreten sein. Für die Räterepublik gelte die Losung: Enteignung der Kapitalisten. Diese Aufgaben hätten die Gewerkschaften nicht erfüllt und auch gar nicht erfüllen können.

Wenn es also nach diesen Stimmen ginge, wäre die Stellung der Gewerkschaften und damit auch die Arbeitsgemeinschaft, welche von der Regierung als das Bollwerk des sozialen Friedens bezeichnet wurde, verloren. Kein Wunder, wenn sich die Organisationen gegen das anarcho-syndikalistische Gebaren zur Wehr setzten und dem „krassen" Rätegedanken, der auf eine Diktatur hinausläuft, eine wirtschaftspsychologische Abfuhr widerfahren ließen mit dem Hinweis, daß die Räte als neue Organe der sozialwirtschaftlichen Demokratie völlig überflüssig, ja störend seien. Der Vorsitzende der Generalkommission, Karl Legien, fällte auf der Vorständekonferenz der Zentralverbände ein geradezu vernichtendes Urteil über die revolutionäre Neuschaffung. Das Rätesystem sei keine leistungsfähige Organisation, es zersplittere die Einheit des Berufszweiges und mache gegen alle Gewerkschaftsanschauungen den Lohn von der Rentabilität des einzelnen Betriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Eintretens aller Grade für die Schwächeren, ungünstiger Gestellten hörten hier auf. Jeder nehme für sich, was er kriegen könne. Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission" machte ebenfalls Front gegen die Stabilisierung der Arbeiterräte als „Betriebsräte": „Im Wirtschaftsprozeß kontrollieren und mitbestimmen, sagen Parteivorstand und Fraktion. Mit Verlaub, das ist eine Aufgabe, deren Durchführung die Gewerkschaften, Angestelltenverbände und Arbeitgeberverbände in die Hände genommen haben und man wird zugeben müssen, daß diese Aufgabe nicht von einzelnen Betriebsarbeitervertretungen, sondern nur für die Gesamtgebiete aller einzelnen Produktionszweige durch paritätisches Zusammenwirken aller organisierten Faktoren zu lösen ist. Man fasse nur einmal zunächst die Schwierigkeiten der Übergangswirtschaft, den Wiederaufbau, die Umstellung der Betriebe, die Rohstoffversorgung und die Schaffung neuer Absatzmärkte ins Auge — — —. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse ist längst über den Rahmen des einzelnen Betriebs hinausgewachsen (Orts-, Bezirks- und Reichstarife). Über diese Tarifverträge können nur die zentralen Vertretungen der Arbeiter und Arbeitgeber entscheiden. — Kontrolle der Produktion? Sollen die Betriebsräte die Funktionen einer Betriebsabteilung übernehmen oder eines ganzen Erwerbszweiges? Was sollen sie denn dabei kontrollieren? Die Arbeitsmenge, die Arbeitsmethoden, die Arbeitslöhne, die Preise, den Rohstoffverbrauch oder die Innehaltung der Arbeitszeit? Die Bezirksorganisation Groß-Berlins operiert mit reichlich unklaren Begriffen. Man hüte sich, die Arbeitermassen zu enttäuschen. Die Arbeiterräte sind politische Organe der Revolution und können nur politisch wirken. Dazu bestimmt sie ihre Herkunft, ihre einseitige Zusammensetzung, ihre ganze Ideologie. Sie haben keine anderen als politische Organisationen hinter sich, auf die sie sich stützen könnten, und sie versagen völlig im Wirtschaftsprozeß. Sie sind gewöhnt zu regieren, zu diktieren und zu vollziehen, und das kann uns im Wirtschaftsleben nicht das geringste nützen. Sie würden die Betriebe in fortwährender Unruhe erhalten, würden sie politisieren und die Produktion lahmlegen und desorganisieren. Wenn Regierung, Parteivorstand usw. willens sind, die Arbeiterräte dauernd zu erhalten, so haben sie politische Betätigungsmöglichkeiten zu schaffen. Sie auf das Gebiet wirtschaftlicher Aufgaben zu verweisen, wäre nichts anderes, als wollte man einen Schwerkranken durch Verabreichung eines Brausepulvers kurieren."

Ist nun der Zersetzungsprozeß nur ein Augenblicksvorgang eines wild gewordenen vom Zufall empor gehobenen Sozialdilettantismus? Nein; denn er hält auch heute noch mit unverminderter Heftigkeit an, und die Gefahr der

Spaltung ist infolge der erwähnten Hetzpropaganda in allernächste Nähe gerückt. Die Kluft zwischen Führern und Organisierten vertieft sich fortschreitend. So liegen also die Gewerkschaften zwischen zwei Mühlsteinen. Auf der einen Seite ist es der Rätegedanke, der die Stellung erschüttert, auf der anderen Seite die Unterminierung durch die Unabhängigen.

Mit der Regierungsbegründung des Artikels 34a der Verfassung trat ein Stimmungsumschwung ein. In dieser Begründung heißt es: „Bisher waren es die Gewerkschaften, welche die sozialpolitischen Interessen der Arbeiter wahrgenommen und sozial in Formen ausgebildet haben, die in hervorragender Weise der von ihnen vertretenen Arbeiterschaft höhere Daseinsweise erkämpft und gesichert haben. Diese wertvolle und notwendige Arbeit der Gewerkschaften soll nicht durch die Arbeiterräte ersetzt werden; ihr Ziel kann nur sein, diese Arbeit zu ergänzen. So groß der soziale Einfluß der Gewerkschaften auch ist, so ist er doch in keiner Weise öffentlich-rechtlich gesichert. Die Äußerungen der Gewerkschaften, ihre Untersuchungen, Statistiken und Gutachten haben nur privaten Charakter, nicht aber behördliche Autorität. Sie vertreten nicht alle Angehörige ihres Berufs. Dazu kommen die mannigfachen Konkurrenzstreitigkeiten unter den verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen, die sich zwar im Laufe des Krieges gemildert haben, aber immer wieder mit voller Stärke ausbrechen können. Schließlich ist ihr Aufbau zentralistisch an die Berufe und weniger an die Betriebe gebunden. Demgegenüber sollen die Arbeiterräte alle Arbeiter, einerlei ob sie organisiert sind oder nicht, zusammenfassen, allen Gewerkschaftseinrichtungen ein gemeinschaftliches Aktionsfeld, auf dem sie zusammenarbeiten müssen, eröffnen und ihnen ein öffentlich-rechtliches Vertretungsorgan, wie es andere wirtschaftliche Berufszweige schon lange haben, zur Verfügung stellen." Mit dieser Begründung wurde der Grundton in den Reihen der Gewerkschaftler versöhnlicher. Auf dem Boden der Solidarität zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer tastete man vor, um Einfluß auf die Räteorganisation zu gewinnen. „Es besteht in den Gewerkschaften gegen die Arbeiterräte als Institution durchaus keine Gegnerschaft," so schrieb das „Korrespondenzblatt". Man stellte sich hinter die Leitsätze Cohen—Kaliski, nach deren zweitem Teil die Betriebsräte die ausführenden Organe der Gewerkschaften in den Betrieben sein sollen. „Als solche werden die Betriebsräte keine Gefahr für die Produktion und die Arbeiter selbst werden können, sondern im Gegenteil erst die nötige Kraft für eine erfolgreiche Wahrnehmung der Arbeiterinteressen bilden. Hier mitzuwirken, würden die Gewerkschaften sofort bereit sein," so das bereits erwähnte „Korrespondenzblatt". Der Stimmungswandel zeigte sich aber erst recht auf der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände am 25. April bei der Beratung der „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften". Nach diesen Richtlinien soll das Mitbestimmungsrecht bei der gesamten Produktion verwirklicht werden. Innerhalb des Betriebs sind freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtsgültigkeit. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen.

In den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsgebieten übernehmen die aus Urwahlen mit beruflicher Gliederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der seitherigen örtlichen Gewerkschaftskartelle. An Stelle der letzteren treten Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die ihre Tätigkeit auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschränken und daneben die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten herstellen.

Außer diesen örtlichen Arbeiterräten sind Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlsystem zu berufen. Dieselben können mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren Sozialisierung ausarbeiten und auf ihre Durchführung hinwirken.

Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter als Vertretung reiner Arbeiterinteressen nicht selber Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben. Ihnen fällt aber die Führung einer zielbewußten Arbeiterpolitik innerhalb der Wirtschaftskammern zu. Sie haben grundsätzliche und praktische Richtlinien für die Arbeitervertreter aufzustellen und für die dauernde Verbindung dieser Vertreter untereinander und mit den Gewerkschaften Sorge zu tragen. Sie müssen umfassende Maßnahmen treffen, um die Erkenntnis aller volkswirtschaftlichen Fragen und Produktionsbedingungen, der Technik und Betriebsverwaltung in der Arbeiterschaft zu verbreiten und damit bei dieser die Kräfte auszulösen, die zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsweise nötig sind.

Erfreulicherweise hebt sich aus diesen Richtlinien der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft klar hervor. Er allein zeigt den Weg, auf dem ernstere Störungen des Wirtschaftslebens vermieden und hervortretende Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zum Ausgleich gebracht werden können. Das hat seit dem 15. November die Praxis zur Genüge bewiesen.

Wie wird nun tatsächlich die künftige Stellung der Gewerkschaften sein? Nach dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte sollen diese keinesfalls eine Parallelorganisation zu den Gewerkschaften, sondern vielmehr auf deren Erfahrungen und deren Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse angewiesen sein. Das bedeutet die Verneinung der von radikaler Seite geplanten Atomisierung der gewerkschaftlichen Organisationen. Eine völlige Klärung der Verhältnisse wird aber erst der am 30. Juni in Nürnberg stattfindende 10. Gewerkschaftskongreß bringen und weiterhin der noch ausstehende Gesetzentwurf über den Aufbau des Rätesystems.

In Anbetracht der trostlosen Wirtschaftslage unseres Vaterlandes ist die Hoffnung berechtigt, daß die führenden Männer nicht dem Druck der Massenpsychose unterliegen und russische Experimente nachahmen, vielmehr die Opposition aus den Reihen der Mitglieder hinausdrängen werden. Das Prinzip der Arbeitsgemeinschaft aber muß zwecks Wiedergesundung des wirtschaftlichen Lebens bis in die Spitze hinauf gewahrt bleiben.

Deutschland und Armenien

Von Thea v. Puttkamer

Deutsche Gedanken gehören heute der deutschen Not. Veröffentlichungen aus dem hinter uns liegenden Weltkriege können nur dann Beachtung verlangen, wenn ihr Gebäude aus völlig authentischem Material besteht, und wenn wir aus Fenstern der Unparteilichkeit in bisher dunkles oder wenig erforschtes Gebiet blicken können.

Das Buch von Dr. Johannes Lepsius: Deutschland und Armenien (Tempel-Verlag in Leipzig) erfüllt diese Voraussetzungen.

Dem Verfasser standen seit Dezember 1918 sämtliche auf die Armenierfragen bezüglichen diplomatischen Aktenstücke des Auswärtigen Amtes zur Verfügung. Wir können eine unparteiische Darstellungsweise um so mehr von ihm erwarten, als er sich schon seit Jahrzehnten zum Anwalt der Armenier gemacht hat. Er hat sich der schweren Aufgabe der Sichtung und Kommentierung so zahlreicher Akten nur in der Absicht unterzogen, Licht in eine bisher ungeklärte, traurige Angelegenheit zu bringen, er trägt auch (s. Vorwort) die Verantwortung für die Zuverlässigkeit des Bildes, das seine Auswahl von der Haltung der deutschen Regierung in der Armenierfrage ergeben soll.

Gerade diese Gewissenhaftigkeit des Verfassers bei der Ausführung des Vorhabens, lediglich das Material sprechen und dessen innere Kontinuität durch möglichst reiche Wiedergabe offenbar werden zu lassen, dürften dem Bekanntwerden des Buches einigermaßen entgegenstehen.

Es wäre wünschenswert, einige Zeit nach dem Erscheinen des etwa 600 Druckseiten umfassenden Werkes an seiner Hand die Punkte genauer hervorzuheben, die auch dem in politischer Denk- und Schreibart weniger geschulten Leser ein klares Urteil darüber ermöglichen, daß, rund heraus gesagt, alle Behauptungen der Gegner von Deutschlands Mitschuld an den Greueltaten gegenüber den Armeniern entweder auf müßigem Geschwätz oder auf tendenziöser Lüge beruhen.

Gründliches Studium des Lepsiusschen Buches bringt uns zunächst auf die Frage: Wie entstand diese Lüge, warum mußte sie entstehen?

In Deutschland den menschenfressenden Oger zu sehen, der am Hinmorden von Männern, Vergewaltigungen von Frauen, Verhungernlassen von Kindern Gefallen fand oder zum mindesten gleichgültig dagegen blieb, das hat uns Orientdeutschen nie in den Sinn gewollt; immerhin sträubte sich das sittliche Empfinden des einzelnen derart, daß er der Regierung, den diplomatischen oder konsularischen Vertretern Mangel an Einsicht oder Eifer in der Behandlung der Armenierfrage vorwarf.

Wie im Burenkrieg, wollte der Bürger Gefühlspolitik treiben, von Pressionen der Diplomaten, von Hilfsaktionen der Privaten, von Feldzügen der Presse hören. Und wenn sich der Deutsche im Orient und auch wohl der in der Heimat so sehr entrüstete, was sollten dann erst die zahlreichen, am eigenen Leibe bedrohten, intellektuellen Armenier Konstantinopels von Deutschland glauben? Lügen hatten nirgends längere Beine als in Pera, wo ein vaterlandsloses Rassengemisch täglich seine neue Sensation brauchte, täglich sein neues Märchen über die Osmanen erfand und sich deutschem Geist instinktiv widersetzte. Von mißtrauischen Neutralen — hierfür bin ich selbst Zeuge — wurden diese Gerüchte als authentische Nachrichten weitergegeben. Sie brachten die nie stockende Lügen- und Greuelerfindungsmühle der Entente in ganz besonderen Schwung. In die fernen Erdteile klapperten sie es hinaus und wieder zurück über Rußland in die Einöden Türkisch-Armeniens, wo ein gesamtes Volk für einige Aufstände gegenüber türkischen Gendarmen und für Geheimverbindungen ihrer Führer mit den Russen bitter büßen mußte.

Und als nun unter ihm das Gerücht entstand, Deutschland, das ferne, ungekannte, sei Urheber der drakonischen Maßnahmen der Regierung, Mitschuldiger an ihrer rücksichtslosen Durchführung seitens der Lokalbehörden, da war es nur zu natürlich, daß namentlich die untergeordneten türkischen Sicherheitsorgane in geheimer Scheu vor den Folgen ihrer Taten sich hinstellten, als seien sie nur die gedungenen Knechte, und als sei ihr großer Bundesgenosse der eigentliche Henker eines ganzen Volksstammes.

Eine aufmerksame Analyse und Auslese der von Dr. Lepsius gewählten Aktenstücke macht uns mit alle dem bekannt und ferner mit der Einsicht der deutschen Konsuln, die den Zusammenstoß in den Grenzwilajets schon voraus-

sahen, mit der Entrüstung der Deutschen, die, zur Tatenlosigkeit verurteilt, das Elend bei den Deportationen und in den Konzentrationslagern erblickten, mit den Methoden der Türken, ihren Begründungsversuchen, endlich mit den Vorstellungen und Schritten der deutschen Botschafter.

Wir schälen zunächst die Briefe der Wangenheim, Hohenlohe, Metternich, sowie der militärischen Größen Goltz, Liman von Sanders, Lossow und Kreß aus den übrigen heraus.

Da wird am 4. Juli 1915 vom Botschafter persönlich dem Großwesir ein Memorandum überreicht, das die bereits im Juni gemachten Vorstellungen gegen „solche schmachvollen Vorfälle" in feierlichster Form wiederholt. Es erfährt einen Zusatz am 9. August. Zum ersten Male weist hier der Botschafter darauf hin, die öffentliche Meinung sei schon dahin gekommen, zu glauben, „daß Deutschland in seiner Eigenschaft als verbündete und befreundete Macht der Türkei diese Gewalttaten gebilligt oder sogar inspiriert hätte".

Nach Scheinerfolgen Ende August 1915 erneute Rückschläge. Vor der Welt standen wir nunmehr als Mitschuldige an dem politischen Massenmord da. Aus den Akten geht hervor, wie sehr wir uns darüber im klaren waren, wie Böses wir davon für unsere politische Zukunft befürchteten, wie unser christliches Gewissen sich dagegen empörte. Dennoch wurde zu jener Zeit nicht einmal der Versuch gemacht, der Öffentlichkeit unsere Hände als rein von vergossenem Blut zu zeigen. Was muß aus dieser Unterlassung gefolgert werden? Daß wir über die Machtmittel gegenüber dem eigentlichen Täter in Wirklichkeit nicht verfügten. Damals kam aber keinem Uneingeweihten, keinem Neutralen, keinem Feinde in den Sinn, daß die Stärke Deutschlands im Verhältnis zu dem türkischen Bundesgenossen vorerst so fiktiv war, daß wir ihm bei seinem Verfahren mit einem machtvollen Halt! gar nicht in den Arm fallen konnten.

Der kluge verstorbene Botschafter, Freiherr von Wangenheim, schreibt am 16. Juli dem Reichskanzler: „Die Pforte fährt trotz der wiederholten eindringlichen Vorstellungen fort, die Armenier zu deportieren und der Vernichtung preiszugeben. Wir können sie nicht daran hindern und müssen ihr die Verantwortung für die wirtschaftlichen und politischen Folgen dieser Maßregel überlassen." Das schmeckt nach Resignation, also bitter, zeugt aber zugleich von klarem Blick für die damalige politische Situation. Die Aussicht, größere Truppenkontingente nach der Türkei zu schaffen, bestand vor Eröffnung des Weges durch Serbien überhaupt nicht. War auf die Pforte durch wirtschaftliche Maßnahmen irgend ein Druck auszuüben? Eine Hilfeleistung unsererseits hatte bisher sowieso nur in beschränktem Maße stattfinden können, so daß die Türkei bereits schwer enttäuscht war. Jede Verkennung der Notwendigkeit, dem kriegsmüde und unlustig in den Weltkrieg eingetretenen Volke die nationalistischen Köder wegzureißen, jede Einmischung in die von plötzlichem Selbstbewußtsein erfaßte innere Politik gefährdete das Bündnis und hat es in den folgenden Kriegsjahren gefährdet. (Siehe die Bemerkungen des Staatssekretärs Zimmermann im Jahre 1916 im Reichshaushaltungsausschuß: „Unser Botschafter hat sich direkt den Unwillen des Großwesirs und des Ministers des Innern zugezogen. Nach drei Monaten seiner Tätigkeit haben diese gesagt, der Botschafter scheine wohl nichts anderes zu tun zu haben, als sie immer in der Armeniersache anzuöden. . . . . Sie werden mit mir übereinstimmen, daß wir so weit nicht gehen können, den Türken, die wir durch unsere andauernden Vorstellungen in der armenischen Frage stark verstimmt haben, noch das Bündnis zu kündigen.")

Später ging man mit diplomatischen Schritten dennoch weiter, nur mit dem Erfolg, die Türkei mehr und mehr zu verärgern. (Aufzeichnungen des Staatssekretärs vom 19. März 1918: „Die Regierung ist bei ihrem Druck auf die türkische Regierung bis zur äußersten Grenze gegangen. Die Verantwortung

dafür, durch einen Bruch mit der Türkei wegen der Armenierfrage die Südostflanke unserer Weltkampfstellung zu entblößen, ... hätte keine deutsche Regierung tragen können.")

Das Hemd war uns eben näher als der Rock. Und es darf uns auch nicht verdacht werden, daß wir verzichteten, durch Remonstrationen — vielleicht in Gestalt eines heimatlichen Pressefeldzuges, der unfruchtbar bleiben und unrettbar verärgernd hätte wirken müssen — zu zeigen, wie sehr wir zunächst unseren orientalischen Kriegsgenossen sozusagen im Hemde, d. h. ohne Macht gegenüberstanden.

Auf das vorgenannte Memorandum zu antworten, bequemte sich die Pforte erst am 22. Dezember 1915. Höflichkeit verschleiert sie hier etwas ihre Ablehnung. Am deutlichsten offenbart sie die Gründe für ihre Unbeeinflußbarkeit erst später, in einer am 1. März 1916 den Vertretern fremder Mächte in Pera überreichten Druckschrift, wie folgt:

„Die Kaiserliche Regierung, fest entschlossen, ihre absolute Unabhängigkeit zu bewahren, konnte natürlich keine Einmischung unter welcher Form auch immer, in ihre inneren Angelegenheiten zulassen, wäre es auch selbst von der Seite ihrer verbündeten Freunde."

Selbst der ehrwürdige Goltz Pascha zog sich von dem jungen Enver eine Verwarnung in dem Sinne zu, erreichte allerdings für die Armenier von Mossul sein Vorhaben, ebenso wie der Marschall Liman die Bedrohten Smyrnas rettete.

Die Macht unserer Konsuln war in dieser Hinsicht naturgemäß nicht ausreichend. Unterlassen haben jedenfalls weder die in Aleppo (Nr. 25, 47, 75, 120, 127 usw.), Erserum (Nr. 51, 73, 123 usw.), Trapezunt (Nr. 100, 102, 109, 156), Mossul (Nr. 78, 80, 118), Adana (Nr. 165), Damaskus (Nr. 154, 275, 283) Stationierten nichts an Berichten und Aufklärungen für die Botschaft in Konstantinopel.

Vergessen wir auch nicht die getreue Arbeit unserer Missionare (Nr. 42, 96, 338 usw.) und Schwedens (Nr. 274, 302, 327) in der Waisenpflege. Alle haben sich für die Vertriebenen eingesetzt: die Zentrumspartei und die Sozialdemokraten in der Heimat, die Direktoren der Anatolischen Bahn in Konstantinopel, die Lehrer von Konia und viele andere mehr. Ein besonderes Kapitel fast bilden die eindringlichen Briefe des Generals Freiherrn von Kreß über das Flüchtlingselend aus der letzten Phase des Weltkrieges im Kaukasus. —

Herr Dr. Lepsius weist in seinen eigenen Ausführungen darauf hin, daß man auf der Botschaft nur das europäische, nicht das asiatische Gesicht der Türkei gekannt habe. Aus den Briefen der Botschafter geht das jedenfalls nicht hervor, sondern eher die resignierte Erkenntnis, daß Deutschland den Bundesgenossen in seiner Anwendung asiatischer Methoden — so empörend sie für den Europäer auch waren — nicht zu hindern vermöchte.

Warten wir ab, ob es England und Amerika gelingen wird, hier Wandel zu schaffen; als Schutzpatrone und rettende Engel mögen sie von den Resten des vertriebenen, ausgehungerten Volkes mit Recht begrüßt werden, da ihre Hände gefüllt sind mit Geld und wirtschaftlichen Erleichterungen, die wir infolge der Hungerblockade dem eigenen, leidenden Volke versagen mußten — vor wie nach dem Kriege! — Keineswes aber ist es ihnen gelungen, den Armeniern Hilfe vor den Verfolgungen der Mohammedaner zu bringen. Beweis: Funkspruch aus Annapolis vom 22. April 1919:

„In ganz Klein-Asien ... werden die Armenier noch von den Türken verfolgt. Tatsächlich sind seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes viele von ihnen in der Wüste einzeln oder in Gruppen getötet worden. ...." gez. John Finley, Kommissar des Amerikanischen Roten Kreuzes.

Und ein zweiter Funkspruch über das Elend der Armenier an der russischen Grneze muß zugeben, daß das Land der Flüchtlinge noch von Türken

Kurden und Tataren besetzt sei, und daß diese nicht wagen, das Grenzland zu überschreiten.

Wenn die Entente als Sieger mit ihren großen Machtmitteln, ihrer militärischen Besetzung aller Orte nicht einmal imstande ist, den Armeniern wirksam zu helfen, wie sollten wir es vermocht haben, denen unsere Bundespflicht gebot, die Türkei mit Handschuhen anzufassen?

Die Entente und Österreich-Ungarn

Böse Zungen in Paris behaupten, man hätte die Delegierten Deutsch-Österreichs nur deshalb so bald zur Friedenskonferenz berufen, weil man die Italiener habe ärgern wollen, und tatsächlich legen die lange Wartezeit, die die österreichische Abordnung in St. Germain verbringen mußte, das Unfertige und — man ist versucht zu sagen — Dilettantische des Vertragsentwurfes diese Vermutung äußerst nahe. Wichtige Bestimmungen, darunter die der Wiedergutmachung und der finanziellen fehlen ganz, andere enthalten Lücken, z. B. steht das Schicksal des Bezirks von Klagenfurth noch aus, während die wirtschaftlichen Klauseln lediglich eine schlechte Kopie aus dem Entwurf des Vertrages mit Deutschland sind. Den Entwurf an dieser Stelle im einzelnen zu besprechen ist zwecklos, da er vor der Unterzeichnung, wenn er überhaupt einen Sinn haben soll, noch bedeutenden Veränderungen unterworfen werden muß, es aber vorderhand nicht unsere Sache ist, dabei Ratschläge zu erteilen.

Über die namenlose Härte des Vertrages konnten allerdings nur naive Gemüter erstaunt sein, die sich etwa durch des geschickten und verbindlichen Herrn Allizés süße Worte oder Versicherungen unverantwortlicher italienischer Militärs zu dem Glauben bewogen fühlten, keine der westlichen Mächte könnte einen ernstlichen Groll gegen das „verführte“ oder „vergewaltigte“ Österreich empfinden, sofern es nur den Anschluß an Deutschland vermiede; die offensichtliche Hast aber mit der er ausgearbeitet worden ist, läßt vermuten, daß man in Paris einerseits ermüdet ist, anderseits bei längerer Dauer der Konferenz stärkere Reibungen und noch deutlichere, die innere Einheit und damit das ganze Friedenswerk gefährdende Sonderbestrebungen fürchtet. Daß Italien Frankreich allmählich direkt feindlich gegenüber zu stehen beginnt, ist kein Geheimnis mehr, daß England und Amerika die lange Wartezeit benutzen, Frankreichs Außenhandel lahmzulegen, ist schon längst von französischen Politikern, denen der Blick nicht völlig durch das Nächstliegende, den Frieden mit Deutschland, verbaut wird, bemerkt worden, daß Wilsons Ansehen mehr und mehr schwindet, daß Frankreichs Finanznöte seine inneren Verhältnisse immer bedrohlicher überschatten, daß Englands, dessen Dominions unter unangenehmen Streiks leiden, sich ein gewisses Unbehagen bemächtigt, all das sind Verhältnisse, die zur Eile antreiben, selbst auf die Gefahr hin, sich zu überstürzen.

So sinnlos nun aber der Vertragsentwurf, dessen Durchführung einen absolut lebensunfähigen Staat schaffen würde, in seiner Härte erscheint, irgend eine Politik wird ihm schon zugrunde liegen und um ihn richtig zu würdigen, müssen wir uns die Grundtendenzen der Ententepolitik gegenüber Österreich klar zu machen suchen. Als die Entente das Losungswort von der Zerschlagung der Donaumonarchie ausgab, bezweckte sie zweierlei: Rußlands alten Balkangegner, den Mitbewerber um Konstantinopel, zu treffen, und den Freund Deutschlands, der dessen Stellung in Zentraleuropa stärkte und ihm den Weg nach dem Osten bahnte. Wurde die Monarchie zerschlagen, wozu die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Befreiung der kleinen Nationen einen vortrefflichen Vorwand boten, so war Rußland vermöge der von ihm beeinflußten Balkannationen, insbesondere Serbiens imstande, den jahrhundertalten Wettbewerber zu lähmen,

hatte Frankreich den deutschen Wettbewerb in der Türkei und Anatolien, England ihn nicht mehr in Mesopotamien zu fürchten.

Daß diese Politik vom Standpunkt der Feinde aus richtig war, bewies der Verlauf des Krieges, der durch den Abschluß der Bündnisse zwischen den Mittelmächten und der Türkei wie Bulgarien die Möglichkeit einer gewaltigen Ausdehnung der deutschen Einflußsphäre auf eine greifbare, allerdings auf die Dauer nicht festzuhaltende Gestalt verlieh. Um so nachdrücklicher mußte denn das gemeinsame Kriegsziel der Zertrümmerung Österreich-Ungarns verfolgt werden. Es wurde erreicht, wenn auch erst zu einer Zeit, da einer der Hauptgegner, Rußland, vorläufig aus dieser Erreichung keinerlei Nutzen zu ziehen in der Lage war. Aber auch der deutsche Drang nach Osten war bei der tiefgehenden wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands, besonders aber bei der sich jetzt vollziehenden weitgehenden Aufteilung der ohnmächtig zusammengebrochenen Türkei nicht mehr in dem Maße zu fürchten wie vor dem und während des Krieges, sodaß das Interesse der Entente an den inneren Verhältnissen der einstigen Donaumonarchie bei der Abwesenheit Rußlands eigentlich nur noch ein theoretisches ist. Aber die Geister, die sie gerufen hat, wird die Entente nun so leicht nicht los. Die „befreiten" kleinen Staaten haben nichts Eiligeres zu tun, als die Imperialistengebärde der großen nachzuahmen und sich mit List oder Gewalt in den Besitz der aus irgendwelchen, sei es ethnographischen, militärischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten ihnen wünschenswert erscheinenden Gebiete zu setzen. Natürlich sind sie sich darüber alsbald in die Haare geraten. Polen und Ukrainer fingen sogleich ihren eigenen kleinen Krieg an, Polen und Tschechen stritten um Teschen, Rumänen und Serben um das Banat, die Slawen zeigten, unterstützt durch die Montenegriner, Sonderbestrebungen und wenn man ein etwa widerstrebendes Deutsch-Österreich wirksam mit der Abschneidung der Lebensmittelzufuhr bedrohen konnte, so verlor man doch über Ungarn, das man ähnlich rücksichtslos zu behandeln Miene machte, jede Gewalt, nachdem Karolyi, zur Verzweiflung getrieben, die Regierungsgewalt den Bolschewisten übergeben hatte. Letzteres Ereignis bewies der bestürzten Entente sofort, daß das Problem der österreichisch-ungarischen Monarchie doch nicht so einfach war, wie man, verführt durch die glatten Formeln der Zerschlagung oder Aufteilung geglaubt hatte. Selbstbestimmungsrecht der Völker das hatte so bequem geklungen, jedes Volk bestimmte eben über sich selbst. Aber in der Wirklichkeit zeigte sich alsbald, daß diese Selbstbestimmungen heftig miteinander kollidierten und daß infolge weitgehender Völkervermischung mit unzähligen Enklaven und Sonderfällen, hier weniger als anderswo Staats- und Nationalitätenbegriff einander deckten. Aber schließlich war man doch nicht umsonst Friedenskonferenz und angehendes Völkerbundkomitee, irgendwas wollte man doch zu sagen und zu entscheiden haben und schließlich mußte der Krieg doch mal ein Ende finden. Man gebot also zunächst den siegreich gegen Budapest vordringenden Rumänen Ruhe und Geduld (mit dem Erfolg, daß sich die Magyaren siegreich gegen die Tschechen wenden konnten) und beschloß, das Problem einmal genau zu untersuchen.

Herrgott, da hatte man was schönes angerichtet! Statt eines Wetterwinkels in Europa, des Balkans, hatte man zwei. Man mochte die Grenzen ziehen wie man wollte, ohne Irredentismen ging es nicht ab und zudem zeigte es sich, daß all diese Einzelstaaten wirtschaftlich durchaus auf einander angewiesen waren. Nahm man z. B. den „verbündeten" Tschecho-Slowaken die Deutschen Böhmens, so waren sie wirtschaftlich abgeschnitten und ohne rechte geographische Grenzen, ließ man sie ihnen, so hieß das den Drang Deutsch-Österreichs zu Deutschland unter allen Umständen verstärken. Das aber wollten wieder auf keinen Fall die Franzosen, deren „Gerechtigkeitsgefühl" es durchaus nicht zuließ, daß Deutschland seinen Bevölkerungsverlust in Elsaß-Lothringen, Schleswig und den östlichen Provinzen durch Angliederung Österreichs wieder ausgliche. Auch die fanatischsten mußten sich aber sagen, daß dieser Anschluß zwar, solange noch Krieg sei, durch die ewige Drohung mit der Lebensmittelsperre verhindert werden könne, daß auf

die Dauer aber weder eine Neutralisierung Österreichs noch eine mildere Behandlung eine Gewähr dafür gäbe, daß der Anschluß unterbleibt. Also schlug man, hierin von den Amerikanern unterstützt, einen Donaubund vor. Österreich, Tschechen, Polen, Ungarn, Südslawien und Rumänien sollten einen Zollverein bilden und sich gegenseitig helfen, was praktisch also auf Wiederherstellung der alten Monarchie und Ausdehnung ihres Wirtschaftseinflusses auf Polen und Rumänien hinauskam. Natürlich waren weder Polen noch Rumänen damit einverstanden, am heftigsten aber schrien die Italiener, die nicht an der Zertrümmerung Österreich-Ungarns mitgearbeitet haben wollten, um den alten Staat in nur äußerlich veränderter Form wieder auferstehen zu sehen. Wie man das Projekt nun aber wieder fallen ließ und zu untersuchen begann, auf welche Weise etwa innerhalb der einzelnen Staaten ein Schutz der Minderheiten garantiert werden könnte, erhoben sich sofort wieder die Einzelstaaten, um, Rumänien an der Spitze, auf das nachdrücklichste gegen jede Einmengung der großen Staaten in ihre eigenen Hoheitsrechte zu demonstrieren. Was sollte man nun machen? Auf militärische Machtmittel ist bei der zunehmenden Kriegsmüdigkeit und da die französischen Sozialisten täglich lauter auf Zurückziehung der französischen Streitkräfte aus Ungarn dringen, nicht mehr so recht Verlaß, die Autorität des Völkerbundes ist noch ganz ungefestigt, also bleibt es doch beim Donaubund, um so mehr als man sich auch die Verteilung der österreichischen Kriegsschuld überlegen muß. Daß Österreich und Ungarn sie allein tragen, ist ausgeschlossen, da sie darunter zusammenbrechen würden, die befreiten Kleinstaaten aber machen stürmisch geltend, daß sie „als Verbündete" gerechterweise doch keinesfalls für die Schulden eines alten, nicht mehr bestehenden Staates, dem sie von jeher feindlich gegenüber gestanden hätten, verantwortlich gemacht werden könnten, ja sie weigern sich sogar, die staatlichen Anlagen in den ihnen neu zugeschlagenen Gebieten für sich zurückzukaufen. Also gemeinsame Schuldkasse? Aber die Italiener drohen für den Fall eines Donaubundes mit neuer Abwanderung und machen geltend, daß ein Anschluß Österreichs an Deutschland nicht so sehr auf eine bedrohliche Stärkung Deutschlands als auf eine wirksame Zurückdrängung des preußischen Einflusses im neuen Reich hinauslaufen würde. Jetzt aber haben, ermutigt durch die rheinischen Loslösungsbestrebungen, die Franzosen einen neuen Ausweg entdeckt! Man schlägt auch Bayern zum Donaubund und kann dann ja, wenn Italien auf seinem Widerstreben besteht, aus den süddeutschen Staaten nebst Österreich dem norddeutschen Staatenbund einen süddeutschen gegenüber stellen. Das hieße dann allerdings den Balkan noch mehr nach Westen verlegen.

Man sieht, die Entente hat wenig Glück mit ihren Völkerbeglückungsideen und an allgemeine Abrüstung scheint vorderhand nicht gedacht werden zu können.

Menenius

Die deutsch-flämische Legende von der Nonne Beatrix

Von Dr. Huebner

Eines der lieblichsten Gnadenwunder, welche das fromme Flandern des Mittelalters dichtend um die Jungfrau Maria wob, ist die Sündenbekehrung jener Nonne Beatrix, die sich einem Manne zuliebe aus ihrem Kloster stahl, mit diesem in der Welt lebte, hernach von ihm verlassen wurde und, um ihr Leben zu fristen, sich der Buhlerei ergab. Von Reue gepeinigt, kehrt sie nach vierzehn langen Wanderjahren vor ihr stilles Kloster zurück und erfährt hier, daß sie all die Zeit über gar nicht vermißt wurde: Es hatte die Mutter Gottes im Gewande und in der Gestalt der Nonne an ihrer Stelle den niedrigen Dienst der Küsterin im Kloster versehen. Nun, nachdem sie zurückgekehrt ist, übernimmt sie wieder ihren alten Dienst, ohne daß im Kloster eine der Mitschwestern von ihrem verflossenen abenteuerlichen Dasein etwas erfährt und ist, weil sie bitterlich bereut, der Verzeihung des Himmels gewiß.

Nach bestimmten Anhaltspunkten zu urteilen, hat diese Legende ihren Entstehungsort in Flämisch Brabant, näher bestimmt in der Umgegend von Löwen, gehabt. Hier stand das Kloster Brouwen-Park, und einem alten, sich im Kirchenchore dieses Klosters ehemals befindlichen Muttergottesbilde schrieb eine noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts lebendige mündliche Überlieferung, wie manche andere Gnadentat so auch das Beatrixwunder zu.

Indessen wäre das flämische Vorkommnis im Gedächtnis der Menschen nach aller Wahrscheinlichkeit erloschen, wäre also für die Nachfahren, da sie nichts davon erfahren konnten, gewissermaßen gar nicht vor sich gegangen, wenn nicht von deutscher Seite und zwar zu zwei verschiedenen Malen eine Aufzeichnung der Legende vorgenommen worden wäre. Die Deutschen sind also, indem sie die Legende retteten, an ihrem Weiterleben nicht weniger beteiligt, als die Flamen, welche die Legende zuerst dichteten. Jedenfalls wäre jene später erfolgte mannigfaltige Verwendung und Umarbeitung des Stoffs, sein Hinübergleiten in fremde Literaturen ganz unmöglich gewesen, wenn nicht eine geringe Zeit nach dem Vorfalle ein Deutscher (anno 1222) die wesentlichen Punkte desselben für alle Zukunft chronikartig festgelegt hätte. Und dann geschah es sechs Jahrhunderte später, daß abermals ein Deutscher, der Sagenforscher J. W. Wolf, nach Brabant zog, um dort, gleich den Brüdern Grimm in Deutschland, aus dem Volksmunde die absterbenden Märchen, Sagen und Legenden der Flamen aufzuzeichnen, und der das Glück hatte, in jenem Kloster Brouwen-Park bei Löwen eine alte Insassin zu finden, welche die Beatrix-Legende kannte und, indem sie dieselbe dem Deutschen erzählte, es diesem ermöglichte, die Legende in sein berühmtes Niederländisches Sagenbuch (Leipzig 1843) aufzunehmen, nun auch für die Wissenschaft die schöne und schlichte Fabel rettend.

Der Deutsche, welcher den Flamen jenen ersten Dienst der schriftlichen Niederlegung ihrer Legende erweisen durfte, war der Mönch Caesarius von Heisterbach, welcher von dem Geschehnisse entweder durch holländische, sich in Heisterbach aufhaltende geistliche Novizen Kunde bekam oder davon unmittelbar auf einer seiner Reisen nach den Niederlanden hörte, wohin er des öfteren in Begleitung des Heisterbacher Abts gekommen ist. Er fügte die Wundergeschichte seinem Dialogus Miraculorum ein, wo man sie im siebenten Hauptstücke unter Kapitel 35 aufgezeichnet findet. Dieser Wortlaut bildet, wie gesagt, den Ausgangspunkt für alle später erfolgten Bearbeitungen der Sage. Da des Caesarius lateinisch geschriebenes Werk schon bei seinem Erscheinen weit in Deutschland herumkam und mehrfach übersetzt wurde, kann es nicht wundernehmen, wenn z. B. die Wiener Staatsbibliothek eine treuliche Übertragung ins Mittelhochdeutsche besitzt, wo die Legende den Titel trägt „Ein Wunderzaichen von einer Klosterfrawen". Andererseits wurde der Dialogus Miraculorum auch in den Niederlanden eifrig gelesen, abgeschrieben und übersetzt. So wurde noch 1866 in den Ruinen eines Klosters bei Enkhuizen eine niederländische, handschriftliche Fassung des Dialogus gefunden, die jedoch inzwischen wieder verloren gegangen ist.

Nun lebte in der zweiten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts in den Niederlanden ein Dichter, der das, was Caesarius lediglich in die Form eines Chronikberichts gebracht hatte, seiner bloßen Tatsächlichkeit entledigte und das Geschehnis mit außerordentlicher Gestaltungskraft neu zu einem Werke der Kunst umbildete. Der Namen und die Lebensumstände dieses Dichters sind unbekannt, aber sein Werk hat die Zeiten überdauert als eine der schönsten Blüten, welche im Garten mittelalterlicher Poesie aufsproßten. Auch auf dieses Gedicht wie auf so manch andere alte und jüngere literarische Leistung der Flamen sind die Deutschen während der Kriegsbesetzung Belgiens wieder aufmerksam gemacht worden; in einer deutschen Übertragung wird es der Inselverlag neu an den Tag geben.

Wenn der flämische Dichter im Umfange seiner Versnovelle erklärend sagt:

„Mir gab das holde Wunder kund
des hochbetagten Giesbrechts Mund
— ein Mönch, dem Himmel zugewandt —
in seinen Büchern er es fand,"

so darf mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß es eben der Dialogus Miraculorum des Caesarius, lateinisch oder niederländisch, war, welcher in der Büchersammlung des Mönchs Giesbrecht sich vorfindend, die Anregung zur Abfassung des Gedichts gab. In allen wesentlichen Stücken hat sich der unbekannte Dichter treulich an den Bericht des Caesarius angeschlossen, hat aber, was bei Caesarius knapp und karg bemessen auf einige Seiten zusammengedrängt steht, ausgeweitet und abgerundet zu einem vollen und geschlossenen, in 1038 Verszeilen abrollenden Menschenschicksal. Er bringt menschliche Begründungen an, welche die Zusammenhänge deutlicher verständlich machen. Wo Caesarius einfach meldet: „Ein Junker sah die Nonne und begehrt ihrer, und fing an um sie zu werben", da entlastet er die Schwere von Beatrix Fehltritt im vorhinein, indem er zwischen den Junker und die Nonne eine alte, von Kindheit auf unerfüllte Liebesbeziehung webt. Der Junker spricht:

„Mein Lieb, Du weißt es nur zu gut,
wie wir seit frühen Kindheitstagen
die Liebe haben beid' getragen
und dennoch nicht uns können brüsten,
daß wir uns jemals auch nur küßten."

In größerer Ausführlichkeit als bei Caesarius werden in dem Gedichte die Vorbereitungen zur Flucht und die Tage des Ritts der beiden ausgesponnen. Von holdem Naturgefühl getragen ist das folgende Bild:

„So trabend kamen in der klaren
Frühstunde sie an einen Hain.
Da hielten Fest die Vögelein
und machten solchen hellen Schall,
daß man es hörte überall.
Ein jedes sang nach seiner Weise
und Blümlein standen da im Kreise
auf grünem Rasen, kelcherschlossen,
die süßen Duft um sich ergossen,
klar war und lind die Luft im Raum
und aufrecht ragte Baum an Baum,
die Wipfel schön mit Laub umkleidet.

Bei Caesarius ist es die Mutter Gottes in eigener Person, die der Gefallenen, nachdem sie vierzehn Jahre in der Welt gelebt hat und als sie nunmehr reuig an die Türe des Klosters wieder anklopfen kommt, erscheint und ihr von ihrer Stellvertretung Kunde gibt. Mit großem Feingefühle läßt hiergegen der niederländische Dichter dieses Zwiegespräch sich im Traume der Heimstrebenden vollziehen, wie überhaupt die Mutter Gottes nirgends selbst handelnd auftritt; von ihrer Güte wird lediglich mittelbare Mitteilung gemacht. Auch werden der Nonne in dem Gedichte zwei Kinder gegeben, um deren Unterhalt, nicht zur eignen Lust, sie später, als sie der Geliebte verlassen hat, als Dirne auf die Straße geht. Für die Kinder sorgt am Schlusse ein wohlgesinnter Abt, und der Dichter schließt seine Marienhuldigung mit dem Worte ab:

Nun bitten all wir klein und groß,
die dieses schöne Wunder lesen,
daß uns die Jungfrau auserlesen
ein Fürsprech sei im Himmelszelt,
wann Gott einst richten wird die Welt.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: Dr. Mathilde Kelchner in Berlin-Halensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 16	Verantwortlich: **Carl Georg Bruns** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	25. Juni 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Zur Stunde. Aus der feindlichen Mantelnote. Die Volksratsbewegung — Aus den deutschen Volksräten — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Zur Stunde

Mehr als sieben Monate hat das deutsche Volk seit Beendigung der kriegerischen Handlungen darauf warten müssen, daß der Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden in einem endgültigen Frieden seinen Abschluß finden sollte. Nun haben wir den Abschluß, aber nach langer qualvoller und zermürbender Wartezeit bedeutet er nichts anderes, als eine neue Frage an die Zukunft.

Wenn diese Zeilen gedruckt sein werden, dann ist in Weimar die Entscheidung darüber gefallen, was wir den Forderungen der Feinde entgegensetzen werden. Mit kaum erträglicher Spannung wartet die deutsche Ostmark auf die einzige Antwort, die unseren Gegnern gebührt. Unser Standpunkt ist klar. Die Antwort ist mit den Bedingungen der Gegner bereits gegeben. Sie kann nur lauten „Nein". Es scheint uns unmöglich, daß feierliche Erklärungen der Regierung und der Parteien gebrochen werden sollten jetzt, wo es sich zeigen soll, daß hinter den Worten auch der unbeugsame Wille zur Tat stand. Machen wir uns noch einmal die Lage klar. Die Gegenvorschläge, die die deutsche Regierung auf die ersten Friedensbedingungen der Entente formuliert hatte, waren ein unteilbares Ganzes, sie stellten zugleich das äußerste Maß des Entgegenkommens dar, zu dem die Regierung bereit war. Gemäß, das Unannehmbar der Regierung und Nationalversammlung nach dem Bekanntwerden der Bedingungen bezog sich auf „diesen" Friedensvertrag, und es wäre vielleicht ein Fall denkbar gewesen, indem man darüber hätte streiten können, ob die endgültigen Bedingungen sich von „diesen" Bedingungen soweit entfernt hätten, daß man berechtigt sei, in die Erwägung der Annahme der neuen Bedingungen einzutreten. Aber in ihrem blinden Vernichtungswillen hat die Entente uns die Entscheidung leicht gemacht. Die neuen Bedingungen sind „diese" Bedingungen, deren Unannehmbarkeit für Regierung und Nationalversammlung fraglos feststand. Es ist hier nicht nötig, in eine Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen der Antwort unserer Gegner einzutreten. Uns und jedem Deutschen genügt eins: Bei den Bestimmungen über die Ostmarken besteht die einzige beachtenswerte Änderung in der Zubilligung einer Abstimmung in Oberschlesien. Aber es soll nach dem Willen der Entente dabei bleiben, daß Posen und Westpreußen bedingungslos an den Polenstaat abzutreten sind. Und wenn die Entente in allen anderen Punkten restlos auf die deutschen Gegenvorschläge eingegangen wäre, diese Forderung allein macht es für jede deutsche Regierung zur unabweisbaren Pflicht, dem Friedensvorschlag der Gegner ein durch nichts zu erschütterndes „Nein" entgegenzusetzen.

Wohl will uns die Größe der Verantwortung für die Entscheidungen, die sich aus diesem „Nein" ergeben, zu Boden drücken. Und doch! Fast kommt es uns an wie ein leises Aufatmen nach dem Druck der vergangenen Wochen. Wir waren bereit, bis zum äußersten entgegenzukommen. Die Ostmarken blieben fest hinter der Regierung stehen, obwohl es uns allen wie ein Verrat an uns selbst und unseren Brüdern in den Ostmarken vorgekommen ist, daß wir einwilligen sollten in die Abtretung auch nur eines Zolls deutschen Bodens. Wir haben nie zugeben können, daß es innerhalb der deutschen Reichsgrenzen Gebiete gäbe, die einen unzweifelhaft polnischen Charakter tragen. Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden, daß die Ostmarken als Ganzes genommen ihrer geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur nach zum deutschen Reich gehören, und daß sie im übrigen weder rein deutsch noch rein polnisch sind. Aber wir waren uns der Verantwortung gegen unsere Volksgenossen bewußt. Wir waren bereit, wenn auch mit blutendem Herzen, Opfer zu bringen, wenn ohne sie es nicht möglich war, das deutsche Reich vor schwerer Not zu bewahren. Aber wir taten das nicht freien Herzens. Es blieb der bohrende Gedanke: Haben wir denn ein Recht, Treue zu verlangen vom deutschen Volke zur deutschen Ostmark, wenn die deutsche Ostmark sich selbst nicht die letzte Treue hält?

Dieser inneren Qual sind wir jetzt enthoben. Wir wissen wieder, und wir wollen dieses Wissen nie verlieren, daß die deutschen Ostmarken zusammengehören. Und dafür sind wir dankbar, daß es uns erspart geblieben ist, deutsches Volkstum zu verraten. Denn es wäre Verrat gewesen, wenn er auch begangen wäre unter dem schweren Druck der Not, unter dem tiefen Gefühl der Verantwortung gegenüber dem gesamten deutschen Volke.

Was wird nun werden? Seien wir nicht leichtfertig, sagen wir nicht, daß wir froh sind, nun herauszukommen aus der Ungewißheit in die Zeit der frischen Entschlüsse. Nein, seien wir nüchtern und ehrlich, und gestehen wir es uns zu, daß wir vor einer Zukunft stehen, deren Dunkel kein menschliches Auge zu durchdringen vermag. Aber diese Einsicht wird uns nicht kraftlos machen. Tausendmal haben wir es uns geschworen, das letzte einzusetzen für unser deutsches Volkstum Vor uns und der ganzen Welt wären wir ehrlos, wenn wir jetzt, wo die Schicksalsfrage in ihrer ganzen nackten Wirklichkeit an uns herantritt, feige es nicht wagen würden, die Folgerungen aus unseren Schwüren zu ziehen. Wir wissen es nicht, was kommen wird. Aber eins wissen wir: daß nur das Volk untergeht, das sich selber aufgibt. Und es kann keine schlimmere Form des Sichselberaufgebens gedacht werden, als die Untreue gegen sich selbst. Sieben Wochen lang haben wir erklärt: nein niemals. Und all das soll Lüge, hohle Geste, Worte, geboren aus Furcht, die eigene Schwäche und den eigenen fehlenden Willen zum Leben zu verdecken, gewesen sein?

Wohl mag auch unter uns Ostmarkdeutschen manch einer gewesen sein, der sich gefragt hat, ob es nicht richtiger sei, weichend vor der Not den Vertrag zu unterzeichnen und mit der Unterzeichnung das Gelübde zu tun, nur ein Ziel zu kennen; diesen Vertrag zu zerreißen, sobald es möglich sei. Aber in unserer überwiegenden Mehrheit haben wir den Mut zu diesem Spiel nicht finden können. Wir haben es mit deutscher Ehre und deutscher Sittlichkeit für unvereinbar gehalten, zuzugeben, was wir innerlich nie hätten zugeben können. Und aus dieser Überzeugung heraus sind wir im vollen Gefühl seiner Bedeutung zu dem Entschluß gekommen, nie in die Preisgabe der deutschen Ostmarken, und sei es auch nur durch eine Unterschrift, einzuwilligen. Es wäre etwas, von dem unsere deutsche Seele sich schwer würde erholen können, einsehen zu müssen, daß diese Wochen, in denen wir uns in dem Willen zur Erhaltung unseres Deutschtums wiedergefunden haben zu deutscher Einheit und deutschem Gemeinschaftsgefühl, nichts anderes gewesen wären, als der Rausch eines Mannes, der es nicht wagt, nach dem Zusammenbruch seiner alten Existenz mit neuem Entschluß ein neues Dasein anzufangen, sondern der sich im Trunke über seine wahre Lage hinwegtäuscht, um dann schließlich eines Tages, wenn das kalte Elend ihn angrinst, doch zur Pistole zu

greifen, um einem Leben, das deshalb verpfuscht war, weil kein Wille es mehr auf neue Bahnen bringen konnte, durch eine Kugel selbst ein Ende zu machen.

Wir wissen nicht, was kommen wird, aber die Zeit der Bedenken liegt hinter uns. Wir haben nur das eine Ziel, unser Deutschtum zu erhalten mit jedem Mittel, das deutscher Wagemut zu ersinnen weiß. Wir sind bereit, in jeder Not zusammenzustehen mit dem ganzen deutschen Volke, denn wir wissen, daß unser Ostmarkendeutschtum nur ein Zweig ist am Baume des großen deutschen Volkstums. Und wenn wir in dieser Stunde tiefer als je empfinden, daß alles, was wir sind und alles, was unserem Leben Bedeutung und Weihe verleiht, wir unserem deutschen Volkstum verdanken, dann können wir nur den einen Gedanken haben, wie bisher so auch in Zukunft den Lebenssaft zu ziehen aus dem Zusammenhang mit dem ganzen deutschen Volkstum.

Aber auch das deutsche Volk muß wissen, daß es seinen Leib verstümmelt, wenn es uns preis gibt, und daß unsere Treue zum Deutschen Reich ihre Grenze findet an der Treue zum deutschen Volkstum.

Aus der feindlichen Mantelnote

Wir geben nachstehend einen etwas ausführlichen Auszug aus der Mantelnote, um den Geist, aus dem sie entstanden ist, zu zeigen:

Paris, den 16. Juni 1919.

Herr Präsident!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben mit der ernstesten Aufmerksamkeit die Bemerkungen über die Friedensbedingungen geprüft, welche ihnen die deutsche Delegation hat zugehen lassen.

Die deutsche Antwort protestiert gegen den Friedensvertrag, weil er einmal im Widerspruch stehen soll mit den Bedingungen, welche die Grundlage des Waffenstillstandes vom 11. November gebildet haben, und weil er ferner ein Gewaltfriede und nicht ein Rechtsfriede sein soll. Der Protest der deutschen Delegation beweist, daß diese die Lage verkennt, in der sich Deutschland heute befindet. Die deutsche Delegation scheint zu meinen, daß Deutschland nur „einige Opfer zu bringen hat, um den Frieden zu erlangen", als wenn dieser Friede einzig und allein der Abschluß eines Kampfes um den Gewinn von Territorien und Macht wäre. Infolgedessen halten es die alliierten und assoziierten Mächte für notwendig, ihre Antwort mit einer genauen Darlegung ihres Urteils über den Krieg zu beginnen, eines Urteils, welches tatsächlich das der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist.

I. Nach der Meinung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 ausgebrochen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker gewesen, welches je eine Nation, die sich als eine zivilisierte betrachtet, bewußt unternommen hat. Während langer Jahre haben die Machthaber Deutschlands, der preußischen Tradition getreu, ihre Anstrengungen vervielfacht, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Sie haben sich keineswegs mit der Wohlfahrt und dem wachsenden Einfluß begnügt, welchen Deutschland mit Recht für sich beanspruchen konnte und welchen alle anderen Nationen gewillt waren, ihm in der Gesellschaft freier und gleichberechtigter Völker zuzuerkennen. Sie haben sich in die Lage versetzen wollen, ein geknechtetes Europa ebenso zu beherrschen und zu tyrannisieren, wie sie ein geknechtetes Deutschland beherrscht und tyrannisiert haben. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln die Sinnesrichtung ihrer Untertanen zu der Doktrin erzogen, daß in den internationalen Angelegenheiten Macht Recht ist. Sie haben niemals aufgehört, die Rüstungen Deutschlands zu Lande und zu

Wasser zu entwickeln und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, daß eine solche Politik notwendig sei, weil die Nachbarn Deutschlands auf seinen Wohlstand und seine Macht eifersüchtig seien. Sie haben versucht, anstatt Freundschaft, Feindschaft und Mißtrauen zwischen den Nationen zu säen. Sie haben ein Spionage- und Intrigensystem entwickelt, welches sie in den Stand gesetzt hat, innere Unruhen und Revolten hervorzurufen und sogar geheime Angriffsvorbereitungen auf dem Territorium ihrer Nachbarn zu treffen, um im gegebenen Augenblick sie mit mehr Sicherheit und Leichtigkeit vernichten zu können. Sie haben Europa durch Gewaltandrohungen in einem Zustand der Gärung erhalten, und als sie festgestellt haben, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, haben sie sich entschlossen, ihre Vorherrschaft durch Gewalt zu begründen, sobald ihre Vorbereitungen beendet waren. Sie haben einen unterwürfigen Verbündeten ermutigt, Serbien den Krieg binnen 48 Stunden zu erklären, diesen Krieg, dessen Ziel die Kontrolle über den Balkan war. Sie wußten sehr wohl, daß sich derselbe nicht lokalisieren lasse und den allgemeinen Krieg entfesseln werde. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuche der Verständigung und der Konferenz entzogen, bis es zu spät war und der Weltkrieg unvermeidlich geworden ist, jener Weltkrieg, den sie geplant hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig gerüstet und vorbereitet war. Die Verantwortlichkeit Deutschlands beschränkt sich aber nicht auf die Tatsache, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Deutschland ist in gleicher Weise für die wilde und unmenschliche Art verantwortlich, in der es den Krieg geführt hat.

Wiewohl Deutschland selbst einer der Garanten Belgiens war, haben seine Machthaber die Neutralität dieses durchaus friedlichen Volkes verletzt, nachdem sie feierlich versprochen hatten, sie zu respektieren. Nicht genug damit, haben sie geflissentlich eine Reihe von Hinrichtungen und Brandstiftungen vorgenommen, einzig und allein in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie durch den Schrecken ihrer Taten kirre zu machen. Die Deutschen waren es, die zuerst giftige Gase angewandt haben, trotz der furchtbaren Leiden, die dieselben herbeiführen mußten. Sie waren es, die mit den Bombenabwürfen auf Städte und den Fernbeschießungen derselben angefangen haben und zwar ohne militärischen Grund, einzig und allein in der Absicht, die Moral ihrer Gegner dadurch zu erschüttern, daß sie Frauen und Kinder trafen. Sie waren es, die die Tauchbootkampagne begannen, eine seeräuberische Mißachtung des Völkerrechtes, und so eine große Anzahl unschuldiger Passagiere und Seeleute mitten im Weltmeere, fern von jeder Hilfe, Wind und Wellen und, schlimmer noch, den Besatzungen der Tauchboote preisgegeben, zum Tode verurteilten. Sie waren es, die mit brutaler Wildheit Tausende von Männern und Frauen zur Sklaverei in fremde Länder weggeschleppt haben. Sie waren es, die hinsichtlich der Kriegsgefangenen, welche sie gemacht hatten, eine barbarische Behandlung, vor welcher die am wenigsten zivilisierten Völker zurückgeschreckt wären, zugelassen haben. Die Haltung Deutschlands ist fast ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit. Die schreckliche Verantwortung, welche auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa in der Erde schlummern, während mehr als zwanzig Millionen Lebende durch ihre Wunden und ihre Leiden Zeugen dafür sind, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Gewaltherrschaft hat befriedigen wollen. Die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß sie die Schuldner derjenigen bleiben würden, welche alles hingegeben haben, um die Freiheit der Welt zu retten, wenn sie einwilligten, in diesem Kriege nicht ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das Recht zu erblicken. Diese Auffassung der alliierten und assoziierten Mächte ist mit voller Deutlichkeit schon während des Krieges von den führenden Staatsmännern dieser Mächte Deutschland dargelegt worden. Sie ist von dem Präsidenten Wilson in seiner Rede vom 6. April 1918 definiert worden und ausdrücklich und im einzelnen von dem deutschen Volke als ein den Frieden leitendes Motiv angenommen

worden: „Mögen alle unsere Worte, meine Mitbürger, mögen alle unsere zukünftigen Pläne und alle unsere Handlungen mit dieser Antwort im Einklang stehen, bis daß die Majestät und die Kraft unserer vereinten Mächte den Geist derer durchdringen und die brutale Kraft derer vernichten, welche, was wir lieben und ehren, verspotten und verachten. Deutschland sagt erneut, daß die Kraft und nur die Kraft entscheiden wird, ob Gerechtigkeit und Frieden die Angelegenheiten des Menschengeschlechts sichern sollen, ob das Recht, so wie Amerika es versteht, oder die Hegemonie, so wie Deutschland sie versteht, die Geschicke der Menschheit leiten soll. Da gibt es wohl für sie nur eine einzige Antwort: Die Macht, die Macht bis zum Äußersten, die Macht ohne Grenzen und ohne Ende, die richtende und triumphierende Macht des Rechts, die das Recht zum Gesetz der Welt macht und jede Gewaltherrschaft zu egoistischen Zwecken in den Staub zwingt."

Die gleiche Haltung ist deutlich zum Ausdruck gekommen in einer Rede des Premierministers von Großbritannien vom 14. Dezember 1917: „Es gibt keine Sicherheit in irgendeinem Lande, wenn die Strafe nicht mit Gewißheit folgt. Es existiert kein Schutz für das Leben, für Gut und Geld in einem Staate, wo der Verbrecher mächtiger ist als das Recht. Das internationale Recht bildet keine Ausnahme und so lange man ihm nicht Genugtuung gewährt hat, wird der Frieden der Welt immer jeder Nation auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein, der ihre Lehrmeister unaufhörlich den Glauben lehren, daß kein Verbrechen so lange strafbar ist, als es die Größe und die Bereicherung des Landes zum Gegenstand hat, dem jene Lehrmeister untertan sind. In der Weltgeschichte hat es zuweilen verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben in diesem Augenblick mit einem solchen Staate zu tun. Es wird immer verbrecherische Staaten geben bis zu dem Augenblick, wo die Früchte, die ein internationales Verbrechen einbringt, zu fragwürdig sein werden, um Nutzen zu bringen, und wo die Bestrafung eines internationalen Verbrechens zu sicher sein wird, als daß dieses Verbrechen noch Anziehungskraft haben könnte." Dasselbe Prinzip ist deutlich dargelegt worden in einer Rede des Herrn Clemenceau vom 17. September 1918: „Was wollen sie (die französischen Soldaten), was wollen wir, wir selbst? Kämpfen ohne Unterlaß und siegreich kämpfen bis zu der Stunde, wo der Feind begreifen wird, daß kein Kompromiß möglich ist zwischen einem solchen Verbrechen und der Gerechtigkeit. Wir suchen nur den Frieden und wir wollen ihn gerecht und dauerhaft, damit die künftigen Generationen gerettet seien von den entsetzlichen Zuständen der Vergangenheit." Desgleichen hat Herr Orlando am 3. Oktober 1918 erklärt: „Wir werden den Frieden erhalten, wenn unsere Feinde anerkennen, daß die Menschheit das Recht und die Pflicht hat, sich gegen den Fortbestand der Ursachen zu sichern, welche dieses entsetzliche Blutvergießen hervorgerufen haben, und daß das Blut, das von Millionen Menschen vergossen ist, nicht nach Rache schreit, sondern die Erfüllung des hohen Ideals verlangt, für welches dieses Blut edelmütig vergossen ist. Selbst wenn es sich um eine gerechtfertigte Anwendung des Wiedervergeltungsrechts handeln sollte, so denkt niemand daran, Methoden brutaler Gewalt, anmaßender Herrschaft, oder Erdrückung der Freiheit eines Volkes anzuwenden, das heißt, eine Methode und eine Politik, welche die ganze Welt gegen die Zentralmächte aufgebracht haben. Aber die ganze Welt wird anerkennen, daß es zur Wiederherstellung der moralischen Ordnung nicht genügt, daß derjenige, dem ein schändliches Unternehmen mißlingt, erklärt, er habe auf seinen Plan verzichtet. Die Fragen, die in ihrem Wesensinhalt selbst das friedliche Leben der Nationen berühren, müssen, wenn sie einmal gestellt sind, die Lösung finden, welche die Gerechtigkeit fordert."

Also ist die Gerechtigkeit die einzig mögliche Basis zur Begleichung der Rechnung dieses schrecklichen Krieges. Gerechtigkeit ist es, was die deutsche Delegation verlangt, und was nach Erklärung dieser Delegation Deutschland versprochen sein soll. Gerechtigkeit soll Deutschland werden. Aber es muß eine Gerechtigkeit für alle sein. Es muß Gerechtigkeit sein für die Toten, für die Verwundeten, für die Waisen, für alle, die in Trauer sind. Damit Europa von

dem preußischen Despotismus befreit werde, ist es nötig, daß Gerechtigkeit den Völkern werde, welche heute unter einer Last von Kriegsschulden zusammenbrechen, die sich auf mehr als dreißig Milliarden Pfund Sterling beläuft und die sie auf sich genommen haben, um die Freiheit zu retten. Gerechtigkeit muß den Millionen Lebewesen werden, denen deutsche Barbarei Heim, Land, Schiffe und Gut geplündert und zerstört hat. Deswegen haben die verbündeten und assoziierten Regierungen mit Nachdruck erklärt, daß Deutschland als Vorbedingung des Vertrages ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit übernehmen muß; denn die Wiedergutmachung der Schäden, die man verursacht hat, ist das Wesen der Gerechtigkeit. Aus diesem Grunde bestehen sie darauf, daß die Personen, die für den deutschen Angriff sowie für die Akte der Barbarei und Unmenschlichkeit, die deutscherseits die Kriegführung entehrt haben, am offenkundigsten verantwortlich sind, einer Gerechtigkeit überliefert werden, die ihnen gegenüber bisher im eigenen Lande nicht zur Anwendung gebracht worden ist. Aus diesem Grunde muß sich Deutschland auch für einige Jahre gewissen Beschränkungen und gewissen Sonderabmachungen unterwerfen.

. . . . . .

In Anwendung dieser Prinzipien haben die alliierten und assoziierten Mächte Vorkehrungen getroffen, um Polen als unabhängigen Staat wiederherzustellen, mit „einem freien und sicheren Zugang zum Meere". Alle die „Territorien, welche von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnt sind", sind Polen zuerkannt worden; alle die Territorien, welche von einer deutschen Mehrheit bewohnt sind, außer einigen isolierten Städten und einigen Kolonien, welche auf kürzlich mit Gewalt expropriierten Ländern errichtet sind und mitten in unzweifelhaft polnischen Gebieten liegen, sind Deutschland überlassen worden. Überall, wo der Volkswille zweifelhaft ist, ist eine Volksabstimmung vorgesehen worden. Die Stadt Danzig wird die Verfassung einer Freistadt erhalten. Ihre Einwohner werden autonom sein; sie werden nicht unter der Herrschaft Polens sein und keinen Teil des polnischen Staates bilden. Polen wird gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst ist von Deutschland abgetrennt worden, weil es keine andere Möglichkeit gab, um jenen „freien und sicheren Zugang zum Meere" zu schaffen, welchen Deutschland abzutreten versprochen hatte.

Die deutschen Gegenvorschläge widersprechen vollkommen der Grundlage, die für den Friedensschluß angenommen wurde. Sie laufen darauf hinaus, daß starke Mehrheiten von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft Deutschlands behalten werden. Sie verweigern einen freien Zugang zum Meere einer Nation von mehr als zwanzig Millionen Einwohnern, deren Landsleute den ganzen nach der Küste führenden Weg entlang in der Majorität sind, um die Landverbindungen zwischen Ost- und Westpreußen aufrechtzuerhalten, deren Verkehr sich immer in erster Linie über Meer abgewickelt hat. Diese Gegenvorschläge können daher von den alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen werden. Jedoch hat die deutsche Note eine Berichtigung gerechtfertigt, welche auch stattfinden wird. Unter Berücksichtigung der Versicherung, daß Oberschlesien, obgleich von einer Mehrheit Polen im Verhältnis 2 : 1 bewohnt (eine Million zweihundertfünfzigtausend gegen sechshundertfünfzigtausend nach der deutschen Volkszählung von 1910), deutsch bleiben will, willigen die Mächte darin ein, daß die Antwort auf die Frage, ob Oberschlesien einen Teil Deutschlands oder Polens bilden soll, durch die Abstimmung der Einwohner selbst entschieden werde.

. . . . . .

Die feindliche Mantelnote schließt folgendermaßen:

Zum Schluß müssen die alliierten und assoziierten Mächte klar feststellen, daß diese Note und die ihm beigefügte Denkschrift ihr letztes Wort bedeuten.

Sie haben die deutschen Vorschläge und Gegenvorschläge mit Sorgfalt und ernster Aufmerksamkeit geprüft; sie haben auf Grund dieser Prüfung bedeutende Konzessionen in der praktischen Anwendung gewährt.

Was aber die Grundlinien angeht, so beharren sie bei dem Vertrage. Sie glauben, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Regelung des großen Krieges darstellt, sondern auch die Grundlage schafft, auf der die Völker Europas auf dem Fuße der Freundschaft und Gleichheit miteinander leben können. Gleichzeitig schafft der Vertrag das notwendige Organ, um auf friedliche Weise alle internationalen Probleme auf dem Wege der Besprechung und Verständigung zu regeln und die Mittel zu finden, die Regelung des Jahres 1919 selbst von Zeit zu Zeit abzuändern, indem es sie neuen Tatsachen und neuen Verhältnissen anpaßt, je nachdem sie vorliegen werden. Die Regelung beruht allerdings nicht auf einer allgemeinen Absolution für die Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918, denn sonst wäre es nicht ein Friede der Gerechtigkeit. Aber sie stellt einen aufrichtigen und durchdachten Versuch dar zur Herbeiführung „jener Herrschaft des Rechtes, die auf der Zustimmung der Beherrschten beruht und durch die organisierte Meinung der Menschheit gestützt wird", die als Grundlage für den Frieden vereinbart worden ist.

Als ein solcher muß er in der heute vorliegenden Formulierung angenommen oder abgelehnt werden. Infolgedessen erwarten die verbündeten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation innerhalb von fünf Tagen, vom Tage der gegenwärtigen Mitteilung gerechnet, eine Erklärung, die ihnen zu erkennen gibt, daß sie bereit ist, den Vertrag so, wie er heute ist, zu unterzeichnen. Falls die deutsche Delegation innerhalb der angegebenen Frist erklärt, daß sie bereit ist, den Vertrag so, wie er heute ist, zu unterzeichnen, so werden die Dispositionen für die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen werden. Mangels einer solchen Erklärung stellt die gegenwärtige Mitteilung die Ankündigung dar, die in Artikel 2 der Konvention vom 16. Februar 1919 vorgesehen ist, durch die der am 11. November 1918 abgeschlossene und durch die Konventionen vom 13. Dezember 1918 und 16. Januar 1919 verlängerte Waffenstillstand weiter verlängert wurde. Es wird infolgedessen der gedachte Waffenstillstand beendet werden, und die verbündeten und assoziierten Mächte werden diejenigen Maßnahmen ergreifen, die sie für notwendig erachten werden, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

gez. Clemenceau.

Die Volksratsbewegung

Die politischen Auswirkungen der Danziger Tagung des Volksratsausschusses treten von Tag zu Tag mehr hervor. Der parlamentarische Aktionsausschuß der Nordgruppe der Ostmark beruft sich in seiner Kundgebung vom 14. d. Mts. ausdrücklich auf die Mitarbeit der Volksräte sowie der mit ihnen vereinigten Organisationen des Ostdeutschen Heimatdienstes, und Reichskommissar Winnig hat soeben in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, deren Inhalt sich mit den Forderungen der Volksratsbewegung in völligem Einklang befindet. Diese beiden Tatsachen verdienen eine tiefere Beachtung. Beide Kundgebungen wurden erst möglich, als sich die Erkenntnis durchgedrückt hatte, daß der gewaltige Zug, der jetzt durch die Ostmark geht und in der Volksratsbewegung am klarsten zum Ausdruck kommt, einzig und allein dem Willen ihrer Volksmehrheit entspringt, deutsch zu bleiben, und daß dabei keinerlei politische Nebenabsichten verfolgt werden. Der parlamentarische Aktionsausschuß, dessen einzelne Mitglieder ihre Parteigegensätze und Parteiinteressen vor dem einen großen Ziele, der Deutscherhaltung der Ostmark, zurückstellen, der sozialdemokratische Reichskommissar, der seine Aufgabe nicht in der Förderung einer Partei, sondern in der Rettung des gesamten Deutschtums in der Ostmark sieht — beide befinden sich auf dem gleichen Wege wie der Volksrat der Ostmark, der auf einen parteilosen Zusammenschluß der deutschen Bevölkerungsteile zu einer wirklichen Volksgenossenschaft hinarbeitet. Unsere

Rettung vor polnischer Versklavung wird allein durch unsere innere Geschlossenheit verbürgt, und die beiden Kundgebungen beseitigen das hauptsächliche Hindernis, das der Bildung der Geschlossenheit entgegensteht, das gegenseitige Mißtrauen. Unter diesem wechselseitigen Mißtrauen hatte die Ostmark zu leiden und leidet auch heute noch. Maßgebende, der Koalitionsregierung nahestehende Kreise können ein unbestimmtes Mißtrauen gegen die in der Ostmark sich geltend machenden Bestrebungen nicht unterdrücken, und auch in der Ostmark selbst fühlen sich an manchen Orten sozialdemokratische Parteiorganisationen infolge mißverständlicher Auslegung des zum Ausbruche drängenden Volkswillens beunruhigt. Man wittert reaktionäre, antisozialistische Bestrebungen sowie separatistische Tendenzen, während es sich in Wirklichkeit nur darum handelt, daß die Ostmark ihr Schicksal nicht von der Zukunft des gesamten deutschen Volkes trennen will. Wie das deutsche Volk seine Zukunft gestalten wird, ist Sache des auf verfassungsmäßigem Wege zur Geltung gelangenden Volkswillens; die Ostmark ist sich darin einig, daß sie der Lösung dieser Frage weder vorgreifen kann noch darf. Die Volksratsbewegung läßt sich nicht von nationalistischem Gefühl, sondern ausschließlich von der Erkenntnis leiten, daß mit der Preisgabe der Ostmark nicht allein das ostmärkische Deutschtum vernichtet, sondern auch die Zukunft des gesamten deutschen Volkes gefährdet wird. Die Führung des Kampfes gegen die Vergewaltigung der Ostmark bedeutet demnach neben der Pflicht zur Selbsterhaltung auch eine Pflicht gegen das deutsche Volk überhaupt. Nationalistische Auswüchse wird die Ostmark selbst ausmerzen, und es kann nur dringend davor gewarnt werden, in ihnen irgendwie gefährliche oder beachtenswerte Anzeichen zu sehen. Diese Warnung gilt ebenso sehr für die unorientierten Ansichten gewisser extrem rechtsstehender Blätter wie für die dem mittleren linken Flügel angehörende Presse, die sich dadurch beunruhigt zeigt. Die Ostmark ist kein Feld für eigennützige Experimente, auch nicht für Betätigung gefühlsmäßiger Politik. Gewisse Erwartungen und gewisse Befürchtungen fallen damit in sich selbst zusammen, da ihnen jede reale Unterlage fehlt.

Die Beseitigung des Mißtrauens allein kann den Weg zur Herstellung der inneren Geschlossenheit des gesamten ostmärkischen Deutschtums ebnen. Der parlamentarische Aktionsausschuß und der sozialdemokratische Reichskommissar haben sich entschlossen in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Wer argwöhnisch abseits stehen bleibt, setzt sich der Gefahr aus, eigennütziger Absichten bezichtigt zu werden. Jedem steht es frei, sich der großen durch die Ostmark gehenden Volksratsbewegung anzuschließen und in und mit ihr an dem einen großen Ziele mitzuarbeiten, der Erhaltung des Deutschtums.

Aus den Deutschen Volksräten

Vom Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens wurden am 12. Juni folgende Entschließungen gefaßt und auf dem Drahtwege weitergeleitet:

„Reichsregierung Berlin.

Unmittelbar vor der Entscheidung über das Schicksal der Ostprovinzen erneuern von allen Schichten der deutschen Bevölkerung des Ostens berufene Vertreter, die als ständiger Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des ostpreußischen Heimatdienstes des Ostens hier tagen, das Gelöbnis des Festhaltens am Reiche, erwarten aber, daß die Regierung jede Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes von Millionen Deutscher in unseren Provinzen zurückweist. Bleibt die Regierung dem deutschen Volke der Ostmark auch in der entscheidenden Stunde treu, dann wird dieses Volk Treue mit Treue erwidern.

Volksratsausschuß. I. A.: Cleinow."

*

„Grafen Brockdorff-Rantzau, Versailles.

Der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens übermittelt das felsenfeste Vertrauen von Millionen Deutschen der Ostmark, daß Euer Exzellenz keine Vergewaltigung ihres Selbstbestimmungsrechtes zulassen werden. Amerikanische und englische Journalisten haben dieser Tage mit eigenen Augen die erschütternden Kundgebungen der Ostmarkendeutschen gesehen und ihren eisernen Willen, unter allen Umständen deutsch zu bleiben, kennen gelernt. Die ganze Ostmark ist eines Willens, die geplante gewaltsame Auslieferung an eine kulturell rückständige Nation zu verhindern! In diesem Sinne steht das Deutschtum der Ostmark geschlossen hinter Euer Exzellenz und will lieber den Abbruch der Verhandlungen mit seinen schweren Folgen, als eine Preisgabe seiner nationalen Existenz tragen.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Reichswehrminister Noske, Weimar.

Der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens bekundet als berufener Vertreter aller Schichten und Klassen der deutschen Bevölkerung der Ostmark unmittelbar vor der hereinbrechenden Polengefahr noch einmal sein festes Vertrauen zum Reichswehrminister. Die ganze Ostmark steht einmütig hinter Ihnen. Millionen Deutsche blicken mit Zuversicht auf Ihre Entschlossenheit, die Ostmark vor der nahenden polnischen Flut für das Deutsche Reich zu schirmen und zu retten.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Exzellenz Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Großes Hauptquartier

Dem Befreier der Ostmark sendet der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens seinen Gruß.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Herrn Reichskommissar Winnig, Königsberg.

Als Zeichen der Einmütigkeit mit Ihrer Auffassung über die Aufgaben der deutschen Politik in der Ostmark sendet der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens seinen vertrauensvollen Gruß.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Oberpräsidenten v. Schnackenburg, Danzg.

Der Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens ist zur ständigen Tagung in der Hauptstadt Ihrer Heimatprovinz versammelt, um alle Kräfte geschlossen für die Erhaltung dieser schönen Provinz beim Reiche einzusetzen. Mit besonderer Freude begrüßt der Volksratsausschuß, daß ein Sohn Westpreußens nun an der Spitze der Provinz steht und hegt aus dieser engen Zugehörigkeit die feste Zuversicht, daß das westpreußische Volk in diesen schweren Tagen der Not in Ihnen einen Mann erblicken kann, dem es rückhaltlos sein Vertrauen schenken darf.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Herrn v. Batocki, Königsberg.

Die in Danzig zu ständiger Tagung versammelten Vertreter der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens senden Euer Exzellenz treuen deutschen Gruß in der Gewißheit, daß das deutsche Volk des Ostens in seiner Schicksalsstunde in Ihnen einen starken Kämpfer für die Erhaltung des Deutschtums und der deutschen Interessen in den Ostprovinzen erblicken darf.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

so darf mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß es eben der Dialogus Miraculorum des Caesarius, lateinisch oder niederländisch, war, welcher in der Bücherſammlung des Mönchs Giesbrecht sich vorfindend, die Anregung zur Abfassung des Gedichts gab. In allen wesentlichen Stücken hat sich der unbekannte Dichter treulich an den Bericht des Caesarius angeschlossen, hat aber, was bei Caesarius knapp und karg bemessen auf einige Seiten zusammengedrängt steht, ausgeweitet und abgerundet zu einem vollen und geschlossenen, in 1038 Verszeilen abrollenden Menschenschicksal. Er bringt menschliche Begründungen an, welche die Zusammenhänge deutlicher verständlich machen. Wo Caesarius einfach meldet: „Ein Junker sah die Nonne und begehrt ihrer, und fing an um sie zu werben", da entlastet er die Schwere von Beatrix Fehltritt im vorhinein, indem er zwischen den Junker und die Nonne eine alte, von Kindheit auf unerfüllte Liebesbeziehung webt. Der Junker spricht:

„Mein Lieb, Du weißt es nur zu gut,
wie wir seit frühen Kindheitstagen
die Liebe haben beid' getragen
und dennoch nicht uns können brüsten,
daß wir uns jemals auch nur küßten."

In größerer Ausführlichkeit als bei Caesarius werden in dem Gedichte die Vorbereitungen zur Flucht und die Tage des Ritts der beiden ausgesponnen. Von holdem Naturgefühl getragen ist das folgende Bild:

„So trabend kamen in der klaren
Frühstunde sie an einen Hain.
Da hielten Fest die Vögelein
und machten solchen hellen Schall,
daß man es hörte überall.
Ein jedes sang nach seiner Weise
und Blümlein standen da im Kreise
auf grünem Rasen, kelcherschlossen,
die süßen Duft um sich ergossen,
klar war und lind die Luft im Raum
und aufrecht ragte Baum an Baum,
die Wipfel schön mit Laub umkleidet.

Bei Caesarius ist es die Mutter Gottes in eigener Person, die der Gefallenen, nachdem sie vierzehn Jahre in der Welt gelebt hat und als sie nunmehr reuig an die Türe des Klosters wieder anklopfen kommt, erscheint und ihr von ihrer Stellvertretung Kunde gibt. Mit großem Feingefühle läßt hiergegen der niederländische Dichter dieses Zwiegespräch sich im Traume der Heimstrebenden vollziehen, wie überhaupt die Mutter Gottes nirgends selbst handelnd auftritt; von ihrer Güte wird lediglich mittelbare Mitteilung gemacht. Auch werden der Nonne in dem Gedichte zwei Kinder gegeben, um deren Unterhalt, nicht zur eignen Lust, sie später, als sie der Geliebte verlassen hat, als Dirne auf die Straße geht. Für die Kinder sorgt am Schlusse ein wohlgesinnter Abt, und der Dichter schließt seine Marienhuldigung mit dem Worte ab:

Nun bitten all wir klein und groß,
die dieses schöne Wunder lesen,
daß uns die Jungfrau auserlesen
ein Fürsprech sei im Himmelszelt,
wann Gott einst richten wird die Welt.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: Dr. Mathilde Kelchner in Berlin-Halensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 16	Verantwortlich: **Carl Georg Bruns** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	25. Juni 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Zur Stunde. Aus der feindlichen Mantelnote. Die Volksratsbewegung — Aus den deutschen Volksräten — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Zur Stunde

Mehr als sieben Monate hat das deutsche Volk seit Beendigung der kriegerischen Handlungen darauf warten müssen, daß der Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden in einem endgültigen Frieden seinen Abschluß finden sollte. Nun haben wir den Abschluß, aber nach langer qualvoller und zermürbender Wartezeit bedeutet er nichts anderes, als eine neue Frage an die Zukunft.

Wenn diese Zeilen gedruckt sein werden, dann ist in Weimar die Entscheidung darüber gefallen, was wir den Forderungen der Feinde entgegensetzen werden. Mit kaum erträglicher Spannung wartet die deutsche Ostmark auf die einzige Antwort, die unseren Gegnern gebührt. Unser Standpunkt ist klar. Die Antwort ist mit den Bedingungen der Gegner bereits gegeben. Sie kann nur lauten „Nein". Es scheint uns unmöglich, daß feierliche Erklärungen der Regierung und der Parteien gebrochen werden sollten jetzt, wo es sich zeigen soll, daß hinter den Worten auch der unbeugsame Wille zur Tat stand. Machen wir uns noch einmal die Lage klar. Die Gegenvorschläge, die die deutsche Regierung auf die ersten Friedensbedingungen der Entente formuliert hatte, waren ein unteilbares Ganzes, sie stellten zugleich das äußerste Maß des Entgegenkommens dar, zu dem die Regierung bereit war. Gewiß, das Unannehmbar der Regierung und Nationalversammlung nach dem Bekanntwerden der Bedingungen bezog sich auf „diesen" Friedensvertrag, und es wäre vielleicht ein Fall denkbar gewesen, indem man darüber hätte streiten können, ob die endgültigen Bedingungen sich von „diesen" Bedingungen soweit entfernt hätten, daß man berechtigt sei, in die Erwägung der Annahme der neuen Bedingungen einzutreten. Aber in ihrem blinden Vernichtungswillen hat die Entente uns die Entscheidung leicht gemacht. Die neuen Bedingungen sind „diese" Bedingungen, deren Unannehmbarkeit für Regierung und Nationalversammlung fraglos feststand. Es ist hier nicht nötig, in eine Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen der Antwort unserer Gegner einzutreten. Uns und jedem Deutschen genügt eins: Bei den Bestimmungen über die Ostmarken bedeutet die einzige beachtenswerte Änderung in der Zubilligung einer Abstimmung in Oberschlesien. Aber es soll nach dem Willen der Entente dabei bleiben, daß Posen und Westpreußen bedingungslos an den Polenstaat abzutreten sind. Und wenn die Entente in allen anderen Punkten restlos auf die deutschen Gegenvorschläge eingegangen wäre, diese Forderung allein macht es für jede deutsche Regierung zur unabweisbaren Pflicht, dem Friedensvorschlag der Gegner ein durch nichts zu erschütterndes „Nein" entgegenzusetzen.

Wohl will uns die Größe der Verantwortung für die Entscheidungen, die sich aus diesem „Nein" ergeben, zu Boden drücken. Und doch! Fast kommt es uns an wie ein leises Aufatmen nach dem Druck der vergangenen Wochen. Wir waren bereit, bis zum äußersten entgegenzukommen. Die Ostmarken blieben fest hinter der Regierung stehen, obwohl es uns allen wie ein Verrat an uns selbst und unseren Brüdern in den Ostmarken vorgekommen ist, daß wir einwilligen sollten in die Abtretung auch nur eines Zolls deutschen Bodens. Wir haben nie zugeben können, daß es innerhalb der deutschen Reichsgrenzen Gebiete gäbe, die einen unzweifelhaft polnischen Charakter tragen. Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden, daß die Ostmarken als Ganzes genommen ihrer geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur nach zum deutschen Reich gehören, und daß sie im übrigen weder rein deutsch noch rein polnisch sind. Aber wir waren uns der Verantwortung gegen unsere Volksgenossen bewußt. Wir waren bereit, wenn auch mit blutendem Herzen, Opfer zu bringen, wenn ohne sie es nicht möglich war, das deutsche Reich vor schwerer Not zu bewahren. Aber wir taten das nicht freien Herzens. Es blieb der bohrende Gedanke: Haben wir denn ein Recht, Treue zu verlangen vom deutschen Volke zur deutschen Ostmark, wenn die deutsche Ostmark sich selbst nicht die letzte Treue hält?

Dieser inneren Qual sind wir jetzt enthoben. Wir wissen wieder, und wir wollen dieses Wissen nie verlieren, daß die deutschen Ostmarken zusammengehören. Und dafür sind wir dankbar, daß es uns erspart geblieben ist, deutsches Volkstum zu verraten. Denn es wäre Verrat gewesen, wenn er auch begangen wäre unter dem schweren Druck der Not, unter dem tiefen Gefühl der Verantwortung gegenüber dem gesamten deutschen Volke.

Was wird nun werden? Seien wir nicht leichtfertig, sagen wir nicht, daß wir froh sind, nun herauszukommen aus der Ungewißheit in die Zeit der frischen Entschlüsse. Nein, seien wir nüchtern und ehrlich, und gestehen wir es uns zu, daß wir vor einer Zukunft stehen, deren Dunkel kein menschliches Auge zu durchdringen vermag. Aber diese Einsicht wird uns nicht kraftlos machen. Tausendmal haben wir es uns geschworen, das letzte einzusetzen für unser deutsches Volkstum. Vor uns und der ganzen Welt wären wir ehrlos, wenn wir jetzt, wo die Schicksalsfrage in ihrer ganzen nackten Wirklichkeit an uns herantritt, feige es nicht wagen würden, die Folgerungen aus unseren Schwüren zu ziehen. Wir wissen es nicht, was kommen wird. Aber eins wissen wir: daß nur das Volk untergeht, das sich selber aufgibt. Und es kann keine schlimmere Form des Sichselberaufgebens gedacht werden, als die Untreue gegen sich selbst. Sieben Wochen lang haben wir erklärt: nein niemals. Und all das soll Lüge, hohle Geste, Worte, geboren aus Furcht, die eigene Schwäche und den eigenen fehlenden Willen zum Leben zu verdecken, gewesen sein?

Wohl mag auch unter uns Ostmarkdeutschen manch einer gewesen sein, der sich gefragt hat, ob es nicht richtiger sei, weichend vor der Not den Vertrag zu unterzeichnen und mit der Unterzeichnung das Gelübde zu tun, nur ein Ziel zu kennen; diesen Vertrag zu zerreißen, sobald es möglich sei. Aber in unserer überwiegenden Mehrheit haben wir den Mut zu diesem Spiel nicht finden können. Wir haben es mit deutscher Ehre und deutscher Sittlichkeit für unvereinbar gehalten, zuzugeben, was wir innerlich nie hätten zugeben können. Und aus dieser Überzeugung heraus sind wir im vollen Gefühl seiner Bedeutung zu dem Entschluß gekommen, nie in die Preisgabe der deutschen Ostmarken, und sei es auch nur durch eine Unterschrift, einzuwilligen. Es wäre etwas, von dem unsere deutsche Seele sich schwer würde erholen können, einsehen zu müssen, daß diese Wochen, in denen wir uns in dem Willen zur Erhaltung unseres Deutschtums wiedergefunden haben zu deutscher Einheit und deutschem Gemeinschaftsgefühl, nichts anderes gewesen wären, als der Rausch eines Mannes, der es nicht wagt, nach dem Zusammenbruch seiner alten Existenz mit neuem Entschluß ein neues Dasein anzufangen, sondern der sich im Trunke über seine wahre Lage hinwegtäuscht, um dann schließlich eines Tages, wenn das kalte Elend ihn angrinst, doch zur Pistole zu

greifen, um einem Leben, das deshalb verpfuscht war, weil kein Wille es mehr auf neue Bahnen bringen konnte, durch eine Kugel selbst ein Ende zu machen.

Wir wissen nicht, was kommen wird, aber die Zeit der Bedenken liegt hinter uns. Wir haben nur das eine Ziel, unser Deutschtum zu erhalten mit jedem Mittel, das deutscher Wagemut zu ersinnen weiß. Wir sind bereit, in jeder Not zusammenzustehen mit dem ganzen deutschen Volke, denn wir wissen, daß unser Ostmarkendeutschtum nur ein Zweig ist am Baume des großen deutschen Volkstums. Und wenn wir in dieser Stunde tiefer als je empfinden, daß alles, was wir sind und alles, was unserem Leben Bedeutung und Weihe verleiht, wir unserem deutschen Volkstum verdanken, dann können wir nur den einen Gedanken haben, wie bisher so auch in Zukunft den Lebenssaft zu ziehen aus dem Zusammenhang mit dem ganzen deutschen Volkstum.

Aber auch das deutsche Volk muß wissen, daß es seinen Leib verstümmelt, wenn es uns preis gibt, und daß unsere Treue zum Deutschen Reich ihre Grenze findet an der Treue zum deutschen Volkstum.

Aus der feindlichen Mantelnote

Wir geben nachstehend einen etwas ausführlichen Auszug aus der Mantelnote, um den Geist, aus dem sie entstanden ist, zu zeigen:

Paris, den 16. Juni 1919.

Herr Präsident!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben mit der ernstesten Aufmerksamkeit die Bemerkungen über die Friedensbedingungen geprüft, welche ihnen die deutsche Delegation hat zugehen lassen.

Die deutsche Antwort protestiert gegen den Friedensvertrag, weil er einmal im Widerspruch stehen soll mit den Bedingungen, welche die Grundlage des Waffenstillstandes vom 11. November gebildet haben, und weil er ferner ein Gewaltfriede und nicht ein Rechtsfriede sein soll. Der Protest der deutschen Delegation beweist, daß diese die Lage verkennt, in der sich Deutschland heute befindet. Die deutsche Delegation scheint zu meinen, daß Deutschland nur „einige Opfer zu bringen hat, um den Frieden zu erlangen", als wenn dieser Friede einzig und allein der Abschluß eines Kampfes um den Gewinn von Territorien und Macht wäre. Infolgedessen halten es die alliierten und assoziierten Mächte für notwendig, ihre Antwort mit einer genauen Darlegung ihres Urteils über den Krieg zu beginnen, eines Urteils, welches tatsächlich das der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist.

I. Nach der Meinung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 ausgebrochen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker gewesen, welches je eine Nation, die sich als eine zivilisierte betrachtet, bewußt unternommen hat. Während langer Jahre haben die Machthaber Deutschlands, der preußischen Tradition getreu, ihre Anstrengungen vervielfacht, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Sie haben sich keineswegs mit der Wohlfahrt und dem wachsenden Einfluß begnügt, welchen Deutschland mit Recht für sich beanspruchen konnte und welchen alle anderen Nationen gewillt waren, ihm in der Gesellschaft freier und gleichberechtigter Völker zuzuerkennen. Sie haben sich in die Lage versetzen wollen, ein geknechtetes Europa ebenso zu beherrschen und zu tyrannisieren, wie sie ein geknechtetes Deutschland beherrscht und tyrannisiert haben. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln die Sinnesrichtung ihrer Untertanen zu der Doktrin erzogen, daß in den internationalen Angelegenheiten Macht Recht ist. Sie haben niemals aufgehört, die Rüstungen Deutschlands zu Lande und zu

Wasser zu entwickeln und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, daß eine solche Politik notwendig sei, weil die Nachbarn Deutschlands auf seinen Wohlstand und seine Macht eifersüchtig seien. Sie haben versucht, anstatt Freundschaft, Feindschaft und Mißtrauen zwischen den Nationen zu säen. Sie haben ein Spionage- und Intrigensystem entwickelt, welches sie in den Stand gesetzt hat, innere Unruhen und Revolten hervorzurufen und sogar geheime Angriffsvorbereitungen auf dem Territorium ihrer Nachbarn zu treffen, um im gegebenen Augenblick sie mit mehr Sicherheit und Leichtigkeit vernichten zu können. Sie haben Europa durch Gewaltandrohungen in einem Zustand der Gärung erhalten, und als sie festgestellt haben, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, haben sie sich entschlossen, ihre Vorherrschaft durch Gewalt zu begründen, sobald ihre Vorbereitungen beendet waren. Sie haben einen unterwürfigen Verbündeten ermutigt, Serbien den Krieg binnen 48 Stunden zu erklären, diesen Krieg, dessen Ziel die Kontrolle über den Balkan war. Sie wußten sehr wohl, daß sich derselbe nicht lokalisieren lasse und den allgemeinen Krieg entfesseln werde. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuche der Verständigung und der Konferenz entzogen, bis es zu spät war und der Weltkrieg unvermeidlich geworden ist, jener Weltkrieg, den sie geplant hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig gerüstet und vorbereitet war. Die Verantwortlichkeit Deutschlands beschränkt sich aber nicht auf die Tatsache, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Deutschland ist in gleicher Weise für die wilde und unmenschliche Art verantwortlich, in der es den Krieg geführt hat.

Wiewohl Deutschland selbst einer der Garanten Belgiens war, haben seine Machthaber die Neutralität dieses durchaus friedlichen Volkes verletzt, nachdem sie feierlich versprochen hatten, sie zu respektieren. Nicht genug damit, haben sie geflissentlich eine Reihe von Hinrichtungen und Brandstiftungen vorgenommen, einzig und allein in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie durch den Schrecken ihrer Taten kirre zu machen. Die Deutschen waren es, die zuerst giftige Gase angewandt haben, trotz der furchtbaren Leiden, die dieselben herbeiführen mußten. Sie waren es, die mit den Bombenabwürfen auf Städte und den Fernbeschießungen derselben angefangen haben und zwar ohne militärischen Grund, einzig und allein in der Absicht, die Moral ihrer Gegner dadurch zu erschüttern, daß sie Frauen und Kinder trafen. Sie waren es, die die Tauchbootkampagne begannen, eine seeräuberische Mißachtung des Völkerrechtes, und so eine große Anzahl unschuldiger Passagiere und Seeleute mitten im Weltmeere, fern von jeder Hilfe, Wind und Wellen und, schlimmer noch, den Besatzungen der Tauchboote preisgegeben, zum Tode verurteilten. Sie waren es, die mit brutaler Wildheit Tausende von Männern und Frauen zur Sklaverei in fremde Länder weggeschleppt haben. Sie waren es, die hinsichtlich der Kriegsgefangenen, welche sie gemacht hatten, eine barbarische Behandlung, vor welcher die am wenigsten zivilisierten Völker zurückgeschreckt wären, zugelassen haben. Die Haltung Deutschlands ist fast ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit. Die schreckliche Verantwortung, welche auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa in der Erde schlummern, während mehr als zwanzig Millionen Lebende durch ihre Wunden und ihre Leiden Zeugen dafür sind, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Gewaltherrschaft hat befriedigen wollen. Die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß sie die Schuldner derjenigen bleiben würden, welche alles hingegeben haben, um die Freiheit der Welt zu retten, wenn sie einwilligten, in diesem Kriege nicht ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das Recht zu erblicken. Diese Auffassung der alliierten und assoziierten Mächte ist mit voller Deutlichkeit schon während des Krieges von den führenden Staatsmännern dieser Mächte Deutschland dargelegt worden. Sie ist von dem Präsidenten Wilson in seiner Rede vom 6. April 1918 definiert worden und ausdrücklich und im einzelnen von dem deutschen Volke als ein den Frieden leitendes Motiv angenommen

worden: „Mögen alle unsere Worte, meine Mitbürger, mögen alle unsere zukünftigen Pläne und alle unsere Handlungen mit dieser Antwort im Einklang stehen, bis daß die Majestät und die Kraft unserer vereinten Mächte den Geist derer durchdringen und die brutale Kraft derer vernichten, welche, was wir lieben und ehren, verspotten und verachten. Deutschland sagt erneut, daß die Kraft und nur die Kraft entscheiden wird, ob Gerechtigkeit und Frieden die Angelegenheiten des Menschengeschlechts sichern sollen, ob das Recht, so wie Amerika es versteht, oder die Hegemonie, so wie Deutschland sie versteht, die Geschicke der Menschheit leiten soll. Da gibt es wohl für sie nur eine einzige Antwort: Die Macht, die Macht bis zum Äußersten, die Macht ohne Grenzen und ohne Ende, die richtende und triumphierende Macht des Rechts, die das Recht zum Gesetz der Welt macht und jede Gewaltherrschaft zu egoistischen Zwecken in den Staub zwingt."

Die gleiche Haltung ist deutlich zum Ausdruck gekommen in einer Rede des Premierministers von Großbritannien vom 14. Dezember 1917: „Es gibt keine Sicherheit in irgendeinem Lande, wenn die Strafe nicht mit Gewißheit folgt. Es existiert kein Schutz für das Leben, für Gut und Geld in einem Staate, wo der Verbrecher mächtiger ist als das Recht. Das internationale Recht bildet keine Ausnahme und so lange man ihm nicht Genugtuung gewährt hat, wird der Frieden der Welt immer jeder Nation auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein, der ihre Lehrmeister unaufhörlich den Glauben lehren, daß kein Verbrechen so lange strafbar ist, als es die Größe und die Bereicherung des Landes zum Gegenstand hat, dem jene Lehrmeister untertan sind. In der Weltgeschichte hat es zuweilen verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben in diesem Augenblick mit einem solchen Staate zu tun. Es wird immer verbrecherische Staaten geben bis zu dem Augenblick, wo die Früchte, die ein internationales Verbrechen einbringt, zu fragwürdig sein werden, um Nutzen zu bringen, und wo die Bestrafung eines internationalen Verbrechens zu sicher sein wird, als daß dieses Verbrechen noch Anziehungskraft haben könnte." Dasselbe Prinzip ist deutlich dargelegt worden in einer Rede des Herrn Clemenceau vom 17. September 1918: „Was wollen sie (die französischen Soldaten), was wollen wir, wir selbst? Kämpfen ohne Unterlaß und siegreich kämpfen bis zu der Stunde, wo der Feind begreifen wird, daß kein Kompromiß möglich ist zwischen einem solchen Verbrechen und der Gerechtigkeit. Wir suchen nur den Frieden und wir wollen ihn gerecht und dauerhaft, damit die künftigen Generationen gerettet seien von den entsetzlichen Zuständen der Vergangenheit." Desgleichen hat Herr Orlando am 3. Oktober 1918 erklärt: „Wir werden den Frieden erhalten, wenn unsere Feinde anerkennen, daß die Menschheit das Recht und die Pflicht hat, sich gegen den Fortbestand der Ursachen zu sichern, welche dieses entsetzliche Blutvergießen hervorgerufen haben, und daß das Blut, das von Millionen Menschen vergossen ist, nicht nach Rache schreit, sondern die Erfüllung des hohen Ideals verlangt, für welches dieses Blut edelmütig vergossen ist. Selbst wenn es sich um eine gerechtfertigte Anwendung des Wiedervergeltungsrechts handeln sollte, so denkt niemand daran, Methoden brutaler Gewalt, anmaßender Herrschaft, oder Erstickung der Freiheit eines Volkes anzuwenden, das heißt, eine Methode und eine Politik, welche die ganze Welt gegen die Zentralmächte aufgebracht haben. Aber die ganze Welt wird anerkennen, daß es zur Wiederherstellung der moralischen Ordnung nicht genügt, daß derjenige, dem ein schändliches Unternehmen mißlingt, erklärt, er habe auf seinen Plan verzichtet. Die Fragen, die in ihrem Wesensinhalt selbst das friedliche Leben der Nationen berühren, müssen, wenn sie einmal gestellt sind, die Lösung finden, welche die Gerechtigkeit fordert."

Also ist die Gerechtigkeit die einzig mögliche Basis zur Begleichung der Rechnung dieses schrecklichen Krieges. Gerechtigkeit ist es, was die deutsche Delegation verlangt, und was nach Erklärung dieser Delegation Deutschland versprochen sein soll. Gerechtigkeit soll Deutschland werden. Aber es muß eine Gerechtigkeit für alle sein. Es muß Gerechtigkeit sein für die Toten, für die Verwundeten, für die Waisen, für alle, die in Trauer sind. Damit Europa von

dem preußischen Despotismus befreit werde, ist es nötig, daß Gerechtigkeit den Völkern werde, welche heute unter einer Last von Kriegsschulden zusammenbrechen, die sich auf mehr als dreißig Milliarden Pfund Sterling beläuft und die sie auf sich genommen haben, um die Freiheit zu retten. Gerechtigkeit muß den Millionen Lebewesen werden, denen deutsche Barbarei Heim, Land, Schiffe und Gut geplündert und zerstört hat. Deswegen haben die verbündeten und assoziierten Regierungen mit Nachdruck erklärt, daß Deutschland als Vorbedingung des Vertrages ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit übernehmen muß; denn die Wiedergutmachung der Schäden, die man verursacht hat, ist das Wesen der Gerechtigkeit. Aus diesem Grunde bestehen sie darauf, daß die Personen, die für den deutschen Angriff sowie für die Akte der Barbarei und Unmenschlichkeit, die deutscherseits die Kriegführung entehrt haben, am offenkundigsten verantwortlich sind, einer Gerechtigkeit überliefert werden, die ihnen gegenüber bisher im eigenen Lande nicht zur Anwendung gebracht worden ist. Aus diesem Grunde muß sich Deutschland auch für einige Jahre gewissen Beschränkungen und gewissen Sonderabmachungen unterwerfen.

. . . . . .

. . . . . .

In Anwendung dieser Prinzipien haben die alliierten und assoziierten Mächte Vorkehrungen getroffen, um Polen als unabhängigen Staat wiederherzustellen, mit „einem freien und sicheren Zugang zum Meere". Alle die „Territorien, welche von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnt sind", sind Polen zuerkannt worden; alle die Territorien, welche von einer deutschen Mehrheit bewohnt sind, außer einigen isolierten Städten und einigen Kolonien, welche auf kürzlich mit Gewalt expropriierten Ländern errichtet sind und mitten in unzweifelhaft polnischen Gebieten liegen, sind Deutschland überlassen worden. Überall, wo der Volkswille zweifelhaft ist, ist eine Volksabstimmung vorgesehen worden. Die Stadt Danzig wird die Verfassung einer Freistadt erhalten. Ihre Einwohner werden autonom sein; sie werden nicht unter der Herrschaft Polens sein und keinen Teil des polnischen Staates bilden. Polen wird gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst ist von Deutschland abgetrennt worden, weil es keine andere Möglichkeit gab, um jenen „freien und sicheren Zugang zum Meere" zu schaffen, welchen Deutschland abzutreten versprochen hatte.

Die deutschen Gegenvorschläge widersprechen vollkommen der Grundlage, die für den Friedensschluß angenommen wurde. Sie laufen darauf hinaus, daß starke Mehrheiten von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft Deutschlands behalten werden. Sie verweigern einen freien Zugang zum Meere einer Nation von mehr als zwanzig Millionen Einwohnern, deren Landsleute den ganzen nach der Küste führenden Weg entlang in der Majorität sind, um die Landverbindungen zwischen Ost- und Westpreußen aufrechtzuerhalten, deren Verkehr sich immer in erster Linie über Meer abgewickelt hat. Diese Gegenvorschläge können daher von den alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen werden. Jedoch hat die deutsche Note eine Berichtigung gerechtfertigt, welche auch stattfinden wird. Unter Berücksichtigung der Versicherung, daß Oberschlesien, obgleich von einer Mehrheit Polen im Verhältnis 2 : 1 bewohnt (eine Million zweihundertfünfzigtausend gegen sechshundertfünfzigtausend nach der deutschen Volkszählung von 1910), deutsch bleiben will, willigen die Mächte darin ein, daß die Antwort auf die Frage, ob Oberschlesien einen Teil Deutschlands oder Polens bilden soll, durch die Abstimmung der Einwohner selbst entschieden werde.

. . . . . .

. . . . . .

Die feindliche Mantelnote schließt folgendermaßen:

Zum Schluß müssen die alliierten und assoziierten Mächte klar feststellen, daß diese Note und die ihm beigefügte Denkschrift ihr letztes Wort bedeuten.

Sie haben die deutschen Vorschläge und Gegenvorschläge mit Sorgfalt und ernster Aufmerksamkeit geprüft; sie haben auf Grund dieser Prüfung bedeutende Konzessionen in der praktischen Anwendung gewährt.

Was aber die Grundlinien angeht, so beharren sie bei dem Vertrage. Sie glauben, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Regelung des großen Krieges darstellt, sondern auch die Grundlage schafft, auf der die Völker Europas auf dem Fuße der Freundschaft und Gleichheit miteinander leben können. Gleichzeitig schafft der Vertrag das notwendige Organ, um auf friedliche Weise alle internationalen Probleme auf dem Wege der Besprechung und Verständigung zu regeln und die Mittel zu finden, die Regelung des Jahres 1919 selbst von Zeit zu Zeit abzuändern, indem es sie neuen Tatsachen und neuen Verhältnissen anpaßt, je nachdem sie vorliegen werden. Die Regelung beruht allerdings nicht auf einer allgemeinen Absolution für die Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918, denn sonst wäre es nicht ein Friede der Gerechtigkeit. Aber sie stellt einen aufrichtigen und durchdachten Versuch dar zur Herbeiführung „jener Herrschaft des Rechtes, die auf der Zustimmung der Beherrschten beruht und durch die organisierte Meinung der Menschheit gestützt wird", die als Grundlage für den Frieden vereinbart worden ist.

Als ein solcher muß er in der heute vorliegenden Formulierung angenommen oder abgelehnt werden. Infolgedessen erwarten die verbündeten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation innerhalb von fünf Tagen, vom Tage der gegenwärtigen Mitteilung gerechnet, eine Erklärung, die ihnen zu erkennen gibt, daß sie bereit ist, den Vertrag so, wie er heute ist, zu unterzeichnen. Falls die deutsche Delegation innerhalb der angegebenen Frist erklärt, daß sie bereit ist, den Vertrag so, wie er heute ist, zu unterzeichnen, so werden die Dispositionen für die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen werden. Mangels einer solchen Erklärung stellt die gegenwärtige Mitteilung die Ankündigung dar, die in Artikel 2 der Konvention vom 16. Februar 1919 vorgesehen ist, durch die der am 11. November 1918 abgeschlossene und durch die Konventionen vom 13. Dezember 1918 und 16. Januar 1919 verlängerte Waffenstillstand weiter verlängert wurde. Es wird infolgedessen der gedachte Waffenstillstand beendet werden, und die verbündeten und assoziierten Mächte werden diejenigen Maßnahmen ergreifen, die sie für notwendig erachten werden, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

gez. Clemenceau.

Die Volksratsbewegung

Die politischen Auswirkungen der Danziger Tagung des Volksratsausschusses treten von Tag zu Tag mehr hervor. Der parlamentarische Aktionsausschuß der Nordgruppe der Ostmark beruft sich in seiner Kundgebung vom 14. d. Mts. ausdrücklich auf die Mitarbeit der Volksräte sowie der mit ihnen vereinigten Organisationen des Ostdeutschen Heimatdienstes, und Reichskommissar Winnig hat soeben in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, deren Inhalt sich mit den Forderungen der Volksratsbewegung in völligem Einklang befindet. Diese beiden Tatsachen verdienen eine tiefere Beachtung. Beide Kundgebungen wurden erst möglich, als sich die Erkenntnis durchgedrückt hatte, daß der gewaltige Zug, der jetzt durch die Ostmark geht und in der Volksratsbewegung am klarsten zum Ausdruck kommt, einzig und allein dem Willen ihrer Volksmehrheit entspringt, deutsch zu bleiben, und daß dabei keinerlei politische Nebenabsichten verfolgt werden. Der parlamentarische Aktionsausschuß, dessen einzelne Mitglieder ihre Parteigegensätze und Parteiinteressen vor dem einen großen Ziele, der Deutscherhaltung der Ostmark, zurückstellen, der sozialdemokratische Reichskommissar, der seine Aufgabe nicht in der Förderung einer Partei, sondern in der Rettung des gesamten Deutschtums in der Ostmark sieht — beide befinden sich auf dem gleichen Wege wie der Volksrat der Ostmark, der auf einen parteilosen Zusammenschluß der deutschen Bevölkerungsteile zu einer wirklichen Volksgenossenschaft hinarbeitet. Unsere

Rettung vor polnischer Versklavung wird allein durch unsere innere Geschlossenheit verbürgt, und die beiden Kundgebungen beseitigen das hauptsächliche Hindernis, das der Bildung der Geschlossenheit entgegensteht, das gegenseitige Mißtrauen. Unter diesem wechselseitigen Mißtrauen hatte die Ostmark zu leiden und leidet auch heute noch. Maßgebende, der Koalitionsregierung nahestehende Kreise können ein unbestimmtes Mißtrauen gegen die in der Ostmark sich geltend machenden Bestrebungen nicht unterdrücken, und auch in der Ostmark selbst fühlen sich an manchen Orten sozialdemokratische Parteiorganisationen infolge mißverständlicher Auslegung des zum Ausbruche drängenden Volkswillens beunruhigt. Man wittert reaktionäre, antisozialistische Bestrebungen sowie separatistische Tendenzen, während es sich in Wirklichkeit nur darum handelt, daß die Ostmark ihr Schicksal nicht von der Zukunft des gesamten deutschen Volkes trennen will. Wie das deutsche Volk seine Zukunft gestalten wird, ist Sache des auf verfassungsmäßigem Wege zur Geltung gelangenden Volkswillens; die Ostmark ist sich darin einig, daß sie der Lösung dieser Frage weder vorgreifen kann noch darf. Die Volksratsbewegung läßt sich nicht von nationalistischem Gefühl, sondern ausschließlich von der Erkenntnis leiten, daß mit der Preisgabe der Ostmark nicht allein das ostmärkische Deutschtum vernichtet, sondern auch die Zukunft des gesamten deutschen Volkes gefährdet wird. Die Führung des Kampfes gegen die Vergewaltigung der Ostmark bedeutet demnach neben der Pflicht zur Selbsterhaltung auch eine Pflicht gegen das deutsche Volk überhaupt. Nationalistische Auswüchse wird die Ostmark selbst ausmerzen, und es kann nur dringend davor gewarnt werden, in ihnen irgendwie gefährliche oder beachtenswerte Anzeichen zu sehen. Diese Warnung gilt ebenso sehr für die unorientierten Ansichten gewisser extrem rechtsstehender Blätter wie für die dem mittleren linken Flügel angehörende Presse, die sich dadurch beunruhigt zeigt. Die Ostmark ist kein Feld für eigennützige Experimente, auch nicht für Betätigung gefühlsmäßiger Politik. Gewisse Erwartungen und gewisse Befürchtungen fallen damit in sich selbst zusammen, da ihnen jede reale Unterlage fehlt.

Die Beseitigung des Mißtrauens allein kann den Weg zur Herstellung der inneren Geschlossenheit des gesamten ostmärkischen Deutschtums ebnen. Der parlamentarische Aktionsausschuß und der sozialdemokratische Reichskommissar haben sich entschlossen in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Wer argwöhnisch abseits stehen bleibt, setzt sich der Gefahr aus, eigennütziger Absichten bezichtigt zu werden. Jedem steht es frei, sich der großen durch die Ostmark gehenden Volksratsbewegung anzuschließen und in und mit ihr an dem einen großen Ziele mitzuarbeiten, der Erhaltung des Deutschtums.

Aus den Deutschen Volksräten

Vom Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens wurden am 12. Juni folgende Entschließungen gefaßt und auf dem Drahtwege weitergeleitet:

„Reichsregierung Berlin.

Unmittelbar vor der Entscheidung über das Schicksal der Ostprovinzen erneuern von allen Schichten der deutschen Bevölkerung des Ostens berufene Vertreter, die als ständiger Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des ostpreußischen Heimatdienstes des Ostens hier tagen, das Gelöbnis des Festhaltens am Reiche, erwarten aber, daß die Regierung jede Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes von Millionen Deutscher in unseren Provinzen zurückweist. Bleibt die Regierung dem deutschen Volke der Ostmark auch in der entscheidenden Stunde treu, dann wird dieses Volk Treue mit Treue erwidern.

Volksratsausschuß. J. A.: **Cleinow.**"

„Grafen Brockdorff-Rantzau, Versailles.

Der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens übermittelt das felsenfeste Vertrauen von Millionen Deutschen der Ostmark, daß Euer Exzellenz keine Vergewaltigung ihres Selbstbestimmungsrechtes zulassen werden. Amerikanische und englische Journalisten haben dieser Tage mit eigenen Augen die erschütternden Kundgebungen der Ostmarkendeutschen gesehen und ihren eisernen Willen, unter allen Umständen deutsch zu bleiben, kennen gelernt. Die ganze Ostmark ist eines Willens, die geplante gewaltsame Auslieferung an eine kulturell rückständige Nation zu verhindern! In diesem Sinne steht das Deutschtum der Ostmark geschlossen hinter Euer Exzellenz und will lieber den Abbruch der Verhandlungen mit seinen schweren Folgen, als eine Preisgabe seiner nationalen Existenz tragen.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Reichswehrminister Noske, Weimar.

Der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens bekundet als berufener Vertreter aller Schichten und Klassen der deutschen Bevölkerung der Ostmark unmittelbar vor der hereinbrechenden Polengefahr noch einmal sein festes Vertrauen zum Reichswehrminister. Die ganze Ostmark steht einmütig hinter Ihnen. Millionen Deutsche blicken mit Zuversicht auf Ihre Entschlossenheit, die Ostmark vor der nahenden polnischen Flut für das Deutsche Reich zu schirmen und zu retten.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Exzellenz Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Großes Hauptquartier

Dem Befreier der Ostmark sendet der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens seinen Gruß.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Herrn Reichskommissar Winnig, Königsberg.

Als Zeichen der Einmütigkeit mit Ihrer Auffassung über die Aufgaben der deutschen Politik in der Ostmark sendet der in Danzig ständig tagende Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens seinen vertrauensvollen Gruß.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Oberpräsidenten v. Schnackenburg, Danzg.

Der Ausschuß der Vereinigten Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens ist zur ständigen Tagung in der Hauptstadt Ihrer Heimatprovinz versammelt, um alle Kräfte geschlossen für die Erhaltung dieser schönen Provinz beim Reiche einzusetzen. Mit besonderer Freude begrüßt der Volksratsausschuß, daß ein Sohn Westpreußens nun an der Spitze der Provinz steht und hegt aus dieser engen Zugehörigkeit die feste Zuversicht, daß das westpreußische Volk in diesen schweren Tagen der Not in Ihnen einen Mann erblicken kann, dem es rückhaltlos sein Vertrauen schenken darf.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

„Herrn v. Batocki, Königsberg.

Die in Danzig zu ständiger Tagung versammelten Vertreter der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens senden Euer Exzellenz treuen deutschen Gruß in der Gewißheit, daß das deutsche Volk des Ostens in seiner Schicksalsstunde in Ihnen einen starken Kämpfer für die Erhaltung des Deutschtums und der deutschen Interessen in den Ostprovinzen erblicken darf.

Volksratsausschuß. J. A.: Cleinow."

*

Kleine Nachrichten

Notenwechsel über die Haller-Armeen

Eine ganze Reihe höchst beunruhigender Meldungen über die Verschärfung der Lage an der deutsch-polnischen Demarkationslinie haben **Reichsminister Erzberger veranlaßt,** am 12. Juni folgendes Schreiben an den General Dupont zu richten, den Chef der französischen Militärmission in Berlin, welchem zugleich die Verbindung mit der interalliierten Kommission in Warschau obliegt:

Herr General!

Der Reichsregierung ist folgender polnischer Befehl zur Kenntnis gebracht:

Armee Haller — Teile der französischen Armee, die in der Mehrzahl aus deutschen und österreichischen kriegsgefangenen Polen bestehen, also Landsleute des jetzigen polnischen Reiches — wird jetzt der polnischen Armee zugeteilt.

Die Republik Polen befindet sich im Kriegszustand mit Deutschland, sie hat auch das Recht, die Armee Haller gegen Deutschland zu verwenden.

Auf Veranlassung des Kriegsministeriums vom 3. 6. 19 werden zwei Divisionen der Haller-Armee in den nächsten Tagen nach Posen abtransportiert und dann sofort auf der ganzen Front verteilt.

Unterschrift Generalstab
Posen J.-Nr. 378/46/A 19
gez. Dombrowski, Generalmajor. 8. 6. 19.

Ferner gehen nach abgehörten Gesprächen bei Lissa die Leerzüge der Hallertransporte nicht mehr zurück und erfolgen Ausladungen gegen Deutschland, da Befehl zum Angriff in den nächsten Tagen erwartet wird.

Außerdem sind folgende Telephongespräche zwischen Posen und Kankel bekannt geworden:

a) Es sind keine Leerzüge mehr nach Lissa herauszuschicken, da heute oder morgen der Angriffsbefehl kommt. Die letzten Hallerzüge werden spätestens übermorgen kommen.

b) 1 Uhr 12 Minuten kommt Hallerzug, er wird in Kankel ausgeladen. Sämtliche Hallerzüge, die noch kommen, werden in Krotoschin und Bogutschin, Punitz und Kankel ausgeladen.

Endlich wurde in den letzten Tagen gemeldet:

a) Nach mehrfachen Aussagen von Ueberläufern sind aus Hallertruppenteilen in Warschau Mannschaften herausgezogen, in Abteilungen von mehreren 100 Mann zusammengestellt und nach Posen befördert worden.

b) In einem Funkspruch vom 7. 6. französischer Klartext von Posen an Eiffelturm an das Kriegsministerium Paris, unterschrieben von General Dombor-Musnicki, wird gebeten, vier Eisenbahnwagen mit Pneumatiks und Material zur Ausbesserung, die sich auf dem Wege über St. Didier durch Deutschland nach Posen befinden, umzuleiten, da sich die Lage verschärft habe.

Diese polnischen Maßnahmen würden, falls sie zutreffen, den Vereinbarungen des Waffenstillstandes und auch den mündlich gegebenen Zusicherungen des Marschalls Foch widersprechen.

Es ist bei den örtlichen Behörden durch diese Maßnahmen eine starke Erregung entstanden, wodurch unerwünschte Konflikte hervorgerufen werden können.

Ich bitte daher um unverzügliche Klärung und Abstellung, für den Fall, daß die Nachrichten den Tatsachen entsprechen sollten, da die Reichsregierung sonst zu sofortiger Einstellung der Hallertransporte gezwungen wäre.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit darf ich einer Antwort im Laufe des morgigen Tages ergebenst entgegensehen.

Reichsminister Erzberger."

Berlin, 14. Juni. (Wolff.) Auf die Anfrage des Vorsitzenden der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa, General Nudant, ob sich die Nachricht von einer deutscherseits veranlaßten Unterbrechung der Transporte der Haller-Armee bestätigt, antwortete Erzberger durch folgende Note:

Örtliche deutsche Befehlsstellen an der deutsch-polnischen Demarkationslinie haben ohne Wissen der Obersten Heeresleitung und ohne meine Zustimmung aus eigener Initiative auf Grund der ihnen bekannt gewordenen, von mir General Dupont in einer Note vom 12. Juni mitgeteilten Meldungen über polnische Angriffsabsichten die Hallerschen Transporte angehalten. Ich ersuchte Dupont um Aufklärung über diese Meldungen und ersuchte um Abstellung für den Fall, daß die Nachrichten den Tatsachen entsprechen sollten. Die deutsche Regierung hat durch die loyale Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen vor aller Welt gezeigt, daß es ihr Bestreben ist, die schweren übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie ist auch ernstlich gewillt, den Spaer Vertrag vom 4. April restlos durchzuführen und hat dies während zweier Monate trotz mancher Bedenken der deutschen Bevölkerung durch die Tat bewiesen. Sie muß dabei allerdings voraussetzen, daß auch von polnischer Seite nicht gegen den Vertrag verstoßen wird. Vor der durch General Dupont herbeigeführten Erklärung will sie die Nachrichten über polnische Angriffsabsichten nicht zur Grundlage ihres Verhaltens machen. Sie weist aber darauf hin, daß nach dem Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 der freie Zugang der Alliierten zu den von den Deutschen an ihren Ostgrenzen geräumten Gebieten lediglich zum Zwecke der Verpflegung und Aufrechterhaltung der Ordnung vereinbart worden ist. Im Artikel 3 des Spaaer Abkommens vom 4. 4. wird durch ausdrückliche Bezugnahme auf den eben genannten Artikel erneut bestimmt, daß die beförderten polnischen Truppen lediglich zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den von den Deutschen an ihren Ostgrenzen geräumten Gebieten bestimmt sind. In dem Zusatzabkommen zu dem Protokoll vom 4. 4. ist ausdrücklich vereinbart, daß die Transportzüge nach ihrer Entladung in kürzester Frist auf demselben Wege von den Polen zurückgeführt werden müssen. Nach einer Meldung der deutschen Obersten Heeresleitung sind seit gestern morgen die Leerzüge nicht mehr zurückgegeben worden.

Die deutsche Regierung läßt es dahingestellt sein, ob die polnische Maßnahme eine Verwirklichung der verschiedenen vorhergegangenen Meldungen ist, wie sie General Dupont gestern mitgeteilt worden sind. Sie stellt das Aufhören der Rückgabe des Leermaterials lediglich als Tatsache fest. Die deutsche Regierung kann ihre Bereitschaft zur Durchführung der Hallerschen Transporte nicht besser beweisen, als dadurch, daß sie die örtlichen deutschen Befehlsstellen anweisen ließ, die Transporte vorerst fortzusetzen. Hinsichtlich der Rückführung des Leermaterials aus Polen über Fraustadt erklärt sich die deutsche Regierung mit der in der Note vom 13. Juni durch Marschall Foch gegebenen Erklärung befriedigt, erwartet aber rascheste Aufklärung über die in der gestrigen an General Dupont übergebenen Note enthaltenen Meldungen.

Die in der Note erwähnte Erklärung Fochs vom 13. Juni, deren Kenntnis für die Beurteilung des Zusammenhangs nötig ist, war an General Nudant in Spaa gerichtet und lautet folgendermaßen:

„Ich gebe der französischen Mission in Warschau die nötigen Befehle, damit die leeren Achsen zu gleicher Zeit mit vollen Zügen in Lissa eintreffen. Ich bitte Sie, davon die deutsche Delegation zu benachrichtigen, indem Sie sie jedoch darauf aufmerksam machen, daß durch höhere Gewalt Verzögerungen eintreten

können. Ich ersuche darum, daß die vollen Züge regelmäßig von Lissa abfahren, selbst wenn leere Züge noch nicht angekommen sind. Falls die sechs leeren Züge, die innerhalb 24 Stunden in Lissa eintreffen müssen, nicht ankommen oder mit bedeutender Verspätung, müssen Sie mich sofort in Kenntnis setzen, damit ich von neuem einschreiten kann."

Die durch Erzberger von dem Chef der französischen Militärmission in Berlin, Dupont, geforderte Aufklärung über die übereinstimmend gemeldeten polnischen Angriffsvorbereitungen ist von General Dupont zwar noch nicht erteilt, jedoch enthält die Empfangsbestätigung, welche auf die anfragende Note vom 12. Juni an die Waffenstillstandskommission in Berlin am 13. Juni gerichtet worden ist, den Satz: Die polnischen Behörden wurden über die in der Note gemeldeten Zwischenfälle telegraphisch um Auskunft gebeten.

(„Frankf. Ztg." Nr. 430 vom 16. Juni)

Der polnische Aufmarsch gegen Deutschland

Von der Haller-Armee hat auf dem Durchmarsch durch Deutschland nach der 1., 2., 3., 6. und Lehr-Division etwa die Hälfte der 7. Division polnisches Gebiet erreicht. Mit den Transporten der letzten Tage sind auch die Tankgeschwader der einzelnen Divisionen (ein Geschwader zu 24 Tanks) durch Deutschland durchgekommen. Polnisches Gebiet haben damit bereits mindestens 72 Einheiten dieser Waffe erreicht, über die wir Deutschen bekanntlich nur in außerordentlich geringer Anzahl verfügen.

Die Lage an der polnischen Ostfront tritt vollkommen zurück vor den Ereignissen an der polnisch-deutschen Grenze. Polen befindet sich im vollen Aufmarsch gegen Deutschland, und zwar mit allen verfügbaren Truppen seiner auf 300 000 Mann zu berechnenden Streitkräfte, zu denen die 50 000 Mann der Deutschpolen in der Provinz Posen hinzuzurechnen sind. An der Ostfront sind angesichts der dort von den Bolschewiki in kaum nennenswerter Weise drohenden Gefahr nur die allernotwendigsten Kräfte belassen worden, alles irgendwie Entbehrliche befindet sich auf dem Abtransport nach den deutschen Grenzen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß der Aufmarsch der Polen in vollem Gange ist: Hohe Stäbe sind an die deutschen Grenzen heran verlegt worden, der Stab von Haller selbst angeblich nach Krakau. Hohe Offiziere — es handelt sich meist um französische Generäle — besichtigen die in der Nähe der deutschen Grenzen bereits angekommenen Truppen. Die polnischen Dörfer an der deutschen Grenze müssen bis zu bestimmten Terminen, — anscheinend zur Freimachung von Quartieren, — geräumt werden. Truppenteile, die in der Ukraine abgekämpft waren, erscheinen nach Wiederauffüllung und langer Erholungszeit an der deutschen Grenze.

Sämtliche Hallerschen Divisionen sind unseren Grenzen gegenüber zusammengezogen worden, und zwar zwei Divisionen der Hallerschen Armee, die bisher anstatt zur Bekämpfung der Bolschewiki, zur Niederringung der ukrainischen Anti-Bolschewisten Verwendung gefunden hatten, stehen gegenüber dem oberschlesischen Kohlengebiet bei Czenstochau, wo sie kürzlich vom General Haller besichtigt wurden, und bei Auschwitz zum Vormarsch bereit. — Drei Divisionen Hallers stehen gegenüber der ostpreußischen (2) und der westpreußischen (1) Südgrenze. Die der Zahl nach sechste Haller-Division, der Nummer nach die siebente, ist zunächst für Lodz bestimmt. Sollte diese Division die letzte der durch Deutschland zu transportierenden sein, so ist damit zu rechnen, daß die Polen nach Beendigung des Transportes die Maske fallen lassen und die Hallerschen Divisionen auch in der Provinz Posen einsetzen.

Nach Warschauer Zeitungen hat auf dem Kalischer Bahnhof bereits Ende Mai

eine Zusammenkunft zwischen Pilsudski und dem Posenschen Oberkommandierenden Dowbor Musnicki stattgefunden. Hierbei hat sich Dowbor Musnicki mit seinen Truppen dem Oberbefehl Pilsudskis unterstellt. Auch dies weist darauf hin, daß demnächst mit der Verstärkung der posenschen Nordgruppe, die voraussichtlich den Angriff auf die Linie Schneidemühl — Bromberg — südwestlich Thorn, eröffnen dürfte, durch kongreßpolnische Truppen zu rechnen ist.

Durch zahlreiche Bahnsprengungen ist bereits östliche Kreuzburg und südlich Rosenberg die für unsere militärischen Gegenmaßnahmen außerordentlich wichtige Bahnlinie Breslau—Kreuzburg—Tarnowitz unterbrochen worden. Dies läßt auf eine großzügige Leitung des gesamten polnischen Aufmarsches und seines baldigen Abschlusses schließen.
(„Dtsch. Tagesztg." v. 11. Juni Nr. 285.)

Die Polengefahr in Oberschlesien

Oppeln, 12. Juni.

Oberschlesien verlebt jetzt aufregende Tage. Der Pfingstputsch der Polen im Kreise Rosenberg und die Versuche, strategisch wichtige Eisenbahnstrecken zu sprengen, haben einen Blick in die ganze Größe der Gefahr tun lassen. Wie wir hören, sind jetzt deshalb militärische Verstärkungen des Grenzschutzes in Oberschlesien angekommen.

Der Putsch in Rosenberg stellt sich mit Sicherheit als ein Verzweiflungsunternehmen der dortigen Polenführer heraus. Die Hochverräter wollten nach Posener Muster einfach Rosenberg am Sonntag dem Polenreiche einverleiben. Durch die Nähe der Hallerschen Armee glaubten sie sich genügend im Rücken geschützt. Die Anschläge, die am ersten Feiertag im Rosenberger Kreise verbreitet wurden, begannen mit den Worten: „Bauern, wir gehören seit heute dem polnischen Staate an. Verhaltet Euch ruhig. Befolgt genau, was Euch von Euren polnischen Führern gesagt wird."

Bei dem Polenführer Soika in Lowoschau fand man äußerst wichtige Schriftstücke und ein Verzeichnis der polnischen Bandenführer vergraben. Leider entkam Soika, ebenso der Pfarrer Kutschka aus Wyssoka und der Rittergutsbesitzer von Laszewski, Kutschkas rechte Hand. Der Großpole Mureck, der bei der Verhaftung Widerstand leistete, wurde erschossen.

Reichskommissar Winnig über die Gefahr für den deutschen Osten

Berlin, 14. Juni. Die Entschlossenheit der Reichsregierung, die Ostprovinzen gegen den polnischen Einmarsch mit bewaffneter Hand zu schützen, geht aus einer Erklärung des Reichskommissars Winnig hervor, zu deren Wiedergabe die Presse ermächtigt wird. Es heißt darin u. a.:

Die Bevölkerung des Ostens soll wissen, daß sie sich auf die Regierung verlassen kann. Die jetzige Regierung wird einen Frieden, der den Osten preisgibt, niemals annehmen und unterzeichnen. Die Regierung ist entschlossen, einen polnischen Einmarsch in die strittigen Gebiete des Ostens mit den Waffen in der Hand abzuwehren, ganz gleich, ob dieser Einmarsch noch vor Abbruch der Friedensverhandlungen gewagt werden sollte, was nach einigen Fällen an der Demarkationslinie nicht unmöglich erscheint, oder ob er erfolgen sollte, nachdem die Verhandlungen durch die Weigerung der Reichsregierung, diesen Frieden zu unterzeichnen, zum Abbruch gekommen sind: in jedem dieser Fälle ist die Regierung bereit, einer polnischen Besitzergreifung der Gebiete mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten. Sie setzt dabei voraus, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes zu den Versicherungen steht, die in so vielen erhebenden Kundgebungen zum Ausdruck kamen. Gestützt auf den Willen der Bevölkerung, wird die Regierung das Höchste daran setzen, um das Deutschtum des Ostens vor der Polonisierung zu schützen.

Ich füge hinzu, auch wenn die Regierung infolge ihrer Ablehnung des Gewaltfriedens durch eine anders wollende Minderheit gestürzt und durch Leute ersetzt würde, die zur Unterzeichnung des Gewaltfriedens bereit wären, werden wir uns im Osten einer solchen Entscheidung nicht beugen. Die Bevölkerung des Ostens muß allerdings bereit sein, die Folgen einer solchen festen Haltung auf sich zu nehmen. Der Kampf um unsere Behauptung im Osten wird schwer sein, aber nicht aussichtslos, wenn die Bevölkerung nationale Disziplin hält und opferwillig das Letzte einsetzt. Wir werden die Waffen zum Widerstand ergreifen in dem Bewußtsein, so zu handeln, wie wir es unserm Volke und seiner Zukunft schuldig sind. Sollte es uns nicht möglich sein, durch unsern Widerstand das Reich zu retten, so retten wir doch Provinzen, versagt uns das Schicksal selbst dies, so retten wir das Letzte und Höchste, das ein Volk zu verteidigen hat: die deutsche Ehre!"

(Deutsche Allg. Ztg. vom 16. Juni, Nr. 437.)

Reichskommissar Otto Hörsing an den Reichsministerpräsidenten Scheidemann

„Wie einwandfrei festgestellt, stehen an der oberschlesischen Grenze Haller-Truppen. Oberschlesische bestochene und gekaufte Polen sprengen dauernd Eisenbahnbrücken und beschädigen die Bahnkörper, wodurch die Abfuhr der Kohlen und die Zufuhr von Lebensmitteln gefährdet ist. Polnische und spartakistische Agenten organisieren Unruhen und Aufstände in Oberschlesien sowie in den Industriegebieten und Städten Schlesiens und Westposens. Diese mit ausländischem Geld ausgeführten Verbrechen finden ihren Rückhalt darin, daß täglich Züge mit Haller-Truppen, wie ich es dieser Tage selbst gesehen, durch Deutschland nach Polen rollen und so die feindliche Heeresmacht im Osten verstärken. Wenn auch eine direkte Gefahr von außen wie von innen dank der Tüchtigkeit unserer Truppen und ihrer Führer sowie des größten Teiles der Beamten und der Bevölkerung nicht zu befürchten ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß Putsche versucht werden in dem Glauben, von jenseits der Grenze Hilfe zu bekommen. Bei diesen Putschen, die ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde, kann Menschen- und besonders Arbeiterblut fließen, und zwar Blut der Unschuldigen, die von den Putschisten auf die Straße gebracht worden sind, um dann selbst zu verschwinden. Die Hoffnung auf die Armee Haller, die dem kleinen polnischen Teil der oberschlesischen Bevölkerung täglich eingeimpft wird, womit man sie zu Putschen aufreizt, muß aber so schnell als möglich verschwinden. Dieses ist aber nur möglich, wenn die Transporte der Armee Haller sofort eingestellt werden. Ich weiß, daß Sie und die Regierung gezwungenerweise den Truppentransporten zugestimmt haben. Da aber die Polen täglich die Ruhe stören, die Demarkationslinie nicht achten, so dürfte die Regierung ihrer übernommenen Verpflichtung gleichfalls enthoben sein. Im Interesse unseres Ostens, und zwar des Friedens nach außen, der Ruhe und Ordnung im Innern, bitte ich, wohl unter Zustimmung von 90 v. H. der Bevölkerung des mir unterstellten Gebietes, die Truppentransporte der Armee Haller sofort einzustellen und mir Nachricht zukommen zu lassen.

Der Reichs- und Staatskommissar für Oberschlesien und Westpreußen.

Hörsing.

Der Besuch von Ententevertretern und neutralen Journalisten in Nakel. In Nakel gestaltete sich der Empfang der amerikanischen und englischen Pressevertreter zu einer spontanen Massenkundgebung. Auf dem Bahnhof wurden sie von dem Bürgermeister, von Stadtverordneten und dem Arbeiterrat empfangen. Kleine Mädchen, festlich gekleidet und mit schwarz-

weiß-roten Bändern geschmückt, begrüßten sie mit patriotischen Gesängen. Ergreifend war ihre Begeisterung; eine jede war von demselben Wunsche beseelt: „Deutsch sind wir und deutsch wollen wir bleiben." Dies stand auch auf den Plakaten, die von vielen Mädchen und Knaben getragen wurden. Nur langsam konnte sich der Zug durch die dichtgedrängten Menschenmassen nach dem Markt bewegen. Hier hatte sich eine vieltausendköpfige Menge angesammelt. Der Arbeiter, der Handwerker, der Bauer, der Kaufmann und der Beamte, sie alle hatten ihre Arbeit verlassen und waren herbeigeeilt, um ihren unerschütterlichen Willen zu bekunden, sich unter keinen Umständen vom deutschen Vaterlande losreißen zu lassen. Auch die drei Kompagnien der Einwohnerwehr waren erschienen, um die Pressevertreter von dem festen Willen und dem Ernst der deutschen Bevölkerung zu überzeugen, ihre Angliederung an Polen unbedingt zu verhindern. Bei dem von den Polen geschändeten Kriegerdenkmal wurden die Veteranen vorbeigeführt. Im Rathaus bewies der Bürgermeister an der Hand amtlichen Materials, daß Nakel eine deutsche Stadt ist, daß 80 v. H. der Steuern von den Deutschen aufgebracht werden, daß die Häuser und der Grund und Boden zum größten Teile in den Händen der Deutschen sich befinden, daß Nakel nur eine Zeitung, und zwar eine deutsche besitzt. Mit großer Sachlichkeit wurde von den Journalisten auf die behandelten Fragen eingegangen. Über die militärische Lage und den Bruch des Waffenstillstandes berichtete der Abschnittskommandant. Der Vertreter der Arbeiterschaft legte das Gelöbnis ab, daß die gesamte Arbeiterschaft beim Deutschen Reiche verbleiben will, da sie nur so der Segnungen der sozialen Fürsorge teilhaftig bleiben kann, und er betonte, daß die Industrie hier ausschließlich in deutschen Händen ist. Dies verfehlte auch seinen Eindruck auf die Vertreter der großen Industrievölker nicht. Was sie hier gesehen und gehört haben, hat sicherlich bei den Pressevertretern den Eindruck hinterlassen, in einer deutschen Stadt geweilt und eine Bevölkerung in der Ostmark kennengelernt zu haben, die gewillt ist, zum Letzten und Äußersten für die Erhaltung ihrer Nationalität einzutreten.

Die Kundgebung des parlamentarischen Aktionsausschusses Nord

Danzig, 14. Juni. „Die in den letzten Tagen sich mehrenden Kundgebungen und Anfragen an die deutsche Regierung von der Bevölkerung der bedrohten Gebiete des Ostens lassen erkennen, daß in vielen Kreisen noch nicht genügend Klarheit über die Tätigkeit und Aufgaben des in Danzig tagenden parlamentarischen Aktionsausschusses Nord herrscht. Um allen Zweifeln zu begegnen, sei deshalb nochmals ausdrücklich festgestellt, daß es die erste und vornehmste Aufgabe des Aktionsausschusses Nord ist, die bedrohten Gebiete des Ostens dem Deutschen Reiche zu erhalten. Bei der Arbeit hierfür stützt sich der Aktionsausschuß in dem alle politischen Parteien des Ostens von den Mehrheitssozialisten bis zu der Deutschnationalen Volkspartei vertreten sind, vor allem auf die Mitarbeit der Parteiorganisationen, aber auch auf alle Verbände, die das gleiche Ziel — die Erhaltung des Deutschtums im Osten — verfolgen, insbesondere auf die Deutschen Volksräte und die Organisation des Heimatdienstes. Nur diese Zusammenarbeit aller für die Erhaltung des Deutschtums tätigen Institutionen unter der verantwortlichen Führung des parlamentarischen Aktionsausschusses sichert die Erreichung des angestrebten Zieles."

Berlin, 14. Juni. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Einige Blätter melden den Abtransport von Heeresgut und anderen Werten, insbesondere auch von Zuchthengsten aus Westpreußen. Sie knüpfen hieran die Befürchtung, daß die Regierung dabei

sei, den deutschen Osten preiszugeben: — Es ist schwer verständlich, wie derartigen Einzelvorgängen, selbst wenn sie zutreffen sollten, irgendwelche Bedeutung zugeschrieben werden kann. Sowohl die Reichsregierung wie die Preußens haben wiederholt feierlich erklärt, daß sie den deutschen Osten unter allen Umständen gegen jeden frevelhaften Angriff schützen werden. Einer solchen Absicht dienen sämtliche in Westpreußen getroffenen Maßnahmen.

(„Frankf. Ztg." vom 16. Juni Nr. 437)

Systematischer Vertragsbruch

Thorn, 12. Juni. Der polnische Generaldelegierte für amerikanische Lebensmitteltransporte nach Polen, dessen Sitz Danzig ist, machte dem Warschauer Verkehrsministerium telegraphische Meldung, die Eisenbahndirektion Danzig habe der polnischen Lebensmitteltransport-Kommission mitgeteilt, daß wegen systematischer Nichterfüllung der Vertragsbedingungen durch die polnische Regierung, bestehend in Nichtrücksendung leerer Güterzüge, der gesamte Güterverkehr mit Lebensmitteln nach Polen eingestellt werden müsse. Desgleichen drohe die amerikanische Kommission mit der Unterbrechung der Transporte. Die Amerikaner hätten bereits sehr ungünstige Berichte über grenzenlose Zerrüttung der polnischen Eisenbahnen nach Paris entsandt mit der Erklärung, unter solchen Umständen nicht weiterarbeiten zu können. Acht Großschiffe mit Mehl und Getreide lägen im Danziger Hafen. Der Generaldelegierte Jelowicki fordert vom Warschauer Verkehrsministerium dringend Abhilfe.

(Deutsche Allg. Ztg.).

Ausweisung der russischen Juden. Berlin, 13. Juni. Das jüdische Bureau in Kopenhagen meldet: Die polnische Regierung hat ein Gesetz, betreffend die Ausweisung aller russischen Juden aus Polen ausgearbeitet, 60 000 Juden werden durch diese Maßnahme betroffen. Viele davon leben seit Dezennien in Polen. Die Ausweisung ist für sie katastrophal. 900 Ausweisungsbefehle wurden bereits erlassen. Alle jüdischen Post- und Telegraphenbeamten im Gebiete von Lemberg, 400 an der Zahl, wurden entlassen. Der polnische Minister des Innern hat an alle Verwaltungskörperschaften ein antisemitisches Zirkular provozierenden Inhaltes gerichtet. Die Juden behaupten, das Zirkular sei gleichbedeutend mit der Aufforderung zu Pogromen.

(„Frankf. Ztg." vom 15. Juni Nr. 434)

Danzig, 15. Juni. Eine polnische Rückwanderungsgesellschaft, die den Strom der polnischen Rückwanderer aus Amerika nach Danzig lenken soll, wurde gegründet. Für Ankunft dieser Polen werden umfangreiche Vorbereitungen getroffen.

(„Frankf. Ztg." vom 16. Juni Nr. 437)

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 4	Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm** Schriftleitung: **Bromberg, Welhienplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	2. April 1919

Inhalt: Grundwahrheiten zum deutsch-polnischen Streit — Materialien zur ostdeutschen Frage: Der Notschrei des deutschen Ostens. Die Posener Verhandlungen — Pressestimmen.

Grundwahrheiten zum deutsch-polnischen Streit

1. In Posen und Westpreußen wohnen zusammen mehr Deutsche als Polen.
2. Drei Regierungsbezirke (Danzig, Marienwerder und Bromberg) sind überwiegend deutsch; im vierten (Posen) wohnen verhältnismäßig ebensoviel Deutsche als Polen in Ostgalizien wohnen.
3. Die deutschen Minoritäten in den überwiegend polnischen Kreisen sind größer als die polnischen Minoritäten in den überwiegend deutschen Kreisen.
4. Deutsche und Polen sitzen untrennbar durcheinander.
5. Polen reicht ethnographisch nicht in ununterbrochenem Zuge an die See; die „deutsche Brücke" von Brandenburg-Pommern bis Ostpreußen schiebt sich dazwischen; insbesondere ist das Weichseltal in Stadt und Land überwiegend deutsch.
6. Die deutsche Bevölkerung ist in beiden Provinzen alteingesessen.
7. Sie hat bei den Reichstagswahlen 1912 ganz überwiegend deutsch gewählt; Reichstagswahlstatistik und Nationalitätenstatistik bestätigen sich.
8. Katholisch und polnisch sind nicht identisch.
9. Der Grundbesitz, auch der Privatbesitz, ist überwiegend deutsch.
10. Das deutsche Bauerntum besitzt in Posen mehr Land als das polnische.
11. Das Deutschtum ist im Grundbesitz in Posen stärker als das Polentum in Ostgalizien.
12. Die Städte sind überwiegend deutsch, auch ohne Militär und Beamtentum.
13. Der Grundbesitz in ihnen ist überwiegend deutsch.
14. Handel und Verkehr ist überwiegend deutsch.
15. Gewerbe und Industrie sind, namentlich in den wirtschaftlich wichtigen Betrieben, überwiegend deutsch.
16. Die Deutschen zahlen unverhältnismäßig mehr Steuern als die Polen.
17. Die Deutschen haben die kulturelle Überlegenheit.
18. Posen als landwirtschaftliches Überschußgebiet findet wirtschafts- und verkehrspolitisch seine natürliche Ergänzung in dem industriellen Mittel- und Westdeutschland.
19. Die Zugehörigkeit Posens zu Preußen hat der Provinz jährlich „Zehnte von Millionen" eingebracht.
20. Die Verbindung mit Polen bedeutet für die Provinz eine wirtschaftliche Katastrophe.[1])

[1]) Diese Tatsachen beweist Dr. Moritz Weiß in seiner ausgezeichneten Schrift „Die Stellung des Deutschtums in Posen und Westpreußen" mit einer Sprachenkarte. Verlag von Wilhelm Greve. Berlin, Januar 1919.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Der Notschrei des deutschen Ostens

Mit wachsender Spannung haben 850 000 Deutsche in der Provinz Posen die Tagung der Nationalversammlung verfolgt. Trotz aller bisherigen Enttäuschungen hat jeder von uns gehofft, daß doch endlich einmal all die Notschreie die von den Deutschen Volksräten, den deutschen Gemeinden und all den anderen deutschen Organisationen der Ostmark dauernd an all die verantwortlichen Stellen gerichtet wurden, Widerhall in der Nationalversammlung finden würden — nichts ist bisher erfolgt. In dumpfer Verzweiflung fragen wir uns: Sind wir denn endgültig verraten und verkauft? Auch dem größten Optimisten ist wohl jetzt jeder Zweifel geschwunden, daß geheime Abmachungen bestehen müssen, die uns polnischer Willkür verschachert haben! Wir wollen jetzt die Wahrheit wissen und verlangen, daß die Regierung in der Nationalversammlung uns sagt, was wir von ihr zu erwarten haben! Sind wir hier, die wir auf altem deutschen Kulturland tapfer aushielten, denn schlechter als unsere österreichischen Brüder, denen ganz Deutschland jubelnd die Hand entgegenstreckt? Ist es schon vergessen, daß in den letzten schweren Kämpfen im Westen es gerade die Söhne des Ostens waren, die lobend erwähnt wurden? Wer hielt bei Roeselare und Deinze den übermächtigen Gegner immer wieder im Schach? Und das der Dank? Deutsches Volk, weißt du es, daß Söhne aller deiner Stämme hier deutsche Art und deutsche Kultur als Ansiedler, Besitzer, Beamte und Arbeiter hochgehalten haben? Westfalen, Bayern, Pfälzer, Hannoveraner, Sachsen, Württemberger, Rheinländer, Thüringer und wo sie alle herstammen — sie alle standen als deutsche Pioniere hier im fernen Osten und vertrauten darauf, daß Deutschland geschlossen hinter ihnen stand und ihnen ihr Recht auf ihr Deutschtum sicherte.

Deutsche Arbeiter, wißt ihr, woher das Vieh kam, dessen Fleisch euch im Frieden nährte? Eine Nacht auf einem Bahnhof hätte euch gezeigt, woher die endlosen Güterzüge mit Rindern, Schweinen und Schafen kamen. Wißt ihr, woher die Kartoffeln kamen, die euch in den harten Kriegsjahren durchhalfen? Die Ostmark hat sie für euch gebaut!

Wißt ihr, daß die größten Zuckerfabriken in der Provinz Posen und Westpreußen liegen? Kennt ihr die Namen Culmsee, Kruschwitz, Montwy, Opalenitza, Pakosch, Nakel, die euch den größten Teil eures Zuckers lieferten?

Kennt ihr die schwarze Erde Kujawiens, jener Weizen- und Rübenkammer des Ostens?

Wißt ihr, daß von 700 Dampfpflügen im Deutschen Reich allein 198 in der Provinz Posen arbeiten?

Wißt ihr, daß die Polen bereits 10 000 Zentner Mehl und 30 000 Zentner Kartoffeln, die für euch bestimmt waren, nach Russisch-Polen geschafft haben? Das sind Zahlen aus polnischen Zeitungen, wieviel mag es erst in Wirklichkeit sein!!

Herr Reichspräsident Ebert, wir fragen Sie, was hat die Regierung getan, um diese Mengen dem deutschen Volk zu erhalten? Was hat die Regierung getan, um die Provinz Posen, diese Nahrungsmittelquelle, dem deutschen Volke zu erhalten? Bisher nichts!!

Wissen Sie, wie das Volk hier denkt? „Zu einer Regierung, die nichts für uns übrig hat, die sich als Volksregierung nicht einmal die Mühe genommen hat, sich über die Stimmung des Volkes und die wahren Verhältnisse hier zu orientieren, die lediglich auf die vollständig falschen Berichte der gänzlich landesunkundigen Herren von Gerlach und Hirsch sich gestützt hat, aber alle Notschreie der deutschen Bevölkerung unbeachtet ließ — zu einer solchen Regierung können wir kein Vertrauen haben! Einer solchen Regierung weigern wir die Steuern

und Abgaben, und lieber lassen wir die Bolschewisten ins Land, als daß wir polnisch werden."

Wir sind keine Reaktionäre, Herr Präsident! Wir haben in unseren Volksräten alle Parteien und alle Stände vertreten, vom Arbeiter bis Großgrundbesitzer. Aber unser deutsches Hemd sitzt uns allen näher als der Parteirock! Wir sind jederzeit bereit, einem Vertreter der Regierung jede gewünschte Auskunft über die hiesigen Verhältnisse zu geben! Setzen Sie den Herrn von Gerlach oder den Herrn Minister Hirsch acht Tage nach Nakel und lassen Sie ihn täglich trotz des Waffenstillstandes 15 Zentimeter-Haubitzgranaten schmecken und beide Herren werden von ihrem Optimismus und dem Wahn, daß eine polnische Gefahr kaum noch besteht, schnell geheilt sein! Weiß die Regierung, daß Tausende deutscher Bauern, Besitzer und Ansiedler vor polnischem Haß und polnischer Willkür von Haus und Hof haben flüchten müssen, daß ihr Vieh, ihr ganzer Besitz ihnen genommen wird, daß diese Armen nicht wissen, wovon sie leben sollen? Was gedenkt die Regierung für diese Leute zu tun? Im Westen bekämpft man den Bolschewismus, will man ihn hier künstlich züchten? Was soll aus den Beamten werden, die als Vorkämpfer für das Deutschtum besonders bedroht sind? Es hat früher doch genug Vertreter der Regierung gegeben, die die Verhältnisse in der Provinz Posen genau gekannt haben, es gibt auch erschöpfende Statistiken, vielleicht orientiert sich die Regierung einmal genau über die katastrophalen Folgen, die das Aufgeben der Provinz Posen für den Westen, besonders für die Ernährung der Millionen Arbeiter zur Folge haben muß.

Und ihr, deutsche Brüder, im Westen und Süden, wacht auf und werft die falschen Ansichten über den Osten von euch! Auch der Verfasser dieser Zeilen ist Süddeutscher und weiß, wie wenige sich ein Bild von der Fruchtbarkeit der Provinz Posen und ihrer hochentwickelten Landwirtschaft machen können! Wie oft habe ich's verächtlich sagen hören, daß die Kartoffeln hier als Spalierobst gezogen würden und die Gegend nichts hervorbrächte als Sand, Kienäpfel und polnische Schnorrer. Hütet euch, daß die Erkenntnis vom Wert des Ostens für unsere Volksernährung nicht zu spät kommt!

Und wollt ihr stillschweigend dulden, daß 850 000 gute Deutsche von den Polen, die in der Kultur doch weit unter ihnen stehen und alles, was sie haben und können lediglich deutscher Kultur, deutschem Vorbild und deutscher Ordnung verdanken, unterdrückt werden? Es ist ein historischer Grundsatz, den auch Präsident Wilson vertritt, daß dem Volk, das die Kulturarbeit geleistet hat, auch das Land gehört. Darum erhebt eure Stimmen im ganzen Reich und legt energischen Protest ein bei der Waffenstillstandskommission und der Reichsregierung gegen die Abtrennung der Provinz Posen. Und wer uns mit der Tat helfen will, trete ein in unseren Grenzschutz.

Wir haben allezeit treu zum Deutschen Reich gestanden und wollen deutsch bleiben für alle Zeit.

Deutsches Reich und deutsches Volk, erzeigt uns nun Treue um Treue: Helft uns Ostmärkern!

Der Deutsche Volksrat für den Netzedistrikt.

Die Posener Verhandlungen

Berichte über den Verlauf der Verhandlungen. Die Verhandlungen sollten die Demarkationslinie gegen die Polen genau festsetzen und die aus dem Trierer Abkommen vom 16. Februar für das von den Polen besetzte deutsche Gebiet sich ergebenden Wirtschafts-, Verkehrs- und Verwaltungsfragen regeln. Die deutsche Kommission bestand aus Freiherrn von Rechenberg, Dr. Drews (früherer Minister des Innern), Generalmajor Dommes als Missionsmitgliedern, ferner Rittmeister von Brentano-Tremezzo, Regierungsassessor Krahmer-Möllenberg, Major von Falkenhausen und Böhm, Herrn Schobert (von der Obersten Heeresleitung), Oberst Schuhmacher aus dem Kriegsministerium, Legationssekretär von Hentig (Dolmetscher), Pressevertreter Müller-Neudorf.

Auf seiten der Entente bestand die Kommission aus dem französischen Botschafter Noulens als Vorsitzenden, dem französischen General Dupont, dem großbritannischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Howard, dem italienischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Montagna, dem italienischen General Romey, dem General Kermann als Vertreter der Vereinigten Staaten und dem General Niessel. Den Herren stand ein großer Stab von Adjutanten und Offizieren zur Seite.

Als Ort der Verhandlungen war Bromberg vereinbart.

In der ersten Zusammenkunft der interalliierten und deutschen Kommission zur Regelung der Ostfragen auf dem Bahnhof Kreuz am 5. März erklärte General Dommes, der Vertreter der deutschen O. H. L., daß deutscherseits der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten bereits erteilt worden ist. Aus Anlaß sowohl deutscher wie polnischer Klagen über die Nichteinhaltung des Waffenstillstandes wurde beschlossen, auf beiden Seiten eine Untersuchungskommission, bestehend aus je drei Offizieren, einzusetzen, welche alle Fälle von Verletzungen des Vertrages prüfen, das Material sammeln und ihren Hauptkommissionen vorlegen sollen. Diese beiderseitigen Unterkommissionen sollen gleichzeitig die Frage der Festsetzung der Demarkationslinie bearbeiten.

Am 5. März abends trafen in Bromberg eine Reihe deutscher Vertreter der Waffenstillstandskommission, des Auswärtigen Amtes, der O. H. L. und der Preußischen Verwaltung ein. Bis tief in die Nacht hinein fanden Besprechungen im engsten Kreise mit Vertretern der Zivil- und Militärbehörden statt. Am 6. März um 9 Uhr wurde im Regierungsgebäude unter Leitung des Regierungspräsidenten eine Sitzung abgehalten, in der die Führer der deutschen Abordnung, Wirklicher Geh. Rat Gouverneur a. D. Freiherr von Rechenberg und inaktiver Staatsminister Drews, die Wünsche der deutschen Bevölkerung entgegennahmen. Erschienen waren Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats, der Militär- und Zivilbehörden, der Landkreise Bromberg, Wirsitz und Czarnikau, der Stadt Nakel, der Handels-, der Handwerkskammer und stellvertretenden Landwirtschaftskammer, des Deutschen Volksrats, des Deutschen Bürgerrats, der Beamtenverbände, sowie der Flüchtlingskommissar. Um 12 Uhr empfingen die Exzellenzen von Rechenberg und Drews eine aus drei Herren bestehende polnische Abordnung, die polnische Wünsche zum Vortrag brachte.

Berlin, 12. März. (Amtlich).

... Da sich die alliierten Vertreter entgegen der getroffenen Vereinbarung weigerten, in Bromberg zu verhandeln und trotz der deutschen Einsprüche auf ihrem Standpunkt beharrten, einigte man sich schließlich auf Posen als Verhandlungsort. Die interalliierte Kommission reiste von Kreuz direkt nach Posen. Die deutsche Kommission begab sich zunächst nach Bromberg. Am Nachmittag des 6. März trat sie dann über Kreuz die Reise nach Posen an. Beim Betreten des von den Polen besetzten deutschen Gebietes wurden die deutschen Vertreter unter scharfe militärische Bewachung gestellt und denselben Freiheitsbeschränkungen unterworfen, die für die ersten Verhandlungen in Trier seitens des Marschalls Foch angeordnet worden waren. Die Fahrt der deutschen Kommission vom Bahnhof Posen nach dem ihr zugewiesenen Quartier erfolgte in offenen Droschken unter militärischer Begleitung. Im Hotel wurden die deutschen Delegierten so-

fort durch ein starkes Postenaufgebot von der Außenwelt abgeschnitten. Selbst der Verkehr innerhalb des Hotels mit Vertretern der dortigen deutschen Behörden sowie Telephongespräche waren nur im Beisein polnischer Offiziere erlaubt. Freiherr von Rechenberg, der Vorsitzende der deutschen Kommission, legte sofort gegen diese unwürdige Behandlung bei Noulens, dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission, wie dies in Trier ebenfalls geschehen war, scharfen Protest ein und erklärte, die deutschen Vertreter würden an der für Freitag, den 7. März, anberaumten Sitzung nicht teilnehmen, wenn die polnischen Anordnungen bestehen blieben. Auch die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa erhob auf Anordnung des Reichsministers Erzberger bei Nudant Einspruch gegen das polnische Vorgehen. Nachdem hierauf die polnischen Maßnahmen zum Teil rückgängig gemacht worden waren, haben die Sitzungen der beiderseitigen Kommissionen am 7. März im Schloß ihren Anfang genommen. Berichterstattung über die weiteren Sitzungen bleibt vorbehalten, bis die bisher bestehenden Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung behoben sein werden.

Zurzeit finden nur Verhandlungen auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Verwaltung und des Wirtschaftslebens statt. Die militärischen Verhandlungen mußten ausgesetzt werden, da vorerst unüberbrückbare Divergenzen eingetreten sind.

Berlin, 13. März.

In den Verhandlungen zwischen den deutschen und den interalliierten Unterhändlern in Posen wurde zunächst beschlossen, das zu bearbeitende Material einer militärischen und einer zivilen Unterkommission zur Beratung zu überweisen. Die Arbeiten der Unterkommissionen stießen von vornherein auf große Schwierigkeiten, da der Telegramm- und Telephonverkehr der deutschen Mitglieder mit der Heimat dauernde Stockungen und Verzögerungen erlitt. Eine entschiedene Wendung zum Besseren ist hierin trotz aller deutschen Bemühungen noch nicht eingetreten.

Die militärische Unterkommission trat noch am 7. März zu einer Sitzung zusammen. Der Vorschlag der Alliierten, an der Demarkationslinie eine neutrale Zone von einem Kilometer Breite festzusetzen, wurde im Prinzip angenommen. Doch kam es bezüglich der weiteren alliierten Forderungen, von dieser Zone aus die Artillerie auf 20 Kilometer zurückzunehmen, zu keiner Einigung. Es zeigte sich überhaupt, daß die Ententevertreter entschlossen sind, keinerlei Konzessionen zu machen und die Bedingungen einfach zu diktieren. Jeder deutsche Einwand wurde in schärfster Form damit abgelehnt, daß die Polen Verbündete der Entente seien und diese die Aufgabe haben, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Als bis zum 10. März keine Einigung über die Hauptfragen erzielt worden war, reisten die militärischen Mitglieder der deutschen Kommission von Posen ab, um sich mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung zu setzen.

Wann die militärischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, steht noch nicht fest. Ebenso ist es noch unbestimmt, ob in der Unterkommission oder direkt in der Hauptkommission weiter über die militärischen Fragen verhandelt werden wird.

Auch die Arbeiten der zivilen Unterkommission, welche die Verkehrs-, Wirtschafts- und Geiselfragen behandeln, haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Berlin, 12. März.

Ueber die Behandlung, welche der deutschen Kommission in der deutschen Stadt Posen durch die Polen widerfahren ist, erhob General von Hammerstein auf Grund eines Telegramms in der Vollsitzung vom 8. März 1919 in Spaa scharfen Protest und verlangte, daß der Kommission Freiheit der Bewegung und des telephonischen Verkehrs gewährt werde. Er erklärte weiter, daß er auf diese Frage später eingehen werde.

In der Vollsitzung vom 11. März in Spaa forderte General von Hammerstein in einer Note nochmals eine andere Behandlung der deutschen Kommission in Posen und außerdem die Gewährung der notwendigen Verbindungen, damit sie arbeitsfähig gemacht werde. Sodann protestierte er in der gleichen Note gegen Äußerungen des Botschafters Noulens in einer Begrüßungsansprache an die polnischen Behörden, von denen die deutsche Kommission funkentelegraphisch Kenntnis erhalten hat. Noulens

hat erklärt, daß er sich in Posen in einem Teile Polens befinde. Die deutsche Note weist darauf hin, daß solche Äußerungen geeignet seien, auf das Verhalten und auf die Ansprüche der Polen in unerwünschtem Sinne einzuwirken.

Auf die Entgegnung Nudants, daß die ganze Frage wenig bedeutungsvoll sei, da sich die deutschen Angaben auf einen Funkspruch gründeten und über Posen die Friedenskonferenz entscheiden werde, verlas General von Hammerstein ein Telegramm, aus dem hervorgeht, daß die betreffende Äußerung Noulens bei einem offiziellen Empfang durch die polnischen Behörden vor dem Bahnhof Posen vor einer großen Menge gefallen ist. General von Hammerstein erklärte, er habe daher seinem Einspruch gegen die Haltung des Botschafters Noulens, die den Abmachungen nicht entspricht, nichts hinzuzufügen.

Berlin, den 18. März.

Nach einigen Tagen Unterbrechung haben die Verhandlungen in Posen am 15. März ihren Fortgang genommen. Die militärischen Mitglieder der deutschen Kommission sind zurückgekehrt.

In der Sitzung der militärischen Unterkommission machte der französische General Nieffel den Vorschlag, die deutsche und polnische Artillerie solle statt auf 20 Kilometer nur auf 10 Kilometer von der vorgeschlagenen neutralen Zone zurückgezogen werden. Ein deutscher Gegenvorschlag, die Artillerie auf beiden Seiten auf 6 Kilometer Entfernung zurückzunehmen, wurde rundweg abgelehnt. Als sich schließlich Freiherr von Rechenberg bereit zeigte zur Einigung über die 10 Kilometer-Zurücknahme, verlangten die alliierten Vertreter plötzlich, daß die Deutschen auf der ganzen Front nur 10 Batterien in einer Entfernung von je 40 Kilometer von einander beibehalten dürften. Eine Einigung war deshalb unmöglich.

Ferner verlangten die alliierten Vertreter rascheste Entscheidung über die Landung der polnischen Division in Danzig und deren Transport nach Polen; andernfalls würde Danzig besetzt werden. Der Vorsitzende der deutschen Kommission protestierte dagegen und erklärte in einer Note, die Danziger Frage gehöre nicht zur Zuständigkeit der Kommissionsverhandlungen und könne nach dem Standpunkt der deutschen Regierung nur in Spaa entschieden werden. Hierauf verlas Botschafter Noulens einen Auftrag der alliierten Regierungen, in Posen über diese Frage zu verhandeln.

Schon in einer früheren Sitzung hatten die alliierten Vertreter in nicht mißzuverstehender Absicht die Neigung geäußert, daß die deutschen Truppen an der Polenfront keine regulären Truppen seien, sondern wilde Freischaren nach Art der Komitatschibanden. Von deutscher Seite war diese Unterstellung mit aller Schärfe zurückgewiesen worden. In der Vollsitzung am 15. März wiederholte der französische General Nieffel diese Behauptung und verlangte die Zurücknahme der Freiwilligen-Verbände. Er schob die Schuld an dem dauernden Geplänkel und den kleinen Kämpfen an der Polenfront auf sie, da es undisziplierte Truppen seien, die sich auf eigene Faust andauernd Übergriffe erlaubten.

In der Frage der Besetzung der Kommission, der die Entscheidung bei Beschwerde über ungerechte Behandlung von Deutschen oder Polen innerhalb der Demarkationslinie obliegen soll, ist eine Einigung noch nicht erzielt worden. Die Alliierten verlangen die Besetzung dieser Kommission nur durch alliierte Vertreter, während von deutscher Seite die Besetzung mit Deutschen und Alliierten unter dem Vorsitz eines Neutralen gefordert wird.

Die Verhandlungen in Posen stehen vor der Entscheidung.

WTB., 20. März 1919.

Die Verhandlungen der Unterkommissionen der deutschen Waffenstillstandskommission mit der interalliierten Kommission zur Festsetzung der Ausführungsbestimmungen für die militärische Demarkationslinie sind gestern früh in Posen abgebrochen worden. Es war für den Augenblick nicht möglich, zu einer Einigung zu gelangen, namentlich über die sogenannte paritätische Oberkommission. Diese sollte als Beschwerdeinstanz dienen für die Paritätskommissionen. Diesen letzteren war zur Aufgabe gesetzt, eine vollkommen paritätische Behandlung der Deutschen und Polen beiderseits der Demarkationslinie ohne Unterschied der Nationalität in

Bezug auf Schutz des Lebens, der persönlichen Freiheit, des Eigentums und der Ausübung des Berufs oder der öffentlichen Rechte zu garantieren.

Die paritätische Oberkommission sollte sich nach dem deutschen Vorschlag zusammensetzen aus je einem von der preußischen Regierung und der internationalen Kommission ernannten Mitglied, sowie einem neutralen Vorsitzenden, welcher entweder vom Bundespräsidenten der Schweiz oder dem Papst ernannt werden sollte. Die Alliierten hatten demgegenüber eine andere Zusammensetzung empfohlen, nämlich einen Alliierten, einen Deutschen, einen Polen und zwei noch zu kooptierende Mitglieder, so daß unter allen Umständen die alliierten die Mehrheit gehabt hätten. Als endgültiger Vorschlag blieb dann von beiden Seiten bestehen auf der deutschen Seite der Plan, den Vorsitzenden durch den Papst ernennen zu lassen, auf der Ententeseite die Absicht, die Wahl des Vorsitzenden der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission in Spaa zu übertragen.

Die deutsche Regierung sah die Interessen der Deutschen bei einem zahlenmäßigen Überwiegen der Entente nicht gesichert, während die interalliierte Kommission wiederum durch keinen Neutralen und auch durch den Papst nicht den Vorsitzenden ausgewählt wissen wollte. Von deutscher Seite ist nichts unversucht geblieben, um namentlich den Vorschlag des von päpstlicher Seite aus zu wählenden Vorsitzenden in besonders eindringlicher Form den Polen nahebringen zu lassen, worauf aber aus formalen Gründen der Vorsitzende der interalliierten Kommission, Botschafter Noulens, nicht eingehen zu können glaubte und die Verhandlungen abbrach.

Der Abbruch der Verhandlungen ist für die deutschen Interessen kein Verlust, da auch die von der Entente gemachten militärischen Vorschläge den deutschen Ansprüchen nicht genügen.

* * *

Berlin, 20. März.

Die Note, durch welche Botschafter Noulens, der Vorsitzende der interalliierten Kommission in Posen, dem Vorsitzenden der deutschen Unterkommission, Freiherrn von Rechenberg, den Abbruch der Verhandlungen mitteilte, lautet in der Übersetzung folgendermaßen:

„Herr Präsident! Ich habe gestern abend den Brief erhalten, in welchem Sie mich davon in Kenntnis setzten, daß Ihre Regierung, bevor Sie eine definitive Entscheidung trifft, bezüglich des Modus der Ernennung für die paritätische Oberkommission in Posen, die im Titel IV, Artikel I, § 2 vorgesehen ist, es wünscht, die polnische Behörde mit einer Anfrage zu befassen, die von dem Herrn Minister Erzberger ausgeht.

Die internationale interalliierte Kommission, welche als äußerste Frist für den Abschluß der Verhandlungen den 18. September mitternacht festgesetzt hat, kann sich nicht bei diesem neuen Vorschlag aufhalten. Er wäre übrigens in jeder Sachlage unzulässig gewesen, weil die Besprechungen einzig und allein zwischen Ihrer Delegation und der unsrigen geführt worden sind, allein im Sinne unserer bezüglichen Regierungen.

Die deutsche Regierung hat die Lösung schon zu lange hinausgeschoben. Sie ist zu verschiedenen Malen zurückgekommen auf die Abmachungen, welche ohne Schwierigkeiten von ihrer Delegation angenommen worden waren. Sie hat zuerst ihre Delegierten unter dem Vorwand zurückberufen, mit ihnen zu beraten und hat sie dann, ohne genügende Weisungen, zurückgeschickt.

Die deutsche O. H. L. hat ihrerseits die Dinge kompliziert dadurch, daß sie ihrem zuständigen Vertreter, dem General von Dommes, untersagt hat, das Abkommen zu unterzeichnen, welches unter seiner Mitwirkung redigiert worden war. Die militärischen Behörden scheinen es demnach abzulehnen, mit der Zivilgewalt einig zu gehen.

Schließlich hat auch Herr Minister Erzberger darauf bestanden, in eine Waffenstillstandskommission einen Vertreter des Papstes oder der Schweizer Eidgenossenschaft einzuführen, und auf die Garantie, welche wir ihm dadurch gegeben haben, daß wir die Wahl (des Vorsitzenden) durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission in Spaa vornehmen lassen wollen, antwortet er ungeachtet Ihrer Zustimmung mit einem augenscheinlich unannehmbaren Angebot.

Die interalliierte Kommission kann sich nicht länger zu einer Taktik hergeben, welche die Absicht durchblicken läßt, den Verpflichtungen auszuweichen, welche sich für die deutsche Regierung aus dem Artikel I des Waffenstillstandsabkommens vom 16. Februar 1919 ergeben. Sie betrachtet daher ihre Mission als beendigt und wird Posen heute abend verlassen. Die polnische Regierung ist benachrichtigt und wird in Benehmen mit Euerer Exzellenz alle Maßnahmen treffen, welche die Abreise der deutschen Delegation von heute ab ermöglichen. Um den alliierten Regierungen zu gestatten, den versöhnlichen Geist zu würdigen, welcher unsere Kommission ständig beseelt hat, richten wir an sie den Vorschlag des Vertragsentwurfes, dessen Abschrift beigefügt ist, indem wir bitten, ihn dann Marschall Foch zu übermitteln, als Teil der Ausführungsbestimmungen des allgemeinen Waffenstillstandes."

Der Empfang der Ententevertreter. Unter den Augen der deutschen Behörden widmet der Bromberger „Dziennik Bydgoski" vom 5. März der feindlichen Kommission folgende, den Ereignissen freilich etwas vorgreifende Begrüßungsworte:

Wir begrüßen Euch!

Die Vertreter der Entente kommen zu uns. Sie erscheinen bei uns als Repräsentanten derjenigen Mächte, welche die Macht des preußischen Militarismus zermalmt und eine neue Ordnung geschaffen haben. Nicht die brutale Kraft, sondern Recht und Gerechtigkeit sollen von jetzt ab in der Welt regieren. Deshalb legen sie den Bedrückern Zügel an und bringen den Bedrückten Freiheit.

Es ist eine ganz natürliche Sache, daß wir als ein seit eineinhalb Jahrhunderten durch die Preußen bedrücktes Volk mit großer Freude diejenigen begrüßen, die uns die gute Nachricht von einer besseren Zukunft bringen. Wir glauben nämlich, daß ihre Ankunft allein schon eine Milderung in unserer Lage, die in letzter Zeit direkt unerträglich geworden ist, bringen werde.

Als die einzigen rechtmäßigen Wirte dieser Stadt, als ferner die eingeborenen Söhne dieses polnischen Landes begrüßen wir die Vertreter der Entente in Bromberg. Durch das fremde Element sind wir an die Seite geschoben worden, haben uns aber von unseren Rechten nie losgesagt. Und heute, wo die Deutschen sich Mühe geben, unserer Stadt einen rein deutschen Charakter zu geben, stehen wir fast dreißigtausend Mann stark in Bromberg und stellen fest, angesichts der ganzen Welt, daß wir da sind, daß wir Gerechtigkeit und Wiedergutmachung des historischen Unrechts verlangen.

Wir können die hohen und uns so lieben Gäste nicht durch öffentliche Aufrufe, Heraushängen von Nationalbannern begrüßen. Jedes Anzeichen äußerer Freude wäre mit einer Gefahr für uns verbunden, aber wir zweifeln nicht, daß sich eine Gelegenheit bieten wird, der Entente den Beweis zu geben, wie hoch unsere Zahl ist, und daß wir uns als ein Teil des ganzen polnischen Volkes fühlen, sowie, daß wir nicht daran denken, unser historisches Anrecht an dieses polnische Land preiszugeben.

Im Namen sämtlicher Polen in Bromberg und dem Netzedistrikt bringen wir hiermit den hohen Gästen Ausdrücke der Huldigung und Freude dar, daß wir sie in den Mauern unserer Stadt sehen können. Wir vereinigen uns sämtlich in einem einzigen Ruf, in welchem unsere ganzen Gefühle enthalten sind: Es lebe die Entente!

Der festliche Empfang, den die interalliierte Kommission in der deutschen Stadt Posen gefunden hat, wurde durch folgenden Aufruf des Polnischen Volksrats eingeleitet:

An die Bevölkerung der Stadt Posen!

Morgen am Sonnabend um 8 Uhr vormittags wird eine große Ententemission nach unserer Stadt kommen. Diese Mission setzt sich zusammen aus bekannten Vertretern Frankreichs, Italiens, Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Seit dem Augenblicke des Eintritts dieser Mächte in den jetzigen Krieg, haben wir Polen im bisherigen preußischen Teilgebiete sie als unsere Verbündeten und Freunde angesehen.

Wenn sie also heute zu uns kommen und in den Mauern unserer Stadt, in der alten

großpolnischen Burg, der Residenz unseres ganzen Gebietes weilen werden, erfüllt unsere Herzen eine große Freude, daß wir diese hohen Gäste begrüßen können. Wir wollen dies beredt nach außen zeigen, indem wir unserer Stadt ein feiertägliches Aussehen geben. Zu Ehren unserer Freunde sollen alle öffentlichen Gebäude polnische Flaggen heraushängen, ganz Posen soll überhaupt einen feierlichen Anstrich bekommen, indem es die Vertreter der Entente mit polnischen und zugleich mit ihren eigenen Farben, den französischen, italienischen, englischen und amerikanischen begrüßt. Am Sonntag nachmittag wird die feierliche Begrüßung der Gäste im historischen Posener Rathaus stattfinden; die verschiedenen Vereinigungen und Zünfte werden mit ihren Bannern ein Spalier vom gewesenen kaiserlichen Schlosse bis zum Alten Markt bilden. Weitere Einzelheiten werden in den Zeitschriften oder besonderen Bekanntmachungen zur Kenntnis gebracht werden. Einwohner und Einwohnerinnen von Posen! Haltet überall musterhafte Ordnung, richtet Euch genau und gehorsam wie echte Bürger nach den Verfügungen unserer polnischen Behörden, damit unsere Gäste durch diesen Besuch bei uns den besten Eindruck davontragen!

Posen, den 28. Februar 1919.

Der Volksrat der Stadt Posen.

Diesen Aufruf versieht der „Dziennik Poznanski" vom 1. März mit folgendem Kommentar:

Posen bereitet sich vor für eine würdige Aufnahme der Ententemission.

Morgen werden die hohen Repräsentanten Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Italiens in unserer Stadt erscheinen, um unsere Verhältnisse kennen zu lernen und die in Warschau begonnenen Verhandlungen weiterzuführen.

Unser Volk und die Allgemeinheit wird die hohen Gäste mit Freude und Eifer begrüßen, sowie nur ein von Ketten befreites Volk seine Erretter begrüßen kann, diejenigen, die ihm nicht nur die Freiheit zurückgegeben haben, sondern die außerdem mit Freundschaft und Hilfe zu ihm kommen, um die eroberte Freiheit zu verankern und für immer zu sichern.

Augenscheinlich muß sich unser Volk auch in diesem feierlichen Moment vergegenwärtigen, daß sein weiteres Schicksal vor allen Dingen von ihm selbst, seiner Energie, Vernunft und Ausdauer abhängig ist, die es dem Wiederaufbau seiner unabhängigen Existenz widmen wird. Dieser Wiederaufbau wird ihm aber durch die Hilfe der mächtigen Entente, deren Vertreter zu uns kommen, ermöglicht und erleichtert werden.

Der „Kurjer Poznanski" vom 3. März schreibt in einem Begrüßungsartikel, der für die Loyalität der Polen seit Kriegsbeginn dokumentarisch ist, unter anderem wie folgt:

„Die feierlich ausgeschmückte Burg des Przemysław begrüßt heute außergewöhnlich hohe Gäste in ihren Mauern. Es kommen zu uns die Vertreter der siegreichen Mächte der Entente, Männer, die sich berühmt gemacht haben durch ihren Verstand und politische Erfahrung, es kommen Generäle, die sich einen Namen gemacht haben durch die Heldentaten ihrer Armeen. . . .

Es ist das für uns ein freudiger und bedeutungsvoller Augenblick, daß wir die Vertreter derjenigen Mächte bei uns empfangen können, mit denen uns Gefühle herzlicher Freundschaft und heißer Dankbarkeit verbinden. Vom ersten Moment des Krieges an wandten sich die Sympathieen der Polen im preußischen Teilgebiete elementarisch denen zu, von deren Seite sie einzig und allein eine Befreiung hoffen konnten. Als das nationale Leben unter der Wucht des Kriegszustandes, welches auch so schon eingeschränkt war, ganz und gar kraftlos gemacht wurde, wandte sich der polnische Gedanke nach Westen und schöpfte aus den Waffentaten der Entente Trost und Kraft. Die Kriegsgeschichte der heldenhaften Armee der Alliierten erweckte wohl nirgends außerhalb der Grenzen der Ententemächte einen derartigen Widerhall wie bei uns. Jede strategische Bewegung wurde von uns mit zitterndem Herzen verfolgt: die Erfolge der Entente waren unsere Erfolge, ihre Niederlagen unsere Niederlagen, Traurigkeit und Freude, Sorge und Triumph teilten wir mit jedem Schlag unseres Herzens.

Und über alles erhob sich der Glaube an den endgültigen Sieg der Verbündeten. Wir waren so fest überzeugt, daß die

sei, den deutschen Osten preiszugeben: — Es ist schwer verständlich, wie derartigen Einzelvorgängen, selbst wenn sie zutreffen sollten, irgendwelche Bedeutung zugeschrieben werden kann. Sowohl die Reichsregierung wie die Preußens haben wiederholt feierlich erklärt, daß sie den deutschen Osten unter allen Umständen gegen jeden frevelhaften Angriff schützen werden. Einer solchen Absicht dienen sämtliche in Westpreußen getroffenen Maßnahmen.

(„Frankf. Ztg." vom 16. Juni Nr. 437)

Systematischer Vertragsbruch

Thorn, 12. Juni. Der polnische Generaldelegierte für amerikanische Lebensmitteltransporte nach Polen, dessen Sitz Danzig ist, machte dem Warschauer Verkehrsministerium telegraphische Meldung, die Eisenbahndirektion Danzig habe der polnischen Lebensmitteltransport-Kommission mitgeteilt, daß wegen systematischer Nichterfüllung der Vertragsbedingungen durch die polnische Regierung, bestehend in Nichtrücksendung leerer Güterzüge, der gesamte Güterverkehr mit Lebensmitteln nach Polen eingestellt werden müsse. Desgleichen drohe die amerikanische Kommission mit der Unterbrechung der Transporte. Die Amerikaner hätten bereits sehr ungünstige Berichte über grenzenlose Zerrüttung der polnischen Eisenbahnen nach Paris entsandt mit der Erklärung, unter solchen Umständen nicht weiterarbeiten zu können. Acht Großschiffe mit Mehl und Getreide lägen im Danziger Hafen. Der Generaldelegierte Jelowicki fordert vom Warschauer Verkehrsministerium dringend Abhilfe.

(Deutsche Allg. Ztg.).

Ausweisung der russischen Juden. Berlin, 13. Juni. Das jüdische Bureau in Kopenhagen meldet: Die polnische Regierung hat ein Gesetz, betreffend die Ausweisung aller russischen Juden aus Polen ausgearbeitet, 60 000 Juden werden durch diese Maßnahme betroffen. Viele davon leben seit Dezennien in Polen. Die Ausweisung ist für sie katastrophal. 900 Ausweisungsbefehle wurden bereits erlassen. Alle jüdischen Post- und Telegraphenbeamten im Gebiete von Lemberg, 400 an der Zahl, wurden entlassen. Der polnische Minister des Innern hat an alle Verwaltungskörperschaften ein antisemitisches Zirkular provozierenden Inhaltes gerichtet. Die Juden behaupten, das Zirkular sei gleichbedeutend mit der Aufforderung zu Pogromen.

(„Frankf. Ztg." vom 15. Juni Nr. 434)

Danzig, 15. Juni. Eine polnische Rückwanderungsgesellschaft, die den Strom der polnischen Rückwanderer aus Amerika nach Danzig lenken soll, wurde gegründet. Für Ankunft dieser Polen werden umfangreiche Vorbereitungen getroffen.

(„Frankf. Ztg." vom 16. Juni Nr. 437)

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 4	Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	2. April 1919

Inhalt: Grundwahrheiten zum deutsch-polnischen Streit — Materialien zur ostdeutschen Frage: Der Notschrei des deutschen Ostens. Die Posener Verhandlungen — Pressestimmen.

Grundwahrheiten zum deutsch-polnischen Streit

1. In Posen und Westpreußen wohnen zusammen mehr Deutsche als Polen.
2. Drei Regierungsbezirke (Danzig, Marienwerder und Bromberg) sind überwiegend deutsch; im vierten (Posen) wohnen verhältnismäßig ebensoviel Deutsche als Polen in Ostgalizien wohnen.
3. Die deutschen Minoritäten in den überwiegend polnischen Kreisen sind größer als die polnischen Minoritäten in den überwiegend deutschen Kreisen.
4. Deutsche und Polen sitzen untrennbar durcheinander.
5. Polen reicht ethnographisch nicht in ununterbrochenem Zuge an die See; die „deutsche Brücke" von Brandenburg-Pommern bis Ostpreußen schiebt sich dazwischen; insbesondere ist das Weichseltal in Stadt und Land überwiegend deutsch.
6. Die deutsche Bevölkerung ist in beiden Provinzen alteingesessen.
7. Sie hat bei den Reichstagswahlen 1912 ganz überwiegend deutsch gewählt; Reichstagswahlstatistik und Nationalitätenstatistik bestätigen sich.
8. Katholisch und polnisch sind nicht identisch.
9. Der Grundbesitz, auch der Privatbesitz, ist überwiegend deutsch.
10. Das deutsche Bauerntum besitzt in Posen mehr Land als das polnische.
11. Das Deutschtum ist im Grundbesitz in Posen stärker als das Polentum in Ostgalizien.
12. Die Städte sind überwiegend deutsch, auch ohne Militär und Beamtentum.
13. Der Grundbesitz in ihnen ist überwiegend deutsch.
14. Handel und Verkehr ist überwiegend deutsch.
15. Gewerbe und Industrie sind, namentlich in den wirtschaftlich wichtigen Betrieben, überwiegend deutsch.
16. Die Deutschen zahlen unverhältnismäßig mehr Steuern als die Polen.
17. Die Deutschen haben die kulturelle Überlegenheit.
18. Posen als landwirtschaftliches Überschußgebiet findet wirtschafts- und verkehrspolitisch seine natürliche Ergänzung in dem industriellen Mittel- und Westdeutschland.
19. Die Zugehörigkeit Posens zu Preußen hat der Provinz jährlich „Zehnte von Millionen" eingebracht.
20. Die Verbindung mit Polen bedeutet für die Provinz eine wirtschaftliche Katastrophe.[1])

[1]) Diese Tatsachen beweist Dr. Moritz Weiß in seiner ausgezeichneten Schrift „Die Stellung des Deutschtums in Posen und Westpreußen" mit einer Sprachenkarte. Verlag von Wilhelm Greve. Berlin, Januar 1919.

Sache, für die ihre Armee kämpft, heilig und gerecht ist, daß ein Zweifel an ihrem Erfolg gleichbedeutend gewesen wäre mit einem Zweifel an der sittlichen Ordnung der Welt. Wir glaubten an den Sieg derjenigen, die wir für unsere Bundesgenossen ansahen, und glaubten, daß dieser Sieg uns eine Befreiung aus dem Joche des barbarischen Eroberers bringen werde.

Die Tapferkeit des polnischen Soldaten, welcher eilte, die angegriffene nationale Ehre zu verteidigen, brachte es mit sich, daß wir die heute ankommenden Gäste als Wirte und Herrscher dieses Landes begrüßen können. Die Hand des preußischen Söldners wird heute die Banner der Entente nicht mehr herunterreißen, mit welchen wir als Zeichen der Freude unsere Häuser geschmückt haben!"

Über die Empfangsfestlichkeiten geben die „Posener Neuesten Nachrichten" vom 4. März folgenden zusammenfassenden Bericht:

Auf allen öffentlichen Gebäuden war die polnische Fahne gehißt, auch auf dem Flaggenmast des Schlosses, auf dem bisher die Rote-Kreuzfahne wehte, wurde gestern mittag das polnische Adler-Banner aufgezogen. Zahlreiche Häuser tragen Fahnenschmuck in den polnischen und Entente-Farben. Vormittags $11^1/_2$ Uhr fand auf dem Wilhelmsplatz (jetzt Freiheitsplatz) eine militärische Feier statt; rings um den Platz hatten etwa zweitausend Mann Aufstellung genommen, darunter ein Ulanenregiment. In der Mitte des Platzes fuhren die vier einzuweihenden Batterien mit zusammen vierzehn Geschützen (darunter eine schwere Mörserbatterie zu zwei Geschützen) auf. Auch die Vertreter des Obersten Polnischen Volksrates waren zu der Feier erschienen. Kurz nach $11^1/_2$ Uhr begann, von der polnischen Bevölkerung wiederum lebhaft begrüßt, die Auffahrt der Ententevertreter, zusammen 28 Herren. Der Wilhelmsplatz selbst war für das Publikum abgesperrt, Mannschaften der Bürgerwehr hielten die Ordnung aufrecht. Unter Führung des Generalleutnants Dowbór Musnicki schritten die Delegierten, mit dem französischen General Nieffel an der Spitze, die Front der aufgestellten Truppen ab, worauf die Weihe der vier Batterien durch den Feldgeistlichen Dykiert stattfand. Hieran schloß sich ein Vorbeimarsch der Soldaten an der Südseite des Wilhelmplatzes. Mehrere Flieger kreisten gleichzeitig während der Feier über der inneren Stadt und über dem Platz, wobei einer derselben einen Sturzflug ausführte. Während nunmehr die Vertreter der polnischen Behörden mit dem Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrats sich nach dem Alten Rathaus begaben — polnische Vereine, Innungen und Skouts bildeten Spalier — unternahmen die Mitglieder der Delegation eine Rundfahrt durch die Stadt und trafen kurz vor 1 Uhr ebenfalls im Alten Rathaus ein. In dessen „Goldenen Saal" wurden sie von dem Stadtpräsidenten v. Drewski namens der Stadt begrüßt. Kommissar Posgwinski hielt sodann von dem Balkon des ersten Stockwerks eine Ansprache, auf die Botschafter Noulens antwortete. Gegen 2 Uhr traten die Ententevertreter die Rückfahrt nach dem Schloß an. Abends 7 Uhr fand hier im großen Saal ein offizielles Bankett statt. Bei dieser Gelegenheit hielt Kommissar Korfanty an die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten eine längere Ansprache.

Die Balkonrede Posgwinskis hatte nach einem Bericht des „Dzienn. Pozn." vom 4. März folgenden Wortlaut:

Meine Herren aus der Ententemission!
Bürger!

Als im Juli 1914 sich die ersten Signale des Weltkrieges bemerkbar machten, als im August die ersten Schüsse fielen, fühlte unser Volk, daß sich ihm der entscheidende Augenblick naht. Die Bitten unserer Dichter, welche um einen großen Krieg der Völker gebetet haben, um einen Krieg, welcher die Ungerechtigkeit der Welt brechen, dagegen neue Zeiten küren sollte, sowie neue Leute, die Herrschaft des Rechts, der Gerechtigkeit, Freiheit und Verbrüderung der Nationen, verwirklicht sich jetzt.

Vom ersten Augenblicke an wußte unser Volk, auf welche Seite es sich stellen solle. Und um so bemerkenswerter ist jene Überzeugung und jener Glaube, daß wenn in gewissen Schichten der polnische Gedanke herumirrte, der einzig und unveränderlich war, so war derselbe treu und ständig beim Volke, also beim Stamme einer jeden Nation.

Es kamen Nachrichten über die Siege der Deutschen, schon schien es, daß unter der Wucht der deutschen Faust die Völker des Westens fallen werden. Unser Volk blieb sich treu, es ließ sich vom Schein nicht hinreißen, denn es glaubte daran, daß die Gerechtigkeit und Freiheit siegen muß, daß sie siegen muß nach Hekatomben von Opfern, nach einem Meer von Blut und Tränen. Und mit diesem unverbrüchlichen Glauben hielt auch sein sicheres Bewußtsein stand, daß die Idee der Freiheit und des Rechts, deren tapfere Vorkämpfer die Entente, also Frankreich, England, Italien und die Vereinigten Staaten waren, über die brutale deutsche Idee der Macht über das Recht siegen muß.

Die tapferen, siegreichen Kämpfer an der Marne, auf den Feldern Flanderns, an der Mosel, in der Champagne, bei Verdun und an der Piave haben trotz dem veränderlichen Kriegsglück Wunder von Tapferkeit, Wunder von Heldentum und Aufopferung, sowie Eifer und Glauben von seiten der Entente hervorgerufen, daß von ihnen eine übermächtige Kraft ausging, welche schwache und bedrückte Völker zur Ausdauer anregte. Es war das die Kraft, welche unseren Glauben stärkte. Wir wußten nämlich, daß hohe Ideale dort Taten waren, für die man sein Blut und sein Leben gibt. Und als der greise aber zu gleicher Zeit jugendliche Ministerpräsident Clemenceau und Pichon, als Lloyd George, Orlando und zuletzt der edle Präsident Wilson das Wort „Polen" aussprachen, fühlten wir, daß in denselben Tat und Willen enthalten ist, daß Polen auferstehe.

Dr. Kryfiewicz hielt eine französische Begrüßungsrede, in der er u. a. sagte:

„Meine Herren! Ich habe die Ehre, Sie, geehrte Herren, im Namen des Obersten Volksrates zu begrüßen, welcher während der jetzigen Übergangszeit bis zum Beschluß des Friedenskongresses die Vertretung aller Polen, des bisherigen preußischen Teilgebietes darstellt.

Sie befinden sich hier auf dem Grund und Boden desjenigen Teiles Polens, auf welchem vor tausend Jahren die Wiege des polnischen Reiches stand. Von dem Zerfall des polnischen Reiches beginnend, mußte dieser Teil Polens den ganzen furchtbaren Kampf mit der germanischen Übermacht tragen.

Sie haben in diesem Weltkriege, welcher, wie Sie sich überzeugt haben, noch nicht zu Ende ist, erkannt, welchen Zwecken die Macht und die Kraft des Deutschen Reiches diente und welche Methoden sie angewendet hat. Deshalb können Sie auf Grund dieser eigenen Erfahrungen sich unsere Leiden während dieser Sklavenzeit vorstellen.

Wenn wir trotzdem widerstanden haben und heute als Wirte dieser Ländereien Sie begrüßen können, so wollen Sie darin, bitte, das Maß unserer Widerstandskraft und berechtigten Titels der Angehörigkeit zum freien vereinigten Polen sehen."

Weiter erwähnte Dr. Kryfiewicz, daß die Gäste begrüßt werden als Vertreter der Entente, die Recht und Gerechtigkeit für alle bedrängten Völker bringt und jetzt als Siegerin die Möglichkeit habe, ihr politisches Programm zu erfüllen, was den Polen die Überzeugung gebe, daß ihre Sache eine richtige Beurteilung und eine gute Lösung für ihr Vaterland seitens der Alliierten bekommen werde. Die Rede schloß mit einem Hochruf auf die Mächte der Entente.

In Beantwortung dieser Ansprache hielt Botschafter Noulens eine Rede, die ungefähr die folgenden Worte enthielt:

„Ich danke Ihnen im Namen meiner Kollegen und in meinem eigenen Namen für die sympathischen Worte der Begrüßung. Sie haben richtig daran erinnert, daß wir hier auf polnischem Boden stehen, von wo die Dynastie der Piasten hervorgegangen ist, wo die großartige Entwicklung Polens ihren Anfang genommen hat. Der Freiheit beraubt, haben Sie, meine Herren, Kraft und Ausdauer dem Erbfeinde gegenüber bewiesen. Die Polen sind auf diesem Boden ein Vorposten, an welchem die deutschen Wellen zerbersten. Der Feind, welcher es verstanden hat, sich wieder zu organisieren, ist unser Gegner, aber noch in größerem Maße auch der Ihrige. In Ihrem Auftreten haben Sie außer großer Seelenstärke auch die Weisheit der Beherrschung gezeigt, welche sogar den Feinden imponierte. Dieses Land, welches in der Vergangenheit solche große Bedeutung

für Polen hatte, ist auch in Zukunft dem polnischen Volke nötig, zu welchem es zurückkehren muß."

Korfanty führte in seiner Bankettrede aus:

„Das polnische Volk durchlebt jetzt einen der wichtigsten historischen Augenblicke, indem es in seinem Lande die Vertreter der siegreichen Entente begrüßt, welche ihm Freiheit, Unabhängigkeit und Vereinigung bringt, um welche wir gekämpft und seit über 100 Jahren gebetet haben.

Meine Herren Repräsentanten des schönen und heroischen Frankreichs! Im Namen dieses Teils des polnischen Volkes, welches seit über einem Jahrhundert das schwere Joch des größten Freiheitsfeindes ertragen mußte und zum Teil noch erträgt, habe ich die Ehre, Sie auf dem Landesstrich zu begrüßen, welche die Wiege des Volkes und des polnisches Reiches ist. Unsere Herzen haben sich immer zu Euch gewendet, da gemeinsame Ideale und alte Bande der Freundschaft Polen und Frankreich verbinden.

Das edle französische Blut wurde seit Jahrhunderten auf der ganzen Welt für die Freiheit, Gleichheit und Verbrüderung vergossen und die Polen sind stolz, daß sie Schulter an Schulter mit den Franzosen um den Sieg dieser Prinzipien gekämpft haben und noch kämpfen. Als der brutale Preuße in verräterischer Weise das schöne Frankreich und das gemarterte Belgien angriff, als jene Horden die glücklichen Städte und Städtchen unseres Vaterlandes vernichteten, war Euer Schmerz auch unser Schmerz, Eure Tränen auch unsere Tränen aber ebenso wie Ihr stark und stolz waret, und nie die Hoffnung aufgegeben habt, so haben auch wir Polen immer an den Sieg der Gerechtigkeit über die brutale Kraft und Sklaventum geglaubt. Dank den französischen Waffen ist die Welt von der größten Katastrophe befreit worden, welche ihr gedroht hat.

Dank Eurem Siege ist auch ein freies, unabhängiges, vereinigtes Polen entstanden. Wir wünschen, daß ein stetes Bündnis zwischen Frankreich und Polen, gestützt auf das Prinzip unserer siegreichen Ideale, stetig währen möge.

Meine Herren Vertreter aus Italien! Ihr habt den Kampf für Eure Freiheit, Unabhängigkeit und Vereinigung begonnen, die besten Söhne unseres Vaterlandes stellten sich unter Eure Banner, um gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen.

Es existiert eine seltene Analogie zwischen Ihren und unseren Bemühungen zur Wiedererreichung der Freiheit. Wir werden nie vergessen, daß während dieses schrecklichen Krieges, welchen der preußische Militarismus verursacht hat, das italienische Volk das erste war, welches durch sein Parlament ein freies und vereinigtes Polen verlangte.

Das italienische Blut, welches so reichlich vergossen wurde, auch für die Befreiung Polens, wird ein edler Zement sein, welcher die Freundschaft zwischen Italien und Polen für immer kitten wird".

Proteste gegen die Zusammensetzung der deutschen Kommission. Der Ausschuß und die Delegierten-Versammlung des **Bürgerrats von Bromberg** und den Vororten vertreten in der Frage der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen folgenden Standpunkt:

Die deutschen Polen haben, den Augenblick der Revolution benutzend, widerrechtlich im Aufstand Gebiete erobert, die unter dem Einfluß deutscher Kultur zur hohen Blüte gelangt und für die Ernährung des westlichen Teiles des preußischen Staates unbedingt nötig sind. Es wird gefordert, daß seitens der Entente keine Bedingungen aufgestellt werden, die eine Vergewaltigung der historischen, völkerrechtlichen und völkischen Tatsachen bedeuten würden. Die Deutschen haben, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, sich dem Abschluß eines Waffenstillstandes im Osten gebeugt, sind aber nicht gewillt, ihre Rechte kampflos preiszugeben, selbst auf die Gefahr eines Einmarsches der Entente hin. Wenn Frankreich, von unergründlichem Haß und feindseligsten Revanchegedanken gegen das deutsche Volk erfüllt, die Vernichtung desselben will, wird das deutsche Volk von wahnsinniger Verzweiflung, deren Erscheinungen überall zu beobachten sind, und von Hunger getrieben dem Bolschewismus anheimfallen. Die französischen

Heere werden von diesem Geiste angesteckt und ganz Europa der Schauplatz der fürchterlichsten Weltkatastrophe werden, für die die Verantwortung allein die Entente trägt.

Die Deutschen der Ostmark erkennen klar, daß die seitens unserer Gegner jetzt vertretene Anschauung, daß alles, was im Jahre 1772 in polnischer Hand gewesen ist, wieder polnisch werden müsse, nichts anderes bedeutet, als die Absicht, Preußen wirtschaftlich zu ruinieren und das deutsche Volk unter den Einfluß einer Suggestion zu bringen, unter der es sich mit dem Gedanken der Polonisierung größerer Teile Preußens allmählich abfinden soll. Die Deutschen werden, durch die Erfahrungen seit dem Oktober-Waffenstillstand mit der Entente gewitzt, dieser Suggestion nicht erliegen, sondern weisen jede dahin zielende Absicht einmütig zurück. Die Möglichkeit wirtschaftlicher und sonstiger Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen in preußischen Gebietsteilen hat sich als durchführbar erwiesen. Ein großer Teil der preußischen Polen verlangt, in klarer Erkenntnis, daß ein Zusammenschluß mit dem früheren russischen Polen Zustände für die jetzt deutschen Polen schaffen wird, die sie in jeder Beziehung wirtschaftlich um Jahrzehnte zurückwerfen werden, daß die weitere Zugehörigkeit Posens zum Deutschen Reiche gewährleistet wird.

Das deutsche Volk, das nicht besiegt ist, sondern den Kampf aus Mangel an Rohstoffen und Hunger hat einstellen müssen, verlangt seinerseits, daß die deutschen Polen, die nach Schluß des Weltkrieges und Abschluß des Waffenstillstandes mit der Entente den Aufstand erregt haben, mit ihrer Forderung nach deutschem Besitz zurückgewiesen werden. Wird die Entente widerrechtlich die Annexion Posens oder eines Teiles desselben oder anderer Gebietsteile Preußens dekretieren, so wird damit ein offenkundiger Rechtsbruch geschaffen, der in der Geschichte ewig gebrandmarkt erscheinen wird; denn die russischen Polen haben im November 1916 gelobt, zu Deutschland im Kampf gegen die Entente zu stehen. Nur so ist die Schaffung des selbständigen Staatengebildes Polen möglich gewesen.

Die Grenze muß von Männern festgelegt werden, die die gründlichste Kenntnis der lokalen Verhältnisse besitzen. Dazu erscheinen nicht genügend unterrichtete Regierungsvertreter nicht geeignet. Insbesondere wird zur Vertretung der deutschen Interessen verlangt, daß aufrechte, feste und nicht von vornherein durch polnische Familienbeziehungen beeinflußte deutsche Männer die Unterhandlungen führen bezw. an ihnen teilnehmen. Unsere Unterhändler müssen die Machtmittel, die wir noch in den Händen haben, auszuspielen bereit sein. Wer von vornherein auf dem Standpunkt steht, uns seien infolge unserer Beziehungen zur Entente die Hände gebunden, ist kein Unterhändler; er muß von seinem Platze fort!

Eine kraftvolle Entschließung wurde am 11. März in der **Bromberger Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei** angenommen und an die Reichsregierung, die Nationalversammlung und den Minister Erzberger gesandt. Sie lautet:

Die deutsche Ostmark ist nicht der Überzeugung, daß die Waffenstillstandskommission die deutschen Interessen gegenüber den zielbewußten Machenschaften unserer Feinde gebührend wahrnimmt. Eine tausendköpfige Versammlung der Deutschen Volkspartei fordert insbesondere nach Bekanntwerden der Auffassungen Rechenbergs über politische Notwendigkeiten im Osten seine sofortige Abberufung. Sie fordert deshalb weiterhin seine Ersetzung durch einen Mann, dessen deutsche Gesinnung unzweifelhaft feststeht und von dem man nach seiner ganzen Vergangenheit ein völliges Vertrautsein mit den Verhältnissen und Bedürfnissen der deutschen Ostmark erwarten kann. Denn es handelt sich für uns nicht allein um Befreiung von einer gegenwärtigen Sorge, sondern auch um Wahrung unverbrüchlicher deutscher Rechte für die Zukunft.

In der Sitzung des **Bromberger Arbeiter- und Soldatenrats** vom 11. März machte der Vorsitzende Langrock einige Mitteilungen. Danach habe der Vollzugsausschuß bei der am vorigen Donnerstag auf der hiesigen Regierung stattgefundenen Konferenz mit der jetzt in Posen befindlichen deutschen Kommission den Eindruck gewonnen, daß die hierfür bestimmten Männer zum Teil nicht die nötige Sachkenntnis besitzen, um die

deutschen Forderungen den Polen gegenüber zur Geltung zu bringen, es wäre angebrachter gewesen, mehr bodenständige Leute auszuwählen.

Die **Stadtverordnetenversammlung von Bromberg** nahm in ihrer Sitzung vom 13. März einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bromberg ist der Überzeugung, daß die bisherigen Verhandlungen der deutschen und preußischen Regierung mit den Polen, vor allem die neuesten Verhandlungen über die Durchführung des Waffenstillstandes, den deutschen Interessen nicht recht geworden sind. Die deutsche Bevölkerung hat nicht das Vertrauen, daß die Vertretung der deutschen Interessen in Händen von Persönlichkeiten liegt, die mit den geographischen, geschichtlichen und kulturellen Verhältnissen unserer Provinz, namentlich des Netzedistrikts, genügend vertraut sind, und die gleichzeitig die Gewähr bieten, daß sie die deutschen Interessen mit der gebotenen Energie und Festigkeit durchsetzen. Zudem muß verlangt werden, daß unsere Vertreter ohne jeden Zeitverlust sich durch Fühlungnahme mit den führenden deutschen Persönlichkeiten der Provinz, vor allem der unbesetzten Teile, über die deutschen Interessen und Forderungen auf das eingehendste unterrichten."

Die **deutschen Volksräte von Fordon und Umgebung** erheben von neuem unter Hinweis auf die Erläuterungen Wilsons zu seinen vierzehn Punkten nachdrücklichst Einspruch dagegen, daß auch nur ein Fuß breit Landes unserer Heimatprovinz Posen abgetreten werde. Wir verlangen, daß unsere deutschen Interessen bei den Verhandlungen in Posen energischer vertreten werden, nötigenfalls unter Preisgabe des für unsere deutsche Sache scheinbar nicht geeigneten Freiherrn von Rechenberg möge uns die Regierung doch endlich einen Mann mit deutschem Herzen und festem Rücken senden.

An das Auswärtige Amt sandte der **deutsche Volksrat Wirsitz** folgendes Telegramm: Herkunft und Persönlichkeit des Freiherrn von Rechenberg sowie seine Stellungnahme zur Polenfrage in der Waffenstillstandskommission beunruhigen uns stark; wir verlangen sofortige Ersetzung durch eine geeignetere Persönlichkeit. Von dieser Forderung erhält die Presse Nachricht.

Pressestimmen

Im Vordergrunde der Interessen stehen allenthalben die Verhandlungen in Posen. Die folgenden Äußerungen ergänzen das dokumentarische Material, das wir im Vorstehenden zusammengestellt haben.

1. Ostdeutsche Presse

Zur Verlegung der Kommissionsberatungen von Bromberg nach Posen schreibt die Bromberger **„Ostdeutsche Presse"** vom 7. März:

Die Bromberger Konferenzen sind gestern nachmittag plötzlich abgesagt worden. Die interalliierte Kommission, die aus Posen kam, und die deutsche Delegation, die auf dem Wege von Berlin nach Bromberg war, haben sich gestern in Kreuz getroffen und hatten dort eine mehrstündige Besprechung, worauf die Vertreter der Alliierten nach Posen zurückkehrten, während die deutschen Delegierten ihre Reise hierher fortsetzten.

Was die Bromberger Verhandlungen vereitelt hat, wissen wir nicht, vermutlich hat die Posener Zeitung mit ihrer Information recht, wenn sie schreibt, die Vertreter der Alliierten wünschten an einem anderen Orte, und zwar an einem solchen in einer neutralen Zone, zu verhandeln, dessen Festsetzung alsbald erfolgen dürfte. Da Bromberg als Verhandlungsort sicherlich nicht ohne Einverständnis der interalliierten Kommission bestimmt worden war, so ist nur anzunehmen, daß die neue Entschließung der Alliierten auf Posener polnische Einflüsse zurückzuführen ist. Man fürchtete vielleicht in Posen, daß die Vertreter der Alliierten hier in deutschfreundlichem Sinne infiziert werden könnten.

Übrigens: wo ist hier eine neutrale Zone, an der die Besprechungen stattfinden könnten? Wir kennen keine, und können auch nicht annehmen, daß man, um den Posener Waffenstillstand herzustellen — um diesen handelt es sich doch in erster Linie — deshalb etwa nach Dänemark oder Schweden reisen wird. Das könnte nur in der Absicht geschehen, die Sache hinzuhalten, was wir vorläufig noch nicht annehmen wollen.

Die deutſchen Delegierten ſind geſtern abend hier eingetroffen. Heute vormittag fand im Regierungsgebäude eine längere Beſprechung ſtatt, an der auch Vertreter anderer Behörden teilnehmen und die bei Schluß der Redaktion noch fortdauerte. Über den Gegenſtand der Beſprechung und ihr Ergebnis ſind wir heute nicht in der Lage, etwas mitzuteilen.

Die **Poſener Rede von Noulens** kritiſiert die **Oſtd. Rundſchau** vom 5. März in folgenden Ausführungen:

Bei der Würdigung dieſer Worte, die ſich im Munde des Führers einer Friedensmiſſion recht ſonderbar ausnehmen, wird man zunächſt gut tun, die franzöſiſchen Sympathien für die Polen in Betracht zu ziehen, immerhin ſind ſie für uns Deutſche — geſprochen auf deutſchem Boden — von einer Unfreundlichkeit, die jede Hoffnung auf eine gerechte Behandlung durch unſere Feinde ausſchließt. Als erſchwerend fällt dabei ins Gewicht, das der Botſchafter bei dieſem offiziellen Anlaſſe nicht nur ſeine eigene Anſicht, ſondern auch die der franzöſiſchen Regierung zum Ausdruck gebracht hat. Bei einer ſolchen Denkungsart müßte man alle weiteren Verhandlungen von vornherein für völlig nutzlos halten, wenn es nicht den deutſchen Behörden in Bromberg gelingen wird, durch mannhaftes Auftreten unſere Gegner eines Beſſeren zu belehren.

Daß die Entente über Polen in vielen Dingen vollkommen falſch und einſeitig unterrichtet iſt, iſt längſt bekannt, und die Poſener Rede des Botſchafters Noulens beſtätigt dies nur. Schon die geſchichtliche Erinnerung an die „große Familie der Piaſten", vermag, ſo ſchmeichelhaft ſie auch den polniſchen Zuhörern ins Ohr geklungen haben mag, der neueren Forſchung nicht ſtandzuhalten, denn Piaſt, der „Hirte" und Landmann, iſt nichts weiter als eine Sagengeſtalt und eine Erfindung der höfiſchen Volksphantaſie. Das Herrſchergeſchlecht der Piaſten iſt erſt mit Miesko I. in das Licht der polniſchen Geſchichte getreten, der es nicht gelungen iſt, die polniſche Herkunft der Piaſten nachzuweiſen, denn wir wiſſen längſt einwandfrei, das Miesko einen zweiten, geſchichtlich beglaubigten deutſchen Namen hatte: Dago, der „Taghelle". Miesko war landfremden Urſprungs, Germane, wahrſcheinlich Däne oder Normanne. Noch bis in das 12. Jahrhundert iſt die Kunde von dem Doppelnamen des Begründers des Polenreiches erhalten geblieben. Mit fremden Kriegern hat alſo der germaniſche Miesko, der erſte Polenkönig und Stammvater der Piaſten, das Land an der Oder und Weichſel ſich unterworfen. Mit dem polniſchen Urſprung der Piaſten iſt es ſomit nichts, und es könnte daher angeſichts der obigen Worte des franzöſiſchen Botſchafters nichts ſchaden, wenn die Entente von deutſcher Seite etwas mehr über die geſchichtliche und kulturelle Entwickelung Polens aufgeklärt würde, um zu erkennen, daß der deutſche Einfluß, der ſchon machtvoll an die Eingangspforte der Geſchichte Polens gepocht hat, ſich durch alle Jahrhunderte bis zur Gegenwart lebenskräftig erhalten hat. Ihm verdankten die Polen ihre geſchichtliche Blütezeit in den vergangenen Jahrhunderten, ihm verdanken ſie auch ihre heutige kulturelle und wirtſchaftliche Erſtarkung. Darüber ſollten ſich vor allen Dingen diejenigen klar ſein, die jetzt berufen ſind, über die politiſchen und wirtſchaftlichen Verhältniſſe dieſes heiß umſtrittenen Landesteiles zu entſcheiden und ihm Ruhe und Frieden wiederzugeben.

2. Preſſe im Reich

An der Führung der **Verhandlungen in Poſen** übt die **„Deutſche Tageszeitung"** vom 15. März folgende ſcharfe Kritik. Die amtliche Darſtellung über die Behandlung unſerer deutſchen Unterhändler ergeht ſich in beweglichen Klagen und bekundet ungemiſchte Entrüſtung. So wenig wir auch nur im entfernteſten das Verhalten der alliierten Vertreter im Bunde mit den polniſchen Landfriedensbrechern rechtfertigen wollen, ſo unumgänglich ſcheint es uns doch, ſchon jetzt die Frage aufzuwerfen, ob auch von ſeiten unſerer Unterhändler tatſächlich alles geſchehen iſt, was in ihren Kräften ſteht, um ein derart ſchamloſes Umſpringen mit der deutſchen Würde und den deutſchen Lebensnotwendigkeiten von ſeiten unſerer Feinde zu verhindern. Recht bemerkenswert iſt in dieſem Zuſammenhang eine Meldung der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung" aus Bromberg, wonach der Vorſitzende des Bromberger Soldatenrates im Namen des Vollzugsausſchuſſes erklärte, daß dieſer bei einer neulichen Konferenz mit der jetzt in Poſen befindlichen Kommiſſion den Eindruck gewonnen habe, daß die für die Kommiſſion beſtimmten Männer nicht genügend Sachkenntnis beſitzen, um die deutſchen Forderungen den Polen gegenüber zur Geltung zu bringen. Dieſes Urteil kann nicht weiter verwundern, wenn man bedenkt, daß der Vorſitzende der Kommiſſion, Freiherr von Rechenberg, bekanntlich ein Günſtling des vielgewandten Herrn Erzberger, ſüddeutſcher Katholik, und dem Vernehmen nach ſogar Sohn einer polniſchen Mutter iſt. Die Schwächlichkeit der deutſchen Abordnung wurde bereits offenbar, als ſie ſich entgegen den urſprünglichen Vereinbarungen dem Wunſche der Gegenſeite fügte, die Verhandlungen nach Poſen zu verlegen. Dem Befremden darüber gibt auch ein Proteſttelegramm Ausdruck, das die Berliner Ver-

tretung von 500 deutschen Volksräten Posens in deren Auftrag an die maßgebenden Stellen versendet. Daß die Verhandlungen, wie wir aus dem Osten hören, dabei auch von seiten der deutschen Abordnung in französischer Sprache geführt worden sind, paßt in das gesamte Bild. Zur schärfsten Kritik aber fordert die Tatsache heraus, daß unsere deutschen Unterhändler die Verhandlungen in Posen weiter geführt haben, obgleich die nach authentischen Äußerungen auch der Alliierten fortbestehende Staatsoberhoheit des des Deutschen Reiches in den gegenwärtig von Aufrührern besetzten Teilen Posens von der feindlichen Abordnung mißachtet wurde. Diese Tatsache bietet allen Anlaß, nach den Unterlagen zu fragen, auf Grund deren Reichsminister Erzberger in der Nationalversammlung jene beschwichtigende Aeußerung getan hat, wonach auch die Alliierten der Demarkationslinie eine rein militärische Bedeutung beimessen, die keinerlei politische Folgewirkung nach sich zöge und den Friedensverhandlungen nicht vorgriffe. Zu dieser von Erzberger angeführten Äußerung des Marschalls Foch steht das Verhalten der alliierten Unterhändler in Posen in schreiendem Widerspruch. Es ist sehr zu fragen, ob der lediglich formelle Protest der deutschen Kommissionen, gegen alle der fortbestehenden deutschen Souveränität auch im besetzten Teile Posens hohnsprechenden Maßnahmen unserer Gegner auch nur dem Mindestmaß an Würde und Kraft entspricht, das wir aus dem großen Schiffbruche gerettet haben sollten.

Auch die „Voss. Ztg." lehnt das Verhalten der deutschen Unterhändler in Nr. 145 vom 20. März wie folgt ab:

Das vorliegende Material genügt nicht für eine abschließende Beurteilung der Posener Verhandlungen. Zweifellos sind von der Gegenseite verschiedene nicht leicht zu erfüllende Bedingungen gestellt worden. In dem amtlichen Bericht wird in diesem Zusammenhang auf die militärischen Bedingungen hingewiesen. Dennoch scheinen diese ein Hindernis für den Abschluß des Abkommens nicht gebildet zu haben, da sie von der deutschen Kommission ja schließlich angenommen worden sind. Das Bedenken der deutschen Unterhändler wegen der nicht gleichmäßig zusammengesetzten Oberkommission war sicher gerechtfertigt. Das deutsche Mitglied dieser Kommission würde vermutlich durch die beiden anderen Mitglieder ständig majorisiert worden sein.

Sehr bedenklich sind aber die Mittel, mit denen die deutschen Unterhändler ihren Standpunkt durchzusetzen versucht haben. Hier muß daran erinnert werden, daß das den Posener Verhandlungen zugrunde liegende Abkommen von Trier über die Demarkationslinie einen rein militärischen Charakter besitzt, und nach dem Zugeständnis der Entente keinerlei politische Präjudiz schaffen soll. Die Entente hat es deshalb durchaus korrekt vermieden, die bisher dem Deutschen Reich zugehörigen und in einer Aufstandsbewegung befindlichen Polen den Vertretern der deutschen Regierung als gleichberechtigte Unterhändler gegenüberzustellen. Die Verhandlungen der Unterkommission wurden vielmehr genau so wie in Trier und Spaa, nur zwischen den vorher kriegführenden Mächten geführt. Die deutschen Unterhändler aber haben den Versuch gemacht, ihrerseits diese polnischen Vertreter in die Verhandlungen hineinzuziehen. Sie haben also, sicher unbewußt, das Risiko auf sich genommen, um eines augenblicklichen Verhandlungsvorteils willen, das von der Gegenseite vermiedene Präjudiz für den staatlichen Charakter der bisher aufständischen Landesteile um Haaresbreite herbeizuführen.

Dieser Versuch, dem französischen Einfluß in der Ententekommission um jeden Preis Verbündete entgegenzusetzen und vor der absolut notwendigen Auseinandersetzung mit dem französischen Vertreter irgendwie auszubiegen, ist ein neues Symptom für einen alten politischen Fehler. Es braucht nicht wiederholt zu werden, daß die Stellung Frankreichs und seiner Vertreter bei allen Verhandlungen von der ganzen Entente gebilligt und gestützt wird. Dennoch ist es ebenso richtig, daß in allen Grenzfragen, mögen sie im Osten oder im Westen liegen, Frankreich seinen führenden Einfluß geltend macht. Es kann nur wiederholt werden, was vor kurzem schon an dieser Stelle betont wurde, daß dieser Einfluß nicht durch fremde Hilfe gebrochen werden kann, sondern daß die Schwierigkeiten, die bei jeder neuen Auseinandersetzung immer wieder auftauchen, nur durch eine offene, von wirklichem Verständigungswillen getragene Politik gegenüber Frankreich selbst in günstigem Sinne gewendet werden kann.

Druck: „Der Reichsbote", Berlin S W 11.

Zusammenbruch und Aufbau

Von Ing. Arthur A. Brandt

Eine spätere Zeit wird den Weltkrieg nicht mehr als Ursache der heutigen Verhältnisse und Wirkungen betrachten, sondern erkennen, daß der Krieg nur eines der Ergebnisse der Zeit war, in welcher wir lebten, und daß diese Zeit mit der falsch und ungesund aufgebauten Wirtschaft unbedingt früher oder später zu einer gewaltsamen Lösung der bestehenden Verhältnisse führen mußte. Die lange Dauer des Krieges hat lediglich bewirkt, daß die Umwälzung mit rasender Geschwindigkeit und damit mit neuen Störungen, Zertrümmerungen und Schmerzen über uns hereingebrochen ist.

Es handelt sich mithin bei den Zeitfragen wie Bolschewismus, Sozialisierung und Machtstreben der Massen nicht um russische oder deutsche Angelegenheiten, sondern um Weltströmungen, welche alle Länder durcheilen werden. Bei den Siegern des Weltkrieges haben die alten Regierungen noch die Macht in Händen. Wir sehen wohl schon das Zucken des Massenwillens, können aber noch nicht überblicken, wann auch dort die Welle der neuen Zeit den Wall der alten Macht durchbrechen wird. Je nach der wirtschaftlichen Lage, je nachdem ein Land mehr oder weniger mechanisiert ist, wird auch die Stärke der Bewegung eine verschiedene sein. Bei einem vorwiegend agrarischen Lande ist es zum Beispiel möglich, daß die Umformung zur neuen Zeit ohne äußere Erschütterungen langsam vor sich gehe.

Die tiefe Erschütterung, das furchtbare Beben, welche die Völker der Erde ergriffen hat, ist also nicht durch den Krieg hervorgerufen und hat mithin kaum politischen Ursachen. Wenn dies der Fall ist, dann ist die Lage aber, in der wir uns befinden, noch schrecklicher und gefährlicher. Kein Völkerbund, kein von der Entente ausgeklügelter Frieden kann hier Ruhe und Ordnung schaffen, wenn nicht die Ursachen unseres Leides erkannt, und die Maßnahmen zur Besserung der Lage und zur Umkehr vom falschen Wege, die Grundlagen zum Völkerbunde bilden. Bis jetzt haben jedoch alle Regierungen — auch die sozialistische deutsche macht davon keine Ausnahme — nur politische Vorschläge für den Völkerbund gemacht, und das Feldgeschrei auf allen Seiten lautet: „Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft“. Nichts ist verderblicher als dieser Ruf. Solange wir nicht erkennen, warum das Unheil über uns hereinbrach, und solange wir, nach der Erkenntnis, uns nicht zu dem schmerzvollen Entschluß durchringen, von der alten Wirtschaft zu weichen, solange werden wir keine Ruhe auf der Erde haben.

Betrachtet man kühl, ohne Leidenschaft, aber auch ohne Mitleid mit sich selbst die Lage, so muß man zu dem Ergebnis kommen: die Menschen seien in den letzten Jahrzehnten mit Blindheit geschlagen gewesen, daß sie nicht sahen, wohin sie trieben. Die Entwicklung erscheint einem dann so klar, so folgerichtig,

daß es nur Wunder nimmt, daß sich nicht vorher genügend gewichtige Stimmen erhoben, um rechtzeitig zur Wandlung zu raten. Es erscheint nach dieser Betrachtung auch nicht mehr als Zufall oder als eine Verhöhnung des Schicksals, daß gerade Deutschland das Unglück treffen mußte, und daß Rußland das Land war, welches den Bolschewismus gebar.

Mit der Erfindung der Kraftmaschine wuchs die Industrie über unsere Macht hinaus. Die Zusammenballung der Menschen in das Abhängigkeits- und Hörigkeitsverhältnis nahm immer schneller zu. Sie griff über auf Gebiete, auf welchen dies nicht notwendig war. Bankgewerbe, Kaufhäuser, Brauereien wurden Großbetriebe, welche immer mehr selbständige Existenzen vernichteten und zu Angestellten stempelten. Im Verwaltungsdienst das gleiche, zwei kleine Schulen wurden zu einer großen vereinigt, Verwaltungen zusammengelegt und immer mehr wurden die Bureauleiter nur noch Vorarbeiter unter dem Druck einer riesigen Organisation.

Die Marxisten jubelten! Die Welt wird reif für den Zukunftsstaat, bald wird die Frucht der darbenden Menschheit, dem Proletariat zufallen — — — Marx hatte von seinen Verhältnissen aus geurteilt. Die Entwicklung, welche die Industrie und Wirtschaft fünfzig Jahre später nehmen würde, konnte er nicht ahnen. Seine Nachfolger haben den Fehler begangen, daß sie seine Lehre als Evangelium aufnahmen, aber nicht mit der veränderten Zeit den neuen Verhältnissen anpaßten.

Marx war der Ansicht, daß, wenn der Unternehmergewinn dem Arbeiter zufalle, statt dem Kapital, und wenn der Arbeiter die Arbeit leiste im Gefühl, daß es für ihn selbst sei, daß dann die Zeit der Gerechtigkeit, des menschenwürdigen Daseins, sowie der Glückseligkeit des Volkes gekommen sei. Marx war gegen jeden gewaltsamen Umsturz. Der Augenblick der Reife mußte nach ihm kommen, wenn alle Wirtschaft so vergesellschaftet sei, daß es nur noch der Entfernung der kapitalistischen Führer bedürfe, um das Proletariat in seine Rechte einzusetzen. Je schneller also die Vertrustung und Vergemeinschaftung der Wirtschaft kam, desto schneller kam die Reife. Schon vor dem Kriege ballten sich die Machtmittel der Arbeiter zusammen, offen trat man der alten Gesellschaft gegenüber und der Krieg war vielleicht nur ein — mehr unbewußtes — Hilfsmittel der alten Macht, um den Umsturz zu verhindern. Es kam anders, der Weltkrieg hat den Damm gebrochen. Die Massensehnsucht überflutet die Wirtschaft, und vergeblich schauen wir nach Rettung aus. — — —

Der große Führer der Massen hat in seinen Thesen zwei große und grundlegende Fehler begangen. Auf den einen, der hier nicht weiter verfolgt werden soll, hat Professor Franz Oppenheimer in seinen Schriften hingewiesen. Marx hat die Verhältnisse der Landwirtschaft vollkommen falsch beurteilt. Den anderen Fehler konnte er nicht sehen, denn keinem Menschen ist es gegeben, die Entwicklung auf ein halbes oder ganzes Jahrhundert im Voraus zu schauen. Seine Nachfolger haben den weit schlimmeren Fehler begangen, seine Lehre als etwas unumstößlich Gegebenes aufzufassen und nicht der Zeitenfolge gemäß auszubauen, zu erweitern und anzupassen.

Es ist vollkommen verkehrt, daß es nur der Abführung des Unternehmergewinnes an die Arbeiter bedarf, und der Kontrolle der Werkstätten durch den Staat, um die soziale Frage zu lösen, den Proletarierstaat aufzurichten und der Erde den Frieden wieder zu schenken. Der Unternehmergewinn auf die Masse oder den Staat verteilt ist ein nichts. Selbst die Arbeiterführer sind hierüber in ganz falschen Illusionen verfangen. Auch das Schlagwort, daß der Ertrag der Arbeit dem Arbeiter gehören müsse, ist nicht viel mehr als ein schönes und wirkungsvolles Schlagwort. Tatsächlich hat der Arbeiter auch jetzt schon 90 bis 95 Prozent des Ertrages erhalten, und nur die Multiplikation mit soviel Tausend Arbeitern ließ für den Unternehmer und das Kapital diese Riesengewinne entstehen. Also die 5—10 Prozent mehr machen den Arbeiter nicht glücklich. Außerdem, der soziale Staat will auch leben, und noch mehr leisten als der alte.

Wenn man nun das Kapital zerstört, welches bisher den größten Teil der Staatskosten zahlte, so werden die Staatseinnahmen künftig aus den sozialisierten Staatsbetrieben und aus den Steuern der Arbeiter genommen werden müssen. Also an Stelle des Arbeitgebers Kapital tritt der neue Herr, der Staat. Vieles wird sich bessern; der Aufstieg wird freier werden, aber das, wonach das Volk sich sehnt, seine Freiheit und sein Glück, werden auf diesem Wege nicht kommen.

Der Gedanke nach dem vollen Arbeitsertrag und dem Proletarierstaat hätte noch nicht den Bolschewismus erzeugen können und müssen, und doch durchdringt der Gedanke die ganze Welt. Wenn auch noch an vielen Stellen kaum merkbar, mehr oder weniger stark, mit dem Ort angepaßten Abänderungen taucht er an allen Ecken auf. Es muß doch mithin in unserer Zeit etwas liegen, was diesen Gedanken an allen Stellen emporschießen läßt, nachdem er in Rußland geboren ist. Man darf sich auch durch die furchtbaren, grausamen und verderblichen Auswirkungen der Bewegung, vor allem in Rußland, nicht davon abhalten lassen, nach dem ideellen Kern zu forschen. Es ist der Wunsch nach Freiheit und nach Selbstbestimmung. Der Mensch will nicht mehr als Werkzeug einer unsichtbaren Macht befohlen werden, nach einer bestimmten Stelle zu gehen, dort acht bis zwölf Stunden lang immer dieselbe vorgeschriebene — vielleicht verhaßte — Arbeit zu tun, und keinen Ausweg zu sehen, um wenigstens den Lebensabend nach eigenem Bestimmen zubringen zu können.

Man betrachte die Zeit vor dem Kriege, und sehe selbst von den Arbeitern als solchen ab. Wo man hinkam, sei es zu einer Behörde, zu einer Fabrik, zu einem Kaufhaus, zu sonst einem großen Unternehmen, überall tiefste Unzufriedenheit, Verbitterung und dumpfer Widerwille gegen das Gefühl der Abhängigkeit. Jeder schimpfte auf sein Amt, sein Bureau, seinen Dienst, seine Arbeit, bekritelte abfällig seine Vorgesetzten, sah die Fehler der Einrichtung und bäumte sich in dumpfer Ohnmacht gegen den Gedanken, daß er den Zustand nicht ändern und bessern könne. Dies war nicht nur in Deutschland so, sondern auch im Auslande. Je höher die Bildung der Menge stieg, desto größer wurde der Druck durch Abhängigkeit und die Unzufriedenheit. Dies alles kann doch also nicht durch Zufall entstanden sein, auch kann nicht alles an den Einrichtungen falsch und verkehrt gewesen sein, denn auch die, welche die Anordnungen trafen waren meist durch die Schule der Massen gewandert.

Hier war ein neues Gesetz der Wirtschaft entstanden! Hier liegt die Erklärung, weshalb gerade ein großer Teil gebildeter und geistig hochstehender auf dem linkesten Flügel steht. Statt einzudämmen und einzulenken haben wir den Geschwindschritt der Massenversklavung der Welt erhöht. Staat und Wirtschaft, Kapital und Industrie arbeiteten auf immer größere Zusammenballung der Menge, auf Unterdrückung des freien Mannes, da angeblich hierdurch die menschliche Entwicklung gefördert werde. Es ist der Drang nach freier Bestimmung, nach selbstgewählten und von äußerem Zwange freien Lebens, der die Welt durchbraust. Die Lohnforderungen des Augenblicks sind Nebenerscheinungen. Der freie Mann kehrt sich nicht so sehr an den Acht-Stundentag, und ist mit geringerem Einkommen zufrieden. Man biete einer Menge von Arbeitern und Angestellten ein freies, selbständiges, aber mühevolleres und weniger ertragreiches Dasein, und von 100 werden mindestens 80 zugreifen.

Auch der neue soziale Staat hat noch nicht erkannt, daß dies die wahre Triebfeder ist, und daß die Marxsche Lehre nach dieser Richtung ausgebaut werden muß Alle die Versuche nach Verstaatlichung und Sozialisierung, welche jetzt gemacht werden, — und mit denen man sich aufhält, statt am Aufbau zu arbeiten — müssen nur zu neuen Scherben führen. Wenn nicht die zwingende Notwendigkeit bestände höhere Staatseinnahmen zu schaffen, sollte man mit der Zusammenfassung der Betriebe auch im Staate besser abbauen, als noch mehr Herdenmenschen schaffen. Auch die Verhältnisse in den Beamtenräten lassen erkennen, daß hier eine tiefere seelische Triebfeder vorhanden ist. Firmen und Anstalten, bei denen das Verhältnis zwischen Leitung und Angestellten immer vorbildlich war, haben

in den letzten Wochen erfahren müssen, wie plötzlich ein tiefer Riß und eine weite Kluft Direktion und Beamte voneinander trennte. Oft ohne jede Rücksicht auf die Möglichkeit der Ausführung sind nicht nur von den Arbeitern, sondern auch von den Angestellten Forderungen aufgestellt worden, die eine vollkommene Verwirrung der Begriffe und Verkennung der Lage bekunden. Auch die alten Beamten, auf welche die Direktion glaubte sich unbedingt verlassen zu können, haben sich durchweg der Bewegung angeschlossen. Wenn also eine Bewegung so elementare Gewalt und solche Verbreitung annimmt, so muß ihr auch ein tieferer Kern inne wohnen. Der augenblickliche Entschuldigungstaumel allein kann die Triebfeder nicht sein.

Die Ursachen der Katastrophe der Zeit ist der Raub der Freiheit der Menge. Beschleunigt und verschärft wurde der Zustand durch die Sucht des Kapitals nach rascher Vermehrung. Man betrachte einmal, von hoher Warte, die Wirtschaft der Welt vor dem Kriege, und man muß zu dem Ergebnis kommen, daß die Menschen von Wahnsinn besessen waren. Mit fieberhafter Hast wurden immer neue Industrien aus dem Boden gestampft. Schoß eine solche über den Bedarf hinaus, so zerbrach man sich den Kopf, wie der Verbrauch erhöht werden könne, nur damit neue Mengen von Waren erzeugt, und neue Massen in die Fabriken gezwungen werden konnten. Die einzelnen Staaten erkannten als höchste Forderung die Förderung von Industrie und Handel. Zölle und Gesetze wurden nur hierauf zugeschnitten, ein wildes Rennen um Absatzgebiete und Weltmarkt begann. Immer schneller und fieberhafter wurde das Tempo, und wo alles nicht half die Mißgeburt am Leben zu halten, da wurde sie mit Prämien künstlich gestützt. Während uns Boden zur Ernährung unseres Volkes fehlte, mußten wir 20 Mark auf den Zentner Zucker Prämien zahlen, nur damit England für den halben Preis das Nahrungsmittel erhalte.

Amerika wirft seine Industrieprodukte zu Preisen auf den Weltmarkt, die oft ein Bruchteil von dem sind, was das eigene Land dafür bezahlt. Japan führt seine Seide zu verlustbringenden Preisen aus, um den eigenen Bedarf in Baumwolle zu decken, welche es vom Auslande beziehen muß. Durch die Welt tönt der Schrei nach „eigener Industrie", reine Agrarländer wie Ungarn und Rußland vernichten den Frieden des Volkes, indem sie mit Gewalt, durch Zölle, Prämien und Vorrechte die eigene Mechanik ins Land rufen. Alle Länder posaunen ihre Jahresberichte hinaus, und rühmen sich der Fortschritte in Industrie, Handel, Ausfuhr und Umsatz. Schiffahrtslinien werden staatlich gestützt, nur damit der Austausch der Waren immer schneller vor sich geht.

An Japan sieht man deutlich, was das Feldgeschrei nach Industrie, Ausfuhr und aktiver Handelsbilanz in kürzester Zeit auszurichten vermag. Vor 50 Jahren noch von der Außenwelt abgeschlossen, genügte das Land sich selbst. Durch die Beglückung der Amerikaner geöffnet, setzt sofort das Haschen nach westlicher „Kultur" ein. Mit unbezähmbarem Ehrgeiz riß man alle „Errungenschaften" der Neuzeit an sich. Gewiß: man hat heut Armee, Flotte, starken Handel, Kolonien und Macht. Aber, daß die Masse des Volkes dadurch friedlicher und glücklicher geworden wäre, wird niemand behaupten. In kaum einem Lande wird ein solcher Raubbau am Volke getrieben. Sollte die bolschewistische Welle bis zum Lande der aufgehenden Sonne gelangen, die Folgen würden dort besonders verderblich sein.

Aber heißt es, wir brauchten unsere Ausfuhr, um die Einfuhr zu bezahlen. Dies wird bestritten! Die Ausfuhr in Deutschland ist in Wechselwirkung mit der Einfuhr gestiegen und umgekehrt. Wäre es nicht richtiger gewesen, auf Mittel zur Senkung der Einfuhr zu sinnen, als eine ungesunde und verderbliche Ausfuhr hochzupeitschen? Schließlich, was für das eine Land Zwang war, brauchte vom anderen nicht als Sport betrieben zu werden und für die Vereinigten Staaten z. B. ist die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen nur Sport. Das ganze Land kann gut ohne eine solche leben. Allerdings hätten wir in Deutschland dann wahrscheinlich unsere Ausfuhr an Menschen aufrecht erhalten müssen. Wenn die Mög-

lichkeit bestanden hätte, durch rechtzeitige Ausfuhr von Menschen unsere Überanstrengungen nach Weltmarkt zu mindern und damit den Neid der anderen und den Weltkrieg zu vermeiden, wohl jeder würde dann heute die Frage beantworten, daß es besser gewesen wäre, das Ventil nach der Menschenausfuhr hin zu öffnen, und die Auswanderung zu leiten, ohne sie zu fördern. Das Versäumte werden wir nunmehr in erschrecklichem Maße nachholen müssen, nur mit dem Unterschiede, daß man früher den deutschen Auswanderer gern nahm, während es jetzt schwer halten wird, eine geeignete Gegend für ihn zu finden.

Die vorstehenden Betrachtungen geben den Schlüssel, warum sich die Spannung zuerst im Weltkriege löste, warum alles über Deutschland herfiel und warum mit dem Kriege die Bewegung nicht beendet ist, sondern vielleicht erst begonnen haben wird.

Die Siedehitze, bis zu der das Weltwirtschaftstempo getrieben war, das Ringen des gegenseitigen Kapitals und der völkischen Industrien, führten zum Versuch der gewaltsamen Lösung. Natürlich fiel man über den her, der durch Arbeitsamkeit, Fleiß, Intelligenz und Arbeitsnotwendigkeit der Gefährlichste erschien, und das war Deutschland. Darum verband sich auch die ganze Erde gegen uns, da jeder glaubte, nach Niederwerfung Deutschlands den Druck im eigenen Lande nach außen ablassen zu können. Die „Unbeliebtheit der Deutschen", die „Unfähigkeit unserer Diplomatie" und ähnliche Ursachen, nach denen wir grübeln, haben im Grunde genommen wohl nur wenig Einfluß gehabt.

In Rußland war das alte System am schlimmsten, die Macht und Auswüchse des Kapitals am rohesten, und die Knechtung der Massen am stärksten vorhanden. Da nun dort der Zusammenbruch zuerst kam, entstand der Bolschewismus. In einem kultivierterem Lande hätte die Bewegung wohl andere Formen angenommen, aber der Kern ist überall vorhanden, und in der Art und in dem Schritt, wie sich die Spannung des Krieges löst, folgt die Bewegung über die anderen Länder nach. Deutschland kam an zweiter Stelle. Der Schritt der Zeit geht weiter!

Wer hätte noch vor drei Monaten zu sagen gewagt, daß die Bewegung bei unserem gebildeten, ruhigen und überlegenden Volke solche Formen annehmen könne, und daß sich akademisch geschulte Leute an die Spitze stellen würden. Hieraus läßt sich doch nur der eine Schluß ziehen, daß etwas von den Freiheitsgedanken in allen im Beruf bedrückten Menschen ruht, und daß nur das Fehlen des richtigen Weges, und die Angst vor der Wiederaufrichtung der alten Wirtschaft zu den verzweifelten Schritten treibt. Von der Bewegung als solcher muß man natürlich die Nebenerscheinungen scheiden. Natürlich hat sich das Verbrechertum es nicht entgehen lassen, sich sofort anzuschließen, denn nach „persönlicher Freiheit" drängen diese Gestalten alle. Trotzdem nun aber das Überwuchern des Verbrechertumes die anständigen Elemente zurückschrecken sollte, nimmt die Bewegung nicht ab, sondern auch im Auslande sogar noch zu.

Die Erkenntnis ist bitter und hart, aber nur Klarheit kann Linderung der Leiden bringen.

Nicht Politik, nicht Länderhunger, nicht Selbstbestimmung der Völker, nicht Fehler einzelner Personen sind die Ursachen des Zusammenbruches, sondern die Mechanisierung unserer Wirtschaft, und die Aufhebung der freien Berufe und Menschen. Eine Besserung und Umwandlung zum Guten bringt daher nicht der Völkerbund, nicht die Sozialisierung, sondern nur, wenn es gelingt, den Menschen wieder frei zu machen.

Dies aber wäre das Todesurteil unserer Industrie, — der Industrie! — Mit zwingender Notwendigkeit führt vorstehender Gedankengang dahin, daß die unter der Mithilfe des internationalen Kapitals frei schaltende Industrie die Schuld am Zusammenbruch der Wirtschaftsordnung trägt. Sollen wir nun alles zerschlagen, sollen wir die Fabriken abreißen und sollen wir zum Zustand unserer Vorväter zurückkehren? Keineswegs! denn dies wäre unmöglich. Aber es muß erkannt werden, daß Industrie nicht Selbstzweck ist, sondern ein Hilfsmittel, und

zwar ein gefährliches, welches behütet werden muß wie Dynamit. Auf jeden Fall dürfen wir nicht daran gehen zu versuchen, unseren Handel und die Ausfuhr in alter Weise aufzurichten, sondern, nachdem der augenblickliche Überschuß an Arbeit suchenden Menschen in Landwirtschaft und durch Auswanderung untergebracht ist, müssen alle Bestrebungen auf das eine Ziel gerichtet sein, möglichst viel freie Berufe, Handwerker, Leiter, Vorstände, Direktoren zu schaffen. Der nach Maß gemachte Stiefel des früheren Schuhmachermeisters saß meist besser, und kostete kaum mehr als Fabrikarbeit, denn bei dieser wird die billigere Herstellung durch den Konkurrenzkampf in luxuriosen Verkaufsstellen wieder aufgehoben. Also für den Käufer kaum ein Vorteil, vielleicht etwas mehr Bequemlichkeit, aber eine Menge freier Leute wurden zu Arbeitern und Angestellten. Solche Industrien sollte man hindern. Dasselbe gilt vom Kaufhaus, vom Überrestaurant, vom Hotelpalast und ähnlichem. Es ist weiter abwegig, zu glauben, daß immer weitergetriebene Vergrößerung, Verbilligung bedeute. Von einer gewissen Größe an wird für jede Fabrik der Höhepunkt des Wirkungsgrades erreicht. Von da ab sinkt das Ergebnis durch das Überwuchern der allgemeinen Unkosten und Nebenspesen. Die Zusammenballung zu Überbetrieben geschah nur durch den Antrieb des Kapitals, und der Vorteil derselben liegt nur in der Übermacht des Geldes.

Die hohen Preise, welche zum Gutteil bleiben werden, haben zur ruckweisen Entwertung des Kapitals und des Geldes in allen Ländern der Erde geführt. In keinem Lande wird man sich den Forderungen des sozialen Staates, die Macht des Kapitals zu hemmen, entziehen können, also wird es leichter sein, das Bestreben zu stützen, Unternehmungen nicht bis über die Grenze des besten Wirkungsgrades wachsen zu lassen.

Der Versuch muß dahin gehen, Zusammenballungen aller Art in einzelne Bestandteile aufzulösen, soweit dies ökonomisch zulässig ist. Dies gilt ebenso von der Anhäufung der Menschen in den Großstädten, von Verwaltungsbezirken, von Universitäten, Schulen und ähnlichen Einrichtungen. Der Rektor einer Einzelschule mag nicht mehr Gehalt beziehen, wie er als Oberlehrer einer Doppelschule bezogen hat, und doch wird er in seiner neuen Stellung zufriedener sein, außerdem mehr und besser arbeiten als vorher.

Nicht trennen kann man solche Unternehmungen, welche dem öffentlichen Leben und dem Verkehr dienen: Eisenbahn, Post, Telegraph, Straßenbahnen usw. Aber schon die Kanalschiffahrt wird und kann von einzelnen Unternehmern betrieben werden.

In seinen „Richtlinien für ein sozialistisches Aktions-Programm" führt Karl Kautsky aus, daß der Klassenkampf durch Sozialisierung beseitigt werden müsse. Diese Nachbeter Marxscher Gedanken sehen also auch nicht den Kern der Sache. Das „Kapital" und die „Kapitalisten" im sozialistischen Sinne haben vor dem Kriege in Deutschland ein Einkommen von 10—15 Milliarden Mark gehabt. Verteilt man selbst diesen ganzen Betrag auf das „Volk", so kommen auf jeden 140—200 Mark mehr, also ein Nichts. Die Lohnerhöhungen, welche sich die Arbeiter selbst bewilligt haben, betragen zurzeit schon 15—20 Milliarden, also mehr als das ganze Kapital im Jahre verdient hat. Man muß wirklich glauben, daß keiner der sozialistischen Theoretiker jemals die Rechnung auf das Exempel gemacht habe, um festzustellen, was denn das Volk gewinnt, wenn es alle Produktionsmittel in die Hand nimmt.

Selbst wenn alles in Deutschland sozialisiert und vergemeinschaftet ist, wird sich an dem Einkommen und der Lebenshaltung sowie den Arbeitsbedingungen der Massen kaum etwas ändern. Glauben die sozialistischen Idealisten nun wirklich, daß das Volk bei dem gleichen Massenzwang in Fabriken glücklich und zufrieden sein wird, wenn es das Gefühl hat, für den Staat zu arbeiten? Jeder Arbeiter, wenn er die Schlagwörter vom sozialen Staate hört, stellt sich darunter vor, daß er in irgendeiner Weise frei sein wird. Die „Freiheit" spielt in allen Reden und Schriften die größte Rolle. Eine Umwandlung in den sozialistischen Staat ohne die Freiheit wird daher keine Ruhe im Lande bringen. Man wird,

wie dies bereits geschieht, die Führer als Verräter hinstellen, und wird einen neuen linken Flügel bilden. Warum richten die Arbeiter in Rußland den Arbeiterstaat nicht auf, warum haben die Führer die Gewalt über die Massen verloren? und müssen immer den Wünschen der Unvernünftigen nachgeben? Weil dort die Gegenwirkung gegen den Zwang am schärfsten auftritt, und wie ein in Arbeit Übermüdeter erst einmal alles hinwirft und ruhen, nur ruhen will, so wollen die Massen erst einmal das Leben ohne Zwang kosten. Nur wenn die bitterste Not oder äußere Macht sie zwingt, werden die Arbeiter Rußlands zur Vernunft kommen. Dort in der ungebildeten Menge arbeitet lediglich das dumpfe Gefühl. Bei unserem hochgebildeten Volke muß und wird aber die Überlegung mitsprechen, und es muß möglich sein, durch Aufklärung dahin zu wirken, daß eine Wirtschaftsordnung, welche hundert Jahre zu ihrem Aufbau gebraucht hat, nicht in einem Monat umgemodelt werden kann.

Hierzu gehört aber einmal die Erkennung der Ursache des Unglücks — und dies ist die Zusammenballung Tausender in zwangläufiger, vorgeschriebener Arbeit — und außerdem der feierliche und ernste Wille, alle Kräfte einzusetzen, um uns alle aus dem Verderben zu retten. Mit der ruhigen und schrittweisen Durchführung des Programmes der Sozialdemokratischen Partei kann man einverstanden sein, im Laufe der Zeit werden sich die Wege finden, welche uns heute noch dunkel erscheinen. Aber vor einem muß eindringlich gewarnt werden, und das ist der Glaube an das Allheilmittel der Sozialisierung. Der Sklave des Kapitals und der Industrie hat nicht darum Jahrzehnte um Freiheit gekämpft, um nunmehr Sklave des Staates und der eigenen Organisation zu werden. Wenn die Mehrheit des Volkes wieder zu freien Bürgern gewandelt ist und nicht als Angestellte acht Stunden abfröhnen muß, dann erst wird der Zukunftsstaat erreicht sein. Freie Betätigung jedem, der sich frei betätigen will, das muß das Losungswort der Zukunft sein! — —

Im Anfang dieser Betrachtung war davon ausgegangen worden, daß es sich um eine Bewegung aller Völker handelt, und nicht um einen örtlichen deutschen oder europäischen Zustand. Das Heilmittel kann daher nicht von uns allein ausgehen, sondern nur, wenn alle betroffenen Völker gemeinsam Schritte ersinnen, dem Übel zu steuern, ist die Rückkehr zu geordneten Zuständen bald zu erwarten. Leider ist man auf der Gegenseite noch immer in dem Wahn befangen, mit Gewalt den Strom eindämmen zu können. Nichts zeigt die Kurzsichtigkeit der französischen Regierung besser, als der Versuch, den Achtstundentag in den besetzten Gebieten wieder aufzuheben. Es wird Aufgabe des Völkerbundes, der in irgendeiner Form doch kommen wird, sein, auf Mittel zu sinnen, den Ursprung des Übels — den wilden Konkurrenzkampf der Völker zu beseitigen. Theoretisch wäre also jede Ausfuhr, welche Dinge betrifft, die das einführende Land selbst erzeugen kann, zu verwerfen. Brasilien hat ein Monopol für Kaffee, Indien für Reis, die Vereinigten Staaten für Baumwolle, Getreide und Erdöl, Japan und China für Seide usw. Diese Produkte können in den empfangenden Ländern nicht, oder nur ungenügend erzeugt werden. Eine solche Ausfuhr ist also berechtigt und geboten. Wenn wir aber Wollwaren nach England, und dieses Kohlen nach Deutschland ausführen, so heißt dies nur den Konkurrenzkampf erhöhen, den Daseinskampf vieler verschärfen, nur um dem Kapital an einer günstig gelegenen Stelle Vorteil zu verschaffen. Die Nähmaschinen der Singer Cy., die Kassen der Cash Register Cy. und die landwirtschaftlichen Maschinen der Harvester Cy. können ebensogut und vorteilhaft in Deutschland, England oder Frankreich hergestellt werden. Es ist nur die Organisation des amerikanischen Kapitals, welches diesen Firmen fast Weltmonopol verschafft hat. Man denke nur dies eine Beispiel gut durch, um die Unsinnigkeit des Systems zu erkennen. Weil amerikanische Kapitalisten höheren Umsatz erzielen wollen, müssen wir von drüben die Maschinen beziehen; und um diesen Einkauf bezahlen zu können, müssen soundsoviele Deutsche als Arbeiter in die Fabriken wandern und in angestrengtester

Arbeit „konkurrenzfähig" Gegenstände herstellen, mit deren Ausfuhr wir wieder ein anderes Land von seiner ruhigen und zufriedenen Arbeit aufstören.

Um im Völkerbund Richtlinien für die Behandlung solcher Fragen finden zu können, wird es notwendig sein, daß die Staaten Aus- und Einfuhr nicht mehr frei vor sich gehen lassen, sondern Schranken auferlegen. Es müßte ein Gesetz der Verteilung gefunden werden, nach welchem Erzeugnisse nicht über eine bestimmte Entfernung hinaus verkauft werden dürfen, da sonst eine näher liegende Stätte der Herstellung geschädigt wird. Es ist dies nicht so schwierig wie es aussieht. Schon jetzt versorgen die Kohlen- und Stahlwerksverbände von den nächstgelegenen Erzeugungsstellen aus, um Transporte zu vermeiden und die Unkosten zu senken. Dies kann natürlich auch im Weltwirtschaftsgetriebe vor sich gehen. Umsomehr lassen sich solche Bestimmungen durchführen und überwachen, wenn die Weltfrachten nach einem gemeinsamen Schlüssel im Völkerbunde festgelegt werden. Allein durch die Frachtraten kann man eine Ausfuhr von englischen Kohlen nach Deutschland verhindern, und ähnliches.

Brasilien kann z. B. für Millionen Kaffee ausführen. In diese Ausfuhr teilen sich die Länder. Deutschland soll z. B. ein Fünftel für sich benötigen. Wenn dann Deutschland auch ein Fünftel von der Einfuhr Brasiliens zugesprochen wird, oder uns gestattet wird, für ein Fünftel Mark an Fertigwaren auszuführen, so ist der Frieden in der Welt und die Deckung der Einkäufe erreicht, wenn nach diesem Grundsatz allgemein verfahren wird.

Als die Fabriken größer wurden, kamen örtliche Zusammenschlüsse, dann vereinigten sich die Industrien eines Landes, und schon vor dem Krieg haben wir die Vorläufer dafür gehabt, internationale Regelung herbeizuführen, um das Konkurrenzrennen nicht zur verderblichen Preisdrückerei werden zu lassen. Es sei nur an die gemeinsamen Anleihen für China erinnert, und an die Vereinigungen zum Wettbewerb um die Verkehrsanlagen von Wien und Konstantinopel. Also der Gedanke eines weltwirtschaftlichen Zusammenschlusses ist nicht so fernliegend, als es im ersten Augenblick scheinen mag.

Die Lage soll hier nur angedeutet werden, nicht aber Vorschläge gemacht, welche Maßnahmen von den Staaten ergriffen werden müßten, um dem Ziele des Ausgleiches der Kräfte und der Befreiung der Massen näher zu kommen. Es bleibt anderen Überlegungen und den Forschungen der Fachleute vorbehalten, durch das verschlungene Dickicht dieser Fragen, Wirkungen und Verknüpfungen einen Weg zum Lichte zu bahnen.

Gezeigt sollte nur werden, daß im Grunde genommen nur eine Ursache für den Zusammenbruch vorhanden ist, die Bedrückung des Menschen. An diesem wichtigsten Eckstein müssen wir die Hebel ansetzen, um das durch das Erdbeben zerstörte Haus wieder aufzurichten und aufzubauen.

Es ist seltsam, geht man den Zeitfragen bis auf den Grund, so ist letzten Endes die Technik mit der Einführung der Kraftmaschinen und Schnellverkehrsmittel die einzige Ursache des Zusammenbruches, denn auch das Überkapital, welches schließlich herrschend war, ist erst durch den Wertzuwachs, den die Industrie schuf, und die Zusammenfassung, welche diese gestattete, gebildet worden. Mehr oder weniger offen hat die Technik das Wirtschaftsleben beherrscht, geformt und vorgeschrieben, und seltsam genug, trotzdem war der Ingenieur beinahe in allen Staaten von der Leitung des Staates ausgeschlossen, es war ihm meist nicht beschieden, den Betrieben, die er schuf, vorzustehen. Es soll damit nicht behauptet werden, daß der Techniker die Zeit erkannt, die Gefahr gesehen und das Unglück gebannt hätte. Im Gegenteil führen die Wege eines Taylor noch mehr zur Mechanisierung und nicht zur Befreiung des Menschen. Aber in manchem hätte der Techniker besser gewirtschaftet als der reine Beamte oder Jurist der Verwaltungen. Die Beschäftigung mit den Naturwissenschaften, die Berührung mit den Arbeitern und der Einblick in das Getriebe des werktätigen Lebens machen den Ingenieur zum sozial denkenden Menschen, der für die berech-

tigten und vernünftigen Forderungen der Sozialdemokratie volles Verständnis hat. Es gibt keinen Werkleiter, der nicht aus Liebe zum Beruf und aus Erziehung zur Pflicht darauf bedacht gewesen wäre, das Los der Arbeiter zu bessern, soweit es die wirtschaftlichen Verhältnisse und der Widerstand der oft recht unvernünftigen Arbeiter zuließen.

Wenn die Technik der schuldige Teil ist, so hat sie auch die Ehrenpflicht, alles daran zu setzen, um zu bessern und aufzubauen Man gebe den Ingenieuren freie Bahn, um endlich entsprechend dem Einflusse der Technik an den Geschicken des Reiches mitzuarbeiten. Vielleicht wird dann doch eine spätere Zeit als richtig empfinden

und es soll am deutschen Wesen
noch einmal die Welt genesen!

Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung

Von Dr. Hans Preiß

Die folgenden Zeilen enthalten im wesentlichen eine Inhaltswiedergabe einer im März—April 1918 verfaßten Broschüre des Führers der russischen Bolschewisten, Lenin: „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", Verlag der Kommunistischen Bibliothek, Berlin 1919. (55 Seiten und Anhang.)

Es sei ausdrücklich festgestellt — und darin beruht der Wert der Darstellung —, daß alles verwertete Material ausschließlich dieser Schrift Lenins entnommen ist, so daß der Vorwurf einer parteipolitischen Schwarzmalerei von vornherein entfällt. Zur Kontrolle für den Leser sind die Seitenzahlen des Buches stets angeführt. Eigene Zusätze des Verfassers dieser Zeilen finden sich nur in dem Teil der nachfolgenden Besprechung, wo die Reformen Lenins wiedergegeben werden. Sie sind als Zusätze ohne weiteres kenntlich.

Drei Aufgaben waren der Partei der Bolschewiki gestellt:

1. Die Mehrheit des Volkes von der Richtigkeit ihres Programms und ihrer Taktik zu überzeugen,
2. Die politische Macht zu erobern und den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken,
3. Die Verwaltung Rußlands zu organisieren.

Inwieweit die Erfüllung der ersten Aufgabe geglückt ist, soll und kann hier nicht untersucht werden. Die Nachrichten, die aus Rußland zu uns dringen, sind meist im Sinne der einen oder der anderen Partei tendenziös gefärbt; ein klares Bild zu bekommen, ist unmöglich. Hierüber wird uns hoffentlich die internationale sozialistische Studienkommission, ernannt vom Sozialistenkongreß in Bern, in nicht allzulanger Zeit objektiven Aufschluß geben können. Hervorzuheben ist, daß Lenin selbst die Aufgabe als in ihren Hauptzügen gelöst (S. 6), wenn auch bei weitem noch nicht vollendet bezeichnet.

Auch die zweite Aufgabe, nämlich den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken, ist noch „keineswegs bis zu Ende erschöpft". (S. 6/7.)

Es hat sich als undurchführbar herausgestellt, den Ausbeutern mit einem Male ihre Reichtümer, die Vorzüge ihrer Organisiertheit und ihres Wissens zu nehmen. (S. 37.) Wohl ist die Bourgeoisie besiegt, aber sie ist nicht vernichtet, ja nicht einmal bis zu Ende niedergeworfen. (S. 10.)

Trotz alledem steht jetzt im Vordergrunde die Notwendigkeit, an die dritte Aufgabe heranzutreten, die Verwaltung Rußlands zu organisieren. (S. 7.) Diese

Aufgabe ist es, welche die Eigenart des gegenwärtigen Momentes kennzeichnet, und welche die im einzelnen notwendig gewordenen Maßregeln zu rechtfertigen hat.

Worin besteht nun die Organisation der Verwaltung? Welches sind in dieser Beziehung die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, welchen Zielen muß sie zustreben?

Als die erste konkrete Aufgabe erscheint die strengste Rechnungslegung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produkte. (S. 6.) Nur unter der Bedingung, daß diese grundlegende Aufgabe gelöst ist, können die weiteren Probleme erfolgreich in Angriff genommen werden, nämlich „die Nationalisierung der Banken, die Monopolisierung des Außenhandels, die staatliche Kontrolle des Geldverkehrs, die Einführung einer vom proletarischen Standpunkt genügenden Vermögens- und Einkommensteuer, die Einführung der Arbeitspflicht". (S. 20.)

Eine weitere Aufgabe ist die Erhöhung der Produktivität der Arbeit und endlich die tatsächliche Durchführung einer Vergesellschaftung der Produktion. (S. 6.)

Diese Aufgaben, zusammengefaßt unter dem Begriff der Organisierung der Verwaltung Rußlands, stehen nicht in dem Sinne an dritter Stelle hinter den Aufgaben, die Mehrheit zu überzeugen und den Widerstand der Ausbeuter zu brechen, daß man mit der Verwaltung Zeit gehabt hätte bis zur endgültigen Erledigung der beiden ersten Aufgaben. (S. 12.) Vielmehr verschiebt sich jetzt lediglich das Schwergewicht zugunsten der Verwaltung. Der Übergang zum Sozialismus ist bereits längst begonnen worden, aber Entscheidendes ist in dieser Hinsicht noch nicht verwirklicht. (S. 11.)

Zunächst ist eine Rechnungslegung und Kontrolle in den Wirtschaftszweigen, die der Bourgeoisie fortgenommen sind, noch nicht erzielt. Dekrete sind zwar erlassen, aber im Leben nicht durchgeführt. (S. 20.)

Die Staatsmonopole als Vorbereitung der Monopolisierung des Außenhandels sind nicht genügend gefestigt und nicht in Ordnung. (S. 21.) Eine gesetzmäßige Vermögens- und Einkommensteuer, wie überhaupt Steuern sind nicht durchgeführt. Statt dessen erfolgt eine Erhebung von Kontributionen von der Bourgeoisie. (S. 20/21.) Die Arbeitspflicht ist erst verspätet eingeführt, aber nicht durchgeführt. (S. 22.)

Die Aufgabe, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, ist noch nicht gelöst. (S. 27/28.) Endlich ist auch die Vergesellschaftung der Produktion noch nicht durchgeführt. (Vgl. S. 37.)

Alle diese Mängel, welche, ich betone dies ausdrücklich noch einmal, Lenin selbst zugibt und welche nicht von Parteigegnern erfunden sind, diese Mängel haben sich während der praktischen Durchführung der Organisation im bolschewistischen Sinne herausgestellt. Die Gründe hierfür sind nach Lenin folgende:

Der Mangel an einer brauchbaren und den Sozialismus fördernden Rechnungslegung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produkte hat seinen Grund darin, daß es den Eroberern der politischen Macht an Erfahrung fehlte. (S. 14.) Verwaltung ist eine Kunst, die dem Menschen nicht angeboren ist, sondern die er mittels der Erfahrung erlernen muß. (S. 14.) Hinzu kommt, daß es bislang den neuen Machthabern nicht gelungen war, die Fachleute der in Frage kommenden Wirtschafts- und Betriebszweige in den Dienst der Sache zu stellen. Diese Fachleute, infolge der bisherigen Form des öffentlichen Lebens dem bürgerlichen Lager entstammend, haben Sabotage getrieben und Widerstand geleistet. (S. 14/15.)

Daß die Arbeitsproduktivität noch nicht erhöht worden ist, hat mehrere Gründe. Einmal ist die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes noch nicht mit den neuesten Hilfsmitteln der Technik in Angriff genommen worden. (S. 28.) Ein weiterer Umstand, der die Produktivität niederhält, ist der

Mangel an Kultur und Bildung der großen Bevölkerungsmasse. (S. 28.) Endlich kommt hinzu ein Mangel an Disziplin der Werktätigen, der Mangel an Verständnis für die Arbeit und dadurch hervorgerufen ein Mangel an Intensität derselben. (S. 28.)

Daß die Vergesellschaftung der Produktion noch nicht durchgeführt ist, liegt daran, daß das Bollwerk, gegen das die Bolschewisten mit erbarmungsloser Wut und radikalstem Ungestüm mit Hilfe der roten Garden (S. 13) angelaufen sind, wohl hier und da mehr oder weniger stark beschädigt, aber doch noch nicht bezwungen ist: Der Kapitalismus. (S. 10, S. 37.) Diese Wirtschaftsform im ersten Anlauf zu besiegen, hat sich ganz einfach als unmöglich erwiesen. Den tieferen Gründen dafür hier nachzuspüren, liegt um so weniger Anlaß vor, als Lenin selbst sich mit der Feststellung der Tatsache begnügt.

Alle diese Mängel haben, soweit ihnen Seelisches zugrunde liegt, eine gemeinsame Basis: Die Psychologie des Entfesselten. Ein nie gesehener wilder Druck ist plötzlich von den Massen gewichen. (S. 29.) Jeder atmet auf, richtet sich empor und reißt die nächsten Güter des Lebens, die die Ausbeuter und Unterdrücker ihm versagt hatten, an sich. (S. 45.) Das Chaos des so entfesselten Bürgerkrieges wird vermehrt dadurch, daß sich alle Elemente der Auflösung der alten Gesellschaft: Verbrechertum, Bestechungsunwesen, Spekulationen, ja jede Art von Scheußlichkeit zeigen. (S. 37/38.)

Alle diese Mängel, deren Vorhandensein und deren Grundlagen damit aufgedeckt sind, müssen behoben werden, und im Heilen dieser Mängel bestehen die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Mit welchen Mitteln dies geschieht, sei nunmehr eingehend und in kritischer Stellungnahme beleuchtet.

Die erste Maßnahme, die vor allem anderen steht und deren Bedeutung und Zweckmäßigkeit Lenin mit besonderer Schärfe hervorhebt, ist die sofortige Einstellung der Offensive gegen das Kapital. Lenin sagt, man dürfe die Aufgabe des gegebenen Momentes nicht durch die einfache Formel definieren: Die Offensive gegen das Kapital ist fortzusetzen. „Abgesehen davon, daß das Kapital zweifellos von uns nicht niedergerungen ist, und daß es unbedingt notwendig ist, die Offensive gegen diesen Feind der Arbeitenden fortzusetzen, wäre diese Definition ungenau, nicht konkret und sie würde die Berücksichtigung der Eigenart des gegebenen Momentes nicht enthalten, indem im Interesse des Erfolges der weiteren Offensive die sofortige „Einstellung" der Offensive geboten ist." (S. 11.)

Offenbar soll also die Einstellung der gewaltsamen Expropriation der Expropriateure eine vorläufige Maßnahme sein, diktiert von der Notwendigkeit des Augenblicks. Bezeichnend ist, daß Lenin die Rechtfertigung dieser besonderen Maßregel den Gesetzen der Kriegskunst entlehnt. Wie ein siegreiches Heer gezwungen ist, seinen Vormarsch nach einer bestimmten Zeit einzustellen, um Kräfte zu sammeln, seine Vorräte an Kriegsmitteln zu erhöhen, neue Reserven heranzubringen, so müsse auch zum Zwecke des endgültigen Sieges die Offensive gegen das Kapital in einem gegebenen Moment eingestellt werden. (S. 12.)

Dieser Vergleich ist nun aber vor allem schon deshalb falsch und irreführend — ganz abgesehen von seiner Anfechtbarkeit in strategischer Hinsicht — weil im Krieg Gewalt gegen Gewalt steht, im Kampf der roten Garden gegen das Kapital aber Gewalt gegen Geist. Das Kapital als solches ist ein totes Ding, dem erst menschlicher Geist, menschliche Unternehmungslust, menschliche Organisation Leben einhaucht. Richtet sich also der Kampf gegen das Kapital, so richtet er sich gleichzeitig gegen den menschlichen Geist. Diesen Fundamentalsatz haben die Unentwegten unter den Sozialisten kaum gesehen, ein Kommunist ahnt ihn erst, wenn er sich den von ihm geschaffenen Tatsachen gegenübersieht. Man kann in dem einmal aufgenommenen Kampf gegen das Kapital nicht einfach eine Feuerpause eintreten lassen, um dann mit verdoppelter Wucht darüber herzufallen, wenn man gleichzeitig eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität erzielen will, wie dies der ausgesprochene Zweck der Einstellung der Offensive

nach Lenin sein soll. (S. 11.) Droht dem Unternehmer in absehbarer Zeit die gewaltsame Expropriation, dann sabotiert er sein Unternehmen. Man mag das beklagen, die Tatsachen aber sind da und mit ihnen muß man als praktischer Politiker rechnen. Falls ich nun Lenin recht verstehe, so hat er dies auch sehr wohl erkannt. Wenn er die Einstellung der Offensive gegen das Kapital trotzdem als vorübergehende Maßnahme darstellt, so scheint mir dies nur eine taktische Maßregel, mit Hilfe deren er seinen Rückzug von dem eigentlichen Angriffsziele verschleiern will. Ich leite diese meine Ansicht daraus her, daß Lenin diesen Punkt seiner Reformmaßnahmen so überaus umständlich und vorsichtig begründet. (S. 10/13.) Außerdem aber wird die Darstellung seiner weiteren Reformmaßnahmen zeigen, daß Lenin nunmehr, nachdem er die ihm bis zu seinem Regierungsantritt mangelnde praktische Erfahrung ergänzt hat, sich durchaus nicht scheut, Dogmen preiszugeben, die jeden theoretischen Kommunisten unantastbare Heiligtümer sind.

Der Kampf gegen das Kapital wird also — jedenfalls sicher „fürs erste" — eingestellt.

Es folgt nun der Aufbau des Wirtschaftslebens, der Organisation der Rechnungslegung und Kontrolle, der Produktion und der Verteilung der Produkte. Der Mangel an Erfolg, der sich auf diesem Gebiete gezeigt hat, soll nun dadurch behoben werden, daß die besten Fachleute und die größten Organisatoren zur Arbeit herangezogen werden. (S. 16.) Dies kann geschehen „entweder auf alte Art und Weise, auf bürgerliche Art (d. h. für hohe Bezahlung) oder auf neue Weise, auf proletarische Art (d. h. durch Schaffung von Verhältnissen der allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle, die unvermeidlich und von selbst die Fachleute einordnen und einstellen würden)".

Wie dies letztere in der Praxis aussehen soll, verrät Lenin nicht, Vermutlich weiß er selbst es auch gar nicht. Jedenfalls sagt er: „Wir mußten jetzt zu dem alten bürgerlichen Mittel greifen und auf eine sehr hohe Bezahlung der „Dienstleistungen" der größten unter den bürgerlichen Fachleuten eingehen." Dieser Schritt ist eingestandenermaßen „ein Schritt nach rückwärts", eine Aufgabe des kommunistischen Prinzips „einer Gleichstellung der Gehälter mit der Entlöhnung eines Durchschnittarbeiters". (S. 16.)

Es sei dies ein Tribut für die eigene Rückständigkeit des Proletariats, und an letzterem liege es, diesen Tribut so bald als möglich überflüssig zu machen durch Selbstorganisation und Selbstdisziplin. (S. 19.)

Neben der Organisation der allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle steht das Erfordernis, „die strengste allgemeine allumfassende Rechnungslegung und Kontrolle des Getreides und der Erfassung des Getreides (nachher auch aller anderen notwendigen Erzeugnisse) einzurichten. (S. 25.) Zu diesem Zweck ist nun ein Dekret erlassen worden, das zur Grundlage dieser Rechnungslegung und Kontrolle sich der bürgerlichen Genossenschaften und der Arbeitergenossenschaften, die auf bürgerlichem Standpunkt verharren, bedient. (S. 25.) Hierbei waren Kompromisse in mehrfacher Richtung zu schließen. Vertreter der Organisationen (also auch Angehörige der Bourgeoisie) hatten bei Beratung des Dekretes beschließende Stimme (S. 25), der Grundsatz des unentgeltlichen Eintritts in die Genossenschaft und das Prinzip des Zusammenschlusses der Bevölkerung einer Ortschaft in eine einzige Genossenschaft ist aufgehoben. (S. 25.) Ja, die Bourgeoisie stellt in gewissem Umfange auch Mitglieder der Aufsichtsräte der Genossenschaften. (S. 26.) Alle diese Grundsätze stellen bereits eine derartige Abweichung vom kommunistischen Standpunkt dar, daß man sich schon jetzt fragt, was eigentlich vom Kommunismus in der Praxis noch besteht. Die Frage wird sich noch stärker aufdrängen, wenn man die weiteren „Reformen" Lenins kennen lernt.

Daß Lenin die Einführung gesetzmäßiger Steuern sowie die Durchführung der Arbeitspflicht für notwendig erachtet, ist bereits erwähnt worden. Bezüglich der Durchführung der Arbeitspflicht, die natürlich bei den Reichen zu

beginnen hat (S. 22), muß aber darauf geachtet werden, daß sie „mit großer Allmählichkeit und Bedachtsamkeit" durchgeführt wird an Hand der praktischen Erfahrungen. (S. 22.)

Zur Hebung der Arbeitsproduktivität sind folgende Mittel anzuwenden:

Zunächst ist erforderlich die „Sicherung der materiellen Grundlage der Großindustrie", also die Sicherstellung der benötigten Rohstoffe. Dies Problem ist für Rußland zum größten Teil eine Frage der Transportorganisation, weil Rußland alle notwendigen Rohstoffe im Überfluß im eigenen Lande hat. Lenin kann mit Recht hierüber mit wenigen Worten hinweggehen. Es kann für ihn genügen, die Forderung der materiellen Sicherstellung der Großindustrie aufgestellt zu haben. — Von unseren Nachbetern des Bolschewismus — dies nebenbei bemerkt — wird allerdings dies Problem mit derselben Leichtigkeit behandelt, mit welcher Berechtigung aber soll und kann hier nicht näher berührt werden. Einige, denen bei ihrer Gottähnlichkeit doch etwas bange wird und die fürchten, von einem auch nur einigermaßen geweckten Fabriklehrling auf die grenzenlose Oberflächlichkeit hinsichtlich der Behandlung weltwirtschaftlicher Probleme aufmerksam gemacht zu werden, helfen sich mit einem inhaltsreichen Begriff: „Weltrevolution."

Ein zweites Mittel zur Hebung der Arbeitsproduktivität ist die Hebung der Masse in bezug auf Kultur und Bildung. Dies geschieht — so sagt Lenin — jetzt dank der Sowjet-Organisation.

Es ist interessant, an diesem Punkte die Ideenverwandtschaft des Bolschewismus mit dem französischen Syndikalismus festzustellen, dieser sozialistischen Lehre, die ihren Niederbruch bereits im Jahre 1871 erlebt hat. Der Syndikalismus sieht in den Gewerkschaften die Vorschule für die Arbeiter, in der diese alle die Kenntnisse erwerben sollen, die sie befähigen, die Leitung der Produktion den Händen der Unternehmer zu entreißen und selbst Leiter und Organisatoren zu werden. Genau den entsprechenden Gedankengang finden wir nun im Bolschewismus wieder, der sich damit — und bei weitem nicht damit allein — als Sohn des Syndikalismus ausweist.

Kritisch ist dazu zu bemerken, daß eine politische Organisation, wie der Sowjet sie darstellt, keine Stelle ist, an der man den Produktionsprozeß studieren kann, zumal seine Angehörigen Proletarier, also nach dem Eingeständnis Lenins selbst, Nicht-Sachverständige sind.

Weitere Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsproduktivität sind 1. die Hebung der Disziplin der Werktätigen, 2. Steigerung der Intensität der Arbeit und bessere Organisation der letzteren. Eine Intensitätssteigerung soll erreicht werden durch Anwendung des — Akkordlohns, also eines Lohnsystems, dessen Beseitigung bisher sogar die strenggläubige Sozialdemokratie verlangt hat unter dem Schlagwort „Akkordlohn—Mordlohn". Der Kommunismus, basierend auf dem Gedanken der Gleichheit aller Menschen — ein Gedanke, der richtig und segensreich wird in dem Augenblick, in dem man sich die Frage vorlegt und beantwortet: Worin sind alle Menschen gleich? — der Kommunismus zieht dies kapitalistische „Ausbeutungsmittel" heran. Er muß es, denn Fleiß, Begabung, Zähigkeit, Kraft, Wissen sind nicht bei allen Menschen gleich, und man muß nach Mitteln suchen, um im Interesse der Gesamtheit, des Sozialismus diese Fähigkeiten zu fördern und zu steigern. Dieser Satz, zu dessen Erkenntnis nur der Wille gehört, das Leben so zu sehen, wie es ist, ist für die Kommunisten eine Neuentdeckung.

Ein weiteres Mittel zur Steigerung der Intensität der Arbeit ist die Anpassung des Arbeitsverdienstes entsprechend den Endsummen der Produktionsausbeute. (S. 29/30.) Die Forderung des Arbeiters auf gesichertes Einkommen wird kurzerhand über Bord geworfen — im Interesse des Arbeiters (Diktatur des Proletariats).

Ein letztes Mittel besteht in der Anwendung des Wettbewerbs. Durch die Presse sollen die Erfolge der Muster-Kommunen bekannt gemacht werden, die

Ursachen ihres Erfolges, die Methoden ihrer Wirtschaft. (S. 33.) Die hervorragenden Kommunen sind zu belohnen durch „Verkürzung einer bestimmten Zeit des Arbeitstages, durch Erhöhung des Verdienstes, durch Überlassung einer größeren Quantität an kulturellen oder ästhetischen Gütern und Werten usw." (S. 33.) Hier also noch einmal eine Durchbrechung des gleichmäßigen Einkommens. (Die Schwächen dieses Systems, das anscheinend das Patentrecht und den Schutz des Urhebers von Gebrauchsmustern abschaffen will und damit lähmend auf die Erfindungsfreudigkeit einwirken muß, seien hier nur angedeutet.)

Die Organisation der Arbeit soll vervollkommnet werden, durch Anwendung dessen, „was an Wissenschaftlichem und Fortschrittlichem im Taylor-System vorhanden ist". (S. 29.) Der Kommunismus, eine Lehre, die sich rühmt, vor allen anderen bestrebt zu sein, die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit zu pflegen und in die Tat umzusetzen, stellt in ihren Dienst ein System, das das gerade Gegenteil dieser Achtung zu seiner Grundlage hat. Das Taylor-System, die letzte, verfeinertste und für den Arbeiter verderblichste Blüte des amerikanischen Kapitalismus, macht den Menschen zu einem fast leblosen, beliebig ersetzbaren Rad im Getriebe eines Riesenuhrwerks, zehrt in nie geahnter Weise an seinem Lebensmark und macht ihn zu verbrauchtem Altmaterial in einer Lebensepoche, in der der Mann nach Naturgesetz in der Blüte seiner Jahre stehen sollte. Aber der Kommunist scheut nicht vor diesem Mittel zurück, indem er wähnt, der Werktätige würde sich auch in diese Knochenmühle einspannen lassen zum Ruhme des Kommunismus. Ahnen denn diese weltfernen Ideologen nicht, daß Zwang stets Zwang bleibt und als solcher empfunden werden muß, ganz gleich, in wessen Namen er ausgeübt wird? Glauben sie wirklich, die Idee des Kommunismus könne es rechtfertigen, daß die Grundlage alles menschlichen Glückes, die reinkörperliche Gesundheit, zerschmettert wird? Steigerung der Produktivkraft hat nur Sinn, wenn die Produkte eine kaufkräftige und kauffreudige Abnehmerschaft finden, ist aber das Proletariat — und unter seiner Diktatur und zu seinem Vorteil geschieht doch das alles — ist aber das Proletariat gesundheitlich vernichtet, dann hat eine Steigerung der Produktion gar keinen Sinn.

Es ist bereits erwähnt worden, daß neben der Erhöhung der Intensität der Arbeit und der Verbesserung ihrer Organisation auch die Disziplin der Werktätigen einer Förderung bedarf. „Jede maschinelle Großindustrie . . . (erfordert) die bedingungslose und strengste Einheit des Willens" (S. 43) und diese Einheit des Willens kann gesichert werden" durch „Unterordnung des Willens von Tausenden unter dem Willen eines einzigen", durch „widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses." (S. 44.) Der „Meetingdemokratismus der arbeitenden Massen" darf sich nur außerhalb der Arbeitszeit betätigen, nicht während derselben. (S. 47/48.) Die Aufgabe der kommunistischen Partei besteht jetzt darin, die Masse auf den sicheren Weg, „auf dem Weg der Arbeitsdisziplin, auf den Weg der Übereinstimmung von Meetings-Beschlüssen über die Arbeitsbedingungen mit den Aufgaben der unweigerlichen Unterordnung unter den Willen des Sowjet-Leiters, eines Diktators, während der Arbeit zu führen". (S. 46.)

Auf diese Stelle kann nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden. Es soll und muß nach Lenins Worten „Übereinstimmung" erzielt werden zwischen den Beschlüssen der Arbeiterversammlungen und den Aufgaben der Unterordnung unter den Betriebsleiter. Da der Betriebsleiter aber nur ein Sachverständiger sein wird, wie man auf Grund des an anderer Stelle bereits Ausgeführten vermuten darf, der Sachverständige aber in Fragen des Betriebes ausschlaggebend sein muß und soll, so ist ohne weiteres einzusehen, welch klägliche Rolle die Arbeiterversammlungen noch zu spielen haben. Sie haben ihre Beschlüsse in „Übereinstimmung" mit den Anordnungen des Produktionsleiters zu bringen, das heißt, sie haben zu parieren. Besonders interessant wird dies alles durch die bereits berührte Notwendigkeit, zu Leitern des Arbeitsprozesses bürgerliche Fachleute zu machen, praktisch also doch wohl die früheren Unternehmer.

Die Unterordnung selbst aber wird gewährleistet — dies ist nach Lenin ein Zeichen der Eigenheiten der Übergangszeiten vom Kapitalismus zum Sozialismus — durch Anwendung von Zwang, „und in der Weise, daß die Losung der Diktatur des Proletariats nicht durch die Praxis eines breiartigen Zustandes der proletarischen Macht beschmutzt wird". (S. 31.) Jeder, der die Arbeitsdisziplin in einem beliebigen Wirtschaftsbetriebe übertritt, ist „vors Gericht zu stellen und erbarmungslos zu bestrafen". (S. 40.) Wo also unter dem kapitalistischen Regime einfach Entlassung, oft nicht einmal dies, erfolgte, und der Arbeiter sich ohne weiteres nach anderweiter Arbeit umsehen konnte, tritt hier gerichtliche Bestrafung ein.

Wir sind am Ende der Wiedergabe und Kritik der Leninschen Schrift. Ein Grauen überkommt den wirklichen Sozialisten, den Menschen, dem Ziel und Zweck seines politischen Strebens ein glückliches, freies, frohes Menschengeschlecht ist, bei dem Gedanken daran, was der Bolschewismus vernichtet hat, um schließlich doch zu der Erkenntnis zu kommen, daß er an das Vorhandene anknüpfen muß, daß sich ein Paradies nicht aus der Erde stampfen läßt, daß die Revolution wohl politische Ausdrucksformen des Staatsgedankens mit einem Schlage zu ändern vermag, daß aber das Leben innerhalb dieser Form organisch wachsen muß. Daß Lenin praktisch seine Umkehr vollzogen hat, und zwar ganz in der Art von Leuten, die aus Unkenntnis des realen Lebens von einem Extrem zum andern schwanken, daß er eine Diktatur des Proletariats durchgeführt hat, bei der das Proletariat nicht mehr Subjekt, sondern Objekt der Diktatur ist, das hat wohl die Darstellung seiner Reformmaßnahmen zur Genüge bewiesen. Gewiß, sie sollen Übergangsregeln sein. Wie lange aber soll der Übergang dauern? Lenin sagt: zehn und vielleicht noch mehr Jahre. (S. 50.) Diese Zahl ist sicherlich viel zu niedrig gegriffen. Zu dieser Erkenntnis, zu der Erkenntnis also, daß nicht Revolution, sondern nur Evolution auf wirtschaftlichem Gebiete möglich ist, wird Lenin sicherlich noch kommen, falls ihn nicht vorher der Zorn des in seinen Zukunftsträumen betrogenen, in seiner sogenannten Freiheit geknechteten, verarmten und verwahrlosten Proletariats hinwegfegt.

Crispi und der Gedanke des Größeren Italien

Von Dr. J. P. Buß

Seit dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71, den Krönungstagen des italienischen Nationalstaates, sind die neuitalienischen Bestrebungen auf dem Balkan, in der Adria, Nordafrika und dem Orient neben den traditionellen irredentistischen Zielen immer unverhüllter zutage getreten. Das Trentino und Triest waren die nationalen Forderungen des neuen Italien, nach der Adria, dem Balkan, Nordafrika und Kleinasien gingen die Wünsche derer, die eine Wiedergeburt des römischen Weltreiches von dem italienischen Nationalismus der Gegenwart erhofften. Gewiß mögen die italienischen Aspirationen auf Welschtirol vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips ihre Rechtfertigung haben und einer nicht minder überzeugenden Beweisführung mag es gelingen, ein historisches Recht der Erben des römischen Imperiums auf Erneuerung zu konstruieren. Alle Berufung auf Rechte, die die Geschichte verliehen, ist politisch aber nur dann zwingend und gültig, wenn jenen historischen Imponderabilien kongruente völkische Energien wirksam sind, wenn die fiktive Erbschaft auch durch eigene Kraft erworben werden kann, um sie zu besitzen.

Das amtliche Italien und besonders sein markantester Vertreter seit Cavour, Francesco Crispi, hat denn auch in den letzten Jahrzehnten des neunzehnten und dem folgenden Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts dem neuen italienischen Imperialismus gegenüber in kühler, abwartender Reserve gestanden. Crispi war Politiker genug, um zu erkennen, daß seine ursprünglichen, auf dem Boden der revolutionären Irredenta entstandenen Pläne gegen Österreich-Ungarn unzulänglich waren, weil ihm nicht ein Mittel, das zu ihrer Durchführung notwendig gewesen wäre, zur Disposition stand. In der berühmt gewordenen Unterredung mit Bismarck in Gastein (17. September 1877) hatte Crispi, die Cavoursche Taktik befolgend, nochmals den ernstlichen Versuch gemacht, mit ausländischer Rückendeckung Italien auf Kosten des südtirolischen Besitzes der habsburgischen Monarchie zu vergrößern. Nach seinen eigenen Memoiren hatte der russisch-türkische Krieg von 1877/78, der Österreich eine Erweiterung seines Mittelmeerbesitzes zu bringen schien, eine Situation geschaffen, an der Italien nicht uninteressiert bleiben konnte. „Wir Italiener können auf alle Fälle an der Lösung der Orientfrage kein so geringes Interesse nehmen wie Sie. . . . Geschieht es aber, daß Rußland, um sich der Freundschaft Österreichs zu versichern, diesem Bosnien und die Herzegowina anbietet, so kann Italien nicht erlauben, daß Österreich diese Länder besetzt. Sie wissen, im Jahre 1866 blieb Italien ohne Grenzen nach den Ostalpen, und wenn Österreich neue Provinzen erhielte, die es im Adriatischen Meere verstärkten, bliebe unser Land wie in eine Zwangsjacke eingeengt, und so oft es dem Nachbarreiche gefiele, einer Invasion ausgesetzt." Crispi wollte von einer ihm durch Berlin und London garantierten Kompensation in Albanien oder Tunis nichts wissen, er hatte damals lediglich das eine Ziel im Auge, den italienischen Nationalstaat durch die Sicherung seiner Ostgrenzen gegen Österreich auszubauen. Er war in jenen Tagen noch zu sehr Irredentist und als solcher von einer Doktrin beherrscht, die ihm verwehrte, aus den europäischen Ereignissen realpolitischen Gewinn zu ernten.

Crispi hatte vor allem erkannt, daß ein deutsch-italienisches Freundschaftsverhältnis im Interesse der italienischen Nation liege. Er hatte nun erfahren, daß Bismarck nie einem deutsch-italienischen Bundesverhältnis zustimme, das die Spitze gegen Österreich nehme, indem es die Politik der italienischen Irredenta deckt. Aus dieser Sachlage hat Crispi die Konsequenz gezogen. Sein ganzes politisches Kämpfen läuft seit dem Jahre 1877 darauf hinaus, den Weg nach Berlin über Wien zu nehmen, mit anderen Worten: um die deutsche Freundschaft zu gewinnen, das irredentistische Ziel der Erlösung des Trentinos und Triests preiszugeben. Das war eine große politische Tat, die erfolgt war auf Grund der restlosen Erkenntnis der Realitäten im politischen Geschehen. Das unterscheidet Crispi von den späteren italienischen Imperialisten, die niemals weder auf das Trentino noch auf Albanien, weder auf die Herrschaft in der Adria noch auf die Festsetzung in Nordafrika Verzicht leisteten. Bis freilich dieser Entschluß Crispis in die Tat umgesetzt werden konnte, bedurfte es noch harter Kämpfe gegen den politischen Doktrinarismus der Irredentisten, die eher noch einige ihrer Provinzen an Frankreich abgetreten hätten, als daß sie sich mit dem österreichischen Erzfeind verbündeten. Dieses italienische Beispiel liefert einen schlagenden Beweis für die maßlose Gefährlichkeit jener politischen Theoretiker, die durch die Anerkennung eines Dogmas die Politik eines Staates auf irgendeine vorgefaßte Richtung festlegen wollen, und die durch die grenzenlose Verfänglichkeit ihrer primitiven Beweisführungen, wie der bei den jüngsten Theoretikern des italienischen Nationalismus stets wiederkehrenden: daß die Ehre der Nation die Zerstückelung einer anderen erfordere und daß der Krieg eine Lebensnotwendigkeit für die Volksgemeinschaft sei, den gewichtigsten Anteil an der Verhetzung der Völker und an der ungeheuren Blutschuld der Gegenwart für sich in Anspruch nehmen können. Cavour und Crispi haben wie Bismarck diese Demagogen des Nationalismus völlig abgelehnt, weil sie nicht eine krankhafte Verengung, sondern eine ethische Vertiefung des Nationalgeistes erstrebten.

Infolge solcher nationalistischer Voreingenommenheiten gelang Crispi erst die offene Annäherung an Deutschland und das ihm verbündete Österreich durch die Zuspitzung des italienisch-französischen Verhältnisses, als Frankreich, ohne die älteren italienischen Ansprüche zu beachten, von Tunis Besitz ergriff. Die akute Wandlung der Volksstimmung gegen Frankreich, das durch keinen noch so lauten italienischen Schmerzensschrei berührt wurde, hatte Crispi ausgenutzt, um den Dreibund abzuschließen, der die nationale Fortentwicklung Italiens für die nächsten Jahre gewährleistete. Zur See hatte England dem italienischen Dreibundsgenossen die unerläßliche Rückendeckung geliehen, um Italien gegen Frankreichs Mittelmeerposition zu stärken.

Unter dem Strom dieser politischen Geschehnisse quoll dennoch ungeschwächt der alte Haß gegen Österreich. Die Irredentisten hatten überhaupt nur kurze Zeit geschwiegen und ihre Agitation für den Erwerb des Trentinos hatte kaum einen Augenblick stillgestanden. Die Imperialisten als die Verfechter der Idee des römischen Weltreiches gewannen mit dem wachsenden wirtschaftlichen Aufschwung des Landes gerade in Kreisen der italienischen Gesellschaft stark an Boden. Die Schule der Realpolitiker, der Crispi und später vor allen Dingen di San Giuliani angehörte, und die der Hauptsache nach das amtliche Italien bis zum Ausbruch des Weltkrieges repräsentierte, lehnte die irredentistischen Ziele ab, da diese dem Geiste des Dreibundes widersprachen, verfocht aber im übrigen immer die Ansicht, daß Italien nur in der englischen Freundschaft die Krönung der Dreibundspolitik erblicke. Die Abänderungen, die der Dreibundvertrag auf italienische Anträge hin erfuhr, beweisen zur Genüge, daß das amtliche Italien als Ersatz für den Verzicht auf das irredentistische Programm gewillt war, zunächst durch die Fixierung eines kolonialpolitischen Programms mit Zustimmung der Vertragsmächte und Englands, eine imperialistische Bahn zu beschreiten. Mancini, der offen zugestand, daß die zu verwerfende irredentistische Agitation „den Untergang der österreichischen Monarchie" wolle, begründete in der Kammer als Minister des Äußeren die Notwendigkeit der italienischen Mittelmeer- und Kolonialpolitik mit den Worten: „Vor dreißig Jahren schon, als Italien noch ein schöner Traum war, und mir in Piemont gestattet war, meinen Überzeugungen freien Ausdruck zu verleihen, da lehrte ich von der Kanzel herab, daß Italien nach Erringung seiner Einheit sein ganzes Streben auf Gründung von Kolonien werde richten müssen, daß das Mittelländische Meer für Italien vollständig ein italienischer See werden müsse." Die Ausbreitung im Mittelmeer war in den ersten Jahren nach Abschluß des Dreibundvertrages tatsächlich die Sehnsucht der italienischen Machtpolitiker. In diesen Jahren gingen denn auch Massaua, Eryträa und ein Stück des Somalilandes in italienischen Besitz über, bis die schmähliche Niederlage bei Adua (1896) diesen italienischen Plänen ein Ende bereitete und bis im Jahre 1898 die franzosenfeindliche Politik Italiens wieder auf dem Zustand loyaler Gegenseitigkeit zurückgeführt war.

Der fieberhaften Tätigkeit der Kreise, die unaufhörlich den Haß gegen Österreich schürten, war es gelungen, die italienischen Staatsmänner von der Notwendigkeit eines freundschaftlichen Verhältnisses zur lateinischen Schwesternation zu überzeugen. Seit Crispis Sturz bemühte sich das amtliche Italien, einerseits durch das Festhalten am Dreibunde auf dem Balkan diplomatische Vorteile zu erringen, andererseits aber nicht nur die Freundschaft Englands zu erhalten, sondern auch die Frankreichs zu gewinnen. Ludo Hartmann zieht daraus die gut formulierte Folgerung: „So lange der Gegensatz zwischen den beiden europäischen Mächtegruppen latent war, konnte Italien unzweifelhaft aus ihm friedlichen Vorteil ziehen; als aber durch die aggressive Einkreisungspolitik König Eduards sich die Gegensätze zuspitzten und je mehr die italienischen Regierungen zum Ersatz für frühere Enttäuschungen sich selbst imperialistische Ziele setzten, desto mehr mußte auch Italien in den großen Strudel hineingezogen werden. Als sich die italienische Regierung auf der Konferenz von Algeciras in der Marokkokrise auf die Seite der Westmächte stellte und sich von ihnen Zusagen für ihre

eigenen Pläne im Mittelmeer geben ließ, konnte kein geistreiches Wort über die Erlaubtheit von ‚Extratouren' darüber hinweghelfen, daß sich Italien trotz Festhalten am Dreibund seine politische Bewegungsfreiheit vorbehielt.[1])" Die Verständigung der Mittelmeermächte England, Frankreich und Italien war auf der Marokkokonferenz besiegelt worden, Italien hatte sein Ziel erreicht und der Mittelmeergegensatz zu Frankreich war trotz der Erinnerung an die Wegnahme von Tunis bald verwischt. Visconti Venosta, der damalige Leiter der äußeren Politik Italiens, war, um den Ruf nach Neuland und Machterweiterung zu beantworten, mit Frankreich bindende Verpflichtungen eingegangen, die den Italienern als Dank für die Unterstützung der französischen Marokkopolitik den Besitz von Tripolis verbürgten.

Die dem wirtschaftlichen Fortschritt der großen Mächte angepaßten Schlagworte: Weltmacht, Seegeltung, Weltpolitik fanden ausgerechnet bei den Italienern, die kaum eine Vorbedingung dazu erfüllen konnten, den größten Widerhall. Nicht nur die Presse und ein großer Teil der öffentlichen Meinung, sondern auch Intellektuelle, Künstler und Dichter berauschten sich an dem imperialistischen Gedanken, der, in die Tat umgesetzt, das größere Italien schaffen sollte.

Crispi hatte bekanntermaßen die irredentistische Agitation durchaus verworfen, aus praktisch-politischen Erwägungen heraus, da er in dem durch seine Bemühungen zustande gekommenen Dreibund ein Element der Vorbeugung und nicht der Herausforderung verkörpert wissen wollte. Nur so werden uns seine scharfen Worte gegen die Irredentapolitik Italiens ganz verständlich, die sich in seinen „Memoiren" finden.

So kategorisch Crispi aus rein realpolitischer Erkenntnis die Ansicht verfocht, daß die Irredentisten eine Gefahr für Gegenwart und Zukunft der Nation bildeten, so durchschlagend brach sich dennoch in seinem weitgespannten nationalpolitischen Wollen der Gedanke der italienischen Weltmacht Bahn. Scudero belegt dies in einer seiner politischen Publikationen[2]) mit Crispis eigenen Worten: „Heute festigt sich Italien und schreitet voran. Hört die Stimmen, die sich in unseren Kolonien erheben; sie jubilieren; Italien! tönt es vom Ufer des Mittelmeeres, und schallt es von den fernsten Ozeanen zurück. Tausende von Kindern unseres und fremden Stammes lernen heute in den verschiedensten Ländern, in den von uns erneuerten Schulen, in unserer Sprache dies weltliche, arbeitsame und friedliche Italien segnen, das die Sklaven befreit und die Glaubensbekenntnisse achtet. Morgen, wenn sie Männer sind, werden sie ebenso viele Werkzeuge unseres nationalen Reichtums sein. Wir müßten also größenwahnsinnig oder politisch sehr kurzsichtig sein, aber auf diese Art es zu sein, würden uns weder Mazzini noch Victor Emanuel noch Garibaldi noch Cavour gestatten; denn diese haben nie daran gedacht, Italien zur politischen Unfruchtbarkeit zu verdammen. Nur wenn wir uns an ihrer Größe begeistern, können wir erreichen, daß der italienische Bürger wieder den anderen Völkern sein ‚Civis romanus sum' entgegenrufen kann." Crispi übersieht, wie alle späteren Propheten des italienischen Imperialismus, daß Italien das, was es bisher geworden war, großenteils der ihm besonders günstigen Mächtegruppierung Europas zu verdanken hatte, daß das italienische Volk und der italienische Staat im Innern noch viel zu unfertig waren, um im großen Welttheater mitzutun.

Hinzu kommt noch der Umstand, daß seit der Wende des Jahrhunderts die italienische Agitation für eine expansive Balkanpolitik an Raum gewann. Eine Festsetzung Italiens auf dem Balkan konnte nur an der Ostküste der Adria in Albanien erfolgen. Daher die Bestrebungen, das albanische Gebiet wirtschaftlich und kulturell mit italienischem Einfluß zu durchdringen. Trotz des im Jahre 1897 erzielten Abkommens, das die unverletzliche Autonomie Albaniens verbriefte, ließ die italienische Presse keinen Zweifel darüber, daß man bei sich bietender

[1]) Ludo Hartmann, „Hundert Jahre italienische Geschichte." S. 198/99.
[2]) Scudero, „La politica estera d'Italia", Catania 1912. S. 148.

Gelegenheit durch Annexion albanischer Gebietsteile den „status quo“ auf dem Balkan zu ändern gewillt war. Die Vorherrschaft in der Adria, die Österreichs Großmachtinteressen beschneiden mußte, wurde immer lauter und ohne auf Widerspruch zu stoßen verkündet. Die Regierung spielte mit verdeckten Karten, sie hatte nicht die Stärke, sich zu ihren wahren Absichten offen zu bekennen, so daß man mit Charles Loiseau[3]) sagen kann, sie habe es verstanden, die Zustimmung der meisten europäischen Kabinette zu ihrer Balkanpolitik zu erzielen. Die Vereinbarung von San Rossore (Oktober 1912), die den Süden Albaniens in eine italienische Interessensphäre umwandelte, erweist jedoch zur Evidenz, daß man sich auch im Lager der dreibundfreundlichen Regierung veranlaßt fühlte, an den Gedanken des größeren Italien weitgehendste Konzessionen zu machen.

Das größere Italien war eben eine Utopie, da der italienische Nationalstaat in machtpolitischer Hinsicht zu hilflos war. Schon die ganze irredentistische Bewegung hatte nur äußerliches Gepräge getragen, daß das nationale Band, das die welschtirolische Geschichte mit Habsburg verknüpfte, noch dadurch an Innerlichkeit gewonnen hatte, daß gerade die italienische Kultur in Österreich eine außerordentlich günstige Aufnahme gefunden hat.

Das Mißverhältnis der imperialistisch-italienischen Forderungen zu ihrer tatsächlichen inneren Berechtigung hat nun um die Wende des Jahrhunderts ständig an Ausdehnung gewonnen, die schließlich so weit um sich griff, daß die Ansprüche der an sich getrennten Bewegungen der Irredenta und des großitalienischen Imperialismus zusammenwuchsen. Die Tätigkeit der neugegründeten irredentistischen Schul- und Turnvereine und die unerhörte Wirksamkeit der nationalistischen Presse, Literatur und Kunst trugen wesentlich dazu bei, den neuen Gedanken des größeren Italien mit der alten irredentistischen Strömung zu verschmelzen, und die Geistesverfassung des italienischen Volkes im Sinne der Einheit beider Bewegungen zu beinflussen.

Als die praktisch-politische Forderung dieser Strömung entwickelte sich der einheitliche Anspruch der Italiener auf die Herrschaft in der Adria und Albanien einerseits und der Eroberungsplan von Tunesien und Abessynien andererseits. Dieser italienische Imperialismus, der sich nicht einmal auf die Bedürfnisse einer hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaft berufen kann, ist rein ideologisches Machtstreben. Er steht in schärfstem Widerspruch zu dem alten Ideal der italienischen Demokratie: dem Recht der Selbstbestimmung der Nationalitäten, dadurch daß er Anspruch auf Istrien und Dalmatien erstrebt, Gebiete mit überwiegender slawischer Mehrheit. Das nationale Prinzip wird mit Haut und Haar preisgegeben und es ist bitterste Ironie, wenn der Russe Ruffanoff glauben möchte, „Italien habe aus dem Grunde Österreich den Krieg erklärt, weil Österreich nicht gestatten wollte, daß Italien um seiner nationalen Interessen willen die erheblich zahlreichere slawische Bevölkerung des Landes unterdrücke.“

Mit dem Literatengeschrei nach dem „Größeren Italien“ wurde das italienische Volk unaufhörlich gespeist, und es hat herzlich wenig getan, den scharfen Geschmack dieser Kost auf seine ursächlichen Bestandteile hin zu prüfen. Wohl wurde gerade jetzt wieder in einigen bemerkenswerten Publikationen der Nachweis zu führen versucht, daß die große Masse der Italiener den imperialistischen Gedanken der italienischen Weltmacht, der nicht wie der anderer europäischer Staaten aus einem wirtschaftlichen Expansivgeist heraus geboren ist, alle Zeit negiert hätte, daß vielmehr bis zum Eintritt in den Weltkrieg der kleinen imperialistischen Minderheit eine starke nichtimperialistische Mehrheit von Italienern gegenübergestanden hätte und daß es den ersteren erst im Verlaufe des österreichisch-italienischen Krieges gelungen sei, mit der Kriegserklärung an Deutschland den Gedanken der italienischen Weltmacht zum beherrschenden Postulat des amtlichen Italiens und der überwiegenden Mehrheit des Volkes zu erheben. Mir scheint diese Hypothese nur bedingt Geltung zu haben. Richtig an ihr ist wohl, daß das offizielle Italien in stark isolierter Lage erst zögernd und dann schrittweise, den theatralischen Heroismus der alten und jungen imperialistischen Ästheten nicht verleugnend, in

[3]) Ch. Loiseau: „L'équilibre adriatique“, Paris 1901.

der Ideenwelt des modernen Großitalienertums aufgegangen ist. Gesiegt hatte aber die imperialistische Minderheit durch die nahezu restlose Beherrschung der öffentlichen Meinung schon einige Jahre vorher, seit den Tagen des tripolitanischen Feldzuges.

Gestützt wird diese Ansicht durch die unverhüllte Art, in der die Minorität ihren wahren Gefühlen Ausdruck verlieh. Ein mir befreundeter deutscher Maler, der lange Jahre in Oberitalien lebte, wurde in einem Gespräch mit einem italienischen Advokaten und Leiter eines Automobilkonsumvereins nach den deutschen Aspirationen auf die Weltherrschaft befragt. Als er dem Italiener antwortete, daß die Masse des Volkes wie alle klar und ruhig denkenden Politiker in Deutschland nicht an solchen Plänen teil hätte, wurde ihm gesagt, er könne ruhig reinen Wein einschenken. Sie, die Italiener, handelten auch nicht anders als die Deutschen, wenn sie nur könnten.

Schulgemeinden und Schülerräte

Von Professor Dr. Paul Hildebrandt

In der mehr als unglücklichen Zeit, als das Kultusministerium zwischen Konrad Hänisch und Adolf Hoffmann geteilt war und diesem zur Seite der „Spartakuspädagoge" Gustav Wynecken stand, erblickte einer der am meisten angefeindeten Erlasse „an die Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen Preußens" das Licht der Welt. Ohne irgendwelche Anknüpfung an bereits Dagewesenes „fuhrwerkte" er sozusagen in die Organisation der höheren Lehranstalten hinein und bescherte ihnen Schulgemeinden und Schülerräte, ohne auch nur den Versuch zu machen, diese organisch in den Betrieb einzugliedern.

Es kam dazu, daß die Kollegien bei dieser Gelegenheit in echt Wyneckenscher Art angerempelt wurden und daß die gesamte Schülerschaft gerade durch den Wortlaut des Erlasses in ein Mißtrauen gegen ihre Erzieher hineingetrieben wurde, das nicht dazu beitragen konnte, ein besseres Verhältnis zwischen den beiden Faktoren anzubahnen. Und sicherlich — das kann man heut offen aussprechen — ist die Anbahnung solchen Verhältnisses auch nicht die Absicht Wyneckens gewesen; er hat entsprechend seiner sattsam bekannten Sinnesart vielmehr durch den Erlaß einen Keil auch an den Stellen zwischen Lehrer und Schüler treiben wollen, wo Vertrauen und freudige Gemeinschaft Platz gegriffen hatten. So war die Erregung, die sich der Oberlehrer bemächtigte, als der Erlaß bekannt wurde, durchaus berechtigt. Ein Glück nur, daß Wynecken wenige Wochen darauf schon aus dem Ministerium ausschied und so eine objektive Betrachtung möglich wurde, die sich weniger mit dem beschäftigen muß, was nach Wyneckens Wunsch aus der Verordnung entspringen sollte, als mit dem, was nun die Oberlehrerschaft aus ihm machen wollte. Inzwischen sah sich das Ministerium durch die hochgehenden Wogen der Empörung auch in Elternkreisen gezwungen, für die Schulen, die noch nicht die beiden Einrichtungen übernommen hatten, neue Normen aufzustellen, die viel behutsamer ausfielen. Die öffentliche Meinung, einmal aufgeregt, ist aber nicht so leicht zur Ruhe zu bringen. Die Erlasse über den Religionsunterricht und die Trennung von Kirche und Staat taten das Ihrige dazu, die Vorstellung zu verbreiten, das Ministerium wolle das Unterste zu oberst kehren. Bis in die letzte Zeit hinein dauerten die Proteste und Kundgebungen auch gegen den Schulgemeindeerlaß, die zum Teil nun auch politische Färbung annahmen, da die rechtsstehenden Parteien sich des Stoffes zu bemächtigen begannen. Das rief

dann wieder eine auf sozialistischem Boden stehende Arbeitsgemeinschaft auf den Plan, die in ungeschicktester Weise sich an sämtliche Schülerräte wandte und sie für ihre Ideale zu begeistern versuchte — kurz: durch alle diese Streitigkeiten ist der eigentliche Boden des Erlasses fast unkenntlich geworden, so daß es sich wirklich verlohnt, einmal zu versuchen, das Wesentliche herauszuschälen und sich mit ihm sine ira et studio auseinanderzusetzen.

„Eine erste Möglichkeit" soll der Jugend eröffnet werden, „aus innerer Wahrhaftigkeit und unter eigener Verantwortung an der Gestaltung ihres Lebens mitzuwirken". Echt radikal-idealistisch! Aber doch wie alles Idealistische mit einer gewissen Berechtigung gesagt! — Wenn heut die Jugend vom zwanzigsten Jahr aufwärts bereits reif genug erscheint, die Vertreter des Volkes, die dessen Geschicke lenken sollen, mitzuwählen, so muß die Forderung erhoben werden, daß diese Jugend bis dahin politisch mündig geworden ist. Dazu aber bedarf es entschieden einer nicht parteipolitischen Schulung bereits in der höheren Schule, denn diese wird von vielen erst mit dem neunzehnten Jahre verlassen. Es wird viele geben, die den Eintritt des aktiven Wahlrechts für zu früh angesetzt halten. Aber wenn einmal dieser Zustand praktisch eingetreten ist, so ist eine Zurückschraubung in die früheren Verhältnisse kaum mehr möglich. Zudem aber würde, selbst wenn der überaus unwahrscheinliche Fall einer Heraufsetzung des Wahlalters einträte, der leitende Gedanke des Erlasses bestehen bleiben, daß er nämlich die Jugend zu innerer Wahrhaftigkeit und eigener Verantwortung für ihr Leben erziehen will. Und daß dieser Gedanke etwas Bestechendes hat, ja daß er — von jeder politischen Richtung aus gesehen — geradezu etwas Zwingendes besitzt, wird niemand leugnen, wenn er auch seine Durchsetzung für schwer, vielleicht für unmöglich halten wird.

Aber wie? Gibt es nicht in England und Amerika, in Schweden, Norwegen und der Schweiz längst eine Jugend, die ein viel entwickelteres Gemeinschaftsgefühl als die unsrige hat? Beklagt man nicht bei uns von der äußersten Rechten bis zur entschiedensten Linken die Abwesenheit solchen Gemeinschaftsgefühls in unserem Volk? Und wie denkt man sich seine Entwicklung, wenn man nicht bei der Jugend anfangen will? Sehen wir doch schon heut, daß sich die Parteien auf die Jugend stürzen, um — weit über das hinaus, was der Erlaß will, ja geradezu im Gegensatz zu ihm — sie für ihre Zwecke zu gewinnen! Liegt darin nicht das Eingeständnis, daß bei der Jugend begonnen werden muß, wenn man die Früchte der Erziehung im entwickelten Alter ernten will?

Sehen wir nun zu, wie sich das Ministerium diese Erziehung denkt. Zunächst verlangt es nicht etwa gegen den Willen der Schülerschaft die Einführung einer „Schulgemeinde", sondern es überläßt diese dem frei zu bekundenden und deshalb in geheimer Abstimmung vorzunehmenden Beschluß einer ersten Versammlung. Damit wird der Jugend ein Vertrauen entgegengebracht, das gewiß bei den Primen angebracht ist, während bei den übrigen Klassen — bekanntlich besteht die Schulgemeinde aus den Obertertianern bis zu den Oberprimanern — eine Selbständigkeit des Urteils vorausgesetzt wird, die sicher nicht vorhanden ist. Immerhin war es interessant zu sehen, daß von Anfang an fast die gesamte Schülerschaft für die Einführung der Neueinrichtungen war. Von außen her ist dann auf sie ein Einfluß ausgeübt worden, der den Umschlag bewirkte. Daß dies nicht im Sinne des Erlasses ist, liegt auf der Hand. Jede Bevormundung und Beeinflussung sollte vermieden werden, die Jugend sich ganz aus sich selbst entschließen. Nun liegt gewiß in ihrem Wesen — übrigens im allgemein-menschlichen ebenfalls — eine gewisse Neugier. Aber ist es denn gerechtfertigt, eine Sache, deren Berechtigung man überhaupt noch nicht geprüft hat, ohne weiteres abzulehnen? Ziemt sich das für die Jugend, ziemt es sich für das Alter?

Das Ministerium wies nun der Kompetenz der Schulgemeinde, die „zunächst noch nicht" gesetzgebend sein sollte — solche Gesetzgebung hätte von Anfang an überhaupt als für alle Zukunft ausgeschlossen bezeichnet werden müssen — „Angelegenheiten des Schullebens, der Disziplin, der Ordnung usw." zu, eine Zu-

sammenstellung, die also alles umfaßt, was man überhaupt hineinnehmen will. Ob hier eine Ungeschicklichkeit oder der Wunsch des „Vaters des Erlasses" vorliegt, allmählich wirklich den Schülern Einfluß auf die „Absetzung der Lehrer" — wie es später in der Presse ausgedrückt wurde — zu geben, brauchen wir nicht zu untersuchen, da wir es nur mit den Grundgedanken des Erlasses zu tun haben. Wie wir heut diese Dinge auffassen und wie sie vernünftigerweise nur aufgefaßt werden können, geht aus der Zielsetzung für die Schulgemeinde hervor. Diese aber, die ich oben bereits angedeutet habe, kann nur in einer Erziehung zum Gemeinschaftsleben liegen. Alles, was nur im entferntesten hiermit zu tun hat, gehört zur Kompetenz der Schulgemeinde, d. h., damit ich nicht falsch verstanden werde, zu den Gegenständen der Beratung in ihr. Ich rechne in erster Linie also Maßnahmen der Selbstverwaltung hier hinein. Die Schüler sollen ein lebendiges Gefühl dafür erhalten, daß sie in der Schule nicht allein stehen, sondern Glieder eines Ganzen sind, für dessen Leben sie verantwortlich sind. Deshalb sollen bestimmte Ordnungsmaßnahmen den Lehrern abgenommen und den Schülern gegeben werden. Sie sollen die Aufsicht über ihre jüngeren Mitschüler in den Pausen und auf dem Hofe übernehmen, sie sollen die Schulbibliotheken unter sich haben, sie sollen auf Ruhe und Ordnung in den Versammlungen sehen — kurz: sie sollen zum Gefühl der Verantwortung für „ihre" Schule erzogen werden. Alle diese Fragen werden nicht allein Anträge und Vorschläge und damit auch Erörterungen nach sich ziehen, sondern auch bestimmte Anordnungen von seiten der älteren Schüler nötig machen, die von der Gesamtheit gebilligt werden müssen. Feste und Ausflüge müssen vorher in den Versammlungen besprochen werden, wenn später alles klappen soll.

Es gibt andere Gebiete, auf denen ein Gemeinschaftsgefühl erwachsen kann: beispielsweise durch die gemeinsame Arbeit an einer Zeitung, deren Plan vorgelegt, deren Inangriffnahme von einer einzusetzenden Kommission vorgenommen werden kann. Es kann zur Gründung von Vereinen angeregt werden, die in der Versammlung als gemeinsame Angelegenheit aller besprochen werden. Es muß, wenn dies alles ins Leben gerufen ist, darüber wieder berichtet werden. Es können aber auch Fälle aus dem Schulleben, die weittragende Bedeutung für die Gesamtheit haben, besprochen werden; ich persönlich würde nicht davor zurückscheuen, auch einmal einen die sämtlichen Oberklassen berührenden Disziplinarfall grundsätzlich erörtern zu lassen — allerdings gehört hier ein besonderer Takt des Vorsitzenden dazu, die Erörterung in richtigen Grenzen zu halten und ebenso eine besonders wohlwollende Gesinnung des Lehrerkollegiums, das überhaupt der Überzeugung huldigen muß, daß diese Jünglinge, die ich von Untersekunda ab in die Schulgemeinde zugelassen wissen möchte, es nicht so bös meinen wie ihre Worte bisweilen klingen, andrerseits aber, daß an ihrer Autorität auch dann nicht ein Tüttelchen verloren geht, wenn die Schüler einmal so reden, wie es ihnen frisch von der Leber weggeht. Sie müssen eben bedenken, daß bisweilen nur zwei Monate später der Schüler Student ist und dann sowieso der Schulzucht entwachsen seine Bemerkungen macht — um so bösartiger, je mehr er vorher geduckt worden ist. Wir haben während des Krieges oft genug über unser „serviles" Volk die Nase gerümpft — woher soll denn die durchaus nötige Nackensteifheit kommen, wenn gereifte Männer schon eine furchtsame Opposition als ein Verbrechen gegen die Disziplin ansehen?

Nein — darin hat das Ministerium recht: es soll ein neuer Geist des Vertrauens zwischen Lehrern und Schülern Platz greifen! Es ist eine alte Weisheit, daß die Schule nur ein Abbild der Kräfte gibt, die im ganzen Volk lebendig sind. Herrscht draußen eine gesunde, gesetzmäßige, selbstgewollte und selbstverantwortete Freiheit, so darf nicht in der Schule eine Autorität regieren, die auf dem Besitz der Stellung, nicht aber auf der Persönlichkeit sich aufbaut. Lehren heißt seine ganze Persönlichkeit einsetzen — nur dann folgen auch die Schüler: alle Zimperlichkeit erscheint ihnen lächerlich, aber was nützt es, wenn sie scheinbar sich ducken, um hinter dem Rücken des „verehrten" Lehrers sich über ihn lustig

zu machen? Mit wirklichem Vertrauen vereint sich sehr gut Strenge in der Forderung der Pflichterfüllung, ja sie ist das notwendige Korrelat dazu, und gerade die Schulgemeindeversammlungen sollen das Ihrige dazu beitragen, den jungen Leuten zu zeigen, daß es nicht Rechte sind, die das höhere Alter gibt, sondern Pflichten gegen die Gesamtheit und sich selber. Insofern bringt die Schulgemeinde genau das, was wir früher unter staatsbürgerlichem Unterricht verstanden. Früher haben wir geglaubt, ihn zu erteilen, wenn wir unsere Schüler mit den Einrichtungen unseres Staates bekannt machten (und das ist gewiß an seinem Teile auch richtig) — heute faßt das Ministerium die Sache aber entschieden richtiger an, indem es den Schülern Gelegenheit gibt, ihr Interesse an der Gemeinschaft zu betätigen, der sie einstweilen angehören, bis sie in die große des Staates treten, für die sie die Schule vorbereitet haben soll.

Wenn aber nun der Stoff ausgeht? Wenn all' die schönen Dinge erörtert sind und nichts, aber auch nichts geschieht, das irgendwie die Gemeinschaft der Schüler interessieren kann? Nun — zunächst ist das nicht sehr wahrscheinlich. Dann aber könnten Vorträge der älteren Schüler einsetzen — allerdings Vorträge, die sich eben mit der Grundidee der Schulgemeinde befassen, also das Thema der Gemeinschaft in irgendeiner Weise in Anknüpfung an bestimmte Verhältnisse behandeln. Es gibt im Unterricht genug Gelegenheiten, bei einzelnen Ereignissen oder beim Hinweis auf die Privatlektüre auf solche Fragen hinzuweisen und sie dann von den Schülern behandeln zu lassen. Natürlich muß es hier heißen: „Freiwillige vor!" Aber ich glaube nicht, daß dieser Appell jemals vergeblich sein wird — wenn die Lehrer nicht selber versagen. An solche Themata müßte sich eine Erörterung anschließen, die die Nutzanwendungen auf die eigene Gemeinschaft zieht. Es braucht nicht ein Bericht über amerikanische oder englische Selbstverwaltungsverhältnisse in Schulen zu sein, um die es sich hier handeln muß, es können philosophisch gerichtete Themata sein, die Grundgedanken Fichtescher Reden, das Gemeinschaftsgefühl der ersten Christen, Stellen aus römischen Klassikern über die Durchsetzung des römischen Staatsgedankens usw.

Es muß strengstens darauf gesehen werden, daß parteipolitische Gesichtspunkte der Debatte fernbleiben. Natürlich wird es nicht vermieden werden können, daß die Gegenwart mit in die Erörterung gezogen wird, aber hier kann nur referiert, nicht kritisiert werden. Dazu ist der Vorsitzende da. An ihm hängt überhaupt alles. Er muß dafür sorgen, daß die Versammlungen den nötigen Stoff haben, daß die Debatten nicht zu lange ausgedehnt werden, daß die Meinung sämtlicher Schüler unbevormundet zum Ausdruck kommt, daß aber keine persönlichen Anwürfe erfolgen — kurz: er muß die politische Schulung der Schüler in seine Hand nehmen und sie so vorbereiten für eine Zeit, in der sie dann frei und durch Schlagworte unbeeinflußt ihre Partei selbst erwählen können. Denn darin sehe ich den letzten und vielleicht wichtigsten Nutzen, den die Schulgemeinde für unsere höheren Schulen haben kann: eine Schärfung des Verstandes für Wichtiges und Unwichtiges, für echte und falsche Reden, für Schlagworte und stichhaltige Gründe, erworben durch eigenes Reden und Hören der anderen. Die kurze Zeit, die dem einzelnen in den Versammlungen zur Verfügung steht, wird einen heilsamen Zwang auf ihn ausüben, seine Gedanken scharf zusammenzufassen; alles das wird eine vorzügliche Vorbereitung für das künftige Leben im Staat für den Schüler sein.

Die Grundgedanken des Erlasses — nur das ist der Zweck der vorliegenden Zeilen, nachzuweisen — sind gesund. Es wäre richtiger gewesen, sie sich allmählich auskreisen zu lassen, statt Lehrer und Schüler mit ihnen gewissermaßen zu überfallen. Das zeigt sich am besten bei den „Schülerräten", an denen lediglich der Name neu ist und übelwollender Kritik reichliche Nahrung gibt. Vertrauensleute der einzelnen Klassen hat es schon nach der letzten Dienstanweisung gegeben; sie konnten aus der Wahl der Mitschüler in den oberen Klassen hervorgehen. Der Erlaß redet jetzt von dem in der Schulgemeinde gewählten „Schüler-

rat", der praktisch genau dasselbe ist, denn es wird natürlich der Schulgemeinde nicht einfallen, andere als die der betreffenden Klasse genehmen Vertrauensleute zu ernennen. Lediglich die korporative Vertretung der sämtlichen Oberklassen ist etwas Neues und — herzlich Unpraktisches, denn es wird sicher jede Klasse zunächst vorziehen, mit ihrem Klassenleiter durch den Vertrauensmann zu verhandeln, als sofort den Direktor zu bemühen. Um diese Neueinrichtung braucht sich niemand aufzuregen und tiefsinnige Parallelen zu den „Räten" draußen im Reich zu ziehen — die alten braven Vertrauensleute haben ihre Pflicht genau so getan, wo sie wirkliche Vertrauensleute ihrer Mitschüler waren, wie diese neumodischen Schülerräte mit dem ominösen Namen.

Aber sowie man von diesen Ungeschicklichkeiten absieht, liegt der gute Kern des Ganzen zu Tage. Es wäre jammerschade, wenn eine verärgerte Oberlehrerschaft ihn unter der, wie zugegeben werden soll, sehr „rauhen" Schale nicht entdeckte und den unleugbaren Fortschritt zur Ausgestaltung der Schülerselbstverwaltung nicht gern und freudig mitmachte; es wäre aber noch trauriger, wenn eine parteipolitisch beeinflußte Schüler- und Elternschaft sich dem Erlaß auf die Dauer widersetzte und seine Ausführung unmöglich machte.

Neue Bücher

Eltzbacher, Paul, Die Presse als Werkzeug der auswärtigen Politik. Jena, Eugen Diederichs. 1918. — Politisches Leben. Schriften zum Ausbau eines Volksstaates. (162 S.)

Ein wichtiges und gewichtiges Buch, voller Wahrheiten, Anklagen, Vorschlägen und Hoffnungen. Was jedem aufmerksamen Zeitungsleser schon jahrelang vor dem Kriege klar war und was jetzt noch nach den erhebenden und demütigenden Ereignissen zu Recht besteht, ist, daß die deutsche Presse es nicht verstanden hat, im Selbstbewußtsein ihrer Großmachtstellung dem Auslande immer wieder einzuhämmern, was der Deutsche geleistet hat und leisten wird. Gerade da unser Volk sich im Ethos seiner Schuldlosigkeit verlor und die Regierungsorgane, besonders unsere Auslandsvertreter, sich nicht in den Kreis der führenden und fordernden Staatsmänner einpaßten, hätte die öffentliche Meinung mit ihrem Schwergewicht als Korrelat eintreten müssen. Der Verfasser zeigt, wie das im Auslande geschehen ist, und führt den Beweis mit einer Überlegenheit, die die souveräne Beherrschung des umfangreichen Stoffes zeigt; dabei gibt er wertvolle Hinweise für die Ausgestaltung des Zeitungsdienstes im Inlande, für die Aufgaben des offiziellen Presseamtes, die Erweiterung des politischen Teils der meisten unserer größeren Blätter, die sich leicht in parteipolitischen Kontroversen und in Kirchturminteressen verlieren, schließlich für die Art des Zeitungsverstehens. Er nennt sein Buch selbst eine Fibel für Zeitungsleute, und wahrlich, sie werden nicht an ihm wie an einer ephemeren Erscheinung auf dem Kriegsbüchermarkte vorüber gehen können, sondern fein säuberlich sich's als Handbuch auf den Tisch legen. M.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.

Die Entente und der deutſche Volkswille

Die Deutſche Allgemeine Zeitung vom 8. d. Mts. gibt eine Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit dem Reichsminiſter Erzberger über die Regelung der Danziger Angelegenheit wieder. Auf die Frage, wie es Erzberger gelungen ſei, das Verhängnis der Landung über Danzig von Deutſchland abzuwenden, erhielt der Berichterſtatter eine Antwort, deren Kern klipp und klar darin beſteht: *Die Entente hat geglaubt, dem Ausbruch des einmütig geſchloſſenen Volkswillens Rechnung tragen zu müſſen.*

Nicht interalliierte Meinungsverſchiedenheiten über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Landung, nicht Rückſichten auf die allgemeine Notlage, nicht Beſorgniſſe vor dem Bolſchewismus haben die Franzoſen — die treibende Kraft in der Zuſpitzung der polniſchen Frage — zu dem Verzicht auf die Landung bewogen, ſondern maßgebend war die gewaltige Bewegung im deutſchen Volke, die ihren tiefen Eindruck auf die Entente nicht verfehlt hat. Der Reichsminiſter hat hinzugefügt, daß dieſes der erſte Fall ſei, in dem die Entente nach Einſtellung der Feindſeligkeiten den nationalen Willen des deutſchen Volkes geachtet habe.

Auf der polniſchen Seite iſt man anderer Meinung: Der ſchrankenloſe Imperialismus ihrer Politik macht die Polen blind gegen das ſelbſtverſtändliche Recht, gegen die ernſte Pflicht des deutſchen Volkes zur Erhaltung ſeiner völkiſchen Einheit, ſeiner politiſchen und wirtſchaftlichen Exiſtenz. Polniſcher Haß und Verblendung ſehen bei uns nur nationaliſtiſche Herrſchſucht, wo die bittere Selbſterhaltungspflicht uns treibt, argwöhnt nur Hinterliſt und Ränke, wo das deutſche Volk offen und einmütig ſeinen Willen zum Ausdruck bringt. In dieſen Gedankengängen bewegt ſich der Poſener Gonice Wielkopolſki vom 5. d. Mts., der die Löſung des Danziger Streitpunktes als Frucht deutſcher Treibereien und internationaler Nebenabſichten anſpricht. Was kann die Entente dazu bewogen haben, fragt das Blatt. Frankreichs „guter Abſichten“ iſt die Zeitung ſicher — Frankreich wolle ja auf jeden Fall die Schwächung Deutſchlands (Aha!) — aber England und Amerika? Nur geſchäftliche Rückſichten könnten dieſe Länder getrieben haben, Danzig den Deutſchen zu belaſſen, um dieſe beſſer für ihre eigenen Geſamtintereſſen ausbeuten zu können!

Das Blatt irrt ſich. Unbefangenheit des Urteils müſſen wir ihm verſagen. Reichsminiſter Erzberger hat ſeinen Eindruck aus dem Gang der Verhandlung in Spaa, nicht durch Informationen hinter den Kuliſſen, ſondern aus ſeiner perſönlichen Unterredung mit dem Marſchall Foch gewonnen; wir dürfen annehmen, daß ſeine Beurteilung den Kern der Sache trifft.

Das deutſche Volk hat nach einer endloſen Kette von Enttäuſchungen gelernt, den richtigen Maßſtab an die Dinge zu legen, es weiß, daß die Löſung der Danziger Epiſode durchaus kein *dauernder* Erfolg, kein ſicherer Poſten iſt,

den es schon jetzt endgültig für die kommende Schlußabrechnung vortragen könnte — das deutsche Volk hat warten und sich bescheiden gelernt. Frommt uns also nicht, uns über die Wirkung des letzten — und ersten — Spaaer Erfolges — ein solches ist das Abkommen vom 4. d. Mts. ja fraglos — unbegrenzten Hoffnungen hinzugeben, so fördert es jedoch die politische Einsicht unseres Volkes, wenn es sich zuvörderst über die Ursachen klare Rechenschaft gibt. Den Schlüssel hierzu gibt die behandelte Antwort Erzbergers. Aber auch hier liegt eine große Gefahr, die zu irrigen Annahmen verleiten könnte, zu voreiligen Folgerungen, die Mißgriffe und Enttäuschungen gebären könnten. Die Entente hat sich nicht unserem Willen gefügt, weil wir ihn einmütig und entschlossen, unbeugsam und drohend bekundet haben — das wäre eine schiefe Auffassung, die an dem Kern der Sache vorbeiginge — sondern weil er berechtigt war. Gehen wir aber den Dingen noch tiefer auf den Grund. Unsere Feinde haben nicht allein eingesehen, daß wir im Recht waren, sondern auch, daß sich das deutsche Volk seines Rechtes bewußt, von seinem Rechte durchdrungen war, desgleichen auch von seiner Pflicht, nicht weiter zu gehen, als die von ihm angenommenen Richtlinien des Wilsonprogrammes es erforderten.

Hierin liegt der springende Punkt. Es wäre verdammt verfehlt, sich in die Brust zu werfen und mit dem Gefühl zur Ruhe zu gehen, wir könnten alles erreichen, wenn wir nur geschlossen unseren Willen zeigten. Bauen wir nicht — auch das können wir aus der Erklärung Erzbergers ersehen — auf Meinungsverschiedenheiten der Feinde, auf die Wirrungen in der allgemeinen politischen Lage, vertrauen wir einzig und allein auf unser Recht, vergessen wir dabei aber nicht, daß unserem Recht die Pflicht die Wage hält, die Verpflichtung, das zu erfüllen, was wir durch Annahme des Wilson-Programms versprochen haben.

Das ist eine recht ernste Sache. Sie ist doppelt ernst für die Bevölkerung der Ostmark. Tua res agitur! Es geht um unsere Zukunft. Danzig — Bromberg — Posen; leicht schreibt die Feder diese Worte nebeneinander, doch welche Brücke müssen sich die Gedanken bauen, um das, was hinter den drei Namen steckt, unter einem einheitlichen Gesichtspunkt zu begreifen! Gibt die Annahme der Wilsonschen Punkte uns das Recht, neben Westpreußen auch Posen deutsch erhalten zu können?

Das deutsche Volk hat umgelernt im Wollen und Handeln; auch die deutsche Bevölkerung der Ostmark weiß sich jetzt frei von den Sünden der Vergangenheit, von den Ausgeburten eines überspannten Nationalismus. Nicht eigennützige Interessen, nicht eine Vormachtstellung auf Kosten der polnischen Volksgenossen erstreben wir, sondern Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist aber der Grundsatz des Wilsonprogrammes. Gerechtigkeit für Polen und Deutsche.

Das ist der Boden, auf dem wir stehen müssen, den wir nicht verlassen dürfen, wenn es gilt, unsere Ansprüche vor dem Forum der öffentlichen Meinung, vor der Friedenskonferenz zu verteidigen. Auch unsere Stimme muß gehört werden, das verlangt die Gerechtigkeit, auch wir dürfen uns der gleichen Argumente bedienen wie die Polen, das verlangt gleichfalls die Gerechtigkeit. Der Spruch der Weltgeschichte — die Polen berufen sich ja mit Vorliebe auf „historische Gerechtigkeit" — spricht auch zu unseren Gunsten, auch das deutsche Volk hat Anspruch auf Berücksichtigung seiner Lebensinteressen ebenso wie die Polen; und schließlich noch eins, wenn Polen Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Volksmehrheit aus Gründen der Gerechtigkeit und Lebensnotwendigkeit für sich beanspruchen darf, ist es uns denn versagt, das Gleiche bezüglich gemischter Teile mit polnischer Mehrheit zu verlangen? Ist das eine berechtigt, das andere hakatistisch?

Wilsons Theorie ist mit nichten, wie manche meinen, zu gewaltig, um in die rauhe Wirklichkeit umgesetzt zu werden; es ist unrichtig, daß sie einen starken Kompromiß mit der Forderung praktischer Ausführbarkeit machen mußte, sie läßt sich verwirklichen — allerdings, sie läßt sich auch vergewaltigen, wenn nur eine Partei zu Worte und Gehör kommen darf.

Wir rufen nicht: „Kein Fußbreit deutschen, kein Fußbreit Posenschen Bodens wird abgetreten!“ sondern wir fügen hinzu: „Wenn es der Forderung des Wilsonprogrammes nach gerechtem Ausgleich widerspricht.“

Wir brauchen nicht verzagt und pessimistisch zu sein, was uns not tut, ist Vertrauen auf uns selbst, auf unsere gerechte Sache. Das genügt aber allein nicht, wir müssen unsere gerechte Sache beweisen und selbst führen. Von sich aus werden die Feinde nicht zu der Erkenntnis unseres Rechtes gelangen, das ist unsere eigenste Sache, unsere eigenste Pflicht, nicht allein der Regierung, sondern des gesamten Volkes, insbesondere der deutschen Bevölkerung der Ostmark. Und dann haben wir Aussicht, daß unser Wille noch einmal und dann endgültig von der Entente beachtet wird.

Der Irrweg des Bürgerratsgedankens

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Der Rätegedanke ist eine Erscheinung der historischen Wende. Dem Nahblick, der auf die empirische Erscheinungsform eingestellt ist, kann das werdende Rätesystem von der einen Seite als eine Zersetzungserscheinung gelten, die dem Zerfall des straff organisierten sozialen Organismus in lauter kleine und kleinste Grüppchen Ausdruck gibt. Genau dieselben Erscheinungen können aber auch als der Durchbruch eines neuen Gemeinschaftsbewußtseins aufgefaßt werden, das sich organisch auf die Keimzelle der sozialen seelisch-leiblichen Einzelgemeinde aufbaut, um so von unten her den sozialen Gesamtmechanismus zu einem echten Gesamtorganismus umzuschaffen.

Im Grunde lassen sich beide Sichten miteinander vereinbaren. Dem jungen hoffnungsfreudigen Glauben, der im Rätegedanken das Neue und Zukünftige sieht, kann es sehr wohl als Notwendigkeit erscheinen, daß der alte Gesamtbau zerfällt, damit der junge nach seinen eigenen Gesetzen aufgebaut werden kann. Immerhin verdient das eine Beachtung: jedes Rätesystem ist insofern eine Sekundärerscheinung, als es eine Gemeinschaftsgliederung und deren Selbstbewußtsein bereits zur Voraussetzung hat. Dem werdenden deutschen Rätesystem ist die technische Durchbildung dadurch so außerordentlich erschwert worden, daß der Kosmos der neuen Gemeinschaftsgliederung noch selber tief im dumpfen, chaotischen Vorzustande steckt. Andererseits brennen uns die organisatorischen Grundfragen auf den Nägeln. Das Alte ist durch die Weltrevolution zertrümmert. Es besteht nicht die Möglichkeit geduldigen Wartens, ob und wie das Neue wächst, sondern es muß ohne Verzug gebaut werden, um den völligen Ruin unseres Volkes zu verhindern.

Gerade unter dem Gesichtspunkte dieses Dranges in einer entscheidungsschweren Stunde muß es als die Kardinalgefahr erkannt werden, daß durch Schaffung verfehlter Räteorganisationen nicht nur Stilfehler in den Bau des neuen Rätesystems kommen, sondern daß das werdende Gemeinschaftsbewußtsein selber irregeleitet, daß falsche, unhaltbare Solidaritäten geschaffen werden, die an unüberbrückten und unüberbrückbaren inneren Spannungen über kurz oder lang zugrunde gehen und damit auch den Überbau des Rätesystems sprengen müssen. Eine solche Gefahr scheint mir im Verzuge. Sie liegt, um es kurz zu sagen, in der organisatorischen Zusammenfassung des Bürgertums in den Bürgerräten, die nicht dem Fortgange, sondern der Erstarrung und Reaktion Ausdruck geben. Was bedeutet heute Bürgertum? Praktisch ist der Begriff des Bürgers längst in zwei Pole auseinandergetreten. Im Staatsbürger hat er sich

universalistisch ausgeweitet, im Jargon der Literaten sich unter mißgünstigen und verständnislosen Aspekten auf die Zerrform des Spießers, des Philisters, des Bourgeois verengert. Bekanntlich sind die Ansätze unseres werdenden Rätesystems ziemlich kritiklos aus Rußland übernommen worden. Dort hatte sich die doktrinäre, marxistische Zweiteilung in Bourgeoisie und Proletariat mit den bodenständigen sozialen Gliederungen soweit durchdrungen, daß die durch den Willen der Revolution zur Diktatur berufene Unterschicht sich in Arbeiter, Bauern und Soldaten differenziert der einheitlichen Oberschicht entgegengestellt hatte. Trotz dieser scheinbaren Zergliederung und Auswägung blieb dort der starre marxistische Dualismus zwischen den Oberen und den Unteren maßgebend, eben jene Doppelung, die bei uns der evolutionäre Sozialismus tatsächlich längst gesprengt hatte. Das russische Zurückgreifen auf diese zugleich primitive, zugleich brutale Zweiteilung nach Marxischer Lehre bedeutet im Grunde genommen Reaktion. Eine jede Rätegliederung, die sich davon nicht lösen kann, bedeutet also gleichermaßen Reaktion. Diese Reaktion kann von unten getragen sein, wenn sie sich als Diktatur des dreiköpfigen Proletariats in Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten aufspielt, sie kann aber auch von oben befördert werden, wenn durch Schaffung von Bürger-, will sagen Bourgeoisräten, die falsche auf den Klassenkampfgedanken eingestellte Theorie anerkannt wird. Der gläubige Marxist wirft alles, was nicht Proletariat ist, in den einen Topf, auf den er das Schildchen „Bourgeoisie" klebt. Seine der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung entsprungene Klassendoppelung sucht er im Rätesystem zu verankern und zu verewigen. An diesem reaktionären Beginnen wird das Bürgertum mitschuldig in dem Augenblick, wo es sich als geschlossene Klasse ebenfalls geschlossen organisiert. Der Vorwurf also, der den Verfechtern des Bürgerratsgedankens nicht erspart werden kann, lautet: „Ihr treibt marxistische Reaktion, denn im Kampf für das bürgerliche Klassenbewußtsein werdet ihr selber zu indirekten Marxisten."

Der soziale Gesamtorganismus ist von horizontalen und vertikalen Gleichartigkeiten durchzogen. Bildung, Vermögenslage, Sitte und Umgangsformen liefen bislang wenigstens einigermaßen parallel und führten zu einer horizontalen Schichtung der Bevölkerungskreise, innerhalb deren die Erscheinung des sozialen Aufstiegs von Individuen und Familien einen beherrschenden Antrieb bildete. In diese geschichtete Gesamtmasse der Bevölkerung war eine Gliederung der nationalen Arbeit eingebaut, die gewisse vertikale Gleichartigkeiten schuf. Die einzelne Fabrik, die Behörde und andere soziale Arbeitsgemeinschaften durchquerten die Horizontalgliederung und verbanden Arbeiter, Ingenieur und Generaldirektor, Schreiber, Sekretär und Geheimrat zu einer sozialen Arbeitsgemeinde, deren Solidarität zwar durch den überkommenen Kastengeist stark in den Hintergrund geschoben wurde, dennoch aber immer mehr zum Ausdruck drängte. In der Überwindung dieses Kastengeistes, in der Betonung und Steigerung dieses vertikalen Gemeinschaftsgefühls liegt die wichtigste Aufgabe des neuen Rätesystems. Hier allein kann nicht durch leere Proteste und Theorien, sondern durch organisch soziale Bildung der in seiner Einseitigkeit falsche, in seiner verhetzenden und zersetzenden Wirkung überaus verwerfliche Klassengedanke der Orthodoxen um Marx richtiggestellt und seiner sozial vergiftenden Wirkungen entkleidet werden. Worauf also das organisatorische Augenmerk zu richten ist, das ist die natürliche Zusammenfassung gleichartiger Arbeitsgemeinschaften zu einem in sich abgeschlossenen Räteorganismus, und nur die Zusammenfassung dieser vertikalen Gliederungen, also etwa der ganzen Industrie, des ganzen Handels, der ganzen Verwaltungsbeamtenschaft, der ganzen Lehrerschaft, des ganzen Grundbesitzes usw. kann den festen Grund für einen Obersten Zentralrat geben, in dem die Restbestände der alten mittelalterlichen Geburtsstandsgliederung überwunden und durch eine moderne Berufsstandsgliederung ersetzt sind. Marx ist in diesem Betracht ebensogut Mittelalter wie Stahl oder irgend ein Vertreter der starren sozialen Schichtung von ehedem; das Neue muß entschlossen mit der Reaktion von links wie von rechts aufräumen.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Klassengliederung jeglichen Rechtes entbehrt. Unter diesem Gesichtspunkt dürfte das Recht der Gewerkschaften auch weiterhin fortbestehen, sofern diese Klassenorganisationen sich auf reine Lohnfragen beschränken. In dieses auch im bürgerlichen Lager auszubauende Gewerkschaftssystem gehören auch die bisherigen horizontalen Standesorganisationen, die z. B. die Volksschullehrerschaft von der Oberlehrerschaft und der Professorenschaft der Hochschulen abtrennen, während natürlich ein Lehrerrat alle Lehrer zu umfassen hätte, ohne Unterschied der Schulgattung, in der sie tätig sind. Eine reinliche Scheidung tut not. Klassenorganisationen, die im fortbestehenden Klassenkampfe Lohnregelungen durchzusetzen haben, werden auch fernerhin auf horizontaler Solidarität beruhen, wennschon auch hier die primitive marxsche Theorie von den zwei Klassen — eine Umformung der preußisch-reaktionären Zweischichtung von Herr und Knecht, Offizier und Mann, Gebildetem und Ungebildetem, Gesellschaft und Volk — überwunden werden muß und überwunden werden wird. Streng aber müssen Klassen- und Berufsstand von einander geschieden werden. Eine Überwindung des vielschichtigen Klassensystems und seiner gewerkschaftlichen Durchorganisierung bedeutet das Rätesystem nur insofern, als es diese Organisationen von kulturellen und übergreifend wirtschaftlichen Aufgaben entlastet. Die Industrie als Gesamtheit hat aber gegenüber dem Handel oder der Landwirtschaft wichtige Gemeininteressen, die eine Klassenorganisation nicht vertreten kann, und die das Parteiparlament nicht vertreten soll. In diese Lücke tritt das Rätesystem ein und von diesen Aufgaben her muß dringend davor gewarnt werden, daß durch verfehlte Räteorganisationen falsche Solidaritäten geschaffen oder überlebte gestürzt werden. Damit aber ist dem Bürgerratsgedanken das Todesurteil gesprochen.

Französische Weitherzigkeit

Das Pariser Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat einen Bericht seines Referenten für Polen über die ethnographischen Verhältnisse als maßgebende Grundlage für die Rückerstattung der deutsch-polnischen Gebiete an Polen bekannt gegeben. Prüft man diesen Bericht näher, so ergibt sich, daß sein Inhalt sich keineswegs mit der Überschrift deckt. Ganz besonders gilt das im Hinblick auf die Aufteilungspläne, zu denen dieser Bericht bezüglich der Provinz Westpreußen gelangt. Hier werden an wichtigsten Punkten die ethnographischen Verhältnisse, die angeblich die maßgebende Grundlage für die Aufteilung bilden sollen, vollkommen beiseite geschoben. Statt dessen tritt in den Vordergrund das Bedürfnis der französischen Industrie, ihren Handel mit Groß-Polen auf bequemsten Wegen zu eröffnen und auf breiteste Grundlage zu stellen. Was ein solches Interesse der französischen Industrie am polnischen Absatzmarkt mit den 14 Punkten Wilsons und mit der maßgebenden Berücksichtigung ethnographischer Grundlage zu tun haben soll, bleibt ein völliges Rätsel.

Der französische Bericht selbst gibt zu, daß gerade in Westpreußen die Festlegung der polnisch-preußischen Grenze, wenn man sich an das ethnographische Prinzip halten will, großen Schwierigkeiten begegne. Er gibt zu, daß die Kreise, die an das Meer grenzen, in der Mehrzahl nur eine polnische Minderheit haben, meint aber, diese Schwierigkeiten müßten unter allen Umständen „auf eine Weise gelöst werden, die den Ansprüchen der Polen auf einen freien Zutritt zur Weichselmündung, auf den Hafen von Danzig und den ganzen Küstenstrich, die sogenannte Kaschubei günstig ist, einschließlich des Kreises Putzig mit einer polnischen Majorität von 60,1 Prozent, aber auch einschließlich der angrenzenden Kreise Karthaus und Neustadt, wiewohl der letztere in Wirklichkeit nur 48 Prozent polnische Bevölkerung aufweist".

Der beamtete französische Verfasser gibt für seine Aufteilungspläne ausdrücklich die folgende Begründung: „Die geographische Lage dieser Kreise ist überall die, daß jede andere Lösung als die einer einfachen und glatten Rückgabe den Interessen Polens und seiner wirtschaftlichen Entwicklung nachteilig sein würde, mit der wir im Hinblick auf den starken Absatz der französischen Industrie auf den Märkten des Ostens rechnen müssen." Also nicht die ethnographischen Verhältnisse, sondern der Absatz der französischen Industrie soll letzten Endes ausschlaggebend sein!

Bei der — übrigens durchaus unvollständigen — Aufzählung der einzelnen Kreise Westpreußens macht der französische Berichterstatter folgende Kreise mit polnischer Minderheit namhaft: Neustadt 48,7 Prozent, Flatow 26,6 Prozent, Schlochau 15,2 Prozent, Danzig Stadt 6,0 Prozent, Marienburg 3,0 Prozent, Deutsch-Krone 1,6 Prozent, Elbing Land 1,0 Prozent, Elbing Stadt 0,4 Prozent, Danzig Land 0,9 bis 3 Prozent. Großmütig erklärt er dann:

„In der zweiten Kategorie der Kreise mit polnischer Minderheit kann man diejenigen namhaft machen, die an Preußen zurückgegeben werden können, ohne die Interessen Groß-Polens dadurch zu schädigen (natürlich mit Ausnahme der Stadt und der Gegend um Danzig), die Kreise Deutsch-Krone, Elbing und Marienburg können an Preußen zurückgegeben werden. Der deutsche Anteil an den Kreisen von Flatow und Schlochau kann und muß genau begrenzt werden.

Diese Art von Kompensation an Preußen wird durch ihre Billigkeit einen guten Eindruck machen; um aber alle Reklamationen und jedes Handeln seitens der Preußen zu vermeiden, dürften diese Kompensationen nur nach einer starken militärischen Besetzung aller oben benannten Gebiete erfolgen."

Auch hier also keinerlei Bezugnahme auf die ethnographischen Grundlagen, sondern nur Rücksichten auf die großpolnischen Interessen, die als identisch mit den französischen Interessen betrachtet werden.

Der amtliche französische Berichterstatter bringt es also wirklich übers Herz, die so gut wie rein deutschen Kreise Marienburg und Elbing und außerdem den äußersten Südwestzipfel der Provinz, den rein deutschen Kreis Deutsch-Krone bei Preußen belassen zu wollen! — Andere Kreise mit 0,9 bis 6 Prozent polnischer Bevölkerung sollen dagegen schlechtweg zu Polen geschlagen werden. Daß also auch noch Teilstücke der Kreise Flatow und Schlochau bei Preußen bleiben sollen, wird sogar als eine „Kompensation" bezeichnet, die angeblich „durch ihre Billigkeit einen guten Eindruck machen" solle. Diese Kompensation darf nach französischem Urteil aber auch erst geleistet werden, nachdem eine starke militärische Besetzung ganz Westpreußens durch die Polen stattgefunden hat, d. h. nachdem den Polen ergiebige Gelegenheit geblieben ist, das statistische Bild durch die Vertreibung von Deutschen und die Heranziehung von Polen weiter zu Polens Gunsten zu färben. Unberücksichtigt ist bei dieser Statistik übrigens noch, daß die nichtdeutschen Bewohner der nördlichen Kreise Westpreußens links der Weichsel gar keine eigentlichen Polen, sondern Kaschuben sind — Kaschuben, die unter der früheren polnischen Herrschaft in tiefstem Elend gestanden und die erst unter preußischer Herrschaft zu wirtschaftlicher Entwicklung gelangt sind.

Auch in diesen Bezirken haben die Polen während der letzten Zeit bereits das Menschenmögliche getan, indem sie, namentlich in der Umgegend von Danzig, mit größtem Eifer an den Grundstückserwerb herangegangen sind. Insbesondere haben sie versucht, von dem Stützpunkt Zoppot aus, das durch die große Zahl systematisch herangezogener polnischer Badegäste polonisierenden Einflüssen stark ausgesetzt ist, Danzig von der Nordwestseite her sozusagen polnisch einzukreisen. Selbst der französische Statistiker aber muß zugeben, daß ethnographische Gründe für die Abtretung Westpreußens links der Weichsel an Polen in keiner Weise geltend gemacht werden können; wo es sich um die großpolnischen Interessen handelt, ist aber die französische Auffassung ungemein weitherzig — verspricht Polen doch, Preußen auseinanderzureißen und ein treuer Bundesgenosse Frankreichs im Rücken Deutschlands zu werden! T. D.

Im Wendenland

Von Reinhard Weer

Von den seltsamen Blumen, die auf dem verwilderten deutschen Acker sprossen, ist die Wendenbewegung wohl der seltsamsten und unerfreulichsten eine. Man hat ihr gegenüber von Reichsseite zunächst die Politik angewandt, sie zu ignorieren, dann, sie ins Lächerliche zu ziehen, wozu sie in der Tat herausfordert, und erst als diese beiden Verfahrensarten die Bewegung nicht niederzuhalten vermochten, ging man dazu über, sie sachlich zu werten und ihr mit sachlichen Gründen entgegenzutreten. Im gegenwärtigen Zeitpunkt liegt besonderer Anlaß, sich mit der Wendenfrage zu beschäftigen, insofern vor, als die Bewegung auf einem Kulminationspunkt angekommen zu sein scheint. Eine programmatische Kundgebung des wendischen Nationalausschusses hat vor kurzem dessen Ziele klar umschrieben; an Einzelforderungen waren da unter anderen diese genannt: Vereinigung aller Ober- und Niederlausitzer Wenden zu einem selbständigen Staate, in dem alle Beamten vom Fürsten oder Präsidenten bis herunter zum Polizeidiener wendisch als Muttersprache sprechen müssen; Berufung eines wendischen Parlaments, Einführung der wendischen Sprache bei Post, Eisenbahn, Gericht und allen anderen Behörden, Aufstellung eines wendischen Volksheeres, Einrichtung wendischer Schulen und Seminare. Das klingt gewiß sehr vermessen aber nicht unideal, erweckt es doch den Anschein, als bildeten kulturelle Bestrebungen die Quintessenz der Bewegung. Solcher Verschleierung gegenüber ist es angebracht, die wahren Untergründe der wendischen Wünsche mit Rücksichtslosigkeit aufzudecken und uns wie der Entente ins rechte Licht zu rücken: hinc illae lacrimae!

* * *

„Barth ist aus Paris zurück. Er bringt gute Botschaft mit." Unter solcher Verheißung sandte der Wendische Nationalausschuß seine Einladungsflugblätter ins Land. „Er spricht am Sonnabend in den Sälen des Hotels „Zur Krone" in Bautzen über die wendischen Angelegenheiten. Wenden und Wendinnen von Stadt und Land sind dazu freundlichst eingeladen." Auch mir trug der Zufall dieses in wendischer Sprache verfaßte Flugblatt auf den Tisch. Ich traf spät in der Nacht in Bautzen ein und konnte an einem kleinen privaten Vorspiel: stundenlangem Suchen nach einem Quartier in den überfüllten Hotels, erkennen, wie sehr Barths Einladung „gezogen" hatte.

Die Versammlung fand am nächsten Morgen statt. An die dreitausend Wenden, fast ausschließlich Bauern aus der Umgebung von Bautzen, füllten den harmlos mit patriotischen Fähnchen geschmückten Saal, in dem über die Abkehr von schwarz-weiß-rot und grün-weiß verhandelt werden sollte. Man sah eckige, rissige Bauern- und runde Frauengesichter; ziemlich viel Mädchen waren in Tracht mit schwarzer Haube und besticktem Seidenstreifen unter dem Kinn. Und Barth berichtete. Wie er nach Paris und zurück gekommen ist, nachdem die deutsche Regierung ihm den Paß verweigert hatte, das verriet er nicht. Hat er da etwas zu verbergen? Hat er sich des Reiseweges durch die Luft bedient, oder hat ihn sein Freund Masaryk von Prag aus nach Paris fahren lassen?

Dreitausend Wenden und Wendinnen spitzen die Ohren, zu hören, was er aus Paris an neuer Botschaft mitbringt. Der kleine Mann mit dem starken schwarzen Schnurrbart im gelben Slawengesicht spricht wendisch. Er ist ein guter Redner, der zu packen versteht: völlig frei spricht er, und starke, sichere Gestikulationen unterstreichen seine Worte. Es ist klar, daß ehrgeizige Gedanken im Schädel dieses Bauernsprößlings, der Politiker wurde, rumoren: in das alte Bautzener Schloß, die Ortensburg, als Staatsoberhaupt einzuziehen, ist ihm letztes Sehnsuchtsziel seiner wendischen Selbständigkeitspropaganda. Nach einer anderen Version soll der bisherige Bautzener Stadtverordnetenvorsteher Dr. Her-

mann zum wendischen Staatspräsidenten ausersehen sein, doch würde wohl auch in diesem Falle Barth die ausschlaggebende Rolle spielen. Er hält nach dem, was er bei der Pariser Konferenz von den Entente-Bevollmächtigten gehört hat, die Aussichten seiner Sache für günstig. Man habe ihm zugesichert, so meldet er der Versammlung, daß den Lausitzer Wenden ihr berechtigter nationaler Anspruch auf Selbständigkeit erfüllt werden solle. Es sei den Wenden das Recht zugestanden worden, eigene Vertreter zur Friedenskonferenz zu entsenden; damit sei schon dokumentiert, daß die wendische Frage nicht als deutsche innerpolitische Angelegenheit, sondern als internationale angesehen werde. Die kürzliche Meldung eines Prager Blattes, daß die Ententestaaten und besonders England den wendischen Wünschen ablehnend gegenüberständen, bezeichnet er als falsch und ganz aus der Luft gegriffen. Man erfährt nicht, mit welchen Ententegöttern zweiten oder dritten Grades er verhandelt hat, aber er weiß zu erzählen, daß Wilson die von jenen gemachten Zusagen durch einen Handschlag bekräftigt habe. Auch die gesamte Presse der Ententeländer trete rückhaltlos für seine Forderungen ein. Dann kommt für einen Augenblick der Pferdefuß der wendischen Selbständigkeitswünsche zum Vorschein: allgemeines Bravo antwortet ihm auf die Eröffnung, daß einer selbständigen Wendei kein Anteil an der Kriegsentschädigung auferlegt werden solle. Es betrübt und ernüchtert, zu erkennen, wie hinter einer idealistischen Maske Wünsche so realer Art lauern, die allein Ausgangspunkt der Bewegung und Quelle ihrer werbenden Kraft sind. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Für die wendischen Kriegsgefangenen will Barth bereits Ausnahmevergünstigungen erzielt haben; er hofft zuversichtlich, ihre baldige Rückkehr in die Heimat durchsetzen zu können. Eine selbständige Wendei braucht, wie er weiter ausführt, für ihre Industrie und Landwirtschaft nichts zu fürchten: die Entente gewähre alle Sicherheiten, daß Gewerbe und Industrie mit Rohmaterial und Aufträgen ausreichend versorgt und daß den Landwirten dieser fruchtbaren Gegenden ihre Produkte auch außerhalb der zukünftigen wendischen Landesgrenzen abgenommen würden. Letzteres kann er allerdings leicht versprechen: das landarme, bevölkerungsreiche Sachsen ist von jeher darauf angewiesen, Lebensmittel zu nehmen, wo es sie nur irgend bekommen kann; es wird in Zukunft noch mehr auf solches Zusammenraffen angewiesen sein, wenn die jetzt verschlossenen Tore der Provinz Posen, aus der es die meisten Vorräte bezog, ihm nicht bald wieder geöffnet werden. Von dem deutschen Sozialismus jedweder Schattierung will Barth nichts wissen, und zumal Sachsen ist ihm zu rot geworden; alle Sozialisierungsbestrebungen, mögen sie auch noch so gemäßigt und berechtigt sein, flößen ihm Grauen ein (man merkt wieder den Pferdefuß!). Diese Sorge scheint sehr an den Haaren herbeigezogen, denn die Regierung Gradnauer neigt auf diesem Gebiete ganz und gar nicht zu waghalsigen Experimenten. Aber er ist so gnädig, zu versprechen, daß die Wenden auch in Zukunft mit den Deutschen in der Lausitz gute Nachbarschaft halten wollen. „Es lebe unser Präsident Barth!" Hat es einer gerufen? Nein, so weit gingen sie doch nicht, Barth sieht auch einstweilen gar zu wenig präsidentlich aus, selbst gemessen an den geringen Anforderungen, die man heutzutage nach dieser Richtung stellt. Aber große Ovationen wurden ihm von seinen Bauern zuteil, während die Klänge der wendischen Nationalhymne, von dreitausend Stimmen nicht unschön gesungen, in den Rauch und Dunst unter der Decke emporstiegen und die schwarz-weiß-roten und grün-weißen Papierfähnchen der Saaldekoration in leise, zitternde Bewegung brachten. Und man beschloß auf Antrag eines Niederlausitzers, der Pariser Konferenz „Dank und Anerkennung" auszusprechen. (Die wird sich sehr geehrt fühlen!) Womit bewiesen wurde, daß ihr doch immer noch rechte Deutsche seid, ihr Wenden, mehr als ihr glaubt und es wahr haben wollt. So dankt der Hammel den versammelten Raubtieren, die, ehe sie ihm den Rest geben, sein Vließ verteilen.

* * *

Am Hebel der wendischen Bewegung steht der wendische Nationalausschuß mit Barth, Bryl und Deutschmann an der Spitze. Er versteht in sehr geschickter Weise die wendische Volksseele zu bearbeiten, wobei ihm zustatten kommt, daß diese bäuerliche Bevölkerung wenig selbständig denkende kritische Köpfe aufzuweisen hat. Wie alle Absonderungsbestrebungen, die in der deutschen Not der letzten Wochen und Monate hervortraten, wurzeln auch die wendischen nicht so sehr in idealen und kulturellen Wünschen, die freilich geflissentlich betont und immer wieder hervorgehoben werden, als in solchen sehr realer Art oder, um es ganz offen zu sagen, in brutal selbstsüchtigen Wirtschaftsinteressen, deren wenig schöne Nacktheit nur mangelhaft durch das dünne Mäntelchen kulturveller Begleitforderungen verhüllt wird. Wenn man die Triebfeder französischen Handelns, wie behauptet wird, sehr oft in einem „Cherchez la femme!“ zu erblicken hat, so wird der Richterspruch späterer Zeiten der deutschen Menschheit von heute — welchen Stammes und welcher Blutmischung sie auch sei — ein vielleicht erheblich mehr gravierendes „Cherchez la monnaie!“ nachrufen und mit hartem Wort vermelden, daß ihr der krasseste Mammonismus tiefster Wesenstrieb, teuerster Götzendienst und letzte Richtschnur alles Handelns war. So auch bei den Wenden, die jetzt auf einmal deshalb nicht mehr Deutsche sein wollen, weil sie durch solche Abkehr von ihrem alten Vaterland den Lasten der Kriegsentschädigung zu entgehen hoffen. Beklagenswerte Reichsflucht eines ganzen Volksstammes, dem sein Hab und Gut teurer ist als sein Deutschtum, an dem er früher selbst nie gezweifelt, geschweige denn gerüttelt hat. Wenn früher einmal wendische Forderungen geltend gemacht wurden, so handelte es sich dabei stets um Wünsche kultureller Art, Fragen wie die eines wendischen Sprachunterrichts in den Schulen oder eines wendischen Gottesdienstes in den Kirchen. Auch dem neudeutschen Sozialismus, den sie nicht weniger fürchten als die Kriegsentschädigung, hoffen die Wenden durch eine Loslösung vom Reiche zu entgehen. Der wendische Bauer hängt mit allen Fasern an seinem Besitz und sucht ihn sich mit Zähigkeit zu erhalten. Diese wenig ehrbaren Beweggründe haben sogar deutschstämmige Bewohner der Lausitz veranlaßt, sich der wendischen Bewegung anzuschließen. Die nationalwendische Bewegung hat so etwas von einer allgemeinen Agrarierbewegung angenommen, der die neuen politischen Verhältnisse in Reich und Einzelstaaten ein rotes Tuch sind. Die innerpolitischen Schwierigkeiten der neuen deutschen Regierung und ihre mangelnden Erfolge der Entente gegenüber haben diesem neuen Bauernbund seine Agitation erleichtert. Leider hat die neue sächsische Regierung den schweren Fehler begangen, die Bildung von Bauernräten, die in der Wendei unbedingt notwendig waren und jetzt vielleicht als Werkzeug gegen Barth und den in seinem Sinne tätigen Nationalausschuß verwandt werden könnten, zu verhindern und nur Arbeiter- und Soldatenräte anzuerkennen, die in diesem vorwiegend bäuerlichen Gebiet zur Ohnmacht verurteilt sind. Von den Plänen der neuen Regierung hat besonders der auf eine Trennung von Kirche und Staat hinzielende, mit dem auch in Sachsen viel und ungeschickt in der Luft herumgefuchtelt worden ist, fördernd auf die Sache der wendischen Separatisten eingewirkt. Es ist bei den Wahlen zur Nationalversammlung vorgekommen, daß in rein evangelischen Bezirken der Wendei eine beträchtliche Stimmenzahl auf das Zentrum entfiel, weil die Wähler allein von dieser Partei eine Wahrung des kirchlichen Ansehens erwarteten. Weiter spielen geschichtliche Gründe eine Rolle (wenn auch mehr in den programmatischen Kundgebungen als in den Köpfen), so die Behauptung, daß Wendei und Lausitz uraltes slawisches Gebiet seien, ferner die Ansicht, daß die Abdankung des Hauses Wettin, an dem die Wenden stets in Treue gehangen haben sollen, den Anfall der wendischen Lande an Böhmen zur Rechtsfolge haben. Gefördert werden solche auf ihre Richtigkeit wohl nur an der Hand von historischem Material aus den Staatsarchiven nachzuprüfenden Meinungen durch die katholische Geistlichkeit des Landes, die ihre Ausbildung in Prag zu erhalten pflegt und einen festen Bestand von Sympathien für Slawen- und Tschechentum und auf der anderen Seite Mißtrauen und Übelwollen gegen alles Deutsche von dort mitbringt. Überhaupt

laufen zahlreiche Fäden aus den beiden Lausitzen ins böhmische Land hinüber: persönliche Beziehungen zwischen den führenden Köpfen sind sehr in Pflege — man spricht von naher Bekanntschaft oder gar Freundschaft Barths mit dem sicher ungleich bedeutenderen Masaryk —, und Ehen zwischen Wenden und Tschechen sollen keine Seltenheit sein.

Die preußische und mehr noch die in erster Linie von den wendischen Loslösungsbestrebungen betroffene sächsische Regierung müssen alles daran setzen, dem wendischen Vorgehen den Wind aus den Segeln zu nehmen, ehe eine Anerkennung des selbständigen Wendenstaates durch die Entente die Absplitterung dieses Volksteiles und der von ihm bewohnten schönen und fruchtbaren Landschaft besiegelt. Zögernde Vorsichtsmaßregeln sind schon und werden zurzeit noch getroffen. So fanden gerade während meiner Anwesenheit in Bautzen in dem alten Schloß, der Ortensburg, Verhandlungen zwischen sächsischen Regierungsvertretern und der wendischen Bevölkerung statt, wobei diese durch Lehrer, Geistliche beider Konfessionen und Landwirte vertreten war. Die Beratungen endeten mit der Wahl eines Ausschusses, der die Wünsche der Wenden in Schulfragen prüfen und weiterbehandeln soll. Aber ich bezweifle, daß mit dem Nachgeben in kulturellen Fragen, die, wie früher angedeutet, nur eine Nebenrolle spielen, den Gefahren, die die Wendenbewegung birgt, begegnet werden kann. Der Sturmbock Barth will politische Selbständigkeit der Wendei und wird sich durch alle kulturellen Zugeständnisse nichts davon abhandeln lassen. Sind erst, wie er zu erreichen hofft, ständige Vertreter der Wenden bei der Friedenskonferenz zugelassen, so wird der Verlust dieses Landstriches für Deutschland kaum mehr abwendbar sein (sei es nun, daß Tschechien nach dem abgespaltenen Ländchen greift oder daß ein selbständiger kleiner Nationalstaat entsteht, der doch bald in tschechischem Fahrwasser schwimmen wird). Ein Protest des Reiches gegen die Zulassung würde ungehört verhallen. Nein, bei den Wenden selbst muß eine Gegenarbeit einsetzen, die vor politischen Zugeständnissen nicht zurückschreckt. Kein Zweifel, daß es noch Lösungen der sehr eckigen und stachligen Frage gibt, die zu einer Befriedigung der Wenden im Rahmen der deutschen Reichszugehörigkeit führen. Welcher Weg da der richtigste und gangbarste ist, ob es gilt, sächsische Landesteile zu Preußen oder preußische zu Sachsen zu schlagen und aus der neuen Zusammenfassung einen preußischen Kreis oder eine sächsische Kreishauptmannschaft mit vorwiegend wendischer Beamtenschaft oder endlich einen neuen kleinen Staat zu schaffen, der aber dem Reiche angehört, das zu ermitteln und herauszuarbeiten, sollte keine Anstrengung unterlassen werden. Und einer Tatsache sei der deutsche Beamte dabei eingedenk: die Maulwürfe Barth und Bryl graben und graben weiter, es ist Gefahr im Verzuge!

Um wieviel Menschen handelt es sich dabei eigentlich? — wird man fragen. Die Antwort darauf ist zugleich Verneinung der Berechtigung aller wendischen Selbständigkeitswünsche. Denn es sind höchstens 84 000 Menschen in ganz Deutschland (Ober- und Niederlausitz), die das Wendische als Muttersprache haben. Diese verteilen sich ungefähr je zur Hälfte auf Preußen und Sachsen; die Kreishauptmannschaft Bautzen mit etwa 40 000 ist am dichtesten mit Wenden besiedelt. Wenn die Wendenführer eine Viertelmillion Wenden angeben, so ist das propagandistischer Trug; sie zählen dabei alle möglichen Sachsen und Preußen mit, die nur irgendwie wendischer Abkunft sind, ohne dabei ein Wort wendisch sprechen zu können. Unter den 299 Landgemeinden des gemeinhin als Wendei bezeichneten Gebiets haben nicht weniger als 187 eine der Mehrzahl nach deutsche Bevölkerung, und unter den übrigen ist kaum ein Dutzend als rein wendisch anzusprechen. Von einer wirtschaftlichen Selbständigkeit des Wendenlandes kann — das verhehlen sich Barth und der Nationalausschuß selbst nicht — vollends keine Rede sein.

So sehen die Fundamente aus, auf denen Barth und Konsorten den wendischen Nationalstaat errichten wollen!

* * *

Seltsame Ironie der Namen: der derzeitige Vorsitzende des von Deutschland fortstrebenden wendischen Nationalausschusses heißt Deutschmann (so wie sich Preuß der Mann nennt, der Preußen zerschlagen will). Unter seinem Vorsitz verlief der große Wendentag mit Barths Bericht in den Bautzener Kronensälen äußerlich völlig ruhig. Nur an der Überfüllung der Gasthöfe und an den auf Straße und Plätzen aufgefahrenen Wagen konnte man erkennen, daß viel Landvolk in die alte Stadt hereingekommen war. Diese selbst sieht dem Schauspiel des wendischen Buhlens um die Gunst unserer Feinde mit sehr gemischten Gefühlen zu. Zwar würde Bautzen eine Hauptstadt werden, wenn auch nur eine Hauptstadt im Oktav- oder Duodezformat. Aber Bautzen ist ganz deutschgesinnt, von den 30 Prozent Wenden, die zu seiner Bevölkerung gehören, merkt man nichts, kaum, daß man einige wendische Aufschriften an Läden und Kaffeehäusern entdeckt, die sicher nicht der wendischen Bautzener wegen da sind, sondern eine Konzession an die Landbevölkerung darstellen, und wenn man auf den Straßen wendisch sprechen hört, so handelt es sich gewiß um Bauern und nicht um Bürger der Stadt. Zwar eine Straße nennt sich Troskystraße, was schon beinahe bedrohlich slawisch und östlich klingt, aber es stellt sich heraus, daß sie nach einem harmlosen sächsischen General benannt ist. Zwei bürgerliche Blätter und ein gemäßigt sozialistisches arbeiten den wendischen Loslösungsbestrebungen entgegen, und die in wendischer Sprache erscheinenden Zeitungen, zwei an der Zahl, mit wendisch-nationalistischer Tendenz, sollen in der Stadt nur wenig gelesen werden. Nein, das gute Bautzen ist deutsch und sächsisch gesinnt, es will von Barth, Bryl, Deutschmann und ihren Getreuen nicht viel wissen. Es hat kürzlich einen „Ausschuß sachsentreuer Wenden" ins Leben gerufen, dem hoffentlich seitens der amtlichen Stellen bald die verdiente Unterstützung zuteil werden wird. ....

Es wäre ewig schade um das fruchtbare wendische Land, wenn es fremder Zunge und fremder Wesensart untertan würde. Es wäre mehr noch schade um diese schöne alte Stadt.

Ein Kind leert einen Spielzeugkasten voll Häusern, Bäumen und Türmen, sehr viel Türmen vor allem auf einen grünen Berg aus und schiebt den ganzen Haufen dicht zusammen und ineinander. So sieht Bautzen aus, so liegt es auf seiner Höhe über dem eilenden Wasser. Feste Mauern, freundlich von der matten Winterfarbe der Gartensträucher und Rasenflächen abgelöst, gürten diese ausgeleerte Spielzeugschachtel nach der Flußseite hin, halten mit herrischer Geste den gefährlich wilden Anlauf ihrer Häuser und Türme vor dem Steilabfall des schmalen Tales auf. Ein enggebautes altes Barockschloß mit schönen vielfenstrigen Giebeln schaut, hoch über dem eingerissenen Grunde, auf einen verträumten grünen Innenhof. Von der anderen Seite her schreiben starke Felsblöcke, grau und rostbraun mit eingesprengten Quarzlichtern, dem Wasser seinen gewundenen Weg vor, und ein Kirchhof mit Steingemäuer und gelber Kapelle liegt im Höhenwind, den roten Dächern des ragenden Schloßkapitols gegenüber. Schön ist das alles, malerisch schön und von jener efeuüberrankten romantischen Recken- und Wehrhaftigkeit, die uns zwar noch aus Uhlands Balladen klingt, dem Deutschen von heute aber im Alltag seiner völkischen Not wie unter schweren Marmorplatten eingesargt ruht. Jedoch selbst in diesem Bilde nach Spitzweg- oder Schwind-Manier hat der Mammonismus steil und feil sein Wahrzeichen aufgerichtet: unten, wo das Wasser über ein steinernes Wehr rauscht, stechen zwei hohe Fabrikschornsteine wie Dornen ins Auge. Vor dem alten düsteren Massivklotz des Rathauses, das an die Mairien französischer Kleinstädte erinnert, und auf dem langen, bergan steigenden Platz zu Füßen des Reichenturmes, der wie ein verirrter Campanile in den matten Vorfrühlingshimmel Deutschlands ragt, lärmt und feilscht der Markttag. Da werden Gemüse und mattschmeckende kleine Kuchen angeboten. Man hört deutsche und russische Laute, denn ein großes Gefangenenlager ist noch in Bautzen, dessen Insassen eine fast unbeschränkte Ausgeherlaubnis zu genießen scheinen. Außen herum ist bergiges Land, viel mehr

Berge und viel mehr Land, als man zu glauben geneigt war beim Anblick der Karte, auf der es so ausschaut, als biete die Gegend gar keinen Platz für Wiesen, Wald und Acker vor lauter dichtgedrängten Siedlungen. Schönes Land, schöne alte Stadt. ....

Eine schmale Fahrbrücke ist über den Talgrund gelegt, die noch unverändert „Kronprinzenbrücke" heißt. Hier stehst du im leisen Rinnen des Regens und siehst auf das alte Stadtbild, das Erinnerungen an Couch-le-Chateau, an Wimpfen am Neckar, an Heidelberg und an burgundische Burgen weckt, die du lang vor dem Kriege einmal sahst. Und plötzlich fühlst du beim Anblick dieses feinen und guten Stückes Mittelalters, das seine verwinkelten Mauern und kühnen Türme so malerisch an das eilende Wasser gestellt hat, wie einen schmerzhaften Riß den Gedanken, dies alles könnte bei mangelnder Wachsamkeit dem Deutschtum verloren gehen. Dem Gedanken aber entspringen heiße Auflehnung und Wunsch und Mahnung an alle, die hier als Wächter stehen und stehen können: die Wendei ist nur ein kleines unter allen deutschen Landen, aber wahrlich nicht der letzten und schlechtesten eines! Sorgt, daß sie uns erhalten bleibe!

Zur masurischen Frage

Von F. Rauch

Die großpolnische Propaganda unter den preußischen Masuren setzte schon vor Jahrzehnten einerseits mit dem Auskauf von deutschem und masurischem Grundbesitz namentlich in den nach Westen zu gelegenen Kreisen, andererseits mit der völkischen Beeinflussung der Einwohner ein. Ein polnisch-katholischer Pfarrer mit dem urdeutschen Namen Wollschläger — er selbst schreibt ihn Wolszlegier — gründete in Lyck eine polnische Zeitung, die Gazeta Ludowa mit dem Sonntagsblatt Ewangelik (d. h. „der Evangelische"), sicherlich aber nicht zu dem Zwecke, die evangelischen Masuren in ihrem von den Vätern ererbten Glauben zu befestigen. Der für Preußen-Deutschland unglückliche Ausgang des großen Krieges soll die Polen auch hinsichtlich Masurens an ihr Ziel bringen. Sie strecken dabei ihre begehrlichen Hände nach Gebieten aus, die niemals einen Teil irgend eines polnischen Staatswesens gebildet haben und deren Bevölkerung nur noch durch sprachliche Rückstände an ihre ursprüngliche Herkunft erinnert wird.

Zu Beginn unserer Zeitrechnung saßen am Südufer des baltischen Meeres, etwa vom frischen Haff ostwärts, die Aethier, deren Überbleibsel noch im Stamme der Esthen in die Gegenwart hineinreichen. Das Land südlich von ihnen nahmen zwischen Weichsel und Memel gotische Stämme (westlich die Burgunden, östlich die Longobarden) ein, denen sich an der Memel und östlich davon lettische Völkerschaften (Litauer) anschlossen. Als Burgunden und Longobarden sich neue Wohnsitze suchten, verbanden sich mit den zurückgebliebenen Germanen die nachdringenden Letten. Aus ihrem Gemisch, befruchtet durch erneute Zuführung gotischen Blutes aus Skandinavien, entstand das stehlige Pruzzenvolk etwa zwischen Weichsel und Alle. Jenseits derselben berührte es sich mit den Litauern. Die Südostecke des heutigen Ostpreußen bis hin zur Memel bewohnten die stammverwandten Sudauer, in denen das litauische Element stärker wie das germanische gewesen zu sein scheint, während an den großen masurischen Seen und am Südabhange des preußischen Höhenzugs zwischen Pissek und Amuleff die Galinder saßen, deren germanisch-lettisches Volkstum schon frühzeitig durch Einwanderung einen leichten polnischen Einschlag erhalten zu haben scheint. Doch zeigen die Gräberfunde aus galindischer Zeit (u. a. Kullabrücke 1915) auch hier das entschiedene Überwiegen des germanischen Elements.

Polen fand der deutsche Ritterorden zu Beginn seiner preußischen Tätigkeit nur in dem ihm von Konrad von Masowien zum Eigentum überwiesenen Kulmerland vor. Das durch das Schwert entvölkerte Preußenland wurde mit rein deutschen Kolonisten besetzt. Zum Schutze seiner Siedelungen gegen Polen und Litauen ließ der Orden die große Wildnis etwa im Zuge der gegenwärtigen preußischen Grenze emporwachsen — schwer durchdringliche, sumpfige Waldmassen, deren innere deutsche Linie im Süden durch die deutschen Burgen Golau, Strasburg, Lautenburg, Soldau, Neidenburg, Hohenstein, Ortelsburg, Seeheftenburg, Johannisburg und Angerburg festgelegt wurde.

In diese Wildnis wanderten nun — zumal nach der Tannenberger Schlacht 1410 — Polen ein, zunächst wohl aus Masowien, dessen Namen sie in die neue Heimat hinübertrugen. Der Orden hinderte sie nicht daran, da der deutsche Einwandererstrom versiegt war. Die Steuerkraft des Landes konnte aber nur durch weitere Kolonisation desselben gesteigert werden. So durfte der Bericht über die Huldigungsreise des Hochmeisters von 1450 bereits polnische Vertreter in Johannisburg, Ortelsburg und Malga vermelden.

Die starke Vermehrung ist von jeher ein charakteristisches Merkmal der slawischen Völker gewesen. Die Umwandlung des geistlichen Ordensstaates in ein weltliches Herzogtum ließ die Landesfürsten darauf bedacht sein, zur Vermehrung ihrer Einnahmen das in Masuren erzeugte Menschenmaterial planmäßig für die Nutzbarmachung wüster Ländereien heranzuziehen. Ein Dorf nach dem andern entstand. Die Besiedelung Masurens scheint ihren Höhepunkt in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts erreicht zu haben, doch noch am Ende des siebzehnten Jahrhunderts beruft der Große Kurfürst masurische Kolonisten in das rein deutsche Ordensland, während andererseits masurische Söhne und Töchter, denen es im Elternhause zu enge wurde, weit in das deutsche Preußenland hineinzogen und in ihren Arbeits- und Dienststellen in Stadt und Land seßhaft wurden.

Für die Kennzeichnung der völkischen Eigenart der Masuren ist ausschlaggebend ihr Glaubensbekenntnis. Mit dem Einzug der Reformation in das altpreußische Ordensland wurden auch die Masuren restlos evangelisch. Zu jener Zeit fanden noch vielfach Wechselbeziehungen zwischen den Masuren und ihren Augsburgischen Glaubensverwandten in Polen statt. Diese Wechselbeziehungen hörten auf, als die Gegenreformation die Tore Polens gegen jede nichtkatholische Strömung gleichsam luftdicht abschloß. Nur einmal noch öffneten sich diese Tore Masuren zu, als ein kleiner Rest Reformierter um ihres Glaubens willen die polnische Heimat verließ, um neben Glaubensflüchtlingen aus aller Herren Länder Aufnahme in Preußen zu finden.

Mit dem Jahre 1525 beginnt das Auswachsen der Masuren zu einem besonderen Volksstamm. In ihren Vätern hatten sie die polnische Volkssprache des fünfzehnten Jahrhunderts mitgebracht. In dieser Sprache wurde für sie die Bibel, und zwar mit gotischen Lettern, gedruckt. Diese Bibel mit ihren gotischen Lettern ist der Sprach- und Schriftschatz der Masuren geworden und geblieben bis auf den heutigen Tag. Die moderne polnische Schriftsprache dagegen verdankt ihre Entstehung der Tätigkeit der Jesuitenschulen im gegenreformatorischen Zeitalter. Sie hat unter römisch-lateinischem Einfluß eine Fortbildung von der Volkssprache zur Kunstsprache erfahren und die Erzeugnisse ihres Schrifttums durch sich selbst und die selbstverständliche Anwendung lateinischer Lettern den Masuren verschlossen. Dagegen nahmen diese von vornherein an den Kulturgegnungen der preußischen Volksschule, d. h. seit ihrer planmäßigen örtlichen Ausgestaltung von den Tagen Friedrich Wilhelms des Ersten her teil.

Die polnische Grenze im Rücken, das weite Preußenland vor sich: so ergab sich naturgemäß die Entwicklung des Masuren zum Preußen und Deutschen. Wie er sein Blut an die Bevölkerung abgab, die ihm Platz einräumte in ihren heimatlichen Gefilden, so nahm er umgekehrt mit dem Preußenblut altgermanisches und lettisches und in der Folge deutsches Blut in sich auf. Drang der Masur infolge

seiner starken Vermehrung auch sprachlich weit vor, so mußte er andererseits der überlegenen deutschen Kultur auch sprachlich seinen Tribut leisten. Die Sprache seiner Väter hat sich nur noch in den ursprünglichen Ansiedlungsgebieten erhalten, aber auch dort nur noch als Haussprache mit einem geringen Wortschatze, der über die notwendigsten Dinge der Alltäglichkeit nicht hinausgeht und ihm nicht einmal mehr religiöse Erkenntnisbegriffe vermittelt, geschweige denn ihn dazu befähigt, seine entwickelten kulturellen und wirtschaftlichen, politischen und sozialen Anschauungsbegriffe zu verlautbaren. Der Masur bis hin zur Mitte des sechsten Lebensjahrzehnts kann sich gegenwärtig nur der deutschen Sprache als Schriftsprache bedienen.

Darf man in völkischer Hinsicht von einem Altpreußentum reden, so bildet das Masurentum einen zur Vollständigkeit unerläßlichen Bestandteil des ersteren. Die Masuren haben als Altpreußen schon unter den Fahnen des Großen Kurfürsten gefochten und die Entwicklung Preußens zum tragenden Unterbau des Deutschen Reiches in allen ihren Abschnitten mit Gut und Blut mitgemacht. Sie würden auch über die Überreste ihrer sprachlichen Eigentümlichkeit längst hinausgekommen sein, wenn nicht deutsche Gefühlsduselei, politischer Unverstand und übel verstandene kirchliche Belange sie geflissentlich vor dem gänzlichen Aufgehen in das Deutschtum bewahrt hätten.

Weshalb sollte man den treuesten Söhnen Ostpreußens ihr sprachliches Erbe mißgönnen? Deutsche Gelehrte und Altertumsforscher wollten sich ihr masurisches Betätigungsgebiet nicht verkümmern lassen. Wozu sollte man ferner die Masuren dem deutschen Liberalismus geradezu in die Arme treiben, indem man sie daran Gefallen finden ließ, deutsche Zeitungen zu lesen? Politische Klugheit überschüttete sie und überschüttet sie noch heute mit zweifelhaften Übersetzungen deutscher Aufklärungsschriften, anstatt diese selbst der lesebedürftigen, durchaus deutsch geschulten Bevölkerung in die Hand zu geben. Und schließlich, wozu sollte man die treuen Bekenner der Kirche der kirchenleerenden Tagesweisheit und ihren verderblichen Treibereien aussetzen? In der kirchlichen Statistik schnitt Masuren seit alten Tagen immer gut ab. Sein Ruhm durfte nicht verloren gehen. So entstanden in den Schreibstuben jene Nachweise, auf die unsere Gegner sich als auf amtliche berufen, wenn sie die Zuweisung Masurens zu Polen betreiben. Das Recht der Selbstbestimmung darf aber auch dem Masuren gegenüber nicht unterbunden werden. Es gestattet ihm zu verlangen, daß für seine Zuweisung zu einem nationalen Verbande nicht die kurzsichtige Kirchturmspolitik seiner vermeintlichen Freunde, noch die weitsichtige Ausdehnungspolitik seiner offenbaren Feinde, sondern allein sein eigener Wille maßgebend sein darf. Über völkische Bedürfnisse entscheidet im letzten Grunde doch nicht der Laut der Lippen, sondern der Schlag des Herzens.

Die Aufrollung der masurischen Frage ist von langer Hand vorbereitet — etwa seit jenen Tagen, da nicht nur die außerdeutsche, sondern auch eine gewisse großdeutsche Politik alle Hebel in Bewegung setzte, um eine Einigung der deutschen Stämme und Gaue unter Preußens Führung zu verhindern, und da man den Plan faßte, zur Unschädlichmachung der Hohenzollern den altprotestantischen Herd in Preußen durch Einkreisung von Osten und Westen zu erdrücken. Ich meine die Zeit um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Tausende und abertausende Masuren, denen die Heimat zu eng wurde, wanderten in die Industriegegenden des Westens ab. In ihre leer gewordenen Plätze schob eine unsichtbare Hand neue polnische Einwanderer hinein und polnisches Kapital, zumeist auf preußischem Boden erworben, begann planmäßig alten deutschen Besitz in Masuren auszukaufen. Die Absicht war zu deutlich, als daß man sie preußischerseits gänzlich hätte übersehen können. Aber die nachbismarckschen Politiker — auch die Polenpolitiker — haben zum mindesten eine unglückliche Hand gehabt, wenn sie nicht unter unsichtbarer Willensbeeinflussung gerade das tun mußten, was vom preußischen Standpunkte aus das Verkehrteste war. Anstatt neue Verwaltungsbezirke mit überwiegend rein deutschem Charakter zu bilden und diesen gefährdete Teile Masurens zur völkischen und wirtschaftlichen Aufsaugung zuzuweisen, vereinigte man die Kreise

mit teilweise masurischer Bevölkerung zu einem Regierungsbezirk, dessen Hauptstadt man ausgesucht in den nationalpolnisch verhetzten Südzipfel des Ermlandes, d. h. in die Herdstätte der nationalpolnischen Propaganda von Ostpreußen verlegte. So entstand als wirtschaftspolitische Einheit, wie geschaffen für die Bedürfnisse eines polnischen Imperialismus, der Bezirk Allenstein. Wer über das Weichbild seiner Hauptstadt auf das glatte Land wandert, findet dort Leute polnischer Zunge. Folglich muß der Bezirk Allenstein polnisch sein, wenn auch die Polen vor Allensteins Toren nur auf dem Wege über die Masuren in geschichtlich nachweisbarer Zeit und zwar seit 1772 zu der Würde von Urpolen emporgeschraubt sind. Im Jahre 1772 fiel nämlich die politische Grenze zwischen dem Gebiete des alten Herzogtums und dem von Ermland. Was dem deutschen Domkapitel in Frauenberg trotz jahrhundertelanger polnischer Oberhoheit bis dahin gelungen war, nämlich das Ermland rein deutsch zu erhalten, wurde durch die Wiedervereinigung der altpreußischen Landesteile zur Unmöglichkeit.

In unserer Zeit, wo die Umwertung politischer und sittlicher Begriffe feil ist wie Brombeeren, wird vielleicht auch mancher Masure den gleißnerischen Lockungen eines polnischen politischen Kokottentums zum Opfer fallen. Wirtschaftliche Rücksichten und Hoffnungen sollen manchmal stärker sein als völkische Würde und nationales Pflichtbewußtsein, aber doch nur da, wo das Herz nicht mehr lauter ist. Die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung Masurens, wenn sie nicht schon durch die Geburt rein deutsch ist, bekennt sich aber zu dem Worte:

Masurenherz ist rein, nur wenn es preußisch ist.
Ein Preuß' kannst du nur sein, wenn du ein Deutscher bist.

Mittelmeerprobleme

Von allen befahrenen Meeren der Erde hat das Mittelländische wie schon sein Name andeutet, die Eigenart, daß es bei relativ geringer Oberfläche die größte Anzahl von Konkurrenten aufweist. Und da sich der Mittelmeerhandel wegen der Natur der nordafrikanischen Länder vorläufig nur langsam intensiv steigern läßt, infolgedessen auf extensive Steigerung angewiesen ist, durch die Schwächung der Türkei aber augenblicklich Gelegenheit geboten ist, neue äußere Stützpunkte zu erwerben, so ist um diese östlichen Häfen ein scharfer Konkurrenzkampf entbrannt.

An der Spitze der Mittelmeermächte steht Frankreich, das durch Tunis und Algerien die westliche Hälfte des Meeres fast unumschränkt beherrscht. Der Ring wäre nahezu völlig geschlossen, wenn die zur Abrundung des nordafrikanischen Grundbesitzes eifrig betriebene Aufschließung und Besitzergreifung Marokkos auch zum unbeschränkten Besitz der Nordküste geführt hätte. Daß Frankreich hier auf den Widerstand Deutschlands stieß, hat es diesem nie verziehen und noch heute schlingt sich durch die französische Presse ein Sagenkranz von angeblich immer noch wirksamen deutschen Intriguen in Marokko. Diese Besorgnis vor dem deutschen Einfluß macht sich dann auch in der Forderung nach Aufhebung der Algecirasakte und der Entinternationalisierung Tangers geltend, ja man suchte Spanien nach Europa zurückzudrängen, indem man es mit einem Austausch von Gibraltar gegen Ceuta lockte. Da aber England gegen diesen Plan harthörig blieb und man obendrein Bedenken bekam, das stärkere England nach Marokko zu locken, beschränkte man sich einstweilen unter Benutzung der inneren spanischen Unruhen darauf, mit allen Registern gegen die deutschfreundliche Partei in Spanien zu hetzen und das Nachbarland mit nur schwach verhüllten Drohungen zu schrecken. Mit wenig Erfolg übrigens, denn der Graf Romanones hat erst kürzlich mit aller Energie

und Deutlichkeit erklären lassen, die Marokkofrage sei eine spanische Lebensfrage. Ob man es in Frankreich zum äußersten kommen lassen wird, ist nicht deutlich, wahrscheinlich ist es nicht, denn je greifbarer die natürlichen Gegensätze Englands zu Frankreich hervortreten, je mehr wird letzteres darangehen müssen, dem Gedanken des Bundes der lateinischen Nationen näherzutreten, mit dem es Italien gegenüber nach Wochen der Verstimmung gerade jetzt wieder kokettiert und der ohne Spaniens Beteiligung nie genügend Konsistenz erhalten kann.

Das Übergewicht Frankreichs abzuschwächen, hat Italien seit seinen Vorbereitungen zum Kriege mit der Türkei versucht, der ihm Tripolis und den einstweiligen Besitz des Dodekanes eintrug. Frankreich hat diese Schmälerung seiner Vorherrschaft dulden müssen, um Italien von den Mittelmächten wegzulocken. Inzwischen aber ist Italiens Begehren ins Ungeheure gewachsen. Daß es zur unumschränkten und endgültig gesicherten Beherrschung des adriatischen Meeres so ziemlich die ganze dalmatinische Küste verlangt, möchte trotz der französischen Sympathien für die Südslawen noch hingehen, man wäre in Frankreich zur Aufgabe aller Bedenken bereit, wenn nur Italien dem französischen Plan eines Donaubundes, gegen den es sich mit allen Kräften aus Furcht vor wirtschaftlicher Wiedererstarkung der Länder der früheren Donaumonarchie sträubt, oder wenigstens dem einer Neutralisierung Deutsch-Österreichs, die den von Frankreich als überaus bedrohlich empfundenen Anschluß an Deutschland verhindern soll, beistimmen möchte, aber daß Italien auch den Dodekanes und Adalia, den besten Hafen zwischen Alexandrette und Smyrna samt Hinterland bis zur Bagdadbahnstrecke verlangt, erscheint Frankreich für seine Syrien-Pläne nicht ungefährlich. Zum Glück erstehen Italien scharfe Konkurrenten einerseits in den Südslawen, die unter keinen Umständen von Fiume lassen wollen, eigentlich aber den Isonzo als Grenze fordern, andrerseits in den Griechen, die nicht nur Nordepirus besetzt halten und Bulgarien vom ägäischen Meer abdrängen wollen, sondern auch den Dodekanes und das von italienischen Blättern gleichfalls verlangte Smyrna beanspruchen (mit den gesamten beiden Vilajets Aidin und Brusse).

All diese Probleme aber werden ins Unendliche kompliziert durch den schwerwiegenden Umstand, daß das Mittelmeer nicht den Uferstaaten allein gehört, sondern Englands Seeweg nach Indien bildet. Seit der Eröffnung des Suezkanals ist auch England eine Mittelmeermacht geworden, und seitdem es den Suezkanal durch Ägypten sicherte und zur Sicherung Ägyptens auch Arabien brauchte, zwischen Ägypten aber und Indien die gesamte Küste des Indischen Ozeans an sich zu bringen suchte, war es ganz natürlicherweise genötigt, diesen Besitz durch eine möglichst unbeschränkte Herrschaft über das östliche Mittelmeer zu sichern, zu festigen und abzurunden. Daß dieser Plan schon sehr, sehr alt sein muß, beweist Englands Bestreben, unter allen Umständen Rußland von Konstantinopel fernzuhalten. Eine neue Macht im Mittelmeer, die, im Besitz von Konstantinopel, alsbald die Balkanstaaten unter ihren Einfluß gebracht haben würde, und, einmal an ein freies Meer gelangt, unbegrenzter Entwicklung fähig war und einerseits auf dem Balkan, womöglich mit Einverständnis des verbündeten Frankreichs auf Kreta und Cypern, andrerseits in Persien fußend ganz Syrien, Palästina und damit auch Arabien und Ägypten bedroht hätte, konnte unter keinen Umständen geduldet werden. Als man der Einkreisungspolitik zuliebe Rußland Konstantinopel zusprechen mußte, forderte man wenigstens, um jederzeit einen Vorwand zum Dreinreden zu ermöglichen, Internationalisierung der Dardanellen. Jetzt, da man Rußland einstweilen nicht mehr zu fürchten hat, wird letztere Forderung aus durchsichtigen Gründen nur von Frankreich erhoben, das auf seinen alten Einfluß in der türkischen Hauptstadt baut. Aber auch den wissen die Engländer zurückzudrängen: während die französischen Truppen Odessa räumen mußten und in äußerst bedrohlicher Lage sind, haben die Engländer in Konstantinopel die Polizeigewalt an sich gerissen und fordern die athenischen Expansionisten nicht nur Thracien für Griechenland, sondern auch das alte Byzanz mit seinen 364 000 griechischen Bewohnern selbst, so daß die Franzosen jetzt schon wieder gewillt sind, die viel umstrittene Hauptstadt der jetzt nicht mehr gefährlichen Türkei zu lassen.

Englands Hauptbestrebung aber ist auf Sicherung Ägyptens auch von der Landseite her gerichtet. Der erste Schritt dazu war die gelegentlich der türkischen Kriegserklärung vollzogene anscheinend endgültige Besetzung Cyperns, der zweite die 1915 durch Vertrag gesicherte Aufteilung Syriens, der dritte der in aller Stille glänzend vorbereitete und vortrefflich durchgeführte Feldzug in Palästina, der vierte die moralische Unterstützung und kaum versteckte Forderung der zionistischen Bestrebungen, der fünfte die Gründung des arabischen Hedjasreiches und die Begünstigung des Panarabismus, die England einen hervorragenden, von Frankreich als überaus bedrohlich empfundenen Einfluß auf den Islam sichert. Nachdem England dann auf der Friedenskonferenz den Hedjasplan hat fallen lassen müssen, besteht es doch mit Nachdruck auf dem Besitz der Häfen Palästinas, das seinerseits des besseren Ansehens halber internationalisiert werden soll (wobei der Besitz der Häfen natürlich das Überwiegen des englischen Einflusses sicherstellt) und Schaffung einer Mittelzone zwischen dem französischen Libanonprotektorat und dem englischen in Mesopotamien. Alexandrette soll Freihafen werden. Frankreich dagegen, auf jahrhundertelange Tradition und zahlreiche Schul- und Missionswerke gestützt, wünscht Zusammenschluß und Verselbständigung der syrischen Nation und beansprucht für sich Beyruth und das Gebiet nördlich davon, wodurch auch ganz Cilicien unter seinen Einfluß kommen würde. Je mehr Frankreich hier erreichen wird, desto stärkere Reibungsflächen werden gegen England geschaffen werden, was wiederum zugunsten einer französisch-italienischen Annäherung sprechen würde.

Soviel wird aus dieser zusammengedrängten Übersicht schon heute klar: endgültig gelöst werden können diese Probleme schon wegen der Unübersehbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der wetteifernden Staaten auf der Friedenskonferenz nicht, namentlich da auch das vielberufene Nationalitätenprinzip in der Levante selten eine eindeutige Lösung zuläßt. Alle vorläufigen Entscheidungen aber werden den Keim zu neuen Verwicklungen legen, und wenn auch die französische Zensur jede Äußerung des Mißmuts gegen den mit Riesenschritten voraneilenden Orientkonkurrenten unterdrückt, auf die Dauer wird sich Frankreich doch vor die Wahl gestellt sehen, entweder sein jahrhundertealtes Orientprestige gänzlich verloren zu geben, oder sich nach neuen Bündnissen umzusehen. Schon die lebhafte Beanspruchung eines Teiles der deutschen Kriegsflotte für Frankreich und — Italien spricht beredt genug.

Menenius

Neue Bücher

Ein Buch zu rechter Zeit ist die im Herbst 1918 bei Fischer (Jena) erschienene 3. Auflage der gekrönten Preisschrift **„Vererbung und Auslese"** von Wilh. Schallmayer, die in ihrer erweiterten Form den Untertitel „Grundriß der Gesellschaftsbiologie und der Lehre vom Rassedienst für Rassehygieniker, Bevölkerungspolitiker, Anthropologen, Soziologen, Erzieher, Kriminalisten, höhere Verwaltungsbeamte und politisch interessierte Gebildete aller Stände" trägt.

Ein Volk, das im Begriff ist, sich eine neue Staatsverfassung und Gesellschaftsordnung zu schaffen, hat die heilige Pflicht, sich über die unerschütterlichen Grundlagen von Staat und Gesellschaft zu unterrichten. Das sind die naturgesetzlichen Entwicklungs- und Lebensbedingungen der Menschen; denn Träger von Staat und Gesellschaft ist der Mensch, eine Binsenwahrheit, die in ihrem gesam-

ten Folgen erst von wenigen Politikern erfaßt worden zu sein scheint. In einem demokratischen Staate mit allgemeinem gleichen Wahlrecht ist aber eigentlich jeder Bürger mehr oder minder Politiker.

Angesichts des Umstandes, daß die 2. Auflage des Schallmayerschen Buches seinerzeit in dieser Wochenschrift (1911 Nr. 23 und 24) durch Prof. Becher-Münster i. W. in einem „Rassedienst" benannten Aufsatz eine eingehende und verständnisvolle Würdigung erfahren hat und die Grundgedanken des Werkes keine Veränderung erlitten haben, könnte es genügen, auf die neue Auflage aufmerksam zu machen. Die Wichtigkeit und Aktualität des Gegenstandes, sowie einige Abweichungen in der Auffassung grundlegender Fragen zwischen dem derzeitigen und heutigen Berichterstatter rechtfertigen es indessen, unter ausdrücklichem Hinweis auf die frühere Besprechung dem Buche einige Zeilen zu widmen. Die dort gegebene Entwicklung des Gedankenganges, sowie die Schilderung der sich aus den wissenschaftlichen Grundlagen ergebenden praktischen Forderungen kann hier nicht wiederholt werden.

Die Lehre vom „Rassedienst" geht aus von der, wie auch Becher hervorhebt, „heute von fast allen Naturforschern als wohl begründete Theorie anerkannten" Darwinschen Entwicklungslehre, „die eine Abstammung kompliziert gebauter, hochstehender Lebewesen von einfacheren, zuletzt ganz einfachen Organismen annimmt". Sie baut sich auf den Tatsachen der Vererbung und Auslese auf. Der Weg, der zur Erreichung des Zieles: Gesundhaltung und Vervollkommnung der Rasse (bezw. des Volkes als fortzeugende Lebenseinheit) in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung, einzuschlagen ist, hängt nun von der Stellungnahme gegenüber den betreffenden, in jenen Tatsachen enthaltenen biologischen Problemen ab. Wer mit Lamarck glaubt, daß Umweltseinflüsse, insonderheit Übung bezw. Nichtgebrauch eines Organes nicht nur das Erscheinungsbild, sondern gleichzeitig auch das Erbbild des Menschen gleichsinnig zu ändern vermögen, wird selbstredend die Vervollkommnung der Rasse durch Schaffung einer möglichst günstigen Umwelt und Übung wertvoller Anlagen — (auch unsere geistig-sittlichen Fähigkeiten sind organisch bedingt) —zu erreichen trachten. Wer dagegen mit Weismann die Möglichkeit der erblichen Übertragung nur von dem Personalteil im Laufe des Lebens erworbener Eigenschaften bestreitet, und die Erbmasse als eine von Geschlecht zu Geschlecht weiter gegebene, also im Gegensatz zum Erscheinungsbild gewissermaßen unsterbliche und willkürlich durch äußere Einwirkung nicht beeinflußbare Größe betrachtet, wird einen anderen Weg zur Verbesserung des „organischen Erbgutes" des Volkes wählen müssen. Nur dadurch, daß er Sorge trägt, daß sich bei der Fortpflanzung hochwertige Erbeinheiten von seiten des Vaters und der Mutter vereinigen, wird es ihm möglich sein, eine sich im Erscheinungs- und Erbbilde des Erzeugten ausprägende Steigerung der Anlagen zu erzielen. Mit anderen Worten, ihm bleibt nichts übrig als die Auslese.

Schallmayer lehnt den Lamarckismus entschieden ab, meines Erachtens mit Recht; wie Becher meint, ohne genügende Begründung. Ich kann letzterem Urteil nicht zustimmen. Wenn Becher in den von Semon zusammengestellten Experimentalergebnissen verschiedener Forscher einen Beweis für die allgemein, aber ungenau, sogenannte „Vererbung erworbener Eigenschaften" sieht, so ist zu entgegnen, daß es sich dabei nur um eine Scheinvererbung durch Nachwirkung von Umweltseinflüssen auf das nächste Geschlecht handelt. Das übernächste zeigt bei höher organisierten Lebewesen die betreffenden Veränderungen schon nicht mehr, hat sie also nicht ererbt. Bei dem zähen Festhalten einzelner Forscher am Lamarckismus ist meines Erachtens offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Möglichkeit, durch Verbesserung der Lebensbedingungen, Vervollkommnung der Organismen erzielen zu können, hat etwas sehr Verlockendes. Der Weg ist bequem und man vermeidet, soweit rassenhygienische Bestrebungen in Betracht kommen, den Zwiespalt zwischen persönlichen und gesellschaftlichen Interessen einerseits und Rasseinteressen anderseits. Wenn ich Minderwertige

in Vollwertige verwandeln kann durch Änderung der Lebensumstände, so brauche ich sie natürlich nicht von der Fortpflanzung auszuschließen. Auffallend ist mir, daß die Lamarckisten sich nicht sagen, daß, wenn Übung eines Organs die entsprechende Erbanlage verbessert, selbst bei nur ganz minimalen Fortschritten von Geschlecht zu Geschlecht, die Menschheit eine bereits viel höhere Stufe der Vollkommenheit erreicht haben müßte, als sie heute tatsächlich einnimmt. Gewiß, wir haben in sittlicher Hinsicht große Fortschritte im Laufe der Jahrtausende gemacht, insonderheit hat die Nächstenliebe unter der Herrschaft des Christentums eine weit- und tiefgehende Entwicklung erfahren: die Kinder werden aber heute noch mit mehr oder minder ausgesprochener Ichsucht geboren und müssen immer wieder erst zum Altruismus erzogen werden. Überhaupt wird kaum ein Pädagoge die Behauptung wagen, daß die Erziehung der Jugend, wenn wir von den technischen Hilfsmitteln absehen, heute leichter ist, als sie vermutlich vor etlichen tausend Jahren war, was bei der starken Pflege, welche die sozialen Instinkte mit fortschreitender Kultur erfahren haben, doch der Fall sein müßte, wenn der Lamarckismus zu Recht bestände. Unsere Fortschritte sind bedingt durch Steigerung der Überlieferungswerte, nicht der Erbwerte.

Die den Lamarckismus bestreitende Weismannsche Lehre von der „Kontinuität des Keimplasmas", d. h. der Erbmasse, und dessen Unbeeinflußbarkeit, durch die Umwelt hat nun durch die neuere Zell- und Erblichkeitsforschung eine starke Stütze erhalten. Semons Versuch, zwischen jener ersteren Lehre und dem Lamarckismus eine Brücke zu schlagen, war geistvoll, ist aber durchaus mißglückt. Die ausgezeichnete Darstellung der vom Augustinerpater Gregor Mendel in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gefundenen, aber unbeachtet gebliebenen und 1901 von Correns, Tschermak und de Vries neu entdeckten Vererbungsregeln — (oder man darf heute dreist sagen Gesetzen) —bildet eine wertvolle, dringlich gewordene Bereicherung der 3. Auflage des Schallmayerschen Buches. Wir dürfen heute sagen, daß alle Vererbung zweieltriger Wesen ein „Mendeln" ist, d. h. nach den genannten Gesetzen für Kreuzungen geschieht. Die Vererbung erfolgt mit zahlenmäßiger Gesetzmäßigkeit, so daß bei weniger zusammengesetzten Lebewesen, z. B. etlichen Pflanzen, der erfahrene Forscher vorhersagen kann, in welchem Zahlenverhältnis die Kreuzungsprodukte Blätter und Blüten von dieser oder jener Gestalt bezw. dieser oder jener Farbe haben werden. Beim Menschen liegen die Verhältnisse natürlich viel verwickelter. Wegen der Fülle der Erbeinheiten, die eine in die Millionen gehende verschiedene Zusammenfügung gestatten und sich zum Teil gegenseitig bedingen, zumal strenge Inzucht ausgeschlossen ist, eine Voraussage unmöglich. Menschen nach Mendelschen Regeln züchten, das können wir nicht. Trotzdem ist deren Entdeckung für die praktische Rassenhygiene von großem Wert. Indem diese Regeln das alte Wort bestätigen „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", lehren sie die hohe Bedeutung der von Schallmayer schon 1891 geforderten erbbiographischen Personalbogen für die Eugenik. Diese Bogen, in welche für jede Person von ihrer Geburt an gewisse zur Beurteilung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Erbanlagen dienliche Beobachtungen durch zuständige Personen eingetragen werden sollen, würden allmählich zu Familienstammbüchern anwachsen, „die nicht nur über pathologische, sondern auch über andere bemerkenswerte Erbanlagen der Vorfahren und ihrer Seitenverwandten Aufschluß gäben". Damit würde dem heute noch in weitem Umfang zu Recht bestehenden Einwand, wir können keine Eheverbote erlassen, denn wir sind außerstande, die Erbanlagen eines Menschen zu erkennen, der Boden entzogen zu werden. Selbst sog. rezessive, d. h. von anderen überdeckte, und nur dann, wenn die Erbmasse beider Eltern sie beherbergt, im Kinde in die Erscheinung tretende Anlagen könnten auf Grund solcher Stammbücher aufgedeckt, und es könnte, sofern es sich um schwere verborgene Krankheitsanlagen von beiden Seiten handelt, die geplante Ehe vermieden werden.

Die Mendelforschung hat die Bedeutung der Auslese für die Rassenhygiene ins rechte Licht gestellt; eine Bedeutung, die auch von Becher trotz seiner Ver-

teidigung des Lamarckismus anerkannt wird, und die nach ihm auch von demjenigen zuzugeben ist, der die Rolle, welche nach Darwin und Weismann die Selektion bei der Entstehung der Arten gespielt hat, für gering erachten. Es sei dies ausdrücklich hervorgehoben angesichts neuerer, von namhafter Seite unternommener Versuche, den Wert des Auslesegedankens für die Entwicklungsgeschichte der Organismen herabzusetzen und im Gefolge davon den „ethischen, sozialen und politischen Darwinismus" abzuwehren. „Alle Gestalten sind ähnlich, doch keine gleicht der anderen und so deutet der Chor auf ein geheimes Gesetz." (Goethe.) Dieses Gesetz hat, soweit die Verschiedenheit zwischen Artgenossen, Eltern und Kindern und Geschwistern untereinander in Betracht kommt, der Mendelismus im Verein mit der neuen Zellforschung aufgedeckt. Was man früher als erbliche Varietät bezeichnete und über dessen Ursächlichkeit man sich keine Rechenschaft geben konnte, beruht darauf, daß bei der Reifung der Geschlechtszellen eines Individuums einige, aber nicht immer die gleichen Erbeinheiten (Gene) ausgestoßen werden und daß die einzelnen Gene sich getrennt vererben und in der mannigfaltigsten Weise miteinander verbinden können. Änderungen des Erbbildes durch unmittelbare Einwirkung äußerer Faktoren auf die Erbmasse, sog. Mutationen, scheinen nur in sehr geringem Umfang vorzukommen. Ihre Entstehung bedarf noch der Aufklärung. Beim Menschen rechnet man dazu die Schädigung der Erbmasse durch sog. Keimgifte, Alkohol, Nikotin, Blei, Phorsphor, Quecksilber, das Malaria-, Tuberkulosen- und Syphilisgift und so weiter. In der 2. Auflage erkannte Schallmayer dem Alkohol noch eine schädigende Einwirkung auf die Erbmasse zu. Neuerdings steht er der Frage der Keimgifte zweifelnd gegenüber. Mit Recht betont er, daß Gifte, welche in die Geschlechtszellen eindringen, deshalb noch nicht die im Zellkern besonders geschützt liegende Erbsubstanz zu erreichen brauchen. Es kann sich bei der Minderwertigkeit der Alkoholikerkinder sehr wohl nur um eine Minderwertigkeit des Erscheinungsbildes, bedingt durch die meist sehr schlechten Aufzuchtsbedingungen in Trinkerfamilien handeln. Es ist zuzugeben, daß die Statistiken und Experimente, welche die entartende Wirkung des Alkohols beweisen sollen, durchaus der Nachprüfung bedürfen. Der Kampf gegen den Alkohol wird dadurch aber nicht berührt. Ganz abgesehen davon, daß er notwendig ist aus individuellen und sozialen Gründen, gereicht er auch der Rasse zum Vorteil; denn der Alkoholismus übt mittelbar einen sehr ungünstigen Einfluß auf den Rasseprozeß aus.

Da, wie wir sahen, die Beeinflussung des Erbbildes durch Umweltseinwirkungen, welche das Erscheinungsbild treffen, abgelehnt werden muß, Mutationen aber nur eine sehr geringe Rolle spielen und insonderheit Mutationen im Sinne einer Verbesserung der Erbverfassung beim Menschen nicht beobachtet worden sind, so bleibt, wie schon angedeutet, zur Erreichung des Zieles der Rassenhygiene nichts anderes übrig als die Auslese, und zwar die Fortpflanzungsauslese. Die in der Natur herrschende Lebensauslese, die dadurch züchtend wirkt, daß der Schwache, ehe er zur Fortpflanzung gelangt, hinweggerafft wird, kann für die Rassenhygiene nicht in Betracht kommen. Denn diese will nicht, wie ihr das zuweilen unterstellt wird, zur Barbarei zurückkehren, sondern lediglich Ausgleiche schaffen für die im Wesen unserer Kultur liegende Gefahr der Entartung.

Während anfangs die meisten vorwiegend Rassenhygieniker durch Ausschaltung minderwertiger Erbmassen bei der Fortpflanzung die durchschnittliche Erbgüte der Bevölkerung zu heben trachteten, wird heute von denjenigen, die sich am eingehendsten mit dem Problem beschäftigt haben, so auch von Schallmayer als einem der ersten, der Nachdruck auf die größere Fruchtbarkeit der überdurchschnittlich Tüchtigen gelegt. Die Tüchtigen müssen sozusagen die Mindertüchtigen überwuchern. Während in China die geistig und sittlich höher stehenden Klassen eine größere Kinderzahl haben als die tieferstehenden, hat unsere europäische Kultur dahin geführt, daß sich das höhere geistig-sittliche Erbgut schwächer

vermehrt als das geringere. Das Ergebnis dieses Prozesses muß eine sich langsam vollziehende, heute freilich noch verdeckte Herabminderung der durchschnittlichen seelischen Tüchtigkeit des Volkes sein.

Aus diesem Grunde ist praktische Rassenhygiene kein Zukunftsideal, sondern eine dringende Tagesforderung. Die rassenschädigenden Nebenwirkungen der Kultur müssen durch mit letzterer vereinbare, auf unmittelbare Fruchtbarkeit der überdurchschnittlich Tüchtigen hinzielende Maßnahmen ausgeglichen werden. Dann werden wir unser Volk im Gegensatz zu der Mehrzahl der alten Kulturvölker vor dem Tode bewahren können. Denn der Völkertod ist kein natürlicher Alterstod, kein Naturgesetz, wie von soziologischer Seite zuweilen behauptet wird, sondern nur eine vermeidbare geschichtliche Erscheinung; „die Mittel des modernen Staates zur Beeinflussung des Rasseprozesses sind ..... mannigfaltig und mächtig und die kulturelle Begabung des deutschen Volkes ist besonders reich".

Diesen Mitteln widmet Schallmayer in dem 2. Hauptteil seines Werkes „Ziel und Wege des Rassedienstes" — (der erste behandelt „Die wissenschaftlichen Grundlagen des Rassedienstes") — eine eingehende, gedankenreiche Darstellung. Rassenhygienische Eheverbote, Sterilisierung, Zwangsasylierung, Beeinflussung der Fortpflanzungsauslese durch die Sexualordnung, durch das Erziehungs- und Schulwesen, durch eugenische Auszeichnungen, durch das Strafrecht, durch Heilkunde und Personenhygiene, durch Reform einer Verteilung des Volkseinkommens, durch die „Wehrsteuer", Beeinflussung der Gattenwahl, Verhütung der Keimvergiftungen und so weiter werden einer eingehenden Kritik unterzogen. Mit Recht wird besonderer Nachdruck auf die Erziehung zur rassenhygienischen Moral, d. h. auf die Entwicklung sozialer Anlagen im weitesten Sinne gelegt.

Von besonderem Gegenwartsinteresse sind das Schlußkapitel „Staatenvereinigung in rassenhygienischem Interesse" und die Ausführungen über „die Auslesewirkungen der Kriege" im 1. Hauptteil.

Ich muß mich mit diesen kurzen Hinweisen begnügen. Nur ein Punkt, in welchem ich von dem Verfasser etwas abweiche, sei hier noch kurz berührt. Schallmayer wirft die Frage auf: „Ist das ‚nordische Blut' zu bevorzugen?" Sie wird von ihm entschieden verneint. Es ist ihm durchaus beizupflichten, daß die Gobineausche Theorie von der gewaltigen Überlegenheit der nordischen Rasse auf schwachen Füßen steht, daß von Reinrassigkeit bei uns keine Rede sein kann und daß dieselbe sogar nicht einmal erwünscht ist. Er hat auch darin recht, daß die Entfachung des Rassehasses in Deutschland, namentlich zwischen nordischer und alpiner Rasse, tief beklagenswert wäre. Er nimmt aber einige „Germanenschwärmer" offenbar viel zu ernst. Auch entspricht seine Fragestellung nicht den bei uns in Nordostdeutschland herrschenden Verhältnissen. Es ist dies begreiflich, da er einem süddeutschen Geschlecht entstammt und den allergrößten Teil seines Lebens in Süddeutschland zugebracht hat. Bei uns handelt es sich nicht um die Frage „Ist das nordische Blut zu bevorzugen?", sondern um diejenige: „Verdienen die im Volke enthaltenen, im Rückgange begriffenen und durch Zustrom fremder Rassenelemente von Osten ständig bedrohten spezifisch nordischen Erbeinheiten geschützt zu werden?" Eine Frage, die meines Erachtens zweifellos bejaht werden muß. Daß einer Bevorzugung staatlicherseits schwere Bedenken entgegenstehen, gebe ich zu. Von Staats wegen kann zum Schutze des nordischen Elementes nichts anderes als eine Erschwerung der Einbürgerung zuwandernder Rassefremdlinge, zu denen außer Semiten auch die, einige nordische Erbeinheiten in sich tragenden Slawen zu rechnen sind, geschehen. Wenn Schallmayer meint, die Franzosen seien politisch zu geschult, um durch Aufwerfung der Rassenfrage Zwietracht unter sich zu säen, so ist zu bedenken, daß die diesbezüglichen Verhältnisse in Frankreich ganz anders liegen als in Nordostdeutschland, welches die westwärts gerichtete semitisch-slawische Flut aufzufangen hat. Die geographischen Verhältnisse sind auch der Grund dafür, daß in England die Judenfrage nicht entfernt die Rolle spielt wie bei uns. Ich befinde mich darin in Übereins

stimmung mit Fritz Lenz, daß die Rassenfrage letzten Endes keine Wert-, sondern eine Gefühlsfrage ist. Aus diesem Grunde kann sie kein Bestandteil der Politik eines verschiedenrassigen Volkes sein. Aber, wie ich meine Familie, im weiteren Sinne, auch wenn sie weniger wertvoll ist als manche andere, bevorzuge, wie ich meine Heimat, auch wenn sie an natürlichen und kulturellen Reizen anderen Landschaften nachsteht, besonders liebe, so steht mir auch meine Rasse näher, als jede andere, wenn ich diese noch so hoch einschätze. Dem widerspricht auch nicht die Tatsache, daß keiner von uns reinrassig ist. Es ist das Gefühl der Zugehörigkeit, was hier entscheidet. Dieses Gefühl kann bis zu einem körperlichen Widerwillen gegen einzelne, sogar kulturell sehr hochstehende Rassen gehen. So töricht und gefährlich das Gebaren einzelner Rassefanatiker ist, so berechtigt erscheint mir bei uns die sich in den Formen des Anstandes und der Würde bewegende Pflege des Rassegefühles innerhalb der sich rassisch verwandt fühlenden Volksgruppen zu sein.

Soll ich ein Gesamturteil über die neue Auflage des Schallmayerschen Buches abgeben, so lautet es: Der Verfasser selber nennt die Auflage eine „durchwegs umgearbeitete und veränderte". Mit dem gleichen Recht, und mit weit größerem Recht, als es landläufig geschieht, hätte er sie eine „verbesserte" nennen können. Die hingebende wiederholte Durcharbeitung des stark gewachsenen Stoffes hat zu einer noch besseren Gliederung und einer erfreulichen Geschlossenheit des Ganzen geführt. Große Sorgfalt ist der Darstellung gewidmet. Das Buch liest sich ausgezeichnet; angesichts des spröden Stoffes keine kleine Leistung. Einen Wunsch hätte ich für eine spätere Auflage. Die vorliegende zeichnet sich zwar im Vergleich zu den vorangegangenen durch ein stark vermehrtes Sachregister aus; dasselbe genügt aber immer noch nicht. Denn die Bedeutung des Buches geht weit über diejenige eines „Grundrisses" hinaus. Durch die Fülle des darin aufgespeicherten und kritisch verarbeiteten Materials ist es zu einem äußerst wertvollen Nachschlagewerk geworden. Ein solches verlangt aber ein noch eingehenderes Sachregister. Ich stehe nicht an, das Schallmayersche Werk in Hinsicht auf Gewissenhaftigkeit, Umsicht und Schärfe des Denkens als vorbildlich zu bezeichnen. Es liefert den schlagenden Beweis, daß die Behauptung des Verfassers, die Biologie sei hervorragend zur Übung des logischen Denkens geeignet, zu Recht besteht. Dr. med. Agnes Bluhm

Storm-Briefe. Theodor Storm, Briefe an seine Braut. Band 9 der Gesamtausgabe von Th. Storms Werken. 1915. Briefe an seine Frau. Band 10 der Gesamtausgabe. 1915. Briefe an seine Kinder. Band 11 der Gesamtausgabe. 1917. Briefe an seine Freunde Hartmuth Brinkmann und Wilhelm Petersen. 1917. Alle herausgegeben von Gertrud Storm. Verlag von Georg Westermann in Braunschweig. Der Briefwechsel zwischen Paul Heyse und Theodor Storm. Herausgegeben und erläutert von Georg J. Plotke, 2 Bände 1854—88. Mit 8 Abbildungen. J. F. Lehmanns Verlag in München. 1917 und 1918.

„Es ist jede echte Kunst Kunst der Persönlichkeit. Mit dem Unterschiede freilich, ob innere Regung oder äußere Anregung den letzten Antrieb gegeben hat." Irgendwo in einer Studie stand das Wort vor kurzem. Keine neue tiefe Weisheit, aber unwillkürlich drängt sich seine Wahrheit bei der Vertiefung in jeden neuen Briefband Theodor Storms auf. Storms Kunst ist Kunst der Persönlichkeit, die auf innerer Regung und äußerer Anregung beruht — das weiß der sehende Leser längst. Reizvoll jedoch ist es, bei neuer Lektüre Stormscher Lebensäußerungen immer wieder den tiefen Zusammenhang zwischen Storms Innenleben und seiner Ausmünzung im Worte zu erfahren. Und es bleibt dabei für jeden Stormverehrer ein tiefes Erlebnis, mit dem Menschen den Künstler mit allen Menschlichkeiten höher schätzen, tiefer lieben zu lernen. Gewiß sind so intime Briefe, wie die an Braut, Frau und Kinder, zu einer Zeit und unter Umständen geschrieben, denen der Gedanke an die Öffentlichkeit fern lag, in erster Linie Privatmitteilungen eines liebenden Mannes, eines sorgenden Vaters, aber wie stille verschwiegene Garten-

winkel sind sie allzeit durchzogen von duftenden Blüten, in denen es wie im Märchenwalde singt und klingt — nicht nur, daß reale Tatsachen ihre Farbe vom Künstler erhalten, sondern daß ebenso zwischen ihnen Werkstattarbeit aus der Dichterschmiede greifbar wird. Storm war eine mitteilsame Natur. Seine Lieben mußten an allem teilnehmen, was ihn bewegte. Er war so innig mit ihnen verwachsen, daß er eins seiner Kinder sein „literarisches Gewissen" nannte. Das Wort vom „passionierten Vater" war keine Phrase, sondern Erlebnis. Einerseits die Mitteilungen an die beiden Freunde Brinkmann und Petersen, andererseits sein Briefwechsel mit Paul Heyse ergänzen das Bild vom Dichter nach der Seite des öffentlichen Lebens. Geradezu überraschend sind oft die Schlaglichter, die des Dichters Stellungnahme zu Menschen und Welt der Gegenwart in ihnen auf seinen Charakter wirft. Da ist Storm ganz der aufrechte starke Mann, den die Welt so manchmal hinter dem weichen verträumten Poeten nicht hat sehen wollen und der er doch immer in seinem ganzen Lebenswerke gewesen ist.

Die beiden Briefbände an seine über alles geliebte Frau Konstanze umfassen die Jahre von 1844—1846 und von 1852—1864, die Briefe an seine Kinder die Zeit nach dem Tode der Mutter bis 1888, die an die Freunde Brinkmann und Petersen den Zeitraum von 1850—1887. Mit Paul Heyse hat er von 1854 bis zu seinem Tode im Briefwechsel gestanden. Die weite Spanne dieser Jahre schließt neben frohen Tagen schwere Lebenslagen für den Menschen und Künstler in sich. Wir kennen vieles davon bereits aus den gemütsinnigen Darstellungen seiner Tochter Gertrud und seiner Freunde und Biographen. Aber wir leben und lieben, sorgen und schaffen, streiten und freuen uns herzlicher mit dem Dichter, wenn wir mit seinen eigenen Augen und Ohren sehen und hören. Viel Menschliches steckt zwischen den Zeilen, auch Hart-alltägliches, das den Dichter scharf gepackt hat. Doch niemand, der das Leben wie Storm liebt, kann sich dem Zauber entziehen, der in seinem Bekenntnis liegt: „O das Leben ist sehr nüchtern, wenn man selbst nicht das bißchen Poesie hätte, womit man's ansieht, das ist wie ein farbiges Brillenglas."

Es bleibt zweifelhaft, ob die einzelne Natur der Persönlichkeit Storms von der Dichtung oder vom Briefe aus nahekommt, so viel ist bei Storm aber gewiß, daß zu seiner vollen Würdigung, zum Genießen sowohl wie zum Durchdringen seines Lebenswerkes beides gehört: Brief und Dichtung. Darum bedeutet es ein Verdienst der Herausgeber und der Verleger, die Briefe dem deutschen Volk mitgeteilt zu haben. Damit hat das Werk des Heidesängers eine überaus wertvolle Ergänzung erfahren. „Und wimmert auch einmal das Herz, stoß an und laß es klingen — wir wissen's doch, ein rechtes Herz ist gar nicht umzubringen." So sang Storm einst im Herbst. Mannhaft und aufrecht hat er sich durch schwere Stunden durchgerungen. Darum weiß er uns und unserm gesamten Volke heute so viel zu sagen.

Waldemar Mühlner

Max Scheler, Die Ursachen des Deutschenhasses. Eine nationalpädagogische Erörterung. 1. Aufl. K. Wolff, Leipzig. 192 S. 2. Aufl. Neue Geist-Verlag ebenda. 158 S. Geh. 3,60 M.

Der durch wertvolle Bücher der Kriegszeit rühmlich bekannte Verfasser behauptet: es ist zunächst unabhängig von dem deutschen Problem als Komplementärerscheinung unseres technischen Zeitalters, mit seinem Geiste ungehemmter freier Konkurrenz, seiner Gewinnsucht, Genußsucht und tiefgehenden Verwilderung der moralischen Lebensformen überhaupt, des Neides und Hasses zwischen Unter- und Oberschichten desselben Volkes und zwischen den einzelnen Völkern eine Affektmenge, ein Haßkapital in der ganzen europäischen Seele aufgespeichert. Dieses universelle Haßkapital gewann aber einen gewissen Richtungs- und Neigungswinkel auf die Mittemächte, wodurch der dispositionelle Hintergrund für die besondere Form des Deutschenhasses geschaffen wurde. Scheler glaubt die Möglichkeit dieser Einstellung mit einer verschiedenen Druckverteilung begründen zu können, insofern nämlich die erwähnten generellen Faktoren der europäischen Geistesgeschichte innerhalb der Sphäre der Mittemächte weniger stark und weniger

einförmig, desgleichen weniger früh tätig gewesen seien. Was sind nun für Scheler die unmittelbaren Ursachen des Deutschenhasses? Eine Reihe von ihnen beruhen auf sozusagen notwendigen Mißverständnissen unseres Wesens; das ist der Fall beim Militarismus und der Freiheitsidee. Augenblicklich droht diesen Gedanken ja im eigenen Volke das gleiche Mißverständnis wie im Auslande, aber der Tag wird kommen, wo man die Wahrheit der Schelerschen Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Zweckmilitarismus bei uns wieder besser begreifen wird. Abwendbare Mißverständnisse sind die falsche Beurteilung des Auslanddeutschen, das unselige nationale Flagellantentum vor, in und nach dem Kriege, endlich die schädlichen Wirkungen des alldeutschen Schrifttums. Der tragende Orgelpunkt im Stimmengewirr der Leidenschaften, das von überall her an unser Ohr brandet, ist etwas anderes! Der Deutsche hat die Welt aus ihrem Paradiese vertrieben, er, der Arbeitsmensch, hat dem bequemen Lebensstil der Nachbarvölker, mochte es sich nun um russische Kontemplation, englischen Komfort oder französisches Rentnertum handeln, ein Ende gemacht. Ils travaillent trop, mit diesen drei Worten begründete vor dem Kriege ein Franzose den universalen Haß gegen Deutschland. Das geht auf eine alte deutsche Eigenschaft, die laboriositas, wie sie Leibniz nennt, jene Fähigkeit und Neigung zur Arbeit um der Arbeit willen, einen seelischen Antrieb, der aus letzten Gründen unseres Seins quillt, zu der ihm eigentümlichen moralischen Kategorie des unendlichen Strebens gehört und dem Auslande unverständlich, unheimlich erscheint. Neben dem seelischen Motor ist es das Tempo unserer Arbeit, das Beunruhigung erweckte. Denn es war ungesund, ließ nicht die nötigen Pausen der Sammlung, Kontemplation, des Lebensgenusses im höheren Sinne. Man versteckte die Unfähigkeit, „die Pausen zwischen der Arbeit sinnvoll auszufüllen hinter einer vermeintlichen Pflicht, weiterzuarbeiten." Aber auch jene Aktionsform: Unendlichkeit des Strebens konnte zu schweren Fehlern führen. Ihr „Gehalt, im ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts einseitig theoretisch-geistiger Natur, materialisierte sich fast mit einem Schlage, mit derselben Maßlosigkeit und ekstatischen Verlorenheit in die Sache schien dieses Volk jetzt aufzugehen in der Arbeit an seinen politischen, militärischen und ökonomischen Daseinsgrundlagen". Hier drohte der kategorische Imperativ des immer strebend Sichbemühens auf eine schiefe Bahn zu geraten. Denn „der Märtyrer seines ökonomischen Arbeitsimpulses ist nicht erhaben, er ist komisch". Er ist auch verdächtig und gefährlich, hier führt der Weg zu jenem radikalen Mißverständnis des Auslandes von unserem angeblichen Welteroberertum! — Schelers Gedanken über die Hauptursache des Deutschenhasses finden heute wohl Zweifel und Ungläubigkeit. Wir dürfen uns aber angesichts der so gänzlich verwandelten Gegenwart über ihre Berechtigung in der Vergangenheit und auch wieder nach Überwindung dieser ungeheuren postmorbiden Ermattung nicht täuschen. So gilt denn auch im Deutschland des 9. November seine nationalpädagogische Ermahnung: Nicht wiederhassen, und erst recht nicht sich von dem Hasse einer Welt — in selbstbefleckender Weise — anstecken lassen, wie es leider vielfach üblich ist, auch nicht aufklären um jeden Preis, sondern „Selbstbeherrschung unserer eigenen Haßaffekte, unbedingte Festhaltung des unerschöpflichen positiv deutschen Wesens, ja das feste, glückliche, stolze, aber nicht hochmütige Gläubigsein an die Unendlichkeit und Hoheit dieses deutschen Wesens, aber nüchtern kühle Selbstkritik aller deutschen Erscheinungsformen in den letzten Friedensjahren auf allen Gebieten".

Dr. H. O. Meisner

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 8	Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	30. April 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Historische Grenzen. Bevölkerungskarte Westpreußens. Wohin gehört der Netzedistrikt? Berichtigung — Aus den Deutschen Volksräten — Pressestimmen: Die polnische Presse zur Danziger Frage. — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

„Historische Grenzen"

Die Provinz Posen umfaßt keinerlei wirtschaftlich abgeschlossene Gebietseinheiten mit unzweifelhaft polnischer Volksmehrheit. Dank diesem Ergebnis einer unbestechlichen Statistik müßten die polnischen Loslösungsbestrebungen in den bekannten Forderungen der Wilsonschen Punkte keine Stütze finden. Polnische Verdrehungskunst versucht nicht allein, an dieser Tatsache zu deuteln, sondern versteift sich des weiteren, ebenso unter Berufung auf den Geist der Wilsonschen Thesen, auf die Gründe historischer Gerechtigkeit: Weil die Provinz Posen jahrhundertelang zu dem polnischen Reiche gehört habe, verlange nach ihrer Meinung der geschichtliche Gerechtigkeitssinn die völlige Wiederherstellung der Grenzen von 1772.

Der Appell an historische Ansprüche ist bei den nach Beendigung des Weltkrieges neu entstandenen Staaten sehr beliebt. Er erfreut sich desgleichen bei der feindlichen und neutralen öffentlichen Meinung ausgesprochener Sympathien, weil er auf den ersten Blick ebenso einleuchtend wie gerechtfertigt erscheint. Bei näherer Untersuchung ergibt sich jedoch die Oberflächlichkeit einer derartigen Anschauung, sobald diese allein die Geschichtszahlen berücksichtigt, ohne den kulturgeschichtlichen Ursachen auf den Grund zu gehen, die sich innerhalb einer geschichtlichen und an sich unbestrittenen Zeitspanne begeben haben.

Zunächst gibt die Berufung auf „historische Grenzen" an sich schon einen sehr schwankenden Halt. Bei den wechselvollen Schicksalen, die wohl sämtliche Länder im Laufe der Jahrhunderte erlitten haben, ist es äußerst fragwürdig, welches denn das geschichtliche Normaljahr sein soll, das die endgültigen Grenzen eines Landes für ewige Zeiten festzulegen bestimmt ist. Jahreszahlen allein könnten hiernach schwerlich eine befriedigende Antwort geben. Was beispielsweise den Netzedistrikt anbelangt, so wäre es eine heikle Sache, nur aus reiner Geschichtskenntnis heraus zu entscheiden, ob dieses Gebiet den germanischen Stämmen „von Rechts wegen" zukäme, weil sie zu Beginn unserer Zeitrechnung dort ansässig waren, oder den Polen, die einige Jahrhunderte später die Germanen daraus verdrängten, oder etwa den Pommern, die zwischen dem elften und dreizehnten Jahrhundert ihre Herrschaft zeitweilig bis über den Südrand des Netzebruchs ausgedehnt hatten. Jede der drei Parteien könnte schließlich nur das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen, das Recht des Eroberers, der heute doch so sehr verpönt ist — die Germanen vielleicht noch ein stärkeres Recht, nämlich das des geschichtlichen Ureinwohners.

Der preußische Staat, der seit 1772 — unter Weglassung der kurzen napoleonischen Episode — die Reihe der Besitzer schließt, könnte in diesem Falle sich sogar als Rechtsnachfolger der ersten und alleinigen rechtmäßigen Eigentümer betrachten.

Die heutigen völkerrechtlichen Anschauungen, soweit sie unparteiisch und vorurteilsfrei sind, kennen aber besser fundierte Rechte, als die Berufung auf geschichtliche Besitzergreifungen, die, wie aus obigem hervorgeht, jeder Interessent nach seinen Ansprüchen umzumodeln und auszulegen imstande ist, nämlich die Rechte, die einem Volke die von ihm geleistete wirtschaftliche und kulturelle Erschließung eines Landes gibt, das also, was die französische Ausdrucksweise als „friedliche Durchdringung" im Gegensatz zur „nackten Eroberung" benennt. Nicht die Nation hat danach Anspruch auf ein Land und ein Herrschaftsrecht auf dessen Bewohner, die erobert und ihren Besitz festhält, sondern die durch emsige wirtschaftliche und kulturelle Arbeit das Land besiedelt und erschließt, ihm den Stempel ihres Geistes aufdrückt und somit auf dem Wege der allgemeinen Entwicklung der Menschheit fortschreitet. Legt man diesen Maßstab, den Engländer und Franzosen, sobald es sich um ihre Interessen handelt, ausdrücklich als berechtigt anerkennen, auch in unserem Falle an, so ergibt sich ein Bild, das sowohl dem deutschen Anspruche, wie der Forderung historischer Gerechtigkeit Genüge tut.

Deutsche Ansiedler sind es, die im Jahre 1346, gerufen von dem polnischen König Kasimir, die Stadt Bromberg — bis dahin bestand daselbst nur eine Burg — von Grund auf erbaut, besiedelt und zur Blüte gebracht haben. Deutsche Sitte und deutsches Recht wurde seit dieser Zeit im Netzedistrikt heimisch und setzte sich an die Stelle roher barbarisch-polnischer Unkultur. Deutsche Arbeit und Tüchtigkeit ferner ermöglichten seit 1772 einen abermaligen Aufschwung dieses durch polnische Mißwirtschaft wiederum an den Rand wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruchs gelangten Gebietes.

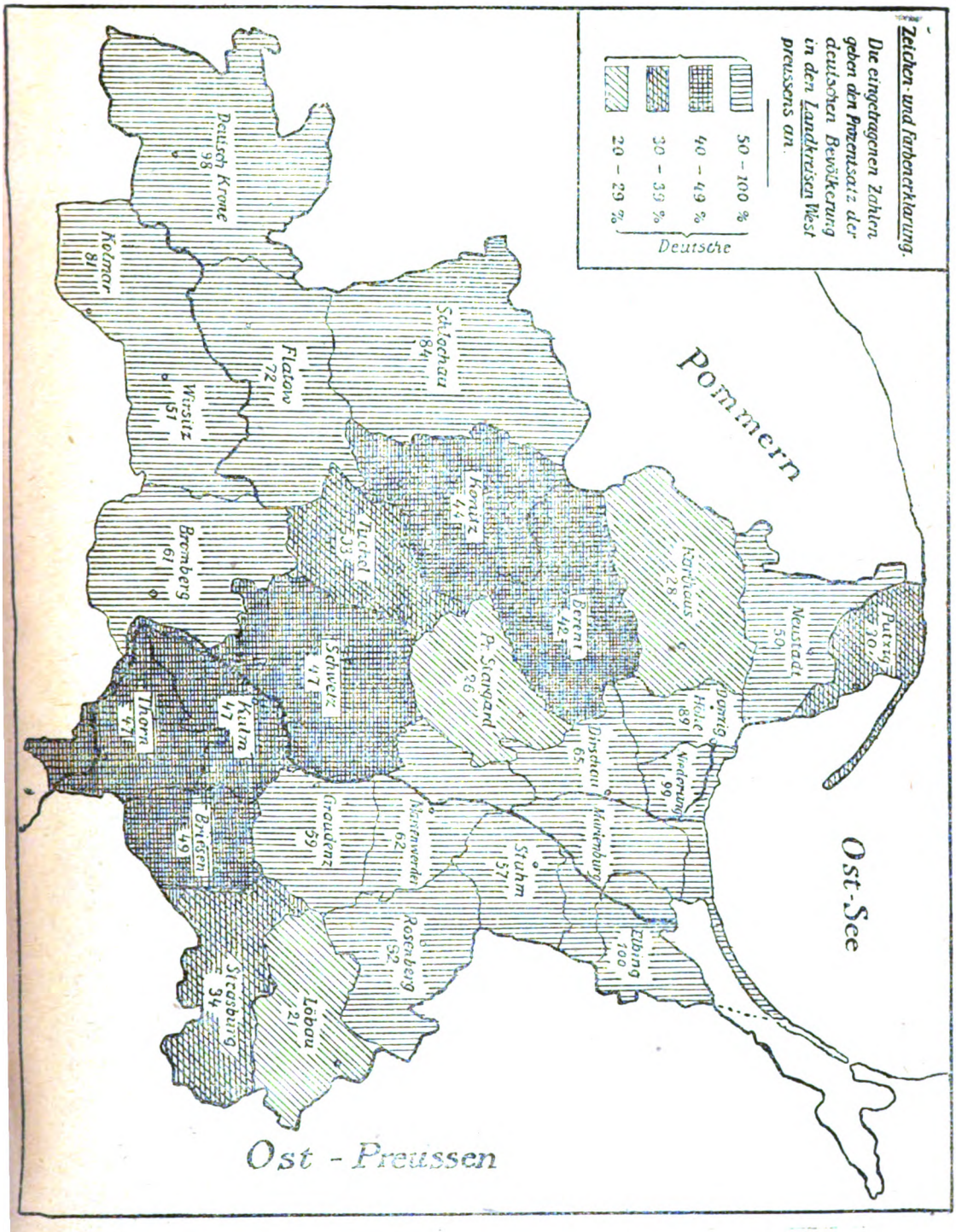
Deutscher Geist hat das Posener Land befruchtet; seine Segnungen sind dem polnischen Volke in gleichem Maße zugute gekommen und haben es vor weiterer Versumpfung bewahrt.

Was will gegen diese unumstößliche Wahrheit die Berufung auf die „historischen Grenzen" besagen!

Unser ist das Land, denn unser war die Arbeit!

Bevölkerungskarte Westpreußens

In anschaulicher Weise wird auf der beiliegenden Karte nachgewiesen, daß eine unbestreitbare polnische Bevölkerung in keinem einzigen der 25 Landkreise Westpreußens vorhanden ist, denn wenn selbst der ungünstigste Kreis Löbau noch 21 Prozent Deutsche, also über ein Fünftel der Bevölkerung enthält, so kann selbst er unmöglich als unbestreitbar (indisputably) polnisch, wie es in den 14 Artikeln Wilsons gefordert wird, angesprochen werden. Außer in ihm betragen nur noch in zwei Kreisen, Karthaus und Pr. Stargard, die Deutschen weniger als 30 Prozent, aber mehr als ein Viertel der ganzen Bevölkerung. Zwischen 30 und 35 Prozent haben drei Kreise, Strasburg, Tuchel und Putzig. Alle anderen zählen über 40 Prozent, und zwar sechs zwischen 42 und 49 und nicht weniger als dreizehn zwischen 50 und 100 Prozent. In den Kreisen der vier großen, über 20000 Einwohner zählenden Städte vollends ist die deutsche Mehrheit ganz gewaltig. Sie beträgt in Elbing 100 Prozent, in Danzig 97 Prozent, in Graudenz 85 Prozent und selbst in dem nahe an der polnischen Grenze gelegenen Thorn noch 66 Prozent. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß für Westpreußen eine Volksabstimmung überhaupt nicht in Frage kommt. Denn abgesehen davon, daß die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit fast zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht, nämlich auf rund 1700000 Einwohner rund 1100000, ist auch ihre Verteilung über das ganze Land hin so gleichmäßig, daß in siebzehn von neunundzwanzig Kreisen eine deutsche Mehrheit vorhanden ist, in sechs eine starke Minderheit von 42 bis 44 Prozent, und daß die drei einzigen Kreise, in denen die deutsche Bevölkerung weniger als 30 Prozent beträgt, wie vereinzelte Inseln aus dem Meere auftauchen.


Zeichen- und Farbenerklärung.
Die eingetragenen Zahlen geben den Prozentsatz der deutschen Bevölkerung in den Landkreisen West preussens an.
50 – 100 %
40 – 49 %
30 – 39 %
20 – 29 %
Deutsche
Pommern
Ost-See
Ost - Preussen
Deutsch Krone 98
Kolmar 81
Schlochau 84
Flatow 72
Wirsitz 57
Konitz 44
Tuchel 53
Brombg. 61
Berent 42
P. Stargard 26
Schwetz 47
Kulm 47
Thorn 47
Briesen 49
Graudenz 59
Marienwerder 62
Rosenberg 52
Stuhm 57
Marienburg
Pirschau 65
Dirschau
Neustadt 59
Putzig 20
Karthaus 28
Danzig
Elbing 100
Löbau 21
Strasburg 34

8*

Aber auch die drei wichtigsten Behauptungen der Polen werden schlagend widerlegt, einmal daß Danzig auf slawischem Boden liege, eigentlich nur eine „germanisierte" Slawenstadt und rings von Slawen umgeben sei. Und dann die ebenso unwahre Behauptung, daß die Polen das Meer in geschlossenem Bestande erreichen, und endlich daß die Weichsel fast durchweg durch polnisches Land fließe und daher zu Polen gehöre. Zunächst leuchtet ein, daß eine Stadt wie Danzig, die selbst 97 Prozent Deutsche und nur höchstens 2 bis 3 Prozent Polen und Kaschuben enthält und die nach allen Seiten hin von einer ganz überwiegend deutschen Bevölkerung umgeben ist, nur in einem Gehirne, das die Wahrheit nicht erkennen will, sich als slawisch spiegeln kann. Denn sowohl der Kreis Danzig-Höhe und Niederung als der von Dirschau, die um Danzig herumliegen, zeigen gewaltige deutsche Mehrheiten von 65 bis 99 Prozent.

Ebenso unwahr ist aber auch die zweite Behauptung. Denn nirgend erreichen die Slawen das Meer im geschlossenen Bestande. Wie die Karte zeigt, ziehen sich drei breite Brücken deutschen Landes und Volkes von Westen nach Osten und trennen die südlich gelegenen Polen von der See und den einzigen am Meer gelegenen kaschubischen Kreis Putzig von den andern.

Daß die Weichsel von ihrem Eintritte in Westpreußen an bis zur See überwiegend durch deutsches Land fließt, lehrt ein flüchtiger Blick auf die Karte.

Also auch hier stehen wie in allen übrigen Punkten die polnischen Behauptungen auf sehr schwachen Füßen und können für sich nicht die geringste Berechtigung in Anspruch nehmen.

Wohin gehört der Netzedistrikt?

Wir beginnen nachstehend den Abdruck einer vom Deutschen Volksrat Bromberg herausgegebenen Denkschrift aus der Feder Professor Karl Adameks.

I.

Besitztitel Preußens. Zu den heute von den Polen als altes polnisches Staatsgebiet in Anspruch genommenen Landesteilen Preußens gehört auch der Netzedistrikt. Er bildete einen Teil des Gebietes, das Friedrich der Zweite in der ersten polnischen Teilung erwarb und wurde im Osten begrenzt durch die Weichsel von südlich Schulitz bis südlich Culm. Von dort zog seine Grenze in flachem, nach Süden geöffnetem Bogen bis zur pommerschen Grenze nördlich Jastrow, folgte dann der pommerschen und brandenburgischen Grenze bis südlich der Dragemündung und schloß im Süden ein die Stadtteile von Filehne, Radolin, Budzin, Margonin, Exin, Znin, Gonsawa, Mogilno, Gembitz, Strelno und Argenau. Die Frage ist, mit welchem Recht nehmen die Polen heute dies Gebiet für sich in Anspruch bzw. mit welchem Recht wird dieser Anspruch von deutscher Seite bestritten. Es handelt sich zunächst um eine staatsrechtliche Frage. Das Gebiet ist bis 1772 ein Bestandteil des Königreichs Polen gewesen. Als damals der zu locker gefügte polnische Staat dem russischen Ausdehnungsbestreben keinen Widerstand entgegenzusetzen vermochte, griff auch Friedrich der Zweite zu, um durch die Besitzergreifung polnischen Gebietes die notwendige Verbindung zwischen seinen Stammlanden und Ostpreußen herzustellen. Im Herbst 1772 schließt er einen Vertrag mit Rußland, in dem ihm das später Westpreußen genannte Gebiet, das alte Pommerellen, zugesprochen wird und weiter südlich das Gebiet bis zur Netze. Tatsächlich griff Friedrich nach Süden über die Netze hinaus. Aus dem Vertrage mit Rußland konnte Preußen naturgemäß keinen rechtsgültigen Besitztitel herleiten. Ein solcher wird aber für Preußen geschaffen durch die am 1. September 1773 erfolgende Genehmigung der Abtretung Westpreußens und des Netzedistrikts an den König von Preußen. Danach wird der Netzedistrikt nicht nur tatsächlich, sondern auch staatsrechtlich ein Bestandteil des Königreichs Preußen. Allerdings fällt unter den so erworbenen Besitztitel nicht

der südlichste Teil des Gebietes, ein Stück der Woiwodschaft Inowraclaw, das Friedrich erst 1774 besetzt und für das er erst am 22. Mai 1775 die Huldigung empfängt. Auch dieser Besitz ist aber von Polen später nicht angefochten worden. Für den größten, südlichen Teil des Netzedistrikts gibt nun Preußen im Tilsiter Frieden sein Besitzrecht wieder auf. Er fällt mit Süd- und Neuostpreußen an das neu gebildete Großherzogtum Warschau. Bei der Neuordnung der europäischen Verhältnisse durch den Wiener Kongreß wünscht Preußen die vorzugsweise von Polen bevölkerten Teile seines früheren polnischen Besitzes nicht zurückzunehmen und fordert nur den Netzedistrikt als überwiegend deutsch bevölkertes Gebiet. Es sollte heute nicht unerwähnt bleiben, daß es damals gerade England und Frankreich sind, die, um eine zu große Stärkung Rußlands besorgt, Preußen damals drängen, mehr polnisches Gebiet zurückzunehmen. Im Oktober 1814 äußerte der englische Bevollmächtigte, Lord Castlereagh, in einer Note, er begreife nicht, warum Preußen sich nicht auf Kosten eines Gegners schadlos halte, der nach den Prinzipien des Völkerrechts die Gesamtheit seiner politischen Rechte eingebüßt habe. Der Franzose Talleyrand meinte in einer Note vom 19. Dezember 1814, die polnische Frage sei nur eine einfache Angelegenheit der Teilung und Grenzfestsetzungen, die die beteiligten Staaten unter sich abzumachen hätten. Friedrich Wilhelm der Dritte gibt schließlich widerwillig nach, und so kommt bereits am 31. Dezember 1814 ein Beschluß sämtlicher Großmächte zustande, Polen unter Österreich, Preußen und Rußland zu teilen. In der Kongreß-Hauptakte vom 9. Juli 1815 wird dann der 1807 abgetretene Teil des alten Netzedistrikts und das übrige Gebiet der heutigen Provinz Posen zu „vollkommenem Eigentum" zugesprochen. Es handelte sich also nicht, wie von polnischer Seite später behauptet wurde, um die Schaffung einer Personalunion, sondern um eine völlige Einverleibung in das „Eigentum" des Königs, d. h. in den preußischen Staat, denn nach der Auffassung der absolutistischen Zeit, die auf dem Wiener Kongreß noch rein vertreten ist, ist das Staatsgebiet Eigentum des Fürsten. Der König hat allerdings später den Titel eines „Großherzogs von Posen" angenommen, das konnte aber staatsrechtlich nichts anderes bedeuten, als die Führung des Herzogtitels von Preußen oder des Titels des Grafen von der Mark. Die Führung solcher Untertitel hat bei den preußischen Königen immer nur historische Bedeutung gehabt. Auch daß Friedrich Wilhelm in dem Fürsten Radziwill einen Statthalter für Posen ernannte, hatte keinen anderen Sinn als den eines freundlichen Entgegenkommens ohne weitere Folgerungen, denn neben den Statthalter wurde ein Oberpräsident gesetzt und somit das neue Gebiet ganz als Provinz des preußischen Staates behandelt. Auch daß an den Staatsgebäuden Posens der preußische Adler den weißen polnischen Adler im Brustschilde trägt, ändert nichts daran. Das Wappenzeichen ist eben der preußische Adler, und der polnische im Brustschild hat heraldisch nur den Sinn, daß polnisches Gebiet in preußisches einverleibt ist.

So ist die durch die Wiener Kongreß-Hauptakte bestimmte Einverleibung tatsächlich vollzogen und damit rechtskräftig geworden. Auch der 1807 verloren gegangene Teil des Netzedistrikts ist damit in aller Form des gültigen Staatsrechtes aufs neue ein Bestandteil des preußischen Staates geworden. Auf zwei Titeln ruht mithin das Besitzrecht Preußens am Netzedistrikt: für den kleineren nördlichen Teil auf dem Beschluß des polnischen Reichstages vom 1. September 1773, für den größeren südlichen auf der Wiener Kongreß-Hauptakte vom 9. Juli 1815. Beide Beschlüsse sind ihrerzeit von allen Beteiligten als rechtskräftig und rechtsverbindlich betrachtet und von keiner befugten Seite angefochten worden. Die Bevölkerung des Netzedistrikts hat beide Male die Huldigung ohne Vorbehalt geleistet. Nach formalem Recht kann mithin nur der preußische Staat als Besitzer dieses Gebietes in Frage kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung

In der Nummer 1/2 der Mitteilungen brachten wir auf Seite 7 eine Karte der im

Waffenstillstandsvertrag vereinbarten Demarkationslinie. Fälschlicherweise geht die in der Karte eingezeichnete Demarkationslinie im Westen der Stadt Birnbaum vorbei. Tatsächlich war ja auch zunächst festgesetzt worden, daß die Stadt Birnbaum innerhalb des polnischen Okkupationsgebietes liegen soll. Es ist aber nachträglich den Bemühungen des deutschen Kreisvolksrates Birnbaum gelungen, durchzusetzen, daß die Demarkationslinie nunmehr etwa acht Kilometer östlich der Stadt verläuft.

Aus den Deutschen Volksräten

Fortschritte der Volksratsbewegung. Die Deutschen Volksräte marschieren! Es geht mit Riesenschritten vorwärts. Unheildrohende Gefahr hat den nationalen Gedanken aufs neue entfacht, das Deutschtum findet sich, schließt sich zusammen. Noch gibt es kleine Reibungen mit dem Parteiegoismus von einst, von rechts und links wird die sich mächtig ausdehnende Volksratsbewegung von einzelnen durch die aus alter Gewohnheit noch auf der Nase sitzende Parteibrille argwöhnisch angesehen. Kleine Geister sind es, sie haben mit ihrem politischen Krämersinn noch nicht den Ernst der Zeit und die aus diesem Ernst entsprungene Pflicht jedes einzelnen, der sein Volkstum liebt, begriffen. Und sein Volkstum liebt jeder. Der Arbeiter und Bauer, der Kaufmann und der Beamte, der Soldat und der Handwerker ist vor allem anderen zuerst Deutscher. In diesem Punkte sind sie eins. In dieser Übereinstimmung sammelt sie zu Schutz und Trutz gegen jede fremdstämmige Einwirkung der Deutsche Volksrat.

Lassen wir den Eigenbrödlern und Kurzsichtigen ruhig noch Zeit zur Überlegung, die großen Massen ohne Unterschied der Partei haben bereits erkannt, daß die Rettung ihres Volkstums nur in den Deutschen Volksräten liegt. Daher auch die große Ausbreitung des Volksratsgedankens in den letzten Wochen. Aus der großen Zahl der Neugründungen von Deutschen Volksräten in den letztvergangenen Tagen verzeichnen wir heute folgende:

Deutsche Volksräte der Grünfließ-Niederung,
Deutscher Volksrat Kl. Morin,
Deutscher Volksrat Groß Neudorf,
Deutscher Volksrat Adl. Brühlsdorf,
Deutscher Volksrat Elsendorf,
Deutscher Volksrat Wielno,
Deutscher Volksrat Hopfengarten,
Deutscher Volksrat Eichdorf,
Deutscher Volksrat Wilsche,
Deutscher Volksrat Mühlthal,
Deutscher Volksrat Schröttersdorf-Groß Bartelsee,
Deutscher Volksrat Falkenburg-Maxtal.

In allen Orten herrscht freudige Begeisterung für den Zusammenschluß, ein Beweis, wie die Deutschen der Ostmark die Sammlung in den Volksräten als Bedürfnis der gegenwärtigen Stunde empfinden. Nun ebenso freudig an die Arbeit! Verschließt keinem das Tor, er sei nach Beruf und Partei wer er auch sein möge. Zieht die Tüchtigen, die geistig regen aus allen Ständen heran zur Arbeit für das deutsche Volkstum.

Kundgebungen

Der deutsche Volksrat Filehne sandte an die Waffenstillstandskommission, an das Auswärtige Amt und an das Eisenbahnministerium nachstehendes Telegramm:

Im Hinblick auf den demnächst zu erwartenden Durchzug der Hallerschen Truppen durch Kreuz hat sich im Kreise Filehne eine große Beunruhigung verbreitet in der Befürchtung, die polnischen Truppen könnten womöglich eigenmächtig den Bahnhof Kreuz und damit die Ostbahn in ihre Gewalt bringen oder die nahen polnischen aufständischen Truppen, die schon jetzt eine Bedrohung unseres Kreises bilden, in gefährlicher Weise verstärken. Wir bitten daher dringend, dafür zu sorgen, daß ein Aufent-

halt des Transportes aus irgend einem Grunde in Kreuz unterbleibt und daß Sicherheiten von der Entente verlangt werden dahingehend, daß die Hallerschen Truppen nichts gegen die unbesetzten Teile der Provinz Posen unternehmen.

Lissa i. Posen, 9. April. Folgendes Telegramm wurde an das Auswärtige Amt, Berlin, Reichsregierung Weimar und an den Abg. Beuermann (Nationalversammlung) abgesandt:

Die Deutschen West- und Südposens und die auf treuer Wacht gegen die Polen stehenden Heimatschutztruppen erheben in vollster Einmütigkeit gegen die Absicht, die polnischen Divisionen des Generals Haller, in die viele aus der Provinz Posen gebürtige ehemals dem deutschen Heere angehörende und in französische Kriegsgefangenschaft geratene Polen eingereiht sind, über Lissa zu transportieren, den schärfsten Einspruch. Was für Danzig geltend gemacht worden ist, gilt noch vielmehr für Lissa. Die deutsche Bevölkerung, die ihr alles im Kampfe gegen die Polen eingesetzt, sich noch heute bis zu dieser Stunde gemeinsam mit dem Heimatschutz trotz des Waffenstillstandes der fortgesetzten Angriffe der Polen zu erwehren hat und mit dem größten Mißtrauen der Überführung der die Polenfront verstärkenden polnischen Divisionen entgegensieht, ist aufs tiefste beunruhigt über die Nachgiebigkeit der Regierung der Entente gegenüber, ist entrüstet über die Leichtfertigkeit des Vertreters der Regierung, der ohne Kenntnis oder Berücksichtigung der Stimmung des deutschen Volkes und der Heimatschutztruppen, Vereinbarungen mit der Entente trifft, die uns alle, die wir uns preisgegeben glauben müssen, zur Selbsthilfe treiben muß. In letzter Stunde mahnen wir die Regierung, die Vereinbarung, die polnischen Divisionen über Lissa zu überführen, rückgängig zu machen. Wir müssen sonst der Regierung die Verantwortung für eine Volkserhebung, für einen Widerstand der Garnisonen des Heimatschutzes und für einen Kampf um Sein oder Nichtsein zuschieben, deren Wucht und Folgen nicht einzudämmen und unabsehbar wären.

Die vereinigten deutschen Volksräte
Westposens
gez. Kriesel.

Beim Deutschen Volksrat in Lissa ging folgendes Telegramm der Deutschen Waffenstillstandskommission ein:

Seitens der Entente ist volle Garantie gegeben, daß die Hallerschen Divisionen nicht innerhalb der Reichsgrenzen von 1914, sondern nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den von Deutschland geräumten, ehemals russischen Gebieten verwendet werden. Schärfste Manneszucht der Truppen, Unterlassung aller nationalistischen Kundgebungen sind in jeder Beziehung gewährleistet. Transporte werden von besonders ausgewählten Begleitoffizieren der Entente begleitet, die für Durchführung der getroffenen Vereinbarungen verantwortlich sind und mit den deutschen Bahnhofskommandanten zusammenarbeiten. Im vaterländischen Interesse liegt es, daß die Durchführung der Transporte glatt erfolgt und daß ihnen keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden, besonders auch jegliche Kundgebung von deutscher Seite gegen die polnischen Truppen unterbleibt. Alles muß getan werden, damit die aus vaterländischer Gesinnung geborenen Befürchtungen nicht zu Schritten führen, die die schwersten Folgen für den deutschen Osten und unser Vaterland haben könnten. Überall bitte ich zu verbreiten, daß Befürchtungen für die Heimat aus Anlaß der Transporte polnischer Truppen durch Deutschland unbegründet sind und die größte Zurückhaltung gegenüber diesen Transporten vaterländische Pflicht ist.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
General von Hammerstein.

Am 28. März d. J. sandte der **Deutsche Volksrat Fordon** an das Auswärtige Amt, Ministerpräsident Scheidemann und an die Waffenstillstandskommission folgenden Protest: „Dadurch, daß Reichsminister Erzberger auf der Versammlung am Sonntag, den 23. März, keine ausreichende Antwort über das Schicksal Posens geben konnte, ist die Unruhe der Bevölkerung des Netzedistrikts erschrecklich gesteigert worden. Die Reichsregierung sei dessen gewiß, daß eine Preisgabe unserer Heimat mit blutigem Kampfe beantwortet werden wird. Haben wir vier Jahre hindurch für unsere Heimat gekämpft, so kämpfen wir weiter."

Darauf ging folgende Antwort ein:

Dem deutschen Volksrate Fordons und der Umgegend spreche ich für die dem Auswärtigen Amt unter dem 28. März telegraphisch übersandte Protestkundgebung gegen die Gewaltpolitik unserer Feinde den verbindlichsten Dank aus. Ich bitte versichert zu sein, daß die Reichsregierung nach wie vor ausschließlich die von ihr angenommenen 14 Punkte Wilsons als Grundlage für die Friedensverhandlungen anerkannt und jeden Versuch einer Vergewaltigung deutscher Interessen und deutscher Rechte mit aller Bestimmtheit zurückweisen wird. Das Auswärtige Amt begrüßt deshalb die in überwältigender Fülle eingehenden Kundgebungen der Bevölkerung mit besonderer Genugtuung, da unsere Unterhändler auf der Friedenskonferenz nur dann Aussicht haben, ihrer schweren Aufgabe gerecht zu werden, wenn sie den Nachweis zu erbringen vermögen, daß die berechtigten Ansprüche der Reichsregierung von dem unerschütterlichen Willen des gesamten deutschen Volkes getragen werden.

Nach diesen Grundsätzen kann für den von einer vorwiegend deutschen Bevölkerung bewohnten Netzedistrikt keine Gefahr bestehen, wofern im Falle der Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auf die Regelung der territorialen Zugehörigkeitsfrage des Netzedistrikts jeder wahlberechtigte Deutsche, ob Mann oder Frau, sich seiner Verantwortung voll bewußt ist und sich durch keine Gründe abhalten läßt, am Wahltage seiner Wahlpflicht zu genügen. Es ist mit in erster Linie Aufgabe der Behörden und Verbände der lokalen Räteorganisationen und Berufsvertretungen usw., die breiten Massen rechtzeitig darüber zu belehren, daß nicht weniger als die Erhaltung ihrer völkischen, wirtschaftlichen und kulturellen Existenz auf dem Spiele steht. Auch muß der vielverbreiteten, durchaus irrigen Auffassung entgegengetreten werden, daß die Loslösung vom Deutschen Reiche für den betroffenen Bevölkerungsteil eine Besserstellung im Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie eine Befreiung von den Kriegsschulden und Entschädigungsverpflichtungen des alten Vaterlandes mit sich bringen würden. Bernstorff.

Lobsens, den 28. März 1919. In einer von etwa 300 Deutschen aus Lobsens und Umgegend besuchten Versammlung wurde folgende Kundgebung beschlossen und an das Auswärtige Amt und Ministerium des Innern gedrahtet:

Erzbergers Haltung begründet ernste Befürchtung, daß Posener Land von Reichsregierung preisgegeben werden wird. Der Netzedistrikt ist deutsch und muß deutsch bleiben. Deutschland kann einen Frieden, der uns zur Abtretung zwingt, nicht annehmen, denn Auslieferung der Ostmark an Polen bedeutet Niederreißung des letzten Dammes gegen den Bolschewismus. Wir Deutschen von Lobsens und Umgegend wollen uns nicht vergewaltigen lassen, sondern fordern das Selbstbestimmungsrecht für uns. Wir sind bereit, mit Gut und Blut für die Erhaltung unserer Heimat einzutreten.

Deutscher Volksrat des Bezirks Lobsens.

An das Ministerium des Innern und an die Oberste Heeresleitung:

„Erzberger will uns an Polen verschachern. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir bleiben deutsch! Und wenn man unsere Liebe zum deutschen Vaterlande nicht achtet, werden wir aus eigener Kraft für Ehre und Bestand unserer Heimat einzutreten wissen.

Deutscher Volksrat von **Gr. Neudorf** und **Adl. Brühlsdorf.**"

Auswärtiges Amt, Berlin.

Der **Deutsche Bauernrat des Kreises Hohensalza** Nord ist empört über Erzbergers Preisgabe der Provinz Posen. Wir erwarten, daß die Regierung das von unseren Vorfahren aus polnischer Unkultur zu deutscher Kultur gebrachte und seit Jahrhunderten gegen das Polentum zäh verteidigte Land dem Deutschtum unbedingt erhält. Wir sind entschlossen, in aller Zukunft unsere Heimat mit Waffengewalt zu schützen.

Deutscher Bauernrat.
Riemer. Gutknecht.

* * *

Reichspräsident Ebert, Berlin.

Der schmähliche Verrat eines Reichsministers am ostmärkischen Deutschtum hat hier äußerste Erbitterung hervorgerufen.

22 rein deutsche Ortschaften mit rund 50000 Einwohnern erwarten, daß die Regierung mit allen Mitteln die Ostmark vor polnischer Sklaverei bewahrt. Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben.

Deutscher Volksrat Grünkirch u. Umgegend.
Kukuk. Schmidt.

* * *

Reichsministerpräsident Scheidemann,
Weimar.

Ungefähr 500 bei einer Versammlung des deutschen Volksrats anwesende deutsche Frauen und Männer von **Wissek und Umgegend** fordern die Reichsregierung dringend auf, keinen Friedensvertrag zu unterzeichnen, in dem auch nur ein Fuß deutschen Bodens von unserem Vaterlande losgetrennt werden sollte; desgleichen legen sie schärfsten Protest ein gegen jede Landung polnischer Truppen in Danzig, da sie darin die größte Gefahr für die Ruhe und Sicherheit in Westpreußen und in der Provinz Posen erblicken.

Außerdem machen sie darauf aufmerksam, daß wenn die Regierung gegen den Willen der deutschen Ostmärker deutsche Lande an Polen abtreten würde, sie sich sofort aus eigener Machtvollkommenheit gegen ein Eindringen der Polen zur Wehr setzen würden und eine Regierung, die so wenig festen Willen, so wenig Nationalgefühl besitzt, als zu Recht bestehend, nicht mehr anerkennen könnten.

Die deutschen Volksräte von Wissek und Umgegend.
Severin. Rick. Krüger. Büttner. Orland. Hennicke. Laase. Klatt. Ebert.

* * *

Der Deutsche Volksrat Seehof sandte an die Reichsregierung folgende Kundgebung:

Zweihundert deutsche Männer und Frauen von Seehof, Kunau und Blugowo erheben flammenden Widerspruch dagegen, daß sie wie das Vieh an Polen verschachert werden sollen. Als Pioniere der Ostmark stehen wir treu hinter einer Regierung, die Nationalgefühl, festen Willen und deutsche Kraft beweist, müßten uns aber von einer Regierung abwenden, die uns Deutsche der Ostmark verkauft und verrät. — An die Waffenstillstandskommission ging ein ähnliches Telegramm.

* * *

Danzig-Langfuhr, den 29. März 1919.

In gemeinsamer Abwehr polnischer Gefahr fordern wir, daß die Ostmark dem Reiche erhalten bleibe. Wir bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und werden daher keinen Friedensvertrag anerkennen, der über unseren Willen hinweggeht. Westpreußen und der Netzedistrikt: up ewig ungedeelt.

Deutscher Volksrat für Westpreußen.

* * *

Wodek, 30. März 1919. Die neugegründeten **Volksräte der Grünfließniederung,** der die Ortschaften Altendorf, Bergbruch, Bismarkstreu, Erika, Groß-Wodek, Grünkirch, Grünthal, Grünweiler, Jarken, Jesuitenbruch, Johannisdorf, Kempa, Klein-Wodek, Feulinden, Steinfurt, Waldeshausen, Waldesruh, Weißenberg, Weisenau, mit jetzt bereits über 1500 Mitgliedern angeschlossen sind, erklären, daß sie mit Gut und Blut Schulter an Schulter mit der hier stehenden neunten Freiwilligen-Kompagnie Grenzschutz Ost für das Deutschtum ihrer Heimat eintreten werden. Lieber tot als polnisch.

Bogeler, Hauptmann. Krause, Pfarrer.

* * *

Reichsminister Scheidemann, Weimar.

Deutsche Vereinigung Kreuz und Umgegend bedauert lebhaft gerüchtweise bevorstehenden Rücktritt des Grafen Rantzau und protestiert aufs schärfste gegen Ersetzung durch Erzberger.

Deutscher Volksrat Kreuz und Umgegend.
Dr. Rohde. Hoest.

Pressestimmen

Die polnische Presse zur Danziger Frage

Wir geben nachstehend einige polnische Presseäußerungen zur Danziger Frage. Zunächst eine Auslassung aus der Zeit vor den Verhandlungen in Spaa, die in ihrer Mischung aus Geschichtsklitterung, Anmaßung und rührenden Unschuldsbeteuerungen ein schönes Bild polnischer Sinnesart gibt.

„Graca" Nr. 11 vom 16. März.

Unter dem Zeichen Danzig. Der vergangene Sonntag und die folgenden Tage standen in ganz Polen unter dem Zeichen Danzig.

Es gingen nämlich beunruhigende Gerüchte, daß für Polen die Wiederkehr Danzigs, das geraubt ist durch Preußen gegen alles göttliche und menschliche Recht, zweifelhaft sei.

Es genügte das, um in ganz Polen die allergrößte Sorge hervorzurufen um unsere schöne Burg am Meer, die dasteht wie der Schlüssel zu unserm Lande. Es genügt das, um auch die Trägsten in Bewegung zu bringen und das Gewissen des ganzen Volkes zu elektrisieren.

Um den Gefühlen und Wünschen des Volkes Ausdruck zu geben, erging im ganzen Lande die Parole, den 9. März einer großen Kundgebung zu weihen, die in einer deutlichen und keinen Zweifel lassenden Weise der Welt zeigen sollte, was alles das polnische Volk in der Sache Danzig von der Friedenskonferenz erhofft und was es kategorisch fordert.

Es fanden also an diesem Tage überall große Versammlungen und Kundgebungsaufzüge statt. Die Zeitungen weihten der Sache Danzig eigene Nummern. Die städtischen Räte und Korporationen aller Art veröffentlichten entsprechende Aufrufe und Resolutionen.

Und unser Landesteil ließ sich nicht durch andere überholen. Posen, das in seinen Mauern die große interalliierte Mission beherbergt, benutzte um so eifriger die Möglichkeit, die Alliierten mit den Gefühlen und Wünschen des Volkes bekannt zu machen.

Es fand daher in unserer Stadt eine imposante Versammlung statt, die mit der entsprechenden Resolution, die Rückgabe Danzigs fordernd, schloß. Nach der Versammlung begab sich das Volk dicht gedrängt vor das Schloß, der Sitz der Alliiertenmission, um dort für die Sache Danzigs zu demonstrieren. Am anderen Tage, am Montag abend, wiederholte sich der Aufzug. Eine vieltausendköpfige Menge versammelte sich auf dem Alten Markt, um sich mit Standarten und Fahnen unter Absingen von Liedern nach dem Platz vor dem Schlosse zu begeben, wo nach entsprechenden Ansprachen des Abgeordneten Nowicki und des Pfarrers Ludwiczak sich nicht endenwollende Hochrufe erhoben. Darauf begab sich der Zug zum Mickiwiczdenkmal, wo wieder Ansprachen und Hochrufe erschollen, dann zog er durch die Alleen und die Neue Straße zum Alten Markt, von wo sich die Teilnehmer dieser prächtigen und imposanten Kundgebung nach Hause zerstreuten. Überflüssig ist es hinzuzufügen, daß alles in der musterhaftesten Ordnung verlief. Es war auch keine deutsche Polizei da, die mit ihrem hochmütigen und provozierenden Auftreten die Bevölkerung hätte provozieren können. Die Deutschen, die zufällig in die Woge des dicht gedrängt vorwärtsschreitenden Volkes gerieten, unterhielten sich ruhig und von keinem belästigt auf Deutsch. Es war weder unsere Polizei da, noch die Volkswehr, mit einem Wort niemand, der ex officio die Ordnung aufrecht erhielt. Die Bevölkerung selbst sah auf Ordnung und bewahrte sie so musterhaft, wie es sich für ein folgsames und ruhiges Volk gehört.

Jetzt weiß wenigstens die Alliiertenmission vollständig, welches der Standpunkt des polnischen Volkes in der Sache Danzigs ist. Auch die Vertreter der deutschen Regierung haben ihn erfahren, die gerade zu der Zeit, als der Zug vor das Schloß kam, mit der Mission über die Demarkationslinie und mit dieser Frage zusammenhängende Angelegenheiten konferierten. Jeder, der Augen hatte, konnte die polnischen Forderungen mit großen

Buchstaben auf umhergetragenen Tafeln lesen. Und diese verkündeten, daß wir ein Polen mit eigener Küste und mit Danzig wollen, wo aus allen polnischen Ländern Polen, ein unteilbares und unabhängiges Polen entstehen soll, wie es war und wie es sein muß, wenn ein dauerhafter Frieden im Osten Europas anbrechen soll.

„Stadt Danzig einst unser, wird unser sein!" Ohne dies würde Polen wie ein Haus ohne Riegel sein. Und vielmehr wie ein Haus, das eine fremde Hand hält. Und dazu eine feindliche Hand.

Danzig ist unser. Nicht allein deswegen, daß es geographisch zu Polen gehört und darauf angewiesen ist, nicht allein deswegen, daß es für Polen durchaus und unabweisbar notwendig ist, sondern vor allem deswegen, daß wir ein Recht darauf haben, das kein gewaltsamer Raub, kein Beschluß ändern und vernichten kann.

Die Stadt entstand nach polnischer Überlieferung in der Frühzeit unserer Geschichte. Erst im Jahre 1309 stahlen sie uns die Kreuzritter und behielten sie anderthalb Jahrhunderte, in schrecklicher Weise die dortige Bevölkerung bedrückend. Sie ergab sich freiwillig, gutwillig und freudig dem polnischen Könige, und von da ab blieb Danzig drei Jahrhunderte bei Polen. Und obgleich Deutsche sie in beträchtlichem sehr vielmehr überwiegendem Maße bewohnten, wehrten sie sich mit bewaffneter Hand gegen den König von Preußen, der bei der zweiten Teilung unseres Vaterlandes in ihren unrechtmäßigen Besitz kam.

Es gehört sich daher, daß jetzt, wo nach dem fürchterlichen Kriege ein Gerechtigkeitsfriede kommen soll, der Friede wieder gutmachen muß auch die in der Vergangenheit durch gekrönte Straßenräuber, die sich weder vor Geld, noch vor den Menschen, noch vor den Flüchen ganzer Geschlechter fürchteten, ausgeführten Schuftigkeiten, es gehört sich, daß den Urenkeln der damaligen Wortbrecher und Diebe die unrechtmäßige Beute abgenommen und dem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben wird. Wenn es anders kommen sollte — was uns aber nicht einen Augenblick ernsthaft in den Kopf will — wäre das nichts anderes als die Legalisierung der Gewalt und Räuberei, als der Anreiz zu ähnlichen Taten in der Zukunft. Es wäre das eine absolut und rücksichtslos unmoralische Tat und durchaus gefährlich für die zukünftige friedliche Entwickelung Europas. Denn kein Pole könnte jemals auf Danzig verzichten, im Gegenteil müßte Polen mit allen Kräften, standhaft und andauernd, danach streben, ein so wichtiges Eigentum wieder zu gewinnen. Und es ist zu sehen, welches die Früchte eines derartigen Strebens sind. Betrachten wir sie eingehend. Dieser Krieg entstand eigentlich als Folge der Vergewaltigung der lebendigsten und ernstesten Rechte einzelner Völker. Und selbst seine unmittelbare Ursache steht vor solch einer Vergewaltigung. Wir wissen, daß er in Serbien begann, dem beständig der Zugang zum Meer verwehrt wurde, und das, wenn es leben sollte, den Zugang erhalten mußte. Kann es in der Welt irgend einen verständigen Menschen geben, der glauben sollte, daß Polen, das soviel größer ist, soviel vorgeschrittener und soviel mächtiger ist als Serbien, sich vom Meer abschneiden lassen würde? Daß es sich mit einem elenden Weichselweg, mit einer internationalisierten Eisenbahn und einem garantierten Vertrage, den der hochmütige Deutsche früher oder später für einen Fetzen Papier, den Schilling nicht wert, erklärt, zufrieden geben wird? Nein. Polen gibt sich damit nicht zufrieden und kann sich damit nicht zufrieden geben. Polen muß und wird einen freien und sicheren Zugang zum Meer haben. Und solchen gesicherten Zugang kann ihm nur eine eigene Küste geben.

Gewiß. Danzig ist heute leider zu neun zehnteln eine deutsche Stadt. Das polnische Element ist dort nur schwach vertreten. Das bewirkte die schändliche deutsche Ausrottungspolitik. Aber erinnern wir uns, daß die nächste Umgegend Danzigs polnisch ist. Erinnern wir uns, daß die Deutschheit Danzigs im staatsrechtlichen Sinne des Wortes künstlich und unnatürlich ist.

Dafür, daß Danzig bei Deutschland bleibt — und wie dies ohne Vergewaltigung der Rechte der es umgebenden polnischen Bevölkerung geschehen kann, sagen die Deutschen nicht — erklären sich nur die Hakatisten.

Die verständige Danziger Bevölkerung, die Danziger Kaufleute blasen unter dem bakatistischen Terror in dasselbe Horn. Möge nur die Friedenskonferenz uns Danzig zuerkennen, und die Welt wird sich bald überzeugen, daß die alten polnischen Traditionen neu aufleben. Und sie leben um so sicherer und so früher auf, je früher sich die Danziger überzeugen, daß sie bei der Vereinigung mit den Polen ein gutes Geschäft machen und nicht den mindesten Abbruch an ihrer Nationalität erleiden.

Wir Polen denken nicht daran, die Danziger zu bedrücken. Wir werden ihnen alles geben, was ihnen gehört. Sprache, Kultur, nationale und Selbstverwaltungsrechte werden keine Veränderung erfahren. In Gottes Namen mögen sie weiter Deutsche bleiben. Kein Pole streckt die Hand nach fremdem Gut aus, sei es moralisch, sei es materielles. Aber mit Polen, mit dem Anschluß an Polen müssen sie sich befreunden und werden sie sich befreunden. Daß es so sein wird, dafür liefert die Geschichte genügend Beispiele. Es liefert sie auch die Gegenwart, wenn auch nur ein Zeugnis der Vertreter der Deutschen im Warschauer Reichstag.

So sehen wir mit jedem Gedanken in die Zukunft.

Wir glauben nicht allein, daß Danzig Polen zuerkannt wird, sondern wir glauben auch, daß es sich in nicht zu langer Zeit mit seinem Schicksal zufrieden geben wird, und wieder das werden wird, was es während seiner ganzen langen polnischen Vergangenheit war, eine der treuesten Städte unserer ruhmreichen Republik.

„Stadt Danzig wird unser, wird wieder unser!"

Die polnische Presse zeigt sich jetzt nach dem Spaaer Abkommen nicht mehr ängstlich bemüht, die Hoffnungen und Erwartungen zu enthüllen, den der polnische Imperialismus an die beabsichtigte Landung der Haller-Armee in Danzig geknüpft hatte. Enttäuschung und Wut, aber auch Ansporn zu weiterer Hoffnungsfreudigkeit, sogar Hinweis auf Selbsthilfe und versteckte Drohung spiegelt sich in ihren Artikeln wider. Aus allem klingt das Leitmotiv: Die Haller-Armee sollte Danzig polnisch werden lassen, es ist vorderhand nicht gelungen, doch noch ist keineswegs alle Hoffnung vorbei!

Am zuversichtlichsten ist dabei „Goniec Wielkopolski" (Posen) vom 5. d. M.: „Noch etwas Geduld, denn unsere Angelegenheit ist bereits gewonnen. Der größte Teil der Mächte ist auf unserer Seite und auch unser gutes Recht." (Das erste Argument scheint das stärkere zu sein!) In Nr. 82 vom 8. d. M. hofft dasselbe Blatt, daß die inneren Schwierigkeiten Deutschland außerstandsetzen werden, den Transport der Haller-Armee quer durch das Land zu bewerkstelligen. Dann muß die Armee doch über Danzig kommen. Die Zeitung fährt fort: „Übrigens — d. h. wenn letzterer Fall wider Erwarten nicht eintreten sollte — ist die Sache Danzigs, obwohl die Deutschen triumphieren, daß es deutsch ist und bleiben muß, noch keineswegs erledigt — diese Frage wird durch den Friedensvertrag mit oder ohne die Deutschen entschieden werden!"

Der „Wielkopolanin" in Posen — Nr. 82 vom 8. d. M. — findet mit dem vorläufigen Verzicht auf die Landung in Danzig auch das polnische Besitzrecht ernstlich bedroht:

„Es bedeutet zwar nicht, daß die Angelegenheit Danzigs endgültig zu unseren Ungunsten entschieden ist, man darf sich aber nicht täuschen, daß Danzig für uns nicht nur in ernster, sondern sogar in sehr ernster Weise bedroht ist!"

Interessant ist die folgende Schlußbemerkung des Blattes auch in einer anderen Beziehung:

„Weiterhin ist das eine diplomatische Niederlage Frankreichs. . . Schließlich zeigt es sich, daß die Politik des polnischen Obersten Volksrates eine Politik der Täuschungen gewesen ist. Der politische Instinkt des Volkes erfaßt die Lage besser als die optimistische und dabei unentschlossene Politik des Obersten polnischen Volksrates. . .!

„Orendownik" (Posen) — Nr. 82 vom 8 d. M. — bedauert den Umschwung in der Danziger Angelegenheit, der ein Erfolg der deutschen Diplomaten sei und die öffentliche Meinung in Polen ernstlich beunruhige. Die Armee Haller komme zwar doch nach Polen, doch müsse die Regierung ihre Wachsamkeit verdoppeln. Wie das Blatt dies

meint, geht aus einem Leitartikel in der Nr. 81 hervor, der in nicht mißzuverstehender Weise „Das letzte Argument" überschrieben ist. Ultima ratio, der Appell an die Waffen, „nichtsdestoweniger müssen wir uns die ewige Wahrheit vor Augen halten, daß nur in eigener Kraft und in dem Bewußtsein, sich die Bedingungen eines Daseins auszukämpfen, daß sich mit unseren Bedürfnissen vereinbaren läßt, die Hauptunterlagen unserer staatlichen und nationalen Zukunft enthalten sind".

Die Krönung des ganzen bildet der in Nr. 82 des „Gonice Wielkopolski" vom 8. d. M. enthaltene Aufruf des Kommissariats des Obersten polnischen Volksrates, der zu der Lösung der Danziger Frage Stellung nimmt. Über das Schicksal Danzigs sei damit noch nicht entschieden. „Nicht nur unsere historischen Rechte sprechen für uns, nicht nur der unerschütterliche Wille des Volkes, sondern auch der bisher (?) starke Glaube an unsere Verbündeten, mit denen vor einer Woche der Landtag in Warschau einstimmig einen Bund auf Leben und Tod eingegangen ist." Die Hauptsache bleibe zunächst, daß die so dringend benötigten Truppen des Generals Haller kommen. Danzig müsse auf jeden Fall polnisch werden. „Hoch die Herzen, denn es sollen die Truppen Hallers kommen!"

„Goniec Wielkopolski" (Posen) Nr. 86 vom 12. 4.

Demission Lloyd Georges. Warschau. (P. A. T.) Der gestrige „Przeshad Wieczorny" läßt sich aus Paris von seinem eigenen Korrespondenten berichten:

General Haller, wie ich aus vollständig authentischer Quelle erfahre, ist stark unzufrieden mit dem Beschluß, daß seine Truppen nicht über Danzig nach Polen reisen sollen. Die ganze französische Presse ohne Ausnahme, wirft den alliierten Regierungen die Verhandlungen in Spaa vor und sieht darin den Beweis augenscheinlicher Schwachheit der Entente. Nicht anders verhält sich die englische Presse, die außerdem den Ministerpräsidenten Englands, Lloyd George, sehr stark angreift. Lloyd George wird gezwungen werden, sein Abschiedsgesuch einzureichen und zurückzutreten.

Die Pariser Bevölkerung hat Herrn Paderewski ohne Unterschied der Partei und der Stände als den Chef der polnischen Regierung mit nie dagewesenen Enthusiasmus begrüßt.

„Postop" (Posen) Nr. 86 vom 12. 4. 19.

Unter der Überschrift „Der Stand der polnischen Frage" bringt die Zeitung verschiedene Pressestimmen. Darunter schreibt sie u. a.:

Oberst Tonsson schreibt im „Petit Journal" in Sachen Danzigs: Ein großer Schritt vorwärts wird in den Tagen gemacht werden, in welchen die Friedenskonferenz endlich verstanden haben wird, daß es unmöglich ist, nach dem Nationalitätenprinzip in dem Teil Europas, welcher von gemischter Bevölkerung bewohnt wird, Grenzen zu bestimmen, und daß es ihre Pflicht ist, ein starkes Polen zu schaffen.

„Lech" (Gnesen) Nr. 86 vom 12. 4. 19.

In Sachen Danzigs gibt die Zeitung verschiedene Pressestimmen an und sagt u. a. zum Schlusse: „Man muß noch auf einen Satz aufmerksam machen, der sich in der französischen Note des Generals Nudant vom 28. März an Erzberger befindet. Man spricht dort von der Genehmigung einer Überführung der interalliierten Armee des General Haller, welche nach Polen geht, nur um „dort die Ordnung aufrecht zu erhalten". — Was soll das heißen? fragt die Zeitung, wir können doch nicht für einen Augenblick annehmen, daß die Truppen des General Haller dem Vaterlande mit solchem Vorbehalt zurückgegeben werden.

Die Frage der Zukunft Danzigs ist in Spaa nicht endgültig erledigt worden. Wir erinnern uns an die Worte der Deklaration, mit welcher die Kongreßmission kaum vor einer Woche Polen anerkannt hat. Das polnische Volk hat von seiten der Ententeregierungen sowie der mit ihnen verbundenen Mächte ein formelles Versprechen erhalten, daß es einen Zutritt zum Meere erhalten wird und niemand kann an der vollständigen Verwirklichung dieses Versprechens zweifeln.

„Orędownik" (Posen) Nr. 85 vom 11. 4. 19.

Der Ministerpräsident Paderewski über die polnische Lage. (P. A. T.-Havas.)

Während seiner Reise erklärte Paderewski dem Vertreter der Agentur Havas, daß er ca. 15 Tage in Paris bleiben will, da die jetzige Lage Polens nicht seine Anwesenheit durchaus verlange. Mit Rücksicht auf die äußerste Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung, sagte Paderewski, würden alle ungünstigen Nachrichten über irgendwelche Vorkommnisse im Lande starken Widerhall haben, und sofort ausgenutzt werden seitens der Opposition gegen diejenigen, die zusammen die jetzige Ordnung der Dinge verteidigen. Unsere grundsätzlichen Forderungen bezwecken Danzig zusammen mit der Seeküste, das Teschener Schlesien und Lemberg an Polen anzugliedern. Der Besitz Danzigs ist für uns eine Existenzfrage, da ohne diese Stadt der Zutritt Polens zum Meer erstickt würde. Die Geschichte beweist, daß zwischen Polen und Deutschland kein dauerndes Kondominium existieren könne. Man muß also diese Frage klar erledigen und Danzig vollständig der einen oder der anderen Partei übergeben. Die Gerechtigkeit fordert, daß man Polen das zuerkennt, was während vergangener Jahrhunderte sein Eigentum gewesen ist. Polen würde die Aussicht, daß die Gebiete unter fremde Herrschaft kommen, welche mit Herz, Mund und Vergangenheit verbunden sind mit dem Mutterlande und immer nur in der Hoffnung auf einen Befreiungskrieg lebten, welchen alle polnischen Dichter prophezeiten, nicht ertragen. Das polnische Volk befand sich bis zum jetzigen Moment ständig in patriotischer Wallung, die sich heute in gefährliche Zweifel umwandeln könnte, wenn nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gingen, zu welchen Polen durch seine Leiden, Tapferkeit und gehabten Bemühungen und Opfer berechtigt ist. (Wessen Tapferkeit verdankt eigentlich der neue Polenstaat sein Leben? Anm. d. Red.)

Eine wertvolle Ergänzung für das Verständnis der Pariser Verhandlungen über die Danziger Frage bildet nachstehender Beratungsbericht (vom 20. März) des „Kurjer Warszawski" (nach Krz.-Ztg. 156 v. 5. April).

Cambon: „Wir müßten Polen nicht nur diese Meeresküste zusichern, sondern gleichfalls einen gewissen Zugang zu ihr in wirtschaftlicher und strategischer Hinsicht. Daher liegt die unbedingte Notwendigkeit vor, innerhalb der Grenzen der polnischen Gebiete Landstriche einzuschließen, die durch eine verhältnismäßig zahlreiche Bevölkerung deutscher Nationalität bewohnt werden. Vor allen Dingen hat die Kommission für polnische Angelegenheiten einstimmig für notwendig erkannt, dem neuen Staate Marienwerder anzuschließen. Es ist dies ein wichtiger Punkt, der den Flußlauf der Weichsel beherrscht; seine Überlassung an die Deutschen würde der Überlassung der Kontrolle über die Verkehrslinien Polens an sie gleichkommen."

Lloyd George: „Nach der durch die Kommission für polnische Angelegenheiten vorgelegten Karte wird der polnische Staat fast zwei Millionen Bevölkerung deutscher Nationalität umfassen. Ich bin genötigt, die Aufmerksamkeit des Obersten Rates dringend auf die Gefahr zu lenken, mit der eine solche Lösung in der nahen Zukunft drohen wird. Wir werden auf diese Weise mit einem Male den deutschen Irredentismus in Polen schaffen, einen doppelten Irredentismus seitens der Deutschen, die Ostpreußen bewohnen und von der Mark Brandenburg losgerissen sind, sowie selbstverständlich auch unter denjenigen, denen die polnische Staatszugehörigkeit mit Gewalt aufgezwungen werden würde."

Cambon: „Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, daß der Beschluß, über den ich berichte, einstimmig durch alle Mitglieder der polnischen Kommission gefaßt ist, die fünf große Mächte vertreten. Wir haben diese Frage allseitig geprüft. Nach unserer Ansicht wäre es ganz ungerecht, die Anwesenheit einer gewissen Anzahl von Deutschen im polnischen Gebiete als entscheidend für die Bestimmung der zukünftigen Staatsgrenzen anzusehen. Lassen sie uns nicht vergessen, daß sich diese Deutschen infolge der Immigrations- und Ansiedlungspolitik Preußens in den geschichtlichen polnischen Gebieten befinden. Die Anerkennung ihrer Rechte auf dieses Gebiet wäre die Anerkennung einer geschichtlichen Gewalttat."

Lloyd George: „Man muß mit der vollendeten Tatsache rechnen, und daher bestehe ich bei dem Gedanken, Polen die

Weichsel und die Eisenbahnlinie Thorn—Danzig auszuliefern, ohne eine Annexion der durch deutsche Bevölkerung bewohnten Gebiete."

Marschall Foch: „Meine Pflicht ist es hier, den militärischen Gesichtspunkt zu verteidigen. Wenn die Deutschen in einigen Jahren Polen überfallen — wer wird es verteidigen? . . . (Stillschweigen unter den Versammelten.) Ich glaube, ich zweifle sogar nicht daran, daß Frankreich dem verbündeten Volke zu Hilfe eilen wird, aber ehe diese Hilfe kommt, muß Polen die Möglichkeit haben, sich selbst zu verteidigen. Meine Herren, die strategische Schwächung des zukünftigen Polens wäre unsererseits ein riesiger Fehler. Es ist notwendig, daß sich der Weg Danzig—Warschau stets in polnischer Hand befindet. Seine Garantierung durch Verträge hat im Falle des Kriegsausbruchs nicht den geringsten Wert. Ein anderer Vorschlag, als der durch die Kommission für polnische Angelegenheiten einmütig beschlossene ist nicht anzunehmen. Es ist nötig, daß Polen seinen Korridor nach Frankreich mit Gewalt verteidigen kann."

Präsident Wilson: „Die Beschlüsse der Kommission für polnische Angelegenheiten stehen bis zu einem gewissen Grade im Gegensatz zu meinen allgemeinen Grundsätzen und Anschauungen. Ich gebe es jedoch zu, daß es eine andere Lösung dieser Frage nicht geben kann. Daher erkläre ich auch, daß ich der Ratifizierung dieses Vorschlages im Namen der Vereinigten Staaten zustimme."

Lloyd George: „Ich schlage jedoch vor, daß vor der Annahme des endgültigen Beschlusses die Kommission für polnische Angelegenheiten ihre Beschlüsse einer neuen Prüfung unterzieht im Sinne der hier durch mich angeführten Bemerkung."

Clemenceau: „Herr Cambon, wieviel Zeit würde die Kommission zur Sichtung und endgültigen Abfassung ihres Berichtes gebrauchen?"

Cambon: „Die Kommission hat den heute vorgelegten Bericht als endgültig aufgefaßt. Eine Sitzung wird genügen, um die durch den Obersten Rat gemachten Bemerkungen und Vorschläge zu diskutieren."

Clemenceau: „Wir bitten die Kommission also, einen wiederholten Bericht vorzulegen. Indessen werden wir uns der endgültigen Resolution enthalten."

Kleine Nachrichten

Die Armee Haller. Die Truppen des Generals Haller setzen sich aus folgenden drei Bestandteilen zusammen: 1. Polen, die aus der französischen Armee ausgeschieden sind, 2. Polen, die sich als österreichische Kriegsgefangene in Italien befanden, 3. Polen, die aus dem englischen und besonders amerikanischen Heere durch Demobilmachung ausgeschieden sind. Bis jetzt sind fertig gebildet die erste, zweite und dritte Infanteriedivision und ein Kavallerieregiment. Mindestens die doppelte Zahl von Divisionen ist in der Bildung begriffen. Diese Truppen befanden sich bisher in der Gegend von Bayonne (Meurthe et Moselle). Zu den polnischen Truppen kommt noch schwere Artillerie mit französischen Mannschaften in polnischer Uniform. Die Franzosen haben sich in jeder Hinsicht eine ausschlaggebende Stellung gesichert; alle höheren Kommandostellen vom Oberstleutnant an aufwärts sind mit Franzosen besetzt. Die Stärke der Hallerschen Armee ist auf etwa 35000 Mann zu veranschlagen, davon sind die Hälfte amerikanische Polen (nach neueren Nachrichten mehr).

Polnische Anmaßung. Der polnische Volksrat der Stadt Posen sandte an den Präsidenten Wilson ein Telegramm, in dem es u. a. heißt:

„Die Stadt Danzig gehörte bis zum Jahre 1793 zu Polen und seine Bevölkerung sah immer in der Zugehörigkeit zu Polen die Gewähr für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung. Wir sind überzeugt, daß auch

die jetzige friedliche Bevölkerung Danzigs mit Ausnahme einiger eingewanderter Chauvinisten nur von dem Anschluß an das tolerante Polen eine glückliche Zukunft für die Stadt erhoffen kann. Berücksichtigt man ferner die Lage Danzigs in einer ethnographisch unbestreitbar polnischen Gegend, dann muß als ausgeschlossen gelten, daß der Anschluß Danzigs an Polen eine deutsche Irredenta zur Folge haben könnte. (Das herzige Vertrauen auf die Gutmütigkeit des deutschen Michels steht in scherzhaftem Gegensatz zu der sonst von den Polen stets behaupteten Boshaftigkeit und Hinterhältigkeit der Deutschen. (Anm. d. Red.) Wie Polen sich nicht in der wünschenswerten Weise entwickeln kann, wenn ihm Danzig vorenthalten bleibt, so ist auch für die Entwicklung Danzigs, das an der Mündung der polnischen Weichsel liegt, eine enge Verbindung mit Polen Voraussetzung. Für Preußen, das an der Ostsee und an der Nordsee mehrere Häfen besitzt, ist die Beibehaltung Danzigs keine Lebensfrage, Polen aber müßte, wenn ihm jetzt der einzige natürliche Zugang zum Meere vorenthalten wird, immer danach streben, daß dieses ihm angetane Unrecht wieder gutgemacht werde. Unsere berechtigten Ansprüche auf einen Zugang zum Meer können durch eine halbe Lösung dieser Frage nicht zum Schweigen gebracht werden. Darum — und weil Polen unbedingt eine unmittelbare von jeder fremden Macht unabhängige Verbindung mit den Demokratien des Westens haben muß — haben wir das feste Vertrauen, daß Sie, Herr Präsident, dem berechtigten Verlangen Polens nach dem Besitz einer eigenen Küste mit Danzig Ihre Anerkennung nicht versagen werden."

Ein Telegramm mit gleichem Inhalt wurde von dem polnischen Volksrat auch an Lloyd George gesandt.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 9	Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	7. Mai 1919

Inhalt: Glossen zum Tage — Materialien zur ostdeutschen Frage: Die Besitztitel Preußens für den Netzedistrikt und Posen. Die Friedenslage für Posen. Die Nationalitätenkarte des polnischen Komitees. Zur Charakterisierung der polnischen Presse — Aus den Deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Polnische Presse. 2. Auslandspresse — Kleine Nachrichten.

Glossen zum Tage

Westpreußen deutsch oder polnisch?

Einige Fragen und Antworten zum Nachdenken.

Weshalb soll nach polnischer Meinung Westpreußen polnisch werden?

Weil es schon einmal, von 1569—1772 polnische Provinz gewesen ist.

Was hat Westpreußen als polnische Provinz erlebt?

Daß aus dem reichen Ordenslande ein armes Land wurde, daß die freien deutschen Bauern zu Leibeigenen der im Ausland lebenden reichen polnischen Adligen wurden; daß durch Krankheit und Hunger die ehemals dichtbevölkerten Gebiete und die Städte verödeten und entvölkert wurden; daß infolge des Elends die Bevölkerung Tieren ähnlicher sah als Menschen.

Womit begründen die Polen ihre Ansprüche auf Westpreußen?

Mit dem Programm des Präsidenten Wilson, in dessen dreizehnten Punkt es heißt: „Es soll ein polnischer Staat gebildet werden, der alle Gebiete umfaßt, die von unbestreitbar polnischen Nationalitäten bewohnt sind, usw."

Ist Westpreußen ein unbestreitbar polnisches Gebiet?

Nein; denn von seinen 1703744 Einwohnern im Jahre 1910 waren deutsch 1097943, polnisch aber nur 475853, der Rest mit 107199 sind Kassuben — Verwandte der märkischen Wenden, keine Polen.

Es kommen also in Westpreußen auf 100 Polen 231 Deutsche, oder von 100 Einwohnern Westpreußens sind 65 deutsch.

Was bezwecken die Polen, wenn sie in ihren und den ausländischen Zeitungen immer von dem polnischen Westpreußen schreiben?

Sie wollen der Welt etwas vormachen. Uns Deutsche aber wollen sie einschüchtern; denn sie glauben, daß uns der verlorene Krieg und die Revolution so wehrlos gemacht hat, daß wir gegen die 475000 Polen nichts ausrichten können. Sie wollen uns aber auch mit Versprechungen, die nichts sind als eitel Lügen, verlocken, damit wir unser Deutschtum vergessen sollen.

Wie schützen wir uns gegen die Polen?

Nur dadurch, daß wir uns fest zusammenschließen und tagtäglich aller Welt zurufen:

Wir Deutschen Westpreußens wollen für alle Zeit bei Deutschland bleiben!

Posen — deutsches Land

Was Posen betrifft, so ist es die deutsche Arbeit, die die Grenze zu ziehen hat, nicht alte Dokumente, weder die von der dritten Teilung Polens noch von der ersten Schlacht bei Tannenberg. Wo deutsche Kultur und Arbeit den Ausschlag gibt, ist das Land deutsch. (Preußischer Minister des Innern Heine am 27. April.)

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die Besitztitel Preußens für den Netzedistrikt und Posen

Gegenüber dem Anspruch der Polen auf Teile des preußischen Staates muß die Frage erhoben werden, auf welches Recht die Polen ihre Forderungen stützen. Die staatsrechtliche Zugehörigkeit der fraglichen Gebiete zu Preußen kann nicht bestritten werden. Im Herbst 1772 schloß Friedrich der Zweite beim Zerfall Polens einen Vertrag mit Rußland, in dem ihm Westpreußen und das Gebiet bis zur Netze zugesprochen wurde.

Der polnische Reichstag genehmigte diese Abtretung durch Beschluß vom ersten September 1773. Für den größten südlichen Teil des Netzedistrikts gab Preußen dann im Tilsiter Frieden sein Besitzrecht wieder auf.

Auf dem Wiener Kongreß aber waren es gerade England und Frankreich, die Preußen drängten, mehr polnisches Gebiet zurückzunehmen. So kam bereits am 31. Dezember 1814 ein Beschluß sämtlicher Großmächte zustande, Polen unter Österreich, Preußen und Rußland zu teilen. In der Kongreß-Hauptakte vom neunten Juli 1815 wird dann der 1807 abgetretene Teil des alten Netzedistrikts und das übrige Gebiet der heutigen Provinz Posen Preußen zu vollkommenem Eigentum des Königs, d. h. des preußischen Staates, zugesprochen.

Auf zwei Titeln ruht mithin das Besitzrecht Preußens an Posen; für den nördlichen Teil des Netzedistrikts auf dem Beschluß des polnischen Reichstages vom ersten September 1773, für den übrigen Teil der Provinz auf der Wiener Kongreß-Hauptakte vom neunten Juli 1815. Beide Beschlüsse sind von allen Beteiligten als rechtsverbindlich betrachtet und von keiner befugten Seite angefochten worden.

Die Friedenslage für Posen

Das „Journal de Genève" gibt an der Hand der bisherigen Pariser Veröffentlichungen und auf Grund eigener Informationen in großen Umrissen die Friedensbedingungen wieder, die unsere Friedensunterhändler in Versailles erwarten. Auch die Regelung der Ostfrage wird darin vorgezeichnet. Polen soll in den ungefähren Grenzen von 1772, vergrößert durch polnische Distrikte in Oberschlesien, wiederhergestellt werden. Alle diese Bestimmungen sind — wie sich nach der jetzigen Lage wohl annehmen läßt — nicht endgültig, sondern stellen sich als Vorschläge hin, die wir zu erörtern haben. Inwieweit aber die Entente unsere Gegenvorschläge in Berücksichtigung ziehen wird, läßt sich jetzt schon aus dem Grunde nicht ermessen, weil noch unbestimmt bleibt, wie groß der Spielraum für die Verhandlungsmöglichkeit sein wird.

Was für ein Schicksal der Ostmark, insbesondere Posen, in Versailles harrt, läßt sich aus der obigen Meldung des Genfer Blattes ungefähr ahnen. Auf Schlimmes sind wir ja gefaßt. Großen Überraschungen werden wir bei

unseren Berechnungen also nicht ausgesetzt sein. Was dem Posener Lande aber noch verborgen ist, das ist — der Standpunkt unserer Regierung. Geht sie mit dem Entschluß nach Versailles, die Deutscherhaltung der gesamten Provinz Posen zu erkämpfen, oder nicht? Das ist die Frage, auf die die Posener Deutschen noch keine eindeutige Antwort erhalten haben. Auch hier muß man versuchen, sich aus mehr oder minder amtlichen Auslassungen ein annäherndes Bild zu verschaffen.

Der „Vorwärts" schreibt in seiner Nr. 203 vom 22. April, daß Deutschland bereit ist, „Gebiete aufzugeben, deren Bevölkerung ein Verbleiben im politischen Machtbereich des alten Reiches nicht wünscht." Sollte sich diese Fassung auf Elsaß-Lothringen beziehen, so wäre sie unglücklich gewählt, wahrscheinlicher bleibt, daß dabei auf den Osten angespielt wird. Gleich darauf wird weiter ausgeführt, daß jedoch nur dann ein Friede annehmbar wäre, wenn nicht deutsches Gebiet wider seinen Willen unter fremde Herrschaft gebracht wird. Dem Positiven des ersten Zugeständnisses wird dabei nur in dem anderen Satze das gleiche in negativer Form hinzugefügt: Gebietsteile sollen abgetreten werden, wenn die Bevölkerung es wünscht, aber nicht gegen ihren Willen. Eine Lösung des Problems bietet diese Auslassung demnach keineswegs, da weiter im Unklaren bleibt, ob bezüglich des Posener Landes, das doch als untrennbares Ganzes zu behandeln ist, dem deutschen oder dem polnischen Willen Rechnung getragen werden soll.

Bleibt demnach die Äußerung des amtlich inspirierten „Vorwärts" für den Versuch völlig untauglich, den Regierungsstandpunkt herauszukonstruieren, so wird die Sachlage etwas klarer, wenn das Telegramm des preußischen Ministers des Innern an den Volksrat in Bentschen herangezogen wird, in dem es heißt: „Die preußische Regierung wird auch hinsichtlich der Provinz Posen sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß der Bestand des Staates erhalten bleibt, und daß jedenfalls kein Gebiet unzweifelhaft deutschen Volkstums unter die Gewalt eines anderen Staates fällt!"

Der Standpunkt der — wohlgemerkt preußischen, nicht deutschen — Regierung würde völlig befriedigend wirken, wenn nicht der Vordersatz durch den Nachsatz eingeschränkt worden wäre. Unbedingte Festigkeit spricht auch aus dieser Erklärung nicht, da sie die minder günstige Möglichkeit offen läßt, daß auf einen Teil Posens verzichtet werden könnte oder müßte.

Unzweideutig dagegen spricht sich der Reichsschatzminister Gothein in dem Leitartikel des „Berliner Tageblattes" — Nr. 180 vom 23. April — aus:

„Nirgends im Osten Deutschlands gibt es Gebiete, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, auch die jetzt außerhalb der Demarkationslinie liegenden Teile Posens sind zum guten Teil überwiegend deutsch. Aus dem Zusammenhang mit Deutschland gerissen, würden sie aufs schwerste leiden, würden sie in jenen Zustand der Unkultur zurücksinken, in dem sich die weitesten Teile Polens und Galiziens befinden."

Dies ist die Äußerung einer amtlichen Persönlichkeit, eines Angehörigen der Reichsregierung, aber immer noch keine amtliche Erklärung der Regierung im eigentlichen Sinne. Erfreulich bleibt sie aber in zweifacher Hinsicht: Sie vertritt die Interessen der gesamten Provinz Posen und begründet den eingenommenen Standpunkt. Darauf kommt es aber an. Bei der Programmlosigkeit, die sonst die Regierungspolitik hinsichtlich der Ausführbarkeit der uns verpflichtenden Wilsonpunkte kennzeichnet, ist dies ein bedeutsamer Fortschritt. Die Äußerung Gotheins gibt auch den Fingerzeig dafür, wie die Sache hier im Osten eigentlich anzufassen ist. Gothein geht von der gesamten Ostmark aus, vom Ganzen, nicht von den einzelnen Teilen. In ersteren Fehler ist jede der bezüglich Posen so spärlichen Regierungserklärungen gefallen; diese klammern sich an die Tatsache, daß es innerhalb Posens einige überwiegend polnische Kreise gibt, die nun nach dem angenommenen Wilsonprogramm wohl oder übel abgetreten werden müßten,

wobei sie völlig den Zusammenhang übersehen, völlig den leitenden Gesichtspunkt außer acht lassen, das Interesse des Ganzen. In dieser Beziehung können wir die Ausführungen Gotheins ergänzen: **Die gesamte Ostmark ist überwiegend deutsch; Teile mit polnischer Volksmehrheit bilden mit der gesamten Ostmark ein untrennbares Ganzes, aus dem sie nur zum Schaden der Gesamtheit und zu ihrem eigenen Nachteil herausgerissen werden können.** Die Regierungsvertreter machen es umgekehrt: Sie erkennen die Loslösung der kleinen Gebietsteile an und ebnen so den Weg für die weiteren Ansprüche der Polen, überwiegend deutsche Gebiete hinzuzufordern, da sonst die abgetrennten nicht bestehen könnten. Auch zur Ausführung der an sich vielleicht klaren Wilsonschen Punkte gehört die vorherige Ausarbeitung eines übersichtlichen Planes, der unter einem leitenden Gedanken aufzustellen ist. Wäre das Programm Wilsons wirklich so einfach, daß man nur auf die Landkarten mit der Bevölkerungstabelle zu tippen brauchte, so vermöchte man nicht einzusehen, warum die alliierte Friedenskonferenz sich bis jetzt das monatelange Kopfzerbrechen verursacht hätte.

Jetzt, wo die Unterhändler im Begriffe stehen, den Zug nach Versailles zu besteigen, wird der amtliche deutsche Gegenentwurf eines Völkerbundes veröffentlicht. Abschnitt VII, Artikel 54, dieses Entwurfes handelt von dem Schutze der nationalen Minderheiten innerhalb eines Reiches. Die Veröffentlichung dieses Entwurfes ist der bescheidene Anfang zu einer Politik, die wir ständig ersehnt und gefordert haben; Stellungnahme zu der praktischen Ausführung der Wilsonschen Punkte. Nicht schweigen und warten, bis das verschleierte Bild von Versailles enthüllt wird. Wie gefestigt ständen wir da, wenn wir zu dem Abschnitt VII dieses Entwurfes gleichzeitig einen Vorschlag über die Sicherung der polnischen Minderheiten in der deutschen Ostmark der Öffentlichkeit übergeben hätten! Und zwar einen Gegenvorschlag, der die Ostmark nicht zerreißt, sondern integral deutsch läßt, der aber trotzdem berechtigten polnischen Wünschen im Sinne der Wilsonschen Thesen völlige Befreiung verheißt! Die Regierung hätte mancherlei damit gewonnen: Das Vertrauen der Ostmark und eine günstige Plattform, von der aus weitere Verhandlungen möglich erschienen.

Die Nationalitätenkarte des polnischen Komitees

Im Jahre 1915 wurde in Warschau von der Union progressiste Polonaise eine Karte (Carte de la répartition de la population polonaise dans ses limites ethnographiques et sur le confuis) herausgegeben, die anschaulich die Verbreitung des Polentums in Osteuropa vergegenwärtigen soll. Sie umfaßt das Gebiet von der Küste Kurlands bis nach der Bukowina und von der Oder bis zum Pripet (48—55 Grad nördlicher Breite und 15—28 Grad östlicher Länge). Die Staats- und Provinzialgrenzen Preußens sind mit gelber, die Grenzen Galiziens mit blauer, die Grenzen des ehemaligen Zarenreichs mit grüner Farbe bezeichnet. Der prozentuale Anteil der Polen an der Bevölkerung der einzelnen Kreise ist in roter Färbung in vierfacher Tönung dargestellt, indem die Kreise mit 50 und mehr Prozent rot, die mit weniger als 10 Prozent Polen ganz weiß gefärbt sind und weitere Unterschiede die Gebiete mit 10—24, 25—34, 35—49 Prozent herausheben. Mit wenigen Ausnahmen sind nur die Kreisstädte eingetragen.

Die Karte zeigt, daß die Grenzen der polnischen Bevölkerungsmehrheit im Osten im wesentlichen mit den Grenzen von Kongreßpolen zusammenfallen. Nur bei Wilna (nicht bei Kowno) liegt ein Gebiet mit knapper polnischer Mehrheit (50,9 Prozent). Im Süden deckt sich die Grenze des polnischen Volkstums mit der Grenze Galiziens, wobei der San die Ostgrenze bildet. Östlich davon hat nur der Bezirk Lemberg 57,7 Prozent Polen. Für Kongreßpolen ist bezeichnend, daß dort nur ein einziger Kreis (Miechow) mehr als 90 Prozent Polen aufweist.

Bei Betrachtung der West- und Nordgrenzen fällt zunächst auf, daß die Bezirke mit polnischer Mehrheit gewissermaßen lappen-

förmig in das deutsche Gebiet hineinragen; sie hängen untereinander gar nicht oder nur auf ganz kurzen Strecken zusammen. So wird das polnische Gebiet Schlesiens und Posens nur durch das schmale Stück der Grenze zwischen den Kreisen Kreuzburg und Kempen verknüpft. Zwischen Posen und Westpreußen findet sich gar keine Verbindung; vielmehr ist hier eine breite Lücke vorhanden, die durch die Kreise Thorn, Bromberg, Wirsitz, Flatow, Kolmar, Czarnikau, Filehne und Deutsch-Krone mit zum Teil starker deutscher Mehrheit ausgefüllt wird. Im südlichen West- und Ostpreußen bildet die polnische Mehrheit, selbst wenn, wie es auf der Karte fälschlich geschieht, die Masuren als Polen gezählt werden, nur einen schmalen Streifen längs der Südgrenze.

Das Polentum auf dem linken Weichselufer steht mit der Bevölkerung von Kongreßpolen nur durch die Kreise Briesen und Kulm — Thorn hat eine deutsche Mehrheit von 54,5 Prozent — auf einer nur etwa dreißig Kilometer langen Strecke in Verbindung; es tritt deutlich als Enklave im deutschen Lande in Erscheinung, was um so bemerkenswerter ist, als sonst die Polen, die Tatsachen umkehrend, von deutschen Inseln in der slawischen Flut zu sprechen pflegen. Durchaus unrichtig ist es aber, wenn die Karte innerhalb Westpreußens ein geschlossenes Gebiet mit polnischer Mehrheit bis zur Küste hin aufweist. Die Verfasser der Karte machen sich einer bewußten Irreführung schuldig, wenn sie auch den Kreis Neustadt mit der dunkelroten Farbe bezeichnen, die für die Bezirke mit 50 und mehr Prozent Polen bestimmt ist; denn sie geben selbst an, daß die Polen hier nur 49,7 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Aus der Art der Farbenbezeichnung geht weiterhin nicht hervor — und doch ist dies für eine gerechte Entscheidung in nationaler Hinsicht erforderlich — daß die polnische Bevölkerung in Westpreußen in fünf Kreisen (Briesen, Kulm, Schwetz, Konitz, Berent) nur eine sehr schwache Mehrheit besitzt; sie ist hier nur um 1 bis 8 Prozent zahlreicher als die deutsche. Ferner bleibt unberücksichtigt, daß in keinem Kreise die polnische Mehrheit 78 Prozent übersteigt.

Als dreiste Fälschung muß es zurückgewiesen werden, wenn nach polnischem Belieben die Kreisgrenzen verschoben werden. Um den Eindruck zu erwecken, daß die Küste überwiegend von Polen bewohnt ist, wird die Grenze des Kreises Neustadt bis nach Neufahrwasser zur Weichselmündung hin ausgedehnt und auch Oliva, das zum Kreise Danzig-Höhe gehört, mit dem umliegenden Gebiet dort hineinbezogen. Ebenso falsch ist es, wenn das Gebiet um Mewe, von der Ferse bis zur Grenze des Kreises Dirschau, zum Kreise Stargard gerechnet und deshalb überwiegend polnisch dargestellt wird. Dieser Bezirk gehört vielmehr zum Kreise Marienwerder, der eine deutsche Mehrheit von 62 Prozent aufweist. Ganz willkürlich ist mit dem Gebiet um Danzig verfahren. Wie bei Thorn, Graudenz und Elbing Stadt- und Landkreis als ein Bezirk gerechnet werden, sind zwar auch hier die Kreise Danzig Stadt und Danzig Höhe zeichnerisch zusammengefaßt worden. Während aber sonst das Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung dementsprechend umgerechnet ist, wird hier für den ganzen Bezirk die Prozentzahl der Polen für den Kreis Danzig-Höhe (11 Prozent) angegeben und die Tatsache, daß in der Stadt Danzig nur 3 Prozent, im Kreise Danzig-Niederung gar nur 0,8 Prozent ausmachen, völlig verschwiegen. Nach Zeichnung der Karte muß ein unbefangener Betrachter annehmen, daß nicht nur die Stadt, sondern auch das ganze Land an der Küste bis zum Weichseldurchbruch bei Neufähr zu 11 Prozent polnisch sind. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß nach Angabe der Karte das Polentum in den pommerschen Kreisen Bütow und Lauenburg, die gegenwärtig auch lebhaft gefordert werden, nur 14,9 und 5,5 Prozent ausmacht!

Das sind die „wissenschaftlichen" Grundlagen, auf die das „imperialistische" Polentum seine „gerechten" Ansprüche stützt! K.

Zur Charakterisierung der polnischen Presse

Durch die polnische Presse weht der Hauch eines schrankenlosen Imperialismus. Es ist, als ob einem angestauten Bergbach das dämmende Wehr entzogen wird, und er mit ungehemmter Wucht sein Bett verläßt und ins Uferlose sich ergießt. Der dem neuerstandenen polnischen Nationalismus durch das Wilsonprogramm vorbezeichnete Weg wird verlassen, hochfliegenden Zukunftsplänen wird nachgejagt und über der an unserer Ohnmacht großgewordenen Machtbegier wird ganz und gar vergessen, daß Polen unser Nachbar ist, mit dem es für später in beiderseitig erträglicher Weise schließlich auskommen muß. Hieran denkt zurzeit noch niemand. Polens Nachbar ist Frankreich. Das dazwischenliegende Deutschland bildet für den polnischen Emporkömmling eine „quantité négligeable", gut genug dafür, daß man daraus Milliardenentschädigungen, Material, schließlich auch Menschen und Grund und Boden herauspressen könnte.

Von Frankreich erhofft man alles. Der Pole fühlt sich dem Franzosen kongenial, im Haß gegen Deutschland und in der imperialistischen Gier. Das Fallen und Steigen des Friedensbarometers in Paris wird mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt, die französische Politik spricht den polnischen Wünschen aus dem Herzen, Frankreichs Sache ist die Polens. Beider Interessen decken sich völlig in einem Punkte. Möglichste Schwächung Deutschlands. Wer von den andern Alliierten nicht blindlings diese französisch-polnische Politik mitmacht, wer neben dem Standpunkt des allmächtigen Siegers noch berücksichtigen möchte, daß auch im eigenen Interesse eine völlige Verstümmelung und Knechtung Deutschlands nicht erwünscht sein kann, gilt als Verräter an der heiligen polnischen Sache. Die polnische Devise bleibt, mag Deutschland sterben, wenn nur Polen das erhält, was es als sein vermeintliches Recht betrachtet.

Dieses Recht fällt nicht mit dem Anspruch zusammen, den Polen auf Grund der als die Friedensbasis anzusehenden Wilsonschen Punkte erheben darf. Die polnische Presse ist freimütig genug, das Programm Wilsons nicht im Sinne einer Beschränkung ihrer nationalen Bestrebungen anzuerkennen. Sie ist durchaus gegen die Anschauung, als ob Polen, das — abgesehen von dem früheren Schritt der Zentralmächte — erst durch die Festlegung der kriegführenden Mächte auf das Wilsonprogramm einen internationalen Anspruch auf Selbständigkeit hielt, irgendwie daran gebunden sei. Polen verlangt schrankenlose Berücksichtigung seiner Ansprüche aus eigenem Recht, unbekümmert darum, ob sie mit den allgemeinen Forderungen Wilsons auf Anerkennung des Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechts der Völker kollidieren. Ebensowenig wie Frankreich ist Polen geneigt, zugunsten dieser beiden Prinzipien irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Wenn die polnische Presse sich des öfteren auf die Rechte Polens aus den Wilsonschen Punkten beruft, so wird damit entweder nur ein Teil der Rechte begründet, oder aber es wird den Formulierungen Wilsons eine extensive Auslegung gegeben, die ihrem eigenen Sinn diametral entgegenläuft.

Die polnische Presse basiert ihre Ansprüche zunächst auf das sogenannte „historische Recht". Sie weiß sehr gut, daß dieses Recht, falls es nicht in dem leeren Sinne einer billigen Phrase, eines blenden sollenden Schlagwortes gebraucht wird, der heutigen Anschauung nicht mehr entspricht, daß gerade die Alliierten gegen das „historische Recht" zugunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ins Feld gezogen sind. Ihre These fordert die Wiederherstellung des historischen Polens, grundsätzlich des Reiches vor 1772, eines Staates also, der in seiner damaligen Zusammensetzung kein Nationalstaat, sondern ein aus verschiedenen Nationalitäten bestehender und durch das Gesetz der Eroberung zusammengehaltener Staat war. Mit anderen Worten, es wird die Aufrichtung eines Zustandes gefordert, den die von Wilson inspirierte Neuordnung der Weltverhältnisse für immer beseitigt wissen möchte. Innerhalb dieses wieder zu errichtenden Staatsgebildes kennt die polnische Presse kein anderes

nationales Selbstbestimmungsrecht als das eigene. Nicht die Völker in den einzelnen Gebieten sollen über ihre Zukunft entscheiden, sondern einzig und allein das polnische Volk hat nach Gutdünken darüber zu bestimmen, was mit ihnen zu geschehen hat. Das versteht die polnische Presse unter dem Selbstbestimmungsrecht, das es mithin nur für sich in Anspruch nimmt und von dem nichts übrig gelassen wird, als das Wort selbst. Der „Wiarus Polski" führt dementsprechend wörtlich aus:

„Daraus folgt, daß weder Wilson noch Lloyd George weder die deutsche noch die verdeutschte Bevölkerung Schlesiens, Groß-Polens, des Danziger Pommerns, Ermlands und Preußisch-Masowiens über die staatliche Zugehörigkeit dieser Gebiete entscheiden können, sondern daß dies das polnische Volk als der uralte Wirt dieser Ländereien tun muß.

Und das polnische Volk will und kann nicht erlauben, daß nur eine polnische Hütte unter der deutschen Herrschaft bleibt, da es dadurch ihre Einwohner der Entartung ausliefern würde, die gegen das natürliche Recht und den Willen der Vorsehung ist."

Die Tatsache also, daß das polnische Volk zu irgend einer Zeit einmal einen Gebietsteil besessen hat, ist ausreichend, um ihn zurückzufordern, und sollte selbst unter Tausenden anderer nur eine einzige polnische Hütte sich noch dort befinden. Die Begründung mit dem „natürlichen Recht" und dem „Willen der Vorsehung" will dabei nichts anderes sein, als eine dekorative Verbrämung, es handelt sich auch im Grunde genommen um gar keinen rechtlichen Anspruch, sondern einzig und allein um nationalistische Gewaltpolitik.

Dem Gedanken, daß auch die Geschichte fortschreitet und in ihr sich die Grenzen der Völker und Territorien verschieben, wird überhaupt nicht nachgegangen. Die Idee einer geschichtlichen Entwicklung ist der polnischen Presse fremd. Die Deutschen, die in den beanspruchten Gebieten seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten wohnen, gelten als Eindringlinge, als Eingewanderte, die in ihrer jetzigen Heimat des Schutzes des Selbstbestimmungsrechtes nicht teilhaftig sein dürfen.

Die polnische Presse geht aber noch weiter. Wird auf der einen Seite das Selbstbestimmungsrecht als lästig beiseite geschoben, so greift sie auf der andern Seite das Nationalitätenprinzip heraus, ohne zu bedenken, daß es sozusagen nur die notwendige Ergänzung des ersteren bildet, mit diesem also steht und fällt. Auf Grund dieses Prinzips werden die polnisch sprechenden Teile Schlesiens verlangt, desgleichen Masuren, Gebiete, die nicht zu dem Polen von 1772 gehört haben. Es ist hier nicht davon die Rede, daß — um in die polnische Redeweise zu fallen — das Unrecht der Teilungen Polens wieder gut zu machen wäre, sondern mit dem preußischen Staate seit Jahrhunderten verwachsene Gebiete sollen herausgerissen werden, weil die nationale Einheit des polnischen Volkes es erfordere. Die polnische Presse stößt sich nicht daran, daß die überwiegende Mehrzahl der preußischen Masuren sich völlig als Deutsche fühlt und nichts von Polen wissen will, das Nationalitätenprinzip muß ihnen vielmehr eingehämmert werden, und wenn sie nicht von selbst darauf kommen sollten, mittels eines gelinden Drucks unter dem Schutze einer polnischen Armee! Das stehende Leitmotiv ist immer, die Masuren werden es schließlich schon einsehen, daß sie Polen sind, wenn sie es auch zurzeit noch nicht wissen sollten. In beiden Fällen, sowohl bezüglich Schlesiens wie Masurens, soll das Rad der Geschichte um Jahrhunderte zurückgedreht werden, im Grunde genommen aber nicht zuliebe des Wilsonschen Nationalitätenprinzips, sondern lediglich aus imperialistischem Machthunger.

Mit den Wilsonschen Prinzipien haben gleichfalls nichts die andern Stützpunkte der polnischen Machtpolitik zu tun, die auf den Begriffen der wirtschaftlichen Notwendigkeit und Lebensfähigkeit des polnischen Staates beruhen. Neben dem Argument der „historischen Gerechtigkeit" ist es vor allem der Hinweis auf die wirtschaftliche Notwendigkeit, die die polnische Presse ins Feld führt, um das rein deutsche Danzig dem polnischen Staate anzugliedern. Dieser Begriff ist im Wilsonprogramm zwar nicht fremd, er operiert mit ihm aber nur in der Hinsicht, daß

ein wirtschaftlicher Ausgleich, nicht eine politische Befriedigung erzielt werden solle. Für die polnische Presse bedeutet jedoch die Erfüllung wirtschaftlicher Forderungen ohne weiteres auch eine Befriedigung rein nationalistischer Ziele.

Ebensowenig wie die polnische Presse gewillt ist, die Entwicklung der polnischen Frage von der Berücksichtigung der Wilsonschen Prinzipien abhängig zu machen, ebensowenig ist sie entschlossen, etwa zu warten, bis die Friedenskonferenz ihr Urteil — und zwar gleichgültig auf welcher Grundlage — gesprochen haben wird. Die polnische Presse fühlt, daß die restlose Erledigung ihrer Wünsche ein langes Zögern nicht verträgt, daß eine ruhige Nachprüfung ihrer Ansprüche ihnen schließlich nachteilig sein könnte und daß nur ein einziges Mittel sie mit einem Schlage sicher zu stellen imstande ist: die offne Gewalt. Dies bedingt aber schnelles Handeln. Eine schwere Enttäuschung hat die polnische Presse durch die Wendung in der Danziger Landungsfrage erlitten, auf die in der angedeuteteh Hinsicht die größten Hoffnungen gesetzt waren. Damit gibt sie aber noch nicht das Spiel vor dem Spruch der Friedenskonferenz verloren, immer wieder weist sie auf die Notwendigkeit hin, noch während der Friedensverhandlungen den entscheidenden Gewaltschritt zu unternehmen. Nur auf diese Weise könnte Preußen-Deutschland zur Erkenntnis seiner Ohnmacht (nicht etwa seines Unrechts) gezwungen werden. Die „Przyjaci ludu" (Graudenz) schreibt wörtlich:

Wenn die Deutschen neben sich ein starkes Polen erblicken, dessen Grenzen höchstens in einer Entfernung von einigen hundert Kilometern von Berlin, der Residenz Deutschlands, verläuft, die von Posen mit Lebensmitteln versehen wird, werden sie unverzüglich zu der Überzeugung gelangen, daß die Periode der altdeutschen Größe zur Vergangenheit gehört.

Es wäre unbestreitbar eine sträfliche Unterlassung, diesen Äußerungen der polnischen Presse kein Gewicht beizumessen. Sie spricht nicht zu ihren Lesern allein, sie verschafft sich Gehör bei unseren Feinden, denen sie unermüdlich ihre Argumente vor die Augen führt. Unablässig muß die deutsche Bevölkerung der Ostmark durch ihre Volksräte auch ihre Stimme zu Gehör bringen. Es wäre schwer gefehlt, wenn das Deutschtum in diesem Kampf der Worte abseits stehen wollte. Unser Ziel geht dahin, dem für die deutsche Ostmark nur günstigen Wilsonprogramm zum Siege zu verhelfen und aus diesem Grunde müssen wir alles daransetzen, die Richtigkeit der in der polnischen Presse vorgebrachten Ansprüche vor dem Forum der gesamten öffentlichen Meinung zu beweisen.

Aus den Deutschen Volksräten

Aus Bentschen wird uns berichtet: Zu einer Massenkundgebung am Ostersonntag hatte die Ortsgruppe Bentschen des deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge aufgefordert. Mehr als 2000 Männer und Frauen aller Berufsstände folgten diesem Rufe und marschierten unter Vorantritt des gesammten hiesigen Grenzschutzes in geschlossenem Zuge unter Absingen patriotischer Lieder vom Bahnhof nach dem Marktplatz. Es war ein Zug, wie ihn unsere Stadt nach der Versicherung alteingesessener Bürger in so imposanter Größe noch nie gesehen hatte. Was wollten diese Tausende? Was veranlaßte sie, in letzter Stunde, da die Würfel über unser Schicksal fallen, noch einmal Zeugnis abzulegen für das Deutschtum, zu bekennen, daß die Heimatprovinz nicht dem deutschen Reiche geraubt würde, daß die Regierung nur einen Frieden unterschreibe, der uns die posensche Heimat, den Tausenden von Flüchtlingen, die Haus und Hof haben verlassen müssen, wiedergeben und die Hunderttausende von Volksgenossen, die unter polnischem Joche schmachten, erlöst. Wir haben nicht nur ein geschichtliches Recht

auf die Provinz Posen, sondern auch ein wirtschaftliches. Deutschland braucht die Kornkammer, die ihm im Verlaufe der Revolution durch schnöden Verrat und Unfähigkeit seiner Unterhändler entrissen worden ist. Darum hat die Regierung, wenn sie auf des Volkes Stimme hören will, gar keine andere Wahl, als das Verbleiben Posens beim Deutschen Reiche unbedingt zu fordern und keinen Frieden zu schließen, der uns entrechtet. Sollte es zum Äußersten kommen, dann würde **an der gesammten polnischen Front der Kampf von neuem beginnen.** Mit Gewalt müßten wir uns holen, was uns die Friedensunterhändler nicht erringen konnten. Das mögen sich unsere Feinde gesagt sein lassen. Wenn sie uns gänzlich zu zertreten beabsichtigen, wie es den Anschein hat — sie sollen und werden sich irren. Unsere Front ist stark und unsere Kraft im Wachsen. Von der Regierung müssen wir verlangen, daß sie unsere Interessen nunmehr mit der äußersten Energie vertritt. Uns selbst aber möge immer jener Geist erfüllen, der das Schweizer Volk beseelte, als es seine Freiheit sich erkämpfte. „Wir wollen sein ein freies Volk von Brüdern!"

Diese Gedanken waren es im wesentlichen, die Herr Rechtsanwalt Kittel nach einigen einleitenden Worten der Vertrauensmänner des hiesigen Grenzschutzbataillons, des Herrn Schmidt, und der Ortsgruppe des hiesigen Heimatbundes Posener Flüchtlinge, Herrn Cedur, in längerer Rede zum Ausdruck brachte. Daß die Versammlung sich völlig mit dem Redner eins fühlte, bewies sie durch ihre begeisterten Kundgebungen während und am Schlusse des Vortrages. Darauf wandte sich der Kommandeur des hiesigen Grenzschutzes, Herr Oberleutnant Rohleder, an die Versammlung und insbesondere an die Kameraden des Grenzschutzes. Er betonte vor allem die sittliche Pflicht eines jeden, mitzuarbeiten und das Letzte herzugeben, wenn es gälte, das Heimatland zu befreien. Was wir in den viereinhalb Kriegsjahren geleistet haben wie kein anderes Volk in der Geschichte, beweise unsere gewaltige Kraft und gebe uns Mut und Hoffnung für die Zukunft. Aber aufwachen müssen wir und die Waffen, die wir in falscher Sicherheit wieder beiseite gelegt haben, aufs neue ergreifen und uns so stark machen als es nur irgend möglich ist, damit wieder, wenn die Stunde der Erlösung unserer Heimatprovinz ruft, jeder auf seinem Posten sei. — In diesen Appell an die Wehrhaftmachung des Volkes gipfelten die Ausführungen des Redners. Sie unterstützten in wirksamer Weise das Vorhergesagte und verfehlten ihre Wirkung nicht. Schließlich verlas Bürgermeister Butz ein vom Ministerium des Innern kürzlich eingegangenes Antworttelegramm auf die von der Volksversammlung vom 29. März gefaßte Entschließung. In diesem Telegramm wird zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung auch bezüglich der Provinz Posen dafür eintritt, daß der Bestand des Staates erhalten bleibt, und daß jedenfalls kein Gebiet unzweifelhaft deutschen Volkstums unter die Gewalt eines anderen Staates falle, sowie daß die preußische Staatsregierung damit in voller Übereinstimmung mit der Reichsregierung stehe. Der Redner knüpfte daran die Hoffnung, daß es bei entschlossenem Vorgehen gelingen würde, die ganze Provinz Posen wieder zu gewinnen.

Von der Versammlung wurde darauf folgende Entschließung, die an alle maßgebenden Instanzen abgesandt werden soll, einstimmig gut geheißen:

Auf Hilfe heischende Rufe der Posener Flüchtlinge haben sich Tausende deutscher Bürger in Bentschen und Umgegend mit ihren siegreichen treubewährten Grenzschutz, ihren städtischen Vertretungen, den deutschen Volksräten, Bürgerwehren und Frauenvereinen heute zu einer gewaltigen Massenkundgebung unter freiem Himmel in Bentschen versammelt. Gestützt auf das durch die Geschichte verbriefte Recht der Zugehörigkeit Posens zum preußischen Staate verlangen wir, daß Recht Recht bleibt. Das deutsche Vaterland braucht die Provinz auch weiterhin als Kornkammer und darf ihren Raub niemals zulassen, wenn es nicht wirtschaftlich zugrunde gehen will. Deutsches Blut ist um unsere teure Heimat geflossen. Tausende haben, von den Polen vertrieben, Haus und

Hof verlassen müssen. Sie alle sind gleichwie ihre übrigen Landsleute von dem heiligen Vorsatz beseelt, ihr Letztes herzugeben, um den frevelhaften Raub gierigen Polenhänden zu entreißen. Trotz des drohenden Gewaltfriedens fordern wir von der Regierung, daß kein Fußbreit Landes von der Provinz abgetrennt werde. Kraftvoller wie bisher müssen die Posener Interessen vertreten werden. Mögen unsere Gegner in letzter Stunde es sich gesagt sein lassen, daß alle Deutschen Posens in dem Grenzschutz entschlossen sind, **die heimatliche Scholle bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen** und, wenn es Not tut, **Gewalt gegen Gewalt zu setzen.** Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Der Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge (Ortsgruppe Bentschen). Der Gefechtsabschnitt Bentschen. Die städtischen Körperschaften Bentschen. Der Deutsche Volksrat. Die Bürgerwehr. Die vereinigten Frauenvereine.

Nachdem das Lied „Deutschland, Deutschland über alles", das die mehrtausendköpfige Menge begeistert sang, verklungen war, setzte sich der Zug nach dem Friedhof in Bewegung, um hier den im Kampfe um unsere Heimat Gefallenen eine letzte stille Ehrung zu erweisen. Es wurden von den Vertretern der städtischen Körperschaften, des Grenzschutzes und der Vereine eine große Zahl herrlicher Kränze auf die zum Teil noch frischen Gräber niedergelegt. Einige kurze Ansprachen brachten das Gelöbnis zum Ausdruck, den Toten die Treue zu halten und es ihnen, wenn die Stunde der Entscheidung schlägt, nachzutun. Damit hatte die imposante Kundgebung ihr Ende erreicht. Möge das Ziel, das der Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge auf seine Fahne geschrieben hat, recht bald zur Wahrheit werden.

Pressestimmen

1. Polnische Presse

Was für Aufgaben die polnische sogenannte Volkswehr hat, wozu sie bestimmt ist, kann man leicht aus nachstehendem Leitartikel der „Gazeta Polska" (Kosten) Nr. 76 vom 8. 4. ersehen:

Die Volkswehr. In einigen Tagen wird die Volkswehr des Kreises Kosten eine hohe und erhebende Feier begehen. Nach Anhörung der heiligen Feldmesse angesichts Gottes werden die Reihen der Volkswehr in Anwesenheit des Obersten Kommandos der Volkswehr und des polnischen Militärs ein feierliches Gelöbnis ablegen, daß sie dem Vaterlande treu dienen und im Notfalle dasselbe bis zum letzten Blutstropfen verteidigen werden und daß sie in diesem Nationaldienste Gehorsam unserer rechtmäßigen polnischen Behörde versprechen, ebenso wie den von ihr ernannten Befehlshabern.

Dieser feierliche Moment wird wohl jedem der Anteilnehmer die riesengroße und erhebende Aufgabe vergegenwärtigen, welche unsere Volkswehr zu erfüllen hat.

Das neue Polen wird wieder aufgebaut und erhebt sich nach langem Sklaventum unter schweren und harten Bedingungen. Seine Grenzen sind noch nicht festgelegt, und doch muß man sie schon vor dem Feinde schützen, der von allen Seiten hereindringt, um uns wiederum zu unterjochen oder während des allgemeinen Weltchaos wenigstens ein Stück des ewigen polnischen Landes zu rauben.

Also greift die Blüte der polnischen Jugend und der gereiften Männer, die vielleicht eben erst aus dem vierjährigen Kriegsgetümmel zurückgekommen sind, wieder zu den Waffen und schützt durch die lebendige Mauer seines Körpers das bedrohte geliebte Land, und obgleich sie auf dem Felde des Ruhmes umkommt, währt sie doch weiter aus und siegt. Das ist unser tapferes, wenn auch junges, unser heldenhaftes polnisches Militär, unser Ruhm und unser Stolz.

Und wenn diese lebendige Schanze auf der Kampfesfront verblutet, bleibt denn dann für diejenigen, welche zu Hause geblieben sind, nichts mehr übrig zu tun, als nur

diese tapferen Krieger zu loben, um sodann den üblichen Alltagsarbeiten nachzugehen? Und wenn diese lebendige Mauer erschüttert werden sollte, wer wird sie stützen? Wer wird schließlich die innere Ordnung und Ruhe sichern?

Das ist die Aufgabe der Volkswehr.

Die auf diesem Fundament erbaute Volkswehr wird zum Schutze unserer Fronttruppen einen zweiten lebendigen Schutzwall bilden, an dem alle Versuche der äußern Feinde wie auch der innern Umstürzler scheitern werden, wenn sie auch bei uns ihre geistlose umstürzlerische Arbeit sollten beginnen wollen. Dann wird auch unsere Volkswehr der Ruhm und Stolz unseres ganzen Volkes werden.

Lech (Gnesen) Nr. 85 vom 11. 4. 19.

Unter der Überschrift: „An alle Ämter" bringt die Zeitung einen **Aufruf des Starosten** Kittel, in welchem die polnischen Behörden und Organisationen nicht nur in Posen, sondern auch in der Provinz aufgefordert werden, anzugeben, was für Stellungen bezw. Ämter frei werden könnten, um dieselben mit den aus Deutschland zurückkehrenden Auswanderern zu besetzen. Der Aufruf sagt weiter, daß durch eine derartige Übersicht vorhandener Stellungen es ein leichtes wäre, auch Posten, die bisher von deutschen Angestellten versehen wurden, mit Polen zu besetzen.

Eventuelle Offerten wird gebeten mit Angabe der genauen Bedingungen schleunigst an das Reesigrationsbezernat beim Kommissariat des G. P. V. in Posen zu senden.

Dziennik Poznanski (Posen) Nr. 90 vom 17. April.

Traurige Zustände. Unsere Bevölkerung empört sich ganz gerechtfertigterweise, daß sie keine Kohlen erhalte, ferner, daß man sie schon seit zwei Monaten damit tröstet, daß die Kohlen bereits auf dem Wege sind. Aber wie stehen die Sachen? — Die Warschauer Regierung hat sich verpflichtet, 200 Wagen Kohlen täglich zu senden. Sie erhält dafür Kartoffeln und Saatgut. Die Kartoffeln sind abgeschickt worden, tausend unserer Eisenbahnwagen sind in Kongreßpolen, wir wissen auch, daß in den Kohlenwerken über tausend Waggons schon geförderter und bereits absandbereiter Kohlen liegen. Die Kohlenbergwerke werden angeblich aus diesem Grunde sogar die Produktion verringern müssen.

Es sind dies sehr traurige Zustände, welche unbedingt geändert werden müssen. Es entsteht angeblich eine solche Situation, daß wir hier Kohlen erhalten würden, aber die Beamten im Königreich handeln, denn sie wollen, daß ihnen für jeden Waggon Kohlen, welchen sie uns hierher schicken, ein besonderes Trinkgeld gezahlt wird (Łapówka), wie das zu russischen Zeiten der Fall war, wo man ohne Bestechung sich nicht vom Platze rühren konnte. Die polnische Regierung in Warschau muß da unbedingt einschreiten. Ebenso müssen auch die Abgeordneten im polnischen Landtag diese Angelegenheit näher betrachten. Das demoralisierende russische System wollen wir auf keinen Fall in das neu zu bauende Polen einführen. Dieses System muß auf Schritt und Tritt ausgerottet werden.

Gazeta Tornnska (Thorn) Nr. 85 vom 15. April.

Ein scharfes Gesetz gegen die Bestechlichkeit der Beamten und der Staatsangestellten. Warschau. Der Abgeordnete Glabinski und Genossen haben das Projekt eines Gesetzes eingebracht, welches sich gegen die Bestechlichkeit der Beamten und der Staatsangestellten richtet. Das Projekt bestimmt, daß der Beamte, dem Bestechlichkeit nachgewiesen wird, sofort aus dem Dienste gewiesen und sein Vermögen beschlagnahmt wird.

Ein sehr scharfes Gesetz hat man auch gegen die Wucherer eingebracht.

Gazeta Tornnska (Thorn) Nr. 82 vom 11. April.

Die Verhaftung von Bolschewisten bei der Arbeit. Aus Warschau wird mitgeteilt: Vorgestern hat ein Wachtposten des Kommissariats in der Broniastraße einen Rollwagen mit Leuten angehalten, die zwei Ballen Papier fuhren. Es erwies sich, daß es ein Transport der kommunistischen Zeitung „Gromada" war. Man verhaftete St. Lubelski und J. Gebalski. Die Druck-

schriften wurden beschlagnahmt zwecks Vernichtung. Lubelski hat sich, wie aus den Beweispapieren zu ersehen ist, eben erst aus Dombrowa-Córnieza abmelden lassen.
Gazeta Polska (Kösten) Nr. 82 vom 4. April.

Entdeckung einer bolschewistischen Organisation. In Landtagskreisen wurde vorgestern erzählt, daß auf einer der Stationen bei Kowel vier verdächtige Personen, darunter eine Frau, auf dem Wege aus Kiew von den Behörden angehalten wurde. Die vorgenommene Revision brachte eine ganze Menge belastender Beweise und Korrespondenzen an verschiedene Personen in Warschau, Lublin und im Dombrower Kohlenbecken zutage. Man hat auf diese Weise die Spur einer Organisation der Sowjetagitatoren entdeckt, die in Polen tätig sind. In Verbindung mit dieser Entdeckung sind viele Verhaftungen vorgenommen worden.

Dziennik Poznanski (Posen) Nr. 88 vom 15. April.

Die Zeitung berichtet über die **Gründungsversammlung einer bürgerlichen Partei,** die am 14. April stattfand. Das Programm in der Nationalitätenfrage lautet: Gegenüber der deutschen Bevölkerung und nationalen Minderheiten in Polen werden wir uns durch eine Toleranz in präzise umschriebenen Grenzen leiten lassen, damit nicht irgend ein Schade für das Interesse der Nation entsteht. Wir verlangen 1. vollständige innerlich geistige und äußere Polonisierung unserer Städte, 2. Entfernung der deutschen Beamten und Ersetzung derselben durch Polen. Wir fordern schleunigste Polonisierung der Schulen durch Entfernung aller Lehrer, welche die Sprache nicht beherrschen, oder uns feindlich gesinnt sind. (Toleranz in präzise umschriebenen Grenzen ist ein sehr hübscher Begriff. Anm. d. Red.)

Bestechung und Protektion. Die in Warschau erscheinende neue Wochenschrift „Sprawa" charakterisiert die polnischen Beamtenzustände folgendermaßen:

Das Bestechertum vernichtet unseren Volksorganismus. Unsere Ämter, besonders die Approvisationsämter, sind gefüllt mit merkwürdigen Individuen, die bescheidene Beamtengehälter beziehen, trotzdem aber über ihren Stand leben und Tausende für Luxus- und Genußmittel ausgeben. Noch mehr diejenigen, welche während der moskowitischen Zeiten Mietlinge waren und dann in den preußischen Dienst traten, spielen heute in den polnischen Ämtern eine Rolle und rauben alles, was sich rauben läßt. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß viel Staatsgut, welches sich in den Händen des Staates befinden müßte, Privatleute besitzen und dasselbe zu hohen Preisen dem Staate zurückverkaufen. (Militärmützen aus Stoffen, die nur die polnischen Ämter besitzen) Es ist möglich, daß die höheren Beamten sich keine Mißgriffe zu schulden kommen lassen. Sie achten aber zu wenig energisch darauf, daß andere diese Mißgriffe nicht verschulden.

Der Bestechung folgt der Nepotismus. Zu Zeiten der Moskowiter und Deutschen konnte man eine Stellung nur durch Protektion erhalten. Dasselbe ist auch heute der Fall. Eine Stellung ohne Protektion zu erhalten, ist gar nicht denkbar. Nicht Qualifikation, nicht Befähigung, sondern Bekanntschaften und gute Verbindungen, oft auch Parteizugehörigkeit, spielen die erste Rolle und dienen als Beweis der besten Befähigung und Redlichkeit.

Ein schlechtes System reißt auf verschiedenen unserer Ämter ein. Die Funktionäre, die sich Mißgriffe zu schulden kommen lassen, werden nicht ihrer Stellung enthoben, sondern versetzt. — Vielleicht zur Strafe auf schlechtere Posten? — Keineswegs. Mit größter Sorgfalt wird darauf geachtet, daß der redliche Beamte auf den bisherigen Etat gestellt bleibt. Noch ein Schritt und wir kommen dahin, daß es bei uns so zugeht, wie im zaristischen Rußland, daß die Übergriffe zu Beförderungen führten, denn der angeklagte Beamte wurde natürlich auf einen höheren Posten versetzt. Angeblich soll einer unserer Minister gesagt haben, als man ihn auf diese Angelegenheit aufmerksam machte: Wenn ich alle für Bestechung und Diebstahl entfernen wollte, so bleibe ich ohne Beamte.

2. Auslandspresse

Der „Manchester Guardian" gegen die polnischen Machtansprüche. In der deutschen Presse ist in einem kurzen Auszuge ein Artikel des „Manchester Guardian" vom 15. März

wiedergegeben worden, der sich gegen die unberechtigten polnischen Ansprüche und ihre offensichtliche Verletzung des Nationalitätengrundsatzes wendet. Die „Deutsche Allg. Zeitung" bringt den nachfolgenden Wortlaut des Artikels:

„Die Frage über die Grenzen der polnischen Republik wird demnächst vor der Friedenskonferenz zur Entscheidung gelangen. In dem „House of Lords" gab es eine kurze Besprechung hierüber am Donnerstagabend, während Lord Curzon einige nicht unbedeutende Bemerkungen machte. Lord Curzons Bezugnahme auf die wichtige Angelegenheit der Zukunft Danzigs ist auf verschiedene Art und Weise wiedergegeben worden. Nach einem Bericht soll er gesagt haben, „er hielte es für wahrscheinlich, daß die endgültigen Vereinbarungen die Übergabe des Danziger Hafens an Polen einschließen würden". Ein anderer Bericht sagt: „Die Zukunft Danzigs sei eine Angelegenheit, die jetzt in Paris besprochen würde, und die Ansprüche Polens würden sorgfältigst in Erwägung gezogen werden." Der Widerspruch ist offensichtlich. Wenn Lord Curzon bei seiner Meinung geblieben ist, so muß die zweite Wiedergabe die richtigere sein, denn alle Berichte lauten dahin, daß Lord Curzon Polen gemahnt hätte, seine Ansprüche innerhalb vernünftiger Grenzen zu halten und nicht zu versuchen, Nachbarvölker aufzunehmen, welche keine verwandtschaftlichen oder andere Beziehungen zu den Polen hätten.

Wenn es irgend ein Gebiet gibt, auf welches die Polen ihre Ansprüche erheben, ohne eine Berechtigung dafür in der Verwandtschaft, der Sprache oder Gesinnung der Bevölkerung zu haben, so ist es der Stadt- und Landbezirk Danzig. Von den 150000 Einwohnern Danzigs sind weniger als 10 Prozent Polen. Danzig ist eine durchaus deutsche Stadt; sie ist es seit Jahrhunderten gewesen. Sie war stets deutsch in bezug auf Rasse, Kultur und Sprache, während sie einen Teil der alten polnischen Republik bildete; der deutsche Charakter Danzigs ist nicht das Ergebnis der Teilung Polens und der gegen die Polen gerichteten Verfolgungspolitik Preußens nach dieser Teilung. Der Stadt- und Landbezirk Danzig hat eine weitere Bedeutung, denn diese beiden Distrikte bilden einen Teil der deutschen Brücke, die vorwiegend deutschen und sicher nicht polnischen Charakter hat und welche die rein deutschen Gebiete Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland, westlich der Weichsel, verbindet. Wenn daher Danzig (Stadt und Land) dem polnischen Staat einverleibt würde, dann würden nicht nur zahlreiche Deutsche und deutsche Gebiete gegen ihren Willen unter polnische Herrschaft kommen, sondern es würde auch die ausgedehnte deutsche Provinz Ostpreußen gänzlich von dem übrigen Deutschland abgeschnitten werden. Was für Vorwände sind dann also für eine derartig offensichtliche Verletzung des Nationalitätengrundsatzes vorhanden?

Es ist der Wahrheit gemäß behauptet worden, daß Danzig der natürliche Hafen Polens ist und daß die Alliierten Polen einen Zugang zur See versprochen haben. Zugang zur See bedeutet nun nicht notwendigerweise den Besitz eines Hafens, welcher nach Nationalität, Sprache und Denkweise der Einwohner einem anderen Volk gehört. Es bedeutet vielmehr, daß volle und freie Verbindung mit der See herzustellen ist, und zwar so gesichert, daß das Tor zur See nicht je nach Laune eines anderen Staates geöffnet oder geschlossen werden kann. Wir glauben, daß die Alliierten auf alle Fälle Polen einen Zugang zur See in diesem Sinne sichern werden. Die Erwägung, daß Polen in einem solchen Fall ein Staat ohne eine eigene Küste sein würde, ist nicht von Belang, denn Polen wird diese Eigentümlichkeit mit verschiedenen anderen neuen wie alten Staaten teilen: mit der Schweiz z. B., mit Böhmen; vielleicht mit dem zukünftigen Araberstaat und bis zu einem bestimmten Grade mit dem Jugoslawischen Staat, dessen Haupthäfen am Adriatischen Meer Triest und Fiume sein werden. Die Beschaffung eines freien Zugangs zur See für Staaten, die tatsächlich oder praktisch von der See getrennt sind, ist eine der Hauptaufgaben der Friedenskonferenz, eine Aufgabe, deren Lösung vornehmlich dem Völkerbunde obliegen wird.

Die Einverleibung Danzigs in den polnischen Staat wird auch durch historische Erwägungen unterstützt. Es heißt, Danzig war

einmal ein Teil des polnischen Staates und sollte auch wieder ein Teil des polnischen Staates sein. Die historische Begründung ist überaus schwach. Die alte polnische Republik hatte zur Zeit ihrer größten Ausdehnung weite Gebiete eingeschlossen, die nach Nationalität, Religion und Sprache ihrer Bevölkerungen damals wie heute unzweifelhaft nicht polnisch waren. Die alte Republik Polen war kein Nationalstaat; sie war ein zusammengesetztes Reich, welches in der Art seines Aufbaues von dem ehemaligen österreichisch-ungarischen Reiche nicht zu unterscheiden war; und wie hier, so war auch in der alten Republik Polen die Mehrzahl der Einwohner nicht Polen; und die Mehrzahl der Polen wiederum waren Sklaven, die von der Minderheit des polnischen Adels geknechtet und ausgesogen wurden. Polnische Imperialisten handeln unklug, wenn sie das sehr häßliche Gespenst der alten Republik Polen wieder ausgraben, aber es handelt sich hier um ein größeres Objekt als Danzig.

Wenn Lord Curzon die Polen warnte, ihre Ansprüche zu mäßigen, so dachte er hierbei nicht nur an Danzig, sondern an viel größere Gebiete. Dmowski wünscht aus historischen Gründen die Errichtung eines Polens mit einer 35 Millionen-Bevölkerung, eines Polens, welches außer rein polnischen Gebieten nicht nur Danzig, sondern Litauen, Weißrußland, Schlesien, einen großen Teil der Ukraine und Ostgalizien einschließen soll. Unter 35 Millionen Einwohnern dieser ausgedehnten Gebiete befinden sich nur 16 Millionen Polen. Das Gebiet, welches eine polnische Majorität aufweist, hat nur eine Bevölkerung von 20 Millionen. Im übrigen Teil des Landes bilden die Polen größtenteils eine ausgesprochene Minorität. Die von Dmowski vorgebrachten polnischen Ansprüche befinden sich also in schärfstem Widerspruch mit dem Recht der Nationalitäten. Die Polen behaupten manchmal, daß die nichtpolnischen Gebiete, auf welche sie Ansprüche erheben, in Wirklichkeit „nach Kultur wie Zivilisation polnisch" seien. Damit wollen sie sagen, daß die Aristokratie und die Großgrundbesitzer Polen sind. Aber heutzutage ist es ebenso verhängnisvoll, Leute als Abhängige des Großgrundbesitzes zu behandeln wie als Abhängige der Kohlenbergwerke.

Nun zieht aber Dmowski noch eine weitere Erwägung in Betracht, die für ein imperialistisches Polen sprechen soll. Er meint, ein starkes Polen würde Deutschland das Gegengewicht halten und in dieser Beziehung die Stelle Rußlands einnehmen. Diese Stellungnahme hat in der französischen Chauvinistenpresse und unter gleichdenkenden Leuten hier großen Anklang gefunden: Inwieweit Kombinationen dieser Art von Bestand sein werden, soll hier nicht besprochen werden, aber Präsident Wilson hat schon darauf hingewiesen, daß die Welt zwischen dem Gleichgewicht der Mächte und dem Völkerbund zu wählen haben wird.

Wenn wir durch das Opfer der Rechte nichtpolnischer Bevölkerungen ein größeres Polen errichten in der Hoffnung, Deutschland dadurch in Schach zu halten, so bedeutet dies Machtpolitik. Alle diejenigen, welche ein solches Polen errichten wollen, untergraben damit den Völkerbund. Darüber müssen wir uns alle klar sein. Ein gerechter Frieden muß auf dem Prinzip der Nationalitäten gegründet sein. Der Aufbau eines Polen und des östlichen Europas in absolutem Einklang mit dem Völkerrecht ist sicherlich mit Schwierigkeiten verbunden. Denn in diesen Gebieten sind verschiedene Nationalitäten untrennbar durcheinander gewürfelt. Aber die Friedenskonferenz muß es sich zur Aufgabe machen, die Unterwerfung von nationalen Majoritäten unter Minoritäten zu vermeiden und die Rechte der Minoritäten zu schützen. Auf diese Weise kann die Friedenskonferenz ihrer Aufgabe so gerecht werden, wie es von humanen Staatsmännern erwartet werden kann."

Kleine Nachrichten

Die Armee Haller. Nunmehr sind bereits über 15 000 Mann der Hallerschen Armee auf polnischem Boden eingetroffen. Nach einem Warschauer Funkspruch an Alle gibt Haller die Gesamtzahl seiner Truppen auf insgesamt 100 000 an.

Die ersten Transporte sind nach Galizien, d. h. gegen die Ukrainer, in Marsch gesetzt worden. Es ist aber möglich, daß spätere Transporte der Hallerschen Armee in der Provinz Posen verbleiben, zumal ein Teil der Hallerschen Truppen nach dem Rückzug der Bolschewiki in dem Nordabschnitt der russisch-polnischen Front (d. h. bei und südlich Wilna) dort nicht mehr gebraucht wird.

Im Zusammenhange damit gewinnen Nachrichten an Bedeutung, nach denen in Gnesen, Hohensalza, auch Rogasen usw. Quartiere für Teile der Hallerschen Armee vorbereitet werden.

(„Kreuzztg." 196 v. 29. April.)

Polnische Kundgebungen für Danzig. General Haller traf mit seinem Stabe am Dienstag Vormittag in Warschau ein, wo er von dem Minister des Innern, dem Abgeordneten Grabski und dem Stadtverordneten Balinski empfangen wurde. Die Ankunft Hallers rief eine starke Kundgebung hervor. Eine große Menge zog zur Wohnung des französischen Gesandten unter Vorantragung eines Transparents mit der Aufschrift: „Wir stecken das Schwert nicht eher in die Scheide, bis Danzig unser ist." Auf eine Ansprache erwiderte der französische Gesandte, daß er seiner Regierung die gerechten Wünsche der Polen übermitteln werde.

Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes erklärte General Haller bei seinem Erscheinen auf polnischem Boden, daß Danzig zu Polen gehören müsse. Wegen Westpreußens und Schlesiens bedauerte er, daß sie nicht dem Beispiel Posens gefolgt seien, wodurch diese Fragen längst hätten gelöst sein können.

Wie aus Posen unter dem 28. April berichtet wird, trifft General Haller im Laufe dieser Woche dort ein, wo sich gegenwärtig der französische General Henry, Vertreter Fochs und Führer der Militärkommission der Verbündeten in Polen, aufhält. Der Aufenthalt General Henry hänge mit militärischen und politischen Fragen zusammen.

(„Dziennik Poznanski" v. 23. April.)

General Hallers Forderungen. General Haller nahm am Ostersonntag in Krotoschin während der Durchfahrt die Parade über die dortigen polnischen Truppen ab. Dabei gab er nach dem „Dziennik Poznanski" folgende Erklärung ab: Was Danzig anlangt, so gibt es nur einen Standpunkt: Danzig gehört Polen und muß polnisch werden. Was Schlesien und West- und Ostpreußen anlangt, so muß man diesen Teilgebieten zu Hilfe kommen. Wenn diese Länder den Status erlangen wie jetzt das Großherzogtum Posen, dann würde diese Frage schon geklärt sein. („Lok.-Anz." 185 v. 25. April.)

Neue Drohungen Hallers gegen Deutschland. Der polnische General Haller setzte in einer Unterredung mit Vertretern des Polnischen Korrespondenzbureaus seine Drohungen gegen Deutschland fort. Seit er polnischen Boden betreten habe, erkenne er Pilsudski und die polnische Nationalversammlung als oberste Gewalten an. Marschall Foch unterstehe er nur nominell. Polen werde der ganzen Welt den lauten Schwur entgegenschleudern, daß es Danzig niemals aufgeben werde. In Paris sei man von den deutschen Lügen, Danzig und den Ostseestrand als deutsch hinzustellen, überzeugt. (Drahtmeldung d. „Voss. Ztg.".)

Polnische Verstärkungen an der posenschen Front. Zuverlässige Nachrichten von der polnischen Front besagen, daß an verschiedenen Abschnitten neue polnische Truppen festgestellt worden sind. Es handelt sich vermutlich um die polnischen Legionäre, die durch Eintreffen der Haller Truppen an der polnischen Ostfront freigeworden sind und nun gegen Deutschland verwendet werden. Die Posener Zeitung „Gonico Wielkopolski" berichtet bereits, daß General Haller in militärischer Angelegenheit von Warschau

nach Posen zurückkehre. Andere polnische Blätter, wie auch der „Dziennik Poznanski", schreiben, das wichtigste sei, daß die Haller Truppen jetzt an der Verteidigung des Vaterlandes gegen die Feinde teilnehmen können, die es von allen Seiten umgeben.

Die polnische Flotte.

Warschau. Das Mitglied der Koalitionskommission in Warschau, der englische Kapitän der Flotte Rawlings besuchte in diesen Tagen die Marinesektion im Kriegsministerium. Nach gemeinschaftlicher Untersuchung der Frage versicherte der Kapitän Rawlings dem Chef der Sektion, daß er der englischen Admiralität über alle materiellen Nöte der polnischen Flotte sofort berichten wird.

(Gazeta Torunska Nr. 80 vom 9. 4. 19.)

England soll das Protektorat über Ostpreußen übernehmen.

In den polnischen Blättern findet sich folgende Nachricht: „Wie man hört, wird England das Protektorat oder den Schutz Ostpreußens, der baltischen Länder und des ethnographischen Litauens übernehmen. Aus Paris wird berichtet, daß die von den Zeitungen angegebene Linie der polnisch-deutschen Grenze einige Berichtigungen erfährt, und zwar wird beabsichtigt, den südwestlichen Teil des Neuenburger Kreises sofort an Polen anzugliedern, um Polen die Bahnlinie Danzig—Mlawa—Warschau zu sichern. In den übrigen Teilen des Neuenburger Kreises, sowie der Allensteiner Regierung soll nach Verlauf eines halben Jahres eine Abstimmung stattfinden. Die französische Zeitung „Victoire" gibt sodann ihre Meinung gegen das Volksabstimmungsprojekt in Ermland und Masuren bekannt."

(Darauf läuft es hinaus, wenn Danzig an Polen fiele und Ostpreußen vom Reich getrennt werden sollte. Noch ist die Danziger Gefahr nicht vorbei.)

Ein von den Polen erschossener Parlamentär.

Eine erschütternde Todesanzeige veröffentlicht der Chefredakteur der „Wiesbadener Zeitung", Werner Grothus. Sie bringt zugleich Kunde von einem bisher unbekannt gebliebenen Vorgang an der Ostfront. Die Anzeige besagt:

„Aus dem Osten erhalten wir auf Umwegen die erschütternde Nachricht, daß unser gelieber Sohn und guter Bruder, der Abiturient Hellm. Grothus, Vizefeldwebel im Freiwilligen Jägerkorps Gieseler, am Freitag, den 21. März d. J., an der westpreußisch-polnischen Grenze im eben vollendeten 19. Lebensjahre den Heldentod gestorben ist. Unser braver Sohn war in seiner heißen Vaterlandsliebe ein vorbildlicher deutscher Junge. Seit 1917 stand er ununterbrochen in Ost oder West im Felde. Nach Zusammenbruch der Westfront meldete er sich unter weiterem Verzicht auf jeden Heimaturlaub als erster Freiwilliger beim Freiwilligen-Detachement Gieseler zum Schutz der bedrohten Ostgrenzen Preußens. Jetzt traf ihn eine polnische Kugel beim Überschreiten der Grenze als Parlamentär. Er hat sein Blut als erster Gefallener des Freikorps für die Unversehrtheit Preußens dahingegeben. Preußische Männer und Frauen, und besonders du, preußische Jugend, laßt euch von dem Toten nicht beschämen!"

Ostd. Presse 84

Polnische Wahlniederlage in Allenstein.

In dem nach polnischer Behauptung „unzweifelhaft polnischen" Regierungsbezirk Allenstein haben am 2. März die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts stattgefunden. Obwohl die national-polnische Agitation im Wahlkampf ganz unbehindert in aller Schärfe sich betätigen konnte, bedeutet das Wahlergebnis eine vernichtende Niederlage des Polentums, das nur ganz vereinzelt seine Kandidaten mit geringen Minderheiten durchbringen konnte. Besonders bezeichnend ist das Ergebnis in der Stadt Allenstein, wo von rund 11 000 abgegebenen Stimmen die Polen 567 auf ihre Listen vereinigen konnten und damit von 42 Sitzen einen für sich erhalten haben. Dabei soll nach dem Romerschen Jahrbuch in der Stadt Allenstein das Polentum elf Prozent der Bevölkerung ausmachen. Das Wahlergebnis beweist besser als alles andere, wie wenig die ungebildeten, ihre Vereinigung mit den Polen erstrebenden Bewohner des Regierungsbezirkes Allenstein sich als Polen fühlen. Kreuzztg. Nr. 16 vom 29. April.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 10	Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	14. Mai 1919

Inhalt: Die Entscheidungsstunde — Ostmark — Materialien zur ostdeutschen Frage: Die polnische Presse in der Ostmark — Pressestimmen: 1. Deutsche Presse. 2. Polnische Presse — Kleine Nachrichten.

Die Entscheidungsstunde

Die Friedensbedingungen sind heraus. Ihre Annahme wäre das Ende Deutschlands, für die Ostmark die Vernichtung des ostmärkischen Deutschtums. Aber die Friedensbedingungen sind noch nicht der Friede. An deutschem Zukunftsglauben und am festen Willen des deutschen Volkes wird der Wahnsinn der Feinde zuschanden werden.

Die deutsche Reichsregierung und die deutsche Nationalversammlung haben sich in feierlichster Weise darauf verpflichtet, nur einen Frieden anzunehmen, der mit den 14 Punkten Wilsons übereinstimmt. Die 14 Punkte Wilsons bedeuten für uns Ostmarkdeutsche die Anerkennung unserer berechtigten Ansprüche. Wir fordern von der deutschen Regierung, daß sie nicht um Haares Breite von den 14 Punkten Wilsons abweicht.

Wir fordern aber auch Treue um Treue vom ganzen deutschen Volk. Eine Preisgabe der Ostmarken wäre eine Schmach, die Jahrhunderte vom deutschen Namen nicht abzuwaschen vermöchten.

Die Friedensbedingungen sind noch nicht der Friede. Die deutsche Regierung und das ganze deutsche Volk soll wissen, daß wir Ostmarkdeutsche zu jedem Opfer entschlossen sind, nur nicht zum Opfer unseres Volkstums. Wir verteidigen unser heiliges Recht mit allen Kräften und Mitteln, die uns zu Gebote stehen.

Jetzt gilts Unerschrockenheit und ruhiges Blut bewahren. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Mit klarem Blick und hartem Willen wollen wir in den kommenden Wochen, die über das Schicksal der deutschen Ostmark und damit des ganzen deutschen Volkes entscheiden, nur das eine Ziel verfolgen:

Die deutsche Ostmark — deutsch.

Ostmark

Ein wehvoll Rufen
Aus Osten gellt:
„Vergaß uns Deutschland?
Verstieß uns die Welt?"
Millionenstimmig
Ein einziger Schrei:
„Wir bleiben frei!"

Es waffnen sich Arme,
Es ballt sich die Faust,
Ein heiliges Stürmen
In Lüften erbraust —
Vom Oderquell
Bis zum Ostseestrand:
„Hie deutsches Land!"

Ein Schwur durchzittert
Der Heimat Haus:
„Wir wahrten die Treue,
Wir halten aus,
Leben und leiden
Für Reich und Recht —
Lieber tot als Knecht!"

Franz Lüdtke (im „Wachtfeuer")

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die polnische Presse in der Ostmark

Die polnische Presse in den nicht besetzten preußischen Gebietsteilen unterscheidet sich wesentlich von der deutschen ostmärkischen Provinzpresse. Sie kann selbstverständlich nicht das Niveau der Danziger, Bromberger und Graudenzer Zeitungen erreichen, die das Sprachrohr geschlossener, bedeutender Kulturzentren sind — Mittelpunkte konzentrierter polnischer Kultur, die diese Städte eben für das Deutschtum sind, besitzen die Polen in den nichtbesetzten Teilen nicht, überwiegend polnische städtische Siedelungen von Rang und Namen gibt es nicht. von Rang und Namen gibt es nicht. Diesen durch die Macht der Verhältnisse nun einmal bedingten Nachteil gleicht die polnische Presse in einer Weise aus, daß sie sogar vor der deutschen einen erheblichen Vorsprung gewinnt, obwohl sie noch dazu mit einem Leserstande rechnen muß, der an Bildung und Verständnis

tief unter dem deutschen steht: Sie ist einheitlicher, zielstrebiger auf den einen, allein ausschlaggebenden Gesichtspunkt redigiert, nämlich den nationalen. Diesem Gesichtspunkte haben sich alle anderen unterzuordnen; von der nationalen Warte aus bewertet, verarbeitet und veröffentlicht die polnische Presse all die Nachrichten, die sie für ihre Leser geeignet hält. Diese enge Einseitigkeit kann ihr nicht schaden, da sie von vornherein nichts weiter sein will, als Kampforgan für die Erweckung und Belebung des polnischen Chauvinismus in den engeren und engsten provinziellen und lokalen Teilen. Sie verzichtet darauf, über die Grenzen der Provinz, der Ostmark, hinaus, und sei es auch nur in geistiger oder kultureller Beziehung, irgend eine Bedeutung zu gewinnen, sie weiß ferner, daß sie den Ansprüchen der polnischen Intelligenz nicht genügen könnte, sie ist aber mit Recht überzeugt, daß der gebildete polnische Leser mit dieser Tendenz aus dem dem eigenen übergeordneten nationalen Interesse vollkommen einverstanden ist, sie kann also auf seine Förderung und Mitarbeit rechnen. Die chauvinistische Engigkeit hebt die polnische Presse aber auch weit über den Stand der deutschen Durchschnittspresse (etwa zwei Drittel der sogenannten kleinen Zeitungen) hinaus. Diese beschränkt sich darauf, kritiklose oder höchstens von einem — meistens farblosen — Parteistandpunkt (der naturgemäß noch enger als der nationale ist) aus redigierte Nachrichtenverbreitung zu üben, wobei in sehr vielen Fällen der wesentliche Inhalt der Blätter bereits fix und fertig aus Berlin bezogen wird, und die lokale Redaktion nur nötig hat, dazu noch die Inserate und kleineren lokalen Neuigkeiten hinzuzudrucken. Die Kraftlosigkeit dieser deutschen Blätter kann auf die geistige und nationale Erziehung ihrer Leser keinen Einfluß ausüben. Für die Stärkung des nationalen Gedankens haben diese Blätter schon aus dem Grunde nichts übrig, weil sie weder im Hinblick auf die Mitarbeiterqualität noch auch technisch befähigt sind, größere Artikel — die für die Bildung der öffentlichen Meinung in Bezug auf die engere Heimat von Einfluß sein können — zu verfassen, geschweige denn zu drucken. Aber auch der höher stehenden deutschen Presse fehlt immer noch die Einsicht für ihre Hauptaufgabe: Gegengewicht gegen die polnische Wühlarbeit. Vor allem mangelt es an einer unbeteiligten, wohlinformierten Stelle, von der aus die gesamten deutschen Blätter schnellstens nach einem bestimmten Gesichtspunkt mit der Parole des Tages, mit Stich- und Schlagworten inspiziert werden können (etwa Presseamt der Ostmark). So arbeitet der größte Teil der deutschen Presse — ganz zu schweigen etwa von den in deutscher Sprache erscheinenden Blättern, die wie z. B. „Lobenser Zeitung", in polnischem Besitz sind — selbst bei bestem Willen ziemlich planlos und erfolglos nebeneinander.

Ganz anders die polnische. Auch sie leidet an dem — auf finanziellem Grunde beruhenden — Mangel einer zu selbstständiger Arbeit befähigten Mitarbeiterschaft, sie füllt diese Lücke aber reichlich dadurch aus, daß sie in ausgedehntem Maße aus der großen polnischen Presse Artikel übernimmt, die nach außen hin als eigene frisiert werden. Daneben erhält sie ganz ausgezeichnetes, für die bestimmten lokalen Bedürfnisse berechnetes Material zugesandt, das in der gleichen Aufmachung veröffentlicht wird. Alle Veröffentlichungen werden, wie schon gesagt, nur von dem einen Gedanken beherrscht, dem Chauvinismus.

Um die der polnischen Sprache nicht kundige deutsche Bevölkerung für den polnischen Gedanken zu gewinnen, haben die Polen in den letzten Monaten polnische Blätter in deutscher Sprache gegründet, die in hoher Auflage in der Ostmark vertrieben werden. Es sind dies: „Polnische Warte" (Danzig), „Polnische Nachrichten" (Allenstein), „Der weiße Adler" (Oppeln). Da letztgenanntes Blatt wegen

seiner aufreizenden Sprache verboten wurde, gab die in Oppeln erscheinende polnische Zeitung dafür einfach eine Auflage in deutscher Uebersetzung heraus.

Ist die polnische Presse dergestalt für die Werbung zum nationalen Gedanken tatkräftiger als die deutsche, ihr überlegener, so ist sie damit auch um so gefährlicher für die Stellung des Deutschtums. Der deutsche Gedanke, das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl, wird nicht an einzelnen Stellen mit einzelnen Angriffen bedroht, sondern überall mit planmäßig geleiteter, unermüdlicher Kleinarbeit der an einer unsichtbaren Schnur gelenkten polnischen mittleren, kleineren und kleinsten Blätter zermürbt. Auf der anderen Seite wird ebenso planmäßig der polnische Staatsgedanke, das Rachegefühl gegen die deutschen Bedrücker in die Köpfe der preußischen Staatsbürger polnischer Zunge eingehämmert, bis sie schließlich der Massensuggestion der einheitlich redigierten polnischen Presse erlegen sind.

Mit Staatsanwaltschaft und Strafgesetzbuch war dagegen schon in der Friedenszeit nicht viel auszurichten gewesen. Gegen die langsame, in einzelnen und unmerklichen Dosen erfolgende Brunnenvergiftung waren die Mittel der staatlichen Beaufsichtigung machtlos. An die Wahl des wirksamsten Mittels, Schaffung eines Gegengewichts durch eine leistungsfähige deutsche Durchschnittspresse, wurde wohl nicht gedacht. Nun sind nach der Revolution die letzten Schranken für eine hemmlungslose polnische Pressetätigkeit gefallen, und die polnische Presse benutzt diese Spanne Uebergangszeit bis zum endgültigen Frieden, um in ihren Spalten wahre Orgien des Hasses gegen alles, was deutsch ist, zu feiern, um Triumphgesänge für den polnischen Nationalismus und den feindlichen Imperialismus anzustimmen. Die deutschen Behörden sind müde und unsicher: das Gefühl dafür, wo die Grenze des Erlaubten (der sogenannten Freiheit) mit der Pflicht zur Selbsterhaltung kollidiert, ist ins Wanken geraten. Ein fester Maßstab, der an die einzelnen Dinge des Staatsinteresses heranzulegen wäre, fehlt bei der Unsicherheit in den allgemeinsten Fragen des Staatswohles. Die Behördenkompetenz ist strittig, die Machtbefugnisse der Arbeiter- und Soldatenräte sind nicht gesetzlich festgelegt, und die Begriffe über das Recht des Notwendigen und Erforderlichen schwanken.

Den Vorteil aus diesen Zuständen zieht der schadenfrohe Dritte: die polnische Presse. Ihr früher in weiter Ferne liegendes Ziel: Schaffung eines unabhängigen Nationalstaates, ist in greifbare Nähe gerückt, die verschwommenen Umrisse haben sich verdichtet, die Wirklichkeit scheint mehr zu versprechen, als man zu hoffen gewagt hatte. Die Mittel zur Erreichung dieses Zieles haben sich durch die völlige Bewegungsfreiheit der Presse vervielfacht. Andererseits ist es jetzt nicht damit getan, allgemeine nationalistische Arbeit zu leisten, sondern es heißt, bestimmte Wege zu weisen, wie das Ziel am vollkommensten und am schnellsten zu erreichen ist. Dem polnischen Leserstande muß auf der einen Seite ein ungeheures Maß von Haß und Verachtung gegen das Deutschtum und den preußischen Staat, auf der anderen Seite unermeßliche Liebe zu einem ihm nur vom Hörensagen bekannten Großpolen und Verehrung und Dankbarkeit für „den moralischen Nachbar" Frankreich eingeimpft werden. Dies bedingt, daß die freiheitlichen Bestrebungen im neueren Deutschland ins Lächerliche und Verächtliche gezogen und die Aeußerungen des brutalen Machtegoismus Frankreichs als gerechte Strafe für Deutschland und notwendige Sicherung für Polen hingestellt werden. Gleichzeitig wird dem polnischen Leser ständig vor die Augen gehalten, daß Deutschland auch nach seiner Niederlage noch immer nicht von seinem offenbaren Unrecht überzeugt sei und finsteren Haß und Rachepläne gegen Polen brüte.

Die Polen müßten daher auf der Hut sein und alles für den geeigneten Moment vorbereiten, wo sie selbst zu entscheiden haben würden.

Als rücksichtslose Vorkämpfer in dieser Hetze beteiligen sich in der Reihenfolge ihrer Gefährlichkeit: „Gazetta Torunska" (Thorn), „Gazeta Gdanska" (Danzig), „Przyjaciel Ludu" (Graudenz), auch „Gazeta Grudsiadzka" (Graudenz), „Gazeta Chojnicka" (Konitz), „Gazeta Olsztynska" (Allenstein), „Dziennik Berlinski" (Berlin) und „Dziennik Bydgoski" (Bromberg). Dieser figuriert nicht aus eigenem Willen an letzter Stelle, da ihm die bösartigsten Giftzähne durch die Stellung unter Vorzensur ausgebrochen sind.

Ueber die einzuschlagende Methode herrscht unter den polnischen Blättern völlige Einstimmigkeit. Sie reagieren auf sämtliche Angriffspunkte, die die Verhältnisse ihnen zu bieten scheinen, schlagartig in der gleichen Weise, ein Beweis, daß sie einheitlich dirigiert werden.

Das erste Mittel ist die Diskreditierung des deutschen Ansehens bei den Polen im Lande und von der gesamten öffentlichen Meinung: Deutschland wird eines geheimen Zusammengehens mit den russischen Bolschewisten beschuldigt, um gemeinsame Angriffsabsichten gegen Polen in die Wirklichkeit umsetzen zu können. Die Kämpfe der deutschen Truppen gegen die Bolschewisten in Kurland werden als Scheinmanöver gebrandmarkt, tatsächlich richteten sich alle angeblichen Verteidigungsmaßnahmen des Grenzschutzes Ost gegen Polen („Gazeta Chojnicka"). Die anarchistischen und kommunistischen Unruhen und Streiks in Polen sind selbstverständlich auf deutsche Umtriebe zurückzuführen. („Gazeta Torunska").

Der deutsche Grenzschutz längs der Demarkationslinie besteht tatsächlich auch nur aus bolschewistischen Horden, die darin angeworbenen Soldaten sind Mörder, Plünderer, die es nur auf das Stehlen und Rauben abgesehen haben und die Bezeichnung „Soldaten" im Grunde nicht verdienen. Die von ihnen begangenen Grausamkeiten schreien zum Himmel.

Die Grenzschutzsoldaten sind aber ebenso grausam wie feige. Die „Gazeta Gdanska" (Nr. 20) vom 20. April kann berichten, daß die wackeren Kassuben den Grenzschutz mit Stöcken verprügelt haben, und die wackeren „Helden des Grenzschutzes", obwohl sie mit Handgranaten bewaffnet waren, hinter einem Zaune Zuflucht suchen mußten. Die „Gazeta Gdanska" knüpft daran folgende Bemerkung: „Möge also der Grenzschutz nicht zu viel herumspielen, denn es könnte ihm schlecht gehen, wenn die Stöcke, welche von selbst schlagen, auf ihn aus dem Sack herausspringen, wie davon in einem Märchen gesprochen wird.

Die Deutschen kennen wohl noch das Märchen, in welchem der „Knüppel aus dem Sack" eine Rolle spielt? Wir können aber verraten, daß im Kassubenlande dicke Stöcke wachsen und dort noch mächtigere Kerle vorhanden sind, gesund und stark wie Eichen."

Obwohl die Zeitungen sich durch ihre offene Sprache selbst Lügen strafen, gebärden sie sich in ihren Artikeln, als ob der Pole in Preußen völlig seiner Rede- und Preßfreiheit beraubt sei. Namentlich in Bezug auf Westpreußen wird Stein und Bein geklagt, daß sich in Preußen nichts geändert habe und die alte Unterdrückungspolitik fortdauere. Die Polen allein müßten schweigen, während die Deutschen reden könnten, und zum Beweise dafür werden Proteste des unterdrückten Polentums an Wilson, Marschall Foch von seiten der Volkskommissariate in Danzig und Bromberg abgedruckt.

Die deutschen Proteste gegen die Abtrennung der ostmärkischen Gebietsteile sind eitel bestellte Arbeit, von oben befohlen und von den an Gehorsam gewöhnten Deutschen mit tiefer Ergebenheit ausgeführt. („Gazeta Torunska".) Die Deutschen sammeln aber nicht allein auf

Befehl Unterschriften für derartige Proteste, sondern sie zwingen mit brutaler Gewalt auch wirkliche Polen zur Unterschrift oder erschwindeln solche durch Vorspiegelung falscher Tatsachen oder erbetteln sie wie bei den Kassuben und Masuren, die doch nichts von den Deutschen wissen wollen.

Die Deutschen sind heimtückisch und grausam, sie planen blutigen Mord und Ueberfall. In Thorn hat der „bekannte Hakatist Geheimrat Cleinow" am 20. März öffentlich eine blutige Abschlachtung sämtlicher Polen verlangt („Gazeta Torunska" Nr. 66 vom 22. März) und die „Gazeta Gdanska" Nr. 77 vom 3. April weiß von dem Plan eines Polenprogroms in Danzig zu berichten!

Die Deutschen stellen es immer so dar, als ob sie sich in der Verteidigung befänden, und die Polen die Angreifer wären: Das Gegenteil ist der Fall. Die „Gazeta Torunska" Nr. 84 vom 13. April bringt dazu als Beleg folgende Nachricht:

„Zwecks Eroberung des Posener Gebietes organisiert die deutsche Regierung Freiwilligen-Abteilungen aus Deutschen, die aus polnischen Gegenden geflüchtet sind und fähig sind, Waffen zu tragen. Es sollen das 60 000 Mann sein. Die Angelegenheit wird auf Betreiben der Regierung von dem bekannten Apostel des Hakatismus, Geheimrat Cleinow, geleitet."

Die Polen ihrerseits sind ängstlich bemüht, den Waffenstillstand einzuhalten, jedoch die Deutschen brechen ihn fortwährend. Siehe „Przyjaciel Ludu" (Graudenz) Nr. 86, vom 17. April.

Im Posenschen werden die Truppen des General Dowbor-Musnicki fortwährend von den Abteilungen des „Grenzschutzes" angegriffen, welcher sämtliche Demarkationslinien verspottet. Obgleich die deutschen Truppen immerwährend angreifen und die Ortschaften mit Artilleriefeuer vernichten, erscheinen lügnerische deutsche Berichte, die vom Wolffbureau verbreitet werden, und in denen man die Polen in frechster Weise des Waffenstillstandsbruches anklagt.

Es gehen auch Gerüchte, daß der „Grenzschutz" plündert und sich benimmt wie Tartarenhorden."

Die Deutschen behaupten natürlich, daß die Polen angriffen, und sämtliche polnischen Blätter haben dafür eine stehende Rubrik: Lügnerische deutsche Berichte über angeblichen polnischen Waffenstillstandsbruch.

Mit diesen Mitteln wird nicht nur eine Diskreditierung Deutschlands, sondern auch die Ansammlung eines ungeheuren Hasses bei den preußischen Polen bewirkt. Die beiden Graudenzer Blätter senken die Keime des Hasses schon in die Kindesseele, wofür eine besondere Beilage, „Przyjaciel Dziatwy" (der Kinderfreund) herausgegeben wird. Kinderbrief werden darin wiedergegeben, die von unglaublichen deutschen Rohheiten zeugen. Aufmachung und Sprache wendet sich geschickt an das kindliche Begriffsvermögen. Reichen zur Erweckung des Hasses die „örtlichen Behelfsmittel" nicht aus, so wird auf ausländische Nachrichten zurückgegriffen. Vergl. „Gazeta Torunska" (Thorn) Nr. 85 vom 15. April 1919:

Niederträchtige deutsche Verbrechen. Lugedun, PAT: „Am Donnerstag kam in Lyon ein Zug aus Lille und Roubaix mit 340 Kindern an, die infolge des während der deutschen Okkupation ertragenen Elends gehirnkrank geworden sind."

Diese bereits in andern polnischen Zeitungen erschienene Mitteilung versieht dieses Blatt mit folgendem Kommentar: „In Belgien ist auch eine Menge erwachsener Personen während der Okkupation irrsinnig geworden infolge der bestialischen deutschen Schikanen. Viele Mütter, denen die deutschen Verbrecher ihre Töchter mit Gewalt zu Arbeiten an die Front weggeführt haben, haben Selbstmord begangen oder sind irrsinnig geworden."

Der „Przyjaciel Ludu" Nr. 76 vom 5. April entnimmt eine große Anleihe aus

dem „Journal des Debats" — d. h. sie hat von der Zentralleitung einen diesbezüglichen fertigen Artikel zugestellt erhalten — in dem die deutsche Grausamkeit und Heuchelei eingehend dargelegt wird.

Die Zeitung „Journal des Debats" druckt den Brief eines Polen ab, welcher Augenzeuge der zwischen Deutschen und Polen stattgehabten Kämpfe im Südwesten von Posen, unweit der schlesischen Grenze war. „Die Stadt Obra ist von allen Seiten umringt; die Deutschen operieren quantitativ bedeutend mehr mit giftigen Gasen als in Frankreich. Sie vernichten Städte, Dörfer, die Saat, erschlagen oder führen das Vieh weg. Sie schlagen vor Freude in die Hände und denken dabei, daß niemand die angerichteten Schäden bezahlen wird. Sie spotten über die von der Entente erhaltene Note." Dazu bemerkt die Redaktion: „Ja, die Deutschen verspotten die Entente, das wissen wir ganz gut."

„30 Kanonen," fügt unser Pole hinzu, „beschießen das Schloß Chobleniec, wo verwundete Polen liegen. Eine tierische Raserei leitet alle ihre Taten und die vier Jahre Krieg haben dieselben noch nicht befriedigt. . . Wir sehnen uns heiß nach der Ankunft der alliierten Kommission. . . Möge sie die unerhörten Lügen der deutschen Blätter mit dem „Berliner Tageblatt" an der Spitze feststellen. . . . Foch ist vollständig in seinem Rechte, daß er ihnen nicht traut. Man muß die Deutschen hören, wie sie während ihrer Abendversammlungen sprechen. Der Geist Wilhelms existiert immer noch, nur unter einem anderen Namen. Ein unbezähmter Haß ist in der preußischen Seele gegen die Franzosen und Polen verblieben und wird für immer dort bleiben.

Selbstverständlich spotten die Preußen uns aus und verlachen uns, jedoch lacht der jenige am besten, der zuletzt lacht."

Unter der Ueberschrift „Instrumente deutscher Kultur" beschreibt der „Dziennik Berlinski" (Berlin), Nr. 74, vom 2. April 1919 zwei Peitschen, die angeblich von den Bergleuten in Bielszowiece, Kattowitzer Kreise, im dortigen früheren Königlichen Bergwerk entdeckt worden sind.

Die eine Peitsche soll einen halben Meter lang und 3 Zentimeter stark sein, die andere 55 Zentimeter lang und 2 Zentimeter stark. Sie sind aus schwerem Gummi hergestellt und mit starkem Bandeisen umflochten. Am Ende einer jeden Peitsche befindet sich ein aus Draht geflochtenes Ohr, um die Peitsche über die Hand hängen zu können. Jedes dieser Instrumente wiegt über 1 Pfund.

Der Artikel behauptet, daß diese Peitschen für die polnischen Arbeiter bestimmt gewesen seien und daß sie jetzt von den Polen an das Nationalmuseum in Krakau geschickt worden sind, um dort zusammen mit dem Wagen Drzyzala als Andenken deutscher Schande aufbewahrt zu werden."

Auch die Erweckung von Unruhe und Erregung wird gefördert.

Die Protestversammlung der ostmärkischen Deutschen gegen die geplante Aufklärung werde als Provokation der ruhigen (siehe Posen!) polnischen Bevölkerung hingestellt („Gazeta Chojnicki", Nr. 48 vom 10. April). Die gleiche Zeitung stellt die Behauptung auf, daß diese Kundgebungen nur einen Boykott des polnischen Kaufmanns- und Handwerkerstandes bezwecken und zu Gewalttätigkeitn gegen die Polen aufreizen.

Die „Gazeta Gdanska" hat es sich zur Spezialaufgabe gemacht, Unruhe bei den Kassuben zu verbreiten, während die „Gazeta Olsztynska" dies für die Masuren und Ermländer besorgt. Nachstehend Probe aus letztgenannter Zeitung:

Nr. 42 vom 9. April: „Die deutschen Schulzen sammeln von den polnischen Mitgliedern der Gemeinde Orzechowo Zustimmungserklärungen für Preußen mit der Drohung, Widerstrebende würden später deutscherseits verfolgt."

Nr. 41 vom 6. April: „Unter die deutsche Zivilbevölkerung werden Waffen verteilt, die gegen die Polen, falls sie sich an diesen Zustimmungen nicht beteiligen wollen, gebraucht werden sollen."

Nr. 38 vom 29. März: „In Lobau werden die Polen auf offener Straße belästigt, junge Mädchen wagen nicht einmal, am hellen lichten Tage auszugehen."

Den Polen wird die große Gefahr vorgespiegelt, daß die Deutschen das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht achten werden. Sie gehen darauf aus, die Polen um ihr Recht zu betrügen, sie werden bei einer etwa kommenden Volksabstimmung die polnische Bevölkerung so terrorisieren, daß sie von dem Rechte der freien Stimmabgabe keinen Gebrauch zu machen wagen würde, oder sie werden das Wahlergebnis fälschen. Besonders groß ist diese Gefahr in Westpreußen, Ermland und Masuren. Daher muß unbedingt gefordert werden, daß diese Gebiete vorher von Ententetruppen besetzt werden, damit der wahre Wille des Volkes zum Ausdruck kommen könne. Die Terrorisierung mancher alten polnischen Volksteile sei sogar soweit vorgeschritten, daß eine sofortige Abstimmung nicht wünschenswert wäre. Erst nach mindestens 15jähriger Besetzung würden z. B. die Masuren und Ermländer in der Lage sein, unbeeinflußt von der verhaßten preußischen Vergangenheit sich frei für die Zugehörigkeit zu Polen entscheiden zu können.

Durch diese unermüdliche, immerwährend gleichmäßige Bearbeitung der polnischen Massen wird der Boden für Erreichung des Hauptzieles geebnet, nämlich Zusammenschluß aller Polen im noch nicht besetzten Gebiete zur bestmöglichsten Ausnutzung der durch die Entwickelung der politischen Verhältnisse oder den Spruch der Friedenskonferenz zu schaffenden Lage. Die polnische Presse vermeidet es, zu offener Gewalt gegen die noch herrschende Regierung aufzufordern, sie weist immer wieder darauf hin, daß die Polen ihr Recht in Paris erhalten werden, daß man warten müsse, aber aus allen Artikeln läßt sie durchblicken, daß die Polen auf unerwartete Wendungen durch deutsche Tücke und Hinterlist gefaßt sein und sich deshalb bereit halten müssen. Wozu? Die Antwort liegt nahe. Sie ist aus der ganzen Tendenz der polnischen Presse unschwer herauszulesen: Das Beispiel der Posener nachzuahmen und auf die Hilfe von Großpolen und der Haller-Armee zu warten, um sich ihr Recht selbst zu nehmen.

In Anbetracht der überaus kritischen Zeitspanne, die die deutsche Ostmark jetzt durchschreitet, fragt es sich, ob diese gefährliche Redefreiheit der polnischen Presse noch länger geduldet werden könne. Im besetzten Posen und in Kongreßpolen besteht eine derartig weite Gegenseitigkeit für die deutschen Zeitungen nicht. Suspendierungen und Unterdrückungen werden in weitestem Umfange geübt, und die dortige deutsche Presse besitzt nicht einmal das Recht der freien Kritik, geschweige denn die Freiheit, etwa aufreizend und verhetzend zu wirken. Man muß sich doch die Frage vorlegen, ob wir uns nicht jede Sicherung des Rückens verscherzen, wenn wir zwar an der Front mit Gewehr bei Fuß stehen, im Lande selbst jedoch eine zügellose polnische Presse das Deutschtum in schamloser verlogenster Weise in den Staub zieht und versteckt und offen auf den Aufruhr hinarbeitet. Die täglichen Schmäh- und Schandartikel vergiften nicht allein die polnischen Staatsbürger; das Gift sickert auch auf die deutschen Kreise durch. Durch eine zunächst unbewußte Massensuggestion wird auch auf unserer Seite Wankelmut und Kleinmut großgezüchtet, während auf der anderen Seite auch die Gefahr naheliegt, daß eine derartige Hetzpresse die Kluft zwischen Deutschen und Polen für ewige Zeiten in unüberbrückbarer Weise erweitert. Das deutsch-polnische Problem,

einen modus vivendi für das nun einmal notwendige Zusammenleben der ineinander verschachtelten Volksteile zu finden, wird unlösbar, was auf den Ausgang der Friedensverhandlungen zu unseren Ungunsten einen Schatten vorauswerfen wird. Die deutsche Bevölkerung ferner, die sich des öfteren als von der Regierung bereits verlassen, aufgegeben betrachtet hat, fragt sich immer wieder, ob sie denn keinen Anspruch auf Schutz ihrer Ehre und Freiheit erheben darf, wenn die polnische Presse sich tagtäglich die gemeinsten Ausfälle und Verhetzungen gegen sie erlauben kann.

Es wäre deshalb schleunigst und eindringlichst zu prüfen, in welcher Weise die Regierung eine weitere Beunruhigung der polnischen und deutschen Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen gegen die polnische Presse verhindern kann und muß.

Pressestimmen

1. Deutsche Presse

„Ostdeutsche Rundschau" vom 2. Mai Nr. 102.

An die Deutschen der Ostmark!

Die Stunden der Entscheidung nahen. Graf Brockdorff-Rantzau ist mit seinen Beratern nach Versailles abgereist, und in kürzester Zeit wird wohl bekannt werden, was die Entente dem Deutschen Reiche und deutschen Volke zugedacht hat.

Im Augenblicke, wo die von der Entente beschlossenen Bedingungen des Vorfriedensvertrages, besonders diejenigen, die unsere Grenzen im Osten festlegen, bekannt werden, gibt es für jeden Deutschen der Ostmark nur ein Gebot, nur eine Pflicht: Sich nicht verblüffen lassen! Wären die Bedingungen noch einmal so hart und schmerzlich: Wir Deutschen in der Ostmark lassen uns nicht einschüchtern! Wir bewahren in diesen Stunden unseren festen Sinn, unsere aufrechte Haltung und lassen uns durch die Bekanntgabe der Bedingungen, auch wenn sie unsere Zukunft hart treffen sollten, nicht im geringsten erschüttern.

Seid fest, unverzagt und stark!

Der Pole lauert nur auf den Augenblick eurer seelischen Erschütterung, wie seine Presse beweist. Dumpfe Mutlosigkeit und schwächliche Verzagtheit in diesem Augenblick ließe uns alles verlieren; aufrechter Sinn, fester Mut und unser zäher Wille können alles gewinnen. Wir vertrauen auf unser gutes Recht. Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen bedeutet noch gar nichts. Unsere Deligierten werden verhandeln und nur einem Frieden des Rechts zustimmen dürfen. Die Bekanntgabe der Bedingungen ist noch lange keine Festlegung. Darum laßt euch durch nichts erschüttern, bewahret Gleichmut und seid vorsichtig!

2. Polnische Presse

Aus fremdem Lande nach Polen . . .

In diesem Leitartikel sagt die Zeitung u. a.: Unsere Truppen kommen zurück und als Verbündete der siegreichen Entente werden sie während dieser Rückkehr das Land des ewigen Feindes von einem Ende bis zum anderen durchmessen. Die Rückkehr über See und über Danzig haben die Deutschen zwar verhindern können, dafür hat sie aber die größte Schande getroffen: Fremde, siegreiche Truppen gehen durch ihr Land zum Beweise ihrer vollständigen Niederlage.

Die Durchfahrt der Hallerschen Truppen durch ganz Deutschland vernichtet es vollständig und gibt allen deutschen Stämmen nacheinander den augenscheinlichsten Beweis ihrer Schande als Strafe für die unbezähmte Lust der Beherrschung der Welt.

Kein anderes Volk wäre wohl eingegangen auf solch eine Erniedrigung, es hätte lieber mit allen Kräften sich dagegen bemüht, daß eine derartige Durchfahrt auf der kleinsten Strecke seines Landes stattfindet. Die von jedem Patriotismus und Nationalgefühl

entblößten Deutschen glauben jedoch, daß sie auf solche Weise Danzig werden halten können, dessen Herausgabe ihnen die Habgier in bezug auf die Weichselmündung gegen alle unsere Rechte nicht erlaubt. Dieser Mangel an nationaler Würde muß sie doch wohl ganz und gar vor den Augen der ganzen Welt erniedrigen.

„Oredownik" (Posen) Nr. 93 vom 28. April.

Die Angelegenheit Danzigs noch immer unentschieden.

Nachdem die Zeitung hier den Bericht des Berichterstatters des „Kurjer Warszawski", Korab Kucharski, über die Stellungnahme des Rates der Vier und der Entente im allgemeinen in Sachen Danzigs bringt, erwähnt sie weiter auch die Rede des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in Paris vor dem Rate der Vier und wiederholt sodann ein Interview des genannten Berichterstatters mit Paderewski selbst. Danach soll Paderewski folgendes gesagt haben: „Ich habe von der ganzen Angelegenheit und von der ganzen Konferenz eher einen guten Eindruck bekommen. Aber unterstreichen Sie vor allem, daß noch nichts beschlossen ist. Aus diesem furchtbaren Chaos, welches sich in Europa breit gemacht hat, kann eine so prachtvolle und riesengroße Sache, wie es ein mächtiges und unabhängiges Polen ist, nicht auf den Schlag einer Wünschelrute mit einem Mal entstehen."

Dazu sagt der Berichterstatter: Ich will noch hinzufügen, daß die Stellung des Landes in dieser Angelegenheit unseren ehrwürdigen Abgeordneten große Hilfe und Dienste leisten kann. Es ist notwendig, daß der Widerhall unserer Einmütigkeit, aber auch gleichzeitig unseres bestimmten Auftretens aus Warschau hierherkommt (d. h. nach Paris — Anm. d. Übers.). **Wir wollen nicht auf das Urteil des höchsten Tribunals mit bescheiden geneigtem Kopfe warten. Unterstreichen wir in bescheidener aber rücksichtsloser und würdiger Form unsere heiligsten Rechte.**

Vergessen wir nicht, daß gerade in diesem Augenblick unser Schicksal sich für alle Zeiten bedeutend mehr entscheidet, als in den Jahren 1795, 1831 und 1863.

Erinnern wir uns an diese bewaffneten Aufstände, die unsere Rechte mit Blut ausgehauen haben. **Es ist die Sache unserer öffentlichen Meinung, der Presse, der Handwerker, Fach- und Arbeitervereine, es ist die Sache unseres allerhöchsten Landtages, diese unsere Rechte festzustellen, sowie sie angesichts der ganzen Welt laut auszusprechen.**

Wir wollen diesen Riesentriumph, welchen heute die einmütige Stimme der Volksmassen darstellt, nicht leicht nehmen.

Möge die Welt erfahren: Lieber ein verzweifelter Marsch auf Danzig, als ein **Beugen des Nackens** vor dem uns für alle Zeiten schädigenden und **ungerechten Urteil.**

Ich hoffe in tiefster Seele, daß es zur Anwendung dieses Nationaltriumphes nicht kommen wird, wir müssen denselben aber in Bereitschaft halten im Vertrauen, daß heute neben uns ein Volk steht, welches unsere Rechte versteht und diese Rechte hartnäckig verteidigt, nämlich Frankreich.

„Oredownik" (Posen) Nr. 89 vom 15. April.

Eindruck aus Posen. Die Polen sind unruhig.

Unter diesem Titel bringt die Zeitung ein Interview, welches der Redakteur des „Kurjer Poznanski", Dr. Marchlevski, mit L. Brune, dem Korrespondenten des Pariser „l'Intransigeant", am 2. April gehabt hat. Darin heißt es u. a.:

Wie betrachtet man bei Euch die Frage Danzigs? Wir hätten diese altehrwürdige Stadt erobern können, welche der polnische weiße Adler so lange mit seinen Flügeln beschützt hat; aber das Volk wartet bewaffnet, mit vollständigem Vertrauen auf das Urteil des Kongresses. Die Enttäuschung wäre furchtbar und ich kann den Lauf der Ereignisse gar nicht voraussehen, wenn Danzig deutsch bleiben sollte.

Welchen Eindruck bringen Sie aus Danzig mit? In Warschau herrscht große Spannung. Es handelt sich absolut gar nicht um die bolschewistische Gefahr. Wenn dort eine Aufgeregtheit der Gemüter und Nervenanspannung herrscht, so wird das nur durch die internationale Lage verursacht, welche anfängt, drohend zu werden. Man muß

nach Polen gehen, um zu verstehen, daß der Krieg lediglich im Westen zu Ende ist. Wie lange wird er aber noch im Osten dauern? Das weiß niemand, jeder nimmt aber daran Anteil. Freiwillige bis zum Alter von 55 Jahren hören nicht auf sich zu melden. Gelegentlich des 125jährigen Jubiläums Kodcinoszkis hat die Bevölkerung die Truppen enthusiastisch begrüßt. Die Bevölkerung beklagt sich aber, daß sie Polen immerwährend allein steht, angesichts einer ganzen Reihe von Feinden auf allen Fronten.

Was haben Sie noch in Warschau gesehen? Ich habe Blitze am Himmel gesehen und den dumpfen Donner des herannahenden Sturmes gehört . . . .

„Grodownik" (Posen) Nr. 98 vom 27. 4.

General Haller über Danzig.

In einem Interview mit dem Vertreter des polnischen Korrespondenzbureaus sagte General Haller über Danzig wie folgt:

„Die Angelegenheit Danzigs? Diese ist im jetzigen Augenblick in Paris noch nicht entschieden. Es ist dies eine Frage von so großer Wichtigkeit für uns und so strikte verbunden mit unserer Zukunft, daß ich keinen Augenblick an einer erfolgreichen Entscheidung für uns in dieser Hinsicht zweifle. Ich habe die feste Überzeugung, daß in diesem entscheidenden Moment das ganze Volk sich zu einer großen manifestierenden Anstrengung aufraffen wird, welche unsere Rechte zu Danzig und der ganzen polnischen Küste Pommerns dokumentiert. In Paris vergegenwärtigt man sich zwar, daß die Deutschen lügen, wenn sie Pommern und Danzig als durchweg deutsche Ländereien darzustellen bemüht sind, es ist jedoch nötig, daß Polen seitens aller seiner Teile eine einzige Stimme starken Protestes infolge der deutschen Anmaßungen und Treibereien erschallen läßt. Dort in Paris haben wir wahre Freunde und dort versteht man die ganze Gesetzmäßigkeit unserer Forderungen. Es ist bemerkenswert, daß wir überall, wo wir während der Reise uns aufhalten mußten, von der Bevölkerung manifestationsartig empfangen wurden und daß diese Bevölkerung uns deutlich und spontan zu verstehen gab, daß Danzig unser sein muß. Deshalb ist auch zu erwarten, daß Polen, bevor die Entscheidung in Paris fällt, laut der ganzen Welt die Eidesworte entgegenwirft, daß es sich von Danzig nie lossagen könne."

„Betreffs meines Verhältnisses zum Staatsoberhaupte? Dieses Verhältnis habe ich in den Briefen an den Marschall des Landtages und den Chef des Staates deutlich unterstrichen. Mit dem Augenblick, wo ich polnischen Boden betreten habe, unterliege ich der Macht des Staatschefs, der seine Macht durch den Willen und in Vereinbarung mit dem Landtage der Republik ausübt. Ich bin der Diener meines Volkes und erkenne hier in J. Paderowski die größte Macht an, welche das Volk durch seinen Landtag gegründet hat.

Das Verhältnis zu Marschall Foch? Nominell unterstehe ich seinem Befehl, d. h. daß die polnischen Truppen, die in Frankreich weilen, seinem Befehle unterstehen. Marschall Foch kann verschiedene Mittel und Wege ihres Transportes oder ihrer Bestimmung anordnen, natürlich nach Verständigung mit der polnischen Regierung, denn die polnische Armee ist als mitkämpfende, verbündete und freie Armee anerkannt worden. Dieses Verhältnis wird sich näher umschreiben lassen bei der Schließung einer Militärkonvention mit der Entente. Dabei wird man auch über die Rolle des General Henry sprechen können, der übrigens die ehrenvolle Aufgabe hat im Organisieren unseres Militärs nach dem Modell der besten Muster des Westens mitzuwirken (französisches System).

„Gazeta Torunska" (Thorn) Nr. 95 vom 29. 4.

Eine Delegation Westpreußens in Paris.

„Gazeta Poranna" (Warschau) teilt mit: Eine polnische Delegation aus Danzig und dem Kassubenlande ist nach Paris gekommen, um das Polentum Danzigs zu verteidigen. Die Delegation besteht aus zwei Bauern und einem Vertreter der Intelligenz und ist unter großen Schwierigkeiten bis nach Paris durchgedrungen.

Die polnische Seeflagge. Unter diesem Titel erscheint jetzt ein polnisches Monatsheft, welches, nach Angabe der Zeitung

polnischen Schiffahrtsfragen gewidmet ist. Der Inhalt des ersten Heftes weist u. a. folgende Titel auf: Kann man die Weichsel sofort schiffbar machen? Die Entwicklungsgeschichte der Wasserwege. Die ökonomische Bedeutung der Seeküste und eigener Häfen für Polen. Manche Bedingungen gesunder Entwicklung der nationalen Handelsflotte. Das polnische Wasserwegenetz. Polnisch Pommern usw.

„Dziennik Kujawski" (Hohensalza) Nr. 96 vom 27. 4.

Unter dem Titel: **Ein Tag, den ich nicht vergesse"**, bringt die Zeitung einen längeren Artikel, unterzeichnet von einem gewissen Theodor Orlowski, in welchem Gespräche von Polen mit den polnischen Hallerschen Truppen gebracht werden. Darunter wird auch eine Unterhaltung mit Haller gebracht; — der Autor sagt: Auch ich näherte mich dem General. „Herr General" — frage ich — „was sagte man im Auslande, als wir begannen die Deutschen zu hauen?"

„Wir sagten: Endlich. Endlich haben sich die Posener ans Werk gemacht." Der General sagte das im Tone äußerster Erleichterung. „Und wie wird es mit Danzig und Oberschlesien sein, wenn die Deutschen uns dasselbe nicht abgeben wollen?"

Der General gab darauf keine Antwort, sondern faßte den Säbelkopf mit starkem Griff und zog seine dichten Augenbrauen über seiner Adlernase zusammen.

Noch eine Frage stellte ich dem Herrn General, nämlich wann der jetzige Krieg zu Ende sein wird. „Wenn das bis zum Winter stattfindet, werden wir Gott danken können", antwortete der General.

Kleine Nachrichten

Die polnischen Angriffspläne

Berlin, 30. April.

Reichsminister Erzberger hat heute an den Vorsitzenden der deutschen Kommission in Spaa, General von Hammerstein, telegraphisch mitgeteilt: Ersuche Sie, folgende **Note Marschall Foch** zu überreichen: Der deutschen Regierung sind in diesen Tagen zuverlässige Meldungen darüber zugegangen, daß die polnische Armee beabsichtige, in den nächsten Tagen einen militärischen Vorstoß mit größeren Truppenmengen gegen deutsches Gebiet in Posen und Oberschlesien zu unternehmen. Die Zusammenziehung polnischer Truppen an der deutschen Grenze bekräftigt die Richtigkeit dieser Meldungen. Angesichts des Umstandes, daß die alliierten und assoziierten Mächte gegenüber Deutschland die bindende Verpflichtung übernommen haben, daß Polen keinerlei kriegerische Handlungen gegen Deutschland unternehmen werde, und angesichts der weiteren Tatsache, daß Deutschland im Vertrauen auf diese bindende Zusage der Alliierten den Durchmarsch der Armee des General Haller durch deutsches Gebiet gestattet hat und gewährleistet, halte ich mich für berechtigt und verpflichtet, den Oberkommandirenden der alliierten Armee, Herrn Marschall Foch, hiervon in Kenntnis zu setzen. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß die alliierten und assoziierten Mächte alles aufbieten werden, um neues Blutvergießen, das durch einen polnischen Angriff entstehen könnte, zu verhindern. Es ist der deutschen Regierung jedoch unmöglich, irgend eine Garantie dafür zu übernehmen, daß der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Polen aufrechterhalten wird, wenn die polnische Armee zum Angriff gegen deutsches Gebiet übergehen sollte. Die deutsche Regierung könnte nach einem solchen Angriff selbstverständlich auch nicht mehr den weiteren Durchtransport der Truppen der Armee Haller zulassen. Sie müßte alle Folgen, welche aus einem polnischen Angriff auf deutsches Gebiet erwachsen würden, ablehnen und weist auf die tiefgehende Erregung der deutschen Bevölkerung in den Ostgebieten hin.

Reichsminister Erzberger.

Auch der französische General Dupont in Berlin ist von dem Tatbestande in Kenntnis

gesetzt und gebeten worden, sofort der interalliierten Kommission in Warschau Mitteilung zu machen.

Erzberger über die polnische Gefahr.

In einer Sitzung des Friedensausschusses gab Reichsminister Erzberger Aufschluß über die Gründe, die zu der Note an Marschall Foch über die drohende Angriffsgefahr von seiten der Polen geführt haben. Die aufreizende Rede, die General Haller noch auf preußischem Gebiete, in Krotoschin, gehalten hat und in der er, um eine vollendete Tatsache zu schaffen, die Besetzung Westpreußens, Oberschlesiens und von Teilen Ostpreußens durch die Polen in Aussicht stellte, hat in weiten Kreisen der Bevölkerung berechtigte Beunruhigung erweckt. Weitere Nachrichten über polnische Angriffsabsichten erhielt die Reichsregierung von den deutschen Volksgenossen, die aus dem gesamten Gebiete hinter der Demarkationslinie vertrieben worden sind. Endlich hat auch die Zentralpolizeistelle Ost über die polnischen Offensivpläne berichtet. Noch andere Quellen vertraulicher Art führte Herr Erzberger an. Als militärische Gründe bezeichnete er, daß sich seit dem 15. April die Verletzungen des Waffenstillstandes von polnischer Seite sehr stark gehäuft haben. Es handelt sich dabei nicht um Plänkeleien, sondern um Gefechte, in denen regelrechtes Artillerie- und Maschinengewehrfeuer in Anwendung gebracht wurden. Es ist weiter bemerkenswert, daß Truppen der Armee Haller, die ursprünglich für Cholm und Przemysl bestimmt waren, an die oberschlesische Grenze befördert worden sind. So wurden u. a. bei Sosnowice zwei Regimenter Polen mit Tanks festgestellt. Die mitgeführten Tanks lassen deutlich darauf schließen, daß es sich um Angriffsabsichten der Polen handelt. Endlich haben auch entlang der Demarkationslinie unter den polnischen Besatzungstruppen in der letzten Zeit auffällige Verschiebungen und Verschärfungen stattgefunden, die ohne bestimmte Angriffsabsichten nicht zu erklären sind.

Der Kriegsminister hob gleichfalls den Ernst der Lage hervor und stellte dann fest, daß seit der Verstärkung der Polen durch die Armee Haller das bisher bestehende Gleichgewicht der Kräfte zu unseren Ungunsten verschoben worden ist. Jedoch liegt für den Augenblick keine unmittelbare Gefahr vor, der wir durch schnellsten Ausgleich der Kräfte nicht begegnen könnten.

General Dupont hat auf die Note folgendes Schreiben an **Reichsminister Erzberger** als Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission gerichtet:

„Ich beehre mich, Sie nachstehend von den Mitteilungen in Kenntnis zu setzen, welche der General Henry, Chef der französischen Militärmission in Warschau, mir heute telegraphisch übermittelt hat. Die Gerüchte, die Ihr Telegramm vom 1. Mai veranlaßt haben, entbehren jeglicher Grundlage. Die Truppenstärke an der Grenze Posens hat sich nicht geändert. Sie können die Anwesenheit der Truppen der Armee Haller in Richtung nach Sosnowice vorbehaltlos dementieren. Was zu dem letzteren Gerüchte Anlaß gegeben hat, ist der Umstand, daß die Truppen dieser Armee von Lodz aus über Czenstochau—Granitza—Cravovic (Czenstochau—Granitza—Krakau) gegenwärtig in Marsch gesetzt sind. Von hier aus setzen sie ihren Marsch nach Osten fort; kein einziger Truppenkörper ist auf der Fahrt ausgeladen worden."

gez. Dupont.

Darauf **antwortete Reichsminister Erzberger** am 3. Mai **dem General Dupont**:

„Euer Exzellenz beehre ich mich, den Empfang Ihrer Mitteilungen vom 2. d. M. zu bestätigen. Ich habe aus ihnen mit Genugtuung gesehen, daß der Chef der französischen Militärmission in Warschau die Nachrichten über einen bevorstehenden polnischen Angriff und die Verwendung von Truppen der Armee Haller in Posen für unzutreffend erklärt. Meldungen über einen beabsichtigten Angriff der Polen und über militärische Maßnahmen, die als Angriffsvorbereitungen gedeutet werden können, sind von außerordentlich zahlreichen glaubwürdig erscheinenden Seiten der Reichsregierung eingelaufen.

Sie gewannen eine besonders ernsthafte Bedeutung durch die Äußerungen des Generals Haller, der in einer Rede in Krotoschin für Schlesien, Ostpreußen und Westpreußen denselben Zustand der Empörung forderte, wie

er in Posen eingetreten ist, und in einer neueren Rede von den polnischen Residenzen Wilna, Lemberg, Teschen, Posen und Danzig, sowie von der Befreiung der Polen in Schlesien und Pommern gesprochen haben soll. Auch einem Mitarbeiter des „Dziennik Pajawski" gegenüber hat er sich angeblich in einem Sinne geäußert, aus dem nur auf das Bestehen kriegerischer Absichten gegen Deutschland geschlossen werden kann. Die Erregung der deutschen Bevölkerung ist daher sehr groß und macht eine Klärung der Situation unbedingt erforderlich.

Ich hoffe, daß die durch Ihre dankenswerte Vermittlung erreichten Mitteilungen des Chefs der französischen Mission in Warschau zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen werden." gez. Erzberger.

Im Gegensatz zu dem Schreiben Duponts geht dem „Lokalanzeiger" aus durchaus zuverlässiger Quelle der folgende **Brief aus der Ostmark** zu:

... Die Armee Haller besteht, nach zuverlässigen Mitteilungen von polnischer Seite, aus fast 80 000 Mann. Der größte Teil sind Polen, die sich als Freiwillige bei Bildung der Armee gemeldet haben; aber auch viele Tausende von Mannschaften und die meisten Offiziere verstehen kein Wort Polnisch, so daß sogar unsere Posener Polen feststellen mußten, daß der Armee, soweit sie bisher in der Provinz eingetroffen, der „echt polnische Charakter" ermangle. Von den polnischen Leuten der Armee sind die meisten französische Untertanen, die aus der polnischen sogenannten „Emigration" stammen, etwa 8000 Mann sind amerikanische Polen, meistens frühere Auswanderer aus Russisch-Polen, etwa 2500 Mann sind ehemals preußische Soldaten, meist Desertierte oder Leute, die im Laufe des Krieges in Gefangenschaft gerieten. Etwa 4000 Mann sind russische Untertanen, unter ihnen recht zweifelhafte Elemente, von der zarischen Regierung Ausgewiesene, Verbannte und wegen begangener Verbrechen flüchtig Gewordene. Aus Galizien stammen etwa 12 000 Mann, und von den in Italien lebenden Polen ist ein sogenanntes „italienisches Bataillon" gebildet worden. Desertionen, namentlich preußischer Polen, die nach viereinhalbjähriger Abwesenheit auf diesem Wege in die Heimat gelangt sind, sind an der Tagesordnung. Die Bekleidung der Leute ist feldgrau, nach französischem Schnitt, die viereckige Konfederatka als Mütze, Schnürschuhe und Wickelgamaschen. Die Bewaffnung ist nach jeder Richtung gut. Geschütze aller Kaliber, Flugzeuge, die alsbald in Tätigkeit gesetzt worden sind, Lastautos, sogar Tanks und Panzerzüge sind angekommen. Die Geschütze sind französischen Ursprungs. In Posen-Stadt ist ein Teil des Stabes der Hallerschen Armee — französische, amerikanische, englische, italienische und belgische Offiziere — und zweitausend Mann untergebracht. Ebenso sind in Gnesen, Hohensalza, Ostrowo und Krotoschin mehrere tausend Mann einquartiert worden. In Posen und Gnesen sind von der Hallerschen Armee mitgebrachte Waffen- und Munitionstransporte zur Verfügung an der deutsch-polnischen Kampffront mitgenommen. Bereits am 23. April und den folgenden Tagen sind etwa 11- bis 12 000 Mann der Hallerschen Armee von Posen in der Richtung nach dem Netzeabschnitt abgegangen, von denen ein Teil an die Front in die Gegend von Argenau, Hohensalza, Bromberg, Nakel geworfen, der andere in dahinter liegende Ortschaften, darunter in die Städte Bartschin, Schubin und Exin, in Quartier gelegt worden ist; auch schwere Geschütze sind in dem Abschnitt in Stellung gebracht worden. In Hohensalza sind mehrere Waggons mit Waffen und Munition, vier Waggons mit Maschinengewehren und Minenwerfern, sieben Krankenwagen mit Schwestern und Ärzten eingetroffen, auch die dortige polnische Zivilbevölkerung ist bewaffnet worden. Ebenso haben im Abschnitt Filehne beträchtliche Truppenausladungen stattgefunden. Gegenwärtig halten die Polen auch eine besondere Musterung der wehrpflichtigen Deutschen ab, die man wahrscheinlich nach der erwarteten Unabhängigkeitserklärung der Provinz in die polnische Armee einstellen will. Was wir in der Provinz alle befürchtet haben, und was wohl auch die Deutschen im Reiche, die die Polen kennen, befürchten mußten, ist eingetroffen. So haben wir also durch die Hallersche Armee den Polen gut ausgebildete und ausgerüstete Truppen

zugeführt, haben ihnen Waffen und Munition geliefert und das alles, damit sie uns erfolgreicher bekämpfen können. Die Dummheit ist geschehen, was hilft dagegen der papierne Protest Erzbergers an Foch.

Auch die nachstehend abgedruckten Nachrichten lassen den Beschwichtigungsversuch Duponts, der auf Erzberger seinen Eindruck offenbar nicht verfehlt hat, in einigermaßen zweifelhaftem Lichte erscheinen.

Die Armee Haller als Druckmittel gegen Deutschland.

Breslau, 2. Mai.

Von der polnischen Grenze wird zuverlässig berichtet: Die polnischen Truppen im Aufmarschgebiet entlang der schlesisch-posenschen Grenze wurden in den letzten Tagen auffällig bedeutend verstärkt. So sind im Raume von Dombrowa bis Posen in den letzten Tagen 50000 Mann neue polnische Truppen aufgetaucht. Es besteht kein Zweifel, daß die hier stehenden polnischen Truppen auch durch Formationen der Armee Haller massiert werden. Von polnischer Seite wird offen erklärt, daß die Armee Haller das östliche Hauptdruckmittel der Entente für den Fall bilden soll, daß Deutschland die Friedensbedingungen der Entente ablehnt.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Die Vorbereitung des polnischen Angriffs.

(W. T. B.) 2. Mai. In den letzten Tagen haben sich die Polen wiederum grober Verletzungen der Demarkationslinie schuldig gemacht, die sich nunmehr auch auf die Luftaufklärung ausdehnen.

So erschienen über Oberschlesien am 20. April mehrere von Kongreß-Polen kommende Flugzeuge; ebenso waren südlich Bentschen und südlich Birnbaum polnische Flugzeuge über deutschem Gebiet. Die lebhafte Patrouillentätigkeit, vor allem im Netze-Abschnitt, läßt die Vermutung eines großen polnischen Angriffes immer mehr zutage treten.

„Tgl. Rundschau" Nr. 215 v. 3. Mai.

Der Aufmarsch der Armee Haller.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Von der Hallerschen Armee haben bis jetzt zwei Divisionen, zusammen 23000 Mann, Deutschland passiert. Jede Division besteht aus drei polnischen Jägerregimentern, einem Artillerie- und einem Kavallerieregiment. Die erste Division ist über Warschau nach Cholm befördert worden, die zweite soll nach Zamosz befördert werden. Offenbar haben die Hallerschen Truppen hier die Aufgabe, den Ukrainern, die bei Lemberg stehen, in die rechte Flanke zu fallen, um so die Ukrainer zum Loslassen der Stadt zu bewegen. Irgendwelche Nachrichten, daß Truppen der Hallerschen Armee in Posen verwendet werden sollen, liegen bis jetzt nicht vor. Hier eingetroffene Nachrichten, nach denen in Gnesen und Hohensalza Quartier für die Hallersche Armee gemacht werden sollte, können als zuverlässig nicht angesehen werden. Soweit man hier unterrichtet ist, bestand ursprünglich die Absicht, die folgenden Transporte aus Frankreich bei Wilna einzusetzen. Ob das jetzt noch geschehen wird, nachdem die Polen ohne die Armee Haller dort größere Erfolge erzielt haben, ist unsicher.

„Voss. Ztg." Nr. 221 v. 2. Mai.

Ein Telegramm Fochs an Haller.

Thorn, 3. Mai. Der polnische General Haller empfing von Foch ein Telegramm, dessen Schluß, der polnischen Presse zufolge, wörtlich lautet: „Morgen wird Deine Armee, erstanden unter dem Schutze der französischen Standarte, auf dem befreiten polnischen Boden stehen, vereinigt mit dem Polenheer, das schon lange für die Rechte der Freiheit und Zivilisation kämpft. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß diese Tapferen, jetzt unter dem Banner des weißen Adlers vereinigt, mit goldenen Lettern der erhabenen polnischen Geschichte ein neues Blatt hinzufügen werden. Meine herzlichsten Wünsche begleiten Euch."

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Die polnische Eroberungswut.

Der ukrainische Pressedienst verbreitet folgende Mitteilung:

Wie aus Stanislau gemeldet wird, sind Abteilungen der Truppen des Generals Haller, die bekanntlich gegen die russischen Bolschewisten kämpfen sollten, an der Front bei Lemberg erschienen und in den Kampf gegen ukrainische Nationaltruppen eingetreten.

Die Hallerschen Divisionen sind also, wie auch vorauszusehen war, unter Bruch der eingegangenen Verpflichtungen sofort in den Dienst des großpolnischen Imperialismus eingestellt und zur Unterwerfung der Ukrainer in Ostgalizien entsandt worden. Gerade in dem Augenblick, wo die Ukrainer im harten Kampfe mit den russischen Bolschewisten größere Erfolge zu erzielen begannen, erscheinen hier die Polen als willkommene Verbündete der Bolschewisten und zwingen die Ukrainer, die bis jetzt ohne jede auswärtige Hilfe die ganze Last des schweren Kampfes gegen die Sowjettruppen in der Ukraine getragen haben, den Kampf gegen die letzteren einzustellen und ihre Hauptkräfte wiederum zur Verteidigung gegen den polnischen Eroberungsfeldzug einzusetzen.

„Frankf. Ztg." v. 3. Mai Nr. 328.

Die polnische Bewegung in Oberschlesien.

Gleiwitz, 2. Mai.

Die Hoffnung der chauvinistischen Polen, Soldaten Groß-Polens bald in Oberschlesien einziehen zu sehen, veranlaßte einfältiges Volk auf dem Lande, schon Vorbereitungen zu Empfangsfestlichkeiten zu treffen. Es wurden Ehrenpforten errichtet und die Häuser mit Kränzen geschmückt. In Rybnik wurde gestern von 15 000 Polen eine große Demonstration veranstaltet. In einer Versammlung unter freiem Himmel forderte der Hauptredner des Tages, Dr. Bialy, die Polen auf, nur noch wenige Tage die Ruhe zu bewahren, ein Kurier Paderewskis habe die Nachricht gebracht, daß Oberschlesien mit Ausnahme der Kreise Neustadt, Leobschütz, Neiße, Falkenberg nach definitivem Beschluß der Entente zu Polen komme.

Zu einer großen polnischen Demonstration kam es in der Grenzstadt Myslowitz, an der hauptsächlich bürgerliche Kreise beteiligt waren. In den letzten Tagen sind die polnischen Kreise auch eifrig am Werke, unter den Berg- und Hüttenarbeitern polnische Kriegervereine zu bilden. Diese Vereine sind zur Unterstützung polnischer Truppen bei einem eventuellen Einmarsch in Oberschlesien bestimmt.

„Berl. Tgbl." v. 3. Mai Nr. 197.

Posener Soldaten gegen Warschauer Juden

Über die Exzesse, die vom 23.—24. April in Warschau gegen die Juden stattgefunden haben, sind nähere Nachrichten vorhanden. Aus den Berichten der Warschauer Zeitungen geht hervor, daß in diesen Tagen kleinere und größere Gruppen bewaffneter Soldaten aus Posen in den Gassen des Judenviertels herumzogen und unter dem Vorwande, nach Waffen zu suchen, Wohnungen geplündert und gegen die Bewohner Erpressungen verübt haben. In den Straßen selbst hielten sie die Passanten an, mißhandelten sie und plünderten sie aus. Da die Milizpatrouillen gegen die Plünderer machtlos waren, wurden auf Veranlassung des Magistrats auf Antrag der jüdischen Abgeordneten größere Abteilungen gegen die „Posener" gesandt, die schließlich ihrer Herr wurden. Der Kommandant der Posener Militärabteilung, Leutnant Kabra, wurde verhaftet.

„Dtsche. Allg. Ztg." v. 4. Mai Nr. 213.

Grodno von den Polen besetzt

Thorn, 1. Mai.

Der polnische Generalstab meldet: Die deutschen Truppen räumten Grodno, das wir besetzten. Die Stadt ist ruhig. Die Bolschewiki ziehen sich auf der ganzen Linie hinter den Fluß Usza zurück. Die polnischen Truppen folgten bis zur Linie Siemiowla, Wiedma.

„Lok. Anz." v. 2. Mai Nr. 196.

Massenausweisungen deutscher Familien aus Posen

Thorn, 30. April.

15 000 deutsche Familien von entlassenen Lehrern, Postbeamten, Eisenbahnbeamten werden in den nächsten Tagen aus dem posenschen Aufstandsgebiet nach Thorn, Kreuz und anderen Orten abgeschoben werden. Die Stadt Thorn hat 5000 Familien aufzunehmen.

„Dtsch. Tgsztg." Nr. 216 v. 1. Mai.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 11	Verantwortlich: **Carl Georg Bruns** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1** III Fernruf Nr. 321	21. Mai 1919

Inhalt: Glossen — Materialien zur ostdeutschen Frage: Westpreußen in seinem Verhältnis zu Polen — Wohin gehört der Netzedistrikt? (Fortsetzung) — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen — Kleine Nachrichten.

Glossen zum Tage

In fremden Räumen, in einem Notquartier, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist. Alle sind erschienen, bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht hier vertreten zu sein jetzt schon abgenommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben, und wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und von Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die — wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird — zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen, in der Schwere und Weihe dieser Stunde über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes! . . . .

Ich frage Sie, wer kann als ehrlicher Mann — ich will gar nicht sagen als Deutscher — nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt?

(Aus der Rede des Reichsministerpräsidenten Scheidemann vom 12. Mai 1919 vor der Nationalversammlung.)

Und jetzt wende ich mich an unsere Feinde in einer Sprache, die auch sie verstehen und sage: Memores estote, inimici, ex ossibus ultor. Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwaschen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt werden soll. Für uns gilt wie in glücklichen Tagen so auch heute das Wort, das niemals der Ausdruck selbstsüchtiger Überhebung, sondern immer nur der tiefen Liebe zu unserer Heimat war: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!

(Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach in der Sitzung vom 12. Mai 1919.)

Materialien zur ostdeutschen Frage

Westpreußen in seinem Verhältnis zu Polen

Polen, Westpreußens Hinterland, ist wasserreich, doch verkehrsarm. Polen und Westpreußen sind durch die Weichsel miteinander verknüpft. Sie stellt eine große natürliche Verkehrsader dar. Ihre Zuflüsse durchdringen Polen tief ins Land hinein. Den preußischen Ostprovinzen (Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen) stehen nicht so viel Wasseradern (auf 100 Quadratkilometer 2,3 Kilometer) für den Verkehr zur Verfügung wie Polen (3 6 Kilometer). Trotzdem beträgt ihre Leistungsfähigkeit hier nur etwa den zehnten Teil gegenüber Preußen (260 Tonnen auf einen Kilometer Wasserlauf gegen 2590 Tonnen), denn für die Schiffbarkeit wird nichts getan. Selten trifft man in den Städten Bollwerke an, und dann nur auf geringe Strecken. Selbst die Weichsel fließt unreguliert dahin und bietet der Dampfschiffahrt die größten Hindernisse dar. Weil in Polen nichts für die Ströme getan wird, darum hängt auch die Regulierung der preußischen Weichsel in der Luft. Die preußische Weichsel vermag nicht das zu leisten, was von ihr zu erwarten ist.

Wie die Wasserstraßen Polens für den Verkehr nicht ausgenutzt werden können, so genügen die Wege zu Lande in keiner Weise. Durch Straßen und Eisenbahnen ist nur wenig für die Erschließung des Landes getan. An guten Verkehrswegen weisen die preußischen Ostprovinzen auf gleichem Raum das Fünffache auf (34,6 Kilometer gegen 6 9 Kilometer auf 100 Quadratkilometer). Ebenso ist das Verhältnis bei den Eisenbahnsträngen (11,8 Kilometer zu 2,7 Kilometer) und im Eisenbahnfrachtverkehr (77 700 Tonnen zu 15 800 Tonnen). Dabei ist Polen ein kleines, volkreiches Land. Seine Größe entspricht der der preußischen Ostprovinzen, und dieses Land ist dichter besiedelt als Westpreußen. Es zählte schon 1897 auf einen Quadratkilometer 74 Einwohner, während in Westpreußen heute nur durchschnittlich 66 auf gleicher Fläche wohnen.

Die polnische Bevölkerung treibt hauptsächlich Landwirtschaft, der besonders im Süden fruchtbarer Boden zur Verfügung steht. Die Industrie ist gering. Außer auf Bergbau- und Hüttenwesen stützt sie sich nur auf Erträgnisse aus Ackerbau und Viehzucht. Neben Branntwein- und Bierfabriken ist vor allem die Zuckerindustrie zu nennen. Doch leistet eine deutsche Zuckerfabrik durchschnittlich so viel wie zwei polnische (1901 erzeugten 51 polnische Fabriken 115 000 Tonnen, 1902 393 deutsche Fabriken 1 900 000 Tonnen). In Westpreußen blüht die Zuckerherstellung besonders, Culmsee hat die größte Zuckerfabrik der Erde. Leinen- und Tuchfabriken stammen meist von Deutschen. Fast die gesamte polnische Industrie ist fremdem Fleiß zu danken, insbesondere deutschem. In Polen kamen 1913 auf 100 Leute der Gesamtbevölkerung 5,5 Deutsche, in den Industriegebieten bis zu 30 (Lodz). Von fast 10 Millionen Einwohnern arbeiteten 1912 etwa 300 000 in der Industrie. Der Wert des Ackerlandes in Polen ist an preußischen Verhältnissen gemessen gering. In Westpreußen hatte der Boden vor dem Kriege durchschnittlich den dreifachen Wert gegenüber Polen (1140 Mark zu 330 Mark beim Groß-, 1465 Mark zu 405 Mark beim Kleingrundbesitz für einen Hektar. Und das erklärt sich sehr einfach.

Der Ackerbau wird nicht ausgenutzt. Der deutsche Bauer holte an Feldfrüchten aus seinem Boden viel mehr heraus als der polnische. An Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln brachte deutscher Boden anderthalbmal mehr als polnischer, an Weizen und Rüben gar das Doppelte. So verdiente auch der polnische Landarbeiter in Preußen etwa das Doppelte von dem, was er in Polen erhalten konnte.

Man hat berechnet, wieviel Feldfrüchte mehr die Polen schaffen könnten, wenn ihre Landwirtschaft mit der deutschen (zum Beispiel in der Provinz Posen) gleichen Schritt hielte. Da fehlt den Polen sehr viel. In dem Land von der Größe unsrer vier Ostprovinzen bleiben die Ackererträgnisse so weit zurück, daß die volle Jahresernte 1912 von dreien, nämlich Posen, West- und Ostpreußen, an Weizen (585 000 Tonnen), Gerste (583 000 Tonnen), Hafer (1 395 000 Tonnen) und Kartoffeln (9 668 000 Tonnen) nötig wäre, um den Ausfall zu decken. Für Roggen (1 843 000 Tonnen) und Zuckerrüben (1 114 000 Tonnen) genügten als Ersatz noch nicht die Ernten von Ost- und Westpreußen.

Wie der Ackerbau gegen Deutschland einen außerordentlichen Tiefstand aufweist, so auch die Viehzucht. Mit der Bewohnerzahl verglichen hat Westpreußen Polen gegenüber den doppelten Bestand an Pferden (157 zu 88 auf 1000 Einwohner), den dreifachen an Rindern (413 zu 150), den vierfachen an Schafen und Ziegen (288 zu 67) und den dreizehnfachen an Schweinen (540 zu 39).

Die Löhne in der Landwirtschaft sind etwa halb so hoch wie für polnische Saisonarbeiter in Preußen.

Der Grund für diesen Tiefstand bei so zahlreicher Bevölkerung ist darin zu suchen, daß die polnische Bevölkerung nicht zur Arbeit erzogen ist. Sie besitzt in ihrer erdrückenden Mehrheit nicht den Trieb, mehr zu schaffen, als für ihr eigenes, notdürftiges Durchkommen erforderlich ist. Sie lebt in Armut und Bedürfnislosigkeit dahin. Was an Werten geschaffen wird, geschieht überwiegend durch Ausländer (besonders Deutsche) und Juden.

Daß die Bevölkerung den Wert der Arbeit nicht erkannt hat, nimmt nicht wunder. Wie einst das deutsche Volksschulwesen einen starken Antrieb seitens der Landwirte erhielt, weil nur ein gebildeter Bauer, Arbeiter und Tagelöhner das Verständnis dafür haben kann, durch Neuerungen seine Arbeit fruchtbringender zu gestalten, so erklärt sich der Tiefstand Polens aus der Unbildung des polnischen Volkes. Während in Westpreußen von 1000 Einwohnern nur 5 weder lesen noch schreiben konnten, und das waren zumeist zugewanderte Polen, sind es in Russisch-Polen mehr als die Hälfte, nämlich 590. Von 1000 Einwohnern besuchten in Westpreußen 186 die Volksschule, in Polen nur 28. Eine Fachschule entfällt bei uns auf 5000 Einwohner oder 76 Quadratkilometer Landes, in Polen auf das fünfzehnfache, nämlich 75 500 Einwohner oder 775 Quadratkilometer.

Ein Land mit so wenig schaffender Bevölkerung wie Polen kann natürlich nur geringe Kulturaufgaben erfüllen. Die Sozialversicherungen sind in Polen erst in der Einführung. Die Unfallversicherung gilt nur für gewerbliche Betriebe mit mehr als dreißig Arbeitern ohne Triebkraft oder mehr als zwanzig Arbeitern mit Triebkraft. Landwirtschaftliche und Bauarbeiter sind ganz ausgeschlossen. Es besteht indes kein Zwang, der Unternehmer kann selbst entschädigen. Doch muß bei Ansprüchen erst die Schuld des Besitzers nachgewiesen werden, außer der Beschädigte gehörte zu Fabriken, Bergbau- und Hüttenwerken mit mehr als sechzehn Personen.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung besteht nur bei Staatsbahnen, Bergwerken und einigen öffentlichen Verwaltungen.

Krankenversicherung fehlt ganz. Jetzt liegt erst ein Entwurf vor.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei Einverleibung Westpreußens in Polen der Tiefstand Russisch-Polens im Wettbewerb nachteilig wirkt. Die Bodenpreise werden gedrückt, damit viele Hypotheken gefährdet; die Löhne sinken, ebenso der Getreidewert, die Sozialversicherung läßt sich nicht aufrecht erhalten. Es verlohnt sich nicht mehr, die Landwirtschaft auf deutscher Höhe zu halten, oder es ist überhaupt nicht möglich, da das verhetzte polnische Volk sich bestrebt, überall die Deutschen durch die minderwerten Polen zu verdrängen. Als Handlanger sind die Deutschen willkommen, aber die Früchte wollen die Polen.

Danzigs Lage zu Polen läßt sich vergleichen mit der Rotterdams zu seinem Hinterlande. Wie Rotterdam an der Rheinmündung, so liegt Danzig an der Weichselmündung; wie Rotterdam politisch von seinem Hinterlande, dem deutschen

Rheingebiet, getrennt ist, so Danzig von Polen. Wäre es nicht vorteilhafter, Danzig gehörte auch politisch zu seinem Hinterlande? Es hätte dann die Lage Hamburgs, das als Hafen das ganze Elb- und einen Teil des Ostseegebiets umfaßt. Hamburg mit 23 Millionen Tonnen (1911) ist mit Antwerpen der größte Hafen des europäischen Festlandes. Aber Rotterdam mit 21 Millionen Tonnen (1911) reicht außerordentlich nahe heran, dabei hat es Antwerpen noch als Mitbewerber. Diese Häfen erhalten ihre Bedeutung durch die geordneten Zustände im Hinterlande, durch die Emsigkeit der Bevölkerung, einer Bevölkerung, die Handelswerte schafft, die eine gewisse Wohlhabenheit errungen hat und mit ihr Bedürfnisse, welche der Handel befriedigen muß. Das polnische Hinterland Danzigs hingegen ist arm, nicht zur Arbeit erzogen, es schafft wenig Werte, hat geringe Bedürfnisse. Dies zu ändern, ist Danzig nicht in der Lage, sollte es gleich zu Polen gehören. Denn nicht von der politischen Zugehörigkeit hängt die Blüte eines Seehafens ab, sondern von dem Fleiß, dem Wohlstande und den Bedürfnissen seines Hinterlandes.

Westpreußen ist im preußischen Staat eine arme Provinz. Sowohl an Einkommensverhältnissen wie an Vermögen hält sie sich an der untersten Grenze im Staat. Unter den zwölf Provinzen, dem Stadtkreis Berlin und den Hohenzollernschen Landen steht Westpreußen mit dem Erträgnis der Einkommensteuer auf den Kopf der Bevölkerung an vorletzter, mit dem der Ergänzungssteuer an letzter Stelle.

Während im preußischen Staate von 1000 Einwohnern (1912) 397 ein Einkommen bis zu 900 Mark jährlich hatten, kamen im Regierungsbezirk Danzig auf 1000 Einwohner 569, im Regierungsbezirk Marienwerder gar 654, also gut zwei Drittel. Etwa ein Drittel der Bevölkerung hatte mehr als 900 Mark Einkommen. Zur Erfüllung ihrer Kulturaufgaben muß die Provinz deshalb vom preußischen Staat beträchtliche Zuschüsse erhalten. 16,6 Millionen Mark wandte Westpreußen 1911 für die Volksschulen auf, dazu gab der Staat mehr als die Hälfte: 8,5 Millionen Mark. Volks-, Mittel- und höhere Schulen erforderten einen Aufwand von 21,614 Millionen Mark, davon allein 10,111 Millionen aus Staatsmitteln. Die Zuschüsse, die der Provinzialverband für seine Ausgaben 1908 erhielt, beliefen sich auf 3,2 Millionen Mark, fast die Hälfte seiner Gesamteinnahmen.

Solch reiche Unterstützung ist nur möglich, weil die westlichen Provinzen (Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und der Stadtkreis Berlin) dem Staate durch ihren Reichtum hohe Einnahmen geben.

Würde Westpreußen polnisch, so fiele der hohe preußische Staatszuschuß fort. Aus eigenen Mitteln kann es seine Kultur nicht erhalten, geschweige gar ausbauen. Und diese ungenügenden eigenen Mittel hätte es nicht einmal für sich zur Verfügung. Es müßte davon reichlich abgeben. Denn im polnischen Staat wäre Westpreußen eine der reichsten Provinzen. Das Geld, das hier vom Staat herausgeholt würde, müßte dazu dienen, die polnischen Gebiete in die Höhe zu bringen, dort Verkehrswege zu bauen, die Wasserwege herzurichten, Schulen zu gründen, den Polen zu Wohlstand zu verhelfen; denn aus eigenen Mitteln können sie es nicht. Und dazu bürdet uns die Entente eine Milliardenschuld auf, die der polnische Staat zu tragen nicht hilft! Durch Waffenstillstandsvertrag ist das gesamte deutsche Staatsvermögen beschlagnahmt. Alles Staatseigentum (Bahnen, Straßen, Gebäude, Schulen, Hochschulen) bürgt der Entente. Sie duldet keine Beeinträchtigung, und sie hat die Mittel, die Bezahlung bei der Abtrennung Westpreußens zu erzwingen.

Westpreußen muß diese Schuld mitnehmen!

Ohne Staatszuschuß, der eigenen ungenügenden Mittel zum Teil beraubt, mit hohen Schulden belastet, ginge Westpreußen unter polnischer Herrschaft zugrunde, ehe die aufbauende Tätigkeit in Polen Früchte brächte.

Denn die Erziehung einer Bevölkerung zur Arbeit erfordert Jahrhunderte.

Wie jetzt die reichen preußischen Westprovinzen die ärmeren Ostprovinzen stützen, so müßten, wenn polnisch, die deutschen Ostprovinzen das noch ärmere Polen stützen. Deshalb hauptsächlich begehren die Polen Westpreußen, unser Land.

Durch deutsche Arbeit ist es in fast 150 Jahren zu hoher Blüte gelangt. Jetzt kommt der Pole, setzt sich ins warme Nest und gibt euch einen Fußtritt. Ihr durftet säen, die Polen wollen ernten.

Wohin gehört der Netzedistrikt?

(Fortsetzung und Schluß aus Nr. 8)

II.

Naturrechtliche Zugehörigkeit. Seit Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts tritt neben die staatsrechtliche Auffassung der absolutistischen Zeit, die das Staatsgebiet als freies Eigentum des Fürsten ansah, eine neue naturrechtliche, die ihren Ausdruck findet in der Formel, daß die Bevölkerung eines Landgebietes über ihre staatliche Zugehörigkeit selbst zu bestimmen habe. Es ist die Formel, die sich Wilson für die Friedensverhandlungen zu eigen gemacht. Wohin würde der Netzedistrikt danach gehören? Die Frage ließe sich genau nur durch eine Volksabstimmung beantworten. Eine solche hat bisher nicht stattgefunden. Es läßt sich aber ohne Schwierigkeit mit ziemlicher Sicherheit berechnen, wie sie ausfallen würde. Nach der letzten Volkszählung vor dem Kriege, der von 1910, zählt der Regierungsbezirk Bromberg 50 Prozent Deutsche, 49,91 Prozent Polen. Nun fällt der Regierungsbezirk Bromberg nicht ganz mit dem eigentlichen Netzedistrikt zusammen, umfaßt vielmehr erhebliche südlich davon gelegene Gebietsteile, die eine stärkere polnische Bevölkerung aufweisen als die nördlichen. Es würde sich also für den eigentlichen Netzedistrikt das Prozentverhältnis zugunsten der Deutschen verschieben. Das voraussichtliche Ergebnis einer Abstimmung darf nun aber nicht aus der Bevölkerungszahl schlechthin berechnet werden, sondern aus der Zahl der Stimmberechtigten. Danach ergibt sich noch eine weitere Verschiebung zugunsten des Deutschtums. Im Jahre 1900 kamen auf das Tausend der in Preußen nach Nationalität gezählten Bevölkerung Personen unter 15 Jahren bei den Deutschen 352,1, bei den Polen 407,5. Die Polen haben also hier einen Vorsprung von 55,4. Im Alter von 15 bis 80 Jahren sind auf je 1000 vorhanden 643,0 Deutsche, 586,8 Polen. Hier haben die Deutschen also einen Vorsprung von 56,2 gewonnen, der bei der Stimmabgabe naturgemäß zum Ausdruck kommen muß und auch tatsächlich zum Ausdruck kam. Es waren bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1912 im Regierungsbezirk Bromberg vorhanden Wahlberechtigte 146061, abgegeben wurden deutsche Stimmen 68704, polnische 50855. Von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen entfallen mithin auf die Deutschen 57,4 Prozent gegen 50 Prozent der Bevölkerung, auf die Polen 42,5 Prozent gegen 49,91 Prozent der Bevölkerung. Eine Fälschung des Wahlergebnisses ist niemals erwiesen, der Beweis dafür auch nicht einmal versucht worden. Eine Wahlbeeinflussung mußte bei den 1912 schon vorhandenen weitestgehenden Sicherungen der geheimen Stimmabgabe wirkungslos bleiben. Die Erscheinung erklärt sich auch ohne weiteres aus der durch die Volkszählung erwiesenen Tatsache, daß die polnische Bevölkerung bis zur Erreichung des Stimmrechtsalters wesentlich stärker abnimmt als die deutsche, und diese Tatsache wieder findet ihre Erklärung darin, daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung eine wesentlich ungünstigere Lebenshaltung hat als die deutsche, daß infolgedessen bei jener die Kindersterblichkeit größer ist als bei der deutschen. Wird das Stimmrechtsalter bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahre herabgesetzt, so würde allerdings wieder eine Verschiebung zugunsten der Polen eintreten. Sie würde aber nur geringfügig sein. Die Erteilung des Stimmrechts an die Frauen dürfte an dem Prozentverhältnis kaum etwas ändern. Geboren werden ja allgemein mehr

männliche als weibliche Kinder. In Kulturstaaten ändert sich nun allerdings das Verhältnis sehr bald so, daß schon unter den Zwanzigjährigen ein Überschuß von Mädchen vorhanden ist. Das trifft aber nicht zu auf Gebiete mit überwiegend ländlicher Bevölkerung, wie sie der Netzedistrikt aufweist. Hier dürfte bis zur Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres allerhöchstens ein Ausgleich im Verhältnis der Geschlechter eintreten. Es würde mithin, wie behauptet, die Erteilung des Stimmrechts an die Frauen das Prozentverhältnis der Stimmen nicht beeinflussen. Auch die zuletzt angegebenen Zahlen gelten für den ganzen Regierungsbezirk. Eine Berechnung für den eigentlichen Netzedistrikt würde auch bezüglich der Stimmenzahl eine wesentliche Verschiebung zugunsten des Deutschtums ergeben. Von den zum alten Netzedistrikt gehörigen Kreise haben Deutsch-Krone, Flatow, Filehne, Czarnikau, Kolmar, Wirsitz und Bromberg über 50 Prozent deutsche Bevölkerung, Schubin und Hohensalza über 40 Prozent. In den Städten steigt die deutsche Bevölkerung auf über 80 Prozent, desgleichen ist die eigentliche Netze- wie die Grünfließ-Niederung fast rein deutsch besiedelt. Ergab schon eine Abstimmung im ganzen Regierungsbezirk 57,4 Prozent deutscher Stimmen, so muß man auch bei sehr vorsichtiger Schätzung annehmen, daß bei einer Abstimmung über die staatliche Zugehörigkeit im eigentlichen Netzedistrikt mindestens 60 Prozent aller Stimmen für das Deutschtum abgegeben würden, in der Netze- und Grünfließ-Niederung einschließlich der daran liegenden Städte und Bromberg sicher über 80 Prozent. Es kann mithin gar keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Distrikt nach den Wilsonschen Grundsätzen als zu Deutschland gehörig angesehen werden muß. Ihn den Polen zusprechen zu wollen, bedeutet für Wilson einen Schlag ins Gesicht.

Von polnischer Seite wird eingewendet, die deutsche Bevölkerung sei nicht bodenständig, sei eingewandert. Ganz gewiß ist sie eingewandert. Aber diese Einwanderung hat bereits vor annähern 7d00 Jahren begonnen, und eine Bevölkerung, die so lange auf demselben Boden sitzt, darf wohl als bodenständig bezeichnet werden. Dem Schreiber dieser Zeilen ist eine Reihe deutscher Bauernhöfe bekannt, die seit mehr als 200 Jahren nachweislich in derselben Familie vererbt worden sind. Die meisten deutschen Bauernhöfe sind ja in neuerer Zeit modern aufgebaut. In fast allen deutschen Dörfern finden sich aber auch noch Jahrhunderte alte Holzhäuser, und auch sie zeigen schon rein niederdeutsche Bauart. Wohnung und Stall finden sich unter demselben Dach. Fast durchweg sieht man bei den deutschen Höfen uralten Baumschlag, was sich bei polnischen nie findet. Die Städte sind alle nach deutschem Recht gegründet, und ihre Gründungsurkunden zeigen Daten aus dem dreizehnten, vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert. Die deutsche Bevölkerung des Netzedistrikts muß also zum sehr großen Teil als durchaus bodenständig angesprochen werden. Auch in dieser Hinsicht ist der Distrikt naturrechtlich zweifellos deutsch.

Einen ganz eigenartigen Beweis für die Alteingesessenheit der hiesigen deutschen Bevölkerung liefert noch ihre Sprache. In den Städten wird ja ein reines Hochdeutsch gesprochen, auf dem Lande aber durchweg Plattdeutsch, und zwar ein Platt, das vielfach sehr viel ältere Sprachformen zeigt, als man sonst in niederdeutschen Gegenden findet. So altes Sprachgut kann sich naturgemäß nur halten bei einer schon lange eingesessenen und vom Ursprungsgebiet ihrer Sprache getrennten Bevölkerung. Auch altes Lied- und Spruchgut findet sich in der Bevölkerung des Netzegebietes noch in viel größerer Menge als im übrigen Niederdeutschland. Es gelang hier in ganz kurzer Zeit, über 700 Texte alter Volkslieder zu sammeln, die zum Teil sehr alte Form zeigten, ein Beweis für das unverfälschte Deutschtum ihrer Bewohner und für die Länge der Zeit, die seit deren Aus- bezw. Einwanderung notwendigerweise verflossen sein muß.

III.

Kulturelle Zugehörigkeit. Die Entscheidung über staatliche Zugehörigkeit eines Landgebietes mit gemischter Bevölkerung wird nicht von dem Zahlenverhältnis der Bevölkerung allein abhängig sein können. Man wird notwendigerweise fragen müssen, was haben

beide Nationalitäten kulturell für dieses Gebiet geleistet? Ein sittliches Recht kann sich auch ein Volk erst durch seine Arbeit gewinnen. Wie fanden nun die Deutschen den Netzedistrikt vor und was haben sie aus ihm gemacht? Vom dreizehnten bis achtzehnten Jahrhundert wurden deutsche Bürger und Bauern von den polnischen Königen in diese Gegenden geholt, um ihnen ihre höhere Kultur zu bringen, um sie durch diese höhere Kultur ertragfähiger zu machen. Es war ja keine nationale Vorliebe, die die polnischen Könige und Herren die Deutschen rufen ließ; es war ganz nüchterne wirtschaftliche Berechnung. Und die Rechnung trog nicht. Der deutsche Bauer brachte den Boden in weit höhere Kultur und steigerte seine Rente um das Mehrfache, der deutsche Handwerker ermöglichte eine Erhöhung der Lebenshaltung, der deutsche Kaufmann belebte Handel und Wandel. Die wirtschaftliche und kulturelle Blüte Polens fällt zusammen mit der Blüte der deutschen Siedelungen. In den inneren Wirren Polens, in den Schwedenkriegen ist diese Blüte zugrunde gegangen, und mit ihr geht auch vieles von der deutschen Kultur zugrunde. Nur einige alte Baudenkmäler zeugen noch davon. Was aber an alten Baudenkmälern vorhanden ist, das zeigt durchweg deutschen Charakter. Man darf ruhig behaupten, daß es in Preußisch-Polen Denkmäler spezifisch polnischen Charakters überhaupt nicht gibt. Selbst in Gnesen habe ich mich vergeblich bemüht, solche zu finden. Es kommt dann die preußische Besitzergreifung von 1772, und mit ihr setzt eine neue deutsche Kulturarbeit ein, eine Kulturarbeit größten Stils. Das ganze Gebiet des Netzedistrikts befindet sich damals in einer Verwahrlosung, von der wir uns heute kaum eine Vorstellung machen können. Selbst eine einst so bedeutende Stadt wie Bromberg liegt fast völlig öde, in den kleineren Städten übersteigt die Zahl der „wüsten Stätten" vielfach die der stehenden Häuser. Eine völlig verarmte Bevölkerung führt ein kümmerliches Dasein. Auf dem Lande ist der Boden durchweg in schlechter Kultur, in den Niederungen vielfach versumpft, weil die Regelung der Wasserläufe gänzlich vernachlässigt war. Schulen gibt es auf dem Lande überhaupt nicht. Die Rechtsverhältnisse sind allenthalben unsicher, ihre Regelung mannigfacher Willkür ausgesetzt. Da setzt die deutsche Arbeit ein, und in kurzer Zeit schafft sie Ordnung im Lande. Ein Strom deutscher Beamten, Bürger und Bauern wird hierher geleitet und wirkt allenthalben befruchtend. Die Städte werden aufgebaut, die Wasserläufe reguliert, der Goplosee gesenkt, und wo bisher wüstes Sumpfland war, da wird ertragreicher Ackerboden geschaffen. Gewerbe und Handel beleben sich, der Bromberger Kanal wird gebaut, und schon nach ganz wenig Jahren zeigt das Land ein völlig verändertes Aussehen, ist es aus einer Wüstenei Kulturland geworden. Die Bevölkerungszahl hebt sich von Jahr zu Jahr überraschend schnell, Schulen werden allenthalben gegründet und wenigstens einigermaßen ausreichend dotiert, die Rechtsverhältnisse geordnet. Und alles, was geleistet wird, wird durch Deutsche und nur durch Deutsche geleistet. So wird der Netzedistrikt aufs neue kulturell deutsches Gebiet. Es wäre ja unverständig, wollte man dem Polentum einen Vorwurf daraus machen, daß es sich an dieser Kulturarbeit nicht beteiligte. Man darf nicht übersehen, daß das polnische Volk unter den Schwedenkriegen und unter seinen inneren Wirren länger zu leiden hatte als das deutsche unter dem dreißigjährigen Kriege und daß es in dieser Zeit seine Kräfte zur Kulturarbeit weder verwenden noch entwickeln konnte. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die ganze Kulturarbeit im Netzedistrikt in jener Zeit von Deutschen allein geleistet wurde. Erst gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts haben die Polen begonnen, sich an dieser Kulturarbeit überhaupt zu beteiligen, erst da fangen sie an, den Stand zu bilden, der bei den Nachbarvölkern schon Jahrhunderte vorher der eigentliche Träger der Kultur geworden war, den bürgerlichen Mittelstand. Es ist aller Achtung wert, was sie in der kurzen Zeit auf diesem Gebiete in zielbewußter Arbeit geleistet haben; aber die Zeit ist eben doch viel zu kurz, als daß sie den Vorsprung des deutschen Nachbarvolkes auch nur entfernt hätten einholen können. So haben sie ganz naturgemäß auf kulturellem Gebiet bis heute im Verhältnis zu den übrigen europäischen Kulturvölkern

nur wenig zu leisten vermocht, haben sich mehr aufnehmend als schöpferisch verhalten müssen. So ist auch ganz naturgemäß die Kultur des Netzedistrikts bis heute rein deutsch geblieben. Deutsch sind die Bauformen der Häuser, deutsch die Formen des Hausgerätes, deutsch ist das ganze geistige Leben dieses Gebietes. Selbst dem zweifellos begabten polnischen Handwerker ist es bisher nicht gelungen, die alten Formen slawischen Kunsthandwerks neu zu beleben und zu verwerten. Überall im Netzedistrikt trifft man deutsches und nur deutsches Kulturgut. Er gehört kulturell zu Deutschland.

IV.

Wirtschaftliche Zugehörigkeit. Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Zugehörigkeit kommt ein Mehrfaches in Betracht: erstens der Besitz an Grund und Boden, zweitens der Besitz an beweglichem Vermögen, drittens der wirtschaftliche Zusammenhang mit den Grenzgebieten. Der ländliche Grundbesitz im Regierungsbezirk Bromberg umfaßte im Jahre 1914 insgesamt 1 086 346 Hektar. Davon waren in deutschem Besitz 714 905 Hektar = 65,81 Prozent, in polnischem 371 441 Hektar = 34,19 Prozent. Auch dieses Zahlenverhältnis verschiebt sich, wenn man die früher nicht zum Netzedistrikt gehörigen Kreise ab- und Deutsch-Krone und Flatow zurechnet, wesentlich zugunsten des Deutschtums, würde dann etwa 75 Prozent gegen 25 Prozent betragen; selbst im Kreise Hohensalza beträgt der deutsche Besitz noch 68,33 Prozent. Es ist gerade von polnischer Seite mit Rücksicht auf die litauischen und ostgalizischen Verhältnisse der Grundsatz aufgestellt worden, daß für die Zugehörigkeit eines Gebietes der Grundbesitz mit, ja in erster Linie entscheidend sei. Auf den Netzedistrikt angewendet, ergibt dieser Grundsatz mithin ein ihnen sehr ungünstiges Resultat. Noch ungünstiger wird es bei Betrachtung des privaten Grundbesitzes. Für ihn ergibt sich in den einzelnen Kreisen des Netzedistriktes ein Verhältnis von 36,84 bis 85,69 Prozent in deutscher und 12,73 bis 41,93 Prozent in polnischer Hand, dabei das den Deutschen ungünstigste Verhältnis im Kreise Schubin mit 48,11 Prozent in deutscher und 41,93 Prozent in polnischer Hand. Nach dem Maßstabe des ländlichen Grundbesitzes ist also der ganze Netzedistrikt zweifellos überwiegend deutsch; dabei ist noch zu beachten, daß der deutsche Grundbesitz sich überwiegend in bäuerlicher Hand, der polnische überwiegend in der Hand von Großgrundbesitzern befindet. In den Städten des Regierungsbezirks befinden sich 67 Prozent der Grundstücke in deutscher Hand, im eigentlichen Netzedistrikt wiederum entsprechend mehr, selbst in Gnesen aber noch 51,3 Prozent. Die wirtschaftliche Bedeutung beider Nationalitäten für den Bezirk ergibt sich noch klarer aus den Steuerverhältnissen. Es brachten 1914 im ganzen Regierungsbezirk die Deutschen an Einkommensteuer auf 3 918 359 Mark = 80,65 Prozent, die Polen 940 087 Mark = 19,35 Prozent. Es zeigt sich somit eine ganz gewaltige Überlegenheit der deutschen Bevölkerung in finanzieller Leistungsfähigkeit. Das Verhältnis dürfte sich während des Krieges dadurch etwas verschoben haben, daß die Polen nach Möglichkeit deutsches Metallgeld zurückhielten, das heute einen größeren Wert hat als das Papier. Dem steht aber gegenüber eine größere Beteiligung der Deutschen an den Kriegsgeschäften und damit ein Hereinbringen allerdings nicht so wertvoller, aber größerer Mengen von Zahlungsmitteln. Die Verschiebung dürfte also tatsächlich nur unwesentlich sein. Es zeigt sich auch selbst im Grundstückehandel noch keine Überlegenheit der polnischen Kaufkraft trotz des starken nationalen Antriebs zum Grunderwerb.

Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit mit den Nachbargebieten ergibt sich für den Netzedistrikt aus dem Weichsel-Oder-Wasserweg und der ihm parallel laufenden Bahnstrecke Thorn—Schneidemühl. Fast die gesamte Personen- und Güterbewegung verläuft in der Richtung Ost-West und umgekehrt, kettet also den Distrikt wirtschaftlich an das westliche deutsche Gebiet an. Die von Süden heranführenden Bahnstrecken haben eigentlich nur die Bedeutung von örtlichen Zuführungsstrecken für die Hauptlinie. Einzig von Bromberg aus findet ein lebhafterer Verkehr nach Süden statt, der sich aber in der Hauptsache auch nur bis Kujawien erstreckt, das

von hier aus mit Maschinen versorgt wird und seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse dafür abgibt. Von Osten her kommt vorzugsweise russisches Holz auf der Weichselstraße herein. Das ganze Schwergewicht des wirtschaftlichen Verkehrs neigt sich nach dem Westen hin. So bildet der Netzedistrikt ein von der übrigen Provinz fast abgeschlossenes, jedenfalls ein von ihr ziemlich unabhängiges Gebiet, das eine Loslösung vom Süden der Provinz weit eher ertragen könnte, als eine Absperrung vom deutschen Westen. In jeder Beziehung wird dies Gebiet also wirtschaftlich nur zu Deutschland zu rechnen sein. Deutsch ist es nach dem alten Staatsrecht, deutsch nach modern naturrechtlicher Auffassung, deutsch nach seiner Kultur und deutsch nach seinen gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen. Es gibt nichts, schlechterdings gar nichts, woraus ein polnisches Staatswesen Besitzansprüche auf dieses Gebiet herleiten könnte.

Und will man von allem anderen absehen, so gibt es einen Beweis für die Zugehörigkeit des Netzedistrikts zu Deutschland, der schlagender ist als alle anderen. Wäre seine Bevölkerung polnisch, so müßte es den Polen ein leichtes sein, die Aufstandsbewegung auch hierher zu verpflanzen. Gerade am Netzedistrikt bricht sich aber eine polnische Aufstandswelle schon zum zweiten Male. Das erstemal war es im Jahre 1848. Auch damals fiel den Polen die ganze Provinz zu, der Netzedistrikt hielt sich deutsch. Im Januar 1919 wurde die deutsche Bevölkerung von der polnischen Erhebung unter besonders ungünstigen Umständen getroffen. Sie wurde überrascht zu einer Zeit, als sie noch gelähmt war von dem Eindruck der kurz vorhergehenden verhängnisvollen Ereignisse. Trotzdem haben sich die Bewohner des Netzedistrikts sofort zum Widerstand erhoben, und ihr Widerstand war so nachhaltig, daß die Polen ihn bis heute nicht zu brechen vermochten. Es ist dabei aber keineswegs der Grenzschutz allein, der diesen Widerstand leistet; es sind deutsche Bürger- und Bauernwehren hervorragend an ihm beteiligt. Eine Bevölkerung, die so klar ihren Willen zum Deutschtum bekannt hat, einem polnischen Staatswesen zusprechen zu wollen, dürfte ein sehr bedenkliches Unternehmen sein. Sie wird für den Staat nicht nur, dem sie gewaltsam zugeteilt wird, sie wird für den Frieden ganz Europas eine ständige Gefahr. Ja, wer die Stimmung dieser Bevölkerung kennt, der wird kaum Zweifel darüber hegen, daß sie einer solchen Zuteilung an ein polnisches Staatswesen gewaltsam Widerstand entgegensetzen und eher andere, vielleicht bedenklichere Verbindungen eingehen würde als diese von ihr so leidenschaftlich abgelehnte.

Aus den Deutschen Volksräten

Richtlinien zur Gründung Deutscher Kreisvolksräte

Der Deutsche Volksrat. Alle deutschen Männer und Frauen über 18 Jahre ohne Unterschied des Bekenntnisses, der Parteien und Stände treten zur Deutschen Vereinigung zusammen.

In ländlichen Bezirken schließen sich Ortschaften, die zusammen 150 bis 250 Familien zählen, gruppenweise zusammen. Größere Städte, wie Bromberg, Thorn, Danzig, teile man in entsprechende Bezirke.

Ist die Vereinigung der Deutschen eines Bezirks oder Ortes erfolgt, so wird zur Wahl des Volksrates dieser Vereinigung geschritten. Es werden je nach der Größe dieser Vereinigung drei und mehr Volksratsmitglieder gewählt, und zwar möglichst aus allen Berufen.

Auf dem Lande wählt man Vertreter des bäuerlichen und großen Grundbesitzes, landwirtschaftliche Arbeiter, Gewerbetreibende und Lehrer oder Pfarrer, sowie Beamte und Angestellte.

In der Stadt müssen vertreten sein: Der Kaufmann und Industrielle, der kleine Ge-

werbetreibende, die freien Berufe, alle Kategorien der Beamtenschaft und der Angestellten, der Handwerker, der Arbeiter und der Heeresangehörigen. Nach vollzogener Wahl des Volksrats entfernen sich die Erschienenen bis auf die Gewählten. Diese wählen nun aus ihrer Mitte einen Obmann, derselbe ist gleichzeitig Kreisdelegierter, außerdem werden je nach der Größe der Bezirke ein bis zwei weitere Kreisdelegierte gewählt.

Diese Kreisdelegierten bilden den Kreisvolksrat. Die Verhandlungen des Kreisvolksrats sind öffentlich. Sobald es der Fortschritt der Organisation im Kreise gestattet, versammeln sich die Kreisdelegierten und wählen sich einen Obmann und 11 Mitglieder, die zusammen den Arbeitsausschuß bilden. Den Mitgliedern des Ausschusses sollen Reisekosten und Aufwendungen ersetzt werden.

Der Kreisvolksrat unterhält ein ständiges Bureau, das von einem Schriftführer verwaltet wird, der nach Möglichkeit besoldet ist. Es ist zu erstreben, einen Schriftführer im Hauptamt anzustellen.

Zur Schaffung eines Kreisvermögens zahlt grundsätzlich die ländliche Bevölkerung 0,50 Mark pro Morgen, Gewerbetreibende, Beamte, Arbeiter einen entsprechenden Teil ihres Einkommens als einmaligen Beitrag. Für nicht im Erwerb stehende Familienmitglieder braucht ein Beitrag nicht erhoben zu werden. Die Beiträge werden auf ein Konto des Deutschen Volksrats des Stadt- oder Landkreises eingezahlt und bleiben der Verwendung für die Bedürfnisse des Kreises vorbehalten. Ihre Verwaltung erfolgt durch den Kreisvolksrat gemeinsam mit einem „Kassen-Delegierten" des Zentralbureaus der Deutschen Vereinigung.

Zweck der Deutschen Volksräte. Der Grundgedanke der Volksräte ist kein Kind der jüngsten Revolution. Er findet sich bereits in den Schriften des Freiherrn vom Stein, wurde von Fichte und Arndt vertreten und ist von den Sozialdemokraten Adler und Renner in Österreich verwertet worden, um das Deutschtum gegen den übermäßigen Druck des Slawentums zu schützen. Diesem letzten Zweck soll er zunächst in den gemischtsprachigen Gebieten Deutschlands dienen. Er soll eine Parallelorganisation zur wohlorganisierten Rada Ludowa der Polen sein. Als solche hat er zunächst folgende Aufgaben:

1. Begründung des sozialen Friedens unter den Deutschen,
2. kulturelle und wirtschaftliche Förderung der Deutschen,
3. Ausbau einer nationalen Selbstverwaltung,
4. Abwehr gewaltsamer polnischer Übergriffe.

Tätigkeit.

1. Erweckung und Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Deutschen ohne Unterschied der Partei und des Standes.

2. Überwachung der Maßnahmen der Behörde bezüglich ihrer Wirkung für das Deutschtum.

3. Vorbereitung und örtliche Durchführung von Maßnahmen, die das Deutschtum fördern, den deutschen Besitz und die deutsche Wirtschaft erhalten.

4. Schaffung eines Sprachrohres, durch das auch die Wünsche des kleinen Mannes und der abgelegensten Ortschaften zu den höchsten Behörden dringen.

5. Verselbständigung des politischen Urteils durch politische Aufklärung, durch sachliche wirtschaftlich-politische Vorträge unter Ausschluß jeder Parteipolitik.

6. Gewinnung der Frauen zur Betätigung im deutschen Sinne und Anregung zur tätigen Mitarbeit.

7. Pädagogische Vorträge über Jugenderziehung und Gewinnung der Jugend für ideelle Aufgaben.

8. Bevölkerungspolitik nach ethischen Grundsätzen.

9. Nutzbarmachung der Ansiedelungsgesetze für das Bedürfnis der deutschen Kriegsangesessenen.

10. Zusammenschluß der Deutschen für die Wahlen im Kreise als Gegengewicht gegen die Polen.

Der Deutsche Volksrat soll den wirtschaftlichen Niedergang der Deutschen gegenüber dem geschlossenen Polentum verhindern, soll alle Deutschen wie in einer großen Familie zusammenschmieden, allen Kastengeist vertreiben, allen Ständen Freude an Kunst und

Wissenschaft bringen, und helfen, unser Volk glücklich zu machen.

Solches Ziel ist nur erreichbar nach Überbrückung aller der Hindernisse, die sich trennend zwischen die einzelnen Schichten des deutschen Volkes geschoben haben. Darum keine Sozialistentöterei, keinen Antisemitismus, keine konfessionellen Gegensätze, keine Betonung des Trennenden, sondern immerwährende Betonung aller derjenigen Lebensäußerungen, die uns als Deutsche verbinden.

Die Devise des Deutschtums soll sein:

Im Notwendigen Einigkeit
Im Zweifelhaften Freiheit
In Allem Liebe!

Die Volkskundgebung in Meseritz. Auf Veranlassung des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge (Ortsgruppe Meseritz) hatten sich zu einer imposanten Kundgebung am Ostersonntag mittags auf dem hiesigen Marktplatz mehrere tausend Deutsche aus Stadt und Land, die hiesigen Grenzschutztruppen, der Landwehrverband, die Schützengilde, die Feuerwehr und der Eisenbahnverein eingefunden, eine Menschenmenge, wie sie der Marktplatz in Meseritz noch nie gesehen hat. Grenzschutzsoldat Eggert betonte in seiner Rede den Vernichtungswillen der Entente, der durch die Unterstützung der aufständischen Polen besonders kraß zutage trete. Der Durchzug der Hallerschen Armee in französischer Uniform mit französischem Kriegsmaterial empfindet jeder nach dem abgeschlossenen Waffenstillstand als einen Faustschlag ins Gesicht. Der Grenzschutz brennt darauf, den Vormarsch zur Wiedereroberung der Provinz Posen anzutreten und Tausende deutscher Männer würden sich zweifellos anschließen. Leider seien uns aber die Hände gebunden. Die Provinz Posen müßten wir als lebenswichtigen Teil Deutschlands wieder erhalten und deshalb mit allen Mitteln auf Erfüllung des Punktes 13 der Wilsonschen Sätze dringen. Eine Volksabstimmung würde klar erweisen, daß die Provinz kein unbestreitbar polnisches Gebiet im Wilsonschen Sinne sei. Mit den zahlreichen im Grenzschutz stehenden Flüchtlingen würde sicher das ganze Volk zusammenstehen, wenn der Punkt 13 nicht gerechterweise zu unseren Gunsten ausgelegt werde.

Bürgermeister Schlüter führt etwa aus: Wir verlangen, daß die Provinz Posen beim deutschen Reiche bleibt. Die Provinz ist deutsches Land, und Punkt 13 wird nicht erfüllt, wenn sie abgetreten wird. Wie würde es uns unter polnischer Herrschaft gehen? Seht euch das Schicksal unserer Brüder im besetzten Gebiet an, hört, was die Geflüchteten erzählen! Sie konnten das Elend nicht mehr aushalten, sie waren ihres Lebens nicht mehr sicher.

Angesehene Posener Bürger sind interniert worden, mit der lügenhaften Begründung, daß die Polen hinter der Demarkationslinie vom deutschen Haß verfolgt würden. Jeder von euch weiß, daß das eine Lüge ist. Das verwahrloste Kongreßpolen soll jetzt mit deutschen Mitteln aus der Provinz Posen wieder aufgebaut werden. Man wird die Deutschen wieder auspressen und wenn sie das letzte hergegeben haben, wird man sie wie eine ausgedrückte Zitrone beiseite werfen. Wir müssen mit ehernem Finger an die Regierungspforte klopfen und rufen: Regierung werde hart! Schütze und schirme deine Kinder, die den heißen Wunsch haben, deutsch zu bleiben.

Unter Glockengeläut und Marschmusik zog sodann die Menschenmenge in einem stattlichen Zuge durch die mit Fahnen reichgeschmückte Straße. Als der Zug wieder auf dem Marktplatz angekommen, sprach Baurat Henschke im Namen des Deutschen Volksrats Meseritz etwa folgendes: Gebt uns die Heimat wieder! Dieser gewaltige Ruf Zehntausender von Flüchtlingen aus der Provinz Posen erschallt heute an der gesamten Posener Front von Thorn bis Breslau. Er darf nicht ungehört verhallen! Und wir alle, die wir die Schmach der Preisgabe der Provinz ebenso tief wie sie empfinden, stehen geschlossen hinter ihnen. In letzter Stunde wollen wir, gestützt auf unser gutes Recht und auf Punkt 13 der Wilsonnote, unseren festen Willen bekunden: Unsere deutsche Heimatprovinz muß deutsch bleiben und darf vom Reiche nicht getrennt werden.

Soldat Kleinschmidt, Mitglied des Zentralsoldatenrats des 3. Armeekorps, führte etwa aus: Die Nichtbefolgung des Punktes 13 würde neues Unglück heraufbeschwören. Deutschland müsse jetzt seine letzte Kraft zum

Wiederaufbau verwenden, jeder einzelne müsse daher das Seine tun, um das Wirtschaftsleben vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Der Redner verlas folgende Entschließung: Der Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge, Ortsgruppe Meseritz, hat sich unter zahlreicher Beteiligung der einheimischen Bevölkerung von Stadt und Land zu einem großen Demonstrationszuge versammelt und bekundet hierdurch seinen unbeugsamen Willen, die Provinz Posen, seine Heimat, als deutsche Provinz gemäß Punkt 13 des Wilsonschen Programms unter allen Umständen dem Deutschen Reiche zu erhalten. Als deutsche Bürger verlangen wir von der Regierung, daß sie unbedingt dafür eintritt, daß unsere zurzeit verlorene deutsche Heimat beim Friedensschluß wieder mit Deutschland vereinigt wird.

Die Entschließung wurde unter lebhaften Zurufen einstimmig angenommen und an die maßgebenden Stellen telegraphisch gesandt. Nach dem Gesang von Deutschland, Deutschland über alles, ging die Menge auseinander.

In einer Sitzung der **Deutschen Volksräte des Südgaues der Provinz Westpreußen** wurde folgende Entschließung angenommen und an den Reichswehrminister sowie an die Waffenstillstandskommission gesandt:

„Durch aufreizende Reden setzte sich General Haller wiederholt über die Bedingungen betr. Durchzugs polnischer Truppen durch deutsches Land hinweg. Die Demarkationslinie wird polnischerseits nicht beachtet. Die Entente hat offenbar nicht die Macht oder den Willen, dagegen einzuschreiten. Die Südkreise der Provinz Westpreußen sind aufs äußerste erbittert und erregt und begreifen das Schweigen der Regierung nicht. Wir fordern mit allem Nachdruck und Ernst, einmütig und entschlossen: Haller muß unter allen Umständen gezwungen werden, Provokationen jeglicher Art auf deutschem Hoheitsgebiet zu unterlassen, der Transport polnischer Truppen und Munition muß auf deutscher Straße unverzüglich eingestellt und ganz Deutschland zum Schutze der Ostprovinzen aufgerufen werden. Erfüllt die Regierung diese Forderung, die für uns und ganz Deutschland Sein oder Nichtsein bedeutet, nicht, dann trägt sie allein die Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen. Wir erneuern nochmals unseren heiligen Schwur: Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben, wir beugen uns nicht der Gewalt, mag kommen, was da will.

Die Deutschen Volksräte des Südgaues der Provinz Westpreußen.

Telegramm an den Preuß. Minister des Innern.

Nach Fühlungnahme mit den verschiedenen Parteien des Bezirks Bromberg beehrt sich der Deutsche Volksrat, dem Herrn Minister nachstehenden Stimmungsbericht zu übermitteln:

Die bis jetzt bekannt gewordenen Friedensbedingungen haben sogar die pessimistischsten Befürchtungen hier übertroffen. Allgemein äußert sich die Stimmung in Bromberg dahin, daß die Erfüllung der Bedingungen nicht allein unannehmbar, sondern unmöglich ist. Die Bevölkerung Brombergs vermag nicht zu begreifen, wie die Abtrennung dieser rein deutschen Stadt mit den Wilsonprinzipien vereinbar sein soll. Die beabsichtigte Knechtung von Millionen deutscher Volksgenossen unter der sattsam bekannten polnischen Willkürherrschaft ruft Abscheu und Empörung hervor. Die Bevölkerung ist der Ansicht, daß das deutsche Volk schlimmere Bedingungen als die gegenwärtigen selbst bei brüsker Ablehnung nicht zu fürchten hätte, ferner daß das von der Entente im Weigerungsfalle angedrohte Schicksal leicht wiege im Vergleich zu dem elenden Leben, das Deutschland aus der Annahme dieses Gewaltfriedens noch fristen könnte. Bromberg ist bereit, bei dem deutschen Volke in allen Folgen, die die Ablehnung des Friedens nach sich zöge, auszuharren und erneuert in dieser schweren Stunde vor aller Welt dieses Bekenntnis zum Deutschtum. Bromberg erwartet von der Regierung, daß sie diese Wünsche aller Welt zu Gehör bringt, wobei sie versichert sein darf, daß sie bei Ablehnung der Bedingungen die gesamte Ostmark geschlossen hinter sich hat.

An das Auswärtige Amt.

Eingehende Fühlungnahme der Vertrauensmänner hiesiger Parteien hat ergeben, daß die Bevölkerung im Regierungsbezirk

Bromberg einmütig die Annahme der schimpflichen Versailler Friedensbedingungen ablehnt. Die angekündigte Versklavung von Millionen Deutscher unter polnischer Willkürherrschaft hat Abscheu und Empörung hervorgerufen. Die Bevölkerung erwartet von der Reichsregierung, daß sie einen derartigen Frieden als unvereinbar mit dem Wilson-Programm und als Vorstufe sicherer Verelendung des gesamten deutschen Volkstums zurückweist. Die Bevölkerung gibt der Regierung das feierliche Gelöbnis, daß sie bereit ist, alle Folgen mitzutragen, die die Ablehnung des Friedens nach sich ziehen könnte.

An den Reichswehrminister Noske.

Die Bevölkerung des deutschen Regierungsbezirkes Bromberg hat die Versailler Friedensbedingungen mit Abscheu und Empörung aufgenommen. Sie erwartet von der Reichsregierung, daß sie einen Frieden als unannehmbar von sich weist, der für Millionen deutscher Volksgenossen Versklavung unter polnischer Willkürherrschaft bedeutet. Bromberg ist bereit, gemeinsam mit dem deutschen Volk alle Folgen zu tragen, die die Verweigerung der Unterschrift nach sich ziehen könnte. Gegen jeden polnischen Versuch, vor der endgültigen Regelung der Friedensfrage hier eigenmächtig vorzugehen, wird sich die Bevölkerung mit den Waffen zur Wehr setzen. Sie erwartet, daß die Reichsregierung für diesen Fall alle Vorkehrungen getroffen hat und schleunigst noch treffen wird, um die deutsche Bevölkerung in den bedrohten Gebieten bei diesem Abwehrkampf mit allen verfügbaren militärischen Mitteln zu unterstützen.

Deutsche Vereinigung.
Cleinow.

Der **deutsche Volksrat** für Westpreußen gibt folgende Kundgebung bekannt:

Angesichts der wahnwitzigen Friedensvorschläge erklären wir mit aller Ruhe und Entschiedenheit: Eine Regierung, die auf Grund dieser Vorschläge Frieden schließen wollte, würde die deutsche Bevölkerung Westpreußens nicht anerkennen. Diese Vorschläge bieten noch nicht einmal eine Grundlage für Verhandlungen. Die deutsche Bevölkerung Westpreußens, die zwei Drittel der Gesamtbevölkerung bildet, nimmt nur einen Frieden an, der den Willen der Mehrheit voll berücksichtigt. Über die Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens läßt sich verhandeln, über das Verbleiben Westpreußens bei Deutschland gibt es keine Verhandlungen. Wir fordern sofortige Maßnahmen für bewaffneten Widerstand.

Deutscher Volksrat für Westpreußen.

An die Reichsregierung, Staatsregierung, Nationalversammlung. Bromberg, 11. Mai 1919. Eine auf Veranlassung der Deutschen Vereinigung heute in Bromberg zusammengetretene Versammlung von **Vertretern zahlreicher Provinzzeitungen Posens und Westpreußens** beehrt sich, nach eingehender Aussprache folgende Entschließung zu übermitteln:

Die Provinzpresse als Ausdrucksorgan des Volkswillens der engeren Bevölkerungskreise, über deren wahre Meinung sie am unmittelbarsten unterrichtet ist, erhebt im Namen des hinter ihr stehenden deutschen Volkstums feierlichen Einspruch gegen die im Gewaltfrieden angekündigte Lostrennung und Zerstückelung der beiden Provinzen. Die deutsche Provinzpresse bis hinunter zu dem mit bescheidenen Mitteln im engsten Wirkungskreise arbeitenden Blatte wird in diesen schweren Tagen der Entscheidung ihr äußerstes daran setzen, den deutschen Geist auch bei dem geringsten Mann stark und lebendig zu halten und die Widerstandskraft zu stählen. Indem sie vor aller Welt ihr unverbrüchliches Gelöbnis zum Deutschtum furchtlos erneuert, verspricht sie, die Bemühungen der Regierung auf Erzielung eines wirklichen Rechtfriedens mit Einsetzung aller Kraft zu unterstützen, und sie verspricht ferner der Regierung in allem, was da kommen möge, treu zur Seite zu stehen, wenn die Vernichtung der deutschen Volkskraft nicht anders mehr als durch Ablehnung des Gewaltfriedens abgewendet werden könnte. Insbesondere fordern wir die Regierung auf, nun auch in dem aufständischen Teil der Provinz Posen die Reichsgewalt wieder herzustellen, nachdem die anderen Aufstandsherde im Reiche erstickt sind.

Aus Bromberg richtete der **Deutsche Volksrat Bromberg und Umgebung** folgendes Telegramm an die Reichsbehörden:

„Der Deutsche Volksrat für Bromberg und Umgebung erklärt im Hinblick auf den Vertrags- und Rechtsbruch in den unmöglichen Friedensbedingungen, daß die einzige Antwort auf den unerhörten feindlichen Vernichtungswillen nur ein entschiedenes „Nein" mit darauffolgendem Abbruch der Verhandlungen sein kann."

Er fordert von der Regierung, so zu verfahren, und weist darauf hin, daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Bromberg und des gesamten Netzedistrikts jetzt erst recht nur eine Richtung kenne: Wir lassen uns nicht wie Gegenstände oder wie Steine in einem Spiel behandeln. Wir wollen so berücksichtigt sein, wie es der weitaus überwiegenden deutschen Bevölkerung zukommt. Wir wollen deutsch bleiben, denn wir sind es und haben das Anrecht darauf jahrhundertelang erworben. Wir müssen zur Waffe greifen und bis zum letzten Blutstropfen Haus und Heimat verteidigen, wenn der Bogen überspannt wird.

Pressestimmen

Deutsche Presse

„Dtsch. Allg. Ztg." Nr. 109 v. 1. Mai.

Polnische Aufhebung der Polenklausel

Fallstricke beim Verkauf deutschen Grundbesitzes.

Das Polnische Schatzamt Posen teilt folgendes mit:

„Eine ganze Reihe deutscher Grundbesitzer, Bauern und Ansiedler, die beabsichtigen, ihre Grundstücke hierorts zu verkaufen und nach Deutschland zurückzuwandern, hat an uns die Frage gerichtet, ob es wahr wäre, daß die polnischen Behörden denjenigen Deutschen, die auswandern wollen, das Barvermögen hier zurückbehalten werden. Wir können erklären, daß dies nicht der Fall sein wird zumal der Verkauf von ländlichem und städtischem Besitz nicht gegen die polnischen Belänge verstößt. Im Gegenteil wird man sowohl den Verkauf als auch die Mitnahme des aus dem Verkaufe erlangten Barerlöses keinerlei Ausnahmegesetzen unterwerfen. Es ist selbstverständlich, daß nach Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen auch die auf Ansiedlungsgütern, Ansiedlungsrentengütern usw. eingetragene Polenklausel binnen kurzem ihre Rechtsverbindlichkeit verlieren wird. Es ist somit den Besitzern von Grundstücken, auf denen die sogenannte Polenklausel lastet, erlaubt, diese Grundstücke an Polen zu verkaufen."

Aus dem ersten Teil dieser Erklärung geht zunächst einmal hervor, mit welchem Eifer die neuen polnischen Herren in Posen bestrebt sind, die bodenständige deutsche Bauernschaft in Posen zum Verkauf ihres Grundbesitzes zu bewegen, damit sie durch Nachschieben polnischer Elemente die Provinz dann noch stärker mit Polen durchsetzen können. Man wird die deutschen Bauern und Gutsbesitzer nur dringend in ihrem eigenen Interesse warnen können, auf den loyalen Ton der polnischen Erklärung hin ihr Land an die Polen zu verkaufen. Eine ganze Anzahl von gewichtigen Gründen spricht dafür, daß die Deutschen, die auf das polnische Anerbieten eingingen, die Geschädigten sein würden. Einmal würde gerade jetzt, wo infolge der Unsicherheit der ganzen politischen Lage, die viele ängstliche Landbewohner deutscher Abkunft bewegt, dem Lande, das deutsche Arbeit in die Höhe gebracht hat, den Rücken zu kehren, und wo nun auch die polnischen Behörden direkt zum Verkauf deutschen Grundbesitzes ermutigen, der Preis, der beim Verkauf des Landes erzielt werden kann, wesentlich niedriger sein als in Zeiten geringen und nicht drängenden Landangebotes. Ein deutscher Bauer, der heute sein Land an die Polen verkaufte, würde es daher zweifellos unter dem wahren Wert bezahlt erhalten. Und ein anderes: Die deutschen Bauern mögen nicht glauben, daß man ihnen die Zahlung in einer Währung leisten werde, die sie in Deutschland

ohne Schaden verwerten können. Bei dem Chaos, das in den polnischen Finanzen herrscht, ist es völlig unglaubhaft, daß etwaige Landankäufe durch die Polen auch bar bezahlt werden können. Vielmehr werden die Polen hier zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen suchen, indem sie einmal den Deutschen ihr schönes und intensiv bearbeitetes Land ablocken und ihnen dazu Stücke der polnischen Schatzanweisungsanleihe, für die aus sehr naheliegenden Gründen bei der Zeichnung vom Sparerpublikum keine sehr große Vorliebe gezeigt worden ist, aufhängen. Mit den Stücken dieser polnischen Anleihe aber, die rechtlich überhaupt keine Fundierung besitzt und nach allen aus Posen kommenden Mitteilungen schon längst bedeutend unter Pari gesunken ist, könnten die bedauernswerten Besitzer in Deutschland nicht das Mindeste anfangen. Aber auch wenn die Polen die Beträge in dem seit einigen Tagen in Posen als gesetzliches Zahlungsmittel zugelassenen Kassenscheinen der Polnischen Landesdarlehnskasse in Warschau bezahlten, hätten die deutschen Bauern kein vollwertiges Geld erhalten, denn die gerade jetzt vom polnischen Schatzamt angedrohten außerordentlich hohen Strafen für alle die, die dieses gesetzliche Zahlungsmittel nicht oder nur mit Disagio annehmen wollen, zeigen sehr deutlich, mit welchem starken Mißtrauen selbst die polnische Bevölkerung dem Gelde der Darlehnskasse seit deren Übergang aus der deutschen in die polnische Verwaltung gegenübersteht.

Außerdem aber werden zweifellos die deutschen Bauern und Grundbesitzer mit der Herausführung des von ihnen gelösten Geldes über die Demarkationslinie nicht so leichtes Spiel haben, wie es die außerordentlich wohlwollend klingende polnische Erklärung vorspiegelt. Es besteht nämlich nach wie vor das im März des Jahres erlassene Ausfuhrverbot für Geld und Geldzeichen aus dem von den polnischen Truppen besetzten Gebiet. Die Deutschen müssen also mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß sie nach dem Verkauf ihrer Güter, wenn sie im Vertrauen auf die oben wiedergegebene polnische Erklärung mit ihrem Gelde nach Deutschland gehen wollen, kaltblütig auf die Verfügung vom März verwiesen werden, derzufolge Zahlungsmittel nicht über die Grenze gebracht werden dürfen.

Was die Aufhebung der Polenklausel betrifft, so ist es ohne weiteres klar, daß eine einseitige Aufhebung des im Grundbuch eingetragenen Vermerks durch Dritte ohne Zustimmung des Berechtigten und des Verpflichteten rechtlich ein Unding darstellt. Die Polen zeigen ihre eigene Unsicherheit in dieser Angelegenheit schon dadurch, daß sie sich in ihrer Erklärung in Widerspruch verwickeln. Im ersten Passus des zweiten Absatzes heißt es, daß es selbstverständlich sei, daß die Polenklausel „binnen kurzem ihre Wirksamkeit verlieren werde". Dann aber im nächsten Satze ist bereits davon die Rede, daß schon jetzt der Verkauf von Grundstücken, auf denen die Polenklausel lastet, erlaubt sei. Das alles zeugt denn doch nicht gerade von Klarheit und Sicherheit. Auch praktisch wird übrigens die Durchführung des Verkaufs dieser Güter auf technische Schwierigkeiten stoßen, deren die Polen vorderhand kaum Herr werden dürften. Kein Grundbuchrichter wird die Verantwortung für die Mitwirkung bei einer Eintragung bieten, die ihn unter Umständen zivilrechtlich haftbar machen könnte.

Kleine Nachrichten.

Aus den Friedensbedingungen

Die geplante Grenzziehung zu Polen. Von einem Punkt etwa acht Kilometer östlich Neustadt (Schlesien) nach Norden und bis zur Spitze des Vorsprungs der Ostgrenze des Kreises Falkenberg ungefähr drei Kilometer östlich Puschin: eine auf dem Gebiete östlich von Zuelz zu ziehende Linie, von da die Ostgrenze des Kreises Falkenberg, sodann die Grenze zwischen Ober- und Mittelschlesien, sodann die Westgrenze von Posen bis zur

Bartsch, sodann den Lauf dieses Flusses stromabwärts; sodann Grenze zwischen Kreisen Guhrau und Glogau nach Norden, sodann Grenze Posens gegen Nordosten bis zu ihrem Treffpunkt mit der Grenze zwischen Kreisen Lissa und Fraustadt; von da nach Nordwesten und bis zu einem auf der Straße zwischen den Orten Unruhstadt und Kopnitz festzusetzenden Punkte: eine Linie, die auf dem Gebiete westlich der Ortschaften Geyersdorf, Brenno, Altkloster, Klebel und östlich der Orte Ulbersdorf, Buchwald, Ilgen, Lupitze, Schwenten verläuft; von da nach Norden und bis zum nördlichsten Punkt des Schlopsees: eine Linie, festzusetzen auf dem längs der Mittellinie der Seen verlaufenden Raume; wobei indessen die Stadt und Station von Bentschen einschließlich der Linienkreuzung Schwiebus—Bentschen und Züllichau—Bentschen auf polnischem Gebiet verbleiben; von da nach Nordnordost und bis zum Treffpunkte der Grenzen Kreise Schwerin, Birnbaum und Meseritz: eine in dem Raume östlich von Bentschen festzusetzende Linie; von da und nach Norden die Grenze zwischen Kreisen Schwerin und Birnbaum; sodann nach Osten die Nordgrenze des Gouvernements Posen; sodann nach Nordosten die Grenze zwischen Kreisen Filehne und Czarnikau, sodann den Netzelauf flußaufwärts, sodann nach Norden die Ostgrenze des Kreises Czarnikau bis zu seinem Treffpunkte mit der Nordgrenze Posens von da nach Nordosten und bis zu einem Punkte der Grenze Posens, gelegen am äußersten Vorsprunge ungefähr fünf Kilometer Westnordwest von Schneidemühl: eine in dem Raume festzusetzende Linie; von da die Grenze Posens bis zu ihrem Treffpunkte mit Grenze zwischen den Kreisen Flatow, Deutschkrone; von da nach Nordosten und bis zur Cöte 205 ungefähr fünf Kilometer Westnordwest von Konitz: eine in dem Raume ungefähr parallel zur Eisenbahn Schneidemühl—Konitz und ungefähr acht Kilometer westlich von dieser festzusetzenden Linie, die im Westen der Orte Annafeld, Gresonse, Friedland, Steinborn, Jenzuik, Niesewanz und östlich der Orte Sakollno, Wengerz, Gursen, Radawnitz, Lanken, Damnitz, Schlochau (unter Belassung der Eisenbahn Hammerstein—Schlochau—Prechlau), Lichtenhagen, Richnau, verläuft; von da nach Norden die Grenze zwischen den Kreisen Konitz und Schlochau; sodann die Grenze Westpreußens bis zum äußersten Norden des Vorsprunges ungefähr acht Kilometer südöstlich von Lauenburg; von da nach Norden bis zur Ostsee: eine Linie in dem Raume östlich der Dörfer Hohenfelde, Saulin, Chottschow, der Mittellinie der östlich dieser Ortschaften gelegenen Seen folgend und über die Cöte 82 ungefähr fünf Kilometer nordnordwest von Osseken verlaufend.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 12	Verantwortlich: **Carl Georg Bruns** Schriftleitung: **Bromberg, Welhienplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	28. Mai 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Die „Freie Stadt Danzig" im „Friedens"-vorschlag der Entente. Denkschrift der Vereinigten Volksräte der Kreise Birnbaum, Bomst, Meseritz, Neutomischel und Schwerin. Polnische Beweiskunst — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Deutsche Presse. 2. Polnische Presse — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die „Freie Stadt Danzig" im „Friedens"vorschlag der Entente

Danzig soll nach dem Plan der Entente eine freie Stadt werden. Bilder aus alter deutscher Vergangenheit steigen auf, mittelalterliche Städteherrlichkeit, deutsche Hanse, kraftvolles deutsches Bürgertum. Vielleicht hat die Entente darauf spekuliert, aber sie hat, ganz abgesehen von der deutschen Gesinnung des Danzigers, von dessen gesunder Einsicht doch eine allzu geringe Vorstellung gehabt. Das klarste Bild, welche Stellung Danzig nach dem Willen der Entente künftig haben soll, ergibt der Wortlaut der Friedensbedingungen, der nachfolgend wiedergegeben wird:

Abschnitt XI.
Freie Stadt Danzig.
Artikel 100.

Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet, das von den nachstehend angegebenen Grenzen umschlossen ist:

von der Ostsee in südlicher Richtung bis zu dem Punkte, an dem die Hauptschiffahrtswege der Nogat und der Weichsel zusammentreffen;

die ostpreußische Grenze, wie sie im Artikel 28 des II. Teiles (Grenzen Deutschlands) des gegenwärtigen Vertrages beschrieben ist;

von dort den Hauptschiffahrtsweg der Weichsel talwärts bis zu einem Punkt, der ungefähr 6½ Kilometer nördlich der Dirschauer Brücke liegt;

von dort in nordwestlicher Richtung bis zur Höhe 5, die 1½ Kilometer südöstlich der Kirche von Güttland liegt:

eine im Gelände festzulegende Linie;

von dort in westlicher Richtung bis zu dem Vorsprung, der durch die Grenze des Kreises Berent 8½ Kilometer nordöstlich von Schöneck gebildet wird;

eine im Gelände festzulegende Linie, die zwischen Mühlbanz im Süden und Rambelisch im Norden verläuft;

von dort in westlicher Richtung die Grenze des Kreises Berent bis zu der Einbuchtung, die diese 6 Kilometer nordwestlich von Schöneck bildet;

von dort bis zu einem auf der Mittellinie des Lonkener Sees liegenden Punkte:

eine im Gelände festzulegende Linie, die nördlich von Neu-Fietz und Schatarpi und südlich von Barenhütte und Lonken verläuft;

von dort die Mittellinie des Lonkener Sees bis zu seinem Nordende;

von dort bis zum Südende des Pollenziner Sees:

eine im Gelände festzusetzende Linie;

von dort der Mittellinie des Pollenziner Sees bis zu seinem Nordende;

von dort in nordöstlicher Richtung bis zu dem ungefähr 1 Kilometer südlich der Kirche von Koliebken liegenden Punkt, an dem die Eisenbahn Danzig—Neustadt einen Bach überschreitet:

eine im Gelände festzulegende Linie, die südöstlich von Kamehlen, Krissau, Fidlin, Sulmin (Richthof), Maltern, Schäferei und nordöstlich von Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- und Klein-Kelpin, Pulvermühle, Renneberg und den Städten Oliva und Zoppot verläuft;

von dort der Lauf des oben erwähnten Baches bis zur Ostsee.

Die vorstehend beschriebenen Grenzen sind auf einer deutschen Karte im Maßstab 1 zu 100 000, die dem gegenwärtigen Vertrag als Anlage 4 beigefügt ist, eingezeichnet.

Artikel 101.

Eine Kommission, bestehend aus drei von den alliierten und assoziierten Hauptmächten ernannten Mitgliedern, worunter sich ein Oberkommissar als Präsident befindet, ferner aus einem von Deutschland und einem von Polen ernannten Mitgliede, tritt binnen 14 Tagen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages zusammen, um unter möglichster Berücksichtigung der bestehenden Gemeindegrenzen die Grenzlinie für das vorstehend bezeichnete Gebiet an Ort und Stelle festzulegen.

Artikel 102.

Die Stadt Danzig wird nebst dem im Artikel 100 bezeichneten Gebiet zur Freien Stadt erklärt und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt.

Artikel 103.

Die Verfassung der Freien Stadt Danzig wird im Einvernehmen mit einem Oberkommissar des Völkerbundes von ordnungsgemäß ernannten Vertretern der Freien Stadt ausgearbeitet. Sie wird unter die Garantie des Völkerbundes gestellt.

Dem Oberkommissar fällt ferner die Aufgabe zu, in erster Instanz über alle Streitigkeiten zu entscheiden, die sich zwischen Polen und der Freien Stadt mit Bezug auf den gegenwärtigen Vertrag oder auf ergänzende Vereinbarungen und Übereinkommen ergeben sollten.

Der Oberkommissar hat seinen Amtssitz in Danzig.

Artikel 104.

Ein Abkommen, dessen Bestimmungen von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgesetzt werden, soll zwischen der polnischen Regierung und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden, um:

1. die Freie Stadt Danzig in das polnische Zollgebiet aufzunehmen und die Errichtung einer Freizone im Hafen in die Wege zu leiten;

2. Polen die freie Benutzung und den Dienst der Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen, Kais und sonstigen im Gebiete der Freien Stadt belegener, für die Ein- und Ausfuhr Polens notwendiger Anlagen ohne irgendwelche Einschränkung zu gewährleisten;

3. Polen die Kontrolle und Verwaltung der Weichsel sowie des gesamten innerhalb der Grenzen der Freien Stadt befindlichen Eisenbahnnetzes, mit Aus-

nahme der Straßenbahnen und sonstiger hauptsächlich den Bedürfnissen der Freien Stadt dienenden Eisenbahnen, ferner die Überwachung und Verwaltung der Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen zwischen Polen und dem Hafen von Danzig zu sichern;

4. Polen das Recht zu sichern, die Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen, Kais, Eisenbahnen und anderen obenerwähnten Anlagen und Verkehrsmittel auszubauen und zu verbessern, sowie zu angemessenen Bedingungen Gelände und anderes dafür notwendiges Eigentum zu mieten oder zu kaufen;

5. dafür zu sorgen, daß in der Freien Stadt Danzig keinerlei unterschiedliche Behandlung der Bevölkerung zum Nachteil der polnischen Staatsangehörigen und anderer Personen polnischen Ursprungs oder polnischer Muttersprache stattfindet;

6. der polnischen Regierung die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig sowie den Schutz der Danziger Bürger im Auslande zu übertragen.

Artikel 105.

Mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages werden die im Gebiete der Freien Stadt Danzig wohnhaften deutschen Reichsangehörigen ohne weiteres deren Bürger und verlieren die deutsche Reichsangehörigkeit.

Artikel 106.

Während zweier Jahre nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages haben die in dem Artikel 100 bezeichneten Gebiete wohnhaften, über 18 Jahre alten deutschen Reichsangehörigen die Befugnis, für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren.

Die Option des Ehemannes erstreckt sich auf die Ehefrau, die Option der Eltern auf ihre unter 18 Jahre alten Kinder.

Die Personen, die das hier vorgesehene Optionsrecht ausgeübt haben, müssen innerhalb der darauffolgenden zwölf Monate ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen.

Sie dürfen das unbewegliche Vermögen, das sie im Gebiete der Freien Stadt Danzig besitzen, behalten. Ihr bewegliches Vermögen jeglicher Art können sie mitnehmen. Aus diesem Anlaß dürfen sie mit keinerlei Abgaben, weder für die Ausfuhr noch für die Einfuhr, belastet werden.

Artikel 107.

Jeglicher Besitz des Deutschen Reiches oder eines deutschen Einzelstaates im Gebiete der Freien Stadt Danzig wird den alliierten und assoziierten Hauptmächten übertragen und von diesen, je nachdem sie es für recht und billig halten, an die Freie Stadt oder den polnischen Staat weiter zediert.

Artikel 108.

In welchem Umfang und in welcher Art die Freie Stadt an den finanziellen Lasten Deutschlands und Preußens teilzunehmen hat, wird nach Maßgabe des Artikel 254 des Teiles IX (finanzielle Bestimmungen) des gegenwärtigen Vertrages entschieden.

Alle anderen Fragen, die sich aus der im Artikel 100 vorgesehenen Gebietsabtretung etwa ergeben, werden durch weitere Vereinbarungen geregelt werden.

Zu den vorstehenden Bedingungen nur einige Bemerkungen. Die Verfassung der „Freien Stadt Danzig" wird im Einvernehmen mit dem Oberkommissar des Völkerbundes von ordnungsgemäß ernannten Vertretern der „Freien Stadt" ausgearbeitet. Im „Einvernehmen", d. h. natürlich nach dem maßgeblichen Willen des Oberkommissars. „Ordnungsgemäß ernannte Vertreter", d. h. nach der Ordnung, die von der Entente festgelegt wird. Die erste Voraussetzung einer wahren Selbständigkeit ist damit ausgeschlossen. Die Bevölkerung der „Freien

Stadt Danzig" wird nicht in der Lage sein, sich nach eigenem Willen ihre Verfassung zu zimmern. Artikel 104 spricht von einem Abkommen, das zwischen der polnischen Regierung und der „Freien Stadt Danzig" nach Festsetzung der Entente abgeschlossen werden soll. Zum Wesen völkerrechtlicher Selbständigkeit gehört die Vertragsfreiheit. Hier wird der Vertrag diktiert von der Entente; in welchem Sinne er diktiert werden wird, kann nach dem Geist des ganzen Friedensvorschlages keinem Zweifel unterliegen. Was soll nun in diesem Vertrag mit Polen enthalten sein? Danzig gehört in das polnische Zollgebiet. Den Polen steht die freie Benutzung sämtlicher Verkehrsanlagen, die Kontrolle und Verwaltung dieser Verkehrsanlagen, sowie der Weichsel zu. Sie können die erwähnten Verkehrsanlagen ausbauen, Gelände kaufen, und schließlich steht der polnischen Regierung die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der Schutz der Danziger Bürger im Auslande zu. Man fragt sich vergeblich, wo bleibt die „Freie Stadt"? Danzig hat als preußische Stadt eine umfangreichere Selbständigkeit in der Verwaltung seiner Angelegenheiten als sie es als „Freie Stadt" haben soll. Auf alles, was Danziger Fleiß und Danziger Selbständigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt getan haben, sind die Polen in der Lage die Hand zu legen. Sie sind in der Lage, Grundbesitz zu enteignen, und die Bestimmungen über Kontrolle und Verwaltung, unter anderem auch der Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen, geben ihnen ein Druckmittel der Stadtverwaltung gegenüber in die Hand, gegen das ein Widerstand nicht möglich sein wird. Aber nicht einmal auf kulturellem Gebiete ist die Selbständigkeit hinreichend gewährleistet. Die Bestimmungen, die dafür sorgen sollen, daß keine unterschiedliche Behandlung der Bevölkerung zum Nachteil der polnischen Staatsangehörigen und aller Personen polnischer Muttersprache stattfinden, bieten die Möglichkeit zu einer Polonisierungspolitik, der gegenüber die „Freie Stadt" wehrlos sein muß. Durch die Uebertragung des Schutzes der Danziger im Ausland werden die Abhängigkeiten von Polen noch wesentlich verstärkt.

Eine völlig nichtssagende Bestimmung ist auch die Erlaubnis für die Danziger, die für Deutschland optieren, ihr unbewegliches Vermögen zu behalten; denn es fehlen alle Bestimmungen über Freizügigkeit und über den Rechtsschutz von Ausländern in der Stadt Danzig. Danziger Bürger, die also für Deutschland optieren, aber glauben, ihr unbewegliches Vermögen weiter verwerten zu können, haben nicht die geringste Sicherheit davor, in jeder Weise schikaniert und an der Ausnutzung ihres Vermögens völlig verhindert zu werden.

So sieht die „Freie Stadt Danzig" aus. Es gehört etwas viel Naivität dazu, anzunehmen, daß die Danziger Bevölkerung sich von diesem Trugbild locken lassen wird. Die „Freie Stadt Danzig" ist ein Vasallenstaat Polens ohne jeden Rechtsschutz. In der Bevölkerung Danzigs lebt noch der stolze deutsche Geist, dem Danzig seine Blüte verdankt. An diesem deutschen Geist werden die wahnsinnigen Absichten der Entente und der Polen scheitern.

Denkschrift der vereinigten Volksräte der Kreise Birnbaum, Bomst, Meseritz, Neutomischel und Schwerin

Die unerhörten Friedensbedingungen von Versailles ziehen im Westen der Provinz Posen eine Grenze, die fast genau der ursprünglich geforderten falschen Demarkationslinie entspricht, die später ostwärts richtig gestellt werden mußte. Ausschlaggebend sind dabei offenbar überwiegend militärisch-strategische Gesichtspunkte gewesen, obgleich solche Rücksichten bei Verwirklichung des Völkerbundes überflüssig wären.

Diese Festlegung der Gebietsgrenzen steht mit den Grundsätzen des Wilsonschen Programms in krassestem Widerspruch.

Für unsere Gegner ist bei der Grenzforderung augenscheinlich nur das von den Polen beigebrachte Material bestimmend gewesen, das seinerzeit schon zu der falschen Festsetzung der Demarkationslinie führte.

Dagegen ist unser gewissenhaft zusammengestelltes Material über die nationalen Verhältnisse unserer Gegend, wie wir es in einzelnen Denkschriften der Städte Birnbaum, Bentschen und Tirschtiegel veröffentlicht haben, nicht beachtet worden.

Deshalb ist es notwendig, auf dieses Material im folgenden kurz noch einmal hinzuweisen.

Wenn diese Zusammenstellung nur auf Westposen, d. h. auf die Kreise Meseritz, Schwerin, Birnbaum, Bomst und Neutomischel, eingeht, so bedeutet das nicht eine Änderung des prinzipiellen Standpunktes, daß nach den Wilsonschen Grundsätzen die ganze Provinz Posen — vielleicht mit Ausnahme einiger östlicher Grenzbezirke — deutsch bleiben müßte. In unseren Ausführungen beschränken wir uns nur deshalb, um den besonders auffälligen Widerspruch der Versailler Forderungen mit Wilsons Programm an den Verhältnissen unserer engeren Heimat nachzuweisen.

In den Erläuterungen seines Friedensprogramms vom 12. Februar 1918 sagt Wilson, daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Berücksichtigung finden sollen.

Nationale Ansprüche lassen sich nur durch Bevölkerungsziffern, im Besitzstand und in dem Grade der Kultur begründen.

Bei Beachtung dieser fundamentalen Grundlagen kann über den deutschen Charakter der in geschlossenem Zusammenhange liegenden deutschen Gebiete obiger Kreise und ihr unbedingtes Zugehörigkeitsrecht zum Deutschen Reich auch nicht der mindeste Zweifel bestehen.

I. Wir sind unzweifelhaft deutsch, das zeigen die Bevölkerungsziffern.

Im Jahre 1910 hatten die Kreise an Bewohnern:

	insgesamt:	deutsch:	polnisch:
1. Schwerin	21 620	19 898	1 722
2. Meseritz	53 306	41 099	12 207
3. Birnbaum	28 887	14 374	14 513
4. Bomst	63 120	31 167	31 948
5. Neutomischel	34 292	15 811	18 481
	201 225	122 349	78 871

das sind deutsch: 67,63 Prozent; polnisch: 32,37 Prozent.

Für die richtige Würdigung dieser Zahlenverhältnisse sind folgende Tatsachen von Wichtigkeit:

1. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung unserer Kreise bildet eine geschlossene rein-deutsche Masse, in breitem festen Zusammenhang mit der deutschen gesamten Bevölkerung des Reiches überhaupt. Die Ostgrenze dieses geschlossenen deutschen Blocks zieht sich im östlichen Teile des Kreises Birnbaum westlich Pinne über Neustadt b. P. längs der Kleinbahn Neustadt b. P., Opalenitza bis an die Tore von Grätz, von dort aus südlich bis an den Schnittpunkt der Grenzen der Kreise Fraustadt und Schmiegel. Die in diesem Gebiet liegenden polnischen Enklaven ändern an dem deutschen Charakter unserer Kreise nichts. Hat doch sogar der radikal polnische „Kuryer Poznanski" Ende Oktober 1918 diese Linie als die westliche Grenze der polnischen Ansprüche bezeichnet.

2. Die Deutschen unserer Kreise sind überwiegend Bauern, d. h. bodenständig, die Polen zumeist Gutsarbeiter, d. h. meist fluktuierend.

Im weitesten östlich liegenden Kreise Neutomischel sind z. B. im Polizeidistrikt Neutomischel vom bäuerlichen Besitz 9316 Hektar Bauernland in deutscher Hand, dagegen nur 768 Hektar polnisch, also 92,5 Prozent deutsch. Im ganzen Kreise des Distriktes Neustadt, den wir jenseits der Linie gelassen haben, welche das geschlossene deutsche Gebiet begrenzt, sind 76,6 Prozent des Kleingrundbesitzes und 100 Prozent des Großgrundbesitzes in deutscher Hand. Daraus ergibt sich, daß die polnische Landbevölkerung, die hier etwa 80 Prozent beträgt, zum weitaus überwiegenden Teile aus Gutsarbeitern besteht. Daß die polnische Bevölkerung in den Städten aber überhaupt keine Rolle spielt, wird zum Beispiel bewiesen durch die Tatsache, daß die neuen Stadtverordnetenwahlen in dem von Polen besetzten Neutomischel unter dem jetzigen Wahlrecht acht deutsche und nur einen polnischen Stadtverordneten gebracht haben.

II. Wir sind unzweifelhaft deutsch, das beweisen die Besitzverhältnisse.

Der Grundbesitz der Kreise verteilt sich wie folgt:

	insgesamt:	davon deutsch:	polnisch:
1. Birnbaum	64378 ha	52057 ha	12321 ha
2. Meseritz	106347 ha	91392 ha	14955 ha
3. Neutomischel (westl. d. L.)	33297 ha	28496 ha	4801 ha
4. Schwerin	56632 ha	55747 ha	885 ha
	260654 ha	227692 ha	32962 ha
Das sind:		87,35 Prz.	12,65 Prz.

Für den Kreis Bomst, in dem die Verhältnisse ähnlich wie in Neutomischel liegen, kann kein Material beigebracht werden, weil die Kreisstadt von den Polen besetzt ist.

Besonders bemerkenswert ist, daß auch in den umstrittenen Städten Birnbaum, Bentschen, Neutomischel und Tirschtiegel der Grundbesitz fast ganz deutsch ist. Der deutsche Anteil beträgt in Tirschtiegel und Neutomischel etwa 99 Prozent, in Bentschen 82 Prozent, in Birnbaum 99,08 Prozent.

Der geringe polnische Besitz ist erst in den letzten 20 Jahren entstanden, und zwar im wesentlichen durch die polnischen Volksbanken und die finanziellen Unterstützungen anderer Institute, z. B. des Marcinkowski-Vereins.

Noch erheblich größer als der Anteil am Grundbesitz sind hier die von den Deutschen aufgebrachten Staats- und Kommunalsteuern.

1. Beispiel: Vom Kreise Neutomischel.

a) Einkommensteuer:

Deutsche rund 100000 M. = 91 Proz.
Polen „ 9000 M. = 9 „

b) Ergänzungssteuer:

Deutsche rund 18000 M. = 90 Proz.
Polen „ 1800 M. = 10 „

2. Beispiel: Vom Kreise Birnbaum.

a) Einkommensteuer:

Deutsche rund 175403 M. = 85 Proz.
Polen „ 31348 M. = 15 „

b) Ergänzungssteuer:

Deutsche rund 27120 M. = 73 Proz.
Polen „ 10224 M. = 27 „

(Näheres siehe die ausführlichen Denkschriften von Birnbaum, Bentschen und Meseritz.)

III. Wir sind unzweifelhaft deutsch, das beweisen die kulturellen Verhältnisse.

Die Vertreter der freien Berufe der Intelligenz sind in unseren fünf Kreisen fast ausschließlich deutsch. In Birnbaum z. B. sind von vier Ärzten drei deutsch, die beiden Rechtsanwälte, die beiden Thierärzte sind deutsch; in Bentschen sind die Verhältnisse genau ebenso.

Die höheren Schulen werden fast nur von deutschen Schülern besucht; polnische Schulkinder sind eine seltene Ausnahme. (1918 in Birnbaum z. B. 3 Prozent, in Bentschen 5 Prozent.) Auch für den Volksschulunterricht ist so gut gesorgt, daß z. B. nur der Bruchteil eines Prozents Analphabeten gezählt worden ist.

Fast sämtliche Wohlfahrtseinrichtungen (Krankenhäuser, Siechenanstalten, Kinderkrippen, Spielschulen) sind Gründungen der Deutschen und werden von deutschem Gelde unterhalten. Ihre Segnungen kommen den Angehörigen beider Nationalitäten in gleicher Weise zugute.

Die ganze deutsche Bevölkerung der fünf Kreise erklärt einmütig und mit unbeugsamer Entschlossenheit:

Das Land, das unsere Väter besiedelt haben, wird deutsch bleiben in seinem Volkstum, in seiner Kultur! Und an dieser unbestreitbaren Tatsache kann und wird auch keine diktierte Abtrennung und kein Papier etwas ändern, selbst wenn es aus Versailles kommt!

Aber wir wehren uns mit Verzweiflung und Entschiedenheit dagegen „Auslandsdeutsche" zu werden — wir wollen nicht von unserem deutschen Vaterlande, als dessen lebensnotwendiges Glied wir uns fühlen, abgetrennt und einem uns wesensfremden Staats- und Volkstum unterstellt werden.

Wir wollen auch weiterhin nicht bloß zum deutschen Volk, sondern auch zum Deutschen Reich gehören! An diesem Entschluß werden wir festhalten, auch wenn wir die größten Opfer bringen und zur Selbsthilfe greifen müßten!

Birnbaum, im Mai 1919.

Die vereinigten deutschen Volksräte der Kreise Birnbaum, Bomst, Meseritz, Neutomischel und Schwerin.

Im Auftrage
Gürnth. Hoppe. Paech. Boß.

Polnische Beweiskunst

Wir berichteten kürzlich über die Entsendung einer kassubisch-polnischen Abordnung nach Paris. Wie diese veranlaßt worden ist, geht aus der folgenden Abschrift eines Briefes des polnischen Volksrats in Kulm hervor:

Sehr geehrter Herr Kommissar!

Ich erlaube mir zu meinen Ausführungen auf der Konferenz im Kommissariat am 10. d. Mts. betreffend Entsendung eines oder mehrerer Informatoren nach Paris speziell für Westpreußen und Danzig zurückzukommen. Die Auslandsnachrichten der letzten Stunden bestärken mich in meinen auf der Konferenz geäußerten Ansichten.

Wenn die letzten Kundgebungen, die die Presse Lloyd George zuschreibt, der Wahrheit entsprechen, so erhellt daraus mehr als genug, daß Lloyd George und seine Umgebung vollständig unzulänglich informiert ist über die Verhältnisse in Westpreußen, oder die Warschauer und Posener haben in der westpreußischen Angelegenheit versagt.

Hat der sehr geehrte Herr Kommissar die Sicherheit, daß die augenblicklichen Informatoren auch die örtliche Verteilung der polnischen Bevölkerung genau kennen und daß sie ein entsprechendes Material in der Hand haben? Was für uns eine elementare Kenntnis ist — wie z. B. daß die deutsche Mehrheit von ungefähr 800 000 in Westpreußen, abgesehen davon, daß sie zum großen Teil künstlich geschaffen ist, territorial so verteilt ist, daß nach Abtrennung der Gegend von Elbing, Rosenberg das Bevölkerungsresultat für beide Nationalitäten gleichmäßig ausfällt, das eben kann möglicherweise den jetzigen Informatoren eine Terre incognita sein.

Danzig wiederum als eine Stadt, die auf einem verhältnismäßig kleinen Gebiet 200 000 deutsche Einwohner vereinigt, kann nicht als ein maßgebender Faktor gelten für eine Sonderbehandlung innerhalb Westpreußens; ebenso wie Konstantinopel nicht Griechenland zufällt, obwohl dort 400 000 Griechen wohnen, sondern politisch dem Territorium zufällt, auf dem es steht.

Wenn man die genannten Kreise und Danzig abstreicht, dann haben wir in Westpreußen sogar eine erhebliche polnische Mehrheit. Die deutsche Bevölkerung ist also auf einige Punkte Westpreußens und auf Danzig beschränkt.

Zuzugeben, daß in Westpreußen eine polnische Minderheit besteht, ist also falsch, geradezu geeignet, die Koalition in eine irrige Auffassung zu bringen. Die deutsche Mehrheit kommt eben nur durch die genannten einzelnen Punkte zustande, die fast rein deutsch sind.

Wenn die Kundgebung Lloyd Georges auf Wahrheit beruht, dann wäre diese Anschauung offenbar irrig. Wäre es in Anbetracht solcher Vorfälle nicht angebracht, eher zu viel als zu wenig zu tun?

Es ist gleichgültig, wer und wieviel Personen hinfahren — wenn nur alles getan wird, was in unserer Möglichkeit steht.

Heute gerade lese ich in der „Gazette de Lausanne" vom 21. März: „Heute ist eine schlesische Deputation in Paris eingetroffen, um der Konferenz die Aspirationen des schlesischen Teils vorzutragen, der mit Polen wieder vereinigt zu werden wünscht".

Sollte Westpreußen nicht das gleiche Recht haben, ebenso vorzugehen wie Oberschlesien?

Videant consules!

Vielleicht wird es heute noch nicht zu spät sein, am 10. März war schon die höchste Zeit.

gez.: Dr. Ossowski.

(Auch nach Abtrennung der Kreise Rosenberg und Elbing, die rund 147 000 deutsche Einwohner haben, ist die Mehrheit der Einwohner Westpreußens, entgegen den Behauptungen des Dr. Ossowski, unzweifelhaft deutsch. Die Behauptung, daß die deutsche Mehrheit künstlich geschaffen sei, ist an dieser Stelle schon zu oft als falsch erwiesen, als daß sich ein Eingehen darauf lohnte. Im übrigen ist die Methode einmal wieder echt. Um einen kümmerlichen Beweis für den angeblich polnischen Charakter Westpreußens zu führen, wird Danzig aus der Berechnung ausgeschaltet, was aber natürlich nicht hindert, dieses selbe Danzig unter anderm Vorwand für Polen zu beanspruchen.)

Aus den Deutschen Volksräten

Der Entschluß der Deutschen Volksräte.

Bromberg, 16. Mai. Auf Einladung der Deutschen Vereinigung hatten sich gestern in Bromberg 300 Vertreter der Deutschen Volksräte, die nach Ausweis ihrer Vollmachten mehr als 600 Ortschaften der Provinzen Posen und Westpreußen vertraten, versammelt, um über das schwere Geschick zu beraten, das der Versailler Gewaltfrieden den beiden Provinzen bereiten will.

Geheimrat Cleinow legte in längerer, von stürmischen Beifallskundgebungen unterbrochener Ansprache die Ziele der Volksratsbewegung und die Auswirkungen der augenblicklichen politischen Lage auf die Ostmark dar. Er führte unter anderem aus:

Die Volksratsbewegung erstrebe die Zusammenfassung aller Deutschen der bedrohten Ostmark auf breiter demokratischer Grundlage unter Ausschluß jeder Parteipolitik und Parteiinteressen zur Sicherung der Kulturgüter und der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkstums. Die jetzige Stunde erfordere mehr denn je die Einigkeit und Einheit des vom polnischen Vernichtungswillen bedrohten Deutschtums. Der Versailler Gewaltfriede bedeutet das langsame Hinsiechen des deutschen Volkes und das Todesurteil für die deutsche Ostmark. Alle Kräfte müßten angespannt werden, um die Widerstandskraft des Volkes gegen die drohende Schmach nicht erlahmen zu lassen. Nur wenn das deutsche Volk sich auch in dieser gefährlichsten Stunde als stark erweise, könnte es sich Freunde erwerben, die ihm bei der Wiederaufrichtung behilflich wären. Einem Leichnam aber — und der Gewaltfriede bedeute für das deutsche Volk den Tod — könnte niemand mehr helfen, aber sehr wohl einem Schwerkranken, der das Gift verschmäht uud mit aller Willenskraft nach einem Heilmittel langt. Dieses Heilmittel sei der Widerstand gegen jeden Frieden, der das deutsche Volk für immer entkräften wolle.

Cleinow rechnete scharf mit dem hiesigen angeblich mehrheitssozialdemokratischen Führer Stoeßel ab, der sich durch sein schwankendes und unaufrichtiges Verhalten nicht als wahrer Führer des Volkes erweise. Hinter seiner Politik stände auch nur ein kleiner Bruchteil der Arbeiterschaft; ihre überwiegende Mehrheit sei jedoch deutsch gesinnt und wisse wohl, daß sie nichts von dem internationalen Proletariat, nichts von polnischer Brüderlichkeit, sondern alles von einem starken sozialistischen Deutschland zu erwarten habe. Es wäre Zeit, daß sich auch die Bürgerschaft von dem Banne dieses Mannes befreie, dem nur ihre Furcht zu seiner jetzigen Stelle verholfen habe. Furcht habe große Augen und mache aus kleinen Geistern große Helden. Die Worte, die Stoeßel am 13. Mai im Vollzugsausschuß des A.- und S.-Rates gesprochen habe, seien geeignet, die Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung Brombergs zu lähmen. Stoeßel habe im eigenen Interesse gesprochen, nicht zum Vorteil der großen deutschen Sache. Cleinow forderte die Anwesenden auf, nicht die kleinlichen materiellen Interessen im Auge zu haben, sondern das große Ganze. Komme die Stunde, wo die Regierung die Verhandlungen abbrechen müsse, dann habe jeder sich hinter die Regierung zu stellen, seine Pflicht zu tun, und, wenn nötig, mit der Waffe in der Hand. Cleinow warnte dabei ausdrücklich, Provokationen zu begehen oder feindliche Handlungen gegen polnische Mitbürger zu unternehmen.

Im zweiten Teil der Tagung wurden Organisationsfragen der Volksräte behandelt, zum Friedensschluß und zu den sich aus ihm ergebenden Möglichkeiten Stellung genommen und wichtige Beschlüsse gefaßt. Die Aussprache währte bis in die späten Abendstunden. In der Auffassung über die Lage und über die Abwendung aller Gefahren bekundeten die Vertreter von Stadt und Land Einmütigkeit und unbeugsame Entschlossenheit. In von hohem Ernst getragenen Ausführungen bekannten sich die sozialdemokratischen Redner zu dem Standpunkt des Referenten und forderten leidenschaftlich

das Zusammenstehen des ganzen Volkes und die Unterstützung der Regierung.

Vom Ernst der Stunde wurden alle Teilnehmer erfaßt, als Geheimrat Cleinow vor der Abstimmung über die vorliegende Entschließung feierlich jeden ermahnte, sich nicht von der Stimmung im Saale, sondern nur von der Verantwortnng für das eigene Schicksal und die Zukunft seiner Kinder leiten zu lassen. Darauf wurde in geheimer Abstimmung nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Wir dreihundert Vertreter der Vereinigten Deutschen Volksräte aus mehr als 600 Ortschaften der Provinzen Posen und Westpreußen sind heute in Bromberg zusammengetreten, um über das schwere Schicksal zu beraten, das der Versailler Gewaltfrieden den beiden deutschen Provinzen bereiten will.

Im Namen von über zwei Millionen Deutschen erheben wir vor aller Welt feierlichen Einspruch gegen die geplante Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts, gegen die Absicht, zwei Millionen Angehörige des deutschen Kulturvolkes der Rache und dem Haß der fanatischen polnischen Nation zu überlassen. Das deutsche Volk muß im Friedensvertrage allen anderen Nationen gleichgestellt sein. Wir erwarten und verlangen daher, daß die Regierung einen Frieden ablehnt, der ein Verbrechen an der Zukunft des deutschen Volkes, an dem Volkstum der deutschen Ostmark ist. Die deutsche Ostmark vertraut dem deutschen Volke, daß es sie in dieser schweren Stunde nicht verlassen, nicht verraten wird. Wir sind entschlossen, unser Selbstbestimmungsrecht, um das Wilson uns betrügen will, praktisch mit der Waffe in der Hand auszuüben und uns gegen polnische Vergewaltigung unserer Ostmark zu wehren. Wir erwarten, daß die Regierung an der Reichsgewalt in der Ostmark nicht rütteln lassen, sie aufrechterhalten und dort wiederherstellen wird, wo sie erschüttert ist. Deutsche Volksräte.

Mit dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" fand die für das fernere Geschick der Ostmark so bedeutungsvolle Versammlung ihren Abschluß.

Unter dem Thema: Vernichtungsfriede, der Friede und wir, hatte die **Deutsche Vereinigung Kreuz und Umgegend** für Sonntag, den 11. Mai, die Bewohner von Kreuz und Umgegend zusammengerufen. Der gewählte Saal erwies sich gar bald als viel zu klein. So zog die Versammlung zu dem nahen Mühlplan, um im Freien ihren Einspruch gegen die Friedensbedingungen und ihrer Treue zu Deutschland Ausdruck zu geben und sich zu stärken für die kommenden Kämpfe. Der Redner, Pastor Schulz-Kreuz, führte zunächst aus, wie wir die Vorlagen eines Friedens verlangen könnten auf Grund der 14 Wilsonpunkte, die sich auf die Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit aufbauten. Der vorgelegte Friedensvertrag aber sei ein nacktester Vernichtungsfrieden ohne jede Spur von Recht und Gerechtigkeit, diktiert von französischer Rachsucht, englischem kalt berechnenden Krämergeist und von Furcht vor dem deutschen Geist. An den territorialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, wurde dann gezeigt, wie sie für uns die Vernichtung bedeuten. Was aber, so ist das die Frage, sollen wir tun? Annehmbar sind die Friedensbedingungen nicht, denn sie sind unerträglich und unerfüllbar. So können wir nicht unterschreiben. Aber einig sein müssen wir, und völlig uns als Deutsche fühlen. Geschlossen müssen wir hinter der Regierung stehen in ihrem Streben, einen Rechtsfrieden zu erreichen. Treu auch müssen wir zu unsern deutschen Brüdern stehen, die gewaltsam von uns getrennt werden sollen. Und glauben müssen wir an den schließlichen Sieg des Rechts und an Deutschlands Zukunft. Das ist das einzige, was wir der Siegerfaust der Feinde entgegenstellen können. Das ist aber auch ein Mittel von unendlicher Kraft. Mit unserm Glauben aber müssen wir an die Arbeit gehen statt dumpf zu verzweifeln, aber stumpf uns zu ergeben, statt zu klagen oder anzuklagen, damit durch zähe Geduld, deutsche Treue und deutschen Fleiß Deutschland sittlich, wirtschaftlich und staatlich wieder neu ersteht.

An die Reichsregierung wurde folgende Entschließung gesandt: „Tausende Bürger von Kreuz und Umgegend haben heute sich versammelt, flammenden Einspruch zu erheben gegen die Friedensbedingungen unserer Feinde, aus denen nichts als nacktester Vernichtungswille spricht. Einmütig stellen wir uns hinter der Regierung bei ihrem Streben durch Verhandlungen Bedingungen zu erreichen, die einen Frieden des Rechts bringen. Die jetzigen Bedingungen sind unannehmbar. Sie bedeuten unsern Tod. Darum hoffen und erwarten wir, daß die Regierung sie nicht unterschreibt.

Uns Ostmärker drückt besondere Not. Wir müssen polnische Gewalttätigkeiten fürchten. Wir brauchen sie nicht zu fürchten, wenn der Armee Haller jeder weitere Durchmarsch verwehrt wird. Dazu fordern wir die Regierung auf, sonst drohen ernsteste Verwicklungen. Wir sind entschlossen, unsere Heimat nimmermehr aufzugeben, unser Volkstum uns nicht nehmen zu lassen. Deutsch wollen wir bleiben, und wir glauben an Deutschlands Zukunft.

Deutsche Vereinigung Kreuz und Umgegend.

Mit dem Gesang des Liedes „Ich hab mich ergeben" schloß die erhebende Feier.

Bromberg, 17. Mai. Die **Deutsche Vereinigung** erhielt aus Berlin nachstehendes Telegramm:

Wie aus anderen bedrohten Städten kommen auch aus Bromberg Nachrichten über die niederdrückende Wirkung der feindlichen Friedensbedingungen. Aber wir haben keine Zeit, den Mut sinken zu lassen, sondern wir müssen mit aller Kraft einig dahin wirken, daß die im schroffsten Gegensatz zu den 14 Punkten des Präsidenten Wilson stehenden Bedingungen geändert werden.

Im Namen der Regierung sende ich der treuen deutschen Bevölkerung Brombergs und des ganzen Netzedistrikts Grüße und das Gelöbnis, daß wir fest für die unveräußerlichen Rechte aus den Wilsonschen Grundsätzen eintreten werden.

Scheidemann, Ministerpräsident.

Pressestimmen

I. Deutsche Presse

„Kreuzzeitung" vom 17. Mai Nr. 229.
Von Otto Hoetzsch.

Nicht eine Spur von dem neuen Geist, von dem in den Kundgebungen Wilsons so viel die Rede war, findet sich in diesen Bedingungen. Sie sind rein machtpolitisch-imperialistisch bestimmt: mehr Raum, mehr Menschen, mehr Naturschätze, mehr Geld wollen die anderen, die Gegner, als Siegesbeute davontragen. In den Grenzbestimmungen waltet ausschließlich der Gesichtspunkt strategischer Sicherung, der Gegner wird aller Abwehrmittel beraubt, und ihm wird eine Kriegsentschädigung auferlegt in einer Ausdehnung dieses Begriffs, wie sie die Geschichte der Kriegskontributionen noch nicht gesehen hat. Im Osten aber Polen! Soweit die Grenzziehung, die da vorgeschrieben wird, überhaupt einen Sinn erkennen läßt, ist sie nach rein strategischen Gesichtspunkten geschehen. Sie schneidet rücksichtslos deutsches Gebiet, manchmal direkt deutschen Besitz, mitten durch — was sagte Wilson: es dürften hier nicht Verhältnisse geschaffen werden, die von vornherein nationale Reibungen mit sich brächten! Längs der Bartsch durch den Obrabruch und längs der Tirschtiegler Seenlinie ist die Grenze nur unter dem Gesichtspunkte strategischer Sicherung gezogen, auch die Eisenbahnknotenpunkte von Bentschen und Schneidemühl werden Polen zugewiesen. Deutschland soll im Osten im ganzen 60 000 Quadratkilometer und $5\frac{1}{2}$ Millionen Menschen direkt abtreten, davon $2\frac{1}{2}$ Millionen Deutsche, 3 Millionen Polen. Wir rechnen dabei Danzig, das Freistaat sein soll, mit 300 000 Deutschen und 22 000 Polen ein. Denn es genügt, Artikel 104, Absatz 6 zu lesen: Sicherung der Führung der auswärtigen

Geschäfte der Freistadt Danzig durch die polnische Regierung, um zu sehen, daß Danzig nur der Form nach Freistadt, tatsächlich eine von der polnischen Politik und Wirtschaft abhängige Stadt sein soll, deren Gebiet zudem, wie die durch die Kreise Bütow und Lauenburg gezogene Grenze beweist, vom polnischen Staat selbst ganz fest militärisch und strategisch umklammert werden soll. Aber auch hier ist die Möglichkeit geschaffen, durch eine Volksabstimmung verhüllt noch mehr Gebiet zu annektieren: den Rest der Kreise Stuhm, Rosenberg, Marienburg, Marienwerder und den Regierungsbezirk Allenstein. Auch hier sind die Formen der Volksabstimmung — Zurückziehung der deutschen Truppen und Behörden usw. — so, daß die Entscheidung von vornherein feststehen muß. Gewiß, die Deutschen sollen in ihren nationalen Rechten geschützt werden, aber die Art, wie das geschieht, bestimmen unsere Gegner in einem Vertrag mit Polen, Deutschland hat dabei weder etwas zu wünschen noch zu sagen, noch zu kontrollieren; von einer Kontrolle des Schutzes der Minderheiten ist überhaupt nirgends die Rede. Rechnen wir diese Abstimmungsgebiete noch hinzu, so soll Deutschland im Osten verlieren 75 000 Quadratkilometer, $6^1/_4$ Millionen Menschen. Ein Viertel unserer Kohlenproduktion verlören wir mit Oberschlesien und in Posen und Westpreußen Kornkammern, die mit ihrem Überschuß an Lebensmitteln, hauptsächlich Getreide, Kartoffeln und Zucker außer der eigenen Bevölkerung nach dem Friedensverbrauch 6 Millionen, im Kriege 7 bis 8 Millionen Menschen ernährten. Und die Weichsel samt ihrer Mündung wäre vollständig dem Herrschaftsbereich Deutschlands entzogen.

„Frankfurter Zeitung" v. 14. Mai Nr. 361.

Unsere Einkreisung im Osten. Wenn die Friedensbedingungen, die uns die Entente und ihre Verbündeten auferlegen wollen, im Westen den Zweck haben, Deutschland so zurückzudrängen und von wichtigen Rohstoffgebieten abzuschließen, daß Frankreich glauben kann, sein Uebergewicht auf eine ferne Zukunft gesichert zu haben und sich vor einer wieder anwachsenden Zahl des deutschen Volkes nicht mehr fürchten zu müssen, so bilden die Bestimmungen, die wir für den Osten annehmen sollen, und die auf eine völlige Einkreisung und Verstümmelung abzielen, die sinngemäße Vervollständigung. Vor dem Kriege war das zarische Rußland an unserer Ostgrenze die furchtbare Gefahr, die beständig über uns hereinzubrechen drohte. Durch den Verlauf des Krieges und die unter seiner Wirkung entstandene russische Revolution ist diese Gefahr beseitigt. Deutsche Waffen haben das vom Zarismus niedergedrückte Polen befreit und einen polnischen Staat aufgerichtet. Jetzt hat sich dieser neue Staat gegen uns gewandt und Frankreich und seinen Alliierten ist es gelungen, ihn, dessen Gedeihen nur durch ein gutes Einvernehmen mit seinen Nachbarn verbürgt werden kann, zu unserem grimmigen und von wilder Machtgier verblendeten Feinde zu machen. Wie ein Keil wird sich das neue Polen zwischen deutsches Land hindurch bis zur Ostsee vorschieben. Da der sogenannte Freistaat Danzig, der unter der Bürgschaft des Völkerbundes stehen wird, doch nur ein Anhängsel Polens sein soll — seine Beziehungen zum Auslande und die Vertretung seiner Bürger sollen von der Warschauer Regierung mit besorgt werden — und Polen in Danzig überhaupt viel freier und weniger behindert wird schalten können, als in den dreihundert Jahren der früheren Zugehörigkeit Danzigs zu Polen die alte polnische Republik es durfte, so wird Polen über eine Küstenstrecke von rund 150 Kilometern verfügen. Das ist für einen freien Ausgang seines Handels zum Meere genug, aber für einen solchen brauchte Polen nicht den Besitz einer ganz deutschen Stadt mit deutscher Vergangenheit. Ein verbürgter Weg auf der Weichsel, dem auch eine freie und gesicherte Eisenbahnverbindung zur Seite stehen könnte, würde diesem Zweck vollkommen genügen. Aber Polens Ehrgeiz wird, das ist bestimmt zu vermuten, weitergehen. Es wird unter der Gönnerschaft und mit Hilfe der Entente sich eine wenn auch zunächst kleine Flotte zu schaffen suchen, welche die Flagge mit dem weißen Adler fernen Küsten wird zeigen sollen und deren Bestimmung es sein wird, in der Ostsee ebenso sich in Deutschlands

Weichen zu setzen, wie es das auf einer tausend oder mehr Kilometer langen Landgrenze tun wird. Für diesen Zweck aber wird das Stück Danziger Bucht, das dem neuen Polen als Geburtstagsgeschenk überreicht wird, nicht genügen. Der polnische Ausdehnungsdrang wird weiterstreben und danach trachten, auch die Küste Ostpreußens, das ohnehin vom Körper Deutschlands rettungslos abgetrennt und von Polen weit umklammert wird, sich anzueignen. Die Rolle, die dem jungen Polen von der Entente zugedacht ist, und die seine jetzigen Machthaber, verblendet durch den gaullerischen Trug eines neupolnischen Imperialismus, übernommen haben, ist die eines Hetzhundes, der dem von Westen her gestellten und festgehaltenen Deutschland beständig im Nacken sitzen und dem der neue Tschechenstaat zu demselben Zwecke helfend zur Seite treten soll.

2. Polnische Presse

Die in Pelplin (Westpreußen) erscheinende **polnische Zeitung „Pielgrzym"** — Nr. 54 vom 5. Mai — bringt nachstehenden offenen Brief an den Oberpräsidenten von Westpreußen Herrn von Jagow. Dieser nicht nur als polnisches Kulturdokument aufzufassende Brief lautet:

„Herr Jagow, stelle Dir vor, daß, sobald in Paris unsere Zugehörigkeit zu Polen bekanntgegeben wird, unsere Behörden an Dir eine kleine Wiedervergeltungsprobe versuchen werden, daß sie vor Deinem Hause einen Haufen wilder Soldaten mit Karabinern, Minenwerfern und Maschinengewehren aufstellen werden. Stelle Dir nun vor, Herr Jagow, daß solche Soldatenhorden bei Dir eine Hausrevision veranstalten, nicht eine, sondern mehrere, alle paar Tage, daß sie Dir dabei drohen werden, den Revolver an Kopf und Brust anlegen werden, Dir ins Gesicht speien werden, Dich schlagen, mit Fäusten bearbeiten, mit einem Wort, sich an Dir weiden werden, ohne der vollständigen Plünderung des Hauses usw. zu erwähnen. Schließlich werden sie Dich mitnehmen und Dich in irgendein Kittchen oder in ein verlaustes Gefangenlager stecken, wo sie Dir Wasser mit Wrucken, oder Kartoffeln mit Wasser und den ganzen Tag lang eine Schnitte trockenen Brotes verabreichen werden. Dort werden sie Dich ohne Untersuchung ganze Wochen lang halten, und Du wirst nur Schimpfworte hören. Von Zeit zu Zeit werden sie, um Deine Nerven daran zu gewöhnen, Dir an den Ohren herumschießen, vielleicht werden sie Dich auch ein bißchen anschießen, und auf Deine Klagen werden Dir die Behörden antworten: Sei zufrieden, daß Du noch lebst. Natürlich wirst Du toll werden über eine solche Behandlung, dann werden sie Dir eine Jacke mit langen Armeln anziehen und werden Dich nach Wejherowo bringen. Öffentlich werden sie sagen: Dieser Herr ist verrückt geworden. . . . Wenn Du das lesen möchtest und verstehen, dann würdest Du es Dir gewiß überlegen und andere Anschauungen gewinnen. Und wisse, Herr Jagow, daß dies erst ein Teil dieser „kleineren Übel" ist, mit welchen Du uns in Deiner ‚Weitherzigkeit' beschenktest . . ."

Die polnische Zeitung enthüllt damit zweierlei: Die sonst ständig abgeleugnete menschenunwürdige Behandlung deutscher Internierter in den berüchtigten polnischen Sammellagern und die feste Absicht, **die deutschen Beamten in den etwa abgetretenen Gebietsteilen entgegen allen öffentlichen Beteuerungen bis auf das Blut zu peinigen.**

Kleine Nachrichten

Kundgebung an den deutschen Osten.

Berlin, 8. Mai. Die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:

Die Reichsregierung hat nach der Bekanntgabe der Friedensbedingungen zum deutschen Volke gesprochen. Der Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens noch ein besonderes Wort!

Die Abtrennung Oberschlesiens vom Reich, die Angliederung von drei überwiegend deutschen Gebieten in Mittel- und

Niederschlesien, in Posen, Westpreußen und Pommern, die Loslösung der alten Hansastadt Danzig, dieser Pflanzstätte deutscher Kultur, vom Reiche, sind Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung dieser Gebiete, die durch deutsche Arbeit und deutsche Kultur das erwarben, was heute ihre Vorzüge bildet. Diese Eingriffe sind gänzlich unvereinbar mit den vom Präsidenten Wilson vereinbarten Grundsätzen. Die für südöstliche Teile der Provinz Ostpreußen geforderte Abstimmung der Bevölkerung kann diesen Gewaltcharakter, der mit den Rechten und der gegebenen Zusage unvereinbar ist, nicht verhüllen.

Die geforderte Abtretung des Nordostens der Provinz Ostpreußen tut nicht nur einer Bevölkerung Gewalt an, die trotz der von außen hereingetragenen Propaganda durch und durch deutsch fühlt, sondern vervollständigt zugleich die wirtschaftliche Absperrung Deutschlands von den Gebieten des großrussischen Volkes; mit diesen in ungehindertem Güteraustausch zu bleiben, ist Voraussetzung zum Gedeihen beider Völker.

Die Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens soll überzeugt sein, daß die Regierung der Republik das äußerste aufbieten wird, um diese Gefahr abzuwehren. Dazu ist jetzt mehr als je unbedingt nötig, daß das Volk nationale Disziplin hält und in Einheit und Vertrauen im Glauben an die eigene Kraft und sein gutes Recht zusammensteht.

Die Reichsregierung.
Die Preußische Regierung.

Danzig, 11. Mai. Der kommandierende General des 17. Armeekorps und der Oberpräsident für Westpreußen haben gemeinschaftlich einen Werberuf an alle waffenführenden Männer erlassen, um angesichts der unerträglichen und unannehmbaren Friedensbedingungen für den Fall vorbereitet zu sein, daß die Polen unsere Provinz angreifen und zu erobern versuchen.

(Vossische Ztg. Nr. 239.)

Fortgang der polnischen Offensive. „Morningpost" meldet aus Warschau vom 15. Mai: Paderewski hat seine Entlassung als Ministerpräsident gegeben; sie wurde vom Landtag nicht angenommen. Die Krise ist darauf zurückzuführen, daß der Landtag sich geweigert hat, das von Paderewski in Paris gegebene Versprechen zur Einstellung der polnischen Offensive zu unterstützen.

(Das bedeutet also, daß die polnische Offensive ihren Fortgang nehmen soll.)

(Deutsch. Tagesztg. v. 17. Mai Nr. 245.)

Die Arbeiterräte für das Selbstbestimmungsrecht.

Bromberg, 10. Mai. Der Vollzugsausschuß des A.- und S.-Rates richtete an die deutsche Friedensdelegation in Versailles und an den Präsidenten Wilson nachstehendes Telegramm:

„Der unterzeichnete Arbeiter- und Soldatenrat als Vertretung aller erwerbstätigen Kreise der Bevölkerung des noch unbesetzten Gebietes des Regierungsbezirks Bromberg protestiert gegen den Gewaltfrieden, den man unserem Reiche seitens der Entente auferlegen will. Insbesondere protestieren wir gegen die Vergewaltigung der Bevölkerung unserer Gebietsteile, durch die das in der Wilson-Note anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker einfach aufgehoben und damit die nackteste Gewalt über jedes Recht erhoben wird.

Demonstrationssonntag in Oberschlesien.

Kattowitz, 19. Mai. Am Sonntag, den 18. Mai, fanden in ganz Oberschlesien nochmals gewaltige Protest- und Demonstrationsumzüge gegen den Gewaltfriedensentwurf statt. Selbst das schlechte Wetter hielt die oberschlesische Bevölkerung in ihrer Erregung nicht ab, auf die Straße zu gehen, um laut und einheitlich dem Notschrei, bei Deutschland zu bleiben, Geltung zu schaffen. In großen Zentralen der Industrie, wie in Kattowitz, Hindenburg usw. fanden gewaltige Demonstrationsumzüge statt. Die Bedeutung dieses Demonstrationssonntags lag aber darin, daß es wohl kein noch so entlegenes Nestchen oder Örtchen im Regierungsbezirk Oppeln gab, wo die Einwohnerschaft sich nicht zu Demonstrationszügen sammelte.

Nach den bei dem Staatskommissariat für Oberschlesien eingelaufenen Nachrichten kann man als begründet annehmen, daß von den in Frage kommenden 1 200 000 Einwohnern gut 1 000 000 ihren Willen bekundeten, auf alle Fälle bei Deutschland verbleiben zu wollen.

Hand in Hand mit diesen Berichten über stattgefundene Demonstrations- und Protestumzüge laufen fortgesetzt beim Staatskommissariat aus allen Bevölkerungskreisen und aus allen Erwerbsschichten stürmisch gehaltene Drahtungen ein, die die steigende Erregung schildern und einmütig der Hoffnung Ausdruck geben, von der Regierung in dem Wunsche, bei Deutschland zu bleiben, unterstützt zu werden. Immer wieder muß hervorgehoben werden, daß aus den Kreisen der polnisch-sprechenden Arbeiterschaft sich geradezu am lautesten der Ruf geltend macht, nicht vom Deutschen Reiche losgetrennt zu werden. Es kommen aus den sogenannten stockpolnischen Kreisen Kreuzburg und Rosenberg die eindringlichsten und markantesten Notschreie.

Die mährisch-sprechenden Oberschlesier erklären in längeren Drahtungen aus den verschiedensten Orten, wir fühlen vollkommen deutsch und wollen mit unserer Heimat lieber in Not und Tod aushalten als gegen unseren Willen verschachert zu werden.

(Germania Nr. 225 vom 20. Mai.)

Paderewski über die geplanten Grenzen Polens.

Aus Krakau wird gemeldet: Im Seniorenkonvent des polnischen Landtages erstattete Paderewski ein Exposé über die geplanten Grenzen Polens und betonte, daß die Entente noch vor zwei Monaten den Polen bedeutend mehr zugedacht habe, als jetzt. Nunmehr wolle sie das Naphthagebiet in Galizien der Ukraine unter Kontrolle einer internationalen Kommission überlassen. Die neuen Vorschläge stützten sich auf Anträge Bothas, die aber für die Polen unannehmbar seien. England und Amerika hätten tatsächlich gegen die Verwendung der Truppen Hallers in Ostgalizien Verwahrung eingelegt. Polen müsse die Buglinie und das Naphthagebiet in Galizien erhalten. Bezüglich der Ukraine sagte er, daß die Entente an die Schaffung eines unabhängigen ukrainischen Staates nicht denke. Eine ernste Gefahr für Polen bilde die russische Frage. Iswolski und Ssasonow entwickeln in Paris eine sehr lebhafte Tätigkeit und die Entente unterstütze sie in ihren Bestrebungen nach Organisation eines bewaffneten Widerstandes gegen die Bolschewiki und zum Sturze derselben. Eine große Gefahr bilde auch das Bestreben der Tschechen nach Erlangung einer gemeinsamen Grenze mit Rußland, das von russischen Diplomaten unterstützt werde. Die Entente sei leider geneigt, diese Wünsche zu verwirklichen. Bezüglich Litauens und Weißrußlands habe England besondere Pläne. Es wolle sie zu föderalistischen Republiken umwandeln mit einem Zugang zur Ostsee über Libau, das unter englischer Kontrolle stehen werde.

(Dtsche. Allg. Ztg., 20. Mai, Nr. 242.)

* * *

Ganz Westpreußen im Belagerungszustand.

Thorn, 20. Mai. Ueber ganz Westpreußen hat das preußische Staatsministerium den Belagerungszustand durch Außerkraftsetzung der Artikel 5, 6, 27, 29 und 30 der Verfassung verhängt. Der Oberpräsident hat darauf angeordnet: Haussuchungen und Verhaftungen können von dazu berechtigten Behörden und Beamten jederzeit vorgenommen werden. Alle öffentlichen Versammlungen sind mindestens 48 Stunden vorher beim Landrat, in Stadtkreisen bei den Ortspolizeibehörden unter Angabe des Orts, der Zeit und der Veranstalter anzumelden.

(Dtsche. Allg. Ztg., 20. Mai, Nr. 243)

* * *

Bromberg, 19. Mai. **Der Bromberger Ausschuß für den Rechtsfrieden,** der aus Vertretern aller Parteien gebildet ist, berief gestern eine Volksversammlung zum Protest gegen den Erdrosselungsfrieden und gegen die Abtrennung des Netzedistriktes ein. Vor einer dichtgedrängten Menge sprach Professor Dr. Hille, Obmann des deutschen Volksrates. Da nicht alle Erschienenen Platz fanden, wurde nach Schluß der ersten Ver-

sammlung eine weitere abgehalten, die ebenfalls überfüllt war. Gleichzeitig tagte eine Parallelversammlung. Nachstehende Kundgebung, einstimmig beschlossen, wurde an die Reichsregierung gedrahtet:

Die in drei Versammlungen zu Tausenden vereinte Bevölkerung des von deutschem Fleiße erbauten und durch deutsche Arbeit wiedererstandenen Bromberg erhebt vor dem Gewissen der Welt nachdrücklichst Einspruch dagegen, daß der von Versailles angekündigte Erdrosselungsfriede unsere Stadt und den Netzedistrikt unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes und des Nationalitätengrundsatzes dem polnischen Staat ausliefern will. Dieser Gewaltschritt ist um so unmöglicher, als Stadt und Land kerndeutsch fühlen und nicht wieder, wie ehedem, wirtschaftlicher und kultureller Verelendung unter der Polenherrschaft ausgeliefert werden wollen. Unser Selbstbestimmungsrecht, unsere Vernunft weisen uns nach Deutschland. Wir Bromberger erwarten von der Regierung bestimmt, daß sie im Friedensvertrag unser unveräußerliches, heiliges Recht auf die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich nicht preisgibt. Einen Friedensvorschlag, der diesen Rechtsgrundsatz nicht enthält, lehne die Regierung ab. Wir stehen treu zu ihr, gewärtig ihres Rufes, aber auch gewillt, alle Folgerungen aus einer Ablehnung der unmöglichen, entehrenden, rechtlosen Friedensbedingungen auf uns zu nehmen. Bromberg und der Netzedistrikt sind deutsch und wollen deutsch bleiben.

Ausschuß für den Rechtsfrieden.

(Dtsche. Allg. Ztg., 10. Mai, Nr. 242.)

Polnisch als Amtssprache in Posen.

Die polnischen Führer in Posen sowie die polnische Presse haben bekanntlich wiederholt und in feierlicher Form erklärt, daß sie die deutsche Bevölkerung in jeder Weise loyal behandeln würden, daß insbesondere die Amtssprache polnisch und deutsch sein würde. Nichts von diesen Versprechungen ist gehalten worden. Die Amtssprache ist polnisch geworden. Antworten der polnischen Behörden, öffentliche Bekanntmachungen und dergleichen erfolgen ausschließlich in polnischer Sprache. Alle Behörden haben auf Anordnung des polnischen obersten Volksrates ausschließlich polnische Schilder, und zwar ist rote Schrift auf weißem Grunde vorgeschrieben. Was würden wohl die Polen und ihre deutschen Freunde im Reichs- und Landtage gesagt haben, wenn die deutschen Behörden die Anbringung von Schildern nur in den deutschen Landesfarben angeordnet hätten? Den Deutschen der Stadt Posen ist vor den Stadtverordnetenwahlen ausdrücklich die volle Wahrung ihrer Rechte hinsichtlich der deutschen Sprache zugesichert und den deutschen Stadtverordneten versprochen worden, daß ihnen kein Nachteil bei Ausübung ihrer Tätigkeit durch Unkenntnis der polnischen Sprache erwachsen würde. Was aber geschah? Die Verhandlungssprache in der Stadtverordnetenversammlung ist trotz des deutschen Protestes ausschließlich polnisch, so daß die deutschen Stadtverordneten nicht einmal wissen, über welche Dinge verhandelt wird.

„Voss. Ztg." Nr. 230 vom 7. Mai

Kriegsmaterial für Polen über Danzig.

Den Alliierten in Spaa ist am 8. Mai folgende Note übermittelt worden:

„Nach amtlichen Meldungen will die amerikanische Lebensmittelkommission für Polen in Danzig außer Lebensmitteln auch Sanitätsmaterial, Automobile, Gummibereifungen, Nähmaschinen, Bekleidungsstoffe, Werkzeuge und anderes für die polnische Armee bestimmtes Kriegsmaterial in erheblichem Umfange über Danzig nach Polen transportieren. Ohne deutsche Genehmigung sind einige Transporte nach Polen bereits abgegangen. Dieses Verhalten widerspricht sämtlichen getroffenen Vereinbarungen. Die deutsche Regierung erhebt hiergegen nachdrücklich Protest. Das Deutsche Reich hat sich verpflichtet, die Beförderung von Lebensmitteln über Danzig nach Polen zuzulassen; es hält diese Verpflichtung gewissenhaft ein. Die Beförderung von Kriegsmaterial über Danzig ist jedoch nach den bestehenden Vereinbarungen unzulässig. Die Beförderung der Armee Haller mit ihrem Zubehör vollzieht sich auf dem Landwege durch deutsches Gebiet. Im Spaaer Abkommen ist für den Nachschub der Armee Haller ausdrücklich Stettin als Ausschiffungshafen bestimmt

worden. Die deutsche Regierung kann nicht zulassen, daß nunmehr entgegen allen Abmachungen in Danzig die Ausschiffung von Kriegsmaterial erfolgt; sie wird die weiteren Ausschiffungen desselben verhindern.

Reichsminister Erzberger."

„Deutsche Allg. Ztg. Nr. 222. vom 9. Mai

Dänischer Widerspruch gegen Versailler Geschenke.

Die dänische Regierungspresse veröffentlicht anläßlich der Entscheidung der Friedenskonferenz einen anscheinend inspirierten Artikel, in dem es heißt:

„Die Entscheidung der Friedenskonferenz bezüglich der Abstimmung in Schleswig hat hier größtes Erstaunen hervorgerufen. Die Bestimmung, daß auch in der sogenannten dritten Zone, also in rein deutschem Gebiet, gemeindeweise eine Abstimmung abgehalten werden solle, steht in direktem Gegensatz zum klar eingenommenen Standpunkt des dänischen Reichstags, der dänischen Regierung und des nordschleswigschen Wählervereins. Der Beschluß der Friedenskonferenz muß auf unterirdische Einflüsse seitens dänischer Chauvinisten zurückgeführt werden. Er ist eine direkte Fälschung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und ein Bruch der Idee Wilsons. Es kann erwartet werden, daß die Regierung und der Reichstag Dänemarks so nachdrücklich wie möglich hiergegen protestieren werden."

Der frühere Reichstagsabgeordnete H. P. Hanssen-Rörremölle äußerte sich im gleichen Sinne. Die Erklärung über die Abstimmung kam als eine vollständige Überraschung. Südlich der Grenze der zweiten Zone gibt es nur Deutsche, die nicht die geringste Beziehung zu unserer Entwicklung bewiesen haben. Sollte nun eine Abstimmung in diesem Gebiete Stimmen für Dänemark ergeben, so ist es bestimmt nur ein Ausdruck des größten Materialismus oder von Bestrebungen, Schleswig als ein Ganzes an Dänemark zu bringen und dadurch das deutsche Element zu stärken und das Zusammengehörigkeitsverhältnis offen zu halten, bis die Zeiten sich einmal für Deutschland gebessert haben. Eine Abstimmung, die diese südlichen Gebiete zu Dänemark brächte, würde einen Volkszuwachs von etwa 400 000 Menschen bedeuten, von denen in Wirklichkeit nur 120 000 Dänen seien. Dies wäre ein nationales Unglück für unser Land, eine neue Quelle von Zerstörung, die um jeden Preis vermieden werden muß.

„Voss. Ztg." Nr. 235 v. 10. Mai.

(Es wäre wünschenswert, daß unsere polnischen Nachbarn sich diese dänische Äußerung etwas zu Herzen nehmen.)

Die Lage der Arbeiter unter Polenherrschaft.

Oppeln, 13. Mai. Wie aus zuverlässiger Quelle aus Kattowitz mitgeteilt wird, sind im Industriegebiet in Kongreßpolen an der Grenze bereits französische Militäringenieure und Sappeure bereit, um nach der Besitzergreifung Oberschlesiens die Verwaltung der oberschlesischen Industrie in die Hand zu nehmen. Man beabsichtigt, Maßregeln, ähnlich wie im Saargebiet: zehnstündige Arbeitszeit, strenger Arbeitszwang, standrechtliche Erschießungen und Unterdrückung der sozialistischen Bewegung, die von den Franzosen und Polen als bolschewistisch bezeichnet wird. Ergänzend ist dazu zu bemerken, daß vor kurzem die Abgesandten der polnischen Berufsvereinigungen Oberschlesiens die Warschauer Regierung über das Schicksal der oberschlesischen Arbeiterschaft befragt haben. Sie bekamen dort die Erklärung, daß den oberschlesischen Industriellen bindende Angebote über Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft gemacht worden seien Gewisse Zugeständnisse an die Arbeiterschaft wie z. B. die zurzeit viel bekämpfte Einsetzung von Sicherheitsleuten aus der Arbeiterschaft zur Überwachung der Vorschriften, müßten aber beseitigt werden.

(Lok. Anz. vom 13. Mai Nr. 216.)

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 13	Verantwortlich: **Carl Georg Bruns** Schriftleitung: **Bromberg, Wilhelmplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	4. Juni 1919

Inhalt: Glossen — Materialien zur ostdeutschen Frage: Die Modalitäten der Abstimmung nach den Friedensbedingungen der Entente. Der polnische Anspruch auf Lauenburg und Bütow. Der Zusammenschluß der Ostmark — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Polnische Presse. 2. Ausländische Presse.

Glossen zum Tage

Was verstehen die Polen unter Selbstbestimmungsrecht der Völker? Das Recht, selbst zu bestimmen, was aus den Völkern werden soll, die polnischer Chauvinismus für sich beansprucht.

Welches Land nennen die Polen unzweifelhaft polnisch? Alles Land, für das auch nur der kleinste Zweifel besteht, ob nicht unter der Bevölkerung etwa ein Pole ist.

Die Friedensbedingungen sind ein Kompromiß. Aber ein Kompromiß, der dadurch zustande gekommen ist, daß schließlich jeder in den Vertragsentwuf das hineingeschrieben hat, was er von Deutschland haben will.

Die Entente weiß recht wohl, daß die Polen keine staatenbildenden Fähigkeiten haben, aber das ist es ja gerade, es soll eben in Europa keine lebenskräftigen Staaten mehr geben.

Warum soll Danzig eine freie Stadt werden? Weil bei Einbeziehung Danzigs selbst die Polen nicht bestreiten können, daß Westpreußen unzweifelhaft deutsch ist.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die Modalitäten der Abstimmung nach den Friedensbedingungen der Entente

Nach Abschnitt 9 der Friedensforderungen der Entente sollen in großen Teilen Ostpreußens sowie in den Kreisen Stuhm und Rosenberg und in den östlich der Nogat gelegenen Teilen des Kreises Marienburg sowie des Kreises Marienwerder die Einwohner in einer Volksabstimmung ihrem Willen, ob sie zum deutschen Reich oder zu Polen gehören wollen, Ausdruck geben. Da es von

erheblichem Interesse ist zu wissen, wie sich die Entente die Vornahme einer solchen Abstimmung denkt, seien nachfolgend die wesentlichen Bestimmungen im Wortlaut abgedruckt.

Neunter Abschnitt.

Ostpreußen.

Artikel 94.

In der Zone zwischen der südlichen Grenze Ostpreußens, wie diese Grenze in dem Artikel 28 des Teiles II (Grenzen Deutschlands) des gegenwärtigen Vertrages festgesetzt ist, und der nachstehend beschriebenen Linie werden die Einwohner aufgefordert werden, durch Abstimmung zu bestimmen, welchem Staat sie angehören wollen:

West- und Nordgrenze des Regierungsbezirks Allenstein bis zu ihrem Schnittpunkt mit der Grenze zwischen den Kreisen Oletzko und Angerburg; von dort die Nordgrenze des Kreises Oletzko bis zu ihrem Schnittpunkt mit der alten Grenze Ostpreußens.....

Artikel 95.

In einer Frist, die 14 Tage vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an gerechnet nicht überschreiten darf, werden die deutschen Truppen und Behörden aus der vorerwähnten Zone zurückgezogen. Bis die Räumung vollzogen ist, werden sie sich jeder Erhebung von Geld, Naturalien und jeder Maßnahme enthalten, die die materiellen Interessen des Landes beeinträchtigen könnte.

Nach Ablauf der vorerwähnten Frist wird die genannte Zone unter die Herrschaft einer internationalen Kommission von fünf Mitgliedern gestellt werden, die von den verbündeten und assoziierten Hauptmächten ernannt werden. Die Kommission wird eine Generalvollmacht zur Verwaltung besitzen und wird insbesondere beauftragt sein, die Abstimmung vorzubereiten und alle Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig erachten wird, um sie zu einer freien, ehrlichen und geheimen zu machen. Die Kommission wird auch jede nötige Vollmacht besitzen, um alle Fragen zu entscheiden, die aus der Ausführung der gegenwärtigen Klauseln entstehen können. Die Kommission wird alle zweckmäßigen Maßnahmen treffen, um sich bei der Ausübung ihrer Funktionen durch Beamte unterstützen zu lassen, die sie selbst aus der örtlichen Bevölkerung wählt. Ihre Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt.

Das Recht auf Abstimmung wird jeder Person gewährt, die ohne Unterschied des Geschlechts folgende Bedingungen erfüllt:

a) bei Inkrafttreten dieses Vertrages 20 Jahre alt ist,

b) in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren ist oder ihren Wohnsitz oder ihren dauernden Aufenthalt seit einem Datum hat, das die Kommission bestimmen wird.

Jeder wird in der Gemeinde wählen, wo er seinen Wohnsitz hat oder in der er geboren ist, wenn er nicht seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthaltsort in der genannten Zone hat.

Das Ergebnis der Abstimmung wird nach Gemeinden bestimmt werden gemäß der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde.

Bei Abschluß der Abstimmung wird die Zahl der Stimmen in jeder Gemeinde durch die Kommission den verbündeten und assoziierten Hauptmächten mitgeteilt werden zugleich mit einem detaillierten Bericht über den Hergang der Abstimmung und einem Vorschlag über die Linie, welche in diesem Gebiete als Grenze Ostpreußens unter Berücksichtigung des Willens der Einwohner, wie er durch die Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage angenommen werden sollte. Die verbündeten und assoziierten Hauptmächte werden dann die Grenze zwischen Ostpreußen und Polen in dieser Gegend bestimmen.

Artikel 96 und 97 betrifft die Abstimmung in Teilen der Kreise Stuhm und Marienburg. Im wesentlichen sind die Bestimmungen mit den vorstehenden gleichlautend außer den folgenden Absätzen:

Die verbündeten und assoziierten Hauptmächte werden in dieser Gegend die Grenze zwischen Ostpreußen und Polen festsetzen, wobei sie Polen wenigstens voll und ganz die Kontrolle dieses Abschnittes der Weichsel einschließlich des östlichen Ufers überlassen, soweit dieses für die Regulierung und den Ausbau des Flusses notwendig wäre. Deutschland verpflichtet sich, daß keinerlei Befestigung zu irgendeiner Zeit in irgendeinem Teile des genannten Gebietes, soweit es deutsch bleibt, errichtet werde.

Die verbündeten und assoziierten Hauptmächte werden zu gleicher Zeit Bestimmungen treffen, welche der Bevölkerung Ostpreußens zum Besten ihrer Interessen unter billigen Bedingungen den Zutritt zur Weichsel und ihre Benutzung für sich, ihre Waren oder ihre Schiffe sichert.

Die Festlegung der Grenze und die vorstehenden Anordnungen werden für alle beteiligten Parteien bindend sein.

Eine nähere Betrachtung der Bedingungen zeigt, daß, wo die Volksabstimmung vorgesehen ist, die Art der Ausführung den Gedanken des Selbstbestimmungsrechts zu einer lächerlichen Farce werden läßt. Stimmberechtigt sind nach den Bedingungen nur Personen, die in dem betreffenden Gebiete entweder geboren sind, oder ihren Wohnsitz seit einem Zeitpunkt dort haben, der von einer interalliierten Kommission festzusetzen ist. Es ist das alte Lied, das wir von den Polen kennen. Das Deutschtum in den Ostmarken soll nur etwas aufgepfropftes sein, nur durch künstliche Zuwanderung, veranlaßt durch die Politik der deutschen Regierung dorthin gekommen sein. Nun ist an dieser Stelle schon oft in unzweifelhafter Weise dargetan worden, daß historisch gesehen diese Behauptung falsch ist. Sie liegt aber den Friedensbedingungen in einer Form zugrunde, die zwar der bewußt oder unbewußt oberflächlichen Art, in der die Entente auf die Polenforderungen eingegangen ist, ein klassisches Zeugnis ausstellt, die aber darum nicht weniger gefährlich ist. Die in Frage stehenden Gebiete sind seit Menschenaltern und Jahrhunderten in steter organischer Einheit mit dem preußischen Staate und dem deutschen Reiche verwachsen. Innerhalb des preußischen Staates und des deutschen Reiches findet fortgesetzt ein erheblicher Austausch zwischen der Bevölkerung der verschiedenen Landstriche statt, wie dies bei der Natur des modernen Staates in allen Staaten der Fall ist. Durch Handel und Verkehr, Gewerbe und Industrie werden größere Menschenmassen fortlaufend innerhalb der Grenzen des Reiches hin- und hergeschoben. Würde man unter diesem Gesichtspunkt eine Statistik im ganzen deutschen Reiche aufnehmen und behaupten wollen, daß alle die Einwohner, die nicht an ihrem Wohnort geboren sind, keine bodenständige Bevölkerung sind, dann würde man erstaunen, wie wenig bodenständige Bevölkerung es im ganzen deutschen Reiche gibt. Von diesem allgemeinen Prozeß sind natürlich auch die östlichen Gebiete des deutschen Reiches ergriffen worden. Hier den Teilen der Bevölkerung, die vermöge der allgemeinen wirtschaftlichen und soziologischen Gesetze nicht in ihrem Wohnort geboren sind, sondern erst im Laufe der Zeit zugewandert sind, das Recht, über die Geschicke des Landes mitzubestimmen, absprechen, bedeutet, diesen Teil der Bevölkerung vogelfrei erklären, das organische Wachstum einer Bevölkerung verkennen und somit das Selbstbestimmungsrecht vergewaltigen. Es ist zwar vorgesehen, daß Personen, die vor einem gewissen Zeitpunkt zugezogen sind, abstimmungsberechtigt sind. Bei der Unterschrift des Vertrages wird Deutschland aber nicht wissen, welcher Zeitpunkt festgesetzt wird. Es ist wie an hundert anderen Stellen des Vertrages, Deutschland verpflichtet sich zu Dingen, von deren Inhalt es noch nichts weiß, und es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, nach welchem Geist die Festsetzung dieses Zeitpunktes erfolgen wird.

Ein anderer Punkt ist die Bestimmung, daß die deutschen Truppen und Behörden das Gebiet zu räumen haben, und daß die Verwaltung von einer interalliierten Kommission übernommen wird, die die Abstimmung zu organisieren hat und alle Maßnahmen treffen soll, die zur „Sicherung einer freien, unbeeinflußten und geheimen Stimmabgabe" für erforderlich gehalten werden. Es soll also eine Behörde, deren polenfreundlicher und deutschfeindlicher Charakter einem Zweifel nicht unterliegen kann, die Unparteilichkeit der Abstimmung gewährleisten. Jedwede Garantien zum Schutze der Einwohner, die ihrem angestammten Vaterlande die Treue halten wollen, fehlen. Terror, Wahlbeeinflussung und Listenfälschung ist Tür und Tor geöffnet. Aber es handelt sich ja um das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn nun aber, trotz aller dieser grotesken Bestimmungen, die Abstimmung zugunsten des deutschen Reiches ausfällt, dann ist damit noch längst nicht gesagt, daß das Gebiet auch tatsächlich dem deutschen Reich gelassen wird. Denn dann erst werden die alliierten und assoziierten Hauptmächte unter Berücksichtigung zwar auch des von der Bevölkerung durch die Abstimmung kundgegebenen Willens, aber auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der einzelnen Ortschaften die Grenze ziehen. Der Pferdefuß ist nicht zu verkennen. Was alles unter der Firma „Berücksichtigung geographischer und wirtschaftlicher Interessen" von der Entente fertiggebracht werden kann, zeigen ja die Bestimmungen über Westpreußen, Posen und Oberschlesien, wo rein deutsche Gebiete ohne den fadenscheinigen Mantel der Volksabstimmung abgetreten werden sollen.

Es ist bei solchen Bedingungen kaum einzusehen, warum die Entente sich das Scheinmäntelchen nicht auch für diese Gebiete umgehangen hat. Denn unter diesen Bedingungen läßt sich überall das gewünschte Ergebnis erzielen. Wir kennen die Polen und wissen, was sie unter Freiheit da verstehen, wo sie die Herrschaft haben. Das Schicksal der Ruthenen in Galizien und unserer deutschen Brüder in dem Posener Land östlich der Demarkationslinie zeigt es uns hinreichend. Wir können uns gut vorstellen, wie mit allen Mitteln von Zuckerbrot und Peitsche bis zur brutalsten Gewalt das Ergebnis der Volksabnimmung, das von der Entente und den Polen gewünscht wird, erzielt werden wird.

Die deutschen Ostmarken sind deutsch. Jahrhunderte lange Arbeit und Kultur haben dem Land ihren Stempel aufgedrückt, und es unzweifelhaft deutsch gemacht. Da bedarf es einer Volksabstimmung nicht. Von der deutschen Regierung muß man erwarten, daß sie sich auf der Grundlage der Entente gar nicht in Verhandlungen einläßt, oder gar die Anordnung einer Abstimmung unter den von der Entente geplanten Modalitäten in weiteren Gebieten als einen Erfolg ihrer Verhandlungskunst ansehen wird.

Es gibt nur eine sichere Grundlage. Unzweifelhaft polnisches Land gibt es in den Grenzen des deutschen Reiches nicht. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist dann am besten gewährleistet, wenn die deutschen Ostmarken beim deutschen Reich bleiben.

Der polnische Anspruch auf Lauenburg und Bütow

Die Polen erheben neuerdings Ansprüche auf den Besitz der pommerschen Kreise Lauenburg und Bütow, und der Friedensvertrag, den Deutschlands Feinde uns unterbreitet haben, geht darauf bereitwilligst ein. Die Polen suchen ihre Forderungen mit dem Hinweis darauf zu begründen, daß König Johann Kasimir im Vertrag von Bromberg vom 6. November 1657, durch den er die beiden Kreise an den Großen Kurfürsten abtrat, sich ihre Rückgabe an Polen ausbedungen habe, falls die Herrschaft der Hohenzollern ein Ende fände, und daß dieser Fall durch die deutsche Revolution im November eingetreten sei.

Diese Begründung ist jedoch in geschichtlicher und rechtlicher Hinsicht anfechtbar.

Im September 1657 hatte sich die Schwenkung der brandenburgischen Politik

nach Polen hin vollzogen. Der Große Kurfürst, der bisher auf Seiten der Schweden gefochten hatte, und vom König von Schweden Karl Gustav, als souveräner Herzog von Preußen und Ermland anerkannt war (Labiau 20. November 1656), schloß zu Wehlau am 18. September 1657 ein Bündnis mit dem polnischen König Johann Kasimir. Unter Verzicht auf die ihm von Schweden zugesicherten polnischen Palatinate Posen, Kalisch, Bancyck und Sieradz und auf Ermland wurde seine Souveränität im Herzogtum Preußen auch von seinem ehemaligen Lehnsherrn, dem König von Polen, anerkannt. Außerdem wurde ein gegenseitiges Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, wofür der Kurfürst eine besondere Entschädigung erhalten sollte. Zur näheren Vereinbarung hierüber kamen der König und der Kurfürst Ende Oktober in Bromberg zusammen. Zu dem Vertrage, der am 6. November 1657 unterzeichnet wurde, erhielt Friedrich Wilhelm außer der Zusicherung der Stadt Elbing die Starosteien Lauenburg und Bütow, die bis 1637 die pommerschen Herzöge als polnisches Lehnen besessen hatten.

Der Vertrag wurde von den Ständen Polens genehmigt, die Abtretung der beiden Kreise somit von Krone und Volk bestätigt.

Johann Kasimir trat in dem Vertrage Lauenburg und Bütow in seinem und seiner Nachfolger Namen an die Kurfürsten und seine rechtmäßigen männlichen Nachkommen auf ewige Zeiten zu Lehnrecht ab.

Die Stelle, auf die sich die Polen berufen, lautete in deutscher Übersetzung: „Sollte aber der Durchlauchtigste Fürst und Herr, Friedrich Wilhelm, Markgraf und Kurfürst zu Brandenburg, Herzog in Preußen, ohne gesetzliche männliche Lehnserben oder der gesetzliche männliche Lehnserbe ohne männliche Nachkommenschaft zu hinterlassen, mit dem Tode abgehen und dero Stamm und gesetzliche männliche Nachkommenschaft erlöschen: Alsdann sollen die vorbesagten Schlösser und Städte Bütow und Lauenburg mit allen ihren Gütern, Untertanen, Vasallen, Nutznießungen, Freiheiten, Rechten, Hoheiten und allem Zubehör, und zwar zu vollem Rechte und Besitze ohne allen Einspruch an Uns und die Uns nachfolgenden Könige von Polen zurückfallen."

Wie aus diesen Worten deutlich ersichtlich ist, bezog sich die in Erwägung gezogene Rückgabe lediglich auf den Fall des Erlöschens des Hauses Hohenzollern; sie kam nur dann in Frage, wenn der Kurfürst und seine Nachkommen keine Rechtsnachfolger hinterlassen.

Die polnischen Ansprüche sind also schon, wenn man sie auf die rein formelle Auslegung des Vertrages beschränkt, nicht begründet. Die Bedingung, das Aussterben des Hauses Hohenzollern, ist nicht eingetreten; vor allem aber ist zu beachten, daß die Rückgabe ausdrücklich an „die uns nachfolgenden Könige von Polen" erfolgen sollte. Durch die Aufhebung der polnischen Königsherrschaft von 1795 ist somit bereits die rechtliche Möglichkeit für den Heimfall des Lehnes aufgehoben worden.

Aber unabhängig hiervon sind die polnischen Ansprüche aus allgemeinen Gründen völlig unhaltbar. Die Erbverbrüderungsverträge zwischen Fürsten und Fürstenfamilien entstammen einer Zeit, in der der Staat als Eigentum des Fürsten aufgefaßt wurde. In dieser Zeit war es möglich, Länder mit ihrer Bevölkerung zum Objekt fürstlicher Rechtsgeschäfte zu machen. Mit der Entwicklung des modernen Staatsbegriffes wurden einmal die Fürsten zu Organen der von ihnen beherrschten Staaten, und es wuchsen ferner diese Staaten zu organischer Einheit zusammen. Erbverbrüderungsverträge können im modernen Staatsleben nur noch soweit zu rechtlicher Bedeutung kommen, als diese Verträge nach Maßgabe der Staatsverfassungen einen Einfluß auf die Thronfolge innerhalb des Staates besitzen. Eine Auseinanderreißung zu organischer Einheit erwachsener Staaten auf Grund privatfürstlicher Erbverbrüderungsverträge würde den elementarsten Begriffen der Auffassung vom modernen Staat Hohn sprechen.

Die polnischen Ansprüche schweben aber weiter auch deswegen in der Luft, weil der jetzige polnische Staat unter keinem Gesichtspunkte als Rechtsnachfolger des im Jahre 1795 untergegangenen polnischen Königreichs aufgefaßt werden kann. Völkerrechtlich liegt der Fall des Unterganges des polnischen

Staates besonders klar, denn wenn auch die polnischen Teilungen als völkerrechtlich allgemein gültig nicht anerkannt werden sollten, so hat doch auf dem Wiener Kongreß eine völlige territoriale Neuordnung Europas stattgefunden, und in der damals betroffenen territorialen Regelung liegt eine formelle völkerrechtliche unbestreitbare Anerkennung des preußischen und entsprechend österreichischen und russischen Rechtstitels auf die ehemaligen Gebiete des Königreichs Polen. Rechtsnachfolger in den in Frage kommenden Gebieten sind also lediglich Preußen, Österreich und Rußland. Der jetzt neu entstandene polnische Staat ist eine völlig neue Schöpfung, die zwar unter nationalen Aspekten Verbindungen mit der Vergangenheit aufzuweisen hat, die aber rechtlich durch keine noch so geschickte juristische Rabulistik in Verbindung mit dem untergegangenen Königreich Polen des 18. Jahrhunderts gesetzt werden kann.

Der Zusammenschluß der Ostmark

Am 22. d M. ist in Berlin eine Konferenz der ostmärkischen Abgeordneten der National- und Preußischen Landesversammlung zusammengetreten, die in der öffentlichen Meinung als eine Art Parlament des Ostens bezeichnet wird. In der jetzigen Zeit voraussetzungsloser Illusionen ist es jedoch angebracht, sich darüber klar zu sein, welche praktische Tragweite der Schaffung des Ostparlaments zukommt. Es scheint fast, als ob man an den Zusammentritt der Parlamentarier des Ostens Erwartungen knüpft, die in der Folgezeit wie üblich enttäuscht werden müßten. Zunächst muß geklärt werden, welche reale Größe hinter dem Begriff „Ostmark" steht. Die „Ostmark" bedeutet in der gegenwärtigen politischen Lage die beiden am schwersten bedrohten Provinzen Posen und Westpreußen, dazu ganz Ostpreußen, dessen intakt bleiben sollende Teile gleichfalls von der geplanten Gewaltregelung unmittelbar getroffen werden, und Oberschlesien. Was diese Gebiete zurzeit eint, ist die drohende Gefahr: eine gemeinsame Organisation besitzt die Ostmark als solche noch nicht. Desgleichen liegt kein gemeinschaftlicher Plan vor, der ihr Verhalten als Ostmark für die kommenden Tage der Entscheidung etwa regeln sollte. Ein Zusammenschluß ist bis jetzt in keiner Weise erfolgt, und in die Erscheinung ist die Zusammengehörigkeit der Ostmark lediglich durch die in allen Teilen gleichmäßig einsetzende Reaktion gegen das vom Gewaltfrieden angekündigte Schicksal getreten, bzw. vor Bekanntgabe der Friedensbedingungen durch die Reaktion gegen die zutage tretenden polnischen Annektionsabsichten. Die treibende Kraft, die diese Gegenwirkung auslöste, war die Volksratsbewegung. Auch diese Bewegung muß verstanden werden. Als der Novembersturm kam, als das öffentliche Interesse sich in der Schaffung von Räten (Arbeiter- und Soldatenräten) zersplitterte, als jeder nur an seine Rechte, an die Rechte und Freiheiten seiner Klasse dachte und niemand mehr an die Freiheit des gesamten Volkes, zerfiel — am folgenschwersten in Posen — das feste Gefüge des preußischen Staates, der damit dem Zugriff des nur um das gesamte Wohl besorgten polnischen Nationalismus offenstand. Bei dem anfänglich gänzlichen Versagen der Regierung entschwand das Vertrauen der deutschen Bevölkerung zu ihr, die instinktiv nach einer anderen Stütze suchte und sie in dem Vertrauen zu sich selbst auch fand. Die Pflicht zur Selbsterhaltung und damit auch die Pflicht gegenüber dem gesamten deutschen Volkstum bewog die ostmärkische Bevölkerung — anfänglich nur die Teile, die sich von dem Klassen- und Parteitaumel unberührt hielten — aus sich selbst ein Gegengewicht gegen ihre Vernichtung durch die polnische Gefahr und als Ersatz für die verfallende Staatsautorität zu schaffen. Die Bevölkerung erwählte sich in den Volksräten eigene Vertretungen und eigene Führer, die ihre Rechte sowohl gegen die polnische Gefahr wie gegen die Regierung wahrnehmen sollten. Die Volksratsbewegung schuf, von den einzelnen kleinen und kleinsten örtlichen Kreisen angefangen, das, was im November in die Brüche zu gehen drohte, nämlich das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen als Deutsche ohne Unterschied der Partei und ohne Berücksichtigung der Parteiinteressen.

Nicht Regierungsvertreter, nicht Parteien, nicht Arbeiter- und Soldatenräte, auch nicht Parlamentarier haben bis jetzt die Ostmark vor dem schlimmsten gerettet, sondern die deutsche Bevölkerung hat sich davor durch eigene Kraft bewahrt, durch eigene Führer, die Volksräte. In Posen, Westpreußen und Oberschlesien umfaßt die Volksratsbewegung eine jede Provinz einende Organisation. Ostpreußen, das sich bis jetzt abseits von der großen Gefahr dünkte, fängt nunmehr an, sich auf sich selbst zu besinnen.

Nun ist unlängst bei einer Besprechung von Persönlichkeiten in Danzig der Plan zur Ausführung gestellt worden, die einzelnen bisher nur in sich geschlossenen Provinzen durch Schaffung einer Gesamtvertretung zu einem Zusammenschluß als Ostmark zu einen. Zunächst also als Vorstufe sollte dies durch einen Zusammenschluß der ostmärkischen Parlamentarier erfolgen. An sich wurde dieser Beschluß in der Ostmark freudig begrüßt, jedoch nur als Anfang der Ausführung dessen, was nottut. Die Konferenz der Parlamentarier ist nur als Symptom des vorhandenen Einigungswillens anzusehen, nicht als seine endgültige Verwirklichung. Was zurzeit bitter nottut, ist eine tatsächliche „Zusammenfassung aller Kräfte, die heute in der Ostmark für die bedrohten Bezirke und für das bedrohte Deutschtum tätig sind". Eine derartige Zusammenfassung aller Kräfte bildet eine Konferenz allein von Parlamentariern nicht, sie mußte durch die Führer der Volksratsbewegung, durch selbstgewählte Vertreter der Volksräte ergänzt und damit auf eine Grundlage gestellt werden, die ihr das restlose Vertrauen der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien sichert. Denn Parteien und Parteihader gibt es leider auch hier genug, und Gegensätze werden sich auch bei einer parlamentarischen Zusammenkunft von Parteiführern bemerkbar machen. Auch die Volksratsbewegnng hat selbstverständlich ihre Gegner, namentlich von der ganz linken Seite, aber sie ist stärker als jede Partei, denn ihr fehlen in ihren einzelnen Organen die Gegensätze, die schon heute z. B. die den sozialdemokratischen Parteien angehörigen Arbeiterräte eines Ortes von denen anderer trennen.

Unser gefährlichster Feind ist nicht der Pole, das ist vielmehr unsere innere Zerrissenheit. Niemals ist sie in ihren unmittelbaren Folgen bedrohlicher als hier in der Ostmark, wo es handgreiflich um das Ganze, um unsere Existenz als Volk geht. Diese Gegensätze zu überbrücken, ist das vornehmste Ziel der Volksratsbewegung und aus diesem Grunde muß ihr unmittelbarer Anteil an der Leitung gegeben werden.

Der erste Schritt zur Einigung der Ostmark ist durch den Zusammentritt der Abgeordneten geschehen, hoffen wir, daß der zweite und entscheidende bald folgen wird.

Aus den Deutschen Volksräten

Eine gewaltige Volkskundgebung in Graudenz lösten die unerhörten Friedensbedingungen aus, die ein haßerfüllter Feind dem deutschen Volke diktiert. Trotz aller Ungewißheit über das Schicksal der Provinz Westpreußen lasten mit ungeheurer Wucht die Zeitereignisse auf allen Gemütern, und der Gedanke, daß rein deutsche Gebiete durch einen Federstrich zu Polen geschlagen werden sollen, zeitigt eine Empörung und eine Entschlossenheit, die dem deutschen Volke immer zu eigen war, wenn es galt, fremdes Joch abzuschütteln. Mit Begeisterung war deshalb die Einwohnerschaft der Stadt Graudenz am gestrigen Dienstag der Aufforderung des Deutschen Volksrates gefolgt, um durch eine Massenkundgebung Protest gegen jede Versklavung der Ostmark zu erheben und das Bekenntnis abzulegen, daß sie treu zum Deutschtum halten und daß sie fordere, daß das, was bisher deutsch war, auch deutsch bleiben muß! Heute freilich ist die bange Ungewißheit schon zur Tatsache geworden: die Feinde verlangen, daß die fast rein deutsche Stadt Graudenz ohne Volksabstimmung ohne weiteres an Polen abgetreten

werden soll!! Erfreulich ist, daß dieses unerhörte Verbrechen alle deutschen Parteien wieder zu einer kompakten Masse zusammenschmiedet; auch die heutige Zeit kennt nur Deutsche und keine Parteien mehr! Wir wollen nichts Unbilliges, wir wollen Gerechtigkeit, wir wollen deutsch bleiben, wie es uns nach der Bevölkerungszahl zukommt!

Und dieser eine Gedanke beseelte gestern die Tausende und Abertausende von Männern in Graudenz, die im festen Tritt mit guter Ordnung hinauszogen zum Exerzierplatz am „Schwan", wo sie von einer vieltausendköpfigen Menge erwartet wurden; keine wehenden Fahnen, keine schreienden Plakate, keine äußeren Zeichen wurden mitgeführt, die Truppen, zum Teil im Stahlhelm, und die Männer im Bürgerrock marschierten in tiefem Ernst zur Versammlungsstätte. Zum ersten Male trat auch die Stadtwehr geschlossen und öffentlich auf und marschierte von drei verschiedenen Punkten mit weit über 1000 Mann im Zuge. Eine ungeheure Menge hatte sich dort auf der weiten Fläche am „Schwan" zusammengefunden, etwa 15 000 Männer und Frauen erhoben Protest gegen einen Gewaltfrieden, gegen eine Abtretung der Ostmark an die Polen. Diesmal dürfte sich das Graudenzer Polenblatt kaum zu der hämischen Bemerkung aufschwingen, daß bei den „Graudenzer Manifestationen" immer nur die klägliche Zahl von 3000 Beteiligten aufzubringen sei. Die Einmütigkeit mag aber den großpolnischen Machthabern weiterhin bewiesen haben, daß das deutsche Volk im Osten des Reiches kein lebloses Element ist, das sich gleich einer Ware verschachern läßt, sondern daß es sich um Männer und Frauen handelt die alles daranzusetzen gewillt sind, ihr Deutschtum zu verteidigen.

Während einige Flieger die Versammlung überkreisten und Flugblätter abwarfen, sprach Assessor Busse von einem Automobil mit weithinschallender Stimme:

Deutsche Männer, deutsche Frauen!

Die Stunde der Not ist da. Mit tausend eisigen Fangarmen greift das Scheusal des Völkerhasses und der unersättlichen Rachgier an das deutsche Herz. Ausgesogen und ausgepreßt sollen wir werden bis zum letzten Tropfen Blut, vernichtet und ausgetilgt aus dem Buche der Geschichte. Statt des Friedens des Rechts und der Freiheit soll uns beschert sein ein Frieden der Gewalt und der Knechtschaft. Aus den Millionen deutscher Herzen kommt darauf heute die einzig mögliche Antwort, ein entschlossenes, unbeugsames Nein! Allerorten erhebt sich der deutsche Wille zum Recht, überall ertönt der Schrei nach Gerechtigkeit. Vergessen ist aller Hader der Parteien, verraucht ist die Streitlust der letzten Monate. Einig und geschlossen steht das Volk hinter seiner von ihm selbst erwählten Regierung.

Besonders schwer und schier unfaßbar hart ist das Schicksal, das uns Deutschen der Ostmark zugedacht ist. Wir sollen aufhören, zum Deutschen Reiche zu gehören, unser lieber schöner Heimatboden, auf dem jede Ackerfläche und jeder Pflasterstein von deutschem Geiste und deutschem Wesen zeugt, den jahrhundertlange treue deutsche Arbeit zu herrlicher deutscher Blüte gebracht hat, der ein unersetzlicher Teil unseres geliebten Vaterlandes ist — er soll für immer der Beutegier und der Ländersucht des slawischen Nachbarvolkes zum Opfer fallen, mit seinem majestätischen Strom, seinen alten Ordensburgen, seinen gepflegten Städten, seinen heimischen Dörfern. Das kann nicht sein, das darf nicht sein. Mit banger Sorge blicken wir auf jene Männer, die das Vertrauen des Volkes auf die verantwortungsvollste Stelle gehoben hat, und aus tiefstem Herzen dringt heute unser Ruf an ihr Ohr: Verratet uns nicht an das fremde Volk, gebt uns nicht preis! Wir halten dem übrigen Deutschland die Treue, wir verlangen und erwarten auch, daß uns das Deutsche Reich nicht im Stiche läßt!

Nicht unbesonnenes Handeln fordern wir, nicht tollkühnes, aussichtsloses und verderbliches Wagnis, wohl aber fordern wir, daß die Regierung handle nach jenem Dichterwort: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr! Deutschland hat sich verpflichtet den Frieden zu schließen auf der Grundlage jener 14 Punkte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Dieselbe Verpflichtung aber haben auch unsere Gegner unzweideutig auf sich genommen. Ein un-

glaublicher Wortbruch wäre es, jene bindende Zusage nicht einzulösen. So bringen wir denn unsere Erwartungen in folgender Entschließung zum Ausdruck, die ich anzunehmen bitte:

Die gesamte deutsche Bevölkerung der Stadt Graudenz lehnt die jetzigen Friedensbedingungen ab und verlangt einen Frieden auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte, einen Frieden der Selbstbestimmung und des Rechtes. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Regierung unter keinen Umständen die deutsche Ostmark preisgibt. Deutscher Volksrat.

Mit Begeisterung gab die Versammlung die Zustimmung, daß diese Resolution an die Reichsregierung, die preußische Regierung, die Nationalversammlung, das Abgeordnetenhaus und die Friedensdelegation abgesandt wird.

Brausend stieg das „Ja!" des Einverständnisses, und lebhafter Beifall dankte dem Redner. Dann ordnete sich der gewaltige Zug, in den die Kapellen der Graudenzer Truppenteile eingetreten waren. Vor dem Gouvernementsgebäude angekommen, begab sich eine Deputation, bestehend aus dem Vorsitzenden des Deutschen Volksrates, Lehrer Fritz, ferner Direktor Thilo Kieser, Ingenieur Wittmeyer, Arbeiterrat Haak und F. au Lautsch, zu dem Gouverneur, Exzellenz von Malachowski, und trug ihm die Wünsche der Graudenzer Einwohnerschaft vor. Aus dem ersten Stockwerk hielt der Gouverneur sodann eine Ansprache, in der er ausführte:

Ihr habt alle die schmachvollen und schamlosen Bedingungen gelesen, die die Entente uns, dem deutschen Volke, anzubieten gewagt hat. Große Stücke von Deutschland, ja die besten sollen losgerissen werden. Fünf Millionen Deutscher sollen anderen Staaten als Kulturdünger einverleibt, die übrigen Arbeiter, ja Sklaven der Völker der Entente werden. Der preußische Ministerpräsident hat im Namen der übrigen Bundesstaaten erklärt: „Lieber tot als Sklav." Das muß unsere Parole jetzt sein! Nachdem der Ministerpräsident Scheidemann erklärt hat, daß einen derartigen Frieden die Regierung nie unterschreiben würde, und nachdem das ganze deutsche Volk gegen diesen Schmachfrieden protestiert hat, ist es notwendig, der Regierung zuzurufen, daß wir alle Mann für Mann bereit sind, alles, unser Gut und Blut, Ehre und Leben daranzusetzen, um das geliebte Vaterland zu retten. Wir müssen uns vorbereiten, auf den Ruf der Regierung zu den Waffen zu greifen! Aller Parteihader muß schwinden, wir müssen sein ein einzig Volk von Brüdern. Jeder, der eine Waffe tragen kann, melde sich zu den Freiwilligen-Verbänden, und wer nicht mehr ganz kämpfen kann, melde sich zur Stadtwehr oder zu den Reserve-Grenzschutz-Kompagnien. Und Ihr, Ihr deutschen Frauen, Euch rufe ich zu, die Wankelmütigen aufzurütteln zum einigen Kampf gegen Deutschlands Feinde. Dem heiligen Deutschland gilt unser Ruf. Deutschland hoch!

Jubelnd wurde in das Hoch eingestimmt und spontan erscholl der Gesang des deutschen Liedes „Deutschland, Deutschland über alles!" Dann bewegte sich der Zug nach dem Rathaus, wo die Deputation bei dem ersten Bürgermeister den Willen der Einwohnerschaft kundgab.

Auf der Rathaustreppe hielt Erster Bürgermeister Dr Peters eine Ansprache an die Zugteilnehmer, in der er nach einem Hinweis auf die Empörung, die auch die deutsche Bürgerschaft von Graudenz ob der uns zugemuteten schmachvollen Friedensbedingungen ergriffen habe, das Gelöbnis ablegte, stets treu zur deutschen Stadt Graudenz halten zu wollen.

Erster Bürgermeister Dr. Peters schloß dann seine Ansprache mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland, die deutsche Provinz Westpreußen und die deutsche Stadt Graudenz. Damit schloß die gewaltige, von großem Ernst getragene Volkskundgebung.

(Nach dem Bericht des „Geselligen".)

Über 11 000 Proteste aus der Ostmark sind bisher an die Reichs- bezw. Staatsregierung gelangt. Und die Kundgebungen gehen weiter. Zahllos sind auch die Briefe, die von einzelnen aus dem bedrohten Gebiete und von Vertretern ganz entlegener Orte bei der deutschen Vereinigung eintreffen. Sie sprechen eine erschütternde Sprache; es ist der Ruf um Hilfe vor dem

Untergehen im polnischen Sumpf. Nur wenige Beispiele aus diesen Zuschriften. Aus Erika: „In unserem Bezirk ist alles deutsch, und alle wollen wir Deutsche bleiben, wir wissen alle, was es heißt, unter polnische Herrschaft kommen. Helft uns, daß dies verhindert wird!" Aus Klein Wodek: „Einen Gewaltfrieden, wie die Entente uns ihn geben will, dürfen wir nicht unterschreiben. Geht es nicht anders, so greifen auch wir zur Waffe, um unser teures Heimatland zu verteidigen." Aus Seedorf: „Nur zwei kleine polnische Büdner und eine polnische Arbeiterfamilie wohnen hier. Wir alle sind fest entschlossen, unser Leben für das Deutschtum zu opfern. Lieber tot, als polnisch! Die Stimmung ist wieder hoffnungsvoll."

Einer Reihe von Briefen entnehmen wir ferner, daß die anfangs verzweifelte Stimmung der Deutschen nach den Versammlungen der Deutschen Volksräte und nach ihren aufmunternden Kundgebungen wieder hoffnungsfreudig und zuversichtlich geworden ist.

Aus der großen Zahl der letzten Kundgebungen seien noch folgende herausgegriffen:

Protest der Frauen und Mädchen.

Die deutschen Frauen und Mädchen von **Nakel und Umgegend**, zusammengeschlossen im Deutschen Frauenrat, dem Vaterländischen Frauenverein und der Frauenhilfe, erheben flammenden Einspruch gegen den Gewaltfrieden, welcher unserem Volke aufgezwungen werden soll.

Unsere Ostmark, deren Söhne das Polenreich vom russischen Joch befreit haben, und die nun zum Dank dafür vom Deutschen Reich losgerissen und unter polnische Herrschaft kommen soll, ist von unseren Vorfahren in fast 150jähriger Arbeit zu der hohen Blüte gebracht, in der sie sich jetzt befindet, mit ihrem Schweiß haben sie den Boden gedüngt, auf dem wir leben, und der muß deshalb deutsch bleiben. Wir Mütter, Frauen und Schwestern der im $4^1/_2$jährigen Kampf gefallener Helden wollen nach den blutenden Herzens gebrachten Opfern keinen Frieden, der uns außer Hab und Gut noch die Ehre nimmt und uns zu Sklaven macht.

Nur für einen Wilsonfrieden!

An Ministerpräsidenten Scheidemann ging folgendes Telegramm:

Der Deutsche Volksrat Falkenburg-Maxtal protestiert energisch dagegen, daß deutsche Arbeit und Kultur, deutsches Gut und Blut dem fanatischen Polonismus ausgeliefert werden soll. Wir waren deutsch und wollen es immer bleiben.

An den Grafen Brockdorff-Rantzau:

Der **Deutsche Volksrat Falkenburg-Maxtal** erhebt scharfen Protest gegen die Annahme des Gewaltfriedens, der nur aus Rachsucht und Habgier diktiert uns für ewige Zeit zu einem heimatlosen Bettelvolk machen will. Wir wollen nicht zu Hörigen des Slawentums werden und stellen uns treu hinter die Regierung. Nur einem Friedensvertrag, aufgebaut auf Wilsons 14 Punkte, werden wir zustimmen.

Der Volksrat Falkenburg-Maxtal.

Bekenntnis der Treue.

Unter dem **Vorsitz des Lehrers Müller** fand in Erlau (Kreis Wirsitz) eine dichtgefüllte Versammlung statt, in der Herr **G. Kußmann** aus Bromberg gegen den Gewaltfrieden sprach. An die zuständigen Stellen ging nachstehende, einstimmig gefaßte Entschließung:

Wir Bewohner des deutschen Ortes Erlau und der Umgegend danken der Reichs- und Staatsregierung für ihre Zusicherung, daß der Schmachfrieden der Entente unannehmbar ist und stehen geschlossen hinter ihr, wenn die Verhandlungen abgebrochen werden und die schwersten Entschlüsse zur Erzwingung eines Rechtsfriedens gefaßt werden müssen. Die Regierung darf sich auf uns verlassen, wie wir uns auf ihr Wort verlassen. Jedenfall uns nichts und niemand davon abhalten, praktisch unser Selbstbestimmungsrecht auszuüben — auch mit der Waffe in der Hand. Die Bürgerwehr schließt sich diesem Bekenntnis rückhaltlos an. Wir sind deutsch und wollen unter allen Umständen als freie Bürger im deutschen Mutterlande bleiben. Knechten lassen wir uns nicht!"

Deutscher Volksrat Erlau (Kreis Wirsitz).

Pressestimmen

I. Polnische Presse

„Wiarus Polski" (Bochum) Nr. 111 vom 16. Mai.

Ein polnisch-litauisches Bündnis? Die Litauer haben in Paris den Vertretern Polens die Unterzeichnung eines Bündnisses gegen die Bolschewisten vorgeschlagen, wenn Polen die litauische Republik anerkenne, welche Kowno, Grodno, Wilna, einen Teil von Suwalki und Umgegend umfaßt.

„Postęp" (Posen) Nr. 111 vom 15. Mai.

Sämtliche Bahnhofsrestaurants in dem von den Polen besetzten Gebiete sowie in Neutomischel, Gnesen, Hohensalza, Wronke, Mogilno, Schubin werden laut Mitteilung der Zeitung vom 1. August neu verpachtet und zwar in polnische Hände.

Die Bekanntmachung fordert die Reflektanten auf, Offerten an die Administrationsverwaltung in Posen, Kurfürstenring 4, zu schicken.

„Wielkopolanin" (Posen) Nr. 106 vom 18. Mai.

Die feierliche Eröffnung der Posener Universität hat heute am Mittwoch stattgefunden. Die Feier begann um $^1/_2$10 Uhr vormittags mit einer feierlichen Andacht im Dom, die von dem Erzbischof zelebriert wurde. Während der heiligen Messe hat der Prälat Lukowski eine Predigt gehalten. Nach dem Gottesdienst hat ein imposanter Umzug aus dem Dome nach dem „Collegium Majus" (dem früheren Schlosse) stattgefunden, wo nach der Einweihung des Gebäudes durch den Erzbischof die Eröffnungsfeier vor sich ging. Infolge dieser Feierlichkeit ist in unserer Stadt geflaggt worden.

„Dziennik Kujawski" (Hohensalza) Nr. 103 vom 7. Mai.

Der Beschluß des Landtages in Sachen Danzigs. Der Landtag hat gestern einstimmig folgenden Antrag des Herrn Korfanty angenommen:

„Der Landtag stellt fest, daß als unwiderrufliche Bedingung der Unabhängigkeit und des Fortschritts Polens nicht nur der Besitz Danzigs, sondern auch des ganzen Gebietes angesehen wird, durch welches die Warschau-Danziger Bahn geht, und zwar auf der gradesten Linie Warschau—Mlawa—Danzig. Die Rückgabe dieses Landes an Polen verlangt nicht nur die historische Gerechtigkeit, sondern auch die Feststellung eines dauernden Friedens, welcher auf der Völkerliga begründet ist."

Man hat beschlossen, diesen Entschluß telegraphisch nach Paris zu schicken.

„Dziennik Poznanski" (Posen) Nr. 108 vom 11. Mai.

Um die Politik der Logik und der Tat. Unter diesem Titel bringt die Zeitung einen Artikel des Redakteurs des „Kurjer Crestochonski" in welchem dieser u. a. sagt:

Polen ist endlich das Los beschieden worden, zu einem ganzen wieder zusammengekittet zu werden. Der Feind hält sich noch konvulsivisch in unseren Grenzmarken ... Die Kraft der Logik und der historischen Konsequenzen muß jedoch das angefangene zu Ende führen, dem auferweckten Volke ist es nicht leicht ein Schweigen aufzuerlegen. Der Instinkt der Selbstverteidigung wird ihm nötigenfalls erlauben, sich zu Heldentaten zum Schutz des Lebens aufzuraffen. . .

Obgleich die Sache sich von außen so darstellt, so macht uns doch der Gedanke traurig, daß die Auskadung der inneren Energie unseres Lebens sich nicht an die Linie der Logik und der entscheidenden Tat hält. Obgleich wir äußerlich viel starken Willen und Energie zeigen, so sind wir doch innerlich schwach und befinden uns in einem gewissen Chaos, welches uns nicht erlaubt, eine starke Hand zu bilden, eiserne Konsequenzen und entschlossene Willenskraft auszudrücken.

Ich denke dabei an die heutige sittliche Auflösung auf dem Gebiete des allgemeinen Gedankens, sowie in dem gegenseitigen Verhältnisse der Leute unter sich, ferner an die

Lockerung des Gerechtigkeits- und Rechtsgefühls in allen Kreisen und Sphären unserer Allgemeinheit, an den Mangel einmütiger Tätigkeit zwischen den verschiedenen polnischen Gebieten . . . an die Korruption des Beamtenstandes von oben bis nach unten und an die Anämie der jetzigen Regierung, welche sich fürchtet, oder es nicht versteht, die Strömungen zu beherrschen, welche die Existenz des noch jungen Staatsorganismus bedrohen.

Diesen Zustand der Dinge muß man der Geschwindigkeit zuschreiben, mit welcher sich das Leben unseres Vaterlandes bewegt . . . wir hatten keine Zeit, uns vorzubereiten, uns zu sammeln. Wir haben aus den politischen Kämpfen und Leiden keine Lehren gezogen, die uns jetzt erlauben würden, entsprechende Konsequenzen zn ziehen. . .

Jedoch kann dieser Zustand nicht so lange dauern, mit Rücksicht auf die Zukunft und auf die Gefahren der Jetztzeit, die uns von allen Seiten drohen.

Wir müssen uns aufraffen, um die Kraft unseres Willens zum Ausdruck zu bringen, um alle Energie anzusammeln, deren wir fähig sind, um uns an die Richtschnur der Politik und der Tat zu halten. . .

„Lech" (Gnesen) Nr. 99 vom 9. Mai.

Die Zeitung bringt unter dem Titel: **„Weitere Beschreibung der Reise unserer Haller-Soldaten"** u. a. folgendes: Aus Kakolowo reisen wir um 9 Uhr weiter durch Kobylin, Krotoschin und Ostrowo, von wo wir nach einem einstündigen Aufenthalte herzlichst Abschied nehmen, losfahren und am nächsten Morgen in Kongreß-Polen erwachen. Hier ist noch größere Armut wie in Sachsen. Die Leute sind teilnahmslos, begrüßen uns gar nicht. Lodz, eine schmutzige Stadt, Armut und Bolschewismus. Einige Stunden lang unterhalte ich mich mit Pseudoarbeitern: ihre Anschauungen sind unklar, sie wissen selbst nicht, was sie wollen. Sie verfluchen die Juden, und Polen ist ihnen gleichgültig. Der Einfluß der Moskowiter — Nihilismus — ist das Gift, welches vielleicht noch lange den Körper des Volkes mit seiner sprichwörtlichen „slavischen Unproduktivität" quälen wird, die allein die Eigenschaft des unkultivierten Moskowiters ist. Nach Warschau kommen wir mittags, derselbe niederschmetternde Eindruck: Kälte und Gleichgültigkeit. Man hat uns in Ostrowo zu Mitternacht bedeutend herzlicher bewillkommnet, als in der Residenz Polens zur Mittagszeit: Und das sind doch die ersten Transporte der ersten Division. Ich bin gespannt, wie sie die nachfolgenden aufnehmen werden. — — Wir sollten nach Modlin reisen, indessen fahren wir nach Demblin, wo wir zu Mitternacht ankamen. Dann Schlaf und Wecken schon in Cholm. Wir haben hier schon einen Teil unserer Truppen angetroffen. Die Juden, was hier gleichbedeutend ist mit den Bolschewisten, von denen 75 Prozent in der Stadt sind, wollten sie nicht hineinlassen und haben sich mit bewaffneter Hand widersetzt. Man mußte überzeugende Argumente anwenden und es ging. obgleich es sich ohne Tote nicht machen ließ. Wir sind jetzt aber in die traurigsten Gegenden gekommen, in die Sümpfe. Zwar sind es keine Sümpfe aus der Umgegend von Pinsk, aber ähnliche. Abends am 24. kamen wir in Kowoel an, wo wir auch vorläufig verbleiben. Hier ist es genau so wie in Chelm: ein Pole auf 18 Juden: Es ist ganz schwarz davon! Und mit welchen Augen sie uns und unsere Kanonen messen! Das ist dabei nur die erste Batterie und alle sechs Stunden kommt eine neue, bis jetzt sind schon 16 angekommen. Das Judentum steckt seine Nase überall hinein und wie sie herumquatschen! Das arbeitet den ganzen Tag gar nicht, kocht nicht und ißt wahrscheinlich auch nichts weiter außer Zwiebeln. Unsere Pferde sind der Gegenstand ihrer größten Entzückung — und man muß nicht nur zur Nacht-, sondern auch zur Tageszeit doppelte Wachen hinstellen. Ebenso bewundern sie die Uniformen, obgleich dies unsere alten Uniformen aus Frankreich sind und jeder von uns drei ganz neue Uniformen im Magazin besitzt. Sie nennen uns „reiches Militär", denn wir unterscheiden uns sehr von unseren Vorgängern, den verarmten Legionären und Geld hat auch jeder von uns; allerdings zählt ein Frank ganze vier Kronen. Wenn man mit Kronen zahlt, so ist es hier sehr teuer, wenn man aber mit Franks zahlt, so ist es nicht viel teurer wie

in Frankreich. Vorläufig verbleiben wir in Kowel, ob für lange ist unbekannt, denn die Bolschewisten sind auf die Nachricht, daß unser Militär ankommt, gleich um 25 Kilometer zurückgegangen.

„Dziennik Berlinski" (Berlin) Nr. 104 vom 10. Mai.

Der Untergang Deutschlands.

Die in Versailles der deutschen Abordnung vorgelegten Friedensbedingungen sind für Deutschland, welches bis zum letzten Augenblick solche angenehmen Hoffnungen auf Wilson hatte und jetzt so schändlich enttäuscht worden ist, so schwer schmerzhaft und erniedrigend, daß sie einem Untergange Deutschlands gleichen.

Am 8., einem schönen sonnigen Maimorgen nach einigen kühlen und mürrischen Tagen, verbreiteten sich Gerüchte über die schweren Bedingungen in Berlin; in jenem Berlin, welches sich gar nicht vergegenwärtigt, was Deutschland trifft. Die Bevölkerung dieser mächtigen und bis unlängst reichen preußischen und deutschen Residenz strömte auf die Straßen, um sich an den Sonnenstrahlen zu erwärmen, um wie gewöhnlich die bescheidenen Waren und Lebensmittelartikel anzusehen, die mit hohen Preisen ausgezeichnet sind, füllte die Kaffeehäuser und Straßen und kaufte auch wie gewöhnlich von den Straßenhändlern die Zeitungen, las sie, blieb aber teilnahmslos.

Kein Auflauf, kein Protest von elementarer Gewalt! Das Volk ist erstarrt . . . zu Tode gequält durch einen mehrjährigen Krieg, erschreckt durch die blutigen Unruhen, welche erst unlängst stattgefunden haben, ausgehungert, mißtrauisch, weil so lange belogen, verabschiedet es nicht schmerzerfüllt den früheren Ruhm und Macht der Waffen, das Herz bricht ihm nicht, wo das Vaterland in einen tiefen schwarzen Abgrund stürzt.

Wir Polen, obgleich unsere Gesichter strahlen über die Nachricht, daß auf den Trümmern der früheren Mächte ein wiedergeborenes und verjüngtes Polen aufersteht, welches wir ersehnten und in der Tiefe unserer Herzen bewahrten während aller Jahre bürgerlichen Elends und politischen Sklaventums, wir Polen, die wir aus Erfahrung wissen, was es bedeutet, ein Volk in politische und wirtschaftliche Fesseln zu legen, wir Polen wollen die Tragödie Deutschlands trotz allen Unrechts verstehen, welches wir von denen ertragen haben, die ein ähnliches, vielleicht schlechteres Los als das unsrige zu erwarten haben. . . .

Wo ist die stolze Macht geblieben, die nicht aufhörte zu drohen und mit den Waffen zu klirren, die Schwächere bedrückte, die sich ein Lager auf fremden Federn bettete, auf fremden Ländereien und in fremdem Hause? Wo ist denn die Macht, die gleich einem Sturm über die zahlreichen großen Gebiete Frankreichs und Flanderns unseres lieben Polens und des Ruthenenlandes, des Estlandes, Ukraine und der slavischen Ländereien des Balkans gegangen ist? Wo sind die schlagfertigen und sklavenmäßig disziplinierten, zahlreichen Armeen, wo sind die prachtvollen Höfe, wo ist der Glanz der so zahlreichen Kronen?

Wo ist der Monarch, der zu Anfang des Krieges rief, daß das eigene Volk zu nicht dagewesenen Höhen des Glanzes und des Reichtums führen und andere Völker zertreten wird? Er ist schmählich ausgestoßen wie andere, die weniger schuld als er, und erwartet das Los, welches die Sieger ihm noch bestimmen werden.

„Gazeta Torunska" (Thorn) Nr. 103 vom 9. Mai

Nachrichten aus dem Königreich Polen. Man schreibt uns: Bei Personen, die von hier aus nach dem Königreich kommen, machen die dortigen Verhältnisse anfangs einen niederschmetternden Eindruck. Man sieht große Ratlosigkeit und daraus Erscheinungen der Desorganisation. Die Bevölkerung ist an Gehorsam nicht gewöhnt, der Administration fehlen erfahrene Vollzugsorgane, alle sehen das Schlechte und wünschen seine baldige Besserung. „Mögen nur die Leute aus dem Posenschen zu uns kommen, sie werden bald Ordnung machen", sagte mir ein Kaufmann und ein gerade anwesender Zollbeamter fügte hinzu: „Vielleicht wird es auch uns selbst inzwischen gelingen, eine Gesundung durchzuführen."

Und diese Gesundung ist sehr notwendig. Der Schleichhandel verbreitet sich im großen Maßstabe und in manchen Ämtern herrscht das Bestechungswesen. Wo man aber nur von solchen Angelegenheiten gehört hat, dort war immer ein Jude im Spiel, oder eine ganze Bande Juden.

Aber vor allem die Armee, sie ist noch nicht genügend bekleidet, sowie mit Waffen und Munition versehen. Der Geist aber, der darin herrscht ist ausgezeichnet. Einer der Offiziere erzählt, daß noch kein Beispiel einer Gehorsamsverweigerung vorgekommen sei. Obgleich die bolschewistische Agitation mittels Flugblätter in die Reihen der Soldaten dringen will, haben ihre Bemühungen gar keinen Erfolg. Der Soldat ist stolz über seine Siege, die er eben erst bei Lemberg und Wilna errungen hat.

Haller wird zu einem großen Nationalhelden. Er ist in jedermanns Munde. Dafür verliert aber Pilsudski an Sympathie ungeachtet seiner letzten Kriegserfolge.....

Inzwischen sieht man auch schon in der Administration immer bessere Aspirationen. Man beginnt den Kampf mit dem Schleichhandel. In den letzten Tagen wurden Revisionen der Läden und jüdischen Lager veranstaltet und eine Menge Lebensmittel, Tuch, Tabak, Leder usw. beschlagnahmt. Die abgenommenen Waren sind sofort dem Militär zur Verfügung gestellt worden.

Sie essen ganz weißes Brot aus Weizenmehl. Von Zeit zu Zeit kommt auch Speck und amerikanisches Schmalz an. Jetzt erhofft man den Transport guten und billigen Schuhwerks aus Amerika.

Alle leben in Erwartung großer historischer Ereignisse. Sie wissen, daß dem Volke eine schwere vieljährige Arbeit bevorsteht, man hört aber überall nur das eine: „Wir werden durchhalten."

„Gazeta Poznanska" (Posen) Nr. 108 vom 11. Mai.

Deutschland vor der Entscheidung. Was uns betrifft, so sind wir der Ansicht, daß die Ostgrenzen Deutschlands zwar ungerecht sind, aber nicht für Deutschland, sondern für Polen. Der Friedensvertrag nimmt uns nämlich solche Kreise ab, in denen wir noch zehntausende von Landsleuten, reinpolnische Dörfer und Kreise haben, die historisch immer zu Polen gehörten. Weiter müssen in Schlesien, welches sich immer polnisch fühlt, bei den Deutschen noch solche Kreise verbleiben wie der Sytzower und der Rampslower. Keine Trauer sollten die Deutschen also verfügen, sondern sie sollten sich freuen, daß sie nach diesem verbrecherischen Krieg, welchen sie mit ihrem „heruntergeworfenen" Wilhelm an der Spitze entfacht haben, von der Hand der Gerechtigkeit nicht so getroffen werden, wie es sein müßte. In Deutschland melden sich verschiedene Stimmen. Was die Deutschen machen werden, ob sie mit den Friedensbedingungen einverstandem sein werden oder nicht, ist noch nicht bekannt. Wenn sie aber gleich den biblischen ausgestoßenen Engeln von Aufgeblasenheit und Trotz aufgehetzt sich aufwiegeln sollten — so würde das vielleicht für uns nicht schlecht sein. Denn dann würde man auch bei uns Schwerter und Bajonette finden, um die gegen die neu entstehende Ordnung der Welt Aufgewiegelten zu zäumen, und würde imstande sein auch diejenigen Landesteile aus dem preußischen Joch zu erlösen, welche die Friedenskonferenz noch außerhalb der festgesetzten polnischen Grenzen läßt.

„Gazeta Poznanska" (Posen) Nr. 111 vom 15. Mai 1919.

Das „Wohlwollen" der Entente für Polen. Wer in den den Deutschen diktierten Friedensbedingungen irgendwelches besondere Wohlwollen der Entente für das mit ihr verbündete Polen sehen will, würde es umsonst suchen. Wir schrieben schon von dem Unrecht, welches großen Gebieten unserer Westmarken zugefügt wurde, worin wir eher ein Wohlwollen für — den geschlagenen deutschen Feind sehen müssen. Dasselbe betrifft die Weichselmündung, Danzig, den Teil Polens, um welchen es jedem Polen am meisten ging.

Man hat dort nicht eine „freie Stadt", sondern einen ganzen freien Staat gebildet, in dem das Deutschtum unteilbar regieren wird. Diese Angelegenheit bespricht Herr Ch. im Krakauer „Glos Narodu" und sagt u. a. folgendes: Könnten die Richter der Entente

uns dieses für uns unschätzbare Stückchen Erde nicht abgeben, welches doch seit 1000 Jahren uns gehört, welches der preußische Bandit uns gestohlen und dessen einheimische Bevölkerung er ausgerottet und national vergewaltigt oder nach seinen rheinischen Bergwerken und Fabriken hinausgetrieben hat! Um eine Handvoll Deutscher, von denen die Hälfte slavische Namen trägt, — die sichtbaren Spuren polnischer Herkunft — nicht der polnischen Macht zu übergeben, hat man das Interesse eines 25 Millionen zählenden Volkes geopfert . . .

Warum hat man also das Interesse des Feindes höher gestellt als das unsrige? Wo ist die Freundschaft für Polen? Was könnte die Entente, indem sie den preußischen Imperialismus liquidierte, im Verhältnis zu uns noch weniger tun, ohne die Schlagworte dem Spotte auszuliefern, welche vier Jahre lang von den großen Männern der Entente ausgesprochen wurden? Wir können doch nicht darum beerdigt werden wie zuzeiten Katharinas in diesem Europa, welches von Wilson verwaltet wird. Wir beginnen ein neues Staatsleben unter folgenden Bedingungen: Die Weichsel wird im wichtigsten Teil ihres Laufes nicht über polnisches Territorium fließen, denn auf ihr rechtes Ufer wird sich Preußen stützen und ihre Mündung wird überhaupt außerhalb des Umfanges unserer Staatsgrenzen liegen. Das Recht des freien Gebrauches der Weichsel seitens der Deutschen aus Ostpreußen bildet auf dieser polnischen Arterie ein Kondominium mit dem Feind. An der Mündung in die Ostsee pflanzt sich an der wichtigsten oder besser einzig und allein für uns wichtigen Stelle der Danziger Staat auf, der faktisch für Polen unabhängig ist und von den Deutschen regiert wird. Durch einen schmalen polnischen Korridor, welcher nach Putzig führt, haben die Preußen linker- und die Preußen rechterseits internationales freies „Transitum" wie im eigenen Hause. Das genügt, um sich als — Bundesgenosse der siegreichen Entente zu fühlen.

Wir erwarten, daß der Kongreß Polen einen Rahmen für die Arbeit geben wird. Wir haben eine Plattform zum kämpfen erobert. Denn wir werden kämpfen um den tatsächlichen Austritt ins Meer, wie zuzeiten der polnischen Könige, bis wir siegen.

„Gazeta Torunska" (Thorn) Nr. 103 vom 15. Mai.

In Sachen der Fußwanderungen. Seine Exzellenz der Erzbischof und Metropolit hat aus dem Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege folgenden Aufruf erhalten:

„Seit dem Zurücktreten der Okkupationsbehörden im Süden und Osten unseres Landes verbreiten sich die Epidemien in diesen Gegenden infolge furchtbarer Lebensmittel- und sanitären Verhältnisse in schrecklichster Weise. Die Ländereien am Bug sind vom Flecktyphus heimgesucht. In manchen Orten verfallen bis 50 Prozent der Bevölkerung dieser Krankheit, es sind auch schon bereits die Pocken erschienen, im Sommer ist die Ruhr, vielleicht auch die Cholera zu erwarten.

Das Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege, in Sorge für das Wohlergehen des ganzen Landes, macht alle möglichen Anstrengungen, um die Epidemie zu lokalisieren und sie durch Reisende nicht übertragen zu lassen nach Bezirken, welche noch nicht so stark ergriffen worden sind.

Angesichts des bevorstehenden Frühlings, wenn ein allgemeiner Verkehr der Fußwanderer nach der Jasna Gora beginnt, der seitens der Okkupanten 4 Jahre lang unterdrückt wurde, droht dem Lande eine furchtbare Gefahr der Verbreitung dieser erschreckenden Krankheit bis zum Umfange der mittelalterlichen Epidemien.

Um möglichst gute sanitäre Zustände für die Fußwanderer zu schaffen, wird in Czenstochau auf Veranlassung des Ministeriums für öffentliche Gesundheitspflege und unter Mitwirkung des Priors von Jasna Gora ein Komitee zum Schutze der Wanderer errichtet. Das Ministerium hofft, daß im nächsten Jahre die Fußwanderungen ohne Befürchtung massenweiser Übertragung der Epidemie werden stattfinden können.

Es wäre erwünscht, daß auch die Feier des Jubiläumsjahres auf der Jasna Gora bis zu diesem Zeitpunkte verlegt werde.

Am 21. März d. J. fand in Czenstochau eine Sitzung der Vertreter der Geistlichkeit

mit dem Weihbischof und mit dem Prior an der Spitze sowie unter Anteilnahme der medizinischen Gesellschaft, der Kreis- und städtischen Behörden und wichtiger Vertreter der Gesellschaft, statt um ein Komitee zum Schutze der Fußwanderer zu wählen. Die Versammelten faßten einstimmig folgenden Beschluß:

„Angesichts der kläglichen sanitären Zustände im Lande, sowie angesichts der herrschenden Flecktyphusepidemie und voraussichtlich eintretenden Cholera- und Ruhrepidemie ist die Geistlichkeit zu bitten, nach Verständigung mit dem Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege eine möglichst umfangreiche Aktion vorzunehmen, um die Fußwanderungen in diesem Jahre einzustellen."

Weiter teilt die Zeitung mit, daß der Erzbischof mit Rücksicht auf diese vorstehende Mitteilung des Ministeriums allen Geistlichen anbefohlen habe, sich an die Wünsche des Ministeriums zu halten.

„Gonicc Wielkopolski" (Posen) Nr. 110 vom 14. Mai.

Der polnische Seehandel. Der „Dziennik Zwiekowy", welcher in Chicago erscheint, berichtet, daß in New-York eine „Gesellschaft zur Anbahnung polnischer Schiffahrt" gegründet worden sei, und zwar mit einem Grundkapital von 3 Millionen Dollar sowie mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Dollar.

Die Zusammenstellung des polnischen Landtages. Im polnischen Landtage sind die Sitze folgendermaßen verteilt: 129 Landwirte, 18 Arbeiter, 14 Handwerker, 14 Gutsbesitzer, 16 Publizisten, Schriftsteller und Journalisten, 17 Beamte, 9 Kaufleute und Industrielle, 6 Ärzte, 10 Ingenieure, 28 Geistliche, 27 Juristen, 10 Professoren, 19 Mittelschullehrer, 6 Volksschullehrer, 14 freie Berufe. Zusammen 333 Abgeordnete.

2. Ausländische Presse

Der „Daily Mail"-Korrespondent Williams sendet seinem Blatt einen umfangreichen Bericht aus Beuthen in Oberschlesien, in dem er seine Feststellungen an Ort und Stelle zu folgenden drei Punkten präzisiert:

1. Die volle Erkenntnis der Friedensbedingungen hat das Nationalgefühl einigermaßen geweckt; das allgemeine nationale Empfinden des heutigen Tages ist durchaus gegen den Versailler Frieden gerichtet.

2. Deutschland findet nur langsam Männer, auf die es sich verlassen kann.

3. Schlesien, mindestens aber Oberschlesien würde die Aufnahme des Kampfes einer freiwilligen Unterwerfung unter fremde Herrschaft vorziehen.

Es ist eine weltentlegene Ecke, sagt der Korrespondent, fügt aber hinzu, daß diese verborgene Ecke bald das Sturmzentrum des Weltfriedens werden dürfte. Schon verschiedene epochemachende Ereignisse der Geschichte Preußens haben dort begonnen. Der Korrespondent beschreibt dann eine Parade des preußischen Militärs, die er von seinem Balkon aus beobachtet hat. Er erwähnt dabei den einarmigen General Hofer, der den ersten Gegenangriff gegen die Engländer bei Cambrai geführt hat und schildert die diesem General bereiteten Ovationen. Dann gibt der Korrespondent eine Charakteristik des jetzigen Oberkommissars von Oberschlesien Otto Hörsing, den er als den Noske jener Gegend bezeichnet. Hörsing reise mehrere Male in der Woche in einem Wagen dritter Klasse im überfüllten Abteil nach Berlin, um der Regierung seine Vorschläge zu unterbreiten. Hörsing hat eine Armee organisiert und General Hofer an deren Spitze gesetzt. Fürst Henckel v. Donnersmarck, einer der großen Namen des alten Regimes, arbeitet unter ihm, und nimmt seine Befehle in Empfang. Er steht jetzt in engem Kontakt mit den Kommissaren von Posen und Westpreußen. Diese Leute sind Bureaukraten alten Stils. Trotzdem werden sie aber schließlich doch Hörsings Plänen und Befehlen bereitwillig Folge leisten.

(„Kreuzztg." v. 21. Mai Nr. 245.)

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 14	Verantwortlich: **Carl Georg Bruns** Schriftleitung: **Bromberg, Welhienplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	11. Juni 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Die deutschen Gegenvorschläge. Die Marienburger Entschließung der deutschen Volksräte. Was hat der deutsche Arbeiter im künftigen Polen zu erwarten? — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die deutschen Gegenvorschläge

Wir bringen nachstehend im Wortlaut die Teile der deutschen Gegenvorschläge zu den Friedensbedingungen der Entente, die sich auf die Ostfragen beziehen. Ausführungen über die Ostfragen finden wir an drei verschiedenen Stellen des deutschen Gesamtwerkes. Einmal in den allgemeinen Bemerkungen zu den feindlichen Friedensbedingungen, ferner in dem eigentlichen deutschen Vorschlag und hier wieder getrennt in den allgemeinen Ausführungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und in den Ausführungen über die Landesteile im einzelnen und schließlich in der sogenannten Mantelnote. Bei der Stellungnahme zum Inhalt der deutschen Gegenvorschläge wird man davon ausgehen müssen, daß die deutsche Regierung von den 14 Punkten Wilsons als einer festen Rechtsgrundlage ausgeht. Soweit von seiten der Ostmarkdeutschen gegen die deutschen Vorschläge Einwände erhoben werden müssen, beruht dies auf dem Umstand, daß die im wesentlichen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker operierenden vierzehn Punkte Wilsons dem eigenartigen Problem der Ostmark voll gerecht zu werden nicht in der Lage sind. Hat man einmal erkannt, daß es sich bei der Lösung des Ostmarkenproblems nicht darum handeln kann, ob zugunsten der Polen oder zugunsten der Deutschen entschieden werden soll, sondern daß die Frage gestellt werden muß: wie werden die Gesamtinteressen der Ostmarken am besten gewahrt; dann wird man die im deutschen Gegenvorschlag vorgenommene Teilung der Ostmark in Gebiete, die abgetreten werden können und solche, die es nicht können, für dem Wesen der Ostlage nicht gerecht werdend beurteilen müssen. Diese falsche Einstellung zum Ostmarkenproblem geht aber bereits weiter zurück, und es kann sich zurzeit nur darum handeln, Stellung zu nehmen zu der Frage, ob von der von der deutschen Regierung nun einmal angenommenen Grundlage aus die deutschen Gegenvorschläge die berechtigten Interessen der Ostmarken wahren.

Leider ist infolge der Kürze der für die Abfassung der deutschen Antwort zur Verfügung stehenden Zeit der innere Zusammenhang zwischen den verschiedenen Teilen der deutschen Gesamtantwort nicht so klar, daß nicht einzelne Punkte bei böswilliger Auslegung einer irrtümlichen Auffassung fähig wären. Um so mehr ist es nötig, den tatsächlichen Sinn des deutschen Gegenvorschlages klar herauszustellen.

Wie schon erwähnt, macht der deutsche Gegenvorschlag einen grundsätzlichen Unterschied zwischen solchen Gebieten, die unter bestimmten Voraussetzungen abgetreten werden können und solchen, die es nicht können. Zu den letzteren gehören Gebiete, wie Oberschlesien, sämtliche nach den Bedingungen der Entente abzutretenden Teile Ostpreußens, die unzweifelhaft deutschen Teile Posens und Westpreußens, bei Westpreußen insbesondere alle Gebiete, die zur Bewahrung des territorialen Zusammenhanges zwischen Ostpreußen und dem Reich erforderlich sind. Leider kommt der Standpunkt der Unabtretbarkeit bei Oberschlesien stärker zum Ausdruck als bei den übrigen Gebieten. Und es kann dadurch leicht der Eindruck entstehen, als bewerte die Regierung die einzelnen Landesteile verschieden. Es muß demgegenüber mit aller Schärfe hervorgehoben werden, daß eine unterschiedliche Bewertung unzweifelhaft deutschen Gebietes aus dem Gesichtspunkt der größeren oder geringeren wirtschaftlichen Bedeutung des betreffenden Gebietes für das deutsche Reich von den Ostmarkdeutschen auf das Schärfste zurückgewiesen werden muß. Es darf aber angenommen werden, daß dieser Anschein nur durch die Art der Redaktion des deutschen Gegenvorschlages entsteht, und daß er nicht der Ausdruck einer in der Regierung bestehenden Auffassung ist.

Lehnt die Regierung für die vorerwähnten Gebiete jede Abtretung von vornherein ab, so erklärt sie sich bereit, in anderen Teilen der Provinz Posen und Westpreußen in eine Abtretung grundsätzlich einzuwilligen, soweit diese Gebiete unbestreitbar polnischen Charakter tragen. In diesen Gebieten soll dann aber eine gemeindeweise Volksabstimmung entscheiden, ob das betreffende Gebiet beim deutschen Reich bleibt, oder ob es an Polen abgetreten wird. Bei der Grenzfestsetzung soll darauf Bedacht genommen werden, daß aus dem Abstimmungsgebiet nicht mehr Deutsche unter die Herrschaft Polens kommen, als Polen unter deutsche Herrschaft. Enklaven sollen gegeneinander ausgetauscht werden.

Daß diese Vorschläge dem berechtigten Wunsch des Ostmark-Deutschtums voll gerecht werden, kann man nicht sagen. Man wird zum mindesten eine Forderung an die Regierung richten müssen: Diese Zugeständnisse sind das äußerste Maß, das von der Grundlage der vierzehn Punkte Wilsons zugebilligt werden kann. Ein Handeln über diese Grenze hinaus muß grundsätzlich zurückgewiesen werden. Geht die Entente auf dieses äußerste Maß von Zugeständnissen nicht ein, dann hat sie damit endgültig die Rechtsgrundlagen, die die deutsche Regierung bisher noch als gegeben annimmt, verlassen. Dann müßten auch wir diese Grundlage verlassen und das Problem der Ostmark so lösen, wie es allein gelöst werden kann, nämlich als das Problem eines einheitlichen, unteilbaren, durch die Art seiner gemischten Bevölkerung nur in besonderer Weise zu behandelnden Landes.

Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Auch heute gilt die gleiche Parole wie bei Bekanntwerden der Friedensbedingungen: Mit klarem Kopf und hartem Willen die Entwicklung verfolgen und zu allem bereit sein.

Es folgt nunmehr der Wortlaut:

Allgemeine Bemerkungen

. . . .

Andererseits ist es mit der Idee der nationalen Selbstbestimmung unvereinbar, wenn 2½ Millionen Deutsche gegen ihren Willen von ihrem Heimatstaate losgerissen werden. Durch die beabsichtigte Grenzführung wird über rein deutsche Territorien zugunsten der polnischen Nachbarn verfügt. So sollen von den mittelschlesischen Kreisen Guhrau und Militsch Teile abgerissen werden, in denen neben 44900 Deutschen höchstens 3700 Polen wohnen. Dasselbe gilt von den Städten Schneidemühl und Bromberg, von denen die letztere höchstens 18 Prozent polnische Einwohner hat, während im Landkreise Bromberg die Polen auch noch nicht 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Von dem jetzt Polen zugewiesenen Netzedistrikt hat Wilson in seinem Buche „The State, elements of historical and practical politics“ in Kapitel 7: The Governments of Germany, Seite 255, ausdrücklich anerkannt, daß es sich um ein durchaus deutsches Gebiet handle.

Die Grenzziehung zwischen Polen einerseits, Mittelschlesien, Brandenburg und Westpreußen andererseits, ist aus strategischen Gründen vorgenommen. Diese sind aber im Zeitalter eines durch den Völkerbund international geschützten Besitzstandes schlechterdings unhaltbar. Wie willkürlich die in bezug auf den Osten gezogenen Grenzen in jeder Beziehung sind, ergibt sich auch daraus, daß die oberschlesischen Kreise Leobschütz und Ratibor dem tschecho-slowakischen Staate zugewiesen werden, obgleich Leobschütz 7,6 Prozent, Ratibor 39,7 Prozent tschechisch-mährische Bevölkerung hat. Auch die Abgrenzung der Bezirke im südlichen Ostpreußen umfaßt rein deutsche Kreise, wie Angerburg und Oletzko. Am krassesten zeigt sich diese Nichtachtung des Selbbestimmungsrechts darin, daß Danzig vom Deutschen Reiche getrennt und zum Freistaate gemacht werden soll. Weder geschichtliche Rechte noch der heutige ethnographische Besitzstand des polnischen Volkes können gegenüber der deutschen Geschichte und dem deutschen Charakter dieser Stadt in Frage kommen. Ein freier Zugang zum Meer, der die wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens befriedigt, kann durch völkerrechtliche Servituten, durch Schaffung von Freihäfen gesichert werden.

. . . .

Territoriale Fragen

1. Selbstbestimmung der Bevölkerung.

A. Kein Gebiet darf von Deutschland abgetrennt werden, dessen nationale Zugehörigkeit durch jahrhundertelange, konfliktlose Vereinigung mit dem deutschen Staatswesen unbestreitbar bewiesen ist, oder soweit dies nicht zutrifft, dessen Bevölkerung sich nicht mit der Abtrennung einverstanden erklärt hat. Diese Grundsätze stehen im Einklang mit der von beiden Parteien angenommenen Rechtsgrundlage für die Ordnung der territorialen Fragen, die in den nachstehend nochmals wiedergegebenen vier Punkten der Kongreßrede des Präsidenten Wilson vom 11. Februar enthalten ist:

Die anzuwendenden Grundsätze sind die folgenden:

1. „daß jeder Teil der schließlichen Auseinandersetzung auf der dem betreffenden Fall innewohnenden Gerechtigkeit und solchen Adjustierungen aufgebaut sein muß, bei denen die Herbeiführung eines Friedens von Dauer das Wahrscheinlichste ist,

2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Souveränität zur andern verschachert werden dürfen, gerade als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären, sei es auch in dem nun für immer diskreditierten Spiel des Mächtegleichgewichts, sondern

3. daß jede durch diesen Krieg aufgeworfene territoriale Regelung im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerung getroffen werden muß und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder eines Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten, und

4. daß allen klar umschriebenen nationalen Bestrebungen die weitgehendste Befriedigung gewährt werden soll, die ihnen gewährt werden kann, ohne neue Elemente von Zwist und Gegnerschaft zu schaffen, oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stören würden."

Außerdem kommt hierbei noch Punkt 2 der Rede des Präsidenten Wilson in Mount Vernon vom 4. Juli 1918 in Betracht, welcher bestimmt: „Die Regelung aller Fragen, mögen sie Staatsgebiet, Souveränität, wirtschaftliche Vereinbarungen oder politische Beziehungen betreffen, auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung seitens des dadurch unmittelbar betroffenen Volkes und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteils irgend einer anderen Nation oder irgend eines anderen Volkes, das um seines äußeren Einflusses oder seiner Vorherrschaft willen eine andere Regelung wünschen könnte."

Hieraus folgt, daß

1. die Abtretung von Gebieten wie Oberschlesien, das seit 1163 dem deutschen Staatswesen angehört, oder wie das Saargebiet, das von kurzen, auf kriegerischer Gewalt beruhenden Ausnahmen abgesehen, nie einer nichtdeutschen Souveränität unterworfen war, nicht gefordert werden kann;

2. in Fällen, wo Deutschland in Gebietsabtretungen willigen kann, mindestens eine Volksabstimmung nach Gemeinden vorausgehen muß. Bei dieser Abstimmung sollen alle über zwanzig Jahre alten Angehörigen des Deutschen Reiches stimmberechtigt sein, und zwar sowohl Männer wie Frauen. Wahlberechtigt sind nur solche Personen, die in den Gemeinden ihren Wohnsitz haben und bereits ein Jahr vor Friedensschluß hatten. Die Wahl muß streng geheim und ihr ordnungsmäßiger Verlauf sichergestellt sein. Die Sicherstellung kann nur dadurch erreicht werden, daß alle Truppen aus den strittigen Gebieten entfernt und die Abstimmung selbst, sowie die Verwaltung des Gebietes bis zur Abstimmung unter die Kontrolle einer neutralen Behörde, bestehend aus Angehörigen der Staaten Dänemark, der Niederlande, Norwegen, Schweden, der Schweiz oder Spanien gestellt wird. Ergeben sich Enklaven, so sind sie gegen einander auszutauschen. Bei der Grenzfestsetzung ist darauf Bedacht zu nehmen, daß aus dem Abstimmungsgebiet nicht mehr deutsche Staatsangehörige unter die Herrschaft des erwerbenden Staates gelangen, als Angehörige dieses Staates unter deutsche Herrschaft. Es dürfen keinerlei materielle Vorteile zur Beeinflussung der Abstimmung versprochen werden, insbesondere sind Versprechungen über etwaige Befreiung von materiellen Lasten für den Fall, daß ein deutsches Gebiet an einen anderen Staat übergeht, unzulässig. Die Freiheit der Abstimmung schließt in sich, daß eine Bestrafung wegen einer aus der Abstimmung bezüglichen Betätigung ausgeschlossen bleibt. Die Abstimmung selbst darf nur nach Friedensschluß und nach Rückkehr geordneter Verhältnisse stattfinden, gegebenenfalls ist der Zeitpunkt durch den Völkerbund festzusetzen.

B. Deutschland tritt allgemein für den

Schutz der nationalen Minderheiten

ein. Dieser Schutz wird am zweckmäßigsten im Rahmen des Völkerbundes zu regeln sein. Jedoch müssen deutscherseits bereits im Friedensvertrag bestimmte Sicherungen für diejenigen deutschen Minderheiten verlangt werden, die durch Abtretung unter fremde Staatshoheit gelangen. Diesen Minderheiten ist die Pflege ihrer deutschen Art zu ermöglichen, insbesondere durch Einräumung des Rechtes, deutsche Schulen und Kirchen zu unterhalten und zu besuchen, sowie deutsche Zeitungen erscheinen zu lassen. Erwünscht wäre es, wenn noch weitergehend eine kulturelle Autonomie auf Grund nationaler Kataster geschaffen würde. Deutschland ist seinerseits entschlossen, fremdstämmige Minderheiten auf seinem Gebiet nach den gleichen Grundsätzen zu behandeln.

C. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht ein Grundsatz sein, der nur zu Ungunsten Deutschlands Anwendung findet. Er muß vielmehr in allen Staaten gleichmäßig gelten und insbesondere auch dort angewendet werden, wo deutschstämmige Bevölkerung den Anschluß an das deutsche Reichsgebiet wünscht. . . . .

7. Ostfragen.

Deutschland hat sich damit einverstanden erklärt, daß ein unabhängiger polnischer Staat errichtet wird, „der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen sollte".

Durch die in Artikel 27 und 28 vorgesehene Regelung der territorialen Fragen im Osten werden dem polnischen Staat mehr oder minder große Teile der preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien zugeteilt, die nicht von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnt werden.

Unbekümmert um ethnographische Gesichtspunkte werden zahlreiche ganz deutsche Städte, weite rein deutsche Landstrecken zu Polen geschlagen, nur damit

Polen günstige militärische Grenzen gegen Deutschland oder wichtige Eisenbahnknotenpunkte erhält. Unterschiedslos werden Gebiete, die in verschiedenen Jahrhunderten von Polen losgelöst sind, oder in denen es überhaupt nie geherrscht hat, jetzt ihm zugesprochen. Die Annahme der vorgeschlagenen Regelung würde deshalb eine Vergewaltigung von großen, unbestreitbar deutschen Gebieten bedeuten. Eine solche Regelung würde außerdem den Wilsonschen Grundsätzen widersprechen, daß bei Ordnung der nationalen Fragen vermieden werden soll, „neue Elemente des Zwistes und der Gegnerschaft zu schaffen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stören werden".

A. Oberschlesien.

Das gilt insbesondere zunächst für Oberschlesien. Die vorgesehene Abtrennung des größten Teiles dieses Gebietes stellt einen durch nichts zu rechtfertigenden Einbruch in das geographische und wirtschaftliche Gefüge des Deutschen Reiches dar.

Oberschlesien ist seit 1163 außer jedem Zusammenhang mit dem polnischen Reich. Es gibt in Oberschlesien keine nationalpolnischen Traditionen oder Erinnerungen. Von polnischer Vorzeit und polnischer Geschichte weiß der Oberschlesier nichts. An den polnischen Freiheitskämpfen hat der Oberschlesier sich nicht beteiligt. Er stand vielmehr diesen Bewegungen fremd und teilnahmslos gegenüber. Für die Abtretung Oberschlesiens kann Polen keinerlei Rechtsansprüche geltend machen, namentlich nicht solche, die sich auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson stützen. Die für Polen geforderten Gebiete Oberschlesiens werden nicht von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnt. Dementsprechend gaben über die bisherige Haltung der Bevölkerung die Wahlen von 1903 und 1907 zum Reichstag deutlich Ausdruck. Vor 1903 ist überhaupt kein polnischer Abgeordneter gewählt worden. Im Jahre 1907 erhielten bei der allgemeinen gleichen direkten und vollkommen geheimen Reichstagswahl die Polen 115 090 Stimmen, die Deutschen 176 287 Stimmen, im Jahre 1912 die Polen 93 029 und die Deutschen 210 100 Stimmen. Bei den Wahlen zu den Nationalversammlungen des Reiches im Jahre 1919, an denen alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts in allgemeiner gleicher direkter und streng geheimer Wahl gewählt haben, hatten die Polen Wahlenthaltung proklamiert. Es haben trotzdem fast 60 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt und zwar die aufgestellten deutschen Kandidaten. Da bei den deutschen Wahlen erfahrungsgemäß etwa 10 Prozent der Wähler aus äußerlichen Gründen verhindert sind, können die Polen höchstens etwa ein Drittel der wahlberechtigten Stimmen für sich in Anspruch nehmen.

Auch nach dem Zusammenbruch der deutschen Macht fehlten nicht Anzeichen für den vorwiegend deutschen Charakter Oberschlesiens. Auf Grund der neuen Bestimmungen konnten die Eltern von 250000 Schulkindern sich entscheiden, ob sie ihre Kinder in deutscher, polnischer oder mährischer Sprache unterrichten lassen wollten. Es haben sich die Eltern von nicht ganz 22 Prozent der Schulkinder für den Unterricht in nichtdeutscher Sprache erklärt. Die polnische Sprache (das Hochpolnische) ist nicht die Sprache des einen polnischen Dialekt (wasserpolnisch) sprechenden Oberschlesiers. Dieser Dialekt, den neben Deutsch ein erheblicher Teil der Oberschlesier spricht, ist eine deutschpolnische Mischsprache, die niemals Schriftsprache und niemals Urkundensprache gewesen ist. Sie stellt kein Kennzeichen der Nationalität dar, namentlich zum deutschen Nationalbewußtsein. Der Anteil der mährischen (tschechoslowakischen) Bevölkerung beträgt nach der letzten Volkszählung im Kreise Ratibor 39,7 Prozent, im Kreise Leobschütz nur 7,6 Prozent. Es kann also auch in diesen beiden Kreisen von einer überwiegend tschechoslowakische Bevölkerung nicht gesprochen werden.

Oberschlesien verdankt seine ganze Entwicklung in geistiger und kultureller Beziehung deutscher Arbeit. Die Vertreter und Führer der Kunst und Wissenschaft, die Führer des wirtschaftlichen Lebens im Handel und Gewerbe, in Landwirtschaft

und Industrie sind ausnahmslos Deutsche, ebenso die Arbeiterführer und die Leiter der Gewerkschaften.

Deutschland kann Oberschlesien nicht entbehren. Polen dagegen hat Oberschlesien nicht nötig. Das wichtigste Produkt Oberschlesiens ist die Kohle. Die Kohlenförderung Oberschlesiens betrug im letzten Jahre 43½ Millionen Tonnen, d. h. rund 23 Prozent der gesamten deutschen Steinkohlenförderung von 190 Millionen Tonnen. Die Abtretung Oberschlesiens an Polen würde nicht nur den industriellen Niedergang Oberschlesiens, sondern sehr schwere Nachteile wirtschaftlicher Art für Deutschland mit sich bringen. Die oberschlesische Steinkohle hat bis jetzt die gesamte Industrie Ostdeutschlands, soweit sie nicht von der Ostsee aus mit Kohlen aus England oder Rheinland-Westfalen beliefert wurde, versorgt, ebenso Teile Süddeutschlands und Böhmen und zwar außer der Industrie die Gasanstalten und Haushaltungen. (Insgesamt sind über 25 Millionen Menschen mit oberschlesischen Steinkohlen versorgt worden). Fällt Oberschlesien an Polen, so ist diese Voraussetzung aufs äußerste gefährdet.

Der polnische Steinkohlenbedarf betrug im Frieden zuletzt etwa 10½ Millionen Tonnen, während die polnische Kohlenförderung aus dem nicht Oberschlesien angrenzenden Polnischen Kohlenwerk 6,8 Millionen Tonnen betrug. Von dem Fehlbetrag wurden 1½ Millionen Tonnen aus Oberschlesien, der Rest aus den Gruben aus dem jetzigen Tschecho-Slowakien eingeführt. Die Versorgung der Polen mit Kohlen, abgesehen von gewissen Spezialkohlen, würde sich aus den eigenen Kohlenfeldern ohne weiteres bewirken lassen, insbesondere wenn Polen seine Gruben, die zum Teil noch nicht rationell ausgebaut sind, genügend ausnützt. Dazu kommt, daß Polen durch die Erwerbung Galiziens einen weiteren reichen Zuwachs an Bodenschätzen erhält. Insbesondere trifft dies für die neuerdings in Westgalizien festgestellten Kohlenvorkommen zu.

Die Abtretung Oberschlesiens an Polen liegt nicht im Interesse der oberschlesischen Bevölkerung. Die Lebensverhältnisse sind namentlich auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und der sozialen Fürsorge in Oberschlesien unvergleichlich besser als im benachbarten Polen, wo die Gesetzgebung zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung erst schwache Anfänge zeigt.

Die Abtretung Oberschlesiens an Polen ist auch nicht im Interesse der übrigen Staaten Europas und der Welt, denn sie schafft zweifellos neue Elemente voll Zwist und Gegnerschaft. Die Fortnahme Oberschlesiens würde Deutschland eine niemals heilende Wunde schlagen und die Wiedergewinnung des verlorenen Landes würde von der ersten Stunde des Verlustes an der glühende Wunsch eines jeden Deutschen sein. Das würde den Frieden Europas und der Welt schwer gefährden. Es liegt im eigensten Interesse der alliierten und assoziierten Mächte, Oberschlesien bei Deutschland zu belassen, denn Verpflichtungen aus dem Weltkrieg kann Deutschland höchstens mit, niemals aber ohne Oberschlesien erfüllen. Schon aus diesem Grunde vermag Deutschland in eine Abtretung Oberschlesiens nicht zu willigen.

B. Posen.

Auch die Provinz Posen kann in ihrer Gesamtheit nicht als ein von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohntes Gebiet angesehen werden. Weite Teile der Provinz Posen wurden seit mehreren hundert Jahren von einer überwiegend deutschen Bevölkerung bewohnt; außerhalb dieser Gebiete gibt es Enklaven gleicher Art. Soweit aber die Provinz unbestreitbar polnischen Charakter trägt, wird das Deutsche Reich seinen aus der Annahme der Wilsonschen Grundsätze sich ergebenden Verpflichtungen nachkommen und in die Abtretung dieser Gebiete willigen. Die Vorschläge der Gegner über die Grenzführung gehen, wie jederzeit dargelegt werden kann, nicht von dem Gesichtspunkt der Nationalität, sondern von dem der strategischen Vorbereitung eines Angriffs auf deutsche Gebiete aus. Solche Rücksichten können aber keine Rolle spielen, wenn die zukünftigen Beziehungen Deutschlands und Polens unter die Regeln des Völkerbundes fallen sollen.

C. Westpreußen.

Fast die ganz Provinz Westpreußen bis auf einige Kreise in Ost und West soll Polen zugeschlagen werden. Selbst ein Teil von Pommern soll ohne die geringste ethnographische Berechtigung von Deutschland losgerissen werden. Westpreußen ist altes deutsches Land; der deutsche Orden hat ihm für alle Zeiten deutschen Charakter aufgeprägt; die dreihundert Jahre polnischer Herrschaft haben zwar den polnischen Einschlag verstärkt, sind aber sonst fast spurlos an ihm vorübergegangen. Auch nach Abzug der nach dem Friedensentwurf deutsch bleibenden Kreise im Osten und Westen ist die deutsche Bevölkerung in den unmittelbar oder mittelbar Polen zugedachten Teilen Westpreußens den Polen und den mit ihnen keineswegs identischen Kaschuben an Zahl mehr als gewachsen. (Etwa 744000 Deutsche gegen 580000 Polen und Kaschuben.) An wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedeutung — Momente, auf die sich die Polen in ihren östlichen Grenzmarken ihrerseits gegenüber den Ukrainern und Litauern beziehen — ist die deutsche der polnischen und kaschubischen Bevölkerung weit überlegen. —

Die Abtretung des größten Teiles von Westpreußen würde Ostpreußen völlig vom Deutschen Reiche trennen. Das würde ebensowenig mit dem Wilsonschen Programm übereinstimmen, wie mit den Lebensnotwendigkeiten der kerndeutschen Bevölkerung Ostpreußens und des übrigen deutschen Volkes. Soweit, abgesehen von dem Verbindungsweg mit Ostpreußen, der unbedingt für Deutschland erhalten bleiben muß, westpreußische Gebietsteile unzweifelhaft polnisch besiedelt sind, ist Deutschland bereit, sie an Polen abzutreten.

D. Danzig.

Insbesondere steht die in den Artikeln 100—108 verlangte Preisgabe der reindeutschen Handelsstadt Danzig und ihrer ebenfalls reindeutschen Umgebung in schroffstem Gegensatz zu allen in den Erklärungen des Präsidenten Wilson gegebenen Zusicherungen. Danzig wies nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 eine verschwindend polnisch sprechende Minderheit von 3,5 Prozent auf, der Kreis Danziger Niederung 1 Prozent, der Kreis Marienburg 3 Prozent, auch der Kreis Danziger Höhe hatte nur 11 Prozent. Selbst die Polen bestreiten nicht ernstlich, daß Danzig stets deutschen Charakter gehabt hat. Der Versuch, Danzig zu einer „Freien Stadt" zu machen, seine Verkehrswege und die Vertretung seiner Rechte nach außen dem polnischen Staat auszuliefern, würde zu heftigem Widerstand und zu einem dauernden Kriegszustand im Osten führen. Dabei sind die wirtschaftlichen Maßnahmen so getroffen, daß für Danzig jeder Verkehr mit Deutschland aufs äußerste erschwert wird — offenbar zu dem Zweck, dieses rein deutsche Gebiet im Laufe der Zeit durch wirtschaftlichen Druck zu polonisieren. Die deutsche Regierung muß darum die beabsichtigte

nationale Vergewaltigung Danzigs

ablehnen und die Forderung erheben, Danzig und Umgegend beim Deutschen Reich zu belassen.

Mit der Annahme des Punktes 13 der Rede des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 hat Deutschland sich einverstanden erklärt, daß dem zu schaffenden Polenstaat „ein freier und sicherer Zugang zum Meere zugesichert werden soll". Die deutsche Regierung tat dies in Kenntnis der Ansprache des Präsidenten Wilson an den Senat vom 22. Januar 1917, in der es heißt: „Außerdem sollte, soweit wie irgend durchführbar, jedem Volke, das jetzt um die volle Entwicklung seiner Mittel und seiner Macht kämpft, ein direkter Zugang zu den großen Verkehrsstraßen des Meeres zugebilligt werden. Wo dies nicht durch Abtretung von Territorium geschehen kann, kann es zweifellos durch Neutralisierung direkter Wegerechte unter der allgemeinen Friedensbürgschaft geschehen. Bei gerechten Vereinbarungen dürfte kein Volk vom freien Zutritt zu den offenen Straßen des Welthandels ausgeschlossen bleiben."

Die deutsche Regierung ist nach diesen Grundsätzen zur Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtung, Polen einen freien und sicheren Zugang zum

Meere zu gewähren, bereit, die Häfen von Memel, Königsberg und Danzig zu Freihäfen auszugestalten und in diesen Häfen Polen weitgehende Rechte einzuräumen. Durch eine entsprechende Vereinbarung könnte dem polnischen Staatswesen jede Möglichkeit zur Errichtung und Benutzung der in Freihäfen erforderlichen Anlagen (Docks, Anlegestellen, Schuppen, Kais usw.) vertraglich gesichert werden. Auch ist die deutsche Regierung bereit, durch ein besonderes Abkommen mit dem polnischen Staat hinsichtlich der Benutzung der Eisenbahnen zwischen Polen und anderen Gebieten des ehemaligen russischen Reiches einerseits und den Häfen von Memel, Königsberg und Danzig andererseits jede erforderliche Sicherheit gegen Differenzierung in den Tarifen und in der Art der Benutzung zu geben. Die Voraussetzung wäre jedoch, daß auch auf den polnischen und den unter polnischem Einfluß stehenden Eisenbahnen Deutschland in der gleichen Beziehung die Gegenseitigkeit und die gleichen Vergünstigungen für die Durchfuhr durch Polen, Litauen und Lettland zugesagt werden. Die etwa durch die Mitwirkung der Polen zustandegekommenen Tarife müßten insofern eine Ausnahmestellung einnehmen, als sie nicht zur Verallgemeinerung auf das übrige deutsche Eisenbahnnetz seitens der alliierten und assoziierten Regierungen herangezogen werden dürfen.

Ferner würde die deutsche Regierung bereit sein, die von Polen, Litauen und Lettland durch Ost- und Westpreußen zur Ostsee führenden schiffbaren Wasserstraßen unter weitgehenden Sicherungen zur freien Benutzung und zum freien Durchgangsverkehr den Polen zur Verfügung zu stellen. Die Gegenseitigkeit der Leistungen von polnischer Seite ist ebenfalls Voraussetzung.

Bezüglich der Weichsel wird auf die Ausführungen über die Binnenschiffahrt verwiesen.

E. Ostpreußen.

Ostpreußen mit etwa 1½ Millionen deutscher Bevölkerung soll vom Deutschen Reiche territorial losgelöst und wirtschaftlich völlig in die Hand Polens gegeben werden. Es muß verkümmern und schließlich Polen zufallen. Das kann Deutschland niemals zugeben.

Im südlichen Ostpreußen wird das Vorhandensein einer Bevölkerung von nichtdeutscher Muttersprache benutzt, um in diesen Bezirken eine Abstimmung zu fordern. (Art. 94 und 95.) Diese Bezirke werden indes nicht von einer unbestritten polnischen Bevölkerung bewohnt. Der Umstand, daß in einzelnen Gegenden sich die deutsche Sprache nicht erhalten hat, kann keine Rolle spielen, da diese Erscheinung selbst in den ältesten Einheitsstaaten zu beachten ist; es sei auf die Bretonen, Walliser und Basken verwiesen. Die gegenwärtige Grenze Ostpreußens liegt seit etwa 500 Jahren fest. Die fraglichen Teile der Provinz haben allergrößtenteils nie zu Polen oder Litauen gehört. Ihre Einwohner stehen den außerhalb der deutschen Grenzen befindlichen Völkerschaften infolge einer seit Jahrhunderten verschiedenen Geschichte, einer anders gearteten Kultur und eines anderen religiösen Bekenntnisses fremd gegenüber. Diese Bevölkerung hat, von einer Gruppe landfremder Agitatoren abgesehen, ein Verlangen nach Lostrennung von Deutschland niemals geäußert, und ein Grund, die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Gebiete zu ändern, liegt deshalb nicht vor.

Das gleiche gilt in Westpreußen für die Kreise Stuhm, Marienburg, Marienwerder und Rosenberg. Der Kreis Marienburg hat 98 Prozent Deutsche, der Kreis Marienwerder rechts der Weichsel ist ebenfalls rein deutsch. Rosenberg hat 93,7 Prozent Deutsche. Es gibt in Polen Kreise, in denen der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung höher ist, als z. B. der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung im Kreise Rosenberg. Das Vorhandensein sehr kleiner Minoritäten ist nach dem Programm des Präsidenten Wilson kein Grund zur Anzweifelung des nationalen Charakters eines Gebietes. Andernfalls würde das Programm zur Auflösung eglicher Staatsord nung führen.

. . . . .

7. Deutsche Sicherungen in den abzutretenden Gebieten des Ostens.

Werden im Friedensvertrag deutsche Gebiete an Polen abgetreten, so liegt dem deutschen Reiche der Schutz seiner bisherigen Angehörigen deutscher Zunge in diesen Gebieten ob. Diese Pflicht wiegt um so schwerer, als die Polen sich bislang nicht als zuverlässige Hüter des Rechtes nationaler und religiöser Minderheiten gezeigt haben. Wir dürfen diese Anklagen erheben, weil die Männer der heutigen deutschen Regierung die Polenpolitik des alten Regimes immer bekämpft haben.

In Ostgalizien haben die regierenden polnischen Kreise die Ruthenen stets unterdrückt. In den jetzt von Polen verwalteten, zu Deutschland gehörigen Landesteilen werden die deutschen Einwohner hart, zum Teil grausam behandelt. Welche Gefahren die nationalen Minderheiten in Polen bedrohen, zeigen am deutlichsten die seit dem 11. November in Polen verübten Massakres an der jüdischen Bevölkerung. Es wird auf den soeben veröffentlichten Brief des Mitgliedes der amerikanischen Nahrungsmittelkommission über den Massenmord in Pinsk verwiesen, den die lokalen Behörden begünstigten, und den die Regierung straflos ließ.

Würde das neue Polen nach den Bestimmungen des Friedensentwurfes gestaltet, ohne daß gleichzeitig die nötigen Garantien für die Minderheiten genau festgesetzt würden, so hieße das die Pogromgrenze weit nach Westen verschieben.

Jedenfalls ist die Entwicklung, die Polen nehmen wird, und die besonderen Verhältnisse, die sich in ihm herausbilden werden, heute noch nicht zu erkennen, und es erscheint selbstverständlich, daß Deutschland sich seiner in eine besonders ungewisse Zukunft hineingehenden Landeskinder auch ganz besonders ernst annimmt.

Die deutsche Regierung kann sich mit der in Artikel 91 vorgeschlagenen Regelung der Option nicht in allen Punkten einverstanden erklären. Sie behält sich ihre Einwendungen und Abänderungswünsche vor. Grundsätzlich legt die deutsche Delegation Verwahrung dagegen ein, daß nach Artikel 90 Absatz 2 deutsche Reichsangehörige, welche ihren Wohnsitz nach dem 1. Januar 1908 in das abgetretene Gebiet verlegt haben, die polnische Staatsangehörigkeit nur mit besonderer Ermächtigung des polnischen Staates erwerben können. Ein Grund dafür, die nach dem 1. Januar 1908 in die strittigen Gebiete übergesiedelten Deutschen anders zu behandeln als die früher übergesiedelten liegt nicht vor. Jedenfalls kann aus dem nur in einem Falle ausgeführten Enteignungsgesetz ein solcher Grund nicht hergeleitet werden.

Einer wirksamen Sicherung bedürfen ferner die Rechte und Interessen der im Verlauf des preußischen Ansiedelungswerkes angesetzten Siedler aller Art, sowie die Rechte der im abzutretenden Gebiet tätig gewesenen Beamten des Staates, der Gemeindeverbände und Gemeinden, in Kirchen und anderen religiösen Gemeinschaften der Beamten anderer Körperschaften, des öffentlichen Rechtes sowie der Lehrer.

Die durch die polnische Erhebung der letzten Monate und deren Bekämpfung verursachten Schäden sollten durch paritätisch zusammengesetzte Kommissionen festgestellt werden. Die Pflicht zum Ersatz der Schäden wird dem Staate aufzuerlegen sein, dem das Gebiet, in dem sie entstanden sind, endgültig zufällt. Wegen der Teilnahme an der polnischen Erhebung der letzten Monate oder wegen der Bekämpfung dieser Erhebung darf niemand einer gerichtlichen Bestrafung unterzogen oder sonst einer Benachteiligung ausgesetzt werden.

. . . . .

Aus der Mantelnote

2. In territorialen Fragen hält sich Deutschland rückhaltlos auf dem Boden des Wilsonprogramms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen, wünscht aber dort eine freie Volksabstimmung. Es tritt den größten Teil der Provinz Posen, die unbestreitbar polnisch besiedelten Gebiete nebst der Hauptstadt Posen an Polen ab. Es ist bereit, den Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichsel-Schiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meere unter internationaler Garantie zu gewähren.

Die Marienburger Entschließung der Deutschen Volksräte

Mit der Überreichung des deutschen Gegenvorschlages in Versailles fiel zeitlich die Tagung der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens in Marienburg zusammen. Die dort von den Volksräten gefaßte Entschließung bildet eine Ergänzung und Fortsetzung der Grundsätze, von denen sich die Regierung bei den Zugeständnissen in der Friedensfrage leiten lassen will. Die Reichsregierung stellt sich bei ihrem Gegenentwurf strikt auf den Boden des Wilsonschen Programms, das auf den Fundamentalsätzen des Selbstbestimmungsrechts und des Nationalitätenprinzips fußt. Der Versailler Gewaltfriedensentwurf hat sich als ein untauglicher Versuch erwiesen, der Lösung der Ostfrage näher zu kommen, weil er den deutsch-polnischen Gegensatz nicht durch einen Ausgleich, sondern durch Vernichtung, zum mindesten aber durch willenlose Knebelung der deutschen Seite herbeiführen wollte. Führt nun die Reichsregierung in ihrem Gegenvorschlag die Wahl der Mittel zur Lösung des Ostproblems auf die unzweideutige Anwendung der Wilsonschen Fundamentalsätze — unter Wahrung der indiskutablen, weil niemals mit Polen in Konflikt gewesenen deutschen Rechte auf Ostpreußen und Schlesien — zurück, so gibt die Volksratsresolution neben den Mitteln auch das Ziel an, das erreicht werden soll; nämlich den deutsch-polnischen Ausgleich. Darauf kommt es an;

Es handelt sich in der Ostmark nicht darum, Prinzipien um ihrer selbst willen oder zu Nutz und Frommen einer Partei zum Siege zu verhelfen, sondern den Endzweck dieser Prinzipien zu verwirklichen. Von dem Friedensentwurf der Entente kann man sagen, daß sein wahrer Zweck — die unverhüllte Schwächung Deutschlands durch ein übermächtiges, Frankreich im Osten deckendes Polen — die Mittel heiligt: bald wurden zur Erfüllung der polnischen Ansprüche historische Gründe, bald wirtschaftliche Interessen, bald ethnographische Prinzipien, bald strategische Notwendigkeiten und hin und wieder auch die beiden Wilsonschen Fundamentalsätze herangezogen. Damit war die Lösung der ganzen Frage in eine Sackgasse hineingeraten, aus der es eine Umkehr ausschließlich mit Hilfe der von Deutschland und der Entente allein als maßgeblich anerkannten Prinzipien Wilsons geben kann, aber auch dann nur, wenn Einigkeit über das Ziel besteht.

Die Lösung, die die Deutschen Volksräte in ihrer Marienburger Entschließung der Ostfragen zu geben gedenken, erschöpft sich jedoch nicht allein in der Schaffung eines Ausgleichs. Einen Ausgleich erstrebt die deutsche Regierung desgleichen an, was die Deutschen Volksräte jedoch über die Formulierungen der Regierung hinaus klarstellen, ist die Grundlage, die Möglichkeit, der Umfang des Ausgleichs, kurzum sein Wesen überhaupt. Hierin liegt der springende Punkt, der bis jetzt als verkannt erschien. Das Problem dreht sich keineswegs darum, einen Ausgleich der Interessen zwischen Deutschland und Polen zu finden und die bisherige ausschließliche Festlegung des Streitfalles auf diesen Angelpunkt hat zu der jetzt herrschenden Verwirrung und Ratlosigkeit erheblich beigetragen. Was daneben in erster Linie steht, ist die Notwendigkeit, eine Auseinandersetzung der innerhalb der Ostmark mit- und nebeneinander lebenden deutschen und polnischen Bevölkerung herbeizuführen. Nur die Berücksichtigung auch dieser Notwendigkeit schafft erst die Möglichkeit einer Grundlage für den angestrebten Ausgleich. Es steht nicht so, daß zwei Interessenten über die politische und wirtschaftliche Zugehörigkeit eines Gebietes verhandeln, und es handelt sich ferner nicht darum, daß die Bevölkerung dieses Gebietes darüber entscheiden soll, denn beides würde mit den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts und des Nationalitätenprinzips in Widerspruch stehen! So paradox dieser Satz auch klingen mag, so nahe liegt doch seine Wahrheit, wenn man von den Voraussetzungen der beiden Prinzipien ausgeht.

Die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips setzt aber voraus, daß die eine Nationalität innerhalb des strittigen Gebietes sich in einem dermaßen großen Übergewicht befindet, daß sich

eine Berücksichtigung der anderen verbietet. Dies ist in der Ostmark nicht der Fall. Wenn es in Posen neben 1270000 Polen 850000 Deutsche, in Westpreußen neben 650000 Polen sogar über eine Million Deutscher gibt, wäre eine Entscheidung, die lediglich die ziffernmäßige Überlegenheit der einen Nationalität berücksichtigt, eine Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts der anderen. Versuchte man aber eine Lösung dergestalt, daß die starre Formel des Selbstbestimmungsrechts nur auf solche Gebietsteile zur Anwendung kommen sollte, in denen der zahlenmäßige Unterschied zwischen beiden Nationalitäten die erwähnte Voraussetzung erfüllte, so bliebe in den nichtberücksichtigten Gebieten das Selbstbestimmungsrecht immer noch mißachtet, und eines Prinzips zuliebe würden wirtschaftlich und kulturell zusammenhängende Landesteile zerrissen und abgetrennt. Fiat justitia pereat mundus, auf Deutsch, mag die Ostmark zerstückelt werden und zugrunde gehen, wenn nur das Prinzip der Gerechtigkeit, d. h. das Selbstbestimmungsrecht zur Anwendung gelangt. Das bedeutet eine Verneinung des Selbstbestimmungsrechts durch sich selbst, also baren Widersinn! Auch im bürgerlichen Recht wird, wie schon die römischen Rechtsgelehrten des corpus iuris lehrten, nicht nach dem Buchstaben, sondern nach dem Sinn des Gesetzes entschieden. Wieviel mehr muß dieser Grundsatz auch für das Verhältnis zwischen großen Völkern gelten. Mehr oder minder läuft eine derartige Anwendung des Selbstbestimmungsrechts bei der geographischen Lage und den mannigfaltigen wirtschaftlichen Zusammenhängen der einzelnen in Frage kommenden Gebietsteile auf eine Art Kuhhandel hinaus, und schließlich würde die Bevölkerung trotzdem wie Schachfiguren von einem Feld auf das andere geschoben. Deshalb fordern die Volksräte in der Marienburger Entschließung, daß die Frage der Ostmark nicht durch von außen hineingetragene Begriffe, noch weniger durch Interessen zweier Länder, Polens und Deutschlands, geregelt werde, sondern allein durch einen Ausgleich zwischen den Bevölkerungen der Ostmark selbst. Die Frage dreht sich also nicht darum, ob die Deutschen oder die Polen in der Ostmark über deren Zugehörigkeit entscheiden sollen, sondern beide zusammen sollen bestimmen, wie sie miteinander auskommen wollen. Dies ist die allein mögliche Lösung.

Allerdings ist zurzeit ein großer Teil der polnischen Bevölkerung dermaßen verblendet und haßerfüllt, daß er die Rechte des Deutschtums mit Füßen treten möchte. Andererseits aber besteht in führenden polnischen Kreisen auch keine große Geneigtheit, die Ostmark restlos in Groß-Polen aufgehen zu lassen. Was sie daran hindert, ist zwar nicht ein Rechtsgefühl zugunsten der deutschen Bevölkerung, sondern das Bewußtsein, daß eine Annexion der Ostmark auch zum Nachteil ihrer polnischen Bewohner auslaufen muß; aber hier liegt für beide Teile die Möglichkeit, zu einer Verständigung zu gelangen. So gering die Aussichten für eine Verständigung zurzeit auch noch sein mögen, sie werden in dem Maße wachsen und in greifbarer Nähe sein, als die deutsche Bevölkerung der Ostmark sich mit aller Gewalt, mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kräfte gegen eine Vergewaltigung ihres Selbstbestimmungsrechts zur Wehr setzt. Der Schwache hat keine Möglichkeit, sich mit einem Starken zu verständigen, der nur seine eigenen Interessen im Auge hat. Aber der ebenbürtige Gegner hat leichteres Spiel. Die deutsche Bevölkerung der Ostmark will Versöhnung und Verständigung, an den Polen liegt es, die ausgestreckte Hand zu ergreifen. Hat sich die Ostmark untereinander verständigt, so wird sie beiden Teilen, Deutschland und Polen, den Interessenausgleich gewähren, der ihnen zukommt.

So schiebt sich die Ostmark in den Teilungsprozeß zwischen Deutschland und Polen als Hauptbeteiligter Dritter hinein, der vor dem internationalen Friedensgerichtshof gleichfalls Gehör verlangt und zwar auf Grund eigenen Rechts. Die Ostmark als wirtschaftlich und geographisch zusammenhängendes Ganzes ist trotz größerer überwiegend deutscher und geringer überwiegend polnischer Gebietsteile weder rein deutsch — als Ganzes wohlverstanden — noch rein polnisch, sondern deutsch-polnisch. Wer die Ostmark zerreißen oder ungeteilt an Polen geben will, aber auch wer sie in ihrem jetzigen Zustand bei Deutsch-

land belassen möchte, verkennt, daß er keine Lösung, keinen Ausgleich schafft, sondern, wie die Marienburger Entschließung besagt, beiträgt zur „Verewigung des deutsch-polnischen Streites, zur Verewigung des nationalen Hasses und der Zerrissenheit mit all ihren bösen Folgen für die gesamte Kultur der von Deutschen und Polen bewohnten Gebiete."

Was hat der deutsche Arbeiter im künftigen Polen zu erwarten?

Diejenige Bevölkerungsklasse, die von der geplanten Umwälzung in der Ostmark am unmittelbarsten getroffen, am tiefsten geschädigt sein wird, ist die deutsche Arbeiterschaft. Wie sehr die polnische Presse auch über die „Zerreißung der preußischen Sklavenkette" jubeln mag, wie geflissentlich sie auch die angeblich hohe polnische Kultur im Vergleich zu der niedriger stehenden deutschen preist, der polnische Staat steckt in jeder Beziehung noch in den Kinderschuhen, auf absehbare Zeit hinaus braucht er deutsches Organisationstalent, deutschen Erfindergeist und deutsche Unternehmungslust. Gar nicht davon zu reden, daß das bettelarme Polen auf das deutsche Kapital angewiesen ist. Deutsche Unternehmer, Techniker, Beamte und Kapitalisten kann es einfach nicht entbehren, wollte es sich nicht selbst mutwillig zugrunde richten. Wen Polen aber nicht benötigt, das ist der deutsche Arbeiter. In Warschau übersteigt die Zahl der Arbeitslosen bereits um vieles die Hunderttausend, und das polnische Proletariat befindet sich nicht nur in den Industriestädten, sondern auch auf dem platten Lande in einer erschreckenden Notlage. Die Lebensbedingungen mögen in Polen z. B. an sich billiger sein, dies nützt dem polnischen Proletariat jedoch blutwenig, da die Erwerbsmöglichkeiten geringer sind.

Sollte die Ostmark zu Polen geschlagen werden, so wird ein ungeheuer starker Zustrom beschäftigungsloser polnischer Industrie- und Landarbeiter in die Ostmark erfolgen, die im Russischen Polen mit Recht als eine Art gelobtes Land gilt. Die Aussichten des deutschen Arbeiters auf Beschäftigung, Verdienst und Brot werden durch die polnische Konkurrenz beschnitten, die Löhne infolge des steigenden Angebots an Arbeitskräften geringer. Einen Schutz in diesem Konkurrenzkampf hat der deutsche Arbeiter von dem polnischen Staat nicht zu erwarten, der in erster Linie den gebürtigen Polen bevorzugen wird.

Es ist ein Trugbild, wenn der deutsche Arbeiter etwa glaubt, gemeinsam mit der polnischen Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus stehen zu können. Den polnischen Arbeiter beseelt ein starkes Nationalbewußtsein, das ihn trotz aller nur vom gutmütigen Deutschen geglaubten internationalen Einigkeit des Proletariats seine eigenen Wege gehen lassen wird. Der Pole haßt den Deutschen, weil der Pole ungebildeter ist. Dieser Haß wird ständig von der Geistlichkeit geschürt, deren Einfluß sich die breite unwissende Masse nicht zu entziehen vermag. Der Konkurrent des Deutschen ist aber nicht nur der wirkliche Pole allein, sondern auch der polnische Jude. Kongreßpolen und Galizien sind von Millionen jüdischer Proletarier bevölkert, die in den elendesten Verhältnissen leben. Einzelerscheinungen in der Judenschaft, namentlich in der jüdischen Intelligenz, mögen den deutschen Arbeiter nicht darüber täuschen, daß die großen Massen des jüdischen Proletariats orthodox, d. h. strenggläubig sind; und die deutschen Proletarier trennt nicht nur die Rasse, das Bekenntnis, sondern eine ganze Weltanschauung.

Dies sind aber nicht die einzigen Faktoren, die ein Zusammengehen des polnisch-jüdischen Proletariats mit der deutschen Arbeiterschaft hemmen. Eine große Rolle spielt dabei ferner noch der tiefere Bildungsstand. Der gewerkschaftlich organisierte, gut geschulte deutsche Arbeiter sieht sich auf einmal einem Arbeitskollegen gegenüber, der nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig tief unter ihm

steht. Das vermittelnde Band, das Gemeinschaftsgefühl zwischen den deutschen und den polnischen Arbeitern fehlt, denn der Bildungsunterschied ist zu kraß. Während der deutsche Arbeiter dank der Schule, dank seinen Gewerkschaften, wirtschaftspolitischen und parteipolitischen Organisationen ein hohes Verständnis für die Allgemeinfragen besitzt, fehlt dies gänzlich auf der anderen Seite. Ehe dieser Unterschied auch nur einigermaßen ausgeglichen ist, und dies ist nicht nur eine Frage der Zeit, wird ein wirkliches Zusammengehen in wirtschaftlichen und politischen Fragen aussichtslos erscheinen. Im Vergleich zu den deutschen Arbeitern ist der Pole ein wirklicher Proletarier im wahrsten Sinne des Wortes. Er muß sich zunächst auf die Höhe des deutschen Arbeiters heraufarbeiten, und erst, wenn er so weit ist, kann der deutsche Arbeiter daran denken, seine eigene Lage zu verbessern. Bis dahin muß er warten. Rasten heißt rosten. Der deutsche Arbeiter wird zurücksinken, anstatt aufzusteigen.

Der deutsche Arbeiter sieht sich einem bedürfnisloseren, daher billigeren Arbeitskollegen gegenüber, der für die Solidarität der deutsch-polnisch-jüdischen Arbeitsgemeinschaft kein Verständnis besitzt. Ein Vergleich mit der hiesigen polnischen Arbeiterschaft wäre dabei unmaßgeblich, denn diese ist durch die deutsche Schule gegangen und von deutschem Geist beeinflußt.

Dies wären aber nur die allgemeinen Bedingungen, die die Lage der deutschen Arbeiterschaft im künftigen Polen verschlechtern müssen.

Deutschland ist das einzige Land, das eine wirkliche soziale Arbeitergesetzgebung besitzt, nämlich Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung für Arbeiter. In Polen fehlt in dieser Beziehung alles. Selbst wenn diese Gesetzgebung für die abgetrennten Teile der Ostmark aufrecht erhalten werden sollte, wird es sich in der Praxis schwer durchführen lassen. Sie mit einem Schlage in Polen einzuführen, wird ebenso unmöglich sein, als sie in den ehemalig deutschen Gebieten allein aufrecht zu erhalten. Ein Beispiel mag dies erläutern: Zieht der deutsche Arbeiter nach Warschau, so verliert er den Schutz der sozialen Versicherungsgesetze, der Pole dagegen, der sich aus Warschau in die Ostmark begibt, erwirbt den Anspruch darauf. Der deutsche Arbeiter kann sich also dadurch nur verschlechtern, der Pole dagegen verbessern. Derartige Zustände wären überdies so kompliziert, daß sie einfach nicht bestehen könnten. Die Ostmark wird dem in sozialer Hinsicht ungünstiger stehenden Polen gleichgestellt werden müssen, und zwar um so mehr, als bei Polen bekanntermeise keine Neigung besteht, den ehemals deutschen Gebietsteilen Ausnahmestellungen zuzubilligen. Es sind trübe Aussichten, die die Zukunft des deutschen Arbeiters erwarten.

Aber nicht nur wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch wird sich der deutsche Arbeiter schlechter stehen, sondern vor allem auch in politischer Hinsicht. Der deutsche Arbeiter hat schon vor der Revolution in seiner starken sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine hervorragende Interessenvertretung besessen, die von Ausschlag auf die Gesetzgebung war. Nach dem Umsturz hat die Sozialdemokratie die Zügel der Regierung ergriffen und die deutsche Arbeiterschaft ist im Besitze des Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der inneren und äußeren Politik. Und wie steht es in Polen? Der polnische Landtag zählt bis jetzt unter 333 Abgeordneten 18 Arbeiter, die Regierung schwimmt munter im imperialistisch-kapitalistischen Fahrwasser. Die Arbeiterräte wären die ersten Einrichtungen, die die Polen zum Teufel jagten. Der deutsche Arbeiter verliert im künftigen Polen nicht allein alle diejenigen Rechte, auf die er als Errungenschaften der Revolution stolz ist, sondern er büßt auch noch zum großen Teil das ein, was er in Deutschland schon vor der Revolution besessen hat. Selbst wenn das allgemeine Wahlrecht zum polnischen Landtage so durchgeführt werden sollte, wie es in Deutschland vor dem Umsturz der Fall war, wobei von Wahlkorruption, Bestechung, ungleicher Einteilung der Wahlkreise und dgl. mehr noch abgesehen wird, hat der deutsche Arbeiter im polnischen Landtage auch nicht annähernd die Vertretung wie im Reichstage des früheren Deutschland. Auch wenn man den unwahrscheinlichen Fall annimmt, das die polnische Sozialdemokratie mit allen ihren verschiedenen

Schattierungen den allgemeinen Standpunkt der gesamten Arbeiterschaft im polnischen Landtage vertreten will, so gibt es daneben doch noch besondere Angelegenheiten, die allein den deutschen Arbeiter angehen, nämlich deutsche Schule, deutsche Sprache, deutsche Kirche, deutsche Presse. Wer wird sich hierfür im polnischen Landtage einsetzen? Der Pole sicherlich nicht, und der deutsche Arbeiter hat keine Macht dazu.

In Deutschland sind wir auf dem Wege der Sozialisierung, der deutsche Arbeiter will nicht länger allein Lohnsklave und Arbeitsmaschine sein, er will als Mensch unter Menschen gelten und selbst bestimmen, wie und was produziert werden soll. Er verlangt den ihm gebührenden Anteil an der Produktion, eine gerechte Verteilung der produzierten Ware. Und in Polen? Polen rüstet sich dazu, Ausbeutungsobjekt des französisch-englisch-amerikanischen Kapitalismus zu werden. Von Sozialisierung ist im künftigen Polen keine Rede. Von Selbstbestimmungsrecht noch weniger. Selbst die polnischen Arbeiter in Oberschlesien, dessen Kohlenbergwerke zugunsten des französischen Staates enteignet werden sollen, sträuben sich mit aller Macht, zu diesem Polen zu gehören. Achtstundentag, Betriebsräte, Mindestlöhne, Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, Streik- und Koalitionsrecht bleiben holde Träume, in Polen herrscht der internationale Kapitalist, der so viel billige Arbeitskräfte aus dem dunkelsten Polen heranziehen kann, daß er den organisierten deutschen Arbeiter mit frohem Herzen entbehrt.

Und wenn die Polen jetzt den deutschen Arbeitern goldene Berge versprechen, sie werden nicht ein Versprechen halten, auch nicht halten können, da ihnen der internationale Kapitalist auf dem Nacken sitzt. Umsonst nämlich hat die Entente das unabhängige Polen nicht errichtet, nur zu ihrem eigenen Vorteil. Polen hat die Zinsen des Ententekapitals mit saurem Schweiß herauszuarbeiten, und der entrechtetste Lohnsklave wird der deutsche Arbeiter sein.

Aus den Deutschen Volksräten

Die Tagung der Deutschen Volksräte in Marienburg.

Am 28. Mai versammelten sich im Hotel König von Preußen die Vertreter der Deutschen Volksräte aus Posen, Westpreußen, sowie der entsprechenden Organisationen aus Ostpreußen, um zur veränderten politischen Lage Stellung zu nehmen. Als Gäste waren mehrere Mitglieder des Ostmarkenparlamentes, das am Tage vorher im Remter der Marienburg tagte, erschienen. An eine die gegenwärtige politische Lage beleuchtenden Rede von Geheimrat Cleinow-Bromberg schlossen sich längere Ausführungen des Kreisbaumeisters Krause-Thorn, die bis ins einzelne die Lage und Stellung der Ostprovinzen darlegten. In der hierauf folgenden Besprechung kamen die Vertreter aller Ostprovinzen zum Wort; der Vertreter von Memel trat mit besonderem Nachdruck für den Nordostzipfel Deutschlands ein. Herr Abg. Dr. Fleischer berichtete ausführlich über die Tagung des Ostmarkenparlaments. Schließlich wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„In letzter Stunde vor den größten Entscheidungen der Weltgeschichte versammelten sich die Vertreter der Deutschen Volksräte aus Posen und Westpreußen sowie der entsprechenden Organisationen aus Ostpreußen, um Richtlinien für die Handlungen der nächsten Tage zu gewinnen.

Wir stehen unerschüttert auf dem Boden, daß der uns angebotene Friedensvertrag unbedingt abzuweisen ist. Wir erkennen demgegenüber an, daß der Gegenentwurf der deutschen Reichsregierung geeignet ist, die Grundlage der Wilsonschen Ideen in die praktische Politik einzuführen, weisen aber darauf hin, daß auch eine teilweise Abweichung davon in den besetzten Gebieten der Provinz Posen den Keim in sich trüge für die Verewigung des deutsch-polnischen Streites, für die Verewigung des nationalen Hasses und der Zerrissenheit mit allen ihren bösen Folgen

für die gesamte Kultur der von Deutschen und Polen bewohnten Gebiete.

In dieser Lage wenden wir uns noch einmal an sämtliche Bewohner des Ostens ohne Unterschied ihrer Muttersprache mit der Aufforderung, die Fragen der Ostmark nicht von außen regeln zu lassen, sondern durch einen Ausgleich von der Bevölkerung der betreffenden Gebiete selbst. Nur aus den tausendfältigen Beziehungen, die das jahrhundertelange Zusammenleben der Polen mit den Deutschen geschaffen hat, lassen sich die tragenden Grundlagen für weiteres friedliches Zusammenleben bilden.

Im deutsch-polnischen Ausgleich werden die kulturellen Güter, die wirtschaftlichen sowohl wie die geistigen beider Nationalitäten am besten geschützt werden im Rahmen eines großen freien Rechtsstaates, der die Gleichberechtigung der Nationalitäten unbedingt wahrt.

Wir erwarten, daß das polnische Volk uns durch Ablehnung dieses Friedensvorschlages nicht zwingt, ererbte Rechte mit der Waffe in der Hand zu verteidigen; denn darüber soll vor der ganzen Welt kein Zweifel bestehen, daß die Deutschen der Ostmark wie ein Mann aufstehen werden, um das Erbe ihrer Väter, das ihnen geraubt werden soll, mit allen Mitteln zu verteidigen. Ein solcher Krieg in der Ostmark, den die Polen damit entfachen würden, wäre einer der fürchterlichsten Bürgerkriege, die wir kennen.

Im Angesicht der ehrwürdigeren Marienburg gewinnen wir aus der glorreichen Vergangenheit die Kraft, um uns heute zu dem Gelöbnis zu vereinen, stark zu sein, sowohl den Bruderzwist der jüngsten Monate zu vergessen wie auch alle Opfer auf uns zu nehmen, um unsere Heimat vor Versklavung zu retten."

Im zweiten Teil der Beratung standen Organisationsfragen zur Erörterung. Es wurde beschlossen, einen ständigen Ausschuß in Danzig zu unterhalten, der aus Vertretern der drei Provinzen besteht. Dieser Ausschuß soll in Fühlung mit dem Ostmarkenparlament, das jetzt ebenfalls in Danzig tagt, arbeiten.

Pressestimmen

„Lech" (Gnesen) Nr. 99 vom 9. Mai.

Die Nationalpolitik am Scheidewege. Das Wochenblatt „Rzeb i Wojski" verbreitet folgenden Artikel: „Die Tat erklärt die Wirklichkeit besser als die klügsten Worte, sie zieht den Nebel von den Ereignissen herunter und deckt das Terrain der nächsten Arbeit in deutlichen Umrissen auf.

Es ist dies heute nach den litauischen Ereignissen geschehen. Es hat sich erwiesen, daß heute das polnische Volk am Scheidewege steht, daß in ihm zwei deutlich umrissene Lager der Nationalpolitik enthalten sind und daß ein jedes derselben einen anderen Weg einzuschlagen wünscht. . . .

Das eine Lager sieht seinen geistigen Anführer im Staatsoberhaupt. . . . Das zweite Lager überträgt seinen Schwerpunkt früher in der inneren und heute in der äußeren Politik auf fremde Fundamente. . . .

Der Aufruf des Kommandanten Pilsudski an die Einwohner des gewesenen Großherzogtums Litauen hat ein Zischen des Hasses von seiten der „Gazeta Warszawski" hervorgerufen.

Es ist gut, daß die Ausführungen dieser Zeitschrift das Tageslicht erblickt haben. Sie ziehen an die Oberfläche, was bisher für manche verdeckt war, sie enthüllen deutlich die Teilung der polnischen Nationalpolitik in zwei Lager und zwingen einen jeden polnischen Patrioten, sich zu orientieren und einen Weg zu wählen. Wir übertreiben nicht, wenn wir behaupten, daß von dieser Wahl, die von den großen Massen des Volkes in nächster Zeit vorgenommen werden sollen, der ganze zukünftige Weg und die Entwicklung und das Schicksal Polens abhängt. Die „Gazeta Warszawski" ist empört, daß Litauen in dem Aufruf des Kommandanten als ein besonderes Ganzes behandelt wird, sie regt sich auch darüber auf, daß darin von den das litauische Land bewohnenden Nationen gesprochen wird. In der Stadt Wilna ist

doch der Prozentsatz der Litauer und Weißruthenen verschwindend klein. . . .

Pilsudski hatte die Dreistigkeit, sich durch die Tat dem gegenüber zu stellen, was Dmowski in Paris auf dem Papier gemacht hat. Dort hat man auch ein Stück vom weißruthenischen Lande als einen polnischen Teil Litauens anerkannt. Das weißruthenische Land sollte zwischen Polen und Rußland geteilt werden, ein Stück desselben zusammen mit einem Teil Litauens sollte an Polen angegliedert werden. Und sollte das etwa auf Grund einer Verständigung mit den Weißruthenen geschehen? Nein! Es war überhaupt keine Rede von einer Verständigung mit den Nachbarvölkern. . . . Ausschließlich auf Grund eines fremden Befehls, auf Grund der diplomatischen Siege in Paris sollte der nordöstliche Teil des polnischen Gebäudes fertiggestellt werden. . . . Es zeigt sich, daß unsere nationaldemokratischen Politiker mehr ententistisch als — die Entente selbst waren. Denn diese läßt heute einen großen Teil der Ostaufgaben auf unseren Schultern und macht das Resultat von unseren Anstrengungen und unserem Willen abhängig. Sie will denjenigen helfen, die selbst zu gehen verstehen. . . .

Gott sei Dank ist heute jemand in Polen vorhanden, der uns zu einem selbständigen Gang zwingt. . . .

Aber wir wollen zur Ostpolitik unserer Staatsmänner aus der „Gazeta Warszawska" und „Gazeta Peranna" zurückkehren.

Das ethnographische Litauen erhält auf der Karte des Herrn Dmowski Autonomie. Aber es gehört gleichfalls zu Polen, infolge eines Befehls der Entente.

Wir wollen damit den Plan einer Teilung der Ukraine zwischen Rußland und Polen vergleichen, dann haben wir das deutlich umrissene Bild des Systems unseres imperialistischen Lagers in der auswärtigen Politik. Sie unterscheidet sich von der preußischen wohl hauptsächlich dadurch, daß sie das Zerschneiden und die Vergewaltigung der Völker mittels fremder Kräfte durchführen will.

Die Annektionspolitik behauptet überall, daß sie nur das will, was ihr rechtmäßig gehört. Überall aber gehören ihr aus verschiedenen Gründen ganze Landstriche fremder Völker, die man wünscht schleunigst zu verdauen. Die Politik der Union aber gliedert die Völker gutwillig an. . . . Die Politik der Union wünscht nicht einen Teil der Weißruthenen aufzufressen, sondern sie wünscht das ganze Weißruthenenland im freien Bunde anzugliedern.

Die Politik der Union wünscht aus den Völkern Litauens, aus den Esländern und Letten ein großes Schutzgebäude gegen Rußland zu erbauen, anstatt sich mit denselben in die Beute der kleinen Völker zu teilen und die Sache als erledigt anzusehen, wenn die Erlaubnis der Entente dafür zu erlangen wäre.

Die Politik der Union läßt aus eigener sittlicher Idee neue polnische Kräfte erstehen, Kräfte des Vertrauens, der Anhänglichkeit bei fremden Völkern. Auf dieser Grundlage erst kann sie die Position eines gleichberechtigten Bundesgenossen bei der Entente erreichen. . . .

So verstehen wir die tieferen Quellen, aus denen die ersten Schritte Pilsudskis in Litauen erstanden sind. Aber dies ist erst der Anfang. Die Rolle Polens im Norden und Osten wird mit jedem Tage wachsen und wird die Ausfüllung großer Aufgaben fordern.

Es ist notwendig, daß die breite polnische Allgemeinheit den Scheideweg bemerken und endgültig wägen wird. Wir zweifeln nicht daran, welchen Weg sie wählen wird, aber Eile ist notwendig. Der Geist der Volksmacht nach innen und des brüderlichen Bandes nach außen, der Achtung fremder Nationen, die Idee einer Union gleichgestellter und freier Völker. Es wird dies eine Kraft sein, die dem Schwerte des Staatsoberhauptes einverleibt wird, welches heute zusammen mit dem polnischen Volke auch fremde Völker befreit und den polnischen Marsch zu großen Aufgaben unterstützen wird.

(Schöne Worte! Schade nur, daß die Einsicht nicht auch nach dem Westen sich richtet.)

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

Mitteilungen
der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens

Nr. 15	Verantwortlich: **Carl Georg Bruns** Schriftleitung: **Bromberg, Weltzienplatz 1 III** Fernruf Nr. 321	18. Juni 1919

Inhalt: An Ostdeutschland — Materialien zur ostdeutschen Frage: Die wirtschaftliche Bedeutung Westpreußens für das deutsche Volk. Der Kreis Meseritz — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Deutsche Presse. 2. Ausländische Presse — Kleine Nachrichten.

An Ostdeutschland

Sommer 1919

(Melodie: Burschen heraus)

Blühendes Land,
Drüber der Himmel sein Blauzelt spannt.
Gold wird das Korn in der Sonne Gegleiß, —
Herzliebe Heimat, wir glühen dir heiß!
Fruchte uns Land! —

Wolken erbau'n
Zukunftsträume über den Au'n.
Halten wir treu und zäh dich fest,
Stürzt uns kein Sturm von Süd und West!
Aufwärts im Schau'n!

Fühlet die Kraft,
Der nur erliegt, der feige erschlafft!
Saft stieg wieder ins deutsche Holz.
Ostland — Deutschtum, recke dich stolz!
Brauche die Kraft!

Carl Meißner

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die wirtschaftliche Bedeutung Westpreußens für das deutsche Volk

Von polnischer Seite wird gegenwärtig vielfach die Meinung verbreitet, als ob für Westpreußens Bestand eine enge Verknüpfung mit dem polnischen Wirtschaftsleben notwendig sei. Es soll nicht geleugnet werden, daß geordnete politische

und wirtschaftliche Beziehungen den Handel zwischen dem deutschen Weichselgebiet und seinem polnischen Hinterlande für beide Teile befruchten und beleben könnten. Mit allem Nachdruck muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Westpreußens zum übrigen Deutschen Reiche weit engere sind als zu Polen. Das Gedeihen der Provinz beruht auf der weiteren Zugehörigkeit zum deutschen Wirtschafts- und Zollgebiet, aus dem es die wichtigsten Erzeugnisse der westlichen Industrie bezieht, ohne daß jemals Polen einen hinreichenden Ersatz hierfür bieten könnte. Westpreußen ist ein bedeutendes Absatzgebiet der west- und mitteldeutschen Gewerbe, dessen Fortfall sich sogleich im gesamten Reich bedeutsam bemerkbar machen würde. Noch schwerwiegender wäre jedoch der Verlust der Ostmark für die künftige Ernährung des deutschen Volkes.

Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien stellen die größten Ausfuhrgebiete landwirtschaftlicher Erzeugnisse dar. Der Besitz der Ostmark ist somit für das deutsche Volk unentbehrlich.

Der Gesamtgüterverkehr Westpreußens mit dem Deutschen Reiche ist sehr umfangreich; er betrug nach den Aufzeichnungen des Statistischen Amtes über die Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen in den Jahren 1913 (1912) 4916545 (4727443) Tonnen; davon entfielen auf die Einfuhr 3377588 (3059965) und auf die Ausfuhr 1538960 (1667478) Tonnen.

Der Eisenbahngüterverkehr mit dem Auslande (Polen, Rußland) betrug dagegen nur 640233 (989284) Tonnen; davon entfielen auf die Einfuhr 415828 (768034) Tonnen und auf die Ausfuhr 224405 (221250); der Güterverkehr mit dem Auslande machte somit im Jahre 1913 nur etwa ein Achtel des inländischen Verkehrs aus.

Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, wie stark Westpreußen mit dem deutschen Gesamtwirtschaftsgebiet verbunden ist; zudem muß berücksichtigt werden, daß der Güterverkehr mit dem Auslande, besonders mit Polen, vornehmlich auf dem Durchgangshandel beruht. So gehen zwei Drittel der nach Westpreußen eingeführten Heringe und drei Fünftel von dem in Westpreußen mit der Bahn versandten Reis nach Polen und Rußland, während umgekehrt Danzig einen beliebten Ausfuhrhafen für russisches Holz darstellt.

An dem Güterverkehr mit dem Reiche sind vornehmlich Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern und Posen beteiligt. Der Gesamtgüterverkehr Westpreußens mit Berlin belief sich 1913 auf 122515 Tonnen, mit dem Ruhrgebiet auf 80500 Tonnen, mit dem Regierungsbezirk Magdeburg auf 60028 Tonnen und mit dem Regierungsbezirk Merseburg auf 57325 Tonnen. Wird die durchschnittliche Tragfähigkeit eines Güterwagens auf 12 Tonnen berechnet, so würde allein die Bewältigung des Güterverkehrs mit Berlin 10209 Güterwagen und die des gesamten Güterverkehrs Westpreußens mit dem übrigen Deutschen Reiche sogar 401379 Güterwagen, d. h. rund 10000 Züge zu 40 Wagen erfordern.

Abgesehen von dem Bahnverkehr werden beträchtliche Warenmengen zu Schiff aus- und eingeführt.

Im Durchschnitt der Jahre 1910—1913 betrug die Seeausfuhr aus Danzig 1062008 Tonnen. Da Westpreußen überwiegend Agrarland ist, entfielen hiervon etwa je ein Drittel auf Erzeugnisse des Acker-, Garten- und Wiesenbaues (390653 Tonnen) und auf Zucker, Sirup, Melasse (338664 Tonnen).

Das aus Danzig ausgeführte Getreide ist vornehmlich deutscher Herkunft; in den Jahren 1910 und 1911 stammten nur etwa 22 bzw. 21 Prozent des zur Weiterverladung nach Danzig eingeführten Getreides aus dem Auslande.

Es wurden eingeliefert:

	aus dem Inlande		aus dem Auslande	
1910	366392	Tonnen	103393	Tonnen
1911	470861	„	128413	„
1912	429142	„	191991	„
1913	415494	„	80630	„

Ein großer Teil des aus Danzig seewärts ausgeführten Getreides geht nach dem Auslande und trägt dadurch zur Hebung unserer Valuta bei. 1913 wurden ausgeführt nach deutschen Häfen 44110 Tonnen, nach den Niederlanden 36257 Tonnen, nach Belgien 31994 Tonnen, nach Großbritannien 58184 Tonnen, nach Norwegen 41240 Tonnen, nach Dänemark 35306 Tonnen, insgesamt 247091 Tonnen. Kleinere Mengen gingen nach Schweden, Finnland, Rußland, Italien und Frankreich. Selbst wenn berücksichtigt wird, daß der größte Teil des nach den Niederlanden und Belgien verfrachteten Getreides den Rhein aufwärts nach Westdeutschland weiterbefördert wird, ging fast die Hälfte des 1913 seewärts ausgeführten Getreides nach dem Ausland.

Mit der Bahn wurden ferner vornehmlich ausgeführt Holz, Kleie, Zucker und Vieh.

Der Versand von Holz erreichte 1913 (1912) eine Höhe von 348909 (306546) Tonnen; sie richtete sich vor allem nach Pommern, Berlin, Schlesien, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Westfalen.

Der Versand von Kleie belief sich auf 206162 (306546) Tonnen, besonders nach Posen, Pommern, Brandenburg und innerhalb Westpreußens (59708 Tonnen).

Die Ausfuhr von Zucker (roh und raffiniert) betrug 131994 (120644) Tonnen); davon wurde der größte Teil, 117113 (108580) Tonnen, nach den westpreußischen Häfen Danzig und Elbing zum Versand verladen; der Rest ging nach Ostpreußen, Pommern, Thüringen und Regierungsbezirk Breslau.

Die Ausfuhr von Vieh (Stiere, Ochsen, Kühe, Schafe, Schweine usw.) betrug 1855130 (1983560) Stück, vor allem nach dem Regierungsbezirk Breslau, Provinz Brandenburg und den Häfen. Die Vieheinfuhr belief sich auf nur 276785 (253890) Stück.

Wie weitaus die meisten Waren nach den übrigen Teilen des Deutschen Reiches ausgeführt werden, so bezieht Westpreußen aus ihnen auch überwiegend seinen Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen und Bodenschätzen. Selbst die Einfuhr von Kolonial- und Materialwaren erfolgt nach Danzig zu etwa 90 Prozent aus deutschen Häfen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Einfuhr von Roheisen, Eisenwaren, Papier und Papierwaren, Drogen, Chemikalien und Baustoffen; nur Steine werden vielfach aus Schweden bezogen.

Die Einfuhr von Braunkohlen, Briketts und Koks betrug in den Jahren 1913 (1912) 87937 (58078) Tonnen; hiervon wurden 1913 eingeführt aus der Provinz Brandenburg mit Ausschluß von Berlin 82132 Tonnen. Andere Lieferungsgebiete sind die Regierungsbezirke Breslau, Merseburg, Magdeburg sowie die Rheinprovinz.

Die Einfuhr von Zement betrug 89617 (65716) Tonnen; hiervon lieferte der Regierungsbezirk Oppeln 48016 Tonnen; weitere größere Mengen kamen aus dem Regierungsbezirk Magdeburg nebst Anhalt, dem Regierungsbezirk Breslau und den Provinzen Pommern, Brandenburg, Posen und Ostpreußen.

Die Einfuhr von Eisen und Stahl betrug 94296 (86115) Tonnen, und zwar aus dem Regierungsbezirk Oppeln 39389 Tonnen, aus dem Ruhrgebiet 11665 Tonnen, der Rest kam aus der Rheinprovinz, Regierungsbezirk Breslau und Berlin.

An verschiedenen Eisen- und Stahlwaren, Erzen und Eisenbahnschienen wurden eingeführt 160444 (141983) Tonnen vornehmlich aus Schlesien, Brandenburg, Rheinprovinz, Ruhrgebiet und Saargebiet.

Die Bahneinfuhr von Steinkohlen belief sich auf 1527083 (1523225) Tonnen; hiervon lieferte der Regierungsbezirk Oppeln 1470254 Tonnen, der Rest wurde aus dem Regierungsbezirk Breslau, dem Ruhrgebiet und der Rheinprovinz bezogen.

Angesichts dieser bedeutenden Warenmengen, die nach Westpreußen eingeführt bzw. aus Westpreußen ausgeführt wurden, kann kein Zweifel sein, daß der Verlust der Provinz eine wesentliche Einbuße des deutschen Handels zur Folge haben müßte.

Die wirtschaftliche Bedeutung Westpreußens für das deutsche Volk trat besonders deutlich während des Krieges hervor. Mit Fug und Recht kann behauptet werden, daß die Abtretung der deutschen Ostprovinzen sich sogleich in jedem einzelnen Haushalt empfindlich bemerkbar machen würde. Die schon kurz bemessenen Mengen an Lebensmitteln würden noch um ein Drittel bis ein Viertel vermindert werden; lieferte doch die Ostmark, die Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien, 38 Prozent der Gesamterzeugung des Deutschen Reiches an Brotgetreide, 30 Prozent der Gesamterntemenge an Kartoffeln, 30 Prozent der reichsdeutschen Schweineumlage, 23 Prozent der Rinderumlage, 24 Prozent der Butterlieferungen und 27 Prozent der Rohzuckererzeugung. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß durch eine Abtretung Westpreußens auch die Provinz Ostpreußen von dem deutschen Wirtschaftsgebiete getrennt wäre. Der Verlust der Ostmark würde den Zusammenbruch der deutschen Volksernährung zur Folge haben.

An der Aufbringung der für das deutsche Volksleben unbedingt erforderlichen Nahrungsstoffe ist Westpreußen in erheblichem Maße beteiligt. Während die Provinz an Fläche nur 4,7 Prozent der Gesamtfläche des Reiches umfaßt, schließt sie ein 7,3 Prozent der deutschen Erntefläche an Roggen und 6 Prozent an Kartoffeln; und obwohl die Bevölkerung Westpreußens nur 2,6 Prozent der Einwohnerzahl des Deutschen Reiches ausmacht, bringt sie auf 9,1 Prozent der deutschen Gesamterzeugung an Brotgetreide, 5,4 Prozent an Gerste, 5,6 Prozent an Zucker und 6,2 Prozent an Kartoffeln. Unter den preußischen Provinzen steht Westpreußen an Fläche an achter Stelle, an Einwohnerzahl sogar an elfter Stelle; hinsichtlich der Erntemenge an Roggen, Gerste, Kartoffeln befindet sie sich dagegen schon an sechster Stelle.

In Westpreußen wird vorwiegend Ackerbau getrieben. Die Fläche der Provinz beträgt 25554 Quadratkilometer, die Erntefläche an Roggen, Gerste, Weizen und Hafer 7011 Quadratkilometer, an Kartoffeln 1677 Quadratkilometer; ein Drittel des gesamten Bodens wird somit zum Anbau der wichtigsten Ackerfrüchte verwendet. Dazu kommt noch der Rübenbau, der ebenfalls recht bedeutend ist.

Gewaltige Kartoffelmengen konnten der Volksernährung während des Krieges zur Verfügung gestellt werden. Im Wirtschaftsjahre 1917/18 wurden in Westpreußen insgesamt 33 Millionen Zentner Kartoffeln amtlich erfaßt. Davon wurden den Kartoffelerzeugern zur Ernährung, Brotstreckung, als Saatgut, für Brennereien und Stärkefabriken 15792521 Zentner belassen; als Saatgut wurden ausgeführt 1692926 Zentner. Auf Grund der Auflagen der Reichskartoffelstelle wurden abgeliefert 7254157 Zentner; von ihnen gingen 1353301 Zentner nach Brandenburg, 1656338 Zentner nach dem Rheinland; weitere Mengen wurden nach Schleswig-Holstein und Westfalen ausgeführt. Der Ernährung der Heimat würden ferner noch zwei Millionen Zentner zugute kommen, die bisher an die Heeresverwaltung abgeliefert werden mußten.

Nicht weniger ertragreich ist die Viehzucht der Provinz. Trotz der großen Viehschlachtungen in den ersten Kriegsjahren befanden sich am 1. Juni 1917 in Westpreußen nahezu dreiviertel Millionen Stück Rindvieh, 357000 Schafe und 679000 Schweine. Von ihnen wurden im Jahre 1917 zum Verbrauche geliefert 246000 Rinder und Kälber, 71000 Schafe und 214000 Schweine, insgesamt rund 531000 Stück Vieh. An die Kommunalverbände wurden nicht weniger als 99981 Kälber abgeliefert; insbesondere beruhte ein erheblicher Teil der Fleischversorgung Berlins auf der Lieferung Westpreußens. Weitere beträchtliche Mengen gingen an die Heeresverwaltung. Im Jahre 1918 vermehrte sich sogar die Zahl der ausgeführten Rinder um rund 35000 Stück. Außerdem trug die Viehwirtschaft Westpreußens noch durch Lieferung von erheblichen Mengen Butter zur Ernährung des deutschen Volkes bei. In den Jahren 1917 und 1918 wurden insgesamt 83632 Zentner Butter ausgeführt, die hauptsächlich nach Berlin, Dresden und Leipzig überwiesen wurden.

Westpreußen stellt somit ein unentbehrliches Glied des deutschen Wirtschaftskörpers dar.

Gerade in der Zeit nach dem Friedensschluß, in der das deutsche Volk zahlreiche Warenmengen gegen teuere Bezahlung vom Auslande wird beziehen müssen, wird es dringend erforderlich sein, daß wir im eigenen Lande, soweit es irgend möglich ist, unsere Lebensmittel selbst erzeugen, um unsere Volksernährung sicherzustellen. Dazu ist vor allem notwendig, daß unsere wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugungsgebiete beim Reiche verbleiben. Ohne die deutsche Ostmark ist das deutsche Volk dem Hungertode ausgesetzt oder zum ewigen Sklaven seiner Feinde erniedrigt.

Zur Wahrung unseres Rechtes und um unserer Selbsterhaltung willen müssen wir verlangen: Westpreußen ist deutsch und muß deutsch bleiben.

Aus dem Kreise Meseritz

A. Allgemeines.

Der unzweifelhaft deutsche Kreis Meseritz, welcher im Norden an die Kreise Schwerin und Birnbaum, im Osten an den Kreis Neutomischel und im Südosten an den Kreis Bomst grenzt, liegt in dem Zipfel des Posener Landes, der wie ein Keil in die Provinz Brandenburg hineinragt, die mit den Sternberger und Züllichau-Schwiebuser Gemarkungen seine Nachbarschaft im Westen und Südwesten bildet. Er ist 1152,8 Quadratkilometer groß und hat 53306 zum größten Teil deutsche Einwohner. Die Polen, die sich in dem Gebiete finden, wohnen vorwiegend im nördlichen und südöstlichen Teil. Im Kreise liegen fünf Städte: Meseritz mit 5990, Bentschen mit 4473, Tirschtiegel mit 2385, Betsche mit 1862 und Brätz mit 1381 Einwohnern. Der Verkehr wird durch mehrere Bahnlinien erleichtert. Von der Kreisstadt Meseritz strahlen fünf Schienenwege aus, die im Norden nach Landsberg an der Warthe, in nordöstlicher Richtung über Birnbaum—Pinne, in südöstlicher über Bentschen nach Posen führen und im Westen über Zielenzig—Reppen oder im Süden über Paradies—Topper den Reisenden nach Frankfurt an der Oder und Berlin bringen. Der Osten wird außerdem durch eine Bahn erschlossen, die in vorwiegend nordsüdlicher Richtung die Städte Birnbaum, Tirschtiegel und Bentschen verbindet. Ferner wird der Kreis von einer großen Anzahl vorzüglicher Kunststraßen — in Meseritz kreuzen fünf Chausseen — durchquert, die einen Beweis deutscher Kultur und Ordnung ablegen und sich durch herrliche Wälder und reiche Fluren ziehen, die deutscher Bauernfleiß zu einer gesegneten Korn- und Kartoffelkammer gemacht hat.

B. Das Deutschtum im Kreise Meseritz.

I. In den Städten.

1. Meseritz. a) Geschichtliches.

Schon im Jahre 1005 hat, wie Bischof Thietmar von Merseburg über den Zug des deutschen Königs Heinrich des Zweiten gegen die Polen berichtet, die Stadt Meseritz bestanden. Im Grenzgebiet zwischen Brandenburg, Pommern, Schlesien und Polen gelegen, hat die befestigte Stadt stets eine besondere Bedeutung gehabt und im Laufe der Jahrhunderte bei den wechselvollen Kämpfen der Nachbarn öfter den Besitzer gewechselt. Doch schon früh ist ihre deutsche Eigenart hervorgetreten. So erzählt Wuttke in seinem Städtebuch des Landes Posen, daß im Jahre 1248 der Bischof Boguphal von Posen den Deutschen von Meseritz den Zehnten auf zwei Jahre, nämlich auf eben dieses und das folgende, erließ. Im Anfange des vierzehnten Jahrhunderts stand Meseritz sogar unter brandenburgischer Oberhoheit und zwar wahrscheinlich bereits seit dem Interregnum in Polen 1289—1295. Diese Tatsache bezeugen zwei Urkunden, von denen die im Codex Diplomatikus Brandenburgensis ed. Phil. Wilh. Gercken Tom 1. Salzwedel 1769 unter Nr. CLXVII S. 276[1]) wegen der noch weiter genannten

[1]) Siehe Kade. Gründung und Name von Stadt und Schloß Meseritz. Verlag von Carl Haug. Meseritz 1893.

Ortschaften des Kreises Meseritz besondere Beachtung verdient.

Nicht nur Stadt und Schloß Meseritz, sondern das Land bis zur Seenkette, die heute die Stellung des Heimatschutzes bezeichnet, waren an Brandenburg gekommen. Diese Zugehörigkeit dauerte zwar nur einige Jahrzehnte, doch hatte das Deutschtum, welches im Laufe des dreizehnten Jahrhunderts bei der Hochflut der Einwanderung, die sich aus dem germanischen Westen nach Polen ergoß und „überall eine zum Besseren treibende Kraft" in den posenschen Städten hervorrief, solche Stärkung erfahren, daß Meseritz, namentlich nach der Verleihung des Magdeburgischen Rechts im Jahre 1259, trotz aller Wechselfälle in späteren Jahrhunderten seinen deutschen Charakter stets bewahrte. Deutscher Gewerbefleiß und Bürgersinn hoben das Ansehen und die Wohlhabenheit unserer Heimatstadt zu solcher Blüte, daß die Geschäftsverbindungen der Tuchmacher sogar bis China reichten und jährlich bis 60 000 Stück Tuch in das Reich der Mitte gingen. Die bezopften Söhne des Himmels kauften nur noch solche Stoffe, die mit den Buchstaben J. J. B. (Vollmer) auf einer Bleikapsel als „Meseritzkoe" bezeichnet waren. Trotz ihrer Zugehörigkeit zum polnischen Königreiche hegte und pflegte die Stadt ihr deutsches Denken und Fühlen. Groß war daher der Jubel der Bevölkerung, als bei der zweiten Teilung Polens auch Meseritz an Preußen kam, und mit Herzlichkeit und Freude wurde am 8. Oktober 1793 der neue Landesherr, König Friedrich Wilhelm der Zweite, am Mühltore begrüßt.

Die Stadt Meseritz hat also einen vollbegründeten Anspruch auf dauernde Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche. Sie ist nicht nur jetzt eine vollständig deutsche Stadt, sondern war dies bereis vor 700 Jahren. Wie lebendig und kräftig sich diese Gesinnung auch in der unserer heutigen so ähnlichen Zeit vor 60 Jahren gezeigt hat, läßt das damalige Verhalten und Vorgehen der Bürgerschaft erkennen.

Wuttke schreibt darüber:

„In der Bewegung des Jahres 1848 trat Meseritz entschieden deutsch auf, und Versuche, die Katholischen gegen die Protestanten aufzureizen, hatten geringen Erfolg. Ein „deutsches Komitee" bildete sich und drang der Reorganisation gegenüber auf Abtrennung vom Großherzogthum Posen und Einverleibung in die Mark. Die dahinzielende Bittschrift wurde „Mann für Mann" unterzeichnet, die Dorfbewohner, sogar die Polen drängten sich zum Beitritt. Auch die Städte Tirschtiegel, Brätz und Schwerin schlossen sich an. Zugleich waffnete man sich, um die Erklärungen, wenn es sein müßte, durch das Schwert aufrecht zu erhalten.

Am 11. April wurde auch gegen den Reorganisator Willisen erklärt und zwar folgendes: „„Sie wollen uns trennen, für immer trennen von unserm großen Vaterlande Deutschland? Sie wollen uns um unsere höchste Hoffnung bringen, teilzunehmen an der großen Zukunft unseres Gesamtvaterlandes? Sie wollen uns einem Volke unterwerfen, dessen Sprache, dessen Sitten uns fremd sind, das laut erklärt hat, an Deutschlands Zukunft sich nicht beteiligen zu wollen? Herr General, wir halten es für unsere heilige Pflicht, Ihnen offen und unumwunden zu erklären, daß wir auch nicht eine Stunde das hohe Gut entbehren wollen, Preußen, welches in Deutschland aufgegangen ist, und seinem erhabenen Königshause anzugehören, uns als Deutsche zu fühlen, von deutschen Behörden regiert, als Soldaten von Deutschen kommandiert zu werden, keiner anderen Fahne zu folgen als einer deutschen, mit deutschen Brüdern im Bunde für eine rein deutsche Sache, daß wir keinen Augenblick das höchste Gut entbehren wollen, im Rate der Volksvertreter zu Berlin und in der höchsten Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. mitzuraten, mit deutschen Brüdern freie deutsche Männer zu sein.""

Gleichzeitig wurde öffentlich kundgegeben: daß man die Regierung in Posen als unter dem Einflusse einer feindlichen Faktion stehend ansehe und ihr, wenn sie das Meseritzer Deutschtum gefährde, länger nicht Folge leisten könne. Ohne abzuwarten stellte Meseritz selbst sich unter die Regierung in Frankfurt a. O., ordnete am 17. April den Gymnasialdirektor Kerst nach Frankfurt a. M. zum Fünfziger-Ausschuß ab und forderte die Städte Fraustadt, Lissa, Bomst, Karge, Ra-

witsch, Birnbaum, Schwerin, Krotoschin, Neutomischel, Bojanowo, Sarne, Punitz, Schlichtingsheim und Wollstein auf, sich mit ihm zu einem „Central-Ausschuß für den Westgürtel" zu verständigen. Lissa versagte den Beitritt, der Ausschuß kam aber am 26. April wirklich zustande. So kräftig trat Meseritz auf, als es sein Deutschtum zu wahren galt."

Müssen wir da heute nicht erst recht daran festhalten, daß an dem Deutschtum der Stadt nicht gerüttelt werde?

b) Kulturelles.

Auch in kultureller Hinsicht ist Meseritz unstreitig die Führerin unter den Städten des Westposener Landes. Es beherbergt drei höhere Schulen, von denen das Staatliche Gymnasium, als städtische Realschule schon im Jahre 1833 gegründet und somit die viertälteste der 27 Anstalten für das höhere Knabenschulwesen der Provinz ist; es hat eine Reihe bedeutender Männer hervorgebracht und als die älteste höhere Lehranstalt im weiteren Umkreise stets eine ziemlich hohe Besuchsziffer erreicht. Erst in den letzten Jahrzehnten ist durch die Gründungen von Realschulen und sogenannten Höheren Knabenschulen in der Nachbarschaft die Schülerzahl etwas gesunken. Ferner besteht hier seit 1879 eine (früher Königliche) Präparandenanstalt, die ebenfalls weit und breit Schüler heranzieht, die sich auf den Besuch eines Lehrerseminars vorbereiten wollen. Die Städtische Höhere Mädchenschule, die als Privatanstalt ebenfalls schon im Jahre 1833 gegründet ist, hat in zehn Klassen 253 Schülerinnen und bildet zugleich in den untersten drei Klassen, in welchen auch Knaben unterrichtet werden, eine Vorschule für das Gymnasium. Ein besonderes Gepräge hat Meseritz bekommen, seit im Jahre 1879 hier statt des Kreisgerichts ein Landgericht errichtet wurde, das seinen Bezirk weit nach Osten und Süden erstreckt.

So ist Meseritz, das aus einem handel- und gewerbetreibenden Platze früherer Jahrhunderte durch die Versperrung der Verkehrswege nach dem Osten zu einem einfachen Landstädtchen herabgesunken war, wieder zu einer Beamtenstadt mit regstem Geistesleben geworden, zumal es als Knotenpunkt wichtiger Eisenbahnen auch in dieser Beziehung von vielen Beamten bewohnt ist. Als weitere Behörden gibt es in Meseritz ein Postamt 1. Klasse, ein Hauptzollamt, eine Gewerbe- und drei Bauinspektionen. Doch darf man die Stadt nicht als eine deutsche Beamtensiedelung ansehen; denn die allmähliche Erweiterung der einzelnen Behörden hat sich folgerichtig aus den wachsenden wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen ergeben. Diese spiegeln sich auch in dem Zeitungswesen des Kreises wider. In den beiden größten Städten Meseritz und Bentschen erscheinen je zwei Zeitungen, von denen die „Meseritzer Kreiszeitung mit ihrer Nebenausgabe „Bentschener Wochenblatt" eine Auflage von 7300 Stück erreicht hat und damit die größte Kreiszeitung des deutschen Ostens ist.

Aber auch Industrie ist vorhanden. Nicht nur als Sitz der Überlandzentrale Birnbaum-Meseritz-Schwerin, sondern auch als Sitz eines städtischen Elektrizitätswerkes, zweier Maschinenfabriken, mehrerer Dampfziegeleien, Schneidemühlen usw. erinnert die Kreisstadt an den deutschen Gewerbefleiß der Väter und bezeugt damit ihre deutsche Überlieferung.

An Wohlfahrtsanstalten weist Meseritz ein Kreiskrankenhaus, eine Kinderbewahranstalt, zwei Kinderhorte und mehrere Hospitäler für alte Leute auf.

Also auch in kultureller Beziehung zeigt Meseritz durchaus deutsche Art und deutsches Wesen.

2. Bentschen.

Die zweitwichtigste Stadt im Kreise ist Bentschen, bekannt durch seinen großen Bahnhof, einen der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte im deutschen Osten. Deutscher Volksrat und städtische Behörden haben eine besondere Schrift herausgegeben: „Bentschen eine deutsche Stadt", in welcher auf Grund vorzüglichen statistischen Materials nachgewiesen wird, daß der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung deutsch ist und deutsch fühlt. Es wird darin vor allem gezeigt, daß Bentschen im Wilsonschen Sinne deutsch ist.

3. Tirschtiegel.

Auch Tirschtiegel mit seiner Umgebung ist reindeutsch. In einem Aufruf, den Stadt

und Land Tirschtiegel erlassen haben, um ihr Deutschtum darzutun, heißt es:

Tirschtiegel nebst den dazugehörigen Ortschaften östlich der Obra mit rund 10 000 Einwohnern, nämlich den Dörfern Deutschhöhe, Ziegelscheune, Lentschen, Amtskaßner-Kupferhammer, Altvorwerk, Glashütte, Hüttenhauland, Lubenhauland, Sawade, Blake, Lewitzhauland, Kreuzwehr, Lewitz, Punken, Neuschilln, Jablonke und Petershag ist seit Jahrhunderten deutsches Land und von Deutschen bewohnt. Nur 6 Prozent Polen sind der deutschen Bevölkerung untermischt.

Schon vor der Völkerwanderung haben hier deutsche Stämme gesessen und bereits im zehnten und elften Jahrhundert haben deutsche Kolonisten dieses Land dem Deutschtum zurückerobert. Wenn auch vorübergehend unter polnischer Oberhoheit stehend, sind Land und Leute doch stets deutsch geblieben und haben deutsches Recht, deutsche Sprache, Volksart und Sitte bis auf den heutigen Tag unberührt bewahrt. Polnischem Einfluß ist es nie gelungen, die hier wohnenden deutschen Ackerbauer, Bürger und Handwerker zu polonisieren. Polnische Schulen und Kirchen haben nie bestanden. Der größte Teil der Bewohner ist evangelisch, aber auch der katholische Teil ist deutsch und weist alle polnischen Ansprüche auf diese Gegend auf das schärfste zurück. Zahlreiche Originalurkunden, die uns aus jener Zeit vorliegen, haben deutschen Wortlaut und Inhalt und beweisen, daß polnische Sprache und Kultur hier nie Einfluß zu erlangen vermocht haben.

Reindeutsch hat sich auch die Bevölkerung bis auf die heutige Zeit erhalten und weit in den angrenzenden Kreis Neutomischel, noch über die ebenfalls reindeutsche Stadt Neutomischel hinaus, reicht unbestritten deutsches Sprachgebiet.

Auch wirtschaftlich bildet unsere Gegend einen wichtigen Faktor für die Volksernährung und Industrie des deutschen Hinterlandes. Unser Bezirk liefert 15 000 Zentner Körnerfrüchte und 100 000 Zentner Kartoffeln. Die weitausgedehnten Seen und Flußläufe geben alljährlich mehrere tausend Zentner Fische her, die besonders nach den Großstädten Mitteldeutschlands, und insbesondere nach Berlin gehen. Die großen Schilfrohrbestände unserer Seen versorgen die Rohrwebereien und sonstigen Rohrindustrien von fast ganz Deutschland. Tirschtiegel ist ferner die Zentrale des Korbweidenbaues im Osten des Reiches, und liefert jährlich 300 000 Zentner wertvollsten Korbweidenmaterials. Die weitausgedehnten Waldungen beschäftigen viele Schneidemühlen, welche den Westen mit Schnittmaterial beliefern. Große Mengen Grubenhölzer werden nach den Kohlengebieten Westfalens und Niederschlesiens ausgeführt. Der Grundbesitz befindet sich ausschließlich in deutschen Händen, auch wird die Steuerlast nur von Deutschen getragen.

Wir können es daher nicht dulden, daß unser geschichtlicher und wirtschaftlicher Zusammenhang mit dem westlichen Hinterlande auch nur vorübergehend gestört werde. Es gäbe keine größere Ungerechtigkeit in unserer Zeit, als wenn Landesteile, deren Volkstum, Sprache und Wirtschaft aufeinander angewiesen sind, auseinandergerissen werden sollten.

Das deutsche Volk, das im Vertrauen auf die Wilsonschen Grundsätze die Waffen niedergelegt hat, muß verlangen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung auch auf unseren Kreis angewandt wird.

4. Betsche.

Die Stadt Betsche im Nordosten des Kreises, der einige Dörfer mit überwiegend polnischer Bevölkerung aufweist, ist nach Einwohnerzahl, nach dem Stadtbilde, seinen Sitten und Gewohnheiten ebenfalls eine unbestreitbar deutsche Stadt. Auch Betsche und Umgegend liefern deutsches Korn und deutsche Kartoffeln in reichstem Maße, und seine Moorkulturen zeigen deutschen Fleiß und deutsche Tatkraft.

5. Brätz.

Brätz, unmittelbar an der brandenburgischen Grenze gelegen, hat reindeutschen Charakter und weist nur 1 Prozent Polen auf. Deutscher Handwerkerfleiß, besonders Tuchmacherei und Schuhmacherei, haben dem Städtchen sein deutsches Gepräge gegeben. Ackerbau und Viehzucht liefern besonders in Brätz bedeutsame Erträge.

II. Auf dem Lande.

Auch das flache Land des Kreises mit seinen Dörfern, Gutsbezirken und einzelnen Gehöften hat reindeutsches Gepräge. Überall findet man ein ländliches Bild, das an die Siedelungen der Mark, ja sogar Thüringens erinnert. Breite, gepflasterte Straßen treffen sich in der Mitte des Dorfes und bilden dort einen weiten, von Linden umsäumten Anger, auf dem im Sommer alt und jung nach Feierabend sich tummelt und seine Feste begeht. Die Landstraßen sind fast durchweg von Obstbäumen begleitet. Auch die deutsche Mundart, Sitten und Gebräuche der Kreiseingesessenen weisen nach der Mark hin, zeigen aber auch im Süden schon etwas schlesischen Einschlag. Zusammenhängende polnische Siedelungsgebiete gibt es im Kreise Meseritz überhaupt nicht; nur im Norden und Süden wohnen, mit Deutschen vermischt, polnische Minderheiten, die ihrer Zahl nach einen geringen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmachen. Daß es sich hier nur um Sprachinseln handelt, geht schon daraus hervor, daß an der Ostgrenze des Kreises ausschließlich reindeutsche Gemeinden liegen, angrenzend an die großen deutschen Hauländereibezirke der Kreise Bomst und Neutomischel. Von den größeren Dörfern des Kreises Meseritz haben besondere Wichtigkeit erlangt Paradies und Kainsicht. Dieses versorgt mit seinen Braunkohlengruben ein Kraftwerk der Überlandzentrale. Jenes beherbergt in den Gebäuden eines ehemaligen Cisterzienserklosters ein deutsch-katholisches Schullehrerseminar, das seit wenigen Jahren dem Provinzialschulkollegium der Mark unterstellt ist, um dieser den nötigen Nachwuchs an katholischen Lehrern zu sichern. In der Nähe der Kreisstadt liegt noch die im Jahre 1904 nach mehrjähriger Bauzeit eröffnete Provinzial-Irrenanstalt Obrawalde, die, nach modernsten Grundsätzen errichtet, wohl die wertvollste und an Ausdehnung größte Anstalt der Provinz Posen ist.

Auch an industriellen Anlagen fehlt es auf dem Lande nicht. Neben den schon erwähnten Braunkohlenwerken gibt es im Kreise noch eine Anzahl von Ziegeleien, Stärkefabriken, Brennereien und Schneidemühlen, die ihrerseits bezeugen, welche reichen Erträge der Kreis hervorbringt, welche dem ganzen Deutschen Reiche zugute kommen.

Der Kreis Meseritz führt z. B. aus:

an Kartoffeln jährlich rund	600 000 Ztr.
an Brotgetreide jährlich rund	190-200 000 Ztr.
an Gerste jährlich rund	11—12 000 Ztr.
an Hafer jährlich rund	4— 8 000 Ztr.

Der Durchschnittsbrand der 19 Brennereien betrug jährlich 123 000 Liter Spiritus.

C. Schlußfolgerung

So glauben wir den Nachweis erbracht zu haben, daß der Kreis Meseritz mit seinen Städten, Dörfern und Feldbreiten altes deutsches Land ist, das nicht im entferntesten unter Punkt 13 des Wilsonschen Programms gebracht werden darf. Wir glauben aber auch gezeigt zu haben, welche hohen Werte an Kultur und Naturerzeugnissen dem deutschen Volke verloren gingen, wenn sich die gierigen Hände der länderhungrigen Polen auch nach diesem teuren Gute ausstrecken würden. Wie die Einwohner des Kreises in den Tagen des polnischen Ansturmes es auf sich genommen haben, den heranbrandenden Fluten des Gegners einen Damm zu setzen an dem bisher jeder weitere Eroberungsversuch gescheitert ist, so sind sie auch weiter bereit, ihr heiliges deutsches Heimatland mit ihren Leibern vor der Abtrennung vom großen Vaterlande zu bewahren.

Die Begeisterung für die hehre Sache, die nicht wie das Strohfeuer hell flammt, dann aber jäh zusammenbricht, sondern zunächst unter der Asche zehrend weiterfrißt, würde eines Tages mit furchtbarer Gewalt hervorbrechen, in deutschem Zorn das alte deutsche Schwert wieder zücken und nicht dulden:

„daß unsere Erde
Wertlosen Lumpen gleich, zerfetzt, zerstückt
Den frechsten Räubern hingeworfen werde."

Diese Gesinnung der Ostmarkdeutschen muß aber ihren Widerhall finden in den Herzen aller Landsleute im großen Deutschen Reiche!

Aus den Deutschen Volksräten

Tagung der Volksräte des Ostens in Danzig.

Nach den Beschlüssen der Marienburger Tagung traten die gewählten Vertreter der Volksräte aus Ost- und Westpreußen und des Netzedistriktes sowie des ostdeutschen Heimatdienstes am 2. Juni in Danzig zu gemeinsamer Besprechung zusammen und konstituierten sich zu einem ständigen Volksratsausschuß, der bis zur endgültigen Entscheidung ununterbrochen tagen wird. Mit dem gleichfalls in Danzig zusammengetretenen parlamentarischen Aktionsausschuß der Nordgruppe der Ostmark wurde in Fühlung getreten.

Die Verhandlungen des Volksratsausschusses brachten den einmütigen Willen der hinter den Führern stehenden Volkskreise aus Ost- und Westpreußen, dem Netzedistrikt und den bedrohten Teilen Pommerns zum Ausdruck, sich angesichts der drohenden gemeinsamen Gefahr eng zusammenzuschließen. In der Aussprache wurde volle Übereinstimmung über das Ziel und die Mittel zu seiner Erreichung erzielt. Es herrschte völlige Einigkeit über die Notwendigkeit der Erhaltung der ungeteilten Ostmark bei Deutschland und über die Notwendigkeit eines auf breitester demokratischer Grundlage zu erfolgenden deutsch-polnischen Ausgleiches, der in einer friedlichen Auseinandersetzung der aufeinander angewiesenen deutschen und polnischen Bevölkerung bestehen müßte.

Der Hauptausschuß wird seine Hauptaufgabe darin erblicken, die Bemühungen der Reichsregierung, durch Verhandlungen die Deutscherhaltung der Ostmark zu erzielen, mit allen Mitteln zu unterstützen und wird die gesamten Kräfte der deutschen Bevölkerung des Ostens zu diesem Zwecke einheitlich zusammenfassen.

An den Zentralvolksrat für Oberschlesien in Oppeln, der sämtliche Parteien von der äußersten Rechten bis zur unabhängigen Richtung umfaßt, wurde nachstehendes Begrüßungstelegramm abgesandt:

„Der in Danzig tagende Ausschuß der Vereinigten Volksräte von Posen und Westpreußen und des ostpreußischen Heimatdienstes begrüßt den Zentralvolksrat für Oberschlesien und erhofft von der Verwirklichung seines Programms, das in jeder Beziehung auch den Zielen des Volksratsausschusses entspricht, die Deutscherhaltung des bedrohten Oberschlesiens. Einigkeit und Zusammenschluß ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, sowie rücksichtsloses Bekenntnis zum Deutschtum sind unsere alleinige Rettung. Der Volksratsausschuß verspricht sich von engem Zusammenarbeiten mit dem Zentralvolksrat für Oberschlesien die Bewahrung des Deutschtums der gesamten Ostmark und ihre ungeteilte Erhaltung bei dem Deutschen Reiche."

Groß-Morin, 1. Juni 1919. Folgende Telegramme wurden am 30. Mai an die Reichsregierung abgesandt:

Herrn Reichspräsidenten Ebert
Berlin.

Der Deutsche Volksrat Groß-Morin Gem. legt hiermit schärfsten Protest gegen die Lostrennung der Provinzen Posen ein. Wir Deutschen waren es, die die Provinz zu der hervorragenden Blüte brachten, in der sie heute steht, und als Dank dafür sollen wir ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker den Polen unterjocht werden.

Niemals, Herr Präsident! Ein rechter Führer seines Volkes geht mit seinen Leuten in den Tod, ehe er sie preisgibt. Sollen wir schmachten wie im Kerker und sehnsuchtsvoll über die Grenzen nach unserem geliebten Vaterlande hinüberschauen?
gez. Markwarth.

Herrn Kriegsminister Noske
Berlin.

Heilige Empörung über die Lostrennung unserer Heimat an den Polen hat die Mitglieder des Deutschen Volksrates erfaßt. Wir legen energisch Protest gegen diese Versklavung ein. Zusammengeschlossen mit Leib und Seele stehen wir für

unsere Heimat ein. Wir bitten den Herrn Kriegsminister, uns nicht ohne weiteres preiszugeben. Wir sind gewillt, Opfer zu bringen und jede Verantwortung tragen zu helfen. Lassen Sie, Herr Minister, das Wort weiter gelten: Wer deutsches Land begehrt, der hole es sich.

Der Deutsche Volksrat Groß-Morin Gemeinde.

Grafen Brockdorff-Rantzau Versailles.

Die Provinz Posen soll polnisch sein? Ist unsere durch Mühe und Fleiß in Kultur gebrachte Heimat verraten und verkauft? Ist das Wilsonprogramm als Grundlage für den Frieden nicht beachtet worden? Wir Ostmärker sind Deutsche und bleiben es und stehen für unsere Heimat mit Gut und Blut ein. Nochmals, lieber tot, als polnisch!

Der Deutsche Volksrat Groß-Morin Gemeinde.

Der **Deutsche Volksrat Argenau** sandte folgendes Telegramm an das Auswärtige Amt, an die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung in Berlin:

„Deutscher Volksrat der nahezu rein deutschen Gemeinden Eichtal, Dombken, Oberwalde bittet, Erdrosselungsfrieden nicht zu unterzeichnen. Lieber den Tod, als in Schmach und Schande dahinsiechen. Wir sind zum Widerstand mit der Waffe fest entschlossen. Posen soll deutsch bleiben.

gez. Herter."

Pressestimmen

I. Deutsche Presse

„Frankfurter Ztg." v. 21. Mai Nr. 372.

Die Stimmung im deutschen Osten. Die Friedensbedingungen der Entente, nach denen weite Gebiete, die überwiegend von Deutschen bewohnt oder durch Arbeit zu ihrer jetzigen Blüte gebracht worden sind, ohne Befragung der Bevölkerung an die Polen ausgeliefert werden sollen, haben im deutschen Osten begreiflicherweise die äußerste Erbitterung hervorgerufen. In Oberschlesien, in Westpreußen, in Posen denken die zweieinhalb Millionen Deutsche, die unter die Fremdherrschaft eines gehässigen und gewalttätigen Volkes gebracht werden sollen, mit Entsetzen an ihr kommendes Schicksal und fast allenthalben lehnt man sich dagegen auf. So hat beispielsweise die Bürgerschaft der ganz deutschen, dicht an der brandenburgischen Grenze gelegenen Stadt Birnbaum, die durch die Friedensbedingungen den Polen ausgeliefert werden soll, nachdem zuvor schon der Kreisvolksrat in einer Entschließung bei der Nationalversammlung und der Regierung auf das schärfste und unter Androhung bewaffneter Selbsthilfe protestiert hatte, eine Reservetruppe von mehreren hundert Mann kriegsgeübter und mit der Waffe ausgebildeter Mannschaften aufgestellt, die entschlossen sind, im Verein mit dem Grenzschutz Birnbaum und die umliegenden überwiegend deutschen Dörfer bis aufs äußerste zu verteidigen und die Polen gewaltsam abzuwehren. Da das Vorgehen von Birnbaum typisch für die allgemeine Stimmung in der deutschen Ostmark ist, so kann man ermessen, welche furchtbaren Folgen sich im Falle der gewaltsamen Durchführung der Bedingungen ergeben müssen.

„Kreuzzeitung" vom 26. Mai Nr. 275.

Polnische Hoffnungen und Ziele für Danzig. Die Polen lassen die Maske fallen. Schon erörtern sie in aller Öffentlichkeit die Aussichten der Verpolnischung Danzigs. Der „Glos Lubarski" meint, daß durch die Eingliederung auch polnisch sprechender Gebiete in den Freistaat Danzig die Aussichten der Verpolnischung Danzigs beträchtlich erhöht würden. Wenn Danzig auch als freie Stadt Sitz der Provinz und der Regierung wird, würden sofort Tausende von polnischen Beamtenfamilien hinströmen und, falls die

Provinzialbehörden nach einer anderen Stadt verlegt werden, entvölkere sich Danzig und verliere seine Bedeutung, indem es nur noch eine Handelsbedeutung als polnischer Hafen behalte. Die Handelsbedeutung Danzigs aber werde nicht so sein, wie sie zur Zeit der alten Republik war, als die Danziger das Stapelrecht besaßen. Jetzt würden sie dies Recht nicht haben, vielmehr die Polen ihre Waren unmittelbar ans Ausland verkaufen und von diesem ohne Vermittelung der Danziger Waren kaufen dürfen. Polen werde unzweifelhaft den ganzen Auslandshandel verstaatlichen, sich durch Schaffung einer eigenen Fluß- und Seeschiffahrt von Danzig unabhängig machen, die Weichsel so vertiefen, daß kleinere und mittlere Schiffe bis Warschau bezw. Thorn, große wenigstens bis Dirschau fahren können und vielleicht auch die Halbinsel Hela durchstechen, um in der Putziger Bucht einen Hafen für die größten Ozeanschiffe zu bauen, in dem diese dann anstatt in Danzig gelöscht werden.

„Frankfurter Zeitung" vom 3. Juni, Nr. 404:

Nun sind die deutschen Gegenvorschläge gekommen. Und die Deutschen im Osten können aus ihnen die Gewißheit entnehmen, daß wir zu ihnen halten wie sie zu uns. Wir wollen zusammenbleiben. Wir wollen die schweren finanziellen Lasten auf uns nehmen, mehr vielleicht, als den meisten heute überhaupt tragbar erscheint — aber wir wollen uns nicht blindlings zerstückeln lassen. Das ist der Sinn des deutschen Vorschlags. Die hundert Milliarden, bis zu denen wir tatsächlich festgestellte Zivilschäden in Belgien und Nordfrankreich allmählich zu ersetzen bereit sind, können nur getragen werden, wenn wir wie im Westen so auch im Osten das Land und die Menschen behalten, die zu uns gehören — diese hundert Milliarden sind auch ein Preis für diese Erhaltung. Furchtbar schwere Opfer müssen allerdings auch hier nach den Verpflichtungen des Waffenstillstandsvertrages und im Sinne eines auch den Polen gerecht werdenden Ausgleichs gebracht werden. Soweit die Provinz Posen unbestreitbar polnischen Charakter trägt, sind wir zur Abtretung, einschließlich der Hauptstadt Posen, bereit; soweit westpreußische Gebietsteile unzweifelhaft polnisch besiedelt sind, gilt von ihnen das Gleiche; und die Volksabstimmung soll darüber entscheiden. Aber daß Oberschlesien uns genommen, daß Ostpreußen vom deutschen Gesamtkörper losgerissen, daß Danzig unter dem Namen einer Freien Stadt in Wahrheit den Polen ausgeliefert, daß der reindeutsche Charakter großer Teile Westpreußens in Frage gestellt werde und die Nordkreise Ostpreußens mit Memel losgelöst werden sollen, das weist Deutschland im sicheren Bewußtsein seines guten Rechts zurück. Wir tun es mit einer Feststellung, die die Welt aufhorchend vernehmen wird: die ganze Grenzführung im Osten in dem Entwurf der feindlichen Friedensbedingungen ist, was die deutsche Denkschrift für jederzeit beweisbar erklärt, überhaupt nicht von dem Gesichtspunkt der Nationalität, sondern von dem der strategischen Vorbereitung eines Angriffs auf deutsche Gebiete aus bestimmt worden. Nur so ist das Unmögliche möglich geworden, daß man gleichgültig Millionen von Deutschen unter Mißachtung ihrer primitivsten und selbstverständlichsten Rechte von ihrem Volke loszureißen unternahm, um angeblich einer, in Wahrheit viel kleineren Zahl von Polen ihre Rechtsansprüche zu erfüllen. In Posen, West- und Ostpreußen leben 3,58 Millionen Deutsche, und wenn man Schlesien noch hinzunimmt, sind es sogar 7,36 Millionen — die kann man nicht nach Belieben „verschieben wie Steine auf einem Schachbrett."

In Wahrheit geht eben auch hier der deutsche Gegenvorschlag bis an die äußerste Grenze des Möglichen und vielleicht darüber hinaus. Reinlich wie ein Rechenexempel wird ja das deutsch-polnische Problem niemals aufgehen; zu sehr sind im ganzen Osten Menschen,

Landbesitz, Wirtschaftsarbeit und Staatsbedürfnisse in einer unentwirrbaren Gemengelage durcheinandergewürfelt. Aber was die deutsche Delegation vorschlägt, das ist ein opfervoller Versuch, doch noch, vielleicht im letzten Augenblicke, zu einem für alle einigermaßen gerechten Ausgleich mit den Polen zu gelangen. Darum der Vorschlag, die Gebietsverteilung so vorzunehmen, daß nicht mehr Deutsche in das polnische Hoheitsgebiet fallen, als Polen in deutscher Staatsangehörigkeit verbleiben, und umgekehrt; darum vor allem das über den feindlichen Entwurf weit hinausgehende Angebot, den Polen nicht nur in Danzig, sondern auch noch in Königsberg und Memel Freihäfen zu gewähren, verbunden mit weitestgehenden Konzessionen zur Sicherstellung ihres Verkehrs auf Eisenbahnen und Flüssen. Es ist wirklich der ehrliche Versuch eines versöhnenden Ausgleichs, von dem man meinen sollte, das neu entstehende Polen, das ja schon bei seiner Geburt eine sehr große Menge sehr großer Schwierigkeiten vor sich findet, hätte an ihm genau das gleiche Interesse wie wir selbst.

Ob dieser Versuch gelingen wird, weiß heute noch niemand zu sagen. Aber die Möglichkeit, zu wirken, muß man ihm lassen. Und das müssen heute auch die Deutschen im Osten sich sagen. . . . Auch für die Deutschen im Osten ist jetzt Wartezeit, genau wie für uns alle. Denn wir haben den Versuch gemacht, durch unsere Gegenvorschläge zu Verhandlungen zu kommen — auf dieser Linie müssen wir jetzt ehrlich bleiben, und nichts darf geschehen, was die Wirkung des Schrittes der deutschen Regierung und der deutschen Delegation beeinträchtigen könnte. Die Deutschen im Osten haben schon etwas Entscheidendes erreicht: sie haben sich selbst gefunden! Sie wissen nun, daß sie zusammenstehen. Und sie dürfen daraus die Sicherheit schöpfen, daß es niemals, was auch geschähe, gelingen könnte, sie ihres Deutschtums wirklich zu berauben. Diese Sicherheit muß ihnen jetzt auch die Festigkeit geben, in Ruhe und Selbstzucht abzuwarten, bis die Entscheidungsstunde fällt.

2. Ausländische Presse

Der Sonderberichterstatter des **„Daily Herald"**
meldet seinem Blatte Einzelheiten über die Reise, die er nach Westpreußen gemacht hat, um die Stimmung unter der dortigen Bevölkerung kennen zu lernen. Er schreibt, er habe während seines dortigen Aufenthaltes überall nur deutsches Kulturleben erblickt: Danzig sei eine rein deutsche Stadt, in der keine Spur von Polentum zu sehen sei. Von den Provinzzeitungen seien 55 deutsch und 7 polnisch. Die äußerst gepflegten Bauernhöfe und Ländereien zwischen Danzig und Marienwerder seien alle deutsch.

Auch der Korrespondent des **„Manchester Guardian"**
berichtet seinem Blatte über seine Eindrücke in Westpreußen. Er teilt mit, Danzig sei ebenso eine deutsche Stadt, wie Plymouth eine englische Stadt sei, und könne mit ebensowenig Berechtigung polnisch genannt werden oder als zu Polen gehörig bezeichnet werden wie Manchester. Die ganze Gegend, die er durchstreift habe, sei überall von einer Bevölkerung bewohnt, von der zumeist mehr als neun Zehntel Deutsche seien. Nur weil die Staatsmänner in Paris von der Manie des Mächtegleichgewichtes besessen seien und vergessen hätten, daß einige hundert Meilen von Paris entfernt Millionen von Menschen ihrer Rechte, ein natürliches Leben zu führen beraubt werden sollen, wolle man durch Errichtung des Korridors von Danzig in einer vollkommen deutschen Gegend ihr Leben vernichten und gleich von gleich scheiden. Man brauche sich nur einige Stunden an Ort und Stelle aufzuhalten, um zu sehen, welche Katastrophe sich vorbereite. Es herrsche eine leidenschaftliche und entschlossene Stimmung.

„Vorwärts" vom 22. Juni Nr. 288.

Der Berichterstatter Desmond schildert in der „Daily News“ vom 5. Juni die herzerreißenden Eindrücke, die er auf seiner Reise durch das an Polen abzutretende Gebiet und durch Danzig erhalten hat. Nirgends könne eine Bevölkerung durch öffentliche Kundgebung ihren Willen, am Deutschtum festzuhalten, eindrucksvolleren Ausdruck geben. Die Bevölkerung sei mindestens zu 80 v. H. deutsch, und das Land sei voll von Stätten deutschen Fleißes, deutscher Arbeit, deutscher Kunst und deutscher Industrie. Wenn auch Polen die Autonomie verdiene, so müsse es seine Würdigkeit doch erst beweisen und in den ausschließlich von Polen bewohnten Gebieten hätte es reichlich Gelegenheit hierzu.

„Tägliche Rundschau“.

Der Vertreter des norwegischen Regierungsorgans **„Norske Intelligenssedler“**, Herr J. Wankel aus Christiania, faßt seine Eindrücke von der Informationsreise in der Provinz Posen in folgender Weise zusammen: Ich halte es für ganz ausgeschlossen, nach dem, was ich bis jetzt gesehen, daß die Versailler Friedensbedingungen in der polnischen Frage ohne einen neuen Krieg angenommen werden. Zusammen mit den hier weilenden Ententejournalisten wurden wir heute von der hiesigen Regierung mit polnischen Politikern und Arbeiterführern bekanntgemacht. Unter ihnen befand sich der Justizrat v. Wierzbicki, der Gutsbesitzer Szuman, der Rittergutsbesitzer v. Chlapowski, der Redakteur Teska, der Arbeiterführer Czarnecki. Dieses Zusammentreffen hat meinen Eindruck noch erheblich verschärft, daß zwischen Polen und Deutschen ein derart scharfer Nationalunterschied besteht, daß ohne Blutvergießen eine Zwangsablösung der Deutschen nicht möglich ist.

Kleine Nachrichten

Die Reichsregierung an die Deutschen im Osten

An die Deutschen im Osten.

Die deutschen Gegenvorschläge sind in Paris überreicht worden. Sie treten mit allem Nachdruck und Ernst für das Verbleiben der deutschen Landesteile im Osten beim Reich ein. Sie führen den Nachweis, daß weder Oberschlesien noch Westpreußen, weder Danzig noch Memel von Deutschland losgerissen werden dürfen, daß Ostpreußen nicht verkümmern darf durch die Einschiebung eines polnischen Korridors zwischen deutsche Gebietsteile. Jetzt heißt es, diese Gegenvorschläge zu unterstützen und alles zu vermeiden, was ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Wer heute dem Gegner einen Vorwand für Einmarsch und gewaltsame Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihrem Bundesgenossen.

Deutsche im Osten! Bewahret das Reich vor dieser Lebensgefahr durch Ruhe und Disziplin. Laßt keine unruhigen Köpfe das Schicksal Deutschlands und vor allem des deutschen Ostens gefährden. Verhandlungen nicht Kampf, das muß jetzt die Parole sein. Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für Reich und Deutschtum so fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist. Wir kennen unsere Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft.

Berlin, 30. Mai 1919.

Scheidemann. Dr. Dernburg.
Graf Brockdorff-Rantzau. Preuß. Bauer. Wissell. Landsberg. Noske. Dr. Bell. Giesberts. Gothein. Dr. David. Erzberger.

Ein deutscher Tag in Bromberg. Zu besonders machtvollen Kundgebungen zur Deutscherhaltung Brombergs und des

Netzedistrikts gestaltete sich der Besuch von neutralen, englischen und amerikanischen Journalisten am 2. und 3. d. Mts. Kaum war die Ankunft der fremden Besucher bekannt geworden, als auch schon am frühen Morgen große Mengen aller deutschen Bevölkerungsschichten nach der Danziger Straße und dem Hotel Adler strömten, um in einer spontanen Kundgebung für ihr Deutschtum zu demonstrieren. Unter Absingen der vaterländischen Weisen: „Deutschland, Deutschland über alles", „O Deutschland hoch in Ehren", „Ich bin ein Preuße" usw. zog die Menge durch die Danziger und die umliegenden Straßen und füllte den Friedrichsplatz rund um das Denkmal Friedrichs des Großen zu vielen Tausenden. Wo sich auch die fremden Journalisten zeigten, tönte ihnen das Bekenntnis aus dem Mund von Tausenden entgegen: „Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben."

Waren diese Kundgebungen schon am ersten Tage außerordentlich eindrucksvoll, so steigerten sie sich am zweiten Tage noch ganz bedeutend. Ein Wald von schwarz-weiß-roten Fahnen und Tafeln, auf welchen gegen die Abtrennung deutschen Bodens protestiert wurde, wehten durch die Straßen Brombergs, und wieder war der Friedrichsplatz der Zielpunkt, zu welchem die Massen strömten. So gewaltig war der Andrang und das Gedränge, daß die fremden Journalisten zum Teil auf das vorgesehene Programm verzichteten und eine längere Rundfahrt durch die Stadt aufgaben. Deputationen aus allen Berufskreisen wurden in der Kunstgewerbeschule empfangen und gaben einmütig ihrem Willen Ausdruck, unter keinen Umständen vom Deutschen Reiche getrennt zu werden.

Der Eindruck der Kundgebungen auf die fremden Gäste ist nach ihren eigenen Bemerkungen überwältigend gewesen, wie aus verschiedenen Gesprächen hervorging. Besonders tief war der Eindruck der großen Kinderscharen, dieser Verkörperung deutscher Zukunft, die trotz Sturm und Regen nicht wichen und nicht wankten, um immer wieder für ihr Deutschtum zu zeugen. Auch in anderen Orten, welche die fremden Journalisten besuchten, haben ähnliche großartige Kundgebungen stattgefunden, so daß sie, wenn sie den Tatsachen entsprechend Bericht erstatten, der Überzeugung Ausdruck geben müssen: „Dies Land ist deutsch und will deutsch bleiben."

Heranziehung der Hallertruppen.

Die militärische Lage an der posenschen Front hat sich in den letzten Tagen zu unseren Ungunsten gewendet. Von der Hallerschen Armee sind bis jetzt 60 000 Mann auf polnischem Gebiet eingetroffen. Die Polen befinden sich jetzt aber auch im Besitze schwerer Geschütze, deren Mangel auf polnischer Seite uns bisher sehr zustatten kam. Sie haben schweres Geschütz auch von Italien über Wien erhalten. Die Gefahren, die uns von polnischer Seite drohen, sind also wesentlich gestiegen. Die Verwendung der Hallerschen Truppen gegen Deutschland wäre allerdings ganz vertragswidrig, denn die Polen sollten diese Truppen ausschließlich gegen die Bolschewiki einsetzen. Eine solche Absicht hat bei den Polen offenbar gar nicht bestanden, denn die Bolschewiki in der Ukraine, gegen die die Polen die Hallersche Armee verwenden wollten, sind militärisch gar nicht in der Lage, in Galizien einzufallen. Die Ukrainer sind militärisch vielmehr längst erledigt, und die Polen verwirklichen mit geringen Kräften dort jetzt ihre rein imperialistischen Ziele. Sie haben das Petroleumgebiet besetzt, melden die Einnahme von Tarnopol und Drohobicz und marschieren weiter östlich. Alle Hallerschen Regimenter und auch andere polnische Verbände, die an der Lemberger Front gekämpft haben, befinden sich auf dem Transport an die deutsche Ostgrenze. Insgesamt sind von den sechs Hallerschen Divisionen — über deren Qualität die Urteile übrigens sehr verschieden lauten — fünf durch Deutschland gereist. Auch nörd-

lich von Warschau machen sich polnische Truppenzusammenziehungen bemerkbar.

(„Voss. Ztg." v. 30. Mai, Nr. 272.)

Kein Verkehr mehr mit Polen.

Berlin, 28. Mai. Der Betrieb auf der Eisenbahnstrecke Kreuz—Posen, auf der allein der Verkehr mit dem gesamten polnischen Aufstandsgebiet vermittelt wurde, ist am 23. vollständig eingestellt worden, nachdem seit 20. der Personenverkehr gesperrt war. In der Gegend von Miala sind die Schienen aufgerissen und die Telegraphenleitungen zerstört worden. Infolgedessen hat der gesamte Post- und Telegraphenverkehr mit dem von den Polen besetzten Gebiet einstweilen eingestellt werden müssen. Die unterwegs befindlichen Sendungen werden zurückgeleitet und an die Absender zurückgegeben werden.

(„Germania" v. 28. Mai, Nr. 240.)

Zusammenschluß aller Parteien in Oberschlesien.

Oppeln, 5. Juni. In Oberschlesien haben sich alle Parteien zur Abwehr zusammengeschlossen. Diese Bewegung fand gestern ihren Ausdruck in der Gründung eines „Zentral-Volksrates für Oberschlesien", in dem alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen, zusammengeschlossen sind. Der Zentral-Volksrat hat keine behördliche Aufgabe, er kontrolliert nur die Behörden im deutschen Sinne. Sein Programm ist ein großzügiges Kulturprogramm. Man will der oberschlesischen Bevölkerung die Vorzüge der deutschen Kultur nahebringen. Der Zentral-Volksrat ist vorläufig als Unterausschuß aller Oppelner Parteien gegründet worden. Er besteht zunächst aus fünf Mitgliedern und soll demnächst noch ergänzt werden durch den Hinzutritt von Abgesandten aller oberschlesischen Landkreise. Vorläufig soll dieser Zentral-Volksrat die nationale Stimmung, die jetzt in Oberschlesien herrscht, weiter pflegen und erhalten.

(„Tägl. Rundsch." v. 5. Juni, Nr. 276.)

Belagerungszustand über den Kreis Marienburg.

Thorn, 9. Juni. Nachdem in letzter Zeit wiederholt Anschläge auf das Artilleriedepot und militärische Posten und Anlagen von Marienburg verübt worden waren, wobei auch ein Munitionsschuppen mit Manöverkartuschen in Brand gesetzt wurde, ist durch den kommandierenden General des 17. Armeekorps über den Kreis Marienburg der Belagerungszustand verhängt worden. Der gesamte ostpreußische Grenzverkehr nach Deutschland innerhalb der Kreise Lyck, Marggrabowa und Goldap, mit Ausnahme der Übergänge bei Prostken und Czymochen, sind auf Anordnung des Generalkommandos Königsberg gesperrt worden.

(Drahtmeldung der „Voss. Ztg." vom vom 10. Juni, Nr. 289.)

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote", Berlin SW 11.

RETURN TO → CIRCULATION DEPARTMENT
202 Main Library

1095

LOAN PERIOD 1	2	3
HOME USE		
4	5	6

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS

Renewals and Recharges may be made 4 days prior to the due date.

Books may be Renewed by calling 642-3405.

~~JUN 16 1989~~ DUE AS STAMPED BELOW

~~MAY 19 1989~~

FORM NO. DD6

UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
BERKELEY, CA 94720

YD 11455

U.C. BERKELEY LIBRARIES

C006097583

AP30 485427
G7
v.78:2
grenzboten

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY
BERKELEY, CALIFORNIA